Willy Klages

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1957 bis 1990 in zwei Bänden Band 5/2

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands



Glanz und Elend der deutschen Geschichte
vom 1.01.1976 bis zum 31.12.1990
Band 5/2

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Inhaltsverzeichnis Band 5/2	**Seite**
Glanz und Elend der deutschen Geschichte vom 1. Januar 1976 bis zum 31. Dezember 1990	2-392
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	393-399

Glanz und Elend der deutschen Geschichte vom 1. Januar 1976 bis zum 31. Dezember 1990

1976

> Jeder ernstliche Kampf findet seine Versöhnung. Nur die Lüge, die innere Unwahrheit, ist zur ewigen Qual verdammt.
> *Friedrich Wilhelm von Schelling (1775-1854, deutscher Philosoph)*

19.02.1976

BRD: Der CDU-Abgeordnete Karl Carstens (1914-1992, späterer Bundespräsident) kritisiert am 19. Februar 1976 im Bundestag die unbefriedigende Berichterstattung über die Vertreibungsverbrechen an Deutschen (x025/210): >>Herr Kollege Brandt hat gesagt, man könne Aussöhnungspolitik nicht mit halbem Herzen betreiben, ... aber man kann Aussöhnungs- und Verständigungspolitik auch nicht mit halben Wahrheiten bestreiten. ...<<

25.02.1976

UdSSR: Die "Prawda" berichtet am 25. Februar 1976 über den Rechenschaftsbericht des XXV. Parteitag der KPdSU (x243/145): >>... Die Kommunisten sind weit davon entfernt einen "automatischen Zusammenbruch" des Kapitalismus zu prophezeien. Er verfügt noch über beträchtliche Reserven. Aber die Ereignisse der letzten Jahre bestätigen mit neuem Nachdruck, daß der Kapitalismus eine Gesellschaft ohne Zukunft ist.<<

30.04.1976

Israel: Der israelische Minister Ariel Scharon (1928-2014) und der israelische Politiker Yehuda Harel berichten am 30. April 1976 im "ZEIT-Magazin" (x243/247,249): >>... Kriegverhinderung und Frieden sind wichtige, aber nicht national vorrangige Ziele. Ich will frei leben, den Staat Israel entwickeln und mit Millionen neuer Juden bevölkern, ohne Einmischung von außen, ohne arabische Maschinengewehre und Kanonen, die unsere Flugzeuge und Städte beschießen können. ...
Dafür bin ich bereit, weitere 10 Kriege zu führen – und zu gewinnen. ...<<
>>... Wer den Golan besitzt, der hat nicht nur Galiläa in der Hand, der kann auch - wie die Syrer das schon einmal versuchten – das Wasser des Jordans umleiten und die Lebensader der israelischen Landwirtschaft abschnüren. Zu allererst müssen wir unser Überleben sichern, erst dann können wir an Frieden denken. ...
Israel ist ein Land ohne feste Grenzen. Wir ziehen von einer Waffenstillstandslinie zur ande-

ren. Unser einziger Halt sind die Siedlungen und die Tatsache, daß Israel in den letzten 80 Jahren noch nie freiwillig eine Siedlung aufgegeben hat.
Überall, wo unsere Kibbuzim (ländliche Siedlungen) und unsere Truppen stehen, da ist auch Israel, da ist die Grenze.<<

09.05.1976

BRD: Ulrike Meinhof (1934-1976, RAF-Anführerin) erhängt sich am 9. Mai 1976 in ihrer Gefängniszelle in Stuttgart.

21.06.1976

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (26/1976) berichtet am 21. Juni 1976: >>**JUDEN Nicht Abrahams Söhne?**
In einem neuen Buch -- es wird 1977 auch auf deutsch erscheinen -- will Arthur Koestler beweisen: Die Ostjuden stammen nicht vom Auserwählten Volk der Bibel, sondern vom Turkvolk der Chasaren ab.
"Das ist ein unheilvolles Buch, und Koestler muß sehr gut wissen, daß er die allerlebhafteste Katze unter die allernervösesten, irritierbarsten Tauben gesetzt hat", kritisierte der Publizist Philip Toynbee -- ein Sohn des Historikers Arnold Toynbee -- im "Observer" Arthur Koestlers neues Buch "The Thirteenth Tribe" ("Der dreizehnte Stamm")*.
*Arthur Korstier: The Thirteenth Tribe. The Khazar Empire and its Heritage. Hutchinson. London …
Wenn Koestler schreibt, läßt er immer irgendeine seiner Katzen aus dem Sack, die irgendwelche Tauben irritiert. So empfahl 1945 der enttäuschte Kommunist in "Der Yogi und der Kommissar" ein Amalgam von westlicher Wissenschaft und östlicher Weisheit. Nach einer Asienreise sprach er "Von Heiligen und Automaten", und 1972 unternahm er in den "Wurzeln des Zufalls" den Versuch, Atomphysiker und Parapsychologen zu verkuppeln (SPIEGEL 19/1972).
Diesmal hat der "bewunderungswürdigste zentraleuropäische Autor" (Oxford-Historiker Robin Lane Fox) das alles übertroffen: "Ich habe", behauptet Koestler, "die historischen Belege zusammengetragen, die darauf hinweisen, daß die Masse des östlichen Judentums -- und damit des Weltjudentums -- eher chasarisch-türkischen als semitischen Ursprungs ist."
Damit dürfte Koestler einige Unruhe unter den 14,2 Millionen Juden von Tel Aviv bis New York verbreiten. Er durchtrennt nämlich jene nationalreligiöse Nabelschnur, die gerade Millionen von Juden in der Diaspora trotz aller Verfolgung als ein Volk besonderer Art mit den Abkömmlingen Abrahams, den zwölf Stämmen der Bibel, verbindet, also ihre Identität als "Auserwähltes Volk" gewährleistet.
Das halbwilde Reitervolk der Chasaren saß etwa zwischen dem siebten und elften Jahrhundert in dem Gebiet zwischen Krim und Kaspischem Meer, zwischen Kaukasus und Mittellauf von Wolga und Dnjepr. Es bildete einen Pufferstaat zwischen dem Kalifat von Bagdad und Byzanz, später zwischen Ostrom und den von Norden herandrängenden Warägern, den Stammvätern der Russen.
Um 740 konvertierten die bis dahin schamanischen Turkabkömmlinge zum jüdischen Glauben. Koestler und seine wissenschaftlichen Gewährsmänner vermuten, aus realpolitischen Gründen: Die Chasaren sahen zwar im Monotheismus die Grundlage höherer Lebensformen, wie sie ihre christlichen und islamischen Nachbarn besaßen. Doch sie fürchteten zugleich, daß sie mit der Annahme der Lehre Mohammeds unter den religionspolitischen Einfluß von Bagdad. mit der des Christentums unter den von Byzanz geraten könnten. Also wählten sie die dritte Kraft, den Judaismus, der keine weltliche Macht besaß und somit eine gewisse Unabhängigkeit des Chasaren-Reiches garantierte.
Im 13. Jahrhundert erlöschen die spärlichen Nachrichten über dieses Volk. Niemand weiß mit Sicherheit, wo sie geblieben sind.

Außer Koestler. Er treibt eine Vermutung an den Rand der Gewißheit: Die jüdischen Chasaren gelangten bei dem großen Völkergeschiebe. das der Mongolensturm bewirkte, in ihrer Masse nach Polen. Anders kann er sich jedenfalls das von ihm behauptete plötzliche und zahlreiche Auftreten von Juden seit dem Jahre 1200 in dem aufstrebenden polnischen Großreich nicht erklären.
Mit Vehemenz verwirft Koestler die herkömmliche Theorie, nach der die Masse der osteuropäischen Juden von Rhein und Main stamme. Von dort flüchteten sie nach den jahrelangen Pogromen, die 1096 den Ersten Kreuzzug begleiteten, und nach der großen Pest von 1348 bis 1350, die ihnen als angeblichen "Brunnenvergiftern" angelastet wurde, in den damals friedlichen und aufnahmebereiten Osten.
Die Gemeinden an Rhein und Main, so glaubt Koestler hingegen beweisen zu können, waren schon vor den Massakern viel zu klein, als daß die wenigen Davongekommenen den Grundstock für die Millionen Ostjuden hätten legen können.
Während nämlich die Westjuden, die "Sephardim", wie Koestler ohne Quellen-Angabe behauptet, nach 1960 auf eine halbe Million geschätzt wurden, zählten die "Aschkenasim", die Ostjuden, zur gleichen Zeit elf Millionen. Koestler: "So ist, allgemein gesprochen, Jude gleichbedeutend mit aschkenasischem Juden." Und der Aschkenasi ist, wie der Autor glauben machen will, chasarischer Herkunft und somit eigentlich kein Jude.
Andere Historiker der jüdischen Geschichte, so etwa der ehemalige israelische Außenminister Abba Eban ("Dies ist mein Volk"), sind hingegen der Meinung, daß nur die Oberschicht des Chasaren-Reiches sich zum Judentum bekannte und nach dem Mongolensturm lediglich "am Aufbau der großen Zentren des osteuropäischen Judentums" mitwirkte.
Einige Schwierigkeiten bereitet Koestler freilich die besondere Sprache der Ostjuden, das Jiddische. Es enthält unzweifelhaft außer hebräischen und slawischen Elementen viel Mittelhochdeutsches. Für die Fachwissenschaft gilt als erwiesen, daß die Ostjuden dieses Mittelhochdeutsch in ihre Sprache aufnahmen. als sie noch an Rhein und Main saßen.
Doch Koestler fand in dem jüdischen Sprachforscher Mathias Mieses einen Kronzeugen, der 1924 entdeckt haben will, daß es keine rhein-mainische, sondern eine ostdeutsche Form des Mittelhochdeutschen war, die die Juden in ihre Sprache aufnahmen. Für Koestler gilt daher als sicher: "Der Hauptstrom der jüdischen Wanderung floß nicht vom Mittelmeer über Frankreich und Deutschland nach Osten und dann wieder zurück", sondern er bewegte sich "ständig in westlicher Richtung vom Kaukasus über die Ukraine nach Polen, und von dort nach Mitteleuropa".
Auch für die Entstehung des ostjüdischen Typus hat Koestler eine Erklärung parat: Er ist das Ergebnis jahrhundertelanger Getto-Inzucht. Er verweist darauf, daß die berühmte jüdische Nase bei den reinen Semiten, den Beduinen, nicht vorkommt. Die Merkmale eines bestimmten jüdischen Typus führt Koestler auf Umwelt und Vererbung zurück, keinesfalls aber auf semitische Ursprünge.
Koestler ist sich durchaus klar darüber, welchen Sprengstoff sein Buch auch für den Staat Israel birgt. Gleichwohl behauptet er, daß er dessen Lebensrecht nicht unterminieren wolle: "Was immer die rassischen Ursprünge der israelischen Bürger sein mögen und welche Illusion sie darüber unterhalten, ihr Staat existiert de jure und de facto und kann nicht aufgehoben werden, es sei denn durch Völkermord."
Diese beruhigende Formel will Koestler-Kritiker Toynbee aber nicht gelten lassen: Der "Nationalstolz der Israelis", ihre "rassische und religiöse Identität hängt von dem tragenden Glauben ab, daß sie direkt von den Hebräern des Alten Testaments abstammen".<<

18.08.1976

DDR: Der evangelische Pastor Oskar Brüsewitz (1929-1976) versucht sich am 18. August 1976 auf dem Marktplatz von Zeitz zu verbrennen, um mit seinem Freitod gegen die Unter-

drückung der christlichen Lehre und Erziehung zum Haß durch das SED-Regime zu protestieren.
Über hundert Menschen sehen die mit Benzin übergossene lebende Fackel. Das Feuer wird zwar sofort von MfS-Mitarbeitern gelöscht, aber Oskar Brüsewitz stirbt nach 4 Tagen im Krankenhaus.
Die evangelische Kirchenleitung distanziert sich damals von der Selbstverbrennung, denn Selbstmord ist durch die Religion verboten und gilt für gläubige Christen als schwere Sünde. Das SED-Regime versucht später vergeblich, den Pastor als Geisteskranken hinzustellen.

09.09.1976

China: Mao Zedong stirbt am 9. September 1976 im Alter von 82 Jahren an den Folgen der Parkinsonschen Krankheit (x175/706).
Nach Maos Tod entbrennt ein erbitterter Machtkampf um die Führung der Kommunistischen Partei Chinas. Die sogenannte "Viererbande" (linksradikale Fraktion um Maos Witwe Jiang Qing) wird schließlich mit Hilfe der chinesischen Armee durch die pragmatisch-gemäßigten Kommunisten ausgeschaltet.

03.10.1976

BRD: Während der 8. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 3. Oktober 1976 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 48,6 %, SPD = 42,6 %, FDP = 7,9 %, Sonstige = 0,9 %.<<

21.11.1976

Großbritannien: Der britische Diplomat Sir Denis Allen (1910-1987) schreibt am 21. November 1976 an den nordamerikanischen Historiker Alfred M. de Zayas (x028/243): >>Sämtliche Potsdamer Abmachungen waren eindeutig als vorläufig gedacht, in dem Sinne, daß man mit einer endgültigen Friedensregelung rechnete. Einerseits machte man sich keine Illusionen über die voraussichtlichen Schwierigkeiten, spätere Änderungen durchzusetzen, vor allem im Hinblick auf die territorialen Vereinbarungen im Osten, wo die Russen im Besitz des Gebietes waren.
Andererseits faßten wir es nicht so auf, daß es die Aufgabe irgendeiner künftigen Friedenskonferenz sein werde, einfach die Potsdamer Vereinbarungen zu bestätigen, auch nicht, was die polnisch-deutsche Grenze und die Umsiedlung deutscher Einwohner anging. ...<<

15.12.1976

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Schmidt am 15. Dezember 1976 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

1976

BRD: Die katholische Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschland erklärt im Jahre 1976 (x075/133-134): >>Wir sind das Land, dessen jüngste politische Geschichte von dem Versuch verfinstert ist, das jüdische Volk systematisch auszurotten.
Und wir waren in dieser Zeit des Nationalsozialismus, trotz beispielhaften Verhaltens einzelner Personen und Gruppen, aufs Ganze gesehen doch eine kirchliche Gemeinschaft, die zu sehr mit dem Rücken zum Schicksal dieses verfolgten jüdischen Volkes weiterlebte, deren Blick sich zu stark von der Bedrohung ihrer eigenen Institutionen fixieren ließ und die zu den an Juden und Judentum verübten Verbrechen geschwiegen hat. ...<<

1977

Alle Dinge haben einen Preis, der Mensch allein hat Würde.
Immanuel Kant (1724-1804, deutscher Philosoph)

28.02.1977

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (10/1977) berichtet am 28. Februar 1977:
>>**BRANDT: Lügenhafte Kampagne**
Hat Willy Brandt Geld von der CIA bekommen? Berichte in den USA über Kontakte Brandts mit dem amerikanischen Geheimdienst vermengen Wahres mit Falschem.
Für Robert P. B. Lohmann, Mitarbeiter in der New Yorker Außenstelle der Central Intelligence Agency, des amerikanischen Geheimdienstes, war die Order klar und knapp. Um jeden Preis, so der Auftrag, sei das Exposé zu beschaffen, das im Schreibtisch eines Verlagshauses in New York liege und eine Gefahr für die Sicherheit der USA darstelle.
Agent Lohmann wußte, wie man ein solches Papier beschafft. Ob er nun selber in das Verlagsbüro einbrach oder ob ihm dort ein Konfident unter den Angestellten half -- am 12. März 1972 lag der CIA-Leitung das Schriftstück vor. Es war das Exposé über ein umfangreiches Manuskript, das der ehemalige CIA-Beamte Victor Marchetti, bis 1969 einer der führenden Rußland-Experten der CIA, zur Veröffentlichung anbot.
Was die CIA-Oberen da lasen, bestätigte ihre schlimmsten Befürchtungen. Marchetti war offenbar entschlossen, die intimsten Geheimnisse des Dienstes auszuplaudern. Eine seiner heikelsten Enthüllungen: Willy Brandt sei in den fünfziger Jahren von der CIA finanziell unterstützt worden.
Brandt, so wußte Marchetti zu berichten, habe sich so guter Beziehungen zum US-Geheimdienst erfreut, daß seinen amerikanischen Gastgebern keine größere Aufmerksamkeit eingefallen sei, als ihn bei einem Dinner im Weißen Haus am 10. April 1970 mit dem Mann zusammenzubringen, der jahrelang sein Kontaktmann in der CIA gewesen sei.
Autor Marchetti malte sich die Szene aus: Da habe der Bonner Kanzler an der Seite seines alten CIA-Freundes an der Dinnertafel gesessen und den Songs des Stars Pearl Bailey gelauscht, ohne daß die übrigen Gäste gewußt hätten, wer der Nachbar Brandts gewesen sei. Denn: Entgegen allem Brauch sei der Name des CIA-Mannes nicht auf die Gästeliste gesetzt worden.
Die CIA-Manager beeilten sich, Marchetti an der Veröffentlichung solcher Storys zu hindern. Zwei US-Marshalls händigten ihm eine einstweilige Verfügung des zuständigen Gerichts aus, die Marchetti verpflichtete, den Inhalt des Exposés mit keiner anderen Person, auch nicht seiner Frau, zu erörtern und das Buchmanuskript der CIA-Führung zur Prüfung vorzulegen. Die Lektüre des Textes genügte der CIA, sofort die Gerichte anzurufen und die Streichung von 339 Passagen des Marchetti-Manuskripts zu verlangen, darunter auch die Ausführungen über Brandt.
Die CIA ließ sich zwar in einem komplizierten Prozeß 171 Streichungen wieder abhandeln, ehe Marchetti 1974 sein Buch "The CIA and the Cult of Intelligence" veröffentlichen durfte, doch das Unglück war schon geschehen. Allzu rasch sprach sich herum, daß Marchetti auch den Satz habe tilgen müssen, Brandt gehöre zu jenen europäischen Politikern, die man in der ND-Sprache "Einflußagenten" Amerikas nenne.
Die Marchetti auferlegten Bedingungen (er wurde vom Gericht verpflichtet, auch nicht unter der Hand über den Inhalt der Streichungen zu sprechen) befremdeten Amerikas Öffentlichkeit. "Daß Willy Brandt", grollte die "New York Times", "als junger Politiker nach dem Krieg von der CIA Geld nahm, mag für ihn politisch peinlich sein, aber verfassungswidrige Zensur auszuüben, um diese Tatsache zu unterdrücken, ist mehr, als wir selbst dem entgegenkommendsten ausländischen Politiker schulden."

Ex-Kanzler Brandt indes, verletzt von der Grobheit solcher Unterstellungen und eine neue Diffamierungskampagne im Stil von Anti-Frahm befürchtend, schwieg und überließ das Dementieren den Bonner SPD-Sprechern. Erst als Mitte Februar der Watergate-Jäger Bob Woodward in der "Washington Post" die Marchetti-Story wieder aufgriff und in einer langen Liste international renommierter CIA-Geldempfänger auch Brandts Namen aufführte, schritt der SPD-Vorsitzende ein.

Brandt verwahrte sich gegen "die lügenhafte Kampagne" und stellte kategorisch fest: "Mir sind solche Mittel zu keinem Zeitpunkt zugegangen, weder zugunsten meiner Partei noch für irgendeinen anderen Zweck." Er schickte SPD-Geschäftsführer Egon Bahr mit einem Brief ins Weiße Haus, in dem er US-Präsident Carter bat, "die zuständige Stelle Ihrer Regierung zu der gebotenen Klarstellung zu veranlassen".

Jimmy Carter schrieb postwendend, "grundlose Gerüchte" könnten Brandts internationale Reputation nicht erschüttern. Carter: "Ich wünschte, daß es in meiner Macht stünde, diese grundlosen Beschuldigungen Ihrer Person gegenüber von vornherein zu verhindern, aber dies ist ein Preis, den wir für die Regierungsform, der wir uns beide verbunden fühlen, zu entrichten haben."

Brandt zeigte sich befriedigt und zog sich erneut in sein Schweigen zurück. Erläuterungen, die über das Carter-Schreiben hinausgehen, mag er nicht geben.

So läuft denn Willy Brandt weiterhin Gefahr, von einer Gesellschaft mißverstanden zu werden, deren zeitgeschichtliches Gedächtnis ohnehin notorisch kurz ist. Denn: Seinen zeitweiligen Kontakten zum US-Geheimdienst hat stets das Anrüchige gefehlt, das heute solchen Beziehungen anhaften mag -- für ihn waren sie nur zeitlich begrenzte Hilfsmittel im Kampf gegen die totalitären Mächte der Zeit.

Das hatte 1943 begonnen, als der Doppel-Flüchtling Brandt im neutralen Stockholm Bundesgenossen für den Kreuzzug zur Befreiung seiner norwegischen Wahl- und seiner deutschen Heimat suchte. Er leitete damals das "Schwedisch-Norwegische Pressebüro", das Nachrichten über das deutschbesetzte Skandinavien und über Deutschland sammelte.

Brandt kannte Widerstandskreise in Norwegen, er gehörte einem von emigrierten Sozialisten gebildeten "Studienzirkel für Friedensziele" an, über den norwegischen Arbeiterführer Tranmäl bekam er auch Tuchfühlung zu sowjetischen Diplomaten. Und er hatte Zugang zu einem Informantenring auf deutschen Ostseeschiffen, den sein Freund August Enderle, ein Vertreter des Internationalen Transportarbeiterverbandes, organisiert hatte.

Wen will es da wundern, daß die US-Botschaft und das "Office of Strategie Services" (OSS), Vorläufer der CIA, auf Brandt aufmerksam wurden. Ein amerikanischer Journalist in Stockholm, den Brandt kannte, vermittelte den Kontakt, und ab etwa Spätsommer 1943 bediente er die Amerikaner mit Informationen und Analysen über die Lage Hitler-Deutschlands.

Die OSS-Männer merkten freilich bald, daß die informatorischen Möglichkeiten des Emigranten recht begrenzt waren. Seine Mitteilungen über den innerdeutschen Widerstand erwiesen sich oft als unzutreffend; so hielt er den Hitler-Attentäter Stauffenberg für ein Werkzeug der Gestapo oder die sowjetische Spionageorganisation "Rote Kapelle" für eine Widerstandsgruppe, die vergeblich Kontakt zu Moskau gesucht habe.

Desto mehr beeindruckte den US-Botschafter Herschel V. Johnson, was Brandt über Wesen und Zukunft einer deutschen Nachkriegsdemokratie formulierte. "Brandt ist ein junger, aber offensichtlich kluger und gewissenhafter Beobachter der deutschen Szene", schrieb Johnson am 22. Mai 1944 an das State Department, "und einer der Vertreter des Office of Strategie Services, der mit den deutschen Flüchtlingskreisen in Schweden gut vertraut ist, meint, daß Brandt zu den Fähigsten dieser Kreise gehört und höchstwahrscheinlich nach dem Krieg eine Rolle spielen wird" (siehe Dokument Seite 46).

Johnsons Interesse an dem Emigranten wuchs, und das mag Brandt bewogen haben, immer

enger an die Amerikaner in Stockholm heranzurücken. Hier war eine ideale Chance, den Kurs des künftigen Deutschlands zu beeinflussen, die Besatzungspolitik der kommenden Sieger vor möglichen Fehlentwicklungen zu bewahren.
Brandt riet den Amerikanern, "enge und freundliche Beziehungen zu exilierten deutschen Arbeiterführern" aufzunehmen -- Johnson kabelte den Rat nach Washington. Brandt legte ein von ihm mitverfaßtes Memorandum über die Nachkriegspolitik deutscher Sozialisten vor -- Johnson lobte: "Eine der wichtigsten Erklärungen der deutschen Opposition oder Emigration."
"Die Botschaft", schrieb Johnson am 6. Oktober 1944 an den Staatssekretär des US-Außenministeriums, "glaubt mit allem Respekt, daß die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Gruppen, die hinter dem Memorandum stehen, nicht übersehen werden sollte." Seither galt Willy Brandt als eine Art Geheimtip amerikanischer Deutschland-Politiker.
Seine amerikanischen Freunde behielten ihn auch im Auge, als er 1947 endgültig seine norwegische Staatsbürgerschaft aufgab und sich der deutschen Politik verband. Der Zufall wollte es, daß ihn schon sein erster Posten in West-Berlin wieder mit US-Vertretern zusammenbrachte: Ab Januar 1948 leitete Brandt das Berliner Sekretariat des SPD-Parteivorstandes und war zuständig für die Verbindungen zu den West-Alliierten.
Das brachte ihn auch in die dienstliche Nähe des Ostbüros der SPD, einer jener undurchdringlichen Gruppen im Dschungel Berliner Ost-West-Gegensätze, die -- halb Hilfsorganisation, halb Informationsdienst -- in die DDR hineinwirkten und eines gemeinsam hatten: den Finanzier aus den Reihen des US-Geheimdienstes.
"Plumpsbacke" (so der Spitzname des für West-Berlin zuständigen US-Geheimdienstchefs Wallach) finanzierte, wo immer er Kalte Krieger gegen den Osten witterte: das Ostbüro, die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, den Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen. Thomas Braden, Chef der Abteilung "Internationale Organisation" in der CIA-Zentrale, plante im fernen Washington die Strategie der konspirativen Subvention.
Sie erreichte fast alle Verbände und Institutionen in West-Berlin, den "Kongreß für die Freiheit der Kultur" ebenso wie Parteien und Gewerkschaften. Verteilt wurde das Geld auf verschiedenen Wegen: mal über die Kasse des Chefredakteurs der US-geleiteten "Neuen Zeitung", mal über die Ford Foundation, mal über die Europavertretung des US-Gewerkschaftsverbandes AFL.
Doch nichts spricht dafür, daß Brandt, wie immer er zur CIA stand, jemals zu den Geldempfängern des Mr. Braden gehört hat. Auch die christsozialen Brandt-Gegner, die Marchettis Story vor den Bundestag bringen wollen, werden bald merken, daß der Stoff für eine Anti-Brandt-Attacke ungeeignet ist.
Nicht einmal Victor Marchetti lädt zu solcher Polemik ein. "Die CIA", warnte er unlängst, "hat das damals für viele Politiker in Westdeutschland getan, für Sozialdemokraten und Christliche Demokraten. Es war eben Kalter Krieg."<<

17.03.1977

Polen: Prof. C. Pilichowski (polnischer Direktor der Hauptkommission zur Erforschung der NS-Verbrechen in Polen) berichtet am 17. März 1977 im "Radio Warschau" über die "Umsiedlung der Deutschen" (x028/144): >>... Hier muß ganz deutlich und mit reinem Gewissen gesagt werden, daß Polen die Aussiedlung von Deutschen aus den westlichen und nördlichen Gebieten, eigentlich aus dem Gebiet ganz Polens, auf der Grundlage der Beschlüsse des Potsdamer Vertrages vom 2. August 1945 durchgeführt hat, also auf der Grundlage des Völkerrechts und der Beschlüsse der Antihitler- und internationalen Koalition.<<

28.03.1977

Belgien: Portugal stellt am 28. März 1977 einen Beitrittsantrag zur EG.

März 1977

BRD: Die Staatsanwaltschaft in Hagen schließt im März 1977 nach fast 12jähriger Nachfor-

schung die Ermittlungen über die im polnischen Internierungslager Lamsdorf verübten Verbrechen ergebnislos ab.
Der Mordvorwurf richtete sich gegen 7 Polen und einen Deutschen, die vermutlich in Polen wohnhaft waren (x028/144).

28.04.1977

BRD: Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilt Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe nach 192 Verhandlungstagen am 28. April 1977 wegen vierfachen Mordes und 34fachen versuchten Mordes zu jeweils lebenslangen Freiheitsstrafen.

01.07.1977

BRD: In der Bundesrepublik Deutschland tritt am 1. Juli 1977 die Reform des Ehe- und Familienrechts in Kraft. Bei Scheidungen wird danach zukünftig das Schuldprinzip durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt. Ehen können jetzt ohne Schuldnachweis oder gegen den Willen des Ehepartners geschieden werden.

28.07.1977

Belgien: Spanien stellt am 28. Juli 1977 eine Antrag auf Beitritt zur EG.

30.07.1977

BRD: RAF-Mitglieder erschießen am 30. Juli 1977 in Oberursel (Taunus) den Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank, Jürgen Ponto (1923-1977).

05.09.1977

BRD: RAF-Mitglieder entführen am 5. September 1977 in Köln den Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, um 11 inhaftierte RAF-Mitglieder freizupressen. Während der Entführung erschießen die Geiselnehmer Schleyers Fahrer und drei Sicherheitsbeamte.

18.10.1977

Somalia/BRD: In Mogadischu stürmt die deutsche Spezialeinheit GSG 9 am 18. Oktober 1977 das von Terroristen entführte Flugzeug der Lufthansa. Bei der Stürmung der "Landshut" werden innerhalb von neunzig Sekunden sämtliche Passagiere aus der Maschine befreit und drei Entführer getötet.
Die zu lebenslanger Haft verurteilten RAF-Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe begehen am gleichen Tag in Stuttgart-Stammheim in ihren Zellen Selbstmord.

19.10.1977

Frankreich: Der entführte Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer (1915-1977) wird am 19. Oktober 1977 in Mühlhausen/Elsaß ermordet aufgefunden.

23.11.1977

BRD: Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, von 1974-82 Bundeskanzler, herausragender Politiker der Bundesrepublik Deutschland) hält am 23. November 1977 eine Rede in Auschwitz.
Er bezeichnet die "heutigen Deutschen" als persönlich nicht schuldig, bejaht aber eine "Mitverantwortung" auch der nachwachsenden Generationen für die deutsche Geschichte (x051/-321).

1978

> Geld verloren, nichts verloren, Mut verloren, viel verloren, Ehre verloren, alles verloren.
> *Sprichwort aus Deutschland*

Februar 1978

BRD: Die Exilzeitschrift "Svedectvi" ("Das Zeugnis") veröffentlicht im Februar 1978 die "Thesen zur Vertreibung" des slowakischen Historikers Danubius (eigentlich Jan Mlynarik, 1933-2012).
In diesem Bericht kritisiert Danubius besonders die tschechoslowakischen Historiker wegen ihres Mangels an Mut, sich mit den Ursachen und Folgen der Menschenrechtsverletzungen

auseinanderzusetzen (x020/150-151): >>... Der Transfer der tschechoslowakischen Deutschen ist vor allem eine Angelegenheit des Studiums der tschechoslowakischen Geschichtsschreibung und Literatur, unser offenes, umgangenes und häufig peinlich interpretiertes Problem. ...
Gegen die tschechoslowakischen Deutschen wurde so vorgegangen, wie die deutschen Faschisten und die Gestapo gegen die Juden vorgegangen sind ... Man ist gegen sie so vorgegangen, wie gegen die Häftlinge der Konzentrationslager des faschistischen Deutschlands gegen Ende des Krieges, die Todesmärsche eingeschlossen. ...
Die Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen ist nicht nur eine deutsche Tragödie, sondern es ist auch unsere Tragödie. Mit ihr und mit ihren Folgen müssen wir uns, vor allem selber unter uns und für uns, auseinandersetzen.
Was deutsch ist, im Bösen wie im Guten, das überlassen wir den Deutschen. Unsere Schuld müssen wir in voller Eigenverantwortung selbst erkennen, wenn wir nicht weitere, sich wiederholende Handlungen dieser Tragödie erleben wollen.<<

12.06.1978

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (24/1978) berichtet am 12. Juni 1978 über das Buch "Kudenow oder An fremden Wassern weinen" des deutschen Journalisten und Schriftstellers Arno Surminski: >>**Chronik aus dem Stall**

Sibirisch kalt war der Winter 1946, als Kurtchen Marenke, vom selben Jahrgang 34 wie sein Autor, nach langer Wanderung im holsteinischen Kaff Kudenow Mutter und Schwester wiederfand. Nun haust und hungert er mit ihnen im Hühnerstall des reichen Bauern Fiete Kock, gleich neben der Scheune, wo die vielen anderen "Beutegermanen" kampieren -- Flüchtlingslos nach dem großen Krieg, als "im Osten die Dämme brachen, und die riesige Menschenflut hereinquoll ins "Land zwischen den Meeren".
Der in Hamburg lebende Wirtschaftsjournalist Arno Surminski, der vor vier Jahren in seinem autobiographischen Erstlingsroman "Jokehnen" eine ostpreußisch-ländliche Kindheit der Hitler-Ära bis zum Schreckensfinale beschrieb (Untertitel: "Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?"), kann sich auch dieser endlosen Null-Stunde gut noch erinnern: der Notaufnahmelager, Bahnhofsmissionen und Züge voll verdreckter Gestalten, der Schleichpfade über die Zonengrenze, der Schieber, Schwarzhändler und Kartoffelfechter, der Zigarettenwährung und der 1.300 Kalorien pro Tag.
In den Dörfern verfluchten die Einheimischen, wohlgenährt von Wurst und Speck, die Millionen fremder Hungerleider, diese verlauste "Mischung aus Polen und Deutschen mit asiatischem Einschlag", die ihren Frieden störte: "Geht doch hin, wo ihr hergekommen seid!"
Und während viele Mutter Marenkes der masurischen Heimat nachtrauerten und dem Mann, den die Russen vor ihren Augen erschossen, und dem älteren Sohn, der auch nicht mehr zurückkam, besang Rudi Schuricke im Radio die "Capri-Fischer".
Hiobs-Tage, aber Kurtchen nimmt sie nicht allzu tragisch. Er klaut den harten Dörflern Äpfel und Eier, steckt ihnen auch mal ungestraft eine Scheuer in Brand. Am liebsten hockt er zwischen Spinnweben im Halbdunkel des Stallboden-Verstecks, träumt von der handlichen Maschinenpistole des jungen Pjotr aus Nowgorod und spielt mit der Kollektion von Kriegsorden, inklusive Ritterkreuz, die er auf seinen Irrfahrten erbeutet hat. Und ganz allmählich wächst er dabei satteren, besseren, normalen Zeiten entgegen: der Währungsreform, ... dem Honigmond der Bundesrepublik.
Surminski ist gewiß kein Autor von hochliterarischen Finessen. Unbefangen und ohne Pathos. in einfachen Sätzen und schlichter Psychologie entsinnt er sich des Kurtchens, das er selbst wohl einmal war.
Doch das Garn ist solide. Seine holsteinische Flüchtlings-Pastorale voller Lindenblüten-Duft und Kuhstall-Dunst, mittlerweile auf der SPIEGEL-Bestsellerliste, liefert, für jeden halbwegs beteiligten Zeitgenossen deutlich erkennbar, die ziemlich exakte Chronik der noch einmal

Davongekommenen.<<

16.06.1978

USA: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 16. Juni 1978 über die US-Serie "Holocaust": >>**Und dann ... Und dann ...**

In den amerikanischen Zeitungen reißt die Flut von Zuschriften und Artikeln als Reaktion auf die Ausstrahlung des Fernsehfilms "Holocaust" über die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis nicht ab. Viele dieser Artikel sind nicht von Journalisten oder Schriftstellern, sondern von normalen Bürgern, Überlebenden der Konzentrationslager, geschrieben.

An dem Tag, wo ich dies schreibe, sind allein in der "Los Angeles Times" fünf längere Artikel und eine Rezension dreier Bücher über dieses Thema erschienen, es wird gemeldet, daß Universitäten Vorlesungen über "Holocaust" vorbereiten, eine sogar einen Lehrstuhl eröffnet hat, daß Präsident Carter eine Gedenkstätte errichten läßt. Man hat den Eindruck, daß der Film im ganzen Land Trauer und Besinnung ausgelöst hat. Warum gerade jetzt?

Am 20. April dieses Jahres veröffentlichte die "Los Angeles Times" auf ... auffälliger Stelle, den Beitrag eines mir bisher unbekannten Mannes namens Allen Levy, der im Jahre 1950 als Kind in Brooklyn im Restaurant seiner Großmutter beobachtete, wie ein Gast mit dem Essen auf einmal aufhörte, sich eine Serviette in den Mund stopfte und, die Fäuste gegen den Kopf gepreßt, zu heulen anfing, dann auf den Tisch trommelte und schrie, was man freilich kaum hörte.

Levy rannte in die Küche, wo ihn seine Großmutter beruhigte: der Mann war in einem deutschen Konzentrationslager gewesen, wo er seine ganze Familie hatte sterben sehen. Jetzt, wenn er das Herannahen der Erinnerung spürte, stopfte er sich, um die Schreie zu dämpfen, eine Serviette in den Mund.

Dieses bedeutende Zeugnis eines Kindes, das einem Zeugen die Stimme leiht, dessen eigene Aussage in dem Schrei bestand, den er immer unterdrückte - eine Art Evidenz, die in Geschichtsbüchern fehlt -, ist für mich so wertvoll, weil es genau zeigt, wie wenig oder wie viel an Grauen ich für darstellbar halte. Levys Zeugenaussage belegt ein für allemal die unversöhnliche Feindschaft zwischen so extremem Leiden und seiner Artikulation; Leiden kann sich nicht selbst vermitteln, braucht das Medium eines andern.

Wenn sich nun einer, wie das ja im Film geschieht, zumutet, die Massenvernichtung von Menschen durch die deutschen Faschisten darzustellen, so müßte, dachte ich, seine Darstellung den "Schrei" dämpfen. Nur so könnte Ästhetisierung, die Unerträglichkeit einer miserablen oder geglückten künstlerischen Darstellung, Abstumpfung, Gewöhnung und so weiter vermieden, die Darstellung authentisch werden. Es muß spürbar sein, daß man sich schämt, etwas zu spielen, wozu man eigentlich gar nicht die Kraft haben dürfte. Also die kompulsive Unterdrückung des Schreis beglaubigt ihn und macht seine Quelle hörbarer, da er näher bei uns ist, denn Brooklyn ist überall näher als Auschwitz.

Jedenfalls erst die Lektüre, Artikel und die Kommentare von Freunden überredeten mich, mir Holocaust ... nachträglich bei einem Freund anzusehen, der es (ohne die vulgären Werbespots von etwa zwei Stunden Gesamtlänge) auf Videokassette aufgezeichnet hatte.

Der Film besteht aus vier Teilen, die an aufeinanderfolgenden Abenden, jeweils etwa zweieinhalb Stunden lang, ausgestrahlt wurden. Erste Szene: Sommerhochzeit im weitläufigen Garten eines Hotels, Berlin 1935. Lachen, Gesprächsfetzen, die Kamera bewegt sich rückwärts und erfaßt langsam Garten und Haus. Nichts Besonderes ereignet sich. Ein Onkel des Bräutigams ist aus Warschau zu Besuch gekommen und heißt Moses Weiss. Bei Erwähnung dieses Namens Großaufnahme eines der Hochzeitsgäste, der die Augenbrauen zusammenzieht.

Mit ähnlich einfachen Mitteln wird in den folgenden Szenen gearbeitet: In Dr. Weiss' Sprechzimmer erfährt das junge Ehepaar Dorf, daß Frau Dorf einen kleinen Herzfehler hat und auf-

passen muß. Später: beide, Eric und Marta Dorf auf einer Parkbank in Berlin. Als Sohn eines Bäckers hat Eric Jura studiert und ist jetzt Rechtsanwalt, aber arbeitslos, und so weiter.
Also ein langsamer, freilich ominöser Anfang, künstlerisch indiskutabel, aber auch ohne eine Spur falscher Prätention. Die Naivität, mit welcher die aneinandergereihten Szenen das Schicksal einiger Familien verfolgen, erinnert an den simplen Aufbau der "soap opera". Praktisch die einzige Formel dieses Erzählens ist das kindliche (epische): "Und dann ... Und dann ... Und dann ..."
Viele dieser Szenen könnten, leicht ausgebaut, für sich selbst bestehen; etwa die erste als Beispiel (für den) täglichen Antisemitismus: wie ein Zitat der Wirklichkeit. Für jemanden, der den Film nicht gesehen hat, mag es obszön klingen: aber die lakonische Gestaltlosigkeit der "soap opera" läßt auch in den späteren Szenen das Gezeigte als "täglich" und glaubwürdig erscheinen.
Ein paar Szenen später erscheint in Dr. Weiss' Sprechzimmer wieder der Rechtsanwalt Eric Dorf, diesmal ohne seine Frau, aber mit einem Dienstausweis der SS, und eröffnet dem Arzt, er habe sich strafbar gemacht, da er eine "Arierin" (frühere Hausangestellte, die er hatte entlassen müssen) behandelt habe. SS-Leutnant Dorf teilt dem Arzt mit, daß er "persönlich" nichts gegen ihn habe (ein Satz, der sich leitmotivisch durch den Film zieht), aber er solle aus Deutschland verschwinden: "Verschwinden Sie!" wiederholt er. Dr. Weiss zählt die Beschränkungen auf, denen die Juden 1938 ausgesetzt sind und schließt mit der Frage: "Was können Sie uns eigentlich noch antun?"
Er unterbricht die Sprechstunde, eilt zu seiner Frau, die mit der Tochter Anne am Klavier sitzt. Anne wird rausgeschickt. Seine Versuche, die Frage der sofortigen Emigration ("Aber wohin?" "Kein Land will die Juden!") mit seiner Frau zu erörtern, scheitern vollkommen glaubwürdig an der alles überdeckenden Alltäglichkeit, auch dem Glück dieses abgeschiedenen Familienlebens ("Wir sprechen später drüber!" sagt sie), ferner dem Pflichtgefühl für seine jüdischen Patienten, schließlich – vielleicht am überzeugendsten –, am Glauben an ein "Deutschland", das es schon nicht mehr gibt.
"Wir werden's schon überleben", sagt seine Frau, "dies ist das Land Beethovens, Schillers und Mozarts!" "Das stimmt", sagt er, "aber leider ist keiner von denen an der Macht!"
Etwa von hier an werden die Ereignisse wiederholt bis zu einem Punkt geführt, wo man den Fernseher abstellen möchte. Diese episodische Steigerung ist wahrhaftig, weil der Film, um der historischen Wirklichkeit gerecht zu werden, ein Entsetzen auf das andere wälzen muß. Nur die provozierende Kunstlosigkeit der "soap opera" ist diesem schrecklichen, stumpfen Nacheinander wirklicher Abläufe gewachsen: der erste Steinwurf ins Wohnzimmer der Familie Weiss, die Mißhandlung eines jüdischen Veteranen des Ersten Weltkrieges in der "Kristallnacht" ("Es gibt doch so viele anständige Offiziere im Heer", sagt er, "die werden das nicht zulassen!"
Und: "Ich verstehe es nicht! Deutschland braucht doch eine starke Wirtschaft! Und von dieser Wirtschaft sind wir doch ein Teil!"), die Vergewaltigung der kleinen Anne Weiss durch SA-Bestien (sie erleidet einen Nervenschock und wird, zusammen mit anderen "Geisteskranken", in einem deutschen Sanatorium umgebracht) und – vielleicht am erschütterndsten: die Arglosigkeit, mit der die Juden sich, mit Proviant versehen, gleich Urlaubsreisenden, von Angehörigen begleitet, die ihnen noch lange nachwinken, mit Marschbefehlen immer wieder, immer wieder zum Bahnhof begeben und die Todeszüge besteigen.
Als er nach Polen verschickt wird, sagt Dr. Weiss auf dem Bahnsteig im eleganten Mantel mit Pelzkragen zu seiner Frau, die ihn zum Zug bringt: "Aber den Flügel darfst du nicht verkaufen!" und sie, wobei er lächelt, sagt zu ihm: "Vergiß nicht, in Polen die Stiefel zu tragen!"
Trost gibt es in diesem Film wenig, das allein spricht schon für den Wahrheitsgehalt dieses Films. (Man bedenke, was es bedeutet, wenn im hiesigen, kommerziellen Fernsehen, das sonst

nur durch "Unterhaltung" zum dauernden Vergessen von allem, was wichtig ist, anstiftet, plötzlich zu etwas Edlem aufgefordert wird: zum Erinnern!)
Dieses bißchen Trost aber braucht man, um den Film ertragen zu können. Der Trost ist in den Szenen, in denen Widerstand gezeigt wird: Partisanenkämpfe, die heldenhafte Verteidigung des Warschauer Gettos gegen eine Übermacht deutscher Barbaren, ferner der historisch getreue Ausbruch der Gefangenen aus dem Konzentrationslager Sobibor unter der Führung von Kriegsgefangenen der Roten Armee (einer der Überlebenden hat sich inzwischen in der "Los Angeles Times" zu Wort gemeldet, er hat ein Radiogeschäft in St. Barbara).
Diese Szenen sind offensichtlich mit der Absicht in den Film eingebaut, die vielleicht hier und dort vereinzelt noch vertretene Ansicht zu zerstreuen, man könne den Faschismus mit Hilfe von Leitartikeln, Gebeten oder drohendem Hin- und Herbewegen des Zeigefingers besiegen. "Ich bin noch immer nicht überzeugt davon, daß sie uns umbringen wollen! Was hätten sie denn von toten Juden?" oder: "Kämpfen – so etwas tut man nicht als Jude!" sagen diese Menschen auf ihrem Weg in die Gaskammern. Der Film ist somit auch eine Abrechnung mit einem heuchlerischen oder naiven Pazifismus.
In der Kritik wurde gelobt, daß die Deutschen, das heißt also: die nicht jüdischen Deutschen, in diesem Film differenzierter dargestellt werden als in früheren Hollywoodfilmen. Das stimmt. Aber dadurch, daß einzelne positiv (Inge Helm, die ihrem jüdischen Mann ins Konzentrationslager folgt, ein Anti-Nazi-Priester, ein Ingenieur, ein einzelner SS-Soldat), die anderen differenzierter dargestellt sind, werden alle insgesamt glaubhafter, und, indem sie glaubhafter werden, rätselhafter, furchterregender, etwa beim Verkaufsgespräch des Vertreters eines deutschen Chemiewerkes (wiederholt erwähnt wird auch die Kollaboration des IG-Farben-Konzerns).
Vollkommen überzeugend ist die Darstellung des vorher erwähnten, später zum SS-Major beförderten Rechtsanwalts Eric Dorf, eines der Hauptverantwortlichen für jene Sache, für die unsere geschundene Sprache das Wort "Endlösung" hergeben mußte. "Es ist erstaunlich, wie sie alles mitmachen!" sagt er anläßlich einer Massenermordung und danach sehen wir ihn am weihnachtlichen "Bechsteinflügel" ("Ich sehe meine Kinder an und ich weiß, daß ich das Richtige tue!").
Wichtig sind zwei häusliche Szenen mit seiner Frau Marta. Weinend vor Selbstmitleid charakterisiert er seinen Freund, den Kommandanten des Vernichtungslagers Treblinka, folgendermaßen: "Er ist ein herzensguter Mensch. Er liebt seine Kinder, Tiere, die Natur!" Sie tröstet ihn: "Du bist mein Kindchen!" sagt sie. Und später, als ihr Bilder von Leichenbergen in die Hände kommen, gegen Ende des Krieges: "alle Bilder, alle Dokumente müssen vernichtet werden, damit niemand etwas weiß, damit niemand Lügen von euch erzählen kann!"
Die Schlußszene zeigt uns zwei Überlebende: Rudi Weiss, der mit einer Gruppe Partisanen gekämpft hatte, und Inge Helm, deren Mann den Folterungen der SS erlegen ist, Rudi geht nach Palästina, Inge: "Zurück nach Deutschland, aber ich bleibe nicht dort."<<

17.06.1978

BRD: Bundespräsident Walter Scheel erklärt am 17. Juni 1978 während seiner Rede zum 25. Jahrestag des "Tages der deutschen Einheit" (x156/112-117): >>... Der 17. Juni 1953 war ... eine Tragödie für viele Menschen in der DDR und Ost-Berlin. Sind wir also hier zusammengekommen, um der Opfer des Volksaustandes zu gedenken? Ist dieser Tag also so etwas wie ein anderer Volkstrauertag?
Doch wird nicht auch gesagt: Gerade dieser Aufstand 1953 sei ein Zeichen der Hoffnung, ein Zeugnis des Friedenswillens unseres Volkes, ein Augenblick unserer Geschichte, auf den wir stolz sein dürfen? Ist dieser Tag ein Tag der Trauer oder ein Tag des Stolzes?
25 Jahre sind seitdem vergangen. Die Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Der Freiheitswille hat nicht gesiegt. Hoffen wir auf einen neuen Volksaufstand in der DDR? Wollen wir, indem

wir den Tag der deutschen Einheit begehen, unsere Landsleute ermuntern, erneut einen solchen Aufstand zu wagen? Keiner könnte das guten Gewissens tun.
Warum aber erinnern wir dann uns und sie an diesen Tag vor 25 Jahren? Reißen wir da nicht Wunden auf, die besser geschlossen bleiben? ...
Man könnte sagen: Wir müssen unseren Landsleuten in der DDR zeigen, daß wir sie nicht "abgeschrieben" haben, wie man so sagt. ...
Und erinnert uns dieser Tag nicht daran, wie wenig wir selber getan haben, um die Freiheit zu erlangen? Daß wir selbst nicht in der Lage waren, uns aus eigener Kraft von der Gewaltherrschaft zu befreien? Daß es der Kräfte fast der ganzen Welt bedurfte, um einem Teil der Deutschen die Freiheit zu bringen? Daß es nicht unser "Verdienst ist, wenn wir heute das Glück haben, in einem freien Lande zu leben? Und daß es nicht die "Schuld" unserer Landsleute ist, wenn sie immer noch in Unfreiheit leben? Sie haben immerhin um die Freiheit gekämpft. Sie sind unterlegen. Wir haben Glück gehabt; wir brauchten nicht zu kämpfen.
Und führt uns so dieser Tag nicht auch vor Augen, daß die Teilung Deutschlands ein Ergebnis unserer Geschichte ist, einer Geschichte voll von Irrtümern, Herrschaftswahn, Ideologie, Gewalt?
Fragen über Fragen. Ich möchte mit diesen Fragen nicht den 17. Juni in Frage stellen. Ich möchte mit ihnen darauf hinweisen, daß der 17. Juni uns viele Fragen stellt.
Ein Tag des Gedenkens, der Trauer, der Besinnung, der Scham, der Hoffnung, der Verpflichtung auf ein großes Ziel – ein beunruhigender Tag, ein deutscher Tag, der es nicht zuläßt, daß wir uns in Selbstgerechtigkeit üben.
Ein Tag des Gedenkens und der Besinnung. Wir müssen uns immer wieder vor Augen führen, daß für die Menschen in der DDR die Unfreiheit nicht 1949 begann – sie begann im Jahre 1933. Ein Mensch, der 1933 in Leipzig geboren wurde und dort bis heute lebt, hat noch keinen Tag der Freiheit gesehen. Und heute ist er 45 Jahre alt.
Gewaltherrschaft, Krieg, Judenmord, die Zerstörung unseres Landes, die Teilung – als das ist eine Folge von 1933. Wenn wir des 17. Juni 1953 gedenken, kommen wir nicht daran vorbei, das Jahr 1933 und seine Folgen im Gesamtzusammenhang unserer Geschichte zu bedenken. ...
Ich glaube unser Verhältnis zum Staat ist bis aufs tiefste von der Idee des "Reichs" geprägt, ein Wort, das in allen gesamtdeutschen Staatsnamen bis 1945 erscheint: im mittelalterlichen Reich bis 1806, im Deutschen Reich Bismarcks, im "Deutschen Reich" der Weimarer Republik, im "Deutschen Reich" - später "Großdeutschen Reich" Hitlers.
Der Name "Deutschland" taucht als Bezeichnung eines deutschen Staates zum ersten Male im Namen der "Bundesrepublik Deutschland" auf.
Das "Reich" war ursprünglich eine Weltordnungsidee, die das augustäische Imperium Romanum mit der augustinischen "Civitas Dei" (dem kommenden Gottesstaat) verbinden wollte, ein gewaltiger Gedanke, gewiß, aber wohl zu groß für diese Welt.
Und doch hat unser Volk jahrhundertelang seine besten Kräfte für diese Ideen hingegeben und sich dabei zu höchsten militärischen, politischen, menschlichen, kulturellen Leistungen erhoben, die bis heute, ob im Bewußtsein oder im Unterbewußtsein, die Phantasie des Volkes beschäftigen.
Ich habe gestern die Ausstellung über Karl IV. besucht. Man kann dort viel über die Lebenskraft der föderalistischen Tradition erfahren, die uns aus dem alten Reich überkommen ist und über die Anpassungsfähigkeit einer geschriebenen Reichsverfassung, die für ein halbes Jahrtausend Bestand hatte.
Das Reich wurde als "Überstaat" begriffen, "der in einer " – wie Prof. Ferdinand Seibt es mir beschrieben hat – "höheren Sphäre religiösen, also wahrhaft sanktionierten Gemeinschaftsverständnisses wirkte". Aber daher rührt auch jene idealistische Staatsvorstellung, die uns Deutschen die Orientierung in der politischen Wirklichkeit oft so schwer gemacht hat.

Daß unsere Herrscher "Kaiser" waren und nicht Könige wie anderswo – und vor den Königen herausgehoben durch einen besonderen Auftrag – schon allein das hat einen tiefen Einfluß auf unser politisches Bewußtsein gehabt. Der erste, der die nüchternen Fakten der irdischen Politik – ohne moralische Wertung – beschrieb, Machiavelli, ist nirgendwo so bekämpft worden wie in Deutschland. ...

Die Harmonie der Welt, das war es, was unser Volk wollte, worin es den Sinn aller Politik sah. Was dieser Harmonie förderlich war, war gut – was sie störte, war schlecht. Daher rührt der stark konservative Grundzug unserer Geschichte.

Alle Vergangenheit erscheint vom Goldglanz einer entschwundenen Harmonie überglänzt. Mittelalterliche ständische Strukturen hielten sich bei uns länger als anderswo. Sie waren Ausdruck einer gottgewollten Ordnung.

Wer diese Strukturen ändern wollte, verging sich gegen die Ordnung und wurde mit Abneigung betrachtet. Hier liegt der tiefere Grund dafür, daß wir nie eine Revolution zuwege brachten, sondern daß sie alle alsbald erstickt werden konnten.

Mit einer Ausnahme: der Reformation. Aber dabei ging es eben hauptsächlich um himmlische und weniger um irdische Dinge, wenn auch ihre Auswirkungen auf die innerweltlichen Verhältnisse außergewöhnlich waren.

Aus unserem Streben nach Harmonie erklärt sich die Abneigung, die unser Volk im Laufe der Zeit gegen Konflikte, gegen Streit der Meinungen entwickelte. Unser Streben nach Harmonie hinderte uns daran, mit freiem Meinungsstreit zu leben. Wir bezogen ihn unser Leben ein – wir sperrten ihn aus unserem Leben aus. Einem Philosophen, der, wie Hegel, den bestehenden Staat als das Endziel aller Geschichte hinstellte, wurde leidenschaftlich geglaubt.

... Wir folgten denen, die die Ordnung unserer Welt garantierten. Ein guter Politiker war uns der, der uns davor bewahrte, uns mit gesellschaftlichen Konflikten auseinanderzusetzen, nicht der, der sie im Wege eines vernünftigen Kompromisses ausglich. Als "großer" Politiker galt uns der, der "in einem höheren Auftrag" eine Weltordnung repräsentierte. Im Grunde erwarteten wir von den Regierungen, daß sie dem Weltgeist gehorsam waren. Und da war es nicht nötig, daß sie sich vor einem Parlament verantworteten. ...

Politik war für uns mehr eine Sache des Glaubens als der Vernunft. ...

Und ist unsere Politik denn heute ganz frei von der dogmatischen Intoleranz von Glaubenseiferern, die dem Andersdenkenden den Freiheitswillen und letztlich das demokratische Lebensrecht absprechen? Hängt damit nicht auch zusammen, was man die Polarisierung unseres politischen Lebens nennt? Wir glauben daran, daß die Kritik ein Lebenselixier der Demokratie sei. Wann aber hat man schon jemals in den Nachrichten gehört, die Partei X habe die Kritik der Partei Y ernstgenommen und denke darüber nach? Wenn Kritik bei uns geübt wird, wird sie nicht in jedem Fall sofort "zurückgewiesen"?

Sehen wir nicht Teile unserer Jugend, der akademischen zumal, irgendwelchen Heilslehren hinterherlaufen, die eine vollkommene Gesellschaft, frei von Konflikten und Problemen versprechen? Das Streben nach einer konfliktfreien Harmonie sollte nicht verwechselt werden mit dem notwendigen Grundkonsens aller Demokraten. Denn dieser hat ja gerade zum Inhalt, daß jeder aufgrund seiner Menschenwürde das Recht auf eigene Meinung hat, und daß jede ernsthafte Meinung das gleiche Recht auf allgemeinen Respekt hat, während jede harmonische Heilslehre behaupten muß, daß allein sie die Wahrheit verwalte, daß jede andere Meinung notwendig falsch sein müsse.

Führt der Grundkonsens von Demokraten zur Auseinandersetzung und zur Klärung der umstrittenen Fragen im Meinungsstreit, so führen alle politischen Heilslehren zu dem Bestreben, den politischen Gegner "auszuschalten", und damit lediglich zu Feindschaft und Haft in der Gesellschaft. ...

Wir müssen erkennen, daß Politik nicht mit einem Glaubenskrieg verwechselt werden darf,

sondern daß es in ihr um die Lösung höchst irdischer Probleme geht. Wir müssen erkennen, daß eine Gesellschaft, die von sich behauptet, keine Konflikte zu haben, immer eine unfreie Gesellschaft ist.
Man gehe auf der ganzen Welt herum und frage die Länder, ob es Konflikte in ihnen gebe. Antworten sie: nein – dann erübrigt sich die Frage nach der Freiheit. Denn Konflikte gibt es in jeder Gesellschaft. Wo es sie angeblich nicht gibt, da werden sie mit Gewalt unterdrückt – was nichts anderes heißt, als daß Menschen mit Gewalt unterdrückt werden. ...
In der Präambel unseres Grundgesetzes steht der schöne, verpflichtende Satz: "Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden." ...
Es heißt nicht, "die Einheit Deutschlands wiederherzustellen", es heißt nicht, "die Einheit Deutschlands herbeizuführen" - es heißt: "die Einheit Deutschlands zu vollenden".
... Die Einheit Deutschlands ist kein politisches Ziel, das man wie andere politische Ziele, etwa einen geordneten Bundeshaushalt oder die Sanierung des Gesundheitswesens betreiben könnte. Unser Streben nach Einheit ist ein Streben nach Freiheit für das ganze deutsche Volk.
... Wir trachten nach der Einheit, um "als gleichberechtigtes Mitglied in einem vereinten Europas dem Frieden der Welt zu dienen".
In diesen Worten des Grundgesetzes wird deutlich, daß der eifersüchtig über seine Souveränitätsrechte wachende Nationalstaat alter Prägung nicht das Ziel unseres Einheitsstrebens ist. ...
Natürlich versuchen unsere östlichen Nachbarn gegenwärtig, unser Streben nach Einheit und unsere Bemühungen um Entspannung als widersprüchliche Politik hinzustellen. Wird dieses als friedensfördernde Politik anerkannt, so wird jenes als Revanchismus, als Revisionismus und wie die Worte hin bis zum Imperialismus alle heißen, gebrandmarkt. Wir müssen sie geduldig davon zu überzeugen versuchen, daß unser Streben nach Einheit und unser Bemühen um Entspannung auf lange Sicht eine und dieselbe Sache ist.
Doch wie steht es damit in unserer Jugend? Was wissen sie von Deutschland, seiner Teilung, den Grundgedanken seiner Einheit? Was haben wir, die Älteren, sie gelehrt? Manche Untersuchungen darüber, die hoffentlich nicht repräsentativ sind, haben erschreckende Ergebnisse gebracht: eine weitgehende Unkenntnis. Was geschieht da eigentlich auf unseren Schulen, unseren Universitäten?
Wir haben eine Verfassung, die das gesamte deutsche Volk auffordert, die Einheit Deutschlands zu vollenden – und viele unserer Schüler wissen kaum etwas über Deutschland. Traut man sich auf unseren Schulen nicht mehr, von der Einheit Deutschlands vor unsern Schülern zu sprechen? ...
Es ist wahr, die Worte Nation, Volk und Vaterland sind fürchterlich mißbraucht worden. Aber darf das ein Grund sein, aus unserer Jugend die Trauer über die Teilung Deutschlands hinauszukritisieren oder die Jugend in Unkenntnis über das zentrale Problem ihres Volkes zu lassen?
... Wir werden erst dann die Fesseln der Vergangenheit ganz abgestreift haben, wenn wir nicht mehr zu betonen brauchen, daß unser Streben nach der Einheit Deutschlands nichts anderes ist als unser Streben nach Frieden, Recht und Freiheit.<<

06.07.1978

BRD: Der Europäische Rat beschließt am 6./7. Juli 1978 in Bremen ein Europäisches Währungssystem (EWS) und eine Europäische Währungseinheit (ECU).

1979

> Die Wahrheit hört man auch umsonst nicht gern.
> *Sprichwort aus Deutschland*

22.01.1979

BRD: Das Dritte Programm des 1. Deutschen Fernsehens zeigt am 22. Januar 1979 die erste

von 4 Folgen der US-Fernsehserie "Holocaust".
In dieser 428 Minuten langen Serie über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime wird besonders das persönliche Schicksal der jüdischen Familie Weiss geschildert. Diese 4 Fernsehsendungen werden von 15 bis 20 Millionen Deutschen gesehen und lösen fast 34 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges heftige Publikumsreaktionen und Diskussionen über die Ermordung der europäischen Juden aus.
Der aus der Bibel stammende Begriff "Holocaust" (griechisch, "Brandopfer") wird danach zum Begriff für den Völkermord an den europäischen Juden (x175/735).

29.01.1979

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (5/1979) berichtet am 29. Januar 1979: >>**Holocaust: Die Vergangenheit kommt zurück**

Mehr als 20 Millionen Deutsche sahen in der vergangenen Woche "Holocaust". Die US-Fernsehserie über die Verfolgung und Ermordung der Juden wurde zum Thema der Nation. Bei den Sendern meldeten sich 30.000 Anrufer, die Mehrheit bekannte Erschütterung. Ein Medienereignis mit moralischer Wirkung oder nur "ein Strohfeuer"?
War das, endlich doch noch, die Katharsis? War es 34 Jahre nach Kriegs- und Nazi-Ende, das Ende der Unfähigkeit zu trauern? War es, im dreißigsten Jahr der Bundesrepublik Deutschland, die erste wahrhaftige Woche der Brüderlichkeit?
Es war, dies kann auf jeden Fall gesagt werden, eine auf unvorhergesehene Weise historische Woche:
Eine amerikanische Fernsehserie von trivialer Machart schaffte, was Hunderten von Büchern, Theaterstücken, Filmen und TV-Sendungen, Tausenden von Dokumenten und allen KZ-Prozessen in drei Jahrzehnten Nachkriegsgeschichte nicht gelungen war: die Deutschen über die in ihrem Namen begangenen Verbrechen an den Juden so ins Bild zu setzen, daß Millionen erschüttert wurden. Im Haus des Henkers wurde vom Strick gesprochen wie nie zuvor, "Holocaust" wurde zum Thema der Nation.
Auch, wie anders, für deren Nationalisten. Schon vor Wochen hatten Anonyme mit Vergeltung gedroht, vorletzten Donnerstag flogen die Fetzen: Um 20.40 Uhr zerriß ein Zehn-Kilo-Sprengsatz die Leitungen zum Südwestfunk-Sender Waldesch bei Koblenz. 21 Minuten später detonierte eine Bombe in der Richtfunkstelle Nottuln bei Münster und zerstörte ein Antennenkabel.
Auf Hunderttausenden von Bildschirmen erlosch das Erste Programm, in dem gerade das schlimmste Kapitel deutscher Geschichte noch einmal dokumentarisch durchleuchtet wurde: "Endlösung".
In den Funkhäusern wurden eilends die Eintrittskontrollen verschärft. Polizei bezog Posten vor freistehenden Sendeanlagen. Das Bundeskriminalamt ließ am Koblenzer Tatort tonnenweise Schnee abtragen und dessen Tauwasser an geheimer Stelle nach Beweisstücken durchsieben.
Eine Gruppe namens "Internationale revolutionäre Nationalisten" bekannte sich inzwischen telephonisch zu den Attentaten und bestätigte damit den Verdacht von Bundesanwalt Rebmann, "daß der Anschlag aus Anlaß des Fernsehfilms "Endlösung" mit rechtsradikaler Zielsetzung geplant und ausgeführt worden ist".
Der Knall in Hunsrück und Münsterland indes machte das bundesdeutsche TV-Publikum erst richtig hellhörig für das Medienereignis "Holocaust", dem der Bericht "Endlösung" nur als Vorspiel diente und dessen Nachhall noch nicht annähernd abschätzbar ist.
Vor kurzem noch mußte den Deutschen das amerikanische Fremdwort, das sich aus den griechischen Wörtern "holos" (vollständig) und "kaustos" (verbrannt) zusammensetzt, als exotische Vokabel vorkommen, letzte Woche war es in aller Munde, bis hinauf zu Helmut Schmidt und Helmut Kohl, die "Holocaust" sogar in die Parlamentsdebatte warfen.

Wie zu Durbridge-Zeiten, als der "Halstuch"-Mörder über den Bildschirm geisterte, wie jetzt nur noch bei Fußballmeisterschaften, so gebannt verfolgten die Bundesrepublikaner vom Montagabend, 21 Uhr, bis Freitag weit nach Mitternacht die Karriere des (erdachten) SS-Obersturmbannführers Erik Dorf, der als Adjutant Heydrichs die Massenvernichtung der Juden organisiert, und das Schicksal der (gleichfalls fiktiven) jüdischen Arztfamilie Weiss, die fast ganz der perfekten Mord-Maschinerie zum Opfer fällt.

In Niedersachsen wurden gewerkschaftliche Veranstaltungen vorzeitig beendet oder abgesagt, "damit die Leute das sehen können, denn sonst würden die sowieso um neun Uhr verschwinden" (DGB-Sprecher Horst Runge). An den Universitäten Bielefeld und Hamburg wurden die gesellschaftswissenschaftlichen Seminare ohne weitere Diskussion in "Holocaust"-Debatten umfunktioniert.

Vielerorts, so in der Marler Volkshochschule "Die Insel", sammelten sich Singles zu Gruppen, "weil sie es allein zu Hause nicht ausgehalten hätten" (Pfarrer Jürgen Schmelig). ARD und ZDF registrierten eine Massenabwanderung in den dritten Kanal.

Dort wurde, in 428 Minuten und 26 Sekunden einer erfundenen, wenngleich historisch untermauerten Spielhandlung mit manchen geschichtlichen Ungenauigkeiten und vielen Plattitüden (nichtssagenden Redewendungen) amerikanischer Serienproduktion, den Deutschen erstmals anschaulich vorgeführt, was sie aus der Erinnerung bislang vorwiegend verdrängten: das individuelle Drama hinter dem Massenmord. Das Unfaßbare wurde faßbar.

Überwunden schien, nach dem farbigen Einblick in die Schlachthöfe der Nazis, der Widerwille, an die Vergangenheit erinnert zu werden, gebrochen die Scheu, die Wahrheit zu erfahren.

Schon am Montag waren 32 Prozent aller bundesdeutschen Fernsehgeräte auf "Holocaust" geschaltet, am Dienstag bereits 36, am Donnerstag schließlich 39 Prozent - was im Dritten sonst niemand schafft. Zuletzt sahen rund 20 Millionen die Schrecken der Endlösung.

Den stärksten Zuspruch fand die Serie im Sendebereich des WDR, den geringsten bei Saar- und Hessenfunk. Am Dienstag schaute, trotz ungünstig später Sendezeit, jedes neunte Berliner Kind unter 13 Jahren dem Drama zu, in Nordrhein-Westfalen immerhin noch jedes 17. Überall registrierten Pädagogen ein "äußerst großes Bedürfnis der Schüler, darüber zu sprechen". Und so, beispielsweise, sprachen sie:

Jürgen Knipprath, 13, hatte "früher mal geglaubt, daß die Juden vorher irgendwelche Verbrechen begangen haben. Aber die hatten ja überhaupt nichts getan".

Ralf Kürten, 16: "Das war wie im Western."

Der Frankfurter Pädagogik-Wissenschaftler Hans Joachim Lissmann notierte Spontan-Äußerungen wie: "Den Heydrich würde ich in der Luft zerreißen." (Der) "Holocaust" wurde Hauptfach.

Selbst während der den Serien-Teilen angehängten Mitternachts-Diskussionen blieb noch knapp die Hälfte des "Holocaust"-Publikums auf Empfang, obwohl der ursprünglich verpflichtete Gesprächsleiter Robert Leicht, Redakteur der "Süddeutschen Zeitung", die erste Gesprächsrunde so blasiert zerredet hatte, daß der WDR ihn schleunigst verabschiedete.

Die weiteren, wesentlich besser geführten und besetzten Diskussionen brachten einen im deutschen Fernsehen bislang einmaligen, didaktisch fast optimalen Einklang von Spiel und Information. Und erstmals funktionierte das seit langem angestrebte Feedback mit dem Publikum: Anrufer griffen in die Experten-Debatte fragend, fordernd und verändernd ein; via Fernsehen kam eine Nation ins Gespräch.

Dabei wurde am Kölner Studio-Tisch nur ein Bruchteil dessen erläutert, was die Deutschen in Wohnstuben und Klassenzimmern, Straßenbahnen und Fabrikhallen bewegte - immer noch genug, um Telephonnetze stundenlang zu blockieren.

Über 30.000 Anrufer, fast viermal mehr als während der US-Premiere von "Holocaust" beim Sender NBC, wählten sich in die deutschen Funkhäuser durch. Der WDR mußte die Zahl der

Telefonistinnen verdoppeln. Für Berliner, die schwer bis Köln vordrangen, wurden eigens acht Leitungen in den SFB freigemacht, der die Botschaften dem WDR über eine Standleitung des Hörfunks zuspielte.
Es meldeten sich, wie erwartet, die Unbelehrbaren und die Schmierfinken mit antisemitischen Flüchen und Verwünschungen gegen den "linkslastigen Rotfunk". Das Ganze sei "Brunnenvergiftung" und "Nestbeschmutzerei": "Was ist denn mit den vergewaltigten deutschen Frauen von 1945?"
Die CSU-nahe "Schüler Union Bayern" forderte vom Bayerischen Rundfunk eine Nachfolgeserie über die Vertreibung Millionen Deutscher aus ihrer Heimat: Einseitige Schuldbekenntnisse wie in "Holocaust" seien der Jugend nicht zuzumuten.
Ein anonymer Anrufer drohte, Heinz Galinski, der Leiter der Jüdischen Gemeinde Berlin, werde umgebracht, wenn man die Serie nicht schleunigst absetzt.
Doch weit mehr noch, wie nicht erwartet, meldeten sich Irritierte, Betroffene, Überlebende. Manche schämten sich, klagten sich selbst an, einige weinten. Häufig wurden neue Dokumente, Prozeßakten, Tagebücher und Gedichte angeboten.
Der "bislang aufwendigste, konsequenteste Medienverbund unserer Fernsehgeschichte" (Fachblatt "Medium"), vom kritischen Ausland wohlwollend beobachtet, hatte das Publikum allerdings auch frühzeitig und intensiv auf das peinvolle Thema und seine heikle Darbietung vorbereitet.
Allein die Düsseldorfer Landeszentrale für politische Bildung verschickte 139.530 Mappen mit einer 56seitigen Aufklärungsbroschüre an sämtliche Lehrer in NRW. Bis Donnerstag waren in dem Institut 22.000 private Anforderungen eingegangen. Zentralen-Leiter Willi Kreiterling erwartet eine Gesamtauflage von 220.000.
22 nordrhein-westfälische Volkshochschulen setzten spezielle "Holocaust"-Seminare an. Das ZDF tauschte einen für Donnerstag geplanten Film - pikantes Thema: die Nazi-Begeisterung eines Berliner Schülers von heute - gegen ein unverfängliches Emanzipationsspiel aus.
"Holocaust" prägte Schlagzeilen und Leitartikel der Tagespresse, Zeitschriften wie "Monat" und "Medium" widmeten ihm ganze Nummern.
Mit voller Wucht schwappte das Thema auch auf die Radio-Wellen über, auf Hamburgs "Kurier am Morgen", das Kölner "Mittagsmagazin" und die Münchner "Redezeit bis Mitternacht". Kein Sender, der nicht über die ganze Woche verstreut vorab informierte und nachher kritisierte. Vor allem Teenager-Programme wie die WDR-"Radiothek", "s-f-beat" und der bayrische Jugendfunk machten "Holocaust" zum Leitmotiv der Woche.
Unter solch ungewöhnlicher multimedialer Schützenhilfe verbreitete sich allerdings nicht nur "Holocaust" im Land der Täter und Opfer, sondern auch das Zwielicht, das die inzwischen in 33 Länder verkaufte Produktion seit ihrer amerikanischen Erstausstrahlung umgibt: die Fragen nach Authentizität und Glaubwürdigkeit, das Problem der massenattraktiven Aufmachung und der thematischen Verflachung. Mit der Geschichte der Familien Dorf und Weiss waren auch die konträren Reaktionen von Enthusiasmus bis zu Abscheu und Protest in die Bundesrepublik importiert.
"Holocaust" - ein "anmaßendes Unterfangen" ("New York Times") oder der "kraftvollste Film, der je fürs Fernsehen gemacht worden ist" ("New York Post")? "Lore-Roman" ("Weltwoche"), "Shylock-Ranch" ("Hitler"-Filmer Syberberg), "perverse Operette" (eine deutsche Lehrerin), "Ami-Scheiß" (ein deutscher Arbeiter)?
Oder war am Ende doch "die Summe des Wahren an "Holocaust" größer als alle Verfälschungen" ("Die Zeit"), groß genug gar, um "tiefsitzende Traumata freizuschaufeln" ("Frankfurter Rundschau")?
Daß "Holocaust" je eine solch weltweite Grundsatzdebatte aufwerfen würde, hatten sich seine Hersteller wohl nicht träumen lassen. Ihnen ging es eigentlich nur um einen lukrativen Ver-

kaufsartikel.
Anfang 1977, als der Kommerz-Sender ABC mit seinem pseudohistorischen Sklaven-Epos "Roots" gerade alle Zuschauerrekorde gebrochen hatte, fahndete die in der Publikumsgunst abgeschlaffte NBC nach einem Stoff von ähnlicher Sprengkraft. Die Wahl fiel auf "Holocaust".
Der Romanautor Gerald Green verknappte die maßlose Tragödie zu einem überschaubaren Familiendrama. Marvin Chomsky, als Regisseur von "Roots" und dem Kino-Reißer "Unternehmen Entebbe" einschlägig ausgewiesen, übernahm die Regie.
In 18 Wochen zwischen Juli und November 1977 ließ die TV-Gesellschaft den Vielstünder von 150 Schauspielern und 1.000 Komparsen auf 150 Kilometer Film bannen. Da in der DDR und Polen gar nicht erst gefilmt werden sollte und Ungarn wie Tschechoslowaken die Drehgenehmigung wegen "zionistischer Elemente" des Buches verweigerten, entstand der größte Teil der Serie unter Deutschlands und Österreichs freiem Himmel.
Straßenzüge in Berlin-Wedding wurden als Warschauer Getto hergerichtet, die KZ-Szenen von Auschwitz und Buchenwald im österreichischen Lager Mauthausen gestellt.
Kaum waren die Dreharbeiten beendet, ließ man Fatales durchsickern: Ein Berliner habe die Crew mit Bierflaschen beworfen, ein schreiender Greis die Mimen verstört: "ich habe euch Juden schon einmal getötet, ich werde euch noch einmal töten." Aufnahmegeräte seien mit Hakenkreuzen bepinselt worden, belichtete Filmrollen spurlos verschwunden.
Michael Moriarty, als Erik Dorf der Negativ-Held der Serie, klappte zusammen, als er mit seiner Filmfamilie "Stille Nacht, heilige Nacht" singen mußte: "Wie konnten die so was tun!" Den Engländer Cyril Shaps (Häftling Weinberg) verließen die Kräfte, als er in KZ-Kluft durch Mauthausen torkelte: "Ich glaube, ich kann nicht weitermachen." Der katholisch erzogene Fritz Weaver, als jüdischer Arzt Weiss die Zentralfigur, fühlte sich nach dem Film "wie ausgewechselt": "Ich wurde ein Jude. Ich denke nur wie ein Jude."
Der Einstimmung folgte die Aufklärung. Religiöse und weltliche Organisationen verteilten 50 verschiedene Expertisen in über einer Million Exemplaren. Eine jüdische Liga ließ eine Sonderschrift in zehn Millionen Zeitungen beilegen. NBC schleuste einen speziellen "Viewers Guide" in zwei Millionen Schulen und Haushalte.
In der Zuschauergunst allerdings konnte "Holocaust" das Konkurrenz-Produkt "Roots" nicht entthronen: Trotz 120 Millionen Zuschauern - Jahresrekord - mußte sich das Großunternehmen unter den erfolgreichsten TV-Produkten aller Zeiten mit Platz 49 begnügen - nach Spitzenreiter "Roots" und weit hinter Bob Hopes "Christmas Show" von 1970.
Im publizistischen Echo indes übertönte "Holocaust" alles Dagewesene. Zufällig Zeuge dieses Spektakels wurden damals, im April 1978, die SPD-Politiker Georg Leber, Dietrich Stobbe und Horst Ehmke. Heimgekehrt, lobte vor allem Leber das Streitobjekt als "bemerkenswert objektiv", von "beklemmender Wirkung" und ohne Deutschen-Haß. Der SPD-Parteivorstand beauftragte alle sozialdemokratischen Funkaufseher, sich bei den Sendern für den Ankauf stark zu machen. Als der WDR sich kurz darauf die Senderechte für 1,2 Millionen Mark sicherte, witterte "Die Welt" ein rotes Zusammenspiel und zieh die Genossen, "auf unzulässige Weise in die Programmgestaltung eingegriffen" zu haben. Doch die Kölner hatten, allem Verdacht zum Trotz, schneller geschaltet, als die Politiker dachten.
Kaum war der Film im Land, kam der WDR unter Beschuß. Münchens konservativer TV-Direktor Oeller drohte, der BR werde sich bei einer Übernahme des "Verkaufsartikels" ins Gemeinschaftsprogramm aus der Senderkette ausklinken. Deutsche Diplomaten fühlten diskret vor, ob das schlimme Lichtspiel denn unbedingt an die Öffentlichkeit müsse.
Um so schriller stritt die ARD. Ihre Serien-Kommission mokierte sich über die "indiskutable Qualität", die Programmdirektoren schoben das unangenehme Thema unwillig vor sich her.
Aufgeschreckt von dem politischen Wirbel, verlangten nun die Intendanten das letzte Wort.

Aber sie kamen gleichfalls nicht klar und gaben die Entscheidungsnot an die Programmdirektoren zurück. Die stimmten nun ab, nur eine schwache Mehrheit votierte für die Sendung im Ersten Programm. Weil man fürchtete, die "Holocaust"-Gegner würden sich ausschalten, wollten die Verantwortlichen den Bruch in der ARD nicht riskieren.
Dem verschnupften WDR den ungeliebten Import für sein Regionalnetz allein zu überlassen, schien den TV-Gewaltigen angesichts der publizistischen Eskalation des Themas auch nicht opportun. Nach monatelangem Hickhack kamen sie schließlich überein für "Holocaust" erstmals alle Dritten Programme gleichzuschalten.
Der schärfste Protest gegen diese Verlegenheitslösung ging erst jetzt ein: Interessenten aus der DDR, in der die Dritten Programme nur in Grenznähe zu empfangen sind, beschwerten sich bei der ARD über die kurzsichtige Entscheidung, sie total von "Holocaust" auszuschließen.
Was hier nun, vier Abende bis tief in die Nacht, bundesweit zum Vorschein kam und überwältigend wirkte, mußte den Eindruck erwecken, als habe es in Deutschland bisher keine nachhaltigen Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit gegeben. Dabei ist es nicht so, daß sich der deutsche Film und später das deutsche Fernsehen, daß sich die deutsche Nachkriegsliteratur und das Theater nach 1945 an der Auseinandersetzung mit den Nazi-Verbrechen vorbeigemogelt hätten.
Der erste durchschlagende Bühnenerfolg des Nachkriegstheaters war Zuckmayers Udet-Stück "Des Teufels General", in dem Hitlers Rassenwahn zumindest ein Nebenthema bildete. Allerdings war das im Exil entstandene Stück von der furchtbaren Nazi-Realität weit entfernt und verfiel dem Glanz der Uniformen und dem rauhen Barras-Charme des Offizierskasinos.
Filme der Ost-Berliner Defa, wie "Ehe im Schatten", der vom Selbstmord des mit einer Jüdin verheirateten Schauspielers Joachim Gottschalk handelte, oder wie "Affaire Blum", der den latenten Antisemitismus in der Weimarer Republik zum Thema hatte, waren in der Analyse und im Treffen der Gemütslagen da schon genauer.
Die deutsche Nachkriegsliteratur, die sich in der Gruppe 47 vereinte, machte den Antifaschismus, die Aufarbeitung der Vergangenheit zu ihrem (nie verkündeten) Programm.
Das, was schließlich zum Schlagwort der "Vergangenheitsbewältigung" verkam und damit auf ungute Weise mit den offiziell und sicher gutwillig veranstalteten Wochen der Brüderlichkeit korrespondierte, stellte die literarische und theatralische Auseinandersetzung mit dem Genozid an den Juden vor ein Dilemma.
Einerseits gab es das Diktum von Adorno, der gesagt hatte, es sei barbarisch, nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben. Andererseits gab es die "Todesfuge" des dem Holocaust entkommenen Paul Celan ("Der Tod ist ein Meister aus Deutschland"), ein Gedicht, das damals zumindest viele Studenten bewegte und auf die Vergangenheit verwies.
Vor allem zwei Ereignisse waren es, die beide Pole der Auseinandersetzung mit der Judenausrottung markierten: einmal, 1950, das "Tagebuch der Anne Frank", als Buch, als Bühnenstück und später im Kino und Fernsehen, von der gerührten Betroffenheit eines breiten Publikums begleitet. Und der Alain-Resnais-Film "Nacht und Nebel", der 1956 die Zuschauer erstmals mit dokumentarischen Aufnahmen des KZ-Grauens konfrontierte.
Die Reaktionen waren nicht untypisch. Konnte man das Tagebuch des jüdischen Mädchens, das zwei Jahre in einem Versteck und von dauernder Angst umlauert während der Nazi-Okkupation in Holland lebte und in Bergen-Belsen umkam, mit Rührung verarbeiten (ähnlich geht ja auch "Holocaust" vor), so reagierte man auf den Dokumentarfilm von Resnais mit Ablehnung.
Die beiden großen, die Öffentlichkeit lange beschäftigenden Theaterstücke über die Judenvernichtung waren einmal Hochhuths "Stellvertreter" und zum andern "Die Ermittlung" von Peter Weiss. Hochhuth hatte in einer Mischung aus Schiller-Drama und Dokumentarstück, aus Trivialdrama und flammendem Appell den Weg des Widerstandskämpfers Kurt Gerstein ge-

schildert und dabei eine Mitschuld der katholischen Kirche an der Judenvernichtung postuliert - der Papst habe geschwiegen, selbst dann, als Juden in Rom, also gewissermaßen unter seinen Augen, verschleppt wurden.
Damit war ein deutsches Tabuthema berührt: daß es nämlich auch keinen christlichen Widerstand (wie etwa gegen die Euthanasie) gegen die Entrechtung und Deportation der Juden gegeben habe - im Restaurationsklima der Adenauer-Ära, die das Adjektiv christlich zur Staatsklammer erheben wollte, eine ungeheure Provokation.
Andererseits: Hochhuths "Stellvertreter", auf den eine ganze Flut von Dokumentarstücken folgte, ließ sich auch als Entschuldigungs- und Rechtfertigungs-Drama für viele Deutsche mißverstehen. Wenn schon der Papst nichts hatte tun können, so lautete die Argumentation, wieviel weniger dann der ohnmächtige einzelne Deutsche. "Die Ermittlung" von 1965 stellte die erste gründliche Auseinandersetzung eines Schriftstellers mit den großen NS-Prozessen dar.
Das Stück von Peter Weiss, nach dem Muster von Dantes "Inferno" in Gesänge gegliedert, ist die Verarbeitung des Frankfurter Auschwitz-Prozesses gegen Boger, Kaduk, Klehr und andere. Weiss folgte bei seinem dokumentarischen Verfahren der Berichterstattung Bernd Naumanns in der "FAZ". Bereits damals wurde ein Phänomen deutlich, das sich jetzt bei "Holocaust" verstärkt wiederholt: daß nämlich die Bühnenfassung weit mehr Betroffenheit, Ablehnung, Erregung provozierte als der dokumentarische Bericht.
Wenn "Holocaust" trotzdem Emotionen wie zum erstenmal freisetzte und die üblichen Sperren und Blockaden durchbrach, die Deutsche vor dem schrecklichsten Kapitel ihrer Vergangenheit aufgerichtet haben, so liegt das daran, daß hier erstmals (relative) Geschichtstreue sich mit den trivialen Mitteln der amerikanischen Fernsehserie verbinden konnte, daß es den amerikanischen TV-Machern gelungen ist, die Judenausrottung in dem Schicksal zweier Familien zu personalisieren, ohne dadurch das kollektive Thema zu zerstören.
Hatte man vor der deutschen Ausstrahlung noch meinen können, die US-Serie verhökere das Thema des Judenmordes zugunsten einer hemmungslos ans Gefühl appellierenden Seifenoper, so zeigte die Anteilnahme und Betroffenheit der Zuschauer, daß gerade diese, den von einer Nazi-Vergangenheit unbelasteten Amerikanern mögliche, Form eine reinigende (kathartische) Wirkung habe wie einst die griechische Tragödie - so jedenfalls der Psychoanalytiker Hendrik de Boor in der "Holocaust"-Diskussion.
Aufgewühlt durch die hautnahe Präsentation des Millionen-Massakers, wagen die Deutschen nun plötzlich den Blick zurück - über den Sendeschluß hinaus.
Berlins Schulsenator Walter Rasch forderte alle Lehrer auf, "Holocaust" im Unterricht zu diskutieren. Diese Serie, rühmte der Vorsitzende des Bayerischen Lehrer-Verbandes, Ebert, habe eine "stärkere didaktische Wirkung" als "abstrakte Statistiken und nackte Fakten" und empfahl das auf Videoband mitgeschnittene Anschauungsmaterial als Lehrstoff.
Der Superintendent des Kirchenkreises Bodenwerder an der Weser wird in seinem Jung-Ehepaar-Kreis über "Holocaust" diskutieren. Die Düsseldorfer Bezirksvertretung 3 hat alle älteren Mitbürger des Stadtteils Bilk gebeten, mit privaten Erlebnissen aus dem Dritten Reich, aufgeschrieben oder auf Tonband gesprochen, an die Öffentlichkeit zu kommen und einschlägige Dokumente, Lebensmittelkarten wie Blockwart-Briefe, für eine Broschüre zur Verfügung zu stellen.
Wissenschaftler wollen erkunden, ob die emotionale Bewegung während der Sendezeit eine längere gedankliche Auseinandersetzung mit dem Thema ausgelöst hat. Im Auftrag des WDR und der Bonner Bildungszentrale startete das Offenbacher Marplan-Institut für 180.000 Mark eine Repräsentativ-Umfrage in drei Stufen: Vor "Holocaust" wurde der allgemeine Wissensstand zu Nazi-Zeit und Judenvernichtung abgefragt; während der Sendung registrierten die Forscher die spontanen Reflexe; in acht Wochen wollen sie die Langzeitwirkung ausloten.

Der Erziehungswissenschaftler Lißmann begann eine Umfrage unter Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren, mit denen er sich das Programm gemeinsam ansah. Das "Ausmaß der Betroffenheit" hat ihn dabei überrascht. Doch er fürchtet: Es könnte sein, daß "Holocaust" keine rational-kritische Auseinandersetzung aufkommen läßt. Lißmann: "Das wird ein Strohfeuer."<<

USA: Die Tageszeitung "Die Welt" veröffentlicht am 29. Januar 1979 den Leserbrief eines Lehrers aus den USA über eine Diskussion zum Thema "Drittes Reich" (x025/215): >>... Die Schüler forderten mich als Deutschen im Unterricht (Mathematik) auf, zu dem Geschehenen Stellung zu nehmen. Ohne etwas zu beschönigen oder abzustreiten, habe ich versucht, ihnen die damalige Situation klarzumachen. ... Aber sie konnten das alles verständlicherweise schwer begreifen. Ein Mädchen erklärte: "Ich schäme mich, daß ich eine deutsche Großmutter habe". Ein anderer sagte: "Ich habe gegenüber den Deutschen Gefühle, wie man sie früher in Amerika gegen die Neger hatte". ...<<

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer schreibt später in ihrem Buch "Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" (x310/194-195): >>... Hollywood sollte den Holocaust erst 1959 entdecken, als Twentieth Century Fox "The Diary of Anne Frank" ("Das Tagebuch der Anne Frank") auf den Markt brachte. Das Schicksal von Anne Frank sollte von Hollywood gleich siebzehnmal verfilmt werden. 1961 produzierte United Artists den Spielfilm "Judgement at Nuremberg" (als CBS das Drama übertrug, tilgte der Sender jedoch auf Forderung des Werbesponsors American Gas Company alle Hinweise auf "Giftgas"). Diesem Film folgte die Miniserie "Holocaust, die 1978 auf NBC lief.

Der eigentliche Durchbruch für den Holocaust in Hollywood kam erst 1993 mit Steven Spielbergs "Schindler's List" ("Schindlers Liste", Universal), der 150 Millionen Dollar einspielte, Fernsehrechte und DVD-Verkäufe nicht eingeschlossen. ... Von nun an produzierte Hollywood einen Holocaust-Film nach dem anderen. ... Mindestens 20 Filme dieses Genres werden nun jedes Jahr hergestellt (inklusive Dokumentationen), hat die New Yorker Professorin Annette Insdorf gezählt. Zudem taucht der Holocaust in Dutzenden von populären TV-Serien auf – "Star Treck", "Akte X", "Eine himmlische Familie", "Emergency Room".

Manche sehen die "Hollywoodisierung des Holocaust" mit Unbehagen. So kritisierte Spiegel-Autor Henryk M. Broder die von Steven Spielberg gegründete Shoah-Stiftung als "ein Unternehmen, das den Massenmord multimedial vermarktet". Das Projekt hat Zehntausende von Holocaust-Überlebenden befragt, die der Shoah GmbH sämtliche Verwertungsoptionen an den Videoaufnahmen einräumen mußten. Wer sich allerdings aus diesem Fundus bedienen will, muß happige Lizenzgebühren zahlen. "Eine Minute Holocaust-Horror aus erster Hand" kostet 2.700 Dollar – im Voraus.

"Damit hat die Shoah Foundation ... eine Lizenz zum Gelddrucken erfunden", schreibt Broder. ...<<

Januar 1979

BRD: Orkanartige Schneestürme führen im Januar 1979 in Norddeutschland zu einem Schneechaos.

Nach 4tägigen Schneefällen sind 150 Ortschaften von der Außenwelt abgeschnitten. In 80 Gemeinden fällt die Stromversorgung aus. Die Bundeswehr setzt Bergepanzer und Kettenfahrzeuge ein, um unpassierbare Straßen zu räumen.

07.02.1979

Brasilien: Josef Mengele (1911 in Günzburg geboren, ab 1943 Standortarzt im Vernichtungslager Auschwitz) stirbt am 7. Februar 1979 nach einem Schlaganfall im brasilianischen Badeort Bertioga.

13.03.1979

Belgien: Das Europäische Währungssystem (EWS) tritt am 13. März 1979 rückwirkend zum

1. Januar 1979 in Kraft.

02.04.1979

Frankreich: Die konservative Pariser Tageszeitung "L'Aurore" berichtet am 2. April 1979 über die Nutzung der Kernenergie (x149/226): >>... Wenn morgen die Atomkraftwerke durch das, was sich heute ereignet, in Frage gestellt werden sollten, wenn den Menschen die Sinne schwinden, dann könnte sich die Frage stellen:
Waren jene aus einem anderen Holz geschnitzt, die trotz zahlreicher Opfer und der Abstürze der Ballons und des Verschwindens der Flugzeuge die Eroberung des Luftraums fortsetzten, jene, die das Schienennetz trotz der Explosionen von Dampfmaschinen oder Zusammenstößen ausbauten, jene, die trotz Schiffsuntergängen weiterhin zur See fuhren?
Die Entwicklung unserer Zivilisation hat diesen Preis. Es stimmt, daß wir verpflichtet sind, die Risiken zu begrenzen und alle Garantien zu beschaffen. Aber es stimmt auch, daß man aufgeben und zum Pferd, zur Kerze und zum Holzfeuer zurückkehren kann. ...<<

19.04.1979

BRD: Nach einer Verhandlungsdauer von 328 Tagen werden am 19. April 1979 vier wegen Mordbeihilfe im Vernichtungslager Majdanek angeklagte SS-Angehörige freigesprochen (x101/112).

23.05.1979

BRD: Der CDU-Politiker Karl Carstens (1914-1992) wird am 23. Mai 1979 zum Bundespräsidenten gewählt.

28.05.1979

Griechenland: Der Vertrag über den Beitritt Griechenlands wird am 28. Mai 1979 in Athen unterzeichnet. Der Vertrag tritt am 1. Januar 1981 in Kraft.

10.06.1979

BRD, Belgien: In der Bundesrepublik Deutschland werden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt.
Von den 410 Abgeordneten aus 9 Ländern stellen die Deutschen 81. Das EU-Parlament kann zwar noch keine Gesetze erlassen, sondern erfüllt nur beratende und kontrollierende Funktionen, beschließt aber bereits den ersten eigenen Haushalt.
Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden seit dem 7. Juni 1979 in allgemeinen und direkten Wahlen alle fünf Jahre gewählt.

03.07.1979

BRD: Die Verjährungsfrist für Mord wird am 3. Juli 1979 durch den Deutschen Bundestag generell aufgehoben, um NS-Verbrechen weiterhin ahnden zu können (x101/113).

17.07.1979

Frankreich: In Straßburg findet vom 17.-20. Juli 1979 die erste Tagung des direkt gewählten Europäischen Parlaments statt. Simone Veil wird zur ersten Präsidentin des Parlaments gewählt.

22.08.1979

BRD: Die Welt berichtet am 22. August 1979 über das negative Deutschlandbild im US-Schulunterricht (x025/211): >>... Nimmt man dann noch die vielen Kriegsfilme in amerikanischen Kinos und Fernsehprogrammen, die Ausstrahlung des Films 'Holocaust' und die Deutschland-Berichterstattung, vor allem der Zeitungen im Mittelwesten, dann kann man nur Angst bekommen.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über das negative Deutschlandbild (x025/211,227): >>... Daß die Besorgnis ... nicht ganz unbegründet war, zeigt u.a. eine Emnid-Umfrage vom Oktober 1977. Danach beziehen immerhin 32 % der befragten Amerikaner ihr Deutschland-Bild aus dem Schulunterricht.
Die wichtigste Informationsquelle stellt mit 36 % das Fernsehen dar. In diesem Medium geht

es nicht viel anders zu als in den Schulbüchern. 1978 mußte z.B. der 'Economist' im Hinblick auf amerikanische TV-Produktionen berichten: "Jede Woche wird Kindern ein frei erfundenes, wiedergekäutes Zeug über den Zweiten Weltkrieg angeboten, bei dem die Deutschen bestenfalls als dumm und schlimmstenfalls als fürchterlich brutal und tückisch dargestellt werden. Etwa jeden Monat wird Kindern und Erwachsenen ... eine Mischung aus Tatsachen und Erfindungen vorgeführt, in der die Deutschen im selben Licht gezeigt werden. Der mutige oder gar der gute Deutsche ist selten zu sehen. Der durchschnittliche Deutsche ist ein Verbrecher in brauner, grauer oder gar schwarzer Uniform". ...<<
>>... Im Ausland ist eine Renaissance des Deutschlandbildes der Roosevelt-Stalin-Ära zu beobachten. Vor allem in den Schulbüchern und Fernseh-Produktionen der englischsprechenden Länder werden Deutsche vielfach mit Nazis gleichgesetzt.
Nachdem Verbrechen gegen die Menschlichkeit fast nur anhand des Dritten Reiches demonstriert und östliche und andere Massenverbrechen kaum publiziert werden, entsteht der Eindruck, Völkermord sei ein "teutonisches Phänomen"; seine Ursachen seien nicht politisch bzw. soziologisch, sondern abstammungsmäßig zu erklären. Da die historischen Vertreibungsverbrechen im Sinne der Kollektivschuld-Theorie gerechtfertigt erscheinen, tritt eine Desensibilisierung gegenüber ähnlichen Massenverbrechen ein. ...<<

Oktober 1979

BRD: Während einer Vortragsreihe der "Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung" in München wird im Oktober 1979 folgendes "Deutschlandbild" entwickelt (x025/218-219): >>... Die Deutschen von heute, welcher Generation auch immer, leben in einer besonderen, nicht normalen Situation. Diese Situation ist durch die Epoche der Weltkriege und ihre Interpretation bestimmt.
Die Anormalität der Lage scheint schwer erträglich zu sein und Abwehrmechanismen nahezulegen. Einer besteht darin, das Anormale für normal zu halten, ein anderer, bestimmte Ereignisse aus dem Gedächtnis zu verbannen. Mißlingen solche Versuche, so kommt es zu neurotischen Konflikten.
Handlungsfähig ist ein Volk erst, wenn es in der Lage ist, seine Geschichte zu erzählen und sich mit ihr und durch sie zu identifizieren. Die Deutschen können heute diesen notwendigen Prozeß nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten vollziehen. Ihre Identität ist damit gefährdet.<<

1979

BRD: Der deutsche Kardinal Joseph Ratzinger (von 2005-2013 Paps Benedikt XVI.) warnt im Jahre 1979 vor einem leichtfertigen Umgang mit dem Versöhnungsbegriff (x309/13): >>Auch Wohlgesinnte meinen, daß man um der Versöhnung willen nicht mehr davon sprechen solle. Aber eine Liebe, die den Verzicht auf die Wahrheit voraussetzt, ist keine Liebe. Sie hätte ein schlechtes Fundament.
Aus der Psychologie wissen wir, daß Verschwiegenes und Verdrängtes im Menschen weiterwirkt und, wenn es keinen Ausweg findet, zur Vergiftung von innen her wird. Was im Leben des Einzelnen gilt, das gilt auch für die Völker.
Unterdrückte Wahrheiten werden zu gefährlichen Mächten, die den Organismus von innen vergiften und irgendwo herausbrechen. Nur die Annahme der Wahrheit kann heilen. Liebe braucht Wahrheit und darf nicht ohne sie sein. ...<<
Meinungsumfragen zur "Nutzung der Kernenergie" im Jahre 1979 ergeben folgende Ergebnisse (x149/225): >>... 30 % "Wir müssen weitere Kernkraftwerke bauen."
37 % "Wir sollten keine neuen Kernkraftwerke mehr bauen, aber die bestehenden weiterbetreiben."
24 % "Wir sollten mit der Erzeugung von Kernenergie ganz aufhören und die bestehenden Kernkernkraftwerke stillegen."

9 % (sind) unentschieden.<<
Die Bürgerinitiative für Umweltschutz im niedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg erklärt im Jahre 1979 (x149/226): >>... Der Bürgerinitiative wird oft vorgeworfen, sie informiere einseitig – Tatsache ist, daß sie die Informationen bringt, die Betreiber und Regierungen im eigenen Interesse wohlweislich verschweigen müssen.
Wir werden auch in Zukunft weiter auf die Gefahren der Atomenergie hinweisen,
(1) weil die Technik der Atomanlagen nicht sicher ist;
(2) weil die Anlagen das ökologische Gleichgewicht unwiederbringlich zerstören;
(3) weil uns die Nutzung der Atomenergie die totale Überwachung und Kontrolle der Bürger bringt, den Atomstaat. ...<<
Ein oberschlesischer Spätaussiedler berichtet im Jahre 1979 nach seiner Umsiedlung in die Bundesrepublik über die Lage der Deutschen in Oberschlesien (x024/300-301): >>In meiner frühen Kindheit wurde daheim noch relativ viel deutsch gesprochen.
Nachdem aber meine Eltern von einer freundlichen polnischen Lehrerin gewarnt wurden, sie sollten doch, um meine Zukunftschancen nicht zu gefährden, mit mir mehr polnisch sprechen – wegen einiger Deutschhasser unter den Lehrern, teilweise aber auch aus Angst vor eventuellen Repressalien (damals wurde der Gebrauch der deutschen Muttersprache sogar administrativ verfolgt) -, sprachen sie mit mir seltener in der Muttersprache. So habe ich die Muttersprache weitgehend verlernt. In Oberschlesien, wo es noch einige hunderttausend Deutsche gibt, gab es keine Möglichkeit der schulischen Erlernung der deutschen Sprache, auch als Fremdsprache nicht. ...
Um die sprachliche Situation, der jungen Generation der unter polnischer Verwaltung geborenen Deutschen, zu verstehen, aber auch um deren eventuelle Identitätsschwierigkeiten zu begreifen, ist es sehr wichtig, um die andauernde Kriminalisierung alles Deutschen aufgrund der tatsächlichen oder vermeintlichen Untaten des deutschen Volkes in der Geschichte, vor allem während des Zweiten Weltkrieges bzw. in der Zeit des Deutschen Ordens, Bescheid zu wissen. Bei keiner Gelegenheit versäumten die politischen Medien, die Deutschen als "ewige" Verbrecher darzustellen ...
Die brutale Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat wurde in der Schule und in der Öffentlichkeit geleugnet. Die Erklärung für die Entleerung der Ostprovinzen von der deutschen Bevölkerung war schlicht und einfach, sie seien als Verbrechervolk vor den gerechten Eroberern dieser Gebiete geflohen. Das Motiv für die Flucht lag auf der Hand, die Angst vor der gerechten Strafe sei es gewesen.
Aufgrund dieser Erörterungen muß sich doch jedem die berechtigte Frage stellen, wer möchte schon gern als Angehöriger einer Verbrecher-Nation zur Schau gestellt werden? ...
Das Motiv für unsere Ausreise war, da die Hoffnung auf die Gewährleistung der Volksgruppenrechte keine Berechtigung mehr hatte, uns, die Kinder, der weiteren Zwangspolonisierung zu entziehen und als Deutsche normal leben zu können. ...<<
Der polnische Schriftsteller Jan Jósef Lipski (1926-1991) berichtet später über die "polnische Geschichtsdarstellung" (x024/309): >>Im polnischen Bewußtsein unserer geschichtlichen Beziehungen zu den Deutschen ist eine Masse Mythen und falscher Bilder entstanden, die im Namen der Wahrheit und zum Zwecke einer Gesundung einmal von Lügen gereinigt werden müssen: Die falschen Vorstellungen der eigenen Geschichte sind eine Krankheit der Seele der Nation, sie dienen hauptsächlich der Fremdenfeindlichkeit und dem nationalen Größenwahn. Fast jeder Pole glaubt heute, daß wir nach dem Zweiten Weltkrieg in einen Raum zurückgekehrt seien; der uns von den Deutschen geraubt worden sei. ...<<

1980

Die Lügen haben Flügel, die Wahrheit Krücken.
Spottvers aus Deutschland

13.01.1980

BRD: Am 13. Januar 1980 schließen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.
Die neue Bundespartei "Die Grünen" wird zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählen damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus.



Abb. 85 (x101/115): Baldur Springmann (links) und Rudolf Bahro bei der Gründungsversammlung der Grünen im Januar 1980 in Bonn.

Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen", die vor allem die wachsende Umweltzerstörung bekämpfen wollen, schließen sich sofort zahlreiche gescheiterte, aber kampferprobte linksradikale Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) dieser sanften Umweltpartei der selbsternannten Weltverbesserer an und verdrängen anschließend relativ schnell und problemlos die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.
Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 11. März 2013) über die Forderung der Grünen nach einer Entkriminalisierung der Pädophilie: >>**Pädophilie: Distanzierungstango in der Pädofrage**
Von Professor Dr. Franz Walter und Dr. Stephan Klecha
Daniel Cohn-Bendit war nicht der einzige Grüne, der Sex mit Kindern phantastisch fand. Die

Forderung nach einer Entkriminalisierung von Pädophilie fand 1980 sogar Eingang in das Grundsatzprogramm der neuen Partei. Pädophilen-Aktivisten setzten aber nicht nur auf die Grünen, sondern auch auf die FDP. Mit Erfolg.

Wenn ein kleines Mädchen von fünf oder fünfeinhalb Jahren beginnt, Sie auszuziehen. Dann ist das fantastisch. Das ist fantastisch, weil es ein Spiel ist, ein absolut erotisch-manisches Spiel." Mit diesem Satz in einer französischen Talkshow hatte Daniel Cohn-Bendit im Jahr 1982 sein Publikum provozieren wollen, um sich in das von ihm so geschätzte Licht des Tabubrechers zu setzen. Ganz gelang ihm das nicht.

Keiner der anderen Gäste in der Sendung reagierte erkennbar entrüstet, niemand wollte den pausbäckigen Lümmel in die Schranken weisen. Auch in der Presse las man hernach keine kritischen Kommentare. Ganz ähnlich hatte die Öffentlichkeit sieben Jahre zuvor auf die einschlägigen, mittlerweile berühmt-berüchtigt gewordenen Passagen in Cohn-Bendits "Le Grand Bazar" reagiert - gar nicht.

Warum auch? Unter Intellektuellen in Frankreich fielen Forderungen nach straflosem Sex mit Kindern und Heranwachsenden auf fruchtbaren Boden. Es war eine "andere Zeit", wie "Le Monde" Jahre später etwas verschämt schrieb. Auch diese reputierliche Zeitung übte in den siebziger Jahren reichlich Nachsicht gegenüber den Kreisen pädophiler Jünger, während die linksrepublikanische "Libération" dem Sex mit Kindern gar eine "echt soziale Mission" attestierte, wie die Historikerin Anne-Claude Ambroise-Rendu rückblickend festhielt.

Als im Januar 1977 drei Männer wegen Sexualdelikten gegen 13 und 14 Jahre alte Kinder auf ihren Prozeß warteten, solidarisierten sich mit ihnen etliche Intellektuelle, darunter Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Louis Aragon, Catherine Millet, André Glucksmann, Jack Lang sowie Sarkozys späterer Außenminister Bernard Kouchner.

Das war seinerzeit eben "die Epoche", so pflegt auch Cohn-Bendit seine damaligen Äußerungen zu exkulpieren: "Die sexuelle Debatte wußte nichts vom sexuellen Mißbrauch." Der sexuelle Befreiungsimpetus segelte in den Jahren nach 1968 im Windschatten der Enttäuschung über die ausgebliebene politische Revolution. Also setzten die Propheten der Fundamentalveränderung auf die Selbstreform, auf Pädagogik, auf die Emanzipation der Individuen von den Zwängen einer überkommenen, klerikal und bigott durchsäuerten Klassengesellschaft. Das war der Jargon jener Zeit.

Wie immer in Momenten tiefer politischer Enttäuschungen richteten sich die Hoffnungen auf die noch nicht korrumpierte Gesinnung der Jugend, jetzt gar: der Kinder. Die pädophile Zuwendung avancierte zum Ferment einer Umwälzung des Alltags, des Zusammenlebens, der befreienden Liebe. So war es in Frankreich. So erlebte man es, ganz besonders, in den Niederlanden. Und so entwickelte sich auch ein Teil der deutschen "Neuen Linken".

"Darum weg mit dem Scheißsystem, auf zur sexuellen Revolution! Fang heute damit an. Die stillen Revolutionen sind oft die wirkungsvolleren." So lautete der Schlachtruf eines der führenden Polit-Pädophilen, Olaf Stüben, in der linksalternativen "taz" vom 16. November 1979.

Schon im Januar 1977 war während eines Teach-in in der Universität Frankfurt vor Hunderten Zuhörern offen für Sex zwischen Erwachsenen und Kindern plädiert worden. Einige aus dieser Szene sollten bald ihren Marsch durch die Institutionen antreten - in der neuen Partei "Die Grünen", aber nicht nur darin.

Viel war zuletzt über pädophilenfreundliche Beschlüsse der nordrhein-westfälischen Grünen aus dem Jahr 1985 zu lesen. Doch die Forderung nach einer strafrechtlichen Freistellung von Pädophilie findet sich schon im ersten Grundsatzprogramm der Grünen aus dem Jahr 1980, eingebettet in den Abschnitt "Gegen die Diskriminierung von sexuellen Außenseitern".

Eine im Dezember 1979 verabschiedete "Gemeinsame Plattform der Schwulen und Lesben in der alternativen Wahlbewegung" war die Grundlage, auf der die Delegierten der Saarbrücker Bundesversammlung der Grünen im Frühjahr 1980 berieten. Heraus kam ein Beschluß, der

nichts anderes verlangte als die Legalisierung von Pädophilie: Im Strafgesetzbuch (StGB) sollten die Paragraphen 174 und 176 so gefaßt werden, "daß nur Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind".
Was war damit gemeint? Beide Paragraphen stellten (und stellen) auf das Vorliegen einer sexuellen Handlung an Kindern beziehungsweise an Jugendlichen ab, unabhängig davon, ob Gewalt im Spiel ist. Sexuelle Handlungen an Kindern unter 14 Jahren insgesamt und an denjenigen Jugendlichen unter 16 Jahren, die dem Täter zur Erziehung, Ausbildung oder Betreuung anvertraut worden sind, standen ausnahmslos unter Strafe.
Bei Bewertung der Strafbarkeit kam es wegen der strukturellen Abhängigkeit und Unterlegenheit des Kindes beziehungsweise des Jugendlichen somit nicht auf die Einwilligung des Schutzbefohlenen an. Die Abhängigkeit an sich begründete die Schutzbedürftigkeit. Nur im Fall von Erziehungs-, Ausbildungs-, Dienst-, Betreuungs- oder Arbeitsverhältnissen von Jugendlichen über 16 Jahren bedurfte es nach dem Willen des Gesetzgebers auch des Mißbrauchs der Abhängigkeit.
Den Grünen war diese besondere Schutzbedürftigkeit einerlei. Sie wollten angeblich einvernehmlichem Geschlechtsverkehr etwa von Betreuern, Lehrern oder Erziehern mit ihren schutzbefohlenen Minderjährigen oder von Erwachsenen mit Kindern kaum noch Grenzen setzen. Nur die Anwendung von Gewalt hätte bestraft werden sollen, während all jene Formen nicht länger unter das Strafrecht fallen sollten, in denen das Opfer "gewaltfrei" gefügig gemacht worden wäre.
Die im Strafgesetzbuch gezogenen Altersgrenzen stellen nämlich eine "absolute Grenze für den sexualbezogenen Umgang strafmündiger Personen mit Kindern" dar, wie es in einem Strafrechtskommentar heißt. Genau diese absolute Grenze wollten die Grünen zu Fall bringen und pädophile Handlungen gutheißen.
Der Beschluß der Saarbrücker Bundesversammlung des Jahres 1980 war vorab scheinbar unstrittig. Es gab weder Änderungsanträge noch Minderheitenvoten aus der Programmkommission. Erst während der Versammlung stand die Forderung nochmals zur Debatte. Der schleswig-holsteinische Biobauer Baldur Springmann verlangte, die bereits beschlossenen Positionen zur Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs und zur Pädophilie wieder aus dem Programm zu streichen.
Hinter den Kulissen begannen daraufhin Verhandlungen, die einen Kompromiß ermöglicht hätten, wonach die strafrechtliche Freigabe von Abtreibungen im Programm Bestand hat, die Forderung nach Aufhebung der die Pädophilie betreffenden Paragraphen 174 und 176 StGB gestrichen werden sollte.
Als der heutige Hamburger Theatermacher Cornelius "Corny" Littmann davon erfuhr, machten er und andere Repräsentanten der Schwulenbewegung "sehr schnell und energisch deutlich, ... daß für uns eine nachträgliche Streichung der Forderung nach Revision der §§ 174 und 176 auf keinen Fall in Frage kommt". So stellte es Littmann jedenfalls seinerzeit im Organ des Kommunistischen Bundes (KB) "Arbeiterkampf" dar.
Zusammen mit dem Rechtsanwalt Otto Schily, dem Vorsitzenden des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz Roland Vogt und anderen verfaßte Littmann eine Resolution, welche die Beschlußfassung im Grundsatzprogramm einrahmen sollte:
"Zu diesem Beschluß konnte leider auf dem Parteitag nicht gemeinsam diskutiert werden. Auch an der Parteibasis ist diese Frage bisher teilweise nicht oder nur wenig diskutiert worden. Dies ist weder im Sinne der Betroffenen noch der Antragsteller, noch der Partei insgesamt. Deshalb meinen wir, daß Abs. 521 folgendermaßen zu verstehen ist:
Er ist ein Auftrag an die Partei in allen Gliederungen, sich mit den Auswirkungen dieser Straftatbestände intensiv auseinanderzusetzen. Durch diesen Auftrag ist das Ergebnis dieser Dis-

kussion natürlich nicht festgelegt. Es wird eine Kommission gebildet, die Hilfestellung bei der Diskussion gibt. Gerade im Hinblick auf die berechtigten Sorgen und Ängste, die sich mit diesem Themenbereich verbinden, halten wir es für notwendig, daß auf einem der nächsten Parteitage unter Beteiligung von Betroffenen und Fachleuten dieses Thema ausführlich behandelt wird."
Die Grünen signalisierten dadurch Offenheit, setzten den Beschluß als solchen aber in Kraft. Er blieb es bis zur Fusion mit Bündnis 90 im Jahr 1993.
In der Schwulenbewegung der siebziger Jahre galten die Vertreter pädophiler Positionen als Sonderlinge. Doch das Selbstbild der Homosexuellen als verfolgter Minderheit brachte es mit sich, daß man sich gegenüber Minderheiten in den eigenen Reihen eher tolerant zeigte. Pädophile hielten zudem zögernden Mitstreitern vor, daß diese jene Argumentation reproduzierten, mit der man einst auch Homosexuelle stigmatisiert hatte.
Die Allianz zwischen den Schwuleninitiativen und den Pädophilenvereinigungen, die sich in den siebziger Jahren gebildet hatten, kulminierte auf einer Veranstaltung, die im Sommer des Jahres 1980 unter dem Titel "Homosexuelle zur Bundestagswahl - Parteien auf dem Prüfstand - Schwulen und Lesben befragen die Parteien" in der Bonner Beethovenhalle stattfand.
Über Monate hatten die unterschiedlichen Gruppen erbittert über Sinn, Inhalt und Form gerungen. Strittig war nicht nur die Beteiligung von Pädophilengruppen, sondern auch die Frage, ob auch Vertreter der "etablierten" Parteien eingeladen werden sollten. Vor allem antikapitalistische Gruppen waren mit dem Argument dagegen, das diesen eine Bühne für die Vereinnahmung oppositioneller Kräfte geboten werden könnte.
Die "realpolitischen" Fraktionen der Schwulen- und Pädophilenbewegung setzten sich zunächst durch. Denn ihre Hoffnungen richteten sich im damaligen Dreiparteiensystem besonders auf die FDP.
Von der CSU, der Partei des damaligen Unionskanzlerkandidaten Franz Josef Strauß, wurden die Freien Demokraten damals mit dem Vorwurf überzogen: "Für Kommunisten, Homosexuelle und Gewaltverbrecher - das wahre Gesicht der FDP". Immerhin gehörte Eberhard Zastrau, ein exponiertes Mitglied der FDP-Jugendorganisation " Deutsche Jungdemokraten" und in seinem Todesjahr 2012 in der Piratenpartei aktiv, zu den rührigsten Organisatoren des Treffens.
Die Veranstaltung, zu der gut tausend Personen anreisten, verlief kurz und denkbar turbulent. Die berüchtigte Nürnberger Kinderkommune und die Berliner Oranienkommune schmetterten lautstark Parolen für eine gemeinsame Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern, lärmten mit Trillerpfeifen und warfen Stinkbomben, ehe sie das Saalmikrofon usurpierten. In der Historiographie der Schwulen- und Pädophilenbewegung gilt das Bonner Beethoven-Spektakel seither als "Desaster" und als "traumatische Erfahrung".
Jedenfalls urteilte so der Realo-Flügel, die sogenannten "Kontis" (kontinuierlich Arbeitende), die über die Institutionen des Parlamentarismus Einfluß zugunsten ihrer Forderungen zu nehmen versuchten. Gut drei Dutzend Personen zogen sich an diesem 12. Juli 1980 mit den anwesenden Vertretern von CDU, SPD, Grünen und FDP auf der Flucht vor den aggressiven Stadtindianern in einen Nebenraum zurück und setzten die Diskussion in kleinem Kreis fort. Erwartungsgemäß sahen Christ- und Sozialdemokraten keinen Grund, das Sexualstrafrecht zugunsten von Pädophilen zu ändern.
Auch Corny Littmann, der für die Grünen sprach, mußte ein wenig kleinlaut zugeben, daß in seiner Partei noch Diskussionsbedarf bestehe und man ohne Versprechungen in den Wahlkampf ziehen werde. Die Grünen waren also, wie es in den Berichten von Teilnehmern aus der Schwulen- und Pädophilenszene hieß, hinter "dem Stand" der "epochemachenden FDP-Erklärung" geblieben, die sich für die ersatzlose Streichung des damaligen Paragraphen 175 StGB (Verbot sexueller Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts) einsetzte

und deren damaliger Generalsekretär Günter Verheugen persönlich auch eine Revision der Paragraphen 174 und 176 für möglich hielt.
Auf die FDP setzten damals auch die Aktivisten der "Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie" (DSAP), eines Zusammenschlusses jener Kader, die sich nach dem Vorbild niederländischer Avantgardisten wie des sozialdemokratischen Abgeordneten Edward Brongersma als politische Speerspitze der Pädosexualität verstanden. Nicht zufällig war die DSAP auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten im März 1980 geladen.
Freudig hielt man anschließend fest, daß die Delegierten dort ebenfalls eine Streichung der Paragraphen 174 und 176 gefordert hätten. Ein Beschluß der FDP selbst wurde daraus nie. Kausal keineswegs zwingend, aber doch interessant ist, daß Dagmar Döring, damals Studentin an der FU Berlin und eine der wenigen Frauen in dem Führungsgremium der DSAP, viele Jahre später ihre politische Heimat in der FDP fand. In diesem Jahr bewarb sie sich für die FDP um das Direktmandat des Wahlkreises Wiesbaden für den Deutschen Bundestag. Am Samstag vor der Veröffentlichung dieses Beitrags trat die vormalige Sprecherin des hessischen Justizministers Hahn von ihrer Kandidatur zurück.
Ein weitgefaßtes Liberalismusverständnis und eine besondere Akzeptanz von Minderheiten fanden sich in den frühen achtziger Jahren also nicht allein unter den Grünen. Doch auf deren Parteitagen sprach man sich in Resolutionen dafür aus, Strafvorschriften zu Fall zu bringen, die "Zärtlichkeiten zwischen Jüngeren und Älteren kriminalisierten".
Konkrete Forderungen, Pädophilie aus dem Sexualstrafrecht auszunehmen, fanden sich in den Landtagswahlprogrammen von Rheinland-Pfalz, Bremen, Hamburg oder Berlin, jedoch nicht in den Bundestagswahlprogrammen. Freilich wurde im Blick auf die Bundestagswahl 1980 "jede gesellschaftliche Benachteiligung oder strafrechtliche Sonderbehandlung aufgrund des Sexualverhaltens" abgelehnt. In Verbindung mit dem Grundsatzprogramm sowie den begleitenden Resolutionen stimmte die strikte Ablehnung von Sonderstrafrechtsregelungen im Wahlprogramm durchaus mit den Interessen der Pädophilieaktivisten überein.
Bald nach der Bundestagswahl 1980 erlahmte die Debatte über die Reform des Sexualstrafrechts. Der im Grundsatzprogramm reklamierte Diskurs blieb aus, im Wahlaufruf zur Bundestagswahl 1983 spielt das Thema sexuelle Orientierung keine Rolle mehr.
Angesichts der apokalyptischen Grundierung des Programms, das die thermonukleare Vernichtung der Menschheit sowie die ökologischen Herausforderungen in düstersten Farben malte, betonten die Grünen immerhin noch ihre Verbundenheit mit Initiativen, die sich "gegen sexuelle Unterdrückung" einsetzten, und jenen, die "gegen die Diskriminierung abweichender Minderheiten" engagiert seien. Vieles blieb darin vage und ließ einen weiten Interpretationsspielraum zu.
Nach dem Einzug in den Bundestag im Herbst 1983 entstanden im Umfeld der Fraktion Bundesarbeitsgemeinschaften, die die Anbindung an Bewegungen und Parteibasis sicherstellen sollten. Eine dieser Arbeitsgemeinschaften hieß "Schwule, Päderasten und Transsexuelle", kurz SchwuP. In dieser agierten in führender Funktion selbst einschlägig vorbestrafte Sexualstraftäter wie Dieter F. Ullmann, auch er ein Vorstandmitglied der DSAP.
Neben SchwuP und ihren Auslegern in einzelnen Ländern entpuppten sich auch einige Arbeitsgemeinschaften für Kinder- und Jugendpolitik als Einfallstor für pädophile Positionen. Nachdem die Stadtindianer-Kommune aus Nürnberg 1980 vehement für ihre Forderungen geworben hatte, zu denen neben der Abschaffung der Schulpflicht eben auch eine Streichung der genannten Strafrechtsparagraphen gehörte, verzichteten die Grünen in ihrem Grundsatzprogramm auf einen Abschnitt über Kinder- und Jugendpolitik.
Diese Leerstelle wurde ebenso wenig zeitnah geschlossen, wie die zum Sexualstrafrecht geplante Debatte stattfand. Auf Druck der Stadtindianer sah sich die Bundespartei 1983 immerhin veranlaßt, einen Kongreß zu veranstalten und im Bundestagswahlkampf ein Faltblatt "Zur

Kinder- und Jugendfrage" herauszubringen. Auch darin wurde von "verbreiteter Sexualfeindlichkeit" gesprochen, die es Kindern verweigere, "Sexualität zu praktizieren".
Man konstatierte, ganz im Sinn der Beschlüsse aus den Vorjahren, daß "Gesetze in diesem Bereich ... nicht dem Schutz der Kinder (dienen), sondern der Unterdrückung und Diskriminierung der Sexualität". Mit diesen Formulierungen im Rücken war es für die Pädophilieaktivisten jener Zeit problemlos möglich, bei den Grünen ein Forum zu finden, in dem sie für eine Freigabe von Pädophilie werben konnten und zumindest als Minderheit akzeptiert wurden.
Eine Sinnesänderung setzte erst ein, als die Beschlüsse des nordrhein-westfälischen Landesverbands vor der Landtagswahl 1985 erkennen ließen, welch fatale Wirkung die Offenheit zugunsten aller möglichen Minderheiten besitzen konnte und wie sehr der "Kindersex-Skandal" die Grünen von der Mehrheitsgesellschaft isolierte.
Diese Debatten, Veränderungen in der schwulenpolitischen Agenda, auf der Aids eine wachsende Rolle spielte, und eine Auseinandersetzung in der Bundestagsfraktion über die Reform des Sexualstrafrechts wirkten nun nach. Während die Bundestagsfraktion den später abgeschafften Paragraphen 175 StGB kritisierte, weil dieser durch eine Differenzierung zwischen homo- und heterosexuellen Handlungen mit Jugendlichen über 14 Jahren Homosexuelle benachteiligte, bedrängten die SchwuP-Aktivisten die Fraktion ohne Erfolg, das gesamte Sexualstrafrecht in Frage zu stellen.
Im Zuge dieser Entwicklungen gingen Nachsicht und Toleranz gegenüber pädophilen Bestrebungen zurück. Der 1985 in den Bundestag nachgerückte Herbert Rusche, der als erster Bundestagsabgeordneter seine Homosexualität öffentlich machte, sagte gegenüber einer Schwulenzeitschrift, daß die pädophilen Forderungen der AG SchwuP keine Basis in der Mitgliedschaft der Grünen hätten. Auch mahnte er: "Vielleicht wäre es gut für manchen Schwulen oder Päderasten, sich das anzuhören, welche Schwierigkeiten die Frauen damit haben. So ganz lassen sich die Vorwürfe auch nicht von der Hand weisen."
In der Tat hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt bei den Grünen, auch unter deren homosexuellen Aktivisten, die Positionen durchgesetzt, die die Feministin Alice Schwarzer und der politisch weit links stehende Sexualwissenschaftler Günter Amendt schon 1980 in der Zeitschrift "Emma" eingenommen hatten.
Beide kritisierten - nicht zuletzt auch gegen einige der in der Szene gerne bemühten Fachleute aus der Sexualwissenschaft und Sozialpädagogik, die mit einer Fülle von vermeintlich wissenschaftlichen Expertisen dem Sexualverkehr zwischen Erwachsenen und Kindern höhere Weihen verleihen wollten - die pädophile Ignoranz der Machtunterschiede zwischen Erwachsenen und Kindern.
Schwarzer und Amendt bestritten überdies, daß es bei der Pädophilie primär um Kinderbedürfnisse gehe, sondern wiesen auf die zwanghaften Fixierungen von Erwachsenen auf Minderjährige hin. In der Folge verloren die Pädophiliezirkel im alternativen Milieu kontinuierlich an Unterstützung. Auch die linkspolitische Schwulenbewegung gab ihre ursprüngliche Solidarität mit den anderen Opfern in den "Kriminalisierungsunternehmen der staatlichen Repression" auf.
Auch die bei den Grünen zahlreich vertretenen Schwulen legten zunehmend Wert darauf, nicht mit Pädophilie in Verbindung gebracht zu werden. Schon 1984 äußerte der baden-württembergische Landesarbeitskreis Schwule "starken Widerwillen" gegen eine strafrechtliche Freigabe von Pädophilie. Aus dem Südwesten wurden schließlich Vorschläge unterbreitet, die Schwulenpolitik bei den Grünen anders zu organisieren, was 1987 auch geschah.
Die Grünen trennten sich von der AG SchwuP und riefen eine neue "Bundesarbeitsgemeinschaft Schwulenpolitik" ins Leben. Der Pädophilievorkämpfer Ullmann erkannte die Niederlage seiner Gruppe und warf der Alternativ- und Ökobewegung wütend "15 Jahre Distanzierungstango" in der "Pädofrage" vor - was ein wenig übertrieben schien, aber das politische

Scheitern dieser Richtung auch und gerade innerhalb der Grünen Partei treffend beschrieb.
Auch im Programm zur Bundestagswahl des Jahres 1987 gingen die Grünen vorsichtig auf Distanz zur Pädophilie, wohingegen man weiterhin der Aufhebung von Diskriminierungs- und Unterdrückungsmechanismen verpflichtet bleibe und - als impliziter Hinweis auf die damalige Aids-Debatte - keinesfalls wolle, daß "Minderheiten zu Sündenböcken gestempelt" würden.
Die Grünen strebten daher eine Reform des Sexualstrafrechts an, "die die sexuelle Selbstbestimmung fördert, statt sie zu verhindern". Der so verengte Fokus zeigte an, daß man nicht mehr auf alle Randgruppen Bezug nehmen wollte, die sich irgendwie bei den Grünen hätten verorten können. Eine weitere Liberalisierung des Sexualstrafrechts, zu wessen Gunsten auch immer, erschien jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen.
Das las sich im Bundestagswahlprogramm 1990 deutlich anders. Wie schon im vorherigen Programm galt die sexuelle Orientierung als ein Element der Diskriminierung, das seine Wirkung auch auf die Hauptwidersprüche der Gesellschaft habe: "Weder die Verteilung der Arbeit noch die Bündelung von Verantwortlichkeiten oder Reichtum dürfen auf der Grundlage von Geschlecht, privatem Status oder sexueller Orientierung zustande kommen." Die rechtliche und faktische Gleichstellung Homosexueller mit Heterosexuellen wurde als eine Ausdrucksform der gewünschten multikulturellen Gesellschaft angesehen, weswegen die Abschaffung des Paragraphen 175 StGB unerläßlich sei.
Ansonsten wurde hinsichtlich des Sexualstrafrechts aber ein anderer Akzent gesetzt. Die Grünen rückten die Paragraphen 177 bis 179 StGB in den Fokus, um Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen oder Frauen und Kinder besser gegen (sexuell) gewalttätige Männer zu schützen. Im Kern ging es also - abgesehen von der Streichung des Paragraphen 175 - nicht um eine Liberalisierung, sondern um eine Verschärfung des Sexualstrafrechts.
Zugleich wurde ein öffentlicher Diskurs über "Pornographie und Sexualität" verlangt. In diesem Zusammenhang kam auch die Existenz "von sexuellen Phantasien, Bedürfnissen und Praktiken, die Unterdrückung, Erniedrigung und Gewalt beinhalten", zur Sprache. Diese wurde aber zurückgewiesen, sofern es sich um einen Ausdruck "sexuell geformter Männergewalt" handele.
Bemerkenswert war zudem, daß das Verbot von pornographischem Material, welches Gewalttätigkeiten oder den sexuellen Mißbrauch von Kindern zeigt (Paragraph 183 III StGB), ausdrücklich gutgeheißen und allein die schwache Durchsetzung in Bezug auf die Darstellung von Folter weiblicher Personen bemängelt wurde.
Zehn Jahre nach dem ersten Grundsatzprogramm hatte sich die Sichtweise der feministischen Strömungen bei den Grünen in Diktion und Wahl der Schwerpunkte so niedergeschlagen, daß keinerlei Unterstützung von Pädophilie mehr zum Ausdruck gebracht werden konnte. Schon im Frühjahr 1989 hatte sich der Bundeshauptausschuß der Grünen offiziell auch von solchen Positionen distanziert. Diese Linie findet sich seither - wenn auch nicht ganz so scharf feministisch geprägt - in allen Wahlprogrammen von Bündnis 90/Die Grünen wieder.
1998 bekannten sich die Grünen dazu, ein Umfeld schaffen zu wollen, in dem Kinder "keine Angst vor sexualisierter Gewalt und Mißbrauch durch Vertrauenspersonen haben müssen". Durch die Forderung, bei "rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und SexualverbrecherInnen" auch künftig auf die Sicherungsverwahrung zurückzugreifen, stellte sich die Partei sogar diametral gegen eine Forderung aus dem Wahlprogramm von 1980, das solche Sonderformen des Strafrechts ausdrücklich abgelehnt hatte.
Vielmehr erkannten die Grünen das zwischenzeitlich erheblich veränderte Sexualstrafrecht in Bezug auf die dort getroffenen Altersgrenzen vollständig an. Mit der Wendung aus dem 2002 verabschiedeten Grundsatzprogramm, wonach "sexualisierte Gewalt ... eine der offensivsten Verletzungen der Menschenwürde" darstelle, haben Bündnis 90/Die Grünen schließlich mit ihrer Vergangenheit unwiderruflich gebrochen.

Professor Dr. Franz Walter leitet das Göttinger Institut für Demokratieforschung. Dr. Stephan Klecha ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter. Eine Arbeitsgruppe des Instituts erforscht seit zwei Monaten auf Bitte von Bündnis 90/Die Grünen "Umfang, Kontext und Auswirkungen pädophiler Forderungen in den Milieus der Neuen Sozialen Bewegung sowie der Grünen".<<

18.02.1980

DDR: Die "Frankfurter Rundschau" berichtet am 18. Februar 1980 über die Konsumgüterversorgung in der DDR (x073/271): >>... "Aushalten und Durchstehen": daran haben sich die Bürger ... in 30 Jahren DDR durchaus gewöhnt. Man weiß längst, daß die beste Qualitätsarbeit nie auf den heimischen Markt kommt.

Beliefert wird in der Regel in dieser Reihenfolge: Armee, NSW (nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet, also westliche Länder), Sowjetunion, SW (sozialistisches Wirtschaftsgebiet), DDR. Mit anderen Worten: die DDR-Betriebe liefern ihre beste Qualitätsware ... für den West-Export oder in die Sowjetunion, sieht man einmal von der Armee ab.<<

28.02.1980

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 28. Februar 1980 über die Einstellungsverfügung der deutschen Staatsanwaltschaft gegen 7 namentlich bekannte polnische Gewaltverbrecher aus dem berüchtigten Zwangsarbeitslager Lamsdorf (x025/196): >>... Die für diese Entscheidung zuständige Bundesregierung hat davon abgesehen, an die Regierung der Volksrepublik Polen heranzutreten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schreibt später über die "auf Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Wer einen Mord konsequent verfolgt und einen anderen konsequent vertuscht, bewirkt das genaue Gegenteil.

Gerade unter diesem Gesichtspunkt begründet die Verfolgung der NS-Auslandsstraftaten für die Bundesregierung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich auch mit Verbrechen an den Menschen auseinanderzusetzen, deren Nutzen zu mehren und von denen Schaden zu wenden die Kabinettsmitglieder in ihrem Amtseid geschworen haben, vgl. Art. 64 und 56 des Grundgesetzes.

Beim Stichwort "Versöhnung" wird unterstellt, daß die Anklage gegen einen Mörder zugleich eine Anklage gegen ein ganzes Volk beinhaltet. Es ist ... übrigens der gleiche Fehlschluß, dem auch die rechtsradikalen Anti-Nestbeschmutzer erliegen. ...<<

02.04.1980

Belgien: Die EG unterzeichnet am 2. April 1980 ein Handels- und Kooperationsabkommen mit Jugoslawien.

14.04.1980

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (16/1980) berichtet am 14. April 1980 über das Buch "Flucht und Vertreibung" der deutschen Publizisten Frank Grube und Gerhard Richter: >>**Nichts vergessen, nichts verzeihen**

Vertreibung und Verfolgung der Deutschen aus dem Osten

Über das Stoppelfeld rollen die Soldaten der Wehrmacht nach Polen hinein, und Bauern aus der Gegend, Volksdeutsche, sind mit ihren Frauen und Kindern gekommen, sie zu empfangen -- mit deutschem Gruß. Das Bild steht am Anfang, Herbst 1939.

Am Ende, hoffnungslos, zu Tod erschöpft, die Füße in der Gosse, sind Mutter und Kind an einem Berliner Straßenrand über ihrem Handwagen zusammengesunken, in dem sie ihr bißchen Fluchtgepäck aus dem Osten hergekarrt haben, Mai 1945.

Es begann mit einer großdeutschen Ostpolitik "im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk" und damit, im eroberten Ostland die "rassisch fremden Elemente abzukapseln oder sie überhaupt kurzerhand zu entfernen". Adolf Hitler: "Ob ich ganze Volksstämme beseitigen wolle? Jawohl, so ungefähr, darauf wird es hinauslaufen."

Zum Schluß wurde abgerechnet, da hatte "die Stunde der Vergeltung für die Qualen und Leiden, für die verbrannten Dörfer und zerstörten Städte, Kirchen und Schulen, für die Verhaftungen, Lager und Erschießungen, für Auschwitz, Majdanek, Treblinka, für die Ausrottung des Gettos" geschlagen, Manifest des nationalen polnischen Befreiungskomitees, Juli 1944.
Qual und Leid traf nun die anderen. "Zorn und Haß", so die sowjetische "Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges", "glühten in den Herzen der Soldaten, als sie die ehemaligen faschistischen Todeslager in Litauen, Ostpreußen und Polen betraten." Es waren Soldaten wie die des 252. Gardeschützenregiments, 158 darunter, deren Familienangehörige von den Deutschen gequält oder ermordet worden waren, 56, deren Familien nach Deutschland verschleppt, 162, deren Angehörige obdachlos gemacht, 293, die ihrer häuslichen Habe beraubt worden waren.
Das Pendel der Gewalt schlug zurück, als die hereinbrachen, "diese prachtvollen, tapferen Kerle, die doch nur der Wodka um den Verstand gebracht hat", wie der damalige Sowjetoffizier Lew Kopelew, heute Sacharow-Freund und Dissident, sie beschrieb, Kerls, die bloß "Uhr" sagen konnten und "Frau komm", die nur "Hoppla, eine Fritzin, eine Hündin" zu sehen brauchten, dann gab es gleich "aus der MP eine Garbe quer über den Rücken".
Alexander Solschenizyn, Hauptmann der Roten Armee, schrieb: "Alles schlicht nach der Parole: Nichts vergessen, nichts verzeihen, Blut für Blut. Und Zahn für Zahn. Wer noch Jungfrau, wird zum Weibe, und die Weiber -- Leichen bald."
Die Soldaten aber fragten: "Na, und die Fritzen, was haben die getan?"
Was getan und angetan und heimgezahlt wurde, wie eine gnadenlose Politik der Härte die Antwort durch Gnadenlosigkeit erhielt: Der Exodus der Deutschen aus dem Osten, vieler Flucht, mancher Rückkehr, aller Vertreibung, ist in Bild und Wort von zwei Hamburger Publizisten noch einmal aufgegriffen und durch Texte kompetenter Autoren wie Lew Kopelew ("Aufbewahren für alle Zeit]"), Arno Surminski ("Kudenow oder an fremden Wassern weinen") und Alfred Maurice de Zayas, amerikanischer Völkerrechtler (SPIEGEL 4/1980), ergänzt worden.
Frank Grube, Jahrgang 46, und Gerhard Richter, Jahrgang 45, die beide Politikwissenschaft, Volkswirtschaft und Soziologie in Hamburg studierten und vergangenes Jahr bereits mit dem ... Buch "Die Schwarzmarktzeit" Zeitgeschichte einprägsam zu rekapitulieren verstanden, haben in ihrem neuen Buch, das im letzten Monat erschienen ist, auf alles peinliche Vertriebenenpathos verzichtet und die Folgen nicht von den Gründen getrennt, die Zeche, die Schlesier und Pommern, Brandenburger und Sudetendeutsche, Ost- und Westpreußen zahlen mußten, nicht von der Schuld, die auch in ihrem Namen aufgehäuft worden war.
Flucht und Vertreibung begannen nicht erst, als am 20. August 1944 östlich von Schillfelde ein russischer Spähtrupp über den Grenzfluß Scheschuppe ging und der Krieg Ostpreußen erreichte. Fünf Jahre zuvor, im Dezember 1939, waren binnen 17 Tagen als erste Rate 90.000 Polen aus dem ehemals und nun wieder deutschen Warthegau und Westpreußen nach Osten in das Generalgouvernement abtransportiert worden -- Hunderttausende mußten folgen, doch nicht alle kamen ans Ziel.
Denn lediglich "die primitiven Polen", so eine Anweisung von Reinhard Heydrich, Chef der Deutschen Sicherheitspolizei, waren "als Wanderarbeiter in den Arbeitsprozeß einzugliedern" und sollten "aus den deutschen Gauen allmählich in den fremdsprachigen Gau umgesiedelt", die Angehörigen der polnischen Führungsschicht dagegen "unschädlich gemacht" werden.
Laut Hitler war sogar "unbedingt zu beachten", daß es fortan "keine polnischen Herren geben" dürfe; die sollten, "so hart das klingen möge, umgebracht werden".
Polen galten als beliebig verwendbares oder auch untaugliches Menschenmaterial: Insgesamt 500.000 wurden aus den einverleibten Reichsgebieten ins Generalgouvernement getrieben, mehr als eine Million aus dem Generalgouvernement als "Fremdarbeiter" zurück ins Reich

deportiert. 4,5 Millionen Polen kamen um, eine "ungeheure Haßstimmung" meldete Generalgouverneur Hans Frank seinem Führer.
Und "Erschießen, Aussiedeln usw.", so ein deutsches Dokument, war auch die Parole, als es von Finnland bis zum Schwarzen Meer weiter vorwärts ging, dorthin, wo Heinrich Himmler "einen Pflanzgarten germanischen Blutes" anlegen, Joseph Goebbels sich "so richtig in die Wiesen der Welt hineinsetzen und grasen" wollte.
All das war es, was auf Danziger und Königsberger, Stettiner und Stargarder, Breslauer und Schweidnitzer schließlich zurückschlug, was an die zwölf Millionen Deutsche in den Ostgebieten, in der Tschechoslowakei und in anderen Ländern, in denen sie als Minderheit hatten leben können, die Heimat, was mehr als zwei Millionen darüber hinaus bei Flucht und Vertreibung das Leben kostete.
Die ersten, die im Treck nach Westen zogen, waren im Sommer 1944 die 120.000 Memeldeutschen, die allerdings, so glaubten sie, nur "provisorisch" evakuiert worden waren, nachdem an der baltischen Front die sowjetische Offensive begonnen hatte. Denn weiter als bis Memel, so verhieß die Propaganda, konnten die russischen Armeen gar nicht kommen: An den Panzergräben des Ostwalls sollte ihnen endgültig Halt geboten werden.
Zwar schlug General Friedrich Hoßbach, Oberbefehlshaber der Vierten Armee, die vorbeugende Evakuierung wenigstens des östlichsten Ostpreußen schon im August vor, doch die politische Führung verbot solchen "Defaitismus", bis es zu spät war:
Am 16. Oktober traten fünf sowjetische Armeen auf einer Breite von 140 Kilometern zum Generalangriff auf Ostpreußen an und ließen sich durch keinen Panzergraben aufhalten, und was sich nun zutrug, charakterisierte der amerikanische Diplomat George F. Kennan später knapp so: "Die Russen fegten die einheimische Bevölkerung vom Erdboden in einer Art, die seit den Tagen der asiatischen Horden kein Beispiel hat."
Evakuierungsbefehle ergingen kurzfristig in den Kreisen Schloßberg, Goldap und Gumbinnen, aber an geordneten Abzug war weder dort noch in Tilsit, Ragnit oder Angerapp zu denken. Drei Tage nach Beginn der Offensive war die Rote Armee bis über Nemmersdorf hinaus in Reichsgebiet eingebrochen; dann gelang es einem deutschen Gegenangriff, Teile des verlorengegangenen Gebiets zurückzugewinnen und eine neue Abwehrfront an der Rominte aufzubauen.
Was unterdes in Nemmersdorf geschehen war, wurde den Menschen in Ostpreußen bald "zum Inbegriff unaussprechlicher Angst" und beschleunigte "die Flucht nicht nur der Ostpreußen, sondern auch die der Schlesier und der Pommern", wie Koautor de Zayas schon in einer früheren Untersuchung ("Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen") festgehalten hatte.
Aussage von Generalmajor Erich Dethleffsen, seinerzeit Generalstabschef der Vierten Armee: "Als im Oktober 1944 russische Verbände in der Gegend Gr. Waltersdorf ... die deutsche Front durchbrachen und vorübergehend bis Nemmersdorf vorstießen, wurde in einer größeren Anzahl von Ortschaften südlich Gumbinnen die Zivilbevölkerung - z.T. unter Martern wie Annageln an Scheunentore - durch russische Soldaten erschossen. Eine große Anzahl von Frauen wurde vorher vergewaltigt."
Eidliche Erklärungen von Oberleutnant Heinrich Amberger, Kompaniechef im Korps "Hermann Göring", über Nemmersdorf: "Am Straßenrand und in den Höfen der Häuser lagen massenhaft Leichen von Zivilisten, die augenscheinlich nicht im Lauf der Kampfhandlungen durch verirrte Geschosse getötet worden, sondern planmäßig ermordet waren. Unter anderem sah ich zahlreiche Frauen, die man, nach der Lage der verschobenen und zerrissenen Kleidungsstücke zu urteilen, vergewaltigt und danach durch Genickschuß getötet hatte; zum Teil lagen daneben auch die ebenfalls getöteten Kinder."
So oder ähnlich war auch, was etwa in Metgethen, einem Vorort von Königsberg, in Goldap,

Tutteln oder Girnen passierte, und die Berichte und Gerüchte davon gaben überall das Signal: Rette sich, wer kann. Mancher, der nicht rechtzeitig entkommen konnte, machte sich auf andere Weise davon: Die Zahl der Selbstmorde stieg "geradezu erschreckend".
Drei Monate hatte die Front gehalten, dann, Mitte Januar 1945, gingen die sowjetischen Truppen erneut zum Angriff über. Allenstein und Rastenburg fielen, Sensburg und Rössel. Nach wenigen Tagen waren alle Bahnlinien ins Reich unterbrochen, und am 26. Januar wurde Ostpreußen durch einen russischen Vorstoß bis nach Elbing vom Westen abgeschnürt.
Flucht war nun nur nach Norden möglich, zum Frischen Haff und hinüber zur Nehrung an die Ostsee, wo Hoffnung bestand, sich in Pillau auf einem Schiff in Sicherheit bringen zu lassen. Doch das Eis des Haffs war trotz klirrender Kälte brüchig und durch Bombentrichter zerspalten. Mitunter mußten die Flüchtlinge bis zum Knie im Wasser sich dahinschleppen, zudem waren sie schutzlos den Angriffen von Tiefffliegern ausgesetzt.
"Die Bomben schlugen Löcher", schilderte eine Bauersfrau aus Großroden, "und ganze Reihen von Wagen gingen unter. Wir hatten keinen Lebensmut und warteten sehnsüchtig auf den Tod." Drei Kilometer, höchstens fünf, kamen die Trecks am Tag voran.
Zur selben Zeit wie die Ostpreußen hatten sich auch die Deutschen aus Westpreußen, aus Graudenz und Thorn, aus Bromberg und Posen vor dem heranrückenden Feind auf die Beine gemacht, unter ihnen 300.000 Volksdeutsche, die zu Kriegsbeginn aus den baltischen Staaten, aus Wolhynien und Bessarabien gerade erst "heim ins Reich" geholt worden waren. Sie alle hatten sich eben bis nach Danzig und Ostpommern abgesetzt, als die Sowjets schon die Odermündung bei Stettin erreichten und auch ihnen der Fluchtweg weiter nach Westen abgeschnitten war. So blieb für sie ebenfalls nur der Weg über die Ostsee noch offen.
Und tatsächlich: In einem Unternehmen, das sich, so der amerikanische Historiker Philip K. Lundeberg, "als der erfolgreichste Abzug über See in der modernen Geschichte erwies", wurden in den letzten 115 Tagen des Krieges auf 700 Schiffen, Fähren und Schleppern mindestens zwei Millionen Menschen im Pendelverkehr nach Westen evakuiert. Chef der Operation - die Verluste blieben unter ein Prozent - war Konteradmiral Conrad Engelhardt, der Seetransportchef der Wehrmacht.
Absprungbasis waren alle Häfen der Danziger Bucht, und Engelhardt schickte selbst beschädigte oder erst halbfertige Schiffe auf die Reise. Er ließ seine Einschiffungsoffiziere rigoros durchgreifen, wo Parteiprominenz ihren Hausrat oder Stäbe ihre ganzen Akten auf die Kähne verladen wollten, und in den ersten Tagen des "Unternehmens Rettung" meinte die Partei noch, den Strom der Flüchtlinge kontrollieren und Billets ausgeben zu müssen.
Schließlich pferchte man "auf einen Quadratmeter vier Menschen -- und das auf offenem Deck und ohne Priorität", so in einem Kapitel des Buches der Experte Fritz Brustat-Naval. Und wurden unterwegs Kinder geboren, bekamen sie den Namen ihres Schiffes als Zunamen, zum Beispiel "Erika-Ubena".
Gestorben wurde auch. Die "Neuwerk" verlor nachts zwischen Pillau und Hela ihr Geleit, kam vom Zwangsweg ab und geriet deutschen Schnellbooten vor die Rohre, die ein russisches Schiff vor sich glaubten und die "Neuwerk", die das Erkennungssignal nicht erwidert hatte, versenkten. Von den über tausend Frauen, Kindern, Eisenbahnern und Sanitätsgästen an Bord überlebten nur drei.
Die höchsten Verluste gab es beim Untergang von drei Schiffen, der "Wilhelm Gustloff", der "Steuben" und der "Goya", die zusammen 16.000 Menschen mit sich in die Tiefe rissen.
Das "Kraft durch Freude-Flaggschiff "Wilhelm Gustloff", für 1.500 Fahrgäste eingerichtet, sank mit vermutlich über 6.000 Menschen an Bord innerhalb einer knappen Stunde durch drei Torpedos des sowjetischen U-Boots S 13 am späten Abend des 30. Januar 1945 etwa auf der Höhe von Stolpmünde. 838 Überlebende wurden aufgefischt.
Elf Tage später erledigte das U-Boot S 13 vor der Danziger Bucht mit zwei Torpedos auch

den Verwundetentransporter "Steuben" mit 2.000 Flüchtlingen und 2.500 Verwundeten unter und auf den Decks. Deutsche Kriegsschiffe konnten 600 von ihnen retten.
Am 16. April schließlich erwischte das russische U-Boot L 3 den 5.000-Tonner "Goya" auf der Fahrt von Hela nach Kopenhagen. Das Schiff, das von der Detonation förmlich hochgehoben wurde, zerbrach in zwei Teile und sank nach wenigen Minuten. Über 6.000 Menschen waren an Bord, darunter die Reste eines Panzerregiments; nur 183 kamen mit dem Leben davon.
Zu Schiff, zu Fuß, mit Pferdewagen, Schlitten, Handkarren zu fliehen, war vor allem den Ostpreußen auferlegt. Aus Schlesien, wo die erste große Fluchtwelle um den 19. Januar 1945 losbrach, kamen die meisten mit der Bahn und in Omnibussen davon. Aus Breslau allerdings konnten nicht alle per Zug evakuiert werden. Über 100.000, meist Frauen, mußten die Stadt bei Temperaturen um minus 15 Grad zu Fuß verlassen - Lautsprecherdurchsage am 20. Januar: "Frauen und Kinder verlassen die Stadt zu Fuß in Richtung Opperau - Kanth."
Rund zwölf Millionen Deutsche, so ist errechnet worden, waren östlich der Oder-Neiße-Linie zu Hause gewesen. Als der Krieg in die letzten Wochen ging, hatte sich etwa die Hälfte von ihnen auf den Weg in den vermeintlich rettenden Westen gemacht. Doch wohin sie auch immer in Mecklenburg oder Sachsen oder noch weiter gerieten - der Krieg blieb ihnen auf den Fersen.
So war Dresden mit 600.000 Flüchtlingen aus Schlesien vollgestopft, die wohl alle dachten, bald zurückkehren zu können, als am 13. und 14. Februar britische und amerikanische Bomber ihre Fracht auf die Stadt abwarfen und P-51-Jäger die auf den Elbwiesen kampierenden Flüchtlingstrecks im Tiefflug attackierten. Und ähnlich wie in Dresden, wo es schätzungsweise über 200.000 Todesopfer gab, war es in anderen Städten, die als Zuflucht hatten dienen sollen.
"Die längste und verlustreichste Phase" (Völkerrechtler de Zayas) des langen Marsches stand aber erst noch bevor. Kaum war der Krieg endlich verloren, da machten sich die Trecks vielerorts wieder gen Osten auf: Da sie ihre Heimat vor der Roten Armee verlassen hatten, ohne -- in Sachsen, Mecklenburg, Brandenburg, Westpommern - dem sowjetischen Regime entkommen zu sein, wollten diese Flüchtlinge lieber daheim erleben, was nun kommen würde.
Schätzungsweise 1,1 Millionen waren so bis Juli 1945 wieder zurückgekehrt, die meisten nach Schlesien, die wenigsten nach Ostpreußen. So erfuhr der Bauer Paul Ewert aus Montauerweide, Kreis Stuhm in Westpreußen, der auf seiner Flucht bis Lauenburg in Pommern gekommen war, bis sein Treck von russischen Truppen überrollt wurde, daß nun, Mitte Mai schon, "Güterzüge über Lauenburg, Neustadt, Danzig, Thorn nach Rußland führen und Flüchtlinge in die Heimat mitnähmen".
Für zehn Reichsmark gab es bei der russischen Kommandantur einen Ausweis, und ab ging's: Von ursprünglich 362 Einwohnern kehrten bis zum Sommer 97 Leute aus Montauerweide dorthin zurück.
Längst nicht alle kamen so glatt heim wie Bauer Ewert. Manche Rückkehrer waren Wochen und Monate unterwegs -- zu Fuß, weil noch keine Züge fuhren und es auch keine Pferde mehr gab, die man vor den Panjewagen hätte spannen können. Und wer dann doch ans Ziel kam, mußte am nächsten Morgen zur Zwangsarbeit antreten oder wurde gar in die Sowjet-Union deportiert - "Reparationsverschleppte", so die amtliche Bezeichnung.
Für sie alle aber, die es entweder auf sich genommen hatten, zu bleiben und sich, mit welchen Folgen auch immer, von der Roten Armee überrollen zu lassen, oder die es geschafft hatten, her und wieder hin zu flüchten, dauerte das bißchen Glück in Heimat und Frieden nur kurze Zeit.
Denn wie einst Hitler die Polen aus Warthegau und Westpreußen gejagt hatte, so bestanden nun die Polen darauf, innerhalb ihrer neuen Grenzen keine Deutschen dulden zu müssen, und

auch die Tschechoslowaken wollten es nicht länger mit deutschen Minderheiten in ihrem Land zu tun haben. So wurde auf der Potsdamer Konferenz Ende Juli 1945 protokolliert, "daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß".
Einerseits stimmten in Potsdam die drei Sieger überein, "daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll", und Winston Churchill, britischer Premier, hatte schon vorher gemeint: "Mich beunruhigen diese großen Umsiedlungen nicht, die unter modernen Verhältnissen besser als je zuvor durchgeführt werden können."
Andererseits waren, als sich Churchill, Josef Stalin und der amerikanische Präsident Harry S. Truman in Potsdam zusammensetzten, die Vertreibungen bereits in vollem Gang, und die Verhältnisse waren auch nicht so, wie Churchill angenommen hatte.
Während hier noch Deutsche auf dem Treck zurück nach Osten waren, zogen da Trecks von Vertriebenen schon wieder westwärts nach Berlin und Dresden und Leipzig. Während in Potsdam noch am Vertreibungsprotokoll gearbeitet wurde, lief - am 27. Juli 1945 - im Berliner Westhafen ein Schiff mit 300 Deutschen ein. Sie waren - "ein Gepäckstück in jeder Hand" - aus dem tschechoslowakischen Brünn ausgewiesen und in Richtung Österreich in Marsch gesetzt worden.
Obwohl angesichts dessen in Potsdam deklariert wurde, "weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung" erst einmal einzustellen, ging die Vertreibung ohne Unterbrechung weiter. Und allerdings auch ohne Rücksicht auf Verluste, so daß General Eisenhower am 18. Oktober 1945 nach Washington ("top secret") telegraphieren mußte: "Die von den Polen angewandten Methoden entsprechen ganz gewiß nicht der Potsdamer Vereinbarung."
Unter dem 12. Oktober 1945 verfaßte Robert Murphy, politischer Berater der amerikanischen Militärregierung in Berlin, ein Memorandum, in dem es hieß:
"Wenn die Vereinigten Staaten auch vielleicht keine Mittel haben, einen grausamen, unmenschlichen und fortgesetzten Prozeß aufzuhalten, so scheint es doch, daß unsere Regierung unsere in Potsdam klar dargelegte Einstellung unmißverständlich wiederholen könnte und müßte." Denn: "Es wäre sehr bedauerlich, wenn es einmal heißen sollte, daß wir ... an Methoden (beteiligt) gewesen seien, die wir bei anderen Gelegenheiten oft verdammt haben." ...<<

April 1980

BRD: Bundestagspräsident Richard Stücklen (1916-2002, von 1949-1990 CSU-Abgeordneter des Bundestages) würdigt im April die Leistungen und Loyalität der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen (x021/478): >>Die Tatsache, daß Millionen Deutsche, die ihre angestammte Heimat verloren haben und dann im Westen mit Tatkraft und Besonnenheit die Bundesrepublik mit aufgebaut und eine freiheitliche Gesellschaftsordnung errichtet haben, ist eine Leistung von außerordentlicher geschichtlicher Bedeutung. ...<<

23.05.1980

BRD: Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken stellt am 23. Mai 1980 in der sog. "Bonner Erklärung" fest (x025/224): >>... (daß sich die Bundesrepublik Deutschland) kein Stillhalten und auch nicht den Versuch des Wegduckens unter den Stürmen der Weltauseinandersetzung leisten kann. Friede und Freiheit sind nicht dadurch zu bewahren, daß man andere handeln läßt.<<
Die "Augsburger Allgemeine" berichtet am 23. Mai 1980 über den Lehrstoff nordamerikanischer Hochschulen (x025/210-211): >>... Schon der Preußen-König Friedrich Wilhelm I. erscheint als "Potsdam-Führer"; die preußische Armee war eine gigantische Strafanstalt. Die demokratische Nationalversammlung von 1848 zeigte rassistische Neigungen. Die ganze deutsche Bevölkerung hat die Ausrottung der Juden gekannt und gebilligt.

Überhaupt führt ein gerader Weg von Luther über das 18. und 19. Jahrhundert bis zur Nazi-Barbarei. Die Hitler-Attentäter vom 20. Juli 1944 waren Nazis, und der ehemalige Kanzler Kiesinger ist ein Ex-Nazi. Die deutsche Geschichte wirkt wie ein überdimensionales Verbrecheralbum; die Vertreibungsverbrechen werden nicht erwähnt.<<

19.07.1980

BRD: Bundespräsident Karl Carstens (1914-1992) spricht am 19. Juli 1980 anläßlich des 30. Jahrestages der Charta der Heimatvertriebenen in Stuttgart (x028/190): >>Unser Volk ist weiterhin geteilt. Der Weg, bis wir jenen Zustand des Friedens in Europa erreichen, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt, ist lang und er ist mühsam. Von uns Deutschen sind auf diesem Weg bereits viele Opfer erbracht worden. Wir haben sie gebracht in der Hoffnung und mit dem Ziel vor Augen, daß eines Tages die Grenzen in Europa ihre die Menschen trennende Bedeutung verlieren. An dieser Hoffnung halten wir fest. Dabei ist uns die Bewahrung des Friedens ein höchstes Gut. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die Einhaltung der am 5. August 1950 verkündeten "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" (x021/478): >>... Drei Jahrzehnte später ist festzustellen: Die Vertriebenen haben ihr Wort gehalten, daß sie damals gaben. Sie haben für den Wiederaufbau Deutschlands geschuftet und das neue Europa mitgeschaffen. Sie haben Frieden gehalten und von dem jungen Staat nicht mehr verlangt, als er ihnen geben konnte. Die politische Disziplin war eines der Fundamente der inneren Stabilität, der die Bundesrepublik ihren Wohlstand, ihre Freiheit und ihr internationales Ansehen verdankt.<<

21.07.1980

USA: Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" berichtet am 21. Juli 1980 über die fehlende gemeinsame nukleare Verteidigungspolitik Europas (x149/246): >>Spätere Historiker werden zweifellos erstaunt sein, daß 35 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges mehr als 200.000 US-Soldaten auf europäischem Boden stationiert waren, um einen reichen und wirtschaftlich machtvollen Kontinent mit 350 Millionen Einwohnern zu verteidigen.

Auch könnten sie sich verwundert fragen, warum die zwei eigenständigen Atommächte Westeuropas, nämlich Großbritannien und Frankreich, sich niemals um eine gemeinsame nukleare Verteidigungspolitik bemüht haben.

Die wissenschaftlichen, technischen und finanziellen Voraussetzungen waren dafür vorhanden. Es fehlte der gemeinsame politische Wille. Demzufolge blieb Westeuropa zu seiner Verteidigung immer noch auf das strategische Atompotential der USA angewiesen.

Diese Abhängigkeit wird von vielen Europäern als besonders bittere Qual empfunden, da sie noch zu einer Zeit fortbesteht, in der die Undurchdringbarkeit des atomaren Schutzschildes der Amerikaner so brüchig geworden ist wie niemals zuvor.

Der rapide Aufbau der sowjetischen Nuklearrüstung hat zu der unabweisbaren Frage geführt, ob die Regierung in Washington jemals Chicago zugunsten Hamburgs aufs Spiel setzen würde.

Vor zwei Jahren hat Präsident Jimmy Carter gegenüber den Chefs der übrigen 14 NATO-Mitgliedsländer erklärt: "Damit keine Mißverständnisse entstehen: Die Vereinigten Staaten sind darauf vorbereitet, alle notwendigen militärischen Mittel für die Verteidigung des Gebiets der NATO einzusetzen."

Diese politische Absichtserklärung gilt weiterhin, aber in Europa wächst der Zweifel, ob die USA dieser Verpflichtung nachkämen, wenn einmal sowjetische Truppen die Grenze zu Westdeutschland überschreiten sollten.

Auch wenn diese Furcht übertrieben ist, so erkannte doch Henry Kissinger dieses Dilemma ... (als er 1979) den europäischen Verbündeten nahelegte, sie sollten für ihre eigene Verteidigung sorgen, Abschreckungswaffen dabei eingeschlossen. ...<<

28.07.1980
Belgien: Die EG unterzeichnet am 28. Juli 1980 ein Kooperationsabkommen mit Rumänien.
05.10.1980
BRD: Während der 9. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 5. Oktober 1980 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 44,5 %, SPD = 42,9 %, FDP = 10,6 %, Sonstige = 2,0 %.<<
15.10.1980
Brasilien: Gustav Wagner (1911 in Wien geboren, der "Todesengel von Sobibór") bringt sich am 15. Oktober 1980 eigenhändig um.
Wagner beteiligte sich in Sobibór und Treblinka persönlich an den Selektionen. Wagner entkam mit Hilfe des Vatikans nach Brasilien. Er wurde dort zufällig enttarnt und 1978 verhaftet. Da Brasilien alle Auslieferungsanträge ablehnte, entging Wagner einer Verurteilung.
04.11.1980
USA: Ronald Reagan (1911-2004, Parteimitglied der "Republikaner") wird am 4. November 1980 zum 40. Präsidenten der USA gewählt.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über US-Präsident Ronald Reagan (x068/355-357,361-365): >>... Er wurde Sportreporter bei der lokalen Radiostation in Des Moines, spielte schließlich nach Probeaufnahmen in Südkalifornien lebenslang zweitklassige Rollen als ein zweitklassiger Schauspieler - und brachte Hollywood-Kollegen zur Zeit des McCarthy-Terrors um ihre Existenz.
Seine ökonomisch-politische Karriere begann Reagan in den fünfziger Jahren als "Unternehmensbotschafter" für General Electric und stieg zum Gouverneur von Kalifornien auf, stets gefördert von jenen Reichen und Superreichen, kalifornischen Konservativen, die dann vor allem die Innen- und Wirtschaftspolitik des Präsidenten beeinflußten, das sogenannte Küchenkabinett ... Auch die Schlüsselpositionen der Reagan-Regierung wurden fast ausschließlich mit millionenschweren Industriellen, Börsenmaklern, Managern besetzt, seine Spitzenpolitiker Caspar Weinberger und George Shultz kamen von der multinationalen Baufirma Bechtel in San Francisco.
Reagan ... verachtete das Aktenstudium und ließ sich über das Wichtigste in Kurzmemoranden unterrichten. Die Trägheit freilich sah das Volk, sah die Welt nicht – obwohl sie ihm doch im Gesicht stand. Dafür sah man: Reagan ging geschickt mit den Medien um und wußte sich vor der Kamera zu bewegen, jeder Zoll war kein König, aber ein Schauspieler. Das liebt die Welt, die bekanntlich betrogen werden will.
Der Präsident kam ihr in Haltung, Gestik, Mimik und in Worten, in schlichten Worten, entgegen. Und nicht zuletzt vertraute er so unerschütterlich dem eigenen eng begrenzten Horizont, daß er dieses Vertrauen auf einen Teil der Menschheit, zumal der amerikanischen, auszustrahlen verstand. Obwohl er und weil er Millionen von Armen und Ausgebeuteten kraß betrog, galt er vielen als netter Mensch, zumal er seinen unbezweifelbaren Charme spielen ließ, wo immer es möglich und wünschenswert war.
... Er konnte am Ende seines ersten Präsidentenjahres verkünden, er habe einer Million Amerikaner neue Arbeitsplätze verschafft, obwohl es in Wirklichkeit 100.000 Arbeitslose mehr gab als im Jahr zuvor. ...
Ronald Reagans "lebenslange Neigung zum Übertreiben" ist ebenso bekannt wie sein "extrem großzügiger Umgang mit Fakten". ...
Beim außenpolitischen Engagement des Präsidenten sah es ganz so aus, als wollte er Wild-West-Filme auch in der Weltpolitik spielen ...
Gegenüber der Sowjetunion ging Reagan, kaum im Amt, sofort auf scharfe Konfrontation, wobei er freilich nur deren von den USA seit Jahrzehnten betriebene Verteufelung fortsetzte. Für Reagan waren die sowjetischen Führer Kriminelle, imstande, "jedes Verbrechen zu bege-

hen, zu lügen und zu betrügen", wie er offenherzig bekannte; die Sowjetunion war "in der modernen Welt das Zentrum allen Übels".
Und auf einer Tagung amerikanischer Evangelisten rief er zum Gebet auf für all jene, "die in der totalitären Finsternis leben". Scheute er sich doch nicht, einem Reporter der "Los Angeles Times" im Wahlkampf 1980 zu erklären, die Sowjets seien "Monster", und ihre Gottlosigkeit sei es wieder, die "ihnen weniger Respekt vor der Menschlichkeit und dem menschlichen Wesen einflößt". Die Sowjetunion, das "Reich des Bösen", wollte der Schauspieler auf dem Thron "auf den Müllplatz der Geschichte" kippen. ...<<
>>... Alles nahm größere Dimensionen an unter Reagan, alles wuchs. Und was am raschesten im Staatsapparat wuchs, war die CIA: 1.500 neue Mitarbeiter wurden eingestellt. 1987 belief sich der Personalstand der CIA auf 16.000 Mitglieder und der Etat auf 25 Milliarden Dollar. Eine solche Organisation mußte einfach den einstigen Kino-Wildwest-Helden besonders anziehen.
Zum Chef des Human-Unternehmens ernannte Reagan seinen Freund William Casey. Im Zweiten Weltkrieg hatte dieser alliierte Spionageoperationen hinter der deutschen Front geleitet und war später an den Börsen Wall-Streets reich geworden. Reagan erweiterte seinen Einfluß als Spionagechef, indem er covered actions, geheime Kommandoaktionen, unter Carter fast in Mißkredit geraten, wieder als Routinesache der US-Außenpolitik ansah. Ja, der Präsident hatte bald ein solches Faible für derlei mehr als anrüchige Operationen, daß Caseys Stellvertreter, Admiral Inman, die Segel strich und in die Privatwirtschaft ging.
Die Regierung Reagan-Bush ließ die CIA in rund 60 Staaten konspirieren und dabei jährlich etwa 600 Millionen Dollar für covered actions verpulvern, vor allem, um mißliebige Regierungen zu erschüttern, in Dutzenden von Fällen. Zum Beispiel tat Präsident Reagan alles, um die Sandinisten Nicaraguas zu stürzen. Die CIA finanzierte nicaraguanische Exilgruppen und bereitete einstige Somoza-Anhänger in Florida und Honduras militärisch auf Invasion und Bürgerkrieg vor. Und während bald im Dschungel an der Grenze zwischen Honduras und Nicaragua eine Freiwilligenarmee stand, destabilisierte man auf verschiedenen Wegen das Land im Innern.
Während man die Revolutionäre in Managua, die Sandinisten, bezichtigte, ihre Revolution nach Honduras auszudehnen, verwickelte man das benachbarte Honduras in eine Gegenrevolution mit dem Ziel, diese nach Nicaragua zu exportieren. Die CIA kaufte Söldner, warb argentinische Offiziere an, nicht wenige Nazis darunter. Sie verteilte in Nicaragua Gebrauchsanweisungen für das Umbringen der dort herrschenden Linken.
Nazimethoden?
Der Internationale Gerichtshof in Den Haag verurteilte die USA 1986, weil sie, entgegen dem Völkerrecht, nicaraguanische Häfen vermint, den Handel Nicaraguas behindert sowie gegen eine ganze Reihe von Verpflichtungen und Verträgen verstoßen hatte.
Aber die Welt ist böse, böse. Man mußte sich sichern. In sechs Amtsjahren des Präsidenten Reagan gab man allein für den Ausbau der elektronischen Spionage in aller Welt rund 100 Milliarden Dollar aus.
Und wie stand es mit der Mafia? Oh, bestens, bestens. Man hatte sie fest im Griff. Hatte regen Kontakt, auch und gerade natürlich im nächsten Umkreis des Präsidenten. Nein, man ließ sie nicht aus dem Auge. Dazu war man ja schon beruflich verpflichtet. Etwa Reagan-Freund und CIA-Direktor William Casey. Aber auch Reagans Arbeitsminister Raymond Donovan hatte nachweisbare Mafia-Kontakte und wurde beschuldigt, zum Wahlkampf des Präsidenten 600.000 Dollar beigesteuert zu haben, die aus Mafia-Quellen stammten. Doch Geld stinkt nicht, und Untersuchungen gegen das Gewerkschaftsgangstertum reduzierte Donovan drastisch.
Ronald Reagan selbst traf sich als Präsidentschaftskandidat (am 27. August 1980) privat mit

Mafia-Vertretern, Führern der Teamster-Gewerkschaft, mit Roy Williams und Jack Presser. Die berüchtigte Gewerkschaft der Fernfahrer, auch von Richard Nixon schon lange gefördert, wird von Gambino, dem "Paten einer New Yorker Familie", kontrolliert und soll Milliardenbeträge an die Mafia abzweigen.
U.a. wird der Kennedy-Flughafen von dieser Vereinigung systematisch geschröpft. "Jedes Jahr lassen die Fahrer des Syndikates auf Anordnung der Familie Güter im Wert von Milliarden Dollar verschwinden. Das FBI schätzt, daß mehr als ein Drittel der wertvollen Güter auf dem Kennedy-Airport unterschlagen werden - elektronische Geräte, Juwelen, Pelze, Nahrungsmittel - und in die Hände der Mafia fallen" (M. Monestier). Das Treffen Reagans am 27. August 1980 mit dem Vizepräsidenten der Teamster, Roy Williams, diente der Mobilisierung der Gewerkschaftler im Wahlkampf, den er auch "ganz sicher mit finanzieller Unterstützung der Teamster-Gewerkschaft" geführt hat.
Ronald Reagan ist dankbar. Freunde läßt er nicht im Stich. Und so galt einer seiner ersten Besuche als Präsident der Teamster-Gewerkschaft. Von dort holte er sich ja auch seinen Arbeitsminister Donavan, Und schon bald nach der Wahl 1981 wurde Williams Präsident der Teamster, und Reagan lud ihn sogar zu einer Top-Level-Wirtschaftskonferenz ins Weiße Haus.
Freilich war Williams derart belastet, daß er noch im selben Jahr zurücktreten und den Präsidentenstuhl Jack Presser überlassen mußte, dem anderen Verbindungsmann zur Mafia und seiner offenbar in jeder Hinsicht würdig. Trotz laufender Fahndungen, Beschuldigungen, Beweise und Verurteilungen aber ging "die Freundschaft zwischen der Reagan-Administration und der Mafia-kontrollierten Gewerkschaft nicht in die Brüche."
Vielmehr wird "immer dann, wenn der Kongreß oder Gerichtsbehörden die Kooperation der Regierung bei Untersuchungen gegen die Gewerkschaft benötigen, diese prinzipiell nicht gewährt" (J. Roth/B. Ender). Im Gegenteil. Offiziell und öffentlich stützte man Beschuldigte. Ja, das Reagan-Bush-Gespann begann damit, keine neue Operationen gegen das organisierte Gangstertum zu erlauben. Nicht genug, man kürzte wesentlich die Etats gerade jener Stellen, die vordem die gelenkte Kriminalität besonders wirksam bekämpft hatten. Dies alles stand in einem augenfälligen Kontrast zu Jimmy Carters Verhalten, bei dem zumal die Teamster-Gewerkschaft vier Jahre lang abgeblitzt war.
Aber schließlich wurde Carter auch nicht mehr Präsident. ...
Man kann gegen Reagan sagen, was man will, es hatte alles großen Stil. Und Geld war schließlich dazu da, um ausgegeben zu werden. Schon die - ihm freilich nur zu angemessene - theatralische Inszenierung seiner Amtseinführung als Präsident wurde ein 16-Millionen-Dollar-Schauspiel. Ein Lehrer an öffentlichen Schulen, vergleichsweise, verdiente um 1980 höchstenfalls 16.000 Dollar im Jahr, in manchen Staaten sogar weniger; in Mississippi etwa nur 11.000 Dollar jährlich.
Nancy Reagans Garderobe, wieder nur zum raschen Vergleich, eigens für die Inauguration (feierliche Amtseinführung) geschneidert, kostete 25.000 Dollar. Und zur Amtseinführung Reagans 1985, als der Präsident das Ideal des altruistischen, für seine Überzeugung kämpfenden Amerikaners beschwor, mit großer Geste dazu ein paar sentimentale Verse zitierte und aufrief, "die Wirtschaft zum Motor unserer Träume zu machen", da verschlang die Garderobe der First Lady 46.000 Dollar.
Aber Nancy Reagan hatte überhaupt Sinn für Ausstattung. Und sollte sie den Amerikanern nicht zeigen, wie man sich kleiden, wie man wohnen konnte, wenn man diesen Sinn eben hatte, diesen Geschmack?
So schmückte sie das Präsidentenschlafzimmer im Weißen Haus mit kostbaren Erlesenheiten.
Etwa mit einem riesigen französischen Rokokospiegel. Oder mit einer handbemalten hauchzarten chinesischen Tapete. Gleich zu Beginn der Amtszeit erwarb sie auch ein altchinesi-

sches Porzellanservice für 200.000 Dollar - na was denn! Und eine Juwelensammlung für das Weiße Haus.
Ja, während Nancy Reagan einer, wie nur Mißgünstige meinten, Neidische, doch etwas aufwendigen Selbstinszenierung frönte, einer Passion für große Auftritte, abendliche Galas, während sie rubin- und diamantenbehängt, in immer neuen Roben erschien, in bodenlangen Nerzen, handgearbeiteten, edelsteinbesetzten Schuhen, in einem schwelgerischen Luxus, der feudale Epochen fast verblassen läßt, da propagierte der Präsident die alten amerikanischen Werte persönlicher Leistungs- und Risikobereitschaft als Voraussetzung für den Aufstieg und unternehmerische Gewinne, predigte er die Ideologie vom wohlverdienten Erfolg.
Debora Silverman bemerkte damals "historische Parallelen zur Endphase des Ancien Régime". Das klingt kritisch. Aber ist es gerecht? Man konnte schließlich nicht immer nur arbeiten, nur schuften für das allgemeine Wohl. Und begann man nicht auch zu sparen, sofort, denn irgendwo und irgendwie mußte ja damit begonnen werden?
Ja, sofort wurde jetzt der Bundesetat für Sozialprogramme und Schulspeisungen um 41 Milliarden Dollar gekürzt. Das war doch schon mal ein Happen. Und zwei Jahre nach Reagans Amtsantritt waren von den 230 Millionen Amerikanern nach der offiziellen Statistik mindestens zwei Millionen obdachlos, und mehr als 30 Millionen lebten unterhalb der Armutsgrenze.
Am Ende von Reagans erstem Amtsjahr gab es eine Arbeitslosigkeit von fast 9 Prozent und ein geschätztes Haushaltsdefizit von 100 bis 150 Milliarden Dollar. Während Präsident Reagan prahlte, die USA wieder zur "Number one" der Welt gemacht zu haben, erwies eine auf 36 Statistiken der Weltbank und der UNO gestützte Untersuchung der "University of Pennsylvania", daß die USA im Hinblick auf die "Lebensqualität" erst an 27. Stelle standen und damit hinter allen verglichenen europäischen Staaten!
Reagan, dessen Vater einst selbst die staatliche Wohlfahrt in Anspruch genommen hatte, kürzte von Mal zu Mal die staatlichen Sozialleistungen. Die Folgen waren entsprechend. Es gab noch mehr Arme und noch mehr Todesfälle unter den Armen. Und noch mehr Hunger. Nach einer allgemein anerkannten Definition des Begriffs "Hunger" hungerten in Ronald Reagans zweiter Amtszeit in den USA, dem mit Abstand reichsten Land der Welt, acht Millionen Erwachsene und zwölf Millionen Kinder.
Zu diesem Ergebnis kam ein "Hunger in den Vereinigten Staaten" betitelter sachlich-kühler Bericht des renommierten Wissenschaftsblattes "Scientific American". Obwohl das Übel, schrieb "Scientific American", in den 70er Jahren praktisch beseitigt gewesen sei, ist es "durch Kürzungen der Bundesregierung zurückgekehrt."
Und 33,4 Millionen der US-Bürger lebten nach der amtlichen Sprachregelung in Armut. Doch während die Armut der 20 % ärmsten US-Bürger zwischen 1978 und 1987 noch um acht Prozent zunahm, wuchs auch der Reichtum der reichsten 20 % US-Bürger noch um 13 %. Und damit hatte man schließlich wieder den Ausgleich. So ganz wohl freilich fühlen sich selbst die Reichen kaum.
Oder warum schützen sie sich und ihre Einrichtungen durch doppelt so viele Privatpolizisten, wie die Kommunen, die Bundesländer und die Regierung zusammen Polizisten unterhalten? ...<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über US-Präsident Ronald Reagan (x364/231-241):
>>… **XUI. Neuer Star für eine alte Clique**
Während die Vereinigten Staaten unter der argen Last der Carter-Präsidentschaft schwankend in das neue Jahrzehnt der 80er Jahre eintraten und sich die nationalen Krisen in alarmierendem Tempo verstärkten, erhob sich unter der hartbedrängten und überbesteuerten amerikanischen Bürgerschaft der Ruf nach Entlastung.

Nach fünfzig Jahren des liberalen Wahnsinns fast leergeblutet, bestand einerkennbarer Wunsch nach tiefgreifenden Änderungen. Man hatte die flagranten Betrügereien, wie zum Beispiel dem "New Deal", "The New Frontier", der "Great Society" und der himmelschreienden Schwindelei der Carter-Jahre bis zum Überdruß satt und viele Millionen Amerikaner sehnten sich nach der Rückkehr einer gesunden Regierung.
Das amerikanische Volk hatte genug. Am 4. November 1980 hatte es mit überwältigender Mehrheit die liberale Politik zurückgewiesen, die in den letzten Jahrzehnten gedroht hatte, die Vereinigten Staaten unter roten Zahlen, Verbrechen und menschlicher Entwürdigung zu begraben. Es gab einen massiven Ruck nach rechts, der zu dem überwältigenden Wahlsieg von Ronald Reagan zum amerikanischen Präsidenten führte.

Das Phänomen Reagan

Am 20. Januar 1981 stieß die amerikanische Nation gesamthaft einen hart verdienten Seufzer der Erleichterung aus, als die neue Reagan-Administration die Zügel der Regierung in die Hände nahm. Die gleichzeitig damit stattfindende Freilassung der Geiseln im Iran trug zu dem allgemeinen Gefühl der Erleichterung fast einen Hauch Jubel bei.
Mit dem Eintreffen von Ronald Reagan und vielen neuen, verfassungsorientierten Gesetzgebern auf der Washingtoner Szene wehte ein kühler, klarer und frischer Wind durch die staubigen Hallen des Kongresses. Die generelle Haltung der Neuankömmlinge wurde von Jeremiah Danton, dem neuen Senator von Alabama zum Ausdruck gebracht:
"Es ist an der Zeit zu handeln. Bürger haben ihre eigene Selbstachtung und sie wollen, daß diese Nation die ihre zurückgewinnt."
Die neue Reagan-Regierung versprach dem amerikanischen Volk einen "neuen Beginn" eine Rückkehr zu traditionellen Werten. Ende der 70er Jahre wurde der Patriotismus vieler Millionen im ganzen Land zu neuem Leben angefacht, als Ronald Reagan eine lange Serie von Reden hielt, die die Rundfunksender der ABC ausstrahlten. Er sprach über Patriotismus, konservative Politik und persönliche Verantwortung sowie über die Notwendigkeit, den amerikanischen Bürger die "große Regierung" vom Hals und aus ihrem täglichen Leben zu schaffen. Diese bewegenden Botschaften fanden in den Herzen und Köpfen vieler Millionen Amerikaner von Küste zu Küste ein tiefsitzendes Echo.

Vision eines wunderbaren Amerikas

Von jahrzehntelanger liberaler Wahnsinnspolitik verängstigt und frustriert, fingen die Leute an, sich ernsthaft eine Reagan-Administration vorzustellen. Er sprach ihre Sprache und sie schlugen sich auf seine Seite. Sie spürten, daß hier endlich ein Mann von geradem Charakter war, der ihre Wertvorstellungen mit Nachdruck vortragen und eine Hauptrolle spielen könnte, um die Nation wieder zu internationalem Ansehen zurückführen zu können.
Als Reagan seine einträgliche amerikanische Rundfunkarbeit an den Nagel hängte und seine Wahlkampfreise antrat, brauchte er nur noch ins Ziel zu laufen. Schon bald wurde von einer wachsenden Menge "die Vision aufgegriffen" - die Vision von einem wunderbaren, mit neuer Lebenskraft erfüllten Amerika, das die unzähligen nationalen Probleme triumphierend hinter sich läßt. Die Präsidentschaftskandidatur des ehemaligen Gouverneurs von Kalifornien wurde von ihnen mit Begeisterung unterstützt. Das Phänomen Reagan nahm rasch Gestalt an.
Was kann das amerikanische Volk von der Reagan-Administration erwarten? Wird sich Reagan als "das Wahre" erweisen - oder wird er sich als ein weiterer Wolf im Schafspelz entpuppen?
Im Jahre 1945, bei Ende des Zweiten Weltkrieges - nach 12 Jahren des leninistischen "New Deal" - befanden sich die meisten Positionen in Regierung, Bildungswesen, Nachrichtenmedien und anderen wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens in den verräterischen Händen von Individuen, die ihre Seele an die Verschwörer verkauft hatten.
Die in Hollywood beheimatete Filmindustrie war fast völlig unterwandert. Mit der geschick-

ten Ausnutzung von Filmen, die die subtile Anti-Amerika-Propaganda der Linken verbreiteten, würden die Verschwörer in ungeheuerlicher Weise auf das Denken der Kinobesucher im ganzen Land einwirken können.
Da die meisten Leute ins Kino gehen, um den nur allzuoft grimmigen Tatsachen des täglichen Lebens zu entfliehen, lassen sie ihren formbaren, nichts ahnenden Verstand weit offen stehen, so daß falsche und destruktive Ideen ohne ihr Wissen darin eingepflanzt werden können. Über den Weg eines solchen Mediums können die Bürger für die "Neue Weltordnung" programmiert werden.

Die Roten von Hollywood

Zum Ende der 40er Jahre begannen allerdings die Pläne der Illuminaten zur Subversierung der amerikanischen Gesellschaft von innen heraus schief zu laufen. Dramatische Beweise bezeugen, daß die Regierung Roosevelt mit subversiven Elementen durchsetzt gewesen war und die Mehrzahl von ihnen auch noch in der Truman-Administration verblieben waren.
Der berühmte Broadway- und Hollywood-Drehbuchautor und Ronald Reagan als Schauspieler und im Wahlkampf zur Präsidentschaft. Die wirkliche Macht in Amerika ist auch heute weiterhin "ganz in der Familie Rockefeller".
Produzent Myron Fagan deckte die Methoden auf, die die "roten Termiten" bei ihren subversiven Aktivitäten benutzten. Die sich anschließende Empörung hat die Filmindustrie bis ins Mark erschüttert. Als Folge der Untersuchungen durch den United States Senat und den Staat Kalifornien wurden die ruchlosen "Hollywood Ten" zu Gefängnisstrafen verurteilt und weitere 300 Stars, Produzenten und Regisseure für schuldig befunden, der Sache der Roten gedient zu haben.
Myron Fagan gründete die "Cinema Education Guild" (CEG) in dem Bemühen, das amerikanische Volk über die unheilvolle Bedrohung durch diese massive Unterwanderung zu informieren.
Die Wirkung zeigte sich augenblicklich. Die Besucherzahlen gingen drastisch zurück, so daß einige Kinos zur Schließung gezwungen waren. Unter diesem enormen, landesweiten Druck traten die Roten den Rückzug an und dem amerikanischen Volk wurde versichert, Hollywood säubere seine Bühne. Aber es dauerte nicht lange und die Roten schlichen sich von neuem in Hollywood ein - und nahmen ihre subversive Arbeit erneut auf. Noch einmal riß Myron Fagan ihnen ihren Deckmantel, herunter. Noch einmal gingen die Wellen der Empörung durch die Filmindustrie.
Im Rampenlicht der bestürzenden Enthüllungen durch die CEG bloßstehend und entschlossen, sich nie wieder erwischen zu lassen, haben die subversiven Elemente Hollywoods das Drehbuch umgeschrieben und ein anderes diabolisches Komplott geschmiedet, das die Amerikaner die Tatsachen vergessen machen sollte.
Eingedenk des Erfolges, den die öffentlichen Auftritte von "Stars" in den dunklen Tagen der großen Rezession gehabt haben, beschlossen sie, daß das beste Mittel zur Einschläferung des amerikanischen Publikums, das sie in die Kinos zurückbringen würde, darin besteht, die Hollywood-Prominenz aufs Land zu schicken. Sie würden als Ehrengäste in Clubs auftreten, Pressekonferenzen für die Vertreter der führenden Nachrichtenmedien geben und ganz allgemein für ein hohes Ansehen sorgen. Ihre Titelmelodie: "Die Roten sind aus Hollywood abgehauen. Alles ist jetzt wieder in Ordnung in der Filmmetropole."
Viele haben sich energisch dagegen verwahrt, an diesem monströsen Schwindel teilzunehmen. Berühmtheiten wie Clark Gable haben heftig protestiert und sich geweigert, als Botschafter des Betrugs aufzutreten. Andere sind mit beiden Füßen auf diesen Verschwörungszug aufgesprungen.
Zu den bekanntesten von ihnen gehörte ein Filmschauspieler namens Ronald Reagan, Präsident der "Screen Actors Guild" (SAG). Im Verlauf der Senatshearings in Washington im Jahre

1947 war die Guild nachweislich als ein führendes Werkzeug der Subversion in der Filmindustrie entlarvt worden.

Reagans rote Märchen

Reagan bereiste das Land und versicherte den Leuten, daß die subversive Bedrohung vorüber sei. Eine für Reagan typische Erklärung wurde am 27. Juli 1951 in der Victor Reisel Kolumne abgedruckt:

"Der Kommunismus hat in Hollywood versagt, weil die überwältigende Mehrheit der Screen Actors Guild immer gegen den Kommunismus war und ist. Die Roten haben alle Kunststücke aus ihrer Trickkiste ausprobiert, aber die Filmschauspieler unter Führung des Vorstandes der Screen Actors Guild haben sie überlistet und besiegt. Wir haben sie offiziell und inoffiziell bekämpft. Wir haben sie in Versammlungen hinter den Kulissen bekämpft.

Unsere roten Feinde sind sogar soweit gegangen zu drohen, sie würden mir persönlich und anderen Stars Säure ins Gesicht werfen, damit wir niemals wieder im Film auftreten können. Ich habe eine Zeitlang einen Revolver bei mir getragen und Polizisten haben in meinem Haus gelebt, um meine Kinder zu beschützen. Aber diese Tage sind für immer vorbei, ebenso wie die betörten Sympathisanten und Mitläufer der Roten. Heute sind selbst die Mitläufer von der Hollywood-Szene verschwunden."

Die neue Taktik wirkte wie ein Zaubermittel. Wie nicht anders zu erwarten, wurde das neue Leitmotiv von den Zeitungen, Magazinen, Rundfunk- und Fernsehkommentatoren aufgegriffen und im ganzen Land verbreitet. Die sorgfältig konzertierte Schwindelkampagne hatte die gewünschte Wirkung. Die öffentliche Meinung beugte sich erneut unter dem Druck.

Reagans Polit-Show

Es sollten mehr als zehn Jahre vergehen, ehe Ronald Reagan sein Debüt auf der politischen Bühne gab. In wahrlich theaterwürdigem Stil begann er seinen Auftritt im Jahre 1964 mit einer anheizenden Rede, die er für Barry Goldwater auf dem Konvent der Republikanischen Partei hielt.

Seine höchst pro-amerikanischen Erklärungen und seine glattpolierte Rhetorik waren die Ursachen, die ihm weitverbreitete Aufmerksamkeit als einem möglichen Kandidaten für ein hohes politisches Amt einbrachten.

Die Tatsache, daß er politisch ein Anfänger war, ohne jede Hausmacht, mit der er operieren konnte, tat seinem politischen "Sex Appeal" keinen Abbruch.

Nach der Niederlage von Barry Goldwater begann Ronald Reagans Stern am politischen Himmel aufzusteigen. Ein Jahr später gründeten ehemalige Goldwater-Anhänger einen Verein mit dem Namen "Friends of Ronald Reagan". Zu Beginn reiste Reagan in Kalifornien umher und traf sich zu privaten Gesprächen mit politischen Führern und stellte seine hochkarätige Redekunst den Zuhörern vor.

Reagan sagte immer das Richtige und erhielt stürmischen Applaus von seinem Publikum. Sie brachten ihm stehend Ovationen entgegen, als er gegen die "große Regierung" wetterte; Regierungsbestechung in Form von Subventionen an besondere Interessengruppen und die Unzahl von sonstigen Regierungsprogrammen, deren Zweck die Ausdehnung der Administration auf alle Lebensbereiche sei.

Die "Reagan Show" ging auf Tournee durch ganz Amerika und wurde in vielen Großstädten an der Ostküste gegeben. Das Echo überall im Land war begeisternd. Reagan wurde von vielen konservativen Republikanern als ein "konservativer Goldwater" akzeptiert. Er wurde zu einem "heißen Tip".

Erste Schatten zeigen sich

Kurz nachdem er 1966 in den Wahlkampf um den kalifornischen Gouverneursposten eingetreten war, kamen beunruhigende Signale aus dem Reagan-Lager. Die politische Coleur in der engeren Umgebung Reagans veränderte sich. Es fand ein stetiger Exodus derjenigen statt, die

sich ihr Leben lang als unverbrüchliche Anhänger der wahren republikanischen Grundsätze bewiesen hatten. Gleichzeitig hielten liberale Dogmatiker und politische Manipulanten ihren Einzug. Es war offensichtlich, daß etwas in dem Image von Reagan als einem hartgesottenen Konservativen fehlte.
Millionen hoffnungsvolle Wähler in Kalifornien nahmen das Image von Ronald Reagan als Ritter ohne Furcht und Tadel, der ein "konservativer Gouverneur" sei und sie von dem ewig wachsenden Fluch der "großen Regierung" befreien würde, für bare Münze.
Im ganzen Bundesstaat herrschten hochgesteckte Hoffnungen, als Ronald Reagan am 5. Januar 1967 in sein Amt als Gouverneur eingeführt wurde. In seiner Einführungsrede versprach Reagan, daß seine Administration um "Straffung, Kürzung und Senkung" bemüht sein werde, "bis die Staatsausgaben verringert sind. Es wird nicht einfach sein, noch angenehm, und es wird jedes Ressort betreffen, angefangen beim Amt des Gouverneurs selbst".
Knapp einen Monat später, in seiner Haushaltsrede vor der Legislative, zeigte Reagan mit dem Finger auf die Ursachen für die finanziellen Nöte des Staates, den politischen und finanziellen Mumpitz der Pat Brown Regierung. Kalifornien war mit 500 Millionen US-Dollar im Minus. Reagan gelobte, daß seine Regierung "kein Interesse an der Fortsetzung eines solchen fiskalischen Schwachsinns" habe.

Rhetorik und Wirklichkeit

Die Haushaltsvorlage des neuen Gouverneurs schien die Antwort auf die Gebete der Konservativen zu sein. Sie gewann ihm die spontane - fast jubilierende Zuneigung der Konservativen überall. Er legte darin Einzelheiten eines Reformpaketes dar, das dem Staat Kalifornien fiskalisches Verantwortungsbewußtsein und Solvenz zurückbringen würde.
Der kalifornische Senator John Schmilz, den neuen Gouverneur bei seinem Wort nehmend, geriet in Ekstase: "Nun haben wir zu guter Letzt einen Gouverneur in Kalifornien, der den Leuten die Wahrheit sagt - und seine Versprechungen hält. Der Haushaltsentwurf von Gouverneur Reagan deckt das ganze Ausmaß der staatlichen Finanzkrise auf und verwirft die leichte, aber ruinöse Lösung, die Steuern drastisch zu erhöhen. Er hat getan, was er versprochen hat. Er hat den Mut gehabt, die Wirtschaft an die erste Stelle zu setzen, die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um eine Viertel Milliarde Dollar zu kürzen."
Leider war die Bewertung von Senator Schmilz etwas voreilig. Er hatte Reagan für einen Mann gehalten, dem man vertrauen kann, daß er sein Wort hält. Er hatte in dem Moment vergessen, daß in der Politik Rhetorik und Wirklichkeit gewöhnlich weil voneinander getrennt sind. Integrität ist ein höchst ungewöhnlicher politischer Charakterzug.
Noch ehe der Widerhall seines "Reformprogrammes" verklungen war, befand sich eine neue Reagan-Vorlage auf dem Weg vor die Gesetzgeber, die 865 Millionen US-Dollar an neuen Steuern vorsah. In einer Haushaltsrede vor dem gesamten hohen Haus verkündete Reagan, daß er einen endgültigen Staatsetat vorlegen werde, der 488 Millionen US-Dollar kompletter Neuausgaben vorsieht.
Noch bevor die Legislaturperiode um war, hatte "der konservative Gouverneur", der geschworen hatte, "den Willen des Volkes zu ehren", mit seiner Unterschrift eine Steuererhöhung von insgesamt 943.300.000 US-Dollar zum Gesetz erhoben, die höchste einzelne Steueranhebung, die es jemals in der Geschichte eines amerikanischen Staates gegeben hat. Senator Schmilz flehte den Gouverneur Reagan an, jenen "nicht das Vertrauen und die Herzen zu brechen", die an ihn geglaubt hatten. Aber es half nichts.
Hat sich Ronald Reagan seit seiner Gouverneurszeit drastisch geändert? Hat er seiner nachweislich liberalen Vergangenheit abgeschworen? Geht er heute auf der rechten Spur? Der heutige amerikanische Präsident Ronald Reagan antwortet mit einem Ja.
Im Verlauf des Wahlkampfes von 1980 und in den ersten Monaten seiner Amtszeit hat Ronald Reagan beredt die Narrheiten des Sozialismus dargelegt und ihnen abgeschworen. Er hat deut-

lich gezeigt, daß es Idiotie ist, wenn die amerikanische Nation auf dem Weg weitermacht, den sie seit den Tagen von Roosevelt eingeschlagen hat.
Es besteht kein Zweifel an der Tatsache, daß Reagan der Nation eine psychologische Kraftspritze verabreicht hat. Unter dem Einfluß seiner ruhigen und zuversichtlichen Führung ist es zu einer Trendwende der Ansichten gekommen, die die meisten Amerikaner über die Zukunft haben. Neue Zuversicht hat die Nation ergriffen.

Das Attentat ein Komplott?

Diese Sinneswandlung Ronald Reagans ging den Internationalisten gegen den Strich, da er einen Großteil der Abbrucharbeiten wieder zunichte macht, die unter dem Carter-Regime vollbracht wurden. Sie könnten Reagan aus dem Weg haben wollen und zwar so schnell wie nur möglich.
Die Establishment-Medien brachten den Mordanschlag auf den Präsidenten am 30. März 1981 als die Tat eines "Spinners". Es wurde vielerorts erklärt, John W. Hinckley sei ein Einzelgänger, der ohne Auftraggeber gehandelt habe. Dagegen deuten neuere Beweise darauf hin, daß die Medien erneut an einer massiven Verdunklungskampagne arbeiten könnten, die an das erinnert, was nach der Ermordung Kennedys in Dallas im Jahre 1963 passiert ist.
Berichte aus einer Vielzahl unabhängiger Quellen wecken den Verdacht, daß der Anschlag auf das Leben von Reagan einen sehr viel merkwürdigeren Hintergrund hat. Drei Wochen bevor die Schüsse vor dem Washingtoner Hilton-Hotel fielen, haben mehrere christliche Kirchenämter einen Hinweis erhalten, daß an dem Wochenende vom 13./14. März ein großer Hexensabbat stattfinden soll.
Vor kurzem von dem Hexenglauben Konvertierte haben ausgesagt, daß die Anhänger der okkulten Kräfte in Amerika planten, spezielle Zauber und Flüche auf die Reagan-Regierung zu legen. Einige Tage vor dem Hexensabbat hat Hinckley seine Wohnung in Evergreen, Colorado, verlassen und ist in ein Motel gezogen. Da er kurz davor seine Gitarre und Schreibmaschine ins Pfandhaus gebracht hat, scheint es sicher zu sein, daß eine andere Person seine Auslagen bezahlt hat.
Und eine weitere, höchst interessante Entwicklung. Am 31. März hat Max Robinson von Kanal 25 PBS in dem Gebiet von Akron Canton (Ohio) berichtet, daß Hinckley "jeden Tag vor einer Telefonzelle auf einen Anruf gewartet hat, obwohl ein Telefon in seinem Zimmer vorhanden war." Das deutet klar darauf hin, daß der zukünftige Attentäter tägliche Mitteilungen erhalten hat, die für ihn so belastend sein würden, werden sie zufällig mitgehört, daß er sie in einer öffentlichen Telefonzelle entgegennehmen mußte.
Am 2. April brachte eine Zeitung in Cleveland Beweise dafür, daß die Sicherheitsmaßnahmen um den Präsidenten während seines Erscheinens im Washingtoner Hilton-Hotel drei Tage zuvor erheblich durchbrochen worden waren. Nicht nur, daß dem Publikum erlaubt worden war, ungewöhnlich nahe an dem Ausgang zu stehen, den der Präsident benutzte, sondern es fehlten auch andere Sicherheitsvorkehrungen.
Edward V. Kelley, ein Freund der beiden Sicherheitsbeamten, die sich auf Hinckley warfen, nachdem er zu schießen anfing, gab eine aufschlußreiche Beobachtung bekannt: "Auf den Dächern befanden sich keine Männer mit Gewehren, wie damals, als Carter hier im letzten Jahr auf dem Konvent war."

Einladung zur Ermordung

Zusammen gesehen sprechen diese Ereignisse für die Wahrscheinlichkeit, daß damit eine "Einladung" zur Ermordung von Präsident Reagan gegeben wurde. Nur durch ein Wunder ist er dem Tod beziehungsweise seiner Beseitigung von der nationalen Bühne entgangen. Zweifellos hat Reagan beträchtliche Kompromisse auf dem Weg ins Weiße Haus schließen müssen. Ohne diese Kompromisse wäre der Sieg unmöglich gewesen.
Im Frühjahr und Sommer 1980, als die öffentliche Meinungsumfragen anzeigten, daß der poli-

tische Stern Ronald Reagans am Aufsteigen war, wurde es der "unsichtbaren Regierung" klar, daß das Jahr 1980 sehr wohl ein "Reagan-Jahr" werden könnte. Sofort nach Reagans auffälligem Sieg über ihren eigenen, elitären Kandidaten, George Bush, in den Vorwahlen von New Hampshire, hat das "Eastern Establishment" Schritte unternommen, um die volle Kontrolle über Reagans Wahlkampf und das Management des bevorstehenden republikanischen Konvents zu erlangen.
William Casey, ein Mitglied des von Rockefeller beherrschten Council on Foreign Relations (CFR) - die unsichtbare Regierung - wurde als Reagans Wahlkampfmanager eingeschleust. Von da an lag die gesamte Aktion bei den Liberalen, wenngleich die konservative Wahlpropaganda und Jahrmarktakrobatik an Intensität gewannen.
Casey hat einen höchst interessanten Werdegang. Als ein Schützling von Henry Kissinger hatte er sich als ein so fleißiger und ergiebiger Diener erwiesen, daß man Richard Nixon empfahl, ihn auf den Spitzenposten der Export-Import Bank zu setzen. Als Präsident dieser höchst einflußreichen Organisation gehörte Casey zu den "Denkern", die die Finanzierung für das Kama-Lastwagenprojekt in der Sowjetunion zusammengebastelt haben, das von einmaliger Größe ist. Diese Anlage soll mehr Schwerlaster herstellen als alle US-Konzerne zusammen. Die Lastwagen aus diesem Werk wurden für die Invasion von Afghanistan eingesetzt.
Die Finanzierung des Kama-Projektes ist zu 45 Prozent von der Export-Import Bank bereitgestellt worden - einer amerikanischen Bundesbehörde, das heißt also von den amerikanischen Steuerzahlern. Weitere 45 Prozent hat Rockefellers Chase Manhattan Bank zur Verfügung gestellt. Die Roten haben nur 10 Prozent des benötigten Kapitals aufgebracht.
Der erste handfeste Beweis für den unglaublichen Druck, den die unsichtbare Regierung der Geldmonopolisten auf Ronald Reagan ausübte, wurde auf dem Nationalkonvent der Republikaner in Detroit geliefert, nachdem er mit überwältigender Mehrheit zum Präsidentschaftskandidaten dieser Partei gewählt worden war.
Politik macht merkwürdige Bettgenossen Während seines gesamten Wahlkampfes hatte Reagan seinen Anhängern versichert, er werde für die Vizepräsidentschaft einen Mann als Mitstreiter wählen, der seine konservative Weltanschauung teilen würde. Viele seiner Anhänger glaubten zuversichtlich, er werde entweder Philip Crane oder Jack Kemp als seinen Mitstreiter wählen, da beide tadellose Referenzen als Konservative haben.
Die hochfliegenden Hoffnungen der Delegierten wurden zertrümmert, als Reagan, umgeben von Rockefeller, Kissinger, Ford und anderen Trilateralen und CFR-Manipulanten, beide Männer zurückstieß. Er ging in das Trilaterale Lager hinein und griff sich George Bush heraus.
Bush, der in den Vorwahlen Reagans Wirtschaftsprogramm verächtlich als "Hexereipolitik" beschimpft hatte, hatte wiederholt Strategien befürwortet, die denjenigen Reagans diametral entgegengesetzt waren. Nach seiner Ernennung behauptete Bush aus voller Brust, er nehme Reagans Standpunkt voll und ganz ein. Die Politik macht merkwürdige Bettgenossen.
Allerdings ist die wunderbare Wandlung von Bush leicht zu erklären. Seit Jahren gehört er zu dem "in-Haufen". Er ist ein vertrauenswürdiges Mitglied der Rockefeller-Clique. Ehrlichkeit und Integrität zählen nicht zu ihren Spielregeln. Zu den roten Warnsignalen, die nach der Ernennung von Bush aufblinkten, haben sich am 6. November 1980 heulende Sirenen gestellt, als Reagan die Namen des Übergangssystems bekannt gab, das mit der Vorbereitung seiner Regierungsübernahme am 20. Januar 1981 betraut wurde. Es war voll mit Mitgliedern des CFR beziehungsweise der Trilateralen Kommission.
Eine solche Kollektion von Eine-Weltlern konnte nur einen Regierungsapparat aufbauen, der zu ihren Gunsten gezinkt sein würde. Die wirkliche Macht würde "ganz in der Familie" bleiben. Mit der Bekanntgabe der Namen jener, die die verschiedenen Ressorts unter der neuen Regierung leiten würden, kam die Bestätigung dieser Macht. Sämtliche politische Spitzenpo-

sten der Reagan Administration liegen in den Händen von Rockefeller-Agenten.
Richard Viguerie, Herausgeber des "Conservativ Digest" hat die Gefühle vieler amerikanischer Patrioten in Worten ausgedrückt: "Es sind dieselben alten Establishment-Republikaner, die Geschäftswelt, das Eastern Establishment. Diese Regierung ist eindeutig keine Regierung der Konservativen. Die Leute, die Ronald Reagan gewählt haben, die 16 Jahre zu ihm gehalten haben, haben einen Faustschlag ins Gesicht erhalten."<<

05.11.1980

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Schmidt am 5. November 1980 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

1980

BRD: Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski (1934 in Ostpreußen geboren, Ende 1945 vertrieben) berichtet im Jahre 1980 über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x039/72): >>... Warum nicht schweigen? Warum setzen wir uns 35 Jahre danach mit Dingen auseinander, die irreparabel sind, die keinen Toten zum Leben erwecken können? ...
Es hat nichts mit dem Wachhalten eines Revanchegedankens zu tun, auch geht es nicht um die Wahrung irgendwelcher deutschen Rechtspositionen. Nicht einmal zur Aufrechnung mit deutschen Untaten während des 2. Weltkrieges ist die Erinnerung an das Kriegsende 1945 im Osten geeignet.
Letztlich geht es um ein persönliches und ein allgemeingültiges Anliegen. ... Ich habe ein schlechtes Gewissen bei dem Gedanken, daß Hunderttausende, die spurlos verschwunden sind, ohne Postskriptum aus den Listen der Lebenden gestrichen sein sollen. Die zahllosen Menschen, die unbeachtet im Straßengraben verwesten, die irgendwo aus dem Zug geworfen oder in Massengräber gelegt wurden und bis zum Schluß nicht begreifen konnten, was sie verbrochen hatten, sie verdienen es, wenigstens erwähnt und nicht um des lieben Friedens willen vergessen zu werden. ...
Was damals geschah, spielte sich außerhalb der geläufigen Denkkategorien ab. Noch heute stehen die Überlebenden fassungslos davor. Wir dürfen deshalb nicht aufhören zu fragen: Was ist da schiefgegangen. Welche Sicherungen sind damals durchgebrannt? Nur so können wir Dämme errichten, damit dergleichen nicht wieder vorkommt. Über diese Dinge zu sprechen, gehört auch zur Friedensforschung.<<

Kamerun: Der Kameruner Schriftsteller Mongo Beti (1932-2001) schreibt im Jahre 1980 über den Einfluß der französischen Sprache in Afrika (x149/180): >>Die Alleinherrschaft der französischen Sprache (war) gleichsam ein vergifteter Boden, aus dem nichts anderes als Unkraut sproß: die lange Zeit, die das Eindringen in ihre Raffinesse erforderte, hemmte unsere geistige Entwicklung.
Da die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung unvermeidlich oder mit Vorbedacht aus diesem Paradies ausgeschlossen war, kam es zu finsterem Aberglauben, sozialem und politischem Stillstand und zu Enttäuschung.
Weil die Elite, diese Auserwählten, die alle Hindernisse überwunden und ein Diplom erkämpft hatten, so ungeheuer selten waren, wurden sie zu schwächlichen Ziergewächsen, die in das Treibhaus der besonderen Stadtviertel gepflanzt wurden, wo ihre eigene Persönlichkeit verkümmerte. ...<<

1981

> Bei einem deutschen Zeitungsartikel muß man fragen: "Was verschweigt der Mann?" und wer hat ihm dafür auf die Schulter geklopft?
> *Kurt Tucholsky (1890-1935, deutscher Schriftsteller)*

01.01.1981

Belgien: Griechenland tritt am 1. Januar 1981 als zehntes EG-Mitglied der Europäischen Ge-

meinschaft (EG) bei.

28.01.1981

BRD: Rudolf Mühlfenzl (1919-2000, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens) kritisiert am 28. Januar 1981 die systematische Verdrängung der Vertreibungsverbrechen in Ost-Mitteleuropa (x025/193): >>Es ist unglaublich, daß über die Jahre voller menschlicher Schicksale so lange nicht gesprochen wurde. ...<<

28.02.1981

BRD: Etwa 100.000 Atomkraftgegner protestieren am 28. Februar 1981 trotz des totalen Demonstrationsverbotes gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf an der Unterelbe.
Bei der "Schlacht um Brokdorf" werden Hunderte von Polizisten und Demonstranten verletzt.

14.06.1981

DDR: Bei den DDR-Volkskammerwahlen entscheiden sich 99,86 % der Wähler am 14. Juni 1981 für die Einheitsliste. Die Kandidaten dieser Liste sind nicht frei wählbar und die Sitzverteilung der Volkskammer wird bereits vorher festgelegt.

13.08.1981

DDR: Zum 20. Jahrestag des Berliner Mauerbaues marschieren am 13. August 1981 in Ost-Berlin Truppen zu einem "Kampfappell" auf.

10.10.1981

BRD: In Bonn demonstrieren am 10. Oktober 1981 etwa 300.000 Menschen für Frieden und Abrüstung.

14.11.1981

BRD: Rund 100.000 Teilnehmer demonstrieren am 14. November 1981 gegen den geplanten Bau der Startbahn West in Frankfurt am Main. Am folgenden Tag ereignen sich auf dem Baugelände schwere Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei.

11.12.1981

DDR: Bundeskanzler Schmidt reist am 11. Dezember 1981 in die DDR.
Während des Staatsbesuches (vom 11. bis zum 13.12.1981) verhängt die polnische Regierung das Kriegsrecht (x101/121).

1981

BRD: Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, deutscher Bundeskanzler von 1974-82, herausragender Politiker der deutschen Sozialdemokratie) warnt im Jahre 1981 während einer DGB-Versammlung in Hamburg (x268/180): >>... Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet (später im Juli 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/33-35): >>**Erdogans Fünfte Kolonne**

_ von Daniell Pföhringer

Berlin, Sonntag, 24. Juni 2018: Auf dem Kursfürstendamm vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin feiern in der Dämmerung hunderte Türken ausgelassen den Wahlsieg ihres Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Ganze Wagenkolonnen fahren durch die Straßen, es gibt ohrenbetäubende Hupkonzerte, man hört lauten Jubel und sieht ein Meer roter Halbmond-Fahnen. Szenen wie diese spielen sich an jenem Abend nicht nur in Berlin ab. Auch im Ruhrgebiet, in München, auf der Frankfurter Zeil oder in der Leipziger Eisenbahnstraße gibt es die große Osmanen-Sause. Viel mehr als sonst wird sichtbar, daß ganze Viertel deutscher Großstädte bereits zu Klein-Istanbul geworden sind.
Erdogan hatte sich am selben Tag bei der Präsidentenwahl mit rund 53 Prozent der Stimmen schon im ersten Wahlgang souverän gegen seine Mitbewerber durchgesetzt, seine AKP wird bei der zeitgleich stattfindenden Parlamentswahl mit gut 43 Prozent stärkste Partei. Der Jubel auf deutschen Straßen für den faktischen Alleinherrscher am Bosporus kommt nicht von ungefähr: 67,5 Prozent der Türken in Deutschland - zwei Drittel - hatten ihm ihre Stimme gegeben,

in der Hochburg Essen sogar 76,3 Prozent. In der Bundesrepublik lebt knapp die Hälfte aller wahlberechtigten Auslandstürken. Von diesen 1,4 Millionen ging jeder zweite zur Urne. Am Wahlsieg des Sultans von Ankara hatten sie einen großen Anteil.

Am Bosporus rechts, im Ruhrgebiet links

Auch wenn es zunächst einmal verrückt klingt: Die gleichen Türken, die mehrheitlich den Autokraten Erdogan und seine islamisch-konservative AKP wählen, votieren, sofern sie auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, bei Bundestagswahlen regelmäßig zu 90 Prozent für linke Parteien.

Ein politischer Widerspruch, der für den Ex-Chefredakteur der Zeitung Cumhuriyet, Can Dündar, jedoch einfach zu erklären ist: "Die meisten sind nicht fanatisch, vielmehr verhalten sie sich migrationsbedingt pragmatisch rational. In der Türkei wählen sie überwiegend den rechten Politiker, der ihnen Selbstvertrauen gibt, in Deutschland Sozialdemokraten und Grüne, die sich für ihre Rechte einsetzen."

Tatsächlich ist es vor allem die SPD, die den sogenannten Deutsch-Türken schon seit vielen Jahren jeden Wunsch förmlich von den Lippen abliest und sich deren Zustimmung mit zahlreichen Wohltaten erkauft hat. Den Grundstein für die Anatolisierung Deutschlands hat - mit dem Gastarbeiterabkommen - jedoch die CDU im Verein mit den Industrie-Bossen gelegt.

Als die Bundesrepublik in den 1950er Jahren die ersten Arbeitskräfte aus dem Ausland anwarb, florierte die westdeutsche Wirtschaft, und es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. Ganz anders in der Türkei: Dort brachten weder Programme zur Stärkung der Landwirtschaft noch Fünfjahrespläne zum Aufbau der Industrie nennenswerte ökonomische Fortschritte.

Angesichts des starken Wachstums und der Verknappung des Arbeitskräfteangebots im Inland fürchteten die großen Wirtschaftsverbände der Bonner Republik Lohnsteigerungen, andererseits schien ein weiterer Sprung nach vorn nur durch eine Ausweitung der Automatisierung und damit hohen Investitionen möglich zu sein - oder durch die wesentlich billigere Variante der Ausdehnung der Produktion mittels zusätzlicher Arbeitskräfte.

Man entschied sich für Letzteres. 1955 schloß die Bundesrepublik zunächst ein Gastarbeiterabkommen mit Italien ab, 1960 dann mit Spanien und Griechenland. Ein Jahr später folgte die Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens durch den christdemokratischen Außenminister Heinrich von Brentano. Das hatte nicht nur innenpolitische Gründe. Die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek schreibt dazu in ihrem Sammelband Chaos der Kulturen: "Eigentlich brauchte man in Deutschland die türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter so dringend nicht. Aber es gab geopolitische Gründe. Die Vereinigten Staaten drängten die Deutschen, die Türkei wirtschaftlich zu stützen."

USA und NATO machten Druck

Zuvor hatte das türkische Militär erfolgreich gegen Ministerpräsident Adnan Menderes geputscht, der den Laizismus zugunsten eines islamischen Staatssystems beseitigen wollte. Die NATO-treuen Generäle forderten für ihre Unterstützung der Eindämmungspolitik des Westens gegenüber Moskau und vor allem Fidel Castro auf Kuba eine Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung Europas.

Ein Hebel war hierbei das Anwerbeabkommen mit Deutschland, ein anderer das Ankara-Abkommen von 1963, das den Türken den Weg in die Zollunion und später zur Assoziierung mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) ebnen sollte. Gleichzeitig sorgte das Gastarbeiterabkommen mit Deutschland für eine Entlastung des Arbeitsmarktes der von Wirtschaftsmisere, Landflucht und Bevölkerungswachstum geplagten Türkei.

Zwar gab es zunächst Widerstand vom Arbeitsministerium unter Theodor Blank (CDU) und den Gewerkschaften gegen den Zuzug weiterer Gastarbeiter, zumal aus einem ganz anderen Kulturkreis, doch wurden diese Einwände von Brentano beiseite gewischt. Dies geschah nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bundesrepublik massiv von den USA unter Druck gesetzt wur-

de. Immerhin konnte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zunächst erreichen, daß die Arbeitsverträge für türkische Gastarbeiter auf zwei Jahre begrenzt wurden. Man setzte auf das Rotationsprinzip:
Nach Ablauf der Zeit sollte ein Arbeiter aus der Türkei durch einen anderen ersetzt werden. Auch sonst gab es - im Unterschied zu den Abkommen mit europäischen Ländern - spezielle Besonderheiten: Die Anwerbung war ausschließlich für Unverheiratete vorgesehen und ein Familiennachzug wurde explizit ausgeschlossen. Ende der 1960er Jahre - mittlerweile gab es weitere Abkommen mit Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien - wurden allerdings diese Hürden für eine dauerhafte Zuwanderung auf Druck der Arbeitgeber beseitigt.
Die Folge war ein rasanter Anstieg der türkischen Bevölkerung in Westdeutschland. Lebten im Jahr 1960 nur etwa 3.000 Türken in der Bundesrepublik, stieg deren Zahl 1961 auf knapp 7.000 und bis 1971 auf 652.000. Bis 1973 wurde der türkische Arbeitsmarkt um 857.000 Erwerbssuchende entlastet, die Gesamtzahl der Türken hatte sich hierzulande auf 910.000 erhöht. Von der Arbeitsmigration profitierten auch die Angehörigen in der Heimat.
Necla Kelek hierzu: "Die Gastarbeiter, die in der Türkei bald Almancis, Deutschländer, genannt wurden, schickten monatlich einen Teil ihres Lohns aus dem kalten Norden nach Hause. Das war für Anatolien und jede Familie ökonomisch ein Segen. Geschätzt lebten um 1970 bis zu zehn Prozent der dreißig Millionen Menschen in der Türkei teilweise oder ganz von Überweisungen aus Deutschland - die Geburtenrate lag damals in der Westtürkei bei etwa 4,7 Kindern pro Frau und im Osten des Landes bei 7,4 Kindern. Vom damals in Deutschland ersparten Lohn - er war im Durchschnitt viermal so hoch wie in der Türkei - und dem Kindergeld konnte eine ganze Familie leben. …
Ende der 1970er Jahre betrug die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken und 1,2 Millionen. 1981 über 1,5 Millionen. Nach der Wiedervereinigung setzte sich diese Tendenz fort. Im Jahr 1993, also zwanzig Jahre nach dem Anwerbestopp, lebten - trotz der von der Regierung Kohl in den Achtzigern zögerlich in Gang gesetzten Rückkehrförderung - schon 1,8 Millionen Türken in Deutschland, im Jahr 2001 rund zwei Millionen. Derzeit leben in Deutschland etwa 1,5 Millionen Türken, mit den Eingebürgerten sind es rund drei Millionen. …<<
Der evangelische Theologe und Hochschullehrer Georg Huntemann (1929-2014) berichtet im Jahre 1981 in seinem Buch "Die Zerstörung der Person. Umsturz der Werte – Gotteshaß der Vaterlosen - Feministen" (x889/...): >>… Alle wissen es, daß wir heute in einem Traditionsumbruch leben, den man ohne Zögern "gewaltig" nennen kann. Vielleicht kommt da ein ganz neuer, in seinem Denken, Fühlen und Urteilen ganz anderer Mensch auf uns zu!
Zweifellos leben wir in einem Umsturz aller Werte und in einer Auflösung herkömmlicher Ordnungen. Woher kommt das, und wohin führt das? Was ist der Kernprozeß in diesem Umbruch, der uns allen unter die Haut geht? Auf diese Frage will dieses Buch antworten. Hier wird nicht Moral gepredigt, sondern aufgedeckt, warum Moralpredigten sinnlos sind in einer Zeit, in der gerade eben Wert und Sinn des Lebens in die Phase einer Revolution geraten sind. Wer gegen herkömmliche Lebensordnungen revoltiert, will und kann keine Moralpredigten hören! …

1. Kapitel

Umsturz der Werte

– Ursache und Zukunftsfolgen der Moralrevolution

– Im Prozeß der Auflösung

Es war einmal ein christliches Abendland. In diesem christlichen Abendland galten die in der Bibel geoffenbarten Gebote Gottes als absoluter Maßstab, als ein für die ganze Gesellschaft verpflichtendes Ethos. Dieses christliche Abendland war kein Ort moralischer Vollkommenheit. In diesem christlichen Abendland wurden grausame Kriege geführt, Menschen unter-

drückt, ausgebeutet und verfolgt. In diesem christlichen Abendland wurde gegen die Gebote Gottes gelebt und gehandelt. Aber niemals, bis in die Neuzeit hinein und dann zunächst nur am Rande, in den Köpfen einiger revolutionärer Philosophen, wurde das biblische Ethos als solches in Frage gestellt.
Die Gebote Gottes waren nicht wegzudiskutierende Maßstäbe des Lebens, sie stellten vielmehr ihrerseits das Tun und Treiben der Gesellschaft in Frage. Der unangefochtene Anspruch eines absoluten, eben biblisch offenbarten Ethos, war eine Kraft, die aus jedem Dilemma wieder zur Verantwortung rief, die das Böse als Böses und Schuld als Schuld offenbarte. Es gab diese letzte Instanz endgültiger Werte, die in der Unordnung zur Ordnung und in der Ungerechtigkeit zur Gerechtigkeit rufen konnte. Solange das Gebot Gottes als unfehlbare Autorität galt, solange konnte unsere europäische Gesellschaft durch eine permanente Reformation immer wieder zum ursprünglichen Gehorsam zurückgerufen werden.
Unsere gegenwärtige Situation ist die Auflösung dieser Werte nicht in dem Sinne, daß wir gegen das herkömmliche Ethos leben, sondern daß wir es grundsätzlich verneinen. Diese unheimliche, radikale Verneinung ist neu, wir sind ihre Zeugen, obgleich erstaunlich wenig Bürger in unseren europäischen Ländern sich dieser unverhohlenen Zerstörung biblischer Werte bewußt sind. Dem Zusammenbruch der Werte steht der "Abendländer" hilflos gegenüber, weil er gewissenlos geworden ist.
Wo und wie zeigt sich der Zerfall der Werte? Hierzu einige Beispiele:
Eine ausdrücklich unter Gottes Gebot gestellte Ordnung ist die Familie. Das fünfte Gebot "Du sollst Vater und Mutter ehren" schützt eine Lebensordnung, die nach biblischem Verständnis wichtiger ist als der Staat. Die Geschichte des alttestamentlichen Gottesvolkes zeigt, bevor es die Nation, den Staat oder die Gesellschaft gab, war die Familie: Bevor Israel war, war Abraham.
Vater und Mutter stehen in der unmittelbaren Verantwortung vor Gott für ihre Kinder. Aus dieser Verantwortung empfangen sie ihre Autorität, das Leben ihrer Kinder nach Gottes Gebot zu leiten. Diese gottesunmittelbare Autorität und Ordnung der Familie war seit je ein Bollwerk gegen die Verabsolutierung des Staates.
Diese Autorität der Familie, ihre von Gott gesetzte Ordnung wird heute verneint. Abrahams und Noahs Autorität beruhte auf dem Vertrauen zur Autorität Gottes - deswegen konnte Noah die Sintflut überleben und Abraham der Urvater eines Gottesvolkes werden. Sie setzten ihre Autorität nicht aus sich selbst, sondern empfingen sie von Gott, weil sie auf das Wort Gottes hörten. Der Kampf gegen die Autorität der Familie verneint, daß überhaupt Autorität von Gott empfangen und vor Gott verantwortet werden soll.
Die Verneinung der Autorität der Familie ist aber auch die Verneinung der Freiheit der Familie, sie bedeutet (und will dies auch bewußt) die Auflösung der Familie. Der Familie übergeordnet wird heute die Gesellschaft. Eltern haben nicht mehr die "elterliche Gewalt" (Vollmacht im Sinne einer Gott gegenüber zu verantwortenden Autorität), sondern nur noch ein "Sorgerecht", das sie in der Verantwortung nun nicht mehr gegenüber Gott, sondern gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen.
Das Wort Gott, Name oder Inhalt der Gebote, überhaupt ein absolutes Ethos, das man anerkennt, sind aus allen Texten, die heute Regeln menschlichen Zusammenlebens vorschreiben, verschwunden. Diese Gesellschaft verlangt (vgl. den Zweiten Familienbericht des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit von 1975), gegen noch geltendes Recht, "daß die Eltern der einsichtsfähigen Kinder nach Möglichkeit Rücksicht nehmen und bei Maßnahmen im Rahmen des Sorgerechtes durch verständnisvolle Aussprache eine Einigung mit dem Kinde anstreben".
Was ist unter dieser "Einigung" zu verstehen? Auf alle Fälle müssen die Regeln dieser Einigung dem "sozialen und gesellschaftlichen Wandel", angepaßt sein. Diesem Zweck soll die

Wissenschaft dienen. Aber – "da sich die gesellschaftliche Realität im Zeitablauf ständig wandelt und auch die politischen Maßnahmen Veränderungsprozessen unterliegen, kann dieser Erkenntnisprozeß zu keinem Zeitpunkt als abgeschlossen angesehen werden".
Was also in einer Familie verbindlich zu geschehen hat, sagt eine sich fortwährend ändernde Gesellschaft mit einer sich ebenfalls fortwährend ändernden Erkenntnis der Wissenschaft. Alles ist und bleibt für alle Zeiten im Fluß, heute so, morgen anders. Heute kann die geforderte Einigung mit dem Kinde darin bestehen, daß dem Kind Recht auf sexuelle Selbstverwirklichung eingeräumt wird, und morgen kann dieser Anspruch auf geschlechtliche Verwirklichung die Zulassung homosexueller Praktiken bedeuten.
Man möchte hoffen, daß solche Ansprüche auf Selbstverwirklichung doch wohl übertrieben sind. Die Realität ist aber nun einmal, daß ein vierzehnjähriger Schüler 1979 in Bonn anläßlich einer Feier zum "Jahre des Kindes", in Gegenwart des damaligen Bundespräsidenten Scheel und der Ministerin Huber öffentlich folgende Forderung nach Selbstverwirklichung bekundete:
"Ich bin ein sexuelles Wesen und will diese Sexualität auch voll ausleben - mit Erwachsenen, mit Vierzehnjährigen, mit Sechzehnjährigen, mit Achtzehnjährigen, mit Jungen und Mädchen, mit Männern und mit Frauen; es ist egal, welches Geschlecht und wie alt. Liebe brauche ich mehr als alles andere, aber gerade Liebe bekomme ich keine, weil andere Sachen angeblich wichtiger sind - wie Schule, Lernen, Studieren, Geld verdienen.
Deshalb darf ich meine Gefühle nicht ausleben, deshalb gibt es Gesetze, die mich zwingen, sechs Stunden am Tage irgendeinen Mist zu lernen; da mache ich nicht mehr mit, ich lerne nur noch die Sachen, die ich lernen will, ich werde nur noch nach meinen Gefühlen leben, ich werde versuchen, frei zu sein, und ihr werdet versuchen, frei zu sein, und ihr werdet versuchen, mich totzuschlagen, werdet mich auslachen und mich für verrückt erklären, nur um nicht über eure eigene Kaputtheit nachzudenken.
Ich brauche euch nicht! Ich finde, in Familien ist es so gut wie unmöglich, daß die Kinder frei leben, und daß sie lernen, ihre Wünsche zu artikulieren und auszuleben. In der Familie lernt das Kind nur eins: Zu gehorchen und seine Wünsche zu unterdrücken. Das soll man aber nicht tun; nur wer sich einmal gegen seinen Vater wehrt, der gehorcht auch später vielleicht seinen Lehrern nicht und noch später seinem Chef nicht.
Für solche Kinder gibt es dann die staatlichen Erziehungsheime. Diese Gefängnisse sind zur Zeit die einzige Alternative zur Familie. Auf die Idee, daß wir selbst am besten wissen, was gut für uns ist, kommt keiner. Entweder werden wir von unseren Eltern bevormundet oder vom Staat. Was wir wollen, ist scheinbar egal, wir sollen vergessen, was wir wollen." (Zitiert von Christa Meves in "Godesberger Resolution. Beiträge, Proteste". Bremer Studienhefte, 1980)
Die Gesellschaft - wir werden noch auf die Bedeutung dieses neuen Abgottes zu sprechen kommen - ist allmächtig und allwissend. Sie selbst kennt keine absoluten Maßstäbe, da sie im ständigen Fluß der Veränderungen lebt und mit ihr Gut und Böse, Wahrheit und Lüge, Richtig und Falsch.
Je weniger Autorität bei der Familie, um so mehr Macht hat die Gesellschaft. Alle Macht der Gesellschaft - das ist das äußere Kennzeichen einer Moralrevolution, die an jedem Verstoß gegen jedes einzelne der zehn Gebote nachgewiesen werden kann. Moralrevolution ist Entautorisierung des biblischen Gebotes zum Zwecke der Autorisierung des Kollektivs!
Das Gebot "Du sollst nicht stehlen" schützt die von Gott gesetzte Ordnung des Eigentums. Eigentum ist nicht der Gesellschaft, sondern der Familie zugeordnet. Das biblische Gesetz schützt nicht nur das Eigentum, sondern in der mosaischen Ordnung des Sabbat und Jubeljahres soll jeder - auch wenn er sein Eigentum schuldhaft verloren hat - wieder zu seinem Eigentum kommen können. Die Verproletarisierung der Gesellschaft soll nicht sein. Gottes ist die

Erde, er hat sie dem Menschen anvertraut - nicht der Gesellschaft, sondern dem einzelnen. Dieser soll zum Bilde Gottes geschaffen in freier, persönlicher Entfaltung seine schöpferischen Kräfte in dem ihm eigenen, d.h. ihm zugeeigneten Schöpfungsbereich, durch sein personales Tätigsein entfalten.
In einem gigantischen Prozeß technokratischer und gesellschaftlicher Revolution spielt sich ein ebenso gigantischer Prozeß der Enteignung des einzelnen ab. Wie weit im industriellen Mammutismus überhaupt noch Eigentum praktizierbar bleibt, ist eine Frage - ob wir aber Eigentum als Gottesgebot und damit als Ziel gesellschaftlichen Lebens trotz aller Widerstände technokratischer Lebensgestaltung bezeugen, zum Sinn und zur Aufgabe eines personalen und freiheitlichen Daseins erheben wollen, ist die andere Frage.
Diese Frage wurde in der Moralrevolution mit Nein beantwortet und praktiziert. Inflation und steuerliche Konfiskation, industrielle Expansion und Konzentration treiben die Enteignung des Lebens mit eskalierender Geschwindigkeit voran. Die Monopolstellung des Staates in Verwaltung, Bildung und Wirtschaft weitet sich immer mehr aus:
Nur im Sozialismus vollendet sich die Demokratie - das ist das Grundpostulat der gesellschaftlichen Moralrevolution. Die Fundamentaldemokratisierung der Wirtschaft hat die totale Disparatheit von Einzelverantwortung und Eigentum zum Ziel.
Das Postulat Mitbestimmung erstreckt sich dabei nicht nur auf die wirtschaftliche Produktion (vgl. Herbert Marcuse "Repressive Toleranz", 1969, S. 121), sondern auch auf die geistige Tätigkeit, wenn die Aufhebung des Tendenzschutzes verlangt wird und Mitbestimmung in letzter Konsequenz die private Meinungsäußerung in Wort, Bild, Ton und Schrift aufheben will mit dem Ziel, daß eben nicht der einzelne, sondern nur das Kollektiv "schöpferisch" sein darf.
In dieser letzten Konsequenz hätte die Sekretärin, die eine Doktorarbeit mit der Schreibmaschine schreibt, das Mitbestimmungsrecht über den geistigen Inhalt. Wissenschaftliche Arbeit soll der Gruppe zugeordnet werden. Das sind nicht nur gegenstandslose Ängste, sondern klipp und klar ausgesprochene Zielsetzungen politisch aktiver Sozialrevolutionäre. So schreibt Fritz Vilmar (in "Strategien der Demokratisierung", Bd. 1, 1973):
"Die Revolution hat schon begonnen. Orthodoxe Linke halten immer noch Ausschau nach Opas Revolution als einer, die hereinbrechen soll, wie ein grandioses Gewitter … Der vom autoritären Vater, Lehrer, Fernsehen und Pfarrer vorgeprägte Sechzehnjährige wird in der Disziplinierung und Leistungskontrolle des Kapitals, die in Gestalt seines Meisters oder Bürochefs ihm begegnet, keine besonders fragwürdige, gar menschenunwürdige Herrschaft empfinden.
Daher gilt auch umgekehrt: Bröckeln die autoritären Strukturen in Familie und Schule, Universität und Kirche, Verwaltung und Massenmedien ab, so wird die Aufrechterhaltung eben dieser Strukturen im Zentralsystem der profiterzeugenden Arbeitswelt immer schwieriger."
Durch eine "multifrontale Transformationspraxis", d.h. durch die Praxis an vielen Fronten (Familie, Schule, Massenmedien, Arbeitswelt) soll die Revolution aller Lebensbereiche im Sinne einer Fundamentaldemokratisierung verwirklicht werden.
Anscheinend geht der Kampf gegen Profitsucht, Kapitalismus und Ausbeutung - im Kern aber wird die totale Vergesellschaftung jeden menschlichen Tätigseins gewollt und mit einer von der Mehrheit der Bevölkerung gar nicht verstandenen Strategie Zug um Zug verwirklicht:
– Du bist nichts, dein Volk ist alles – war ein Schlagwort des Nationalsozialismus.
– Du bist nichts, die Gesellschaft ist alles, ist das Leitwort der modernen Moral - Gesellschaftsrevolution.
An Beispielen aus den Schöpfungsordnungsbereichen Familie und Eigentum sind einige wertumstürzende Faktoren aufgezeigt worden. Die Beispiele zum Gebot "Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten" könnten vor allem aus dem Bereich der Massenmedien

entnommen werden, die Tag für Tag ein Bild über die Wirklichkeit aufrichten, das eben Wirklichkeit nicht übermittelt, sondern entstellt.
In diesem Zusammenhang hat ein klassischer Vertreter der sogenannten moralrevolutionierenden kritischen Theorie, Herbert Marcuse die Theorie aufgestellt, daß die Lüge die Wahrheit des zukünftigen Sozialismus bewahren kann. Er verteidigt damit die Propaganda des Sowjetkommunismus und dessen Diskrepanz zwischen Illusion und Realität.
Er meint, die Theorie dieses Kommunismus sei zwar unwissenschaftlich und verlogen, aber die Illusion solle das Verhalten der Bürger anleiten, und die Lüge entfalte schließlich die Idee des Sozialismus. Die selektive Methode moderner Massenmedien, nämlich durch Tendenz geleitet, jeweils Ausschnitte aus Wirklichkeitsbereichen zu vermitteln, wird hiermit genauso gerechtfertigt wie die totale Entstellung von Wirklichkeitsgehalten, wenn nur die Lüge den zukünftigen Sozialismus bewahrt.
Wird die ethische Ordnung einer Gesellschaft zerstört, dann wird über kurz oder lang die Rechtssprechung mit einer Veränderung des geschriebenen Rechtes folgen. Das ist die letzte Konsequenz: Aus dem Rechtsstaat wird ein Unrechtsstaat. Dazu ein Beispiel, das für viele andere gelten kann. Der Strafrechtler Eberhard Schmidthäuser schrieb schon 1970 in seinem "Strafrecht allgemeiner Teil", daß das Rechtsgut nicht als absolut gelte, sondern abhänge vom Urteil des Gemeinwesens:
"Nur soweit etwas in einem Gemeinwesen für wertvoll erachtet, also als gut anerkannt wird, kann eine Mißachtung dieses Gutes und damit ein Verbrechen vorliegen." Entscheidend für die Beurteilung über Gut und Böse, Recht und Unrecht ist nicht eine absolute Moral: "Maßgebend ist also die allgemeine Moral, verstanden im Sinne derjenigen ethischen Werte, deren Anerkennung im Bereich unserer Kultur beim Erwachsenen regelmäßig vorausgesetzt werden darf".
Strafrecht orientiert sich also nicht mehr nach dem offenbarten Gesetz Gottes oder nach dem als unwandelbar angesehenen Naturrecht des Menschen, sondern nach den wechselnden Verhaltensweisen eines sich wandelnden Kollektivs. Da die Gesellschaft permanent in einem tiefgreifenden Wandel ist, wächst die Unsicherheit und damit die Flut der Gesetze, die für eine jeweils neue Situation mit einer neuen Verordnung Regulative schaffen müssen. Die Inflation des Geldes meldet den steigenden Wertverlust des Geldes. Die Inflation der Gesetze meldet den Rechtsverlust einer Gesellschaft. Unsicherheit der Währung und Unsicherheit des Rechtes zeigen aber immer die Auflösung einer Gesellschaft.
Die Unbestimmtheit der nun zu erwartenden Gesetze, ihre Willkürlichkeit angesichts einer sich verändernden Gesellschaft produziert Rechtsunsicherheit. Gleichzeitig aber wird jeder in dieser Gesellschaft schuldig. Weil er die Gesetze nicht mehr übersieht, muß jeder Bürger damit rechnen, gegen Gesetze, die er gar nicht kennt, permanent zu verstoßen.
So wird jeder zu einem Angeklagten und die Gesellschaft zu einer Gesellschaft von Angeklagten. Angst, Unmündigkeit, schlechtes Gewissen, Furcht vor Funktionären und "Rechtsunlust" - diese Elemente betreiben die Auflösung eines Staatswesens, an dessen Ende nur die Diktatur - als Gipfel willkürlicher Machtausübung - die Funktionsfähigkeit eines Gemeinwesens "retten" kann.
Christliche Existenz gibt es schon heute nur noch in einer nach modernen Maßstäben zu beurteilenden Randgruppenmoral, denn wer - um nur ein Beispiel zu nennen - die Ehe als Gebot Gottes wertet und ihre Auflösung als Schuld, der setzt Schuldprinzip gegen Zerrüttungsprinzip - und moderne Rechtspflege hat ja gerade dieses Schuldprinzip durch das Zerrüttungsprinzip aufgehoben. Die Sprache des Rechts ist so sehr "christentumsverfremdend" geworden, daß beispielsweise Homosexualität nicht mehr in einen Zusammenhang gebracht wird mit "Schuld" oder "abnorm", "unmoralisch" oder "sittenwidrig", sondern einfach als "anderes Verhalten" eingestuft wird.

Am Ende einer solchen, biblisches Ethos zerstörenden Moralrevolution, steht schließlich das Verbot der Bibel, denn nach den Regeln einer "repressiven Toleranz" muß, was sich selbst absolut setzt, von einer werterelativierenden Gesellschaft als friedestörend verneint werden.

Die Doktrin der Moralrevolution

Die letzte Ursache der Auflösung des biblischen Ethos für unsere Gesellschaft liegt in der Gottesverlorenheit gegenwärtigen Menschseins. Glaube an Gott und Gottes Gebote sind untrennbar - es gibt kein Gebot ohne den Gebieter. Wir werden diesen unauflösbaren Zusammenhang, der nur von der Bibel her zu verstehen ist, noch weiter bedenken.

Zunächst müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß die gegenwärtige Moralrevolution eine klare, begrifflich faßbare Doktrin hat. Die Revolution der Moral hat ihre Strategie und ihre Strategen - eine Armee von Professoren, Lehrern, Soziologen und Journalisten.

Sie alle haben direkt oder indirekt ihre geistigen Väter in der sogenannten "kritischen Theorie, die mit dem Schlagwort **"Frankfurter Schule"** sei es zu Recht oder zu Unrecht - bekannt wurde und mit Namen wie **Adorno, Horkheimer, Marcuse und Habermas** verbunden ist. Diese sogenannte "**Frankfurter Schule"** oder "kritische Theorie" versteht sich nicht als ein Philosophenclub unter anderen, sondern als sichtbarer **Gipfel eines Eisberges aus dem gewaltigen Untergrund des Umsturzes aller Werte.**

Die Begriffswelt der kritischen Theorie, wie sie sich unter anderem in der Frankfurter Schule darstellt, ist mittlerweile schon so bekannt und regiert unsere Universitäten, Schulen und Massenmedien bereits in einem solchen Maße, daß eine zusammenfassende Darstellung dieser intellektuellen Repräsentation gegenwärtiger Moralrevolution genügt.

1. In der Absicht, über die Natur herrschend zu werden, ist der Mensch - so meint die kritische Theorie, selbst in Herrschaft hineingeraten. Herrschaftsdenken ist instrumentales, technokratisches Denken im Willen zur Macht. Durch diesen Willen zur Macht wurden Herrschaftsstrukturen geschaffen, in denen der Mensch über den Menschen herrscht.

Die Geschichte ist nach dem Verständnis dieser Philosophie nach dem Verlust eines glücklich ausgesöhnten Lebens mit der Natur zur Geschichte eines Irrweges der Macht geworden, der in den Gaskammern von Auschwitz sein vorläufiges Ende gefunden hat. Auch zweitausendjährige Geschichte christlichen Abendlandes sind zweitausend Jahre eines Herrschaftssystems innerhalb dieses beklemmenden Irrweges von der Steinschleuder bis zum Holocaust.

2. Jegliche Art von Herrschaft und damit auch jegliche Form von Autoritätsanspruch muß - so fordert die kritische Theorie - verneint werden. Das heteronome, etwa durch ein Gebot, durch ein "du sollst" an den Menschen herangetragenes Ethos, ist schon Herrschaftsanspruch und deswegen zu verneinen. Spontanes und kreatives, fröhliches und glückspendendes Denken und Fühlen, Seele, Trieb, Herz und Kopf sind durch die in Fleisch und Blut eingegangenen Herrschaftsstrukturen kaputt gemacht worden.

Analytisches Denken und Sprechen, also daß es Subjekt und Objekt in einem Satz gibt, daß es Haupt- und Zeitwörter gibt, daß einige Worte groß und andere klein geschrieben werden, zeigt den Triumph von Herrschaftsstrukturen, die durch eine moderne Pädagogik (vgl. Ganzheitsmethode, Kleinschriftsystem usw.) schnellstens überwunden werden müssen.

Die Beherrschung der Sexualität, Gehorsam gegenüber Eltern, Scham, Ehrfurcht und Tabu sind Beispiele für - so meinen die Moralrevolutionäre - Unterdrückungsmechanismen in menschlicher Selbstverfremdung. Der archaische Urstand, der als Idylle einer Herrschaftslosigkeit verstanden wird, muß auch der Endzustand der Geschichte werden. Der Kampf gegen die Repression ist Kampf gegen Autorität und gegen die Unterdrückung der Lust. Autoritätslos und lustbetont soll der Mensch leben, um die Freiheit wiederzugewinnen, die er in einer Geschichte verloren hat, die durch sukzessive Unterdrückung und Verdrängung von Lust ihren traurigen Lauf nahm (Marcuse).

3. Auch Personsein, als Individuum leben, bedeutet durch Herrschaftsstruktur entstelltes, dem

wirklichen Dasein entfremdetes Leben. Theodor W. Adorno fordert (in seiner "Negativen Dialektik" 1966, S. 272) die Auflösung des Subjektes, "die opferlose Nichtidentität". Human sind Menschen nach seiner Meinung nur dort, "wo sie nicht als Person agieren und gar als solche sich setzen; das Diffuse der Natur, darin sie nicht Person sind, ähnelt der Lineatur eines intelligiblen (erkennbaren) Wesens, jenes Selbst, das vom Ich erlöst wäre."
Die repressionsfreie Identität meint ein Leben, das frei wird von der Herrschaftsstruktur des Willens, der Triebunterdrückung, der Qual, anders sein zu wollen als die anderen, weil man eben "selbst" sein will. Jürgen Habermas erwartet (in seiner "Rekonstruktion des historischen Materialismus" 1976) am Ende der Hochreligionen, zu denen für ihn natürlich auch das Christentum zählt, eine neue kollektive Identität: Nach der Auflösung herkömmlicher, herrschaftsstrukturierter Gruppen wie Familie, Staat, Nation wird der personfreie Mensch ganz in die Gruppe, also in das Kollektiv aufgehen.
Die Identität hat dann in der Gruppe keine festen Inhalte mehr, Rollen und Normen sind beliebig austauschbar, die Hausfrau wird Kauffrau, der Kaufmann wird Hausmann, der Vater wird Mutter und die Mutter wird Vater - bis zu der Grenze, die die Natur selbst (wohl zum Ärger dieser Moralrevolutionäre) gesetzt hat.
Das eigene, individuell geprägte Personsein wird aufgehoben, alles was der einzelne tun darf, sollen Funktionsbezüge der Gruppe sein. Ohne die Gruppe, die ihm austauschbare Funktionen zuweist, ist er nichts, in und mit der Gruppe ist er alles. Die gruppendynamischen Experimente, vor allem das in ihnen praktizierte Rollenspiel, sollen die Person "verflüssigen", "entsteinen" und letztlich aufheben.
In diesem Zusammenhang ist von der "Reziprozität der Rollen", die Rede. Dieser Ausdruck meint, daß Gruppenerwartung und Rolle einander entsprechen müssen. Der einzelne verantwortet sich der Gruppe, sie überträgt ihm die immer neuen, immer wieder auszuwechselnden Verhaltensweisen. Dadurch bleibt ausgeschlossen, daß sich Individualität bildet. Die Identität des einzelnen mit sich selbst soll es nicht geben, sondern nur die Identität des einzelnen mit der Gruppe.
4. Herkömmliche Autorität soll zerstört werden - die neue Autorität ist die Gruppe oder das Kollektiv. Das Kollektiv setzt Ethos aus sich. Das Ethos entsteht erst durch die Diskussion in der Gruppe. Voraussetzung für diese Diskussion ist der herrschaftsfreie Raum. Diskutieren darf nur, der nicht unter einem "herrschaftslegitimierenden Weltbild", steht. Ein herrschaftslegitimierendes Weltbild hat aber nach Meinung der Sozialrevolutionäre der christliche Glaube. Wer Gott als den allmächtigen Vater, Schöpfer Himmels und der Erde bekennt, steht unter einem herrschaftslegitimierenden Weltbild, muß also außerhalb des Diskurses der Gruppe bleiben, die Ethos "macht".
Natürlich sind keinerlei ethische Maßstäbe erlaubt - wer an diesem Diskurs teilnimmt, darf "nichts mitbringen". Herkömmliches Ethos muß an der Tür abgegeben werden, denn die Kriterien in der Unterscheidung zwischen Gut (gleich gesellschaftlich adäquat) und Böse (gleich gesellschaftsfeindlich) werden ja erst im Prozeß der Diskussion entfaltet. Es geht in diesem Diskurs der herrschaftsfreien Gruppe nicht um "die Idee der Wahrheit"", das wäre ja wieder Herrschaftsstruktur, sondern um den "Konsensus" (man spricht deswegen von einer Konsensusethik der kritischen Theorie) der Gruppe.
Der Konsensus ist die Einigung einer Gruppe durch Diskussion darüber, welche Verhaltensregeln für das Zusammenleben jeweils für eine bestimmte Zeit aufgestellt werden sollen. Denn auch die Gruppe kommt zu keinem endgültigen, sondern immer nur zu einem vorläufigen Ergebnis durch den jeweiligen Konsensus. Der Diskurs ist unendlich, er setzt immer wieder einen neuen Konsensus, der immer wieder in Frage gestellt wird und den immer wieder neuen Diskurs fordert. Die unendliche Diskussion in der Gruppe ist also der neue Gott, der neue Gebote gibt, der immer wieder andere Gott, der immer wieder andere Gebote setzt.

5. Das Absolute (wie in der Bibel offenbart) darf es also nicht geben - alles ist in einem stetigen Fluß. Aus biblischer Sicht ist das ein Rückfall in das Heidentum. Wechselhafte Schicksale und der Natur unterworfene Götter, die nach Paulus (1. Korinther 10) Nichtse im Sinne aggressiver Dämonen sind, die zerstören wollen was ist, kehren zurück! Die kritische Theorie verneint den Gott von Ewigkeit zu Ewigkeit, der unwandelbar ist, den Felsen Israels, der dem, was nicht ist, ruft, daß es sei. Durch die Strategie des "Konfliktes" und der "Hinterfragung", wird der Anspruch des Absoluten destruiert. Vor allem wird die Konfliktstrategie und Hinterfragung gegen ein sich absolut verstehendes Ordnungsethos eingesetzt.
Durch die Hinterfragung soll herauskommen, daß alle absoluten Werte und Ordnungen durch Herrschaftswillen und Lustverdrängungen motiviert sind: Ehe und Familie sind motiviert durch den Machtwillen des Vaters, der Glaube an den gnädigen Gott im Zusammenhang mit Sündenbewußtsein ist motiviert durch den Ödipuskomplex.
Die Strategie der Hinterfragung darf nicht als eine Interview-Technik verkannt werden (die es übrigens auch gibt), sie ist die Art einer Darstellung von Überzeugungen in Massenmedien und Schulbüchern, durch die Werte wie Gott, Staat, Glaube, Familie, Kirche, Scham und alle Gebote in Frage gestellt werden dadurch, daß eben diese Werte (übrigens hier analog dem Marxismus) als jeweiliger Überbau gesellschaftlicher Verhältnisse madig gemacht werden.
6. Die Konfliktstrategie ist das andere, ebenfalls strategische Element der Zerstörung herkömmlicher, biblisch bezeugter Ordnung. Die - nach der Meinung der kritischen Theorie – durch herrschaftslegitimierende, repressive Weltbilder entstandenen Lebensordnungen wie Ehe, Familie, eigentumsorientierte Wirtschaft müssen in ihrem Konflikt mit dem eigentlichen, lustbetonten, sich nach Gruppengeborgenheit sehnenden Bedürfnissen aufgezeigt werden. Arbeitswelt, Ehe, Familie, Geschichte usw., also alle herkömmlichen Werte werden nur im Konflikt dargestellt.
Die Welt überhaupt ist kaputt und muß als kaputte Welt vorgestellt werden. Es gibt keine glückliche Ehe, sondern nur die kaputte Ehe; es gibt keine Geborgenheit in der Familie, sondern es gibt nur Unterdrückung in der Familie, die unter dem Herrschaftswillen des Vaters dahinsiecht.
Der Massenmedienkonsument sieht also nur noch eine ruinierte, sich dahinschleppende Umwelt. Der Konflikt soll die Ordnungen aber eben nicht als gestörte Ordnungen heilen, sondern als unmögliche Herrschaftsstrukturen verneinen. Kleine Anlässe alltäglicher Art werden zum Konflikt aufgebaut, wie der Streit um ein Schauspiel- oder Jugendhaus, um leerstehende Wohnungen, um Protest gegen einen politisch unbeliebten Redner. Der Konflikt schafft revolutionäres Bewußtsein, das zur Aktion gegen bestehende Autorität motivieren soll.
Hinterfragung und Konflikt sind für die junge Generation schon so sehr zu einem Bestandteil ihres Lebensstiles geworden - sie sind bereits so sehr indoktriniert - daß sie gar nicht hören oder sehen können, ohne das Gehörte und Gesehene zu unterfragen und als Konflikt zu erleben. Der Konflikt wird schließlich in jede Lebenssituation hineinprojiziert. Selbstzerstörung als Klassenkampf in allen Bereichen unserer Gesellschaft ist in voller Entfaltung ohne daß die Strategie dieser Zerstörung in ihrer heimlich-unheimlichen Untergründigkeit eingesehen und erkannt wird.

Ohne Gebieter kein Gebot

Wer heute als Funktionär Gesellschaft repräsentiert, eben Wirtschaft, Schule und Medien funktionieren läßt, hat keine Grundsätze und darf sie nicht haben, denn "Anpassung" und nicht "überzeugt sein", lautet die Forderung der Gruppe. Nicht Charakter, sondern Charakterlosigkeit ist gefragt. Persönlichkeit kann eine Gruppe nicht ertragen, an die Stelle der Persönlichkeit tritt der Funktionär.
Der "Funktionär" ist die passende und damit klassische Bezeichnung für die Wirklichkeit der gegenwärtig Herrschenden, weil sie ja Personalität aufgegeben haben und sich gern "verflüs-

sigen" lassen, um sich ganz und gar der Gruppe einzufügen. Diese verflüssigten, damit austauschbaren und zu verfunktionierenden Gestalten sind die Herren unserer Zeit.
Ohne die Gruppe, ohne Partei, Elternrat, Betriebsrat, Gewerkschaft - also ohne Verpolitisierung aller Lebensbereiche wären sie sinn- und arbeitslos. Sie sind pausenlos tätig - aber völlig unschöpferisch. Ihr Feind ist das Feste, Grundsätzliche und Unwandelbare. Sie betreiben den Weg des Uferlosen im Kollektivieren. Sie sind perfekt - und das ist ihr Sinn und Wert - im Herstellen des Konsensus einer Gruppe. Ihre Gabe, die sie so mächtig macht, ist ihre Fähigkeit, zu sensibilisieren, was die Gruppe will. Das setzt totale Anpassungsfähigkeit mit der Bereitschaft, charakterlos zu agieren, voraus.
Ihre totale, charakterlose und Werte abschwörende, in jedem Fall auch gewissenlose Anpassungsfähigkeit um jeden Preis, ihre Hingabe an jede Situation und jedes Verlangen der Gruppe kann als Prostitution der Personalität vom biblischen Personverständnis her beurteilt werden. Sie sind nie in Verantwortung zu nehmen, sie sind immer durch die Gruppe, mit der sie sich identifizieren, gedeckt. Sie selbst bleiben anonym und damit für Verantwortung unfaßbar. Das "Regime der Manager", in einem der großen Analysen unserer Zeit von J. Burnham 1948 vorausgesagt, strebt in lautloser Revolution seiner Totalität entgegen.
Diese Revolution des Kollektivismus ist eine brutale Herausforderung des biblischen Personalismus. Person kommt von personare: durchrufen! Personsein lebt vom Anruf Gottes, von diesem einen, klaren Ruf, der nicht *aus* uns, sondern *über* uns kommt: "Höre Israel, der Herr unser Gott ist ein einziger Gott!" Person ist frei, weil Gott frei ist, ist alles erlaubt, nur der Wille Gottes regiert. Die Person ist nicht der Gruppe, der Natur, den Schicksalsmächten, den Göttern, den Halbgötter-Diktatoren unterworfen. Der von Gott Angerufene ist nur ihm, seinem Gebot, seinem Anruf gegenüber verantwortlich.
Heidentum bedeutet Unfreiheit, Diktatur des unwiderstehlichen und unbegreiflichen Schicksals, heißt unterworfen sein dem Kreislauf der Mächte der Natur, Verfallenheit an Todesmächte, Diktatur der Pharaonen und Cäsaren, die sich als Halbgötter nur auf sich berufen und verantwortungslos ihrer Willkür leben.
Das nachchristliche Heidentum will in diese anonyme, grauenhaftwillkürliche, gottverlassene Sklaverei zurückführen. …

2. Kapitel

Gotteshaß der Vaterlosen

– Krise und Kampf um die Vollmacht der Autorität

– Die Stunde der Chaoten

Bilder des Aufruhrs verhäßlichen die Städte westlicher Demokratien zu verschiedenen Zeiten mit verschiedenen Schwerpunkten: Paris, Amsterdam, Zürich, Berlin, Bremen, Brokdorf, Frankfurt, Freiburg, Nürnberg und fast überall in Amerika. Unerwartet und zunächst unerklärlich können Wogen chaotischer Unruhe emporschnellen. Plötzlich sind sie da mit langen Beinen, in farblosen Jeans, kaum zu unterscheiden Männlein und Fräulein!
Bei aller Unordnung waltet erstaunliche Disziplin im Aufmarsch mit Kindern, Kinderwagen und Sturzhelmen. Der Protest ist wie eine Stimme, das Gebrüll meldet Kampfentschlossenheit. Straßen werden aufgerissen, Steine fliegen. Wir sehen die geschlossenen Formationen der Polizei und spüren die unmittelbar unter die Haut gehende Atmosphäre – unheimlich und bedrückend, geprägt durch Haß und Angst.
Was melden diese vulkanischen Aufbrüche in unserer Gesellschaft? Eigentlich sollte es keiner Frage bedürfen. Die da protestieren sagen ja, warum sie sich zusammenrotten: Sie wollen freistehende Wohnungen, einen verhaßten Politiker am Reden hindern, die Errichtung eines Jugendhauses erzwingen, die Vereidigung von jungen Soldaten stören, die Errichtung eines Atomkraftwerkes stoppen, die Freiheit für Abtreibung proklamieren, die Erhöhung eines Verkehrstarifs unterbinden usw.

Aber zeigen diese Postulate die eigentliche Ursache des Aufbruchs? Es geht sicherlich *auch* um diese konkreten Ziele bei chaotischem Aufruhr – aber sicherlich sind sie nur seichte Vordergründigkeiten eines unheimlichen Hintergrundes.
Die nach allen bürgerlichen Maßstäben unordentlichen, blassen, manchmal bösartig blickenden, sich dann wieder wie Kinder aneinander festhaltenden und auf bunten Wiesen träumenden und wie Hirtenknaben spielenden, mit Mofas röhrend durch die Straßen orgelnden und dann wieder in Zärtlichkeit prassenden, eben äußerlich gar nicht voneinander zu unterscheidenden, viel zu lang geratenen Knaben und Mädchen wollen mehr als das, was sie gerade hier oder da, bei diesem oder jenem Happening in Sprechchören oder auf Transparenten bekunden – sie wollen letztlich den Gottes- und Vatermord.
Sie wollen sich aneinander festhalten – sie ersehnen Schutz in der Macht ihrer Gesellschaft, in ihren Kommunen, in ihren Kollektivs. Sie begehren nicht den Himmel, sie wollen die Erde. Sie hassen den Vater, aber lieben den Bruder. Sie wollen nicht hören, sie möchten fühlen und schreien, sie wollen nicht wollen. Paradox also: Sie wollen, daß sie nicht wollen müssen!
Sie erstreben nicht den Fortschritt – weder für sich noch für die Gesellschaft -, sondern sie möchten Ruhe und Frieden – die Idylle. Ihr Leitwort heißt nicht Pflicht, sondern Lust – sie wollen nicht inneres Chaos überwinden, sondern ohne Schlips und Kragen tun, wozu sie Lust haben. Sie haben und erstreben kein Ziel. Sie möchten sich treiben lassen. Ihr Wunsch ist nicht Verantwortung, Beruf und Eigentum, sondern ihr Verlangen zielt nach verantwortungsloser Geborgenheit im Kollektiv der Gütergemeinschaft.
Sind diese Horden junger Menschen harmlose Sekten unter anderen Sekten? Geht es hier nur um bunte Randerscheinungen einer einfarbig und langweilig gewordenen Zivilisation? Wird sich alles wieder normalisieren, wenn die Knaben Männer geworden sind? Oder leben wir – ohne es zu wissen – in einer tiefgreifenden Revolution, die bislang nur einige Soziologen, aber längst noch nicht alle Bürger erkannt haben?
Ich meine, wir leben in solch einer Revolution, und ich nenne sie die Revolution des Gottes- und Vatermordes. Wenn ich von dieser Revolution des Gottes- und Vatermordes schreibe, dann denke ich natürlich nicht nur an die Krawalle, die unseren Städten solch unerfreuliche Abwechslung verschaffen. Das Außergewöhnliche ist nur der Gipfel eines Eisberges, einer tiefgreifenden Umwälzung eines Lebensgefüges, das wir christlich-abendländisch nannten. Diese Revolution hat auch nicht nur jene erfaßt, die hin und wieder in Horden durch die Straßen unserer Städte toben, sondern heimlich unheimlich ist sie in uns alle eingebrochen.
Diese Revolution hat ihre Doktrin, sie hat ihren Lebensstil, sie hat ihre eigene Sprache, sie hat – in der Politik, in Universitäten und Schulen – ihre Strategie, und sie hat ihre Funktionäre – kurzum, sie hat alles, was eine Revolution braucht. Sie hat vor allem – und damit sind wir als Christen angesprochen – ihre Stunde: die Stunde der leeren Kirchen, der zerfallenen Gemeinden, der Auflösung der Bekenntnisse!
Dieser Revolution steht nichts entgegen!
Bedenken wir zunächst: Diese Revolution hat ihre Ideologie.
Geschichte der Menschheit – so hörten wir es in der kritischen Theorie der Frankfurter Schule – sei die Geschichte der Herrschaft des Menschen über den Menschen. Des Menschen Leid sei die Struktur der Herrschaft – damit eben auch das System der Autorität, wo immer wir ihm begegnen, sei es in der Familie, sei es in der Schule, sei es in der Gesellschaft. Die Geschichte – bis jetzt – sei nach dem Urteil jener Philosophen nur ein Irrweg gewesen. Das Anarchische und Naturhafte am Anfang der Menschheit – sagen wir die Idylle vor aller Zivilisation – wäre das Paradies gewesen.
Der einflußreiche österreichische Sozialpsychologe Ernest Borneman hat in seinem Buch "Das Patriarchat" (1975), das eigentlich wie eine Art Bibel der Revolution des Gottes- und Vatermordes angesehen werden könnte, folgende These aufgestellt:

Im Anfang der Geschichte der Menschheit gab es eine glückliche Urhorde, in der Menschen der Natur nur das Nötigste entnahmen, um ein bedürfnisloses und glückliches Leben zu führen. Es gab weder Ehe noch Familie. In den Horden Früchte sammelnder und wilde Tiere jagender Menschen waltete sexuelle Promiskuität:
Jeder in der Horde hatte mit jedem geschlechtlichen Verkehr – nur die Mutter kannte ihre Kinder. Väter taten es mit ihren Töchtern, Mütter mit ihren Söhnen, Brüder mit ihren Schwestern, Knaben mit Knaben, Mädchen mit Mädchen. Man sagte noch nicht "mein Mann" oder "meine Frau", jeder gehörte jedem. Weil es keine Ehe und keine Familie gab, gab es kein Eigentum. Weil nur die Mutter ihre Kinder kannte, gab es keine Vaterherrschaft.
Das Glück war da, weil es weder Vaterherrschaft noch Eigentum, aber die Geborgenheit der Gemeinschaft, der Horde, der Kommune, des Kollektivs gab.
Den Sündenfall der Menschheit – Ernest Borneman legt ihn ins Neolithikum (Jungsteinzeit) – brachte der Augenblick, da es hieß "meine" Frau und "meine" Kinder! Familie, Ehe, Vaterherrschaft und Eigentum gehören zusammen und bilden den Sündenfall der Menschheit.
An die Stelle der Anarchie trat die Autorität.
An die Stelle der Horde kam die Familie.
An die Stelle der Mutter trat der Vater und damit das Symbol der Herrschaft und Unterdrükkung. Der Vatergott, von dem die Christen sagen, daß er Himmel und Erde geschaffen habe, und denen er als Herr allen Lebens gilt, ist das Symbol einer repressiven, das heißt auf Unterdrückung beruhenden Gesellschaft. An die Stelle des Lebens aus dem Augenblick genügsamer Hirten, Jäger und Früchtesammler trat die Kultur mit den Herrschaftstugenden von Fleiß, Pflicht, Wille und Überwindung.
Über das sehr abenteuerliche Geschichtsbild Bornemans haben wir hier nicht zu diskutieren. In diesem Zusammenhang ist nur bedeutungsvoll, daß Bornemans Gedanken zum Ausdruck bringen, was die Gottes-Vatermord-Revolution eigentlich will.
Es besteht nämlich überhaupt kein Zweifel, daß unsere antiautoritäre Revolution in diesem Sinne Bornemans eine Antivater-, Antigott-, Antifamilie- und Antieigentumsrevolution ist, wobei gleichgültig bleibt, wieweit das den Kinder- und Jugendrevolutionären unserer Tage im einzelnen direkt bewußt ist.
Alles, wogegen sie protestieren, ist für sie Symbol dieses verhaßten Vater-Herrschaftssystems, von der Soldatenvereidigung bis zum Atomkraftwerk – und was sie wollen, ist eben die Antikultur der mütterlich bergenden Urhorde: sexuelle Freiheit, Leben in der Gemeinschaft, d.h. praktisch der Kampf um Stätten und Bereiche, in denen sie – sei es in leerstehenden Wohnungen, Kellern, Zelten, Schuppen oder vom Staat eingerichteten Klubhäusern – ihre neue Subkultur wie einst in den Höhlen der Urhorde entfalten können.
Aber dieser Gottes-Vaterhaß tobt nicht nur an den Randzonen unseres Daseins:
Durch die breiten Kanäle der Massenmedien, des Fernsehens, des Radios, der Zeitungen und durch den Blätterwald unserer Schulbücher hat längst so etwas wie eine stille Revolution ihren Lauf genommen.
Auch und gerade die sogenannte sexuelle Revolution, die zumeist als Sinn für mehr Freiheit, Großzügigkeit und Lebensbejahung mißverstanden wird, ist unter anderem ein wichtiges Instrument in diesem Prozeß der antiautoritären Vater- und Gottesmord-Revolution.
Dafür ein Beispiel: In dem Mitspieltheater "Rote Grütze", das als Sexualerziehungsmittel für Fünf- bis Zehnjährige geschrieben wurde, unternehmen Hänsel und Gretel – die Hauptakteure dieses Mitspieltheaters – eine "Elternbefragung": Warum sie "es" (gemeint ist der geschlechtliche Verkehr) so wenig und vor allem so phantasielos "machen". Die Antwort: Die Eltern hatten oder haben Angst vor Vater, Lehrer und "Boß" – eben jeder Form von Autorität -, und dann sind es Arbeit und Pflicht, die Sexualität und Lebensfreude kaputt gemacht haben. Vaterkultur – das will dieses Sexualaufklärungstheater sagen – ist Angstkultur, und Angstkultur

zerstört Freude als Lust am Leben.
Ein anderes Beispiel: In dem Buch "Politik im Aufriß" von L. Helbig (1975), das als Arbeitsbuch für Berufsschulen gedacht ist, werden die sexuelle und die politische Revolution als ein Kernprozeß der Befreiung gesehen. Wer auf sexuelle Bedürfnisse verzichtet, der – so meint der Autor – denke auch nicht an Mitbestimmung in Büros, Fabriken, Schulen und Familien. Wer sexuell aktiv ist, sei auch politisch im Sinne einer Fundamentaldemokratisierung aktiv. Wer Sexualität sich Untertan mache, wer sie "beherrscht", wird selbst zum Beherrschten.
Wer Sexualität nicht auslebt, sei schon Objekt einer Herrschaftsstruktur geworden: "Eine Auflehnung gegen autoritäre Behandlung ist repressiv Erzogenen genauso unmöglich, wie dem Drängen der Sexualität mit gutem Gewissen nachzugeben." In diesem Zusammenhang besteht die Schuld des Christentums darin, daß es – so meint der Verfasser – "die sexuellen Triebe nie als menschliche Regungen im guten Sinne gelten ließ".
Der kommunistische Psychologe Wilhelm Reich hatte bereits 1936 in seinem Exil in Kopenhagen mit seinem Buch **"Sexualität und Kulturkampf",** das 1966 mit dem treffenderen Titel **"Sexuelle Revolution"** neu wieder herausgebracht wurde, den **Zusammenhang zwischen Klassenkampf und sexueller Revolution** propagiert.
Wilhelm Reich geht es nicht nur um die "Erkenntnis" (die heute in ungezählten Büchern wiederholt wird), daß die Ehe lustfeindlich sei, sondern daß die Ehe eine Privatisierung der Sexualität bedeute und damit als Ausdruck des kapitalistischen Wirtschafts- und Herrschaftssystems beseitigt werden müsse.
Die zur Sturmflut angeschwollene Aufklärungsliteratur, gerade da, wo sie Ehe und Familie verneint, will unter dem Deckmantel der "Sachlichkeit" und "Information" den Abbau der "Tabuisierung der Sexualität". Im Klartext heißt das, sie will vor allem Scham und Ehrfurcht kaputt machen. Warum überhaupt Scham? Warum keine Veröffentlichung der Sexualität?
Scham und Ehrfurcht – so wird pausenlos wiederholt – sind Verhaltensweisen einer repressiven, d.h. herrschaftsbedingten, also Lust unterdrückenden Gesellschaftsordnung, die abgeschafft werden muß. Wo immer Scham und Ehrfurcht walten, regiert die Herrschaft der Väter, die Frauen und Kinder als ihren Besitz sehen und folglich deren Gefühlswelt beherrschen wollen.
Wer aber ohne Scham ist, ist auch ohne Ehrfurcht. Wo die Ehrfurcht stirbt, da verkommt die Autorität. Darüber wird es mit jenen Ideologen keinen Disput geben müssen. Der Unterschied besteht nur darin, wie dieser Zerfall von Ehrfurcht und Autorität beurteilt wird.
Gehen Ehrfurcht und Scham, Familie und Ehe unter, dann ist die Urhorde wieder hergestellt. Dann werden Sozial- und Sexualgenossen durcheinander und miteinander am Busen der Mutter Natur, im Urzustand des Paradieses ihr ihnen durch Vaterherrschaft geraubtes Glück wiederfinden.
Ist das nur die Theorie weltfremder Philosophen? Oder werden diese "Lehren" die Gesellschaft der Zukunft prägen? Gedanken dieser Art, die hier nur an einigen Beispielen aufgezeigt wurden, sind weder eine "bloße" akademische Angelegenheit, noch sind sie einflußlos für unsere Gesellschaft.
Zerstörte Ehen und Familien, die Ordnungsfeindlichkeit einer lustbetont lebenden jungen Generation, die tief in der Seele wurzelnde Aggression gegen alles, was mit Vaterkultur zusammenhängt, das Eintauchen in die Sphären der Rauschhaftigkeit durch Drogen und Alkoholkonsum, die Verachtung herkömmlicher Tugenden wie Pflicht, Überwindung, Gehorsam und die Verneinung der Arbeit sind die ganz praktische Seite dieser Kulturrevolution. Die idyllische Erwartung, als könne man einfach zur Natur, zum natürlichen Leben wie zu einer guten Mutter, die alle Menschen glücklich macht, zurückkehren, sind Bestandteile einer neuen Sehnsucht und Hoffnung des Menschen dieser Welt.
Warum kam es so, wie es ist?

Ist diese Revolution gegen die Herrschaft der Väter vielleicht nur eine verständliche Reaktion auf die alle Lebensfreude unterdrückende Herrschaft der allzu mächtigen Väter von gestern? Gab es denn nicht wirklich eine lebens- und sexualfeindliche und dabei so oft verlogene wilhelminisch-viktorianische Lebensauffassung? Hat nicht gerade der Faschismus das Ideal des Männlichen, Willenhaften und Kämpferischen über alle Maßen strapaziert und eine bedrükkende Herrschaftsstruktur aufgerichtet? Hat sich nicht im Helden- und Führerkult des Faschismus so etwas wie eine Revolution des "Maskulinismus" dargestellt?
Hatten und haben wir nicht einen "Gotteskomplex" (vgl. hierzu H. Richter, "Der Gotteskomplex", 1979, in dem Sinn, daß wir, anstatt an Gott zu glauben, selbst den jeweils allmächtigen Gott spielen wollten? Meinten nicht viele Väter, wenn sie von Gottvater und seiner Autorität sprachen, ihr eigenes Gottsein und ihre eigene selbst gesetzte Autorität?
Sind nicht in jenen Tagen einer sich selbst setzenden Vaterherrschaft viele, allzu viele durch herrschsüchtige, autoritär überstrapazierte Väter zu Untertanenmenschen degradiert worden – Kinder und Ehefrauen in gleicher Weise? Haben lebensfeindliche Moralisten nicht tatsächlich die Sexualität – in ganz unbiblischem Sinn – verächtlich und – im Vergessen aller anderen Sünden – vielleicht sogar zur einzigen Sünde "gemacht"?
Es gab eben die Revolution des Maskulinismus, die ganz sicher im Faschismus etliche Triumphe feierte. Die gegenwärtige Anti-Vaterrevolution unserer Tage ist aber nicht bloß eine Reaktion auf diesen Maskulinismus, wie er sich anscheinend im Faschismus als Ideologie darstellte, sondern seine konsequente Fortsetzung!
Halten wir diesen Grundsatz fest: Ohne faschistoiden Maskulinismus keine Anti-Gott-Vaterrevolution.
Autorität, die sich selbst setzt, nur sich selbst gegenüber verantwortlich sein will, ist Diktatur. Väter, die nicht Gottes Wort, sondern nur ihrem eigenen Willen verantwortlich sein wollen, sind pervertierte Väter, die als Tyrannen ihr Unwesen austoben. Wir dürfen eben nicht vergessen, welche entsetzlichen Exzesse ein Männlichkeitswahn mit der Perversion der Autorität zum Führerkult verursachen konnte.
Erinnern wir uns doch: Rudolf Heß deklamierte am 30. Juni 1934: "Mit Stolz sehen wir: Einer bleibt von aller Kritik ausgeschlossen, das ist der Führer. Das kommt daher, daß jeder fühlt und weiß: Er hat immer Recht und wird immer Recht haben. In der kritiklosen Treue, in der Hingabe an den Führer, die nach dem Warum im Einzelfall nicht fragt, in der stillschweigenden Ausführung seiner Befehle liegt unser aller Nationalsozialismus verankert" (vgl. Joachim Fest, "Das Gesicht des Dritten Reiches", 1977, S. 266 …).
Adams Versuchung war, daß er so sein wollte wie Gott selbst – so allmächtig und so allwissend. Im Vatersein ohne Gott wird diese Ursünde immer wieder aufbrechen. Die heidnischen Väter vergangener Generationen, die Christus leugneten und eine neuheidnische Existenz auslebten, waren die ersten Vatermörder. Unsere vatermörderisch-nachchristliche Zivilisation fand ihre Propheten in Männern wie Nietzsche, die den Willen zur Macht proklamierten, in Darwins Lehre vom erbarmungslosen Kampf um das Dasein und Recht des Stärkeren, in der Heldenverehrung und im Heldentheater des Faschismus und nicht zuletzt in der Philosophie des Existentialismus.
Die Urväter neuheidnischen Gottesmordes lebten im Vertrauen auf sich, nicht aus dem Glauben an Gott. Sie hielten sich für moralisch vollkommen bzw. meinten, moralische Vollkommenheit – nach ihrem Verständnis von Moral – erreichen zu können. In Kraftakten eigener Pflichterfüllung meinten sie, "vor sich selbst bestehen zu können". Sie wußten nichts davon, was sie Gott im letzten schuldig waren. Jesus war für sie nur ein moralisches Vorbild, aber nicht der Erlöser und Versöhner am Kreuz. Die Welt war für sie unbegrenzt offen zur Gestaltung ihrer eigenen Willenskraft. Von einem Ende aller Zeiten und einer Wiederkunft Christi wollten sie nichts wissen.

Der liberale Protestantismus in Deutschland, in der Schweiz, aber auch in Holland hatte seit Ende des vorigen Jahrhunderts diesen Männlichkeitswahn mit seinem Programm der Selbsterlösung wie ein durstiger Schwamm aufgesogen und dann sein "neuprotestantisches Jesusbild", ein Götzenbild des Maskulinismus, aufgerichtet.
Unsere Generation der Vatermörder protestiert auch – nicht nur – gegen Väter, die ihrerseits schon Vatermörder waren! …

3. Schon der Faschismus war Vaterhaß

Der Faschismus (wie auch der Nationalsozialismus) wird in einer sog. "Vulgär-Vergangenheitsbewältigung", wie man sie im Fernsehen, vielen Spielfilmen, Büchern und Aufsätzen immer wieder erleiden muß, nicht nur wirklichkeitsverfremdend und konsumentenhaft-kitschig dargestellt, sondern im Wesen gefährlich mißverstanden.
Faschismus und Nationalsozialismus waren keine autoritativen Weltanschauungen, sondern sie waren genau das Gegenteil davon. Der Nationalsozialismus war eine Anti-Vater-Gottrevolution, die mit ihm bereits einen Höhepunkt erreichte und heute unter anderen ideologischen Karosserien, aber mit gleichem Fahrgestell ihre konsequente, inhaltlich wie strategisch-technisch gleichartige Fortentwicklung erlebt.
Die unbedingte Hingabe an den "Führer", dieses Überfahrenwerden personaler Selbständigkeit, die Bejahung der Gruppe, die Vorordnung des Kollektivs vor dem einzelnen ist antipersonalistisch, gegen Autorität als absolute Autorität, wie sie im Anspruch Gottes offenbar wurde.
Bedeutsam ist, daß der Nationalsozialismus Nein sagte zum Gewissen, das er als eine "jüdische Erfindung" verurteilte (vgl. hierzu F. Heer, "Der Glaube des Adolf Hitler", 1968).
Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Todesverherrlichung im Nationalsozialismus, die nicht nur durch die Todessymbolik (Totenkopf bei den Waffen-SS-Verbänden), sondern durch Verherrlichung im "Liedgut und in der Dichtung jener Zeit zum Ausdruck kam.
Der Führerkult in der NS-Ideologie war ein Anti-Gott-Vater-Kult, er war Ausdruck einer sich selbst setzenden Autorität. …

3. Kapitel

Klassenkampf zwischen Mann und Frau?

– Das Zerstörungswerk des Feminismus für Glaube, Theologie, Kirche und Gesellschaft
– Der Feminismus will die Verfraulichung der Welt

Das Programm der Entmythologisierung (sagen wir das Programm der Verohnmächtigung Gottes, das in den fünfziger Jahren alles, was sich Theologie nannte, in Atem hielt) hat sich innerhalb großkirchlicher Theologie in jedem einzelnen Punkt siegreich durchgesetzt. Die in der Heiligen Schrift bezeugten Taten und Worte Gottes wurden zu zeitgebundenen "Symbolen" eines eben nur "damaligen" Verständnisses von Gott, Welt und Mensch. Die Bibel wurde als Material für unsere Interpretation, zu unserem Gebrauch also, freigegeben.
In schneller Folge führten diese rasanten "Interpretationen" des sogenannten "biblischen Materials" konsequenterweise zur Gott-ist-tot-Theologie und dann – meistens auch schon parallel laufend – zur Theologie der Revolution und Befreiung, nachdem im zaghaften Anlauf zunächst nur von der Theologie der Hoffnung viel geschrieben und noch mehr gesprochen wurde.
Heute ist die Bibel Interpretationsmaterial in dem Sinne, daß Worte wie Gott, Christus, Erlösung, Exodus (Auszug des israelitischen Gottesvolkes aus der Gefangenschaft Ägyptens) als Reizworte zum Gebrauch einer Art religiöser Verklärung für die Weltrevolution der Einheitsgesellschaft bereitgehalten werden.
Die – bislang – letzte und radikalste Phase einer die Aussagen der Bibel zerstörenden Interpretation ist der Feminismus, der keineswegs nur die Befreiung der Frau aus der "Jahrtausende währenden Sklaverei durch christlich patriarchalische Männer" erstrebt, sondern im Zusam-

menhang einer Theologie der Revolution die Veränderung der Gesellschaft auf dem Wege des Klassenkampfes zwischen Mann und Frau vorantreiben und die Pervertierung des Christentums in eine Muttergottes-Einheitsreligion als Ausdruck kollektiver Gesellschaftsform durchsetzen will.

"Es ist klar", schreibt die Professorin für Feminismus und Christentum an der Universität Nijmegen, Catharina J. M. Halkes, "daß es uns schon lange nicht mehr um die Frage oder um den Platz der Frau geht, um die Formulierung der Aufgabe oder um Zulassung zu den Ämtern. Schon diese Begriffe deuten die Herrschaftsstruktur an: Andere, das andere Geschlecht soll für mich ausmachen müssen, was mein Platz ist? Man's World (Die Welt des Mannes) hat die Macht, Woman's Place (den Platz der Frau) zu bestimmen. Darauf haben wir schon unzählige Ballen Papier verschwendet" ("Gott hat nicht nur starke Söhne – Grundzüge einer feministischen Theologie", 1980).

Der zeitgenössische Feminismus kämpft nicht um den Platz der Frau für die Frau in dieser Gesellschaft, um die "Gleichberechtigung", sondern er will die Veränderung dieser durch Männer strukturierten Gesellschaft. Feministen wollen eine andere Kultur, eben eine Kulturrevolution.

In letzter Konsequenz wollen sie nicht nur die andere Frau, sondern auch den anderen Mann, sie wollen eben – elementar ausgedrückt – die Welt auf den Kopf stellen, denn "offenbar ist die Frau in der herrschenden, androzentrischen (auf den Mann bezogenen) Kultur zum Opfer eines immer dualistischen Denkens, eines Denkens und Erlebens in Gegensätzen geworden" (Halkes, a.a.O., S. 21).

Gegen die herkömmliche, christlich motivierte Kultur in der Spannung von Himmel und Erde, Gott und Schöpfung, Mann und Frau, Eltern und Kindern, Schuld und Versöhnung soll die spannungslose, eben mütterlich-eindimensionale Kultur gesetzt werden.

Der Feminismus liegt damit ganz und gar auf der Welle des Neomarxismus der kritischen Theorie. Herbert Marcuses Theorien feiern hier jubilierende Triumphe. Das Ziel ist der sozialistische Feminismus, der im Bündnis mit allen anderen "Gegenkulturen" als Revolution die "fundamentalste Bewegung" ist, "weil alle die genannten Formen der Herrschaft und Unterdrückung von Menschen durch Menschen soziale Ausdrucksformen jenes Dualismus sind, der am meisten in die Tiefe geht: die Erhebung des männlichen Geschlechtes über das weibliche" (Halkes, a.a.O., S. 30).

Der Mann, das männliche Prinzip, das Vatersein, Vaterherrschaft – eben das Patriarchat – ist an allem schuld. Die Revolution des Feminismus hat also ihr Feindbild, ohne das es eine Revolution bekanntlich nicht geben kann. Die einzige Alternative zum verhaßten Kapitalismus ist – so meint auch die Feministin und Theologin Elisabeth Moltmann-Wendel ("Freiheit, Gleichheit, Schwesterlichkeit.

Zur Emanzipation der Frau", 2. Aufl. 1978, S. 51) – die Revolution der Frau. Auch sie sieht den Zusammenhang mit der neomarxistischen kritischen Theorie und zitiert Herbert Marcuses für den Feminismus so charakterisierende Sätze: "Die weiblichen Qualitäten, auf der biologisch-gesellschaftlichen Grundlage entstanden, könnten die Realisierung eines neuen Realitätsprinzips bringen, weil sie die Antithese zu den die kapitalistische Gesellschaft regierenden Werten darstellen".

Der Feminismus will also nicht nur eine Befreiung der Frau für ihren Platz in dieser Gesellschaft oder nur eine Kulturrevolution in dem Sinne, daß auch die Frau Möglichkeiten eigener kultureller Entfaltung gewinnt, er will im Gegenteil verändern, was man überhaupt nur verändern kann. Er will eine neue Realität: Die Wirklichkeit selbst soll verändert werden.

Aus diesem Grunde kann besagter Herbert Marcuse befriedigt, und den Feminismus in seiner Bedeutung richtig einschätzend, feststellen: "Ich glaube, daß die Frauen-Befreiungsbewegung (Woman's Liberation Movement) derzeit die vielleicht wichtigste und potential radikalste

politische Bewegung ist, die wir haben, auch wenn das Bewußtsein dieser Tatsache die Bewegung als Ganzes noch nicht durchdrungen hat" (Jutta Menchik, "Feminismus – Geschichte – Theorie – Praxis", 1977).
Marcuse hat recht mit diesem Urteil. Hinzufügen möchte ich, daß brave Bürger und Bürgerinnen keine Ahnung davon haben, welche starken Kolonnen einer kollektivistischen Welt-Kulturrevolution wir schon in unserer Mitte haben, auch und gerade in unseren Großkirchen, Freikirchen und Gemeinschaften.

Das Feindbild Mann

Dem Kampf um die "neue Realität" steht der Mann, so wie er ist, als Feind Nummer eins im Wege. Der Feminismus will das Weibliche befreien und entfalten, ja zum Triumph in einem neuen Realitätsprinzip führen; aber das Männliche kann weder befreit noch entfaltet, es muß abgeschafft, besser wohl noch vernichtet werden.
Valerie Solanas ("Manifest der Gesellschaft zur Vernichtung der Männer", 1969) meint: "Der Mann ist eine Maschine, ein 'Gummipeter auf zwei Beinen'. Die Männer sind verantwortlich für alles Böse, für Unterdrückung, Haß und Gewalt, sie sind unfähig zur Zivilisation …".
Das Männliche ist – darauf legt diese kollektivistisch orientierte feministische Revolution allergrößten Wert – unfähig für die Einpassung in die Gruppe und zum Leben aus der Emotionalität eben dieser Gruppe. Das Zueinander von Gruppe und Emotionalität, das Nein zum Willenhaften und zur Individualität, sind Hauptziele dieser das mütterlich-bergende Kollektiv anstrebenden feministischen Weltrevolution.
Nach Valerie Solanas gehört die Zukunft der Frau, weil nur Emotion und Kollektiv die Zukunft der Totalzivilisation durchtragen werden: "Die wenigen überlebenden Männer", so schlägt sie, die tatsächlich Männer mit dem Revolver angriff und selbst schließlich durch Selbstmord endete, in "barmherziger" Weise vor, "mögen ihre kümmerlichen Tage mit drop out und Drogen weiterfristen, als Transvestiten in Frauenkleidern herumstolzieren oder passiv die superdynamischen Frauen in voller Aktion bewundern… "
Diese Sätze sind inhaltlich nicht so komisch, wie sie sich zunächst für unerschrocken-weltfremde, bürgerliche Existenz anhören lassen. Nicht nur das Feindbild, sondern die treffende Diagnose von der Selbstzerstörung des Mannes, seine Krise zum Tode ist bedeutungsvoll.
Denn "Mann sein" und "Vater sein" befinden sich heute – wir werden darauf noch weiter eingehen – in einer Krise zum Tode, und die von Valerie Solana erwähnte "schmerzlose Vergasung" erinnert an den bislang größten Vatermord der Geschichte, an die Vernichtung jüdischer Menschen, wobei wir uns daran erinnern, daß der Nationalsozialismus eine feminin-heldische Vatermordrevolution war, für die der biblische und damit eben auch der jüdische Mann als verhaßter Repräsentant der Vaterkultur galt.
Der Feminismus kann noch radikaler an die Ideologie des Nationalsozialismus anknüpfen. Elisabeth Gould Davis ("The First Sex", 1975) gebraucht zwar nicht den im Nationalsozialismus üblichen Begriff "Untermensch", aber mit biologischer Argumentation degradiert sie den Mann zu einem zumindest – und gelinde ausgedrückt – zweitrangigen, eben auf niedererer Stufe als die Frau stehenden Lebewesen. Hätten doch – so ihre Argumente – Geneologen erkannt, daß das Y-Chromosom, aus dem der Mann hervorgeht, ein abgebrochenes X-Chromosom sei, von dem die Frau sogar zwei besitze, so "daß Frauen eine Rasse für sich, das starke erste Geschlecht, und Männer die biologische Nachhut" seien.
Auch hier weigere ich mich, in solchen phantastischen Aussagen nur Komisches zu sehen. Rassenbiologisch motivierte Urteile über das Menschsein haben in vergangenen Jahrzehnten zu furchtbaren Konsequenzen trotz aller Absurdität der Argumentation geführt. Auf diese Beurteilung des Mannes "auf zoologischer Basis" wollen wir uns hier auch gar nicht erst weiter einlassen, aber schon jetzt, mit um so größerem Ernst, die Frage stellen, welche ethischen Ori-

entierungsdaten der Feminismus seinem Urteil über Menschen eigentlich zugrunde legt.
Zweifellos stehen diese Aussagen, wie wir sie eben hörten, auf der Außenseiterposition des Feminismus -gegenstandslos sind sie deswegen nicht. Sie erhellen vielmehr die Grundtendenz des Feminismus, nämlich sein Bestreben, das herkömmliche Zueinander von Natur und Menschsein radikal nicht nur in Frage zu stellen, sondern aufzuheben.
Es gibt im Feminismus einen breiten Konsensus darüber, daß herkömmliches, geschlechtliches Zueinander von Mann und Frau zu verneinen sei. …
Für Carla Lonzi ("Die Lust, Frau zu sein", 1975) bedeutet die normale Lust, die im herkömmlichen, also natürlichen Geschlechtsverkehr durch die Einführung des Penis in die Vagina erreicht wird, nicht die umfassendste und vollkommenste Lust, sondern die Lust der patriarchalischen Sexualkultur. Sie zu erreichen bedeute für die Frau, sich verwirklicht zu sehen in dem einzigen Modell, das ihr Belohnung verspricht, in dem Modell, das die Erwartung des Mannes erfüllt. Das patriarchalische Paar ist das Paar Penis-Vagina, Ehemann und Ehefrau, Vater und Mutter der fortpflanzungsgebundenen animalischen Kultur:
Ihr Verhältnis zueinander wird nicht durch die Funktionsweise der Sexualität bestimmt, sondern durch die Fortpflanzung, der die weibliche Sexualität untergeordnet wird. Die vaginale Frau ist das Ergebnis dieser Kultur. Sie ist die Frau des Patriarchen und der Herd eines jeden Mythos der Mütterlichkeit, die Sklavin, die die Fesseln der Unterwerfungen weitergibt, durch die die männliche Herrschaft jede historische Veränderung hat überdauern können.
Diese Sexualität, so wie sie die europäische Frau "im christlichen Abendland normalerweise" erlebt, ist "Spiegel und Instrument der Unterdrückung der Frau in allen Lebensbereichen", meint Alice Schwarzer ("Der kleine Unterschied und seine großen Folgen. Frauen über sich – Beginn einer Befreiung",1975, S. 71).
Ähnlich urteilt Kate Miller ("Sexus und Herrschaft. Die Tyrannei des Mannes in unserer Gesellschaft", 1971): Das Eindringen des Penis in die Vagina sei Ausdruck männlicher "Penetrationswut", der aggressiven Herrschaftshaltung des Mannes.
In dieser Weise der geschlechtlichen Begegnung – so meinen die Feministinnen – zeige sich die Feindschaft des Mannes gegen die Frau. Es versteht sich von selbst, daß das Zueinander und Miteinander von Geschlechtlichkeit und Zeugung, Liebe und Ehe, Ehe und Familie vom Feminismus verneint wird.
Die Lust wird zur selektierten, einsamen, nur auf Selbstbefriedigung abzielenden Lust. Der Feminismus ist also in seiner radikalen Form in sich selbst die Zerstörung von Ehe und Familie. …

Der Kampf um die neue Realität

Schon Simone de Beauvoir, die zu ihrer Zeit noch vom französischen Sozialismus und Kommunismus belächelte Großmutter des modernen Feminismus, hat in ihrem den Feminismus stark bewegenden Buch "Das andere Geschlecht" (zuerst 1949 erschienen) proklamiert: "Man wird nicht als Frau geboren, man wird es." Nicht die Natur ist "schuld" daran, daß die Frauen so sind, wie sie leider jetzt sind, sondern die Kultur hat sie dazu gemacht.
Hinter dieser These stand die damals starke Position der existentialistischen Philosophie im Sinne von Jean-Paul Sartre. Was der Mensch ist, wählt er in freier Entscheidung; es gibt keine vorgegebene, ewige, etwa von Gott gesetzte Ordnung. Letztlich schafft der Mensch sich selbst.
Seit Simone de Beauvoir wirkt diese atheistische Schöpfungsordnungsfeindlichkeit als munter sprudelnde Quelle in der Bewegung des Feminismus und ist mittlerweile jetzt, auf dem Höhepunkt dieser feministischen Bewegung, zu einem breiten Strom der Schöpfungsfeindlichkeit angeschwollen.
Betty Friedan ("Der Weiblichkeitswahn", 1968) und Margarete Mead ("Jugend und Sexualität in primitiven Gesellschaften", 1971) werden nicht müde zu betonen, daß Frauen nicht von

Natur und für alle Zeiten auf ihr Frausein festgeschrieben sind, sondern daß eine böse, androzentrische, eben männlichkeitsbezogene Unkultur Frauen zu dem gemacht hat, was sie heute sind.
Die "Natur", meint die Protestantin Elisabeth Moltmann-Wendel in Erinnerung an die Ergebnisse dieser sogenannten Forschungen im Geiste des Feminismus, "stellte sich vor allem seit den Forschungen Margarete Meads als etwas Neutrales, nicht Beeinflußbares und als eine sehr abhängige Erscheinung heraus. Die Frau ist demnach keine Schöpfung der Natur, sondern ein Zivilisationsprodukt". Also – und das ist Sinn dieser herbeigesehnten Erkenntnisse – die Frau kann sich selbst, so wie sie ist, abschaffen.
Dieser Protest gegen vorgegebene Realität und für eine neue Realität wurde radikal formuliert durch Shulamith Firestone ("Frauenbefreiung und sexuelle Revolution", 1975). Menstruation, Zeugung, Schwangerschaft und Geburt sind Geißeln der Frau. Alle technischen Möglichkeiten dieser Zeit und der nahen Zukunft müssen genutzt werden, um die Frau von diesen Geißeln zu befreien. Sexualität muß befreit werden von Ehe, Kind und Familie.
Frau Firestone träumt von der Möglichkeit, daß Kinder in einem Reagenzglas befruchtet werden und daß das Geschlecht durch technische Manipulation bestimmt wird: "Die Blutbande zwischen Mutter und Kind werden endlich zerrissen werden. Sollte tatsächlich eine männliche Eifersucht auf die Kreativität des Gebäraktes entstehen, so werden wir schon bald in der Lage sein, Leben unabhängig von einem Geschlecht zu erzeugen, so daß eine Schwangerschaft, die dann unverhohlen als plump, ineffizient und schmerzhaft bezeichnet werden kann, dann nur, wenn überhaupt, ironisierend als archaisch ertragen wird."
Noch radikaler verlangt Ernest Borneman ("Das Patriarchat", 1975) überhaupt die Abschaffung der Geschlechtlichkeit. Für ihn ist der Zerfall der mütterlich geleiteten, im Urkommunismus lebenden Urhorde durch die Herrschaft der Väter eben der Sündenfall der Menschheit. Für eine geschlechtslose Gesellschaft fordert er: "Die endgültige Befreiung der Frau kann nur in der Befreiung von der Geschlechtlichkeit liegen. Die klassenlose Gesellschaft der Zukunft kann nur eine geschlechtslose Gesellschaft sein … Sie muß polymorph sein, oder sie führt das Prinzip der Herrschaft, das wir eben durch die soziologische Tür hinausbefördert haben, durch die Hintertür der Sexualität wieder ein."
Die Gesellschaft muß anders werden, dann muß zwangsläufig eben auch die Natur anders werden. Die Natur muß sich – wie Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und natürlich auch die Kirche – nach der Gesellschaft richten.
Angesichts dieser radikalen Revolution, die eben nicht nur Mensch und Gesellschaft, sondern auch die Natur selbst packen will, wirkt die Revolution des Marxismus-Leninismus als eine romantisch-idyllische Erinnerung an das 19. Jahrhundert.
Im Feminismus werden Übergänge zwischen Natur und Kultur "verflüssigt", eben damit die Natur nach dem Bilde des Feminismus verändert wird: "Denn Biologie ist nicht Schicksal, sondern wird erst dazu gemacht. Männlichkeit und Weiblichkeit sind nicht Natur, sondern Kultur. Sie sind die in jeder Generation nur erzwungene Identifikation mit Herrschaft und Unterwerfung. Nicht Penis und Uterus machen uns zu Männern und Frauen, sondern Macht und Ohnmacht", meint die Feministin Alice Schwarzer.
Dieses Aufbegehren gegen herkömmliche Ordnung bleibt keineswegs nur feministische Theorie. Schon längst ist – wie gesagt, für die meisten Bürger verborgen – dieser Weg in die Praxis "multifrontal", d.h. an vielen Fronten, in Medien und Schulen, beschritten. Der Bürger sieht am Ende nur das Ergebnis eines Prozesses, den er als solchen nicht erkennen konnte oder wollte.
Der Weg in die Praxis geht vor allem über die Pädagogik mit ihrer Armada von Pädagogen, mehr oder weniger ausgebildet im Sinne dieser im Buch aufgezeigten Theorien.
Einer der großen Theoretiker unter den Pädagogen, die die Phase der Kindheitssexualität "so-

zial durchformen wollen", ist Helmut Kentler (vgl. "Die soziale Dimension der Sexualität" in "Sexualmedien", 1975). Traditionelle, geschlechtsspezifische Verhaltensweisen sollen dadurch relativiert werden, daß Jungen tun, was Mädchen tun, und Mädchen tun, was Jungen tun. Mit Puppen spielende, ihre Gefühlswelt wie Mädchen regulierende Knaben sollen zu einem zärtlichen Lebensstil finden; denn der Mann ist "unterentwickelt im Geben und Nehmen von Zärtlichkeit", meint Kentler.

So sind wir auf dem Wege zu einer nicht nur klassenlosen, sondern auch geschlechtslosen Gesellschaft, zu einer sexuell polymorphen, panerotischen Urhorde, in deren wohlfühliger Geborgenheit alle alle lieben. Nur wenn wir diese Zielvorstellung des Feminismus, die übrigens auch von der kritischen Theorie Marcuses angestrebt wird, kennen, verstehen wir den Kampf für die Abtreibung … und das Recht der Homosexuellen, der nun schon bald im Sinne der "Schwulen-Initiativen" siegreich durchgetragen ist.

Im letzten geht es in diesem Streit nicht um Hilfe für die Frau oder um den Platz "des Homosexuellen in der Gesellschaft" – wie viele leider immer noch verkennen. Ziel ist vielmehr, daß überhaupt Sexualität von Mutterschaft ein für allemal getrennt und daß – im Blick auf die Emanzipation der Homosexuellen – die polymorphe, nicht mehr heterosexuell orientierte Pansexualität zum Triumph geführt wird: "Frauenbefreiung und Schwulenbefreiung streiten beide für ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaft, die frei davon ist, Menschen aufgrund von Geschlecht und oder sexueller Übervorteilung zu definieren und kategorisieren", forderte Kate Miller schon 1970 in einem Aufsatz der Times.

Der Schöpfungshaß der Feministen

Der Feminismus sagt Nein zur Schöpfung Gottes: Der Haß gegen Gott, den allmächtigen Vater, Schöpfer Himmels und der Erde, ist der Haß gegen die Ordnung der Schöpfung, wie sie in der Bibel geboten ist. Der Feminismus ist Symptom modernen, sich gegenwärtig immer mehr steigernden Schöpfungshasses.

In einer fast prophetischen Weise haben zu Anfang dieses Jahrhunderts unter anderem Aldous Huxley und George Orwell diesen Schöpfungshaß in ihren Visionen vorausgesehen. In Huxleys Zukunftsvisionen von einer zukünftigen, total kollektivierten Gesellschaft – "Brave New World" (engl. 1932) – sind Ehe und Familie nur noch Feind, letztlich Stacheldraht gegen die Gesellschaft und sollen nach dem vom Kollektiv propagierten Leitspruch "Jedermann ist seines Nächsten Eigentum" abgeschafft werden.

Diese Vision von Aldous Huxley stellt das Verlangen der Zivilisation nach einer Wohlfühlzivilisation dar, deren Symbol eben die Muttergottheit ist. Die absolute Glückseligkeit in der Anonymität des Kollektivs – das ist es, was der Mensch heute im Grunde sucht und was er als Überwindung des 'Dualismus', eben des biblischen Glaubens, propagiert.

Nach dem letzten Weltkrieg schrieb auf einer einsamen Insel vor der Ostküste Schottlands ein ehemaliger Mitstreiter der 'Internationalen Brigade' im spanischen Bürgerkrieg, der aber dann vom Kommunismus abtrünnig geworden war, **Eric Blair,** seine einfach niederschmetternde Zukunftsvision für das Ende dieses Jahrhunderts nieder. Dieser am Kommunismus irre gewordene Schriftsteller wurde weltbekannt unter dem Namen **George Orwell,** und sein schriftstellerischer Welterfolg heißt '1984' (1. deutsche Ausgabe 1948). In dieser Schau der Zukunft findet sich genauso wie bei Huxley das radikale Nein zur Schöpfung, vor allem zu Familie und Ehe. Eine allmächtige Partei, die 'grausame Mutter' der Gesellschaft, wütet gegen Natur und Schöpfungsordnung.

Die Partei wendet sich gegen alles, was den Menschen an die Natur bindet. So richtet sie sich beispielsweise gegen die Sexualität – nicht nur, weil die Sexualität sich eine Welt für sich zu schaffen verstand, sondern vor allen Dingen, weil die sexuelle Enthaltsamkeit zur Hysterie führte und damit ein erstrebenswertes Ziel erreicht wurde, denn diese Hysterie konnte in Kriegsbegeisterung und Führerverehrung umgewandelt werden. Sie wollen, daß man ständig

zum Platzen mit Energie geladen ist. Dieses ganze Auf- und Abmarschieren, Hurrabrüllen und Fahnenschwenken ist weiter nichts als sauer gewordene Sinnlichkeit.
Wenn man innerlich glücklich ist, kann man weder über den großen Bruder noch den Dreijahresplan, die Zwei-Minuten-Haßsendung und den ganzen übrigen Schwindel in Begeisterung geraten. Die seelischen Energien sollen also nicht durch natürliche Triebe ausgelebt, sondern durch von der Partei gelenkte Ersatzformen abreagiert werden. Die Partei will das Sexualgefühl abtöten, es in den Schmutz ziehen. Es gibt die Jugendliga gegen Sexualität, die für die geschlechtliche Enthaltsamkeit eintritt und die künstliche Befruchtung (in der Neusprache heißt das Kunstsamen) fordert.
Ein wirkliches Liebeserlebnis war ein nahezu unvorstellbares Ereignis. Die Frauen dieser Partei waren sich alle gleich. Die Enthaltsamkeit war ihnen ebenso tief eingeimpft wie die Treue zur Partei … Der Akt der geschlechtlichen Verschmelzung, wenn er glückhaft vollzogen wurde, war ein Akt der Auflehnung. Die Begierde war ein Gedankenverbrechen.
Alle großen Gefühle wie Liebe, Freundschaft, Tragik usw. sind ausgerottet. Tragik, so muß der Außenseiter Smith erkennen, gehört einer vergangenen Zeit an, als es noch Eigenleben, Liebe und Freundschaft gab und die Mitglieder einer Familie, ohne nach dem Grund zu fragen, füreinander eintraten … Heutzutage gibt es Angst, Haß und Leid, also keine starken und wertvollen Gefühle, keine tiefen und echten Schmerzen.
Der utopische Mensch ist ein destruierter (ruinierter) Mensch. Die Partei hat ihn abgebaut, damit seine Eigenständigkeit aufgehoben werden konnte und er für das Kollektiv reif wurde: Die alten Kulturen erhoben Anspruch darauf, auf Liebe oder Gerechtigkeit gegründet zu sein. Die unsrige ist auf Haß gegründet, für unsere Welt wird es keine anderen Gefühle geben als Haß, Wut, Frohlocken und Selbstbeschämung. Die Zertrümmerung der Grundordnungen, der systematische Abbau all dessen, was den herkömmlichen 'alten' Menschen ausmacht, legt den utopischen Menschen frei.
Der Funktionär von '1984' sagt an: 'In Zukunft wird es keine Gattinnen und keine Freunde mehr geben. Die Kinder werden ihren Müttern gleich nach der Geburt weggenommen werden, so wie man einer Henne die Eier wegnimmt. Der Geschlechtstrieb wird ausgerottet. Die Zeugung wird eine alljährlich vorgenommene Formalität wie die Erneuerung einer Lebensmittelkarte werden. Wir werden das Wollustmoment abschaffen; unsere Neurologen arbeiten gegenwärtig daran. Es wird keine Treue mehr geben, außer der Treue gegenüber der Partei.
Es wird keine Liebe mehr geben, außer der Liebe zum Großen Bruder. Es wird kein Lachen mehr geben, außer dem Lachen des Frohlockens über einen beseitigten Feind. Es wird keine Kunst geben, keine Literatur, keine Wissenschaft. Wenn wir allmächtig sind, werden wir die Wissenschaft nicht mehr brauchen. Es wird keinen Unterschied geben zwischen Schönheit und Häßlichkeit. Es wird keine Neugierde, keine Lebenslust geben …
Wenn Sie sich, so fährt der Parteifunktionär von 1984 in seiner Rede fort, 'ein Bild von der Zukunft machen wollen, dann stellen Sie sich einen Stiefel vor, der einen Menschen tritt, immer und immer wieder. Die Zerstörung der Grundordnung ist die Voraussetzung dafür, daß die Macht der Partei, die ja in der Ausschaltung des Individuellen besteht, erhalten bleibt. Macht heißt, einen menschlichen Geist in Stücke zu reißen und ihn nach eigenem Gutdünken wieder in neuer Form zusammenzusetzen. Der Mensch soll seines eigentliches Ichs beraubt werden, er soll nichts weiter als eine Schöpfung der Partei sein. Es gibt keine über alle Umwandlungsversuche erhabene menschliche Natur. Wir machen die Natur.'
Der moderne Feminismus könnte zumindest dem letzten Satz dieses Terrorkommissars in George Orwells "1984" vollauf zustimmen! Es gibt nicht die Natur – die Natur wird gemacht; es gibt nicht die Frau, sondern die Frau wurde gemacht – sagen alle Feministen.

Der Untergang des Mannes

Eine der Ursachen (wenn nicht vielleicht die Ursache überhaupt) für die Revolution der Frau

ist die Krise oder – noch schärfer ausgedrückt – der Untergang des Mannes. Wir leben im Zeitalter der "Entmannung des Mannes", in einer "kastrativen" Epoche, gekennzeichnet durch den härtesten Klassenkampf, den es je gegeben hat und der zerstörend und aufsprengend durch die Familie schleicht: Ich meine den Klassenkampf der Frau gegen den Mann.
Schon 1954 konnte Abram Kardiner ("Sex and Morality", 1954) im Blick auf die amerikanische Gesellschaft feststellen, daß in den Massenmedien die Frau mehr und mehr als ein Wesen erscheint, "das den unbeholfenen Ehemann nach Belieben herumscheucht" (vgl. Hoffmann R. Hays, "Mythos Frau. Das gefährliche Geschlecht", 1978): "Gehorsam und unterwürfig sorgt er für den Familienunterhalt, während in Wirklichkeit seine Frau alle Macht in Händen hält. Ist ihr Kind-Mann durch eigene Schuld in Schwierigkeiten geraten, so muß sie ihm heraushelfen, und er zahlt für ihren Beistand mit dem Verlust seiner Würde."
Die damalige einflußreiche amerikanische Wochenzeitschrift "Look" veröffentlichte schon 1958 eine Dokumentation mit dem alles sagenden Titel "The Decline of the American Male" (Der Untergang des amerikanischen Mannes). Dieses Schlagwort deckte nun plötzlich die Tatsache auf, daß die US-Gesellschaft direkt auf dem Wege in ein Matriarchat war – und das alles vor 25-30 Jahren! …
Der Glaubenszerfall des "modernen Menschen" in der westlichen Zivilisation mußte zwangsläufig zur Entmannung des Mannes führen! Der Mann ist nicht mehr Wille, weil er den Willen Gottes nicht mehr aufnimmt! Der nicht mehr von Gott gerufene, der Gott fliehende Mann ist der sinnlose, der an seinem Mannsein zerbrechende, in der Krise kaputtgehende und sich in seinem Selbst auflösende Mann.
Die Frau lebt aus der Hingabe zum Mann. Wenn aber der Mann nicht mehr Mann ist, verliert die Frau – ganz einfach und allen Feministen zum tödlichen Ärgernis gesagt – ihre Zuordnung zum Mann. Wo soll ergänzende Begegnung zwischen Mann und Frau sein, wenn der Mann nicht mehr Mann ist? Wie soll die Frau "vor dem Mann Ehrfurcht haben?" (Epheser 5, 33)
Wie soll sich die Frau dem Mann "hingeben" und darin, letztlich wirklich nur darin, die Erfüllung ihres erotischen Verlangens erfahren, wenn der Mann "mutterschutzsuchenderweise" in der Frau eben nur noch die Mutter sucht? Eine Frau kann und soll einen Mann nicht "ehrfürchten", sie kann dem Mann nicht untertan sein "wie dem Herrn", wenn eben der Mann durch Unglaube das Mandat, die Vollmacht, die Bevollmächtigung Gottes verloren hat!
Von daher gesehen, ist der Feminismus Strafgericht über die heilsverlorene Gottesflucht des Mannes in unserer Zeit. Männerherrschaft ohne Gottesfurcht ist Maskulinismus, der das Strafgericht des Feminismus erleiden muß, oder, anders ausgedrückt, die Quantität des maskulinen Atheismus schlägt um in die Qualität eines atheistischen Feminismus.
Gerade in diesem "dialektischen Sprung" leben wir heute! Hier liegt auch die qualvolle Herausforderung der Frau! Sie hat weder dem maskulinen noch dem "weichlichen" Mann untertan zu sein! Ihre Ehrfurcht gegenüber dem Mann ist – wie es der Epheserbrief ausdrückt – "im Herrn"! Nur im Herrn gilt das Zueinander von Mann und Frau – alles andere wäre Unterdrükkung des Menschen durch den Menschen, wäre Versklavung des Mannes oder der Frau. Genau das will die biblische Schöpfungsordnung nicht.

Gott, der allmächtige Vater

Der Feminismus meint mit seinem Leitwort "Wholeness" (Ganzheit) das nicht mehr differenzierte, aus der Spannung befreite "Ganze". Das bergende und schützende, umhüllende Eintauchen in den Schutz der großen Mutter steht gegen das Gegenüber von Gott und Mensch, gegen die Spannung von Fleisch und Geist, Himmel und Erde, Tod und Leben – gegen all die Wirklichkeiten, die mit der Relation Männlichkeit in den Aussagen der Bibel repräsentiert sind.
Der Gott im Alten Testament ist Trennung und Spannung zur Welt und zum Menschen. Er ist dieses dynamisch-dramatische Gegenüber von Schöpfer und Geschöpf, Himmel und Erde.

Gott der Herr (die Septuaginta wird immer den Namen Gottes "Jahweh" mit Kyrios, also "Herr" übersetzen) ist eben – wie Karl Barth es in seiner großen theologischen Jugendzeit wieder entdeckte – der "ganz Andere", der heilige, der unsichtbare, auch durch Gefühl und Begriffe nicht faßbare Gott.
Vor allem ist er das heilige Gegenüber zu jener Welt und zu jenem Menschsein, das der Sünde verfallen ist. "Die Ägypter sind Mensch und nicht Gott, ihre Pferde sind Fleisch und nicht Geist", ruft Jesaja (31, 3). Gott ist der Herr, aber Gott ist nicht ein Mann. …

Feminismus ist Irrlehre

In dieser zwiespältigen, von der Feindschaft gegen Gott überfallenen und dunkel beschatteten Welt ist Christus der Erlöser als der Kämpfer, Überwinder und Sieger. Diese Mächtigkeiten des Heils gelten als die Repräsentation des Männlichen. Also – wenn man so will – dann eben doch Jesus, der Mann.
Jesus, der Sohn Gottes, war Gott und wahrer Mensch, und auch als der in das Fleisch Gekommene, als der Erniedrigte, der die Knechtsgestalt annahm, die unser Menschsein prägt, hörte er niemals auf, Sohn Gottes zu sein. Der Heiland Jesus Christus kann nicht anthropologisiert werden, seine Männlichkeit ist nicht unsere verfehlte Männlichkeit. Seine Menschlichkeit – dem dreieinigen Gott sei Dank – ist nicht unsere verfehlte Menschlichkeit. Jesus ist der Christus – der Sohn Gottes, der in kein Bild und auch in keine Philosophie und Psychologie (auch nicht in die von Carl Gustav Jung) eingezwungen werden darf und kann.
Der Feminismus ist die Verneinung des in der Bibel geoffenbarten Gottes und seiner Schöpfung, des in der Bibel bezeugten Zueinander von Mann und Frau. Der Feminismus betreibt die Geschäfte jener Muttergottheiten, gegen die die Propheten des Alten Testamentes kämpften. Der Feminismus treibt die Kirche in die undifferenzierte, spannungslose Wohlfühlgesellschaft, in der sich das entpersonalisierte Kollektiv verwirklicht.
In der Kirche, wie sie der Feminismus will, verschlingt – wie ehedem – die Muttergottheit das Individuum und zerstört die Botschaft von Christus, so wie damals die Göttinnen Kleinasiens ihre Götter verschlungen haben. Himmel und Erde, Licht und Finsternis, Mann und Frau, Gott und Mensch werden durch sehnsüchtig erwartetes Kollektivmenschentum verschlungen.
Unsere Gegenwart tendiert auf Kollektivismus, und der Feminismus betreibt – wie jede Häresie – das Geschäft der Anpassung der Kirche an diesen gesellschaftlichen Trend. Der Feminismus mit seinen "großen Frauen", angefangen von Simone de Beauvoir ("Das andere Geschlecht", 1949), über Betty Friedan ("Der Weiblichkeitswahn oder die Selbstbefreiung der Frau", 1970), Kate Miller ("Sexus und Herrschaft.
Die Tyrannei des Mannes in unserer Gesellschaft", 1971) bis Mary Daly ("Beyond God the Father", 1974) und vielen anderen, die wir in diesem Aufsatz nannten oder nicht nennen konnten, ist wohl die bislang letzte, aber auch wichtigste Aktualisierung des modernen Atheismus, der im Grunde die Retrogression, die quasimütterliche, sprich kollektive Gesellschaft anstrebt.
Der Feminismus ist keine Schreibtischrevolution, er ist Ausdruck des Verlangens der Masse nach kollektivistischer Geborgenheit.
Der Feminismus betreibt nicht den Kampf gegen den Mann, sondern gegen das Menschsein. Soweit er den Maskulinismus einer atheistisch sich mißverstehenden Supermännlichkeit als unchristlich und unmenschlich entlarvt, wollen wir gerne von ihm lernen. Aber der Feminismus zerstört das biblische Verständnis der Frau, verneint die besondere Geschöpflichkeit der Frau und treibt sie dadurch in eine tiefgreifende Einsamkeit und quälende Sinnlosigkeit.
Die Feministinnen haben recht: Die Frau kann gegen die Schöpfungsbestimmung leben – wir fragen nur, ob sie diese Verneinung der von Gott gesetzten Schöpfung als Mensch überleben wird. Der Feminismus (femina heißt ja Frau) kämpft gegen die Frau, gegen die Mütterlichkeit in unserer immer einsamer, unpersönlicher und kälter werdenden Gesellschaft. Durch den Feminismus wird es noch kälter werden auf dieser Erde. …<<

1982

Klein ist das Eichhörnchen. Aber es ist kein Sklave des Elefanten.
Redensart aus Nigeria

Januar 1982

BRD: Die Zeitschrift "Stern" Nr. 1/1982 berichtet über das Deutschlandbild der Japaner (x025/214): >>... Das japanische Klischee sieht Deutschland noch in den Klauen der Nazis. Jeder fünfte Schüler, der an Deutschland dachte, malte Hitler – gleich neben Neuschwanstein, Rhein, Bratwurst und Maßkrug. Selbst im Bierschaum noch erscheinen die angstverzerrten Gesichter von KZ-Opfern.

Warum tobt der häßliche Deutsche durch die Phantasie der Japaner? Schüler, Lehrer und Journalisten verweisen zur Erklärung meist auf das japanische Fernsehprogramm. Dort ist der Zweite Weltkrieg noch lange nicht zu Ende. In amerikanischen Serienproduktionen ... kämpfen clevere US-Soldaten unermüdlich und stets erfolgreich gegen tumbe, brutale Landser, deren schnarrende Kommandos im deutschen Originalton überkommen. Wochenzeitschriften werben mit Hitlers Konterfei für einschlägige Neuerscheinungen auf Japans Buchmarkt. Nazi-Kinofilme und Nazi-Comics lassen Deutschland und Drittes Reich eins werden. ...<<

23.02.1982

Grönland: Die Bevölkerung Grönlands stimmt am 23. Februar 1982 in einer Volksbefragung für den EG-Austritt.

Februar 1982

BRD: Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtet im Februar 1982 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 142 - 1982 (x853/...): >>**Die Befreiung vom Rechtsstaat durch emanzipatorische Rechtserziehung in der Schule**

Ein Beitrag zum Problem "Aushöhlung des rechtsstaatlichen Legalitätsprinzips" aus der Perspektive des Pädagogen (Bökmann).

1. In einem Gottesdienst am 26.11.81 in Bonn hat Kardinal Ratzinger vor katholischen Abgeordneten vor einer Totalisierung des Staatsanspruchs, den Menschen zu betreuen und zu verwalten, gewarnt. Insbesondere über die staatlichen Pflichtschulen und eine das Totum des Menschen erfassende "Erziehung" ("Sozialerziehung"; Zwangs-Sexualerziehung unter Verletzung der Scham- und Intimsphäre; "Aufbrechen der Eltern-Kind-Beziehung"); aber auch über lebenslängliche pflichtmäßige und "flächendeckende" Service-Stationen werden derartige Zugriffe (Jugendhilfegesetzentwurf) praktiziert. Sie scheitern partiell nur an der Unfinanzierbarkeit solcher angeblich "sozialer" Wohltaten.

Ratzinger dagegen: Ein Staat, der das Ganze des menschlichen Könnens und Hoffens sein wolle, wäre falsch und antichristlich. Vertreter einer solchen Staatsauffassung, die als ihr Ziel die vollkommene Befreiung des Menschen propagieren, die Aufhebung aller Herrschaft, stünden im Widerspruch zur Wahrheit des Menschen und im Widerspruch zu seiner Freiheit, "weil sie den Menschen einzwängen in das, was er selber machen kann."

Und dann: "Solche Politik, die das Reich Gottes zum Produkt der Politik erklärt und Glaube in den universalen Primat des Politischen beugt, ist ihrem Wesen nach Politik der Versklavung, sie ist mythologische Politik." Erster Dienst des christlichen Glaubens an die Politik sei es daher, den Menschen von der Irrationalität politischer Mythen zu befreien, die die eigentliche Bedrohung unserer Zeit seien.

Genau eine derartige emanzipatorische Erziehungs- und Schulideologie aber wird massiv - wie im folgenden nachgewiesen – durch einen Großteil unserer Schulbücher und also des entsprechenden Schulunterrichts vermittelt. Und dies mit z.T. durchaus manipulatorischen Mitteln.

2. Eine Rolle spielt dabei die Umdrehung von verfassungsmäßigen Schutz-Rechten (so ent-

standen sie - so sind sie aufzufassen) zu Anspruchsforderungen; vom Rechts-getragenen und Rechts-gebundenen Staat, der dies Recht - v.a. bei Wehrlosen - gegenüber Angriffen, u.U. auch mit Machtmitteln, verteidigt, zum verwaltenden Verteiler und Betreuer unter Gleichheits- bzw. Gleichmachensdruck.
3. Daß aber Macht - auch und gerade die des Staates - nicht vor Recht gehe, ist der Kern echter Menschenrechte, ihre ethisch e Substanz. Das war und ist schon Felsengestein der prophetischen Verkündigung; glasklar formulierte Erkenntnis frühgriechischer Ethik; Grundgedanke römischen Rechts; v.a. dann jene Grundkonzeption des Naturrechts und sein immerwährendes Postulat, das - im Sog einer Emanzipationsradikalität, die sich auch von der normativen Verbindlichkeit des Rechts "befreien" will - heute verspielt und verloren zu werden droht.
Es gehört zum Ruhmestitel der katholischen Moraltheologie, daß sie dies Naturrecht und seine "immerwährende Wiederkehr" aufgenommen, vertieft und als gottgestiftetes, unvergängliches und unantastbares Recht durch die Zeiten geschichtsmächtig getragen hat. Es ist eine heute vielfach gehörte, nichtsdestoweniger falsche Behauptung, die sogenannte "moderne Freiheitsgeschichte" verdanke sich der französischen Revolution und die so verstandenen Menschenrechte müßten nun auch in der Kirche durchgesetzt werden. Die "Magna Charta Libertatum", auf der die Erklärung von 1789 beruht, stammt von 1215!
Auch gab es schon alte Volks- und Verbandsrechtskodifizierungen ("Lex Salica" z.B.); noch älter das Ius gentium der Römer und - wie gesagt - das Naturrecht ("Homo homini sacra res!"). Selbst im Zeitalter des Königtums war man grundsätzlich gehalten, die Macht als im Dienst des Rechts stehend aufzufassen (auf der alten Kaiserkrone stand gar: per me reges regnant). Die widerliche, prinzipienlose "pseudo-vernünftige" Wurstelei, die man heute angesichts eklatanter und brutaler Unterdrückung elementarer Rechte praktiziert, fällt deshalb weit hinter frühmenschliche ethische Errungenschaften zurück.
4. Selbstkritisch muß jedoch erwähnt werden, daß diese sozialethische Grundidee auch von neueren Moraltheologen nicht nur kritisiert, bezweifelt, relativiert sondern geradezu diffamiert wurde (symptomatisch: Franz Böckle, Hg.: Das Naturrecht im Disput, Düsseldorf 1966; Franz Böckle und Ernst-Wolfgang Böckenförde: Naturrecht in der Kritik, Mainz 1973). Aus übertriebener Aversion gegen eine angebliche oder partiell tatsächliche "Verrechtlichung" der Moral; vom Interesse geleitet, die Begründung von ungeliebten Lehren der Moral zu hinterfragen und ihren guten Sinn zu verdrängen, vertraten sie eine strikte "Trennung von Moral und Recht".
Wenn aber das Recht seines tiefsten Gültigkeitsfundaments und seines Durchsetzungsanspruchs durch den Staat beraubt wird, wenn seine Unverletzlichkeit, seine "Heiligkeit" (fiat iustitia! Wehre dem Unrecht!) ins Relative und Private "liberalisiert" wird, entartet es zu substanzloser Maßnahmen-Verwaltung, zu formalistischer "Legitimität", wird aus Strafe (deren ethische Sanktion Paulus in Römer 13 noch unüberbietbar lehrte) "Resozialisierung", aus Schuld "Zerrüttung" oder "Einfluß der Gesellschaft".
Schließlich wird ein derartig ausgehöhltes "Recht" verführt, blankes Unrecht, bloße Gewalt zu "legalisieren" (z.B. bei "legalen" Abtreibungen, "Euthanasie" - Tötungen oder dem "Kriegs-Recht" in Polen). Und zwar geschieht eine derartige Pervertierung - eben durch Verzicht auf die ethische Fundierung jeglichen Rechts, das diesen Namen verdienen will – dann notwendig.
5. Die folgenreiche und verhängnisvolle Polemik neuerer Moraltheologen gegen das Naturrecht und was man dafür hielt, hat den Kampf gegen die Mitte der 60-erfahre mächtig betriebene Eskalation der sogenannten "Rechts-Reformen" gelähmt. Statt nach ethischen Grundkriterien wurde nur mehr nach "Sozialschädlichkeit" (die man sehr unterschiedlich sehen und prognostizieren konnte) gefragt.
So fehlten zentrale Argumente; es wurde mehr nach der vermuteten Effektivität oder behaup-

teten Wirkung von Rechtsänderungen gefragt und dann endlos hypothetisch gerechnet und gestritten (vgl. etwa den Streit um die angeblich so hohen früheren Dunkelziffern von Abtreibungen, auf deren Basis man dann glaubte, der "Liberalisierung" eine Verbessernschance zusprechen zu können: so z.B. Prof. Gründel/München; und dann ganz ähnliche "Argumente" im Munde des damaligen Justizministers Vogel in seiner Fernsehdiskussion mit Kardinal Ratzinger).

6. Um so grotesker wirkt die heute bei denselben Moraltheologen üblich gewordene Promotion einer "Rechtsgüterabwägung" zur bevorzugten Normfindungssmethode in der Moral. Sie, die nicht müde wurden, der klassischen Moraltheologie 'Juridismus' vorzuwerfen, übernahmen selber einfach eine Entscheidungshilfefigur von den Juristen, wobei sie gleichzeitig keine wirklich schlechthin gültigen Kriterien für eine derartige "Abwägung" angeben und festhalten. Das ist echte und, noch dazu im defizitären Sinn von "Recht", praktizierte "Verrechtlichung"! Konsequenterweise verlieren sie sich immer mehr in rabulistische Kasuistik bzw. Situationsethik oder utilitaristische Teleologie (Erfolgsethik).

7. Wenn aber keine schlechthin objektiven Gültigkeiten mehr anerkannt werden, steht letztlich hinter allem "Abwägen" der Anspruch einer autonomen Entscheidung. In dieser Linie ist es ganz erklärlich, daß die "autonome Moral" (Alfons Auer und andere) aufkam.

Sie korreliert mit dem im folgenden dargestellten Jakobinischen Verständnis von "Befreiung" (Emanzipation), insofern eine radikale Unabhängigkeit - "Freiheit" / "Autonomie" - von vorgegebenen Sinn- und Wesensgehalten zugunsten einer Souveränität des entscheidenden Einzelnen behauptet wird. Wenn eine derartige ethische Autonomie durch das Adjektiv "theonom" sekundär theologisiert wird, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, daß tatsächlich eine Befreiung von Sein und Sollensverweis der Schöpfungswirklichkeit vollzogen wird.

So wird - zum ersten Mal in der Geschichte der Moraltheologie - z.B. Abtreibung als u.U. sittlich möglich … als Ergebnis einer entsprechenden situativen "Güterabwägung", als sittlich geboten angesehen, menschliches Leben, die Tötung Unschuldiger, zur Disposition gestellt (Vgl. die Besprechung der "Fundamentalmoral" von Fr. Böckle durch Prof. Josef Georg Ziegler in "Münchener Theologische. Zeitschrift" 1981, S. 222-237; hier S. 230).

8. Daher trifft Ratzingers hellsichtig-aufdeckende Darlegung durchaus auch Vor-Denker in der Kirche. Was aus derartigen, nur scheinbar akademischen Erörterungen an fürchterlicher Folge-Wirklichkeit werden kann, werden (sich) die jetzt Fünfzigjährigen noch erinnern können. Dagegen wollten die Väter unseres Grundgesetzes die einzig gültige Garantie gesichert wissen: daß die Grundrechte, unabhängig vom Staat, von irgendwelchen Mehrheiten, nämlich von Natur aus und immer verpflichtend und vom Staat aktiv wirksam zu schützen sind.

(Für die Bildungsarbeit kann gute Dienste tun das Heft Nr. 62 der Reihe "Kirche und Gesellschaft", Hg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach: Dreißig Jahre Grundgesetz, von Willi Geiger, 1979,… Mönchengladbach - Von demselben Autor: Grundwerte und Grundrechte in der Spannung zwischen Kontinuität und Veränderung, in: "Arbeitshilfen" Nr.19, Hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, … Bonn).

Die ideologisch manipulierte Erosion der Rechtsbindung fand neuerlich in dem kläglich-beschämenden Taktieren anläßlich von offen rechtwidrigen "Hausbesetzungen" einen ziemlich explosiven Ausdruck. Bei den Verteidigern solcher Rechtsbrüche fehlte nicht der BDKJ (Berlin). Schnell war auch ein Moraltheologe zur Hand, der die Dinge u.U. ganz verständlich fand, ja sie gegebenenfalls für legitimierbar hielt.

Aus der also moraltheologisch hofierten Hausbesetzerszene aber kam der Aufruf zu jenem Anarcho-Festival "Tuwat-Kongreß", zu dem "Anti-Imperialisten, Feministinnen, Chaoten, Punks, Hippies, Gammler, Schwarze und 'Indianer', Schwule und Lesben, Alternative und Grüne, Radler, Sozialisten, Anti-AKW-ler, Kraaken und Instandbesetzer" erwartet wurden.

Man muß dem Vorsitzenden des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum München und

Freising, Erwin Brießmann, deshalb sehr dankbar sein, daß er das seltsame und lange Schweigen zu der schrecklichen Verharmlosung zynisch und gewaltmäßig verübter Rechtsbrüche auch im katholischen Bereich durchbrochen hat. In einer Erklärung vom 5.7.81 heißt es: "Wer die gesetzliche Ordnung verletzt und dadurch eine Straftat begeht, 'kriminalisiert' sich selbst ... Wer sich ohne Recht eine Wohnung nimmt, ist nicht besser als derjenige, der sich sonst seinen Lebensbedarf zusammenstiehlt.
Wer trotzdem für eine bestimmte Gruppe von Rechtsbrechern mit dem hier unzutreffenden Hinweis auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit eine Ausnahmebehandlung fordert, betritt den Weg zu einer 'politischen Justiz', wie sie die Zeit der Hitler-Diktatur kennzeichnet ... Besonders verwerflich ist es, wenn sich Politiker den Rechtsbrechern mit einem Entgegenkommen anbiedern, das sie dem in gleicher Notlage stehenden rechtstreuen Bürger nicht gewähren ..."
Das Tauziehen um eine entspr. Erklärung des ZdK (Mitte Mai 81) zeigte jedem, wie weit eine gefährliche Depotenzierung der sittlichen Rechtsidee bereits in die Reihen von kirchlichen Funktionären gedrungen ist.
9. Kümmern wir uns im Unterricht … um die Erweckung der Verpflichtung, Recht zu tun, zu denken, durchsetzen zu helfen? Wehren wir den parteiischen Suggestionen der Diffamierung ganzer Schichten, Gruppen, "Klassen"? Erkennen wir die große Verführung für Jugendliche, Sündenböcke benannt zu bekommen, auf die man Problemdruck, Gewissensbisse und Aggressionen abwälzen kann?
Vertreten wir gegenüber den allzu vielen, von Gesinnungs- und Behaltens-, von Angst- und Ideologie-Pazifismus Umnebelten wieder die schlichte Wahrheit: opus iustitiae pax? Ein "Friede" ohne Wahrheit, Recht und Gewissensfreiheit bedeutet schließlich Krieg gegen das Recht, Aufstand gegen Gott.
Letzten Endes jene "Ruhe", die zum Endpunkt einer Versklavung wird, und in der perfiden Form der regressiven Domestizierung eines zum bloßen Bedürfnisbefriedigungswesen heruntermanipulierten Menschen.
10. Demgegenüber ist es bestärkend, daß der Heilige Vater in Seiner Ansprache an die Vereinigung katholischer Juristen Italiens am 6. Dezember 1980 an die große und immerwährende ethische Tradition von der souveränen Instanz des Natur-Rechts erinnert hat:
"Die erste, radikalste und wenn auch nur anfängliche Ordnung der Gerechtigkeit unter den Menschen ist das Naturrecht, das die menschliche Person zum ersten Grund und zum letzten Ziel des gesamten politisch zusammengeschlossenen Lebens macht. Jenes Recht, aus dem in der Mannigfaltigkeit und Veränderlichkeit der geschichtlichen Situation die verschiedenen positiven Ordnungen und Institutionen hervorgehen.
Jenes Recht, das diesen Ordnungen vor der öffentlichen Macht - und noch mehr als diese - ihre ethische Gültigkeit, ihre ständige Vervollkommnungsfähigkeit und ihre zunehmende Mitteilbarkeit an immer weitere Zivilisationen bis hin zur Weltzivilisation sicherstellt." (Deutscher Osservatore Romano 1981 Nr. 3 vom 16.1.81, S. 9).
11. Wer sich über die "Entmachtung des Rechts" durch eine kurze, aber sehr treffende "kritische Analyse der eingeleiteten Strafrechts- und Justizreform" informieren will, sei hingewiesen auf den Sonderdruck gleichen Titels von Friedrich Graf von Westphalen im Verlag "Rheinischer Merkur" (er enthält Beiträge in den Ausgaben Nr. 2, 3, 4, und 5 /1971).
Der folgende Beitrag kann durch die Broschüre vertieft werden: Clemens und Rudolf Willeke: Recht und Justiz im Unterricht – Die Befreiung vom Rechtsstaat (Sonderbeilage März 1980 des ibw-Journal, Paderborn …).
12. Das, was Rudolf Willeke im folgenden darlegt, beruht auf einer großangelegten Untersuchung und kritischen Analyse: H. Günther / R. Willeke, Die Gesellschaft im Schulbuch, Brendow Verlag, Moers (im Druck) 1982, eine empirische Studie über die in der Bundesrepublik

genehmigten Deutsch- und Politikbücher der Sekundarstufe I.
In dieser Arbeit wird gefragt und nachgewiesen, mit welcher Geschwindigkeit und Intensität sich die neomarxistische Kritische Theorie, die kritisch-emanzipatorische Pädagogik und die Konfliktdidaktik im Schulbuch, unterschiedlich nach Bundesländern, durchgesetzt haben. Es gelingt den Autoren nachzuweisen, daß Fragen der Religion und Transzendenz schlicht ausgeblendet werden.
Der Kölner Rechtsphilosoph und Richter am Verfassungsgerichtshof/NW, Prof. Dr. Martin Kriele stellte in seinem Vortrag bei der Gründung der Freien Europäischen Akademie der Wissenschaften) zwei einander widerstreitende geistige Traditionen vor.
Beide seien in der Französischen Revolution verwurzelt und beide zusammen führten in der Gegenwart zu einem politischen Konflikt, der dramatische Formen annehmen könnte, weil die Ideen in ihrer Konsequenz unüberbrückbar gegensätzlich seien.
Die eine Idee, die Kriele Freiheitsidee nennt, trug die Französische Revolution von 1789 und richtete sich auf bzw. verwirklichte sich in den westeuropäischen demokratischen Verfassungsstaaten, die die Menschenrechte institutionell garantieren sollten und eine Rechtsordnung hervorbrachten, die auf Respekt vor dem Menschen (Menschenwürde) basierte.
Die gegenläufige Idee, die "Befreiungsidee" gehe auf die Herrschaft der Jakobiner von 1792 zurück und richte sich auf die Überwindung des Verfassungsstaates und auf die "Befreiung" aller Menschen zur richtigen Gesinnung. Diese Revolution führt zum Terror der "Tugend" und zu einer Rechtsordnung, in der die herrschende Gruppe das Recht in den Dienst der Volkserziehung stellt.
Kriele versucht, meines Erachtens etwas gewaltsam, das Programm der Jakobiner in aktuelle Schlagworte zu übersetzen:
- Demokratisierung aller, d.h. auch der privaten Lebensbereiche;
- Fundamental- oder Basisdemokratie mit imperativem Mandat;
- Abschaffung von Herrschaft der Menschen über Menschen in den gesellschaftlichen Institutionen (Familie, Schule, Kirche, Betrieb, Krankenhaus, Gefängnis);
- Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Individuen und der gesellschaftlichen Kräfte bis hin zur Anarchie und zur Propagierung der Herrschaft des wissenschaftlichen Sozialismus.
Im persönlichen Leben des Einzelnen sollte die Freiheitsidee der Französischen Revolution zur Ermöglichung von Mündigkeit und Freiheit des Bürgers im Schutze staatsrechtlich garantierter Institutionen führen.
In der Staatssphäre dagegen sollte sie die repräsentative Demokratie als die dem zu Freiheit und Verantwortung bestimmten Menschen adäquate Staatsform durchsetzen.
Die Befreiungstradition der Jakobinischen Revolution dagegen versuchte, gegenüber dem Prinzip der Repräsentation das der Identität von Herrschenden und Beherrschten durchzusetzen und die durch Verfassung geschützten Institutionen aufzuopfern, wobei sie ständig der Gefahr ausgesetzt war, von Herrschaftsfreiheit in Erziehungsdiktatur der "Aufgeklärten" umzuschlagen.
Im Individualbereich, so Kriele, zielt die Befreiungs- oder Emanzipationsidee der Jakobinischen Revolution auf die Bestreitung der Menschenwürde und die Bevormundung des Geistes ab, weil sie die Freiheit den unreifen Bürgern erst nach einer Erziehungsdiktatur geben will.
Kriele nennt die Freiheits-Idee daher die "legitime" Idee der Politik. Sie steht der Vernunfts- und Aufklärungsphilosophie des Deutschen Idealismus nahe, während er die Befreiungs- und Emanzipationsidee als "illegitime" Idee bezeichnet, weil sie der Philosophie des Dialektischen bzw. Historischen Materialismus von Marx bis Habermas folgend, auf Beseitigung des demokratischen Verfassungsstaates und auf "Befreiung" des Individuums von Würde, Freiheit, Selbstbestimmung und Religion (K. Marx) abziele und letztlich die Praxis terroristischer "Befreiungsorganisationen" bzw. die Diktatur des Proletariats legitimiere und schließlich auch

postuliere.
Wenn die von Kriele angenommene Unterscheidung für die geistige Situation der Gegenwart kennzeichnend ist, also die "Legitimationsgrundlagen des die geistige Freiheit schützenden demokratischen Verfassungsstaates" ins Schwanken geraten ist (FAZ, S. 11), dann müßte diese Auseinandersetzung zwischen der legitimen Freiheitsidee auf der einen und der illegitimen Emanzipationsidee auf der anderen Seite auch in den Didaktikmaterialien zur Rechtserziehung in der Schule der Bundesrepublik anzutreffen sein.
Ich beschränke mich im folgenden auf den Nachweis, daß in neueren Didaktikmaterialien zur Rechtserziehung die Freiheitsidee von der Emanzipationsidee verdrängt wird. Dabei sind die vorgeführten Beispiele aus einer Vielzahl von Lernanregungen herausgegriffen, sie dienen der Veranschaulichung.
Eine Objektivierung ermöglichen die empirischen Daten einer Totalerhebung aller in den Bundesländern genehmigten Deutsch- und Politik-Bücher der Sekundarstufe I.
Rechtskundliche Beispiele, die der legitimen Freiheitsidee nahestehen, lassen sich ebenso leicht beibringen.
Im nächsten Abschnitt geht es also darum aufzuzeigen, mit welchen Lerninhalten das Rechtsbewußtsein der Schüler geprägt bzw. welche Informationen über das Recht und das moralisch Gute die Schüler in emanzipatorischen Schulbüchern erhalten.
Im zweiten Abschnitt werden exemplarisch Unterrichtsmethoden vorgeführt, mit denen das Rechtsbewußtsein der Schüler trainiert und geprägt wird.

I. Inhalte und Lernanregungen emanzipatorischer Rechtserziehung

1. Beispiel: In einem *Religionsbuch* für die 4. Klasse sollen die Schüler darüber diskutieren, ob ein braves Kind geschwind gehorcht. Dazu erhalten sie nacheinander folgende Informationen, die sie z. T. im Schülerarbeitsheft "verarbeiten" sollen.
- Wem gehorchen? (Überschrift)
"Wenn die Mama morgens schreit: Aufstehen, Kinder, höchste Zeit! - sagt ein richtig braves Kind: Die spinnt! ...
Vaters Sprüche: ... Und wenn Papa abends droht: Schluß mit Fernsehen, Abendbrot! - schreit doch jedes Kind im Haus: Raus!"
- Der nächste Text: 'Streit vermeiden?' schildert einen Streit zwischen einem Sohn, der spielen möchte und einem Vater, der verlangt, daß zuvor die Hausaufgaben ordentlich erledigt werden und sich mit einem 'scharfen Schlag' statt mit vernünftiger Begründung durchsetzt. Diese Kurzgeschichte wird durch eine Bildserie veranschaulicht: Der Sohn hat das Bedürfnis, im Wohnzimmer Fußball zu spielen, der Vater dagegen Zeitung zu lesen. Dieser Streit endet mit einem ebenso schmerzhaften Schlag auf die Wange des kleinen Jungen.
Daneben steht die Aufforderung an die Kinder - durch rote Balken eingerahmt - "Ehre deinen Vater und deine Mutter ..." mit dem kommentierenden Text der Herausgeber: Dieses Gesetz gehört einer vergangenen Zeit an, in der Erwachsene ihre altgewordenen Eltern nicht aus dem Hause weisen, nicht verhungern lassen und nicht töten sollten.
- Die nächste Information: "Kennst Du die Wegwerfsachen?" soll den Schülern den Eindruck vermitteln, daß in unserer Gesellschaft immer noch alte Menschen ausgesetzt werden. Der Text lautet nämlich: Kennst Du die Wegwerfsachen? Man trifft sie an jedem Ort: einer ist krank, einer ist alt, einer ist schwach, einer zuviel, und sind sie verbraucht, schickt man sie fort, hinaus vor die Tür, hinein in die Anstalt, hinaus auf die Straße, hinein ins Asyl.
Schülerarbeitsheft und Lehrerhandbuch veranschaulichen das Verhalten unserer Gesellschaft gegenüber den Alten und Verbrauchten durch einen kraftstrotzenden Müllwerker, der gerade einen ängstlich dreinschauenden alten Mann mit dem Deckel in die Mülltonne drücken will und dabei die Worte spricht: "Na, Alterchen, Dich brauchen sie wohl nicht mehr".
Die Schüler sollen im Arbeitsheft die Menschen benennen, die nach dem Gedicht ähnlich wie

der Alte behandelt werden.
Es ist ganz klar, was Gedicht und Bild mit dem Thema 'Gehorchen' zu tun haben. Es wird der Eindruck erzeugt, daß wir in einer inhumanen Gesellschaft leben, in der die Kranken, die Alten, die Schwachen, die Überflüssigen, die Verbrauchten rechtlos sind und von der jüngeren Generation wie Einwegflaschen und Plastiktüten weggeworfen werden können.
Ob das Gehorsamsgebot durch diese Informationen einsichtig gemacht und ob diese Informationen dem Wesen und Selbstverständnis unserer Gesellschaft gerecht werden, soll hier nicht erörtert werden.
- Im nächsten Lernschritt wird den Schülern des 4. Schuljahres mitgeteilt, warum manche gehorchen, nämlich weil sie z.B. zu faul sind nachzudenken, weil sie es so gewohnt sind, weil sie keine Scherereien haben wollen und warum manche nicht gehorchen, weil sie z.B. Gehorsamsforderungen für unsinnig halten, weil sie wissen, daß der andere ihnen nicht viel tun kann, weil sie gerade keine Lust haben, oder die Aufforderung für falsch halten.
Gewissermaßen als Beweis wird mitgeteilt, daß Jesus auch gegen das Sabbatgebot des AT verstoßen habe und schon als Knabe seinen verständnislosen Eltern durchaus nicht immer gehorsam und untertan gewesen sei.
- Im letzten Lernschritt wird gefragt, ob man dem Gott oder dem Menschen gehorchen soll. Ob man allerdings einem Gott gehorchen kann, der "Unruhe bringt", der "nicht gehorcht", der angeblich "Gott lästert", ist eine Frage für sich.
In der Primarstufe, für die diese Lernsequenz gemacht ist, ist nach dem Schweizer Psychologen J. Piaget das Rechtsbewußtsein durch die Gehorsamserziehung bestimmt, deshalb ist sie in diesem Zusammenhang hier dargestellt. Sie verdeutlicht darüber hinaus, wie Normen im Unterricht hinterfragt, als historisch bedingt dargestellt und in ihrem Verbindlichkeitsanspruch diskursiv gelockert werden.
Im emanzipatorischen Pädagogik-Konzepten wird die Darstellung einer mängelbehafteten und negativen Wirklichkeit betont. Von Th. W. Adorno beispielsweise wird formuliert, daß der konkret Mündige mit aller Energie darauf hinzuarbeiten habe, daß die Erziehung eine Erziehung zum Widerstand und Widerspruch sei. Es müsse das Bewußtsein davon geweckt werden, daß die Menschen immerzu betrogen werden. Er nennt dies eine Pädagogik des Madigmachens, die dem jungen Menschen unsere manipulative, falsche Welt madig mache, damit er ein Fremder werde in einer ihm feindlich gegenüberstehenden Gesellschaft.
Der einflußreiche Pädagoge W. Klafki fordert im Sinne dieser Konzeption: Kritische Pädagogik muß notwendigerweise zur permanenten Gesellschaftskritik werden oder sich mit Gesellschaftskritik verbünden.
Die Methode der emanzipatorischen Erziehung besteht also darin, vorhandene Mißstände zu sammeln, als repräsentativ auszugeben und einseitig gesellschaftskritisch zu interpretieren.
So fordern z.B. die Richtlinien für den Politik-Unterricht NW, daß es in das Belieben des Schülers zu stellen sei, die Normen der Gesellschaft anzuerkennen oder abzulehnen.
Bei der Textauswahl für den Deutschunterricht muß nach den Lehrplänen für Deutsch geprüft werden, auf welche Weise die Beschäftigung mit einer Textsorte der Emanzipation dienen kann.
Entscheidend ist also nicht die Qualität von Dichtung oder Sprache, sondern der politische Nutzwert der Beschäftigung damit. 75 % bis 80 % der Deutsch- und Politik-Bücher der Sekundarstufe I enthalten Lernanregungen, das Negative in unserer Gesellschaft zu behandeln.
Kritisiert wird von den Schulbüchern
- daß überall Herrschaft und Unterdrückung wirksam sind …
- daß Macht ungleich verteilt ist und nicht alle gleichen Einfluß haben …- daß die Welt und die Gesellschaft durch den Gegensatz von arm und reich geprägt sind …
- daß es Randgruppen und Außenseiter gibt; … die ungerecht behandelt werden, mit denen

man sich solidarisieren sollte;
- daß es Umweltverschmutzung gibt …
In 40 % - 60 % der Schulbücher wird Technik und technischer Fortschritt als negativ, als arbeitsplatzgefährdend, gesundheits- und umweltschädlich und lebensbedrohend dargestellt.
Auf die Methoden der Erhebung dieser Zahlen kann hier nicht eingegangen werden, sie werden in der Schrift "die Gesellschaft im Schulbuch") ausführlich dargestellt.
2. Ich komme zum zweiten Beispiel aus dem Deutsch-Unterricht der SekSt I. In einem Lesebuch) für das 8. Schuljahr wird eine Lernsequenz von 13 Texten mit der Überschrift versehen: "Wessen Recht ist dieses Recht"?
- Die Texte 1, 2, 3 schildern Schießereien zwischen der Polizei und Automardern, Gangstern und Mördern im Kriminalromanstil.
- Die Texte 4 und 5 schildern in Wort und Bild, wie amerikanische Neger in Slums zusammengepfercht leben und um ihre Menschenrechte durch Rassenkrawalle kämpfen müssen.
In der redaktionellen Fußnote wird den Schülern mitgeteilt, daß die Neger in den USA unterdrückt bzw. durch Gesetzgebung und Rechtsprechung benachteiligt werden bzw. um juristische und politische Gleichberechtigung (= Emanzipation) kämpfen müssen: die einen (Black Panther) mittels Raub, Mord und Brandstiftung die anderen (M. L. King) durch gewaltfreien Widerstand.
- Im 6. Text von Bert Brecht tritt Till Eulenspiegel als Richter auf und erlegt einem Bauern, der in Volltrunkenheit einer Frau mit einem Holzscheit das Rückgrat gebrochen hatte, eine Geldbuße von 5 Gulden auf, läßt sich das Geld geben und verschwindet.
- Im nächsten Text werden die Schüler über das "Wesen des Strafvollzuges" informiert.
Ein Zuchthausaufseher wird durch zwei Bäcker in einer Zelle in ein tiefes Dilemma gebracht, weil er beide resozialisieren soll. Der eine sitzt seit 4 Jahren, weil er gesetzwidrig Kleie verbacken hatte und dadurch zu erheblichem Reichtum gekommen war.
Der andere wurde vor 5 Monaten ebenfalls zu 5 Jahren Zuchthaus bestraft, weil er nach einer Änderung des bislang gültigen Lebensmittelgesetzes keine Kleie ins Brot gebacken hatte und damit der Volksgesundheit geschadet habe.
Der Aufseher fragt sich, wie er dem einen beibringen könne, daß Kleie Diarrhoe verursache, dem anderen aber, daß Kleie Knochenmark bilde.
- Der nächste Text (K. Tucholsky) fragt, warum eigentlich Angeklagte vor dem Richter stehen müssen. Die Antworten des Textes lauten: durch das Stehen werde die Wehrlosigkeit des Angeklagten manifestiert, werde dem Angeklagten klar, daß er sich zu verantworten habe. Der Richter stülpe dem Stehenden eine Strafe über den Kopf, ohne viel Verständnis für die körperlichen, seelischen und sexuellen Nöte des Verbrechers zu haben.
- Die nächsten beiden Fabeln dieser Lernsequenz scheinen besonders aufschlußreich für das Denken der Autoren dieser Lesebuchreihe. Die Fabel von R. Kirsten berichtet von einer Katze, die die Jungen eines Rattennestes abschleppt. Da schrie die Ratte, wie kannst Du mir meine Kinder nehmen, da du doch selbst Mutter bist? "Eben drum", antwortete die Katze, "meine Kinder essen nichts lieber als junge Ratten."
Nach Durchlesen dieser Fabel sollen sich die Schüler überlegen, "wovon es abhängig ist, *was* und *wen* man kriminell nennt." Nach dem LHB sollen die Schüler der Fabel entnehmen, daß das, was den Konfliktparteien als Recht erscheint, in Wirklichkeit oft nur Nützlichkeitserwägungen sind. Die Schüler sollen erkennen, wo der Autor Kirsten auf die *Relativität von* Rechtsnormen und Moralvorstellungen hinweist.
- In der zweiten Fabel von Fr. Hetmann hat Bruder Fuchs die Schwester Gans geschnappt und will sie auffressen, weil sie auf seinem See geschwommen sei. Die Gans bittet ihn, durch ein Gericht prüfen zu lassen, wer im Recht sei. Als beide vor Gericht ankamen, was mußte die Gans da erleben. Der Sheriff war ein Fuchs, der Richter war ein Fuchs, die Staatsanwälte wa-

ren Füchse und die Geschworenen waren auch Füchse, sie verhörten die Gans, verurteilten sie, ließen sie hinrichten und nagten gemeinsam die Gänseknochen ab.
Moral: "Wenn alle Leute, die man auf den Gerichten antrifft, Füchse sind, und unsereiner ist nur eine ganz gewöhnliche Gans, dann braucht ihr keine Gerechtigkeit für einen armen Neger zu erwarten."
Bezieht man die Aussagen der Fabeln auf die Frage: ‚Wessen Recht ist dieses Recht?' so kann die Antwort nur lauten: dieses Recht ist Klassenrecht, diese Justiz ist Klassenjustiz, es ist das Recht der Herrschenden, der Mächtigen, der Schlauen, und es ist gleichzeitig das Unrecht gegenüber den Schwachen und Wehrlosen. Die Herrschenden haben eine Ideologie, mit der sie ihr Recht zu legitimieren versuchen, und sie haben auch alle Machtmittel in der Hand, ihr Recht durchzusetzen.
Die Gerichte sind der verlängerte Arm der Herrschenden und partizipieren an den Benefizien des Systems. Alle Herrschenden stecken unter einer Decke und die Beherrschten warten vergeblich auf Gerechtigkeit. Im LHB heißt es zur letzten Fabel: Hetmann will darauf aufmerksam machen, daß die in einer Gesellschaft als verbindlich geltenden sittlichen Normen bedeutungslos sind, solange sich die Machtmittel in der Hand ein und derselben Interessengruppe befinden, die keinerlei Einschränkung und Kontrolle fürchten muß und daher ihre Interessen bedenkenlos auf Kosten des Schwächeren durchsetzen kann (LHB, S. 67).
Das mag grundsätzlich richtig sein, nur zur Erstinformation der Schüler über eine wirkliche Rechtsordnung allgemein und über unsere Rechtsordnung in der Bundesrepublik im besonderen problematisch.
Auch an dieser Lernsequenz wird deutlich, daß an keiner Stelle die Bedeutung des Rechts und der Rechtsprechung für das Zusammenleben von Menschen in der Gesellschaft anklingt. Dem Jugendlichen wird somit jede Einsicht in die Vernunft des Rechts, jede Achtung vor dem Recht, jede Möglichkeit der Identifikation mit den Rechtsnormen, mit den Organen des Rechts und mit dem Rechtsstaat von vornherein verbaut. Die Autoren präsentieren ausschließlich solche Texte, die den Schülern eine kritische Einstellung zum Recht im weitesten Sinne vermitteln.
Diese Absicht der Autoren wird im LHB (S. 57/58) wie folgt umschrieben: Der Schüler soll -
"erkennen, daß Rechtsnormen oft auch Ausdruck von Herrschaftsinteressen sind;"
- "die Gefahr erkennen, die in der Hingabe an das instinktive und emotionale Rechtsempfinden liegt, weil ein derart unkontrolliertes Verhalten die Menschen politisch blind, in hohem Maße manipulierbar und oft auch unmenschlich werden läßt;"
- "die Wandelbarkeit von Normen erkennen, (was allerdings nicht heißt, Normenlosigkeit oder das Übertreten von Normen propagieren), aber die Berechtigung bestehender Normen muß immer wieder überprüft werden."
Die Schüler sollen mit den Normen der Gesellschaft konfrontiert und zur 'kritischen Resistenz' gebracht werden. LHB (S. 58).
Dieser Intention folgt die Textreihe konsequent.
Nach der empiristischen Untersuchung lassen sich 54 % der Schulbücher als "Trendsetter" lesen, d.h. sie passen homogen die emanzipatorischen Trends und beinhalten das emanzipatorische Menschenbild, die klassisch marxistische Gesellschaftsanalyse, die emanzipatorische Kritik an der Familie und die antireligiöse Grundströmung. Knapp 20 % der nach 1976 erschienenen Bücher gehören der Konzeption nach in die voremanzipatorische Epoche (1969 und früher).
In der emanzipatorischen Theorie lassen sich nur wenige theoretische Sätze über die Rechtsordnung in der Gesellschaft finden. Von einer entfalteten emanzipatorischen Rechtstheorie kann also nicht die Rede sein.
Th. W. Adorno z.B. behandelt das Recht innerhalb seiner geschichtsphilosophischen Haupt-

schrift 'Negative Dialektik' (Frankfurt 1966) in kritischer Abgrenzung zur Hegelschen Philosophie des Rechts. Für ihn ist aller gesellschaftlicher Fortschritt ein Fortschritt im Falschen, bedingt durch die total gewordene Herrschaft der Technologie, durch die Vorherrschaft der 'instrumentellen Vernunft' (M. Horkheimer).
Diese Falschheit werde auch im kulturellen Überbau, also in Religion, Ästhetik, im Menschen selber und im Recht sichtbar. Nach Adorno gibt es keinen prinzipiellen Unterschied zwischen der Herrschaft des Nationalsozialismus und der Bundesrepublik. "Während die Gesellschaft ohne Recht, wie im Dritten Reich, Beute purer Willkür wurde, konserviert das Recht in der Gesellschaft den Schrecken, jederzeit bereit, auf ihn zu rekurrieren, mit Hilfe der anführbaren Satzung".
Recht ist nach Adorno "ideologisch", "Urphänomen irrationaler Rationalität" und wird in der verwalteten Welt zur "realen Gewalt". Diese Grundthesen emanzipatorischer Rechtstheorie werden von *0. Negt*, einem Schüler der Frankfurter Schule, in den "Zehn Thesen zur marxistischen Rechtstheorie" entfaltet.
Nach Negt bezeichnet bürgerliches Recht "die Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit, die Herrschaft der Vergangenheit über die Gegenwart", alle Gesetze und alle Einrichtungen der Justiz seien mit den Malen des Kapitals gezeichnet und befestigten die Herrschaft des Kapitals. (Negt, S. 58)
"Erst die freie Assoziation der Arbeiterproduzenten, die die politische Herrschaft von Menschen über Menschen aufheben, könnten auch die Verkehrung der Herrschaftsverhältnisse endgültig aufheben, indem sie die Diktatur des Proletariats an die Stelle der Herrschaft der Kapitalistenklasse setzen." (Negt, S. 67)
Die emanzipatorische Rechtstheorie ist ihrem Wesen nach Kritik des bürgerlichen Rechts und dessen Rechtsphilosophie, aber, wie Negt es formuliert, nicht anatomisches Messer, "kein bloß analytisches Instrument", sondern Anweisung zum Umsturz, zur Revolution aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes und ausgebeutetes Leben zu führen gezwungen ist. (Negt, S. 58)
Nicht anders argumentiert auch der Frankfurter Ordinarius für Bürgerliches Recht R. Wiethölter im 'Funkkolleg Rechtswissenschaft'): Da der Mensch heute nur noch als das Ensemble aller gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden werden könne, da alle traditionellen Ordnungen zerbrochen, alle Ideale verraten und alle Autoritäten verlorengegangen seien, müsse man auch über Recht, Gesetz, Gerechtigkeit ‚neu' und ‚anders' reden:
"Wir müssen Recht politisch entmachten" und "entzaubern", das bestehende (bürgerliche) Recht sei "voremanzipatorisches Recht" (Wiethölter, S. 35), sei Heuchelei, Freiheitsverdammnis, lautlose, unerkannte, nicht durchschaubare Terrorisierung (Wiethölter, S. 36). Die Verantwortung des Bürgers vor dem Recht sei nichts anderes als Verdrängungsideologie der Nazis (Wiethölter, S. 60). Deshalb will er seine Funkkolleg-Reihe auch weder als Einführung in das Rechtssystem der Bundesrepublik noch in die (bürgerliche) Rechtswissenschaft verstanden wissen, weil das Rechtssystem "nicht mehr" und die Rechtswissenschaft "noch nicht" existieren (Wiethölter, S. 10).
Der Rechtslehrer Wiethölter setzt sich also für die Absetzung der Idee des Rechts in unserer Rechtsordnung ein, nach der Gleichen Gleiches und Ungleichen Ungleiches zuzumessen ist.
Ebenso wie Wiethölter lehnt es der Frankfurter Didaktiker der Rechtskunde F. Sandmann ab, dem Schüler im Unterricht "das Recht als überlegene ordnungsschaffende Gewalt nahebringen zu wollen" (Sandmann, S. 40).
Er legt deshalb Gedanken und Postulate zu einer Rechtserziehung vor, die dem "Anspruch emanzipatorischer Erziehung standhalten will", die ein System von Herrschaft und Normen transparent werden läßt, das gesellschaftlichen Veränderungen eher im Wege steht als sie fördert. Unterrichtliche Beschäftigung mit dem Recht solle vielmehr Chancen und Freiräume für

Veränderungen deutlich machen und Strategien zur Einflußnahme auf die Rechtspolitik entwickeln (Sandmann, Vorwort).
Sandmann versteht Emanzipation als "Zustand überwundener Ausbeutung und Unterdrükkung", als Chancengleichheit der Entwicklung individueller Anlagen und Bedürfnisse durch Partizipation an den gesellschaftlichen Institutionen (Sandmann, S. 46-47).
Er fordert daher einen Rechtskunde-Unterricht,
- der die Herrschaftsfunktion des Rechts gegenüber der Schutzfunktion hervorhebt;
- der politische Probleme nicht auf juristische verenge;
- der den Schülern klar macht, daß bestimmten (z.B. kapitalistischen R. W.) Herrschaftsverhältnissen bestimmte (kapitalistisch-bürgerliche R. W.) Rechtsverhältnisse entsprechen; daß diese Herrschafts- und Rechtsverhältnisse historisch bedingt und damit veränderbar sind; daß das wirksamste Mittel des Einflusses auf Herrschafts- und Rechtsverhältnisse solidarisches Handeln ist; daß das Ziel der Einflußnahme die Verteidigung bestehender politischer und ökonomischer Unterdrückung sein muß; daß auch das geltende Recht gesellschaftlich bedingt ist und daß die Fähigkeit, mit einfachen Rechtstexten umzugehen, erworben werden muß, damit der Schüler in konkreten Situationen den Rechtsspielraum im Sinne der eigenen Interessen wahrnehmen könne (Sandmann, 187-188). …<<

06.03.1982

Großbritannien: Der britische Abgeordnete Sir Bernard Braine berichtet am 6. März 1982 während der Enthüllung eines Denkmals für die "Opfer von Jalta" über die Auslieferung von Kriegsgefangenen an die Sowjets (x025/128): >>... Es war ein entsetzliches Verbrechen. Ich kann kein anderes Wort dafür finden. Es wurde mit Gewalt und Betrug begangen, ohne einen Funken Mitleid für die Opfer, die sich den Westalliierten willig ergeben hatten in dem Glauben, daß ihnen Asyl gewährt werde.<<

10.06.1982

BRD: In Bonn demonstrieren am 10. Juni 1982 etwa 400.000 Menschen gegen die Aufrüstung im Osten und Westen.

18.06.1982

Großbritannien: Roberto Calvi (1920-1982, italienischer Präsident der Vatikanbank Banco Ambrosiano, "Bankier Gottes") wird am 18. Juni 1982 unter einer Themsebrücke in London erhängt gefunden.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später in der Einleitung zum Gesamtwerk "Kriminalgeschichte des Christentums" über die finanzpolitische Weltmachtstellung der katholischen Kirche (x324/23-26): >>... Die Agrar-, Handels-, Finanzpolitik der Mönche, der Bankiers im frühen Mittelalter, deren Klöster (in Lothringen) schon im 10. und 11. Jahrhundert als Leihinstitute, Banken, fungierten, überhaupt wirtschaftliche Größen ersten Ranges waren. Doch geht die Agitation der Mönche in der Welt der Politik, des Geldes, stetig weiter, besonders während der deutschen Offensiven im Osten, bei der Beteiligung der Orden an der Siedlungs- und Kolonialgeschichte, der blutigen Unterjochung ganzer Völker.
Noch im frühen 20. Jahrhundert kontrollieren allein die Jesuiten ein Drittel des gesamten spanischen Kapitals; im späten 20. Jahrhundert besitzen sie die größte Privatbank der Welt, die Bank von Amerika, mit 51 Prozent. Und das Papsttum ist heute eine finanzpolitische Weltmacht, die engste Kontakte mit der Unterwelt pflegt, unter anderem über die als "Mafiabank " bekannte Bank von Sizilien, ein finanzielles Instrument der Kurie.
Der Jesuitenzögling Michele Sindona, "der erfolgreichste Italiener nach Mussolini" *(Time)* und Starbankier der Mafia (Schwerpunkte seiner Finanzpiraterie: Italien, Schweiz, USA, Vatikan), ein Sizilianer, der mehr Banken als andere Männer Hemden besessen und einen beträchtlichen Teil seines Geldes dem Handel mit Heroin verdankt haben soll, war ein sehr guter

Freund des Erzbischofs von Messina, ferner des Erzbischofs Marcinkus, des Leiters der Vatikanbank "Institut für Religiöse Werke" ("meine Stellung innerhalb des Vatikans ist außergewöhnlich", "einzigartig "), ein guter Freund auch Pauls VI. sowie Finanzberater und enger Geschäftspartner des "Heiligen Stuhls", dessen Banken noch mit den schwarzen Geldern des italienischen Großgangstertums spekulierten.
Mafioso Sindona, "der wahrscheinlich reichste Mann Italiens" (Lo Bello), der "von Papst Paul VI. den Auftrag erhalten hatte, die Kirchenfinanzen neu zu ordnen" *(Süddeutsche Zeitung)*, wurde 1980 als Verantwortlicher für den größten Bankenzusammenbruch in der Geschichte der USA zu 25 Jahren Haft verurteilt, dann an Italien ausgeliefert, dort aber 1986 zwei Tage nach seiner Verurteilung (wegen Anstiftung zum Mord) zu lebenslanger Haft im Gefängnis, trotz aller nur denkbaren Absicherungen, durch Zyankali vergiftet.
Vielsagend meinte der zwölf Jahre Sindonas Finanzaktionen (allein in Italien eineinhalb Milliarden Mark Verluste) verfolgende Mailänder Staatsanwalt Guido Viola: "Wir haben den Dreck, der in diesem Topf kocht, auch mit dem Prozeß nicht ausgeräumt."
Ebenso gehörte Roberto Calvi, ein weiterer Mafia-Bankier, der 1982 erhängt unter einer Themsebrücke in London endete, unter Paul VI. zum exklusiven Zirkel der kurialen "uomini di fiducia" und verbreitete als "Bankier Gottes", wie er in Italien hieß, "das Krebsgeschwür vatikanisch inspirierter Wirtschaftskriminalität über die ganze Welt".
Zum Beispiel präsentierte der Leiter der Abteilung für Organisiertes Verbrechen und Korruption beim amerikanischen Justizministerium, Lynch, begleitet von Polizei- und FBI-Beamten, am 25. und 26. April 1973 im vatikanischen Staatssekretariat "das Originalschreiben, in dem der Vatikan" bei der New Yorker Mafia, "gefälschte Wertpapiere im fiktiven Gegenwert von nahezu einer Milliarde Dollar bestellte", "eine der größten Betrügereien aller Zeiten", die anscheinend kein anderer als Erzbischof Marcinkus, der "sehr gute Freund" Sindonas, "eingefädelt hatte" (Yallop).
Der Vorgänger Pauls, Papst Pius XII., starb 1958 mit einem Privatvermögen - das er angeblich ganz zur Rettung von Juden unter Hitler verwendet hatte! - von 80 Millionen DM in Gold und Valuten. Der Nepotismus unter ihm hatte renaissancehafte Ausmaße. Sicher an der Erlösung ist nur der Erlös daraus.
Die Habgier der Prälaten wird durch alle Jahrhunderte belegt, die private Bereicherung von Päpsten, Bischöfen, Äbten dokumentiert, ihr meist ungeheurer Luxus, die Verschleuderung von Kirchengütern an Verwandte, Simonie, Pfründenerwerb, Verdrängung der Pfründeninhaber, der Schacher von der Papstwahl bis zum Einsetzen der Landpfarrer, vom Stimmenkauf auf Synoden bis zum Verkauf von Wein, Bier, Salböl, Hostien, Antibabypillen (!) namens "Luteolas", bis zu Bestechungsgeldern noch der berühmtesten Kirchenlehrer, Papst Gregor I., des heiligen Kyrill, der mit Hilfe riesiger Summen ein Mariendogma durchsetzte und anderes mehr - Zinsgeschäfte, Handel, Wucher, Peterspfennig, Ablaß, Kollekte, Erbschleicherei durch zwei Jahrtausende, riesige Rüstungsgewinne.
Die Folgen der Überhäufung des hohen Klerus mit Privilegien, mit Immunitätsrechten, mit Grafenrechten, Marktrechten, Zollrechten, Steuervorteilen, mit strafrechtlichen Ausnahmestellungen, milderen Strafen natürlich statt schärferen! Ganz zu schweigen von der Selbstherrlichkeit des römischen Pontifex: … so will ich's, also befehl ich's. - Die ökonomische Seite der Heiden-, Juden-, Ketzer-, Hexen-, Indianer-, Negerausmerzung. - Der wirtschaftliche Faktor des Wunderkults, der Heiligenviten, Mirakelbücher, Wallfahrtsorte und anderer Dinge mehr.
Die "pia fraus" (Volkstäuschung) mit ihren verschiedenen Fälschungstypen (Apostolisation, Pilgerkonkurrenz, Besitzsicherung, Rechtssicherung) wird in eigenen größeren Komplexen untersucht, zumal in Europa bis ins hohe Mittelalter hinein die Fälscher fast durchweg Geistliche waren. Überall in Klöstern und an Bischofssitzen suchten sie aus kirchenpolitischen

Gründen ihre rivalisierenden Ansprüche durchzusetzen mittels Fabrikation falscher Diplome oder der Interpolation originaler.
Die Behauptung, es habe im Mittelalter fast ebenso viele unechte Urkunden, Annalen, Chroniken gegeben wie echte, ist kaum übertrieben; der "fromme" Betrug wurde zu einem politischen Faktor, "die Fälscherwerkstatt zur Ordnungsinstanz von Kirche und Recht" (Schreiner). …<<
Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 43 berichtet über das Schwarzbuch der Katholischen Kirche (x927/…): >>**Finanzmittel aus dem Vatikan für den Sturz des Kommunismus in Polen**
Hintergrund ist dabei der Betrugs-Bankrott der Banco Ambrosiano, in dessen Folge deren Direktor Roberto Calvi 1982 in London ermordet wurde und danach - mit Ziegelsteinen in der Anzugjacke beschwert - tot an der "Brücke der Barmherzigen Brüder" hing, die Füße in die Themse eingetaucht. "Zufällig" am selben Tag, dem 18.6.1982, stürzte seine Sekretärin Graziella Corrocher aus einem Fenster der Bank in Mailand zu Tode. Ein vermuteter Mord konnte jedoch nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden. Und die beiden mutmaßlichen Auftrags-Mörder von Roberto Calvi wurden kurze Zeit später ebenfalls ermordet und konnten nicht mehr aussagen, wer ihr Auftraggeber war.
Als **Hauptschuldigen** am Betrugs-Bankrott verurteilte die italienische Justiz damals den Chef der Vatikanbank IOR, **Erzbischof Paul Marcinkus**, und sie stellte einen Haftbefehl gegen den hohen Würdenträger des Vatikans aus.
Was war der Sachverhalt?
Die Vatikanbank hatte gegenüber der Banco Ambrosiano, deren Chef Roberto Calvi war, Vertrauenserklärungen (sogenannte Patronage-Briefe) für Firmen ausgestellt, die ihr gehörten. Das war eine Art Bürgschaft, woraufhin diese Firmen im Jahr 1980 von der Banco Ambrosiano einen Kredit in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar bekamen. Und genau diese 1,3 Milliarden Dollar steckte die Vatikanbank 1980 ihrerseits in Aktivitäten, die den politischen Umsturz in Polen mit herbeiführten, der das Ende des Ostblocks mit seiner Militärmacht "Warschauer Pakt" einleitete. Das ist die eine Seite des Geldflusses.
Und die andere: Die der Vatikanbank gehörenden Firmen haben das von der Banco Ambrosiano erhaltene Darlehen in gleicher Höhe nie mehr zurückgezahlt, trotz der vatikanischen Patronage-Briefe über ihre angebliche Vertrauenswürdigkeit. Und die unmittelbare Folge davon: Die Banco Ambrosiano ging trotz ihres Hilferufs an den Papst, doch bitte die enormen Schulden zurückzuzahlen (!), bankrott.
Zwar versuchten papstfreundliche Medien wie *bild.de* den Sachverhalt nachträglich so zu verbiegen, als hätte auch die Vatikanbank durch den Zusammenbruch der Banco Ambrosiano Verluste erlitten *(bild.de, 27.6.2008)*, doch eine Bank und die ihr gehörenden Firmen profitieren ja in Wirklichkeit vom Zusammenbruch eines Großgläubigers, da dieser nun das Geld nicht mehr eintreiben kann. Und gegen Verantwortliche im Vatikan wurden deswegen ja auch Gerichtsurteile gesprochen und Haftbefehle ausgestellt, weil es sich ganz offensichtlich um ein schwerwiegendes Finanzverbrechen handelte.
Doch der italienische Haftbefehl gegen Vatikanbank-Chef Paul Marcinkus wurde vom Vatikanstaat genauso ignoriert wie die Haftbefehle gegen weitere Vatikan-Angestellte. Papst Johannes Paul II. deckte seinen verbrecherischen Finanzchef Paul Marcinkus, lieferte ihn nicht an den Staat Italien aus und schob ihn statt dessen in die USA ab, woher er stammte und wo er bis zu seinem Tod 2006 unbehelligt wieder als Vikar im Kirchendienst arbeitete.
Und ob Erzbischof Paul Marcinkus das Verbrechen seinem "Gebieter", dem polnischen Papst Karol Wojtyla, zuliebe oder gar in Absprache mit ihm durchführte, um den Kommunismus in Polen mit stürzen zu helfen, oder ob der Papst von allem "nichts" wußte, ist eine bis heute nicht geklärte Frage. …<<

Die Online-Zeitschrift "DER THEOLOGE" Nr. 3 berichtet über den Reichtum der Kirche (x923/…): >>**Superreich durch Mord**

Päpste schreckten auch vor Mord nicht zurück, wenn es um ihre finanziellen oder machtpolitischen Vorteile ging.

Glaubt man einigen Priestern, die mit einem Buch anonym an die Öffentlichkeit gingen, so geschehen heute noch mysteriöse Todesfälle im Vatikan.

Der Historiker Thomas Tomasi schrieb dazu: "Es wäre nicht möglich, all die Morde, die Vergewaltigungen und die Fälle von Blutschande aufzuzählen, die jeden Tag am Hof des Papstes begangen wurden. Das Leben eines Menschen ist nicht lang genug, um sich die Namen aller ermordeten, vergifteten oder bei lebendigem Leibe in den Tiber geworfenen Opfer zu merken."

Mord war ein hübscher Nebenverdienst für Papst Alexander VI. Der permanenten Bedrohung seines Bruders überdrüssig, der sich im Vatikan als Flüchtling aufhielt, schickte der osmanische Sultan Bajasid II. Papst Alexander VI. 40.000 Golddukaten, für die er Dschem ermorden solle. Doch so billig war die Hilfe des Papstes nicht zu haben. Er wartete ab. Weitere 200.000 Dukaten legte der Sultan nach. Dann ließ Papst Alexander VI. Dschem vergiften.

Der Ämterverkauf war eine gute Einnahmequelle. Um jedoch die Einnahmen nicht versiegen zu lassen, "sorgte Papst Alexander dafür, daß die Kardinäle bald vergiftet wurden, die er zuvor ernannt hatte. So konnte er nicht nur ihren Kardinalshut erneut verkaufen, sondern auch alle ihre Besitztümer einstreichen, die auf die Kirche übergingen - soll heißen auf Papst Alexander".

In seinem Bestseller *Die Heilige Mafia des Papstes* erwähnt Robert Hutchison eine Reihe **mysteriöser Todesfälle**, die alle in geschäftlichem oder persönlichem Zusammenhang mit dem Vatikan oder einer ihr nahe stehenden Gruppe stehen sollen: Er bezieht seine Behauptungen auf folgende Todesfälle:

1975: Der französische Senator Prinz Jean de Broglie
1977: Charles Bouchard, Geschäftsführer der Genfer Leclerc-Bank
1978: Pater Giuliano Ferrari
1978: Der orthodoxe Patriarch Nikodim
1978: Papst Johannes Paul I.
1978: Wenig später Kardinalstaatssekretär Villot
1979: Kardinal Vagnozzi, Chef der vatikanischen Präfektur für Wirtschaftsangelegenheiten
1981: Francesco Cosentino, P2-Loge
1982: Der Mailänder Bankier Roberto Calvi
1982: Der Antiquar Sergio Vaccari
1982: Der Autor Giorgio Di Nunzio
1982: Kardinal Benelli aus Florenz
1985: Der ehemalige spanische Außenminister Gregorio López-Bravo
1985: Bankier Ricardo Tejero
1986: Der Reeder José Maria Aristrain
1986: Der Mafioso Michele Sindona
1986: Ein mißglückter Mordanschlag auf den spanischen Unternehmer Ruiz-Mateos
1986: Der spanische Verfassungsrichter Manuel García-Pelayo
1994: Der salvadorianische Erzbischof Rivera Damas
1998: Der Leiter der Filiale der Vatikanbank in Neapel, Aldo Palumbo

Der Geistliche Giuliano Ferrari wurde in einem leeren Abteil des Schnellzuges Genf-Paris tot aufgefunden. Er starb angeblich an "schwerem Herzinfarkt". Bereits 1969 hatte man versucht, ihn mit Hilfe von Glykosid Digitalis langsam zu vergiften. Diese Droge verursacht Herzversagen. Ferrari nannte die römische Kirche "das größte und schmutzigste Geschäftsunternehmen

der Welt". Deschner spekuliert, ob er nicht Opfer des Vatikanismus wurde.
Nach Ansicht Ferraris waren die lateinamerikanischen Priester Camillo Torres und Oscar Romero Opfer des Vatikans. Ferrari sagte kurz vor seinem Tod: "Das jüngste Verbrechen des Vatikans war die Ermordung meines Freundes, des Erzbischofs Oscar Romero in San Salvador."
Am Morgen des 18. Juni 1982 wurde der Mailänder Bankier Roberto Calvi unter der "Brücke der Barmherzigen Brüder" in London erhängt aufgefunden, seine Füße hingen in die Themse. Er war Mitwisser und Beteiligter eines großen Finanzskandals, der vom Vatikan ausgelöst wurde. Seiner Tochter sagte er kurz vor seinem Tode: "Die Priester werden mein Ende sein." Seine Frau, Clara Calvi, sagte in einem Interview: "Es waren mit Sicherheit die Priester des Vatikans. Das hatte uns Roberto schon vorher gesagt. Jemanden umzubringen ist für sie keine Sünde, so sagten sie es ihm. Sie würden ja nur eine Seele aus dem Körper befreien."
Dem früheren Finanzberater des Vatikans, Leopold Ledl, sagte Calvi Tage vor seinem Tode auf seiner Flucht nach London: "Marcinkus will meinen Kopf." (Gemeint war Erzbischof Marcinkus.)
Am Montag, dem 4. Mai 1998 wurden im Vatikan drei Menschen ermordet. Die offizielle Fassung: Der Schweizergardist Cédric Tornay habe den Oberstleutnant Estermann und seine Ehefrau Gladys Meza Romero erschossen, um sich darauf selbst zu richten. Eine Gruppe von Angehörigen des Vatikans, Geistliche und Laien, die anonym bleiben wollen, sehen das anders. Sie schrieben in Italien ein Buch zu diesem Thema mit dem Titel *Blutlügen im Vatikan*. In Deutschland erschien das Buch mit dem Titel: *Ihr habt getötet*.
In ihrem Buch legen sie ihre Überlegungen dar, wie es zu den Morden gekommen sein könnte, wer Nutznießer war, und sie zählen die vielen Unstimmigkeiten auf bis zum gefälschten Abschiedsbrief des angeblichen Mörders.
Die Mutter Cédrics behauptet, es gäbe jemanden im Vatikan, der die Wahrheit aufklären könnte, doch dieser jemand sei plötzlich spurlos verschwunden.
Sie hat Angst, denn Abgeordnete aus dem Vatikan sind bis zu ihr in die Schweiz gereist, um sie unter Druck zu setzen und zum Schweigen aufzufordern.
Nach Angaben dieser anonymen Mitarbeitergruppe des Vatikans, die sich "Jünger der Wahrheit" nennt, soll im Vatikan ein "blutiger Erbfolgekrieg" toben zwischen dem sich rivalisierenden Ableger der berüchtigten Freimaurerloge P2" und einer erzkonservativen international agierenden Gruppe.
Die "Jünger der Wahrheit" aus dem Vatikan schreiben, daß in einem zähen Ringen sich Clans der Freimaurer und dieser internationalen Gruppe "die gigantische (politische, ökonomische und logistische) Machtfülle des Vatikans untereinander aufteilen, wobei der Papst nur als klerikales Aushängeschild dient."
Zum Tode von Johannes Paul I. (Albino Luciani) sagen sie, er wollte mit dubiosen Finanzgeschäften, übertriebenem Prunk und Korruption innerhalb der Amtskirche aufräumen. "Doch sein Pontifikat war auffallend kurz (33 Tage), die Todesumstände mysteriös, und Albino Lucianis Leiche wurde so schnell einbalsamiert, daß eine Obduktion nicht mehr möglich war ..."<<
Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 7. Februar 2017): >>**TV-Doku … Mafia in Frankreich**
Wenn der Bock zum Gärtner wird
Eine Arte-Dokumentation zeigt, wie Korruption und organisierte Kriminalität den französischen Staat aushöhlen. Die Verbindungen reichen bis in höchste politische Kreise.
"Keine Demokratie muß mit einer Mafia, die sie unterwandert, gemeinsame Sache machen." Daß dies keine Platitüde ist, sondern ein händeringender Appell, versteht man vielleicht erst, wenn man drei dichtgedrängte Stunden lang das erschreckende Ausmaß der Verquickung von

Politik und organisierter Kriminalität in Frankreich vorgeführt bekommen hat.
Angesichts der schieren Masse an Informationen grenzt es zwar an Überforderung, alle drei Teile von Christophe Bouquets herausragender Dokumentation "Die Mafia in Frankreich" hintereinander zu sehen, aber Kontinuität und Struktur eines Staates im Staate, der vor allem auf der politischen Rechten immer wieder Protektion fand, werden so besonders eindrücklich deutlich. Diese von korsischen Clans geprägte, lange von Marseille und Paris aus operierende "Mafia" unterhöhlt seit etwa einem Jahrhundert die französische Demokratie. Ihre Paten galten in Politik und Wirtschaft stets als willkommene Geschäftspartner. Wer wie Bouquet den Zentralfiguren folgt, entdeckt langlebige Netzwerke.
Gelungen ist die Auswahl an Gesprächspartnern: Historiker, Journalisten und Ermittler, aber auch die Tochter eines wichtigen Paten sowie der ehemalige Vorstandsvorsitzende des in dubiose Afrikageschäfte verwickelten Energiekonzerns Elf Aquitaine. Zudem wurde das Material durch viele Schaubilder und eine klare Erzählstruktur - jede Episode konzentriert sich auf eine der drei Paten-Generationen - vorbildlich aufbereitet.
Den Beginn markiert der Pakt des notorisch kriminellen Korsen Paul Carbone mit dem ebenfalls aus Korsika stammenden Politiker Simon Sabiani, der im Jahre 1929 Stellvertreter des Bürgermeisters von Marseille wurde. Die Männer Carbones und seines Kumpans François Spirito betätigten sich als Ordnungskräfte Sabianis und wurden dafür mit Posten in Verwaltung und Polizei belohnt - ein wiederkehrendes Muster der Unterwanderung der Staatsgewalt und sicherlich ein Grund für das geschwundene Institutionsvertrauen in Frankreich.

Kollaboration mit den Nationalsozialisten

Im Drogenhandel kooperierten Carbone und Spirito mit weiteren korsischen Clans. Allerdings unterstützten sie im Spanischen Bürgerkrieg die Partei Francos und kollaborierten wenig später mit den Nationalsozialisten, während die etwas jüngeren Brüder Guerini im Widerstand aktiv waren. Bereits jetzt tauchte an der Seite Sabianis - und für die Gestapo tätig - eine äußerst schillernde, fortan stets staatsnah im Hintergrund mitmischende Figur auf: Étienne Léandri, dessen vielfältige Mafia-Kontakte erst nach seinem Tod im Jahre 1995 offenbar wurden. Laut Bouquet gilt er heute gemeinsam mit dem Korsen Marcel Francisci als Haupt der dritten Mafia-Generation. Sein ehemaliger Sekretär sagt, er habe mächtige Bankpräsidenten vor Léandri winseln gesehen.
Carbone kam 1943 bei einem Attentat der Résistance ums Leben. Spirito ging nach dem Krieg in die Vereinigten Staaten und wurde später Teil der drogenschmuggelnden "French Connection". In Marseille gaben nun die Guerini-Brüder den Ton an. Sie verlegten sich auf die von deutschen Chemikern erlernte Heroinherstellung. Politisch profitierten sie mächtig vom Algerienkrieg und von der Angst vor den Kommunisten. Vor allem Charles de Gaulle und die CIA setzten auf die Schlagkraft der Mafia. Der Preis war hoch: Politisch protegiert bauten die Guerinis ein Weltimperium des Drogenhandels und des Glücksspiels auf.

Die Spur führt bis nach Afrika

Erst ein interner Zwist beendete ihre Ära, aber da stand die dritte Generation längst bereit, um in den ehemaligen französischen Kolonien das große Rad der Wirtschaftskorruption zu drehen. Das geschah im Dunstkreis von Elf Aquitaine. Diese vor Gericht nur partiell aufgearbeitete Phase der engsten Zusammenarbeit der Mafia mit afrikanischen Diktatoren und mit höchsten Kreisen der französischen Politik - eine Schlüsselfigur war Innenminister Charles Pasqua - ist der spannendste Teil des Films. Bouquet hat sich dafür durch das Bildmaterial der großen Nachrichtenarchive gewühlt.
Als politische Umwälzungen die afrikanischen Unternehmungen der korsischen Mafia unter Druck setzten, zog sie sich nach Korsika zurück und heizte dort, so Bouquets These, den gewalttätigen Unabhängigkeitskampf radikaler Separatisten gezielt an, um die bis dahin aus allen Mafia-Geschäften herausgehaltene Insel zu destabilisieren. Mit Erfolg. Heute befänden

sich große Teile der Politik und Wirtschaft Korsikas - Tourismus, Immobilien, Sicherheit - fest in der Hand der Mafia. Eine vierte Generation übernehme derzeit die Macht, lautet der wenig hoffnungsvolle Ausblick. Dann fällt der eingangs erwähnte Satz. Was Journalisten zum Kampf gegen mafiöse Unterwanderungen beitragen können, ist die Herstellung von Transparenz. Das hat Christophe Bouquet getan. …<<

Juli 1982

DDR: Von den etwa 2,3 Millionen Schülern der DDR verbringen im Juli 1982 rund 87 % ihre Sommerferien in den großen Ferienlagern der FDJ.

Diese Ferienlager werden hauptsächlich durch die Großbetriebe finanziert. Die Jugendlichen zahlen für 3 Wochen "Fernferien" lediglich bis 12 Mark. Zum organisierten Programm der FDJ-Ferienlager gehören z.B. Sport, Spiel, Tagesreisen, Unterricht und Ferienarbeit.

01.10.1982

BRD: Bundeskanzler Helmut Schmidt wird am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum des deutschen Bundestages gestürzt.

Die FDP schließt danach eine Koalition mit der CDU/CSU. Helmut Kohl (CDU) wird neuer Bundeskanzler.

Die "BILD-Zeitung" berichtet damals: >>**Eine neue Ära: Kohl wird Kanzler**

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist am 1. Oktober in Bonn ein konstruktives Mißtrauensvotum erfolgreich: Der Bundestag stürzt damit Bundeskanzler Helmut Schmidt und beendet dadurch nach 13 Jahren die SPD/FDP Herrschaft. ...

Der 1930 in Ludwigshafen geborene Pfälzer spricht in seiner Regierungserklärung erstmals von einer geistig-politischen Wende, die es zu erreichen gelte. ...<<



Abb. 88 (x315/160): Francois Mitterand und Helmut Kohl (rechts) reichen sich am 22. September 1984 über den Gräbern von Verdun die Hand.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Juni 2017) im COMPACT-Spezial Nr. 14 über Helmut Kohl (x343/12,15-16): >>**Der Alte und der Pfälzer**

_ von Jürgen Elsässer

… **Die Wende bleibt aus**

… Helmut Kohl. Im Wahlkampf 1983 postulierte er: "Wir werden die Arbeitslosigkeit und die

Zahl der Ausländer in Deutschland um die Hälfte reduzieren!" Passiert ist freilich nichts, der Zuzug ging weiter.
Überhaupt fiel die Bilanz der ersten Kohl-Jahre aus deutscher Sicht ernüchternd aus. Die folgenschwerste Entscheidung am Anfang seiner Amtszeit war die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen - was schon sein Vorgänger Schmidt hatte, aber innerparteilich nicht durchsetzen konnte. Im Gegenzug dazu konnte der Pfälzer immerhin US-Präsident Ronald Reagan dazu bewegen, mit ihm den Soldatenfriedhof in Bitburg zu besuchen, wo auch SS-Gefallene bestattet waren.
Das friedliche Gedenken der Staatsmänner hätte ein Ende der ewigen Beschwörung der Nazi-Vergangenheit bringen können - wäre Kohl nicht aus der eigenen Partei ein Strich durch die Rechnung gemacht worden: Bundespräsident Richard von Weizsäcker nutzte seine Rede zum 40. Jahrestag der "Befreiung" (Weizsäcker) des 8. Mai 1945 genau dazu, alte Wunden wieder aufzureißen. Die Linken jeder Couleur waren begeistert.
Kohls Ansatz einer "geistig-moralischen Wende" scheiterte aber auch an hausgemachten Fehlern. Mit der Zulassung des Privatfernsehens ab 1984 wollte er die Dominanz der öffentlich-rechtlichen Sender - für ihn der "Rotfunk" - brechen. Tatsächlich waren die neuen Programmangebote zwar weniger politisch als ARD und ZDF, aber viel mehr amerikanisiert - seichte Unterhaltung und billiger Sex konnten die Deutschen gerade nicht mit ihren kulturellen Wurzeln in Kontakt bringen.

Deutschland, einig Vaterland

Diese Fehler fallen jedoch angesichts seiner Verdienste in den Schicksalsjahren 1989/90 nicht ins Gewicht. "Es ist keine Frage, daß der Weg zur deutschen Einheit nach Öffnung der Mauer in wichtigen Etappen auch ein Alleingang Helmut Kohls war", stellt der Historiker Schöllgen zu Recht fest. Er war es, der durch seinen Zehn-Punkte-Plan am 28. November 1989 entschlossen den Weg zur Vereinigung wies - angeblich hatte er das Papier zuvor nur mit zwei Geistlichen und seiner Frau Hannelore beraten. Er war es, dem am 19. Dezember 1989 in Dresden 100.000 DDR-Bürger zujubelten und dadurch deutlich machten, wie das Volk östlich der Elbe denkt.
An dieser Massenmobilisierung zerschellten die Versuche der französischen und britischen Staatsführer François Mitterand und Margaret Thatcher, die Wiedervereinigung doch noch unter Verweis auf geschichtliche und völkerrechtliche Vorbehalte zu verhindern. Geschickt sicherte sich Kohl sowohl das Vertrauen von US-Präsident George H. W. Bush wie von Sowjetführer Michail Gorbatschow, indem er Befürchtungen über einen deutschen Revanchismus an zwei entscheidenden Punkten zerstreute:
Zum einen gab er den Polen eine Garantie für die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Grenze, zum anderen sicherte er den Russen eine Nichtausdehnung der NATO auf das Gebiet der neuen Bundesländer zu. So ließ die Sowjetunion von ihrer Forderung, das vereinigte Deutschland müsse blockfrei sein oder gleichzeitig der NATO und dem Warschauer Pakt angehören, am Ende doch noch ab.
Warum Kohl den sowjetischen Druck auf Abschluß eines Friedensvertrages aber nicht ausnutzte, um einen solchen auch von den westlichen Siegermächten einzufordern, bleibt ein Rätsel. Der ersatzweise verabschiedete Zwei-plus-Vier-Vertrag gab Deutschland zwar entscheidende Souveränitätsrechte zurück, aber hob die Feindstaatenklausel der UNO nicht auf und beendete auch die US-Geheimdiensteinmischung nicht, wie zuletzt die NSA-Affäre gezeigt hat. Daß die Zurückhaltung der NATO bei der Ostausdehnung, die der deutsche Generalsekretär Manfred Wörner und US-Außenminister James Baker zugesichert hatten, nicht vertraglich fixiert worden ist, kann man freilich nicht Kohl anlasten - daran war die Naivität Gorbatschows schuld.
Noch folgenschwerer war, daß Kohl die Zustimmung Frankreichs zur Wiedervereinigung - so

jedenfalls die Aufzeichnungen von Präsidentenberater Jacques Attali - letztlich mit einem Deal erkauft hat: das Ja von Mitterand wurde mit dem deutschen Verzicht auf die D-Mark belohnt, im Dezember 1991 besiegelt in den Maastrichter Verträgen. Le Figaro sprach von einem "Versailles ohne Krieg" - in Erinnerung an den Versailler Vertrag, der Deutschland 1919 unter die Knute gezwungen hatte.
Zwei weitere Leistungen von Kohl sollen dennoch nicht vergessen werden: Zum einen hielt er Deutschland, im Unterschied zu seinen Nachfolgern, aus allen Kriegen heraus. Er verweigerte ein Mitmachen beim Golfkrieg 1991, und während des bosnischen Bürgerkrieges in den Folgejahren verkündete er eine Leitlinie, die als Kohl-Doktrin bekannt wurde: Wo die deutsche Wehrmacht ihre Stiefel hingesetzt hat, darf die Bundeswehr es nicht.
Die Wiedervereinigung war zu großen Teilen das Verdienst von Helmut Kohl.
Als es 1999 zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien kam, war er schon nicht mehr Kanzler. Der Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer (CDU), in den 1980er Jahren Staatssekretär im Verteidigungsministerium und mit Kohl an den Verhandlungen zur deutschen Einheit 1990 beteiligt, vertritt die Meinung, mit dem Pfälzer "hätte es 1999 keinen Krieg mit deutscher Beteiligung gegeben". Der damalige russische Premier Jewgenij Primakow schreibt in seinen Erinnerungen, Kohl habe ihm gegenüber den Krieg gegen Jugoslawien "den größten historischen Fehler" genannt. "Wäre ich zu jenem Zeitpunkt noch im Amt gewesen, hätte ich das niemals zugelassen", habe dieser ihm gesagt.
Kohls zweite vorbildliche Weichenstellung nach der Wiedervereinigung war die Neufassung des Asylartikels im Grundgesetz. Nachdem der Ostblock zusammengebrochen war, strömten Hunderttausende in die Bundesrepublik - die Zahl der Asylsuchenden erreichte 1992 den Rekordwert von 439.000. Aber anders als Angela Merkel 2015 - in diesem Jahr kamen nach der vermutlich geschönten offiziellen Statistik ungefähr doppelt so viele - verstärkte die Bundesregierung damals die Grenzkontrollen: Nach der Neufassung des Grundgesetzartikels 16a aus dem Jahr 1994 haben Flüchtlinge, die aus einem sicheren Drittstaat einreisen - und das waren und sind alle Anrainer der Bundesrepublik - keinen Anspruch auf Asyl.
Die Kohl-Regierung demonstrierte, wie man die Flut von Wohlstandsflüchtlingen stoppt, ohne die Grundrechte einzuschränken - seine Nachfolgerin öffnete die Schleusen für illegale Ausländer und brach damit die Verfassung.<<
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Umerziehung und politische Kultur der Deutschen (x306/294-298):
>>... Politische Kultur (Political Culture) ist der Name eines Ende der fünfziger Jahre an der Universität Princeton entwickelten Forschungskonzeptes amerikanischer Sozialwissenschaftler, das als Spätzünder in der Schlußphase der bundesdeutschen Teilrepublik die öffentliche Diskussion prägte.
Die späte, bei "seiner ursprünglichen Rezipierung aus dem Amerikanischen kaum zu ahnende Blüte" wurde dem Fernsehpublikum verdeutlicht, als in der viel beachteten Bundestagsdebatte über den konstruktiven Mißtrauensantrag gegen Helmut Schmidt Redner der SPD (Helmut Schmidt, Willy Brandt) wie der FDP (Gerhard R. Baum, Hildegard Hamm-Brücher) davor warnten, daß der Regierungswechsel die "Politische Kultur" gefährde.
Politische Kultur war in Bonn auf Spielregeln, politischen Stil, ungeschriebene Gesetze im Gegen- und Miteinander der Berufspolitiker verkürzt worden, während in Amerika sich die Political Culture Forschung mit der Gesamtbevölkerung befaßte. Das von Gabriel A. Almond, dem "Founding Father", seinen namhaften Jüngern Sidney Verba und Lucian W. Pye und einigen anderen entwickelte Forschungskonzept versuchte politisch relevante subjektive Faktoren wie Wertüberzeugungen, Einstellungen, Verhaltensweisen mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung zu erfassen und zu vergleichen.

In Deutschland wurde daraus unter Verzicht auf die komparative Zielsetzung ein feuilletongerechter Modeartikel, der klangstark Sinnführungskompetenz belegen sollte. Wer zwischen einem normativen Gebrauch bei Politikern, Leitartiklern und Fernsehkommentatoren, die häufig den Mangel oder den Verfall der Politischen Kultur beklagen und einen "nicht von vornherein wertenden, also deskriptiven und analytischen" Gebrauch in der Sozialwissenschaft unterscheidet, kennt anscheinend seine Pappenheimer nicht.
Wir finden unter den Autoren der Politischen Kultur so manche Politikwissenschaftler, die durch normative Überzeugtheiten und entsprechenden volksmissionarischen Drall bekannt sind. Martin Greiffenhagen, Kurt Sontheimer, Wilhelm Weidenfeld, Wilfried Röhrich, Iring Fetscher, Fritz Stern, Christian Graf Krockow, Lord Ralf Dahrendorf e tutti quanti.
Die politische Kultur der Bundesrepublik wird hier an der Norm eines nicht näher untersuchten westlichen (de facto) anglo-amerikanischen Vorbilds gemessen.
Das Auftauchen des Paradigmas Politische Kultur in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hilft eine Lücke zu schließen, die sich durch das Verblassen der antikapitalistischen, antiautoritären, antiimperialistischen Faszinationen der 68er Bewegung nach der Tendenzwende von 1973/74 ergeben hatte.
Das Fachorgan der Politologen "Politische Vierteljahresschrift" brachte 1981 ein ganzes PVS-Forum Politische Kultur, in dem ein heftiger Streit zwischen westlich orientierten Veränderern und nicht minder westlich orientierten Bewahrern entbrannte, der im folgenden Jahr auf einem Symposion "Politische Kultur" an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing fortgesetzt wurde. Hier wurde die Politische Kultur sogar als ein Orwellsches Konzept angeprangert. Es handelt sich eher um ein Konzept der Re-education. Sowohl strukturell als auch personell läßt sich eine starke Verbindungslinie erkennen.
Gabriel A. Almond, ein 1938 in Chicago an der Hochburg der behavioristischen Schule der politischen Wissenschaften promovierter Sozialwissenschaftler, arbeitete von Gründung (1942) an im amerikanischen Kriegspropagandaamt, beteiligte sich dann im Kriegsministerium am "U.S. Strategic Bombing Survey", der mit neuesten sozialwissenschaftlichen Methoden die moralischen Wirkungen der Flächenbombardierungen maximieren sollte. 1949 trat Almond erstmals literarisch hervor mit einem Buch über die Demokratisierung der Deutschen ("The Struggle for Democracy in Germany"). Mit dem Koreakrieg wandte sich Almond der anderen Bedrohung der von ihm anvisierten "neuen politischen Weltkultur" zu. …
1965 (erschien) die von Almond und Verba herausgegebene "Zehn Länder Studie" "Political Culture and Political Development". Katalysator der Political Culture Forschung sind nach Almond die neuen Techniken der Meinungsbefragung. Mit ihnen schließt er vier Traditionslinien (klassisches politisches Denken, moderne politische Wissenschaft, Sozialpsychologie, Psychoanthropologie) zu einem Forschungskonzept zusammen. Gleichwohl enthält "Civic Culture" Argumentationsketten, die empirisch weder verifiziert noch falsifiziert werden können. …
Politische Eliten müßten jedoch an den "demokratischen Mythos" glauben, daß Bürger auf die Politik Einfluß nehmen könnten.
Deutschland war in den 60er und 70er Jahren kein Mittelpunktthema und kein Anlaß für besondere Besorgnisse. Dennoch spielt es in der Political Culture Forschung eine wichtige Rolle. Die psychopolitische Sicht war ursprünglich auf Deutschland gerichtet gewesen. Verba schreibt: "Viele der klassischen Werke über die nichtpolitischen Wurzeln politischer Haltungen wurden von Männern geschrieben, die die Fragen beantworten wollten, die der deutsche Nationalsozialismus aufgeworfen hat. Man denkt dabei sofort an Adorno, Horkheimer, Lewin und Fromm und die Nachkriegsstudien über den deutschen politischen Charakter".
Das konzeptionelle Umfeld der Reeducation der Deutschen war Ausgangspunkt der Political Culture Forschung. In ihr zeichnet sich nicht nur ein Wandel des Deutschlandbildes ab, son-

dern auch ein Wandel der deutschen Wirklichkeit, soweit sie mit einem sozialwissenschaftlichen Raster einzufangen ist. Reeducation und Politische Kultur sind jedoch nicht nur durch eine psychopolitische Traditionslinie verbunden, sondern auch durch eine der empirischen Sozialforschung. …
Die Umfragen der ersten Jahre spiegeln den Fehlschlag der "kleinen" Umerziehung wider. Die Deutschen hatten zwar den Nationalsozialismus hinter sich gelassen, "aber sie nehmen die meisten Muster demokratischen Verhaltens, die die Militärregierung fördert, nicht an".
Unter der Hohen Kommission verschieben sich die Wertungen: "Die Bundesrepublik war nicht die Musterdemokratie, die sich die amerikanischen Besatzer ursprünglich erhofft hatten, aber es war eine populäre, stabile und effektive Demokratie in einem formalen Sinne. Ihre Stärke gab der Bundesrepublik den Atemraum, der notwendig ist, um einige weniger formale Aspekte der Demokratie zu entwickeln, wie soziale Gerechtigkeit und Gleichheit." …
1959 war das Jahr, in dem Almond/Verba die Befragung für ihre "Fünf Länder Studie" durchführen ließen. In der Studie wird Deutschland eher schlecht benotet: "In Deutschland hält eine passive Untertanen-Einstellung an…"
Zwei Jahre später verschiebt sich in der "Zehn Länder Studie" von Pye/Verba der Akzent. "Passivität, Pragmatismus, Distanziertheit, legalistischer Formalismus führen dazu, daß die Deutschen sich dem Radikalismus verschließen, ohne zu einer demokratischen Partizipation überzugehen"
Das aber bringt immerhin den Faktor Zeit, der der Weimarer Demokratie fehlte, "um das politische System durch das Schaffen von Haltungen zu durchdringen, die für die demokratische Partizipation von Nutzen sind."
1980 kamen Almond/Verba auf ihre "Fünf-Länder-Studie" zurück. Sie veröffentlichten "The Civic Culture revisited", einen Sammelband, in dem neben Stellungnahmen verschiedener Autoren die fünf Länder jeweils durch einen neuen Bearbeitet unter die Lupe genommen werden. Für Deutschland handelt es sich um David P. Conradt. Laut Conradt hat jetzt anscheinend der Faktor Zeit gegriffen. Inzwischen habe sich jeder einzelne Aspekt, der 1963 in der Almond/Verba Studie aufgeführt worden sei, verändert. "Die Entwicklungen seit 1959 unterstreichen das Ausmaß des kulturellen Wechsels in Deutschland."
Ja, die Deutschen überrunden in manchen Aspekten die anglo-amerikanischen Vorbilder. Zwischen 1959 und 1978 ist der Prozentsatz der Deutschen, der auf die politischen Institutionen des Landes stolz ist, von 7 % auf 31 % gewachsen, von 1951 bis 1976 der Prozentsatz, der meint, daß es nicht zu einer Wiedervereinigung kommen werde, von 28 % auf 65 % gewachsen - Verfassungspatrioten, wohin man auch blickt.
Doch während Deutschland zum Inbegriff einer stabilen Demokratie geworden ist, haben sich neue Fragen ergeben. Jetzt stellt sich die Frage, ob die liberale Demokratie für die partizipatorischen Bedürfnisse und politischen Anforderungen einer Bevölkerung, die nicht länger in den demokratischen Kinderschuhen steckt, adäquat sei.
In einer künftigen Demokratiekrise habe die Bundesrepublik jedoch die gleichen Chancen wie die anderen westlichen Demokratien. Almonds Frage, warum in der Krise der 30er und 40er Jahre die angelsächsischen Demokratien sich durchwurstelten, die deutsche jedoch zusammenbrach, ist beantwortet - nicht auf dem Papier, sondern in der politisch kulturellen Wirklichkeit. Die "traumatische" Vergangenheit spielt keine Rolle mehr, der Traum vom "deutschen Sonderweg" ist für die Politische Kultur Forschung ein für allemal ausgeträumt, die Umerziehung der Deutschen ist - 1980 - erfolgreich abgeschlossen.<<

1982

BRD: Der deutsche Journalist und Schriftsteller Jochen Löser (1918-2001, 1974 als Generalmajor der Bundeswehr verabschiedet) berichtet in seinem 1982 veröffentlichten Buch "Gegen den Dritten Weltkrieg ..." über den angenommenen politischen und militärischen Ablauf eines

Dritten Weltkrieges (x099/227-238): >>... **Die erste Phase eines dritten Weltkrieges**
Die Sowjetunion kündigt das Viermächteabkommen über Berlin. Volksmilizen der DDR besetzen West-Berlin als "ihre" Hauptstadt, isolieren die dortigen Besatzungstruppen in einer "neutralen Zone" und schicken die Diplomaten des Westens in ihre Länder zurück.
Zuletzt sperren zwei Flottenverbände den Persischen Golf und den Golf von Aden. Die Ölzufuhr zu den westlichen Ländern der Welt und nach Japan wird unterbrochen, ebenso die Zuführung der Rohstoffe aus Afrika.
Die NATO hat "General Alert" verkündet und macht mobil. Sechs amerikanische Divisionen werden über "Reforger" auf einer Luftbrücke und in Seetransporten in den Bereich der Bundesrepublik verlegt. Auch die taktischen Luftstreitkräfte der NATO werden aus den USA verstärkt.
Die europäischen Verbündeten bringen ihre Landstreitkräfte auf volle Stärken und führen sie in die vorgesehenen Verteidigungsräume der "Vorneverteidigung" des NATO-Bereichs "Europa-Mitte".
Die Norweger und Dänen drängen zum Einlenken. Aufgrund der NATO-Verträge verweigern sie eine Verstärkung ihrer Streitkräfte und die Dislozierung (räumliche Verteilung) von Atomwaffen auf ihrem Gebiet. In der Bundesrepublik fordern "Bürgerinitiativen" neue Verhandlungen und Eingehen auf das Neutralitätsangebot.
Subversive Aktionsgruppen haben den Sender Bremen und die Anlagen des ZDF gesprengt. Durch Überfall auf Atomkraftwerke und Einrichtungen der E-Werke in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wurde die Energieversorgung bis auf 30 % lahmgelegt. Auch militärische Einrichtungen wie Depots, Kasernen und Flugplätze werden mit Schwerpunkten der Ausladungsbasen für die US-Streitkräfte in Frankfurt angegriffen.
Die Bevölkerung ist, auf diese Aktionen nicht vorbereitet, in Panik. ...
Der deutsche Bundeskanzler fordert die Bevölkerung zur Ruhe auf und setzt den BGS mit allen verfügbaren Ordnungskräften der Polizei der Länder und Kommunen zur Bekämpfung subversiver Aktionen ein. Auch die Bundeswehr wird mit Kräften des Heimatschutzes zur Sicherung der Mobilmachung und der Aufmarschbewegungen eingesetzt. ...
Überraschend greifen in der Nacht vom 1. auf den 2. September Streitkräfte des Warschauer Paktes die NATO-Verbündeten an vier Stellen an. ...
Der überraschende Angriff ist mit Luftangriffen auf die Flugplätze der NATO, die NATO-Luftstreitkräfte, Depots und Regierungszentralen verbunden.
Die Neutralität Schwedens, der Schweiz und Österreichs wird gewahrt. ...
Die militärischen Aktionen des Warschauer Paktes werden in der Tiefe aller Operationsgebiete erfolgreich durch weitere subversive Aktionen des "Verdeckten Kampfes" unterstützt. "Stille" Zellen vorbereiteter Aktionsgruppen werden an vielen Stellen aktiviert. Diese werden von linksgerichteten Sympathisanten unterstützt. Sie lähmen empfindlich die Versorgungseinrichtungen der Bevölkerung, besonders die Energiequellen, Fernmeldeeinrichtungen und Verkehrsverbindungen. Es fehlen vorbereitete Kräfte zur Gegenwehr. In Großstädten und Ballungsgebieten ist Chaos die Folge.
In fünf Tagen wurden die mit 28 Divisionen tapfer kämpfenden NATO-Verbündeten durch die anstürmenden Verbände des Warschauer Paktes auf eine Linie Flensburg - Weser - Kassel – Nürnberg – München, unter schweren Verlusten auf beiden Seiten, zurückgedrängt.
Die zweiten Staffeln der Fronten der Warschauer Pakt-Streitkräfte stehen vor ihrem entscheidenden Einsatz zum Durchbruch auf ihre operativen Ziele. Nur noch 6 frische Gegenangriffsdivisionen der NATO stehen zur Verfügung. Auch die französischen Streitkräfte wurden mit 6 Divisionen im Süden zur Verstärkung des V. US- und des II. Deutschen Korps in den Kampf geworfen.
Der amerikanische Präsident warnt in einer Note die UdSSR vor weiterem Vordringen mit

einer Androhung des Einsatzes nuklearer Mittel.
Die Sowjetunion wiederholt ihr Ultimatum einer westdeutschen Neutralität und droht mit atomaren Gegenschlägen im Falle des Bruches des Kriegsvölkerrechts durch die USA. Sie weist darauf hin, daß im Zusatzprotokoll zum humanitären Kriegsvölkerrecht der Einsatz von A-Waffen auf bevölkerungsstarke Gebiete verboten sei. Würden die USA diesen 1977 von 140 Staaten paraphierten Vertrag brechen, könnte auch die Sowjetunion sich nicht daran halten.
Die Streitkräfte des Warschauer Paktes setzen ihre zweite Staffel zum Durchbruch in die Bundesrepublik ein.
Im Norden haben sie die Sperre zwischen Island und Großbritannien geschlossen und die Seeverbindungen zwischen den atlantischen Partnern unterbrochen.
Im Süden konnten sie Italien und das südliche Mittelmeer "neutralisieren".
Die deutsche, dänische, norwegische und holländische Bevölkerung sind in ihrem Durchhaltevermögen erschüttert. Besonders die Zivilbevölkerung leidet unter Flüchtlingsströmen. Hunderttausende sind nach Westen unterwegs und nicht mehr zu ordnen. Versorgungsschwierigkeiten nehmen zu. Verletzte und Kranke können in den überfüllten Krankenhäusern kaum noch versorgt werden.
Orte im Kampfgebiet werden nach Kriegsvölkerrecht zu "unverteidigten Ortschaften" erklärt. Sie werden von den kämpfenden Soldaten verschont. Die Erklärungen der rückwärts gelegenen Städte und Ballungsgebiete zu "offenen Städten" und "neutralisierten Zonen" werden nicht anerkannt.
Militärisch sind die mit konventionellen Waffen kämpfenden Verbände der NATO nicht mehr in der Lage, den offenen Raum in der Tiefe zu decken, Europa liegt als Beute der Sowjets offen.
Nachschub an Truppen und Material über den Atlantik kann nur noch unter großen Verlusten herangeführt werden. Die Vorräte an Munition und schwerem Material geht zu Ende. 3.000 der 6.000 Panzer der NATO und 50 % ihrer Artillerie sind ausgefallen.
Die Sowjets haben von ihren 28.000 Panzern 8.000 und von ihrer Artillerie 30 % eingebüßt, trotzdem setzen sie ihre "kühnen Stöße" in immer raumgreifenderen Operationen energisch fort. Sie kämpfen gegen die Zeit, denn in einigen Ländern ihres Blocks wurden Truppenbewegungen gestört und Versorgungseinrichtungen durch Partisanen gelähmt. Die Chinesen versammeln an ihrer Nordgrenze 100 Divisionen und drohen mit dem Einsatz ihrer Atomwaffen auf Moskau.
Am siebenten Tag der sowjetischen Offensive setzen die USA "selektiv" drei Atomwaffen mit je 10 Kilotonnen (Kt) ein.
1. Ziel: Eisenbahnknotenpunkt bei Lodz in Polen,
2. Ziel: Ölraffinerie bei Ploesti in Rumänien,
3. Ziel: Hafenanlage Triest.
Der Einsatz wird mit einer Note des US-Präsidenten abgeschlossen, die besagt, daß bei weiterem Vordringen der sowjetischen Angriffsdivisionen der Nuklear-Krieg bis zur letzten Konsequenz geführt werden würde.
Die Sowjets antworten mit Atomschlägen auf NATO-Ziele mit 100 Atomsprengköpfen SS 20 und Backfire-Bombern. Ziele sind:
1. die Auffrischungsräume der 7. Panzer-Grenadierdivision bei Unna, Hauptquartiere, Depots und Flugplätze,
2. der britische Hafen Portsmouth,
3. die Mobilmachungsräume einer italienischen Reservedivision bei Mailand,
4. die Versammlungsräume von 2 amerikanischen Divisionen im Raume Frankfurt und 3 französische Divisionen im Rheintal südlich (von) Mannheim und um Straßburg sowie die amerikanischen Flugplätze in Südwestdeutschland.

Zugleich setzen sie "Killer-Satelliten" mit nuklearen Köpfen und Laserstrahlen zum Ausschalten der amerikanischen Aufklärungs- und Nachrichtensatelliten im Weltraum ein. Das amerikanische Frühwarnsystem wird hierdurch empfindlich gestört. Der Einsatz strategisch-nuklearer Waffen der USA scheint gefährdet.
Der US-Präsident gibt aufgrund des Drängens der NATO-Verbündeten die atomaren Gefechtsfeldwaffen frei. Die Sowjets antworten mit weiteren Einsätzen nuklearer Gefechtsfeld- und Mittelstreckenwaffen (SS 20). Zugleich setzen sie Nervengas-Kampfstoffe gegen die NATO-Landstreitkräfte ein. Große Verluste unter den NATO-Truppen und Millionen Tote unter der deutschen, holländischen, dänischen Bevölkerung sind die Folge.
Nach anfänglicher Entlastung bricht der Widerstand der NATO zusammen. Sowjetische Landstreitkräfte erreichen ihre Ziele: die Nordseehäfen, die Westgrenze Frankreichs und die Neutralisierung Italiens und Griechenlands. ...
Die Bundesrepublik ist verloren.
Wirtschaftskraft und Versorgungseinrichtungen sind vernichtet.
Eine Strategie hat das zerstört, was sie erhalten sollte: die Substanz der Bevölkerung und das Territorium der Bundesrepublik, Belgiens, der Niederlande, Dänemarks und von Teilen Frankreichs.

Phase 2 eines dritten Weltkrieges

Seekrieg

Die Flotten der UdSSR und der USA haben den Kampf zur See verstärkt. ...
Nach 8 Tagen sind 50 % der sowjetischen und 30 % der westlichen Seestreitkräfte vernichtet. Damit ist die sowjetische Flotte nur noch begrenzt in der Lage, die Forderung ihres Schöpfers, des Admirals Gorschkow, zu erfüllen, "die Unterstützung der Landstreitkräfte und der Luftwaffe gegen das gegnerische Territorium".

Der Kampf im Weltraum

Während der Seegefechte hat der Kampf um die Vorherrschaft im Weltraum begonnen. Dort unterhalten beide Seiten etwa 4.000 Satelliten und 5 Weltraumstationen für die Aufgaben der Frühwarnung, der Aufklärung und Kontrolle der Territorien und Meere sowie des Luftraumes.
Die Aufrechterhaltung ihrer Funktionen ist strategisch entscheidend. Wer die Vorrangstellung im Weltraum besitzt, kann Frühwarnung, Aufklärung und Lenkung der strategisch-nuklearen Lang- und Mittelstreckenraketen weitgehend ausschalten. ...
Der Kampf im Weltraum endet zunächst remis. Es wurden etwa je 60 % der gegnerischen Satelliten ausgeschaltet. Damit reduziert sich zugleich der mögliche Einsatz der strategisch-nuklearen Potentiale um die Hälfte.

Die dritte Phase eines dritten Weltkrieges – strategischer und nuklearer Krieg

Die Sowjets fordern die Europäer zur Kapitulation auf. Der amerikanische Präsident fordert dagegen die Einstellung aller Kampfhandlunge in Mitteleuropa, im Mittelmeer und in Asien. Andernfalls würden die USA das letzte Mittel nicht scheuen: den Einsatz strategischer Nuklearwaffen.
Eine Kapitulation der NATO wird von den USA, Frankreich und Großbritannien abgelehnt.
Die Sowjets antworten mit Nuklearschlägen ihrer strategischen land- und seegestützten Nuklear-Raketen auf Peking, Shanghai und Nanking in Asien, weiterhin in Europa auf Southampton und Birmingham. Wieder werden amerikanische Ziele ausgenommen.
Der US-Präsident entschließt sich zum Äußersten, einem strategisch-nuklearen Angriff auf 30 wichtige Ziele in der Sowjetunion und das Territorium ihrer Verbündeten. Sie treffen Wirtschaftszentren, militärisch wichtige strategische Punkte und Versorgungsknotenpunkte. Mit diesem Schlag werden gleichzeitig die Angriffe auf alle sowjetischen strategischen atomaren U-Boot-Träger wiederholt.
Die Sowjetunion antwortet mit einem Gegenschlag auf westliche Großstädte; Washington,

New York, Chikago, San Franzisko, Montreal, London.
Die noch vorhandenen Atomwaffen der USA werden auf Moskau, Leningrad, Kiew, Charkow, Irkutsk und Wladiwostok abgeschossen. Städte des Warschauer Paktes werden ausgenommen. 15 Millionen Tote in der Sowjetunion und 30 Millionen tote US-Bürger sind zu beklagen. ...

Die vierte Phase des dritten Weltkrieges:

Der Aufstand der asiatischen Völker und der arabischen Welt

Während die USA und die Sowjetunion nach einer Bilanz des Grauens versuchen, ihren Handlungsspielraum wiederzugewinnen und vergeblich Noten austauschen, geschieht etwas schon längst Geahntes, aber letztlich doch Überraschendes. Der Meuterei asiatischer Truppenkontingente der sowjetischen Fernostarmee in der chinesischen Provinz Shenyang schließen sich weitere sowjetische Truppenkontingente an. 65 % ihrer Soldaten sind Asiaten.
Das ist der Auftakt zu Aufständen in allen sowjetischen Volksrepubliken mit asiatischer Bevölkerung, aber auch zu Volksaufständen im gesamten Herrschaftsbereich des Warschauer Paktes.
Die sowjetische Regierung wird gestürzt.
Der Kampf an allen Fronten wird eingestellt.
In Mekka ruft ein Ayatollah zum heiligen Krieg des Islam auf. Der ganze Nahe und Mittlere Osten, Pakistan, der südwestliche Teil Rußlands und die Völker in der Nordhälfte Afrikas schließen sich dieser Bewegung an. Unter Führung eines Gadhafi wird die bisherige Neue Arabische Liga um etwa 300 Millionen engagierte Moslems erweitert. Trotz heftiger Gegenwehr werden Israel und die bisher prowestliche eingestellten Regierungen in Saudi-Arabien, den arabischen Emiraten und Ägypten überrannt. Die Aufstände im Iran 1978/79 wiederholen sich und erreichen bedrohliche Ausmaße.
Ein gewaltiger asiatisch-arabischer Block mit überragenden Kraftfeldern ist entstanden. Er umfaßt die Hälfte der Bevölkerung der Welt, besitzt die entscheidenden Rohstoff- und Energievorräte, kontrolliert aus einer geostrategisch-zentralen Position heraus das Mittelmeer, Afrika und Asien.
Er wird sich dank seiner Machtinstrumente von den noch lebensfähig gebliebenen westlichen Völkern und Japan rasch die noch fehlenden Instrumente beschaffen: Technologie, Management, Organisation.
Auch diesem Block wird nicht alles gelingen können, denn die Vielfalt seiner Rassen, Ideologien und Religionen ist zu groß. Er wird aber ein wichtiger Partner aller vernachlässigten Regionen in der Dritten Welt und in Südamerika sein und niemals mehr eine Dominanz freier westlicher Demokratien zulassen, denn seine Voraussetzung ist die Diktatur, ohne die er seine Völker nicht zusammenhalten kann.
Ein Friede ganz anderer Qualität ist entstanden.
Die Vormachtstellung der USA und der Russen ist gebrochen. Keiner von beiden konnte die Weltherrschaft erringen oder behaupten.
Ihre Militärstrategien haben ihre politischen Ziele und Europa zerstört. Der Krieg hat sich für sie nicht als die zweckmäßige Fortführung der Politik mit anderen Mitteln erwiesen, sondern als ihr Mörder. Er wurde durch die Gewalt seiner Zerstörungskraft aus seiner historischen Funktion gedrängt, er hat seine Grenzen zum "Äußersten" (Clausewitz) überschritten. Diese Erkenntnis haben über hundert Millionen Menschen mit ihrem Leben, weitere unzählige Millionen mit dauerndem Siechtum bezahlen müssen.
Aus dieser vorgestellten apokalyptischen Vision können wir nur einen einzigen Schluß ziehen: Die Erkenntnis muß auf einem neu zu durchdenkenden unblutigen Wege gewonnen werden!
Zwingend aber ist nach diesen Erkenntnissen, daß ein dritter Weltkrieg ausgeschlossen sein

muß, wenn auch nur ein Funke der Vernunft der Regierenden vorausgesetzt werden kann. Erkennbar ist, daß Weltherrschaft durch Krieg oder militärische Mittel im 20. und 21. Jahrhundert nicht mehr ausgeübt werden kann.
Vorstellbar bleibt, daß andere als die heutigen Strategien den Frieden und die Welt tatsächlich in Balance halten können. Entscheidend für diese Vorstellung ist, daß die Militärstrategien und die anderen Machtinstrumente dem politischen Ziel mehr entsprechen als heute. ...<<

1983

> Sklaverei erniedrigt die Menschen bis zur Liebe zur Sklaverei.
> *Luc de Clapier Vauvenargues (1715-1747, französischer Philosoph und Dichter)*

20.01.1983

USA: US-Präsident Ronald Reagan erklärt am 20. Januar 1983 das Jahr 1983 zum "300. Jubiläumsjahr der deutschen Siedlung in Amerika".
Am 6. Oktober 1683 trafen 13 Leinenweber aus Krefeld mit ihren Familien in Philadelphia ein und gründeten dort die erste deutsche Siedlung Germantown.

29.01.1983

BRD: Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (1925-2012) verspricht am 29. Januar 1983 in München (x024/350): >>Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben.
Wir werden auch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die Vertreibung von Deutschen und die entschädigungslose Enteignung ihres Grundeigentums sowie anderer Entschädigungswerte völkerrechtswidrig ist. ...<<

06.03.1983

BRD: Bei der vorgezogenen 10. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 6. März 1983 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 48,8 %, SPD = 38,2 %, FDP = 7,0 %, Die Grünen = 5,6 %, Sonstige = 0,4 %.<<

29.03.1983

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Kohl am 29. März 1983 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

19.06.1983

Belgien: Die zehn EG-Mitgliedstaaten beschließen am 19. Juni 1983, eine Europäische Union zu gründen.

29.06.1983

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 29. Juni 1983 über eine westliche "Finanzspritze für die marode Ostwirtschaft": >>**Strauß verschafft DDR Milliardenkredit**
Seit 1970 hat die DDR weit über ihre Verhältnisse gelebt. Die Verschuldung im Westen stieg von 2 Milliarden (1970) auf 27,9 Milliarden Valuta-Mark (1980). ... Der bayerische Ministerpräsident vermittelt einen Milliarden-Kredit, den ein Bankenkonsortium an die DDR vergibt (Führung: Bayerische Landesbank). Die Bundesregierung übernimmt am 29. Juni die Bürgschaft. ...<<

1983

UdSSR: Der sowjetische Verteidigungsminister Dimitri Ustinow (1908-1984) berichtet im Jahre 1983 über die militärische Wettrüstung zwischen USA und UdSSR (x068/360-361): >>Sehen wir uns doch an, wer wirklich der Initiator des Wettrüstens ist.
Die Frage sei gestattet, wer als Erster eine Atomwaffe geschaffen und sie gegen die Bevölkerung von Hiroshima und Nagasaki angewandt hat?
Wer als Erster Tausende von Bombenflugzeugen als Träger für Kernwaffen gebaut und damit begonnen hat, Interkontinentalraketen in Massen zu produzieren und zu stationieren, sowie

die Zahl der atomar angetriebenen U-Boote mit ballistischen Raketen an Bord zu vergrößern?
Wer war der Erste bei der Ausstattung ballistischer Raketen mit individuell gesteuerten Mehrfachsprengköpfen?
Wer hat mit der Produktion der Neutronenwaffe und der binären chemischen Waffen begonnen?
Wer versucht, das Wettrüsten auf den Weltraum auszudehnen? ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die militärische US-Wettrüstung (x068/357-361): >>**"Die menschliche Rasse ist sehr elastisch, Senator ..."**
Unter der Reagan-Bush-Administration arbeiteten über 30.000 US-Industrieunternehmen und mehr als 6,5 Millionen Amerikaner für den "militärisch-industriellen Komplex". Unter Reagan/Bush würden dafür an jedem Arbeitstag mehr als 50.000 Lieferkontrakte von den Bevollmächtigten des Pentagons und der Waffengattungen unterschrieben und Tag für Tag fast 900 Millionen Dollar dafür ausgegeben.
Denn es mußte Geld kosten, viel Geld!
Gegen Ende der achtziger Jahre hatten die USA 360 Militärbasen in Übersee. Und jährlich investierten sie dort über 1,5 Milliarden Dollar in neue Militäranlagen.
Aber die Militäranlagen hatten dem Dollar zu dienen - und dann allenfalls noch ein bißchen umgekehrt. Doch die Priorität stand fest. Viel kosten, viel verschlingen mußte alles.
Allein der Unterhalt der US-Air-Force verschlang in den achtziger Jahren eine größere Summe, als ganz Lateinamerika, Afrika und Asien (mit Ausnahme Japans) für Kindererziehung ausgeben konnten.
Die Yankees dagegen geben viel für Kindererziehung aus, selbst noch für die Erwachsenen, weil sie noch nicht so erzogen sind, wie heute Kinder erzogen werden.
In der Reagan-Bush-Zeit bekamen da und dort Vierzehnjährige schon Waffenausbildung. Sie zogen zu Kriegsspielen ins Gelände, in gewissen Schulen stets in Uniform, mit militärischen Dienstgradabzeichen, auch die Mädchen.
Nazimethoden?
200 Millionen Kriegsspielzeuge wurden Jahr für Jahr an amerikanische Kinder verkauft.
Doch nicht die Jugend nur, fast die ganze Gesellschaft wurde vom Militär fasziniert, das ganze Land beinah zu einer Art Militärarsenal - nicht im Dienst übler Kampf- oder Kriegshysterie, oh nein, es diente dem militärisch-industriellen Komplex. Das andere war eher ein Nebenprodukt, das man, gar nicht ungern, buchstäblich in Kauf nehmen konnte.
Zumindest in den ersten Jahren der Reagan-Bush-Administration standen in den USA rund zwei Millionen Menschen unter Waffen, davon 170.000 Frauen. Etwa ein Drittel der Kampfverbände aber befindet sich in der Regel im Ausland: in Europa, in der Karibik, im Bereich des westlichen Pazifik, des Indischen Ozeans.
Weiß man doch, wie oft man da schon zu operieren hatte, immer wieder, in Mittelamerika, in Kuba, im Libanon, im Persischen Golf, im Iran, Irak, in Libyen, in Vietnam?
Nach Ermittlungen der Historiker B. M. Bleichman und Stephen S. Kaplan intervenierten die USA mit militärischem Einsatz in den ersten dreißig Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg weltweit in 215 Fällen.
Trotz der gewaltigen Kriegsmaschinerie aber, trotz des größten Militärapparates der Welt, der jeden Punkt des Planeten entweder "schützt" oder bedroht, trotz des zeitlichen Vorsprungs bei der Produktion der meisten stets schrecklicheren Waffen, eines Vernichtungspotentials, wie es die Welt noch nie gesehen, schwätzten sie ihr immer wieder ihre Unterlegenheit vor, entsetzten sie die Nation und die Verbündeten, ihre "Freunde", mit klaffenden Lücken, Lücken bei dieser, bei jener Waffe, eine Lücke in der Panzerwaffe gab es, eine "bomber gap", eine "missile gap", eine Unausgewogenheit bei den Raketen - entsprechende Lügen ihrer Präsidenten

und Propaganda am laufenden Band. "Die Wahrheit ist", log Reagan 1982, "daß die Sowjetunion in der Tat eine definitive Überlegenheit besitzt ..."
Der Zweck des Dauergeschwätzes von all den "Lücken", den "Ungleichgewichten", dem Vorsprung oder doch bald drohenden Vorsprung der Russen war es, das irrsinnige Rüstungsgeschäft immer mehr in die Höhe zu jagen. 1940 hatte man dafür zwei Milliarden Dollar ausgegeben, 1945 schon 86 Milliarden, 1970 bereits 104 Milliarden, inzwischen sind es 300 Milliarden.
Sagte ich irrsinnig?
Wie leichtfertig. Denn all dies mußte sein - ein Erfordernis der Verantwortung einfach.
Waren doch alle US-Streitkräfte, Heer, Marine, Luftwaffe, Marineinfanterie, stets beinah kriminell schlecht ausgerüstet, wie die Rüstungsindustrie wußte. Sie alle hatten über kurz oder lang (aber öfter über kurz) veraltete Waffen und mußten immer wieder neu bestückt werden. Und wird ein im Verteidigungsbereich so ahnungsloser Mann wie Caspar Weinberger Verteidigungsminister, mußte der Militärisch-industrielle Komplex ihn natürlich beraten, sorgfältig beraten, aus seinen Erfahrungen heraus.
Und wirklich konnte man seine Bedürfnisse derart plausibel machen, daß Weinberger dem Kongreß Anfang 1981 einen Fünfjahresplan zur Wiederaufrüstung in Höhe von insgesamt 1,5 Billionen Dollar präsentierte. Man sollte meinen - auch wenn da noch etwas reduziert werden mußte - das reicht. Aber nein, ermittelte das Pentagon doch bei der Kontrolle von 774 Rüstungspreisen immerhin 365 grobe Preisüberschreitungen mit einem Gesamtwert von 788,9 Millionen Dollar. Und das Überschreiten nimmt in jüngster Zeit ständig zu. So stiegen die staatsanwaltlich verfolgten Betrugsfälle von 770 im Jahr 1984 auf 1.421 im Jahr 1986. Dazu kamen im selben Zeitraum noch 511 staatsanwaltliche Bestechungsdelikte.
Die Rüstung und Überrüstung, die eine Eskalation aufzuweisen hatte, wie sie nur unter Wahnsinnigen möglich scheint, da sie längst reichte, den Planeten mehrfach in die Luft zu jagen, war freilich vernünftig, dachte man nur an das Geschäft dabei. Und gewisse, und zwar die maßgebenden Kreise dachten ganz offenbar nur an das Geschäft, das immer astronomischere Summen einbrachte, wobei sich, bizarr genug, nicht auch die Waffen im gleichen Maße mehrten.
Rolf Winter hat gezeigt, daß die erste Reagan-Bush-Regierung für 75 % mehr Geld für die Air Force nur 8 % mehr Flugzeuge erhielt; für 91 % mehr Geld für Raketen nur 6 % mehr Raketen; für 147 % mehr Geld für die Panzerwaffe nur 30 % mehr Panzer.
Ein Skandal?
Aber nein. Es hing und hängt damit zusammen, daß, was wir alle kennen, alles einfach immer teurer wurde und wird, laufend, laufend, was hier nur die sogenannte AMRAAM-Rakete, eine "Fortgeschrittene Mittelstrecken-Luft-Luft-Rakete" veranschaulichen soll. 1977 bezifferte man den Stückpreis in Washington auf 45.000 Dollar, 1981 stieg der Preis schon auf 115.000 Dollar, bis 1984 kletterte er auf 305.000 und 435.000 Dollar, schließlich kosteten die ersten 90 Raketen pro Stück 871.000 Dollar - und noch 1989 trafen nur die allerwenigsten dieser Raketen überhaupt ihr Ziel, wohl das Beste, was man von ihnen sagen kann - aber irgendwohin trafen und treffen sie natürlich doch.
Also, man muß sich über Wasser halten. Man muß sich nach der Decke strecken. Und so hält man sich und streckt sich. Und je mehr man verdient, desto weniger zahlt man natürlich im Verhältnis dem Staat. Das dürfte weithin in der Welt zwar ähnlich sein. In den USA aber zahlten Rüstungsriesen mit Hunderten von Millionen, ja mit Milliarden Dollar Reingewinn in den ersten vier Jahren der Reagan-Regierung überhaupt keinen Cent Einkommensteuer: zum Beispiel "Lockheed" mit 1,7 Milliarden Dollar Profit, "Boeing" mit 2,1 Milliarden Dollar Profit, "General Electric" mit 9,6 Milliarden Dollar Profit.
Aber leider: nur vier Jährchen lang.

Warum nicht länger?
Ja, das fragt man sich.
Warum nicht stets?
Versteht man, weshalb so viele Präsidenten schon lehrten:
Je weniger Staat, desto besser?
Weshalb Reagan schon in seiner Rede zum Amtsantritt sagte, der Staat sei "nicht die Lösung, der Staat ist das Problem"?
Gut gesagt, Sir.
Und versteht man jetzt auch, warum die Sowjetunion immer böser, immer stärker, immer überlegener wurde - obwohl sie es doch längst nicht (mehr) war?
Im selben Jahr, als Präsident Reagan log, in Wahrheit besitze die Sowjetunion eine definitive Überlegenheit, im selben Jahr, am 29. April 1982, beantwortete sein Verteidigungsminister Weinberger vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten die Frage, ob er lieber über das sowjetische oder das amerikanische Atomarsenal verfügen würde: "Auch nicht einen Augenblick würde ich irgend etwas tauschen, denn wir haben einen unerhörten technologischen Vorsprung."
So war es. Und der sowjetische Verteidigungsminister Dimitri Ustinow sagte denn auch mit allem Recht ein Jahr darauf. "Sehen wir uns doch an, wer wirklich der Initiator des Wettrüstens ist. Die Frage sei gestattet, wer als Erster eine Atomwaffe geschaffen und sie gegen die Bevölkerung von Hiroshima und Nagasaki angewandt hat?
Wer als Erster Tausende von Bombenflugzeugen als Träger für Kernwaffen gebaut und damit begonnen hat, Interkontinentalraketen in Massen zu produzieren und zu stationieren, sowie die Zahl der atomar angetriebenen U-Boote mit ballistischen Raketen an Bord zu vergrößern?
Wer war der Erste bei der Ausstattung ballistischer Raketen mit individuell gesteuerten Mehrfachsprengköpfen?
Wer hat mit der Produktion der Neutronenwaffe und der binären chemischen Waffen begonnen?"
Wer versucht, das Wettrüsten auf den Weltraum auszudehnen?
Gleichwohl haben die USA systematisch die Hysterie, den "Kalten Krieg", die panische Angst vor den Russen geschürt, die in Wirklichkeit immer mehr zu Tode gerüstet wurden, wie sich inzwischen drastisch genug gezeigt hat.
Und Ronald Reagan konnte im Bewußtsein dieser ungeheuren Überlegenheit im Weißen Haus zwischen Suppe und Hauptgericht gelassen einen "begrenzten atomaren Schlagabtausch" in Europa ventilieren, ohne daß ihm der Appetit verging.
Warum auch?
Sein Abrüstungsexperte, Eugene Rostow, beurteilte 1981 bei einer Anhörung im Senat das Überlebensrisiko optimistisch. Er zögerte keinen Augenblick, in diesem Zusammenhang das Aufblühen Japans nach dem amerikanischen Nuklearangriff zu erwähnen, ja, erklärte dem ziemlich verblüfft nachfragenden Senator: "Die menschliche Rasse ist sehr elastisch, Senator Fell". ...<<

1984

> In der Jugend meinen wir, das geringste, das die Menschen uns gewähren können, sei Gerechtigkeit. Im Alter erfahren wir, daß es das Höchste ist.
> *Marie Freifrau von Ebner-Eschenbach (1830-1916, österreichische Schriftstellerin)*

Mai 1984

BRD: Der nordamerikanische Historiker Raul Hilberg (1926-2007) erklärt während eines wissenschaftlichen Kongresses ("Der Mord an den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg"), der vom 3. bis 5. Mai 1984 in Stuttgart stattfindet (x036/176-177): >>... Es wurden in Ausch-

witz nicht 2,5 Millionen Juden vergast. Das ist eine Unmöglichkeit. Wenn man sich ganz Europa ansieht, dann weiß man doch, wie viele Juden in der Sowjetunion erschossen und wie viele im Generalgouvernement vergast worden sind. Aus dem Generalgouvernement sind im Jahre 1942 noch keine Juden nach Auschwitz gekommen, und nach dem Ende des Jahres 1942 sind sehr wenige übriggeblieben. Die meisten polnischen Juden sind in Treblinka, in Belzec und in Sobibór vergast worden.
Ich schätze die Zahl der Opfer in Auschwitz auf rund eine Million Juden. Davon sind 400.000 aus Ungarn gekommen, etwa 300.000 aus verschiedenen polnischen Gebieten, darunter Lodz, Oberschlesien, Bialystok, Zichenau und den Überresten der Gettos im Generalgouvernement, dazu noch weitere 300.000 aus verschiedenen Ländern Europas, aus Frankreich, aus Griechenland, aus Holland, der Tschechoslowakei, in geringerem Maße aus anderen Ländern wie zum Beispiel Italien oder Kroatien.
Selbstverständlich war Auschwitz als Mittelpunkt in Europa für die westeuropäischen, südeuropäischen, südosteuropäischen Juden bestimmt. Das hatte auch damit zu tun, daß es an Eisnenbahnlinien gelegen ist und daß für jeden Transport in ein Vernichtungslager gezahlt werden mußte, für jeden Achsenkilometer vier Pfennige pro Person, zwei Pfennige bei Gruppenbeförderung.
Aber ich muß behaupten, daß die Zahl von 2,5 Millionen jüdischer Opfer in Auschwitz ausgeschlossen ist.<<

01.07.1984

BRD: Der CDU-Politiker Richard von Weizsäcker (1920-2015) wird am 1. Juli 1984 zum Bundespräsidenten gewählt.

10.11.1984

BRD: In Bonn findet am 10. November 1984 der V. Kongreß der Ostdeutschen Landsmannschaften und Landesvertretungen statt.
Im Verlauf dieses V. Kongresses sprechen auch Vertreter der CDU, CSU, SPD und FDP (x024/319-320): >>... Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, CDU-Vorsitzender: "Wir Deutschen finden uns mit der Teilung nicht ab. Der nationale Auftrag bleibt gültig und erfüllbar, in einem vereinten Europa in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Deshalb bleibt auch die deutsche Frage offen. Das gilt politisch wie in rechtlicher Hinsicht. ...
Der Bundespräsident hat vor einigen Wochen mit Recht darauf hingewiesen, daß es doch gänzlich unnatürlich wäre, wenn die Deutschen die Idee ihrer Einheit für ein Volk aufgeben, das selbstverständlich zusammengehört.
Wir wissen - und sind Realisten -, daß die Lösung der deutschen Frage jetzt nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik steht. Aber wir wissen auch, daß wir selbst, wenn wir an der Einheit der Nation festhalten, den notwendigen langen Atem auf dem Weg der Geschichte aufbringen müssen.
Die Überwindung der Teilung Deutschlands – dies ist meine feste Überzeugung – ist nur langfristig und unter einem europäischen Dach denkbar.
Wenn wir dieses nur in historischen Zeiträumen zu verwirklichende Ziel im Auge behalten, dann hat es überhaupt nichts mit Aggressivität oder mit Revanchismus zu tun, sondern ist der selbstverständliche Wille eines Volkes, das den Willen zur Einheit der Nation allen anderen Völkern dieser Welt ganz selbstverständlich auch zubilligt. Wir wollen nicht mehr, als anderen überall, in allen Kontinenten, gewährt wird."
Ministerpräsident Franz-Josef Strauß, CSU-Vorsitzender: "Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 zum Grundlagenvertrag hat wenigstens Eindeutigkeit und Klarheit über die verfassungsrechtliche Lage geschaffen und hat eindeutig klargestellt, daß uns das Grundgesetz deutschlandpolitisch rechtliche und politische Vorgaben macht, die ne-

gotiabel sind, die also nicht zur Diskussion oder Disposition gestellt werden können. Sonst läuft nämlich die Forderung nach einem immer neuen Kompromiß darauf hinaus, daß man am Ende beim Extrem der einen Seite angelangt ist. Diese Tatsachen muß sich jeder sagen lassen, der angesichts dieser eindeutigen Rechtslage, aber auch angesichts der noch immer bestehenden Vier-Mächte-Verantwortung für ganz Deutschland laut darüber nachdenkt, ob die deutsche Frage wirklich noch offen ist." ...<<

Dr. Herbert Hupka (1915-2006) beendet diese Veranstaltung mit den Worten des Jesuitenpaters und Widerstandskämpfers Alfred Delp (x024/321): >>... Wer nicht den Mut hat, Geschichte zu machen, wird ihr armes Objekt. Laßt uns tun!<<

Polen: Nach dem V. Kongreß der Ostdeutschen Landsmannschaften und Landesvertretungen stellt "Radio Polonia" entrüstet fest (x024/321): >>... Die Proklamierung der offiziellen Doktrin vom Weiterbestehen des Dritten Reiches in den Grenzen von 1937 heute in der Bundesrepublik Deutschland, fast 40 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands und der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens, weiter die Aufrechterhaltung von irgendwelchen Illusionen bezüglich möglicher territorialer Änderungen, wie in Jalta und Potsdam festgelegt, mit Hilfe sogenannter friedlicher Mittel, droht mit unabsehbaren Konsequenzen.<<

09.12.1984

BRD: Bundestagspräsident Dr. Philipp Jenninger (CDU) erklärt am 9. Dezember 1984 während eines Kongresses (x287/195): >>... Auf das Recht auf Selbstbestimmung, das allen Völkern der Welt eingeräumt wird, werden wir niemals verzichten.

Und ich füge aus gegebenem Anlaß hinzu: Wer sich vor die Berliner Mauer stellt und sagt, das muß so bleiben, der setzt sich nicht nur in zynischer Weise über das Selbstbestimmungsrecht hinweg, der handelt nicht nur unsolidarisch, sondern er trägt vor allem dazu bei, einem längst überwunden geglaubten Nationalismus neu zu entfachen und der Politik der Westbindung und der europäischen Integration in unserem Land den Boden zu entziehen.<<

1984

Ostdeutschland, Polen: Von 1950 bis 1984 verlassen über 750.000 Deutsche als Aussiedler das Land und werden in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen (x077/35).

BRD: Der evangelische Theologe und Publizist Kurt E. Koch (1913-1987) berichtet im Jahre 1984 in seinem Buch "OKKULTES ABC" (x883/...): >>**Der Weltkommunismus**

In der Hauptsache werden drei Männer für das Aufkommen des Weltkommunismus verantwortlich gemacht: **Karl Marx** (gestorben in London 1883) - **Uljanow Lenin** (gestorben 1923 in Gorki bei Moskau) - **Josef Stalin** (gestorben 1953).

Diese drei Männer haben einen großen Teil der Welt in ein Meer von Blut und Tränen verwandelt. Es sind absichtlich nur die Jahre angegeben, in denen diese drei Größen des Abgrundes vom Schauplatz der Erde abgetreten sind. Der Prophet Jeremia sagt in 17,13: "Der Name der Gottlosen müsse in den Sand geschrieben werden." Das heißt, der erste Windstoß oder die erste Wasserwoge wischt den Namen aus. Ihr Name und Gedächtnis vergeht.

Leider ist das aber nicht vergangen, was diese drei Männer gesät haben. Ihre Drachensaat ging nicht hundertfältig, sondern tausendfältig auf.

Karl Marx war Sohn eines jüdischen Anwaltes. Seine Lebensgeschichte zeigt die Entfaltung revolutionärer, atheistischer Ideen. Nach seinem Studium war er journalistisch tätig. Wegen seiner radikalen Anschauungen mußte er seine Stellung als Chefredakteur der "Rheinischen Zeitung" aufgeben. Er hat so viel Ärger ausgelöst, daß die preußische Regierung verlangte, daß Marx aus Paris ausgewiesen wurde. Er siedelte dann nach London über, wo er sich einer **Satansloge** anschloß. Über seine Zugehörigkeit zu den Illuminaten ... verweise (ich) auf das Buch Wurmbrands **"Karl Marx und Satan".**

Die Opposition gegen jede Form einer Religion zeigt sich schon in seiner Frühschrift: **"Die**

Kritik der Religion als Voraussetzung jeder Kritik." Marx äußert in dieser Schrift einige seiner revolutionären Ideen. Die Kritik an jeder Religion hat damit zu enden, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei. Die Religion sei nur die illusorische Sonne, die sich um den Menschen bewege, solange er sich nicht um sich selbst drehe. In diesem Zusammenhang steht das geflügelte Wort: "Religion ist das Opium für das Volk."
Der französische Soziologe **Raymond Aron,** in seiner Jugend selbst Marxist, schloß an diese Aussage von Marx die Erklärung an: **"Der Marxismus ist das Opium für die Intellektuellen."**
Vor einigen Jahren suchte ich Material zur Person und Politik von Marx zusammen. Typisch für seine menschenverachtende Ideologie ist sein Bekenntnis: "Meine Aufgabe ist es, die Menschheit in die Hölle zu ziehen. Dort werde ich lachen über sie." (Zitiert bei Richard Wurmbrand in "War Marx ein Satanist?")
Eine ähnliche Aussage fand ich in der Broschüre "An ideology for South Africa" von **Francis Grim**. Darin heißt es auf Seite 10:
"What grater challenge could there be for Christians than todirectly oppose the design of Karl Marx, the writer of the Communist Manifest and the father of Communism, who said: The sole purpose of my life is to destroy God and to dethrone Him forever."
Auf deutsch heißt das: "Was kann es für einen Christen eine größere Herausforderung geben, als der Absicht von Karl Marx direkt zu widerstehen. Er ist Schreiber des 'Kommunistischen Manifestes' und Vater des Kommunismus, der erklärte: Der einzige Zweck meines Lebens ist, Gott zu vernichten und ihn für immer zu entthronen."
Lenin war ebenfalls wie Karl Marx Mitglied eines Satansklubs. In dem Buch von **L. Trotzki** "Der junge Lenin" (Fischer Verlag) heißt es: "Bei Lenin, dem Begründer des modernen Kommunismus, vollzog sich die Aufnahme in eine Satanssekte, indem er auf das Kreuz spie und auf ihm herumtrat." - Viele Satanskulte praktizieren die gleiche Zeremonie bei der Aufnahme von Mitgliedern.
Den Lebensweg dieses revolutionären Politikers hier darzustellen, ist nicht Aufgabe dieses Buches. Nur einige kurze Hinweise sollen gebracht werden. Seit 1912 sammelte und vereinigte er als geschickter Organisator russische revolutionäre Gruppen. Seit 1914 hielt er sich in der Schweiz auf und wurde im April 1917 in einem geschlossenen Eisenbahnwagen nach Rußland geschafft, um die russische Kampfkraft zu unterhöhlen. **Das war ein verhängnisvoller Schachzug der deutschen Heeresleitung.** Der Friede mit Rußland kam zustande, kurze Zeit später vollzog sich eine schaurige Revolution. Lenin räumte mit allen Gegnern rücksichtslos auf. 1922 gründete er die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR). Seine politische Einstellung ist eine Weiterentwicklung des Marxismus und zugleich eine Entfaltung einer ungeheuren Machtgier und radikalen skrupellosen Beseitigung der Gegner. Es gibt kein anderes politisches System, das derart brutal die Menschen versklavt.
Wie diese Versklavung der Völker erreicht werden soll, ist in einem Buch Nr. 3926 des **Britischen Museums in London** aufgezeichnet. Daraus werden einige Leitbilder und Instruktionen zitiert:
1. Die Jugend durch falsche Grundsätze verderben.
2. Das Familienleben zerstören.
3. Die Menschen durch eigene Laster beherrschen.
4. Die Kunst entweihen und die Literatur beschmutzen.
5. Die Achtung vor der Religion vernichten.
6. Priester in Skandalgeschichten verwickeln.
7. Grenzenlosen Luxus und verrückte Moden einführen.
8. Mißtrauen zwischen sozialen Schichten säen.
9. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhältnisse vergiften.

10. Das Volk gegen die "Reichen" aufwiegeln.
11. Die Landwirtschaft durch Industrie ruinieren.
12. Löhne ohne Vorteil für die Arbeiter erhöhen.
13. Feindseligkeit zwischen den Völkern hervorrufen.
14. "Ungebildete" regieren lassen. (Freies Wahlrecht).
15. Gestrauchelte Regierungsbeamte erpressen.
16. Vermögenschluckende Monopole schaffen.
17. Durch Wirtschaftskrisen Weltbankrott vorbereiten.
18. Massen auf Volksbelustigungen konzentrieren.
19. Menschen durch Impfgifte gesundheitlich schädigen.
20. Grundbesitze mit Rittern vom "Goldenen Kalb" besetzen.
21. Den Todeskampf der Völker vorbereiten, die Menschen durch Leiden, Angst und Entbehrungen erschöpfen, ... denn … Hunger schafft Sklaven.

Die Verwirklichung dieser Prinzipien hat die kommunistischen Länder zu Zuchthäusern verwandelt. Ein Christ aus den sowjetischen Gefängnissen konnte einen Brief nach dem Westen schmuggeln. Er schrieb: "Die Sowjetunion ist für uns ein riesiges Konzentrationslager, innerhalb dessen es noch zusätzliche Kerker und Orte der Bestrafung gibt. Man hat uns verurteilt, weil wir gläubig sind und unsere Kinder im Glauben erziehen … Nach der schlechten Behandlung in den Lagern sind wir nicht mehr lebenstüchtige Bewohner dieser Erde, sondern nur noch armselige Kreaturen. ...

Brandschwarze Verleumdungen und Lügen wurden erfunden und die Bevölkerung gegen uns aufgehetzt, indem man uns Ritualmorde anlastete. Unsere Frauen schmerzt es, wenn Kinder gezwungen werden, der Ocobryata oder den Pionieren beizutreten (kommunistische Jugendorganisationen). Es ist erschreckend, zu welch wahnsinnigen, erpresserischen Mitteln die Lehrer greifen, wenn unsere Kinder sich weigern, die Abzeichen der Gottlosigkeit (Stern und rotes Halstuch) zu tragen …"

Durch Mord und Terror ist es Lenin gelungen, seine Pläne zu verwirklichen. Er nahm ein schreckliches Ende. Ich erinnere mich gut an die Zeit, da Lenin starb. Damals war ich noch Schüler. Eines Tages kam unser verehrter Religionslehrer in den Unterricht und erzählte uns von den Ereignissen beim Tode Lenins. Lenin starb in geistiger Umnachtung. Er kroch wie ein Tier auf dem Fußboden umher und bat Tische und Stühle um Vergebung für seine Greueltaten. Dieser Götze von Millionen von irregeführten Menschen wurde also noch vor seinem Tode gestürzt wie der Gotteslästerer Herodes (Apostelgeschichte 12,23).

Der dritte in dieser schauerlichen Reihe muß genannt werden: Josef Stalin. Was Karl Marx philosophisch und journalistisch gesät und Lenin mit vollendeter Technik organisiert hat, ist bei Stalin zur **verbrecherischen Reife** gelangt. Ein Zeitgenosse urteilte über ihn: "Er war kein Mensch, sondern ein Teufel." Sein Vater war ein versoffener Flickschuster, seine Mutter eine gläubige Frau, die aus ihrem Sohn einen Priester machen wollte. In der Tat gelang ihr die Aufnahme ihres Sohnes im Priesterseminar in Tiflis. Nach vierjähriger Seminarzeit wurde er wegen revolutionärer Ideen weggeschickt.

Stalin gewann sich zunächst das Vertrauen der ärmsten Volksschicht, der besitzlosen Landarbeiter, indem er die begüterten Bauern, die Kulaken, enteignete und sie liquidierte. Bis in die Mitte der dreißiger Jahre hatte er sechs Millionen Kulaken umbringen lassen.

Das Militär machte sich Stalin gefügig, indem er die fähigsten Kommandeure verhaften und nach einem Schauprozeß hinrichten ließ.

Auch vor der eigenen Partei machte er nicht halt. In großen Säuberungsaktionen hat er die Partei auf fast die Hälfte dezimiert.

Nobelpreisträger Alexander Sacharow schrieb im Jahr 1968 zu diesen Massakern: "Allein in den Jahren 1936-1939 wurden mehr als 1,2 Millionen Mitglieder der Partei verhaftet. Nur

500.000 kamen mit der Zeit wieder frei. Die anderen wurden bei Verhören zu Tode gefoltert, erschossen oder sind im Arbeitslager umgekommen.
Wie war Stalins Ende, der getreu in den Fußstapfen seines Vorgängers Lenin wandelte? Dem "Arche Blatt" vom Mai 1977 entnehme ich folgendes: "Am 21. Dezember 1952, ein halbes Jahr vor seinem Tode, rief Stalin 12 seiner treuesten Genossen des obersten Sowjets zu sich und verkündigte ihnen sein politisch-ideologisches Testament." Es können nur einige Einzelheiten gebracht werden, weil dieses letzte Vermächtnis dem Rahmen dieses Kapitels sprengen würde. **Es heißt darin:**
"Genossen, noch nie in der Geschichte der Menschheit hat eine Heilslehre in so kurzer Zeit sich ein solches Riesenreich erkämpft wie der Kommunismus … Vom großen Ozean bis zur Elbe ist alles in unserer Hand, denn die sogenannten Satellitenstaaten geben wir nicht mehr her. Mehr als 22 Millionen Quadratkilometer mißt die Sowjetunion allein. Dazu kommen die Länder, die durch Hitlers Wahnsinn und die Naivität der Amerikaner uns in den Schoß gefallen sind: Polen, Ostdeutschland, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Estland, Lettland und Litauen nicht einmal gezählt.
Dazu kommen die starken kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich und viele unserer Freunde in Asien, Afrika und Südamerika. Genossen, im Kampf um Rußlands Weltherrschaft haben wir eine wunderbar zügige Parole, ganz anders als Hitler, der meinte, nur am deutschen Wesen könne die Welt genesen. Wir Russen reden hintenherum …
Die Idee des Kommunismus zieht die Armen der ganzen Welt unter ihren Bann. Diesen Armen verkünden wir die frohe Botschaft von der Verteilung der irdischen Güter an alle … Die Lehre vom Kommunismus treibt die Schäflein der ganzen Welt in die russische Hürde … Bald werden alle Völker nach Moskau wallfahren. **Moskau wird das neue Jerusalem sein** …
Unser alter Marx hat den Slogan geprägt: Religion ist Opium für das Volk. Er hat damit den Menschen das Gewissen herausgeschnitten. Und ein Mensch ohne Gewissen kennt keine Verantwortung vor einem Gott. Auch ich habe mir von Marx und Lenin das Gewissen herausschneiden lassen. Meine moralische Norm 68 heißt jetzt: Gut ist, was uns Russen nützt, was uns zur Weltherrschaft bringt. Schlecht ist, was uns daran hindern will.
Offen sage ich euch: Wir stellen die Gewalt und Lüge in unseren Dienst. Ja, ihr müßt alles versprechen und nicht halten … Auf den Köder des Kommunismus beißen die unreifen und unerfahrenen jungen und auch alte Menschen an, sogar viele Intellektuelle …
Der Kommunismus ist für Narren eine süße Droge … Wer muckst, wird in die sibirische Kühltruhe gesteckt. Resümieren wir kurz: Kommunismus ist unser Opium für die Völker. Unsere Außenpolitik heißt List und Intrige, unsere Innenpolitik ruht auf dem Terror! **Unser Ziel ist: die Weltherrschaft."** …
Die zwölf auserwählten Jünger Stalins klatschten 10 Minuten lang Beifall. In dem Lärm des Klatschens hörte keiner das Gemurmel Chruschtschows: "Aber Liebknecht hat doch schon gesagt: **Wenn es einen Gott gibt, so sind wir Kommunisten die Geleimten!"** –
Nachdem der Beifall verebbt war, hob Stalin nochmals die Faust, und alles war augenblicklich mäuschenstill. "Genossen", sprach er mit lauter Stimme, "vergeßt eines nicht: **Redet immer vom Frieden, bereitet aber immer den Krieg vor!** Zu Hause, in Rußland, dürft ihr mit groben Schuhen einhergehen. Im Westen aber schleicht auf leisen Sohlen umher, bis auch der Westen unser ist!"
Stalin müßte heute 20 Jahre nach seinem Tode die Liste der kassierten Länder vervollständigen. Vietnam kam dazu, Kambodscha, Afghanistan, dazu die durch kommunistische Revolutionen von innen her eroberten Länder. Mozambique wäre zu nennen, Angola, Äthiopien, Simbabwe usw. Insgesamt stehen allein auf dem Kontinent Afrika mehr als 20 Länder unter kommunistischem Einfluß. Kein Wunder, daß viele meinen, daß der Antichrist aus dem

kommunistischen Weltreich kommt. Ich folge dieser Meinung nicht, sondern meine immer noch, daß dieser Machtmensch der Endzeit sich aus dem wiedererwachten römischen Weltreich erhebt. Ein Streitpunkt ist es aber für mich nicht.

Streiflichter aus dem kommunistischen "Paradies".

Es liegt so viel entsetzliches Material vor, daß es unmöglich ist, das alles zu berichten. Das gäbe nicht nur viele Bände, sondern eine ganze Bibliothek. Das meiste Material ist dem sehr zu empfehlenden Magazin von Wurmbrand **"Stimme der Märtyrer"** (Mai 1983) entnommen. Ich besitze auch Originalberichte aus Nordkorea, Kambodscha, Rhodesien (Simbabwe) und anderen kommunistisch regierten Ländern. Dazu einige Berichte.

Der Missionar **James Stuart** berichtete kürzlich aus Mozambique (Afrika) über die Verhaftung eines Christen mitsamt seiner Frau und seinen vier Kindern. Die Kinder waren aneinandergekettet. Die Kommunisten drückten der Frau eine Axt in die Hand und erklärten ihr: "Wenn du deinem Mann den Kopf abschlägst, lassen wir dich und deine Kinder frei. Wenn du dich weigerst, werden wir es tun und auch den Kindern den Kopf abschlagen."

Der Christ bat seine Frau, sich dem Wunsch der Mörder zu fügen. Zögernd holte sie zum Schlag aus, brachte ihm aber nur eine Verletzung bei, an deren Folgen er später starb. Die Frau wurde wahnsinnig. Was mit den Kindern geschah, ist nicht bekannt.

Den Kommunisten macht es nichts aus, solche Greueltaten zu verüben. Je größer das Übel ist, desto weniger glaubwürdig erscheint es. Jahrelang wollte die Welt nicht glauben, zu welchen Untaten Stalin fähig gewesen war. Präsident Roosevelt hatte ihn den "guten Onkel Joe" genannt. Die Kommunisten verlassen sich auf diesen psychologischen Trick und begehen absichtlich Scheußlichkeiten, die sich andere Menschen kaum vorstellen können. -

Kommunisten und die Kirchen (Juni 1983)

Die Kommunisten töten die Leute nicht nur einzeln, sondern auch in Gruppen. Lenin hat ja gelehrt: "Grundsätzlich haben wir nie auf Gewaltanwendung verzichtet und werden nie darauf verzichten können."

In Nicaragua drangen uniformierte Kommunisten in eine Kirche ein, vergewaltigten fünf Musawa-Indianerinnen - darunter zwei zwölfjährige Mädchen - und töteten sie anschließend. Als nächste wurden sechs Gottesdienstbesucher, die gegen die Vergewaltigung protestiert hatten, auf der Stelle erschossen. Später mußten unzählige andere ihr Leben lassen.

40 Dörfer der Musawa-Indianer fielen der Zerstörungswut zum Opfer, das Vieh wurde geschlachtet und die Ernte vernichtet. In Tulinbila überführten die Kommunisten 13 Kranke in die katholische Kirche und steckten das Gebäude dann in Brand. Der evangelische Pfarrer Abel Flores und 13 kirchliche Mitarbeiter wurden vor einem Jahr verhaftet. Seither hat man nichts mehr von ihnen gehört. ("Deutsche Tagespost", 18. Dezember 1982.)

Im kommunistischen Mozambique (Afrika) starb der katholische Priester Estevao Mirassi nach drei Jahren Gefangenschaft. Andere sind immer noch eingekerkert. Viele Kirchen wurden geschlossen. Diejenigen Pfarrer, welche die Kommunisten unterstützten, bevor diese an die Macht kamen, werden inzwischen die wahre Natur ihrer neuen Herrscher erkannt haben. Vorher hatten sie sich als Freiheitskämpfer ausgegeben.

In Kambodscha töteten die Kommunisten drei Millionen Unschuldige und trachteten danach, jede Form von Religion auszumerzen. Von den 5.000 Christen, die es in diesem Lande vor der Machtübernahme durch die Kommunisten gab, sind heute die meisten nicht mehr am Leben. Bischöfe, Priester, Mönche, Nonnen und evangelische Geistliche wurden umgebracht oder gingen an den Folgen der erlittenen Qualen zugrunde. Zur Zeit lebt im ganzen Lande noch ein einziger protestantischer Pfarrer.

In Vietnam floh jeder der konnte, von Schrecken gepackt, vor den Kommunisten. So kam es, daß eine halbe Million Vietnamesen einschließlich vieler Christen im Meer ertranken oder von Piraten ermordet wurden.

In China verbüßten 100.000 religiöse Führer Freiheitsstrafen. Tausende verloren ihr Leben gewaltsam.

Folter in Kuba (Juli 1983)

In Kuba befindet sich der Christ Valladares nach 22jähriger Gefangenschaft seit einiger Zeit wieder auf freiem Fuß. Der UNO-Kommission für Menschenrechtsfragen schilderte er, wie die herzlosen und so präzisen Kommunisten ihre Gefangenen behandeln: "Fässer mit Exkrementen und Urin wurden über die Gefangenen gegossen. Eloj Menojo wurde derart zusammengeschlagen, daß er sein Gehör und ein Auge verlor. Der sterbende Roberto Chavez hatte Durst und bat um Wasser. Ein Aufseher versprach ihm: 'Ich werde dir etwas zu trinken geben' und urinierte in seinen Mund.

Russische, tschechische, ostdeutsche und kubanische Ärzte machten die Gefangenen absichtlich krank; dann verwendeten sie sie noch als 'Versuchskaninchen'. Der evangelische Prediger Gerardo Gonzales Alvarez wurde erschossen. Seine letzten Worte waren: 'Vater vergib ihnen; denn sie wissen nicht, was sie tun.' Enrique Correa versuchte, dem tödlich verwundeten Prediger zu helfen und wurde dabei selbst von neun Kugeln getroffen; aber er überlebte. Hunderte von Gefangenen vegetieren immer noch in unterirdischen Zellen dahin, wo sie kein Sonnenstrahl erreicht. Ebenfalls erschossen wurden Gonzalez, Reloba und Rodolfo Alonso. Alonso war 21 Jahre alt."

Christliche Persönlichkeiten aus Westeuropa waren in Kuba auf Besuch, als sich diese Greuel abspielten. Sie kehrten in ihre Länder zurück und teilten mit, in den kubanischen Gefängnissen befänden sich keine Christen. Sie hatten die Schreie der Gefolterten nicht gehört.

Als ich diese Tatsachen veröffentlichte, griff mich einer der christlichen Führer an und warf mir vor, ich hätte alles erfunden. Nun bestätigt der christliche Glaubensheld **Valladares** jedes Wort, das ich gesagt habe. Der Kommunismus ist ein Monstrum, und wer ihn mit milderen Worten beschreibt, täuscht die anderen oder ist selbst getäuscht worden.

Ein idea-Bericht über Afghanistan (1983) von Rudolf Pfisterer

Mehr als drei Jahre nach ihrem Einmarsch in Afghanistan greifen die sowjetischen Besatzungstruppen zu immer grausameren Mitteln, um das Land unter Kontrolle zu halten. Grund: Die Aktivität islamischer Widerstandsgruppen - die Bevölkerung ist zu 99 Prozent moslemisch - ist ungebrochen, und die afghanische Armee wird immer schwächer. Sie hat nach Angaben eines nach Pakistan geflüchteten Generals mehr als 65.000 Soldaten verloren. Viele von ihnen seien zu den Widerstandsgruppen übergelaufen. Zur Zeit stehen in den afghanischen Streitkräften wahrscheinlich nur noch rund 15.000 Mann unter Waffen.

Je mehr das moskauhörige Regime in der Hauptstadt **Kabul** seine Schwäche offenbart, desto intensiver werden die Terrormaßnahmen der sowjetischen Besatzer. Die Zivilbevölkerung hat darunter zu leiden. Erst kürzlich tauchten überall im Land kleine Sprengsätze auf: bunt bemalt wie Spielzeug, Uhren und Füllhalter.

Der amerikanische Schauspieler **Kirk Douglas,** der ein Flüchtlingslager an der afghanisch-pakistanischen Grenze besuchte, war entsetzt: Kinder, denen die Beine abgerissen worden waren, lernten gerade, auf ihren Stümpfen zu laufen. Ganze Ortschaften wurden von den Sowjets mit Napalm und Phosphor bombardiert, Moscheen und Krankenhäuser nicht verschont. Die Sondergefängnisse, in denen mutmaßliche Sympathisanten gefoltert werden, füllen sich. 5.200 Menschen sollen im letzen Jahr in einer Strafanstalt in der Nähe Kabuls gefangengehalten worden sein. Ein Freigekommener faßte seine Eindrücke in einem einzigen Satz zusammen: "Alles ist dort schrecklich."

Eine Medizinstudentin berichtete von brutalen Verhörmethoden. Nachdem man in ihrer Wohnung ein Flugblatt des Widerstandes gefunden hatte, wurde sie im Polizeihauptquartier von sechs Beamten einer intensiven "Behandlung" unterzogen: vierzehn Tage und Nächte mußte sie aufrecht stehen, wurde mit Elektroschocks gequält und immer wieder mit Vergewaltigung

bedroht. Zur Einschüchterung führte man sie durch Schreckenskammern, wo sie sich menschliche Körperteile - Arme und Finger - ansehen mußte. Man zwang sie, der Entmannung eines Gefangenen beizuwohnen. Der Sterbende flüsterte ihr zu: "Meine Schwester, gestehe niemals, halte dich gut."
In diesem Gefängnis befanden sich noch vierzig weitere Frauen. Eine von ihnen verlor fast den Verstand, weil man sie immer wieder … schlug. - Kein Wunder, daß der Flüchtlingsstrom nach Pakistan nicht abreißt.

Ohne Blutbad keine Revolution

Das ist ein Wort **Lenins**, das mit einer grauenvollen Statistik untermauert werden soll. Die französische Zeitschrift **"Figaro"** vom November 1978 brachte einen Bericht über die Blutopfer, mit denen die Kommunisten ihre Weltrevolution bezahlten und immer noch weiterfinanzieren. Was hat der Kommunismus es sich an Menschenleben seit der russischen Revolution 1917 kosten lassen?
Die "Figaro-Statistik" sagt folgendes aus:
1. Menschenopfer des Kommunismus in der UdSSR von 1917-1959 = 66.700.000
2. Menschenopfer in der UdSSR von 1959 bis 1978 (nach Mindestschätzungen) = 3.000.000
3. Menschenopfer des Kommunismus in China = 63.000.000
4. Das Blutbad von Katyn = 10.000
5. Während der Vertreibungen von 1945-1946 getötete deutsche Zivilisten = 2.923.700
6. Kambodscha von April 1975-April 1978 = 2.500.000
7. Unterdrückung in Ost-Berlin, Prag, Budapest sowie in den Ländern des Baltikums = 500.000
8. Kommunistische Angriffe auf Griechenland, die Malaiische Halbinsel, Birma, Philippinen, Korea, Vietnam, Kuba, Schwarzafrika und Lateinamerika = 3.500.000
insgesamt: 142.133.700
Nicht nur, weil sich ungezählte Christen unter diesen Millionen befinden, sondern auch weil der gottlose Kommunismus zur Stunde blutgierig nach neuen Opfern Ausschau hält, ist es unsere Pflicht, unsere Mitmenschen vor dieser Ideologie zu warnen.
Diese Statistik müßte auf neuesten Stand gebracht werden, weil in den letzten fünf Jahren seit dieser **Figaro-Veröffentlichung** noch einige Millionen Opfer dazu kamen.
Es gibt irregeführte oder schlecht informierte Christen, die eine solche Schreckensbilanz anzweifeln. Dann werden sie aber gebeten, einmal in ihrer Bibel nachzulesen, daß solche Greuel schon einmal gegen Christen verübt worden sind. Am globalen Ausmaß haben aber die kommunistischen Greuel die Opfer der Christenverfolgungen in der alten Kirche übertroffen. Da viele Namenchristen keine Bibel lesen - von den Ungläubigen ganz zu schweigen - soll die markanteste Stelle über die Christenverfolgungen zitiert werden.
In **Hebräer 11,36-38** heißt es: "Etliche haben Spott und Geißeln erlitten, dazu Bande und Gefängnis. Sie wurden gesteinigt, zerhackt - zerstochen, durchs Schwert getötet. Sie sind umhergegangen in Schafspelzen und Ziegenfellen, mit Mangel, mit Trübsal, mit Ungemach. Deren die Welt nicht wert war, und sind im Elend umhergeirrt in den Wüsten, auf den Bergen und in dem Klüften und Löchern der Erde."
Wir sind im Blick auf all diesen Jammer aufgerufen, für unsere bedrängten Brüder und Schwestern zu beten. Wir im satten Westen haben die Fürbitte aber noch nötiger, damit uns die Augen aufgehen über unser geistliches Elend und den endzeitlichen Charakter der Gegenwart.
Herr Jesus, komme bald und mache diesem teuflischen Terror und unserer Verstocktheit und Blindheit ein Ende. Ja, komme bald, Herr Jesus. ...<<

1985

Alles hat Grenzen, nur die Dummheit ist unendlich.
Spottvers aus Deutschland

07.01.1985

BRD: Der deutsche Publizist Rudolf Augstein (1923-2002, Herausgeber des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel") berichtet am 7. Januar 1985 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (2/1985) über die sogenannte "Befreiung der Deutschen": >>**"Auf die schiefe Ebene zur Republik"**

... Die Befreiung vom Naziterror zu feiern, das kann nur einem Tölpel eingefallen sein. Wir haben uns nicht selbst befreit, und ein beträchtlicher Teil Europas ist überhaupt nicht befreit worden. Ob man nun ein Konzentrationslager künstlich im Kölner Dom wiederaufbaut, oder ob man den Kölner Dom in ein Konzentrationslager verpflanzt: Uns bleibt immer noch der muntere Scherz unseres gewählten Kanzlers Helmut Kohl auf den Lippen, der freimütig bekennt: "Ich stehe zu unserer deutschen Vergangenheit."

Das wird die deutsche Vergangenheit recht beruhigen. Die Frage bleibt nur, ob die deutsche Zukunft zu einem solchen Vergangenheitsbewältiger noch stehen kann.

Wie doppelzüngig und verrückt Kriege sein können, läßt sich an folgendem Beispiel dartun: Den 250.000 Soldaten der Heeresgruppe C, der Luftwaffe und der Marine, die am 3. Mai 1945 in die Kriegsgefangenschaft gingen, ließ der englische Feldmarschall Lord Alexander of Tunis, Stellvertreter Eisenhowers in Italien, das folgende würdigende Wort zukommen:

"Nicht einmal der offensichtlich bevorstehende Zusammenbruch der das Vaterland verteidigenden Armeen konnte in Italien den deutschen Soldaten verführen, seine soldatischen Pflichten im Stich zu lassen."

Das waren nun wieder ganz andere Worte, als sie in "Stars and stripes", der amerikanischen Soldatenzeitschrift, standen:

"In jedem deutschen Soldaten steckt ein Hitler." Sagen wir lieber: In jedem Menschen steckt ein potentieller Kriegsverbrecher. ...<<

01.02.1985

Grönland: Grönland tritt am 1. Februar 1985 aus der EG aus und ist danach ein assoziiertes Überseegebiet.

13.03.1985

BRD: Während des NATO-Manövers Wintex (Winter Exercise - Winterübung), das im atombombensicheren Regierungsbunker bei Dernau an der Ahr stattfindet, fordern die deutschen Manöver-Teilnehmer am 13. März 1985 befehlsgemäß den Einsatz von Atomwaffen.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2022) im COMPACT-Spezial Nr. 36 über die US-Atomkriegspläne (x373/51-54): >>**A-Bomben auf Berlin, Dresden, Jena**

_ von *Karel Meissner*

Die US-Atomkriegspläne gingen von einem amerikanischen Erstschlag aus. Die Sowjetunion sollte vernichtet werden - und im Übrigen auch die DDR und selbst der angebliche NATO-Verbündete BRD.

Nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945 zerfiel die Siegerkoalition rasch. Die erfolgreiche Erprobung der Atombomben in Hiroshima und Nagasaki Anfang August desselben Jahres - geschätzte Opferzahl: 300.000 Menschen - brachte die USA in eine militärische Dominanzposition. Bereits im September 1945 billigte das US-Oberkommando das Memorandum JCS 1496/2, das für künftige Auseinandersetzungen empfahl, "den ersten Schlag zu führen, wenn es notwendig ist".

Am 3. November 1945 setzte ein Ausschuß des Oberkommandos 20 russische Städte auf die

Zielliste für atomare Angriffe. Im Begleittext ("Bericht 329") schreiben die Strategen zynisch: "Zu den wichtigsten Besonderheiten der Atomwaffen gehört es, Menschenansammlungen vernichten zu können, und von dieser Besonderheit muß man zusammen mit ihren anderen Eigenschaften Gebrauch machen." In einer "Studie für die Vereinigten Staatschefs" vom 11. Mai 1949 wurde die Zielliste auf 70 Städte erweitert. Massenmord war dabei einkalkuliert: "Die erste atomare Offensive könnte bis zu 2,7 Millionen Tote und weitere vier Millionen Verwundete zur Folge haben."

Die Konfrontation der Supermächte im Korea-Krieg führte Anfang der 1950er Jahre an den Rand des Abgrundes. Präsident Truman notierte am 27. Januar 1952 in seinem Tagebuch, man müsse ein auf zehn Tage befristetes Ultimatum stellen, bei Ablehnung "werden wir sämtliche Häfen und Städte ausradieren". Und weiter: "Dies bedeutet umfassenden Krieg. Es bedeutet, daß Moskau, St. Petersburg, Mukden, Wladiwostok, Shanghai, Port Arthur, Dairen, Odessa, Stalingrad und jede Produktionsstätte in China und in der Sowjetunion vernichtet werden müssen."

Ähnlich brandgefährliche Situationen gab es vor allem während der Kuba-Krise im Oktober 1962, als die US-Interkontinentalraketen bereits aus ihren verbunkerten Silos gefahren und scharfgemacht worden waren. Nur ein direktes Gespräch der damaligen Präsidenten John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow über das Rote Telefon hinter dem Rücken der Militärs führte in letzter Minute zu einer Deeskalation.

Immer schlossen die US-Pläne auch den Atomwaffeneinsatz gegen DDR und BRD ein. Im Folgenden eine Übersicht.

1950er Jahre

"Ein geheimes Planungspapier des US-Militärs von 1956 enthüllt hunderte Atombombenziele in der DDR: in Ostberlin 68, Leipzig 37, Jena 11. Von der DDR wäre nichts weiter übrig geblieben als eine atomar verseuchte Wüste. Eisleben, Hettstedt, Bad Salzungen, Magdeburg, Bautzen, Cottbus, Borna, Berlin, Rostock, Dresden …

In der Logik von US-Militärstrategen waren das alles lohnende Atombomben-Ziele. Laut eines geheimen Planungspapiers des Strategischen Luftkommandos der USA aus dem Jahr 1956 gab es hunderte Ground Zeros in der DDR. Industrie- und Wohngebiete sollten systematisch mit Atombomben zerstört werden, nachdem in einer ersten Phase wichtige Flugplätze mit Wasserstoffbomben ausgelöscht wurden." *(MDR-Geschichte, "US-Atombomben auf die DDR", 14.12.2020)*

"So hätte die Detonation einer 100-Kilotonnen-Bombe in Dessau nach den Prognosen der Internet-Seite *Nukemap* nicht nur fast 9.000 Tote und 50.000 Verletzte in der Stadt selbst gefordert. Darüber hinaus wäre der radioaktive Fallout von hier aus bis nach Schwedt geweht. Nach einem Abwurf über Merseburg wären dort direkt mehr als 10.000 Menschen gestorben. Am Fallout bei Westwind in den Folgetagen aber noch viel mehr im benachbarten Leipzig." *(Mitteldeutsche Zeitung, 13.2.2016)*

1960er Jahre

"Im Leben eines Wissenschaftlers kann es Entdeckungen geben, die ihm den Atem stocken lassen. Der Münchner Historiker Detlef Bald muß einen solchen Moment erlebt haben, als er in meterlangen verstaubten Aktenregalen Papiere fand, die es eigentlich gar nicht geben dürfte. Original verpackt - niemand hatte diese Dokumente mit dem Vermerk "Streng geheim" je in der Hand gehabt, nachdem sie eingelagert worden waren. ...

Die Geheimdokumente, die der 67-jährige Experte in verschiedenen Magazinen sowie im Privatarchiv von Altbundeskanzler Helmut Schmidt ausgegraben hat, beweisen, was weltweit nur "etwa zwei Dutzend Menschen gewußt haben": In der Bundesrepublik lagerten ab Mitte der 1960er-Jahre Atombomben. "In etwa zehn Depots entlang der innerdeutschen Grenze befanden sich etwa 700 Sprengsätze. Später wurden diese in Lager in den Regionen um Stuttgart

und Frankfurt verteilt", ergeben Balds Forschungen. ... "Sie waren für den nuklearen Ersteinsatz geplant", sagt der Historiker, bis 1996 Wissenschaftlicher Direktor am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in München. ...
Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und US-Präsident Lyndon B. Johnson unterzeichneten 1968 ein Geheimabkommen, das per Sonderboten überbracht wurde. ... Auf Grundlage festgelegter Einsatzszenarien hätte der Anruf des betroffenen deutschen Kommandeurs beim amerikanischen Oberbefehlshaber im europäischen NATO-Hauptquartier genügt, um die Erlaubnis zum Zünden der vernichtenden Kraft zu erhalten. "Kein deutscher, kein amerikanischer Politiker hätte zustimmen müssen. Sie hätten nicht einmal gefragt werden müssen", so Bald." *(Focus, 15.11.2013)*

1980er Jahre

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Günther Leonhart nahm 1985 am Manöver Wintex (Winter Exercise - Winterübung) teil, das im atombombensicheren Regierungsbunker bei Dernau an der Ahr stattfand. Der ehemalige Kreuznacher Bürgermeister war zur Geheimhaltung verpflichtet worden, doch was er erlebte, war so furchtbar, daß er es kurz darauf seiner Fraktion und dann auch dem *Spiegel* offenbarte. "Den Regierungschef spielte Waldemar Schreckenberger, Staatssekretär im Kanzleramt und alter Freund von Helmut Kohl. Als Verteidigungsminister fungierte Manfred Wörners Staatssekretär Lothar Rühl. ...
Rühl berichtete, die Armeen des Warschauer Paktes seien im Vormarsch, die Bevölkerung fliehe in Richtung Westen. Die Bundesregierung habe Frankreich gebeten, die Flüchtlinge aufzunehmen, doch Paris habe abgelehnt und die Grenzen geschlossen. Auch die Engländer hätten den Beistand verweigert." Leonhart unterbrach die Herren: "Wenn das so ist, wann hissen wir denn die weiße Fahne, Herr Schreckenberger?" Daraufhin der "Staatssekretär mit dem lieben Lächeln": "Herr Abgeordneter, wir kapitulieren nicht!" - "Was raten Sie mir, Herr Minister?", fragte Schreckenberger seinen Staatssekretärskollegen.
Rühl antwortete, wie es das Manöver-Szenario befahl: "Herr Bundeskanzler, ich rate Ihnen, den Einsatz von Atomwaffen anzufordern." Schreckenberger nickte. "Dann", so Leonhart, "war die Übung zu Ende." Der *Spiegel* sarkastisch: "Auf der großen Weltkarte aber malten trotz des atomaren Holocaust die Offiziere Geleitzüge im Atlantik, die amerikanische Verstärkung nach Europa bringen sollten." Man bedenke: Der Warschauer Pakt war in diesem Szenario nur konventionell vormarschiert - der Atomeinsatz der NATO war ein Ersteinsatz. *(Zitate aus Spiegel, 23.5.1986)*
"Ich bin wahrscheinlich der Einzige hier im Saal, der Atomkriegs-Erfahrungen hat." Er hoffe, daß er mit diesem Eingeständnis kein Staatsgeheimnis verrate. Diese Enthüllung machte der frühere Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, der CDU-Abgeordnete Willy Wimmer, während der von der Juristenvereinigung IALANA (International Association of Lawyers against Nuclear Arms) und zahlreichen weiteren Organisationen ... veranstalteten Tagung "Frieden durch Recht?", die am 26./27. Juni 2009 in der Berliner Humboldt-Universität stattfand.
MdB Wimmer bezog sich dabei auf seine Teilnahme als sogenannter Verteidigungsminister Üb an der NATO-Übung Wintex/Fallex im Jahre 1986 im damaligen Atombunker (Dienststelle Marienthal) der Bundesregierung tief unterhalb der Weinberge nahe dem rheinland-pfälzischen Ahrweiler-Bad Neuenahr. Wie Wimmer weiter erklärte, habe im Verlaufe dieser NATO-Übung das NATO-Hauptquartier in Brüssel um Zustimmung der zuständigen deutschen
Stellen zu einem Einsatz von Nuklearwaffen gegen Ziele in der damaligen DDR ersucht, unter anderem gegen Dresden und eine weitere ostdeutsche Großstadt. Er, Wimmer, sei von dieser Anforderung völlig überrascht worden und sei entsetzt gewesen. Er habe es abgelehnt, an der Planung eines Atomwaffeneinsatzes auf Ziele in Ostdeutschland und damit gegen die ostdeut-

sche Bevölkerung - wenn auch "nur" übungsweise - mitzuwirken.
In dieser Situation habe er sofort Kontakt mit dem damaligen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl (CDU) aufgenommen und ihn von diesem für ihn unerhörten Vorgang in Kenntnis gesetzt. Bundeskanzler Kohl habe daraufhin entschieden, daß sich die Vertreter der Bundesregierung sofort aus der weiteren Übung zurückziehen und sich keinesfalls an diesen nuklearen Planspielen gegen Ziele wie Dresden und andere ostdeutsche Städte beteiligen sollten.
Deutschland habe, so Wimmer, deshalb seine weitere Mitwirkung an dieser NATO-Übung - vier Tage vor ihrem Ende - eingestellt. Die Übung sei dann - ohne deutsche Beteiligung - fortgesetzt worden. Niemand habe davon etwas in der Öffentlichkeit erfahren. In den Folgejahren habe es weitere Wintex/Fallex-Manöver der NATO gegeben, die im Regierungsbunker bei Ahrweiler stattgefunden hätten. Erst nach dem Fall der Berliner Mauer seien diese 1990 endgültig eingestellt worden." *(Blätter für deutsche und internationale Politik, September 2009)*

Gegenwart

Journalist: "Eine Frage an das Verteidigungsministerium: Hatte die Ministerin bei ihrer ausgesprochenen Drohung in Sachen Einsatz von Atomwaffen auch an die in Deutschland lagernden Atomwaffen gedacht? Das würde ja automatisch ein Ziel der Gegenseite bedeuten und damit Deutschland auslöschen."
Routsi: "Sie wissen, daß wir uns zum Thema Nuklearpolitik nicht weiter einlassen. Das hat Geheimhaltungsgründe. Das ist hier eine gute Tradition, mit der ich nicht brechen werde." *(Pressekonferenz 25. Oktober 2021, Fregattenkapitän Christina Routsi als Sprecherin des Bundesverteidigungsministeriums)*
"Im beschaulichen Büchel, das nur rund 1.200 Einwohner zählt, lagern die USA schätzungsweise 20 Atombomben. ... Hier befindet sich nämlich auch das Taktische Luftwaffengeschwader 33 der Bundeswehr. Käme es zu einem Angriff mit Atomwaffen, würden die Piloten dieser Luftwaffe die Atombomben mit deutschen Kampfflugzeugen ans Ziel fliegen und abwerfen." *(Business Insider, 6.3.2022)*
"Daß für deutsche Jagdbomber des 33. Luftwaffengeschwaders nach wie vor Atombomben bereitgehalten werden, macht keinen Sinn, denn gegen wen könnten sie eingesetzt werden? Der Einsatzradius eines Tornados beträgt 1.853 km. In diesem Gebiet gibt es nur befreundete oder NATO-Länder." *(Webseite der Friedenskooperative, 1/2009)*

Ami go home!

Wer sich von den Kriegen im Irak und Afghanistan nicht um den Schlaf bringen ließ - ich schon! -, muß spätestens seit der Schlacht um die Ukraine gemerkt haben: Diese Politik führt uns Europäer an den atomaren Abgrund. Die Yankees sprechen von Menschenrechten - aber in Wirklichkeit geht es ihnen um Schürfrechte. Sie wollen die Kohle des Donbass, das Erdgas von Sibirien. Dafür sollen deutsche Soldaten wieder in Stalingrad sterben müssen. Wer jetzt keine antiamerikanischen Reflexe hat, ist hirntot.
Dabei richtet sich dieser Antiamerikanismus nicht gegen die Amerikaner, sondern nur gegen die Amerikanisten: Die Eliten in "God's Own Country", die den ganzen Planeten beherrschen wollen. Deutschland ist ein unersetzlicher Eckpfeiler in dieser Strategie: Von Ramstein starten die schweren Militärmaschinen zur Versorgung der neuen Ostfront, von Stuttgart aus werden die Ziele für die Killer-Drohnen programmiert.
Vor allem aber: Wir sind das Volk der Putin-Versteher. Selbst die deutschen Unternehmer halten nichts von der Dämonisierung des Kreml- Chefs. Wenn wir uns von der US-Besatzung befreien, kann Uncle Sam einpacken. Deswegen verweigert man uns Souveränität, Demokratie und Verfassung. Wie lange wollen wir uns das noch gefallen lassen? (je)<<

21.04.1985

BRD: Bundeskanzler Helmut Kohl erklärt am 21. April 1985 während einer Gedenkrede im KZ Bergen-Belsen (x073/190, x075/123-124): >>... Das nationalsozialistische Deutschland

versetzte die Welt in Angst und Schrecken. Diese Zeit des Mordens, ja des Völkermordes ist das dunkelste, das schmerzlichste Kapitel in der deutschen Geschichte.
Es gehört zu den vordringlichsten Aufgaben unseres Landes, Wissen darüber zu vermitteln und das Bewußtsein für das ganze Ausmaß, für die Dimension dieser geschichtlichen Erfahrung und Last wachzuhalten. ... Nicht zuletzt auch in der berechtigten Erwartung, daß wir das, was im deutschen Namen den Völkern angetan wurde, nicht verleugnen werden. Zu dieser historischen Haftung bekennen wir uns auch heute, 40 Jahre danach. ...<<
>>... Versöhnung mit den Hinterbliebenen und den Nachkommen der Opfer ist nur möglich, wenn wir unsere Geschichte annehmen, so wie sie wirklich war, wenn wir uns als Deutsche bekennen: zu unserer Scham, zu unserer Verantwortung vor der Geschichte ...
Wir erinnern uns vor allem an die Verfolgung und die Ermordung der Juden. ... Bergen-Belsen, mitten in Deutschland, bleibt ein Kainsmal, eingebrannt in die Erinnerung unseres Volkes: wie Auschwitz und Treblinka, wie Belzec und Sobibór, Kulmhof und Majdanek. ...
Die entscheidende Frage ist vielmehr, weshalb so viele Menschen gleichgültig blieben, nicht hinhörten, nichts wahrhaben wollten ... als man Bücher verbrannte, die wir zu den großen Kulturgütern unseres Jahrhunderts zählen. Als man Synagogen in Brand steckte. Als man jüdische Geschäfte demolierte. Als man jüdischen Mitbürgern verwehrte, auf Parkbänken Platz zu nehmen. ...
Von den insgesamt fast 6 Millionen sowjetischen Soldaten, die in Gefangenschaft gerieten, überlebten weit weniger als die Hälfte.
Und so besinnen wir uns in dieser Stunde auch auf das Leid, das den Völkern Mittel- und Osteuropas in deutschem Namen zugefügt wurde ...
Für die Untaten der NS-Gewaltherrschaft trägt Deutschland die Verantwortung vor der Geschichte. Diese Verantwortung äußert sich auch in nie verjährender Scham.<<

05.05.1985

BRD: US-Präsident Ronald Reagan erklärt am 5. Mai 1985 während einer Trauerfeier auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg (x268/17): >>... Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen und zu Unrecht auferlegt worden.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die fehlende Selbstachtung der Deutschen (x268/232-234): >>... Der ... US-Psychologe Sniderman beschreibt den Gegenpol zur Selbstachtung, die stets mit einem diffusen Schuldgefühl verbunden sei und zu leichter Verletzbarkeit und zu feindseligen Reaktionen führe. Ein freudloser Mensch ohne Selbstachtung wird seinen Minderwertigkeitskomplex eher auf aggressive Weise zu kompensieren versuchen ...
Nun könnte man dagegenhalten, das Selbstwertgefühl sei in Deutschland schon immer schwächer ausgeprägt gewesen als bei seinen Nachbarn und dabei auf die Jahrhunderte alte Spottfigur des "deutschen Michel" verweisen, der es jedem recht machen will und keinem recht machen kann. ...
Im Fall der deutschen Nachkriegsneurose übernehmen im wesentlichen die elektronischen Massenmedien die Rolle der repressiven Mehrheit und die gleichsam sprachlose Bevölkerung die der Minderheit. Durch hilfreiche Vermittlung dieser Massenkommunikationsmittel sehen sich die Deutschen zur Zeit nicht mit ihren eigenen Augen, sondern mit den Augen der ehemaligen Kriegsgegner mit allen ihren historischen Irrtümern und Vorurteilen, vor allem sehen sie sich aus der Perspektive des Antigermanismus der 40er Jahre.
Erinnert sei hier nochmals an die vertrauliche Denkschrift des Legationsrats Adam von Trott, eines der Märtyrer des Widerstands, an die amerikanische Adresse: die angelsächsischen Länder seien erfüllt von Vorurteilen und pharisäischen Theorien und offenbar nicht in der Lage zu verstehen, daß die Deutschen selbst ein unterdrücktes Volk seien. ...<<

08.05.1985

BRD: Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1920-2015) hält zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1985 eine Rede im Bundestag (x877/...): >>**Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa**

I.

Viele Völker gedenken heute des Tages, an dem der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging. Seinem Schicksal gemäß hat jedes Volk dabei seine eigenen Gefühle. Sieg oder Niederlage, Befreiung von Unrecht und Fremdherrschaft oder Übergang zu neuer Abhängigkeit, Teilung, neue Bündnisse, gewaltige Machtverschiebungen - der 8. Mai 1945 ist ein Datum von entscheidender historischer Bedeutung in Europa.

Wir Deutsche begehen den Tag unter uns, und das ist notwendig. Wir müssen die Maßstäbe allein finden. Schonung unserer Gefühle durch uns selbst oder durch andere hilft nicht weiter. Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit.

Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mußten. Er ist zugleich ein Tag des Nachdenkens über den Gang unserer Geschichte. Je ehrlicher wir ihn begehen, desto freier sind wir, uns seinen Folgen verantwortlich zu stellen.

Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Die Menschen, die ihn bewußt erlebt haben, denken an ganz persönliche und damit ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft. Viele waren einfach nur dafür dankbar, daß Bombennächte und Angst vorüber und sie mit dem Leben davongekommen waren. Andere empfanden Schmerz über die vollständige Niederlage des eigenen Vaterlandes. Verbittert standen Deutsche vor zerrissenen Illusionen, dankbar andere Deutsche vor dem geschenkten neuen Anfang.

Es war schwer, sich alsbald klar zu orientieren. Ungewißheit erfüllte das Land. Die militärische Kapitulation war bedingungslos. Unser Schicksal lag in der Hand der Feinde. Die Vergangenheit war furchtbar gewesen, zumal auch für viele dieser Feinde. Würden sie uns nun nicht vielfach entgelten lassen, was wir ihnen angetan hatten?

Die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden. Und nun sollte sich herausstellen: Das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient. Erschöpfung, Ratlosigkeit und neue Sorgen kennzeichneten die Gefühle der meisten. Würde man noch eigene Angehörige finden? Hatte ein Neuaufbau in diesen Ruinen überhaupt Sinn?

Der Blick ging zurück in einen dunklen Abgrund der Vergangenheit und nach vorn in eine ungewisse dunkle Zukunft.

Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: **Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.**

Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte.

Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.

Wir haben wahrlich keinen Grund, uns am heutigen Tag an Siegesfesten zu beteiligen. Aber wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte zu erkennen, das den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg.

II.

Der 8. Mai ist ein Tag der Erinnerung. Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zu einem Teil des eigenen Innern wird. Das stellt große Anforderungen an

unsere Wahrhaftigkeit.
Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft.
Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden.
Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben.
Als Deutsche gedenken wir in Trauer der eigenen Landsleute, die als Soldaten, bei den Fliegerangriffen in der Heimat, in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind.
Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen sterben mußten.
Wir gedenken der erschossenen Geiseln.
Wir denken an die Opfer des Widerstandes in allen von uns besetzten Staaten.
Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten.
Wir gedenken derer, die nicht aktiv Widerstand leisteten, aber eher den Tod hinnahmen, als ihr Gewissen zu beugen.
Neben dem unübersehbar großen Heer der Toten erhebt sich ein Gebirge menschlichen Leids,
Leid um die Toten,
Leid durch Verwundung und Verkrüppelung,
Leid durch unmenschliche Zwangssterilisierung,
Leid in Bombennächten,
Leid durch Flucht und Vertreibung, durch Vergewaltigung und Plünderung, durch Zwangsarbeit, durch Unrecht und Folter, durch Hunger und Not,
Leid durch Angst vor Verhaftung und Tod,
Leid durch Verlust all dessen, woran man irrend geglaubt und wofür man gearbeitet hatte.
Heute erinnern wir uns dieses menschlichen Leids und gedenken seiner in Trauer.
Den vielleicht größten Teil dessen, was den Menschen aufgeladen war, haben die Frauen der Völker getragen.
Ihr Leiden, ihre Entsagung und ihre stille Kraft vergißt die Weltgeschichte nur allzu leicht. Sie haben gebangt und gearbeitet, menschliches Leben getragen und beschützt. Sie haben getrauert um gefallene Väter und Söhne, Männer, Brüder und Freunde.
Sie haben in den dunkelsten Jahren das Licht der Humanität vor dem Erlöschen bewahrt.
Am Ende des Krieges haben sie als erste und ohne Aussicht auf eine gesicherte Zukunft Hand angelegt, um wieder einen Stein auf den anderen zu setzen, die Trümmerfrauen in Berlin und überall.
Als die überlebenden Männer heimkehrten, mußten Frauen oft wieder zurückstehen. Viele Frauen blieben aufgrund des Krieges allein und verbrachten ihr Leben in Einsamkeit.
Wenn aber die Völker an den Zerstörungen, den Verwüstungen, den Grausamkeiten und Unmenschlichkeiten innerlich nicht zerbrachen, wenn sie nach dem Krieg langsam wieder zu sich selbst kamen, dann verdanken wir es zuerst unseren Frauen.
III.
Am Anfang der Gewaltherrschaft hatte der abgrundtiefe Haß Hitlers gegen unsere jüdischen Mitmenschen gestanden. Hitler hatte ihn nie vor der Öffentlichkeit verschwiegen, sondern das ganze Volk zum Werkzeug dieses Hasses gemacht. Noch am Tag vor seinem Ende am 30. April 1945 hatte er sein sogenanntes Testament mit den Worten abgeschlossen: "Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der

Rassegesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum."
Gewiß, es gibt kaum einen Staat, der in seiner Geschichte immer frei blieb von schuldhafter Verstrickung in Krieg und Gewalt. Der Völkermord an den Juden jedoch ist beispiellos in der Geschichte.
Die Ausführung des Verbrechens lag in der Hand weniger. Vor den Augen der Öffentlichkeit wurde es abgeschirmt. Aber jeder Deutsche konnte miterleben, was jüdische Mitbürger erleiden mußten, von kalter Gleichgültigkeit über versteckte Intoleranz bis zu offenem Haß.
Wer konnte arglos bleiben nach den Bränden der Synagogen, den Plünderungen, der Stigmatisierung mit dem Judenstern, dem Rechtsentzug, der unaufhörlichen Schändung der menschlichen Würde?
Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten. Die Phantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen. Aber in Wirklichkeit trat zu den Verbrechen selbst der Versuch allzu vieler, auch in meiner Generation, die wir jung und an der Planung und Ausführung der Ereignisse unbeteiligt waren, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah.
Es gab viele Formen, das Gewissen ablenken zu lassen, nicht zuständig zu sein, wegzuschauen, zu schweigen. Als dann am Ende des Krieges die ganze unsagbare Wahrheit des Holocaust herauskam, beriefen sich allzu viele von uns darauf, nichts gewußt oder auch nur geahnt zu haben.
Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich.
Es gibt entdeckte und verborgen gebliebene Schuld von Menschen. Es gibt Schuld, die sich Menschen eingestanden oder abgeleugnet haben. Jeder, der die Zeit mit vollem Bewußtsein erlebt hat, frage sich heute im Stillen selbst nach seiner Verstrickung.
Der ganz überwiegende Teil unserer heutigen Bevölkerung war zur damaligen Zeit entweder im Kindesalter oder noch gar nicht geboren. Sie können nicht eine eigene Schuld bekennen für Taten, die sie gar nicht begangen haben.
Kein fühlender Mensch erwartet von ihnen, ein Büßerhemd zu tragen, nur weil sie Deutsche sind. Aber die Vorfahren haben ihnen eine schwere Erbschaft hinterlassen.
Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen.
Jüngere und Ältere müssen und können sich gegenseitig helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten.
Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie läßt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.
Das jüdische Volk erinnert sich und wird sich immer erinnern. Wir suchen als Menschen Versöhnung.
Gerade deshalb müssen wir verstehen, daß es Versöhnung ohne Erinnerung gar nicht geben kann. Die Erfahrung millionenfachen Todes ist ein Teil des Innern jedes Juden in der Welt, nicht nur deshalb, weil Menschen ein solches Grauen nicht vergessen können. Sondern die Erinnerung gehört zum jüdischen Glauben.
"Das Vergessenwollen verlängert das Exil,
und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung."
Diese oft zitierte jüdische Weisheit will wohl besagen, daß der Glaube an Gott ein Glaube an sein Wirken in der Geschichte ist.
Die Erinnerung ist die Erfahrung vom Wirken Gottes in der Geschichte. Sie ist die Quelle des

Glaubens an die Erlösung. Diese Erfahrung schafft Hoffnung, sie schafft Glauben an Erlösung, an Wiedervereinigung des Getrennten, an Versöhnung. Wer sie vergißt, verliert den Glauben.
Würden wir unsererseits vergessen wollen, was geschehen ist, anstatt uns zu erinnern, dann wäre dies nicht nur unmenschlich. Sondern wir würden damit dem Glauben der überlebenden Juden zu nahe treten, und wir würden den Ansatz zur Versöhnung zerstören.
Für uns kommt es auf ein Mahnmal des Denkens und Fühlens in unserem eigenen Inneren an.
IV.
Der 8. Mai ist ein tiefer historischer Einschnitt, nicht nur in der deutschen, sondern auch in der europäischen Geschichte.
Der europäische Bürgerkrieg war an sein Ende gelangt, die alte europäische Welt zu Bruch gegangen. "Europa hatte sich ausgekämpft" (M. Stürmer). Die Begegnung amerikanischer und sowjetrussischer Soldaten an der Elbe wurde zu einem Symbol für das vorläufige Ende einer europäischen Ära.
Gewiß, das alles hatte seine alten geschichtlichen Wurzeln. Großen, ja bestimmenden Einfluß hatten die Europäer in der Welt, aber ihr Zusammenleben auf dem eigenen Kontinent zu ordnen, das vermochten sie immer schlechter. Über hundert Jahre lang hatte Europa unter dem Zusammenprall nationalistischer Übersteigerungen gelitten. Am Ende des Ersten Weltkrieges war es zu Friedensverträgen gekommen. Aber ihnen hatte die Kraft gefehlt, Frieden zu stiften. Erneut waren nationalistische Leidenschaften aufgeflammt und hatten sich mit sozialen Notlagen verknüpft.
Auf dem Weg ins Unheil wurde Hitler die treibende Kraft. Er erzeugte und er nutzte Massenwahn. Eine schwache Demokratie war unfähig, ihm Einhalt zu gebieten. Und auch die europäischen Westmächte, nach Churchills Urteil "arglos, nicht schuldlos", trugen durch Schwäche zur verhängnisvollen Entwicklung bei. Amerika hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg wieder zurückgezogen und war in den dreißiger Jahren ohne Einfluß auf Europa.
Hitler wollte die Herrschaft über Europa, und zwar durch Krieg. Den Anlaß dafür suchte und fand er in Polen.
Am 23. Mai 1939 - wenige Monate vor Kriegsausbruch - erklärte er vor der deutschen Generalität: "Weitere Erfolge können ohne Blutvergießen nicht mehr errungen werden ... Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung ... Es entfällt also die Frage, Polen zu schonen, und bleibt der Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen ... Hierbei spielen Recht oder Unrecht oder Verträge keine Rolle."
Am 23. August 1939 wurde der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt geschlossen. Das geheime Zusatzprotokoll regelte die bevorstehende Aufteilung Polens.
Der Vertrag wurde geschlossen, um Hitler den Einmarsch in Polen zu ermöglichen. Das war der damaligen Führung der Sowjetunion voll bewußt. Allen politisch denkenden Menschen jener Zeit war klar, daß der deutsch-sowjetische Pakt Hitlers Einmarsch in Polen und damit den Zweiten Weltkrieg bedeutete.
Dadurch wird die deutsche Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht verringert. Die Sowjetunion nahm den Krieg anderer Völker in Kauf, um sich am Ertrag zu beteiligen. Die Initiative zum Krieg aber ging von Deutschland aus, nicht von der Sowjetunion.
Es war Hitler, der zur Gewalt griff. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bleibt mit dem deutschen Namen verbunden.
Während dieses Krieges hat das nationalsozialistische Regime viele Völker gequält und geschändet.
Am Ende blieb nur noch ein Volk übrig, um gequält, geknechtet und geschändet zu werden: das eigene, das deutsche Volk. Immer wieder hat Hitler ausgesprochen: wenn das deutsche

Volk schon nicht fähig sei, in diesem Krieg zu siegen, dann möge es eben untergehen. Die anderen Völker wurden zunächst Opfer eines von Deutschland ausgehenden Krieges, bevor wir selbst zu Opfern unseres eigenen Krieges wurden.
Es folgte die von den Siegermächten verabredete Aufteilung Deutschlands in verschiedene Zonen. Inzwischen war die Sowjetunion in alle Staaten Ost- und Südosteuropas, die während des Krieges von Deutschland besetzt worden waren, einmarschiert. Mit Ausnahme Griechenlands wurden alle diese Staaten sozialistische Staaten.
Die Spaltung Europas in zwei verschiedene politische Systeme nahm ihren Lauf. Es war erst die Nachkriegsentwicklung, die sie befestigte. Aber ohne den von Hitler begonnenen Krieg wäre sie nicht gekommen. Daran denken die betroffenen Völker zuerst, wenn sie sich des von der deutschen Führung ausgelösten Krieges erinnern.
Im Blick auf die Teilung unseres eigenen Landes und auf den Verlust großer Teile des deutschen Staatsgebietes denken auch wir daran. In seiner Predigt zum 8. Mai sagte Kardinal Meißner in Ostberlin: "Das trostlose Ergebnis der Sünde ist immer die Trennung."
V.
Die Willkür der Zerstörung wirkte in der willkürlichen Verteilung der Lasten nach. Es gab Unschuldige, die verfolgt wurden, und Schuldige, die entkamen. Die einen hatten das Glück, zu Hause in vertrauter Umgebung ein neues Leben aufbauen zu können. Andere wurden aus der angestammten Heimat vertrieben.
Wir in der späteren Bundesrepublik Deutschland erhielten die kostbare Chance der Freiheit. Vielen Millionen Landsleuten bleibt sie bis heute versagt.
Die Willkür der Zuteilung unterschiedlicher Schicksale ertragen zu lernen, war die erste Aufgabe im Geistigen, die sich neben der Aufgabe des materiellen Wiederaufbaus stellte. An ihr mußte sich die menschliche Kraft erproben, die Lasten anderer zu erkennen, an ihnen dauerhaft mitzutragen, sie nicht zu vergessen. In ihr mußte die Fähigkeit zum Frieden und die Bereitschaft zur Versöhnung nach innen und außen wachsen, die nicht nur andere von uns forderten, sondern nach denen es uns selbst am allermeisten verlangte.
Wir können des 8. Mai nicht gedenken, ohne uns bewußtzumachen, welche Überwindung die Bereitschaft zur Aussöhnung den ehemaligen Feinden abverlangte. Können wir uns wirklich in die Lage von Angehörigen der Opfer des Warschauer Ghettos oder des Massakers von Lidice versetzen?
Wie schwer mußte es aber auch einem Bürger in Rotterdam oder London fallen, den Wiederaufbau unseres Landes zu unterstützen, aus dem die Bomben stammten, die erst kurze Zeit zuvor auf seine Stadt gefallen waren! Dazu mußte allmählich eine Gewißheit wachsen, daß Deutsche nicht noch einmal versuchen würden, eine Niederlage mit Gewalt zu korrigieren.
Bei uns selbst wurde das Schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt. Ihnen ist noch lange nach dem 8. Mai bitteres Leid und schweres Unrecht widerfahren. Um ihrem schweren Schicksal mit Verständnis zu begegnen, fehlt uns Einheimischen oft die Phantasie und auch das offene Herz.
Aber es gab alsbald auch große Zeichen der Hilfsbereitschaft. Viele Millionen Flüchtlinge und Vertriebene wurden aufgenommen. Im Laufe der Jahre konnten sie neue Wurzeln schlagen. Ihre Kinder und Enkel bleiben auf vielfache Weise der Kultur und der Liebe zur Heimat ihrer Vorfahren verbunden. Das ist gut so, denn das ist ein wertvoller Schatz in ihrem Leben.
Sie haben aber selbst eine neue Heimat gefunden, in der sie mit den gleichaltrigen Einheimischen aufwachsen und zusammenwachsen, ihre Mundart sprechen und ihre Gewohnheiten teilen. Ihr junges Leben ist ein Beweis für die Fähigkeit zum inneren Frieden. Ihre Großeltern oder Eltern wurden einst vertrieben, sie jedoch sind jetzt zu Hause.
Früh und beispielhaft haben sich die Heimatvertriebenen zum Gewaltverzicht bekannt. Das war keine vergängliche Erklärung im anfänglichen Stadium der Machtlosigkeit, sondern ein

Bekenntnis, das seine Gültigkeit behält. Gewaltverzicht bedeutet, allseits das Vertrauen wachsen zu lassen, daß auch ein wieder zu Kräften gekommenes Deutschland daran gebunden bleibt.
Die eigene Heimat ist mittlerweile anderen zur Heimat geworden. Auf vielen alten Friedhöfen im Osten finden sich heute schon mehr polnische als deutsche Gräber.
Der erzwungenen Wanderschaft von Millionen Deutschen nach Westen folgten Millionen Polen und ihnen wiederum Millionen Russen. Es sind alles Menschen, die nicht gefragt wurden, Menschen, die Unrecht erlitten haben, Menschen, die wehrlose Objekte der politischen Ereignisse wurden und denen keine Aufrechnung von Unrecht und keine Konfrontation von Ansprüchen wiedergutmachen kann, was ihnen angetan worden ist.
Gewaltverzicht heute heißt, den Menschen dort, wo sie das Schicksal nach dem 8. Mai hingetrieben hat und wo sie nun seit Jahrzehnten leben, eine dauerhafte, politisch unangefochtene Sicherheit für ihre Zukunft zu geben. Es heißt, den widerstreitenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen.
Darin liegt der eigentliche, der menschliche Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung, der von uns ausgehen kann.
Der Neuanfang in Europa nach 1945 hat dem Gedanken der Freiheit und Selbstbestimmung Siege und Niederlagen gebracht. Für uns gilt es, die Chance des Schlußstrichs unter eine lange Periode europäischer Geschichte zu nutzen, in der jedem Staat Frieden nur denkbar und sicher schien als Ergebnis eigener Überlegenheit und in der Frieden eine Zeit der Vorbereitung des nächsten Krieges bedeutete.
Die Völker Europas lieben ihre Heimat. Den Deutschen geht es nicht anders. Wer könnte der Friedensliebe eines Volkes vertrauen, das imstande wäre, seine Heimat zu vergessen?
Nein, Friedensliebe zeigt sich gerade darin, daß man seine Heimat nicht vergißt und eben deshalb entschlossen ist, alles zu tun, um immer in Frieden miteinander zu leben. Heimatliebe eines Vertriebenen ist kein Revanchismus.
VI.
Stärker als früher hat der letzte Krieg die Friedenssehnsucht im Herzen der Menschen geweckt. Die Versöhnungsarbeit von Kirchen fand eine tiefe Resonanz. Für die Verständigungsarbeit von jungen Menschen gibt es viele Beispiele. Ich denke an die "Aktion Sühnezeichen" mit ihrer Tätigkeit in Auschwitz und Israel. Eine Gemeinde der niederrheinischen Stadt Kleve erhielt neulich Brote aus polnischen Gemeinden als Zeichen der Aussöhnung und Gemeinschaft. Eines dieser Brote hat sie an einen Lehrer nach England geschickt. Denn dieser Lehrer aus England war aus der Anonymität herausgetreten und hatte geschrieben, er habe damals im Krieg als Bombenflieger Kirchen und Wohnhäuser in Kleve zerstört und wünsche sich ein Zeichen der Aussöhnung.
Es hilft unendlich viel zum Frieden, nicht auf den anderen zu warten, bis er kommt, sondern auf ihn zuzugehen, wie dieser Mann es getan hat.
VII.
In seiner Folge hat der Krieg alte Gegner menschlich und auch politisch einander nähergebracht. Schon 1946 rief der amerikanische Außenminister Byrnes in seiner denkwürdigen Stuttgarter Rede zur Verständigung in Europa und dazu auf, dem deutschen Volk auf seinem Weg in eine freie und friedliebende Zukunft zu helfen.
Unzählige amerikanische Bürger haben damals mit ihren privaten Mitteln uns Deutsche, die Besiegten, unterstützt, um die Wunden des Krieges zu heilen.
Dank der Weitsicht von Franzosen wie Jean Monnet und Robert Schuman und von Deutschen wie Konrad Adenauer endete eine alte Feindschaft zwischen Franzosen und Deutschen für immer.
Ein neuer Strom von Aufbauwillen und Energie ging durch das eigene Land. Manche alte

Gräben wurden zugeschüttet, konfessionelle Gegensätze und soziale Spannungen verloren an Schärfe. Partnerschaftlich ging man ans Werk.
Es gab keine "Stunde Null", aber wir hatten die Chance zu einem Neubeginn. Wir haben sie genutzt so gut wir konnten. An die Stelle der Unfreiheit haben wir die demokratische Freiheit gesetzt.
Vier Jahre nach Kriegsende, 1949, am 8. Mai, beschloß der Parlamentarische Rat unser Grundgesetz. Über Parteigrenzen hinweg gaben seine Demokraten die Antwort auf Krieg und Gewaltherrschaft im Artikel 1 unserer Verfassung:
"Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt."
Auch an diese Bedeutung des 8. Mai gilt es heute zu erinnern.
Die Bundesrepublik Deutschland ist ein weltweit geachteter Staat geworden. Sie gehört zu den hochentwickelten Industrieländern der Welt. Mit ihrer wirtschaftlichen Kraft weiß sie sich mitverantwortlich dafür, Hunger und Not in der Welt zu bekämpfen und zu einem sozialen Ausgleich unter den Völkern beizutragen.
Wir leben seit vierzig Jahren in Frieden und Freiheit, und wir haben durch unsere Politik unter den freien Völkern des Atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft dazu selbst einen großen Beitrag geleistet.
Nie gab es auf deutschem Boden einen besseren Schutz der Freiheitsrechte des Bürgers als heute. Ein dichtes soziales Netz, das den Vergleich mit keiner anderen Gesellschaft zu scheuen braucht, sichert die Lebensgrundlage der Menschen.
Hatten sich bei Kriegsende viele Deutsche noch darum bemüht, ihren Paß zu verbergen oder gegen einen anderen einzutauschen, so ist heute unsere Staatsbürgerschaft ein angesehenes Recht.
Wir haben wahrlich keinen Grund zu Überheblichkeit und Selbstgerechtigkeit. Aber wir dürfen uns der Entwicklung dieser vierzig Jahre dankbar erinnern, wenn wir das eigene historische Gedächtnis als Leitlinie für unser Verhalten in der Gegenwart und für die ungelösten Aufgaben, die auf uns warten, nutzen.
- Wenn wir uns daran erinnern, daß Geisteskranke im Dritten Reich getötet wurden, werden wir die Zuwendung zu psychisch kranken Bürgern als unsere eigene Aufgabe verstehen.
- Wenn wir uns erinnern, wie rassisch, religiös und politisch Verfolgte, die vom sicheren Tod bedroht waren, oft vor geschlossenen Grenzen anderer Staaten standen, werden wir vor denen, die heute wirklich verfolgt sind und bei uns Schutz suchen, die Tür nicht verschließen.
- Wenn wir uns der Verfolgung des freien Geistes während der Diktatur besinnen, werden wir die Freiheit jedes Gedankens und jeder Kritik schützen, so sehr sie sich auch gegen uns selbst richten mag.
- Wer über die Verhältnisse im Nahen Osten urteilt, der möge an das Schicksal denken, das Deutsche den jüdischen Mitmenschen bereiteten und das die Gründung des Staates Israel unter Bedingungen auslöste, die noch heute die Menschen in dieser Region belasten und gefährden.
- Wenn wir daran denken, was unsere östlichen Nachbarn im Kriege erleiden mußten, werden wir besser verstehen, daß der Ausgleich, die Entspannung und die friedliche Nachbarschaft mit diesen Ländern zentrale Aufgaben der deutschen Außenpolitik bleiben. Es gilt, daß beide Seiten sich erinnern und beide Seiten einander achten. Sie haben menschlich, sie haben kulturell, sie haben letzten Endes auch geschichtlich allen Grund dazu.
Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Michail Gorbatschow hat verlautbart, es ginge der sowjetischen Führung beim 40. Jahrestag des Kriegsendes nicht darum, antideutsche Gefühle zu schüren. Die Sowjetunion trete für Freundschaft zwischen den

Völkern ein.
Gerade wenn wir Fragen auch an sowjetische Beiträge zur Verständigung zwischen Ost und West und zur Achtung von Menschenrechten in allen Teilen Europas haben, gerade dann sollten wir dieses Zeichen aus Moskau nicht überhören. Wir wollen Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion.
VIII.
Vierzig Jahre nach dem Ende des Krieges ist das deutsche Volk nach wie vor geteilt.
Beim Gedenkgottesdienst in der Kreuzkirche zu Dresden sagte Bischof Hempel im Februar dieses Jahres: "Es lastet, es blutet, daß zwei deutsche Staaten entstanden sind mit ihrer schweren Grenze. Es lastet und blutet die Fülle der Grenzen überhaupt. Es lasten die Waffen."
Vor kurzem wurde in Baltimore in den Vereinigten Staaten eine Ausstellung "Juden in Deutschland" eröffnet. Die Botschafter beider deutscher Staaten waren der Einladung gefolgt. Der gastgebende Präsident der Johns-Hopkins-Universität begrüßte sie zusammen. Er verwies darauf, daß alle Deutschen auf dem Boden derselben historischen Entwicklung stehen. Eine gemeinsame Vergangenheit verknüpfte sie mit einem Band. Ein solches Band könne eine Freude oder ein Problem sein - es sei immer eine Quelle der Hoffnung.
Wir Deutschen sind ein Volk und eine Nation. Wir fühlen uns zusammengehörig, weil wir dieselbe Geschichte durchlebt haben.
Auch den 8. Mai 1945 haben wir als gemeinsames Schicksal unseres Volkes erlebt, das uns eint. Wir fühlen uns zusammengehörig in unserem Willen zum Frieden. Von deutschem Boden in beiden Staaten sollen Frieden und gute Nachbarschaft mit allen Ländern ausgehen. Auch andere sollen ihn nicht zur Gefahr für den Frieden werden lassen.
Die Menschen in Deutschland wollen gemeinsam einen Frieden, der Gerechtigkeit und Menschenrecht für alle Völker einschließt, auch für das unsrige.
Nicht ein Europa der Mauern kann sich über Grenzen hinweg versöhnen, sondern ein Kontinent, der seinen Grenzen das Trennende nimmt. Gerade daran mahnt uns das Ende des Zweiten Weltkrieges.
Wir haben die Zuversicht, daß der 8. Mai nicht das letzte Datum unserer Geschichte bleibt, das für alle Deutschen verbindlich ist.
IX.
Manche junge Menschen haben sich und uns in den letzten Monaten gefragt, warum es vierzig Jahre nach Ende des Krieges zu so lebhaften Auseinandersetzungen über die Vergangenheit gekommen ist. Warum lebhafter als nach fünfundzwanzig oder dreißig Jahren? Worin liegt die innere Notwendigkeit dafür?
Es ist nicht leicht, solche Fragen zu beantworten. Aber wir sollten die Gründe dafür nicht vornehmlich in äußeren Einflüssen suchen, obwohl es diese zweifellos auch gegeben hat.
Vierzig Jahre spielen in der Zeitspanne von Menschenleben und Völkerschicksalen eine große Rolle.
Auch hier erlauben Sie mir noch einmal einen Blick auf das Alte Testament, das für jeden Menschen unabhängig von seinem Glauben tiefe Einsichten aufbewahrt. Dort spielen vierzig Jahre eine häufig wiederkehrende, eine wesentliche Rolle.
Vierzig Jahre sollte Israel in der Wüste bleiben, bevor der neue Abschnitt in der Geschichte mit dem Einzug ins verheißene Land begann.
Vierzig Jahre waren notwendig für einen vollständigen Wechsel der damals verantwortlichen Vätergeneration.
An anderer Stelle aber (Buch der Richter) wird aufgezeichnet, wie oft die Erinnerung an erfahrene Hilfe und Rettung nur vierzig Jahre dauerte. Wenn die Erinnerung abriß, war die Ruhe zu Ende.
So bedeuten vierzig Jahre stets einen großen Einschnitt. Sie wirken sich aus im Bewußtsein

der Menschen, sei es als Ende einer dunklen Zeit mit der Zuversicht auf eine neue und gute Zukunft, sei es als Gefahr des Vergessens und als Warnung vor den Folgen. Über beides lohnt es sich nachzudenken.
Bei uns ist eine neue Generation in die politische Verantwortung hereingewachsen. Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.
Wir Älteren schulden der Jugend nicht die Erfüllung von Träumen, sondern Aufrichtigkeit. Wir müssen den Jüngeren helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten. Wir wollen ihnen helfen, sich auf die geschichtliche Wahrheit nüchtern und ohne Einseitigkeit einzulassen, ohne Flucht in utopische Heilslehren, aber auch ohne moralische Überheblichkeit.
Wir lernen aus unserer eigenen Geschichte, wozu der Mensch fähig ist. Deshalb dürfen wir uns nicht einbilden, wir seien nun als Menschen anders und besser geworden.
Es gibt keine endgültig errungene moralische Vollkommenheit - für niemanden und kein Land! Wir haben als Menschen gelernt, wir bleiben als Menschen gefährdet. Aber wir haben die Kraft, Gefährdungen immer von neuem zu überwinden.
Hitler hat stets damit gearbeitet, Vorurteile, Feindschaften und Haß zu schüren.
Die Bitte an die jungen Menschen lautet:
Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Haß
gegen andere Menschen,
gegen Russen oder Amerikaner,
gegen Juden oder Türken,
gegen Alternative oder Konservative,
gegen Schwarz oder Weiß.
Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander.
Lassen Sie auch uns als demokratisch gewählte Politiker dies immer wieder beherzigen und ein Beispiel geben.
Ehren wir die Freiheit.
Arbeiten wir für den Frieden.
Halten wir uns an das Recht.
Dienen wir unseren inneren Maßstäben der Gerechtigkeit.
Schauen wir am heutigen 8. Mai, so gut wir es können, der Wahrheit ins Auge.<<
Die "BILD-Zeitung" berichtet über diese Rede Weizsäckers: >>**Weizsäckers große Rede zum 8. Mai**
Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.
Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."
Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."
... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Rede

Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes (x268/102-103): >>... Natürlich war das Kriegsende für die Insassen der Konzentrationslager, für die politischen Häftlinge in den Gefängnissen und für die vielen Regimekritiker eine Erlösung.
Auf der anderen Seite der Bilanz standen die "ethnische Säuberung" in den Vertreibungsgebieten (rund 30 Prozent des deutschen Siedlungsgebiets), die Spaltung von Restdeutschland und die neue Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone. Dann waren da noch die Zwangsarbeit von Millionen deutscher Kriegsgefangener und Zivilisten, die Millionen Vergewaltigungen durch die Rote Armee, die neuen Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone und die Hungerpolitik der Westalliierten in ihren Zonen ...<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtet später über die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (x878/...): >>**8. Mai 1945: Tag der Befreiung?**

Anmerkungen zur Rede von Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 zum Kriegsende 1945

Am 8. Mai 1945 endete der 2. Weltkrieg in Europa. Die deutsche Wehrmacht hatte bedingungslos kapituliert. Deutschland war ein Trümmerfeld, das die Siegermächte in Besatzungszonen aufgeteilt und über das sie die Regierungsgewalt übernommen hatten. Der Verlust Ostdeutschlands wurde mit der Vertreibung von 12-15 Millionen Deutschen bereits 1945 zur Realität. Jahrzehntelang galt 1945 für die überwältigende Mehrheit der Deutschen unbestritten als absoluter Tiefpunkt der deutschen Geschichte, als die Katastrophe schlechthin.
40 Jahre später deutete Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1984-1994) in einer Rede am 8. Mai 1985 das Katastrophendatum in einen "Tag der Befreiung" um. Der entscheidende Satz Weizsäckers lautete - nach einem "Blick zurück in einen dunklen Abgrund der Vergangenheit": "Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft".
Es ist der Satz von der Befreiung, der elektrisiert und einen Nerv getroffen, der die Rede im In- und Ausland bekannt und berühmt gemacht hat. Er ist in Erinnerung geblieben und prägt noch heute das Bild der Präsidentschaft Weizsäckers. Nach heftiger anfänglicher Diskussion hat er sich im öffentlichen Bewußtsein festgesetzt. Es gibt wenige Reden in der deutschen Nachkriegsgeschichte von vergleichbarer Nachhaltigkeit. Als Ergebnis der Rede Weizsäckers wurde der Aspekt der Befreiung in der Wahrnehmung des 8. Mai 1945 in Deutschland dominant.
Die völlige Umkehrung der Bewertung eines historischen Ereignisses ist in diesem Fall mehr als ein bemerkenswerter Vorgang. Von der "Katastrophe", dem tiefsten Fall Deutschlands, zur "Befreiung" ist es ein sehr weiter Weg. Die von Weizsäcker vorgenommene Umdeutung wirft eine ganze Reihe von Fragen auf. Sie betreffen Tragweite, Tragfähigkeit und Folgen der Umwertung.

I. Wie es eigentlich war

Der große deutsche Historiker Leopold von Ranke hatte der Geschichtsschreibung die Aufgabe gestellt, die Geschichte so darzustellen: "wie es eigentlich war". Folgt man dieser Vorgabe, stellt man schnell fest, daß die Zeitgenossen die vernichtende Niederlage und die bedingungslose Kapitulation Deutschlands keineswegs als "Befreiung" erlebt haben.
Die Sieger wollten Deutschland auch gar nicht befreien. Für die Sieger stand im Vordergrund, das Deutsche Reich und die Deutschen militärisch bis zur bedingungslosen Kapitulation niederzuwerfen und dann abzustrafen. Die Hauptverantwortlichen sollten als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt und hingerichtet werden. Die territoriale Amputation war schon vor Kriegsende beschlossene Sache. Die Vertreibung der Deutschen, die bereits während der Kriegshandlungen voll im Gange war, schuf vollendete Tatsachen. Obwohl die Versorgungs-

lage nach Kriegsende in Deutschland katastrophal war, wurden u.a. Hilfslieferungen für deutsche Kriegsgefangene aus der Schweiz von den US-Besatzungsbehörden zurückgewiesen. Demontagen taten ein Übriges. Fraternisierung mit Deutschen war streng verboten usw.

Abwehrkampf bis zum Schluß

Die alliierten Sieger trafen bei ihrem Vordringen ins Reichsgebiet auf entschiedenen deutschen Widerstand. Trotz totaler alliierter Lufthoheit, dem Bombenhagel und dem Einsatz von Tiefffliegern auf die deutschen Städte wurde bis zum Schluß Anfang Mai 1945 erbittert weiter gekämpft. Das galt für die Reichsgrenzen im Westen, u.a. bei Aachen im Hürtgenwald und für das Elsaß, wo jedes Dorf verteidigt wurde.

Das gleiche galt für den Osten gegen die vordringende Rote Armee. Im letzten Kriegsjahr hatte die Wehrmacht ebenso hohe Verluste wie in allen Kriegsjahren zuvor. In den letzten zwei Wochen vor der Einnahme Berlins hatte die Rote Armee noch einmal Verluste von 304.000 Mann. Die Wehrmacht lieferte der Roten Armee von Mitte April bis Anfang Mai 1945 noch einmal eine letzte große Schlacht.

Hitler war schon tot, aber der Reichstag wurde noch über einen Tag verteidigt, nachdem die Rote Armee dort am 1. Mai das Siegesbanner gesetzt hatte. Dieser Abwehr- und Verteidigungswille - heute nicht nachvollziehbar und irgendwie auch unbegreiflich - widerspricht der Erzählung vom "Zusammenbruch", dem Bild eines zusammenstürzenden Kartenhauses, wie es von den meinungsbeherrschenden Medien in Deutschland verbreitet wird.

Erfahrung der deutschen Bevölkerung

Gewiß war die Bevölkerung - insbesondere im Westen - erleichtert, als der Krieg mit dem Vormarsch der Alliierten vorüber war. Man war noch einmal mit dem Leben davon gekommen. Natürlich bedeutete insbesondere für KZ-Insassen, überlebende Juden, Sinti und Roma, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Verfolgte und Gegner des NS-Regimes der Einmarsch der Alliierten eine Befreiung. Für die ganz überwiegende Zahl der Deutschen aber nicht. Sie sollten die Folgen der Niederlage spüren.

Es folgten bis zur Währungsreform 1948 bittere Hungerjahre, Deportationen (vor allem im Osten, aber nicht nur), Demontagen, weitere Vertreibungen u.a. aus dem Sudetenland und dem Balkan, die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, Amtsenthebungen, Einquartierungen von Angehörigen der alliierten Streitkräfte in nicht zerbombte Zivilwohnungen und Häuser etc.

Millionen deutsche Männer befanden sich nach Kriegsende noch Jahre in Kriegsgefangenschaft im In- und Ausland und kehrten zerlumpt und/oder gebrochen in die Heimat zu den Familien zurück - soweit es sie noch gab.

Die letzten Kriegsgefangenen kehrten erst nach langwierigen Verhandlungen mit dem Kreml ein Jahrzehnt nach Kriegsende zurück. Die Frauen mußten sich und ihre Familien irgendwie durchbringen und haben sich nicht selten für ein wenig Essen prostituieren müssen. Die Lebensrealität war für die meisten Deutschen in den ersten Jahren nach 1945 düster. Erst allmählich besserte sich die Lage. Es hätte ihnen damals wie Hohn geklungen, wenn man ihnen die Nachkriegsjahre als Befreiung hätte verkaufen wollen.

Während sich im Westen die Last des Besatzungsregimes langsam lockerte, waren die Maßnahmen Stalins und seiner Helfershelfer im Osten nach dem Krieg besonders hart. Stalin hatte im Zusammenwirken mit Churchill schon während des Krieges die künftige deutsche Ostgrenze auf die Oder-Neiße-Linie festgelegt und im Nachhinein nochmals um Stettin zuungunsten Deutschlands verändert. 12-15 Millionen Deutsche wurden vertrieben, 1-1,5 Millionen verloren dabei ihr Leben. Es klingt nach Polemik, aber tatsächlich bezeichnet (und beschönigt) Weizsäcker diesen Vorgang in seiner Rede als "Wanderung".

Die mitteldeutsche/ostdeutsche Bevölkerung traf die ganze Wucht und Brutalität des Besatzungsregimes. Stalin nutzte die gleichen Konzentrationslager, die von den Nazis errichtet

worden waren, um Oppositionelle, potentielle oder vermeintliche Widersacher, Dissidenten o.ä. einzusperren (Buchenwald, Sachsenhausen). Enteignungen, Deportationen, Demontagen und Willkürakte bestimmten den Alltag in der sowjetisch besetzten Zone über Jahre hinaus. Nicht einmal den deutschen Kommunisten, die den Nazi-Terror und die Säuberungen in der Sowjetunion überlebt hatten, traute Stalin.
Jede noch so kleine Abweichung von seinem Führungsanspruch wurde ausgemerzt und jede Regung einer Selbständigkeit, die den verordneten Sozialismus Moskauer Prägung deutschen Gegebenheiten anpassen wollte, brutal unterdrückt.
In den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen wurden nicht nur unter Mißachtung grundlegender juristischer Grundsätze (z.B. Rückwirkungsverbot, nulla poene sine lege) und dem Beigeschmack von Siegerjustiz die höchsten Repräsentanten des NS-Regimes als Hauptkriegsverbrecher angeklagt, verurteilt und meist gehängt, in den zwölf sog. Nachfolgeprozessen wurde durchgängig die deutsche Führungsschicht aus Militär, Wirtschaft, Diplomatie, Verwaltung etc. vor Gericht gestellt.
Besonders spektakulär war der sog. Wilhelmstraßenprozeß gegen führende Diplomaten des Auswärtigen Amtes (AA), in dem Ernst von Weizsäcker, der frühere Staatssekretär des AA (1938-1943) und Vater des späteren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Ziel der Kriegsverbrecherprozesse war die dauerhafte Diskreditierung der deutschen Funktionseliten, soweit sie das Dritte Reich und die Kriegsanstrengungen mitgetragen hatten.
Das Kriegsende und die ersten Nachkriegsjahre können - zugegeben: zugespitzt und verallgemeinert - knapp zusammengefaßt wie folgt charakterisiert werden:
Die Deutschen haben sich in hoffnungsloser Lage bis zum bitteren Ende - über den Tod Hitlers hinaus - gegen die Eroberung und Besetzung ihres Landes durch die Sieger gewehrt. Die von Stalin gezogene Oder-Neiße-Linie wurde durch die Vertreibung von 12-15 Millionen Deutschen, die die Hauptlast der Niederlage zu tragen hatten, de facto festgezurrt. Kennzeichnend für die ersten Jahre des Besatzungsregimes waren Ächtung, Bestrafung und Rache an den Deutschen.

II. Umdeutung

40 Jahre nach Kriegsende wird das Jahr 1945 von Bundespräsident Richard von Weizsäcker radikal umgedeutet. Die negativen Erinnerungen verschwinden aus seiner Rede zwar nicht ganz, werden aber von einer positiven Sicht auf 1945, nämlich als "Befreiung vom NS-Regime" überlagert und verdrängt.

Menschliches Gedächtnis

Es ist ein bekanntes Phänomen, daß im menschlichen Gedächtnis unangenehme Erinnerungen in Vergessenheit geraten, verdrängt werden, während gute Erinnerungen, Glücksmomente bewahrt und aufgewertet werden. Gemeinhin wird dieser Vorgang als Verklärung der Vergangenheit bezeichnet ("früher war alles besser"), was sowohl individuell als auch kollektiv funktioniert. Man will die alten Elendsgeschichten, die mit der Niederlage und der Besatzungszeit verbunden sind, nicht mehr hören.
Lieber klammert man sich an die Sage vom Wiederaufstieg im Wirtschaftswunder und - wohl am markantesten - den Gewinn der Fußballweltmeisterschaft 1954, die als emotionaler Gründungsakt der Bundesrepublik gelten kann. Das ist als allgemein menschlicher Zug verständlich und nachvollziehbar. Der große Gedächtnisverlust, die Erinnerungslücke, die vom letzten Kriegsjahr bis etwa 1948/1949 (Währungsreform/Gründung der Bundesrepublik) reicht, hat aber noch andere Gründe.

Neue Generation

40 Jahre nach Kriegsende bestimmte eine neue Generation mit anderen Wertvorstellungen die öffentliche Meinung. Sie war in wachsendem Wohlstand, internationaler Vernetzung und de-

mokratischen Institutionen aufgewachsen. Man muß gar nicht die 68er Generation bemühen, um diesen Wertewandel zu erklären; die 68er verstärkten und beschleunigten diesen Wandel allerdings. Historiker wissen, daß jede Generation die Geschichte neu bewertet und damit umschreibt. Was vor einem halben Jahrhundert kritisch und ablehnend gesehen wurde, erstrahlt nunmehr in hellem Licht, wird glorifiziert oder umgekehrt.
Es ist dies ein notwendiger Prozeß der Selbstvergewisserung, der sich meist auch im Rahmen heftiger, generationsspezifischer Auseinandersetzungen vollzieht. 40 Jahre sind ein solcher Zeitabschnitt, wie Weizsäcker in seiner Rede selbst sagt, für eine solche Neubewertung oder Korrektur der historischen Großerzählung. Mit Weizsäckers Rede ist diese Neubewertung in aller Öffentlichkeit vollzogen worden.
Um es gleich anzufügen: Auch die nachfolgenden Generationen haben nicht nur das Recht, historische Überlieferungen zu überprüfen, sondern auch die Pflicht, sie ggf. einer kritischen Revision zu unterziehen. Das geht nicht ohne Streit und Kontroversen ab.

Geschichtspolitik

Die Geschichtsschreibung, besser Darstellung der Geschichte wird auch bewußt als Mittel der Politik eingesetzt. Beispiele gibt es zuhauf: Nach 1945 sahen einige Historiker ihre Aufgabe darin, die Durchsetzung der Demokratie schützend zu begleiten. Anderes Beispiel ist die hohe Wertschätzung, die die deutsche Ostkolonisation im Mittelalter in der Historiographie bis 1945 genoß - und zwar schon lange vor der Nazi-Zeit.
In den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts rückte die Erforschung und Würdigung der Karolinger, die Zeit Karls des Großen und des Frankenreichs im 8. und 9. Jahrhundert n. Chr. in den Vordergrund. Der Bezug zur damals beginnenden Europäischen Einigung war offenkundig. Lehnte man in Deutschland bis zur These von Fritz Fischer (Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1961) eine klare deutsche Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg ab, so galt danach bald das Gegenteil. Heute ist man auch davon wieder abgerückt.
Nicht immer gehen die Wandlungen des Geschichtsbildes auf bewußte Interventionen interessierter Kreise zurück. Während die kleindeutsche Geschichtsschreibung in der Nachfolge Treitschkes (Preußen als Keimzelle Deutschlands) und die Vorstellungen der Sieger von 1945 zur deutschen Geschichte (von Luther über Bismarck, Wilhelm II zwangsläufig zu Hitler) bewußt durchgesetzt bzw. ins Spiel gebracht wurden, scheinen andere historische Fakten und Ereignisse auf geheimnisvolle Weise urplötzlich mit elementarer Wucht in die Öffentlichkeit zu drängen.
Vielfach war alles schon lange bekannt, die Kenntnis war auch über Fachkreise hinaus gedrungen, und doch spielte es im öffentlichen Bewußtsein keine Rolle. Das gilt für die Holocaust-Rezeption in den 1970er und 1980er Jahren und - jüngst - die Rezeption des Buches über die Vergangenheit des Auswärtigen Amtes in der NS-Zeit nach dessen Veröffentlichung im Herbst 2010 (Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes, Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, Blessing Verlag, München 2010 = Das Amt).

Vordatierung des Unheils

Weizsäcker ordnet die negativen Seiten des 8. Mai 1945 ursächlich vor allem dem Jahr 1933 zu, dem Jahre der NS-Machtergreifung: "Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen". Damals habe das Unheil begonnen. Das Unheil wird gewissermaßen auf das Jahr 1933 vordatiert. Ähnliches gilt für die zweite Vordatierung auf den Kriegsbeginn 1939, den Weizsäcker allein dem Deutschen Reich anlastet. Diese Argumentation ist in der Folgezeit oft wiederholt worden.
Aber wie weit trägt diese Vordatierung? Wer bei den Wahlen im März 1933 für Hitlers Partei, die NSDAP stimmte, hatte den 8. Mai 1945 nicht vor Augen. Politische Hellseher waren die Deutschen auch 1933 nicht. Im Übrigen erreichte die NSDAP bei den Reichstagswahlen im

März 1933, als die SPD und KPD bereits massiv behindert wurden, mit 43,9 Prozent keine Mehrheit. Im November 1932 hatte die NSDAP bei den letzten freien Wahlen gar nur 33,1 Prozent auf sich vereinigen können. Die Sudetendeutschen, die Westpreußen und Danziger, die 1945 vertrieben wurden, konnten 1932/1933 gar nicht wählen, sie gehörten damals nicht zum Deutschen Reich.
Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs - die zweite Vordatierung des Unheils - spielt in der Rede Weizsäckers eine geringere Rolle. Die Sowjetunion und der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 werden erwähnt und Stalin als Mitverantwortlicher dingfest gemacht: "Allen politisch denkenden Menschen jener Zeit war klar, daß der deutsch-sowjetische Pakt Hitlers Einmarsch in Polen und damit den 2. Weltkrieg bedeutete". Aber: "Die Initiative zum Krieg … ging von Deutschland aus, nicht von der Sowjetunion". Ungesagt bleibt, daß Stalin im September 1939 den Hauptteil der Beute schluckte.
Die Vordatierungen des Unheils auf 1933 und in geringerem Umfang auf den Kriegsbeginn 1939 trugen das ihre dazu bei, den 8. Mai 1945 zu entlasten und als einen "Tag der Befreiung" erscheinen zu lassen.

40 Jahre nach Kriegsende

Die Zeit muß reif sein, damit sich eine neue Sichtweise durchsetzen kann. 1985, 40 Jahre nach Kriegsende, war die Zeit reif: Die konkreten Erinnerungen an 1945 lagen weit genug zurück. Die positiven Erinnerungen und der Stolz auf den erreichten Wohlstand, die fest etablierte Demokratie und das wiedergewonnene internationale Ansehen der Bundesrepublik machten ein Einschwenken auf Hegels - freilich umstrittenen - Satz möglich:
"Was vernünftig ist, das ist wirklich, und was wirklich ist, das ist vernünftig" (Philosophie des Rechts). Die westdeutsche Gesellschaft akzeptierte, was Wirklichkeit geworden war, und akzeptierte es als vernünftig. Nach diesem Schritt konnte auch das Jahr 1945 in einen neuen Sinnzusammenhang eingebaut werden.

III. Gründe für die Akzeptanz

Es gibt mehrere Erklärungen für die Akzeptanz der Umdeutung der Niederlage in eine Befreiung.

Zeitzeuge Richard von Weizsäcker

Mit Richard von Weizsäcker hatte ein Zeitzeuge das Wort ergriffen, der im Zweiten Weltkrieg von Anfang bis Ende mitgekämpft und die Niederlage mit erlitten hatte. Er vereinte in seiner Person die Erfahrung der Niederlage und des Wiederaufstiegs. Zweifellos verlieh dieser persönliche Hintergrund der Rede ein hohes Maß an Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit. Viele Deutsche waren in der Nazi-Zeit Mitläufer gewesen, waren als Funktionseliten und/oder Wehrmachtsangehörige in Nazi-Untaten verstrickt oder kannten aus ihrem Verwandten- oder Bekanntenkreis solche Personen. Der deutsche Faschismus war ein Massenphänomen gewesen, es handelte sich nicht um vereinzelte, verirrte Personen.
Die große Masse der Deutschen konnte sich mit Weizsäcker identifizieren, waren doch ihr Mitläufertum und ggf. ihre Verstrickung in die NS-Untaten durch die Wiederaufbauleistung der Bundesrepublik - so wie sie es empfanden oder sahen - in etwa aufgewogen. Ganz im Sinne des neugewonnenen Selbstbewußtseins hatte Bundeskanzler Helmut Schmidt wenige Jahre zuvor im Wahlkampf das "Modell Deutschland" propagiert.
Die Rede Weizsäckers war für viele deshalb eine Art Befreiungsschlag. Eine wenig reflektierte Zustimmung, die in manchen Fällen die Grenze zur Begeisterung überschritt, überdehnte dann die konkreten Aussagen Weizsäckers im Sinne des Satzes von der Befreiung. Als solche wirkt sie bis heute nach.

Friede nach den Weltkriegen

Die in der Person Weizsäckers gründende Glaubwürdigkeit hätte allein wahrscheinlich nicht ausgereicht, um die realen Vorgänge von 1945 und in den Folgejahren auf so gewagte Weise

zurückzudrängen und umzudeuten. Der westliche Teil Deutschlands, die Bundesrepublik befand sich nach der Gründung 1949 bis 1989/1990 in einer bemerkenswert einzigartigen Lage. Nach zwei Weltkriegen herrschte Friede. Um die Erhaltung dieses Friedens, um die Sicherheit der Bundesrepublik kümmerten sich Dritte. Letztlich war es die Nukleargarantie der USA, die mit dem Gleichgewicht der Kräfte den Frieden gewährleistete.
Nötig war nur ein Beitrag für die defensive Bundeswehr. Die Probleme der Aufrechterhaltung einer Weltordnung mit westlicher Dominanz, die auch die Voraussetzung für den Wohlstand der Westdeutschen war, war nicht Sache der Westdeutschen. In einer Art Herrgottswinkel der Weltpolitik, d.h. ohne tatsächliche eigene Verantwortung zu übernehmen, waren sie von der Last verantwortlicher Außenpolitik befreit. Kriege führten andere. Noch heute blicken einige auf diese Zeiten voller Nostalgie zurück - kein Wunder nach den Fehlschlägen und Katastrophen der jüngsten Vergangenheit. Nun konnten sich die Westdeutschen als "Friedensmacht" fühlen. Dafür waren sie dankbar.

Das Winseln der Besiegten

Die Katastrophe von 1945 konnte nicht völlig in einem Befreiungsgedanken aufgehen. Tief drinnen war das Bewußtsein der vernichtenden Niederlage und des Ausgeliefertseins an die Sieger noch immer ins Gedächtnis eingeschrieben. Wir wissen, daß Besiegte im Zustand der absoluten Ohnmacht und Zerknirschung ein bestimmtes Verhalten an den Tag legen, das als "Winseln der Besiegten" bekannt ist. Sie neigen zu Demutsgesten und haben ein starkes Imitationsbedürfnis. Sie wollen die Sieger nachahmen, sich mit ihnen identifizieren. Die Sieger waren ja die Besseren, sonst hätten sie nicht gesiegt. Das gilt weltweit und ist keine deutsche Besonderheit.
Das deutsche Imitationsbedürfnis war allerdings nach der totalen Niederlage besonders stark ausgeprägt. Man denke nur an die Grablegung Adenauers, die eine Kopie der Bestattung Churchills war. Ein anderes Beispiel ist die hemmungslose Übernahme von Anglizismen in die deutsche Sprache als sog. Neuhochdeutsch. Keine andere europäische Nation macht sich auf gleiche Weise lächerlich. Die ultimative Demutsgeste der Besiegten kulminiert schließlich in dem Bekenntnis: Ja, ihr Sieger hattet Recht und mir ist Recht geschehen. Der Besiegte entlastet sich indem er den Trotz ablegt. Der Besiegte unterwirft sich endgültig. Auch dieses Moment steckt in dem Befreiungsargument.

IV. Legendenbildung

Die Krisenzeit nach einer Niederlage ist auch die Geburtsstunde von Legenden, die eine unglaubliche Langzeit- und Tiefenwirkung haben können.

Die Suche nach den Schuldigen

Das beste Beispiel aus der deutschen Geschichte ist die sog. Dolchstoßlegende, die nach dem Ersten Weltkrieg zur Erklärung der deutschen Niederlage in die Welt gesetzt wurde. Danach war die Heimat, d.h. sog. "Novemberverbrecher", Politiker, Gewerkschaften, Sozialisten etc. dem siegreichen deutschen Heer mit der Forderung nach einem Waffenstillstand in den Rükken gefallen. Wir wissen, wie tief sich diese Legende in den Köpfen festgesetzt und wie verheerend sie sich bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs ausgewirkt hat.
1945 war eine ähnliche Legende nicht möglich, dafür sorgten schon die Sieger. Aber es entstanden andere Legenden: so war die Wehrmacht angeblich sauber geblieben, alle Untaten und Verbrechen waren von der SS begangen worden. Die Funktionseliten wuschen sich mit der Behauptung rein, in einer Diktatur seien sie gegen ihren Willen zum Mitmachen gezwungen gewesen. Nach 1945 gab es eigentlich nur Unschuldige und/oder Widerständler. Manche Beobachter kamen aus dem Staunen nicht heraus.

Das Auswärtige Amt und Staatssekretär Ernst von Weizsäcker

Eine erst 2010 öffentlichkeitswirksam aufgedeckte und widerlegte Legende ist die vom Auswärtigen Amt (AA) als Hort des Widerstands (Das Amt). Damit sind wir wieder bei Richard

von Weizsäcker, dessen Vater Ernst von Weizsäcker von 1938-1943 Staatssekretär des AA gewesen war. Von der Siegermacht USA war Ernst von Weizsäcker in einem der zwölf Nürnberger Nachfolgeprozesse vor Gericht gestellt worden.
Im sog. Wilhelmstraßenprozeß gegen führende Diplomaten war er der Hauptangeklagte und wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt. Diplomaten des 1945 aufgelösten AA hatten sich in die Verteidigung Weizsäckers eingeschaltet und einen ganzen Kranz von Legenden geschaffen, die Weizsäcker entlasten und gleichzeitig ihre berufliche Zukunft sichern sollten.
Danach war das saubere AA der Berufsdiplomaten seit 1933 in einen Abwehrkampf gegen NS-Seiteneinsteiger verwickelt gewesen. Von den NS-Verbrechen habe man nichts gewußt und das AA habe von allen Reichsministerien im Widerstand den höchsten Blutzoll entrichtet. Die Legenden haben sich bis ins 21. Jahrhundert gehalten, deshalb auch die Aufregung um die oben genannte Veröffentlichung.

Münchner Abkommen 1938

Die Legendenbildung gelang, die Rettung des AA-Staatssekretärs Weizsäcker nicht. Zuviel sprach dagegen. Das gilt auch für die Behauptung, die Mitwirkung Ernst von Weizsäckers am Münchner Abkommen 1938, das die Zerschlagung der Tschechoslowakei einleitete, sei ein Akt des Widerstands gewesen, weil Weizsäcker mit London konspiriert habe. Wer in der Politik oder Diplomatie eine internationale Krise miterlebt hat, weiß, daß die Akteure auf verschiedenen Instrumenten unterschiedliche, bisweilen sogar dissonante Melodien spielen - schon um den Streß für die Gegenspieler zu erhöhen:
Außenminister Ribbentrop war in der Sudetenkrise der Scharfmacher, der Berufsdiplomat Weizsäcker der Vertreter der Friedenspartei. London hat dieses durchsichtige und gängige Spiel schnell durchschaut. Ein Akt des Widerstands läßt sich daraus nicht konstruieren (siehe auch: Guntram von Schenck, Das Auswärtige Amt und die Vergangenheit oder Vom Kratzen an den Tempelwänden).
Gleichwohl wird diese Schutzbehauptung noch heute von Richard von Weizsäcker aufrecht erhalten (u.a. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Oktober 2010). Richard von Weizsäcker hatte während des Wilhelmstraßenprozesses sein Jurastudium unterbrochen, um seinem Vater beizustehen. Er hat die Entstehung der Legenden um das AA unmittelbar mitbekommen (und daran mitgewirkt?). Es stellt sich die Frage, ob und ggf. was Richard von Weizsäcker damals über die Entwicklung und Durchsetzung von Legenden gelernt hat - vielleicht ohne sich selber darüber Rechenschaft zu geben?
Man hört es förmlich aus seiner Rede vom 8. Mai 1985 heraus, daß Richard von Weizsäcker es sich nicht leicht gemacht hat. Man tut ihm kein Unrecht, wenn man annimmt, daß ihn der Prozeß und die Verurteilung noch lange danach beschäftigt und belastet haben. Die Rechtfertigungsversuche - so untauglich sie auch sein mögen - halten bis heute an. Niemand blickt in die Herzen der Menschen. Aber auch ohne tiefergehende Kenntnisse in Psychologie kann man annehmen, daß es einen Zusammenhang zwischen der Verurteilung des Vaters und der Rede vom 8. Mai 1985 gibt.
Hier hat eine Entlastung stattgefunden, das implizite Eingeständnis, daß die herausragenden Vertreter der deutschen Funktionseliten, die bis zum Schluß im Dienst der Nazi-Führung verblieben, schuldig geworden sind. Dazu gehörte auch sein Vater. Er sollte ihn nicht länger ausklammern. Ohne "Befreiung" keine Verurteilung. Staatssekretär Ernst von Weizsäcker war sehr viel mehr schuldig geworden als die große Mehrzahl der Deutschen in jener Zeit. Wenige waren so gut informiert und blieben bis zum Schluß an so exponierter Stelle.

Holocaust

Deutlich wird dies am Judenmord. Es ist problematisch, wie Richard von Weizsäcker als Bundespräsident die Deutschen kollektiv in die schuldhafte Verantwortung der wichtigsten Vertreter der deutschen Funktionseliten mit einbezieht. Er tut dies explizit als er vom Holocaust

spricht:
"Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten. Die Phantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen. Aber in Wirklichkeit trat zu den Verbrechen selbst der Versuch allzu vieler, auch in meiner Generation, die wir jung und an der Planung und Ausführung der Ereignisse unbeteiligt waren, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah".
Es ist umstritten, inwieweit die deutsche Bevölkerung das Wissen um den Holocaust teilte. Sicher ist, daß etwa 300.000 Personen, die in die Vernichtungsaktionen eingebunden waren, genau Bescheid wußten. Die große Masse der Bevölkerung wußte eben nicht genau, was geschah (Peter Longerich, Davon haben wir nichts gewußt, München 2006, S. 324; Alfred de Zayas, Völkermord als Staatsgeheimnis. Vom Wissen über die "Endlösung der Judenfrage" im Dritten Reich, München 2011; Guntram von Schenck, Holocaust - Folge von Hitlers Ruhmsucht?). Es gab Gerüchte, aber lange keine Gewißheit. Selbst die Deportierten wußten oft nicht, was ihnen bevorstand.
Der Holocaust, die systematische Vernichtung der Juden ab 1942 war ein streng gehütetes Geheimnis, dessen Preisgabe mit der Todesstrafe bedroht war. Helmut Schmidt, der spätere Bundeskanzler (1974-1982) hat z.B. als Soldat laut eigener Aussage nichts vom Holocaust gewußt. Es war riskant, Fragen zu stellen und nachzuforschen.
Die meisten Deutschen waren - was keine Entschuldigung sein soll - im Kriegsalltag mit eigenen Problemen belastet. Es gab kaum eine Familie, die sich nicht Sorgen um das Schicksal eines oder mehrerer ihrer Mitglieder machen mußte. Bei den hohen Verlusten der Wehrmacht konnte täglich eine Todesnachricht eintreffen - was auch oft genug geschah. Die Fliegerangriffe der Alliierten taten ein Übriges.
Im "totalen Krieg" befand sich Deutschland zudem in einem alle Fasern der Gesellschaft durchdringenden Ausnahmezustand, in dem Informationen und deren Verbreitung streng kontrolliert wurden. Das Abhören von Feindsendern z.B. konnte ins KZ führen. Hitler hatte mehrfach öffentlich die Vernichtung der Juden angedroht, über die konkrete Umsetzung aber Schweigen bewahrt.
Sehr viel häufiger als die Drohungen gegen die Juden waren freilich die im Laufe der Jahre immer unglaubwürdiger werdenden Drohungen der Vernichtung der feindlichen Armeen und alliierten Luftflotten, ganz zu schweigen von der Ankündigung des sicheren "Endsiegs". Wie glaubwürdig wirkten solche Drohungen und Ankündigungen auf die Deutschen?
Es ist heute schwer, um nicht zu sagen fast unmöglich, sich ein zutreffendes Bild der Kenntnislage der Deutschen über den Holocaust während des Krieges zu machen. Eine pauschale Schuldzuweisung an die Deutschen, wie sie von Richard von Weizsäcker als Bundespräsident vorgenommen wurde ("Wer seine Augen und Ohren aufmachte, wer sich informieren wollte …"), entbehrt aber der Grundlage.
Sicher dagegen ist: Weizsäckers Vater Ernst von Weizsäcker, der AA-Staatssekretär wußte über die Judenvernichtung Bescheid; er hat entsprechende Berichte der Einsatzkommandos abgezeichnet (Das Amt, S. 186 f., S. 396). Der Zeithistoriker Daniel Koerfer vermutet sogar, daß der AA-Staatssekretär in Nürnberg hingerichtet worden wäre, wenn diese Dokumente schon bekannt gewesen wären (Interview, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 28.11.2010).

V. "Vae Victis" oder der Preis der "Befreiung"

Wer von Befreiung spricht bedankt sich bei den Siegern; denn die Deutschen haben sich 1945 nicht selbst befreit. Sie haben keinen nennenswerten Beitrag zu ihrer Befreiung geleistet, sie haben sich im Gegenteil bis zum Schluß gewehrt. Die Folgen für die Niederlage/Befreiung waren für die Deutschen schwerwiegend: die Amputation und Zerschlagung Deutschlands als eigenständige, souveräne, staatliche Einheit. Die Sieger haben sich die Früchte ihres Sieges

selbst geholt, ohne die Deutschen zu fragen.
1985 stimmten die Deutschen der Befreiungsrede Weizsäckers überwiegend zu. Die Befreiung war aber nicht ohne die Niederlage und ihre Folgen zu haben. Das ist kein semantisches Problem. Mit der Dankbarkeit erhält das, was 1945 dem mit der bedingungslosen Kapitulation willenlos gemachten Deutschland widerfuhr, eine nachträgliche Legitimation durch die besiegten Deutschen selbst. Die logische Konsequenz der Weizsäcker-Rede und der darin zum Ausdruck kommenden Dankbarkeit ist die Bereitschaft, auch den Preis für die Befreiung zu zahlen.

Zerschlagung Deutschlands

Die Zerschlagung der staatlichen Einheit Deutschlands war das wichtigste Ergebnis der deutschen Niederlage 1945. Sie war kein implizites alliiertes Kriegsziel gewesen wie im Ersten Weltkrieg bis zum Ausscheiden des zaristischen Rußland 1917 aus der antideutschen Allianz, aber sie lag in der Luft. Das "Finis Germaniae", die Teilung, das Zerbrechen des 1871 gegründeten Deutschen Reichs, wovon seit Kriegsbeginn 1914 so viel die Rede war, war nicht nur eine deutsche Zwangsvorstellung. Allzu bereit waren die Sieger nach 1945, den Prozeß des Auseinandergleitens und Auseinanderbrechens ihrer deutschen Besatzungszonen in Ost und West hinzunehmen und zu fördern.
1985 waren die Bundesrepublik und die DDR weit auseinander gedriftet: beide waren Mitglieder der UNO und in Bonn war man immer mehr bereit, auch noch die letzten Reste gemeinsamer Staatlichkeit, wie die DDR das wünschte, über Bord zu werfen (z.B. deutsche Staatsbürgerschaft als eine der letzten Klammern). Im Frühherbst 1989, wenige Wochen vor den immer unübersehbar werdenden Auflösungserscheinungen im Ostblock, verzichtete die Springer-Presse als letzter großer Medienkonzern auf die Gänsefüßchen, die den Begriff "DDR" bis dahin einrahmten und fügte sich in die unausweichlich erscheinende Akzeptanz und Anerkennung des zweiten deutschen Staates.
Die deutsche Zweistaatlichkeit war im Westen Deutschlands in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts innerlich weitestgehend akzeptiert, die Wiedervereinigung bis auf Ausnahmen nur noch Rhetorik. Die DDR war anerkannt, obwohl man wußte, daß dort eine von Stalin eingesetzte Diktatur herrschte, die die Menschenrechte verachtete und den Begriff "demokratisch" wie zum Hohn im Namen führte. 985 galt die Wiedervereinigung, die sich im Irgendwann dunkler Zukunft auflöste, bestenfalls als eine Sache von Generationen - wenn überhaupt. Die Befreiungsrhetorik Weizsäckers bediente diese resignierende und resignierte Erwartung, denn die "Befreiung" war nun einmal ohne diese Konsequenz von 1945 nicht zu haben gewesen.
1985 war nicht absehbar, daß sich wenige Jahre später, 1989/1990, die Chance der Wiedervereinigung bieten würde, die von Helmut Kohl mit Erfolg ergriffen wurde. Die Westdeutschen hatten sich mit dem Status quo 1985 abgefunden und sich in ihr Schicksal ergeben: "Was wirklich ist, das ist vernünftig, und was vernünftig ist, das ist wirklich" (Hegel). An die Offenheit der Geschichte, wie sie sich 1989/1990 entwickelte, glaubte 1985 niemand - auch wenn es einige Wenige gab, die die Hoffnung (noch) nicht aufgegeben hatten.

Ostgrenze

Nach dem Versailler Friedensvertrag 1919 hatte keine - keine - der maßgeblichen deutschen Parteien die von den Siegermächten gezogene Ostgrenze des Deutschen Reiches akzeptiert. Das Versailler Diktat passierte den Reichstag nur mit knapper Not, letztlich nur mit Hilfe eines Geschäftsordnungstricks, um Schlimmeres (Verlust der Reichseinheit) zu verhüten. Die Forderung nach einer Revision der Ostgrenze, die Ostpreußen und Danzig vom Deutschen Reich abtrennte, war ein Grundkonsens der Weimarer Parteien. Hitler konnte später von diesem Grundkonsens profitieren, als er 1939 eine Revision der Ostgrenze forderte und den Zweiten Weltkrieg begann. Die Deutschen standen in dieser Frage hinter ihm, auch wenn sie

den großen Krieg, einen Zweiten Weltkrieg nicht wollten.
Noch während des Zweiten Weltkriegs einigten sich Stalin und Churchill darauf, die deutsche Ostgrenze erneut massiv nach Westen und damit Polen noch weiter nach Mitteleuropa zu verschieben. Schlesien, Pommern, Danzig, ein Teil Ostpreußens wurden Polen zugeschlagen, der andere Teil Ostpreußens der Sowjetunion, alles Gebiete, die seit Jahrhunderten unbestritten deutsch besiedelt waren. Stalin drückte als Draufgabe noch Stettin zugunsten Polens durch und verordnete der von ihm gegründeten DDR die Anerkennung der Oder-Neiße als "Friedensgrenze".
Die Umdeutung der von Stalin gezogenen Grenze in eine deutsch-polnische Friedensgrenze entlang der Oder-Neiße blieb im Westen Deutschlands bis 1990 umstritten. Ohne das Zugeständnis der endgültigen Anerkennung wäre die Wiedervereinigung 1990 nicht zu haben gewesen. Nicht nur der französische Staatspräsident Mitterrand war in dieser Frage absolut unnachgiebig.
Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Anerkennung bis zur Gefahr einer Blockierung des Wiedervereinigungsprozesses hinausgezögert. Richard von Weizsäcker hingegen war bereit, auch diesen Preis für die "Befreiung" zu bezahlen: Er gehört mit zu den frühesten Befürwortern eines endgültigen Verzichts und gilt den Polen noch heute als beliebtester deutscher Politiker von Rang.
Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse
Die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse waren juristisch problematisch und hatten den Beigeschmack von Siegerjustiz. Gleichwohl waren sie aus pragmatischer Sicht wohl unausweichlich. Man konnte die verantwortlichen Nazi-Größen nicht einfach laufen lassen. Man konnte sie auch nicht kurzerhand an die Wand stellen, was Stalin zunächst anscheinend im Sinn hatte. Deutsche Gerichte, denen man die Prozesse hätte überantworten können, gab es unmittelbar nach Kriegsende nicht.
Das Ziel der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse war die Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher und in den zwölf Nürnberger Nachfolgeprozessen die Anklage und ggf. Verurteilung der herausgehobenen deutschen Funktionseliten aus Wirtschaft, Militär, Diplomatie etc.
Der Hauptangeklagte im sog. Wilhelmstraßenprozeß gegen die Diplomaten des Auswärtigen Amtes war der AA-Staatssekretär Ernst von Weizsäcker. Wie berichtet wurde er zu sieben Jahren Haft, in der Berufung zu fünf Jahren verurteilt. Das war ein sehr hartes Urteil in Anbetracht der Tatsache, daß es nur einen Monat vor Gründung der Bundesrepublik ausgesprochen wurde, also zu einer Zeit, in der die meisten Angeklagten mit einem milden Urteil oder sogar Freispruch rechnen konnten.
Die Höhe des Strafmaßes ist hier nicht der Punkt, es geht um die Anerkennung des Gerichts und des Urteils. Die Familie von Weizsäcker hat die Akzeptanz bis heute verweigert. Die Dankbarkeit für die Befreiung vom Faschismus erstreckt sich für Richard von Weizsäcker nicht auf die Verurteilung seines Vaters, die aber in der Gesamtsystematik der Nürnberger Prozesse durchaus schlüssig war.
Die deutsche öffentliche Meinung geht in diesem Punkt weiter. Zum Andenken an die Nürnberger Prozesse wurde in Nürnberg 2010 der ehemalige Gerichtssaal in eine Art Museum umgewandelt und die Fahnen der Sieger von 1945 davor aufgepflanzt. Kritik oder Widerspruch in den deutschen Medien regte sich allenfalls am Rande. Nicht zufällig eilte der russische Staatspräsident Medwedjew herbei, um dieses seltene Schauspiel zu genießen. Soviel Akzeptanz auch gegenüber Stalin, dessen Schergen in Nürnberg mit zu Gericht gesessen hatten, hatte man lange nicht mehr gesehen - auch in Rußland nicht.

VI. Risiken und Nebenwirkungen

Die Umdeutung des 8. Mai 1945 in eine Befreiung ist nicht ohne erhebliche Risiken und Nebenwirkungen.

Macht von Mythen und Legenden

Mythen und Legenden in historischen Großerzählungen sind riskant, da sie das Handeln der Politiker und die Erwartungen der Regierten falsch programmieren (können). Einige Ereignisse oder Vorgänge werden im Ablauf der Geschichte hervorgehoben und erhalten als Beispiele oder Lehrstücke besondere Qualität. Sie setzen sich im kollektiven Gedächtnis fest und widerstehen der kritischen Auflösung durch die Geschichtswissenschaft.

Nahezu alle Völker und Staaten haben solche Mythen oder stützen sich in ihrem Selbstbild auf Legenden: Gründungsmythen, Sieges- oder Verlustmythen, Opferlegenden und natürlich Befreiungslegenden.

Deutschland ist besonders fruchtbar. Auf die sog. Dolchstoßlegende wurde bereits hingewiesen, die im Zweiten Weltkrieg zum Durchhaltewillen bis zum Schluß beigetragen hat. König Friedrich II von Preußen ist eine zweite geschichtsmächtige, weil das Denken und Handeln bestimmende Legende: hat er doch im Siebenjährigen Krieg (1756-1763) gegen eine Koalition von Feinden durchgehalten und damit Preußen als europäische Großmacht durchgesetzt. Auch diese Legende trug als Vorbild die Deutschen durch den Zweiten Weltkrieg bis zur bedingungslosen Kapitulation.

Befreiungslegenden

Befreiungslegenden sind von besonderer Qualität. Überwiegend knüpfen sie an heroische Taten, Akte des Widerstands an, die von den Befreiten selbst erbracht worden sind. So war es aus der Sicht vieler Franzosen nicht zuletzt die Résistance, die Frankreich im Zweiten Weltkrieg befreit hat; das gleiche gilt für die Partisanen in Polen und in Jugoslawien etc. Wie man weiß spielt der Anteil Dritter an der Befreiung oft eine, wenn nicht sogar die entscheidende Rolle. Der Freiheitskampf der Griechen gegen die Türken zu Beginn des 19. Jahrhunderts wäre ohne die Unterstützung von Freiwilligen und Geld aus Westeuropa gescheitert.

Ein aktuelles Beispiel ist die nationalstaatliche Einigung Italiens, deren 150. Jubiläum 2011 gefeiert wird. Sie wäre ohne den Sieg Preußens und seiner deutschen Verbündeten über Frankreich 1870/1871 nicht möglich gewesen; erst nach dem dadurch erzwungenen Rückzug der französischen Truppen aus dem Vatikanstaat konnte Rom befreit und die Einigung Italiens vollendet werden.

In Deutschland war es der Aufstand des Volkes in den Freiheitskriegen 1813-1815, der entscheidend zur Vertreibung Napoleons beigetragen haben soll, die aber ohne den Sieg des Zaren über die Grande Armée Napoleons nicht stattgefunden hätte. Die Beispiele ließen sich vermehren. Der Anteil Dritter oder ausländischer Hilfe wird in den Mythen oft unterschlagen oder klein gerechnet. Einige nennenswerte und mehr als symbolische Aktionen der Befreiten, ein siegreiches Fanal, ein Opfergang, ein Rütli-Schwur, wie bei den Schweizer Eidgenossen o.ä. sind notwendig, damit sich ein Mythos, eine Legende kristallisieren kann. Am besten ist ein Held, eine Art Wilhelm Tell, auch wenn sich eine solche Gestalt historisch kaum oder gar nicht belegen läßt und in weiten Teilen erfunden werden muß.

Im Deutschland der Kriegsjahre 1939-1945 gab es dagegen nichts dergleichen. Auch nicht gegen Schluß, als nicht mehr zu übersehen war, daß der Krieg verloren war. Der 20. Juli 1944, der Versuch von Graf Stauffenberg und seiner Mitverschwörer, Hitler zu stürzen, war honorig und wichtig, aber er kam zu spät und scheiterte. Eine Lösung Deutschlands aus der Klammer des NS-Regime fand auch nicht ansatzweise statt. Deutschland wurde von außen erobert und besetzt. Es war eine Befreiung ohne ein Zutun der Befreiten. Das ist eine ganz andere Ausgangslage, der Befreiungsbegriff ein ganz anderer.

Wer mit Gewalt unterworfen wird und dann mit dem Begriff der Befreiung operiert, hat in Wahrheit überhaupt nicht begriffen, was mit Freiheit und Befreiung gemeint ist. Er hat zum Freiheitsbegriff keine echte, innere Beziehung. Wenn der Bundespräsident für die Deutschen die Niederlage, Besetzung und Teilung ihres Landes - Deutschland war 1985 geteilt - als Be-

freiung bezeichnet, dann stimmt irgend etwas nicht. Da ist ein Volk nicht ehrlich vor sich und seiner Geschichte. Eine Ausnahme bildet die gewaltlose Revolution in der DDR 1989/1990, die aber im Bewußtsein der wiedervereinigten Nation leider nicht die Rolle spielt, die ihr zukommt.
Das bleibt nicht ohne Folgen. Die fehlende innere, echte Beziehung zum Freiheitsbegriff und zur Befreiung ist übrigens ein Vorwurf, den die Bürgerrechtsbewegungen im Ostblock vor 1989/1990 gegenüber den politischen Akteuren in Westdeutschland erhoben haben. Heute, ganz aktuell 2011, kommen ähnliche Stimmen aus dem arabisch-islamischen Raum, u.a. Libyen, wo man sich beklagt, daß die Deutschen zwar überschwenglich die Freiheitsrhetorik im Munde führen, aber nichts tun, wenn es darauf ankäme, den Worten Taten folgen zu lassen. (Siehe deutsche Enthaltung im UNO-Sicherheitsrat am 17. März 2011 zur Libyenresolution Nr. 1973 - ein Datum, das man sich merken muß!)
Hinter der Rhetorik steht nichts, keine eigene Erfahrung; nur die Verwechslung von gewaltsamer Bekehrung mit Befreiung. Das ist eben nicht das Gleiche. Es ist eine Form von Selbstentmündigung, die die Befreiung von Dritten erwartet, es ist die Preisgabe des eigenen freien Willens zur Freiheit, die erkämpft werden muß. Es ist die Absage an die Eigenverantwortlichkeit. Weizsäcker hat das mit der "Befreiung vom Faschismus" natürlich nicht gemeint. Aber es ist die Folge eines Befreiungsbegriffs, wie er von den Deutschen verstanden und inhaltlich umgepolt worden ist.

Entmündigte Außenpolitik

Wenig reflektiert ist bisher, daß 1945 auch das Jahr der außenpolitischen Entmündigung Deutschlands ist. Mit der bedingungslosen Kapitulation übernahmen die Siegermächte die Regierungsgewalt über Restdeutschland. Eine deutsche Regierung gab es bis zur Gründung der DDR und der Bundesrepublik nicht, beide Staaten wurden unter Vormundschaft und Aufsicht der Supermächte USA und UdSSR ins Leben gerufen. In der Außenpolitik waren beide Staaten weder frei noch souverän. (Übrigens auch nicht in der Innenpolitik.) Die Bundesrepublik erhielt z.B. erst 1951 ein Auswärtiges Amt und gewann dann im Lauf der Jahre etwas an außenpolitischer Bewegungsfreiheit.
Die Bundesrepublik und die DDR bewegten sich in einem engen, von den Siegermächten im Westen und der Sowjetunion im Osten vorgegebenen Korsett. Abweichungen, wie die Ostpolitik Willy Brandts wurden z.B. in Washington mit Argusaugen beobachtet und teilweise ausgebremst. Der außenpolitische Schulterschluß mit den USA war eine unerläßliche Lebenslinie jeder Bundesregierung. War er gefährdet, wie in der Nachrüstungsdebatte nach dem NATO-Nachrüstungsbeschluß 1979, stürzte die Regierung, während sich die neue ihres Rückhalts in Washington versicherte.
Die außenpolitische Entmündigung, unter anderem als Bündnistreue und zum Teil auch als Multilateralismus eingekleidet, hatte Bestand bis zur Wiedervereinigung. Sie war aus der Sicht der deutschen politischen Klasse eine Art Gottesgeschenk. Sie enthob die deutsche Außenpolitik von schwierigen Entscheidungen, der Übernahme internationaler Verantwortung und eigenverantwortlicher Interessenpolitik.
Die Formulierung "nationaler Interessen" galt als eine Art Teufelswerk, das - abgesehen von Wirtschaftsinteressen - mit einem Tabu belegt war. Die Bundesrepublik ging im Westen, sprich NATO und Europäische Einigung in einer Weise auf, die für Frankreich, Großbritannien und natürlich die USA unvorstellbar war.
Mühsam und gegen Widerstände mußte in den Jahren nach 1990 der Begriff der "nationalen Interessen" erst wieder entdeckt und positiv besetzt werden, obwohl er die Grundlage jeder Außenpolitik ist. Die "nationalen Interessen" sind die einzige Münze, die im internationalen Verkehr, in der internationalen Politik zählen. Rationale Außenpolitik ist nur auf dieser Grundlage möglich.

Zum Zeitpunkt der Rede Weizsäckers, 1985, bedeutete die "Befreiung" auch ein Ja zur fortdauernden außenpolitischen Entmündigung. Die westdeutsche politische Klasse war froh, den Entscheidungszwängen entronnen zu sein, die Deutschland nach der Reichsgründung 1871 in die Katastrophen der Weltkriege geführt hatten. Die deutsche Politik und Diplomatie hatten sich nach 1871 im europäischen Interessengeflecht nie zurecht gefunden und waren schließlich als Außenseiter gescheitert (vgl. Guntram von Schenck, Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?).
Nach der Niederlage 1945 und der bedingungslosen Kapitulation war die deutsche außenpolitische Entmündigung durch Fremdeinwirkung der Sieger komplett. Im Lauf der Jahre wurde sie in Randbereichen etwas gelockert. 1985 bekam die deutsche Einordnung/Unterordnung unter den fremden Willen mit der Rede Weizsäckers den Charakter der Freiwilligkeit.
Die deutsche politische Klasse, die seit der Reichsgründung 1871 auf keine außenpolitische Erfolgsgeschichte sondern nur auf Fehleinschätzungen, Fehlentscheidungen und Katastrophen zurückblicken konnte, orientierte sich lieber an Vorgaben aus Washington, London, Paris und im Osten aus Moskau. Die Rede Weizsäckers übergoß die deutsche außenpolitische Selbstentmündigung mit dem Glorienschein der Befreiung.
Die Risiken und negativen Aspekte dieser Haltung traten ab 1990 nach und nach hervor. Die Selbstentmündigung der Jahrzehnte zuvor setzte sich als außenpolitischer Orientierungsmangel fort. Schon im Golfkrieg 1991 wurde das wiedervereinigte Deutschland auf dem falschen Fuß erwischt, konnte sich aber mit Scheckbuchdiplomatie aus der Patsche ziehen.
Am Thema der Auslandseinsätze der Bundeswehr kristallisierte sich danach die Diskussion als Gezerre zwischen der Bereitschaft auch international Verantwortung zu übernehmen oder im Herrgottswinkel der verantwortungsfreien Selbstentmündigung zu verharren. Der Kosovo-Konflikt 1999, der Irakkrieg 2003 und Afghanistan markieren die Stationen dieser Entwicklung.
Ein Rückfall in die Orientierungslosigkeit und Flucht aus der internationalen Verantwortung ist der Libyen-Konflikt 2011, in dem die Bundesregierung mit der "Enthaltung im Sicherheitsrat" (17. März 2011) leider alle Vorbehalte gegenüber einer eigenständigen deutschen Außenpolitik bestätigt hat.
Mit Rußland und China, die mit ihrer Enthaltung die Sicherheitsrats-Resolution ermöglicht hatten, stand Deutschland allein und isoliert gegen seine Verbündeten USA, Frankreich und Großbritannien. Lothar Rühl schreibt zu recht: "In einem kritischen Moment der deutschen und europäischen Außenpolitik wurde in Berlin ein kapitaler historischer und strategischer Fehler begangen" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. April 2011).

VII. Traditionen! Traditionen?

Gibt es in Deutschland anschlußfähige und tragfähige Traditionen, an die politisch angeknüpft werden kann?

Widerstand

Die Rückbesinnung auf den Widerstand des 20. Juli 1944, die Erinnerung an das Hitler-Attentat von Graf Stauffenberg und seiner Mitverschwörer, ist als herausragende Einzeltat des Widerstands von unbestrittener Bedeutung. Aber kann allein auf dem 20. Juli 1944 eine tragfähige, zukunftsstiftende nationale Tradition aufbauen?
Der Versuch des Kreises um Stauffenberg setzte ein Zeichen, ein wichtiges moralisches Zeichen - aber das Attentat scheiterte. Es kam zu spät, der verlorene Krieg war bereits in der Endphase; die Ziele der Offiziere waren, abgesehen vom Sturz Hitlers, unklar: Demokratie und Freiheit waren nicht ihr erstes Anliegen. Hitler blieb an der Macht, der Klammergriff des NS-Regimes um Deutschland wurde nicht gesprengt, er wurde noch härter.
Die liberalen, konservativen, nationalkonservativen Parteien und die katholische Zentrumspartei haben sich mit der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz vom März 1933 und ihrer

nachfolgenden Unterstützung für Hitler disqualifiziert. Die Kommunisten haben sich Stalin, dem anderen großen Schlächter des 20. Jahrhunderts untergeordnet. Was bleibt ist die deutsche Sozialdemokratie, die durch die Irrwege Deutschlands hindurch unbeirrt für die Demokratie gekämpft, immer für den Frieden eingetreten und die soziale Gerechtigkeit, den inneren Frieden zum großen Ziel erhoben hatte. Von diesem großen Erbe zehrt die deutsche Sozialdemokratie heute noch, auch wenn sie in den Niederungen der aktuellen Politik diesem hehren Ziel nicht immer entspricht. An die Tradition der Sozialdemokratie kann und sollte anknüpfen, wer in Deutschland positive Traditionen weiterführen will.

Stunde Null

Das Jahr 1945 eignet sich nicht - nicht - als die vielbeschworene "Stunde Null", von der ab auf wundersame Weise alles neu begann. Die Auferstehung in Unschuld nach dem 8. Mai 1945 hat es nie gegeben. Deutschland hat sich nicht selbst befreit und die verbrecherische Diktatur Hitlers nicht selbst gestürzt. Es hat noch nicht einmal einen bemerkenswerten Beitrag dazu geleistet. Deutschland wurde von außen anfangs gewaltsam und bis 1990 als geteilte Nation auf einen neuen Weg gebracht.

Die Freiheits- und Befreiungsrhetorik sollte - wie gezeigt - nicht darüber hinweg täuschen. Im Grunde genommen ist die "Stunde Null" der Begriff, die Chiffre eines Gedächtnisverlusts, mit dem die große Erinnerungslücke zugedeckt wird, die vom letzten Kriegsjahr bis etwa 1948/1949 (Währungsreform/Gründung der Bundesrepublik) reicht.

Diese Zeit wurde mit einem Tabu belegt, unter dem sich viele rätselhafte und hochgradig unangenehme und negative Erscheinungen und Entwicklungen verbergen. Die Wiederauferstehung als Unschuldslämmer oder gar Widerständler der vielen deutschen Mittäter und Mitläufer nach Kriegsende, die dem NS-Regime bis zum Schluß und zum Teil mit dem Einsatz ihres Lebens gedient hatten, ist nur eines dieser Phänomene. Wie alle Wunder bleibt auch dieses unter einem undurchdringlichen Schleier verborgen, in diesem Fall einer Verdrängung und totalen Erinnerungsverweigerung.

Weizsäcker selbst hat in seiner Rede festgehalten, daß es keine "Stunde Null" gab, aber die Chance für einen Neubeginn. Heute wissen wir, daß die Chance für einen Neubeginn wenig oder gar nicht genutzt wurde. Im Westen rückten die alten Funktionseliten wieder in die Ämter (z.B. Auswärtiges Amt) oder verblieben gleich dort (z.B. Bundesnachrichtendienst, BND). Für andere Ministerien, Behörden, Polizei, Verwaltungen und Justiz, Schulen, Hochschulen und Wirtschaftsunternehmen steht die Aufarbeitung noch an. Es zeichnet sich ab, daß die Forschungsergebnisse nicht wesentlich anderes erbringen werden. Besonders pikant scheint die Geschichte des Bundeskriminalamtes, BKA, zu sein, wenn es stimmt, daß sich dort ehemalige Nazi-Polizeiexperten und bezahlte Agenten des US-Geheimdienstes CIA die Schreibtische teilten.

Zögerlich und widerwillig nähern sich die Deutschen der Tabuzone der sog. Stunde Null. Jede mißverständliche Äußerung, jeder falsche Schritt außerhalb der festgetretenen Pfade der politischen Korrektheit kann das Ende der wissenschaftlichen und/oder publizistischen Karriere derer bedeuten, die sich auf dieses schwierige Terrain vorwagen.

Historische Forschung und Publizistik befassen sich in Deutschland exzessiv mit bestimmten Ausschnitten des Zweiten Weltkrieges und lösen damit immer wieder Wellen der Betroffenheit aus. Selektiv wahrgenommen, vernachlässigt und ausgeblendet werden die letzten Kriegsmonate und die unmittelbare Nachkriegszeit, obwohl sie für die spätere Entwicklung in Deutschland von größter Bedeutung sind.

Die entscheidenden Weichen wurden vor Gründung der Bundesrepublik und der DDR gestellt. Es wird Zeit, das aufklärerische Interesse auf diese Jahre zu richten. Wir werden dabei voraussichtlich sehr viel mehr über uns erfahren als mit der Betroffenheitsschwelgerei über Teilaspekte des Zweiten Weltkrieges. Der behauptete Neubeginn hat nie stattgefunden, der

Bruch mit der Vergangenheit ist eine Augenwischerei. Das schließt nicht aus, daß die Deutschen und ihre alten Eliten im Westen unter Aufsicht der Sieger allmählich in demokratische Strukturen hineinwuchsen. Im Osten hatten sie weniger Glück, Stalin hatte anderes mit ihnen vor.

Kriegsende - Kampf bis zum Untergang

Statt "Katastrophe" oder "Befreiung" gibt es eine andere Deutung des 8. Mai 1945, die auf viele freilich außerordentlich provozierend wirken muß. Sie verbindet den 8. Mai 1945 mit dem 3. September 1990, dem Tag der Wiedervereinigung. Winston Churchill hatte sich im Zweiten Weltkrieg im Augenblick der höchsten Gefährdung Großbritanniens nach der Niederlage Frankreichs erfolgreich für die Fortsetzung des Krieges eingesetzt und am 28. Mai 1940 das Angebot Hitlers abgelehnt: für London das Empire, für Deutschland die Hegemonie auf dem europäischen Festland.

Durchgesetzt hatte sich Churchill im britischen Kriegskabinett u.a. mit dem ebenso erstaunlichen wie bemerkenswerten Argument, "daß Nationen, die kämpfend untergingen, sich wieder erheben würden, jene aber, die kapitulierten, am Ende seien" (zitiert nach Ian Kershaw, Wendepunkte. Schlüsselentscheidungen im Zweiten Weltkrieg, München 2008, S. 65; siehe auch Guntram von Schenck, Kriegswende Dezember 1941 und Holocaust).

Wenn Churchill und mit ihm das britische Kriegskabinett recht hatten - und nicht nur die Deutschen haben Churchill nach dem Krieg zu einer Art Autorität mit Unfehlbarkeitsanspruch erhoben - dann kommt dem deutschen Abwehrkampf eine bisher so nicht gesehene Bedeutung zu. Der Krieg war im Grunde ab Dezember 1941 für die Deutschen verloren. Ein Krieg gegen die USA, die Sowjetunion und Großbritannien samt Verbündeten war nicht zu gewinnen. Die Ressourcen an Menschen und Material waren zu ungleich verteilt.

Nach Stalingrad 1942/1943 und allerspätestens 1944 seit der Landung der Alliierten in der Normandie und dem Durchbruch der Roten Armee im Mittelabschnitt der Ostfront war auch strategisch weniger Bedarften klar, daß der Krieg verloren war. Ende 1944, Anfang 1945 überschritten die Alliierten die Reichsgrenzen im Osten und im Westen, die alliierte Lufthoheit war total, die deutschen Städte versanken im alliierten Bombenhagel zu Schutt und Asche.

Und doch wurde weiter gekämpft. Die Rote Armee erlitt bei der letzten Offensive zur Eroberung Berlins von Mitte April 1945 bis zum 1. Mai 1945 mit 304.000 Mann nochmals gewaltige Verluste. Zwischen dem Spreeknie, wo heute das Kanzleramt und die Schweizer Botschaft stehen, und dem Reichstag fielen noch einmal tausende Soldaten im Angriff und Abwehrkampf. Hitler hatte bereits Selbstmord begangen (30. April 1945) und die Rote Armee hatte auf dem Reichstag die Siegesfahne gehißt, da wurde vom Keller und den oberen Stockwerken noch immer zurückgeschossen und der Reichstag verteidigt (siehe u.a. Antony Beevor, Berlin. The Downfall, Penguin Books, London 2003, S. 372).

Es ist bemerkenswert, wie sich die Deutschen ihre Geschichte von Ausländern erzählen lassen müssen: Ein britischer Historiker, Alan B. Taylor, nannte es ein "großes Geheimnis", daß viele Deutsche über die zwölfte Stunde hinaus auf den Trümmern des dahingegangenen Reiches weiter kämpften. Mit Sarkasmus hatte Taylor hinzu gefügt, daß die Antwort darauf nie zu haben sein werde, da die Deutschen selbst sich nicht erinnerten (zitiert nach Joachim Fest, Der Untergang. Hitler und das Ende des Dritten Reiches, Alexander-Fest-Verlag, Berlin 2002, S. 78).

Wenn Churchill recht hatte und der Wiederaufstieg einer Nation vom Kampf bis zum Untergang abhängt, dann verdankt Deutschland seinen Wiederaufstieg, die Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit am 3. Oktober 1990 - auch - diesem Abwehrkampf.

Im restaurierten Reichstag sind heute allerlei Relikte zu entdecken, die an den Kampf um dieses symbolträchtige Gebäude Ende April, Anfang Mai 1945 erinnern: Einschußlöcher, Graffiti

sowjetischer Soldaten etc.
Warum gibt es keine Gedenktafel, keinen besonderen Ort, der im Reichstag an diese Verteidigung erinnert? (Text und Gestaltung müßten allerdings genau bedacht werden)!
Auch das gehört zur deutschen Geschichte, zum 8. Mai 1945 und dem Reichstag allemal.

Fazit

Die eingangs gestellten Fragen können wie folgt beantwortet werden: Die Tragweite der von Richard von Weizsäcker 1985 vorgenommenen Umdeutung der Niederlage von 1945 in eine Befreiung ist enorm, die Tragfähigkeit nahezu null und die Folgen teilweise katastrophal.
Die Rede ist zeitbedingt und traf die Stimmung der "Westdeutschen" Mitte der 1980er Jahre. Ein Vierteljahrhundert oder eine Generation später hält sie einer kritischen Überprüfung nicht stand.<<

Mai 1985

BRD: Während des "Nürnberger Manifests" im Mai 1985 erinnert die SPD an das Schicksal der Vertriebenen (x024/329): >>Die aus dem Osten vertriebenen Deutschen hatten - stellvertretend für uns alle – mit dem Verlust ihrer Heimat einen hohen Preis zu bezahlen für eine menschenverachtende Expansionspolitik, die sich anschickte, ganze Völker, besonders das polnische und russische, zu versklaven, große Teile zu vertreiben, ihre Führungsschichten auszurotten. Trotzdem bleibt die Vertreibung von Millionen Deutschen Unrecht.
Die Vertriebenen haben schon früh deutlich gemacht, daß auch sie den Zirkel von Rache und Vergeltung durchbrechen wollen.
Darüber hinaus muß heute klar sein: Friede ist in Europa nur möglich, wenn niemand mehr an den Grenzen rüttelt, die als – für alle Deutschen schmerzliches – Resultat nazistischer Gewaltpolitik entstanden sind.
Willy Brandts Politik des Friedens und der Versöhnung gründete auf dieser Einsicht. Wer die polnische Grenze auch nur rhetorisch in Frage stellt und damit ganz Europa gegen die Bundesrepublik aufbringt, schadet dem Volk, für das zu sprechen er vorgibt. ...<<

10.06.1985

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (24/1985) berichtet am 10. Juni 1985 über die Flucht und Vertreibung aus dem deutschen Osten nach 1945: >>**Noch nicht fertig? Schnell!**
In einer klirrend kalten Februarnacht schreckten die Bewohner einer Villa in Kalisch südöstlich von Posen jäh aus dem Schlaf. An der Haustür wurde gerüttelt, dagegen gehämmert und -getreten. Als der Hausherr öffnete, drängten sich drei Uniformierte herein. Barsch befahlen sie der Familie, Eltern und vier Kindern, ihr Haus binnen einer halben Stunde zu räumen.
Es blieb kaum Zeit zum Zusammenraffen einiger Wertsachen, warmer Kleidung und Lebensmittel. Als die Mutter einen geräucherten Schinken einpacken wollte, rissen die Eindringlinge den an sich. Sie drängten die Familie hinaus, schlossen ab und steckten den Haustorschlüssel ein. Den jungen Schäferhund Rex, der im Hof aufgeregt bellte, brachte einer der Uniformierten mit zwei Schüssen zum Schweigen. "Das Todeswinseln von Rex war der Abschied von unserem Heim", erinnert sich Tochter Teresa, damals neun Jahre alt.
Die Familie wurde in den Turnsaal der nahen Handelsschule geführt, der sich in den folgenden Tagen mit Vertriebenen füllte. Dann wurde die Kolonne, wieder nachts, zum Bahnhof getrieben und in eiskalte Viehwaggons gepfercht. Nach zwei Tagen und zwei Nächten landete der Treck in den Kasematten eines alten Forts. Dort gab es keine Heizung, außer dem Mitgebrachten nichts zu essen, der Schnee im Innenhof mußte Trink- und Waschwasser ersetzen.
Drei Wochen später wurden die Vertriebenen zu Verwandten, weit weg von ihrer Heimat, entlassen. Ihr schönes Haus in Kalisch übernahmen mit allem Inventar die neuen Herren: Ein Staatsanwalt mit seiner Familie setzte sich ins gemachte Nest.
Vertriebenenschicksal im Osten - aber nicht 1945, dieses schon 1940. Denn Teresa Kuczynska aus der Tschestochowskastraße 20 in Kalisz (wie es damals noch und danach wieder hieß)

gehörte jener polnischen Intelligenzschicht an, deren Vertreibung und Ausrottung die Deutschen ab 1939 betrieben, solange sie dazu Gelegenheit hatten.
Die Kuczynskas wurden zusammen mit 700.000 anderen Polen und 500.000 Juden ab 1939 aus dem sogenannten Warthegau vertrieben, westpolnisches Land, das nach dem Blitzsieg der Wehrmacht dem Deutschen Reich einverleibt und zum Siedlungsgebiet für Reichs- und Volksdeutsche aus dem Osten erklärt wurde.
"Es waren sehr viele darunter, die sich in die noch warmen Betten der polnischen Vertriebenen legten", erinnert sich die baltendeutsche Schriftstellerin Waltraut Villaret, die selbst 1939 aus Riga in den Warthegau umgesiedelt und 1945 aus "der neuen Heimat, die nie eine war", wieder weggetrieben wurde.
Damals, 1939, mußten verbliebene Polen Fahrräder und Photoapparate, dann auch noch Musikinstrumente und Möbel abliefern, wurden ihre Bildstöcke zerstört, die Kirchen geschlossen und die Priester deportiert. Insgesamt fast 20 Millionen Polen sollten nach den Plänen Heinrich Himmlers liquidiert oder ausgesiedelt werden, bis ins ferne Brasilien hin, wo, so Himmler, "dem fanatischen katholischen Klerus verhältnismäßig leicht die Umvolkung der katholischen Polen gelingen sollte".
Der Kriegsverlauf verhinderte die Ausführung solcher Wahnwitzpläne. Immerhin gelang es den Nazis, ein Viertel der Bevölkerung Polens zu liquidieren - darunter auch zwei Drittel der Vertriebenen-Familie Kuczynska: Der Vater wurde in Dachau ermordet, die Mutter und zwei Töchter verhungerten in Bergen-Belsen. Teresa, die jüngste, überlebte als 14jährige Auschwitz, ihr Bruder in einem Kriegsgefangenenlager nach dem Warschauer Aufstand.
"Die nationalsozialistische Politik", so der Historiker Wolfgang Benz, "war Ursache des Unglücks, das am Ende des Zweiten Weltkriegs über die Opfer von Flucht und Vertreibung hereinbrach."
Fast auf den Tag genau sechs Jahre nach der neunjährigen Teresa Kuczynska, die in einer eisigen Februarnacht das Vaterhaus in Kalisz verlassen mußte, erlitt die elfjährige Monika Taubitz im schlesischen Eisersdorf, Kreis Glatz, das gleiche Schicksal.
Am 24. Februar, einem Sonntag, kamen, so beschrieb es das junge Mädchen in ihrem Tagebuch, "polternde Schritte die Treppe heraufgestürmt, die Miliz. Sie kamen in mein Zimmer und zogen mich so sehr, daß ich beinahe aus dem Bett gestürzt wäre ... Ich zog mir etwas an ... dazwischen brüllte die Miliz "noch nicht fertig? Schnell, schnell!"
"Ich war ganz verwirrt. Auch zog ich mir ungeheuer viele Sachen an. Ein Pole trieb uns wieder an. Da brüllte ich los. Der Pole zeigte wütend auf sein Gewehr und schrie: "Du ruhig sein, sonst ich dich erschieße!" Dann mußten wir das Haus verlassen. Wir wurden bis zur Schule getrieben, dort mußten wir warten."
In Glatz wurden die Vertriebenen in Viehwaggons verladen, frierend und hungernd quer durch Deutschland gefahren, bis sie in Nordenham landeten, wo es, so die Elfjährige, "gar nicht schön ist und die Leute, bis auf einzelne Familien, sehr häßlich zu uns sind".
Monika Taubitz überlebte das Inferno, das 1945 über die völlig unvorbereiteten Menschen im deutschen Osten hereinbrach, der bis zum Sommer 1944 von Luftangriffen verschont blieb und deshalb als eines der sichersten Gebiete des Reiches galt, in das zahlreiche Ausgebombte evakuiert worden waren. Zwei Millionen von insgesamt 14 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen bezahlten Hitlers Rechnung mit ihrem Leben.
Ihr Schicksal war, ohne daß sie davon etwas ahnten, schon 1943 in Teheran bestimmt, im Februar 1945 in Jalta endgültig besiegelt worden, als die drei Siegermächte sich über die Verschiebung Polens um 250 Kilometer nach Westen auf Kosten Deutschlands einigten.
"Polen könnte sich nach Westen verlagern wie Soldaten, die seitlich wegtreten. Falls es dabei auf einige deutsche Zehen trete, könne man das nicht ändern", befand der Brite Winston Churchill in Teheran - der sich um die betroffenen Deutschen herzlich wenig Sorgen machte:

Am 15. Dezember 1944 erklärte er vor dem Londoner Unterhaus:
"Die nach unserem Ermessen befriedigendste und dauerhafteste Methode ist die Vertreibung. Sie wird die Vermischung von Bevölkerungen abschaffen, die zu endlosen Schwierigkeiten führt. Mich beunruhigen diese großen Umsiedlungen nicht, die unter modernen Verhältnissen besser als je zuvor durchgeführt werden können."
Was dann tatsächlich über die Deutschen im Osten hereinbrach, beschrieb der britische Nobelpreisträger Bertrand Russell im Oktober 1945 so:
"In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem unerhörten Ausmaß durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen ..."
Selbst Churchill, noch Ende 1944 über das Schicksal der Deutschen im Osten "nicht beunruhigt", sorgte sich nur neun Monate später über "eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes hinter dem Eisernen Vorhang, der Europa gegenwärtig entzweischneidet" - denn unterdessen waren Millionen hungernder und besitzloser Flüchtlinge in den Westen Deutschlands geströmt, irrten Millionen Vertriebene durch das zerstörte Land, waren nach den Zahlenangaben von Russen, Polen und Tschechoslowaken auf der Potsdamer Konferenz der Sieger im Juli 1945 weitere Millionen Deutsche aus jenen Gebieten spurlos verschwunden, denn "wo unsere Truppen hinkamen, da liefen die Deutschen weg", beschied Stalin seine Verbündeten.
Die Polen behaupteten, auf dem von ihnen in Besitz genommenen Gebiet befänden sich nur noch "eine bis anderthalb Millionen Deutsche, die aber nach der Ernte freiwillig bereit sind, in die Heimat zurückzukehren". In Wahrheit lebten damals, im Sommer 1945, noch etwa vier Millionen Deutsche in den Ostgebieten, die aber dann auch noch ausgetrieben wurden - und zwar mit dem Segen aller in Potsdam Versammelten.
Denn im Artikel XIII des Potsdamer Protokolls waren sich die Sieger trotz aller "moralischen Bedenken gegen umfangreiche Bevölkerungsumsiedlungen" (Churchill) doch wieder einig:
"Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darüber überein, daß jede derartige Überführung ... in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll."
Wie Flucht und Vertreibung in der grausamen Wirklichkeit der Jahre 1945 bis 1947 tatsächlich aussahen, schildert anhand erschütternder Aussagen Betroffener die "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa", belegen Augenzeugenberichte Vertriebener, Besatzerakten aus jener Zeit, aber auch ausländische wissenschaftliche Untersuchungen wie die des amerikanischen Völkerrechtlers Alfred M. de Zayas über "dieses traurige Kapitel in der Geschichte des 20. Jahrhunderts".
Von Durchhalteparolen Hitlers auf ihrer Scholle festgehalten, der in Kurland 300.000 vollausgerüstete Soldaten für die Wahnidee einer "neuen Offensive im nächsten Frühjahr" stehenließ, während er in Ostpreußen 65jährige Volkssturminvaliden mit alten Flinten und je 18 Schuß Munition gegen die ins Reich stürmenden sowjetischen Panzerarmeen in Stellung schickte, wurden Millionen Deutsche im Winter und Frühjahr 1945 von rachedurstigen Rotarmisten überrannt, die der Schriftsteller Ilja Ehrenburg zum hemmungslosen Töten aufgefordert hatte. In einem Flugblatt, das unter den Soldaten verteilt wurde, hetzte Ehrenburg damals:
"Die Deutschen sind keine Menschen. Von jetzt ab ist das Wort Deutscher für uns der allerschlimmste Fluch. Von jetzt ab bringt das Wort Deutscher ein Gewehr zur Entladung. Wir werden nicht sprechen. Wir werden töten. Wenn du einen Deutschen getötet hast, so töte einen zweiten - für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen. Zähle nicht die Tage. Zähle nicht die Kilometer. Zähle nur eines: die von dir getöteten Deutschen!"
Der Ort, "in dem Rußlands Rache für mehr als drei Jahre deutscher Gewaltherrschaft erstmals explodierte" (Günter Böddeker in "Die Flüchtlinge"), war Nemmersdorf in Ostpreußen, von

der Roten Armee im Oktober 1944 genommen, wenige Tage später von der Wehrmacht zurückerobert.
Volkssturmmann Karl Potrek aus Königsberg berichtete der "Wissenschaftlichen Kommission der Bundesregierung zur Geschichte der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa":
"An dem ersten Gehöft ... stand ein Leiterwagen. An diesem waren vier nackte Frauen in gekreuzigter Stellung durch die Hände genagelt ... An den beiden Scheunentüren war je eine Frau nackt in gekreuzigter Stellung durch die Hände angenagelt. Weiter fanden wir dann in den Wohnungen insgesamt 72 Frauen einschließlich Kinder und einen alten Mann von 74 Jahren, die sämtlich tot waren, fast "ausschließlich bestialisch ermordet, bis auf nur wenige, die Genickschüsse aufwiesen. Unter den Toten befanden sich auch Kinder im Windelalter, denen mit einem harten Gegenstand der Schädel eingeschlagen war."
Die Greuel von Nemmersdorf, von der Nazi-Propaganda lautstark ausgeschlachtet, versetzten die Bevölkerung im Osten in Angst und Schrecken - doch die NS-Führung verbot jede Flucht bei drakonischen Strafandrohungen.
So wurde es zwar am 20. Januar 1945 dem Generalleutnant Oskar von Hindenburg erlaubt, die Sarkophage seiner Eltern aus dem Ehrenmal von Tannenberg zu bergen, lebende Flüchtlinge aber befahl Gauorganisationsleiter Paul Dargel "über den Haufen zu schießen".
Vielen gelang, wie Marion Gräfin Dönhoff, die mit ihrem Fuchs drei Monate lang tausend Kilometer gen Westen ritt, die Flucht in letzter Stunde. Mehr aber blieben, wie in der "Festung" Königsberg, zurück und durchlitten in den nächsten Monaten Unsägliches bis zu Kannibalismus hin; von 70.000 Bewohnern überlebten in der Stadt nur 25.000.
Auch von den Flüchtlingen starben Hunderttausende auf dem Weg, an Strapazen, Hunger, von Panzern überwalzt, im Meer ertrunken: Für 20.000 Flüchtlinge auf 135 Schiffen, darunter der von einem Sowjet-U-Boot versenkten "Wilhelm Gustloff", endete die größte See-Rettungsaktion aller Zeiten, von der Kriegsmarine noch im Winter und Frühjahr 1945 organisiert, im Eiswasser der Ostsee, über zwei Millionen aber kamen damals noch auf dem Seeweg durch.
Wie in Ostpreußen erlebten die Menschen überall jenseits der Oder, in Pommern, in Schlesien unter der Rache der russischen Sieger und Willkür der neuen polnischen Herren das Inferno. Im pommerschen Lauenburg nahmen sich noch in der Nacht des Einmarsches der Roten Armee 600 Einwohner selbst das Leben. Im niederschlesischen Grünberg begingen in den ersten zwei Wochen der Besatzungsgreuel 500 von 4.000 Einwohnern Selbstmord.
Aber kaum jemand glaubte damals schon an einen endgültigen Verlust der Heimat. Von sechs Millionen Deutschen, die in den letzten Kriegsmonaten vor der Roten Armee geflohen waren, kehrten über 1,1 Millionen in den ersten Friedensmonaten wieder zurück, oft nur für Tage oder Wochen, bevor sie erneut fortgetrieben wurden.
Deutschen wurden laut polnischen "Sonderbefehlen" 15 Minuten Zeit gegeben, ihre Häuser und Wohnungen zu räumen. Sie mußten die Schlüssel außen steckenlassen und durften 16 Kilo Handgepäck mitnehmen - das sich in zahlreichen Plünderungskontrollen bis zur Grenze meist auf Null reduzierte. Der Oberstudienrat Dr. Müller aus Danzig hatte, als er im Lager Scheune, der Endstation der Vertriebenenzüge auf polnischem Gebiet, ankam, nur noch seine Unterhosen an.
Andere Lager, wie das berüchtigte Lager Lamsdorf zwischen Oppeln und Neiße, wurden zur Todeshölle für Deutsche. Ein damals 20jähriger Partisan namens Gimborski ließ dort zwischen Juli 1945 und Herbst 1946 Tausende Oberschlesier nach schlimmster SS-Art foltern und ermorden. An einem einzigen Tag, dem 4. Oktober 1945, wurden bei einem Barackenbrand fast 600 Insassen erschossen, erschlagen oder verbrannt. Von über 800 Kindern kamen 600 um, insgesamt starben im "Sammellager" Lamsdorf 6.500 Vertriebene einen gewaltsamen, den Hunger- oder Seuchentod.
Wie die Polen, bei denen vorher die Nazis so furchtbar gehaust hatten, wüteten auch die

Tschechen, die weit weniger unter der NS-Herrschaft gelitten hatten, gegen alles Deutsche. So wie unter den Nazis der Judenstern gab nun eine weiße Armbinde oder der Buchstabe N (für Nemec = Deutscher) die so gebrandmarkten Menschen jeglicher Willkür preis: Sie durften straflos gequält, beraubt, vergewaltigt und totgeschlagen werden, zum Teil in denselben Lagern, in denen vorher die SS Juden ermordet hatte, wie Theresienstadt.
Am 31. Juli 1945 verübte der Mob in Aussig nach einer Explosion in einem Munitionslager ein Massaker unter Deutschen. Die Zahl der Opfer wird auf tausend bis dreitausend geschätzt. Von den über drei Millionen Sudetendeutschen kamen etwa 270.000 um.
Noch schlimmer erging es den Volksdeutschen in Jugoslawien. Über ein Viertel, 135.000 von 500.000, büßten ihr Leben ein. Aus Rumänien wurden auf sowjetisches Drängen fast 100.000 Volksdeutsche zur Zwangsarbeit in die Sowjet-Union deportiert. Lediglich bei der ebenfalls von Stalin geforderten Vertreibung der Deutschen aus Ungarn kam es nur vereinzelt zu Grausamkeiten; 35.000 wurden in die UdSSR verschleppt, etwa die Hälfte verblieb im Land.
Insgesamt kamen bei der Vertreibung von rund 14 Millionen Deutschen und Deutschstämmigen aus dem Osten Deutschlands, der Tschechoslowakei und Südost-Europa zwei Millionen Vertriebene und Flüchtlinge um - Zahlen, allenfalls vergleichbar mit der erzwungenen Völkerwanderung und dem Sterben nach der Teilung der indischen Kronkolonie in Indien und Pakistan 1947. Auch dort flüchteten etwa elf Millionen Menschen, starben zwischen einer halben und zwei Millionen auf der Flucht.
Was oftmals jenseits aller Horrorvorstellungen Menschen im Osten Deutschlands damals durchmachten, schilderte Frau M. N. aus Bärwalde in Pommern für die Dokumentation des Vertriebenenministeriums.
Als im März 1945 die Russen und Polen über Pommern kamen, wurden Frau M. N. und ihre Schwester am ersten Tag im Beisein ihres Mannes und dreier Kinder von Dutzenden von Russen vergewaltigt. Nach der ersten Gewalt-Orgie flüchtete die Familie auf einen Heuboden. Doch Spuren im Schnee führten neue Peiniger zu ihnen, die den zwei erschöpften Frauen wieder Gewalt antaten.
Dann kamen Uniformierte und Zivilisten, vergewaltigten die Frauen, erdrosselten die drei Kinder und hängten danach die drei Erwachsenen auf.
Bei Frau M. N. brach der Strick, sie fiel herunter. Als sie erwachte, lag sie auf einem Bett in ihrer Wohnung, ein Pole fragte sie: "Frau, wer gemacht?" Ich sagte, die Russen, da schlug er mich und sagte: "Russen gute Soldaten, deutsche SS-Schweine hängen Frauen und Kinder."
Frau M. N. bekam einen Schreikrampf und stürzte zum Bach nahe dem Haus, um sich zu ertränken. Aber auch da wurde sie wieder gerettet und zu Bekannten gebracht. Dort leuchtete ihr nachts ein Russe mit der Taschenlampe ins Gesicht. Sie schrie und bat, er möge sie erschießen. Der Russe sagte, er sei Oberleutnant und sie brauche keine Angst zu haben. Dann rieb er sie mit einem Handtuch trocken und vergewaltigte sie. Nach ihm kamen noch vier betrunkene Soldaten und mißbrauchten sie immer wieder.
Als sie vor Schwäche nicht mehr zu gebrauchen war, schlugen und traten sie die Frau, bis sie von neuem ohnmächtig wurde. Später wollten andere Russen sie als Faschistin erschießen, weil über dem Bett, in dem sie lag, ein Hitlerbild hing. Ein Offizier verhinderte es, man ließ die wimmernde "Verrückte" laufen.
Bekannte brachten Frau M. N. zum sowjetischen Ortskommandanten, der die Schilderung ihrer Horrorerlebnisse unwirsch mit der Bemerkung unterbrach, deutsche SS hätte in Rußland vier Jahre so gehaust. Doch dann stellte er sie als Köchin und Näherin für die Kommandantur an und ließ sie sogar, als die Polen die Frau wegen der Erzählungen über den Massenmord an ihrer Familie - den polnische Partisanen und Zivilisten verübt hatten - festnehmen wollten, in einem Sanitätsauto über die Grenze nach Deutschland bringen.
Frau M. N. - eines von Millionen Vertriebenenschicksalen, über die der Politische Berater der

amerikanischen Militärregierung in Berlin, Robert Murphy, am 12. Oktober 1945 nach Washington telegraphierte: "Hier ist Strafe im Übermaß - aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken."<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (24/1985) berichtet am 10. Juni 1985 über die deutschen Vertriebenen, ihre Verbände und Funktionäre in der bundesdeutschen Politik:

>>Wir missionieren bis an die Memel

Die Kieler Ostseehalle war bis auf den letzten Platz gefüllt, über 5.000 Teilnehmer hatten sich zu einer "nationalen Feierstunde" eingefunden. Redner beschworen den "unauslöschlichen Reichsgedanken" und das "ganze Vaterland". Am Ende "klang die in größter Disziplin verlaufene Kundgebung", so ein Bericht der Veranstalter, "mit dem Großen Zapfenstreich und allen drei Strophen des Deutschlandliedes aus".

Das nahm sich, in Rahmen und Reden, wie ein Rendezvous von Rechtsextremen aus, war jedoch eine Wahlveranstaltung westdeutscher Vertriebenenpolitiker: So patriotisch und pathetisch zog, im Juli 1953, der Gesamtdeutsche Block/ Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) in den Kampf um die Mandate für den zweiten Deutschen Bundestag. "Wir sind", sprach der BHE-Gründer Waldemar Kraft, "die einzige neue, echte politische Partei mit Volksgemeinschaftscharakter und gesamtdeutschem Anspruch."

Noch als reine Interessenpartei des Lastenausgleichs und der Wohnraumbeschaffung hatte der Vertriebenen-Block drei Jahre zuvor in seinem Ursprungsland Schleswig-Holstein aus dem Stand einen fast sensationellen Landtagswahlerfolg mit 23,4 Prozent der Stimmen erzielt. Nach seiner raschen Ausbreitung in fast allen Bundesländern und weiteren Wahlerfolgen schien der BHE "den Durchbruch des 5. Standes in das politische Leben der Deutschen" zu markieren, wie die "Gewerkschaftlichen Monatshefte" verblüfft kommentierten.

Doch Mitte der fünfziger Jahre streifte die Flüchtlingspartei das Proletarier-Image ab, um Größeres, Gesamtdeutsches zu bewegen. BHE-Politiker wie der ehemalige schlesische Gutsbesitzer Friedrich von Kessel, der in Niedersachsen zum Landwirtschaftsminister avancierte, fühlten sich nun berufen, "dem deutschen Volk wieder ein echtes Nationalbewußtsein beizubringen". Das Parteisymbol des Gesamtdeutschen Blocks, Berlins Brandenburger Tor, kennzeichnete die neue Marschrichtung.

Der Ostpreuße und BHE-Mitgründer Alfred Gille, einst bei der NSDAP und der SA, wollte, daß "der Blick nicht endet an der Oder-Neiße-Linie, sondern bis in die Räume hineingeht, wo deutsche Menschen Jahrhunderte gelebt und abendländische Kultur geschaffen haben".

Der deutsche Osten müsse, so der sudetendeutsche BHE-Abgeordnete Frank Seiboth, ein früherer NS-Gauschulungsleiter, der es zum Staatssekretär im hessischen Landwirtschaftsministerium brachte, "wieder die Kornkammer des Reiches werden, damit wir in der Enge des halben Deutschland nicht ersticken". Seiboth: "Wir missionieren für Deutschland! Von der Saar bis an die Memel!"

Das waren Perspektiven und Zeiten, von denen Vertriebenenprofis heutzutage nur träumen können - die Jahre des Kalten Kriegs und des kreuzzugartigen Antikommunismus; Jahre, in denen sich die junge westdeutsche Republik wiederbewaffnete und in das westeuropäische Verteidigungsbündnis integrierte.

Da war die Rückkehr der "reichsdeutschen" Vertriebenen nach Pommern, Schlesien oder Ostpreußen noch nicht zur Schimäre verblaßt; für Optimisten schien sie vielmehr eine durchaus realistische Vorstellung zu sein. Politiker aller in Bonn präsenten Parteien - die KPD wurde 1956 für verfassungswidrig erklärt und verboten - sparten nicht mit feierlichen Gelöbnissen und Gebietsansprüchen rechtstheoretischer Art. Auch die SPD stand noch stramm zur Parole ihres 1952 verstorbenen, aus Westpreußen stammenden Führers Kurt Schumacher: "Die deutsche Sozialdemokratie wird um jeden Quadratmeter des Landes jenseits von Oder und Neiße ... einen zähen Kampf führen."

Solange die westdeutsche Ost-Außenpolitik vom "Wandel durch Annäherung" (SPD-Vordenker Egon Bahr) noch meilenweit entfernt war, nahmen christliche wie sozialistische Demokraten den großdeutschen Verbalradikalismus von Vertriebenenpolitikern und Verbandsfunktionären ebenso gelassen hin wie die Tatsache, daß deren Organisationen von Ex-Nazis reichlich durchsetzt waren. Und solange Vertriebenenpolitiker im Bonner Bürgerblock der Adenauer-Kabinette mitmischen durften, hatten die revanchistischen Reden offenbar auch einen gewissen Zweck:

Die Vertriebenen sollten, wie das der Sudeten-Sprecher Walter Becher, einer der schärfsten Agitatoren, später beschrieb, stets "zwei Lautstärken lauter sein als die Bundesregierung, damit die Bundesregierung einen Ton stärker werden konnte".

Vertriebenenultras forderten damals nicht die "Wiedervereinigung", sondern die "Befreiung" der "Russenzone", sie schürten Aggressionen und schufen Feindbilder.

"Sehen wir denn nicht", so tönte Adenauers Verkehrsminister Hans-Christoph Seebohm, dessen Sonntagsreden maßgeblich zu den Revanchismus-Anwürfen aus Warschau, Prag und Ost-Berlin beitrugen, 1958 auf dem Stuttgarter Sudeten-Treffen, "wie aus dem Osten die Tollwut auf uns zukommt? Wir sollten die Zeichen erkennen, aber wir stecken den Kopf in den Sand und in den Freßnapf."

Schon 1948 glaubte Theodor Oberländer, der spätere Vertriebenenminister Adenauers mit tiefbrauner Hypothek, daß die Westdeutschen zur "Überwindung des Bolschewismus" sowohl ein "Programm zur politischen Kriegführung bis zum Ausbruch des Waffenkrieges" als auch eines "zur Unterstützung des Waffenkrieges" benötigen würden (so Oberländer in einem Brief an den Fürsten zu Waldburg-Zeil).

Immer wieder berichtete die Vertriebenenpresse über angeblich verwahrloste, "halb menschenleere" Landstriche im ehemals deutschen Osten, wo unter den polnischen und tschechischen Neu-Siedlern eine "Auswanderungspsychose" grassiere. Der "Göttinger Arbeitskreis" vertriebener Wissenschaftler beschrieb 1958 Posen und Pommern als "Zone des allgemeinen Verfalls", die "wie eine schwärende Wunde die Gesundung Europas verhindert".

Die Vertriebenenprofis begriffen sich denn auch als "Elitebataillon im abendländischen Entscheidungskampf" (so der sudetendeutsche CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Schütz), als "Träger der besten Werte von Volkstum und Menschentum" überhaupt ... oder, etwas salopper, als "Sauerteig des deutschen Volkes".

Vor allem der Vertriebenenblock BHE wähnte sich auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung als "berufenster Träger" gesamtdeutscher Anliegen. Parteigründer Kraft, den Adenauer 1953 neben dem Vertriebenenminister Oberländer als "Sonderminister" (ohne sonderliche Kompetenzen) ins Kabinett nahm, betrachtete die "Altparteien" als "Zweckschöpfungen der Besatzungsmächte, die man aus der Mottenkiste der Weimarer Republik geholt" habe. Als "Versager von 1933" verdienten sie nach Ansicht des Ostpreußen kein Vertrauen mehr. "Wir sind", glaubte Kraft, "die letzte Hoffnung von Millionen."

Andersherum war das jedoch eher richtig: Die Kraft-Partei richtete ihre Hoffnungen auf die Millionen von Flüchtlingen und Aussiedlern, die sich in den Westen Deutschlands ergossen hatten, hier mehr als 15 Prozent der Bevölkerung stellten und sich - vornehmlich in Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein - in einer kaum überschaubaren Vielfalt von Verbänden und Vereinigungen samt Unter- und Nebengliederungen, berufsständischen und konfessionellen Organisationen formierten.

Heraus ragten am Ende 21 Landsmannschaften (LM), denn neben den großen Gruppierungen der Schlesier, Sudetendeutschen, Pommern und Ostpreußen organisierten sich unter anderen auch Mark Brandenburger, Deutschbalten und Siebenbürger Sachsen, Bessarabien-, Karpaten- und Buchenlanddeutsche, und alle existieren noch immer.

Doch der großen Vertriebenenbewegung, die sich im Kleinen ausspezialisierte bis etwa zu einer "Vereinigung sudetendeutscher Kinobesitzer" oder dem "Verband früherer Ostmühlen", mangelte es an der Geschlossenheit ihrer Führungsriege. Zehn Jahre lang konkurrierten der "Zentralverband der vertriebenen Deutschen" (ZvD; ab 1951: "Bund der vertriebenen Deutschen", BvD) und die "Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften" (VOL; ab 1952: "Verband der Landsmannschaften", VdL), ehe sie sich, im Dezember 1958, zum "Bund der Vertriebenen" (BdV) zusammenschlossen.

Zwar einigten sich die beiden ursprünglichen Dachorganisationen auf eine Art kooperative Aufgabenteilung: Der landsmannschaftlich übergreifende ZvD/BvD sollte sich um die sozial- und wirtschaftspolitischen Existenzfragen der Vertriebenen kümmern und sich den Behörden, Parlamenten und Parteien als "Ergänzungsbürokratie" anbieten; die Landsmannschaften wollten derweil den kultur- und heimatpolitischen Part übernehmen und verhindern, daß die Landsleute "den Blick für das große Ziel, die Rückkehr, verlieren" (so Erich Mende aus Groß-Strehlitz, Mitgründer der LM Oberschlesien, später FDP-Vorsitzender und Minister für Gesamtdeutsche Fragen).

Einig waren sie sich vor allem in der zentralen Frage ihrer materiellen Absicherung: Bei der Ausformung des 1952 vom Bundestag verabschiedeten Gesetzes über den Lastenausgleich (LAG), dem eine Unsumme von Novellierungen folgte, fungierten Vertriebenenpolitiker zum erstenmal offen als Lobby und politische Pressure Group (Interessengruppe).

Die überaus erfolgreiche LAG-Lobby war vermutlich der gewichtigste Beitrag der Vertriebenen zum politischen Geschehen in der Bundesrepublik. Mit einem Gesamtvolumen von fast 150 Milliarden Mark geriet der Lastenausgleich laut Bayerns früherem Sozialminister Fritz Pirkl zur "größten legalen Vermögensumverteilung in der Menschheitsgeschichte".

Die Abwicklung der letzten LAG-Fälle wird, so schätzen Experten, noch bis zum Jahre 2040 dauern.

Versuche einiger Landsmannschaften, den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu erlangen, schlugen freilich ebenso fehl wie die Forderung nach einer verfassungsrechtlichen Verankerung ihrer ehemaligen Territorien im Grundgesetz oder das Verlangen nach sogenannten stummen Sitzen im Bundesrat als Vertreter von "Volksgruppen zur Zeit ohne Raum".

In der westdeutschen Vertriebenenszene schien das innige Landsmannschaftentreiben jedenfalls eine konforme Interessenlage der Neubürger zu reflektieren - und das mußte einer Vertriebenenpartei wie dem BHE geradezu wie eine politische Futterkrippe vorkommen, war doch der Block mit den Verbänden vielfach in Personalunion verflochten.

Doch die großen Hoffnungen trogen, das stattliche Wählerpotential der Vertriebenen sicherte dem BHE - Ironie des Geschehens - keineswegs eine Dauerexistenz. Schon bei der Bundestagswahl von 1953 erzielte die Partei nur 5,9 Prozent Stimmenanteil, weit weniger als erwartet; vier Jahre danach scheiterte sie bereits mit 4,6 Prozent an der Sperrklausel und verschwand für immer von der Bonner Bühne.

Der Vertriebenenführer Linus Kather wertete es später in einem verbitterten Rückblick ("Die Entmachtung der Vertriebenen", 1964) als "eines der merkwürdigsten Phänomene der Geschichte", daß Millionen von Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik "aufgegangen" seien, "ohne einen eigenständigen politischen Willensfaktor von Dauer und Gewicht entwickelt zu haben".

Doch so seltsam ist der Vorgang auch wieder nicht, seine tieferen Ursachen sind vielmehr offenkundig: Mit der fortschreitenden Integration der Flüchtlinge in das Land des aufkeimenden "Wirtschaftswunders" (zu dem sie selber einen bemerkenswerten Beitrag leisteten) verflüchtigten sich die Sehnsüchte der Neubürger nach ihrer alten Heimat.

Gescheitert war überdies der Versuch, den Heimat-Block mit einer nationalistischen Rezeptur am Leben zu erhalten. Denn auch die deutschlandpolitischen Positionen schienen den Vertriebenenwählern offenbar noch besser bei der CDU/CSU aufgehoben, in deren Reihen sich eh immer mehr Vertriebenenpolitiker tummelten.
Der BHE erfüllte, wie Wissenschaftler seine historische Rolle beschreiben, eine "Transportfunktion": Er gab die rechtskonservativen Kräfte, nicht nur Vertriebene, die er anfangs auf sich gezogen hatte, wie gebündelt an die Unionsparteien weiter - Wähler wie Scharen von Mitgliedern und Mandatsträgern. Die Vertriebenenfunktionäre wurden, von der vergleichsweise verschwindend geringen Zahl der SPD-Anhänger abgesehen, zu einem "gefundenen Fressen für die CDU" (Kather).
Fast alle Landsmannschafts-Sprecher und namhaften BdV-Funktionäre standen oder stehen seitdem im Lager der Union, wie heute (die) Ober-Schlesier Herbert Hupka und BdV-Präsident Herbert Czaja, beide CDU-Bundestagsabgeordnete, oder der Sudeten-Vormann Franz Neubauer, bayrischer CSU-Staatsminister für Arbeit und Soziales.
Mit einer neuen Parteigliederung "Union der Vertriebenen und Flüchtlinge" (erster Vorsitzender: der ehemalige Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl) ernannte sich die CDU 1969 zur "politischen Heimat für alle Heimatlosen".
Dabei war durchaus fraglich, ob der erste CDU-Kanzler Konrad Adenauer wirklich ein Herz für die Heimatlosen hatte: "Wir wollen", beklagte er sich gelegentlich über die Anstellung schlesischer Schulräte in seinem Rheinland, "den ostischen Geist hier nicht haben." Doch für die Bonner Politik kamen dem CDU-Vorsitzenden die Vertriebenen allemal zupaß, um Mehrheiten zu sichern und die Sozialdemokraten zu isolieren.
Der Mann, der Adenauers CDU die Vertriebenen zuführte und zur Symbolfigur für die Rechtslastigkeit dieser Liaison wurde, war Theodor Oberländer, der Ressortminister von 1953 bis 1960. Der promovierte Land- und Volkswirtschaftler aus Thüringen war einst beim Hitler-Putsch von 1923 mitmarschiert, hatte als Reichsführer des Bundes Deutscher Osten (BDO) und als Ostexperte der Wehrmachts-Sondereinheit "Nachtigall" maßgeblich zur "rücksichtslosen Germanisierung" der östlichen Nachbarn beigetragen.
Oberländer brachte es sogar fertig, die Schlüsselpositionen seines Ministeriums systematisch mit ehemaligen Nationalsozialisten zu besetzen. Adenauer hielt trotz aller Vorwürfe an dem Minister fest, den er für einen profunden Kenner Osteuropas hielt. Und der durchtriebene Karrierist konnte vor seinen alten BHE-Gefährten protzen: "Seitdem ich Mitglied der CDU bin, kann ich direkt zum Alten gehen, wenn ich etwas will."
Die Vertriebenenbewegung mauserte sich von einer mehr sozialpolitischen zu einer mehr außenpolitischen Pressure Group, die freilich auch Druck bei Unionspolitikern machte. Denn Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre stellte das Bonner Auswärtige Amt unter den CDU-Ministern Heinrich von Brentano und Gerhard Schröder die ersten zaghaften Überlegungen für nachbarschaftliche Beziehungen zu Polen und der CSSR an. Vertriebenenprofis, die ahnten, daß sich allmählich eine konstruktive Ostpolitik anbahnen würde, zeterten bereits "Verrat" und "Verzicht".
Mit dem bösen Schimpf "Verzichtspolitiker", einer bewußten Anspielung auf die "Erfüllungspolitiker" der Weimarer Republik, belegten radikale Vertriebenenredner von da an fast jeden, der auch nur vage verdächtig schien, deutschen Boden preisgeben zu wollen - den SPD-Staatsrechtler Carlo Schmid wie CDU-Kanzler Adenauer, den SPIEGEL wie den katholischen "Rheinischen Merkur", Pastor Martin Niemöller wie alle Verfechter der EKD-Denkschrift zur "Lage der Vertriebenen" von 1965.
"Verzichtspolitiker", das verlangten im Frühjahr 1963 vier Landsmannschaften gleichzeitig, sollten wegen "hochverräterischer Äußerungen" strafrechtlich belangt werden. Allerdings stützten sie sich dabei auf ein abenteuerliches Gutachten des Würzburger Staatsrechtlers

Friedrich August von der Heydte, von dem sich nicht nur Fachleute, sondern auch der Bund der Vertriebenen alsbald distanzierte.
Verzichtserklärungen jedweder Art würden, so drohte im Bundestag der CSU-Abgeordnete Georg von Manteuffel-Szoege, die Vertriebenen "in die Illoyalität treiben". Auch seien sie unnötig, meinte der Deutschbalte, denn "die Polen glauben ohnehin nicht, daß wir ihnen unsere Ostgebiete lassen".
Was immer aber die Vormänner der Vertriebenen beschworen und beteuerten - es entsprach kaum mehr der Realität an der Vertriebenenbasis. Glaubten 1953 noch drei Viertel der Pommern oder Schlesier an die Rückkehr, so war es, wie Umfragen ergaben, 1964 nur mehr ein Viertel. Acht Jahre später betrachteten bereits 56 Prozent der Vertriebenen die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Grenze als richtige und wünschenswerte Voraussetzung für normalisierte Beziehungen zu Polen; nur 24 Prozent hielten sie für falsch.
Zu keiner Zeit gehörten den Vertriebenenverbänden mehr als zwei von zehn ihrer Landsleute an. Und Wahlanalysen zeigten alsbald auch: Das Wählerverhalten der Vertriebenen entsprach annähernd dem der übrigen Bevölkerung.
Eine Untersuchung der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik zum Thema "Junge Vertriebene: Abschied vom politischen Erbe" kam, ebenfalls schon 1972, zu dem Ergebnis: Die Politik der Vertriebenenverbände "verliert zunehmend an politischer Legitimation"; auf Verbandstreffen würden die Funktionäre zuweilen Forderungen im Namen aller Mitglieder erheben, die diese jedoch "in der großen Mehrheit nicht teilen".
Dennoch nahmen selbst die Sozialdemokraten, die in der Großen Koalition (1966 bis 1969) und schließlich in der ersten Phase der sozialliberalen Koalition (1969 bis 1973) die deutsche Ostpolitik wendeten - Ergebnisse: die Gewaltverzichts-/Grenzanerkennungsverträge mit Polen und der Sowjet-Union sowie der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag mit der DDR -, lange noch erstaunlich viel Rücksichten auf die Berufs-Heimatvertriebenen.
Bis 1969 schien die Toleranz einigermaßen verständlich: Die SPD stellte damals mit dem Bundestagsabgeordneten Reinhold Rehs vorübergehend den BdV-Präsidenten und hoffte, der Vertriebenenbund würde zur Entspannungspolitik allmählich eine gemäßigtere Haltung einnehmen. Daß wahltaktisches Finassieren kaum von Belang sein würde, erwies sich jedoch nicht zuletzt wiederum am Fall des BdV-Präsidenten.
Rehs verließ, als der SPD-Vorsitzende und damalige Außenminister Willy Brandt auf dem SPD-Parteitag vom März 1968 in Nürnberg zum erstenmal den Entspannungskurs formulierte ("Anerkennung beziehungsweise Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung"), demonstrativ den Saal - und wenig später auch die Partei. Im Handumdrehen wurde der Rechtsanwalt Mitglied bei der CDU, nachdem der Vertriebenenbund die Frage aufgeworfen hatte, ob denn der Wähler "einer Partei seine Stimme geben kann, die gewaltsam geschaffene Unrechtstatbestände anerkennt".
Für Rehs zahlte sich der fixe Wechsel jedoch nicht aus. Die CDU schanzte dem Überläufer zwar für die Bundestagswahl den bis dahin sicheren Unionswahlkreis Verden an der Aller zu, der verlor ihn aber allen Erwartungen zum Trotz an den SPD-Kandidaten und nachmaligen Städtebauminister Karl Ravens.
Für den Endkampf gegen die Ost-Verträge - Begleitmusik zu den hitzigen Bundestagsdebatten von 1970 bis 1972 - brauchten die Vertriebenen andere Redner: Franz Josef Strauß zum Beispiel, der gerade zur "Rettung des Vaterlands" blies. Der CSU-Vorsitzende heizte im Mai 1970 eine Vertriebenenkundgebung mit 30.000 Teilnehmern auf dem Bonner Marktplatz auf: "Diese Regierung ... muß umkehren oder verschwinden." Das klang nur etwas vornehmer als die radikalen Vertriebenenparolen: "Fegt ihn weg, den roten Dreck."
Das Bonner Spektakel, ähnliche folgten, machte nun auch geduldige Genossen stutzig. "Es gibt da", erkannte SPD-Geschäftsführer Jürgen Wischnewski, selbst Vertriebener aus Ost-

preußen, "eine völlige Solidarisierung mit der CSU." Dennoch zog die SPD, obschon immer wieder wütenden Anwürfen ausgesetzt ("Volksverräter Willy Brandt, heraus aus unserem Vaterland"), daraus nicht die Konsequenzen, die möglich gewesen wären - etwa die Spaltung des Bunds der Vertriebenen.
Den Ansatz dazu, 1970 initiiert durch die Bundestagsabgeordneten Günter Slotta und Manfred Wende, beide Schlesier, die bereits Einladungen für eine Gegengründung verschickt hatten, unterdrückte Fraktionschef Herbert Wehner. Der "Onkel" wollte es in der kritischen Situation vor der Ratifizierung der Ost-Verträge durch den Bundestag nicht ganz mit dem BdV verderben.
Die SPD/FDP-Koalition benötigte bei ihrer hauchdünnen Mehrheit von zwei Mandaten auch den Ober-Schlesier Herbert Hupka, der bis Februar 1972 noch die SPD-Bank drückte.
Der Sanftmut der sozialliberalen Koalition im Umgang mit Vertriebenenpolitikern mag durchaus opportun gewesen sein; gewiß durfte man auch darauf spekulieren, daß die Vertriebenen allmählich zur Ruhe kommen würden, wenn erst einmal die Ost-Verträge unter Dach und Fach gebracht wären. Tatsächlich flachte ihre Aktion Widerstand sogar schon vor der Vertragsratifizierung deutlich ab - vorsichtige Vertriebenenführer befürchteten offenbar, ein klägliches Scheitern des Obstruktionskurses könnte ihr Prestige schmälern.
Die Kundgebungen wurden kümmerlicher: Statt der 30.000 Teilnehmer von 1970 kamen zwei Jahre später nur noch knapp 2.000 zur Bonner BdV-Demo.
Ernüchternd mußte es auf die BdV-Funktionäre schließlich wirken, daß sich die CDU/CSU-Fraktion bei der Bundestagsabstimmung über die Ost-Verträge im Mai 1972 mehrheitlich der Stimme enthielt.
Für die Vertriebenenverbände begann der Abstieg in die schiere Bedeutungslosigkeit, sie gerieten am Ende zu beinahe Vergessenen und Verdrängten, die nur noch ein "kümmerliches politisches Dasein im stillen Kämmerlein fristeten" ("Die Zeit").
Bis sie von den Bonner Wende-Künstlern, wofür auch immer, aus dem Dornröschenschlaf geweckt wurden und mit Parolen wie "Schlesien bleibt unser" neue Revanchismus-Vorwürfe aus dem Osten provozierten.
Im April 1960 verurteilte das Oberste Gericht der DDR Oberländer in Abwesenheit zu lebenslänglicher Haft wegen "fortgesetzt begangenen Mordes" und "fortgesetzter Anstiftung zum Mord", der im Sommer 1941 in Lemberg durch die Nachtigall-Einheit an mindestens 3.000 Personen begangen wurde; Oberländer ließ, wozu ihm das Bonner "Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen" die Möglichkeit bot, das DDR-Urteil für wirkungslos erklären.<<

12.06.1985

Belgien: Die EG unterzeichnet am 12. Juni 1985 die Verträge über den Beitritt Portugals und Spaniens. Diese Verträge treten am 1. Januar 1986 in Kraft.

15.06.1985

Luxemburg: Belgien, Frankreich, die Niederlande, Luxemburg und die Bundesrepublik unterzeichnen am 15. Juni 1985 in Schengen (Luxemburg) ein Abkommen, das die Abschaffung aller Personenkontrollen an den Binnengrenzen dieser Länder vorsieht ("Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrolle überschritten werden").

26.06.1985

Brasilien: Papst Johannes Paul II. berichtet am 26. Juni 1985 während einer Konferenz in Sao Paulo über die neue Weltordnung.
Horst Deckert berichtet in seinem Internet-Blog "https://www.offenbarung.de …" über diese Rede des Papstes Johannes Paul II. (x991/…): >>**Das etwas andere Management-Modell des Papstes: Die neue Weltordnung**
Hier die Übersetzung der interessanten Rede des Papstes in Sao Paulo.

Konferenz vom 26. Juni 1985, durch Papst Johannes Paul II.
Art. 1: Niemand wird von nun an Zugang zum Postdienst haben, ohne die Nummer.
Art. 2: Niemand soll in irgendeinem Unternehmen oder einer Schule angestellt werden, außer er habe diese Nummer.
Art. 3: Kein Student soll in irgendeiner Schule registriert werden, ohne daß Student oder Eltern eine Nummer haben.
Art. 4: Jede Seele, die sich nicht nach diesem Sozialvertrag richtet, kann ohne diese Nummer weder kaufen oder verkaufen.
Art. 5: Niemand soll Nahrung verkaufen oder kaufen können, noch sollten sie Nahrung anpflanzen können, ohne diese Nummer.
Art. 6: Niemand kann Geld anlegen noch Geld abheben, ohne diese Nummer.
Art. 7: Wer die Artikel dieser Union nicht anerkennt oder ablehnt, soll streng mit dem Tod bestraft werden.
Art. 8: Wer die Nummer nicht hat, soll das Reisen untersagt werden.
Art. 9: Die ökumenischen Vereinigungen sollen entscheiden über die Genehmigung der Nummer.
Art. 10: Import und Export soll gemäß der Nummer durchgeführt werden.
Art. 11: Es soll ein internationales Geldsystem geben mit der Genehmigung dieser Nummer.
Art. 12: Die Gemeinden sollen sich an einem Tag versammeln, dem Sonntag, gemäß der Nummer.
Art. 13: Für Armut soll für ein besseres Leben in allen Ländern gesorgt werden, nach der Nummer.
Art. 14: Niemandem soll erlaubt sein, zu jagen oder zu fischen ohne diese Nummer.
Art. 15: In allen Transportsystemen der Welt soll in Übereinstimmung mit dieser Nummer umgegangen werden.
Art. 16: Niemandem soll erlaubt werden, ohne diese Nummer ins Krankenhaus aufgenommen zu werden.
Dieser Plan wurde durch Papst Johannes Paul II. anläßlich der Konferenz vom 26.6.1985 in Kenia vorgelegt. Dieses Projekt wird wieder im September 1993 präsentiert werden.
- Ende des Übersetzungstextes -

Was ist die Nummer?

Lesen Sie Offenbarung 1-18!
Hier ein kleiner Vorgeschmack (Offenbarung 13, 16-18): **Und es macht** (das zweite Tier, die USA wird dafür sorgen)**, daß die Kleinen und Großen, die Reichen und Armen, die Freien und Knechte - allesamt sich ein Malzeichen geben an ihre rechte Hand oder an ihre Stirn, daß niemand kaufen oder verkaufen kann, er habe denn das Malzeichen, nämlich den Namen des** (ersten) **Tieres oder die Zahl seines Namens. Hier ist Weisheit! Wer Verstand hat, der überlege die Zahl des** (ersten) **Tiers; denn es ist eines Menschen Zahl, und seine Zahl ist sechshundertsechsundsechzig.**
Die Zahl 666 ist die Zahl des ersten Tieres, des Papsttums und des jeweils amtierenden Papstes! …
Im September 1993 trafen sich, wie geplant, die Vertreter der Weltreligionen in Chicago (NZ vom 2.9.1993). Diese 16 Artikel des Papstes sind die gemeinsame "globale Ethik", auf die man sich verständigt hat. Sie erlaubt es allen Kirchen, ihre unterschiedlichen Lehren beizubehalten, wenn sie nur den Papst als das religiöse Oberhaupt der Welt und seine "neue Weltordnung" anerkennen. Das wird selbst Buddhisten, Hinduisten, Moslems und sonstigen Gruppierungen, nicht schwer fallen. Die USA wird als Vorreiter und Weltpolizist dafür sorgen, daß die neue Weltordnung des Papstes umgesetzt wird und mit gutem Beispiel durch die Einführung eines entsprechenden unbiblischen Sonntagsgesetzes (biblisch ist nur der Sabbat!), das

fertig in der Schublade liegt, dem antichristlichen Bestreben Vorschub leisten. Die Europäische Union wird folgen.
1995 ermahnte der Papst die Jesuiten zur Treue, "... ohne Zögern und Zweideutigkeiten den Leitlinien ihres Gründers treu zu bleiben." (NZ vom 6.1.1995) Was das bedeutet, wissen Sie jetzt. Der oberste Machthaber dieser Welt hat längst beschlossen, was seine "modernen Hitler" unter dem Deckmantel des Glaubens bald umsetzen werden.<<

Juni 1985

BRD: Herbert Czaja (1914-1997) schreibt im Juni 1985 über die Verletzung von Menschenrechten (x077/11-12): >>... Gravierende Menschenrechtsverletzungen kann man auf die Dauer nicht verschweigen. Menschenrechte sind ein hohes Gut, das man nicht durch entstellende oder verflachende, dem politischen Kampf dienende Bilanzen gefährden soll.
... Menschenrechtsverletzungen in Europa kann man nicht mit dem Hinweis auf frühere schwere Verbrechen Deutscher an Angehörigen fremder Völker zurückweisen. Schwere Verletzungen der Menschenrechte kann man nicht gegeneinander aufrechnen; frühere Verletzungen der Menschenrechte erfordern eine gerechte Sühne, können aber nicht zur Rechtfertigung neuen aktuellen Unrechts dienen. ...
... Man muß um der Betroffenen willen reden. Beim Sacharow-Hearing in Kopenhagen erklärte die Ehefrau von A. Sinjavskij: "Am schlimmsten ist der dran, von dem niemand spricht – für den niemand protestiert."<<

04.09.1985

Israel: Die israelische Zeitung "Jerusalem Post" berichtet am 4. September 1985 über den deutschen Bundespräsident Richard von Weizsäcker (x354/71): >>… (Weizsäcker hat) die junge Generation in Deutschland … konfrontiert mit der Unsühnbarkeit kollektiver deutscher Schuld.<<

04.11.1985

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (45/1985) berichtet am 4. November 1985: >>**Hessen-Koalition: Wie Willy wollte**
Er ist noch nicht im Amt, doch schon fürchtet die hessische Wirtschaft ihn als Industrieschreck: Der Grüne Joschka Fischer wird Umweltminister in der ersten rot-grünen Landeskoalition. Der Realo mit dem Clochard-Image hat eine wirre Politkarriere hinter sich - vom schwäbischen Metzgersohn zum intellektuellen Rowdy. Der Sponti aus der Hausbesetzerszene über sein neues Amt: "Das Risiko zu scheitern ist groß."
Er kommt auf leisen Sohlen, in Turnschuhen aus dem Supermarkt. Die Blue jeans sind abgewetzt, das Sweatshirt, rot, ist verwaschen, die Lederjacke schmuddelig. Der Mann sieht aus wie eine Mischung aus Roadie und Rowdy. Dagobert, sein Hund, umschwänzelt ihn.
Das bleiche, etwas aufgedunsene Gesicht trägt graue Schatten unter rotgeäderten, wachen Augen. Die dunklen, wuscheligen Haare sind ungekämmt, nur einmal in der Woche rasiert er sich, montags. Er ist ein fanatischer Dauerdiskutierer, ein Agitator, spricht mit heller, durchdringender Stimme und leichtem Frankfurter Akzent - seine Reden sind gespickt mit meist herausfordernden Gedanken. Wenn er Gegner schmäht und beleidigt, dann mit Wollust.
Da ist nichts an Joseph ("Joschka") Fischer, 37, was nicht dem Bild des braven Bürgers vom Ausgeflippten, vom Revoluzzer entspräche. Und wenn demnächst vor der hessischen Staatskanzlei der Dienstwagen des Umweltministers vorfährt, dann könnte es schon zu Verwechslungen kommen: Der distinguierte Herr im grauen Anzug und mit Krawatte - das ist der Chauffeur. Der Kerl im Fond, der aussieht wie die Typen, die dem Ruhrpott-Schläger Schimanski Spitzeldienste leisten - das ist der Minister.
Es ist für manche kaum zu fassen: Ein Sponti der Frankfurter Hausbesetzerszene, ein Realo-Grüner mit kernigem Proletengehabe, ein ehemaliger Vorbestrafter und Drogenkonsument, ein Mann im Schlabberlook nimmt Platz am Kabinettstisch - als Minister für "Umwelt und

Energie".
Seit die hessischen Grünen dem Regierungsbündnis mit Holger Börner (SPD) zustimmten und damit die erste ökosoziale Koalition in einem Bundesland besiegelten, hat sich das politische Klima in Deutschland verändert. Unternehmer, konservative Politiker und Leitartikler formieren sich, als gelte es, einen Staatsstreich abzuwehren.
Industriemanager qualifizieren den designierten Minister als Industrie-Schreck ab. Sie drohen mit Investitionsstopp in Hessen und kündigen die Flucht von Unternehmern in benachbarte Bundesländer an. Mit Joschka Fischer, begründet Hans Joachim Langmann, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und Chef des Darmstädter Chemiekonzerns Merck, die Angst des Kapitals vor dem Grünen, komme "jemand an die Schalthebel der politischen Macht, der sich bisher in allen seinen Äußerungen wirtschafts- und industriefeindlich gezeigt" habe.
Bundeskanzler Helmut Kohl wollte nicht einmal den Namen des Minister-Kandidaten in den Mund nehmen. Er sei "sehr gespannt", höhnte der Regierungschef, "wie sich dieses Bundestagsgenie, wie heißt er doch gleich", als Minister machen werde. Das hessische Modell, auf Bonn übertragen, prophezeite CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, werde zum "Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft" führen.
"Hessen", schrieb die "Frankfurter Allgemeine", sei "nicht nur in Gefahr, die Gegenwart zu verspielen, sondern vor allem auch die Zukunft". "Bild" jammerte: "Wir haben Angst um Hessen." Skepsis selbst bei Roten und Grünen: NRW-Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Johannes Rau, ein erklärter Gegner der Alternativen, beschwerte sich, Börner habe ihm das Wahlkampfkonzept vermasselt. SPD-Gewerkschafter Hermann Rappe warnte, der neue Bündnispartner sei "auf Dauer für die Arbeitnehmer schädlich".
Grünen-Vorsitzender Rainer Trampert, ein Fundamentalist, sagte den "Bruch" seiner Partei "mit Teilen der sozialen Bewegung" voraus. An der Frankfurter Uni bewarfen Autonome die koalitionswilligen Alt-Linken Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer mit Eiern und stellten sie in eine Reihe mit dem hessischen Innenminister Horst Winterstein, dem sie die Schuld am Tod des Demonstranten Günter Sare geben: "Fischer, Bendit, Winterstein - eins ist wie das andere Schwein."
Fischers politisches Geschick bestimmt fortan auch den Weg der Grünen. Weist der erste alternative Minister der Republik nach, daß grüne Umweltpolitik im Regierungsalltag umsetzbar ist, kann seine Partei mit neuem Zulauf rechnen. Geht Fischer unter, könnte sich der Niedergang der Alternativen, die zuletzt im Saarland (2,5 Prozent) und in Nordrhein-Westfalen (4,6 Prozent) gescheitert waren, noch beschleunigen.
Ein Straßenkämpfer, der sich zum Realpolitiker gewandelt hat, der erst Bundestagsabgeordneter und dann Minister wird, das ist nach jahrelanger Ämterverweigerung auch ein Indiz für den Reifungsprozeß der jüngsten westdeutschen Partei. Sechs Jahre nach ihrer Gründung hat sich die "Antipartei-Partei" (Petra Kelly) dazu durchgerungen, aus der rechnerischen "Mehrheit diesseits der Union" (Willy Brandt) auch eine politische zu machen.
Der Nutznießer ist Holger Börner ("Diese Geschichte bringt mir 50.000 Jungwähler"), den der SPD-Vorsitzende am vergangenen Montag im Parteipräsidium mit demonstrativer Herzlichkeit begrüßte. "Ich bin der einzige", deutete der Hesse den freundlichen Empfang, "der es so gemacht hat, wie Willy wollte." Wie Brandt visiert auch Börner das Nahziel an, im Frühjahr mit einem SPD-Ministerpräsidenten in Niedersachsen die Bundesratsmehrheit der Union zu knacken, um Kohl das Regieren schwerer zu machen.
Zwar will der niedersächsische Spitzenkandidat Gerhard Schröder das Hessen-Modell noch nicht übernehmen. Aber andere führende Sozialdemokraten unterstützen Börners Kurs. SPD-Präsident Erhard Eppler verteidigt das rot-grüne Bündnis mit dem Hinweis auf den saarländischen SPD-Umweltminister Josef Leinen, der wie Fischer Ökonomie und Ökologie auf einen

Nenner bringen will: "Warum ist eigentlich ein Joschka Fischer in Hessen etwas anderes als ein Jo Leinen im Saarland?"
Der Unterschied liegt in der Biographie. Im Handbuch des Bundestages, in dem die Abgeordneten gern ausführlich darlegen, wie viele Ämter sie haben und was sie alles können, kam Fischer, bis März 1985 Grünen-MdB, mit zwei Zeilen aus: "Geboren am 12. April 1948. Mitglied des Bundestages seit 1983."
Das liest sich, als sei in den Jahren dazwischen nicht viel gewesen und als wolle sich da einer von seinem Leben distanzieren. Fischer aber bekennt sich zu seiner Biographie: "Von dem, was in meiner Akte beim Verfassungsschutz liegt, mal abgesehen, habe ich nichts zu verbergen. Ich stehe zu meiner Geschichte."
Joschka, aufgewachsen im streng katholischen Fellbach am Stadtrand von Stuttgart, stammt "aus einem Metzgergeschlecht". Vater und Großvater waren Fleischhauer, "hauptberuflich", und beide natürlich "Katholiken". Zum braven Ministranten im rot-weißen Hemdchen taugte Joschka allerdings nicht, er wurde Radrennfahrer.
In der zehnten Klasse hatte er vom Gymnasium genug und begann "mit viel Spaß" eine Photographenlehre. Der Spaß währte ein Jahr. Angetörnt von Bob Dylan und den Beatles, frönte er "dem neuen Lebensgefühl" der sechziger Jahre und entfloh mit sechzehn dem "engen Zuhause, dem Dorf und der Lehre".
In Hamburg schnappte ihn die Polizei und karrte ihn ins Schwäbische zurück. Beim zweiten Versuch seiner "Europa-Tournee" (Fischer) kam er bis Kuwait - ein Aussteiger der frühen Jahre.
Wieder daheim, jobbte Run-away-Joschka kurzzeitig als Hilfssachbearbeiter beim Arbeitsamt, Abteilung Kindergeldkasse. Auch ein zweiter Anlauf als Photo-Lehrling scheiterte.
Das war zu der Zeit, als Ludwig Erhard noch Kanzler war und Intellektuelle, die ihn verhöhnten, als "Pinscher" beschimpfte. Joschka las Jack Kerouac, den Literateten der "beat generation", und verliebte sich "unsterblich" in Edeltraud, eine 17jährige Schwäbin. Die beiden heirateten 1967, noch nicht volljährig, im schottischen Gretna Green.
Fasziniert von den Studentenprotesten gegen den Vietnamkrieg und voller Wut über den Tod des Demonstranten Benno Ohnesorg und den Mordanschlag auf Rudi Dutschke (Fischer: "Die Schüsse in Berlin haben mich aufgeweckt"), zogen die Jungvermählten nach Frankfurt. Dort, in einer der Metropolen des studentischen Aufruhrs, wollte der Gymnasiast ohne Abschluß und ohne Ausbildung das Abitur nachmachen, um an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Kant, Marx und Hegel studieren zu können.
Doch auf dem zweiten Bildungsweg lief nichts. Fischer, der es als Proletarier unter dem akademischen Nachwuchs schwer hatte, "büffelte wie ein Ochse". Er quälte sich "zweimal durch Hegels "Phänomenologie des Geistes"" und fing immer wieder von vorne an, weil er nichts verstanden hatte. An der Uni wurde Nichtabiturient Fischer bald Stammgast in den Seminaren der "Frankfurter Schule", hörte Adorno und Habermas.
Rasch geriet der schwäbische Außenseiter ins Zentrum der linksliberalen Szene am Main. Mentor des Metzgersprößlings wurde der SDS-Führer Hans-Jürgen Krahl, und die revolutionäre Perspektive vermittelten Genossen wie der De Gaulle-Herausforderer Daniel Cohn-Bendit, der Sexualforscher Reimut Reiche, die SDS-Anführer Frank und K. D. Wolff, Mathias Beltz (heute "Vorläufiges Frankfurter Fronttheater") und Bankierssohn Tom Koenigs, jetzt Stadtverordneter in Frankfurt und demnächst Fischers Haushaltsexperte im Umweltministerium.
Mit anderen Aktivisten gründeten diese Spontis eine militante Gruppe, den "Revolutionären Kampf" (RK). Fischer, dessen rhetorisches Talent bei den Studierten aufgefallen und gefragt war, wurde einer ihrer Wortführer. "Joschka", erinnert sich der ehemalige SDS-Führer und RK-Fighter Frank Wolff, "traf den Ton am besten", außerdem "umgab ihn eine gewisse prole-

tarische Aura".
Der schwäbische Rebell mischte in der "schlimmen Zeit der offenen Revolten", von 1968 bis 1975, immer in vorderster Front mit. "Da gingen sämtliche Etappen ab bis zur harten Randale", und Joschka war "der Kriegshäuptling" der Frankfurter Straßenschlachten, flink mit der Zunge und flott auf den Beinen.
Demonstrationen und Straßenkämpfe brachten ihm 1969 sein erstes politisches Strafverfahren: "Sieben Wochen ohne Bewährung wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Verletzung der Bannmeile", alsbald wurde er amnestiert.
"Sieg im Volkskrieg", "Klassenkampf im eigenen Land", skandierten die Demonstranten, Steine flogen, Barrikaden brannten, Autos gingen in Flammen auf. "Mein Gott", stöhnt Fischer heute noch, "was bin ich da verdroschen worden."
Der "kurzsichtige Joschka", weiß Mitkämpfer Koenigs, "war immer von seiner dicken Hornbrille behindert. Flog die weg, stand er im Dunkeln". Die Genossen rieten zu Kontaktlinsen, die Fischer seither trägt.
Mit rund hundert Aktivisten vom "Revolutionären Kampf" heuerte Joschka 1971 bei Opel in Rüsselsheim an. Doch bevor auch nur ein Arbeiter aufgewiegelt werden konnte, saß der Werktätige Fischer bereits wieder auf der Straße. Bei einer Betriebsversammlung hatte er zum Streik aufgerufen, Grund zur fristlosen Entlassung.
Arbeit gab es auf der Straße reichlich. Der drahtige Sponti organisierte Hausbesetzungen im Frankfurter Westend, lieferte sich "Schlachten mit den Bullen". Er trainierte die "Putz-Truppen" im Kampf Mann gegen Mann: "Von uns", berichtet er stolz, "ist nie einer geschnappt worden." Damals schon kannte er "keine Berührungsängste" mit den in der Stadt regierenden Sozialdemokraten: "Wir haben wegen der besetzten Häuser mit der SPD verhandelt und gleichzeitig zugehauen."
Den menschenvernichtenden Terror der Baader/Meinhof-Gruppe identifizierte Fischer allerdings sehr früh als "Irrweg" (Koenigs). Die gesellschaftliche Veränderung herbeizubomben war seine Sache nicht. Der Straßenkämpfer über den Rote-Armee-Fraktions-Führer Andreas Baader: "Ich fand ihn zum Kotzen."
Bei seiner ersten großen Rede nach dem Tod von Ulrike Meinhof rief er auf dem Frankfurter Römerberg im Juni 1976 zum "Bruch mit dem bewaffneten Kampf" auf - kurz nachdem zwei RAF-Bomben im Frankfurter US-Hauptquartier explodiert waren. Fischer damals: "Wir können der Stadtguerilla nicht folgen. RAF-Aktionen bedeuten den Verzicht auf Leben, den Kampf bis zum Tod und damit die Selbstvernichtung."
Der Aufruf des Oberspontis ("Genossen, schmeißt die Bomben weg und nehmt wieder die Steine") markierte so etwas wie den Anfang vom Ende des RAF-Terrors. "Joschka", sagt Koenigs, "hat die Szene von der RAF getrennt."
Als RAF-Terroristen 1977 Generalbundesanwalt Siegfried Buback, Bankchef Jürgen Ponto und Arbeitgeber-Präsident Hanns Martin Schleyer ermordeten, war für den Sponti aus der Frankfurter Subkultur die Frage des bewaffneten Kampfes endgültig beantwortet: "Alles Wahnsinn." Der "Illusionsverlust" (Fischer) von damals, im deutschen Herbst 1977, die vorübergehende Ratlosigkeit der außerparlamentarischen Bewegung, liefert heute die Erklärung, warum Fischer früh eine "Politik der kleinen Schritte" propagierte, warum er schließlich zum profiliertesten Streiter für eine grüne Realpolitik wurde.
"Das ganze Spiel mit der Gewalt war aus", die Alternativen zogen aufs Land, siedelten auf Bauernhöfen, drifteten ab in Sekten. Joschka Fischer fuhr Taxi, kutschierte als "lonesome hero der Großstadt" nachts "fette Bankdirektoren und andere schräge Gestalten" ins Frankfurter Bahnhofsviertel, das hat ihm "ungeheuer Spaß gemacht". Vier Spontis, darunter auch Bankiersohn Tom Koenigs, der seine Millionenerbschaft dem Vietcong vermacht hatte, wohnten gemeinsam in einer Taxi-Kommune.

An einen Fahrgast "in den nächtlichen Schluchten der kaputten Steinwüste Frankfurt" erinnert sich Fischer besonders gut, den SPD-Bundestagsabgeordneten Karsten D. Voigt. Ihn, den alten Kontrahenten aus Apo-Zeiten, chauffierte er "als bezahlter Voyeur" oft durchs Milieu, etwa in den linken Club Voltaire. Der geizige Ex-Jusochef "gab fünfzig Pfennig Trinkgeld", so Fischer, "und wünschte knapp "Frohes Nachtschaffen". "Vor drei Jahren freilich prophezeite Fischer dem verblüfften Genossen: "Wirst sehn, ich werd' Minister."

Der bildungshungrige Metzgersohn las "ungemein viel und gern", verschlang Alexander Solschenizyn, Andre Glucksmann und "die großen Biographien". Und doch blieb der revolutionäre Kämpe "ratlos, was denn politisch werden sollte".

Dem Ratlosen zu Hilfe kam Walter Wallmann (CDU), der im März 1977 in Frankfurt die Macht übernahm. Während sich viele Linksradikale "hin zur Innerlichkeit wendeten", formulierte Fischer in einem Aufsatz für das Alternativblatt "Pflasterstrand" den für einen Revoluzzer revolutionären Satz: "Vielleicht ist unsere Ablehnung des Parlaments falsch, vielleicht ist es unser Linksradikalismus, der sich irrt."

Ausgerechnet einer der härtesten Streetfighter war einer der ersten, die sich der neu entstehenden sanften grünen Bewegung anschlossen, "für viele ein Schock". Dort sah Fischer plötzlich eine "realpolitische Möglichkeit", aus dem "fortschrittsgläubigen Marxisten und Sponti" wurde ein Grüner.

Fischer brach mit den Spontis ("die waren am Ende"). Nach dem grünen Wahlerfolg bei den hessischen Kommunalwahlen 1981, als im Römer fundamentaloppositionelle Grüne das Sagen hatten, dirigierte Fischer im grünen Kreisverband bald die Fraktion der Realpolitiker: "Wir können nicht lediglich im Parlament predigen, daß es fünf vor zwölf ist, und uns weigern, Verantwortung zu übernehmen."

Die Fundis, die ihn als "Ober-Macker" beschimpften, stachelten seinen Ehrgeiz an. Joschka erkämpfte sich vor der Bundestagswahl 1983 Platz drei der Landesliste, und am Morgen nach der Wahl, sagt er, "bin ich als Abgeordneter aufgewacht". Fischer: "Mein neuer Einstieg in die Wirklichkeit."

Schon nach wenigen Wochen beherrschte Fischer das Bonner Instrumentarium virtuos. Von Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble, damals noch Fraktionsgeschäftsführer der CDU/CSU, lernte der Grüne den trickreichen Umgang mit der Geschäftsordnung des Bundestages. "Der Schäuble ist doch einer der wenigen aufgeräumten Köpfe in dem pfälzischen Tohuwabohu", lobt Fischer den pfiffigen Badener, "er war mein Lehrmeister."

Schüler Fischer avancierte schnell zum ebenbürtigen Schlitzohr, ergatterte Redezeiten für Grüne auch dann, wenn zunächst gar keine vorgesehen waren. Den Bundestag nannte er "eine unglaubliche Alkoholikerversammlung, die teilweise ganz ordinär nach Schnaps stinkt". Mit Zwischenrufen pöbelte er sich in die direkte Nachfolge des Sozialdemokraten Herbert Wehner.

Weil Bundestagsvizepräsident Richard Stücklen ihn wegen unbotmäßiger Sticheleien - im Plenum kamen Flick und die Käuflichkeit der Republik zur Sprache - nervös des Saales verwies, verabschiedete sich der Alternative mit dem Satz: "Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch" - und viele Abgeordnete versicherten ihm hinterher, in der Form habe er zwar daneben, inhaltlich aber durchaus richtig gelegen. Später entschuldigte er sich artig, er habe den Ausdruck in "tiefster emotionaler Erregung" gebraucht.

Glanzlichter setzte Fischer im Bundestag auch als Redner. Seinen Debattenbeitrag zu Wörners Kießling-Affäre, in der er Kohls geistig-moralische Erneuerung als "pfälzisches Gesamtkunstwerk" verspottete, "welches in barocker Opulenz so langsam versumpft", zählt Fischer noch heute zu seinen Sternstunden im Parlament - "Politik als real existierende Satire".

Als Heiner Geißler den Pazifismus der 30er Jahre als Ursache der Nazi-Greuel von Auschwitz denunzierte, schlug Fischer mit geschliffener Rhetorik zurück. Nach dem Tod des Türken Al-

tun, der, um der Abschiebehaft zu entgehen, in den Tod gesprungen war, machte Fischer sich zum Anwalt des Asylrechts. Heinrich Böll nannte die beiden Debattenbeiträge "die besten Reden, die seit Jahren im Bundestag gehalten wurden".
"Als Symbol", so Fischers Marburger Realo-Gefährte Hubert Kleinert, "war er für uns in Bonn ungeheuer wichtig: Einerseits vertrat er, unrasiert und in Jeans, die Lebenshaltung einer großen Gruppe, die bislang in Bonn politisch nicht vertreten war. Andererseits hat er mit seinen Reden das Parlament wiederbelebt, wurde er zur Symbolfigur für linksliberale Intellektuelle."
Schneller als andere Grüne hat sich Fischer in Bonn den Gepflogenheiten der Politiker angepaßt, entwickelte er sich zum Lieblingskind der Medien. Aber er hat ebenso hartnäckig an dem Image gearbeitet, kein Angepaßter zu sein. Die Unions-Abgeordneten bestätigten es ihm mit Zwischenrufen wie "Nadelstreifenrocker", "Lümmel" und "widerlicher Schreihals".
Bisweilen sah man Fischer, Vater von zwei Kindern, mit der Nuckelflasche durch das Regierungsviertel und die Lobby des Bundestages laufen. Das waren die Tage, an denen er auf Tochter Lara, 2, und Sohn David, 7, aufpassen mußte, weil Inge, die Mutter seiner Kinder, in Ferien gefahren war.
"Wenn sich der Präsident darüber beschwert", verkündete er, "werde ich ihm sagen: Bezahlen Sie mir ein Kindermädchen, dann muß ich sie nicht mit mir rumschleppen." Joschka mit dem Schnuller - der Politprofi wußte, daß auch dies in der von einem Feminat geführten Fraktion seinem Image dient.
Von Edeltraud, der Gattin von Gretna Green, war der "Softi" (Fischer über Fischer) nach 17 Jahren Ehe geschieden worden. Auch die zweite Frau Inge lebt inzwischen von ihm getrennt - wegen Claudia, 21, einer blonden, langmähnigen Szenegefährtin, die ihn nach Hessen begleiten wird.
Nichts hat Fischer so zu schaffen gemacht wie die Entscheidung seiner Basis, daß er rotieren müsse. Da merkte er, wie stark er schon am Bonner Tropf hing, wie sehr er auf die Politik angewiesen war. Nach der Rotation fühlte er sich "erst mal in einem tiefen Loch". Alle, die mit ihm wegrotierten, empfanden wie er: "Wir liefen da plötzlich rum wie bestellt und nicht abgeholt."
Auch deshalb ist Fischer froh, von Bonn nach Wiesbaden wechseln zu können. Diesen "50er-Jahre-Stil" der Bundeshauptstadt, "diese Nick-Knatterton-Atmosphäre", kam ihm "irgendwie unwirklich" vor. In Wiesbaden, hofft der designierte Minister, "ist die politische Macht näher am Menschen", und außerdem reizen ihn Jobs, "wo man was Neues unter die Pfoten bekommt".
Als er zum ersten Mal mit den grünen Minister-Plänen konfrontiert wurde, reagierte der Ex-Straßenkämpfer sauer: "Ihr habt se nicht alle." Er habe sich, sagt er, jedenfalls "nicht nach dem Posten gedrängt" - auch hier ganz Realpolitiker.
Sein Freund und Mitstreiter Cohn-Bendit sieht die Sache wohl aufrichtiger: "Früher wollte er wissen, was packt er alles auf der Straße, heute will er wissen, ob er die politisch-intellektuelle Herausforderung packt." Das Ministeramt sei für ihn "eine neue Form von Abenteuer".
Das fängt schon bei den äußeren Insignien der Macht an. Der Sponti steigt von seinem alten Diesel auf eine Staatskarosse um. Besonders reizt ihn am Dienstwagen ("Ohne den bist du in Hessen aufgeschmissen"), Mercedes 280 oder Opel Senator, das Autotelephon: "Das braucht man. Man muß doch für die Basis immer erreichbar sein."
Modisch wird er der Basis womöglich entrücken, von einer China-Reise hat er sich Seidenkrawatten als Souvenirs mitgebracht. Wenn ihn das Protokoll zum Binder zwingt, will er sich aus diesem Fundus bedienen: "Dann schlage ich zurück - mit echt chinesischer Seide, aber unglaublich geschmacklos."

Keinen Kompromiß will der alternative Aufsteiger bei der Wahl seines Dienstsitzes eingehen. Das Ansinnen, in einen Jugendstil-Altbau zu ziehen und seine 200 Beamten über die ganze Stadt verstreut unterzubringen, lehnt er ab: "Ich zieh" doch in keine Villa."
Schwieriger als die Suche nach dem Standort des Minister-Schreibtisches wird sich Fischers Vorhaben gestalten, von Wiesbaden aus Öko-Politik zu machen. Der Grüne steckt in einem Dilemma, über das sich der Bonner Umweltminister Friedrich Zimmermann (CSU) schon lustig macht: "Wenn der sich so verhält, wie seine Basis erwartet, wird er erhebliche rechtliche Probleme kriegen, auch mit dem Bund. Wenn er das nicht macht, kriegt er Schwierigkeiten mit der Basis."
Kanzleramtsminister Schäuble setzte noch eins drauf. "Der Joschka Fischer", spottete er, "kann jetzt in Hessen Kläranlagen bauen. Er muß nur jemanden finden, der ihm das Geld dafür druckt."
Fischers Konter: "Bei meinen bekannt guten Beziehungen zur Unterwelt wird es doch wohl nicht so schwer sein, eine Druckerei zu finden."
Zwar hat sich der Grüne vorgenommen, "mit Fleiß" Akten zu studieren, weil er weiß, daß sein Ministeramt "eine schwierige Sache wird, wo man Einzelkämpfer-Qualitäten braucht und das Risiko zu scheitern groß ist".
Doch das älteste Umweltministerium der Republik hat seit 1970 fünf SPD-Minister verschlissen, darunter zwei, die wegen Schlampereien in der eigenen Verwaltung vorzeitig gehen mußten. Sechs Abteilungen sollen für den Schutz der Umwelt sorgen. Die wichtigsten Aufgaben übernehmen profilierte Grüne und bewährte Verwaltungsexperten:
- Karl Kerschgens, 46, Landtagsabgeordneter und ehemaliger Priester, der die Tolerierungsverhandlungen mit der SPD erst in Gang gebracht, dann abgebrochen und nun die Koalition mit herbeigeführt hat, wird Staatssekretär, weil er "die Zusammenhänge kennt" (Fischer),
- Klaus Thomsen, 47, Nicht-Grüner und Wunschkandidat Fischers, soll als Leiter der "Zentralabteilung" die politische Arbeit des Umweltministeriums koordinieren. Der Ministerialdirektor a.D., bis zur Bonner Wende kreativer Planungschef des FDP-Innenministers Gerhart Baum, war von CSU-Innenminister Zimmermann unverzüglich entlassen worden.
- Wolfgang Ehmke, 39, promovierter Agrarbiologe und Öko-Experte der grünen Bundestagsfraktion, der die "Grundsatzarbeit" übernimmt, bringt als Referatsleiter der Landesanstalt für Umweltschutz in Baden-Württemberg langjährige Verwaltungserfahrung mit und wird nach eigener Einschätzung mit dem Beamtenapparat "keine Schwierigkeiten bekommen".
Ehmke, der den Bundestag zur Auseinandersetzung um das Kohlekraftwerk Buschhaus zwang, soll die technischwissenschaftlichen Grundlagen für Fischers "neue Chemie-Politik" entwickeln, die dann von fünf Fachabteilungen umgesetzt werden soll. Jede einzelne verwaltet genügend politischen Sprengstoff für ein rasches Karriere-Ende.
Die Abteilung "Wasserwirtschaft" etwa muß sich "in den Clinch, den kalten Krieg" (Amtsvorgänger Willi Görlach), mit dem Chemie-Multi Hoechst AG begeben, dem größten privaten Arbeitgeber und Steuerzahler des Landes. Hoechst hat in den vergangenen Jahren in Hessen zwar über eine Milliarde Mark in neue Umwelttechniken investiert, gilt aber immer noch als größter Wasserverschmutzer am Untermain.
Zu den Gepflogenheiten der Chemie-Manager gehörte es bislang, wie Ex-Umweltminister Karl Schneider klagt, Auflagen "zu verzögern" und Vorgänge zwischen Firma und Landesverwaltung "zu verschleppen". Gegen Anordnungen des Regierungspräsidiums legte Hoechst, wie sich aus Akten ergibt, "Widerspruch mit neuen Wünschen" ein. Behördenanfragen beantwortete die "Hoechst AG mit dem Versuch, die Fragen zu entpräzisieren"; typisch auch die "Weigerung" des Unternehmens, Auflagen zu erfüllen oder Informationen herauszugeben.
Ähnlich brisant ist das Konfliktpotential in Fischers künftiger Abteilung "Luftreinhaltung und Immissionsschutz" - mit dem Unterschied allerdings, daß die Grenzwerte der Luftbelastung

stärker als beim Wasser vom Bundesgesetzgeber vorgezeichnet sind. Da freut sich Fischer schon auf sein Rederecht im Bundestag: "Mal sehen, wie der Zimmermann von der anderen Seite aussieht."
Die Abteilung "Energie" wurde gestutzt. Aufsicht und Genehmigung für die Nuklearindustrie verbleiben beim SPD-Wirtschaftsminister, die Preisaufsicht über die Großkonzerne der Energieversorgung ebenfalls.
Der grüne Minister entscheidet lediglich über Energiesparprogramme, und in der Abteilung "Naturschutz" bekommt er allenfalls Ärger mit der eigenen Klientel, weil alles nicht schnell genug geht.
Dafür droht ihm mit der Abteilung "Abfallwirtschaft" ein Desaster. Denn außer der Untertagedeponie im osthessischen Herfa-Neurode, zugelassen für kleine Mengen extrem giftiger Stoffe, verfügt Hessen derzeit über keine Sondermülldeponie, muß aber den Giftmüll der Hoechst AG - bis zu 70.000 Tonnen jährlich - loswerden.
Auf der Sondermüllkippe Schönberg in der DDR darf künftig kein Hessen-Dreck mehr landen, weil die grüne Mitgliederversammlung das so beschlossen hat. Und im hessischen Mainhausen, wo eine Sondermülldeponie im Bau ist, haben sich die örtlichen Grünen sogar mit der CDU zusammengetan, um die Giftkippe zu verhindern.
Zu den Hindernissen aus den eigenen Reihen kommen jene Tricks des SPD-Koalitionspartners, die dem Alternativen schon jetzt die Arbeit erschweren. Zwar hat Landwirtschaftsminister Willi Görlach die 70 Beamten der Wasser- und Naturschutzabteilungen an das Fischer-Ministerium abgeben müssen, nun aber blockt er ab: "Wir kämpfen jetzt um jeden Mann." Görlach will überdies das Showtalent Fischer erst gar nicht zur Entfaltung kommen lassen. "Ich habe den Ärger mit den Bauern, und Joschka macht die große Show mit dem Naturschutz. Dann gibt es Ärger."
Auch der bisherige Sozial- und Umweltminister Armin Clauss, der seine Umweltabteilung den Grünen überlassen muß, versteckt noch einige Stellen in seinem Ministerium und will höchstens noch "einen Drucker und einen Fahrer" zu Fischer schicken.
Mit dem Trio Thomsen, Kerschgens und Ehmke will Fischer "knallharte Umweltpolitik" durchsetzen. Doch jenen Joseph "Bartholomäus" Fischer, den sich Spötter in der "Süddeutschen Zeitung" schon ausmalten, wie er nächstens, "den Dolch im Kittelhemd und die Augen grün unterlaufen", Hessens Unternehmer über die Landesgrenze treibt, den wird es nicht geben.
Als "Anwalt der Umwelt", so Fischer staatsmännisch, werde er sich "nicht mit Anordnungen oder Weisungen durchsetzen, sondern überzeugen" und dabei "auch mit der Wirtschaft so viel wie möglich im Konsens erreichen".
Längst haben sich Fischer und seine Mitstreiter auf eine moderate Gangart im neuen Amt verständigt. "Wir werden nicht auf den Putz hauen", beschwichtigt Grünen-Sprecher Georg Dick. "Alles", sagt Fischer, "geht nach Recht und Gesetz" - was SPD-Wirtschaftsminister Ulrich Steger zu dem Vergleich veranlaßte, gegen Fischer erschienen "selbst Jusos revolutionär".
Doch ein Minister, der sich streng an die Umweltgesetze hält - genau das scheinen die hessischen Industriemanager zu fürchten.
Friedrich Karl Janert, Geschäftsführer des hessischen Chemie-Arbeitgeberverbandes: "Wenn Fischer das Umweltschutzrecht auf Punkt und Komma ausschlachtet, wird es eine Qual."<<

12.11.1985

BRD: Bundespräsident Richard von Weizsäcker erklärt am 12. November 1985 während seiner Rede zum 30jährigen Bestehen der Bundeswehr (x073/260): >>... Entspannung heißt gewiß nicht, die eigene Verteidigungsfähigkeit preiszugeben. Wer sich in ein Lamm verwandelt, ruft Wölfe auf den Plan. Der Rechtsstaat ist ein zivilisierter Staat, der kein Faustrecht zuläßt, sondern den Frieden des Bürgers im Innern schützt. Er würde seine eigenen Grundsätze verra-

ten, wollte er nach außen dem Recht des Stärkeren weichen.
Wer einseitige Abrüstung verlangt verwechselt den Entscheidungsspielraum des einzelnen mit dem der gewählten politischen Führung. Der einzelne kann den Dienst mit der Waffe verweigern, wenn sein Gewissen es ihm vorschreibt. Wer aber für das Gemeinwesen im Ganzen politisch verantwortlich ist, darf den Bürgern den Schutz nicht verweigern. Er darf den Frieden nicht um jeden Preis suchen, sonst verwandelt sich Frieden in Unterwerfung. Er muß sich die Fähigkeit zur Verteidigung erhalten.<<

BRD: Aufgrund der von den Ausgleichsämtern erteilten Bescheide werden bis 1985 folgende Vermögensverluste der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen ermittelt, die man im Rahmen der völkerrechtswidrigen Verfolgungs- und Vertreibungsmaßnahmen in Ost-Mitteleuropa überall entschädigungslos enteignet hat (x088/21-22):

Die Vermögensverluste der vertriebenen Ost- und Volksdeutschen

Festgestellte Vermögensverluste der Vertriebenen	**RM (Mio.)**
1.711.000 land- und forstwirtschaftliche Vermögen	10.367
1.331.000 Grundvermögen	7.123
749.000 Betriebsvermögen	7.716
Festgestellte Verluste an Sachvermögen (zum Einheitswert)	**25.206**
4.191.000 Spareinlagen und andere geldwerte Ansprüche	14.064
87.000 Anteile an Kapitalgesellschaften oder von Geschäftsguthaben (zum Vermögensteuerwert)	1.397
4.380.000 Hausratverluste (zum gemeinen Wert)	13.140
Festgestellte Verluste an Geldvermögen und Hausrat	**28.601**

Diese festgestellten Vermögensverluste entsprachen natürlich nicht den tatsächlichen Schäden, denn die steuerlichen Werte lagen erheblich unter den eigentlichen Verkehrs- oder Marktwerten. Ferner erhielten etwa 4 Millionen Vertriebene, die in den Nachkriegsjahren in die DDR "umgesiedelt" wurden oder in Österreich blieben, keinen Lastenausgleich.
Die Vermögensverluste der Vertriebenen in der Land- und Forstwirtschaft entsprachen rund 40 % des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, die gesamten Vermögensverluste rund 25 % des gesamten Volksvermögens der Vorkriegszeit im Bundesgebiet (x088/22).
Nach internationalen Berechnungen, die im Jahre 1974 erstellt wurden, erlitten die Vertriebenen aus den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas einen **Gesamtvermögensschaden von 654,9 Milliarden DM** (x063/618).
Aufgrund der bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges geltenden Haager Landkriegsordnung hatte privates Eigentum während des Landkrieges unberührt zu bleiben. Das Verbot galt auch noch nach der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945, da mit der Einstellung der Feindseligkeiten nicht der Kriegszustand im rechtstechnischen Sinne beendet war (x151/-24).
Das von den Ost- und Volksdeutschen zurückgelassene Eigentum befindet sich gemäß Völkerrecht weiterhin im Eigentum der zwangsweise Enteigneten, denn Staaten haften für das Handeln ihrer Organe und haben den verschuldeten Schaden wiedergutzumachen. Das enteignete Eigentum ist grundsätzlich zurückzugeben. Falls dies nicht möglich ist, muß ein Ausgleich geleistet werden (x151/41).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Vermögensverluste der Vertriebenen in den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas (x268/213-214): >>So unvorstellbar groß die Reparationen im Osten und Westen auch waren, sie sind doch nichts gegenüber dem gigantischen Raubzug, der mit Völkervertreibung und Völkermord in Ostdeutschland und Osteuropa einherging.

18 Millionen einheimische plus 2 Millionen während des Kriegs zugezogene Deutsche wurden gänzlich enteignet. Dieser Personenkreis entspricht der seinerzeitigen Bevölkerungszahl der Republiken Finnland, Irland und Island sowie der Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen zusammengenommen.
Was Generationen in 600 oder gar 800 Jahren fleißiger Arbeit den Urwäldern abgerungen und aufgebaut hatten, wurde mit einem Federstrich enteignet: Häuser und blühende Industrien, Schlösser und Kirchen, Felder und Wälder, Straßen und Bodenschätze, Valuten und Devisen, gewerbliche Urheberrechte (wie zum Beispiel das Rezept des Karlsbader Becherbitters) etc. Dieser Billionenraub ist in der Geschichte Europas ohne Beispiel. ...
Wie zum Hohn für die überlebenden Ostdeutschen werden – von der breiten Öffentlichkeit kaum beachtet – immer wieder wertvolle Kulturgüter an die Vertreiberstaaten übergeben ...
Ermuntert durch solche Spendierlaunen verlangt Polen unter dem Stichwort "Lokalisierung" weitere Kulturgüter, die den ostdeutschen Vertreibungsgebieten entstanden sind, zum Beispiel Urkunden des Deutschen Rittordens. ...<<
Die schlesische Vertriebene Bärbel Koppetz berichtet im Jahre 1985 im ZDF-Film "Das deutsche Nachkriegswunder – Leid und Leistung der Vertriebenen" (x024/7-8): >>Als ich jung war, habe ich die ganzen Erlebnisse verdrängt. Erstens mal, weil ich jung war, und dann waren die Kinder. – Aber jetzt, seit ich älter geworden bin, denke ich doch oft darüber nach, vor allen Dingen auch, seit viel in den Medien zum vierzigsten Jahrestag berichtet wird und dabei stelle ich immer wieder fest, daß heute von "Aufrechnen" oder "Revanchismus" gesprochen wird, aber ich finde das völlig verkehrt.
Von Aufrechnung ist überhaupt nicht die Rede, denn es läßt sich nicht leugnen, daß Deutsche sehr viel Schuld auf sich geladen haben. Man muß aber auch von der Schuld an Deutschen reden. Das sind beides historische Tatsachen, und man kann nicht das eine erwähnen und das andere verschweigen.
Das bringt auf Dauer nichts.
Es ist ja auch in der Politik ähnlich. Man hat versucht, diese Realität der Vertreibung irgendwo zu verschweigen oder nicht darüber zu sprechen, weil es politisch opportun war, weil man sich mit dem Osten aussöhnen wollte. Mein Mann und ich, der ebenso Vertriebener ist wie ich, wir waren damals, als die Aussöhnung mit dem Osten begann, eigentlich auch der gleichen Meinung: Man muß da eine Aussöhnung herbeiführen.
Aber man kann nicht immer nur die Deutschen als Verbrecher hinstellen und von der Schuld der anderen nicht sprechen, denn es gibt in jedem Volk Gute und Böse, so war es schon, seit der Mensch besteht.
Und darum finde ich es ganz wichtig, daß man auch über die Wahrheit der Vertreibung an Deutschen spricht – auch wenn es vielen nicht paßt. ...<<
Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt im Jahre 1985 in seinem Buch "Kleine Geschichte der deutschen Nation" (x287/196-197): >>... Was heißt Deutschland heute?
Wenn man die deutsche Nation als Sprach- und Kultureinheit definiert, so gehört dazu im engeren Sinne die Bevölkerung der Bundesrepublik, Berlins und der Deutschen Demokratischen Republik; denn "die Elbe ist Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze" (Günter Gaus). Auch die Deutschen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, soweit sie noch in Ostdeutschland leben, gehören zur deutschen Sprachgemeinschaft.
Ohne zu Deutschland zu gehören, bezeichnen sich die Südtiroler als Deutsche, während die Bevölkerung Österreichs und der Deutschschweiz sich heute nicht mehr als deutsch bezeichnet, sondern sich als Volk eines jeweils eigenständigen Staates mit dem neuartigen Begriff als deutschsprachig bezeichnet. Doch droht sich die Deutschschweiz vom übrigen deutschen Sprachraum dadurch abzukoppeln, daß sich die mundartliche Umgangssprache durchsetzt, so daß am Ende nur noch wie im Elsaß – das neben Liechtenstein und Luxemburg auch noch im

weitesten Sinne zur deutschen Kulturnation zu rechnen wäre – die alemannische Mundart zur Verständigung im täglichen Umgang übrigbleibt.
Zu den weiteren vierzehn Millionen Auslandsdeutschen zählen die Deutschen im östlichen Mittel- und Osteuropa sowie die deutschstämmigen im nichteuropäischen Ausland. ...<<

USA: Ein US-Politiker berichtet im Jahre 1985 über die Arbeit der Vereinten Nationen (x067/165): >>... Teuer, nutzlos, schwatzhaft, antiwestlich, antisemitisch, unrealistisch, handlungsunfähig – jeder Vorwurf stimmt und wird mit jeder Vollversammlung berechtigter, die nach großen Reden ergebnislos auseinandergeht. ...<<

1986

> Die Dummheit ist etwas Unumstößliches. Nichts geht gegen sie an, ohne an ihr zu zerschellen. Sie ist von der Natur des Granits, hart und widerstandsfähig.
> *Gustave Flaubert (1821-1880, französischer Schriftsteller)*

01.01.1986

Belgien: Nach dem Beitritt Spaniens und Portugals umfaßt die EG am 1. Januar 1986 zwölf Mitglieder.

Januar 1986

BRD: Die neue Zeitung "Akzent" berichtet im Januar 1986 über eine Gespräch mit dem BdV-Präsident Herbert Czaja (x024/316-318): >>... Frage: Kann man heute von "Vertriebenen" überhaupt noch sprechen? Empfinden sich die hier seit 40 Jahren lebenden Ostdeutschen noch als solche?
Czaja: Ja. Das umfassende Unrecht der Massenvertreibung und deren Folgen sind nicht aufgearbeitet, eine friedensvertragliche Regelung über die Gebiete und die personellen Rechte der vertriebenen Deutschen steht aus. Der geistige Vertreibungsdruck gegen die in der angestammten Heimat lebenden Deutschen dauert an. Ebenso der Strom der Aussiedler.
Frage: Sind die Vertriebenverbände nicht "absterbende Organisationen", weil die hier geborenen und aufgewachsenen Kinder und Enkel der Heimatvertriebenen Bayern, das Rheinland und Hamburg, nicht aber Schlesien oder Ostpreußen als ihre Heimat empfinden und mit der Heimat ihrer Eltern und Großeltern "nichts mehr am Hut haben"?
Czaja: Immer mehr Nachkommen fragen auch nach dem Woher und Wohin der Eltern; auch westdeutsche junge Menschen beginnen sich für die Vertriebenen zu interessieren. Die nationale Frage ist wieder lebendig. ...
Frage: Immer wieder hört man: "Von denen will ja sowieso keiner zurück! Ist das so? Und ist es dann nicht sinnlos, am Recht auf die ostdeutsche Heimat festzuhalten?
Czaja: In die Unterdrückung und Unfreiheit will niemand zurück. ... Die Bäume der Diktatur sind noch nie auf Dauer in den Himmel gewachsen.
Frage: 40 Jahre nach Kriegsende, 40 Jahre Vertreibung – ist es nicht Zeit, das "Geschehene geschehen sein zu lassen", von Heimat und Vertreibung nicht mehr zu reden und den "Verlust des Ostens endlich zu akzeptieren?"
Czaja: Gravierendes Unrecht erledigt sich nicht durch Zeitablauf. Im Gegenteil: Unerledigte geschichtliche Gegensätze schaffen neues Leid. Wir brauchen die enge Zusammenarbeit im Alltag mit den Nachbarn. Damit wird man einmal die Trennung und alte Untaten aufarbeiten müssen. ...
Frage: Ist der Verlust Ostdeutschlands nicht eine "gerechte Strafe für die nationalsozialistischen Verbrechen", die die Deutschen verdient und darum hinzunehmen haben?
Czaja: Nein, so einen Strafprozeß gibt es im Völkerrecht nicht. Die Deutschen und andere Völker tragen die Verantwortung für falsche Regierungsentscheidungen und deren Aufarbeitung. Dafür kann man aber nicht als "Strafe" ein Sonderopfer nur einem Teil des Volkes aufbürden.

Oft könnte man diejenigen, die so viel nach gerechter Aufarbeitung auf Kosten anderer rufen, bitten, selbst zu prüfen, ob sie nicht Anlaß haben, dafür einen größeren persönlichen Beitrag selbst zu leisten. Wenn die Deutschen acht Jahrhunderte der Mitgestaltung ihrer Heimatgemeinden ersatzlos preisgeben, schaden sie auch den Nachbarn; es wäre ein Versagen der Deutschen, nicht eine "Strafe". ...<<

17.02.1986

Luxemburg: Die Außenminister der zwölf Mitgliedstaaten verhandeln am 17.-18. und 28. Februar 1986 in Luxemburg über eine Einheitliche Europäische Akte (Hauptziel: Schaffung eines europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992). Diese Einheitliche Akte tritt am 1.7.1987 in Kraft.

27.02.1986

UdSSR: In Moskau wird Erich Honecker am 27. Februar 1986 von dem neuen KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow empfangen. Gorbatschow gilt damals als radikaler Reformpolitiker.

28.02.1986

Schweden: Der schwedische sozialdemokratische Ministerpräsident Olof Palme (1927-1986) wird am 28. Februar 1986 in Stockholm ermordet.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet (später im Oktober 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/54-55): >>**Roter Schnee**

_ *von Sven Reuth*

Stockholm, 28. Februar 1986: Auf dem Heimweg von einem Kinobesuch wird der schwedische Ministerpräsident Olof Palme erschossen. Geht der bis heute ungeklärte Mord auf das Konto einer berüchtigten Geheimarmee?

In den Augen vieler Linker ist Schweden seit den 1970er Jahren ein Musterland der westlichen Welt: Mit dem sogenannten Nordischen Modell setzt man auf den Ausbau des Sozialstaates, die Gleichstellung der Geschlechter im Berufsleben und ein flächendeckendes Angebot an Kindertagesstätten. Personifiziert wird dieser Wandel durch den Sozialdemokraten Olof Palme, der als Freund der Dritten Welt und Abrüstungspolitiker gilt, und der im Jahr 1969 im Alter von nur 42 Jahren zum ersten Mal Ministerpräsident wird. Unter der gesellschaftlichen Oberfläche ist das Land freilich tief gespalten.

Vielen Bürgern erscheinen die Schattenseiten mit der Zeit immer offenkundiger: Die Staatsverschuldung steigt enorm an - und in den Großstädten entstehen wegen der laxen Zuwanderungspolitik die ersten geschlossenen Migrantenghettos.

Palme plante ein atomwaffenfreies Skandinavien.

Hinzu kommt, daß Palme kein Mediator ist, sondern jemand, der Meinungsgegner mit schneidender Arroganz heruntermacht. Die Zerwürfnisse, die er durch seine konfrontative Art verursacht, reichen bis in sein engstes Umfeld. Sein eigener Bruder Claes nimmt 1983 an Massenprotesten gegen die Regierung teil, und es scheint dem Ministerpräsidenten nichts auszumachen, daß die Menge dabei "Palme, Feigling!" skandiert, weil er nicht vor das Parlament treten und mit den Demonstranten reden will. Bald macht das Wort vom "palmehat", dem "Palmehaß", die Runde.

Trotz seiner menschlichen Schwächen ist der schwedische Premier einer der profiliertesten Friedenspolitiker seiner Zeit. Wie kaum ein anderer bemüht er sich, die starren Fronten des Kalten Krieges zu unterlaufen. Gemeinsam mit dem SPD-Außenpolitiker Egon Bahr verfolgt er den Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und will eine solche gemeinsam mit seinen skandinavischen Kollegen auch in den nördlichen Ländern schaffen. Einzelne Politiker des NATO-Blocks werfen Palme vor, zu passiv auf eine mutmaßliche Verletzung der schwedischen Seegrenzen durch sowjetische Atom-U-Boote zu reagieren - brandgefährliche Spekulationen für ein Land, das im Kalten Krieg darauf angewiesen ist, seinen Ruf als neutraler

Makler zwischen den Blöcken nicht aufs Spiel zu setzen.

Geheimarmee am Nordkap

Viele der hochtrabenden Pläne des Politikers sterben mit seinem gewaltsamen Tod in jener eiskalten Februarnacht, als er mit seiner Frau Lisbet ohne Polizeischutz unterwegs ist und am Sveavägen, einer Hauptstraße im Stadtzentrum, auf seinen Mörder trifft, der nach der Tat unerkannt entkommen kann. In den Wochen nach dem Verbrechen reiben sich viele Schweden verwundert die Augen über den geradezu slapstickartigen Dilettantismus, mit dem die Ermittlungen geführt werden.

Befand man sich wirklich noch in einem der am besten verwalteten Länder der Welt oder in einer Bananenrepublik? Nicht einmal an Kontrollen abgehender Züge und Straßensperren zur Ergreifung des Täters hatte man gedacht. Noch merkwürdiger wird es, als herauskommt, daß der damalige Stockholmer Polizeichef und Leiter des Inlandsgeheimdienstes SÄPO, Hans Holmer, falsche Angaben über seinen Aufenthaltsort während des Mordes gemacht hat. In dem Hotel, in dem er gewesen sein will, hat ihn niemand gesehen - und auffällig ist auch, daß sich Holmer als Leiter der Mordkommission auf eine Spur in Richtung der kurdischen PKK versteift, die von Anfang an als nur wenig plausibel erscheint.

Ein NATO-Dokument legt die Verstrickung der CIA-Killertruppe Pegasus nahe.

Bis heute gibt es Stimmen, die sein Agieren nicht für Zufall, sondern für bewußte Sabotage der Ermittlungsarbeiten halten. Klar ist jedenfalls, daß damals Einheiten einer CIA- und NATO-geführten Stay-behind-Truppe auch in Schweden agieren, obwohl das Land dem Nordatlantikpakt nie angehörte. Der frühere CIA-Direktor William Colby berichtet in seinen Memoiren Honorable Men - My Life in the CIA sogar über den unter seiner Mitwirkung durchgeführten Aufbau einer Schattenarmee in dem skandinavischen Land. Diese sollte nicht nur als Guerilla-Armee im Wartestand auf einen Angriff der Staaten des Warschauer Blocks vorbereitet sein, sondern wurde vermutlich auch zur Ausübung von Attentaten eingesetzt.

Waffen für Teheran

Die beiden Geheimdienstkenner Patrik Baab und Robert E. Harkavy sehen in dieser Stay-behind-Organisation die Struktur, die hinter dem Palme-Mord steckt. In ihrem Buch Im Spinnennetz der Geheimdienste (2017) verweisen sie darauf, daß Palme vermutlich ein früher Mitwisser der Iran-Contra-Affäre gewesen sei und deshalb - wie der frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel - in Gefahr geriet.

Tatsächlich ließ Palme großen schwedischen Rüstungskonzernen wie Bofors und Saab trotz seiner eigenen pazifistischen Positionen große Freiräume. Nach den Recherchen Baabs und Harkavys hat er die Lieferung von Embargogütern in den Iran zumindest zeitweise geduldet. Diese ging über Israel, und die diskrete Verbindung der beiden Todfeinde verlangte höchste Geheimhaltung.

Die merkwürdige Allianz, die auf den ersten Blick widersinnig erscheint, kam deshalb zustande, weil sowohl Teile der US-amerikanischen als auch der israelischen Geheimdienste damals im Irak von Saddam Hussein eine größere Bedrohung als in der islamischen Schiiten-Republik sahen. Natürlich wollten die Dienste mit ihren Waffenlieferungen aber auch die gegenseitige Zerfleischung der beiden nahöstlichen Regionalmächte fördern. Palme soll die schwedischen Lieferungen jedoch im Jahr 1985 beendet haben.

Berücksichtigt werden muß natürlich auch, daß das von dem schwedischen Ministerpräsidenten angestrebte atomwaffenfreie Skandinavien aus Sicht der NATO-Strategen eine Katastrophe gewesen wäre, da die USA dann ihr nukleares Arsenal aus Norwegen hätten abziehen müssen und die gesamte nördliche Verteidigungslinie des Nordatlantikpakts zusammengebrochen wäre. Hardliner innerhalb der Geheimdienste der NATO-Länder hätten ganz sicher mehr als nur ein Motiv für die Ermordung Palmes gehabt.

Baab und Harkavy belegen diese These sogar mit einem Dokument des Special Operations

Planning Staff der NATO aus dem Jahr 1985, das eine Verantwortung der CIA-Killertruppe Pegasus für den Palme-Mord nahelegt. Die Authentizität solcher Quellen kann natürlich kaum überprüft werden. An die jahrzehntelang kolportierte These des verrückten Einzeltäters will in Schweden aber auch niemand mehr glauben, da zu viele Mosaiksteine auf einen Geheimdiensthintergrund verweisen.<<

15.03.1986

Schweiz: Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtet am 15. März 1986 über die komplette Abriegelung der schweizerischen Grenzen im Winter 1942/43 (x136/255): >>In voller Kenntnis, daß die Juden im Osten Gräßliches erwartete, schlug der Chef der Polizeiabteilung dem Bundesrat vor, die Schweiz den Flüchtlingen zu verschließen.

Von der Verantwortung der Urheberschaft kann Rothmund (Abteilungsleiter der Fremdenpolizei) nicht entlastet werden. Die gleiche oder noch größere Verantwortung aber lud die Landesregierung auf sich, als sie diesem Vorschlag zustimmte und dabei ... erklärte, Juden seien nicht als politische Flüchtlinge anzusehen. ...<<

14.04.1986

Österreich: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (16/1986) berichtet am 14. April 1986 über das "befreite" Österreich: >>**Wir Österreicher wählen, wen wir wollen**

Der Mann, der am 4. Mai zum Präsidenten Österreichs gewählt werden möchte, hat sich und sein Land weltweit in Verruf gebracht. Kurt Waldheim, lange Generalsekretär der Uno, hat gerade jene Zeit aus seinem Lebenslauf verdrängt, in der er Hitlers Wehrmacht im Partisanenkrieg auf dem Balkan diente. Als Juden ihn deshalb angriffen, kam alter Antisemitismus hoch: Die Österreicher möchten sich ihre Lebenslüge nicht nehmen lassen.

Es ist ein sonderbares, ein unmögliches Land. Eigentlich ist es Deutschland, aber es heißt ganz anders. Eigentlich ist es berühmt wegen so hübscher Dinge wie Bergromantik und Sachertorten, tiefgrüner Seen und weißer Lipizzaner, Mozart und Mozartkugeln und einer prächtigen Schar von fast zwei Dutzend Kaisern.

Es ist ein Land verwirrender Gegensätze. Aus ihm kam der teuflische Adolf Hitler, um Deutschland zu zerstören und Europa zu verderben. Aus ihm kam aber auch der harmlose Kurt Waldheim, um die Welt als Generalsekretär der Uno durch Geschmeidigkeit am Laufen zu halten, gewiß kein Nazi und erst recht kein Kriegsverbrecher, Symbolfigur vielmehr jenes anpasserischen homo austriacus, des Schlawiners, der sich's richtet, wie immer die Umstände sind, Strandgut der historischen Kämpfe und seelischen Krämpfe um die deutsche Nation.

Zweimal in kaum 50 Jahren waren die Österreicher trotz ihrer deutschen Zungen aus Deutschland herauskatapultiert worden: 1866 durch die Preußen, 1918 durch die Westalliierten. Damals, als das Vielvölker-Unikum der k.u.k. Monarchie zusammenstürzte, durften alle größeren Bestandteile - Tschechen, Ungarn, Rumänen, Polen, Südslawen - ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben, nur die Deutsch-Österreicher nicht.

So hatten sie denn ein besonderes Nachholbedürfnis an deutschpatriotischer Nestwärme und warfen sich dem Hitlerismus in die Arme. Wie nachhaltig, das enthüllt völlig unerwartet die Kampagne um die Wahl des österreichischen Bundespräsidenten am 4. Mai 1986.

Gerade war ein wenig in Vergessenheit geraten, daß das kleine, gemütliche Alpen-Dorado Österreich eine Republik voll großer, häßlicher Skandale ist (SPIEGEL 35/1985), gerade hatten die italienischen Winzer mit ihrem Todeswein den österreichischen Glykoltropfen noch übertrumpft, da zwang Kurt Waldheim der zweiten österreichischen Republik unversehens die bislang quälendste, rufschädigende Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit auf. Denn Kurt Waldheim hatte in seinen Biographien einiges verschwiegen - vor allem, daß er als Stabsoffizier der Wehrmacht im Krieg auf dem Partisanenkampfplatz Balkan stationiert war.

Im letzten Monat prangerte daraufhin Israel Singer, Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses und österreichischer Abkunft, den Kandidaten Kurt Waldheim als Nazi und Kriegs-

verbrecher an und drohte Österreich für den Fall der Wahl mit Konsequenzen - eine grobschlächtige, ungeschickte Darstellung.
Doch in der Karwoche gab Michael Graff, Generalsekretär der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP), deren Kandidat Kurt Waldheim ist, die Antwort. Er warnte vor "antisemitischen Emotionen, die wir alle nicht haben wollen - und löste sie damit erst richtig aus.
Wenig später bezeichnete Graff "die verblendeten Funktionäre des Jüdischen Weltkongresses und ihre gewissenlosen österreichischen Handlanger in der Umgebung des (sozialistischen) Kanzlers Sinowatz" als Urheber der "beispiellosen Verleumdungskampagne gegen Dr. Waldheim".
"Infame Niedertracht", "Menschenjagd", "Psychoterror", holzte der sonst farb- und glücklos agierende ÖVP-Parteichef Alois Mock hinterher. Auf Waldheims Wahlplakate wurde die Trotzparole "Jetzt erst recht" geklebt.
An Ostern, dem höchsten katholischen Feiertag, gingen vollständig neue Plakate in Druck. Auf grellgelbem Grund, der viele gleich an die Farbe der Judensterne erinnerte, verschärften die Waldheim-Anhänger ihren Appell an Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ihrer Landsleute nochmals: "Wir Österreicher wählen, wen wir wollen" - das zweite "wir" deutlich unterstrichen.
Die Österreicher begriffen: Nicht die Juden in New York sollten bei ihnen das Sagen haben.
Die bürgerliche Tageszeitung "Die Presse" schrieb, daß "schlummernde Primitivgefühle wiedererweckt worden seien - aber keineswegs durch die ÖVP.
Gemeint war vielmehr Israel Singer. Er hatte Waldheim im Fernsehen einen "Lügner", "Nazi" und "Unwürdigen" genannt. Wer auf diese "primitivste Weise die Österreicher provoziere, müsse Antisemitismus "zwangsläufig hervorrufen", stellte die "Presse" fest.
Das Parteiorgan der ÖVP, das "Neue Volksblatt", formulierte noch schärfer. Schlagzeile am 28. März: "Das Blut an den Fingern israelischer Politiker! - Offenbar kein Thema für den Jüdischen Weltkongreß".
Auf der Welle des Antisemitismus prophezeite das Massenblatt "Neue Kronen-Zeitung" einen "triumphalen Wahlsieg" Waldheims am 4. Mai.
Eine unter Verschluß gehaltene Meinungsumfrage signalisierte dem Kandidaten Waldheim mehr Zustimmung als je zuvor: 65 Prozent der Wähler hätte er hinter sich scharen können, wenn bereits vorletzte Woche gewählt worden wäre.
So überzogen die Urteile, so maßlos die Hysterie in und um Österreichs fatale Präsidentenwahl in diesen Wochen scheinen mögen, so schrill das Geschrei und erschreckend die Tiraden für und gegen den Kandidaten in einem Wahlkampf klingen, in dem es nicht einmal um die Macht im Staate, eher um eine Repräsentationsfigur geht, sehr überraschen kann das alles nicht.
Denn nicht allein der nie und nirgends dabeigewesene Kandidat wird nunmehr von seiner Vergangenheit bedrängt. Die so weit weggeschobene Vergangenheit hat jäh ganz Österreich eingeholt.
Anno 45 ersparten sich die Österreicher ihre Stunde Null, weil aus besonders eifrigen Mittätern durch die Gunst der Stunde plötzlich unschuldige Opfer geworden waren.
"Worum es wirklich geht, ist das Selbstverständnis dieses Landes, sein Verhältnis zur eigenen Vergangenheit, die Unfähigkeit, mit der lange und liebevoll gehätschelten Lebenslüge aufzuräumen. Österreich hatte zu den ersten Opfern Hitlerdeutschlands gezählt. Diese Lüge ist eine der tragenden Säulen der Nachkriegsgeschichte Österreichs, eine Tatsache, an der alle drei Parlamentsparteien in diesem Land Schuld tragen. Und das rächt sich jetzt ganz fürchterlich", schreibt Martin Pollack vom linken "Wiener Tagebuch".
In einer Gesellschaft, in der "das Aufdecken der Vergangenheit schon immer ein größeres Verbrechen war als die Untaten der Hitlerei selbst", so der Wiener Zeitgeschichtler John

Bunzl, mag sich natürlich kaum jemand daran erinnern, daß die charmant-neutrale "Insel der Seligen" des jüdischen Weltmannes Bruno Kreisky der Nazibarbarei besonders viele Schergen für den Vollzug ihrer Verbrechen lieferte und auch noch die wichtigsten geistigen Grundlagen des Nationalsozialismus; ebensowenig daran, daß im walzer- und weinseligen Wien dazu noch ein eigenständiger Austrofaschismus ausgebrütet wurde.
In diesem Land hegt auch nach neuesten Untersuchungen noch weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung antisemitische Gefühle, zwischen Alpen und Donau blühen etwa ein halbes Hundert rechtsextremer Vereine und Bünde - und das sind keineswegs nur spinnerte Sektierer, die in einer Masse aufrechter Demokraten verschwinden.
Es ist durchaus nicht immer nur ein stiller Faschismus. "Krieg fordert allezeit Opfer: Tote, Verwundete, Gefangene. Das hätte das Weltjudentum bedenken müssen, als es Deutschland den Krieg erklärte." Diese irre Deutung des Holocaust findet sich nicht auf einem heimlichen Flugblatt, sondern in der "Bundesturnzeitung", dem amtlichen Mitteilungsorgan des öffentlich subventionierten "Österreichischen Turnerbundes" (75.000 Mitglieder).
"Es sei aber auch daran erinnert, daß es Freiwillige aus fast allen Staaten Europas waren, ... die im Zweiten Weltkrieg die Kultur des Abendlandes gegen den Ansturm aus dem Osten verteidigt haben - so das Bild der SS in "Der Kamerad", dem Verbandsorgan des Österreichischen Kameradschaftsbundes (etwa 300.000 Mitglieder, davon 50.000 unter 30 Jahren).
Es war auch nicht etwa purer geographischer Zufall, daß gerade Österreich der Welt den Adolf Hitler bescherte. Das Wien des ausgehenden 19. Jahrhunderts lieferte dem Verderber des 20. die Grundlagen seiner krausen Ideen: den deutschtümlerischen Chauvinismus, den krankhaften Arier- und Rassenwahn, den extremen Antisemitismus.
Der Sekretär des späteren christsozialen österreichischen Kanzlers Ignaz Seipel, August Maria Knoll, brachte dies 1937 auf die Formel: "Der Nationalsozialismus ist jene Bewegung, die das preußische Schwert der österreichischen Narretei zur Verfügung gestellt hat."
Hitler selbst schilderte es so: "Ich kam als 17jähriger Mensch nach Wien ... Ich ging von Wien weg als absoluter Antisemit."
Einschlägige Erkenntnisse vermittelten Hitler die Schriften des deutschnationalen Abgeordneten im Wiener Reichsrat Georg Ritter von Schönerer aus Wien, der so antiklerikal ("Los von Rom!") wie antisemitisch war und seine Gefolgschaft mit dem Reim einstimmte: "Was der Jude glaubt, ist einerlei, in der Rasse liegt die Schweinerei."
"Wer a Jud ist, bestimm i", dekretierte ein anderer Wiener Antisemit jener Jahre, der nach Hitlers Urteil "gewaltigste deutsche Bürgermeister aller Zeiten", Karl Lueger: "Die Juden sind der Lindwurm, der die Deutschen in Fesseln geschlagen hat. Dieser Lindwurm muß erlegt werden."
In der Hauptstadt der Vielvölker-Monarchie, in der um die Jahrhundertwende etwa 170.000 der 1,2 Millionen Juden des Habsburgerreiches lebten, hatten alle studentischen Burschenschaften einen Arierparagraphen. Der Antisemitismus galt in diesen Kreisen vor allem der akademischen und intellektuellen Konkurrenz, fanden sich doch unter den Wiener Juden Namen wie Sigmund Freud, Max Reinhardt, Arthur Schnitzler, Franz Werfel, Gustav Mahler, Stefan Zweig und Theodor Herzl.
Es wurde auch nicht anders, als die großflächige Donaumonarchie zur kleinen Alpenrepublik verkümmerte. Die nannte sich "Deutsch-Österreich" und betrachtete sich laut einstimmigem Beschluß der Nationalversammlung vom 12. November 1918 als "Bestandteil der Deutschen Republik". Die Siegermächte verboten jedoch den Anschluß. Ihre übelsten Traditionen retteten die Österreicher in den "Staat, den keiner wollte" (so der Autor Hellmut Andics) mit hinüber.
Der christlichsoziale Kanzler Seipel wollte die neue Republik "ganz gründlich von den Juden scheiden". Sein Parteifreund Leopold Kunschak wußte auch gleich wie. Er forderte 1919 "die

sofortige Abschiebung aller seit August 1914 eingewanderten Juden", in jenen Fällen, in denen dies nicht möglich sei, ihre "allgemeine Internierung in Flüchtlingslagern" - der grausigen Wirklichkeit 20 Jahre voraus.
Daß derselbe Leopold Kunschak nach 1945 dann erster Parlamentspräsident der Zweiten Republik werden konnte, unterstreicht die Verdrängungskraft der Österreicher, der auch der Kandidat Kurt Waldheim erliegt, wenn er seine blaßbraunen Flecken mit dem eifrigen Bekenntnis wegzuwischen sucht, daß er und seine Familie ja überzeugte Anhänger des christlichsozialen Kanzlers Kurt Schuschnigg gewesen seien.
Schuschnigg stand jenem Ständestaat vor, der in den dreißiger Jahren den europäischen Faschismus um eine eigene österreichische Abart bereicherte. Tausende politische Gegner in Anhaltelager sperrte, einige sogar hängen ließ. Seine bewaffneten Heimwehr-Verbände liefen 1938 zum Teil geschlossen zu den Nazis über.
Als im März 1938 endlich der Anschluß kam, nach heutigem amtlichen Geschichtsverständnis die brutale Vergewaltigung Österreichs durch Hitler, wehrte sich niemand. Schuschnigg, von seinen Parteifreunden heute als Widerständler gegen Hitler gefeiert, kroch mit einer liebedienerischen Ergebenheitsadresse an den Führer zu Kreuz. Der Sozialist Karl Renner, Kanzler zu Beginn der Ersten wie der Zweiten Republik, forderte seine Genossen und Landsleute auf, bei einer Volksabstimmung mit "Ja" für den Anschluß zu stimmen, da der "ein geschichtlicher Fortschritt" sei. Seinen Segen dazu gab auch Wiens Kardinal Innitzer.
Die Nazis zählten dann auch 99,73 Prozent Ja-Stimmen. Mögen es in Wahrheit und von Herzen nur 60 Prozent gewesen sein, wie Renner nach dem Krieg meinte - jene halbe Million Ostmärker, die am 15. März auf dem Wiener Heldenplatz wie im Delirium dem Führer Adolf Hitler zujauchzten, sind immer noch die größte Menschenmenge, die je in Österreich an einem Ort zusammenkam - zu Füßen eines Reiterstandbilds des Erzherzogs Karl ("Dem beharrlichen Kämpfer für Deutschlands Ehre").
Die nur etwas über acht Prozent Ostmärker im Reich stellten von Anfang an einen weit überproportionalen Anteil am Personal von Hitlers Kriegs- und Vernichtungsmaschine. In einer Dokumentation, die Simon Wiesenthal, Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, 1966 dem damaligen Bundeskanzler Klaus zustellte, wird nachgewiesen daß "Österreicher während der NS-Zeit am Tod von etwa drei Millionen Juden schuldig wurden".
Kurz nach dem Anschluß kam Adolf Eichmann, selbst Österreicher, aus München nach Wien und organisierte dort die "Zentralstelle für jüdische Auswanderung". Österreich wurde zum Exerzierfeld für die Judenverfolgung im Dritten Reich. Die jüdische Bevölkerung Wiens sank bis Ende 1939 von 220.000 auf weniger als 70.000. Juden wurden vom Nazimob gezwungen, mit Zahnbürsten die Straße zu schrubben. "Gegen die Kristallnacht von Wien war die in Berlin ein gemütliches Weihnachtsfest", urteilt Simon Wiesenthal. Das Kriegsende erlebten noch etwa 200 Wiener Juden.
Chef des berüchtigten Reichssicherheitshauptamtes wurde nach dem Tod Reinhard Heydrichs der Österreicher Ernst Kaltenbrunner. Überall, wo es um die infernalische Endlösung ging, wimmelte es von Ostmärkern:
- Franz Novak, Eichmanns Transportchef, organisierte die Verfrachtung von 1,7 Millionen Juden in Vernichtungslager.
- Der Österreicher Odilo Globocnik organisierte die Juden-Vernichtung im Gebiet von Lublin, die in Galizien ein Landsmann Gustav Wächter (der nach dem Krieg im Vatikan untertauchte und dort unter falschem Namen starb).
- SS- und Polizeiführer im besetzten Warschau wurde der Österreicher Dr. Sammern-Frankenegg.
- Die Gettos von Wilna und Riga "säuberten" die Ostmärker Franz Murer und Eduard Roschmann.

- Die Brüder Anton und Alois Brunner leisteten die Vernichtung der Juden in Österreich, Griechenland und der Slowakei.
- Hermann Krumey transportierte Ungarns Juden in die Gaskammern. Theodor Dannecker war für die Juden in Paris zuständig.
- In den Konzentrationslagern Theresienstadt, Treblinka, Plaszow kommandierten Ostmärker.
- Für die Juden-Verfolgung in Holland, der über 110.000 Menschen zum Opfer fielen, war der Grazer Erich Rajakowitsch zuständig.

In der Ostmark gab es verhältnismäßig mehr Mitglieder der NSDAP als im übrigen Reich - etwa zehn Prozent der Bevölkerung (sieben Prozent im "Altreich"). Das traditionell deutschnationale Kärnten etwa galt mit über 46.000 Parteigenossen als "des Führers treuester Gau". Aber auch 40 Prozent der Wiener Philharmoniker glaubten nicht ohne Parteibuch geigen und flöten zu können.

1945 wollte es dann keiner gewesen sein. Gierig griffen die Österreicher nach dem ihnen von den Alliierten in der sogenannten Moskauer Erklärung von 1943 ausgestellten Persilschein, sie seien das erste Opfer der nationalsozialistischen Aggression gewesen. Nun waren "die Deutschen" allein für alles Böse verantwortlich. Den Österreichern gelang es 1955 buchstäblich in letzter Stunde, einen Mitverantwortungshinweis aus dem Staatsvertrag mit den Kriegsalliierten zu entfernen, der das befreite Österreich dann im Gegensatz zu Deutschland auch von seinen Besatzern befreite: felix Austria (glückliches Österreich).

Die totale Verdrängung geriet zur nationalen Tugend. "Die Österreicher haben sich verhalten wie ertappte kleine Kinder, die ihre Schuld sofort auf andere abwälzen", meint der Wiener Historiker Karl Stuhlpfarrer. "Eine Aufarbeitung der eigenen Schuld konnte daher nie stattfinden."

In den ersten Wochen seiner Provisorischen Regierung verkündete der von Stalin selbst gekürte Kanzler Renner noch, die Nationalsozialisten sollten "nach demselben Ausnahmerecht behandelt werden, das sie selbst den anderen aufgezwungen haben". Dies wurde, erkennbarer Unsinn, schnell vergessen: Über 600.000 Österreicher, zehn Prozent der Bevölkerung, hätten drakonisch bestraft werden müssen.

Schon im Spätherbst 1945 wollte die christlichsoziale ÖVP die Nazis, die zunächst das Wahlrecht verloren hatten, wählen lassen. Kommunisten und auch die Sozialisten, die sich daraus damals noch zu recht wenig Zuwachs erwarten konnten, lehnten ab.

Doch die ÖVP, deren Spitzenfunktionär Alfred Maleta forderte, "das Erforschen der Vergangenheit den Professoren zu überlassen", plakatierte ihr Verlangen, köderte so die Angehörigen und gewann die Wahl.

Das Wählerpotential von gut einer halben Million, mit Angehörigen mindestens doppelt so viele, wurde fortan wichtiger als die von Besatzern und Regierung verordnete Entnazifizierung, 1949 durften die Parteigenossen wieder wählen, gut neun Zehntel von ihnen hatten als Minderbelastete ohnedies schon die Generalabsolution bekommen. Vom Rest der gut 40.000 Belasteten wurde etwa die Hälfte vor Gericht gestellt. Heraus kamen in den folgenden Jahren über 13.000 Schuldsprüche.

Eine vollständige Säuberung etwa der Bürokratie von Nationalsozialisten wäre unmöglich gewesen, da bei konsequenter Durchsetzung "ein Viertel der Bevölkerung direkt oder indirekt betroffen" gewesen wäre, so der Historiker Oliver Rathkolb. Es hätte kaum noch Beamte, Lehrer, Richter und Professoren gegeben.

Am gleichen Dilemma scheiterte die ursprüngliche Absicht der Amerikaner, in Österreich mit allen faschistischen Relikten aufzuräumen, einschließlich des Austrofaschismus: Da hätten sie noch die halbe Regierung und einen gut Teil des Parlaments entfernen müssen.

Außerdem ließ der beginnende kalte Krieg das Interesse an der Entnazifizierung schwinden. Die Nazis konnten nützlich sein gegen die Kommunisten. "Die Entnazifizierung wurde zu-

gunsten einer hastigen Reintegration sowohl der kleinen wie der großen Nazis als Mittel zur Stärkung des antisowjetischen Potentials des Westens fallengelassen", schreibt der US-Historiker Knight. Die Denazifizierung wandelte sich vielerorts zur Renazifizierung.
Bei den Sozialisten wurde der "Bund Sozialistischer Akademiker" (BSA) zu einem Hort der Gestrigen, und in Kärnten fand die Mehrheit der antiklerikalen Nazis Aufnahme bei den antiklerikalen Sozialisten. NS, früher für Nationalsozialisten, stand nun für Neusozialisten.
Um den Konservativen, die sogar mit ehemaligen Nazigrößen um Stimmblöcke schacherten, gleichwohl die große Masse der Nazis abspenstig zu machen, förderte der sozialistische Innenminister Oskar Helmer vor den Wahlen von 1949 gegen den Widerstand der Westalliierten, aber eigenartigerweise mit Hilfe der Sowjets, die Gründung einer neuen vierten Partei - des Verbandes der Unabhängigen (VdU).
Dieses Sammelbecken der Ehemaligen, stets geführt von mehr oder minder prominenten Nazis, erreichte gleich beim ersten Mal zwölf Prozent, bevor es an inneren Streitigkeiten ein- und in der Freiheitlichen Partei (FPÖ) aufging, die heute mit den Sozialisten in der Regierung sitzt.
Der langjährige FPÖ-Chef Friedrich Peter, vorletzte Woche als Abgeordneter in den Ruhestand getreten, bekannte sich stets zu seinem freiwilligen Eintritt in die SS. Er diente als Obersturmführer in einer Einheit, die an Massenexekutionen von Juden in der Sowjet-Union beteiligt war.
Der frühere Parteichef Alexander Götz, der es zum Bürgermeister von Österreichs zweitgrößter Stadt Graz brachte, denkt noch heute laut wie einst bei der Hitlerjugend.
Der Kärntner FPÖ-Spitzenfunktionär Otto Scrinzi, einstiger SA-Sturmführer, der laut eigenem Bekenntnis "immer rechts stand, auch in der NSDAP", kandidiert als unabhängiger "nationaler Kandidat" gegen Waldheim bei den Präsidentschaftswahlen - genug Unterschriften für die Kandidatur bekam er.
FPÖ-Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager verdiente sich den Beifall der Gestrigen durch die offizielle Begrüßung des 1985 aus italienischer Haft entlassenen Kriegsverbrechers Walter Reder.
Auch Österreichs Sozialisten, die in den letzten Wochen Waldheims unfreiwillige Vergangenheitsbewältigung durch gezielte Informationen in Gang zu setzen halfen, haben Spitzengenossen mit brauner Tradition.
Der Kärntner Landeshauptmann Leopold Wagner brüstet sich, ein "hochgradiger Hitlerjunge gewesen zu sein. BSA-Genossen, denen der eigene Kandidat und auch Waldheim zu links sind, unterschrieben für Rechtsaußen Scrinzi.
Und der Jude Bruno Kreisky, einsame Spitze unter den Nachkriegspolitikern Österreichs, entzückte Österreichs Antisemiten nicht nur, als er die Juden ein "mieses Volk" nannte. Er bestätigte alle Vergangenheitsverdränger, indem er die sozialistischen Minister seiner verschiedenen Regierungen mit einem halben Dutzend Ex-Nazis garnierte, dem SS-Mann Hans Öllinger etwa, den er zum Landwirtschaftminister machte, oder dem SA- und NSDAP-Mitglied Otto Rösch, der an einer der Nazi-Eliteschulen (Napola) unterrichtet hatte und der Republik als Innen- und Verteidigungsminister dienen durfte.
"Kurtis Kameraden", wie das Szeneblatt "Wiener" solche Politiker mit NS-Vergangenheit nannte, sind gewiß keine Nazis mehr. Sie weichen nur, wie das ganze Land, der jüngeren Geschichte aus, leben mit der Lüge, nirgendwo dabeigewesen zu sein und nichts getan zu haben, dessen sie sich womöglich schämen müßten.
Insofern dienen sie natürlich jenen wahren Faschisten, Neonazis und Ewiggestrigen als Alibi, die sich in Österreich offener darstellen als in anderen Ländern. Deren Leitfigur Norbert Burger erreichte 1980 bei den Präsidentschaftswahlen fast 141.000 Stimmen - 3,2 Prozent aller gültigen Stimmen, in einzelnen Orten mehr als zehn Prozent.

In ihren Publikationen findet sich Nazi-Närrisches zu allem und jedem:
"Das Deutschtum in Österreich soll vernichtet werden, damit der Weg frei wird für den Vormarsch des Panslawismus ("Klartext", Zeitung der NDP).
Österreich ist ein Eldorado für Ausländer, die in Ihren Heimatländern überflüssig sind, weil sie entweder nichts können, oder weil bei ihnen sonst etwas nicht stimmt ("Das Neue Wort", Organ der "Volkssozialistischen Bewegung Österreichs").
Partisanen, außerhalb des Völkerrechts stehende Plünderer und Mörder, werden mit Dankadressen geehrt - hört niemand einen Aufschrei der Empörung? ("Der Junge Bund", Zeitschrift der Turnerjugend)."
In einem solchen Umfeld findet der Autor eines "Heimatbuches" über "Das tausendjährige Mauterndorf" noch 1967 nichts dabei, unter den zwölf Ehrenbürgern des Ortes den 11. so zu preisen: "Hermann Göring war viele Jahre ein aufrichtiger Freund Mauterndorfs. Er hat der Marktgemeinde beim Bau der Hochquellenwasserleitung durch die Beschaffung der notwendigen Rohre große Dienste erwiesen. Und als 1985 das niederösterreichische Deutsch-Wagram zur Stadt erhoben wurde, freute sich Festschriftautor Professor Otto Schilder: "1984 ist die Stadt Deutsch-Wagram judenfrei."
Wen wundert's, wenn Zeitungen und Magazine, die aus Anlaß des Falles Waldheim zur Vergangenheitsbewältigung aufrufen, nun massenweise Leserbriefe bekommen, in denen sie als "Judenschweine" tituliert werden. "Gebt's endlich a Ruah", "Hert's mit dem oltn Bledsinn auf" ist der Tenor.
Helmut Qualtinger hat vor fast drei Jahrzehnten in einem Monolog seines "Herrn Karl" die Vergangenheitsbewältigung nach Wiener Art beschrieben:
"Da war a Jud im Gemeindebau, a gewisser Tennenbaum ... sonst a netter Mensch ... da ham's so Sachen gegen de Nazi g'schrieben g'habt auf de Trottoir ... und der Tennenbaum hat des aufwischen müaßn ... net er allan ... de andern Juden eh aa ... hab i ihm hing'führt, daß ers' aufwischt ...
Nachn Kriag is er z'ruckkumma, der Tennenbaum. Is eahm eh nix passiert, ... Hab i ihm auf der Straßen troffen. I gries eahm freundlich: "Habediehre, Herr Tennenbaum!" Der hat mi net ang'schaut. Hab i ma denkt ... na bitte, jetzt is er bees ... Dabei - irgendwer hätt's ja wegwischen müaßn ... "
Viel anders hört sich's beim Herrn Kurt letztlich auch nicht an, ein bißchen gebildeter halt.
Daß sein Ex-Freund Bruno Kreisky dem Kandidaten Waldheim nun vorwirft, er habe "sein ganzes Leben auf einer Lüge aufgebaut", ist ein bißchen unfair, denn der Kanzler Kreisky hat die Lebenslüge des ganzen Landes durchaus gefördert. "Wenn endlich Gras über eine Sache gewachsen ist, kommt so ein Kamel daher und frißt es wieder weg", pflegte er Debatten über Österreichs Vergangenheit zu kommentieren.
Waldheim hat gerade seine Lebenslüge, die ihn nun einholt, früher so hoch hinauf gebracht: Hätte er die für ihn heute "uninteressanten" Stationen seiner Wehrmachtskarriere nicht so konsequent aus allen Lebensläufen weggelassen, wäre er mit Sicherheit nie Generalsekretär der Uno geworden. Auch ohne bewiesene persönliche Schuld wäre ein NS-Student, SA-Reiter und Stabsoffizier im Partisanenkrieg niemals zum Kandidaten für das höchste Uno-Amt aufgestiegen.
Und wenn Kurt Waldheim als Argument für die offensichtliche Haltlosigkeit aller Vorwürfe gegen ihn immer wieder ins Feld führt, seine Vergangenheit sei vor seiner Uno-Wahl doch bestimmt von West und Ost-Geheimdiensten penibel untersucht worden, so kann dies freilich auch einen ganz anderen Sinn machen: "Vielleicht", vermutete vor zwei Wochen die "New York Times", "hielten die Supermächte ihr Wissen für nützlich, um Waldheim unter Kontrolle zu halten." Doch nur zwei Geheimdienste wußten mit Sicherheit Bescheid - Jugoslawiens UdBA und Moskaus KGB.

Im Westen wurde Waldheim nach Kriegsende keineswegs so genau überprüft, wie er glauben machen möchte. Gesichert ist nur, daß gegen Waldheim ein Entnazifizierungsverfahren eingeleitet wurde. Da er als Minderbelasteter galt, wurde es - wie bei Hunderttausenden anderen Österreichern auch - nach seiner Anstellung als Sekretär des Außenministers Karl Gruber nie abgeschlossen.
Die Amerikaner hatten gegen Waldheim keine Bedenken, da er schon damals seine in NS-Dokumenten festgehaltene Zugehörigkeit zur SA und dem Nationalsozialistischen Studentenbund auf eine Mitgliedschaft zum NS-Reiterkorps zu reduzieren verstand. Als er sich 1971 um den Generalsekretärsposten bei der Uno bemühte, teilten die US-Stellen offenbar eine Überlegung, die auch Nazi-Jäger Simon Wiesenthal anstellte: Die Sowjets würden wohl niemanden als Uno-Generalsekretär dulden, wenn auch nur die geringste NS-Belastung vorhanden wäre.
Doch seit dem 18. Dezember 1947 wurde Waldheim von der Jugoslawischen Kommission für Kriegsverbrechen als Nummer 724 auf einer Liste von 791 mutmaßlichen Kriegsverbrechern geführt. Waldheim wird in diesem Dokument - Akte F/25572 - mit Morden, Massakern, Geiselerschießungen und dem Niederbrennen von Siedlungen in Verbindung gebracht.
So abwegig die Beschuldigungen auch klingen, so sehr die namentlich angeführten Belastungszeugen in der Kriegsgefangenschaft in Bedrängnis gewesen sein mögen: Als Druckmittel eigneten sich Akten dieser Art allemal - nicht nur für Belgrad.
"Selbstverständlich", erinnert sich Milovan Djilas, bis 1954 zweiter Mann nach Tito, "hatte die Sowjet-Union damals jede Möglichkeit, in Jugoslawien alle Akten einzusehen und zu kopieren." Auch nach dem Bruch zwischen Tito und Stalin im Juni 1948 war es für den sowjetischen Geheimdienst "ein leichtes, alle gewünschten Unterlagen zu bekommen", so Djilas zum SPIEGEL.
Leichten Zugang hatte die sowjetische Besatzungsmacht auch in Wien zu den Entnazifizierungspapieren, zu den Akten im Justiz- und Außenministerium, wo - laut Waldheim fälschlicherweise - seine Mitgliedschaft in SA und NS-Studentenbund vermerkt sind.
Der namhafte Militärschriftsteller Janusz Piekalkiewicz ist "überzeugt, daß das KGB von den Kriegsverbrecher-Akten und Waldheims Nazi-Verbindungen nicht nur wissen konnte, sondern auch tatsächlich gewußt hat. Die Sowjets wußten schon etwas damit anzufangen, wenn sie die Schwächen eines so ehrgeizigen Menschen wie Waldheim kannten".
Der Sowjet-Union, die bei den Mehrheitsverhältnissen in der Uno nie eine Chance hatte einen eigenen Kandidaten durchzubringen, die aber dauernd schwere Konflikte mit ihr wenig freundlich gesinnten Uno-Chefs wie Dag Hammarskjöld hatte, konnte in einem Kandidaten wie dem geschmeidigen Wiener Waldheim mit lückenhaftem Lebenslauf nur einen Glücksfall sehen.
Waldheim verdankt es der Sowjet-Union, daß er 1971 ins höchste Amt der Uno gewählt wurde. Der sowjetische Delegierte legte bei den anderen Kandidaten, die in die engere Wahl kamen, sein Veto ein: Gegen den favorisierten und selbstbewußten finnischen Uno-Botschafter Max Jakobson hatte kein anderes Land etwas einzuwenden - ebensowenig wie gegen den argentinischen Uno-Mann Ortiz de Rozas.
Nur gegen Waldheim stimmten zunächst Großbritannien und China. Als die beiden Länder sich jedoch im dritten Wahlgang der Stimme enthielten, war der Weg für den Österreicher frei.
Waldheims Teilnahme als deutscher Offizier am Rußlandfeldzug war bekannt, seine Wahl - nur 26 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs - wurde als Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung gewertet.
Moskau, schrieb die "Süddeutsche Zeitung", habe in Waldheim "besonderes Vertrauen", weil er 1968 nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in Prag erklärt hatte, das Nach-

barland Österreich fühle sich dadurch nicht bedroht. Was Waldheim damals als Außenminister wirklich anordnete, war bisher nicht bekannt.
Der britische "Guardian" argwöhnte: "Es besteht der Verdacht, daß die Sowjet-Union Waldheim zuließ, weil sie ihn für vorsichtig und fügsam hält."
Bei einem Besuch in Belgrad verlor Waldheim kein Wort über das Land, das er so gut kannte. Staatschef Tito überreichte Waldheim trotzdem einen der höchsten jugoslawischen Orden. Waldheim ist damit weltweit wohl der einzige, der sich sowohl mit einem kommunistischen wie auch mit einem faschistischen Orden aus Jugoslawien schmücken kann: 1942 hatte er wie viele deutsche Soldaten vom Nazi-Marionettenstaat Kroatien den Kronorden des Königs Zvonimir erhalten - rein routinemäßig, wie er sagt.
In New York umgab sich der Uno-General gern mit Landsleuten Titos. Völlig überraschend machte er den Jugoslawen Rudolph Stajduhar - in seiner Heimat ein unbekannter Provinzjournalist - zu seinem Pressesprecher. Stajduhar zählte während der Uno-Zeit Waldheims zu dessen engsten Vertrauten.
Auch die Sowjet-Union fühlte sich von Waldheim, der offiziell für die Besetzung der etwa 4.000 Uno-Jobs verantwortlich war, gut bedient. Während seiner Amtszeit erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten aus der Sowjet-Union im Generalsekretariat auf über 250.
Bei seinen Besuchen in der Sowjet-Union erhielt Waldheim von der Regierungszeitung "Iswestija" stets das gleiche Lob: "Er erhöhte die Effektivität der Uno." Im ebenfalls routinemäßig publizierten Lebenslauf wurde die Kriegszeit Waldheims, seine Teilnahme am Rußlandfeldzug, mit keinem Wort erwähnt.
Daß Waldheim gern und so oft Ostblockstaaten besuchte, erklärten wohlgesinnte Mitarbeiter in seinem Stab mit seiner Vorliebe für Repräsentation. Denn im Gegensatz zu vielen anderen Ländern wurde er in den Oststaaten stets wie ein Staatsoberhaupt empfangen. "Mit leuchtenden Augen", erzählt ein früherer Vertrauter Waldheims, "hat er bei seiner Rückkehr vom Zeremoniell erzählt."
Als sich Waldheim 1981 auch noch um eine dritte Amtsperiode als Uno-Generalsekretär bewarb, sagte Moskaus damaliger Uno-Botschafter Oleg Trojanowski: "Waldheim paßt uns wie ein alter Schuh." Nur weil China unbedingt neue Stiefel wollte und sein Veto gegen Waldheim auch nach 16 Wahlgängen nicht zurückzog, ist der Österreicher, der in der Uno seine zehn Amtsjahre lang "Mister Pudding" hieß, heute nicht mehr Uno-Chef.
So sehr sich Moskau in New York für Waldheim einsetzte, so zurückhaltend verhält sich die Sowjet-Union, seit Details aus Waldheims Vergangenheit veröffentlicht wurden. Das Parteiorgan "Prawda" schweigt dazu - wie fast alle Zeitungen des Ostblocks. Sogar Österreichs kommunistische "Volksstimme", die auch in Moskau verkauft wird, hält sich vornehm zurück. Dabei tut sich das Blatt üblicherweise bei der Verfolgung von alten Nazis besonders hervor, selbst wenn es sich nur um Lokalpolitiker handelt.
Vergangene Woche äußerte sich der Chefredakteur der "Prawda", Wiktor Afanasjew, in einem Interview in der Wiener Tageszeitung "Die Presse": "Die Österreicher müssen selbst über ihren Präsidenten entscheiden. Wir werden den Gewählten respektieren."
Waldheim und seine Wahlhelfer erklären seit Wochen kategorisch, daß die "Verleumdungskampagne in sich zusammengebrochen ist", nachdem der Jüdische Weltkongreß eine angekündigte Pressekonferenz kurzfristig abgesagt hatte. Dabei war das auf ausdrücklichen Wunsch jüdischer Freunde in Wien geschehen, die ein weiteres Anheizen der antisemitischen Stimmung fürchten.
Als vergangene Woche ein Dokument auftauchte, das belegt, daß Waldheims Abteilung im Krieg von den Judendeportationen aus Griechenland gewußt haben muß, berichteten zwar fast alle großen internationalen Zeitungen ausführlich darüber, in Österreich ging aber nur das Nachrichtenmagazin "Profil" näher darauf ein. Dafür erhielt in den letzten Tagen jeder öster-

reichische Haushalt die Broschüre: "So wollten sie Kurt Wahlheim fertigmachen!" Darin heißt es: "Das ist die Wahrheit - der bekannte Militärhistoriker Professor Fleischer von der Universität Kreta sagt, Waldheim sei unschuldig."
Fleischer dazu: "Das ist eine Schweinerei. Waldheim war beim Ende der Besatzungszeit 1944 der bestinformierte Wehrmachtsoffizier in Griechenland. Der von Waldheim als Entlastungszeuge angeführte Fleischer ist davon überzeugt, daß Waldheim nach der Kapitulation der Italiener im September 1943 "auch an Verhören gefangener italienischer Offiziere teilgenommen hat".
Dabei geht es nach wie vor nicht etwa um den Vorwurf, daß Waldheim selbst Kriegsverbrechen begangen habe, sondern nur um seine Wahrnehmungsfähigkeit. Er will Partisanen nicht gesehen, von Judendeportationen nichts gehört, Kriegsgefangene nicht verhört haben.
Vorige Woche bekamen österreichische und israelische Beamte im Uno-Archiv Zugang zur Waldheim-Akte, eine von 40.000 Dossiers. Mehr als die jugoslawische Kriegsverbrecher-Akte war darin offenbar nicht enthalten.
Kurt Waldheim, zehn Jahre lang Uno-Generalsekretär: "Ich wußte nicht mal was von der Existenz der Akte."...<<

26.04.1986

UdSSR: In der Ukraine ereignet sich am 26. April 1986 der bisher schwerste Unfall in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie.
Bei diesem Super-GAU (Größter Anzunehmender Unfall) im Kernkraftwerk Tschernobyl wird 40- bis 50mal soviel Radioaktivität freigesetzt, wie bei der Atombombenexplosion in Hiroshima (Japan) im Jahre 1945 (x175/790).

26.05.1986

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (22/1986) berichtet am 26. Mai 1986 über die "Pfingstschlacht" von Wackersdorf: >>**Wie sie ihre Wut loswerden ...**
Die "Pfingstschlacht" von Wackersdorf: brutale Chaoten, kopflose Polizisten - Tschernobyl hat der westdeutschen Antikernkraftbewegung einen neuen Schub schlimmer Unterstützer zugeführt: junge Gewalttäter. Zu Pfingsten bekam das am Baugelände für die atomare Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf die bayrische Polizei zu spüren. Sie war weder personell noch taktisch in der Lage, die Tage dauernden Krawalle zu beenden, und warf am Ende Reizgasbomben unter friedliche Demonstranten.
Jeden Sonntagnachmittag versammeln sich am Rande des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens einige hundert Demonstranten an der Flugplatzmauer. Unermüdlich und bei jedem Wetter protestieren sie seit gut zwei Jahren gegen die neue Startbahn 1800 West, die im April 1984 nach erbitterten Auseinandersetzungen in Betrieb genommen worden war.
Nicht alle bleiben dabei friedlich. So "80 bis 100 Startbahngegner" sind vielmehr nach polizeilicher Erfahrung "immer auf Randale aus", attackieren Mauer und Polizisten mit Steinen, Stahlkugeln und Sprengsätzen - jede Woche, Sonntag für Sonntag.
Aber Pfingsten 1986 nicht.
Am vorletzten Wochenende herrschte Ruhe in Frankfurt. Harmlose Spaziergänger blieben unter sich, die Polizei machte "nur zwei Chaoten" an der Startbahn aus - die anderen waren, wie ein Beamter wußte, "alle nach Wackersdorf gefahren".
Logo. Auf die geplante atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) im Taxölderner Forst bei Wackersdorf in der bayrischen Oberpfalz konzentrierte sich am Pfingstwochenende, vier Wochen nach Tschernobyl, nahezu das gesamte mobile Randale-Potential der Bundesrepublik.
Neben friedlichen Demonstranten, die zu Zehntausenden kamen, präsentierte sich geballte Militanz: junge Wilde, die sich selber "Streetfighter" oder "Autonome" nennen und für das "Schweinesystem" nur Brechstangen, Pflastersteine und Molotow-Cocktails übrig haben.
Mindestens tausend Chaoten - nach Expertenschätzung die Mehrheit aller derzeit "reisenden

Intensivtäter" - schlugen in Wackersdorf zu. Just zum Kirchenfest, das der Erscheinung des Heiligen Geistes gewidmet ist, war in der katholischen Oberpfalz der Teufel los.
Drei Tage lang gab es nun auch in Wackersdorf Szenen wie in Brokdorf (1977 und 1981) oder Gorleben (1980). Vermummte Gestalten, die ungeachtet der Wasserwerfer den Eisengitterzaun des WAA-Baugeländes zu brechen suchten, Polizisten mit Stahlkugeln aus Zwillen unter Beschuß nahmen und Polizeifahrzeuge in Brand setzten; tiefffliegende Hubschrauber der Staatsgewalt, die Reizgasgranaten in die Menge warfen - schierer Zufall, daß es keine Toten gab. 187 Polizisten und Hunderte Demonstranten wurden verletzt, die Sachschäden gingen in die Millionen.
Diese Bilanz allein spricht Versprechungen bayrischer Politiker einschließlich des Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß hohn, die Standortentscheidung für das stille Kiefernwäldchen in der Oberpfalz würde eine "rasche und ungestörte Realisierung des Projekts" (Strauß) garantieren.
In der festen Überzeugung, daß es gewalttätige Ausschreitungen im Freistaat einfach nicht geben könne, wenn Randalierern von Anfang an "mit der notwendigen Entschlossenheit" (Strauß) entgegengetreten werde, unterlief den bayrischen Ordnungshütern ein unglaublicher Kardinalfehler: Sie verkannten die aufrührende Wirkung von Tschernobyl. Sie rechneten nicht mit so viel Wut - und nicht mit so vielen Leuten, die sie hatten.
Obwohl Sicherheitsbehörden in Hessen, Baden-Württemberg und Berlin Aufbruchstimmung in der Szene signalisiert hatten, kam die Botschaft in Bayern nicht an. "Wir hatten zu Pfingsten", erläutert Einsatzleiter Theo Hartmann, "keine Demonstrationen, wir hatten ein Zeltlager, Demonstranten waren keine angekündigt" - als ob sich Chaoten bei den Behörden voranmelden.
Die an Fahrlässigkeit grenzende Naivität der Ordnungshüter führte dazu, daß zu Pfingsten in Wackersdorf zunächst nur 1.000 Polizisten parat standen - zu Ostern, da alles bis auf ein paar Scharmützel am Bauzaun friedlich zuging, waren es noch 5.000 gewesen.
Entgegen sonst üblicher Polizeipraxis wurden auf den Zufahrtsstraßen weder Wagen noch Insassen gefilzt. Die für friedliche Demonstranten ärgerliche Methode macht sicherheitstaktisch durchaus Sinn. Mitunter werden Schlagwerkzeuge und Molotow-Cocktails massenweise sichergestellt; so war es einst in Brokdorf, und an der Startbahn West wird das "mit großem Erfolg" (ein Frankfurter Polizeisprecher) allwöchentlich vollzogen.
Anstelle weiträumiger Vorkontrollen begnügte sich die Polizei mit einer einzigen Fahndungsaktion in der Nähe von Erlangen, wo zufällig auch eine - genehmigte - Anti-WAA-Demonstration stattfand. Immerhin wurde dabei eine neue Erkenntnis gewonnen: Demonstranten, die offenbar auf Randale aus waren, transportierten ihr Werkzeug nicht nur in Autos, sondern auch auf Motorrädern, mit denen Straßensperren oder Verkehrskontrollen auf Schleichwegen umgangen werden können. 35 bewaffnete Motorradfahrer konnten von den Erlanger Kontrolleuren nur mit vorgehaltener Schußwaffe gestoppt werden.
In der Oberpfalz aber konnten die Krawallos aus allen Himmelsrichtungen unkontrolliert anrollen, und sie nahmen gleich am Pfingstsamstag ihre Chancen wahr. Etwa hundert Vermummte stoppten per Notsignal den Eilzug Schwandorf - Amberg auf der am WAA-Areal unmittelbar vorbeiführenden Bahnlinie, zertrümmerten Fensterscheiben und nahmen Feuerlöscher mit.
Ein paar Stunden später wurde ein Güterzug nach Schwandorf mittels Baumbarrikaden angehalten, Demonstranten koppelten die Lokomotive ab und bombardierten den Lokführer mit einem Hagel von Steinwürfen, bis der mit der Lok allein die Flucht ergriff. Später mußte die eingleisige Bahnstrecke gesperrt werden, nachdem Randalierer Schienen gelockert und aus dem Boden gewuchtet hatten.
Das war nur ein Vorspiel. Am Sonntag und in der Nacht zum Montag ging es am WAA-

Gelände erst richtig los. Chaoten-Trupps setzten den anrückenden Polizisten Barrikaden aus Baumstämmen und Straßenfallen mit Krähenfüßen entgegen und legten den Mast einer 10.000 Volt führenden Stromleitung um.
Schließlich rückten die Anarchos sogar mit schwerem Gefährt an: einem Schaufelbagger der Bayerischen Braunkohlen-Industrie (BBI), der bei den WAA-Bauarbeiten zur Abwasserentsorgung eingesetzt wird und über die Feiertage ausgerechnet in der Nähe des Pfingst-Camps der WAA-Gegner abgestellt worden war.
Der geklaute und mit Mühe in Gang gebrachte Koloß rammte einige Male, wenn auch vergeblich das Tor 1 am WAA-Zaun, ehe ihn ein massiver Wasserwerfer-Einsatz der Verteidiger außer Gefecht setzen konnte. Den Durchbruch schafften hingegen die sägenden Handwerker, die sich diesmal - im Gegensatz zu den Scharmützeln vom Ostermontag - mit großen Plastikfolien gut zu schützen wußten: Nach Pfingsten klafften im Gitter der Atomfabrikanten an sechs Stellen meterhohe Löcher.
Die bei dem enormen Aufgebot der Militanten selten günstige Gelegenheit, Täter dingfest zu machen, blieb infolge der polizeilichen Unterbesetzung so gut wie ungenützt. Es waren die Polizisten, die sich mitunter in Sicherheit bringen mußten. Tatenlos mußten sie zusehen, wie die Gewalttäter sich am Zaun zu schaffen machten, und am Ende verbuchten sie nur 22 Festnahmen - ein mageres Resultat bei über tausend klassifizierbaren Gewalttätern.
Hinzu kam, daß viele Chaoten in dem "Pfingstcamp" der Kernkraftgegner am Brückelsee unweit des WAA-Areals unterschlüpften und sich dort unter den Friedlichen quasi unauffindbar machten. Auch darauf war die Polizei nicht vorbereitet, obwohl eine anonyme "Initiativgruppe" in einem Aufruf "die während der Platzbesetzungen entstandenen Ansätze gemeinsamen Widerstandes von Oberpfälzern und auswärtigen AKW-Gegner/innen" beschworen und das "geschlossene Vorgehen von alten und jungen, von wählenden und radikalen WAA-Gegner/innen" angekündigt hatte.
Das Programm sah Musik und Diskussionen vor, aber "natürlich werden wir auch ansonsten nicht untätig bleiben" hieß es in einer Ankündigung der "Süddeutschen Autonomen" in "Radi Aktiv", dem bayerischen "Anti Atom Magazin", "denn es gibt da doch zu verlockende Möglichkeiten. ..." Wahrscheinlich ist, daß die Autonomen in dem Camp, das sich auf 500 Besucher eingestellt hatte, schließlich aber rund 4.000 Köpfe zählte, das Sagen bekamen.
Offenkundig diente das Zeltlager den Militanten sogar als "logistische Basis", wie das bayrische Innenministerium später erkannte. Als das Camp am Dienstag letzter Woche abgeräumt wurde, waren die Chaoten längst weg. Über Pfingsten aber hatten die Polizisten das Lager ungeschoren lassen müssen, sie waren mehr mit der Selbstverteidigung beschäftigt.
So überrascht zeigte sich die Ordnungsmacht von der Gewalteskalation, daß die Bayern die Innenministerien der anderen Bundesländer um "polizeiliche Hilfsmittel" baten. Gebraucht wurden Menschen und Material - bei Wackersdorf gingen das Wasser und das Tränengas aus.
Der Notruf führte zu politischen Komplikationen. Zwar schickten Hamburg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg anstandslos Wasserwerfer an die Wackersdorfer Front; Niedersachsen setzte außerdem zwei Hundertschaften der Bereitschaftspolizei in Marsch.
Doch im Saarland holten sich die Bayern zunächst einen Korb. Erst am Dienstag, als nur noch das Pfingstcamp geräumt werden mußte, aus dem sich die Autonomen längst verkrümelt hatten, offerierte der saarländische Innenminister Friedel Läpple zwei Wasserwerfer und eine Hundertschaft - obendrein mit der Maßgabe, daß seine Polizeibeamten keine Reizstoffe versprühen dürften. München lehnte dankend ab.
Den Einsatz von CN-Reizgas verweigerte auch das Wiesbadener Innenministerium. Doch mit der Entscheidung, zwei hessische Wasserwerfer nach Wackersdorf zu schicken, wurde gleich eine neue Lunte an das ohnehin gefährdete rot-grüne Bündnis gelegt: Die Grünen verlangen

grundsätzlich ein Wasserwerfer-Verbot bei Demos, nachdem im September vergangenen Jahres in Frankfurt der Schlosser Günter Sare, 36, bei einem Polizeieinsatz anläßlich einer Anti-NPD-Demonstration von einem Wasserwerfer überrollt und getötet wurde - ein Zwischenfall, der in vielen Städten blutige Straßenschlachten zwischen Anarchos und Polizei auslöste.
Waffenhilfe aus West-Berlin schließlich scheiterte am DDR-Kontrollpunkt Drewitz. Die DDR-Behörden verweigerten einem Wasserwerfer des Typs Wawe 9 die Weiterfahrt ohne Angabe von Gründen. Den Vorgang will die Bundesregierung bei der nächsten Sitzung der deutsch-deutschen Transit-Kommission am 25. Juni monieren.
Als die Unterstützung aus den Bundesländern eintraf, gab es in Wackersdorf nichts mehr zu verhindern. Die Krawallos hatten die Szene bestimmt. Auf dem Höhepunkt der "Pfingstschlacht", wie die mehrtägigen, phasenweise bürgerkriegsähnlichen Kämpfe später allenthalben bezeichnet wurden wußte sich die bayrische Polizei des Ansturms nur mehr mit Mitteln zu erwehren, die ihr den Vorwurf eintrugen, sie habe sich "schlicht von Rachegefühlen und der Lust auf Vergeltung leiten lassen" (so der örtliche SPD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Ludwig Stiegler).
Das geschah am Montagnachmittag als ein 30köpfiger, angeblich zur, Verkehrsregelung" ausgerückter Polizistentrupp mit zwei Fahrzeugen vorübergehend von Demonstranten eingekeilt war und attackiert zu werden drohte: Der Wackersdorfer Einsatzleiter Theo Hartmann gab Befehl, Tränengasgranaten aus einem tiefffliegenden Großhubschrauber des Bundesgrenzschutzes abwerfen zu lassen.
Für die äußerst kritische Situation, in der nicht nur dem Reporter der "Frankfurter Rundschau" eine "große Katastrophe ganz nah erschien", gibt es unterschiedliche Versionen. Das bayrische Innenministerium berief sich auf eine "Luftaufklärung", die ergeben habe, daß die Beamtengruppe "mit Molotow-Cocktails beworfen" wurde und sich in "lebensbedrohlicher Gefahr" befand. Die geplante "Anlandung einer Verstärkung im Rücken der Störer" sei "nicht mehr möglich" gewesen.
Andere Augenzeugen berichten, das Gasbombardement aus dem BGS-Helikopter sei erfolgt, als die bedrängten Beamten, deren Fahrzeuge umgestürzt und in Brand gesetzt worden waren, sich schon längst wieder in Sicherheit befanden.
Fest steht, daß die Gasgranaten - in Styropor gehüllte Blechpatronen mit CN-Reizstoff - zu Dutzenden über einer Ansammlung von mindestens tausend Demonstranten abgeworfen wurden, in der sich nur eine geringe Anzahl von Chaoten befand.
Der Großhubschrauber tauchte so tief ab daß der Luftdruck der Rotorblätter Kinder und ältere Leute umwarf und daß Würstchenbuden und Bücherstände durcheinandergewirbelt wurden. Und der Granatenhagel, unter dem die Menschen panikartig auseinanderstoben, traf nebenbei auch einen Versorgungsplatz des Roten Kreuzes.
Der Effekt entsetzte am Boden denn auch manchen Polizisten. "Sind die denn verrückt geworden", entfuhr es einem, der sich vor den Gasschwaden davonmachte.
Bayerns Innenminister Karl Hillermeier rechtfertigt das Bombardement. Etwa nach dem Motto "Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um" argumentiert der Minister, auch friedliche Demonstranten, die sich in den Rückzugsbereich der Gewalttäter vorwagen, seien selber schuld, wenn sie - von welchen Maßnahmen auch immer - in Mitleidenschaft gezogen würden.
In Notwehrlagen, wie sie vom bayrischen Innenministerium der Situation der 30 Verkehrsregelungs-Beamten unterstellt werden, wäre nach Auffassung von Hillermeiers Polizeiabteilungsleiter Joachim Schweinoch sogar Schußwaffengebrauch angebracht gewesen - ein Hinweis darauf, daß demnächst bei Krawallen in Wackersdorf womöglich nicht nur mit Wasserwerfern scharf geschossen wird.
Schon kündigte Hillermeier letzte Woche auch an, Bayern werde notfalls im Alleingang neue

Distanzwaffen wie die von Messerschmitt-Bölkow-Blohm entwickelten "Wirkwurfkörper" ins Arsenal aufnehmen. Auch hält es der Münchner Polizeiminister für angezeigt, daß der alte, bis 1970 gültige Straftatbestand des Landfriedensbruchs restauriert wird. Demnach würde sich künftig wieder jeder strafbar machen, der sich - mitgefangen, mitgehangen - auch nur in einer Ansammlung aufhält, von der Gewalt ausgeht.
Unterstützung bekam die Münchner Vorwärtsstrategie von auswärtigen Strategen. Der Bonner Staatsminister Jürgen Möllemann (FDP) beispielsweise forderte. Probleme vom Wackersdorfer Format sollten künftig von der Anti-Terror-Truppe GSG 9 in Zusammenarbeit mit den mobilen Einsatzkommandos der Länder gelöst werden, während sich die gewöhnlichen Polizisten dann auf Personenkontrollen im Umkreis beschränken könnten.
Das Law-and-order-Geschrei wie die politischen Wertungen (Bayerns Strauß: "Kommunistische und anarchistische Gruppen, die nach typischen kommunistischen Bürgerkriegsmuster Reizthemen zur Aufhetzung der Massen suchten") konnten freilich nicht verdecken, daß der Pfingsteinsatz der bayrischen Ordnungsmacht ein Debakel war.
Bayerns Innenminister räumte selbst ein, daß man das nach Wackersdorf anrückende Gewaltpotential unterschätzt habe und von einer "bisher nicht gekannten kriminellen Energie" überrascht worden sei - trotz Tschernobyl und reichlichen Informationen verschiedener Verfassungsschutzämter. Womöglich wurden die WAA-Verteidiger "Opfer der eigenen Überzeugungen", wie ein hoher norddeutscher Verfassungsschützer annimmt, der den Münchnern die fatale Devise zutraut: "Wir sind besser, wir sind tüchtiger, und Bayern sind sowieso anders."
Pfingsten in Wackersdorf - das bedeutete am Ende aber auch Komplikationen für die Antikernkraftbewegung. Einerseits durchkreuzte der brutale Auftritt der Militanten die friedlichen Überzeugungsbemühungen, die der großen Mehrheit der WAA-Gegner noch immer unterstellt werden dürfen. "Der Bevölkerung", sagt Wolfgang Daniels, ein Sprecher der Oberpfälzer Bürgerinitiativen, "kann kein Bürgerkrieg um diese Anlage zugemutet werden."
Zumindest sind am Pfingstwochenende Einheimische beobachtet worden, darunter Frauen und Männer im Rentenalter, die im Gelände die Militanten mit Steinen versorgten, von denen es am Bauzaun längst keine mehr gibt.<<

06.06.1986

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" veröffentlicht am 6. Juni 1986 folgende Rede des deutschen Historikers Ernst Nolte (1923-2016): >>**Die Vergangenheit, die nicht vergehen will**

Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte / Von Ernst Nolte
Mit der "Vergangenheit, die nicht vergehen will", kann nur die nationalsozialistische Vergangenheit der Deutschen oder Deutschlands gemeint sein. Das Thema impliziert die These, daß normalerweise jede Vergangenheit vergeht und daß es sich bei diesem Nicht-Vergehen um etwas ganz Exzeptionelles handelt. Andererseits kann das normale Vergehen der Vergangenheit nicht als ein Verschwinden gefaßt werden. Das Zeitalter des Ersten Napoleon etwa wird in historischen Arbeiten immer wieder vergegenwärtigt und ebenso die Augusteische Klassik. Aber diese Vergangenheiten haben offenbar das Bedrängende verloren, das sie für die Zeitgenossen hatten. Eben deshalb können sie den Historikern überlassen werden.
Die nationalsozialistische Vergangenheit dagegen unterliegt - wie kürzlich noch Hermann Lübbe hervorgehoben hat - anscheinend diesem Hinschwinden, diesem Entkräftigungsvorgang nicht, sondern sie scheint immer noch lebendiger und kraftvoller zu werden, aber nicht als Vorbild, sondern als Schreckbild, als eine Vergangenheit, die sich geradezu als Gegenwart etabliert oder die wie ein Richtschwert über der Gegenwart aufgehängt ist.

Schwarz-Weiß-Bilder

Dafür gibt es gute Gründe. Je eindeutiger sich die Bundesrepublik Deutschland und die westliche Gesellschaft überhaupt zur "Wohlstandsgesellschaft" entwickeln, um so befremdender

wird das Bild des Dritten Reiches mit seiner Ideologie der kriegerischen Opferbereitschaft, der Maxime "Kanonen statt Butter", der bei Schulfesten im Chor herausgeschmetterten Edda-Zitate wie "Unser Tod wird ein Fest".
Alle Menschen sind heute Gesinnungspazifisten, aber sie können gleichwohl nicht aus sicherer Distanz auf den Bellizismus der Nationalsozialisten blicken, denn sie wissen, daß die beiden Supermächte Jahr für Jahr weitaus mehr für ihre Rüstung ausgeben, als Hitler von 1933 bis 1939 ausgegeben hatte, und so bleibt eine tiefe Unsicherheit, die den Feind lieber im Eindeutigen anklagt als in der Verwirrung der Gegenwart.
Ähnliches gilt für den Feminismus: Im Nationalsozialismus war der "Männlichkeitswahn" noch voll von provozierendem Selbstbewußtsein, und in der Gegenwart neigt er dazu, sich zu verleugnen und zu verstecken - der Nationalsozialismus ist also der gegenwärtige Feind in seiner letzten noch ganz unverkennbaren Erscheinungsform.
Der Anspruch Hitlers auf "Weltherrschaft" muß sich um so ungeheuerlicher ausnehmen, je unzweideutiger sich herausstellt, daß die Bundesrepublik in der Weltpolitik allenfalls die Rolle eines Staates von mittlerer Größenordnung spielen kann - "Harmlosigkeit" jedoch wird ihr gleichwohl nicht attestiert, und an vielen Stellen ist die Befürchtung noch lebendig, sie könne zwar nicht zur Ursache, aber doch zum Ausgangspunkt eines dritten Weltkriegs werden.
Mehr als alles andere trug indessen die Erinnerung an die "Endlösung" zum Nichtvergehen der Vergangenheit bei, denn die Ungeheuerlichkeit der fabrikmäßigen Vernichtung von mehreren Millionen Menschen mußte um so unfaßbarer werden, je mehr die Bundesrepublik Deutschland durch ihre Gesetzgebung sich der Vorhut unter den humanitären Staaten hinzugesellte. Aber Zweifel blieben eben auch hier, und zahlreiche Ausländer glaubten und glauben ebensowenig wie viele Deutsche an die Identität von "pays légal" und "pays réel".
Aber war es wirklich nur die Verstocktheit des "pays réel" der Stammtische, die diesem Nichtvergehen der Vergangenheit widerstrebte und einen "Schlußstrich" gezogen wissen wollte, damit die deutsche Vergangenheit sich nicht mehr grundsätzlich von anderen Vergangenheiten unterscheide?
Steckt nicht in vielen der Argumente und Fragen ein Kern des Richtigen, die gleichsam eine Mauer gegen das Verlangen nach immer fortgehender "Auseinandersetzung" mit dem Nationalsozialismus aufrichten?
Ich führe einige dieser Argumente oder Fragen an, um dann einen Begriff desjenigen "Verfehlens" zu entwickeln, das nach meiner Auffassung das entscheidende ist, und diejenige "Auseinandersetzung" zu umreißen, die von einem "Schlußstrich" ebenso weit entfernt ist wie von der immer wieder beschworenen "Bewältigung".
Gerade diejenigen, die am meisten und mit dem negativsten Akzent von "Interessen" sprechen, lassen die Frage nicht zu, ob bei jenem Nichtvergehen der Vergangenheit auch Interessen im Spiel waren oder sind. Etwa die Interessen der Verfolgten und ihrer Nachfahren an einem permanenten Status des Herausgehoben- und Privilegiertseins.
Die Rede von der "Schuld der Deutschen" übersieht allzu geflissen die Ähnlichkeit mit der Rede von der "Schuld der Juden", die ein Hauptargument der Nationalsozialisten war. Alle Schuldvorwürfe gegen "die Deutschen", die von Deutschen kommen, sind unaufrichtig, da die Ankläger sich selbst oder die Gruppe, die sie vertreten, nicht einbeziehen und im Grunde bloß den alten Gegnern einen entscheidenden Schlag versetzen wollen.
Die der "Endlösung" gewidmete Aufmerksamkeit lenkt von wichtigen Tatbeständen der nationalsozialistischen Zeit ab wie etwa der Tötung "lebensunwerten Lebens" und der Behandlung der russischen Kriegsgefangenen, vor allem aber von entscheidenden Fragen der Gegenwart - etwa denjenigen des Seinscharakters von "ungeborenem Leben" oder des Vorliegens von "Völkermord" gestern in Vietnam und heute in Afghanistan.
Das Nebeneinander dieser zwei Argumentationsreihen, von denen die eine im Vordergrund

steht, aber sich doch nicht vollständig durchsetzen konnte, hat zu einer Situation geführt, die man als paradox oder auch als grotesk bezeichnen kann.
Eine voreilige Äußerung eines Bundestagsabgeordneten zu gewissen Forderungen der Sprecher jüdischer Organisationen oder das Ausgleiten eines Kommunalpolitikers in eine Geschmacklosigkeit werden zu Symptomen von "Antisemitismus" aufgebauscht, als wäre jede Erinnerung an den genuinen (ursprünglichen) und keineswegs schon nationalsozialistischen Antisemitismus der Weimarer Zeit verschwunden, und um die gleiche Zeit läuft im Fernsehen der bewegende Dokumentarfilm "Shoah" eines jüdischen Regisseurs, der es in einigen Passagen wahrscheinlich macht, daß auch die SS-Mannschaften der Todeslager auf ihre Art Opfer sein mochten und daß es andererseits unter den polnischen Opfern des Nationalsozialismus virulenten Antisemitismus gab.
Zwar rief der Besuch des amerikanischen Präsidenten auf dem Soldatenfriedhof Bitburg eine sehr emotionale Diskussion hervor, aber die Furcht vor der Anklage der "Aufrechnung" und vor Vergleichen überhaupt ließ die einfache Frage nicht zu, was es bedeutet haben würde, wenn der damalige Bundeskanzler sich 1953 geweigert hätte, den Soldatenfriedhof von Arlington zu besuchen, und zwar mit der Begründung, dort seien auch Männer begraben, die an den Terrorangriffen gegen die deutsche Zivilbevölkerung teilgenommen hätten.
Für den Historiker ist eben dies die beklagenswerteste Folge des "Nichtvergehens" der Vergangenheit: daß die einfachsten Regeln, die für jede Vergangenheit gelten, außer Kraft gesetzt zu sein scheinen, nämlich daß jede Vergangenheit mehr und mehr in ihrer Komplexität erkennbar werden muß, daß der Zusammenhang immer besser sichtbar wird, in den sie verspannt war, daß die Schwarz-Weiß-Bilder der kämpfenden Zeitgenossen korrigiert werden, daß frühere Darstellungen einer Revision unterzogen werden.
Genau diese Regel aber erscheint in ihrer Anwendung auf das Dritte Reich "volkspädagogisch gefährlich": Könnte sie nicht zu einer Rechtfertigung Hitlers oder mindestens zu einer "Exkulpation der Deutschen" führen? Zieht dadurch nicht die Möglichkeit herauf, daß die Deutschen sich wieder mit dem Dritten Reich identifizieren, wie sie es ja in ihrer großen Mehrheit mindestens während der Jahre 1935 bis 1939 getan haben, und daß sie die Lektion nicht lernen, die ihnen von der Geschichte aufgetragen worden ist?
Darauf läßt sich in aller Kürze und apodiktisch antworten: Kein Deutscher kann Hitler rechtfertigen wollen, und wäre es nur wegen der Vernichtungsbefehle gegen das deutsche Volk vom März 1945. Daß die Deutschen aus der Geschichte Lehren ziehen, wird nicht durch die Historiker und Publizisten garantiert, sondern durch die vollständige Veränderung der Machtverhältnisse und durch die anschaulichen Konsequenzen von zwei großen Niederlagen. Falsche Lehren können sie freilich immer noch ziehen, aber dann nur auf einem Wege, der neuartig und jedenfalls "antifaschistisch" sein dürfte.
Es ist richtig, daß es an Bemühungen nicht gefehlt hat, über die Ebene der Polemik hinauszukommen und ein objektiveres Bild des Dritten Reiches und seines Führers zu zeichnen; es genügt, die Namen von Joachim Fest und Sebastian Haffner zu nennen. Beide haben aber in erster Linie den "innerdeutschen Aspekt" im Blick.
Ich will im folgenden versuchen, anhand einiger Fragen und Schlüsselworte die Perspektive anzudeuten, in der diese Vergangenheit gesehen werden sollte, wenn ihr jene "Gleichbehandlung" widerfahren soll, die ein prinzipielles Postulat der Philosophie und der Geschichtswissenschaft ist, die aber nicht zu Gleichsetzungen führt, sondern gerade zur Herausstellung von Unterschieden.

Erhellende Schlüsselworte

Max Erwin von Scheubner-Richter, der später einer der engsten Mitarbeiter Hitlers war und dann im November 1923 bei dem Marsch zur Feldherrenhalle von einer tödlichen Kugel getroffen wurde, war 1915 als deutscher Konsul in Erzerum tätig. Dort wurde er zum Augen-

zeugen jener Deportationen der armenischen Bevölkerung, die den Anfang des ersten großen Völkermordes des 20. Jahrhunderts darstellten. Er scheute keine Mühe, den türkischen Behörden entgegenzutreten, und sein Biograph schließt im Jahre 1938 die Schilderung der Vorgänge mit folgenden Sätzen:
"Aber was waren diese wenigen Menschen gegen den Vernichtungswillen der türkischen Pforte, die sich sogar den direktesten Mahnungen aus Berlin verschloß, gegen die wölfische Wildheit der losgelassenen Kurden, gegen die mit ungeheurer Schnelligkeit sich vollziehende Katastrophe, in der ein Volk Asiens mit dem anderen nach asiatischer Art, fern von europäischer Zivilisation, sich auseinandersetzte?"
Niemand weiß, was Scheubner-Richter getan oder unterlassen haben würde, wenn er anstelle von Alfred Rosenberg zum Minister für die besetzten Ostgebiete gemacht worden wäre. Aber es spricht sehr wenig dafür, daß zwischen ihm und Rosenberg und Himmler, ja sogar zwischen ihm und Hitler selbst ein grundlegender Unterschied bestand. Dann aber muß man fragen: Was konnte Männer, die einen Völkermord, mit dem sie in nahe Berührung kamen, als "asiatisch" empfanden, dazu veranlassen, selbst einen Völkermord von noch grauenvollerer Natur zu initiieren? Es gibt erhellende Schlüsselworte. Eins davon ist das folgende:
Als Hitler am 1. Februar 1943 die Nachricht von der Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad erhielt, sagte er in der Lagebesprechung gleich voraus, daß einige der gefangenen Offiziere in der sowjetischen Propaganda tätig werden würden: "Sie müssen sich vorstellen, er (ein solcher Offizier) kommt nach Moskau hinein, und stellen Sie sich den "Rattenkäfig" vor. Da unterschreibt er alles. Er wird Geständnisse machen, Aufrufe machen ..."
Die Kommentatoren geben die Erläuterung, mit "Rattenkäfig" sei die Lubjanka (Moskauer Zentralgefängnis des sowjetischen Geheimdienstes) gemeint. Ich halte das für falsch.
In George Orwells "1984" wird beschrieben, wie der Held Winston Smith durch die Geheimpolizei des "Großen Bruders" nach langen Folterungen endlich gezwungen wird, seine Verlobte zu verleugnen und damit auf seine Menschenwürde Verzicht zu tun. Man bringt einen Käfig vor seinen Kopf, in dem eine vor Hunger halb irrsinnig gewordene Ratte sitzt.
Der Vernehmungsbeamte droht, den Verschluß zu öffnen, und da bricht Winston Smith zusammen. Diese Geschichte hat Orwell nicht erdichtet, sie findet sich an zahlreichen Stellen der antibolschewistischen Literatur über den russischen Bürgerkrieg, unter anderem bei dem als verläßlich geltenden Sozialisten Melgunow. Sie wird der "chinesischen Tscheka" zugeschrieben.

Archipel GULag und Auschwitz

Es ist ein auffallender Mangel der Literatur über den Nationalsozialismus, daß sie nicht weiß oder nicht wahrhaben will, in welchem Ausmaß all dasjenige, was die Nationalsozialisten später taten, mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung, in einer umfangreichen Literatur der frühen zwanziger Jahre bereits beschrieben war: Massendeportationen und -erschießungen, Folterungen, Todeslager, Ausrottungen ganzer Gruppen nach bloß objektiven Kriterien, öffentliche Forderungen nach Vernichtung von Millionen schuldloser, aber als "feindlich" erachteter Menschen.
Es ist wahrscheinlich, daß viele dieser Berichte übertrieben waren. Es ist sicher, daß auch der "weiße Terror" fürchterliche Taten vollbrachte, obwohl es in seinem Rahmen keine Analogie zu der postulierten "Ausrottung der Bourgeoisie" geben konnte. Aber gleichwohl muß die folgende Frage als zulässig, ja unvermeidbar erscheinen:
Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine "asiatische" Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer "asiatischen" Tat betrachteten?
War nicht der "Archipel GULag" ursprünglicher als "Auschwitz"?
War nicht der "Klassenmord" der Bolschewiki das logische und faktische Prius des "Rassen-

mords" der Nationalsozialisten?
Sind Hitlers geheimste Handlungen nicht gerade auch dadurch zu erklären, daß er den "Rattenkäfig" nicht vergessen hatte?
Rührte Auschwitz vielleicht in seinen Ursprüngen aus einer Vergangenheit her, die nicht vergehen wollte?
Man braucht das verschollene Büchlein von Melgunow nicht gelesen zu haben, um solche Fragen zu stellen. Aber man scheut sich, sie aufzuwerfen, und auch ich habe mich lange Zeit gescheut, sie zu stellen.
Sie gelten als antikommunistische Kampfthesen oder als Produkte des kalten Krieges. Sie passen auch nicht recht zur Fachwissenschaft, die immer engere Fragestellungen wählen muß. Aber sie beruhen auf schlichten Wahrheiten. Wahrheiten willentlich auszusparen, mag moralische Gründe haben, aber es verstößt gegen das Ethos der Wissenschaft.
Die Bedenken wären nur dann berechtigt, wenn man bei diesen Tatbeständen und Fragen stehenbliebe und sie nicht ihrerseits in einen größeren Zusammenhang stellte, nämlich in den Zusammenhang jener qualitativen Brüche in der europäischen Geschichte, die mit der industriellen Revolution beginnen und jeweils eine erregte Suche nach den "Schuldigen" oder doch nach den "Urhebern" einer als verhängnisvoll betrachteten Entwicklung auslösten. Erst in diesem Rahmen würde ganz deutlich werden, daß sich trotz aller Vergleichbarkeit die biologischen Vernichtungsaktionen des Nationalsozialismus qualitativ von der sozialen Vernichtung unterschieden, die der Bolschewismus vornahm.
Aber so wenig wie ein Mord, und gar ein Massenmord, durch einen anderen Mord "gerechtfertigt" werden kann, so gründlich führt doch eine Einstellung in die Irre, die nur auf den einen Mord und den einen Massenmord hinblickt und den anderen nicht zur Kenntnis nehmen will, obwohl ein kausaler Nexus wahrscheinlich ist.
Wer sich diese Geschichte nicht als Mythologem, sondern in ihren wesentlichen Zusammenhängen vor Augen stellt, der wird zu einer zentralen Folgerung getrieben: Wenn sie in all ihrer Dunkelheit und in all ihren Schrecknissen, aber auch in der verwirrenden Neuartigkeit, die man den Handelnden zugute halten muß, einen Sinn für die Nachfahren gehabt hat, dann muß er im Freiwerden von der Tyrannei des kollektivistischen Denkens bestehen.
Das sollte zugleich die entschiedene Hinwendung zu allen Regeln einer freiheitlichen Ordnung bedeuten, einer Ordnung, welche die Kritik zuläßt und ermutigt, soweit sie sich auf Handlungen, Denkweisen und Traditionen bezieht, also auch auf Regierungen und Organisationen aller Art, die aber die Kritik an Gegebenheiten mit dem Stigma des Unzulässigen versehen muß, von denen die Individuen sich nicht oder nur unter größten Anstrengungen lösen können, als die Kritik an "den" Juden, "den" Russen, "den" Deutschen oder "den" Kleinbürgern. Sofern die Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus gerade von diesem kollektivistischen Denken geprägt ist, sollte endlich ein Schlußstrich gezogen werden.
Es ist nicht zu leugnen, daß dann Gedankenlosigkeit und Selbstzufriedenheit um sich greifen könnten. Aber das muß nicht so sein, und Wahrheit darf jedenfalls nicht von Nützlichkeit abhängig gemacht werden. Eine umfassende Auseinandersetzung, die vor allem im Nachdenken über die Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte bestehen müßte, würde die Vergangenheit, von der im Thema die Rede ist, zwar ebenso zum "Vergehen" bringen, wie es jeder Vergangenheit zukommt, aber sie würde sie sich gerade dadurch zu eigen machen.<<

08.06.1986

Ost-Berlin: Bei den Ost-Berliner Volkskammerwahlen entscheiden sich 99,94 % der Wähler am 8. Juni 1986 für die SED-Einheitsliste.

05.08.1986

DDR: Das SED-Ministerium für Post- und Fernmeldewesen gibt am 5. August 1986 zum 25. Jahrestag des Mauerbaues eine Sonderbriefmarke heraus.

Die deutsche Bundespost kündigt daraufhin an, Briefe mit diesen Briefmarken nicht zu befördern.

01.09.1986

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (36/1986) berichtet am 1. September 1986 über das Buch "Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums" des deutschen Historikers Andreas Hillgruber (1925-1989: >>**Vergangenheit, die nicht vergehen will**

Die "deutsche Vergangenheit" soll sich nicht länger "grundsätzlich von anderen Vergangenheiten" unterscheiden. Auch jene Vergangenheit nicht, die "wie ein Richtschwert über der Gegenwart aufgehängt ist" und "immer noch lebendiger und kraftvoller" zu werden droht.

Eigentlich wollte Ernst Nolte, ein bedeutender Faschismusforscher, der einen Namen zu verlieren hat, diese fromme Gleichung - daß polnische, französische, englische, amerikanische, vor allem aber russische Vergangenheit sich nicht grundsätzlich von der Nazi-Zeit unterscheidet - im Juni 1986 bei den Frankfurter Römerberggesprächen über "Politische Kultur - heute?" vortragen. Als es dazu nicht kam, verbreitete er sie in der "FAZ" (vom 6. Juni 1986).

Nolte rügt, daß so mancher, der über den Nationalsozialismus redet und schreibt, nicht wisse oder nicht wahrhaben wolle, daß das, was die Nazis taten, andere schon vorher getan hätten - "mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung".

Nachdrücklich betont der Historiker, daß darüber - über "Massendeportationen und Massenerschießungen, Folterungen, Todeslager, Ausrottungen ganzer Gruppen nach bloß objektiven Kriterien" - vor Hitler und Himmler reichlich nachzulesen ist.

Seine Absicht ist unverkennbar: Das Unvergleichbare soll vergleichbar scheinen - damit die Vergangenheit (sich) verzieht. Aufrechnung nennt man das, nachkriegsdeutsch: der stalinistische Archipel Gulag gegen das nationalsozialistische Auschwitz beispielsweise. Noltes, wie er meint, "zulässige, ja unvermeidbare" Frage lautet: "War nicht der "Archipel Gulag" ursprünglicher als Auschwitz"; "rührte Auschwitz vielleicht in seinen Ursprüngen aus einer Vergangenheit her, die nicht vergehen wollte"?

Wie Nolte darauf antwortet, ahnt jedermann. Er treibt die aberwitzige Analogie bis zur perfiden Apologie: "Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine "asiatische" Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer "asiatischen" Tat betrachteten?" Auschwitz aus Angst vor Gulag.

An anderer Stelle, in seinem Aufsatz "Zwischen Mythos und Revisionismus", schreibt Nolte lässig von der "sogenannten Vernichtung der Juden während des Dritten Reiches". Sie sei, beschwichtigt der Historiker, der augenscheinlich in revisionistisches Fahrwasser geraten ist, eine "Reaktion oder eine verzerrte Kopie, aber nicht ein erstmaliger Vorgang oder ein Original".

Der ebenfalls tonangebende Kollege Klaus Hildebrand, Bonn, lobt den Autor, der es verstanden habe, das "scheinbar Einzigartige" "historisierend einzuordnen", den "totalitären Tatbestand in dem aufeinander bezogenen Zusammenhang russischer und deutscher Geschichte zu begreifen", also zu relativieren. Die Laudatio erschien in der "Historischen Zeitschrift", dem Renommierorgan der Zunft.

Völkermord, Massenaustreibung, Folter et cetera sind durchaus geschichtsnotorisch, in der fernen und nahen Vergangenheit, wer wüßte das nicht. Aber die barbarischen, programmatisch geplanten, administrativ und industriell vollstreckten Ausrottungsexzesse einer hochzivilisierten Kulturnation sind gleichwohl einzigartig. Aber daran muß man sich nicht klammern. Denn wären die NS-Exzesse wirklich nur scheinbar einzigartig, die Geschichte des Dritten Reiches müßte auch dann nicht umgeschrieben werden.

Um relativierende Zusammenschau geht es auch dem Dritten im Bunde. Andreas Hillgruber, Köln, der bisher mit nüchternen Analysen über Hitlers Politik und Kriegsführung aufgewartet

hat; was dabei herauskommt, ist patriotische Klitterei.
In seinem schmalen Bändchen "Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums" bewältigt auch er unvergängliche Vergangenheit "im Zusammenhang russischer und deutscher Geschichte".
Die "Racheorgien der Roten Armee", die "Massenvergewaltigungen", die "willkürlichen Morde" der Sowjets sollen die großdeutschen Untaten in milderes Licht tauchen.
Auf (den) Holocaust kommt Hillgruber in seiner Studie nur am Rande zu sprechen, ausdrücklich überhaupt nicht. Ihm widmet er einen mehr referierenden 22-Seiten-Exkurs, ein Anhang, der wohl sein mußte. Vielleicht soll "zweierlei Untergang" aber auch zweierlei Geschichte besagen.
"Der in der Rhetorik von Kriegsheftchen beschworenen "Zerschlagung des Deutschen Reiches", merkte Philosophie-Professor Jürgen Habermas dazu an, "steht das nüchtern registrierte Ende des europäischem Judentums gegenüber." Die "Zerschlagung" verlangt einen aggressiven Gegner, ein "Ende" stellt sich gleichsam von selber ein.
Neu ist Hillgrubers Behauptung, Hitler habe es mit der Endlösung gar nicht so leicht gehabt, denn: "Mit diesem radikalen Ernstnehmen hob sich Hitler ... auch von den Vorstellungen der NS-Führungsclique" ab; "Göring, Himmler und Heydrich" eingeschlossen.
Wenigstens wundert sich Hillgruber auf konventionelle Weise, wie dann alles wie geschmiert über die KZ-Rampen gehen konnte. Insbesondere der "hohe Anteil von Akademikern" unter den NS-Tätern - einschließlich des "humanistisch gebildeten, hochqualifizierten Arztes Dr. phil. Dr. med. Josef Mengele" (Hillgruber) - macht ihm, standesgemäß, zu schaffen. Die dahintersteckende Erkenntnis, daß gerade die Eliten vorneweg und scharenweise zu Hitler überliefen, hält er zurück.
Hillgrubers Herzenssache ist das "Geschehen, das das Deutsche Reich und damit die europäische Mitte an ihr Ende bringen sollte", martialisch, die "Winterkatastrophe 1944/45", das "Überrollen des deutschen Ostens", die "Überflutung der Heimat durch die Rote Armee". Die "Komplexität" dieses Geschehens, das er selber auf den Zusammenbruch der Ostfront verkürzt, sei auf "unzulässige Weise ausschließlich - fast monokausal - als sachlogische Konsequenz der hybriden Ziele der Hitlerschen Expansionspolitik und ihrer rassenideologischen Grundlagen interpretiert". Als stimmte das nicht.
In der Zusammenschau vermißt Hillgruber die "davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte", insbesondere Hinweise auf deren Teilungs- und Vertreibungspläne, doch die sind von der Geschichtsschreibung keineswegs übergangen worden. Hermann Graml vom Institut für Zeitgeschichte beispielsweise führt in seinem Buch über "Die Alliierten und die Teilung Deutschlands", erschienen 1985, zu diesem Thema über 100 einschlägige Titel an.
Unverzichtbar ist Hillgruber auch der Hinweis, daß die alliierten Kriegsziele feststanden, lange bevor die Grausamkeiten in Auschwitz und anderen Konzentrationslagern bekanntgeworden seien.
Er verschweigt, daß die zunächst vagen Kriegsziele der Alliierten keinerlei Einfluß auf Hitlers Eroberungskrieg, auf die Kriegs- und NS-Verbrechen gehabt haben; äußerstenfalls hat die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation die Durchhaltegenerale noch angestachelt. Er will auch nicht wahrhaben, daß es aus alliierter Sicht genügend einleuchtende Gründe gegeben hat, das Dritte Reich zu zerschlagen.
Sinnstiftend (eine neokonservative Historikervokabel) verklärt der Kölner Geschichtslehrer den "verzweifelten Abwehrkampf um die Bewahrung der Eigenständigkeit der Großmachtstellung des Deutschen Reiches, das nach dem Willen der Alliierten zertrümmert werden sollte", zu patriotischer Notwehr. Er bewundert das "schützende militärische Bollwerk" im deutschen Osten, würdigt die "verantwortungsethische Position der Befehlshaber, Landräte und Bürgermeister", auch jene "Hoheitsträger der NSDAP", die sich in der Not "bewährten", und

die belgischen, holländischen, skandinavischen SS-Kontingente, in deren Fronteinsatz sich angeblich die "europäische Konzeption der SS" spiegelte.
Identifizierung hält Hillgruber überhaupt für ein "Schlüsselproblem, dem der Historiker nicht mit allgemeinen Hinweisen auf das Objektivitätsideal ausweichen" dürfe. Warum, sagt er nicht, und das ist, wenn von einem freien Wissenschaftsbetrieb auszugehen ist, auch nicht ohne weiteres ersichtlich.
Womit, mit wem identifiziert sich Hillgruber, der ja den Auftrag des Historikers zurückweist, möglichst die Dinge über den Dingen stehend zu bewerten? Das macht er zunächst, bevor er sich tapfer bekennt, an Positionen deutlich, die er nicht teilt - etwa an Norbert Blüms provozierender Überlegung, die der CDU-Politiker in der Kontroverse um den einstigen NS-Kriegsrichter und damaligen Ministerpräsidenten Hans Filbinger ("Was damals Rechtens war, das kann heute nicht Unrecht sein") angestellt hatte.
"Ob einer", schrieb Blüm 1978 im SPIEGEL, "im KZ Hitler gedient hat oder an der Front, macht in meinen Augen nur einen graduellen Unterschied aus. Das KZ stand schließlich nur so lange, wie die Front hielt."
Diese These, so Hillgruber, lasse nur die "Schlußfolgerung zu, daß es wünschenswert gewesen wäre, die Fronten ... möglichst einstürzen zu lassen". Schlußfolgerung aus der Schlußfolgerung: Das ginge Hillgruber zu weit.
Auch mit der Widerstandsgruppe um Stauffenberg mag er sich nicht identifizieren: "Jetzt, im Angesicht der Katastrophe... sollte geputscht werden?" Bloß nicht. Da hätte es ein "heilloses Durcheinander in der deutschen Führung" gegeben, und dieses "Debakel" hätten die Sowjets nur "zu noch schnellerer Kriegsentscheidung" genutzt.
Warum nicht lieber heut als morgen Schluß, wo doch, wie Hillgruber selbst zugibt, schon alles verloren war? Dem Patrioten Hillgruber "bleibt nur eine Position" - er muß sich "mit dem konkreten Schicksal der deutschen Bevölkerung im Osten und mit den verzweifelten und opferreichen Anstrengungen des deutschen Ostheeres und der deutschen Marine im Ostseebereich identifizieren, die die Bevölkerung des deutschen Ostens vor den Racheorgien der Roten Armee zu bewahren suchten. So komplex ist das Geschehen.
Habermas nennt Hillgrubers Buch einen "Skandal". In der "Zeit" notierte er scharfsinnig die "Selbstbeobachtung eines Patienten, der sich einer revisionistischen Operation seines Geschichtsbewußtseins unterzieht", was eine scharfzüngige Replik aus dem Lager der Revisionisten auslöste.
Hildebrand, der sich schon Noltes "wegweisende" Thesen von der Vergleichbarkeit des Unvergleichbaren zu eigen gemacht hatte, nannte Habermas" "Selbstbeobachtung" ein "trübes Gebräu aus Politik und Wissenschaft", aus Vorurteilen und Tatsachen". Gereizt verwahrt er sich dagegen, "mit den Füßen im Zement irgendeines Geschichtsbildes" zu stehen, sich "Frageverbote auferlegen" zu sollen, "die es untersagen, nach Parallelen zwischen der Vernichtungsqualität des Kommunismus und des Nationalsozialismus zu fragen beziehungsweise den Vorbildern und Spuren des "Judenmordes" in der Geschichte nachzugehen".
Gut geheuchelt. Denn niemand verhängt oder akzeptiert "Frageverbote", einschlägige Fragen sind längst gestellt, niemand wehrt sich gegen historische Parallelen. Anstoß und den Verdacht, hier werde geklittert, erregen Fragen und Parallelen zu dem Zweck, die Vergangenheit auf patriotische Weise zu bewältigen, Auschwitz mit Gulag zu erklären oder sogar zu begründen, unter den störenden Schuldgefühlen endlich einen Schlußstrich zu ziehen.
Hildebrand ist einer der Gutachter für das von Helmut Kohl geforderte Bonner "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland", das nach dem Willen des Kanzlers den Westdeutschen richtiges Geschichtsbewußtsein und nationale Identität vermitteln soll, Hillgruber einer der Berater. Sind ihre Konstrukte Vorboten oder schon Ausläufer konservativer Tendenzweise?

Sinnverwandtschaft besteht jedenfalls mit dem konservativen Vordenker Michael Stürmer, der gelegentlich auch Reden verfaßt, die der Kanzler bei feierlichen Anlässen verliest. Der Erlanger Historiker befindet sich "auf der Suche nach der verlorenen Geschichte". Zu einem bestimmten Zweck.
"Sinnstiftung" lautet der wissenschaftsfremde Auftrag, den er sich und seiner Zunft verschreibt. "Höhere Sinnstiftung" sogar, die, wie er meint, "nach der Religion bisher allein Nation und Patriotismus zu leisten imstande waren".
"Sinnstiftung" wozu ist klar: "In der Wirklichkeit des geteilten Deutschlands müssen die Deutschen ihre nationale Identität finden." Wie nachgeholfen werden soll, deuten Stürmer Hildebrand, Hillgruber und Nolte an - "historisierend".
Die vermaledeite Vergangenheit, die "nicht vergehen" und ein heiles Geschichtsbewußtsein nicht aufkommen lassen will, wird relativiert. Warum Sinnstiftung staatstragend ist, hat Stürmer unverblümt gesagt:
"Die Zukunft wird nur der gewinnen, der die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet."<<

10.09.1986

BRD: Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, deutscher Bundeskanzler von 1974-82, herausragender Politiker der deutschen Sozialdemokratie) erinnert am 10. September 1986 während seiner Abschiedsrede als Bundestagsabgeordneter an die NS-Diktatur und den Zweiten Weltkrieg (x075/121): >>Als der Krieg zu Ende war, ist es mir gegangen wie Millionen deutschen Soldaten auch. Wir haben mit großer Erleichterung gesagt: Gott sei Dank, es ist vorbei!
Im Kriege hatten wir Millionen ... Soldaten uns zuallermeist in einem schizophrenen Zustand befunden. Tagsüber haben wir gekämpft, teils weil wir das für unsere Pflicht hielten, teils um unser eigenes Leben zu bewahren, teils um nicht in Kriegsgefangenschaft zu fallen; aber des Nachts wünschten wir uns sehnlich das Ende des Krieges und der Nazidiktatur herbei - schizophren!
Wir waren ja damals jung, ganz jung ... Ich habe erst im Kriegsgefangenenlager in Belgien den Beginn einer geistigen Freiheit erlebt, die ich bis dahin nicht gekannt hatte. Ich war seit 1937 Wehrpflichtsoldat gewesen. Aber als die erste deutsche Demokratie 1933 völlig zerschlagen war, war ich gerade 14 Jahre alt geworden.
Woher sollte diese Generation später erfahren, was eine Demokratie sein kann? Ein sehr viel älterer kriegsgefangener Soldat, Hans Bohnenkamp hieß er, ein religiöser Sozialist, dazu ein Pädagoge von großer persönlicher Ausstrahlung, hat im Kriegsgefangenenlager meine Erziehung zum bewußten Demokraten und Sozialdemokraten eingeleitet. ...<<

31.10.1986

BRD: In ihrer Stellungnahme zur Frage der Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter vertritt die Bundesregierung am 31. Oktober 1986 nach wie vor den Standpunkt, daß es hier um zurückgestellte Reparationsforderungen nach dem Londoner Schuldenabkommen vom 27.02.1953 geht (x151/55): >>Bei Forderungen nach Entschädigung von Zwangsarbeit handelt es sich um Reparationsforderungen in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. ...<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später im Jahre 1986 in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die verdeckte Errichtung einer totalitären Weltdiktatur (x364/242-243): >>**XIV. Generalplan für eine Weltdiktatur**
"Was ist Wahrheit?" fragte ein hoher Beamter des römischen Reichs vor rund zweitausend Jahren. Eine Frage, die noch heute die meisten Menschen von sich abschütteln, sobald sie mit ihr in Berührung kommen. Unser Geist ist mit einem unerhört komplexen Computer zu vergleichen. Tag für Tag durchzucken ihn Millionen von Informationen, die über die fünf Sinne in ihn hineingelangt sind. Auf der Basis dieser Datenlawine und unserer Auswertung dieser

Daten treffen wir täglich Millionen von Entscheidungen. So automatisch ist der Ablauf, daß wir uns der jeweils getroffenen Entscheidung nur selten bewußt sind.
Leider läßt sich die große Mehrheit der Menschen durchs Leben treiben, während sie diese automatischen oder halbautomatischen Entscheidungen trifft, die nur allzuoft auf Fehlinformationen, Halbwahrheiten und mitunter sogar auf unverblümten Lügen beruhen. Das ist ein unbewußter Prozeß. Oft erkennen wir die Gefahr erst, wenn es zu spät ist.
Wie steht es mit neuen oder uns nicht vertrauten Informationen? Wie werden wir mit Daten fertig, die unserem geistigen Computer unmittelbar "erleuchten"? In den meisten Fällen tritt ein hochentwickelter, extrem empfindlicher Abwehrmechanismus in Aktion und überflutet uns mit beliebig vielen scheinbar logischen "Gründen", die erklären, warum es am besten ist, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und die neue Wahrheit baldmöglichst fallen zu lassen.
Churchill drückte das einmal so aus: "An irgendeinem Zeitpunkt ihres Lebens stolpern die meisten Menschen einmal über die Wahrheit. Der größte Teil von ihnen springt auf, klopft den Staub von den Kleidern und eilt seinen Geschäften nach, als sei nichts geschehen."
Wie handeln Sie in einer solchen Situation? Wenn Sie wirklich darüber nachdenken, werden Sie zugeben, daß Churchills Beobachtung wahr ist und in irgendeiner Form auch auf Sie zutrifft. Den meisten Menschen erscheint die Welt als heilloses Durcheinander sich widersprechender, verworrener Ideologien.
Und doch existiert ein Generalplan, nachdem seit Beginn des 20. Jahrhunderts die systematische Zerstörung der Zivilisation, aller Regierungen und Religionen und die ersten Schritte für die Errichtung einer totalitären Weltdiktatur abgelaufen sind. Er ist bekannt und wurde mehrmals veröffentlicht. Dieser Generalplan für unser Jahrhundert basiert auf dem berühmten Bericht über die Aktivitäten und Pläne der Illuminaten in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts.
Die Führer der Illuminaten sind eine kleine, aber mächtige Gruppe, die sich aus internationalen Bankiers, Industriellen, Wissenschaftlern, militärischen und politischen Führungskräften, Erziehern, Wirtschaftlern zusammensetzt. Sie alle haben die satanische Doktrin Adam Weishaupts und Albert Pikes akzeptiert. Sie verehren Satan, wie das von Albert Pike in seinem Buch "Morals and Dogma" gefordert wird. Sie anerkennen die Autorität keines Sterblichen außer ihres Führers. Sie dienen keiner Nation. Sie führen ihre Verschwörung fort, um schließlich die absolute Kontrolle über diese Welt und alles in ihr zu gewinnen.
Sie benutzen alle subversiven Bewegungen, um die Massen der Menschen in opponierende Gruppen in politischen, sozialen, rassischen, wirtschaftlichen und religiösen Fragen zu zersplittern. Sie bewaffnen diese Gruppen und ermuntern sie, einander zu bekämpfen. Sie hoffen, die Menschheit auf diesem selbstzerstörerischen Weg weiter zu führen, bis alle bestehenden politischen und religiösen Institutionen abgeschafft sind. Wenn das erreicht ist, soll ihr Despot Herrscher der ganzen Welt werden. Der Beweis für diese Behauptung ist in einem Dokument enthalten, das man das "neue Testament Satans" nennen kann.
Trotz aller Argumente über die Herkunft und den Ursprung des Testaments, ist es zweifellos und unwiderlegbar "der Plan", das "Komplott" oder der "Langzeitgeneralplan", mit dem diese verhältnismäßig kleine Gruppe immens wohlhabender, teuflisch geschickter und äußerst einflußreicher Männer die Führung in allen Bereichen der Gesellschaft stürzen und pervertieren will, um ihr Ziel zu erreichen. Sie versprechen Wohlstand, Luxus, "Selbstwertschätzung" und sinnliche Freude, um die Führer in die Falle zu locken, aus der es kein Entrinnen mehr gibt.
Die Männer, die in dem neuen Testament Satans die teuflische Verschwörung aushecken, waren keine Atheisten. Sie sind Mitglieder der Illuminaten, Jünger des ursprünglichen "Lichtträgers" Satan, des Teufels. Sie verehren Satan. …<<

10.12.1986

Norwegen: Elie Wiesel erinnert bei der Verleihung des Friedensnobelpreises am 10. Dezember 1986 in Oslo daran, daß man aktiv für die Menschenrechte eintreten muß (x075/269): >>Ich habe gegen das Vergessen und die Lüge gekämpft: Denn wenn wir vergessen, dann sind wir Komplizen. ... Ich habe geschworen, niemals zu schweigen, wenn Menschen verfolgt und erniedrigt werden. ...

Wir dachten es würde genügen, von der Flutwelle des Hasses zu erzählen, die über das jüdische Volk hereingebrochen war, und die Menschen überall würden entscheiden, daß ein für allemal ein Ende sei mit dem Haß – ein Ende mit dem Haß gegen die Juden, gegen die Araber, gegen die Asiaten, gegen die Immigranten, gegen die Fremden, gegen die andern, mit dem Haß gegen den andern. ...<<

1986

BRD: Der deutsche Völkerrechtler und Jurist Otto Kimminich (1932-1997) schreibt im Jahre 1986 über die öffentliche Diffamierung der Sudetendeutschen (x024/326-327): >>Die Wahrheit des Mottos "Gerechtigkeit schafft Frieden" kann sich nur entgegenstellen, wer das Völkerrecht überhaupt leugnet oder sich ihm widersetzt. Die Sudetendeutschen haben weder das eine noch das andere jemals getan.

Ihr Bekenntnis zu dem im geltenden Völkerrecht enthaltenen Gewaltverbot ist anläßlich des 35. Jahrestages der Stuttgarter Charta der Heimatvertriebenen rühmend hervorgehoben worden. Es wäre absurd, daraus einen Rechtsverzicht ableiten zu wollen.

Die Hoffnung auf einen dauerhaften Weltfrieden beruht doch gerade darauf, daß das Völkerrecht die friedliche, gewaltlose Lösung von Rechtsproblemen ermöglicht. Wer das bezweifelt, negiert Recht und Frieden in einem Atemzug.

Wenn diejenigen, die Unrecht getan haben, Angst vor jeder Berufung auf das Recht haben, so ist das durchaus verständlich. Ob ihnen die Angst durch den beharrliche Hinweis auf die mit der Friedensfunktion des Rechtes verbundene Bereitschaft zum Ausgleich und zur Verständigung genommen werden kann, muß immer wieder geprüft werden.

Unverständlich aber ist es, wenn das Vertrauen auf die friedensschaffende Kraft der Gerechtigkeit als hinterhältig, rückwärtsgewandt oder gar revanchistisch gebrandmarkt wird. Es gehört viel Seelenstärke dazu, solche Verteufelungen zu ertragen. ...<<

Aufgrund der von den Ausgleichsämtern erteilten Bescheide werden bis Ende 1986 folgende Entschädigungsleistungen an die reichs- und volksdeutschen Vertriebenen gezahlt (x088/23):

Entschädigungsleistungen des Lastenausgleichsfonds bis Ende 1986	**DM (Mio.)**
Hauptentschädigung	23.055
Hausratentschädigung	5.392
Auf DM umgestellte Sparguthaben	1.114
Entschädigungsleistungen für Vermögensverluste	29.561
Kriegsschadenrente an Erwerbsunfähige	36.523
Ausbildungsbeihilfe an vertriebene Kinder	802
Entschädigungsleistungen für soziale Ausgleichszwecke	37.325
Gesamtsumme der Entschädigungsleistungen	**66.886**

Für die wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen zahlen der Bund und die Länder bis Ende 1986 außerdem 35.500 Millionen DM (x088/25).

Dr. Schäfer (ehemaliger Präsident des Bundesausgleichsamtes) erläutert die rechtliche Definition und wirtschaftliche Beschreibung der "Entschädigung für Vertreibungsschäden wie folgt (x088/22-23): >>Die Entschädigungsleistungen im Lastenausgleich dienen der Abgeltung der Vermögensschäden einschließlich der Hausratschäden. Sie sind rechtlich und wirtschaftlich weder Enteignungsentschädigung im Sinne von Artikel 14 GG noch Verkehrsentschädigung.

Andererseits sind sie auch nicht etwa reine Eingliederungsleistungen, gehobene Sozialleistungen oder gar Nutzungsentschädigung.
Sie sind vom Bundesgesetzgeber ohne rechtliche Vorbindungen und damit ohne rechtliche Verpflichtung frei gestaltete "angemessene" Entschädigungen von Substanzwerten (Wirtschaftsgütern) und damit echte Vermögensentschädigung. ...
Aufgrund der Vorgeschichte und besonderen Rechtsnatur der Entschädigung im Lastenausgleich, die auch durch die weitere Entwicklung im Bereich der internationalen Verträge nicht durch Bindungen verändert wurde, konnte sie der Bundesgesetzgeber unter den ausdrücklichen Vorbehalt der Präambel zum Lastenausgleich stellen und es bis heute dabei belassen, daß die Gewährung und Annahme der Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens (oder auf Ersatzleistung) bedeutet. ...<<
In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt werden, reduziert man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprechen.
Im Jahre 1986 berichtet man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x073/214,218, x149/108): >>Die Siegermächte vereinbarten ferner (im Verlauf der Potsdamer Konferenz), daß die deutsche Bevölkerung, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben war, nach Deutschland übersiedeln sollte. Man war sich einig, daß "diese Überführung" auf eine geregelte und menschliche Weise erfolgen sollte.
Die Vertreibung der Deutschen war jedoch bereits während der Potsdamer Konferenz im Gange.
Viele waren schon vor "den Russen" geflohen. Manche Flüchtlingstrecks, besonders solche aus Ost- und Westpreußen, waren von sowjetischen Panzern überrollt worden. Die "Umsiedlung" war oft von schrecklichen Ereignissen begleitet. Es gab Morde und Vergewaltigungen und andere Verbrechen. Hunderttausende wurden von den Sowjets in die UdSSR verschleppt.
Was Deutsche unter nationalsozialistischer Führung anderen Völkern zugefügt hatten, erlitten bei Kriegsende und nach der Kapitulation viele Deutsche, die im Machtbereich der vorher unterdrückten Völker lebten.
... Insgesamt sind über 14 Millionen Menschen aus deutschen Provinzen oder deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa geflohen oder vertrieben worden; über 2 Millionen sind dabei umgekommen. ...<<
>>In einer deutsch-polnischen Schulbuchempfehlung über die Vertreibung der Deutschen heißt es: Der größte Teil der in den Oder-Neiße-Gebieten verbliebenen deutschen Bevölkerung wurde in den Jahren 1945 bis 1947 ausgewiesen bzw. im Rahmen des interalliierten Transferabkommens zwangsumgesiedelt. ...
In den von der deutschen Bevölkerung geräumten Gebieten wurde systematisch eine inzwischen dort ansässig gewordene polnische Bevölkerung angesiedelt. ...<<
>>... Am Ende des Krieges und über das Kriegsende hinaus schlugen Gewalt und Verbrechen auf die deutsche Bevölkerung zurück. Im Osten übten die jahrelang gepeinigten und ausgebeuteten Völker Rache an den Deutschen.
Nachdem Millionen von Deutschen unter großen Verlusten durch Evakuierung und vor allem durch Flucht vor der Roten Armee ihre Heimat verloren hatten, begann im Osten - auf Beschluß und mit Billigung der alliierten Regierungen - die Vertreibung der deutschen Bevölkerung.<<

1987

> Ich lege hier für den Fall meines Todes das Bekenntnis ab, daß ich die deutsche Nation wegen ihrer überschwenglichen Dummheit verachte und mich schäme, ihr anzugehören.
> *Arthur Schopenhauer (1788-1860, deutscher Philosoph)*

08.01.1987

BRD: Der deutsche Historiker Michael Wolffsohn schreibt am 8. Januar 1987 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über die unterschiedlichen Formen und Anwendungen des Rassismus (x268/82,88-89): >>... Der Antigermanismus (stellt) letztlich, ebenso wie der Antisemitismus, eine politische Abart der Biologie (dar). Dieser politische Biologismus ordnet Menschen aufgrund ihrer geburtsbedingten nationalen und religiösen Herkunft, nicht aufgrund ihrer Eigenschaften oder Verhaltensweisen, den Mächten des Lichts oder den Mächten des Dunkels zu – ein für allemal. Er ist damit radikal gegen die Traditionen der Aufklärung gerichtet, die für den Einzelmenschen die Fesseln der Geburt sprengen wollte. ...<<

>>... Das Instrument des Antigermanismus ist ebenso wirksam wie das des Antijudaismus, der sich ebenfalls von seinem Objekt verselbständigt hat. Der Antijudaismus hat mit dem realen Juden, wenn überhaupt, nur sehr wenig gemein. Der Antigermanismus zeichnet, verzeichnet und überzeichnet das heutige Deutschland, ebenso wie einst der Jude nur als Fratze dargestellt wurde. Seit Jahrtausenden leben die Juden mit dem Antijudaismus, die Deutschen werden sich wohl oder übel, an die Allgegenwart des Antigermanismus gewöhnen müssen. ...<<

25.01.1987

BRD: Während der 11. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 25. Januar 1987 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 44,3 %, SPD = 37,0 %, FDP = 9,1 %, Die Grünen = 8,3 %, Sonstige = 1,3 %.<<

Januar 1987

BRD: Das Bundesgesundheitsministerium fordert im Januar 1987 in zahlreichen Zeitungsanzeigen zum Kampf gegen die AIDS-Ausbreitung auf.

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1988 berichtet später über die Bekämpfung der AIDS-Ausbreitung und über eine Erklärung des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz, dem die 22 Diözesanbischöfe der Bundesrepublik angehören (x853/...): >>... Im Januar 1987 setzt die Bundesministerin für Familie, Gesundheit und Soziales, Rita Süssmuth, eine großangelegte Werbung für Kondome zur Bekämpfung der AIDS-Ausbreitung in Gang. Durch Zeitungsanzeigen des Bundesgesundheitsministeriums läßt sie wissen:

"Vertrauen ist gut, Kondome sind besser. An AIDS zu sterben, ist entsetzlich - Kondome sind unersetzlich. Kondome schützen."

Frau Süssmuth rechtfertigt die Kondomwerbung zunächst damit, daß sie allein für Menschen mit promiskuitivem (freizügigem) Sexualleben gedacht sei, denen man mit Moral nicht kommen könne, doch einige Tage später überlegt sie bereits, Kondome auch zwölf- bis sechzehnjährigen Kindern in der Schule "verfügbar zu machen". ...<<

>>... Wir können jedoch die von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit gestartete AIDS-Anzeigenaktion nicht unwidersprochen hinnehmen.

Dort wird zur Verhütung der AIDS-Ansteckung vorgeschlagen, beim Intimverkehr mit unbekannten oder wechselnden Partnern Kondome zu benutzen. Auf diese Weise läßt sich die AIDS-Gefahr nicht bannen. Das Problem liegt tiefer. ... Eheliche Treue und auch sexuelle Enthaltsamkeit sind die geeigneten und menschenwürdigen Wege, um die Ausbreitung dieser Krankheit zu vermeiden. ...<<

05.02.1987

DDR: Markus Wolf (1923-2006), seit mehr als 30 Jahren Geheimdienstchef der DDR, erklärt am 5. Februar 1987, daß er im November 1987 aus dem Staatssicherheitsdienst ausscheiden wird.

Wolf gibt sich später in seinem Buch "Troika" als Befürworter der Reformpolitik Gorbatschows zu erkennen. Sein Ex-Chef Erich Mielke läßt ihn deshalb überwachen.

23.02.1987

BRD: Kardinal Joseph Höffner (1906-1987, katholischer Theologe, seit 1976 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz) gibt am 23. Februar 1987 die Broschüre "AIDS - vier Aussagen des Erzbischofs von Köln, Kardinal Joseph Höffner -" heraus.

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1988 berichtet später über diese Broschüre des Kardinals Joseph Höffner (x853/...): >>... (Der Kardinal sagt:)

"Als die deutschen Bischöfe am 26.1.1987 darauf hinwiesen, daß der Geschlechtsverkehr mit unbekannten oder wechselnden Partnern menschenunwürdig ist und daß 'eheliche Treue und sexuelle Enthaltsamkeit' die richtigen Wege sind, sich vor der AIDS-Krankheit zu bewahren, erhob sich in den Massenmedien ein lautes Geschrei:

... 'Die Bischöfe maßten sich an, die überholte katholische Sexualmoral für alle verbindlich zu machen.' Ich entgegne, daß es eine sittliche Ordnung im Bereich des Geschlechtlichen gibt, die zum 'Richtigsein des Menschen', nicht nur des Christen gehört.

Es ist die Pflicht des Staates, der Ausbreitung der AIDS-Krankheit - in Anerkennung der sittlichen Ordnung - entgegenzuwirken."

"Man hat gesagt, man wolle durch Anzeigen und Plakate Verhaltensänderungen erreichen, wobei darunter der Gebrauch von Kondomen verstanden wird. Wenn Jesus sagt: Ändert euer Verhalten, "kehrt um" (Makkabäer 1, 15), meint er etwas wesentlich anderes: die Änderung der Gesinnung, die Abkehr vom sündigen Verhalten und die Heimkehr zu Gott. Auf Grund dieser Erwägungen hat die Deutsche Bischofskonferenz die Kondom-Werbung nicht unwidersprochen hingenommen:

'Auf diese Weise läßt sich die AIDS-Gefahr nicht bannen.'

"Kondome bedeuten: Mach weiter wie bisher, aber schütze dich vor Ansteckung. Das ist menschenunwürdig." ...<<

11.03.1987

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Kohl am 11. März 1987 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

14.03.1987

BRD: Die deutsche SPD-Politikerin Renate Schmidt (von 2002 bis 2005 Bundesministerin) erklärt am 14. März 1987 im Bayerischen Rundfunk (x354/104): >>… Die Frage, (ob die Deutschen aussterben), das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir ... verhältnismäßig wurscht.<<

14.04.1987

Belgien: Die Türkei stellt am 14. April 1987 den Antrag auf Beitritt zur EG.

17.06.1987

DDR: In der DDR wird am 17. Juni 1987 die Todesstrafe abgeschafft.

Nach westdeutschen Beobachtungen werden in der DDR allein von 1949 bis 1960 etwa 160 Todesurteile verhängt. Davon werden 103 Verurteilte wegen politischer Staatsverbrechen hingerichtet (x009/442).

04.07.1987

Frankreich: Klaus Barbie (1913-1991, Gestapo-Chef von Lyon) wird am 4. Juli 1987 wegen seiner vielfältigen NS-Verbrechen zu lebenslanger Haft verurteilt.

17.08.1987

West-Berlin: Der letzte Häftling im Kriegsverbrechergefängnis Spandau, der 93jährige Rudolf Heß (ehemaliger Stellvertreter Hitlers), erhängt sich am 17. August 1987 in seiner Zelle.

07.09.1987

BRD: Erich Honecker (Staats- und Parteichef der DDR) stattet der Bundesrepublik Deutschland vom 7. bis zum 11. September 1987 einen offiziellen Staatsbesuch ab.

Erich Honecker betont damals während seiner Rede in Bonn (x092/1136): >>Die Entwicklung unserer Beziehungen ... ist von den Realitäten dieser Welt gekennzeichnet und sie bedeuten, daß Sozialismus und Kapitalismus sich ebensowenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser ...

Wenn wir gemeinsam hinwirken, ... dann wird auch der Tag kommen, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen vereint.<<

12.11.1987

BRD: Die "Deutsche Tagespost" berichtet am 12. November 1987 über ein Gespräch mit Bischof Lehmann zum Schutz vor AIDS: >>... Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz ging in dem Gespräch auch nochmals auf die Reaktion der katholischen Kirche in Deutschland auf die Kondom-Anzeigen des Bundesgesundheitsministeriums zur Immunschwächekrankheit AIDS ein.

'Wir haben am Anfang einen Paukenschlag tun müssen', sagte Lehmann. Die Bischöfe hätten damals den Eindruck gewinnen müssen, als wolle es der Staat bei einem Appell zu 'technischen Vorsichtsmaßnahmen' belassen und von der ethischen Dimension bei der Aufklärung über AIDS ganz absehen. In der Zwischenzeit, so meinte der Bischof gebe es aber Anzeigen von Gesundheitsämtern mit dem Tenor:

Treue schützt am besten.

Das hätte man von seiten der Bischofskonferenz gewollt. ...<<

November 1987

BRD: Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schreibt im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/15,196-198): >>Dieses Buch möchte dazu beitragen, die Grabkreuze wieder aufzurichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre zu erweisen.

Wenn es wahr ist, daß alle Menschen gleich sind, gleich an Wert und Würde, dann hat jede verfolgte Gruppe einen uneingeschränkten Anspruch auf Würdigung ihrer Opfer, auch und gerade in publizistischer Hinsicht. ...<<

>>... Ähnlich wie die Justiz haben auch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten unseres Landes ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Epoche des Dritten Reiches geleistet. Über die Judenverfolgung allein wurden bis zum Jahr 1978 mindestens 100 Sendungen ausgestrahlt. Seit der Serie "Holocaust" (Anfang 1979) hat sich die Zahl der einschlägigen Produktionen drastisch erhöht. Hinzu kommt eine Vielzahl von Sendungen über andere NS-Verbrechen in den besetzten Gebieten und in binnendeutschen Konzentrationslagern, über die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen usw.

Im Gegensatz zu dieser moralisch gebotenen und weltweit beispiellosen Aufklärungsarbeit kann die Bewältigung des Vertreibungsthemas im Fernsehen in keiner Weise befriedigen. Abgesehen von zwei kurzen Erwähnungen im Jahr 1979 war ... der Dokumentarbericht "Flucht und Vertreibung" aus dem Jahre 1981 der einzige erwähnenswerte Fernsehbeitrag zur intellektuellen Auseinandersetzung mit dem größten Verbrechen der Nachkriegsgeschichte.

Jeder großen und auch mancher kleineren Tragödie dieses Jahrhunderts ist bisher ein würdiges Denkmal gesetzt worden. Man denke z.B. an das imposante Mahnmal auf dem Hügel "Schwalbenburg" in Eriwan (Jerewan), der Hauptstadt der Sowjetrepublik Armenien. Es wur-

de 1965 zum 50. Jahrestag des türkischen Völkermords an 1,5-2 Millionen Armenier errichtet. Trotz östlicher Kritik wurde am 6. März 1982 ... im Londoner Zentrum (gegenüber dem Victoria und Albert Museum) ein bemerkenswertes Denkmal enthüllt. Es soll an über 2 Millionen Russen und andere Osteuropäer erinnern, die nach dem Krieg gegen ihren Willen von den Westmächten ausgeliefert wurden und zu einem großen Teil im Osten umkamen. ...
Zu den Gedenkstätten von Hiroshima und Nagasaki pilgert die Welt, und im Ostblock existiert eine so große Zahl von historischen Gedächtnisstützen zum Thema NS-Besatzung, daß ihre Auflistung hier zu weit führen würde. ...
Die Erinnerung an beinahe drei Millionen Vertreibungsopfer dagegen wurde im kommunistischen Machtbereich mit großer Gründlichkeit ausgelöscht; für sie dürfte im Osten keine einzige Gedenkstätte existieren. ...
Die ehemaligen Konzentrationslager in Deutschland erinnern heute durchwegs als würdige Gedenkstätten und Museen an den Leidensweg der Antifaschisten, Juden, Zigeuner, Zeugen Jehovas, Homosexuellen und anderen Naziopfer.
Am vollkommensten ist die Aufarbeitung der Vergangenheit naturgemäß in Israel. Außer regelmäßigen staatlichen Gedenktagen mit öffentlicher Schweigeminute und Unterrichtsschwerpunkten in den Schulen ist vor allem an Yad Vashem zu erinnern, die gewaltige Forschungs- und Gedenkstätte auf dem Herzl-Berg in Jerusalem.
Während sogar Chruschtschow die Errichtung eines großen Denkmals für die Opfer des Stalinismus plante, sucht man bei uns vergeblich nach einer adäquaten Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibungsverbrechen "als Warnung vor Gleichgültigkeit". ... Der Hundefriedhof von Cobham bei London, ein Produkt englischer Tierliebe und liebenswerten Spleens, ist ungleich größer und eindrucksvoller als das größte und eindrucksvollste Denkmal für die Millionen Vertreibungsopfer. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärt später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck (x851/...): >>... Zeitgeist ... bringt gute und schlechte Blüten hervor. Der Zeitgeist in Deutschland hieß jahrzehntelang: "Bekenne Dich zu allen möglichen Verbrechen, tue Buße, trauere um fremde Opfer, trauere nicht um die eigenen Opfer."
Nun fängt man allmählich an, um die Opfer des Bombenkrieges in Deutschland und um die Opfer der Vertreibung zu trauern. Doch zögernd. Und manchmal protestieren die sogenannten Intellektuellen, weil dies die konstruierte Täter/Opfer-Schablone in Frage stellt. Dürfen die Deutschen überhaupt Opfer sein? Sollen Sie nicht weiterhin – und zwar nur und allein – als böse Täter verstanden werden?
Eine verblüffend unmenschliche Frage, die auf eine verblüffende intellektuelle Unredlichkeit zurückgeht. Aber das ist halt die surrealistische Welt, in der wir leben, wo Kriege angeblich für die Demokratie führt werden, und in Guantánamo gefoltert wird, weil die Talibane "böse Leute" sind, wie uns Präsident Bush unlängst sagte.
Als Amerikaner beobachte ich die politischen und intellektuellen Trends in Deutschland, sowie auch in Amerika. Ich begrüße die Veröffentlichung der Bücher von Jörg Friedrich über den Bombenkrieg, die einsichtigen Kommentare von Professor Arnulf Baring in der FAZ, die jüngste Beschäftigung des Fernsehens mit der Tragödie der Vertreibung. ...
Ich begrüße die Initiative eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin sowie den intelligenten Einsatz von Erika Steinbach und von Professor Dr. Peter Glotz. Selber als Mitglied des Beirats des Zentrums lege ich besonderen Wert darauf klarzustellen, daß es dem Zentrum darum geht, die Tragödie aller Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts zu dokumentieren, um sie besser zu verstehen. Es geht darum, künftige Vertreibungen überall in der Welt vermeiden zu helfen, sowie darum, den Opfern von Vertreibungen eine gewisse moralische Anerkennung und historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Es geht um die Würde der Opfer, denn es darf keine politisch korrekten und inkorrekten Opfer geben, sondern wir müssen darauf bestehen, daß alle Opfer vom Krieg und Gewaltherrschaft als unsere Brüder anerkannt werden, als Menschen, die gelitten haben und noch leiden.
Als amerikanischer Beobachter der deutsch-polnischen Debatte finde ich, daß - während die Deutschen sich ihrer Geschichte gestellt und als Konsequenz moralische und erhebliche materielle Wiedergutmachung geleistet haben - die große Mehrheit der polnischen Historiker, Politiker und Bürger dies nicht getan hat oder gerade erst damit anfängt. Das Niveau vieler polnischer Diskussionsbeiträge bewegt sich leider heute noch auf dem Niveau kommunistischer Beschimpfungen der sechziger Jahre.
Das Zentrum gegen Vertreibungen bietet ein Forum für Begegnung, aufrichtige Diskussion und Verständigung. Ich bin überzeugt, daß früher oder später dieses Angebot angenommen werden wird. ...<<

31.12.1987

DDR: Die Wartezeiten für einen "Trabi" betragen am 31. Dezember 1987 etwa 12,5 Jahre, während man auf den "Wartburg" oder "Lada" sogar 16,5 bzw. 17 Jahre warten muß.

1987

BRD: Otto Uhlitz (Staatsrechtler und ehemaliger enger Mitarbeiter Willy Brandts) kritisiert im Jahre 1987 die deutsche Ausländerpolitik (x268/193): >>Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland abschaffen will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der Bundesrepublik abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt.
Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können. ...<<

1988

> Zahme Vögel träumen von Freiheit, wilde Vögel fliegen.
> *Sprichwort aus Deutschland*

21.01.1988

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 21. Januar 1988: >>**Wiedergutmachung unterschlagen**
Werner Nachmann (62), Präsident des Zentralrats der Juden, stirbt. Nach seinem Tod stellt sich heraus: Er hat 29,4 Millionen Mark unterschlagen, um seine Firmen zu stützen. Es handelte sich um Zinsen für Wiedergutmachungen, die die Bundesrepublik Deutschland über den Zentralrat an jüdische NS-Opfer gezahlt hat.<<

25.02.1988

UdSSR: Die UdSSR ordnet am 25. Februar 1988 den vorzeitigen Abzug der sowjetischen Mittelstreckenraketen aus der DDR und der Tschechoslowakei an.

April 1988

UdSSR: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1988 berichtet im April 1988 (x853/...): >>**Boffs Bild von Rußland**
Großes Aufsehen haben die Erklärungen des Befreiungstheologen und Franziskanermönchs Leonardo Boff nach einer Blitzreise durch die Sowjetunion in aller Welt erregt.
Wir bringen nachstehend zwei Texte, einen deutschen und einen brasilianischen.

I.

In der "Welt" vom 13.08.87 lesen wir unter der Überschrift "Boff bejubelt die UdSSR" einen Kommentar von Enno von Loewenstern:
"Die 'Befreiungstheologen' begegnen Zweiflern mit der Beteuerung, sie seien weder Kommu-

nisten noch nützliche Idioten der Weltrevolution, sondern sie meinten das mit der Befreiung ehrlich. Wer Näheres dazu wissen will, lasse sich die Erkenntnisse des Oberbefreiungstheologen Leonardo Boff auf der Zunge zergehen. Dieser fromme Franziskaner, an einem wohldotierten Lehrstuhl in Petropolis (Brasilien) tätig, hat soeben nach einer Spritztour durch die UdSSR für Recht erkannt, dort gebe es 'bessere Voraussetzungen für ein wahrhaft christliches Leben' als im Westen.
Denn die Sowjetgesellschaft sei 'für die Kirchen gesund und sauber', die Kirchen seien ständig offen und mit Gläubigen gefüllt, der Sozialismus biete 'den authentischen Christen sogar bessere Bedingungen', denn er basiere 'nicht auf Ausbeutung, Individualismus und Konsumbesessenheit, sondern auf Arbeit und gerechter Verteilung der Gewinne'.
Er redet über den Staat, der eben dem Papst die Einreise verbot, der viele tausend Bischöfe und Priester und viele Millionen Gläubige ermordete, der unzählige Kirchen geschleift oder in Lagerhäuser oder ähnliches verwandelt und nur ganz wenige zum Füllen übriggelassen hat, der die Gläubigen heute noch verfolgt.
Den Staat, der auf Lenins Diktum aufgebaut wurde: Jede religiöse Idee, jede Idee von Gott, selbst ein Flirten mit der Idee von Gott, ist von unaussprechlicher Scheußlichkeit ...
'Jede Verteidigung oder Rechtfertigung Gottes, selbst die subtilste und bestgemeinte, ist die Rechtfertigung der Reaktion.'
Den Staat, der seine Arbeiter zu Hungerlöhnen ausbeutet, die weit unter unserer Sozialfürsorge liegen.
Den Staat, in dem die Bonzen im Verhältnis zu den ausgebeuteten Massen weit luxuriöser leben als irgendein westlicher Millionär im Verhältnis zu Arbeitern hier.
Den Staat, in dem noch heute der Ruf nach Befreiung das Leben kosten kann.
In einem mag Boff recht haben, wenn auch anders, als er es meint: Die Not treibt im Osten viele Menschen in die Arme der Kirche, wo im Westen der Wohlstand viele Menschen Gott vergessen läßt. Dennoch, auch im Westen spüren viele die Leere und würden Gott suchen - wenn nicht Politpriester von der zynischen Sorte Boffs sie immer wieder veranlaßten, sich schaudernd von der Kirche abzuwenden."

II.

In der Zeitschrift "Veja" fanden wir am 22.7.87 unter der Überschrift "Boff diz que a URSS 6 um paraiso" ("Boff sagt, die Sowjetunion sei ein Paradies") folgende Anmerkungen:
Nicht einmal die brasilianischen Kommunistenführer sind so überzeugt von der Perfektion des politischen Systems aus der Sowjetunion zurückgekommen. Giocondo Dias, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Brasiliens (PCB), der einige Jahre in der Sowjetunion gelebt hat, hat stets zugegeben, daß das Land 'noch einiger Korrekturen bedarf'.
Boff schwieg über die Bestrafung der politischen Dissidenten. 'Sie sind sicher in Sibirien, und das heißt, daß sie von uns so weit entfernt waren wie ungefähr Rio de Janeiro von Los Angeles', sagte er zu der Zeitung "Folha de Sao Paulo". Er ignorierte die Zensur und versteckte sich hinter einem spitzfindigen Argument: 'Ich weiß nicht, ob es eine Zensur gibt, ich kann kein Russisch'. Boff sah in der Sowjetunion die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus, 'denn dort gibt es keine verarmten Massen wie in den kapitalistischen Ländern'.
Für den Erzbischof von Porto Alegre, Dom Claudio Colling, hat Boff die Sowjetunion mit dem Rückständigsten verglichen, was es im Westen gibt. 'Schickt ihn doch dort hin', sagte der Erzbischof. 'In Deutschland und in Frankreich zum Beispiel gibt es auch keine verbreitete Armut. Seine Sichtweise ist völlig verdreht.'

Opfer des Kommunismus

Unter Berufung vor allem auf den russischen Schriftsteller Alexander Solschenizyn hat die französische Zeitung "Figaro" die Opfer des Kommunismus bis 1978 (also ohne Afghanistan) aufgelistet:

1. Opfer des Kommunismus in der UdSSR 1917-1978:	69.700.000
2. Opfer des Kommunismus in China:	63.000.000
3. Opfer des Blutbades von Katyn:	10.000
4. Opfer der Vertriebenen von 1945-1946 (deutsche Zivilisten):	2.923.700
5. Opfer des Kommunismus in Kambodscha:	2.500.000
6. Opfer der Unterdrückung in Ost-Berlin, Budapest sowie in Ländern des Baltikums:	500.000
Insgesamt:	**138.633.700**

USA: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1988 berichtet im April 1988 über eine Proklamation des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika (x853/...):

>>**Eine Proklamation zur Verhinderung von AIDS**

Der menschliche Immun-Defizit-Virus (HIV) und die Krankheit AIDS (erworbenes Immun-Defizit-Syndrom), zu der es dadurch kommen kann, ist in den Vereinigten Staaten und überall sonst ein sehr ernstes öffentliches Gesundheitsproblem.

HIV zerstört das Immun-System und greift das Zentralnervensystem an. Es führt zu verheerenden physischen Konsequenzen und letztlich zum Tod. Da der Virus eine lange Entwicklungsperiode hat und der Fortschritt der Krankheit von Individuum zu Individuum sehr stark variiert, können Menschen, ohne es zu wissen, jahrelang diesen Virus in sich tragen und weitergeben.

AIDS betrifft Tausende von Amerikanern. Eine unbekannte Zahl ist mit HIV infiziert, ohne daß sich irgendwelche Symptome zeigen. Der tödliche Virus wird im allgemeinen durch sexuellen Kontakt mit einer infizierten Person - insbesondere durch homosexuelle Praktiken - übertragen, durch intravenösen Drogengebrauch mit verseuchten Nadeln und durch Übertragung von infiziertem Blut.

Die überaus große und lebenswichtige Gesundheitsaufgabe unseres Landes, die Verhinderung und Behandlung von AIDS, ist angelaufen. Massive öffentliche und private Anstrengungen haben bereits zu definitiven Fortschritten in Forschung und Behandlung geführt. Jedoch ist unsere Kenntnis von AIDS noch immer unvollständig; es muß noch viel getan werden, ehe ein Impfstoff oder eine Heilmethode gefunden ist.

Eine präsidiale Kommission studiert die öffentlichen Gesundheitsgefahren der HIV-Epidemie in medizinischer, juristischer, ethischer, sozialer und wirtschaftlicher Sicht. Sie wird im nächsten Jahr Vorschläge machen hinsichtlich föderativer, staatlicher und lokaler Maßnahmen, um die Öffentlichkeit vor der Ansteckung zu bewahren, ein Heilmittel zu finden und für jene zu sorgen, die angesteckt sind.

Medizin und Moral lehren das gleiche über die Verhinderung von AIDS. Der Surgeon General (Oberste Arzt der Nation) sagte den Amerikanern, der beste Weg zur Verhinderung von AIDS sei, sich sexueller Aktivitäten bis zum Erwachsenenalter zu enthalten und dann die Ausübung der Sexualität auf eine monogame treue Beziehung zu beschränken. Dieser Rat und der Rat, zu Drogen ein Nein zu sagen, verhindert die Verbreitung der meisten AIDS-Fälle. Millionen befolgen bereits diesen weisen und zeitlosen Rat, doch unsere Nation bedauert, daß viele, die sich diesem verschlossen haben, große Pein, Niedergeschlagenheit und sogar den Tod zu erleiden hatten.

Erziehung ist das Wichtigste zur Verhinderung von AIDS. Eltern haben die primäre Verantwortung, ihre Kinder zur Erkenntnis der Schönheit und des Wertes von Keuschheit vor der Ehe und Treue in ihr zu führen, ihnen den Segen eines dauerhaften Familienlebens zu erklären und sie zu befähigen, ein Ja zum Leben und ein Nein zu Drogen zu sagen. Erzieherische An-

strengungen in diese Richtung sollten lokal entschieden werden und in Übereinstimmung stehen mit den Werthaltungen der Familie. Im Rahmen der Gesundheitserziehung können sachlich richtige Informationen über AIDS vermittelt werden, ohne einen besonderen Unterricht darüber vorzuschreiben. Eltern und Erzieher sollten die Kinder lehren, sich nicht in vorehelichen Sex einzulassen und keine Drogen zu nehmen; sie sollten Sexualität in den Kontext von Ehe, Treue, Verpflichtung und Reife einordnen.
Die Verhinderung von AIDS fordert auch die Verantwortung jener, die weitermachen mit dem Hoch-Risiko-Verhalten, das AIDS verbreitet. Während viele dieser Personen offensichtlich durch erzieherische Anstrengungen nicht überzeugt worden sind, haben einige begonnen, ihr Verhalten zu ändern.
AIDS ist eine fatale übertragbare Krankheit großen Ausmaßes und alle Menschen guten Willens müssen erkennen, daß es ein Gesundheitsproblem darstellt, dessen Verhinderung mindestens ebensolche Maßnahmen der Entdeckung, der Untersuchung und Behandlung erfordern, die regelmäßig gegen übertragbare Krankheiten geringeren Ausmaßes unternommen werden. Unser Ziel muß es sein, das Leben, die Gesundheit und die Wohlfahrt aller unserer Bürger zu beschützen. Die öffentlichen Amtsträger sind mit dieser Aufgabe betraut und müssen einen Eid ablegen auf die heilige Pflicht zu solchem Schutz. Unser Land benötigt Weisheit und Mut zu dieser Anstrengung.
Wir sollten uns auch erinnern, daß der Kampf gegen AIDS ruhige Überlegung, Mitgefühl und Überzeugungskraft benötigt; ruhige Überlegung, um zu erkennen, daß die Angst der Feind einer angemessenen Lösung ist; Mitgefühl für alle AIDS-Opfer und Überzeugungskraft, um Verständnis und Bereitschaft zu finden für den effektiven Kampf gegen diese große öffentliche Gesundheitsbedrohung!
Deshalb proklamiere ich, RONALD REAGAN, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, kraft der Autorität, die mir durch die Konstitution und die Gesetze der Vereinigten Staaten verliehen worden ist, den Monat Oktober 1987 als den Monat der AIDS-Achtsamkeit und –Verhinderung und rufe die Amerikaner dazu auf, diesen Monat mit Aufmerksamkeit und entsprechenden Aktivitäten zu begehen.
Um dies zu bezeugen, setze ich unter diese Erklärung meine Unterschrift am 29. September im Jahre unseres Herrn 1987 und im zweihundertzwölften Jahr der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika.
gez. Ronald Reagan<<

11.05.1988

BRD: Die Bundesregierung beschließt am 11. Mai 1988 einen Gesetzentwurf zur Postreform. Die Post soll zukünftig in 3 weitgehend unabhängige Bereiche aufgeteilt werden. Kritiker befürchten u.a. Massenentlassungen und Serviceverschlechterungen in ländlichen Gebieten.

Mai 1988

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Mai 1988 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 - 1988 (x853/...): >>**Kardinal Hlond und die Tragödie der ostdeutschen Diözesen**
Zwischen Staatsräson und Evangelium
Dieses in vielfacher Hinsicht außerordentlich bedeutsame Buch *(Verlag Josef Knecht, Frankfurt/M. 1988)* des Moraltheologen Prof. Franz Scholz (79), Priester der Erzdiözese Breslau, habe ich mit hoher Spannung und seltener Anteilnahme in drei bis vier Nächten gelesen. Die Wirkung war wie eine Befreiung aus dem Bann eines bedrückenden Nichtwissens, eines quälenden Nichtverstehens, dem unbefriedigten Verlangen nach Wahrheit und Rechtlichkeit.
Ohne Zögern nenne ich diese mit großer sachlicher Kenntnis, persönlich-christlichem Engagement und ethischem Ernst geschriebene Arbeit eine höchst dringliche Tabu-Auflösung. Nämlich die unter dem Schleier von Geheimhaltung, Entstellung und Verharmlosung der

Wirklichkeiten bisher erschwerte Erhellung der "Tatsachen, Hintergründe, Anfragen" im Zusammenhang mit der Vertreibung von 10 bis 12 Millionen Deutschen aus ihrer ostdeutschen Heimat - im Hinblick auf die umstrittenen kirchenpolitischen Aktivitäten des damaligen polnischen Primas Kardinal Hlond.

1. Zunächst einige Informationen über dies Buch und seinen Verfasser. Franz Scholz ist schon bekannt geworden durch sein in bisher drei Auflagen erschienenes Buch "Wächter, wie tief ist die Nacht? Görlitzer Tagebuch 1946", Eltville 1986. Der damalige Görlitzer Pfarrer schildert die erschütternden Vorkommnisse jener Zeit mit der Dichte des Betroffenen.

Seine Kenntnis der polnischen Sprache, Verhältnisse, Mentalität, Geschichte, seine auch freundschaftlichen Beziehungen zu nicht wenigen Polen, seine priesterlichen Erfahrungen, seine Zeitzeugenschaft in den entscheidenden Monaten 1945 gaben seltene Voraussetzungen, um mit besonderer Kompetenz die extraordinären Vorgänge zu erhellen. Eigene Forschungen, genaue Literatur- und Quellenkenntnisse (auch der polnischen) kommen hinzu.

Die 165 Textseiten bieten deshalb komprimiert dramatische Geschichte und – darin sehe ich den besonderen Vorzug - ethisch-christliche Reflexion darüber. Mit welcher Sorgfalt gearbeitet und belegt wird, zeigen die 282 Anmerkungen (auf die Kapitel in 31 Seiten verteilt), die z.T. erstmalig publizierte Informationen enthalten.

Auf neun Seiten findet sich ein Quellen- und Literaturverzeichnis. Hinzu kommt eine Zeittafel "Leben und Wirken des Kardinal Hlond" sowie ein Namensregister. Der durch sieben Exkurse (z.B. Die polnischen Ostgebiete; Der Mißbrauch von Predigt und Gottesdienst für nationalistische Ausschreitungen; Warum wurde das Tischtuch radikal zerschnitten?) durchsetzte Text ist in fünf Abschnitte gegliedert.

Unter I: "Die militärisch-politischen Voraussetzungen für die Polonisierung der ostdeutschen katholischen Kirche durch Kardinal Hlond". II: "Die kirchliche Amtsgewalt in Ostdeutschland kommt in polnische Hände." Für uns am eindringlichsten - erscheinen die Abschnitte III: "Die Vollmachten des polnischen Primas" und IV: "Reaktionen auf das Vorgehen Kardinal Hlonds". Die ethische Durchleuchtung dieser Tragödie, von der polnischen Kirche als Sieg und Wiedergewinnung angeblich urpolnischen Landes umjubelt, geschieht dann im Abschnitt V: "Die Frage nach Unrecht und Schuld beim Rückschlag 1945."

2. Zum erstenmal finden sich die soviel genannten "schicksalhaften Vollmachten für Kardinal Hlond", auf die dieser sich - als angeblichen Willen des HI. Vaters – gegenüber den rechtmäßigen deutschen kirchlichen Amtsinhabern berief, in diesem Buch in deutscher Sprache publiziert.

Sie datieren vom 8.7.1945 als Brief von Monsignore Domenico Tardini von der Kongregation für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten. Wie überaus bezeichnend, daß dies Dokument, bislang nie formell und wörtlich veröffentlicht, gerade von denen so lange unpubliziert blieb, die sich unablässig zur Legitimierung ihres fragwürdigen Vorgehens darauf beriefen! Scholz hat es mit Hilfe polnischer Freunde im italienischen Urtext in die Hand bekommen. Prof. Puza (Tübingen) hat es ins Deutsche übersetzt.

Was geben nun diese Vollmachten her? Keinesfalls das von Kardinal Hlond behauptete Recht, "die kanonisch bestehende Territorialorganisation eines Landes zu unterminieren." Die Vollmachten, deutlich von den vom Kardinal erbetenen unterschieden, bezogen sich 'in tutto il territorio polacco'. "Am 8. Juli 1945, als das Reskript ausgefertigt worden ist, kann damit nur Altpolen ohne Einbeziehung des Oder-Neiße-Gebietes gemeint gewesen sein." (S. 99)

"Obwohl die Verdrängung der deutschen Ordinarien wie die Einsetzung diözesanfremder Priester als ‚Apostolische' Administratoren gegen den Willen des Papstes erfolgt sind, sehen Dr. Kominek und die polnische Hierarchie keine Probleme. Die Ursprungslinie für die neue polnische Wirklichkeit klingt an: ‚Apostolische' Administratoren, Kardinal Hlond, der Papst und dahinter Gott selbst, der die 'uralten polnischen Gebiete' durch seinen Stellvertreter wie-

der an Polen zurückgebracht hat." (S. 103)
3. Es mag als das besonders Aufklärende dieses im tiefen Sinne packenden Buches gelten, daß der hier berührte "polnische Messianismus", ein heißes Eisen, in seiner Vorgeschichte, Eigenart und Wirkung dargestellt wird. Dabei ist der leitende ethische Gesichtspunkt der allein weiterführende.
"Diese Ursprungslinie schneidet schnell alle möglichen Gewissensregungen ab: Gott hätte eben dahintergestanden und die polnische Hierarchie sei - von Rom gleichsam angestoßen - nur dem von Gott kommenden 'Ruf der Stunde' ‚gehorsam' gewesen. Dabei könne dann auch kein Unrecht geschehen sein.
In dieser Überzeugung ist das polnische Kirchenvolk belehrt worden." (S. 103) Daß auf diese Weise die Millionen Umgekommener, Vertriebener, Geschändeter, Gedemütigter einfach verdrängt und unterschlagen werden, ist eine Tragödie kirchlichen Handelns, an der die polnische Kirche wird leiden müssen, solange sie nicht zu Klarheit, Wahrheit und Einsicht in begangenes Unrecht - wie nun schon unsererseits seit Jahrzehnten und chronisch - bereit ist.
Welche Qualität könnte politische und innerkirchliche Versöhnung haben, die um den Preis der Verheimlichung, Faktenunterschlagung (man denke an die Tausende ermordeter Deutsche alleine im fürchterlichen polnischen KZ Lamsdorf und in vielen anderen), chauvinistischer Geschichtsklitterung und Amtsanmaßung zustande kam?
Das Buch von Scholz, der zum Schluß die wenigen "Pioniere" auf den echten Wegen der Versöhnung nicht verschweigt, hält der Vermischung von Religion und Staatsräson, wie sie dem polnischen Katholizismus eignet, den Anspruch natürlicher Ethik (die "Goldene Regel", Recht und seelsorgliche Zuwendung zu allen Menschen) sowie das Evangelium, das Glaubensbrüder mit Verweigerung elementarer Rechte und Verfolgung zu behandeln ausschließt, entgegen.
Auch wir sind gehalten, in demütiger Betroffenheit Verletzungen zu heilen, Nationalismus zu übersteigen, aber auch Naivität und geschichtliche Ignoranz zu überwinden, wenn nach dem Fürchterlichen der Segen des gelebten Evangeliums uns zuteil werden soll. Dies Buch könnte Katharsis bewirken.<<

August 1988

Österreich: Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtet im August 1988 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1988 (x853/...): >>**Der verdrängte Anschluß (1938)**
... 1. "800.000 Österreicher standen im Laufe des Zweiten Weltkrieges in der Deutschen Wehrmacht unter Waffen. 170.000 wurden schwer oder schwerst verletzt, 300.000 fielen oder blieben vermißt." (Ingomar Pust, "Österreicher im Feuer, Tragödie der Tapferkeit", Driffel-Verlag Leoni 1988, S. 7). 326 Österreicher haben das Ritterkreuz erhalten; "170 erreichten in der Wehrmacht den Generalsrang. Als Befehlshaber von Heeresgruppen gingen Löhr und Rendulic in die Militärgeschichte ein". ...
Bundespräsident Rudolf Kirchschläger wurde als Oberleutnant im Osten und im April 1945 bei Wien schwer verwundet. So auch Bundespräsident Waldheim; Verteidigungsminister Prader; Finanzminister a.D. und Nationalbankpräsident Dr. Koren; Verteidigungsminister Rösch. Von dem tapferen Einsatz österreichischer Soldaten berichtet o.a. Buch.
2. Schon 1918 ergaben Volksabstimmungen in Tirol und Salzburg 98 % für den Anschluß. Weitere geplante Abstimmungen wurden durch schwere Drohungen der Siegermächte verhindert. Der Friedensvertrag von St. Germain schrieb - unter Verweigerung des sonst so hoch gepriesenen Selbstbestimmungsrechts der Völker - ein Anschlußverbot fest.
Es ist - entgegen einiger heutiger Legenden vom sog. "Überfall" - ganz eindeutige geschichtliche Tatsache, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl der ganz großen Mehrheit der Deutsch-Österreicher mit Deutschland die Ursache für die freudige, ja begeisterte Zustimmung zum Anschluß 1938 gewesen ist. Sie spülte Bedenken gegen Hitler einfach weg. Dies gilt leider

auch für die österreichischen Bischöfe. Männer wie Franz Jägerstätter erhielten keinerlei kirchliche Unterstützung (er hat gegen den Anschluß gestimmt; den Wehrdienst verweigert; ist dafür hingerichtet worden); im Gegenteil.
3. Deshalb verwundert doch, mit welcher blitzartigen Schnelligkeit die Österreicher im April/Mai 1945 mit Deutschland nichts mehr zu tun haben wollten, sich nur noch in der - allerdings ungeheuer bequemeren - Rolle des ersten Opfers sehen lassen wollten.
Dabei ist festzuhalten: "Die sogenannte 'Österreichische Nation' ist aus Moskau gekommen. Gierig hat man in Wien nach der - zur Schwächung Deutschlands - in der Moskauer Deklaration 1943 von den Alliierten aufgestellten Zwecklüge gegriffen, Österreich sei 'das erste von Hitler überfallene freie Land' gewesen. Einen sehnlicher herbeigeführten und einen angenehmeren Überfall - im Blumenmeer, in Freudentränen - hat es in der Weltgeschichte nicht gegeben." (Peter Meier-Bergfeld: "In den Nischen des Vergessens", Rhein. Merkur Nr. 11 vom 11.3.88, S. 3).
4. Das betraf auch die "Kulturträger". Man sehe ein das Buch von Klaus Amann: "Der Anschluß österreichischer Schriftsteller an das Dritte Reich. Institutionelle und bewußtseinsgeschichtliche Aspekte." Athenäum Verlag Frankfurt/M. 1988.
Eine Besprechung in der FAZ spricht von präsentierten "Tatsachen von hohem Unappetitlichkeitsgrad" (vom 4.7.88). Wenn P. Groppe im folgenden die geschichtlichen und situativen Zusammenhänge darstellt und das beschämend naiv-irrige Verhalten der österreichischen Bischöfe nicht verschweigt, so mit dem Ziel, uns zu bestärken in dem Vorsatz, nicht vordergründigen Zwecken und Vorteilen, Mehrheitsmeinungen und trügerischen "Begeisterungen" zu folgen. Auch nicht der Taktik vorteilhaften "Vergessens", feiger Verdrängung, ja heuchlerischer Fremdbeschuldigung oder entlastender Geschichtsklitterungen.
Nur allseitige Wahrhaftigkeit und verständnisvolle Anständigkeit sowie Demut, verbunden mit Bereitschaft, das Richtige auch um den Preis von Nachteilen zu tun und zu wollen, sollten uns bestimmen. Das, was hier 1988 zu sagen man sich von kirchlicher Seite erhofft hat, wurde von dem hochbetagten jüdischen Arzt und Psychologen Viktor Frankl, ehemaliger KZ-Häftling von Auschwitz, am 10. März auf einer Kundgebung vor dem Wiener Rathaus auf seine bewegende Weise vorgetragen.
5. Frankl, der während des NS-Regimes seine gesamte Familie verlor und selber nur wie durch ein Wunder überlebte, sagte:
"Ich bitte Sie, von mir kein Wort des Hasses zu erwarten."
Die Österreicher kollektiv schuldig zu sprechen, sei "ein Verbrechen und ein Wahnsinn", denn es gebe keine Kollektivschuld. Wer an der Kollektivschuld festhalte, treibe die Jugend in die Arme der alten und jungen Nazis.
Auf die Rassenideologie eingehend, meinte Frankl, es gebe in Wirklichkeit nur zwei Rassen auf der Welt - die der anständigen und die der unanständigen Menschen. Diese Teilung gehe durch alle Völker, durch alle Parteien und alle Gruppen mitten hindurch. Er habe während seiner KZ-Haft auch unter den SS-Bewachungsmannschaften Menschen getroffen, die sich einen Funken Humanität und Anstand bewahrt hatten - und umgekehrt habe es auch unter den Häftlingen üble Erscheinungen gegeben.
Jene Regime seien gefährlich und müßten bekämpft werden, die bewußt die Unanständigen an die Spitze und an die Macht brächten. Frankls Ansprache enthielt auch den Satz: "Ich wage die Behauptung, daß jedes Volk holocaustfähig ist." ("Die Welt" vom 12.3.88).
Mit solcher Gewissensunruhe sehr persönlicher Art sollte jeder in Deutschland und Österreich an 1938, die damals Lebenden und Handelnden, und an uns heute, 1988 wachsam und ehrlich denken.
Ein Ordnungs- und Machtkalkül, das den unbedingten Forderungscharakter ethischer Verpflichtungen (z.B.: Besser ist es, Unrecht leiden als Unrecht tun) vermissen läßt, darf nach den

fürchterlichen Tragödien und Desastern dieses "Jahrhunderts der Ideologien" nicht mehr vertreten werden ohne Scham vor den Opfern und den Märtyrern. Deshalb hat es bestürzt, daß ein katholischer Universitätspräsident im Zusammenhang mit der bluttriefenden, atheistisch-leninistischen Sowjetunion heute (26.3.88) u.a. publizieren konnte:
"selbst ein totalitäres Regime ist besser als überhaupt gar keine politische Ordnung" und von einem "geordneten Unrechtsstaat" in diesem Zusammenhang als kleinerem Übel gegenüber einem sich auflösenden russischen Reich redet (DT Nr. 36, S. 6).
Man sieht, wie sehr wir nötig haben, an beschämendes Versagen uns zu erinnern. Nur wer das nicht verdrängt, kann vielleicht vor solch makabren Fehlmeinungen und ihren evtl. Folgen sich schützen.
Immer wieder erliegen Menschen der Versuchung, geschichtliche Ereignisse aus dem Nachhinein zu beurteilen. Sehr häufig kennen sie aber weder die oft entscheidenden Einzelheiten, noch Umstände und Vorgeschichte. Dies trifft zweifelsohne auch auf den sog. "Anschluß" zu, die "Heimkehr Österreichs ins Reich".

I

Am Abend des 13. März 1938 unterzeichnete Hitler in Linz das "Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich". Wenngleich viele Österreicher dies heute gern verdrängen möchten - nicht wenige halten Hitler für einen Deutschen und Beethoven für einen Österreicher - so steht doch historisch eindeutig fest, daß die überwältigende Mehrheit der damaligen Österreicher den Einmarsch der deutschen Truppen begeistert feierten.
Und als Hitler vor Hunderttausenden auf dem Wiener Heldenplatz vom Balkon der Hofburg verkündete: "Als der Führer und Kanzler der deutschen Nation melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich", wollte der Jubel kein Ende nehmen.
Schon vor Jahren schrieb der schweizer Komponist Rolf Liebermann in seiner Autobiographie "Die Oper und ich":
"Bei der Bekanntgabe des Anschlusses befand ich mich gerade in Österreich. Ich habe den Abend des Einmarsches am Fenster einer Wiener Wohnung miterlebt, ganz in der Nähe des Rathauses, wo Hitler auf dem Balkon erschien. Er wurde mit geradezu hysterischem Jubel empfangen. Die Wiener sollen doch heute niemandem weismachen wollen, sie hätten sich verzweifelt gewehrt! Aus jedem Fenster hingen Hakenkreuzfahnen; glückstrunkene Weiber zerrissen sich im Gedränge die Kleider. Man hatte den Eindruck, ein langersehnter Augenblick sei endlich gekommen."
Wie war so etwas möglich? 1938 war es gerade erst 20 Jahre her, daß das große Habsburger Reich zerbrochen war und Österreich zu einem bedeutungslosen Rumpfstaat verstümmelt wurde. Das Land war politisch zerrissen. Der stärksten Partei, den Sozialdemokraten, standen die Christlichsozialen und verschiedene nationale Gruppen gegenüber. In Wien wählten zwei Drittel der Bevölkerung rot, aber das Hinterland war schwarz. Christlichsoziale und Nationale mußten sich verbünden, um ein Gegengewicht gegen die Sozialdemokraten zu bilden, die einen starken marxistischen Flügel hatten. Die überwältigende Mehrheit des Volkes wollte sich Deutschland anschließen.
Nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie hieß das Land zunächst Deutsch-Österreich, bis die Siegermächte diesen Namen und vor allem jede Vereinigung mit Deutschland untersagten. Das Land lebte ständig am Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Niemand gab ihm eine reale Existenzchance. Was lag da näher als der Anschluß an den großen Bruder im Norden, der lediglich durch die Willkür der Sieger verwehrt wurde? Von den rund 6,5 Millionen Einwohnern Österreichs im Jahr 1932 waren 430.000 arbeitslos. Der Ruf nach radikalen Lösungen wurde immer lauter.
Als der Christlichsoziale Dollfuß 1932 Kanzler wurde, hatte er einen Zweifrontenkrieg gegen

Marxisten und die Nazis zu führen, die immer mehr Stimmen bekamen. Letztere sahen ihre Stunde gekommen, als ihr Landsmann Hitler 1933 in Deutschland an die Macht kam. Im Juni 1933 verbot Dollfuß die NSDAP. Hierbei wurde er zunächst von Mussolini unterstützt, der hierfür die völlige Ausschaltung der Marxisten verlangte. Im Februar 1934 kam es mit ihnen zu erbitterten Kämpfen, die für die Besiegten mit Standgerichten und Todesurteilen endeten. Am 1. Mai 1934 setzte Dollfuß per Dekret eine neue Verfassung in Kraft, die aus Österreich einen Ständestaat machte. Drei Monate später wurde Dollfuß von den Nazis ermordet.
Ihm folgte Schuschnigg, der die Politik seines Vorgängers fortsetzte. Anstelle von Parteien gab es nur noch die Nationale Front. Die praktische Aufhebung der Demokratie und die wirtschaftliche Not ließen den Wunsch nach dem Anschluß immer lauter werden. Als Hitler und Mussolini sich annäherten, wurde die Lage für Schuschnigg überaus schwierig. 1936 mußte er mit Hitler einen Nichteinmischungspakt schließen, der den Nazis wesentliche Vorteile brachte. Zudem hatte Hitler nunmehr große Erfolge aufzuweisen:
Die widerstandslose Besetzung des Rheinlandes, die Rückkehr des Saargebietes, die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht und nicht zuletzt die Olympischen Spiele von 1936 trugen ihm die Bewunderung eines großen Teils der Welt ein -, auch wenn dies heute gern verschwiegen wird. Die österreichischen Nazis bekamen mächtigen Auftrieb und im März 1938 kam es unter massivem Druck Hitlers zum Anschluß, nachdem Schuschnigg von allen verlassen worden war.

II

Zumindest die "Freunde" der Kirche wissen mit dem "Anschluß" das "Heil Hitler!" Kardinal Innitzers zu verbinden. Als sein Nachfolger, Kardinal König, 1976 mit einer Delegation österreichischer Priester Jerusalem besuchte, wurde ihm beim Besuch von Yad Vashem, dem größten Dokumentationszentrum der Judenverfolgung, der unglückselige Brief Innitzers an Gauleiter Bürckel präsentiert. Von der jahrelangen Hilfe desselben Kardinals für die verfolgten Juden wußte man in Jerusalem scheinbar nichts.
Schon lange vor der Machtergreifung Hitlers gab es zwischen der Ideologie der Nazis und der christlichen Lehre unüberbrückbare Gegensätze, vor allem in der Rassenfrage. 1932 hatten sämtliche deutschen Ordinariate die Zugehörigkeit zur Partei für unerlaubt erklärt. Nach Hitlers sensationeller Regierungserklärung vom 23. März 1933, in der er die beiden christlichen Konfessionen als wichtigste Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums bezeichnet hatte, deren Rechte nicht angetastet werden sollten, nahmen die deutschen Bischöfe - aus heutiger Sicht vielleicht ein wenig zu schnell - ihre Warnungen weitgehend zurück, wenngleich sie erhebliche Vorbehalte machten.
Sehr bald setzte sich Hitler über wichtige Vereinbarungen des Konkordats hinweg, bis es zum regelrechten Kirchenkampf kam. Nicht zuletzt wurde die katholische Presse geknebelt und schließlich ganz unterdrückt. Die durch das Konkordat rechtlich verankerten katholischen Schulen wurden aufgehoben, die Devisen- und Sittlichkeitsprozesse sollten das Ansehen der Kirche völlig untergraben.
Nach vergeblichen Protesten gegen die Unrechtsmaßnahmen erschien im März 1937 die Enzyklika "Mit brennender Sorge", die eine massive Anklage des Regimes war. Natürlich wußten auch die österreichischen Bischöfe um die Vorgänge im Reich. Erst im November 1937 richteten sie eine Solidaritätsadresse an ihre deutschen Amtsbrüder. In ihr heißt es u.a.:
"Wir österreichischen Bischöfe fühlen uns gedrängt, innigste Anteilnahme auszusprechen und zu sagen, wie sehr uns das berührt, was im Deutschen Reiche vor sich geht, wo der Staat in voller Anwendung seiner Gewalt ... planmäßig und unaufhaltsam bis zum äußersten geht, um die christliche Religion, besonders aber die katholische Kirche in diesem Reiche auszuschalten und zurückzudrängen ... Wir nehmen aber darum auch innigeren Anteil an euren Schicksalen, weil viele bemüht sind, solche Verhältnisse, wie sie sich bei euch herausgebildet haben,

auch in unserem Staate erstehen zu lassen und der Gottlosigkeit zum Siege zu verhelfen ..."
Um so unbegreiflicher war die "Feierliche Erklärung" vom 18. März 1938:
"Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anläßlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich:
Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden Bolschewismus abgewehrt wurde.
Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen. Am Tage der Volksabstimmung ist für uns Bischöfe selbstverständlich nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind."
Dieser Erklärung war am 12. März ein noch emphatischeres Telegramm des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates an Hitler vorausgegangen. Aber auch der sozialistische Staatskanzler der Ersten Republik, Karl Renner, der nach dem Zweiten Weltkrieg österreichischer Bundespräsident wurde, bekannte sich 1938 zum Anschluß an das Deutsche Reich und versicherte, er werde mit Ja stimmen.
Hätten sich die Bischöfe auf das Bekenntnis zu Deutschland beschränkt, hätte dies wohl kaum Widerspruch erregt. Die überwältigende Mehrheit des Volkes wollte die Vereinigung mit Deutschland. Nach Renner gaben zwei Drittel des Volkes Hitler den Vorrang vor Schuschnigg. Nach ihm war die Arbeiterschaft nicht für einen Widerstand gegen die nationalsozialistische Arbeiterpartei zu gewinnen.
Unglückseligerweise unterschrieb Kardinal Innitzer seinen Begleitbrief an Gauleiter Bürckel noch mit "Heil Hitler!"
Die "Feierliche Erklärung" und Innitzers "Heil Hitler!" schlugen wie eine Bombe ein. Zahlreiche Katholiken waren schockiert und empört. Der Kardinal erhielt eine Reihe von Briefen, in denen er aufgefordert wurde, sein öffentliches Ärgernis gutzumachen, bzw. sein Amt niederzulegen.
Besonders eindrucksvoll scheint uns der Brief eines deutschen Dorfpfarrers zu sein, dessen Weitblick den der österreichischen Bischöfe weit überragt.
Wenigermünchen, 2. Juni 1938
P. Unterschweinbach
Ehrwürdige Eminenz!
Ich bitte zu entschuldigen, daß ich als alter Pfarrer (es) wage, zu Ew. Eminenz zu reden. Aber ich fürchte, daß viele Seelen zugrunde gehen, wenn die Hirten schlafen.
Ew. Eminenz hat gehofft, das österreichische Konkordat zu retten, indem Sie gegen Ihre innere Überzeugung den Feinden des Christentums geschmeichelt und sie als Retter begrüßt haben. In allen Dörfern wurde bei uns die Erklärung Ew. Eminenz und der übrigen österreichischen Bischöfe durch Lautsprecherwägen ausgeschrien - in der Absicht, unsere deutschen Bischöfe und alle, die in Treue zu ihnen halten, zu Störenfrieden zu stempeln.
In der Tat aber hat die Regierung nicht einmal das deutsche Konkordat gehalten, das sie selber feierlich mit dem Papst geschlossen hat, wie viel weniger wird sie das österreichische Konkordat halten, das sie nicht geschlossen hat und das der Kirche viel mehr Rechte gibt?
Ehrwürdige Eminenz haben selber schon die Erfahrung gemacht, daß die Regierung die katholischen Vereine unterdrückt, die katholische Presse knebelt, die katholische Caritas auf Schritt und Tritt hemmt, den Besuch des Eucharistischen Kongresses (in Budapest, eigene Anmer-

kung) verhindert hat.
Nachfolgen wird auch bei Ihnen bald die Aufhebung der konfessionellen Schule, die Entfernung der Klosterfrauen von allen Unterrichtsanstalten - natürlich ohne Pension, die Entfernung der Barmherzigen Schwestern aus den Krankenhäusern, sobald genug braune Schwestern vorhanden sind.
Die Klöster sowie die Anstalten der katholischen Caritas werden durch eine ungeheuerliche Steuerlast unterdrückt, so daß sie nicht mehr bestehen können; die ganze Lehrerbildung wird in ungläubigem Geist umgestaltet.
Bei den SS (Schutzstaffeln) sind wohl so ziemlich alle Offiziere und Schulungsleiter bereits aus der Kirche ausgetreten und in manchen SS-Lagern alle oder so gut wie alle SS-Leute. Selbst ihre Frauen haben manche derselben bereits zum Austritt aus der Kirche veranlaßt. Und darum sind die SS die Vertrauensleute der Regierung und soll aus ihnen ausschließlich die Gendarmerie ergänzt werden.
Daß die Privatschulen der Ordensleute, insbesondere die Gymnasien der Benediktiner aufgehoben werden sollen, zum Teil schon aufgehoben worden sind, daß an manchen Orten, wo ein bischöfliches Knabenseminar besteht, kein Gymnasium mehr sein darf; daß gegen Priester und Ordensleute alle möglichen - unwahren oder übertriebenen - Anschuldigungen in Zeitungen und Radio gemacht werden dürfen, aber die Gegenerklärungen der Bischöfe nicht veröffentlicht werden dürfen; daß in Deutschland alle Druckereien, welche die päpstliche Enzyklika über die Zustände in Deutschland ("Mit brennender Sorge", eigene Anmerkung) gedruckt haben, geschlossen und ohne Entschädigung beschlagnahmt worden sind; daß durch gerichtliches Urteil einer Mutter, deren Ehe aus Verschulden des Mannes gerichtlich geschieden worden war, das Erziehungsrecht über ihre Kinder bloß deswegen entzogen worden ist, weil sie ihre Kinder in eine klösterliche Anstalt zur Erziehung geben wollte - ich meine, daß alle diese Tatsachen jedem, der guten Willens ist, die Augen öffnen müssen.
Als ich die Erklärung der österreichischen Bischöfe las, hielt ich sie zuerst für eine faustdicke Fälschung, deren Unwahrheit man mit Händen greifen könne. Als mir aber die Echtheit bestätigt wurde, ging ich gleich in die nächste Kirche, um für die österreichischen Bischöfe zu beten.
Es ist vielleicht gut, daß ich nicht der Beichtvater Ew. Eminenz bin - ich hätte Ew. Eminenz wohl die Absolution verweigert, bis Sie durch irgendeinen Hirtenbrief oder irgendeine Erklärung das gegebene Ärgernis wenigstens einigermaßen gutzumachen begonnen hätten.
Gott sei Dank! Die deutschen Bischöfe sind einig und treu und haben alle Gefahren und Opfer auf sich genommen, um ihre Herde zu retten. Welches Schauspiel aber für die ganze Welt, wenn sich die österreichischen Bischöfe nicht bloß unter die Gewalt beugen, sondern sogar für die Christusfeinde agitieren und den deutschen Bischöfen, ja sogar dem Papst in den Rücken fallen! Wie soll ein Reich bestehen können, wenn es unter sich uneins ist?
Vor aller Welt steht Ew. Eminenz an der Spitze des nationalsozialistischen Klerus; darum ist es auch nach meiner Überzeugung Ew. Eminenz Pflicht, den ersten Schritt zu tun und das gegebene Ärgernis gutzumachen.
Ehrwürdige Eminenz! Ich weiß wohl, daß wenn mein Brief auf der Post geöffnet wird oder sonst einem Vertreter des Staates in die Hände fällt, ich damit zu rechnen habe, daß ich nicht bloß meine Stelle und meinen Gehalt verliere, sondern auch lebenslängliche Haft oder den Tod zu erwarten habe; aber ich kann mein Leben nicht besser enden, als wenn ich für meinen Glauben Zeugnis ablege. Möge, wenn solches geschieht, es den österreichischen Bischöfen und dem katholischen Volke zum Heile sein!
Ehrwürdige Eminenz ergebenster Viktor Keller, Pfarrer
Sehr viel schärfer ist der Brief eines ehemaligen Offiziers, der aus der Emigration in Budapest am 8. April 1938 geschrieben wurde. Man darf hierbei freilich nicht übersehen, daß die Ehre

bei Offizieren von altem Schrot und Korn eine hervorragende Rolle spielte. Wir zitieren einige Passagen dieses Schreibens (Unterstreichungen im Original):
"Eure Eminenz!
... Es ist ein Gipfel der Würdelosigkeit, wenn Sie, Eminenz, der sich früher nie genug als prononcierter Anhänger und Verfechter der Dollfuß- und Schuschnigg-Prinzipien hervortun konnten und bei keinem offiziellen Anlaß des vaterländischen Österreich fehlten, nunmehr ungebeten und ungerufen dem Hitler einen Besuch im Hotel abstatteten! Nicht genug an dem, haben Sie, Eminenz, die katholische Bevölkerung Österreichs irregeführt und total verwirrt, indem Sie jene schmachvollen Proklamationen und Enunziationen vom Stapel ließen, die vor Hitler und der braunen Barbarei, die den Katholizismus aufs schwerste bekämpft, den Kotau machten ...
Wie Sie es, Eminenz, als Katholik und katholischer Erzbischof vor Gott und Ihrem Gewissen vereinbaren werden, ist und bleibt Ihre Privatsache. Sie sind aber nicht als Privatmann aufgetreten, sondern als der oberste Seelenhirt der österreichischen Katholiken und als dieser haben Sie sich schändlich, feige, unwürdig benommen ...
Sie haben aber nicht nur den Katholizismus und die Katholiken verraten, Sie haben außerdem Ihr Vaterland schändlich verraten!
Sie haben kein Recht mehr, den Kardinalspurpur in Ehren zu tragen, denn Sie haben ihn besudelt vor Gott und der Menschheit! ..."
Wenn man allerdings die Erklärungen der katholischen Bischöfe auf dem Hintergrund der gleichzeitigen Verlautbarungen anderer Autoritäten zum gleichen Anlaß betrachtet, wird man die Äußerungen der katholischen Bischöfe zwar nicht entschuldigen, aber doch milder beurteilen.
So richtete der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates, Robert Kauer, bereits am 12. März ein emphatisches Begrüßungstelegramm an Hitler:
"Im Namen der mehr als 330.000 evangelischen Deutschen in Österreich begrüße ich Sie auf österreichischem Boden. Nach einer Unterdrückung, die die schrecklichsten Zeiten der Gegenreformation wieder aufleben ließ, kommen Sie als Retter aus fünfjähriger schwerster Not aller Deutschen hier ohne Unterschied des Glaubens. Gott segne Ihren Weg durch dieses deutsche Land, Ihre Heimat!"
Und der erste sozialistische Staatskanzler der Ersten Republik und erste Bundespräsident der Zweiten Republik, Karl Renner, äußerte sich folgendermaßen zur Abstimmung über den "Anschluß":
"Ich müßte meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als deutsch-österreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederzusammenschlusses der deutschen Nationen nicht freudigen Herzens begrüßte ... Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutsch-Österreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St. Germain werde ich mit Ja stimmen."
Renner wollte sogar im Rundfunk für den "Anschluß" werben, aber das empfanden selbst die Nazis als zu starken Tobak.
Die Nazis ließen es sich natürlich nicht entgehen, die Erklärung der Bischöfe und das Schreiben Kardinal Innitzers propagandistisch auszuschlachten. Wie im "Völkischen Beobachter", dem Zentralorgan der NSDAP, füllten sie damit die ganze 1. Seite der gelenkten Tagespresse. Die Schlagzeilen der Tageszeitungen vom 28. März 1938 verkündeten voller Stolz:
"Bekenntnis der österreichischen Bischöfe zum Deutschen Reich - Freudige Anerkennung der Leistungen der nationalsozialistischen Bewegung."

III

Die Reaktionen auf diese Vorgänge, besonders aus dem Ausland, waren überaus heftig. Aber

entweder nahm sie der Kardinal nicht zur Kenntnis oder er glaubte, richtig gehandelt zu haben.
Hierin könnten ihn einige Schreiben bestärkt haben, die ihn in jenen Tagen erreichten. So schrieb ihm die "Arbeitsgemeinschaft für den religiösen Frieden" (dazu gehörten u.a. Pius Parsch von Kloster Neuburg und Dr. Anton Böhm, ehedem Chefredakteur des Rheinischen Merkur) - die an die Vereinigung Pacem in terris in einigen Ostblockländern erinnert -:
"Eure Eminenz haben in geschichtlicher Stunde eine Tat gesetzt, die bestimmt ist, eine Wende in der Stellung der Kirche zu den weltbewegenden Problemen dieser Zeit im glücklichsten Sinn herbeizuführen. Wir bitten Euere Eminenz, zu dieser Tat zu stehen und sich durch nichts an dieser Haltung wankend machen zu lassen ...
Mit mindestens demselben Recht, mit dem die französischen Katholiken sich mit der Regierung des Gottesleugners Leon Blum gutstellen dürfen, können die österreichischen Katholiken einen tiefgläubigen Katholiken Adolf Hitler unterstützen, der durch Taten christlicher Barmherzigkeit mehr Menschen mit Gott versöhnt hat, als in Frankreich mit Streik und Klassenhaß dem Satan in die Hände getrieben werden."
Zwei deutsche Adlige mit berühmten Namen mögen den Kardinal noch mehr bestärkt haben, richtig gehandelt zu haben. PG und SA-Obersturmbannführer Fürst von Fürstenberg, Donaueschingen, sandte ihm ein Danktelegramm und Dr. Graf Georg Henckel von Donnersmarck schickte ihm am 30. März 1938 aus Graubschütz, Kr. Namslau, folgendes Schreiben:
"Euer Eminenz! Hochwürdigster Herr Kardinal!
Die aufrichtige Freude und tiefe Dankbarkeit, mit der Euer Eminenz eindeutiges und klares Bekenntnis zu unserem Führer ungezählte katholische Deutsche erfüllt, veranlaßt mich, Euer Eminenz den Ausdruck dieser Gefühle in wenigen Worten ehrfürchtig zu übermitteln und daran die Bitte zu knüpfen auch meinen persönlichen tiefstempfundenen Dank entgegennehmen zu wollen.
In vollkommenster Hochachtung zeichne ich mit Heil Hitler als Euer Eminenz aufrichtig ergebener
Dr. Graf Georg Henckel v. Donnersmarck"
In unbegreiflicher politischer Naivität versicherte er in einem zweiten Brief an Gauleiter Bürckel, den "Beauftragten des Führers für die Volksabstimmung", vom 1. April 1938, die "Feierliche Erklärung" der österreichischen Bischöfe sei keine Geste gewesen, sondern "ein allein der Stimme unseres gemeinsamen deutschen Blutes entsprungenes Bekenntnis ..." Und wieder schloß er mit "Heil Hitler!"
Selbstverständlich veröffentlichten die Nazis sofort dieses instinktlose Schreiben, das den Kardinal, mehr noch als die "Feierliche Erklärung", in den Augen vieler zum "Nazibischof" abstempelte. Das Maß war übervoll.
Der "Osservatore Romano" schrieb am 25. März 1938 einen Artikel über die österreichischen Ereignisse, der in dem Satz gipfelte:
"Die unerhörte Behauptung, der nun erfolgte Anschluß sei nichts anderes als die Verwirklichung eines von der Vorsehung beschlossenen Planes, muß als krasse Blasphemie zurückgewiesen werden."
Und in der Ausgabe vom 1. April betonte er, die Kundgebung der österreichischen Bischöfe sei ohne jede vorherige Verständigung mit dem Vatikan und ohne seine nachträgliche Billigung erschienen. Am selben Tag brachte Radio Vatikan eine Sendung, die sich mit dem "falschen politischen Katholizismus" befaßte. In ihr wurde die "übergroße Vorsicht und Taktik aus schwächlicher Anpassung" gerügt, die zweifelsohne "im Lauf der Geschichte der Ehre und dem Ansehen der Kirche und gerade dadurch auch der Seelsorge oft schwersten Schaden gebracht hat." Diese Verlautbarung ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es war klar, wer gemeint war.

Kurz darauf wurde Kardinal Innitzer nach Rom zitiert. Pius XI. empfing ihn sehr ungnädig. Mein Aschaffenburger Religionslehrer, ein frühes Opfer der Nazis, wurde unmittelbar nach Innitzer von Pius XI. in Privataudienz empfangen - damals für einen einfachen Priester höchst ungewöhnlich. Er erzählte uns später, der Kardinal sei tränenüberströmt aus dem Zimmer gekommen.
Die "Feierliche Erklärung" der österreichischen Bischöfe zur Volksabstimmung wurde am Sonntag, dem 27. März 1938, von allen Kanzeln Österreichs verlesen, wie die Zeitungen triumphierend berichteten. Der "Völkische Beobachter" betonte in seiner Sprachregelung vom 28. März, die von allen Zeitungen übernommen wurde:
"Mit Freude und aufrichtiger Genugtuung nimmt das ganze deutsche Volk von dieser Erklärung Kenntnis. Sie beweist, daß in dieser für das ganze Deutsche Volk und seine Zukunft so ereignisreichen Zeit auch die katholische Kirche den Weg zum neuen Staat finden will ..."
Bei aller berechtigten Kritik am damaligen Verhalten der österreichischen Bischöfe sollte man allerdings gerade im Zeitalter der Entspannungseuphorie nicht übersehen, daß es zu den vordringlichen Aufgaben der Bischöfe gehört, selbst unter ungünstigen Bedingungen die seelsorgliche Betreuung der Gläubigen zu gewährleisten. Es steht außer Zweifel, daß dies das eigentliche Ziel der Bischöfe war, wenngleich die Mittel nicht zu rechtfertigen waren. Zu Recht erwarten ja die Oberhirten, daß sich die Gläubigen an ihren Worten und ihrer Haltung orientieren, so wie Paulus sagt: "Brüder, nehmt mich zum Vorbild".
Bei Kardinal Innitzer darf man schließlich auch nicht übersehen, daß dieselbe Spontaneität, die ihn anfangs zu bedenklichen Zugeständnissen an die Nazis veranlaßte, ihn zu jahrelanger Hilfe für die verfolgten Juden drängte. In seinem Palais fanden von 1940 bis über das Kriegsende hinaus mehr als 4.000 nichtarische Katholiken seelsorglichen Beistand und materielle Hilfe, die vielen erst das Überleben ermöglichte.
Und seit dem Sturm der Hitlerjugend auf das Erzbischöfliche Palais im Oktober 1938 machte sich der Kardinal keine Illusionen mehr, man könne mit den Nazis noch reden. Er machte künftig auch keinerlei Zugeständnisse mehr, die mit seinem oberhirtlichen Amt nicht vereinbar waren. Das Urteil über ihn wird weiterhin schwanken. Aber wenn er auch beim "Anschluß" der Aufgabe als Kirchenpolitiker nicht gewachsen war, so zeigt doch sein Verhalten als Seelsorger, daß er sich zeitlebens bemühte, seinem Wahlspruch treu zu bleiben:
In Liebe dienen.<<

14.09.1988

DDR: Am 14. September 1988 wird die jährliche Transitpauschale für die Jahre 1990 bis 1999 festgelegt.
Die Bundesrepublik Deutschland soll zukünftig nicht mehr 525, sondern 860 Millionen Mark an die DDR zahlen.

26.09.1988

Belgien: Die EG unterzeichnet am 26. September 1988 ein Handels- und Kooperationsabkommen mit Ungarn.

01.10.1988

UdSSR: Michail Gorbatschow (Generalsekretär der KPdSU) wird am 1. Oktober 1988 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt.
Gorbatschow, der als Reformer gilt, weiß damals längst, daß er die zunehmenden Versorgungsengpässe in der Sowjetunion ohne westliche Hilfe nicht lösen kann.

16.10.1988

Ost-Berlin: Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses besucht am 16. Oktober 1988 Erich Honecker in Ost-Berlin.
Die DDR verpflichtet sich zu einer symbolischen Entschädigungszahlung für die noch lebenden Opfer der NS-Judenverfolgung.

10.11.1988

BRD: Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) hält am 10. November 1988 im Bundestag eine Gedenkrede zum 50. Jahrestag der Pogrome von November 1938.

Seine unglücklich formulierten Ausführungen führen damals zum Eklat. Nach heftigen Protesten aus dem In- und Ausland muß Bundestagspräsident Philipp Jenninger später zurücktreten, obwohl seine Integrität nicht in Frage gestellt wird.

19.11.1988

DDR: Das SED-Postministerium läßt am 19. November 1988 die sowjetische Zeitschrift "Sputnik" aus der Postzeitungsliste streichen, um die DDR-Bevölkerung von der sowjetischen Reformpolitik abzugrenzen.

Der "Sputnik" bezeichnet Gorbatschows Politik der Offenheit (Glasnost) schon seit Monaten als Vorbild für den gesamten Ostblock.

02.12.1988

Griechenland: Der Europäische Rat beschließt am 2./3. Dezember 1988 auf der Insel Rhodos eine "Erklärung zur internationalen Rolle der EG" ("Europa 1992" soll danach ein "Partner" für die Welt und "keine Festung Europa" sein).

19.12.1988

Belgien: Die EG unterzeichnet am 19. Dezember 1988 ein Handelsabkommen mit der Tschechoslowakei.

1988

BRD: In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt werden, reduziert man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprechen.

Im Jahre 1988 berichtet man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x067/128,201): >>Vor den vorrückenden Truppen flohen Millionen Menschen aus den deutschen Ostgebieten. Die Vergeltung für die grausame Besatzungsherrschaft der Deutschen in Polen und der Sowjetunion bekamen jetzt vor allem die Frauen mit ihren Kindern zu spüren, die in endlosen Flüchtlingstrecks nach Westen ihre Familie und ihr letztes Hab und Gut retten suchten. ...<<

>>... Deutschland wurde in seinem territorialen Umfang um etwa ein Viertel des Standes von 1937 verkleinert. Die Gebiete östlich der Oder-Neiße kamen unter polnische, der nördliche Teil Ostpreußens unter sowjetische Verwaltung. Diese Gebiete gehörten damit nicht mehr zur sowjetischen Besatzungszone. Die deutsche Bevölkerung sollte aus diesen Gebieten umgesiedelt werden. ...

Wenn man das Potsdamer Abkommen mit dem Versailler Vertrag von 1919 vergleicht, ergeben sich große Unterschiede: Die Reparationsleistung fiel verhältnismäßig maßvoll aus; ungleich härter trafen das Nachkriegsdeutschland die territorialen Verluste. Denn damit war die Vertreibung und Zwangsumsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Ostmitteleuropa verbunden. ...<<

Der deutsche Historiker Alois Harasko schreibt im Jahre 1988 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x020/107): >>... Eine systematische historische, soziologische und psychologische oder gar kriminalistische Auswertung der sudetendeutschen Vertreibungsberichte ist bisher nicht erfolgt.

Seit den Erhebungen in den 40er und frühen 50er Jahren haben sich – von einigen regionalen Dokumentationen abgesehen – auch landsmannschaftliche Gremien nicht mehr intensiv um eine weiterführende Klärung der Vertreibungsaktionen und um die Erhaltung des Wissens um die konkreten Geschehnisse im Bewußtsein der sudetendeutschen Bevölkerung bemüht. Diesem wurde vielmehr meist nur pauschal in der Errichtung zahlloser Gedenkkreuze, Kapellen

und Mahnmale für die etwa 240.000 im Zuge der Vertreibung zu Tode gebrachten Landsleute Genüge getan.
Die an diesen Stätten gewöhnlich während ungezählter größerer und kleinerer Heimattreffen abgehaltenen Feiern waren im Zeichen der Versöhnungsbereitschaft vornehmlich vom Geist der Charta der Heimatvertriebenen aus dem Jahre 1950 bestimmt.
Eine gesellschaftliche Aufarbeitung selbst auch nur in dieser Form wurde aber andererseits im tschechischen Volk bisher von Staats wegen unmöglich gemacht. Nur ein einziges Beispiel für einen solchen Ansatz in der Zeit des Prager Frühlings ist bekannt geworden, als nämlich Teile der tschechischen Bevölkerung der südmährischen Stadt Pohrlitz an zwei der in der Nähe befindlichen Massengräber eine bescheidene Gedenkstätte errichten wollten.
Daß aber anstatt dessen über diesen Gräbern der dort im Zuge der Austreibung der Brünner Deutschen am Fronleichnamstag 1945 zu Tode gekommenen 450 Menschen 2 landwirtschaftliche Gebäude zur Tierhaltung errichtet wurden, läßt vermuten, daß die Bewältigung eines die Nachbarschaft im Herzen Europas belastenden Geschehens, das zugleich ein die nächsten Generationen des tschechischen Volkes prägendes Trauma bedeuten dürfte, auch in der nächsten Zukunft kaum zu erwarten ist. ...<<

1989

> Einigkeit ist ein festes Band, es hält zusammen Leute und Land.
> *Sprichwort aus Deutschland*

02.01.1989

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (1/1989) berichtet am 2. Januar 1989: >>**Vom Freiheitsrausch bis Waterloo**
Rudolf Augstein über die Französische Revolution …
Was mit dem Sturm auf die Bastille in Paris begann, am 14. Juli 1789, hat eine Vorgeschichte und eine Nachgeschichte. Beide sind bis heute umstritten.
Nicht einig ist man sich darüber, wann die Große Französische Revolution anfing und wann sie zu Ende war. Bestritten ist, was sie bewirkt hat und ob sie das heutige Geschehen noch beeinflußt.
Bestritten auch, ob sie eine oder die "Große" gewesen sei; ob ihre Errungenschaften erstens nicht nur scheinbar und zweitens nicht zu teuer erkauft worden sind; ja, ob eine vernünftige Reform nicht dasselbe und ohne die Blutbäder erbracht hätte. Diese, wie man finden darf, etwas naive Betrachtungsweise äußerte kürzlich auf dem Podium in Salzburg der renommierte deutsche Politik-Wissenschaftler Karl Dietrich Bracher.
Spitzt man dies Denkmodell zu, so könnte man sich eine überwiegend katholische Bundesrepublik vorstellen, deren Verfassung sich ausschließlich an den protestantischen Staaten der Angelsachsen und Skandinaviens orientiert hätte - wegen der Unwägbarkeit von zweihundert Jahren Geschichte eine absurde und unerlaubte Sicht.
Der Marxist hingegen, auch der Sowjetmensch, sofern er Marxist ist, wird die Französische Revolution zwar immer noch für groß, aber doch für eine unvollendete halten. Schließlich hatten die kleinen Leute, das niedere Volk, die - im buchstäblichen Sinne - Lastenträger der Nation, die Geschicke der werdenden Republik nur fünf Jahre lang mitbestimmt; vom Bastille-Sturm bis zur Hinrichtung Robespierres am 28. Juli 1794.
Dies ist die Grundthese des Professors an der Sorbonne, Albert Soboul, zwischen 1967 und seinem Tode 1982 Direktor des Institut d'Histoire de la Revolution francaise in Paris.
Demnach steht dann auch die Dauer in Frage. War die Revolution mit Robespierres Sturz 1794 zu Ende? Oder mit dem Ersten Konsulat Napoleons 1799? Oder mit der Errichtung des Kaiserreichs 1804? Oder mit der ehelichen Verbindung zwischen Napoleon und der Tochter des Wiener Kaisers Franz II., Marie Louise, 1810? Oder aber erst mit der Restauration der

Bourbonen 1814/15?
War sie ein einziger großer Bruch mit dem "Ancien regime", der nach Waterloo dann teilweise wieder gekittet wurde, war sie demgemäß "un bloc" (Georges Clemenceau), oder entwikkelte sie sich in mehreren, teils sich überlagernden, teils auch gegenläufigen Brüchen, die sich zur Kontinuität nie wieder würden fügen lassen?
Und Napoleon selbst? War er mehr als ein europäisches Ärgernis und ein Gegenstand der Bewunderung? War er der seiner Wirkungen unbewußte Katalysator neuer, nicht mehr aus der Welt zu schaffender Ideen, er, der die Revolution exportiert und liquidiert, ausgeschöpft und verraten, beerbt und zerstört hat, manchmal beides zu gleicher Zeit?
Konnte Karl Marx noch behaupten, die Ideen der Französischen Revolution hätten "über die Ideen des ganzen alten Weltzustandes hinausgewiesen", so müssen wir Heutigen uns eingestehen, daß sie sich angesichts des neu sich abzeichnenden Weltzustands - Atomenergie, Ökologie, Superkapitalismus, Überbevölkerung, Weltraum-Eroberung - nahezu verflüchtigt haben. Der entfesselte Geist ist in seine Flasche zurückgekehrt, oder?
Kein Zufall also, daß Frankreich die letzten beiden Kolonialkriege geführt hat, den in Vietnam bis 1954, den in Algerien bis 1962? Kein Zufall, daß Frankreich das Wahlrecht der Frauen erst 1944 eingeführt hat, 25 Jahre nach der Weimarer Republik?
Die "Gestalt einer universellen Weltordnung" - man wird sie kaum der "Philosophie des französischen Bürgertums des 18. Jahrhunderts" zurechnen können, wie Soboul das so eifrig propagiert hat.
Aber erst recht scheint die Gegenposition zu Soboul nicht haltbar, 1978 erstmals in aller Schärfe vorgetragen von Francois Furet, Professor an der Hochschule für Sozialwissenschaften in Paris. Sie besagt, die Revolution sei kein notwendiges Ereignis gewesen, sondern die Kulturrevolution einer intellektuellen Schicht, die, von falschen Ideen geleitet, die Wurzeln späterer totalitärer Herrschaftssysteme vorgeprägt habe.
Da wäre denn zu fragen: Was ist eine richtige, was eine falsche Idee? Welches Ereignis ist notwendig, welches nicht? Ist die Idee von der unbefleckten Empfängnis eine richtige Idee, weil ein notwendiges Ereignis, oder umgekehrt? Sind die Ideen Voltaires und Rousseaus wie auch zahlloser anderer vorrevolutionärer Geister schon deshalb falsch, weil es später Hitler und Stalin gab? Schon deshalb falsch, weil sie das angeblich Nicht-Notwendige, die Revolution eben, erst notwendig machten?
Dies Diktat liefe auf das Abknipsen geistiger Strömungen von den politischen Geschäften hinaus, und darauf soll es hinauslaufen. So müssen wir uns von Furet und seiner interessanten Theorie vorerst verabschieden und wieder den Tatsachen zuwenden.
Unter jenen rund zwölfhundert Mitgliedern der Generalstände, die in Versailles am 4. Mai 1789 mitsamt dem Königspaar zu ihrem feierlichen Eröffnungskirchgang schritten, befand sich keiner, der die Monarchie abschaffen oder den König und gar die Königin hinrichten wollte; keiner, der sich ein totalitäres Regime a la Hitler oder Stalin oder Pol Pot oder Chomeini auch nur vorstellen konnte.
Wohl aber waren Leute dabei, die an der Seite George Washingtons den amerikanischen Kolonien zur Unabhängigkeit verholfen hatten, wie der Marquis de La Fayette, damals 31 Jahre alt. Dieser "Held zweier Welten" hatte von drüben ein Exemplar der "Menschenrechte" mitgebracht. Er wird demnächst Kommandant der Pariser Miliz, der "Nationalgarde".
Es gab auch Leute im Festzug, die dem englischen System einer Parlamentsmonarchie Vorzüge abgewinnen konnten, sei es, weil sie selbst König werden wollten, wie der Herzog Philippe von Orleans, der Vetter des Königs, Ur-Ur-Großneffe des Sonnenkönigs Ludwig XIV. Er hatte sich im aufrührerischen Paris wählen lassen (guillotiniert unter seinem neuen Namen "Philippe Egalite" am 6. November 1793).
Oder sei es, weil sie, wie der Volkstribun Louis Riquetti, Graf von Mirabeau, Erster Minister

dieses dem englischen System und dem englischen Thronfolger zugeneigten Prinzen werden wollten, koste es sie und andere, was es wolle.
Mirabeau, dieser monströse Sohn eines monströsen Vaters, damals schon 40 Jahre alt, hatte sich nicht etwa als Vertreter des Adels aufstellen lassen, des Zweiten Standes. Es hatte ihn vielmehr der Dritte Stand des Seneschallats Aix gewählt, und zwar mit Schmackes.
Als einer der Vertreter des Ersten Standes paradierte der Fürst-Kardinal Louis Rene Rohan-Guemenee, der seinem Onkel auf dem Stuhl des reichen Bistums Straßburg gefolgt war. Er hatte - unschuldig, unschuldig - in der Bastille gesessen, weil er sich 1785 die Gunst der Königin Marie-Antoinette mittels eines Diamanten-Halsbandes im Werte von 1,6 Millionen Livres hatte erkaufen wollen. Die ohnehin unbeliebte Königin, "Madame Deficit", hatte er blamiert; jetzt aber schritt er würdevoll als Märtyrer einher. Er vertrat den Gerichtsbezirk Hagenau und Weißenburg. Verhaftet worden war er übrigens vor allen Höflingen im Spiegelsaal von Versailles.
Ebenfalls den Ersten Stand vertrat der damals 35jährige Bischof von Autun, Charles Maurice de Talleyrand-Perigord, Neffe des Erzbischofs von Reims, später unter Napoleon Außenminister und Fürst von Benevent. Auch er gedenkt sein Spiel zu machen.
War er doch vom Schicksal wegen eines Hinkefußes in den Bischofssitz quasi hineingezwungen worden. Auf der Liste eleganter und erfolgreicher Gauner steht dieser bedeutende Staatsmann ganz obenan. Er diente sogar noch bis in die Zeit des Bürgerkönigs Louis Philippe (1830 bis 1848). Unter diesem Sohn des guillotinierten Herzogs von Orleans vertrat er als Botschafter die Interessen Frankreichs in London. Er starb 1838 als frommer Christ.
Das Seneschallat Aix wurde nicht nur vom Grafen Mirabeau vertreten, sondern, namens des Klerus, des Ersten Standes also, von seinem Erzbischof Jean-de-Dieu de Boisgelin. Diesem Gottesmann war es 1787 durch ständiges Bohren bei der Königin gelungen, den Generalkontrolleur der Finanzen, Charles de Calonne, 53 - eine Art Superminister -, auszuhebeln und an dessen Stelle den Erzbischof von Toulouse zu hieven, Lomenie de Brienne. Der neue bezichtigte den alten sogleich des Betruges, versagte aber noch schlimmer (am 16. Februar 1794 verhaftet, starb er vor Schreck).
Im Dritten Stand, dem eine einfache Standardkleidung vorgeschrieben war, schritt auch ein unscheinbarer Rechtsanwalt aus Arras mit, als Verfechter gleicher Bürgerrechte wie auch als Gegner der Todesstrafe bekannt: Maximilien de Robespierre, fast auf den Tag genau 31 Jahre alt. Sein Tod auf der Guillotine am 10. Tag des Monats Thermidor des Jahres II (28. Juli 1794) markierte einen ganzen Abschnitt revolutionärer Blutherrschaft und gab seinen Gegnern den Namen "Thermidorianer". Er ist die umstrittenste und rätselhafteste Figur der an dubiosem Personal nicht armen Revolution, unbestechlich und am Schluß von seiner Messias-Rolle überwältigt.
Der wichtigste Stichwortgeber der gesamten Generalstände marschierte einige Reihen vor Robespierre, der Abbe Emmanuel Joseph Sieyes, Sohn eines Postmeisters und von seinen Eltern in den Priesterstand genötigt. Dieser Großvikar des Bischofs von Chartres, ehedem Beichtvater der königlichen Tanten, gehörte eigentlich dem hohen Klerus an, hatte sich aber lieber in Paris vom "Tiers etat", dem Dritten Stand, wählen lassen.
Er wird 1793 für die Hinrichtung des Königs stimmen, wird den "Säbel" Bonaparte 1799 an die Macht bringen. Als "Königsmörder" muß er 1815 emigrieren. Unter dem Bürgerkönig 1830 wieder zurück, wird er in kindischer Umnachtung zu seinem Diener sagen: "Wenn Monsieur de Robespierre kommt, sag, ich bin nicht zu Hause."
Was war die brisante Parole dieses am Soldatsein gehinderten Priesters? Diese: Der Dritte Stand ist alles, er vertritt 96 Prozent der Nation, er ist die Nation. Man muß ihn nur von den Ketten der privilegierten Parasiten befreien.
Hier lag die Crux für den damals 34jährigen König und seine 33 Jahre zählende "Autrichien-

ne"… Er war beredet worden, die Generalstände einzuberufen, und konnte diesen Fehler, da er nicht autoritär war und sein Amt recht passiv auffaßte, auch gar nicht vermeiden. Seine Passion war die Jagd, bis zu neun Stunden hinter dem Hirsch her und ihn selbst noch ausweiden. Schon mit seinem königlichen Großvater hatte er gejagt. Im Ehebett hingegen hatte er, anders als der, seine Schwierigkeiten.
Zwar, die Generalstände waren zum letzten Mal 1614 einberufen worden, und sie hatten noch nie gutgetan. Aber die Finanzlage, über die niemand eine Übersicht hatte, war zu verheerend.
Da es nun aber stimmte, daß Klerus und Adel nur vier bis höchstens acht Prozent der Bevölkerung ausmachten, mußte die Forderung auftauchen, die Zahl der Vertreter des Dritten Standes zu verdoppeln. Er sollte gleich viele Männer aufbieten wie Adel und Klerus zusammen. Es gab schon Präzedenzfälle in den Provinzen. Der Hof, die Konsequenzen verkennend, glaubte zustimmen zu müssen.
Keiner scheint daran gedacht zu haben, daß der "Tiers" (der Dritter Stand), um sich zur Geltung zu bringen, einheitlich vorgehen müsse. Zwar gab es in seinen Reihen nicht einen Bauern, nicht einen "Werktätigen".
Doch der Dritte Stand, das war der Kunstgriff des Abbe Sieyes, nahm für sich in Anspruch, die beiden privilegierten Stände, weil nicht zur Nation gehörig, auszugrenzen. Eine recht willkürliche Ausgrenzung. Aber es stimmte ja, Bauern und Kleinbedienstete ganz ohne Rechte machten die überwältigende Mehrheit der Gesamtbevölkerung aus.
Der Dritte Stand des Abbe vertrat usurpatorisch die "Nation" in all ihren sozial noch so unterschiedlichen Schichten, auch die Bauern, auch die Tagelöhner. Ihre Beschwerden mußten sie wohl oder übel ihren Delegierten anvertrauen, weil sie nicht schreiben konnten.
Klerus und Adel wiederum waren untereinander und jeder in sich zerspalten. Da es den einfachen Priestern wenig besser ging als den Dörflern, die von ihnen betreut wurden, liefen sie als erste zum Dritten Stand über.
Am König hatten die Royalisten wenig Halt. Seiner Natur und seiner Erziehung nach war es ihm nicht möglich, sich an die Spitze der neuen Bewegung zu stellen und mit der "Nation" gegen die Privilegierten zu regieren. Andererseits war er weder willens noch fähig, mit den ihm noch ergebenen Regimentern das Risiko eines Bürgerkrieges, samt Häuserkampf in Paris, auf sich zu nehmen.
Es ging einzig um die Frage, ob, wie bisher, nach Ständen, immer zwei zu eins also, oder nach der Regel "one man, one vote" abgestimmt werden sollte. Hier mußte der Dritte Stand siegen, wenn er durchhielt. Das tat er, und hätte es auch ohne Mirabeaus Schulbuchtiraden getan, die sich noch heute hübsch lesen. Alle drei Stände vereinigten sich zur Nationalversammlung.
König und Königin, er zum Regieren nicht willens, sie willens, aber nicht fähig, warteten also ab, bis es zu spät war, und es war bald zu spät.
Nur, warum tagten und stritten all diese Priester, Edelleute und Bourgeois in Versailles? Hatten sie sich aufgedrängt? Wollten sie revoltieren? Mitnichten. Sie waren von Ludwig XVI., einem absoluten König einzig von Gottes Gnaden, eingeladen, ja einbestellt worden.
Warum? Weil man sich von ihnen die Abwendung des Staatsbankrotts erhoffte. Der König wollte von ihnen, was man mit einer Silbe benennen kann: Geld. Sie hingegen wollten nach Verdienst an den Staatsgeschäften beteiligt werden.
Da muß man denn fragen, wer das immer noch reiche Land mit seinen über 25 Millionen Einwohnern in den Staatsbankrott hineingetrieben hatte. Waren das die Niederschichten? Sicherlich nicht. Waren das die intellektuellen Kreise mit ihren "falschen Ideen"? Wiederum Fehlanzeige. Diese Mittelschicht, Juristen, Ärzte, Kaufleute, war an der Regierung nie nennenswert, wenn überhaupt beteiligt gewesen.
Warum also war kein Geld in der Kasse? Weil Ludwig und seine Vorgänger, wie der Volkstribun Mirabeau später donnern wird, jahrhundertelang eine pompöse Mißwirtschaft getrieben

hatten. Das klingt recht demagogisch. Aber wahr ist, daß der Hof, der hohe Klerus und der Adel über die Verhältnisse des Landes gelebt hatten, auf Kosten des abhängigen Niedervolkes, ja, und mit oft schreiender Ungerechtigkeit gegen die staatstragende Mittelschicht.
Die Krone, obwohl zuverlässige Zahlen kaum zu haben sind, verschwendete nicht so viel, wie man in der Bevölkerung glaubte. Aber sie verschwendete ohne Gewissen. Für die Babywäsche des Dauphins wurden 284.000 Livres ausgegeben. Einem fünfjährigen Prinzen wurde die Zivilliste um jährlich 150.000 Livres aufgestockt. Und der Hof insgesamt gab in einem Jahr mehr Geld aus, als das Defizit des gesamten Königreiches betrug.
So sah die "Süßigkeit des Ancien regime" aus, nach der sich der Staatsmann Talleyrand, dieser wunderlichste aller katholischen Prälaten und Halunke allergrößten Stils, zurücksehnen wird.
Wann genau ein abirrendes und abartiges System den "Point of no return" überschritten hat, wird sich nur selten feststellen lassen. Ja, wenn der bürokratische, majestätische und faule Ludwig XV. noch gelebt hätte, dieser, von wem auch immer, "Vielgeliebte".
Aber er hat nicht. Er war 1774 mit 64 Jahren an den Blattern gestorben. Gerade er verkörperte in seiner Person jenes System, das er zum Schluß, wirklich oder nicht, angeblich oder tatsächlich, hatte reformieren wollen.
Er hinterließ einen 20jährigen Nachfolger und dessen 19jährige, vergnügungssüchtige Frau, die zudem noch von ihrer Wiener Sippschaft, Maria Theresia eingeschlossen, höchst unklug und nahezu unsittlich bedrängt wurde, dem Hause Österreich zu dienen.
Ludwig XVI. erbte eine leere Staatskasse. Sein Engagement in Nordamerika erwies sich als kostspielig und zog sich noch bis 1783 hin. 1786 konnte es als Entschuldigung für die chronische Finanzkrise nicht mehr herhalten. Wenn denn Marksteine sein müssen, so kann man dieses Jahr als entscheidend für die künftig sich überstürzende Entwicklung ansehen.
Der 32jährige König hatte nacheinander bereits den Generalkontrolleur der Finanzen, Jacques de Turgot, und den Finanzdirektor Jacques Necker verbraucht, beides Männer, denen der Zwang zu Reformen bewußt war. Beide hatten die entstehende "öffentliche Meinung" für sich. Beide stürzten, als sie den beiden privilegierten Ständen zu nahe traten.
Necker wurde sogar unter Ausnutzung einer gemeinen Intrige des Grafen von Provence, des älteren der beiden Brüder des Königs, zu Fall gebracht. Seit dem 3. November 1783 war Charles Alexandre de Calonne Generalkontrolleur, 49 Jahre alt und stattlich anzusehen, neben dem Außenminister Charles Gravier de Vergennes der wichtigste Mann im Kabinett, bis auch er von Ludwig Anfang April 1787 ohne Aussprache entlassen wird.
Wollte man einem Unwissenden die Bedeutung des Wortes "Euphorie" erklären, so wären die dreieinhalb Jahre des Finanzministers Calonne ein anschauliches Beispiel. Frankreich war ein reiches, ein angesehenes Land. Sein Finanzminister verordnet ihm Optimismus und betreibt "Deficit spending" im großen Stil. Es ist, als hätte er in den Büchern von John Maynard Keynes herumgestöbert. Er will das Land industrialisieren, will es auf die Höhe Englands bringen, dem der Krieg gegen seine Kolonien in Übersee kaum Abbruch getan hat. Niemals im 18. Jahrhundert hat "man" das Leben so sehr genossen wie unter Calonne, da erinnerte sich der alte Talleyrand ganz richtig.
Es störte den Generalkontrolleur, daß "die reichste Klasse diejenige war, die am wenigsten Steuern bezahlt". Die edle Einsicht hindert ihn nicht, Unsummen an alle Höflinge zu verteilen, die ihm hätten in den Rücken fallen können, bei den beiden Brüdern des Königs angefangen bis hin zu den albernsten Knall-Chargen. Er hatte eben aus dem Schicksal seiner Vorgänger gelernt.
Über den Herzog von Coigny, dem ein kostspieliges, aber sinnloses Amt genommen werden soll, berichtet der König gutmütig: "Wir beide, Coigny und ich, haben uns recht gezankt; aber ich glaube, selbst wenn er mich geschlagen hätte, wäre ich ihm nicht böse." Unnütz zu erwäh-

nen, Coigny behielt sein Amt.
Optimistisch verharrte Calonne bei seiner Devise: "Mehr zahlen werden die, die bisher nicht genügend bezahlt haben." Wieder, wie in anderen, weniger wichtigen Fällen vorher, interveniert die Königin. Calonne muß gehen.
Ludwig steht nicht zu seinen Ministern, wenn sie bei einem hochmögenden Publikum in Ungnade gefallen sind. Er mimt nur den absoluten König, weil er weder von der Materie noch von den Akteuren etwas versteht.
Nicht einer von Ludwigs Ministern ist in Gnaden von ihm verabschiedet worden, allein sein Freund Vergennes, Außenminister seit 1774, starb im Amt.
Berufen wird zum Nachfolger Calonnes auf Drängen der Königin der für seine Sittenlosigkeit bekannte Erzbischof von Toulouse, Etienne de Lomenie de Brienne, "kein Zweifel, meine Herren", wie die Königin mutigen Auges sagt, "er ist ein Erster Minister".
Ihm fiel nichts anderes ein als seinen Vorgängern, er schüttelte nur die Mixtur. Nachträglich glauben viele zu wissen, wie man zu diesem späten Zeitpunkt noch die Finanzen hätte sanieren und das Land hätte reformieren können. Was man uns vorträgt, klingt alles ganz vernünftig. Aber wer, bitte schön, hätte es denn tun sollen?
Unter diesem König und dieser Königin, mit diesem Klerus und mit diesem Adel, angesichts dieser Verrätereien der Minister untereinander war überhaupt kein Regiment möglich. Irgendein souveräner Schiedsrichter zwischen den Parteiungen wäre unerläßlich gewesen, sei es der König selbst, sei es ein Erster Minister a la Richelieu.
Der König konnte alles befehlen, aber Gold- und Silberstücke konnte er nicht herbeizaubern. Das verstand nur der Graf Cagliostro, in der Halsbandaffäre der Königin, oder vielmehr des Kardinals Rohan, schon einschlägig hervorgetreten.
Der König, so hatte ihm Calonne geraten, solle zur Behebung der Finanznöte des Reiches nicht die Generalstände einberufen, "les etats generaux". Statt dessen setzt Calonne auf eine Versammlung der nicht gewählten, sondern vom König, das heißt von Calonne, einzuberufenden Notabeln. Aber das Wort "Generalstände" ist schon vielerorts gefallen, so als könnten diese zaubern, ohne zu reformieren.
So hat die Notabeln-Versammlung 1787 als einziges greifbares Ergebnis den Ruf aufgenommen, die Generalstände einzuberufen.
Es meldete sich aber auch eine Institution zu Wort, die Ludwig XV. 1771 ihrer politischen Macht, gegen die Dekrete des Königs zu remonstrieren, beraubt hatte - die Parlamente, lies: Hohe Gerichtshöfe und das sie anführende Parlament von Paris. Auch dieser Hohe Gerichtshof forderte das Zusammentreten der Generalstände des Königreichs.
Ludwig XVI. hatte dem Großen Gerichtstag ("Lit de justice") seines Großvaters in Versailles beigewohnt. Jener erfahrene König folgte damals dem Rat seines Ministers Maupeou.
Desto verwunderter war sein Enkel, als seine Minister dem 20jährigen eine Art positiven Staatsstreich zumuteten: Alle rieten ihm, die Parlamente in ihre frühere bremsende Macht wieder einzusetzen. Am 12. November 1774 befahl er das Pariser Parlament zu sich nach Versailles. Er sagte: "Ich berufe Sie heute wieder in Ihre Ämter, die Sie niemals hätten verlassen sollen."
Es ist klar, daß der junge Herr seinen Ministern folgt. Der Finanzminister Turgot, der starke Mann im Kabinett, war keineswegs begeistert von diesem Rückzieher. Weil er aber die öffentliche Meinung für seine (zu?) großen Reformvorhaben brauchte, hatte er zugestimmt. Der desavouierte Maupeou sagte verbittert: "Durch mich hat der König einen Prozeß gewonnen, der seit drei Jahrhunderten dauert. Wenn er ihn noch verlieren will - er ist der Herr."
Er tut es, obwohl er gar nicht weiß und auch nicht wissen kann, was er tut. Man hat dieses Kind und seine Kind-Königin beredet. Der englische Botschafter in Paris fürchtet, daß "Ludwig sich daran noch vor dem Ende seiner Regierungszeit die Finger verbrennen wird". Fried-

rich in Potsdam schreibt an Voltaire: "Ihr junger König schaukelt auf einem recht stürmischen Meer; ich stelle ihn mir wie ein Lamm inmitten alter Wölfe vor."
Der Kreis schließt sich. Die Parlamente, voran das in Paris, werden sich mit dem Klerus und dem Adel auf widernatürliche Weise verbünden und jede erdenkliche Schwierigkeit machen, sobald es um die längst überfällige Abschaffung der für das Land ruinösen Privilegien geht. Der reichste Prinz des Königreiches, Herzog Philippe von Orleans, ruft am 19. November 1787, als Ludwig eine Anleihe zu registrieren befiehlt, seinem Vetter vor den Parlamentsjuristen die unerhörten Worte entgegen: "Diese Eintragung ist ungesetzlich!" Der Herzog, wir erinnern uns, strebt nach Ludwigs Krone, sein Sohn wird 1830 in Frankreich der "Bürgerkönig" Louis Philippe.
Aber Ludwig setzt ein letztes Mal seinen Willen durch und sagt mit fester Stimme: "Sie ist gesetzlich, gesetzlich, weil ich es will." Ein letztes Aufbäumen der tausendjährigen, im Lande keineswegs verhaßten Dynastie des Hauses Capet. Das Königtum erstickte an seiner eigenen Inkompetenz.
Aber wie sah es im Lande, wie in Paris aus? Das wußte der König natürlich nicht. Einmal hat er, der die Schiffahrt liebte, das Meer erlebt. Er sah sich einer Verschwörung der hohen Würdenträger seines Reiches gegenüber, keiner Revolution, und schon gar nicht einer der Bauern und des sonstigen Niedervolkes.
Ja, die Revolution hat in Frankreich mit einem Aufruhr nicht der Armen, sondern der Reichen angefangen. Besonders der Altar trotzte dem Thron, der sich anschickte, die Privilegien des hohen Klerus anzutasten. Wenn der König sich eine Revolution bis zum Sturm auf die Bastille durchaus nicht vorstellen konnte, so ist ihm daraus kein Vorwurf zu machen. Er kannte eben nur Revolten.
Die Versammlung der Generalstände hatte aber auch bei dem Niedervolk in Paris und Lyon, den beiden größten Städten, hatte bei den Bauern im ganzen Land Hoffnungen, Energien, Befürchtungen freigesetzt. So vieles hing vom Brotpreis ab, von der schwindenden Kaufkraft angesichts galoppierender Preise. Die Ernte im Herbst 1788 war nahe einer Katastrophe, der folgende Winter ungewöhnlich streng, die Ernte 1789 mittelmäßig.
Zwar behauptet man, es sei dem Niedervolk auch anderswo nicht besser gegangen, außer in England. Aber es ging ihm in Frankreich, wo 85 Prozent der Bevölkerung noch Bauern waren und an die 60 Prozent des Bodens noch Leuten gehörten, die selbst nicht Bauern waren, schon seit Jahren reichlich schlecht. Die vielen Hungerrevolten und Getreideaufstände reden eine klare Sprache.
Frankreich befand sich damals ungefähr in der Mitte zwischen den fortgeschritteneren Produktionsverhältnissen in England und den meist in Leibeigenschaft verharrenden Gebieten in Mittel- und Osteuropa. Anders als in England hatte man noch kein System erfunden, die Getreidepreise abzufedern und den Brotpreis durch Importe stabil zu halten. Man benahm sich in Frankreich so, als ob der Brotpreis Sache der Polizei wäre.
Die Bauern kannten sich in den Mechanismen des Marktes noch weniger aus als die Minister. Sie witterten, ging der Hunger um, durchweg eine Verschwörung der Getreidespekulanten, der Müller und Bäcker, glaubten jedenfalls nicht an eine Laune der Natur. Man griff zur Selbsthilfe, auch zur Selbstjustiz.
Am Tag des Zusammentritts der Nationalversammlung in Versailles stellt ein noch nicht 20jähriger Artillerieleutnant die Ruhe in dem kleinen Dorf Seurre wieder her, indem er ruft: "Alle anständigen Leute sollen nach Hause gehen; ich schieße nur auf das Pack." Sein Name, damals noch: Buonaparte.
In den "Beschwerdebriefen", die für die Ständeversammlung von den niederen Priestern und den Abgeordneten des Dritten Standes aufgesetzt worden waren, bekommt man ein wohl recht zutreffendes Bild der unhaltbaren Lage von mindestens zwei Dritteln der Bevölkerung.

Die Hauptstadt Paris pochte natürlich auf ihre Sonderrolle. Anderes als Weißbrot wollte man dort nicht essen. So macht der Ausspruch Sinn, den man Marie-Antoinette zugeschrieben hat: "Dann laßt sie doch Kuchen essen."
Für den Brotpreis brauchte man in einem Pariser Haushalt mehr als die Hälfte, ja, bis zu 80 Prozent des gesamten Familienbudgets. Die Miete für das eine kärgliche, jeden Komforts bare Zimmer hoch unterm Dach war, daran gemessen, bescheiden. Alle Vierteljahr zog dennoch fast die halbe Bevölkerung um, weil sie sie nicht mehr bezahlen konnte.
Jede Erhöhung des Brotpreises stieß alle Berechnungen der staatlichen Behörden um. Es gelang ihnen nicht, die Zusammenhänge so weit zu durchschauen, daß sie ihrerseits den Teufelskreis hätten durchbrechen können. Dazu wäre eine gewisse Kenntnis der Marktgesetze nötig gewesen, wie sie auch heute noch in kommunistischen Ländern nicht verbreitet ist.
Daß die Preise den Löhnen seit geraumer Zeit davonliefen, schien ein Naturereignis zu sein. Der Handelsvertrag, den Calonne 1786 mit England geschlossen hatte, schlug aufgrund der industriellen Überlegenheit Englands negativ zu Buche. Trotzdem dachte niemand an Revolution. Wer nach Brot und anderen lebenswichtigen Mitteln Schlange steht, hat keine Zeit, eine Revolution zu organisieren.
Von Revolution verstand man nichts, aber Revolution lag in der Luft. Ob es genützt hätte, die Parlamente nicht wieder zu ermächtigen oder die Generalstände keinesfalls einzuberufen - wer weiß das wohl. Aber wie konnte man im Bannkreis der immer unruhigen Hauptstadt, wie in Versailles tagen, einen Tagesmarsch von Paris entfernt. "In Versailles", entschied der König, aus einem Nickerchen erwachend, ohne Diskussion. Dort könne er am besten jagen. Sogar Paris war als Tagungsort ins Spiel gebracht worden.
Zwei unkontrollierbare Bewegungen verlaufen im Juli 1789 parallel zueinander, eine in der Hauptstadt und eine in fast allen Provinzen. Bis heute ist nicht klar, ob das in einer Art von konspirativer Abstimmung oder spontan geschah.
Auf dem Lande gibt es einen Flächenbrand undefinierbarer Unruhen, zusammengefaßt mehr aus Verlegenheit unter dem Namen "La Grande Peur", die Große Furcht. Das Gerücht ging um, die Aristokraten hätten Räuberbanden angeheuert, um die Ernte zu vernichten.
Da die Bauern meist nur gewöhnliche Räuberbanden vorfanden, kehrten sie ihren Frust gegen die Schlösser, setzten etliche in Flammen und verbrannten die Besitzurkunden und feudalen Rechtstitel der Herren. Es soll nur drei Tote gegeben haben, was man kaum glauben mag.
Ist der Ursprung der Unruhen verworren, so jedenfalls nicht ihr Ende. Sie hörten am 6. August 1789 auf, zwei Tage nachdem die Nationalversammlung die Feudalrechte abgeschafft hatte. "Im Verlauf einer Nacht", wie Tocqueville schreiben wird, wischten die Entschlüsse einer unter Schock stehenden Nationalversammlung das feudale ... Frankreich von der Landkarte, setzte sich die französische Nation in Marsch.
Die Ereignisse in Paris, die am 14. Juli in dem Sturm auf die Bastille gipfelten, sind mit dem Namen Jacques Necker verbunden. Als Nachfolger des von ihm schriftlich geschmähten Turgot hatte sich der Genfer Bankier zwischen 1777 und 1781 als Generaldirektor des königlichen Schatzes einen heute schwer begreiflichen Namen gemacht. Man kann vermuten, weil er die verschwenderischen Ausgaben des Staatshaushalts, den Hof inbegriffen, 1781 in seinem mehr als hunderttausendfach nachgedruckten "Rechnungsbericht an den König für das Jahr 1781" publizierte.
1780 auf dem Höhepunkt seines Ansehens, wurde er gleichwohl 1781 entlassen. Man hatte dem König hinterbracht, Necker plane Strukturreformen wie in England und in Genf.
Nein, dies "Ancien regime" wollte keine solchen Reformen, konnte sie nicht wollen. Man muß hier der Königin gutbringen, daß sie Necker halten wollte. Dennoch, er wurde weggejagt.
Nun 1788, nach der Ära Calonne, gab auch der Günstling der Königin, Lomenie de Brienne, fast freiwillig auf, so sehr hatte er abgewirtschaftet. Die Königin weinte und erwirkte dem von

der Syphilis Geschwächten einen Kardinalshut.
Man entsann sich wieder des Genfer Protestanten Necker. Auch dieser wußte keine neuen Rezepte, wurde aber Staatsminister mit erweiterten Befugnissen, und das Amt lockte.
War Necker der alte, so hatte sich doch Paris verändert. In der Hauptstadt, wie auch in den größeren Städten der Provinzen, hatte sich eine deutlich neue Mentalität ausgebreitet, der man sich auf Dauer nicht würde entziehen können. Man denke, daß "Die Hochzeit des Figaro" von Beaumarchais wegen der den Adel kränkenden Wahrheiten vom König abgelehnt, von der Königin aber durchgesetzt wurde. Die Schauspieler, auch die des Hofes, wurden von der Kirche exkommuniziert. Die Heuchelei stank zum Himmel.
Aber Ludwig hörte nicht auf den Rat jenes seiner früheren Minister, der ihm später freiwillig als Verteidiger zu Hilfe kommen wird, des Guillaume de Malesherbes; samt Tochter und Enkeln wird dieser treue Diener 1794 auf dem Schafott enden. Der König hörte nicht auf den Rat, seinem Volk von sich aus die Verfassung des Jahrhunderts zu geben. Wie hätte man das von diesem König und bei dieser Verspätung noch erwarten sollen?
Ludwig lehnt ab und wählt Necker. Man hat den Eindruck, daß Necker binnen kurzer Zeit zu der Erkenntnis gekommen sein muß, sich nur noch einen populären Abgang zu verschaffen.
Er schiebt den Parlamenten die wenigen früheren Rechte zu, die ihnen noch vorenthalten worden waren. Er befürwortet jetzt die Verdoppelung der Zahl der Vertreter des Dritten Standes, befürwortet die Pressefreiheit, die Steuergleichheit und anderes mehr. Dieser Retter in der Not lieh sogar dem Staat zwei Millionen Livres aus seinem privaten Vermögen. Auch Getreide importierte er.
Wieder versucht er den König zu größeren Zugeständnissen zu bewegen. Wieder vergeblich. Der König scheint - er scheint! - sich für eine militärische Lösung entschieden zu haben. Ohne Wissen Neckers läßt er 30.000 Mann unter dem betagten Marschall Broglie zusammenziehen. Dieser steckt sie nicht in ein Feldlager, sondern quartiert sie in den Vororten der Hauptstadt ein, wo sie sich mit dem Volk verbrüdern können. Mirabeau tobt rechtzeitig gegen den bevorstehenden Anschlag der Aristokraten.
Am 11. Juli 1789 leitet der König den Depeschenrat, recht ängstlich, denn er "tarnte seine Geistesverfassung mit mehr Schläfrigkeit als sonst". Ob er geschnarcht hat? Das ist nicht überliefert.
Necker, der schon gar nicht mehr hinzugezogen wird, erhält sein - zweites - Entlassungsschreiben. Originelle Begründung: Wegen seiner Beliebtheit soll er sofort und heimlich abreisen. Necker gehorcht. Der König jagt. Am 12. Juli wird Neckers Abreise in Paris bekannt.
Jetzt liegt klar zutage: Der König will die Verfassunggebende Versammlung zwingen oder, sollte sie sich weigern, auflösen. Dazu hat er sich den Baron de Breteuil herangeholt. Gibt es Aufruhr, soll die Ruhe von den Truppen wiederhergestellt werden. Der König vertraut seinem Konflikt-Ministerium und seinen in Versailles stationierten deutschen Regimentern. Er jagt.
Wer sich davon überzeugt hat, daß die Lage unhaltbar ist und die Krone keine Reform will, sondern den Weg zurück, muß jetzt zu den Waffen greifen. Die Pariser tun es. Sie öffnen die Gefängnisse. Sie bewaffnen sich.
Sie wissen, daß im "Hotel des Invalides" Waffen lagern. Es gibt kaum Schwierigkeiten, man erbeutet 3.200 Gewehre und einige Kanonen. Die Regierungstruppen, vor kurzem noch so nahe, ziehen sich zurück. Die Menge schwillt an und wälzt sich gegen die Bastille, wo man sehr mit Grund Pulver vermutet.
Dieses alte Bollwerk des Absolutismus hat kaum gewöhnliche Gefangene beherbergt: Tunichtgute wie der Marquis de Sade waren hier ohne Prozeß auf Bitten ihrer Verwandten recht kommod eingesperrt gewesen. Gegen die Einrichtung durch eine königliche "Lettre de cachet", meist willkürlich ausgefertigt, gab es keine Berufungsmöglichkeit, kein Mittel.
Von dem Gouverneur der Bastille, dem Marquis de Launay, 48 Jahre alt, kann man sagen, er

sei in der Bastille geboren und gestorben. Sein Vater schon war Gouverneur der Bastille gewesen. Es gibt Unsicherheiten und Mißverständnisse. Man hat gesagt, die Bastille mit ihren 32 Schweizern und 92 Kriegsinvaliden hätte zwei Tage durchhalten, ihre Verteidiger hätten die Angreifer mit einer Kanonade – 20.000 Pfund Pulver! - hinwegfegen können.
Das mag sein, aber hier kommandierte kein Napoleon. Und die Regierungstruppen hatten sich vom Schauplatz der Tumulte ja schon entfernt. Auf seiten der Aufständischen gibt es immerhin 98 Tote. Irgendwie muß sich die Bastille also doch verteidigt haben.
Der Gouverneur de Launay, drei Offiziere, drei Invaliden werden von der Menge gelyncht, ihre Köpfe auf Piken gesteckt. Sieben Insassen beherbergt die Zwingburg, darunter vier Urkundenfälscher. Saint-Just, der Erzengel der Revolution und mit Robespierre guillotiniert, will gesehen haben, wie "das Volk das Blut der hassenswertesten Persönlichkeiten trank und ihre Herzen aß". Das gefiel ihm gar nicht. Danton, von Robespierre guillotiniert, hat seine ersten großen Stunden.
Der König, als man ihm ausführlich berichtet, begreift nicht. "Rien", schreibt er in sein Jagd-Tagebuch. Das bedeutet aber nur, daß er nicht gejagt hat - er verzeichnet jedes Beutestück, von Schwalben bis zu Hirschen -, und weiter, daß er diesen Exzessen keine sonderliche Bedeutung beimißt. Unter dem 12. Juli hatte er hinter dem "Rien" noch vermerkt: "Abschied der Herren Montmorin, Saint-Priest und La Luzerne", der Necker-Minister.
Man debattiert und ist sich nicht einig. Die Königin und der jüngste Bruder des Königs, Artois, wollen nach Metz, Provence widerrät. Der alte Marschall Broglie sagt: "Natürlich können wir nach Metz gehen; aber was machen wir, wenn wir da angekommen sind?"
Die Sache dieses Königs ist verloren. Artois geht in die Emigration und zieht eine Wolke hoher Aristokraten mit sich. Will man die Bastille-Stürmer "Pack" nennen, so verläßt hier auch "Pack" Frankreich.
Schon einen Tag später machen sich fröhliche Menschen, unter ihnen Beaumarchais und der General Alexandre de Beauharnais, mit der Spitzhacke an dem imposanten Bauwerk zu schaffen. Der Vicomte de Beauharnais, guillotiniert am 23. Juli 1794, ist Napoleons Vorgänger im Ehebett. Im Jahre 1880 wird das republikanische Frankreich den 14. Juli zu seinem Nationalfeiertag erklären.
Dem lethargischen König hat es an persönlichem Mut nie gefehlt, er besucht am 15. Juli die Nationalversammlung. Mirabeau macht einen Schwenk in Richtung Krone und hat seine größten Stunden. Retten kann auch er nichts mehr.
Der König muß Necker zurückberufen, ein Schattenkönig einen Schattenminister. Das Hundert-Stunden-Ministerium des Baron de Breteuil verschwindet klaglos; der Minister emigriert.
Dennoch, den lernunfähigen König trifft keine "Schuld". Er glaubt sich im Recht, will noch am 5. August "niemals dulden, daß mein Klerus und mein Adel ausgeraubt werden". Der Weg in die Flucht, die beinahe gelungen wäre, der Weg aufs Schafott, beides ist vorgezeichnet.
Ein "Säbel", so sieht es Robespierre frühzeitig voraus, wird den neu errungenen Freiheiten ein Ende machen. Auch nicht für immer. 1916 bei Verdun siegte die Republik.
Wir tun gut daran, die Weltgeschichte nicht als einen Verschiebebahnhof zu begreifen, wo Revolutionen "entgleisen" können (Francois Furet). Auch diese hier ist nicht "entgleist". Nur wuchsen die Freiheitsbäume, die allenthalben, einer sogar in Hamburg, aufgerichtet wurden, nicht in den Himmel. …<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (1/1989) berichtet am 2. Januar 1989: >>**Die Menschen- und Bürgerrechte**
Die französische Nationalversammlung deklarierte am 26. August 1789 die Menschen- und Bürgerrechte; sie umfassen insgesamt 17 Artikel:
Die als Nationalversammlung eingesetzten Vertreter des französischen Volkes haben in der Erwägung, daß eine Unkenntnis, ein Vergessen oder Verachten der Menschenrechte die allei-

nigen Ursachen des öffentlichen Unglücks und der Korruption der Regierungen sind, beschlossen, in einer feierlichen Erklärung die natürlichen, unveräußerlichen und heiligen Rechte des Menschen darzulegen, damit diese Erklärung allen Teilen der Gesellschaft immer vor Augen steht und sie unablässig an ihre Rechte und Pflichten erinnert; damit die Handlungen der legislativen und exekutiven Gewalt zu jeder Zeit mit dem Zweck jeder politischen Einrichtung verglichen können und dadurch entsprechend geachtet werden; damit die Ansprüche der Bürger von heute an auf einfachen unbestreitbaren Grundsätzen beruhen und immer auf die Erhaltung der Verfassung und das Glück aller hinzielen.
Demzufolge anerkennt und erklärt die Nationalversammlung in Gegenwart und unter dem Schutz des Höchsten Wesens nachstehende Menschen- und Bürgerrechte:
Artikel I: Die Menschen sind und bleiben von Geburt an frei und gleich an Rechten. Soziale Unterschiede dürfen nur im allgemeinen Nutzen begründet sein.
Artikel II: Das Ziel einer jeden politischen Vereinigung besteht in der Erhaltung der natürlichen und unveräußerlichen Menschenrechte. Diese Rechte sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Unterdrückung.
Artikel III: Die Nation bildet den hauptsächlichen Ursprung jeder Souveränität. Keine Körperschaft und kein Individuum können eine Gewalt ausüben, die nicht ausdrücklich von der Nation ausgeht.
Artikel IV: Die Freiheit besteht darin, alles tun zu können, was dem anderen nicht schadet. Somit hat die Ausübung der natürlichen Rechte jedes Menschen nur die Grenzen, die anderen Mitgliedern der Gesellschaft den Genuß derselben Rechte garantieren. Diese Grenzen können nur gesetzlich festgelegt werden.
Artikel V: Dem Gesetz allein obliegt es, die der Gesellschaft schädlichen Handlungen zu verbieten. Alles, was nicht gesetzlich verboten ist, kann nicht verhindert werden, und niemand kann gezwungen werden, etwas zu tun, was das Gesetz nicht befiehlt.
Artikel VI: Das Gesetz ist der Ausdruck des allgemeinen Willens. Alle Bürger haben das Recht, persönlich oder durch ihre Vertreter an seiner Gestaltung mitzuwirken; es soll für alle gleich sein, mag es beschützen, mag es bestrafen. Da alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind, haben sie entsprechend ihren Fähigkeiten auch gleichermaßen Zugang zu allen Würden, Stellungen oder öffentlichen Ämtern, ohne einen anderen Unterschied als den ihrer Tugend oder ihrer Talente.
Artikel VII: Kein Mensch kann anders als in den gesetzlich verfügten Fällen und den vorgeschriebenen Formen angeklagt, verhaftet oder gefangengehalten werden. Wer willkürlich Befehle verlangt, ausfertigt, ausführt oder ausführen läßt, muß bestraft werden; wenn ein Bürger auf Grund des Gesetzes vorgeladen oder festgenommen wird, muß er sich sofort beugen, durch Widerstand macht er sich schuldig.
Artikel VIII: Das Gesetz soll nur unbedingte und offensichtlich notwendige Strafen festlegen. Niemand kann auf Grund eines Gesetzes bestraft werden, das nicht vor der Tat erlassen und verkündet wurde und zur Anwendung gekommen ist.
Artikel IX: Da jeder Mensch nur so lange für unschuldig gilt, wie er nicht für schuldig befunden ist, soll, wenn eine Verhaftung unumgänglich ist, jede unnötige Härte zur Versicherung seiner Person gesetzlich streng verboten sein.
Artikel X: Niemand darf wegen seiner Meinung, selbst religiöser Art, belangt werden, solange die Äußerungen nicht die gesetzlich festgelegte öffentliche Ordnung stören.
Artikel XI: Der freie Austausch von Gedanken und Meinungen ist eines der kostbarsten Menschenrechte; jeder Bürger kann im Rahmen der gesetzlichen Regelungen frei schreiben, reden und drucken.
Artikel XII: Die Sicherung der Menschen- und Bürgerrechte erfordert eine Streitmacht, die zum Vorteil aller eingesetzt wird und nicht zum besonderen Nutzen derer, denen sie anver-

traut ist.
Artikel XIII: Für den Unterhalt der Streitmacht und für die Kosten der Verwaltung ist eine allgemeine Abgabe unumgänglich. Sie muß unter Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse gleichmäßig auf alle Bürger verteilt werden.
Artikel XIV: Die Bürger haben das Recht, selbst oder durch ihre Vertreter die notwendigen öffentlichen Ausgaben zu überprüfen, sie in freier Entscheidung zu bewilligen, ihre Verwendung zu kontrollieren, die Veranlagung, Eintreibung und Dauer zu bestimmen.
Artikel XV: Die Gesellschaft hat das Recht, von jedem öffentlichen Beamten Rechenschaft über seine Verwaltung zu fordern.
Artikel XVI: Jede Gesellschaft, in der die Garantie dieser Rechte nicht erfolgt und die Gewaltenteilung nicht festgeschrieben ist, hat keine Verfassung.
Artikel XVII: Da das Eigentum ein unverletzliches und heiliges Recht ist, kann es niemandem genommen werden, es sei denn, ein gesetzlich fundierter öffentlicher Bedarf macht dies unumgänglich und eine gerechte Entschädigung wird vorher festgelegt.<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (1/1989) berichtet am 2. Januar 1989: >>**"Einer singt falsch beim Halleluja"**
Horst Herrmann über Karlheinz Deschners "Kriminalgeschichte des Christentums" bis 1981 Priester und Professor für katholisches Kirchenrecht, lehrt Religionssoziologie an der Universität Münster.
Horst Herrmann,48, bis Priester und Professor für katholisches Kirchenrecht, lehrt Religionssoziologie an der Universität Münster
Kaiser Konstantin "der Große", der 337 starb, hat alle Mitglieder seiner Familie umgebracht, die seiner Karriere im Weg standen. Tausend Mordtaten "zu Felde" hat er auf dem Gewissen. Als "leuchtendes Vorbild der Christenheit" wird er heiliggesprochen: Er hat im rechten Glauben gehandelt.
Vor allem hat Konstantin, den "alle als einen gütigen Vater kennengelernt" (Bischof Theodoret), gesiegt. Es kommt auf die Menge des Erfolgs an und auf die richtige Rechtfertigung desselben. Wer einmal mordet, ist kriminell. Erst der Umfang des Wütens und die Flut des vergossenen Blutes machen Verbrechen straflos. Wer sich seine Taten von Päpsten sanktionieren läßt, ist historisch am erfolgreichsten.
Papst Leo I. (440 bis 461) stachelt an: "Wenn Gottes Geist die Eintracht zwischen den Christenherrschern stärkt, dann sieht die ganze Welt, wie in doppelter Hinsicht das Vertrauen wächst: Durch den Fortschritt im Glauben und in der Liebe wird die Macht der Waffen unüberwindlich, so daß Gott, durch unsere Glaubenseinheit gnädig gestimmt, in einem den Irrtum der falschen Lehre und die Feindseligkeit der Barbaren vernichten wird."
Einer seiner Nachfolger, Sergius I., setzt diesem "Löwenpapst" übers Heilige Grab: "Er hat gebrüllt, und die feigen Herzen der Tiere begannen zu zittern."
Der Schreibtischtäter Leo I. hatte geraten, die Nichtchristen "wie todbringendes Gift" zu meiden und kein Wort mit ihnen zu sprechen, sondern sie in ihre "finsteren Schlupflöcher" zurückzujagen. Vernichtung der Menschenwürde der Andersgläubigen und Sprache der gesalbten Totschläger nenne ich so was, entnommen dem uralten Wörterbuch des Unmenschen.
Kirchengeschichte anders gelesen, als Geschichte von Verbrechen mit Billigung oder unter dem Beifall der Kirche, von Laien wie von Klerikern, von Priestern, Bischöfen und Päpsten verübt - das ist der rote Faden in Karlheinz Deschners "Kriminalgeschichte des Christentums".
Deschner, 64, im Jahre 1988 Träger des Arno-Schmidt-Preises (weil er für den Primat der Vernunft, für den Vorrang der Wahrheit vor der historischen Lüge schreibe), ist Moralist, kein Fachhistoriker, obgleich die Mehrzahl seiner Bücher Geschichtswerke sind.
Seit Jahrzehnten völlig auf sich allein gestellt, im Gegensatz zu seinen zahlreichen Gegnern

ohne Zuträger und Geldmittel aus einer Universität, weist er als freier Schriftsteller und Chevalier seul nach, daß das Verbrechen "gegen die, denen Gott zürnt", von Anfang an System hat.
Des Moralisten verzweifelte Fragen hinter seinen kirchenkritischen Büchern: Wie viele Ermordete müssen denn noch her, bis Reue einsetzt und Abkehr? Wieviel muß aufgedeckt sein, bis Komplizenschaft sich nicht mehr lohnt? Bis es als Schande gilt, sich als Christ zu bekennen? Bis die Täter nicht mehr die Beleidigten spielen dürfen?
1986 ist Deschners erster Band, "Die Frühzeit" (bis 430), erschienen, mit rund 30.000 verkauften Exemplaren. Jetzt liegt der zweite Band vor, "Die Spätantike" (bis 565). Für 1990 ist der dritte angekündigt (bis zum Jahr 1000). Im Jahr 2000 (nach "christlicher" Zeitrechnung) soll das Gesamtwerk vorliegen. Wie viele Bände es umfassen wird, weiß der Autor selbst noch nicht. Neun werden es gewiß.
Die bisherigen Bände haben, auf 1.200 Seiten, gerade gut 560 Jahre aufbereitet. Die Rede ist von gut 20.000 Seiten Exzerpten und Entwürfen - kein Wunder bei dieser Überfülle an Tatbeständen, an kirchlich inspirierten und von Kirchenleuten begangenen Verbrechen, reuelos an Juden, Heiden, Ketzern, Hexen verübt, im Namen und auf Rechnung der Alleinseligmachenden Heiligen Kirche.
Deschners Plan, 2.000 Jahre Heilsgeschichte unter deren nicht unwichtigstem Aspekt, dem der kriminellen Energie, zu bearbeiten, schlägt der konfessionell gesteuerten Geschichtsschreibung ins Gesicht. Die läßt das Christentum von Christen aufbereiten und mokiert sich allen Ernstes darüber, daß und wie sowjetische Gelehrte die Geschichte der Sowjet-Union schreiben.
Diese eine Gegenstimme ertragen die Eingeweihten nicht. Deschner, streuen sie, ist ein Volksverhetzer, ein neuer Streicher, ein Rosenberg; zumindest sei er ein unseriöser Schreihals, dem die Zunft den Dialog verweigern muß und die entsprechende Anerkennung.
Im Chor derer, die zigtausend Schriften in Archiven, Bibliotheken, Buchhandlungen füllen ließen, die das orthodoxe Halleluja absingen, singt einer falsch.
Deschner hat zwei Dutzend lästerlich erregende Bücher hinter sich. Mund zu, rät man ihm "im guten". Er nimmt die Drohung nicht an. Er will immer wieder dasselbe sagen, es nachwachsenden Generationen sagen und die Hoffnung nicht aufgeben, es einmal nur noch historisch sagen zu dürfen, als Reminiszenz an das Ungeheuerliche in der Kirchengeschichte.
Deschner hat die Inhalte der Kirchen-Kritik nicht erfunden, wohl aber wieder aufgefunden. Ich erinnere an Aufklärer des 18. Jahrhunderts wie die Franzosen Pierre Bayle, Claude Helvetius, Voltaire oder an den deutschen Schriftsteller Heinrich Heine. In Deschners "Kriminalgeschichte des Christentums" hat nun auch das 20. Jahrhundert sein Buch. Allgemeingut ist sein Wissen um kirchliche Abgründe aber noch lange nicht.
Doch dieser Autor wird in die Schulbücher kommen. Ich gebe, gegen manche der heutigen Kulturbürokratien, die Hoffnung auf das Humane und auf den Beginn von Redlichkeit nicht auf.
Der Verdacht vieler, die Kirche habe schmutzige Hände, wird durch die Knochenarbeit Deschners zur Gewißheit. Die Fakten beginnen endlich die Vermutung der vielen zu ersetzen, und was die Phantasie erdacht hat, ist durch Hinweise auf die Realität übertroffen.
"Ich warne euch vor den Tieren in Menschengestalt", sagt der heilige Irenäus. "Sind sie aber keine Christen, sind sie Teufel"; "Schlachtvieh für die Hölle", sagt der nicht weniger heilige Kirchenvater Hieronymus.
Wenn Heilige so deutlich die Richtung weisen, muß das Folgen haben. Beispielsweise: Der katholische Kaiser Valentinian I., gestorben 375, befiehlt schon wahllose Exekutionen; nur sonntags sollen keine Hinrichtungen von Ungläubigen erfolgen. Der Irrtum, wenn's denn überhaupt einer war, hat kein Recht, die Irrenden bekommen keine Gnade.

"Es ist gerecht, diejenigen auch ihrer weltlichen Güter zu berauben, die nicht den wahren Gott verehren", dekretiert der Christenkaiser Justinian im Jahre 527, und schon hat das Reich seine Pogrome. "Auf daß sie im Elend erliegen", verlieren Ketzer die Bürgerrechte, ihr Besitz wird beschlagnahmt und an rechtgläubige Volksgenossen verteilt, ihre Bethäuser gehen in Flammen auf.
Die "Christenverfolgungen" der christlichen Ur- und Frühzeit sind, verglichen mit den Verfolgungen, die durch Christen geschehen sind, unerheblich gewesen.
Ehrliche Bücher machen den Leser ehrlich. Wie hältst du es, nach der Lektüre dieser Fakten, mit so einer Religion, die als genuin abendländisch gilt und auch noch als Frohbotschaft vom lieben Gott? Verständlich, wenn einer nach solcher Deschner-Lesung zum Amtsgericht geht und seinen Kirchenaustritt erklärt, da er in einer so ekelhaft bruchlosen Tradition ein Stück Gegenwart erkennt.
Es gibt keine gute Seite einer Sache und einfach daneben eine böse. Die schlimme ist die wesentliche. Sie drückt dem Ganzen ihren Stempel auf. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, meinte Jesus, der gewiß nicht der Stifter der Religion war, die seinen Namen annektiert hat.
Daß die Wirkungsgeschichte des Evangeliums von der Liebe eine Rekordzahl von gefolterten und getöteten Opfern aufweist, liegt mit an der Unvollkommenheit seiner Anhänger. Aber es liegt auch an den heiligen Schriften selber, deren Autoren die Absichten Jesu bereits im Keim erstickt, abgeschwächt und verfälscht haben.
In jedem Fall hat Deschners historische Perspektive auf Mörderpäpste und Lügentheologen wenn nicht Zustimmung, so doch eine Diskussion verdient. Aber wo sollten ausgerechnet Christen das Diskutieren erlernt haben? Ihre Evangelien kennen keine fairen Gegner, nur zu Pharisäern umgebogene Kretins.
Schon die früheste und heiligste Urkunde, das Neue Testament, hat einen charakteristischen Beigeschmack: Es spielt durchweg in kleingeistigem Milieu; seine Erwählten baden in Selbstgefälligkeit, und seine Jünger hassen alle, die sich nicht bei ihnen zu Hause fühlen. Nietzsche ist von diesem Christen-Mief übel geworden.
Beweisen müßten Deschners Kritiker, daß der Autor erfunden und erlogen hat, daß da Zitate gefälscht, falsch gebraucht, falsch bewertet worden sind, daß Deschner nicht immer auf dem neuesten Stand der Forschung sei. Da sie schweigen, nehme ich an, daß sie ihn nicht widerlegen können.
Daß Deschners Methode unsauber ist, seine Erkenntnisse halbwahr und folglich unwahr sind, das hätten die Lobbyisten der Transzendenz gerne, die Leute mit dem "Alles halb so schlimm Gesicht", denen immer alles recht ist, wie es ist - weil es sich für sie lohnt.
Deschner hat mehr Tages- und Nachtstunden drangegeben, als es jedem einfällt, der für seine Arbeit im Weinberg des Herrn nach dem Tarif für Lebenszeitbeamte entlohnt wird. Respekt vor der Leistung des einzelnen, der auf einem Platz bleibt, von dem hundert Besserdotierte sich weggestohlen haben.
Kein Wort der Reue zu finden und keine Geste der Erinnerung an die Opfer ihrer eigenen Kirche, das ist die heutige Taktik derer, die keine Scheiterhaufen mehr brennen lassen können. Papst Wojtyla reist zu den Tatorten, läßt sich feiern und schweigt. Wegsehen ist auch eine Form der Zustimmung.
Der Kölner Katholik und Schriftsteller Heinrich Böll hatte ein besonderes Gespür für die kirchliche Korruptheit, die sich seiner Meinung nach nicht nur in der Vergangenheit, sondern in subtileren Formen auch in der Gegenwart auswirke, weshalb er schließlich aus der Kirche austrat. Böll war über das Infame in der Kirche so empört, daß er mir gegenüber nicht nur einmal deutsche Bischöfe als "noch nicht entdeckte Ganoven" bezeichnet hat. …
Das politische Buch Karlheinz Deschner: "Kriminalgeschichte des Christentums" Rowohlt Verlag Reinbek Zwei Bände 536 und 680 Seiten …<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt in der Einleitung zum Gesamtwerk "Kriminalgeschichte des Christentums" über die politische Geschichtsschreibung der Kirchen- und Staatshistoriker (x324/42-70): >>... Man fragt sich nur, mit welcher Selbstsicherheit die Historiker über gewisse "historisch naive ... Aussagen " des 19. Jahrhunderts "heute lächeln" (Koselleck), wenn doch viele Historiker des 21. Jahrhunderts wieder über einen gewissen Stand der Kenntnisse und Erkenntnisse vieler Historiker des 20. Jahrhunderts lächeln werden und viele des 22. Jahrhunderts über viele des 21. Jahrhunderts - immer vorausgesetzt, daß es zu diesen Jahrhunderten noch kommt.
Wird so nicht ein ewiges Lächeln von Historikern über Historiker sein? Ein ewiger Wahn, so etwas wie die wahren oder doch wahrscheinlicheren Grundsätze der Geschichtswissenschaft entdeckt zu haben oder wenigstens ihnen nahe gekommen zu sein?
Man könnte entgegnen, dies ständige Umschreiben, Neuschreiben, Anderssehen der Geschichte resultiere nur aus ihrem eigenen Wissenschafts- und Wahrheitsanspruch, aus dem Streben gerade nach mehr Objektivität, größerer Genauigkeit, zumal verbesserte Arbeitsbedingungen, ein funktionstüchtigeres Instrumentarium, veränderte Forschungstechniken und Interpretationsverfahren, tieferdringende Sonden, bessere Verifikationsmöglichkeiten, neue Theorie- und Methodenkonzeptionen, begrenztere oder erweiterte oder exakter konstruierte Problemstellungen hinzukommen, zu schweigen vom Auffinden neuer Quellen.
Doch in Wirklichkeit zeigt die Geschichtsschreibung, daß der Schwerpunkt ihrer Interessen sich gewöhnlich erst verlagert, wenn die Zeitgeschichte ihre Interessen verlagert, ihre Ideologien, ihre Begriffe; daß die Geschichtsschreibung unter einem gewissen Zwang außerszientifischer Maßgaben, des metawissenschaftlichen Umfelds, der jeweils herrschenden Mächte, der politischen Praxis steht, daß sie dem Einfluß staatlicher Willensbestimmung unterliegt, daß sie den Dispositionen und Intentionen von Diktatoren folgt und somit - wie besonders der vorwiegend von amerikanischen Historikern (gegen den Positivismus) entwickelte Präsentismus lehrt - bloß eine Projektion von Gegenwartsinteressen auf die Vergangenheit ist; gerade das 20. Jahrhundert zeigt dies rundum auf der Welt.
Und im 19. Jahrhundert sowie in den vorhergehenden Epochen ist es … kaum anders gewesen.
Was helfen die schönsten Theorien über Objektivität der Geschichtswissenschaft, wenn die Realität dieser Geschichtsschreibung ihre eigenen Theorien widerlegt! Das erinnert fast an den Gegensatz zwischen der Predigt des Christentums und seiner Praxis.
Auch bei Methodenkontroversen geht es - wie beim sogenannten Methodenstreit Ende des 19. Jahrhunderts - viel weniger um sachliche als um politische Auseinandersetzungen, gesellschaftliche Umwertungsprozesse.
Was scheinbar um der Wissenschaft, Forschung, theoretischen Besinnung willen geschieht, ist in Wirklichkeit mehr durch vor- und außerwissenschaftliche Realitäten bedingt, durch Tagespolitik, den sozialen Lebensbereich, Subjektivität, Egoismen.
Nun kommt zum allgemeinen Objektivitätsproblem noch ein spezielleres, heikleres Phänomen, das damit zusammenhängt. Die Schwierigkeiten resultieren dabei weniger aus der Tatsache, daß die Quellen oft lückenhaft, die Datierungen unsicher sind - zu schweigen von beträchtlichen Differenzen ganzer Wissenschaftszweige, etwa zwischen Archäologie und Linguistik oder Geschichte. Vielmehr geht es hier, da Geschichte meistens Texte betrifft, da alle Geschichtsschreibung Sprache ist, um die Sprache des Historikers.
Noch Louis Halphen (1946) genügte es, "sich in einer gewissen Weise von Dokumenten tragen zu lassen, die man eins nach dem anderen gelesen hat, wie sie sich uns anbieten, um die Kette der Fakten sich fast automatisch herstellen zu sehen". Aber leider sind "historiographische" Tatsachen noch keine "historischen " Tatsachen, sind Begriffe nicht die Wirklichkeit …
Leider gibt es "keinen scharfen Bruch zwischen Geschichte und Mythologie ... keine scharfe

Grenzlinie zwischen 'Fakten' und Theorien" (Sir Isaiah Berlin), sind beide vielmehr "so sehr miteinander verwoben, daß man vergeblich versuchen würde, sie streng und genau zu trennen" (Aron).
Leider auch können historische Tatsachen sehr verschieden gesehen und bewertet, können sie einseitig beleuchtet oder verdunkelt, entstellt, verdreht, verfälscht werden, können sie an sich schon vielschichtig, selbst bereits "wissenschaftliche Konstruktionen " sein (Bobińska), "eine Konstruktion des Geschichtswissenschaftlers" (Schaff). Kurz, geschichtliches Leben ist nicht adäquat durch Reproduktion zu erfassen, sondern nur annäherungsweise, jede Geschichtsschreibung ist ein untrennbares Geflecht von Fakten, Hypothesen, Theorien. "Jede Tatsache ist schon Theorie", wie bereits Goethe pointiert behauptet.
Niemals sind wir, sofern Geschichte vergangen ist, mit einem geschichtlichen Ereignis unmittelbar, niemals mit der nackten Tatsache als solcher konfrontiert, mit Rankes "wie es eigentlich gewesen"; was übrigens bescheidener klingt, als es gemeint war. Der konservative Historiker, dem das Amt des Geschichtsschreibers - peinlich genug - nur mit dem des Priesters vergleichbar schien, der auch Grund hatte, sich häufig Unparteilichkeit, äußerste Unparteilichkeit, zu attestieren, wünschte sein "Selbst gleichsam auszulöschen", "nur die Dinge reden, die mächtigen Kräfte erscheinen zu lassen" und schrieb der "wahren " Historie die Aufgabe zu, über "parteiisches Für und Wider" hinaus, "nur zu sehen, zu durchdringen ... um dann zu berichten, was sie erblickt".
Dieser selbstsichere Objektivismusglaube, von dem Grafen Paul York Wartenburg als "Okularismus", von Droysen ("Objektiv ist nur der Gedankenlose!") als Ausdruck "eunuchischer Objektivität" verhöhnt, ist illusorisch. Denn es gibt keine objektive Wahrheit in der Geschichtsschreibung, keine Geschichte, wie sie sich wirklich ereignet hat; "es kann nur historische Interpretationen geben, und von diesen ist keine endgültig " (Popper). Haben wir es doch bei der Geschichtsschreibung - im Grunde aber schon bei der "Quelle", dem (primären) Informationsträger, den Inschriften, Urkunden - immer bloß mit der Beschreibung von "Ereignissen", "Tatsachen" zu tun.
Diese Beschreibungen stammen jedoch sämtlich von Autoren, die nur mittels rhetorischer und narrativer Hilfsmittel arbeiten konnten, die - zu allen Zeiten - ausgewählt haben, auswählen mußten, auch die Fakten in irgendeine Anordnung bringen mußten, weniger ein wissenschaftlicher als ein literarischer Akt.
Die Beschreibungen stammen von Verfassern, die guten oder schlechten Glaubens fortgelassen, die unterschlagen haben, die selbstverständlich alle mehr oder weniger Interessen gelenkt, die selbstverständlich alle mehr oder weniger einseitig berichtet, die ihre durchaus korrekten Quellenbelege (wobei jede Übersetzung freilich mehr oder weniger schon Deutung ist) in bestimmter Weise geprägt, in bestimmte Kontexte gestellt, die ihre Weltanschauung, mehr oder weniger bewußt, zum Leitmotiv ihrer Interpretation gemacht haben, wobei zur Problematik dieser Texte noch die der Überlieferung kommt, das nicht seltene Phänomen der Fälschung, der Interpolation.
Und moderne Historiker verfahren natürlich kein Jota anders mit den Dokumenten, wählen aus, lassen fort, beleuchten, erläutern, erklären im Sinne ihrer Weltanschauung.
Gerade Koryphäen stärken so nicht unser Vertrauen in die Objektivität ihres Fachs. Theodor Mommsen (Nobelpreis 1902) nannte ausgerechnet die Phantasie "wie aller Poesie so auch aller Historie Mutter". Bertrand Russell schrieb den Titel *'History as an Art'*.
A. L. Rowse, ein führender englischer Historiker des 20. Jahrhunderts, sieht Geschichte der Dichtung viel näher als man meist meine … Nach Geoffrey Elton ist sie (1970) vor allem "Erzählung" …
Auch Hayden White hieß jüngst historische Texte nichts anderes als "schriftstellerische Kunstprodukte" (literary artefacts). Kenner wie Koselleck und Jauss betonten um dieselbe Zeit

die Verwobenheit von Faktizität und Fiktion. Vielleicht aber fand H. Strasburger 1966 die treffendste, von F. G. Maier 1984 ausdrücklich bejahte Formel für Geschichte: "Ein Mischwesen aus Wissenschaft und Kunst", "bis auf den heutigen Tag" - nachdem freilich schon Ranke 1824 die Aufgabe des Historikers "zugleich literarisch und gelehrt " genannt hatte und die Historie selbst "zugleich Kunst und Wissenschaft".
Macht man sich bewußt, daß all das nicht-objektive, "nicht-naturalistische" Vorgehen späterer Historiker auf den Darlegungen, Deutungsmustern, Typisierungen früherer Historiker beruht, die schon ganz genau so verfuhren, mehr oder weniger eben verfahren mußten, daß selbst unsere "Quellen" schon so ähnlich zustande kamen, schon vermittelt, schon durch andere Auffassungen hindurchgegangen, schon Selektion sind, eine Mischung bestenfalls aus historischer Tatsache und Text, das heißt "Literatur", das heißt einfließender Deutung, kurz, nur "Überrest", "Tradition ", macht man sich all dies klar, so ist evident, jede Geschichtsschreibung wird vom Hintergrund der eigenen Weltanschauung her geschrieben.
Manche Gelehrte zwar haben gar keine solche Weltanschauung und kommen sich deshalb wenn nicht besonders fortschrittlich, so doch besonders unparteiisch, rechtschaffen, redlich vor. Sie sind Vertreter der "reinen Wissenschaft", Vertreter einer angeblich wertneutralen, angeblich indifferenten Haltung. Sie verwerfen jede Standortbezogenheit, jede subjektive Anteilnahme als unszientifisch, als nahezu blasphemischen Verstoß gegen das angebetete Objektivitätspostulat, das ihnen heilige "sine ira et studio", das, wie Heinrich von Treitschke höhnt, "niemand weniger befolgt hat als sein Urheber".
Ist ja alles, "was man reine Wissenschaft nennt, nämlich das Register von Systemen und Hypothesen, von Erklärungen und Anschauungen, all das ist ausgefüllt, ist ausgestopft, ist vollgepfropft mit den ältesten, sinnlichen und übersinnlichen Mythologemen", was, eher ausnahmsweise treffend, Charles Péguy notiert, selbstverständlich von seiner katholischen Position aus.
Nun kann das Vortäuschen wissenschaftstheoretischer Unschuld, das Unterschlagen weltanschaulicher Prämissen historischer Präsentationen, manches verdecken, fachbedingte Trägheit etwa, Blickverengung, vor allem aber eine gerade in Gelehrtenkreisen, im "kleinen Museum der Auserwählten" (von Sybel), grassierende Timidität, einen ethischen Relativismus und Eskapismus, die feige Flucht vor klarer weltanschaulicher Entscheidung - die ja doch Entscheidung ist, aber eine der Verantwortungslosigkeit im Namen wissenschaftlicher Verantwortung!
Denn eine Wissenschaft, die nicht wertet, unterstützt, ob sie will oder nicht, den Status quo, sie stützt die Herrschenden und schadet den Beherrschten.
Sie ist nur Scheinobjektivismus und praktisch gewöhnlich nichts als eine Rücksichtnahme auf die eigene Ruhe, Sicherheit, die eigene Karriere.
Ich bestreite keinesfalls, daß eine wertende Geschichtsbetrachtung auch aus wissenschaftlicher Überzeugung abgelehnt, verworfen werden kann. Doch ist gerade der Widerwille des Historikers, die Geschichte zu deuten, seine Angst, zu bekennen, was tatsächlich vor sich geht, nur "ein weiteres
Beispiel … der Weigerung der Spezialisten, ihrem Handeln entsprechend zu leben" (Barraclough).
Gewiß, es gibt nicht nur eine oder zwei Methoden, Geschichte zu treiben. Es gibt eine große Methodenvielfalt, wie besonders die amerikanische Geschichtsschreibung zeigt, wobei keine Methode das Recht hat auf einen Alleinvertretungsanspruch.
Doch wenn es auch viele diverse Formen von Wissen und Wissenschaft gibt, hier geht es nur um zwei, um die Wissenschaft, die Wissenschaft um ihrer selbst willen betreibt, für die Wissenschaft das Letzte, Höchste, eine Art Religion ist, und die auch, wie diese, über Leichen gehen kann und geht; und um jene Wissenschaft, für die sie selbst nichts Letztes, Höchstes ist, die als Dienerin fungiert, im Dienst des Menschen steht, der Welt, des Lebens, die insbeson-

dere mit der Geschichtsschreibung die "Pflicht politischer Pädagogik" verbindet, ein Wort Theodor Mommsens, der Geschichte geradezu "ein Totengericht" nennt und, ihre "nackte Gemeinheit" im Blick, ihre "entsetzlichen Barbareien", warnt "vor dem kindischen Glauben, als vermöge die Zivilisation aus der Menschennatur die Bestialität auszuwurzeln".
Ihre bekanntesten Ausprägungen fanden diese beiden Wissenschaftsbegriffe im 19. Jahrhundert, im Wissenschaftsoptimismus der Natur- wie der Geschichtswissenschaft, im Positivismus und Objektivismus, und im radikalen Wissenschaftspessimismus Nietzsches. Er erkannte die Naturwissenschaft seiner Zeit als "etwas Furchtbares und Gefährliches", als einen Ausdruck jener "verhängnisvollsten Dummheit ", woran wir vielleicht "einst zugrunde gehen".
Ähnlich bewertet er die herrschende Geschichtswissenschaft und fordert eine Historie "zum Zwecke des Lebens", eine Historie, die "Vorbilder" bietet, "Lehrer, Tröster", besonders aber eine "kritische Historie ", die das Vergangene "vor Gericht zieht, peinlich inquiriert und endlich verurteilt", denn "jede Vergangenheit ... ist wert, verurteilt zu werden".
Auf der andren Seite steht etwa Max Weber, der Vertreter einer generellen Trennung von Wissenschaft und Werturteil, für den Wissenschaft lediglich empirische Forschung, analytische Bestandsaufnahme ist und grundsätzlich nichts mit Wert, Sinn, Sollen zu tun hat; auch wenn Weber, zwischen Werturteil und (dem neukantianischen Wort) Wertbeziehung unterscheidend, letztere in der Wissenschaft akzeptiert und wissenschaftliche Erkenntnisse in den Dienst wertbezogener Entscheidungen stellen will, was nicht ohne krasse Widersprüche geschieht.
Unser Leben aber ist nicht wertfrei, sondern werterfüllt, und die Wissenschaft, als Teil desselben, kann Wertfreiheit nur heucheln. Wir müssen von Tag zu Tag vergleichen, prüfen, entscheiden, warum sollten wir es ausgerechnet in der Wissenschaft nicht, einem Bereich, der nicht neben unserem Leben steht oder gar darüber, sondern der dazu gehört, der uns, die Menschheit und die Welt, gefährden oder fördern kann?
Ich hielt Werke von Historikern in Händen, einer im Bombenkrieg umgekommenen Frau, manchmal zwei oder drei gefallenen Söhnen gewidmet, und manchmal schrieben diese Leute "reine Wissenschaft" weiter wie zuvor. Das ist ihre Sache. Ich denke anders. Denn selbst wenn es eine apolitische, werturteilsfreie Geschichtsforschung gäbe, was ich bestreite, wäre sie doch nicht wünschenswert, weil sie das ethische Denken untergräbt, der Inhumanität Vorschub leistet. Auch wäre eine solche "Forschung" eigentlich gar keine Forschung, kein Aufdecken von Zusammenhängen, sondern, wie Friedrich Meinecke betont, bloße Vorarbeit, reines Sammeln von Material.
Inwieweit stimmt nun die Wirklichkeit der Geschichte mit meiner Darstellung überein?
Ich lasse hier das erkenntnistheoretische Problem (samt der Struktur unsres Perzeptionsapparates) beiseite. Ich frage: inwieweit! Ich frage nicht: stimmt die Wirklichkeit der Geschichte mit ihrer Darstellung durch mich überein! Denn sagt Wittgenstein selbst von einem mathematischen Satz: "Nicht, daß er uns als wahr einleuchtet, sondern daß wir das Einleuchten gelten lassen, macht ihn zum mathematischen Satz"; sagt auch Einstein: "Soweit die Gesetze der Mathematik sich auf die Wirklichkeit beziehen, sind sie nicht gesichert; und soweit sie gesichert sind, beziehen sie sich nicht auf die Wirklichkeit" - wieviel mißtrauischer müssen wir die Geschichtsschreibung betrachten.
Jeder Historiker nämlich schreibt in einem bestimmten politisch-gesellschaftlichen Bezugssystem, was sich unverkennbar in seiner Sicht niederschlägt, schon in seinen Auswahlmechanismen, seiner Selektion.
Denn jeder "reißt aus dem Zusammenhang", keiner kann das reale Objekt der Vergangenheit mit ihren niemals direkt faßbaren hochkomplizierten Ereignisketten, diesem gigantischen Geflecht aus Denken und Tun, aus den vielfältigsten ähnlichen und gegensätzlichen Vorgängen, Beziehungen, Prozessen, objektiv widerspiegeln, gleichsam naturgetreu abbilden.

Jeder selektiert aber nicht bloß, jeder interpretiert auch, weshalb es nicht nur darauf ankommt, was einer aus der Historie thematisiert, sondern wie er es tut, wobei ich die formale Seite der Sache hier ignoriere - nicht als unwesentlich, sondern zu weitschweifig, verwirrend: die Art und Weise, wie der Historiker sprachlich die Geschichte offeriert, das jeweilige Modell seines Berichts, die gewählte literarische Gattung, den "Repräsentationstypus ", salopp: wie er "verformt", "verfremdet", "vergewaltigt", nicht nur in bösem, auch in bestem Glauben.
Wie jeder also, der Geschichte schreibt, habe ich grundsätzlich ausgewählt, "aus dem Zusammenhang gerissen" - der dümmste aller Vorwürfe, denn anders geht es nicht. Wie jeder habe ich auch innerhalb der Thematik noch einmal selektiert.
Wie jeder habe ich die Träger des Geschehens, all die gekrönten, ungekrönten, selbstgekrönten Kriminellen, die Bischöfe und Päpste, die Heiligen, Feldherrn und sonstigen Geschäfte- und Geschichtemacher (denn aus Geschäften wird Geschichte), natürlich nicht mit allen Einzelheiten ihrer Vita erfaßt, all den Individualvorgängen, persönlichen Problemen, mit all ihren Amouren etwa (die freilich zuweilen nicht ohne Einfluß sind) oder mit allen Verdauungsbeschwerden - wiewohl auch sie manchmal auf die politischen Makroereignisse mehr wirken, als man glaubt. Doch wir kennen diese Beschwerden gewöhnlich nicht …
Mir ist Wahrheit oder, vorsichtiger gesagt, Wahrscheinlichkeit wichtiger als jede Wissenschaft, die im Namen der Wissenschaft sich gegen die Wahrheit vergeht. Und grundsätzlich ziehe ich auch das Leben, jedes Leben, der Wissenschaft vor, zumal einer Wissenschaft, die das Leben bedroht, vielleicht alles Leben überhaupt. Der Einwand, das sei nicht "die Wissenschaft", seien einzelne Wissenschaftler (immerhin sehr viele, wenn nicht die meisten), trifft so wenig wie etwa die Feststellung, die Verfehlungen der Christenheit seien nicht solche des Christentums. Natürlich verfechte ich keinen reinen Subjektivismus, den es gar nicht gibt, so wenig wie reine Objektivität.
Natürlich leugne ich nicht nutzreiche Wertskalen, kontrollierbare Tatsachenbezüge, mitteilbare und überprüfbare Erfahrungen, intersubjektives Wissen und intersubjektive Verbindlichkeiten. Aber ich bestreite die intersubjektive Interpretation!
Und der Geschichtsphilosoph Benedetto Croce wußte, warum er die subjektiven Urteile in der Geschichtsbetrachtung zuließ, aus "sehr triftigem Grunde", weil man sie nämlich "auf keinerlei Weise auszuschließen vermag".
Kann man somit in der Geschichte auch nicht mit der Stringenz logischer Schlüsse schließen, heißt das weder, daß man gar nicht schließen soll, noch, daß man falsch schließen muß. Mag auch vieles oder, nach Meinung der radikalsten Skeptiker, alles problematisch sein, kann man doch einem historischen Sachverhalt näher kommen oder nicht, lassen sich doch für eine bestimmte Sehweise unbezweifelbar bessere und schlechtere Gründe vorbringen, solche, die mehr, weniger, gar nicht zutreffen.
Oder mit William O. Aydelotte negativ formuliert: "Die Feststellung, alle Aussagen seien unsicher, bedeutet nicht, daß sie alle gleich unsicher sind."
Davon gehe ich ebenso aus wie von der Überzeugung, daß man, bei aller Komplexität, allem Chaos und Wirrwarr der Geschichte, allgemeine Aussagen treffen, daß man das Wesentliche, Typische, Entscheidende, herausstellen, kurz, daß man historisch generalisieren kann; was man, als angeblich zu spekulativ, nicht beweisbar, noch häufig negiert oder bagatellisiert, obwohl Historiker, die die Geschichte nicht bloß mit musealem Pläsier betrachten, ohne Generalisierung nicht auskommen können, wollen sie überhaupt etwas sagen, was der Mitteilung wert ist. Selbstverständlich dürfen sie nicht weiter gehen, als es ihre Unterlagen erlauben.
Um diese Verallgemeinerungen aber möglichst schlüssig zu machen, ist eine meiner Hauptmethoden die der Quantifizierung, der Zusammenstellung vergleichbarer Fälle, Varianten, Daten, soweit sie relevant, repräsentativ sind. Geschichte schreiben, heißt die Hauptzüge herausstellen. Ich betreibe also die Summierung des Informationsmaterials. Beides, Generalisie-

rung und Quantifizierung, gehört zusammen.
Würde ich die ja durchaus nicht neue These vom Verbrechenscharakter des Christentums bloß mit einigen Stichproben stützen, wäre sie ohne Überzeugungskraft.
Bei einem mehrbändigen Werk aber läßt sich nicht mehr von vereinzelten, nicht beweiskräftigen Beispielen sprechen. Dabei ist für mich, mit Cicero, "das erste Gesetz der Geschichtsschreibung: daß man nicht wage, etwas Falsches zu sagen". Fährt Cicero freilich fort: "sodann: daß man wage, nichts Wahres nicht zu sagen, damit kein Verdacht aufkomme, man schreibe aus Gunst oder Feindschaft", so braucht dieser Verdacht bei mir gar nicht erst aufzukommen.
Ich schreibe "aus Feindschaft"! Denn die Geschichte derer, die ich beschreibe, hat mich zu ihrem Feind gemacht. Und nicht, weil ich nicht, was auch wahr ist, geschrieben habe, bin ich widerlegt. Widerlegt bin ich nur, wenn falsch ist, was ich schrieb.
Da ich das Ganze aber - um auch ein Wort über seine Struktur einzuflechten - in der begründeten Hoffnung verfaßte, zahlreichen Menschen nützlich zu sein, die wenig oder keine Zeit haben, sich mit der Erforschung des Christentums zu befassen, gebe ich all die Fakten, Vorkommnisse, die Parallelitäten und Kausalbezüge, die ich zeige, die Schlüsse, die ich daraus ziehe, möglichst klar in den folgenden Kapiteln und Bänden wieder: oft chronologisch, nicht selten systematisch, mit besonderer Herausarbeitung wichtiger Aspekte, mit Zäsuren, bewußter Trennung der Stoffgebiete, der zeitlichen Abläufe, mit ihrer Zusammenziehung, mit weiten Vorausblicken manchmal, Rückverweisen, Exkursen -, einzig von dem Wunsch bestimmt, dem Leser die Lektüre zu erleichtern, die Übersicht, den Zusammenhang.
Nun gibt es nicht wenig Leute, die meinen, kritisieren sei leicht. Vor allem meinen dies solche, die es nie oder nie ernsthaft versucht haben, aus Opportunismus, Indolenz oder Unfähigkeit. Ja, es gibt Leute, die nichts häßlicher finden als Kritik - wenn sie ihnen gilt. Sie würden das nie zugeben. Sie würden und werden immer sagen: Wir haben gar nichts gegen Kritik, wir sind sehr für Kritik.
Doch für eine förderliche, aufbauende, konstruktive Kritik. Nicht für eine zersetzende, niederreißende Kritik. Wobei aufbauend immer die ist, die sie schlimmstenfalls bloß beiläufig, wenn nicht gar nur scheinbar kritisiert, um sie dann desto besser bejahen und bejubeln zu können. "Zerstörerisch" aber, "unfruchtbar", "verdammenswert", ist natürlich jede Attacke, die ihre Fundamente angreift und ruiniert. Je überzeugender sie ist, desto mehr wird sie verteufelt - oder totgeschwiegen.
Am meisten kritikempfindlich sind klerikale Kreise. Gerade jene, die zwar rufen: Richtet nicht!, doch selber alles, was ihnen nicht paßt, in die Hölle schicken, gerade jene, deren Kirche sich als erste Moralinstanz der Welt aufspielt, seit Jahrhunderten aufgespielt hat und weiter aufspielen wird, gerade jene sind hell empört, beginnt da einmal einer sie selber zu messen, zu richten, und je schärfer, je vernichtender dies geschieht, desto zorniger sind sie, wütender - wobei ihr Zorn und ihre Wut (im Unterschied zu unseren Affekten) heiliger Zorn sind, heilige Wut oder auch Zornmut, "geordnete Zornmut" natürlich, laut Bernhard Häring, dem Moralexperten, "eine überaus wertvolle Kraft zur Überwindung der Widerstände gegen das Gute, zur Erstrebung des hochgespannten, aber schwer erreichbaren Zieles.
Wer nicht zürnen kann, dessen Liebe ist nicht blutvoll(!). Denn wenn wir blutvoll, mit allen leibseelischen Energien das Gute lieben, werden wir mit den gleichen Energien dem Bösen widerstehen. Christlich ist nicht die träge Gelassenheit gegenüber dem Bösen, sondern mutiger Einsatz gegen dasselbe unter Anspannung aller Kräfte; und dazu gehört auch die Kraft des Zornmutes."
Mit flammender Entrüstung tritt man ausgerechnet in diesen Kreisen gegen die "Manie des Zu-Gerichtsitzen-Wollens" auf (Altmeyer), zeigt man sich "wissenschaftlich" indigniert, wenn ein Autor, wie schrecklich, "ans Werten geht", "der Historiker, vom Moralisten entmündigt,

ins Rollenfach des öffentlichen Anklägers überwechselt", wenn er "der Versuchung" erliegt, "den Erwartungshorizont rigoristisch zu überspannen", wenn er in den "Schatten idealistischer Maximalforderungen" sinkt, "das forensische Pathos" in den Mund nimmt, und dies alles auch noch unbekümmert um "die alte Historikerfrage nach der konkreten Realisierbarkeit ethischer Forderungen".

Ist es nicht grotesk, wenn Vertreter eines antiquierten Mythenzaubers, des Glaubens an die Trinität, an Engel, Teufel, Hölle, Jungfrauengeburt, die leibliche Himmelfahrt Mariens, die Verwandlung von Wasser in Wein, von Wein in Blut, mit (ihrer) "Wissenschaft " imponieren wollen? Wenn ein Jesuit Volk (dem die dreizehnte Regel seines Ordens befiehlt, "daß das, was ich für weiß halte, statt dessen schwarz ist, wenn es die hierarchische Kirche so bestimmt") mit dem "Geiste unvoreingenommener Nüchternheit und Objektivität" renommiert?! Und ist es nicht der Gipfel des Grotesken, solche Figuren selbst von der Wissenschaft noch weithin gewürdigt zu sehen?!

Gerade sie aber verbinden dann am liebsten mit ihrer Verwerfung des Wertens, des Zu-Gerichtsitzen-Wollens (anderer!), die pharisäisch vorgebrachte Floskel, die allerdings die meisten Geschichtsbücher ziert, man müsse das und das "aus der Situation der Zeit" verstehen (Dempf) - das spätantike Reichsgesetz zum Beispiel, das verurteilte "Häretiker" als Aufständische behandelt, überhaupt die damalige Kirchenpolitik der Kaiser gegen die "Ketzer" oder "genauso ", wie Dempf hilfreich gleich hinzufügt, "wie die entsprechende Periode unserer abendländischen Kultur (!), die Zeit von etwa 1560-1648, der Dauer der Religionskriege". All dies und sehr viel mehr, auch die ganze Zeit dazwischen muß "aus dem Geist der Zeit heraus" verstanden und erklärt werden!

Besonders theologische Kirchenhistoriker kommen um diese Beschwichtigungs-, Verharmlosungs-, Bagatellisierungsgeste, die keinesfalls grundsätzlich verworfen werden soll, nie herum. Man müsse es verstehen, das heißt, man macht es verständlich, es wird verständlich und ist dann, hat man es erst einmal "aus dem Geist der Zeit heraus" verstanden, gar nicht mehr so schlimm, es hat sozusagen so sein müssen, ist ja die ganze Geschichte gottgewollt.

Der Theologe Bernhard Kötting erklärte 1977 vor der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften, man könne heute nicht von den Bischöfen der konstantinischen Zeit verlangen, "daß sie dem Kaiser etwa aus dem Geist der christlichen Liebe heraus die Gleichstellung aller religiösen Kultgruppen hätten nahelegen müssen. Das würde bedeuten, den geistigen Horizont, in dem die Menschen der Antike lebten, willkürlich von uns aus zu bestimmen und unsere Vorstellung von der Herleitung der staatlichen Macht in das 4. Jh. hineinzuprojizieren."

Diese im Namen historischen Denkens vorgebrachte Argumentation ist gerade diesem Denken selbst gegenüber unwürdig, ist mehrfach absurd. Erstens nämlich war die heidnische Antike religiös im allgemeinen tolerant. Zweitens haben gerade die christlichen Schriftsteller des 2., 3. und frühen 4. Jahrhunderts immer wieder und leidenschaftlich aus dem "Geist der christlichen Liebe" Religionsfreiheit gefordert!

Drittens, was ist denn der "Geist der christlichen Liebe" überhaupt wert, wenn man ihn ständig mißachtet - im 4. Jahrhundert genauso wie in allen Jahrhunderten seitdem, nicht zuletzt auch im 20. (im Ersten Weltkrieg, im Zweiten, im Vietnam-Krieg), in dem die Christen doch kaum noch im geistigen Horizont der Antike leben, aber sicher noch immer genauso wenig im "Geist der christlichen Liebe".

Das alles ist doch kein Hineinprojizieren anachronistischer Vorstellungen! Der "Geist der christlichen Liebe" war für die Mächtigen - in Staat und Kirche - zu keiner Zeit brauchbar, daher stets bloß auf dem Papier beschworen, in Wirklichkeit aber stets abscheulich verraten worden. Dies ist der wahre Zeitgeist gewesen, und er blieb sich zu allen Zeiten gleich - das andere ist nichts als Augenwischerei.

Der "Geist der Zeit" jedoch, apologetisch so nützlich, wird immer wieder in die Köpfe gezaubert, entschuldigend, beschuldigend, gleichviel. Als habe nicht schon Goethe im *'Faust'* gehöhnt: "Was ihr den Geist der Zeiten heißt, Das ist im Grund der Herren eigner Geist."
Doch falls man dem geziemend antichristlichen, sehr antiklerikalen Dichter mißtraut, so mag noch der heilige Augustin hier stehen. "Schlechte Zeiten, mühsame Zeiten, so sagen die Menschen", schreibt er. "Laßt uns gut leben, und gut sind die Zeiten. Wir sind die Zeiten; wie wir sind, so sind die Zeiten."
Und auch an anderer Stelle bezichtigt Augustin predigend nicht Zeit und "Zeitgeist", sondern die Menschen, die alle Schuld - wie viele Historiker noch heute - auf die Zeiten schöben, auf lästige Zeiten, schwere Zeiten, elende Zeiten.
Doch: "Die Zeit verletzt niemand. Die verletzt werden, sind Menschen, und Menschen sind es, von denen sie verletzt werden. O großer Schmerz: Menschen werden verletzt, Menschen werden beraubt, Menschen werden unterdrückt! Von wem? Nicht von Löwen, nicht von Schlangen, nicht von Skorpionen, sondern von Menschen. In Schmerzen sind, die verletzt werden. Und tun sie nicht selber, wenn sie können, was sie schelten?"
Augustin wußte, was er sagte; gerade der letzte Satz trifft voll und ganz ihn selbst. … Noch weniger übertrage ich in entfernte Vergangenheiten alle Ideen und Wertmaßstäbe der Gegenwart, was Montesquieu mit Recht, wenn auch übertreibend, "die furchtbarste unter den Quellen des Irrtums" nennt.
Doch hat man stets, wenigstens in den letzten 2.000 Jahren, Raub, Mord, Ausbeutung, Krieg für das gehalten, was sie waren und sind.
Gerade die Christen mußten dies wissen. Gerade sie hatten die stark pazifistisch und sozial geprägte Verkündigung des synoptischen Jesus; sie hatten eine fast dreihundertjährige pazifistische frühchristliche und frühkirchliche Predigt; sie hatten auch die leidenschaftlichen "liebes" kommunistischen Appelle der Kirchenväter und -lehrer noch des 4. Jahrhunderts. Kurz, es gab eine immer christlichere Welt - und in vieler Hinsicht eine immer schlimmere. Denn das Christentum beruht auf verschiedenen Geboten, wie dem Gebot der Nächstenliebe, der Feindesliebe, dem Gebot, nicht zu stehlen, nicht zu töten und auf der Klugheit, keines dieser Gebote zu halten.
Oft belehren uns die Apologeten, die dies im Grund nicht leugnen können, daß da und dann - immer da und immer dann, wo und wann es gerade paßt, welchen Geschichtsabschnitt man gerade bemäntelt - die Menschen eben "noch keine wirklichen Christen" waren! Doch wann waren sie es? Zu Zeiten der greulichen Merowinger, der fränkischen Raubkriege, des lateranischen Weiberregiments? Bei den großen christlichen Offensiven, den Kreuzzügen? Bei der Ketzer- und Hexen-Verbrennung, der Indianerausrottung, der (fast zweitausendjährigen) Judenverfolgung? Oder im Dreißigjährigen Krieg? Im Ersten Weltkrieg? Im Zweiten? Im Vietnam-Krieg? Einmal müssen sie doch Christen gewesen sein!?
Der Geist der Zeit jedenfalls war durchaus nicht überall derselbe zur selben Zeit. Als die Christen ihre Evangelien kolportierten, ihren Glauben, ihre Dogmen, als sie immer weitere Teile der Welt infizierten, gab es sehr wohl Menschen, wie die großen ersten Bestreiter des Christentums, Celsus im 2. und Porphyrios im 3. Jahrhundert, die das Christentum, alles in allem, vernichtend kritisiert und im wesentlichen bis heute recht behalten haben, was immerhin christliche Theologen des 20. Jahrhunderts erklären.
Doch begehrten nicht nur Heiden gegen die Christenlehre auf. Zur selben Zeit, als man weithin im Glauben an das Trinitätsdogma lebte und starb, verwarfen es Juden wie Moslems als Provokation ohnegleichen; war für sie auch das Paradoxon von der Menschwerdung Gottes absurd, dies "Unrecht", diese "Schmach"; sah der islamische Philosoph und Mystiker Al Ghazali (1059-1110) die einander widersprechenden Zweinaturenlehren von Monophysiten, Nestorianern, Orthodoxen nur als Ausdruck von "Unverständlichkeit, ja Dummheit und Geistes-

schwäche".
Wie im Denken, so differierten die Menschen derselben Zeit auch im Tun. Während das Christentum seine monströsen Greuel verbrach, war der Buddhismus, der in Indien keine organisierte Kirche nach Art der abendländischen, auch keine Zentralinstanz schuf, die über den rechten Glauben entschied, sehr viel toleranter. Er forderte von seinen Laienanhängern weder ausschließliche Verpflichtung auf das buddhistische Bekenntnis noch den Austritt aus anderen Religionen, noch nahm er gewaltsame Bekehrungen vor. Vielmehr war für ihn Duldsamkeit gegenüber fremden Konfessionen in anderen Ländern geradezu "charakteristisch" (Mensching).
Sein pazifistisches Wirken beweist beispielsweise die Geschichte Tibets, dessen Volk, eine der gefürchtetsten und kriegerischsten Nationen Asiens, unter buddhistischem Einfluß eine der friedlichsten wurde, wobei trotz tiefer Frömmigkeit und einer gutorganisierten geistlichen Hierarchie völlige Toleranz zwischen allen Arten von Glaubensformen und Sekten bestand. Richtig schreibt der Buddhist Lama Anagarika Govinda:
"Religionen, die der Individualität des Menschen ihre volle Berechtigung zugestehen, werden automatisch zu Förderern der Humanität. Solche aber, die den Anspruch erheben, im alleinigen Besitze der Wahrheit zu sein, oder die den Wert des Individuums und individueller Überzeugungen geringschätzen, können zu Feinden der Humanität werden, und dies um so mehr, wenn Religion zu einer politischen oder gesellschaftlichen Machtfrage wird."
Selbst unter den Christen war nicht jeder geschlagen durch den Zeitgeist! Nicht jeder blind! So spottet Peire Cardinal, der große Troubadour, über Hugo von Montfort und dessen Grabsteinspruch: "... wenn jemand dafür, daß er Menschen hinmordete, Blut vergoß, Seelen verlorengehen ließ, daß er in Mordtaten einwilligte, verderbten Ratschlägen folgte, Feuersbrünste entfachte, vernichtete, schändete, Ländereien gewaltsam wegnahm, Frauen tötete, Kinder erwürgte: dann soll er die Krone tragen und im Himmel glänzen."
Ja, im 13. Jahrhundert gibt es eine ganze satirisch-ironische Kreuzzugsliteratur. So höhnt der Franzose Rutebeuf: "Wein trinkt man erst mal ungeheuer Und streckt berauscht sich aus am Feuer, Dann greift zum Kreuz man mit Hurra - Und sieh, schon ist der Kreuzzug da, Der dann beim ersten Morgenlicht In wilder Flucht zusammenbricht."
Nicht jeder also war vom Zeitgeist besessen, nicht jeder kritiklos und außerstande zu vergleichen, zu prüfen, zu richten. Durch alle Jahrhunderte auch gab es ethisches Denken, nicht zuletzt in christlichen Kreisen, unter "Ketzern". Und warum das Christentum nicht auch an seinen eigenen biblischen, mitunter sogar an kirchlichen Maßstäben messen? Warum ausgerechnet das Christentum nicht an seinen Früchten erkennen wollen? …
Ich bekenne mich, wie jeder Gesellschaftskritiker, zur wertenden Geschichtsschreibung. Ich betrachte die Geschichte, wie mir das nützlich, weil notwendig scheint, ethisch engagiert unter dem Anspruch eines "humanisme historique". Für mich ist ein Unrecht, ein Verbrechen, vor 500, 1.000, 1.500 Jahren genauso lebendig und empörend wie ein Unrecht, ein Verbrechen, das heute geschieht oder erst in 1.000, in 5.000 Jahren …
Historiker, die sich an "reine" Wertmaßstäbe klammern, an "reine" Wissenschaft, sind unehrlich. Sie betrügen die anderen oder sich selbst, ja, sie sind, da es kein schlimmeres Verbrechen gibt als Gleichgültigkeit, kriminell. Gleichgültigsein heißt unablässig morden.
Dies klingt vielleicht ungewohnt, hart, folgt aber aus der Doppelbedeutung unseres Geschichtsbegriffs, der das Geschehen sowohl wie dessen Darstellung bezeichnet …
Ist Geschichtsschreibung doch nicht bloß *Geschichtsschreibung,* sondern stets auch *Geschichte,* ein Teil derselben, indem sie diese nicht nur, auf welche Art immer, spiegelt, sondern auch bewirkt, nicht bloß beschreibt, sondern auch macht. Entscheidend ist, daß diese Reflexion zur Aktion wird, daß sie das Denken und Tun der Menschen, auch ihrer Führer und Verführer, beeinflußt, mitbestimmt, vielleicht sogar maßgeblich, daß alle Historiographie somit "einen

dreifachen Aspekt" hat: "Sie erzählt, ist und bewirkt Geschichte" (Beumann).
Historiker hatten niemals eine geringe Meinung von sich. Sie wuchs noch im Lauf der Zeit und war wohl nie so herausgefüttert wie gestern und heute - trotz aller Theoriedefizite, methodologischen Skrupel, Selbstzweifel und Selbstbezichtigungen und aller rivalisierenden Richtungen in der Historiographie, von Außenattacken zu schweigen. "Der Ort der entrealisiert-vergangenen Geschichte ist der Kopf des Historikers. Was sich dort von der Realgeschichte aufbewahren kann, ist ihr Inhalt" (Junker/Reisinger).
Sehen sich doch viele Geschichtsschreiber gerade des 20. Jahrhunderts so sehr als Akteure der Geschichte, daß Edward Hallet Carr tadelt: "Geschichte ist, was der Historiker macht."
Dies ist nur ein Teil der Wahrheit. Wichtiger und die Regel, daß man Geschichte für und gegen Menschen macht, daß eine Minderheit für die Minderheit und gegen die Mehrheit regiert, gegen die duldenden, leidenden Massen; die Regel, daß politische Geschichte auf Macht, Gewalt, Verbrechen beruht; die Regel leider auch, daß dies das Gros der Historiker noch immer nicht beim Namen nennt, vielmehr rühmt - nach wie vor Potentaten und Zeitgeist zu Diensten. Die Regel somit weiter, daß Geschichtsschreibung die Politik nicht verbessert, sondern "gewöhnlich von ihr verderbt wird" (Ranke) - und diese selber wieder verdirbt!
Denn wie man Politik zwar für die (Masse der) Menschen machen könnte, gewöhnlich aber gegen sie macht, so wird gegen sie gewöhnlich auch die Geschichtsschreibung geschrieben. Es geht uns jedoch, mit Voltaire zu sprechen, um das Schicksal der Menschen, nicht um die Revolution des Thrones.
Jeder Geschichtsschreiber hätte sagen müssen *homo sum*, doch die meisten haben nur Schlachten beschrieben. So ist es lange noch nach Voltaire, ist es grosso modo häufig noch heute. Und besteht zumindest prinzipiell der Satz des Johannes Chrysostomos zu Recht: "Wer die Sünde lobt, ist viel schlechter als der, welcher sie begeht", dann ist auch jeder, der Geschichtsverbrechen und -verbrecher preist, schlechter noch als diese selbst.
Die Frage erhebt sich, was ist ein Verbrechen? Wer ist Verbrecher?
Ich werde dazu nicht das Strafgesetzbuch bemühen, weil jedes solche Gesetzbuch sozusagen gesellschaftskonservierend, Ausdruck der Ideologie des Establishments, weil es unter dem Einfluß einer herrschenden Minderheit und deshalb gegen die beherrschte Mehrheit geschrieben ist. Ich gehe von der … Rechtswissenschaft aus, daß Mörder der ist, der einen anderen Menschen absichtlich tötet, zumal wenn er dies aus "niederen" Motiven tut, etwa um ihn zu berauben oder sich an seine Stelle zu setzen. Nun ist es ein großer Unterschied für Justitia, ob man *einen* ermordet oder *Millionen,* nur jenes gilt als kriminell; ein großer Unterschied auch, ob Millionen *ermordet* werden oder Millionen *gestohlen* - bloß dies ist justiziabel. Für mich verdient solche "Gerechtigkeit" nicht den Namen.
So klar aber das allgemeine Bewußtsein zu wissen glaubt, wer Verbrecher, so klar auch, wer Held ist. Und wer, außer Staat und Kirche, hätte mehr dazu beigetragen als die Geschichtsschreibung selbst?
Durch den weitaus größten Teil unseres Zeitraums hofiert die Quellentradition die unterdrükkenden und ignoriert die unterdrückten Schichten, präsentiert sie meist glanzvoll die Akteure der Historie, die kleine Despotenmeute derer, die sie machte, und selten oder nie den Buckel derer, die sie ausgetragen. Derart aber wirkte die Historiographie, besonders in den letzten Jahrhunderten, buchstäblich katastrophal.
Erst 1984 zeigte Michael Naumann in seiner Schrift *'Strukturwandel des Heroismus'*, daß man seit dem Absolutismus "politische Macht, gesellschaftliche Institutionen, Geschichte und nationale Identität gleichsam bildhaft im Nationalheros 'zusammengefügt' und verkörpert ", daß auch die Masse die Handlungen solcher "Heroen" als "existentiell repräsentativ" rezipiert hat, als "nachahmenswert", und "daß unter diesen Männern *stets von den Historikern selbst 'Helden' verstanden wurden*".

Heroismus, politischer Heroismus, aber ist immer viel weniger der gute Wille zum Selbstuntergang als der böse zum Untergang des anderen. Und warum Jean Paul Geschichte nicht nur den wahrsten Roman nennt, den er je gelesen, sondern auch den schönsten, wird wohl für immer sein Geheimnis bleiben. Ebenso warum Goethe - "in einem seiner bekanntesten Worte" (Meinecke) - als das Beste, was wir von der Geschichte haben, ausgerechnet den Enthusiasmus preist, den sie erregt. Die Geistesgeschichte vielleicht, die Kunstgeschichte sicher. Aber die Politik? Das garstige Lied?!

Wie auch immer, Thomas Carlyle, "Statthalter Goethes in England", stellte 1840 in dem programmatisch betitelten *'Heroes- and Hero-Worship'* die Weltgeschichte als Geschichte großer Männer dar:

Macht gleich Recht. Und in ihrer überwältigenden Mehrheit sahen und sehen es die Berufshistoriker, die eigentlich Staatshistoriker heißen sollten, gewöhnlich ja auch Staatsbeamte sind, nicht anders, sehen viele jeden dieser "großen" Männer reich begabt zur Sünde wie zum Segen, wie Treitschke, der sächsische Generalssohn, rühmt, nicht ohne die moralisierende Nüchternheit zu rügen, "welche Menschengröße nur als das Gegenteil des Frevels zu begreifen vermag".

Auch ein so verheerender Kopf wie Hegel denkt nicht anders. Kein Wunder bei einem Geist, der sich einerseits fest im Besitz der absoluten Wahrheit wähnt (die seinem eigenen Entwicklungssystem widerstreitet), sich auch für einen gläubigen "lutherischen Christen" und die Weltgeschichte, in seiner Geschichtsphilosophie, für die Verwirklichung der Offenbarung Gottes hält, andererseits als scharfer Verfechter höchst intoleranter Staatsautorität alles Außenseiterische, Abweichende bekämpft, wie gelegentlich den "Wahnsinn der jüdischen Nation", "dieser mit anderen ... unvereinbaren Nation", ebenso aber auch alles Aufbegehrende und Schwache haßt, "brandige Glieder", der "Verwesung nahes Leben"; wobei er kein Vorgehen "mit Lavendelwasser" gutheißt, "keine sanften Gegenversuche", vielmehr immer wieder die Gewalt glorifiziert, "das *gewaltsamste Verfahren",* und dem Staat selbst empfiehlt, sich "durch die Gewalt" zu rechtfertigen, denn *"dann unterwirft sich ihm der Mensch".*

Auch der "gemeine Haufe des deutschen Volkes ... müßte durch die *Gewalt* eines *Eroberers* in eine Masse versammelt", müßte "gezwungen werden, sich zu Deutschland gehörig zu betrachten". "So sind alle Staaten gestiftet worden durch die erhabne Gewalt großer Menschen."

Entsprechend ist für Hegel der Friede, gar Kants Idee vom ewigen Frieden, ein Alptraum, "auf die Länge ein Versumpfen der Menschen", ja, "der Tod". Dagegen hat der Krieg "die höhere Bedeutung", daß durch ihn "die sittliche Gesundheit der Völker ... erhalten wird, wie die Bewegung der Winde die See vor der Fäulnis bewahrt". Vom "Militärstand" sagt Hegel klipp und klar, "daß er die Pflicht hat ... sich aufzuopfern".

Doch ist "die Aufopferung" - gern feiner mit "Entäußerung" umschrieben - "für die Individualität des Staates" auch *"allgemeine Pflicht",* Gehorsam überhaupt, wie schon für Augustin, der Anfang aller Weisheit - tatsächlich, zumal diesbezüglich, oft nur der Anfang des "Heldentodes". "Die wahre Tapferkeit gebildeter (!) Völker ist das Bereitsein zur Aufopferung im Dienste des Staates." Und da die Staaten sich sogar im Krieg anerkennen, sogar "im Kriege selbst der Krieg als ein Vorübergehensollendes bestimmt ist" und "die Möglichkeit des Friedens erhalten", schließt Hegel auch:

"Die neueren Kriege werden daher menschlich geführt, und die Person ist nicht" - übrigens typisch christlich, geradezu feldpfaffenhaft gedacht - "in Haß, der Person gegenüber." Hätte Hegel die Möglichkeit eines ABC-Krieges schon gekannt, hätte er sich sicher einmal mehr bestätigt gesehen. Alles schickt ja Gott zur rechten Zeit. "Die Menschheit bedurfte des Schießpulvers, und alsbald war es da." Die Menschheit bedurfte des Hegel, und alsbald war er da. Die Menschheit bedurfte menschlicher Kriege, und schon kamen sie.

Es geht nichts über einen unerschrockenen Denker, der denn auch rundheraus von den Akteu-

ren der Geschichte schreibt, was sie getan, wirklich getan haben, sei "ihr Ruhm. Solch einem Heros könne man nichts Schlimmeres nachsagen, als daß er unschuldig gehandelt habe. Es ist die Ehre der großen Charaktere, schuldig zu sein." Bei den "kleinen" ist dies ihre Schmach.
Auf sie wartet, sind sie schuldig, nicht selten sogar, sind sie unschuldig, der Kerker, der Strang, der elektrische Stuhl - auf die großen Verbrecher warten die Elogen der Historiker und Geschichtsphilosophen.
Es ist klar, haben ganze Generationen solche Präzeptoren, werden sie auch von jedem welthistorischen Schandkerl mißbraucht. Stünde es nicht anders um Menschheit und Geschichte, würden diese von der Geschichtsschreibung - und Schule! - ethisch durchleuchtet und geformt? Würden die Verbrechen der Herrschenden nicht gefeiert, sondern verdammt?
Die meisten Historiker aber breiten den Dreck der Vergangenheit aus, als wäre er der Humus für künftige Paradiese. Und gerade die deutsche Geschichtswissenschaft hat die tradierte Form der Geschichte, der Gesellschaft, die überlieferte "Ordnung" - in Wirklichkeit ein soziales Chaos, ein fortgesetzter innerer und äußerer Krieg - gestützt statt zu ihrem Sturz beizutragen.
Gerade die deutsche Geschichtsschreibung war besonders an das nationale Apriori gebunden. Sie geriet im 19. Jahrhundert immer mehr in den Sog der nationalstaatlichen Idee, eines patriotischen Optimismus und Aufstiegsglaubens.
Sie wurde dadurch stärker beeinflußt als die Geschichtswissenschaft anderer Länder, aber sie beeinflußte diese Tendenz auch wieder ihrerseits stark. Dagegen hat sie die Verschränkung politischer und gesellschaftlicher Vorgänge, also die Sozialgeschichte - die hier eine beträchtliche Rolle spielen wird -, zumal mit ihren großen Ansätzen Ende des 19. Jahrhunderts wenig beachtet, fast geächtet, diente selbst für den später zur liberalen Linken wechselnden Friedrich Meinecke noch im Ersten Weltkrieg "unser Staat, unsere Machtpolitik, unser Krieg den höchsten Gütern unserer nationalen Kultur"; vertrat Deutschland "die nationale Idee in ihrer höchsten Form", der Feind "den rohen Nationalismus".
Und noch nach Hitler, als man doch da und dort aufzuwachen begann, tendiert die große Mehrheit der Historiker, auch jenseits unserer (durch Großmachtpolitik stets kleineren) Grenzen, wenn nicht zur falschen Idealisierung, zur Vergötzung des Staates, so doch weiter zu seiner Rechtfertigung, Verteidigung, ist die deutsche Historiographie auch der jüngsten Zeit weniger von sogenannten wissenschaftlichen Gesichtspunkten als von der Projektion gewisser Tagesinteressen in die Vergangenheit bestimmt, von "der deutschen Nachkriegsgeschichte mit ihren deutlich restaurativen Tendenzen" (Groh).
Noch übler aber als das nationalpolitische oder "europäische" Denken - meist nichts als ein größerer, schlimmerer Nationalismus - steckt in den Köpfen, leider nicht nur der Historiker, das machtpolitische, das imperialistische Denken an sich, und es ist ekelhaft, dazu immer wieder, bei kirchlichen wie nichtkirchlichen, sogar antikirchlichen Gelehrten, dieselben Beschönigungen zu lesen.
Ich bringe hierzu nur wenige Hinweise auf Karl "den Großen", einen nahezu allseits in den Himmel gehobenen Helden, der in sechsundvierzigjähriger Regierung fast unentwegt Krieg, beinah 50 Feldzüge, geführt und in seinem "imperium Christianum" (Alkuin), dem "regnum sanctae ecclesiae" (Libri Carolini) so gut wie alles im Nordosten und Süden, Hunderttausende von Quadratkilometern, zusammengeraubt hat - worauf er 1165 von Paschalis III., Gegenpapst Alexanders III., heiliggesprochen, diese Kanonisation durch Gregor IX. bestätigt und durch spätere Päpste nicht für ungültig erklärt worden ist: noch ich feierte als Kind meinen Namenstag am Tag des heiligen Karl "des Großen".
Die Historiker unterstellen einem solchen Mann natürlich nicht Raubkriege größten Stils, Brand, Mord, Totschlag, grauenhafte Versklavung - wer so formuliert, ist von vornherein unseriös. Echte Forscher, aus Fachkreisen, verfügen über ganz andere Beurteilungskategorien, sprechen bei den schlimmsten Raubzügen und Massenabschlachtungen der Geschichte allen-

falls von Expansionen, Ausgriffen, Ausstrahlungen, Schwerpunktverlagerungen, Umlagerungsprozessen, Eingliederungen in den Herrschaftsbereich, Christianisierung und Befriedung von Grenzvölkern.
Wenn Karl "der Große" ringsum alles unterjocht, ausbeutet, abmurkst, dann ist dies "Zentralismus", "Friedensbewahrung in einem Großreich". Rauben und töten die anderen, dann sind dies "Raub- und Plünderungszüge der äußeren Feinde (Sarazenen, Normannen, Slawen, Awaren)" (Kämpf). Wenn Karl, den Sattel voller heiligster Reliquien, brandschatzt und mordet im Weltmaßstab, wenn er zum erhabenen Schöpfer des großfränkischen Reiches wird, dann spricht Katholik Fleckenstein von einer "politischen Integration" und kann auch gleich noch betonen, es sei dies "kein einmaliges Ereignis ... sondern ein Vorgang, der eine Daueraufgabe einschließt". Sehr wahr.
Ist das "Abendland" doch, so Fleckenstein (aber fast alle Historiker schreiben so) "schon bald über die deutsche Ostgrenze hinausgewachsen"; was an einen ganz harmonischen Wachstumsprozeß in der Natur erinnert, im Menschenleben, an die Entfaltung eines Baumes, das Entwachsen aus den Kinderjahren ... Manche Fachleute formulieren sogar freundlicher, unschuldiger noch, scheinheiliger, wie Camill Wampach, weiland Professor an der Universität Bonn: "Das Land lud zur Einwanderung ein, und das anstoßende fränkische Gebiet hatte Bewohner für das freigewordene Neuland abzugeben."
Man kann indes das, worum es ging, deutlicher durchblicken und doch die "Größe" darunter nicht leiden, eher gar größer erscheinen lassen: "Groß war Karl als Eroberer gewesen. Noch Größeres verlangte von ihm die Aufgabe, eine neue Ordnung der Dinge da aufzubauen, wo er seither als Zerstörer erschienen."
Erst erobert man also, zerstört. Dann baut man eine "neue Ordnung" auf. Von dieser "neuen Ordnung" aus zerstört man jenseits der Grenzen weiter, baut entweder, wo man erneut "als Zerstörer erschienen", wieder eine "neue Ordnung" auf oder führt abermals Grenzkriege, wenn man keine "neue Ordnung" aufbauen kann - und wird derart immer größer.
Zitiert wurde aus einer älteren "Geschichte des Bistums Hildesheim" (1899), die einen nicht unbekannten Kleriker zum Verfasser hat, den damaligen Domkapitular Adolf Bertram, einen "nüchternen Niedersachsen" (Volk S. J.). Dieser Nüchterne konnte natürlich nicht nur den heiligen Karl feiern, sondern, als Kardinal und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, auch einen weiteren Eroberer und Neuordner im Süden, Westen, Osten, den zwar nicht heiliggesprochenen, doch auch nie exkommunizierten Hitler, bei dessen Annexion Österreichs beispielsweise Primas Bertram nicht versäumte, "Glückwünsche und Dank ... ehrerbietigst auszusprechen und feierliches Glockengeläute am Sonntag anzuordnen".
Versicherte er ja noch am 10. April 1942 "dem hochgebietenden Herrn Führer und Reichskanzler", daß die deutschen Bischöfe beten "um weitere siegreiche Erfolge des brennenden Krieges ..."
Denn Kirchenfürsten stehen, nüchtern oder nicht, wenn irgend möglich, immer bei den Star-Banditen der Geschichte, wie sich hier fort und fort zeigen wird, weil diese stets (vorerst) die erfolgreichsten sind, und nichts beeindruckt Kirchenfürsten mehr als Erfolg, besonders der Waffenerfolg (post festum werden sie gern Widerstandskämpfer).
So erklärte ein frenetischer Unterstützer des Ersten und Zweiten Weltkriegs wie der Kardinal-Erzbischof von München-Freising, "Widerstandskämpfer" Faulhaber: "Wenn die Welt aus 1.000 Wunden blutet und die Sprachen der Völker verwirrt sind wie in Babylon, dann schlägt die Stunde der katholischen Kirche!"
Bekannte doch schon im 5. Jahrhundert - wo sich auch Augustinus bereits sehr für den Krieg, selbst für Angriffskriege, erwärmte - Kirchenvater Theodoret: "Die geschichtlichen Tatsachen lehren, daß uns der Krieg größeren Nutzen bringt als der Friede."
Aber noch ein so kirchenkritischer und bedeutender Historiker wie Johannes Haller schwärmt

- nebenbei: 1935 - von "den Verdiensten des großen Königs" Karl und schreibt lapidar, daß die Unterwerfung der Sachsen für das fränkische Reich "eine gebieterische Forderung der eigenen Sicherheit und daß sie nur mit rücksichtsloser Gewalt durchzuführen, daß also das Recht nicht ausschließlich auf Seiten der Sachsen war. Auch darf man nicht vergessen, daß es sich um die Einverleibung eines Naturvolks in einen geordneten Staat, also um die Ausbreitung des Reiches menschlicher Gesittung handelte ..."
Doch wo Geschichte "mit rücksichtsloser Gewalt" geschieht, vollzieht sich da "die Ausbreitung des Reiches menschlicher Gesittung"? Offensichtlich - und entsprechend geht diese immer weiter, in Europa, Amerika, darüber hinaus, vor allem unter christlichem Vorzeichen: fortgesetzte schreiende Ausbeutung und ein Krieg nach dem anderen - doch keine Übertreibung! -, bis schließlich der Untergang Europas oder gar der Menschheit droht, der Jesuit Hirschmann aufruft, den "Mut, unter Aussicht auf millionenfache Zerstörung menschlichen Lebens in der heutigen Situation das Opfer atomarer Rüstung zu bejahen", der Jesuit Gundlach sogar den Untergang der ganzen Welt in Kauf nimmt:
"Denn wir haben erstens sichere Gewißheit, daß die Welt nicht ewig dauert, und zweitens haben wir nicht die Verantwortung für das Ende der Welt"; natürlich mit Billigung von Papst Pius XII., der selbst den ABC-Krieg gegen "gewissenlose Verbrecher" erlaubte. Und all dies nach "Ausbreitung des Reiches menschlicher Gesittung"!
Also gestehe man, daß es nicht um den Kampf geordneter Staaten gegen Naturvölker ging und hier, seit mindestens 1.000 Jahren, geht, sondern um die rücksichtslose Durchsetzung des Stärkeren gegen das Schwächere, des Korrupteren gegen das - vielleicht! - weniger Korrupte, kurz um das Gesetz des Dschungels. Es hat bis zu diesem Augenblick die Menschheitsgeschichte beherrscht, sobald ein Staat wollte (oder nicht wollte wie ein anderer), gewiß nicht nur in der christlichen Welt.
Denn selbstverständlich wird nicht behauptet, an allem Elend sei bloß das Christentum schuld. Es geht eines Tages vielleicht genauso elend ohne Christentum weiter. Dies wissen wir nicht. Wir wissen nur: mit ihm wird und muß es so weitergehen. Nicht zuletzt deshalb mache ich seine Schuld sichtbar in allen wesentlichen Fällen, auf die ich gestoßen bin, möglichst umfassend zwar, doch nie überzeichnet, nie übertrieben, wie es nur jenen scheinen kann, die von christlicher Geschichte keine Ahnung haben oder die darüber getäuscht worden sind.
Daß es neben aller Gewaltpolitik eine theologische Diskussion gab, daß etwa im Arianischen Streit "die theologische Arbeit weitergegangen", daß "nicht alles kirchliche Leben im Machtkampf der Parteien untergegangen ist" (Schneemelcher), wurde wohl nie geleugnet und gilt für die ganze Geschichte des Christentums.
Doch hält der Verfasser, der von Weihnachten bis Himmelfahrt lauter Plagiate sieht, weder von der theologischen Arbeit etwas noch vom kirchlichen Leben. Im Gegenteil: denn gerade sie dienen - mit dogmatischen Lügen, homiletischem Zuspruch, liturgischen Betäubungen: was die Predigt offenläßt, übertönt die Orgel - dem nackten Kampf um die Macht, der gerade ihretwegen so erfolgreich geführt werden konnte und noch geführt wird.<<
Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet später (am 12. November 2013) über Karlheinz Deschners Lebenswerk "Kriminalgeschichte des Christentums": >>**Karlheinz Deschner beendet Lebenswerk**
Das Lebenswerk des Karlheinz Deschner: Flutlicht in die Abgründe der Kirchengeschichte
Er ist extrem hart mit den christlichen Kirchen ins Gericht gegangen, bewußt einseitig und nicht immer ganz wissenschaftlich.
Aber es ging Karlheinz Deschner auch nie um Ausgewogenheit, sondern darum, Dinge ans Licht zu holen, die viele Christen lieber im Dunklen gelassen hätten. Nun hat er, soweit es in seiner Macht stand, sein Lebenswerk abgeschlossen.

Karlheinz Deschner - der Name ist unter jüngeren Menschen kaum noch bekannt. Seine Arbeiten haben in den vergangenen zwanzig Jahren nur noch wenig Aufregung hervorgerufen. Das war einmal anders. Früher einmal hat Deschner Begeisterung, Ablehnung oder sogar Zorn ausgelöst. Und für manche Menschen waren seine Bücher fast schon eine Art Offenbarung.
Davon ist heute nicht mehr viel zu spüren. Und das ist tatsächlich eine gute Nachricht. Denn sie hängt indirekt damit zusammen, daß es für die meisten Menschen in unserer Gesellschaft heute selbstverständlich ist, daß nichteheliche Kinder und Ehen ohne Trauschein keine Schande sind, daß Homosexualität nicht strafbar ist, Vergewaltigung in der Ehe aber schon; und daß heute ungetaufte und konfessionslose Kinder in Schulen einen Ethikunterricht besuchen können, in denen Kruzifixe abgehängt werden, wenn Eltern das fordern.
Deschners Arbeit hat einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung hin zu unserer weitgehend toleranten, liberalen und aufgeklärten Gesellschaft geleistet. Denn der Germanist und Privatgelehrte hat den größten Teil seines Lebens einem fast einsamen Kampf gegen einen mächtigen Gegner gewidmet. Ein Gegner, der diese Entwicklung zu bremsen versucht hat, wo es geht. Ein Gegner, der darüber hinaus den Anspruch hat, die wichtigste moralische Instanz der Welt zu sein.
Gemeint sind die Kirchen - die katholische Kirche genauso wie die evangelische und alle anderen christlichen Kirchen überhaupt. Und was Deschner getan hat, war, genau diesen moralischen Anspruch nicht nur in Frage zu stellen, sondern weitgehend ad absurdum zu führen. Die Kritik, die die Kirche durch Deschner erfahren hat, hat seit den frühen sechziger Jahren die moralische Autorität, mit der Päpste, Kardinäle, Bischöfe und Priester auftreten konnten, untergraben - und zwar schlimmer, als es jeder Mißbrauchsskandal konnte. Denn die Verbrechen von Priestern gegen Kinder konnte die Kirche immer auf die Schwäche einzelner Vertreter ihres Glaubens schieben. Deschner aber legte die Axt an die Wurzeln der Kirche.

Von den Wurzeln bis zu den Auswüchsen

Anders als die meisten Autoren, die in Deutschland nach dem Krieg Bücher über die Kirche veröffentlichten, konzentrierte sich der Ex-Katholik Deschner auf Fragen wie die, wer das "Buch der Bücher" eigentlich tatsächlich verfaßt und wer bei wem abgeschrieben hat. Wer in der jungen, ursprünglich jüdischen Sekte welche Rolle gespielt und die Weichen gestellt hat - und warum. Welche Aspekte der christlichen Religion aus anderen Glaubensvorstellungen der Antike übernommen wurden.
Und er ging der Frage nach, wie es den Kirchenvätern und -führern gelungen war, über die Jahrhunderte den Eindruck eines über alle Zweifel erhabenen, einheitlichen Gebildes zu vermitteln - trotz aller Konflikte zwischen den Strömungen innerhalb der Kirche, trotz aller Widersprüche im Glauben und bei der Interpretation der Heiligen Schriften bei den Gläubigen und trotz der Spaltungen und Abspaltungen von Konfessionen. Und so stellte er den Anspruch der Kirche in Frage, ihre Legitimation und Lehren direkt auf einen Gott zurückzuführen.
Mit diesem Ziel tat Deschner nicht mehr und nicht weniger, als mit ungeheurem Fleiß Informationen über die Entstehung der Bibel und die Geschichte der Christenheit zu sammeln und in populärwissenschaftlichen Büchern lesbar zusammenzufassen - Informationen, die von etlichen Theologen und Historikern aus den vergangenen Jahrhunderten stammen.
1962 veröffentlichte Deschner sein erstes kirchenkritisches Werk "Und abermals krähte der Hahn". "25.000 Arbeitsstunden in fünf Jahren" hatte er seinem späteren Lektor bei Rowohlt, Hermann Gieselbusch, zufolge für das 700-Seiten-Buch investiert. Der Verlag Paul List, bei dem Deschner unter Vertrag stand, kündigte denselben aus Angst um den Absatz seiner Schulbücher in Bayern. Das Buch erschien dann in einem anderen Verlag, gefolgt von weiteren kritischen Werken.
Die Kirchen und die meisten großen Medien wie die *Zeit* oder die *Süddeutsche Zeitung* ignorierten das Werk anfänglich. Andere wie *Welt* und *Spiegel* brachten Verrisse. Besonders häu-

fig wurde Deschner einseitiges und unwissenschaftliches Arbeiten vorgeworfen. So hieß es 1963 im *Spiegel*, Deschner hätte "auch obskure Quellen zitiert, solange sie nur ausreichend antiklerikal klingen".
1971 mußte Deschner wegen Kirchenbeschimpfung in Nürnberg vor Gericht - es kam zum Vergleich, das Verfahren wurde eingestellt. Deschner wurde nicht verurteilt - und auch nicht demotiviert. Vielmehr beschloß er, ein Buch allein über die Verbrechen, die von Kirchenvertretern oder im Namen der Kirche verübt wurden, zu schreiben.
"Ich möchte das Werk zu einer der größten Anklagen machen, die je ein Mensch gegen die Geschichte des Menschen erhoben hat", beschrieb er im Exposé für *Rowohlt* seinen Anspruch. Es wurden anstelle des einen, eher kurzen Buches, das ursprünglich geplant war, insgesamt fast 5.900 Seiten und etwa 100.000 Quellenangaben, verteilt auf zehn Bände, von denen der erste 1986 veröffentlicht wurde: Die "Kriminalgeschichte des Christentums".
Im Frühjahr 2013 ist der zehnte Band erschienen, er gilt offiziell als Abschluß des "längsten Krimis der Welt", wie Hermann Gieselbusch es formulierte. Und schon lange sind Deschners Kritiker nur noch leise zu hören. Denn seine Quellen - auch wenn es sich häufig "nur" um Sekundärquellen handelt und manches durchaus auch angezweifelt werden darf, sind zum großen Teil doch zu solide, die Belege zu zahlreich und meist zu gut, um ihn nicht ernst nehmen zu müssen.

Der Unrat in der Heilsgeschichte

Auch etliche Theologen und Historiker waren und sind beeindruckt von Deschners Akribie. Und warum eigentlich, fragte unlängst der katholische Theologe Bernhard Lang in der *FAZ*, gilt es in akademischen Kreisen als unfein, Deschners Namen zu nennen? Deschner wende sich schließlich nicht "an Historiker, sondern an Leser, denen die Geschichte des Christentums als eine von Unrat freie Heilsgeschichte vermittelt worden ist".
Selbst wenn also der Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit nicht ganz unberechtigt sein mag: Deschner richtete ein Flutlicht in die finstersten Abgründe der Geschichte der Christenheit - in jene Abgründe, um die die Gläubigen und Religionsführer lieber einen großen Bogen schlagen.
Genau deshalb geht auch der Vorwurf der Einseitigkeit ins Leere. Deschner hat Verbrechen und Lügen, die im Namen der christlichen Religion verübt wurden, zusammengetragen, über die sonst weitgehend geschwiegen wurde. "Wer andere Seiten sehen will, lese andere Bücher", prochristliche Literatur gebe es wie Sand am Meer, schrieb Deschner selbst bereits in der Einleitung zur "Kriminalgeschichte".
Und so sammelt er, was es zu finden gab, nicht nur über Bekanntes wie die Aufrufe zu den Kreuzzügen, die Inquisition und Hexenverbrennungen oder die Rolle der Kirche beim Massenmord an den indigenen Völkern Süd- und Mittelamerikas. Man erfährt auch vieles, was der Allgemeinheit zuvor kaum bekannt oder bewußt war.
Deschner erinnerte an die Ermordung angeblicher Ketzer, an die Pogrome an den Juden in Europa und an die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen zwei oder sogar drei (Gegen-)Päpsten im 14. und 15. Jahrhundert.
Er erinnerte an die Angriffe der christlichen Deutschordensritter auf die eigentlich schon christianisierten Slawen in Mittel- und Osteuropa und an die Weigerung des Vatikans, den Westfälischen Frieden anzuerkennen, der den Dreißigjährigen Krieg beendete. An die blutige Verfolgungen derjenigen ohne den rechten Glauben, die etwa unter Prinz Eugen von Savoyen - dem "Bewahrer der Christenheit" - stattfanden. Oder an die Seite Martin Luthers, an die Protestanten nicht so gern denken: Seine Aufrufe zum Niederbrennen von jüdischen Synagogen und zum Kampf gegen die aufständischen Bauern.
Doch mit dem zehnten Band der Reihe konnte Deschner die Kriminalgeschichte nicht wirklich abschließen. Das Buch handelt vom 18. Jahrhundert und liefert einen "Ausblick auf die

Folgezeit". Mehr Bücher zur Kirche wird es von Deschner nicht geben. Der 89-Jährige kann sich die weitere anstrengende Arbeit nicht mehr zumuten, genau wie sein zeitweilig größter Gegner, Kardinal Josef Ratzinger, der als Papst Benedikt XVI. zurückgetreten ist. Es gibt also eine große Lücke zwischen dem zehnten Band der "Kriminalgeschichte" und der Gegenwart.
Aber: Diese Lücke läßt sich mit einem Buch schließen, das ebenfalls von Deschner stammt: "Die Politik der Päpste".
Ursprünglich war das Werk bereits 1982/83 in zwei Bänden erschienen als: "Ein Jahrhundert Heilsgeschichte. Die Politik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege".
Nun steht es in einer aktualisierten Fassung zur Verfügung. Es ist gewissermaßen der inoffizielle elfte Band der "Kriminalgeschichte des Christentums". Hier stellt Deschner ausführlich die Versuche der Päpste Pius XI. und Pius XII. dar, so mit dem Faschismus in Europa umzugehen, daß die katholische Kirche möglichst wenig Schäden davontrug.
So wurden die Diktatoren Hitler, Mussolini und Franco lange Zeit wo nicht gar hofiert, so doch immer wieder mit Wohlwollen bedacht und kaum kritisiert. Immerhin wurde der Faschismus vom Vatikan als Bollwerk gegen den atheistischen Kommunismus betrachtet und von vielen Kirchenvertretern ganz klar begrüßt - obwohl in Deutschland schließlich etliche Priester Opfer der Nazis wurden.
Bis zu Johannes Paul II. hat Deschner seine Kritik noch zusammengetragen. Dann aber war Schluß. Zum neuen Papst Franziskus immerhin konnte er noch einen Kommentar abgeben: "Gewiß wird jeder Papst seine Rolle etwas anders spielen, aber jeder Papst spielt dieselbe Rolle - und einstweilen spielt die Welt auch noch mit."

Die jüngste Entwicklung beschreibt ein anderer

Beachtenswert ist das Buch nicht nur, weil es Deschners Lebenswerk abschließt. Da Deschner nicht mehr in der Lage war, selbst noch die Politik der Päpste Johannes Paul II. und Benedikt XVI. abschließend darzustellen, hat er Michael Schmidt-Salomon gebeten, dies zu tun. Der Philosoph und ebenfalls bekannte Kirchenkritiker hat dem Vorbild Deschners folgend deren Politik äußerst kritisch unter die Lupe genommen. Im Nachwort des Buches geht Schmidt-Salomon vor allem auf ihre Strategie ein, den jüngeren Entwicklungen in den modernen Gesellschaften in ihrem Sinne zu begegnen.
So hat er etwa die Bemühungen Ratzingers untersucht, auf die Erkenntnisse der Wissenschaft zur Evolution und Entstehung des Menschen zu reagieren. Solche Analysen, nach denen man in der Literatur und den Medien sonst sehr mühsam suchen muß, führen ihn zu dem Schluß: "Wenn er gekonnt hätte, wie er wollte, hätte der deutsche Papst das Rad der Geschichte so weit zurückgedreht, daß von den Errungenschaften der Moderne nur noch wenig übrig geblieben wäre."
Schmidt-Salomons Nachwort führt Deschners Werk zwar inhaltlich zum endgültigen Abschluß. Aber er hat darauf verzichtet, sich auch an Deschners Sprache zu orientieren. Das ist gut so. Denn die Ausdruckskraft Deschners ist dort, wo er kommentiert, eine ganz eigene Sache.
"Wo sonst gibt es diese atemverschlagende Mischung von Wolfsgeheul und Friedensschalmei, Weihnachtsbotschaft und Scheiterhaufen, von Heiligenlegende und Henkersgeschichte! Wo sonst dies allumfassende Liebespalaver und den praktisch alles verschlingenden Haß! Wo sonst eine Religion, die aus Liebe tötet, aus Liebe foltert, aus Liebe raubt, erpreßt, entehrt, verteufelt und verdammt!", faßte er die Kirchengeschichte im zehnten Band der "Kriminalgeschichte" zusammen.
"Ja, es muß ein eigentümliches Vergnügen sein, von Jahrhundert zu Jahrhundert im Blut der Menschen zu schwimmen und Halleluja zu rufen! Es muß ein eigentümliches Vergnügen sein, fast zwei Jahrtausende hindurch zu lügen, zu fälschen und zu täuschen."
Bei aller Kritik, die sich an Deschner üben läßt: Seine Bücher sind für alle, die sich für die

Kirche interessieren, für Gläubige genauso wie für Atheisten, ein wichtiges Hilfsmittel, um sich ein Bild zu machen. Man muß Deschner und Schmidt-Salomon nicht in allem folgen, man kann ihnen sogar einmal mehr Einseitigkeit vorwerfen. Aber wo die Fakten für sich sprechen, sollten sie zur Kenntnis genommen werden.
Karlheinz Deschner: Die Politik der Päpste - Vom Niedergang kurialer Macht im 19. Jahrhundert bis zu ihrem Wiedererstarken im Zeitalter der Weltkriege. Alibri Verlag. Mit einem Nachwort von Michael Schmidt-Salomon. 1.231 Seiten …
Karlheinz Deschner: Kriminalgeschichte des Christentums. Band 10. Rowohlt. 320 Seiten …<<

05.01.1989

UdSSR: In der Zeitung "Moskauer Nachrichten" berichtet ein sowjetischer Wissenschaftler am 5. Januar 1989 über die Entdeckung von Massengräbern im Gebiet bei Minsk (x075/91): >>Nicht weit von Minsk entfernt taucht jener furchtbare Ort auf – ungefähr 10-15 ha groß -, der seit jeher Brod oder Kuropaty heißt. Ein Ort der Massenhinrichtungen, ein Schlachthof, der von 1937 bis zum Beginn des Krieges 1941 in Betrieb war. ... Es gab noch weitere Schlachthöfe dieser Art im Umkreis der großen belorussischen Städte. Aufgrund von Augenzeugenberichten konnten allein in Minsk und Umgebung 5 Orte ausgemacht werden, die zu Stalins Zeiten zur Vernichtung von Männern und Frauen dienten. ...
Die Hinrichtungen fanden täglich nach dem Mittagessen, am Abend und die ganze Nacht hindurch statt. Die Todeskandidaten wurden in Planwagen transportiert, gruppenweise erschossen und dann in tiefe Gräben geworfen. Die Mörder trugen die Uniformen des NKWD. Nach der Hinrichtung einer Gruppe wurden die Leichen mit ein wenig Erde bedeckt, dann kam die nächste Gruppe an die Reihe, bis die Grube randvoll war. ...
Geht man von 200 Leichen je Grab aus und multipliziert diese Zahl mit den 510 gegenwärtig bekannten Grabstätten, dann kommt man auf 102.000 Menschen. Die tatsächliche Anzahl der Opfer muß aber weit darüber liegen. ...<<

13.01.1989

BRD: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 13. Januar 1989 über den neuen "Bundesadler": >>... Ein scharfer Senkrechtstarter, ein tollkühner Tieflieger ist dieser Vogel nicht. ... Dieser kleine dicke Adler – schon (eine) flüchtigste anatomische Expertise würde völlige Flugunfähigkeit bescheinigen –, dieser rheinische Spätling der uralten Reichsadlersippe kann, so wird wohl mancher heimlich denken, doch unmöglich deutsche Weltgeltung verkörpern, das Land mächtigster Großkonzerne, das Land Helmut Kohls und Hans-Dietrich Genschers, das Land Steffi Grafs und Ute Lempers!
Und muß den Parlamentarier, der doch stets vor Augen haben sollte, im Interesse welch gewaltiger Nation er da seine Stimme erhebt und abgibt, muß ihn ob des Anblicks dieses so durch und durch unheraldischen Tieres nicht tiefer Unmut, stille Mutlosigkeit ergreifen? ...
So ein Staatstier brauchen wir, so ein kleines dickes. So eine Kreuzung aus Habicht und Truthahn ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über den neuen "Bundesadler" (x268/227): >>Über den großen Bundesadler im Plenarsaal des Parlaments spottete man schon in Bonn. Von einer fetten Henne sprachen Politiker, und Ornithologen zweifelten, ob der fast runde Vogel überhaupt flugfähig sei. Aber genau dieses Monstrum sollte nach dem Willen des Bundestagspräsidenten in leicht vergrößerter Kopie auch den Reichstag schmücken.
Wörtlich lobte Thierse, das Objekt wirke "jedenfalls so unaggressiv und friedlich, wie ein Adler nur sein kann". Er sei damit ein Symbol für den politischen Konsens der Bundesrepublik. Während viele Länder dieser Welt den Adler im Wappen führen, weil er Stolz und Würde verkörpert, begnügt sich Berlin mit einer Karikatur, die das genaue Gegenteil ausdrückt. ...<<

20.01.1989

USA: George Bush (Parteimitglied der "Republikaner") wird am 20. Januar 1989 als 41. Präsident der USA vereidigt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über US-Präsident George Bush (x068/366-368): >>... Muß man George Bush noch charakterisieren? Ihn, der Reagans persönliches Theater acht Jahre lang als Vizeregisseur mitveranstaltet hat? Einen Mann, dem noch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Menschen mit dunkler Haut als eine Zumutung erscheinen? Der noch 1964 bei der Senatswahl in Texas dafür eintritt, Schwarze von öffentlichen Einrichtungen der Weißen auszuschließen, von ihren Hotels, Restaurants, Theatern etc.? Der als Vizepräsident der Vereinigten Staaten eine Geldstrafe für Steuerhinterziehung erhält?

Das alles zeigt doch nur, daß er ein "regular guy" ist, ein ganz gewöhnlicher sogar, auch wenn er - mit einem "Ethikberater" - den Präsidentenstuhl drückt nach einer Wahl, die rund 700 Millionen Dollar verschlang. Und unter den 60 Personen, die danach ins Außenministerium zogen, befanden sich 47, die Bushs Wahl finanziert hatten, aber von Außenpolitik nichts verstanden, manchmal gar nicht daran interessiert waren, wie die Grundstücksmaklerin Della Newman, die Botschafterin in Neuseeland wurde, doch sogar zugab, nicht einmal den Namen des neuseeländischen Ministerpräsidenten zu kennen.

Seit mehr als eineinhalb Jahrhunderten kauft man sich in den USA in die Politik ein, seit Einführung des "spoilssystem" (Beutesystem), der Protektion für Parteizwecke, durch Präsident Jackson, den Indianerkiller 1829. Die Posten von Ministern oder Botschaftern können hier bis heute durch Geld eingenommen werden. Warum nicht? Hauptsache es ist da. Und es ist da, sehr sogar, immer mehr. Aber bei wem?

Gerade während der Regierung Bush/Reagan, während der achtziger Jahre wurden die ärmsten Amerikaner noch ärmer, ein Zehntel verlor noch 10 %, die Millionäre aber verdienten 2.184 % mehr.

Und allein in den letzten Jahren, in der Zeit, als der Reagan-"Boom" nahtlos in das Bush-Desaster überging, zwischen 1986 und 1989, da machten immerhin 630 US-Banken bankrott, andere schleppten sich so hin, an sich ja alles nichts Neues in dieser Geschichte. Aber der Schaden, den diese Banken bei Bushs Antritt angerichtet, belief sich auf 285 Milliarden Dollar. Bankexperte Edwin J. Gray sprach damals von "der verbreitetsten und rücksichtslosesten Ära des Betruges in der Geschichte des amerikanischen Bankwesens".

Kein Grund indes zur Erregung. Solche Summen schreibt man da doch Jahr für Jahr in den Schornstein. Denn Jahr für Jahr gehen der amerikanischen Nation durch Korruption im US-Geschäftsleben 200 Milliarden Dollar verloren. Und diese Expertenschätzung ist nach anderen Experten noch weit untertrieben. Übereinstimmung besteht nur darin, daß im "militärisch-industriellen Komplex" die Gaunerei am größten ist. Daß zwei Drittel der 500 größten Unternehmer wegen wiederholter Verbrechen vorbestraft sind. Und wer legte schon für das restliche Drittel seine Hand ins Feuer!

Die Korruption ist allgemein in den Staaten und grassiert wie die Pest. Sie entziehe sich praktisch jeder Kontrolle, erklärt Soziologe Joseph Bensman von der New Yorker "City University". "Füchse sind damit beschäftigt, die Hühner zu bewachen."

Spät genug, wahrlich, breitet sich - übrigens auch bei uns, den Amerikanisierten - eine große Politikverdrossenheit aus. 1990 versagten sich bei den Bundeswahlen zwei Drittel der stimmberechtigten US-Bevölkerung dem Volksentscheid. Und genau ebenso viel, 66 %, halten nach einer Umfrage damals die Politiker für korrupt.

"Füchse sind damit beschäftigt, die Hühner zu bewachen ..."

Kurz nach dem Bankenkrach bekannte Bush, "stolz auf den Kapitalismus" zu sein, denn: "Der Kapitalismus ist der Stolz der Welt". Und so bietet er ihn "aller Welt als Beispiel an".

Just in jenem Jahr, da Bush sein Kapitalismus-Bekenntnis ablegte, betrugen die Schulden der US-Unternehmen 1.800.000.000.000 Dollar. Dabei hatten sie sich allein unter Reagan/Bush mindestens verdoppelt.
Der Staat selbst stand dahinter natürlich nicht zurück. Im Gegenteil. Und derselbe Staat, der nach dem Zweiten Weltkrieg der reichste der Welt war, war während der goldenen Ära Reagan/Bush bereits der größte Schuldner der Welt. Seine Passiva beliefen sich im April 1989 auf 2.775.874.961.565 Dollar und stiegen von Tag zu Tag um 722 Millionen Dollar an. 1991 hatte er bereits weit über drei Billionen Dollar Verbindlichkeiten, 1993, schätzt man, werden die Staatsschulden die vier Billionen Grenze überschreiten, sodaß die Regierung jährlich allein zum Begleichen der Zins-Schuld 300 Milliarden Dollar aufbringen muß.
Die Schulden der US-Bürger beliefen sich im September 1990 auf 3.214.512.688.472 Dollar.
Ja, viele Gründe, um stolz auf den Kapitalismus zu sein - und auf die Füchse, die die Hühner bewachen ...
Während Bush regiert, gibt es in den Vereinigten Staaten von Amerika 30 bis 40 Millionen Analphabeten; gibt es mehr Obdachlose als dort zuvor in Jahrzehnten; hat die stolze Nation mehr Arme als ganz Spanien Einwohner. Während Bush regiert, wird in den Vereinigten Staaten mehr Rauschgift verbraucht als irgendwo sonst auf Erden; sitzen vergleichsweise mehr Menschen hinter Gittern als in jedem Staat, der darüber Statistiken bietet; sind die USA alles in allem mit über zehn Billionen Dollar höher verschuldet als jedes andere Land der Welt. ...<<

26.02.1989

BRD: Das katholische Informationsportal "kath-info" veröffentlicht am 26. Februar 1989 folgende Predigt des deutschen Theologen Prof. Dr. Georg May (x921/…): >>**Falschlehrer der Kirche**

Erste Predigt

Von Prof. Dr. Georg May

Die Kirchen werden immer leerer. So stellen alle eifrigen, gläubigen Christen immer wieder besorgt fest. Die Kirchen werden immer leerer. Und so ist es tatsächlich. Seit etwa 25 Jahren, ziemlich uhrzeitlich gleich mit dem II. Vatikanischen Konzil, hat der Auszug aus dem Gottesdienst begonnen.
Welches sind die Ursachen dieses Auszugs? Die einen sagen: Ja, die Menschen sind halt bequem. Die Menschen sind bequem, das ist keine Frage, aber warum sind sie gerade bequem im Gottesdienst?
Sie sind doch sonst nicht bequem. Wenn es um die Urlaubsfahrt geht, da sitzen sie zehn Stunden am Steuer, und das ist keine Bequemlichkeit. Oder wenn sie ein Haus bauen, da wird wochen-, monatelang Abend für Abend geschafft mit ungeheurer Intensität. Warum ist man also bequem in Bezug auf den Besuch des Gottesdienstes? Die Antwort kann nur lauten: Man ist da bequem, woran einem nichts liegt. Und warum liegt einem nichts am Gottesdienst? Weil man keinen Glauben hat, weil der Glaube an den Wert des Gottesdienstes, an die Nützlichkeit und an die Notwendigkeit des Gottesdienstes verloren gegangen ist.
Andere sagen: Der Wohlstand ist schuld. Ich bezweifle diese Auskunft. Sind denn diejenigen, die nicht im Wohlstand liegen, eifrige Kirchgänger? Und gibt es nicht auch Leute, die im Wohlstand leben und jeden Tag die heilige Messe besuchen? Ich kenne wunderbare Persönlichkeiten, Persönlichkeiten fürstlichen Geblütes, die täglich am Meßopfer teilnehmen, die immer schon im Wohlstand lebten, aber der Wohlstand hat sie nicht gehindert, eifrig den Gottesdienst zu besuchen. Nein, der Wohlstand allein vertreibt die Leute nicht aus dem Gottesdienst, sondern der Mangel an Glauben, der die Wertschätzung des Meßopfers lehrt.
Wieder andere verweisen auf das Fernsehen oder auf die Presse; und tatsächlich, da ist vieles im Argen. Die meisten Sendungen, die meisten Artikel, die sich mit Religion beschäftigen,

sind kritisch gegen die Kirche, überkritisch, legen eine Sonde an die Menschen in der Kirche an, die sie sonst nicht anlegen, weder an die Parteien noch an die Gewerkschaften. Keine Frage, daß die Freudigkeit des Glaubens durch das Fernsehen und durch die Presse gewaltig gemindert wird. Das ist gar keine Frage.
Aber was tun die Menschen der Kirche gegen die Verunglimpfungen ihres Glaubens? Was tun vor allem die vielen Theologen? Gewiß gibt es auch heute Theologen, die sich vor die Kirche stellen, sie verteidigen und die gegen sie gerichteten Schläge abwehren. Aber nicht wenige von ihnen helfen mit, die Kirche herabzuziehen. Es gibt ihrer viele, die der Kirchen den Eselstritt geben.
Ich will heute von einer Angelegenheit sprechen, die nach meiner Meinung hauptursächlich für den Auszug aus dem Gottesdienst und der Kirche vor allem bei der jüngeren Generation ist. Das ist die Zerstörung des Glaubens durch die eigenen Theologen. Ich erwähne an erster Stelle deren Umgang mit dem geschriebenen Wort Gottes.
Das II. Vatikanische Konzil hat bezüglich der Heiligen Schrift gelehrt: Die Bibel lehrt sicher, gewiß, ohne Irrtum die Wahrheit, die Gott um unseres Heiles willen aufgeschrieben wissen wollte, hat also an der Inspiration und an der Irrtumslosigkeit der Heiligen Schrift nichts geändert. Von den Evangelien sagt das II. Vatikanische Konzil, daß die Väter des Konzils an der Geschichtlichkeit der Evangelien festhalten. Die Evangelien überliefern zuverlässig das, was Jesus gewirkt und getan hat, als er unter den Menschen lebte.
Diesen Aussagen, die nichts anderes sind als die immerwährende Lehre der Kirche, steht aber ein Verhalten vieler Theologen gegenüber, das dazu einen vollendeten Gegensatz bildet. Wenn Sie heute moderne Bücher über die Heilige Schrift lesen, da finden Sie darin oft die Rede von Geschichten, von Erzählungen. Geschichten sind keine Geschichte, Geschichten sind Legenden, Märchen, Sagen und Mythen. Erzählungen sind erfundene Wortzusammenhänge und Wortkomplexe.
Nach diesen Theologen hat Jesus die Worte, die ihm in der Heiligen Schrift zugeschrieben werden, niemals gesprochen, hat er die Taten, von denen die Evangelien künden, niemals getan, sind viele Ereignisse der Evangelien (und gerade die wichtigsten) niemals geschehen, sondern diese Worte sind ihm von seinen Verehrern zugeschrieben worden, diese Taten hat man ihm - natürlich, ohne daß sie passiert sind - angedichtet.
Die Heilige Schrift, so sagen diese Herren und Damen, wolle von der Bedeutsamkeit Jesu reden, sie sei aktuelle Anrede. Die Evangelisten und überhaupt der Männer des Neuen Testamentes hätten ihren Glauben an Jesus in Geschichten umgesetzt, ohne daß ein historisches Fundament diesen Glauben stützt.
Das wird gelehrt von Dutzenden katholischer Theologen! Die Erstbetroffenen sind natürlich die Theologiestudenten, also die künftigen Religionslehrer und Priester. Sie werden hier systematisch ihres Glaubens beraubt. Von diesen Religionslehrern und Priestern geht diese Entleerung des christlichen Glaubens weiter an die Predigtzuhörer, an die Schüler in der Schule. Sie brauchen sich nicht zu wundern, wenn Ihre Kinder allmählich den Glauben verlieren, und das äußere Zeugnis für den Glaubensverlust ist das Fernbleiben vom Gottesdienst. Wer den Aufstellungen der genannten Theologen folgt, wird sich fragen: Wozu soll ich hingehen an einen Stätte, wo mir Märchen erzählt werden, Propagandamärchen, die von den Evangelisten erfunden sind, um Jesus künstlich hoch zu stilisieren?
Meine lieben Freunde, über die Gefahr, die sich hier erhebt, können Sie sich kein adäquates Bild machen, weil Sie die entsprechende Kenntnis der Literatur nicht besitzen. Aber daran ist kein Zweifel: Was sich hier erhebt, ist eine tödliche Gefahr für unsere Kirche! Wenn diese Positionen das letzte Wort behalten, ist das Ende unserer Kirche gekommen. Natürlich wird sie sich in kleinen Resten, wie hoffentlich in uns, die wir hier versammelt sind, erhalten, aber das Gros wird unweigerlich dieser Kirche entfremdet werden und sich vielleicht zu protestan-

tischen Denominationen begeben, wo man ja immer schon derartige Thesen vertreten hat, oder wir gar in die Glaubenslosigkeit abwandern.
Was ist zu diesen Wahnsinnsthesen zu sagen? Zunächst einmal: Hier wird eine private Auslegung der Heiligen Schrift gegen die amtliche gestellt. Hier wird nicht etwa die Bibel gegen die Lehre der Kirche ausgespielt, sondern private gegen amtliche Auslegung. Dieser Vorgang ist uns bekannt, z.B. aus dem 16. Jahrhundert. Da trat auch ein Mann auf, der seine private Auslegung gegen die amtliche stellte, und in Worms hat Kaiser Karl V., dieser gläubige Mann, gesagt: "Ein einfacher Mönch, geleitet von seinem privaten Urteil, hat sich erhoben gegen die Lehre, die alle Christen seit tausend Jahren bewahrten, und sagt dreist, sie hätten sich geirrt." So Karl V. über diesen Mönch in Worms.
Diese Anmaßung, mit dem privaten Urteil das Urteil der gottgeleiteten, vom Heiligen Geist belebten Kirche zu ersetzen, richtet sich selbst. Es sind im Laufe der Jahrhunderte immer wieder solche Falschlehrer aufgestanden. Das ist schon im Neuen Testament bezeugt. Der heilige Apostel Paulus sagt zu den Bischöfen von Kleinasien: "Aus eurer eigenen Mitte werden sich Männer erheben, welche verdrehtes Zeug reden, um die Jünger in ihre Gefolgschaft zu ziehen." Wahrhaftig, dieses Wort ist heute in ungeahnter Weise in Erfüllung gegangen. Es erheben sich Männer - und neuerdings auch Frauen -, die verdrehtes Zeug reden, um die Jünger in ihre Gefolgschaft zu ziehen.
Diese Falschlehrer sagen, es komme nur auf die Bedeutsamkeit der Texte an, daß sie im Menschen eine Antwort finden. Sie sind "aktuelle Anrede", daß die Menschen eben sich bewegen lassen, das Gute zu tun. Tja, meine lieben Freunde, wie soll denn in der Religion etwas bedeutsam sein, dem die göttliche Beglaubigung fehlt?
Wieso sollen denn diese Worte bedeutsam sein, wenn hinter ihnen nicht Tatsachen stehen? Wozu soll ich denn reden von Menschwerdung, Jungfrauengeburt, Wundern, Erlösungstod, Auferstehung, Himmelfahrt, wenn das alles nicht passiert ist? Das ist doch offenkundiger Unsinn, etwas bedeutsam zu nennen, was sich enthusiastische Jünger aus den Fingern gesogen haben. Die christlichen Wahrheiten sind doch nur deswegen bedeutsam, weil das, was sie künden, in Wirklichkeit geschehen ist. Die Berichte des Neuen Testaments über die Machttaten unseres Herrn sind doch keine erfundenen Geschichten für irgendwelche Bedeutsamkeiten, Ideen, Gedanken, Entwürfe.
Die Apostel und die Verfasser des Neuen Testaments wußten sehr genau zu unterscheiden zwischen Tatsachen und Märchen, zwischen Geschichte und Legende. An mehreren Stellen wird das deutlich.
Zum Beispiel schreibt der heilige Evangelist Lukas am Anfang seines Evangeliums: "Ich habe allen Ereignissen sorgfältig nachgeforscht und sie für dich wohlgeordnet aufgeschrieben, damit du darauf sie Zuverlässigkeit der Erzählungen erkennst."
Die Zuverlässigkeit! Sie hängt also davon ab, daß das, was da berichtet wird, geschehen ist; nicht, daß es gut erfunden ist, sondern daß es geschehen ist. Oder um eine andere Stelle zu zitieren im zweiten Petrusbrief: "Denn wir haben euch nicht als Anhänger ausgeklügelter Fabeln die Macht und die Ankunft unseres Herrn Jesus Christus kundgemacht, sondern weil wir Augenzeugen seiner Größe waren."
Augenzeugen! Nicht Dichter, nicht Phantasten, nicht Erfinder von Märchen. Oder um noch eine letzte Stelle zu zitieren im ersten Johannesbrief: "Jeder Geist, der bekennt, daß Jesus Christus im Fleisch gekommen ist, ist aus Gott. Und jeder Geist, der Jesus nicht bekennt, ist nicht aus Gott." Hier geht es also um die geschichtliche Realität dessen, was da von den Evangelisten und überhaupt von den Jüngern Jesu berichtet und weitergetragen wird.
Einer von diesen Falschlehrern sagt: Es geht hier nur um Bekenntnisformeln, aber nicht um Sachinformation. Ja, meine lieben Freunde, wie soll ich etwas bekennen, was gar keinen Inhalt hat? Wie soll ich mich zu Jesus bekennen, meinetwegen zu seiner Menschwerdung, wenn

diese Menschwerdung niemals geschehen ist, wenn Maria geboren hat wie jede andere Mutter auch und nicht den Logos, den menschgewordenen Logos, die zweite Person in Gott, zur Welt gebracht hat?
Ich kann nur bekennen, was eine geschichtliche Tatsache hinter sich hat. Ich kann nur einen Glauben nach außen kundtun - das heißt ja bekennen -, wo eine Sachinformation damit verbunden ist. Bekenntnis und Information schließen sich nicht aus. Was ich bekenne, das muß auch stimmen.
Man rühmt bei diesen Falschlehrern die Theologie der Evangelisten und der anderen Verfasser des Neuen Testamentes. Man meint, daß sie große Theologen seien. Doch groß sind sie nicht als Romanschriftsteller, sondern als Zeugen. Sie haben ihre Aussagen über Jesus nicht erfunden, sondern aus der Persönlichkeit Jesu abgelesen. Das Geschehen um Jesus hatte seine metaphysische Tiefe. Was da passiert ist, war nicht nur ein äußeres Geschehen, sonder war von einer himmlischen Macht und Kraft erfüllt. Und eben diese Macht und Kraft haben die Evangelisten erkannt und abgelesen aus diesem Geschehen.
Meine lieben Freunde, hier geht es um Sein oder Nichtsein des Christentums. Hier geht es um Sein oder Nichtsein unserer Kirche. Sie müssen sich darüber im klaren sein, daß die Realität der Worte und Taten Jesu keine Nebensächlichkeit ist, sondern daß hier entschieden wird über die Zukunft unseres Glaubens und unserer Kirche, auch über die Zukunft des Glaubens Ihrer Kinder und Kindeskinder. Wenn hier nicht Remedur (Abhilfe) geschaffen wird, ist das Ende des Christentums gekommen.
Ein ehrlicher Mann wie der Herausgeber des SPIEGEL, Rudolf Augstein, hat den Satz geschrieben: "Die Theologen wissen sehr genau, daß das Christentum ein unhaltbarer Irrtum ist, aber sie geben es nicht zu." Augstein hat ganz recht. Von den Theologen, die ich hier im Auge habe, gilt das tatsächlich. Ich kann ihm nur zustimmen, wenn er aus der Lektüre der modernistischen Bücher diesen Schluß zieht.
Ein evangelischer Theologe, Ulrich Wilkens, hat diese Verwirrung bemerkt. Der Eindruck, den die Lektüre moderner exegetischer Literatur auf die Theologiestudenten macht, ist oft so, sagt er, daß sie verwirrt sind.
"Verwirrt" ist ein harmloses Wort; sie sind durcheinander. Ich stehe seit über 30 Jahren in der Theologenerziehung, meine lieben Freunde. Ich kann Ihnen nur sagen: Wer mit gläubigem Sinn an die theologischen Fakultäten kommt, der verläßt sie oft als blasierter Skeptiker. Selten, ganz selten, wird jemandem in seinem Studium der Glaube wirklich aufgebaut. Häufig ist das Gegenteil der Fall. Das sind die Tatsachen, und sie muß man zur Kenntnis nehmen.
Was können Sie, meine lieben Freunde, tun? Sie können sich bemühen, durch eigenes Studium zuverlässiger Werke, die natürlich meistens älteren Datums sind, ein genügendes Wissen zu erwerben, um damit Einwenden zu begegnen. Ich selbst habe ein Buch geschrieben "Der Glaube in der nachkonziliaren Kirche", in dem ich auf diese und ähnliche Erscheinungen eingegangen bin, aber das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.
Es müßte in einem großen Umfang eine Schar von gläubigen Theologen gesammelt werden, die sich diese Irrlehren vornähmen und ihre Widerlegung sieghaft und überzeugend vortrügen. Solange das nicht geschieht, müssen Sie mit den unvollkommenen Mitteln, die Ihnen zur Verfügung stehen, sich bemühen, in sich selbst den Glauben zu erhalten und Ihren Angehörigen die Zweifel zu zerstreuen. "Ich weiß, wem ich geglaubt habe", sagt der Apostel Paulus.
In der Tat: Das Treiben der Falschlehrer hat keine Verheißung. Es ist ein Wölkchen am Horizont, und das wird vorübergehen. Eines Tages wird das Kartenhaus dieser Irrlehren zusammenbrechen. Aber bis dahin gilt es sich zu wappnen gegen die Versuchungen, die von ihnen ausgehen. Halten wir uns an das, was die Kirche immer gelehrt hat. Ihr ist die Heilige Schrift anvertraut. Sie ist die Hüterin der Bibel, ja, aus ihr kommt die Bibel; es sind Männer der Kirche, die sie geschrieben haben. Und ihr obliegt, deswegen auch die Auslegung der Bibel, die

amtliche und erforderlichenfalls die unfehlbare Auslegung, und diesem Wort der Kirche wollen wir trauen und uns nicht irre machen lassen.
Amen.<<

05.03.1989

BRD: Das katholische Informationsportal "kath-info" veröffentlicht am 5. März 1989 folgende Predigt des deutschen Theologen Prof. Dr. Georg May (x921/…): >>**Falschlehrer der Kirche**

Zweite Predigt

Von Prof. Dr. Georg May

Die Falschlehrer erzeugen zwei Christusse, einen, der wirklich gelebt hat, aber über den wenig Sicheres bekannt ist, und einen anderen, der das Produkt einer erregten Phantasie ist, dem man Worte in den Mund legt, die er in Wirklichkeit niemals gesprochen hat, und dem man Taten zuschreibt, die er in Wirklichkeit niemals getan hat.

Ein Mittel, um die Evangelien ihrer Geschichtlichkeit zu entkleiden, besteht darin, daß man sagt, Taten und Worte Jesu seien aus dem Alten Testament "herausgesponnen" worden; die Jünger hätten Jesus für den Messias gehalten; mit dieser Vorgabe hätten sie das Alte Testament gelesen, da seien sie auf Züge gestoßen, die dem Messias zugeschrieben werden, auf Taten, die er einmal tun sollte, also auf Weissagungen über den Messias.

Und da Weissagungen nur eine Beweiskraft haben, wenn sie in Erfüllung gehen, so hätten sie die Weissagungen des Alten Testamentes hergenommen und daraus Geschichten fabriziert, die sie dann Jesus zugeschrieben haben. Über das, was ich Ihnen hier sage, gibt es ganze Bücher, von solchen Falschlehrern geschrieben. Die künstliche Erzeugung von Geschichten aus alttestamentlichen Weissagungen liege vor allem dann vor, wenn es im Neuen Testament heißt: "Das ist geschehen, damit die Schrift erfüllt werde."

Diese Ereignisse sind nach den Falschlehrern nicht wahrhaft geschehen, sondern sie sind erdichtet, und zwar in der Absicht, die Vorstellung zu erwecken: Die Weissagungen haben sich erfüllt. Zum Beispiel die Flucht der heiligen Familie nach Ägypten. Da heißt es im Matthäusevangelium: "Das ist geschehen, damit die Schrift erfüllt werde, das Wort des Propheten: Aus Ägypten habe ich meinen Sohn gerufen." Ein Wort aus dem Propheten Oseas.

Solche erdichteten Geschichten seien aber auch dann anzunehmen, wenn im Neuen Testament Geschichten erzählt werden, die mit Worten und mit dem Sprachgebrauch des Alten Testamentes wiedergegeben werden. Immer dann, wenn das Neue Testament mit Ausdrücken und Wendungen des Alten Testamentes etwas erzählt, dann seien das erfundene Geschichten. Zum Beispiel die Geburt Johannes' des Täufers.

Hier wird berichtet, daß Elisabeth schon betagt und unfruchtbar war; sie hat gebetet, daraufhin hat sie einen Sohn empfangen, und dafür hat sie Gott gedankt. Diese Geschichte - so sagen die Falschlehrer - ist nachgebildet den Geburtsgeschichten von Samuel und Samson im Alten Testament. Da haben nämlich auch Frauen, die kein Kind bekamen, gebetet, und dann wurde ihr Gebet erhört, sie bekamen einen Sohn, Samuel und Samson, und sie haben Gott gedankt.

Meine lieben Freunde, da fragt sich jeder, der nicht von diesen Vorurteilen befangen ist, welche die Falschlehrer haben: Gibt es nicht in der Geschichte fortwährend Parallelen? Gibt es nicht immer wieder Fälle, die sich ähnlich sind? Gibt es nicht zahllose Frauen, die kein Kind bekamen, aber ein Kind wollten und darum gebetet haben, und die dann nach langer Zeit erhört wurden?

Ich lernte in Mainz einmal ein Ehepaar kennen, das bekam eine Tochter nach 17 Jahren Ehe. Nach 17 Jahren Eheleben wurde ihnen die heißersehnte Tochter geschenkt. Und wenn nun die Geschehnisse ähnlich sind, warum soll man sie dann nicht mit ähnlichen Ausdrücken wiedergeben?

Ein anderes Beispiel: Der Prophet Elias hat als seinen Nachfolger den Propheten Elisäus beru-

fen. Elisäus war ein Bauer. Elias kam zu ihm und sagte: "Folge mir! Ich berufe dich zum Propheten nach Gottes Willen." Elisäus war gerade beim Pflügen. Er verließ den Pflug und die Tiere und seinen Hof und folgte dem Elias nach.
Aha, sagen die Falschlehrer, das wiederholt sich im Neuen Testament. Jesus kommt am See Genesareth vorbei, er sieht dort die beiden Jüngerpaare Petrus und Andreas, Jakobus und Johannes; er fordert sie auf, ihm zu folgen. Tatsächlich, sie verlassen die Schiffe, den Fischfang, die Netze und folgen ihm nach. Diese neutestamentlichen Geschichten sind nachgebildet, so sagen die Falschlehrer, dieser alttestamentlichen Berufungsgeschichte. Ist es wirklich so?
Meine lieben Freunde, wenn jemand berufen wird, dann vollzieht sich doch immer dasselbe. Es kommt derjenige, der ihn beruft, sei es Gott, sei es ein Mensch, er fordert den Berufenen auf, seinen bisherigen Beruf aufzugeben und seiner neuen Berufung zu folgen. Nicht alle folgen dem Ruf. Das Neue Testament weiß von vielen Berufungen zu berichten, wo die Berufenen nicht folgen.
Einmal sagt Jesus zu einem Manne: "Folge mir nach!" Er antwortete: "Ach, laß mich zuvor noch meinen Vater beerdigen!" "Laß die Toten ihre Toten begraben!" sagt der Heiland. Also nicht alle Berufenen folgen der Berufung. Aber wenn sie folgen, dann verlassen sie eben ihren Beruf, ihr Haus, ihren Besitz und folgen ihm nach.
Das geschieht heute noch. Ein solcher Berufener ist z.B. der Erzbischof Dyba. Er war ja zunächst Jurist. Er hat seinen Beruf verlassen und ist dem Herrn nachgefolgt. Ja, das ist eben immer dasselbe. Da kann man doch nicht sagen, weil das einmal in der Weise passiert ist wie im Alten Testament, ist es aus dem Alten Testament herausgesponnnen, ist es erfunden, sondern das sind Parallelen, Vorgänge, die miteinander gar nichts zu tun haben, als daß Berufungsvorgänge regelmäßig in derselben Weise verlaufen.
Ein besonderer Angriffspunkt für die Falschlehrer sind natürlich die Wunder Jesu. Die Wunder, sagt man, sind ebenfalls aus dem Alten Testament herausgesponnen. Jesus hat man sich vorgestellt als den Messias, und deswegen mußte er Wunder tun, ja mußte er noch größere Wunder tun als die Propheten. So hat man ihm Wunder zugeschrieben, die er in Wirklichkeit nie getan hat.
Nun haben die Propheten zweifellos nach dem Zeugnis des Alten Testamentes große Wunder gewirkt. Aber das Merkwürdige ist, daß nicht alle Wunder der Propheten Entsprechungen im Leben Jesu haben, daß Jesus keineswegs immer die Wunder der Propheten überbietet.
Denken Sie an Elias! Was hat er getan auf dem Berge Karmel? Er lud die vierhundert Baalspriester ein, eine Wette mit ihm zu machen. Jeder schlachtete einen Stier, legt ihn auf einen Altar, zündet aber kein Feuer an, sondern wartet, ob Gott Feuer sendet, um den Stier zu verzehren. Die Baalspriester waren einverstanden. Sie machten den Anfang. Sie riefen zu Gott, sie tanzten um den Altar. Der Prophet Elias verspottete sie: Ihr müßt lauter rufen, vielleicht schläft euer Gott! Aber es half alles nichts, es fiel kein Feuer vom Himmel. Dann betete Elias, und es fiel wirklich Feuer vom Himmel und verzehrte das Opfer, das er bereitet hatte. Ein ungeheures Wunder!
Aber wo ist denn im Leben Jesu von einem solchen Wunder die Rede? Wo überbietet er den Propheten Elias? Da gibt es überhaupt keine Parallele im Neuen Testament. Und so ist es mit anderen Dingen. Zum Beispiel wurde im Alten Testament dem Messias zugeschrieben, daß er die Kriegswerkzeuge vernichtet. Wo ist diese Weissagung eingetroffen im Leben Jesu? Nichts davon, daß er die Kriegswerkzeuge vernichtet hat.
Das sind doch Indizien dafür, daß in dem Evangelium nicht Geschichte produziert wird, erfunden wird von den Evangelisten, sondern daß sie schildern, was sie gesehen und gehört haben, und daß sie nach dem Ende des irdischen Lebens Jesu, nach seiner Auferstehung in den Schriften des Alten Testaments geforscht haben, dabei auf Texte gestoßen sind, die ihnen sagten: Ja, das ist im Leben Jesu eingetroffen. Und so haben sie aus den Tatsachen auf Weissa-

gungen geschlossen.
Die Sache steht also genau auf dem Kopf. Nicht aus Weissagungen wurden Geschichten produziert, sondern wie die Geschichte so verlaufen ist, wie die Evangelisten sie schilderten, konnten sie an Weissagungen sich erinnern, die im Alten Testamente gemacht wurden.
… Jesus ist in Jerusalem eingezogen auf einem Esel. Die Jünger haben ihre Kleider ausgebreitet. Das ist das Evangelium vom Palmsonntag. Das ist natürlich erfunden, sagen die Falschlehrer. Woher erfunden?
Erfunden aus dem Alten Testament. Denn bei dem Propheten Zacharias heißt es: "Fürchte dich nicht, Tochter Sion, dein König kommt zu dir. Er sitzt auf dem Füllen einer Eselin." Aha! Weil dort von einer Eselin die Rede ist, ist die ganze Palmsonntagsszene gestellt, Komposition. Ist das wirklich so?
Zunächst einmal ist darauf hinzuweisen, daß das Pferd im ganzen Altertum das Tier des Kriegers ist. Zu Pferde reitet man in den Krieg. Entweder als Reiter oder auch als Wagenkämpfer. Dagegen der Esel ist sanftmütig, der Esel ist friedlich, er ist das Haustier, das häusliche Last-, Arbeits- und Reittier. Wer auf einem Pferde kommt, hat kriegerische Absichten. Wer auf einem Esel sitzt, ist friedlich gesinnt.
Das wußte doch Jesus genauso wie jeder andere, und deswegen hat er sich bei dem Einzug in Jerusalem auf einen Esel gesetzt, weil der Esel ein friedliches, sanftmütiges Tier ist und weil er nicht kam, sein Volk mit Krieg zu überziehen, sondern es von seinen Sünden zu befreien durch seine eigene Sanftmut und Milde.
Außerdem berichten die Evangelisten, daß zur Zeit, als das geschah, die Jünger überhaupt nicht verstanden, was hier vor sich geht. "Das verstanden seine Jünger zuerst nicht," heißt es im Johannesevangelium, nämlich daß hier die Erfüllung einer Weissagung des Alten Testamentes sich vollzieht. Das verstanden seine Jünger zuerst nicht. "Als aber Jesus verherrlicht war, da erinnerten sie sich, daß das über ihn geschrieben stand, und daß sie ihm das getan hatten." Also die Wirklichkeit ist genau umgekehrt: Erst die Tatsache, dann das Aufsuchen der Weissagung.
So ist es auch bei der nachfolgenden Tempelreinigung. Jesus schwingt die Geißel und treibt die Wechsler und Verkäufer aus dem Tempel. Wir alle kennen diese Geschichte. Tja, sagt da der Falschlehrer, das ist aus dem Psalm 69 herausgesponnen. Aus welchem Vers? Was steht in Psalm 69? "Der Eifer für dein Haus verzehrt mich." Das ist glaubwürdig. Wie soll jemand auf den Gedanken kommen, aus diesem Satz "Der Eifer für dein Haus verzehrt mich" einen geißelschwingenden Messias zu erzeugen?
Das ist doch offensichtlicher Unsinn. Wer kann denn zu solchen Ansichten sich verleiten lassen? Dazu gehört schon viel Blindheit, ja, ich meine Verblendung. Nein, weil Jesus so aufgetreten ist wie einer, den der Eifer für sein Haus verzehrt, deswegen kamen die Jünger auf den Gedanken: Das steht eigentlich so im Psalm 69 geschrieben. Weil er die Geißel geschwungen hat, weil er das Haus Gottes reinigen wollte und weil er das mit brennender Leidenschaft getan hat, deswegen erinnerten sie sich an das Wort, das da geschrieben steht: "Der Eifer für dein Haus verzehrt mich."
Die Falschlehrer machen auch vor dem Tode Jesu nicht halt. Nach dem Evangelisten Johannes starb Jesus am Nachmittag des 14. Nisan, also ungefähr, nach unserer Zeitrechnung, den 14. April. Der 14. Nisan war ein besonderer Tag; an ihm wurden die Osterlämmer geschlachtet. Aha, sagen die Falschlehrer, die Evangelisten hatten die Idee, Jesus sei das neue Osterlamm. Deswegen haben sie seinen Tod auf diesen Nachmittag verlegt. Sie haben dieses Datum für ihn erfunden.
Wie armselig, meine lieben Freunde! Woher hatten denn die Jünger, woher hatten denn die Evangelisten die Vorstellung, Jesus sei das Osterlamm? Das erklärt sich doch viel natürlicher daraus, daß er eben am 14. Nisan gekreuzigt wurde und daß man dann auf den Gedanken kam:

Das ist ja die Erfüllung der alttestamentlichen Weissagung: "Ihr sollt an ihm kein Bein zerbrechen!"
Diese Äußerung "Ihr sollt an ihm kein Bein zerbrechen" geht auf das Paschlamm in Ägypten, das die Israeliten vor ihrem Auszug aßen. Da sollten eben die Beine, die Knochen des Osterlammes nicht zerbrochen werden. Und das konnte auf Jesus angewandt werden, weil er eben an diesem Tag gelitten hat, gestorben ist und weil ihm die Knochen nicht wie den beiden Mitgekreuzigten zerbrochen wurden, sondern weil nur die Lanze einen Stoß in seine Seite führte. Also weil es so geschehen ist, deswegen kamen die Jünger auf den Gedanken, im Alten Testament nachzulesen, was dort über den Tod des Messias geschrieben steht, und da fanden sie eine Stelle, die ihnen geeignet schien, diesen Gedanken auszudrücken.
Das alttestamentliche Osterlamm war ein Symbol, das neutestamentliche ist eine Wirklichkeit, eine Wirklichkeit, die Erlösung für die Menschen bewirkt und nicht bloß Erlösung ankündigt.
Schließlich ist es auch so mit der Auferstehung. Ja, sagen die Falschlehrer, da sind die Jünger hergegangen, haben im Alten Testament Stellen gelesen, die von der Auferstehung sprechen, vor allem im Psalm 15. Im Psalm 15 heißt es nämlich: "Mein Herz ist voll Freude und meine Zunge jubelt, ja auch mein Fleisch wird auf Hoffnung gesetzt werden, denn du wirst meine Seele nicht in der Unterwelt lassen, noch wirst du deinem Heiligen die Verwesung zu schauen geben."
Aus diesem Text, so sagen die Falschlehrer, haben die Evangelisten die Auferstehung Jesu herausgesponnen. Das Evangelium schildert die Auferstehung ganz anders. Im Johannesevangelium haben wir einen genauen Bericht, wie sich Petrus und Johannes zum Grabe Jesu begaben.
Sie eilten dahin, als sie von den Frauen die Nachricht erhielten, der Leichnam Jesu sei aus dem Grab entfernt worden. Zuerst kam Johannes, er war ja der Jüngere, dann kam Petrus. Er ging in das Grab hinein und sah die Binden und das Schweißtuch daliegen, das auf seinem Haupte war. Da ging auch der andere Jünger, der zuerst zum Grabe gekommen war, hinein, "er sah und glaubte."
Er sah und glaubte! Er hat sich also nicht an die alttestamentliche Weissagung erinnert, sondern was er hier vorfand, das leere Grab, das hat ihn dazu geführt, zu glauben.
Und um uns klarzumachen, daß der Vorgang tatsächlich so war, schreibt Johannes: "Denn noch hatten sie die Schrift nicht begriffen, daß er von den Toten auferstehen müsse." Noch hatten sie die Schrift nicht begriffen. Erst nachher haben sie dann in der Schrift Hinweise gefunden, daß der Messias nicht vom Tode festgehalten werden kann. Dann waren sie natürlich selig, als sie das vom Alten Testament bestätigt fanden, was sie im Leben Jesu, im Sterben Jesu, im Auferstehen Jesu mit ihm erlebt hatten.
Meine lieben Freunde, das sind Beispiele für das Vorgehen der Falschlehrer, die sich in unseren Büchern, auch in den Schulbüchern finden und die den Glauben unserer Christen zersetzen. Die Falschlehrer haben falsche Voraussetzungen, von denen sie ausgehen, nämlich daß Wunder nicht passieren können und daß Weissagungen nicht möglich sind. Wir wissen aber, daß beides möglich ist, hier zumal die Weissagungen.
Jetzt lese ich Ihnen einen Text vor und sage nicht, von wem er ist: "Sie haben durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler unser heiliges deutsches Vaterland einem der größten Demagogen aller Zeiten ausgeliefert. Ich prophezeie Ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden Sie wegen dieser Handlungen in Ihrem Grabe verfluchen."
Das ist geschrieben im Februar 1933.
Der das schrieb, ist der General Ludendorff, und er schrieb es an den Reichspräsidenten Hindenburg. Ludendorff hat also schon bei der Machtübernahme durch Hitler das ganze kommende Elend vorausgesehen, und niemand kann sagen: Das unselige Wirken Hitlers sei aus

der Weissagung Ludendorffs herausgesponnen. O nein! Dessen sind wir ja nun alle Zeugen, daß das wirklich passiert ist; schmerzhafte Zeugen, nicht wahr, zumal wir Heimatvertriebenen! Und solche Zeugnisse gibt es viele.
Der Philosoph Oswald Spengler schrieb 1936, daß es in zehn Jahren wohl kein deutsches Reich mehr geben wird. 1936! Oder ein anderes Beispiel: Hans Kroll, einer unserer oberschlesischen Landsleute, war Botschafter in Belgrad. Als Stalin starb, sagte er voraus, daß Malenkow sein Nachfolger werden würde. Malenkow wurde sein Nachfolger.
Ja, ich muß Ihnen gestehen, ich habe mich selbst einmal als Prophet betätigt und bin bestätigt worden. Ich hatte einmal einen Kollegen in Mainz an der Universität, der hieß Friedrich Wetter. Ich sagte damals voraus: Das ist der nächste Bischof von Speyer. Wetter wurde der nächste Bischof von Speyer.
Es gibt also erstaunliche Voraussagen, die rein menschlich zu erklären sind. In dem Christusgeschehen ist aber mehr als ein Mensch, hier ist der Gottessohn, der sein Licht vom Vater empfängt …
Lassen Sie sich, meine lieben Freunde, nicht von Falschlehrern irre machen! Lassen Sie sich nicht verblüffen durch zunächst verblüffend wirkende Aufstellungen! Glauben wir den Evangelien, denn darin spricht das Wort der Wahrheit, und was kann wahrer sein? Amen.<<

07.03.1989

Frankreich: Im "Le Monde" erscheint am 7. März 1989 ein Zitat aus der "Prawda" (x075/-230): >>Ja, das schmerzt, ja, das macht Angst. ... Aber keiner entrinnt seiner Geschichte. ... Im Januar dieses Jahres ist in der Nähe von Turotschak auf einer Baustelle ein "wilder Friedhof" entdeckt worden: Schädel mit einem kleinen Loch darin.
Unschuldige Opfer klopfen heute an unsere Tür und fordern Einlaß, fordern Gehör. ... Werden wir uns feige abwenden? ...
Alles im Leben muß beglichen werden, und die Geschichte legt uns Jahrzehnte später noch die Rechnung vor - nicht nur denjenigen, die gefoltert und hart gestraft, die denunziert und sich erniedrigt haben, sondern auch denjenigen, die friedlich vor sich hin gelebt haben. ...<<

12.03.1989

BRD: Das katholische Informationsportal "kath-info" veröffentlicht am 12. März 1989 folgende Predigt des deutschen Theologen Prof. Dr. Georg May (x921/…): >>**Falschlehrer der Kirche**

Dritte Predigt

Von Prof. Dr. Georg May

Die Verschwörer um Graf Stauffenberg hatten beschlossen, den Urheber des deutschen und europäischen Unheils, Hitler, zu töten. Stauffenberg nahm eine Bombe, steckte sie in eine Aktentasche und legte die Aktentasche unter dem Tisch nieder, über den gebeugt Hitler seine Lagebesprechung abhielt. Dann verließ er den Raum, beobachtete die Explosion der Bombe und flog eilends nach Berlin. Als er dort ankam, überfielen ihn seine Mitverschwörer mit der Nachricht: "Keitel hat eben angerufen, Hitler lebt."
"Keitel lügt wie immer," sagte Stauffenberg. "Es war, als wenn eine 15-cm-Granate eingeschlagen hat; da ist niemand mehr am Leben!" Stauffenberg täuschte sich. Das Unwahrscheinliche war eingetreten. Der, dem die Bombe gegolten hatte, war fast unverletzt, während einige andere schwer, teilweise tödlich verletzt waren.
Warum erzähle ich diese Geschichte, meine lieben Freunde? Weil wir uns heute mit der Frage der Wahrscheinlichkeit beschäftigen wollen. Mit der Wahrscheinlichkeit deswegen, weil die Falschlehrer der Bibel mit diesem Begriff zu Leibe rücken; weil sie sagen: Dies und jenes in der Bibel, das ist wahrscheinlich, das kann sich zugetragen haben, anderes ist unwahrscheinlich, das ist nicht historisch. Wahrscheinlichkeit ist das Maß für den Grad der inneren Möglichkeit von Ereignissen.

Wie das eben erzählte Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit zeigt, geschieht in der Geschichte oft etwas, was ganz unwahrscheinlich ist. Wenn man den Maßstab, den die Falschlehrer an die Bibel anlegen, auf die Geschichte anwenden würde, dann wären viele geschichtliche Ereignisse nie passiert. Die Falschlehrer gehen davon aus, daß sie sagen: Was immer und überall sich zuträgt, das ist wahrscheinlich.
Was selten passiert, ist nicht sehr wahrscheinlich. Und was außerhalb der in den Evangelien beschriebenen Geschichte Jesu gar noch nicht vorgekommen ist, das ist absolut unwahrscheinlich. Auf diese Weise wird die ganze Gestalt Jesu, wird aber auch die Bibel überhaupt auf das Maß der profanen Geschichte herabgedrückt. Doch selbst diese weist viele Beispiele auf, daß Dinge, an die die Menschen nicht dachten, ja, die sie für ausgeschlossen hielten, geschehen sind.
Im Jahre 218 v. Chr. brach der punische Feldherr Hannibal mit 50.000 Fußsoldaten und 9.000 Reitern sowie mit 37 Elefanten aus Südspanien auf, um die Römer zu besiegen. Er nahm den Weg über Nordspanien, Südfrankreich, und gegen alle Erwartung überstieg er im beginnenden Winter die Alpen.
Unter ungeheueren Verlusten bezwang er diese Bergwelt und stand eines Tages in der Po-Ebene. Kein Mensch hatte damit gerechnet, daß man mit einem großen Heer die völlig unwegsamen Alpen überwinden könnte. Das Unwahrscheinliche war eingetreten.
Als im Jahre 1942 die deutsche Wehrmacht die russische Festung Sewastopol eroberte, da setzte der führende General Manstein den Angriff an der Stelle an, an der ihn die Russen am wenigsten erwarteten, nämlich in der schwierigsten und steilsten Gegend. Auf diese Weise wurde die Festung erobert. Das Unwahrscheinliche war eingetreten.
So, meine lieben Freunde, ist es bei rein menschlichem Tun. Das waren alles Menschen wie wir, die hier tätig waren, sie haben wider alle Erwartung gehandelt. Alle diese Ereignisse sind beglaubigt. Man kann sie mit Sicherheit beweisen. Wie muß man erst mit Unwahrscheinlichkeiten rechnen, wenn Gott ins Spiel kommt, wenn es nicht bloß um menschliche Kräfte und Pläne, sondern um göttliche Macht und Weisheit geht. Und davon ist ja nun die Heilige Schrift voll, von Großtaten göttlicher Macht und göttlicher Weisheit.
Die Israeliten in Ägypten wollten aus dem Sklavenlande Ägypten ausziehen. Die Ägypter weigerten sich, sie ziehen zu lassen. Daraufhin sandte Gott die zehn ägyptischen Plagen. Es wurden enorme Schäden an den Ägyptern, an ihrem Besitz und am Lande angerichtet. Erfunden, sagen die Falschlehrer, erfunden! Erfunden, um Gottes Macht zu zeigen. Wer nachdenkt, wird sich fragen: Wie kann etwas Erfundenes Gottes Macht zeigen? Das ist doch Unsinn. Nur wenn sich Gottes Macht wirklich in Taten geoffenbart hat, kann ich über Gottes Macht etwas aussagen.
Wir brauchen zu diesen ägyptischen Plagen keine geschichtlichen Parallelen. Aber es gibt sie. Im August 1986 ging über Südbaden ein furchtbares Unwetter nieder. Hagel so groß wie Hühnereier zerschlug Autos, Fensterscheiben, Hausdächer und richtete größte Schäden an. Paßt das nicht zu dem Bericht über den Hagel in Ägypten, der die Tiere auf dem Felde tötete?
Die Israeliten durften am Ende ziehen und sie standen vor dem großen Hindernis des Roten Meeres. Das Rote Meer öffnete sich, und sie zogen trockenen Fußes hindurch. Tja, Legende, sagen die Falschlehrer, gut erfunden, eine Komposition!
Meine lieben Freunde, in Korea versammeln sich alljährlich 30.000 bis 40.000 Touristen, um ein Naturschauspiel zu beobachten. Korea vorgelagert sind zwei Inseln namens Zindo und Modo. Einmal im Jahre sind die Gezeiten und der Wind derart gelagert, daß zwischen diesen beiden Inseln - von Zehntausenden beobachtet - sich eine trockene Straße bildet, 2,8 Kilometer lang, 40 Meter breit, und das ganze hält eine Stunde an. Das sind rein natürlich zu erklärende Vorgänge, aber hier in der Bibel ist mehr, hier ist Gottes allmächtige Hand am Werk. Man kann hier nicht mit irdischer Wahrscheinlichkeit oder Unwahrscheinlichkeit argumentie-

ren. Man muß vielmehr entgegennehmen, was Gott getan hat und was seine Zeugen uns übermitteln.
Erst recht ist das der Fall, wenn der Gottmensch auf Erden erscheint, Jesus Christus. Die Falschlehrer sagen, dem Heiland seien von den Evangelisten die größten Worte in den Mund gelegt worden. Er hat sie also nicht gesprochen. Es ist zumindest ganz unwahrscheinlich, daß er sie gesprochen hat. Wahrscheinlich sind lediglich die harmlosen Redearten, z.B. wenn er sagt: 'Lasset die Kinder zu mir kommen!' Das kann er gesagt haben. Aber wenn er sagt: 'Ich bin das Licht der Welt,' oder 'Ehe Abraham ward, bin ich!', dann sind das Erdichtungen. Das ist ganz ausgeschlossen, daß er so etwas gesagt haben könnte.
Solche Aufstellungen der Falschlehrer, meine lieben Freunde, finden Sie in den Schulbüchern Ihrer Kinder. Die Falschlehrer begehen einen schweren methodischen Fehler. Sie schaffen zunächst eine erdachte Gestalt Jesu, indem sie nur das, was harmlos in seinem Leben ist, was auch bei anderen Menschen passiert, auf Jesus übertragen: "Das hat er getan. So ist er gewesen," und indem sie von vornherein alles, was Übermenschliches von ihm ausgesagt wird, ausklammern.
Wenn dann die hoheitsvollen Worte und die gewaltigen Machterweise Jesu in den Horizont des Lesers der Bibel treten, sagen sie: Das kann Jesus nicht gesagt bzw. getan haben. Sie haben aber diese Taten und Worte Jesu schon bei der Erzeugung ihres Bildes von Jesus ausgeklammert und entscheiden dann von dem selbstmächtig hergestellten Phantombild Jesu, was er getan und was er gesagt haben könnte. Ein schwerer methodischer Fehler!
Wenn im Evangelium von Worten Jesu berichtet wird, die mehrfach vorkommen, dann sagen sie: Das sind Dubletten, also Dinge, die zweimal angeführt werden, und zwar natürlich von den Verfassern der Evangelien. Jeder vernünftige Mensch wird sich fragen: Kann denn Jesus nicht zweimal dasselbe gesagt haben? Tut das nicht jeder Lehrer, indem er nämlich eine Aussage wiederholt und sie so seinen Schülern einschärft? Warum muß das eine Dublette sein?
Die Falschlehrer gehen her und sagen: So, wie Jesus im Johannesevangelium spricht, kann er nicht gesprochen haben. Das sind erdichtete Reden, die der Verfasser Jesus zugeschrieben hat. Es besteht zweifellos ein gewisser Unterschied der Reden Jesu im Johannesevangelium und bei den anderen drei Evangelisten. Aber müssen sie deswegen erfunden sein?
Bedenken wir, meine lieben Freunde, ein jeder Redner stellt sich auf seine Zuhörer ein. Man wird vor hochgebildeten Menschen anders sprechen können als vor einfachen Leuten; und man wird - wie Jesus - zu denen, die in die Weisheit schon eingeführt sind, das waren ja die Apostel am Ende seiner irdischen Laufbahn, anders reden können als am Anfang.
Auch diejenigen, die die Reden hören, werden vor allem das aufnehmen, was sie fassen können. Wenn man nach einer Predigt die Menschen, die sie gehört haben, niederschreiben läßt, was der Prediger gesagt hat, kommen so viele verschiedene Berichte heraus wie Zuhörer. Aber nicht, weil die Menschen fabulieren, sondern weil sie nach ihrer Fassungskraft eine Predigt aufnehmen. Und das sollte nicht der Fall gewesen sein bei den Evangelisten?
Sie haben für eine verschiedene Zuhörerschaft geschrieben, und sie haben auch, je nachdem, ob sie sehr einfache oder etwas gebildetere Männer waren, mehr oder weniger von den Worten Jesu, von seinen Reden, erfaßt und wiedergeben können. Es braucht nicht die fatale Annahme von der Wahrscheinlichkeit und von der Unwahrscheinlichkeit der Ausführungen Jesu, um die Unterschiede zu erklären.
Auch viele Worte und Taten Jesu, die ihm von den Falschlehrern nicht abgesprochen werden, haben Parallelen. Ich sage noch einmal: Wir brauchen diese Parallelen nicht, um uns der Zuverlässigkeit der Evangelien zu versichern, denn wir sind überzeugt, daß Jesus eine absolut einmalige Persönlichkeit war. Aber diese Parallelen können uns helfen zu verdeutlichen, daß unser Glaube ein vernünftiger Glaube ist.
Ich denke etwa an die Geschichte von dem Besessenen in Gerasa. Da ist im 5. Kapitel bei

Markus die Rede von einem Mann, der in den Gräbern hauste und den man mit Fesseln zu bändigen versucht hat. Er schrie und schlug sich selbst mit Steinen. Als Jesus zu ihm kam, da lief er hin und rief: "Was habe ich mit dir zu schaffen, Jesus, du Sohn des höchsten Gottes? Ich beschwöre dich bei Gott, mich nicht zu quälen."
Jesus erkannte sofort, daß der Mann besessen war, und so gab er den Befehl: "Fahre aus dem Menschen aus, du unreiner Geist!" Und er fragte ihn: "Wie heißt du? Wie ist dein Name?" Er antwortete: "Ich heiße Legion, weil wir viele sind." Und der Geist bat ihn inständig, er möge sie nicht aus der Gegend fortjagen. Nun weidete dort am Berghang eine große Schweineherde. Da baten ihn die Geister: "Gestatte uns, daß wir in die Schweine fahren!" Er gestattete es. Da rissen die unreinen Geister aus und fuhren in die Schweine. Nun stürmte die Herde den Abhang hinunter in das Meer und ertrank dort.
Ein ungeheuerliches Ereignis, dem die Falschlehrer überhaupt keine Wirklichkeit zusprechen; eine reine Erfindung, sagen sie. Meine lieben Freunde, im Jahre 1978, also in unserer Gegenwart, hat sich in Reggio Emilia - in Norditalien - folgendes zugetragen: Eine Herde von zweihundert Schafen stürzte aus unbekannten Gründen in einen reißenden Fluß. Alle Schafe ertranken. Sowohl die Hirten wie die ansässigen Tierärzte standen vor einem Rätsel. Ist das nicht eine geschichtliche Parallele zu dem, was das Evangelium berichtet?
Noch einmal: Wir brauchen diese Parallelen nicht, aber wenn es sie gibt, mögen sie uns sagen: Was schon rein natürlich möglich ist, das sollte dem Herrn der Natur, unserem Gott und Heiland, nicht möglich sein?
Wir sind jetzt in die Leidenszeit eingetreten. Jesus steht vor dem Hohen Rat. Zwei Evangelisten berichten, daß Mitglieder des Hohen Rates ihn beschimpft, angespuckt und geschlagen haben. Unmöglich, sagen die Falschlehrer, wie kann eine solche Behörde so etwas tun? Das ist ganz unwahrscheinlich. Meine lieben Freunde, im Jahre 1943 waren Hunderttausende von amerikanischen Soldaten in England und bereiteten sich auf die Invasion vor. Es gab da ein Lager namens Ridgefield.
Der Kommandeur dieses Lagers hieß Eisenhower. In diesem Lager befand sich auch ein Arrestgefängnis. In dieses Gefängnis wurden amerikanische Soldaten, die sich irgend etwas hatten zuschulden kommen lassen, eingesperrt. Und nun wurde aufgedeckt, daß hohe und höchste Offiziere aus dem Stabe Eisenhowers diese wegen geringfügiger Vergehen eingesperrten Soldaten auf das bestialischste mißhandelten.
Das ist beglaubigt, das ist festgestellt, das ist untersucht worden. Ist das nicht eine Parallele zu dem, was da im Neuen Testament berichtet wird? Hohe Richter benehmen sich nicht so, sagt man. Ja, wie hat sich denn der Präsident des Volksgerichtshofes, Roland Freisler, benommen? Er beschimpfte einen angeklagten Juristen: "Sie sind ja ein schäbiger Lump!" So hat sich der höchste deutsche Richter benommen.
Meine lieben Freunde, all diese Fälle und Beispiele, die ich Ihnen vorgeführt habe, sollen Sie darin überzeugen: Wir haben keinen genügenden Anlaß, an der Wahrhaftigkeit der Evangelisten, an der Glaubwürdigkeit der Heiligen Schrift zu zweifeln. Wir brauchen uns von den Falschlehrern nicht ins Bockshorn jagen zu lassen. Wir können uns auf das verlassen, was die Kirche immer gelehrt hat und in ihren gesunden Vertretern - in ihren gesunden Vertretern - heute noch lehrt.
Der heilige Evangelist Johannes weist öfters darauf hin, daß die Taten Jesu diejenigen, die sie erlebt haben, unentschuldbar machten. "Wenn ihr meinen Worten nicht glaubt, dann wenigstens meinen Taten!" Wie kann Johannes so etwas schreiben, wenn diese Taten gar nicht passiert sind?
Nein, wir wollen uns, meine lieben Freunde, nicht unsicher machen lassen. Wir wollen fest zum Glauben stehen, den wir von gläubigen Priestern und Lehrern überkommen haben. Wir wollen diesen Glauben unseren Anvertrauten weitergeben, in diesem Glauben leben und in

diesem Glauben sterben.
Amen.<<

April 1989

BRD: Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet im April 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 - 1989 über die schicksalhafte "Neuner-Reihe" in der deutschen Geschichte (x853/...): >>**Ein Blick auf die Jahre 1919 -1929 - 1939 – 1949**

... Es hat den Anschein, als gebe es in der Geschichte bestimmte schicksalhafte Daten-Reihen die mehr als nur zufällig sind.

So stellt man in der deutsch-böhmischen Geschichte eine "Achter-Reihe" fest, die 1848 beim Prager Slawenkongreß beginnt, über das Jahr 1918 zur Gründung der Tschechoslowakei führt, sich ins Jahr 1938 mit dem Münchener Abkommen fortsetzt, 1948 die kommunistische Machtübernahme in Prag markiert und schließlich 1968 im "Prager Frühling" endet.

In der jüngeren deutschen Geschichte fallen dagegen die Jahre mit dem Neuner am Ende auf. Da gründeten sich die im Ersten Weltkrieg besiegten Deutschen im Jahre 1919 ihren ersten republikanisch-demokratischen Staat und bekamen am 28. Juni des gleichen Jahres den ebenso unbilligen wie folgenreichen Versailler Friedensvertrag auferlegt. Er quälte die - gewiß am Ersten Weltkrieg nicht ganz unschuldigen - Deutschen mit der schier unerträglichen Zuweisung der Alleinschuld und drückte sie mit Wiedergutmachungsforderungen so nieder, daß sie im Jahre 1923 um den Wert ihres Geldes und alle Sparguthaben kamen.

Mit der Folge, daß eine Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft nur mit Hilfe amerikanischer Leihgelder möglich war. So nahm die deutsche Wirtschaft US-Dollars als Kredite an und bescherte sich für einige Jahre einen "Wohlstand auf Pump".

Als dann die amerikanische Wirtschaft im Sommer 1929 in akute Absatzschwierigkeiten kam und mit dem New Yorker Börsensturz im Oktober 1929 die tiefe Krise aller Welt offenbar wurde, gerieten auch die bei den Amerikanern verschuldeten Deutschen in den Wirtschaftssturz und erlebten in den nachfolgenden vier Jahren eine bisher noch nie dagewesene Massenarbeitslosigkeit mit 6 bis 7 Millionen Beschäftigungslosen.

So läutete das Jahr 1929 als Fernfolge des zehn Jahre zuvor auferlegten Versailler Friedensvertrags das Ende der Weimarer Republik ein und begünstigte den Aufstieg Adolf Hitlers. Theodor Heuß, der nachmalige erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland, stellte daher mit Recht fest, daß "die Väter des 'Dritten Reiches' teilidentisch mit den Vätern des Versailler Vertrages sind". Ein Geschichtsdeuter von hohen Graden - und 1932 ein politischer Prophet dazu. Er schrieb nämlich damals nach (der) Lektüre von Hitlers Buch "Mein Kampf":

"Wenn dieser Mann an die Macht kommen und dann auch sein Programm verwirklichen sollte, wird in spätestens 6 bis 8 Jahren der neue große Krieg da sein".

1939 bewahrheitete sich Theodor Heuß' Prognose, als am 1. September mit dem deutschen Einmarsch in Polen der Zweite Weltkrieg begann und in seinem Verlauf das politische Ordnungsgefüge Europas und der Welt in einem noch nie dagewesenen Ausmaß erschütterte. Viele Millionen Menschen fanden an und zwischen den Fronten, in Lagern und bombardierten Städten, auf der Flucht und bei der Vertreibung den Tod. Deutschland wurde völlig besiegt, Europa um seine bisherige Weltgeltung gebracht und die Ideologie des Marxismus auf über anderthalb Milliarden Menschen verbreitet.

1949 wurde den Deutschen in Ost und West endgültig bewußt, daß die Einheit ihres Staates für unabsehbare Zeit zerbrochen war, als die Siegermächte einen west- und einen ostdeutschen Staat aus der Taufe heben ließen. Dabei traf die Westdeutschen das ungleich glücklichere Los in diesem nationalen Unglück, wurde ihre Bundesrepublik doch unter dem Zeichen der Freiheit und der Demokratie begründet und erlebte alsbald einen wirtschaftlichen Aufschwung sondergleichen.

Die Väter des westdeutschen Grundgesetzes hatten sich zwar im Parlamentarischen Rat in so manche politische Vorgabe der drei westlichen Besatzungsmächte zu fügen, auch wenn der Text der bundesrepublikanischen Verfassung an keiner Stelle diese Siegeraufsicht erkennen läßt, sie waren aber frei in der Auswahl zeitgeschichtlicher Daten.
So verabschiedeten sie mit voller Absicht am 8. Mai 1949 das Grundgesetz, weil sie mit diesem Datum den 8. Mai 1945, den Tag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, "überlagern" wollten, wie ein Zeitzeuge damals zutreffend feststellte. Im Jahre 1949 waren sich nämlich die Deutschen in überwältigender Mehrheit einig, was der 8. Mai 1945 für Deutschland bedeutete: die erfolgreiche Eroberung eines feindlichen Landes, wie es die Sieger im Mai 1945 selbst formulierten.
Rotarmisten, "GIs" und "Tommies" kamen nicht als Befreier, sondern als Besatzer eines besiegten Landes, denen es im Westen sogar am Anfang verboten war, mit den Deutschen zu "fraternisieren". Ein Verbot, das angesichts der vorgefundenen KZ-Greuel freilich zunächst verständlich war.
Wie soeben freigegebene Geheimdokumente der US-Regierung über vertrauliche Gespräche der drei Westmächte mit Stalin und Molotow im August 1948 ausweisen, wäre die Sowjetunion noch vor der Gründung der beiden deutschen Teilstaaten im Jahre 1949 bereit gewesen, an einem einheitlichen Deutschland festzuhalten und auch die gerade im Juni 1948 verhängte Berlin-Blockade (Stalin nannte sie "Transportbeschränkungen zwischen Berlin und den Westzonen") aufzuheben, wenn die drei Westmächte ihre Londoner Beschlüsse vom Frühjahr 1948 über die Errichtung eines westdeutschen Staates und die in ihrem Gefolge in den Westsektoren von Berlin eingeführte "Deutsch-Mark-West" (Stalin bezeichnete sie als "Mark B in Westberlin") rückgängig gemacht und in ganz Berlin die "Deutsch-Mark-Ost" zugelassen hätten.
Denselben zeitgeschichtlichen Quellen zufolge fürchtete man aber in London und in Washington, daß bei einer Aussetzung der Londoner Beschlüsse die Franzosen nicht mehr so ohne weiteres für eine erneute Zustimmung zur Errichtung eines westdeutschen Staates zu gewinnen sein könnten, falls die Sowjets dann doch von ihren Angeboten abrücken oder unannehmbare Forderungen an die Westmächte stellen sollten.
So blieben die tagelang geführten Gespräche in Moskau letztlich ergebnislos und verhinderten nicht, daß das Jahr 1949 zu einer weiteren wichtigen Zäsur in der deutschen Geschichte wurde: zur vierten folgenreichen Station in der "Neuner-Reihe" der jüngeren deutschen Geschichte.
Während die nachfolgenden "Neuner-Jahre" allenfalls für die westdeutsche Innenpolitik (1959 Wirbel um die Bundespräsidentenwahl, 1969 "Machtwechsel" in Bonn) einen gewissen Stellenwert haben, steht noch offen, ob 1989 - außer den Feiern zum 40jährigen Staatsjubiläum - noch ein geschichtsmächtiges Datum bringt - etwa einen sowjetischen Vorschlag zur Wiedervereinigung Deutschlands?<<
Der deutsche Philosoph Walter Hoeres (1928-2016) berichtet im April 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1989 (x853/...): >>**Der Aufstand der Hölle**
Aufklärung und Französische Revolution - 1789-1989
Am 14. Juli 1789 fand der Sturm auf die Bastille statt, der die Französische Revolution einleitete. Lange Zeit war die Haltung der katholischen Kirche zu den Ereignissen von 1789 bis 1794 eindeutig ablehnend und das mit Recht!
Das Grauen begann schon mit dem Sturm auf die Bastille selbst. Ihr Kommandeur de Launay verhandelte mit dem Pöbel und vereinbarte freien Abzug für die kleine Besatzung, die aus Invaliden und Schweizer Söldnern bestand, aber das Gesindel ermordete sie auf die übelste Weise und vor allem wurden die Invaliden geradezu in Stücke gerissen! Im Unterschied zu

den Verbrechen der Kommunisten und Nationalsozialisten, die im allgemeinen hinter Lagermauern stattfanden, wurden die Folterungen und Morde der "Großen Revolution" großenteils als Volksfeste begangen.
Aber nicht nur das; die Guillotinierungen entwickelten sich zu "raffiniert sadistischen Veranstaltungen, bei denen man (um ein Beispiel anzuführen) einem unter dem Fallbeil gefesselten Adeligen langatmig und ironisch die Siege der republikanischen Armee in allen Einzelheiten vorlas, damit er sie im Jenseits seinen Ahnen mitteilen konnte ...
Städte wie Lyon, Toulon und Bordeaux, die sich, von Girondisten geführt, gegen die Jakobiner erhoben, wurden zum Teil dem Erdboden gleichgemacht und die Einwohner dezimiert. Das Guillotinieren ging zu langsam vor sich, so ertränkte man die einen und richtete die anderen durch Schrotbüchsen hin, um sich an ihrem langsamen Ausbluten zu weiden".
Bei der Erstürmung der Tuilerien wurden die Schweizer Garden, die ihrem Eide getreu bis zum letzten Manne kämpften, verstümmelt und zerstückelt: ein Küchenjunge, der sich an der Verteidigung beteiligte, wurde in Butter gewickelt und lebendig verbrannt. Besonders in zwei Punkten ist die Französische Revolution Vorbild der diabolischen totalitären Diktaturen der Neuzeit und Gegenwart geworden.
Zunächst gab es in ihr den ersten großen Völkermord der neueren Geschichte. Als sich die katholischen Bauern der Vendée aus Treue zu ihrem angestammten Glauben gegen das Schreckensregiment in Paris erhoben, wurden nahezu 120.000 Einwohner dieses idyllischen Landstriches ermordet, "Nonnen wurden geschändet, junge Mädchen bei lebendigem Leib in Stücke gerissen, Kinder wurden reihenweise in Sümpfen und Teichen ersäuft, schwangere Frauen lebendig in Weinkeltern zu Tode gepreßt, die Bewohner ganzer Dörfer durch vergiftetes Trinkwasser umgebracht".
Der Konvent in Paris erließ am 1. August 1793 ein Dekret, nach dem das Kriegsministerium Brandmittel jeder Art übersenden solle, um die Wälder, die Felder und das ganze Land in Brand zu setzen. Besonders Frauen und Kinder, der "gebärende Schoß" und die "künftigen Verbrecher" müßten mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden!
Zweitens leitete die Französische Revolution jene gigantischen Kirchenverfolgungen der Neuzeit und Gegenwart ein, denen gegenüber die römischen Christenverfolgungen gänzlich verblassen. Nahezu 40.000 Geistliche und Ordensleute, zwei Drittel des französischen Klerus, wurden verbannt, deportiert oder guillotiniert. "Auch für das Schicksal von König Ludwig XVI. war es entscheidend, daß er sich weigerte, die Kommunion von einem abtrünnigen Priester zu empfangen".
- Trotz alledem wird heute immer wieder von progressiver katholischer Seite gefordert, wir müßten den Aufbruch von 1789 und die Parolen der Französischen Revolution in unser katholisches Denken und Empfinden integrieren. Der Beifall, der dieser Forderung heute schon weithin gezollt wird, zeigt, wohin wir in der Kirche schon gekommen sind!
Noch vor nicht allzu langer Zeit wäre jeder, der sich in dieser Weise in einem katholischen Gremium welcher Art auch immer für die Französische Revolution stark gemacht hätte, an die frische Luft gesetzt worden mit dem Hinweis, er habe sich in der Adresse geirrt!
Progressive Kreise pflegen demgegenüber darauf zu verweisen, daß die Französische Revolution auf der einen Seite der begrüßenswerte Höhepunkt der Aufklärung des 18. Jahrhunderts und ihres "legitimen" Strebens nach geistiger Mündigkeit und Emanzipation gewesen sei, daß ihr "realer" Verlauf jedoch auf der anderen Seite ein Betriebsunfall gegenüber der ursprünglich so großen Idee gewesen sei.
- Wir sehen hier davon ab, daß solche Betriebsunfälle offensichtlich für die Revolutionen der Neuzeit nicht untypisch sind: ob es sich nun um das sadistische Abschlachten von Priestern in Mexiko, im spanischen Bürgerkrieg oder um die Oktoberrevolution handelt! Wesentlicher aber ist, daß sich der zynische Totalitarismus der Jakobiner nicht gegen die Ideen der Aufklä-

rung entwickelt hat, sondern mit Notwendigkeit aus ihnen sich ergibt.

Die Göttin der Vernunft

Um das freilich zu realisieren, muß man die Aufklärung ohne jene rosarote Brille sehen, die unsere progressiven Theologen regelmäßig aufsetzen, wenn es um sogenannte "Befreiungsbewegungen" geht! Man muß sie so nüchtern sehen wie etwa die "Frankfurter Schule" dies getan hat, deren Häupter Horkheimer und Adorno - gewiß unverdächtige Zeugen! - sich nicht genug darüber wundern konnten, daß man neuerdings in der katholischen Kirche mit der hier üblichen Zeitverzögerung sein Herz für die Aufklärung und die Französische Revolution entdeckt habe.

Im Sinne von Horkheimers und Adornos zweifellos zutreffender Interpretation wäre zu sagen, daß die Französische Revolution gerade deshalb diesen schrecklichen Verlauf genommen hat, weil sie die genaue unkritische Übernahme der Abstraktionen und ideologischen Konstrukte der Aufklärung gewesen ist! Und es sind vor allem drei solcher Abstraktionen gewesen, die als ein einheitliches Ganzes den sozialistischen Messianismus der Jakobiner geformt haben:

- der Glaube an die Allmacht der Vernunft,
- der Glaube an die Macht und Durchsetzbarkeit der Tugend oder den neuen tugendhaften Menschen als Voraussetzung allen Fortschritts, und last not least
- der deistische Glaube an das höchste Wesen, das gerade in seiner absoluten Macht- und Kraftlosigkeit dazu herhalten muß, die revolutionären Utopien zu sanktionieren!

Natürlich klingt es schön und verheißungsvoll, wenn die Aufklärung dazu aufruft, daß die Menschen endlich vernünftig werden und damit auch die Jakobiner dazu animiert, Dirnen zu Göttinnen der Vernunft zu erheben, auf die Altäre zu setzen und in gotteslästerlicher Weise von den "Citoyens" (Bürgern) verehren zu lassen!

Aber die Frage ist doch:

was bedeutet hier eigentlich "Vernunft"? Es ist nicht mehr die Vernunft, deren Begriff vom "Vernehmen" kommt: die Erkenntniskraft, die sich staunend für die Fülle der Wirklichkeit öffnet, um den Versuch zu machen, im Wege der Einsicht ein wenig von ihrer Wesenstiefe zu begreifen, sondern die rationale Vernunft, die nur noch das akzeptiert, was ihr von vorneherein oder "a priori" einleuchtend ist, die sich also selbst im Sinne des Hegelwortes: "alles Wirkliche ist vernünftig und alles Vernünftige ist wirklich" zum Maßstab aller Dinge aufwirft und daher die "Mysterien des Christentums" a priori unmutig ablehnt!

Es ist die Vernunft als Herrschaftsinstrument, für die der Begriff nicht mehr das Wesensbild der Dinge ist, sondern vielmehr das Konstruktionsmuster, das ihnen angetan wird und die immer schon auf dem Sprung bleibt, die Welt solange zu organisieren, zu rationalisieren, zu reglementieren, bis von daher schon kein unbegriffener Rest mehr bleibt.

Wie der Rationalismus des 17. Jahrhunderts so war auch die Aufklärung noch wie geblendet vom Siegeszug der neuen mathematischen Naturwissenschaften, wobei gerade bei ihr die Begeisterung über die neuen technischen Möglichkeiten hinzukommt, die sich hier eröffnen! Nur diese Begeisterung kann den ungeheuren Erfolg der von Diderot und d'Alembert herausgegebenen französischen Enzyklopädie erklären, die zur Speerspitze der Aufklärung wurde und ebenso durch ihre Ausfälle gegen Rom, die Scholastik und die Kirche wie durch die Sorgfalt faszinierte, mit der hier zum ersten Male für ein großes und interessiertes Publikum die Wirkungsweise von Maschinen erklärt und auf großen Schautafeln illustriert wurde.

In diesem Sinne dürfte auch der "kritische" Impuls gegen die angestammten Überlieferungen, der die Aufklärer und die Jakobiner beseelt, vor allem dem Affekt gegen alles organisch Gewachsene und nicht restlos Durchschaubare entspringen und damit der geheimen Sehnsucht, alles ganz von neuem nach eigenen rationalen, synthetischen Maßstäben zu ordnen!

- Selbst die alte Zeitrechnung wird nun dem neuen republikanischen Kalender geopfert. Dabei ist der Rationalismus des neuen Kalenders nicht darin zu suchen, daß er sich so trocken lesen

würde wie ein Computerprogramm, sondern eben genau in diesem seinem synthetischen Charakter: dem Versuch, auf dem Verwaltungswege ein ganz neues Zeit- und Lebensgefühl durchzusetzen und natürlich vor allem den christlichen Sonntag abzuschaffen. Sinnigerweise orientieren sich die Monatsnamen nun an Klima, Wetter und Jahreszeiten:
Vendemaire, Brumaire usw. oder "Herbsterich, Dunsterich, Frosterich, Früchtegieberisch", wie man im revolutionär gestimmten Nachbarland übersetzte: kein Wunder, daß die artifizielle Poesie ihre guillotinierten Erfinder nicht überlebte!
Synthetischer Tribut an die neue bläßliche Göttin der Vernunft sind auch die Feste und Feiern, die nunmehr von Amts wegen - auch darin wegweisend für die kommenden totalitären Diktaturen - mitsamt der zum Ablauf notwendigen Folklore organisiert werden. Motive des klassischen Altertums, des katholischen Kultes und des protestantischen Gottesdienstes werden nunmehr ohne jede Rücksicht auf die grundstürzend verschiedenen Welten, denen sie entstammen, in eine Synthese zusammengezwungen, die an ein Schwarzwaldhaus mit dorischen Säulen gemahnen könnte! Aus der Antike stammt die Tendenz, abstrakte Ideen wie z.B. die Tugenden zu personifizieren.
Beim Tedeum der Vernunft wird ein als Göttin der Vernunft verkleidetes Weib liturgisch in Notre Dame verehrt, wobei diese kitschige Symbolik immerhin das tiefste Wollen der Jakobiner zum Ausdruck brachte. Wie Brinton berichtet, "sangen die Jakobiner Choräle, lasen sich in Rede und Gegenrede Stellen aus ihren heiligen Schriften, aus den Werken Rousseaus oder der Verfassung vor". Bei den Feiern der Jahre 1792 bis 1794 "ist auch das Spontane vorbedacht. Es herrscht präzise Pünktlichkeit der Bewegungen und Gefühle. Selbst die Äußerungen der Begeisterung und Ekstase folgen einem minuziösen Protokoll".

Der Schrecken der Tugend

Und damit sind wir auch schon bei dem zweiten wichtigen Glaubensartikel der Jakobiner, dem Kult der Tugend, der der entscheidende Grund dafür ist, daß die Revolution so rasch in den Terror als ihr eigentliches Ziel einmünden konnte. Auch dieser Kult läßt sich nur vom rationalistischen Vernunftbegriff der Epoche her begreifen!
Denn die Herrschaft der Vernunft, die es jetzt gegen die angeblichen "Obskuranten" durchzusetzen gilt, bedeutet auch immer schon die Herrschaft des Allgemeinbegriffes gegen das Konkrete, Einzelne, Besondere, das ich als solches nur unmittelbar erfahren und anschauen, nicht aber in einem abstrakten Begriff fixieren kann, der als solcher nur auf das Typische, Allgemeingültige, Regelhafte geht. Nichts gegen Allgemeinbegriffe, solange die Vernunft als ein kontemplatives Vermögen betrachtet wird, wie das in der abendländischen Philosophie der Fall war, in der der Begriff als Bild und Ausdruck des immergleichen Wesens fungiert, das die Dinge einer Art oder Gattung miteinander verbindet!
Doch im Zuge der Verwandlung des Bildungs- in Herrschaftswissen, der kontemplativen in praktische Vernunft, der Anschauung in Konstruktion wird aus dem Begriff die Ingriffnahme, das Konstruktionsmuster, das die Einzeldinge nur noch als Regelfall für die allgemeine Kategorie nimmt und im Zweifel solange zurechtschleift, bis sie ins allgemeine Schema passen! Und so wird das Allgemeine, Typische nicht mehr in den Dingen entdeckt, sondern ihnen vielmehr angetan!
Das zeigt sich nicht nur im Siegeszug der technischen Vernunft, sondern die gleiche Tendenz, das einzelne oder hier den einzelnen, also das Individuum im Allgemeinen aufgehen zu lassen, setzt sich auch bei den einflußreichsten Moralphilosophen und politischen Denkern des 18. Jahrhunderts durch.
Nach Jeremy Bentham (1748-1832), dem Begründer der utilitaristischen Ethik, ist "das größte Glück der größten Zahl" das wahre Ziel sittlichen Handelns, und der Gedanke drängt sich auf, daß es im Zweifelsfalle durchaus angehen möge, das Glück des einzelnen, ja diesen selbst zugunsten eines so umfassenden Zieles zu opfern.

Nach Jean Jacques Rousseau (1712-1778), dem eigentlichen Wegbereiter der Französischen Revolution, kann der neue Staat, der an die Stelle der bisherigen Gesellschaft mit ihrer Zwietracht und Unterdrückung treten muß, nur darauf beruhen, daß die einzelnen ihrem Eigenwillen entsagen und sich der volonté générale, dem allgemeinen Willen überlassen.
Dieser volonté générale (allgemein Wille) aber ist nicht identisch mit dem Willen der Mehrheit, wie er durch Abstimmung ermittelt wird. Vielmehr ist sie das, was alle schon von Natur aus in gleicher Weise und ohne es zu wissen als ihr gemeinsames Wohl und sittliches Ziel wollen: eine die einzelnen beseelende und umgreifende, sie alle auf überpersönliche Weise durchwaltende Macht! Der einzelne vermag seinem angestammten Egoismus, der ihn zum Feind seiner Mitmenschen macht, nur zu entrinnen, wenn er sich ganz dem Sog dieser volonté générale überläßt und so in unteilbarer Einheit zugleich zum guten Menschen und zum Staatsbürger wird, denn beides läßt sich nicht trennen!
Dahinter steckt der rationalistische Glaube, daß die Tugend so wie alle Dinge machbar und durch öffentliche Einrichtungen leicht zu erreichen sei, der das 18. Jahrhundert zum Zeitalter einer geradezu manischen Pädagogik-Euphorie werden ließ. Ebenso wie sein gelehriger Schüler Maximilian Robespierre (1758-1794) ist Rousseau davon durchdrungen, daß Wohl und Dauerhaftigkeit des neuen Staates allein davon abhängen, daß die Menschen, die ohnehin im Prinzip gut sind, sich endlich zur Tugend bekehren und damit eo ipso Bürger im Idealstaat werden. Und er hält die entsprechende Aufforderung für so vernünftig und sonnenklar, daß ihm umgekehrt die obstinate Weigerung, tugendhaft zu werden, als abscheuliches Verbrechen erscheinen muß!
Daher ist Rousseau in der Theorie ebenso wenig zimperlich, wenn es um Strafen gegen die Abweichler geht, die nicht bereit sind, sich dem Sog der volonté générale zu überlassen und so zu guten Bürgern zu werden wie später Robespierre in der Praxis. Man hat viel darüber gerätselt, warum der so völlig glanzlose, korrekte Jurist Robespierre, der es als Anwalt in seiner Heimatstadt Arras zu mäßigem Erfolg brachte, sich im Unterschied zu seinen Freunden stets pedantisch korrekt kleidete und auf gemessene Formen hielt, zum Einpeitscher der Revolution aufsteigen und zeitweise sogar als Frankreichs unumschränkter Diktator herrschen konnte!
Friedrich Sieburg ist dieser Frage in seiner glänzenden, bei Ullstein noch als Taschenbuch verfügbaren Robespierre-Biographie nachgegangen und gibt die überzeugende Antwort, daß es ganz allein das vollkommene Durchdrungensein von den Ideen Rousseaus gewesen sei, das den end- und farblosen Reden des "Unbestechlichen", wie er genannt wurde, das Pathos der ungeheuren Wahrhaftigkeit und Durchschlagskraft verlieh.
Wenn dieses beinharte second-hand-Genie einer menschlichen Regung fähig war, dann ist es die maßlose Schwärmerei für den Weisen von Ermenonville gewesen, zu dem schon der schüchterne Student seine Pilgerfahrt unternahm: "bereit, jedes Wort ernst zu nehmen, das der alte Mann im Turban je auf Papier gesetzt hat".
Die staatliche Fahndung nach der rechten Gesinnung erzeugte ein Klima totalitärer Gesinnungsschnüffelei von Amts wegen, das mit den Erfahrungen unseres Jahrhunderts durchaus konkurrieren kann! Auf dem Höhepunkt der Schreckensherrschaft zählen wir in Frankreich nahezu 21.000 Überwachungsausschüsse, zu denen - den Blockwarten im Dritten Reich und in der DDR ähnlich - neben den Gastwirten besonders Pförtner und Hausbesitzer herangezogen werden!
- Die Polizei hat jetzt nicht mehr die Aufgabe, Räuber und Diebe zu überführen, "sondern im Herzen der Menschen zu lesen, ob die heilige Flamme rein und stark genug brennt".
Im Zeichen dieser makabren Einheit von Religion und Politik, Moral und Recht, einklagbarer Absicht und Tat wird der Sünder mit dem "Verschwörer", der schlechte Mensch mit dem "Verräter" und schlimmer noch mit dem Aristokraten gleichgesetzt und damit jenes Vokabu-

lar von Totschlagworten begründet, das nur den einen Zweck haben kann, die Dissidenten zu Verbrechern zu stempeln.
- Um nur ja nicht aufzufallen sucht man sich in Paris einer besonders derben, durch Ausdrükke aus der Fäkalsprache angereicherten Ausdrucksweise zu bedienen, jedermann zu duzen und mit "Bürger" statt mit "Herr" anzureden. Besucher sind über den zum großen Teil aus unappetitlichen Lappen und Tüchern bestehenden Fahnenwald überrascht, der aus allen Fenstern hängt und auch hier kann man im Blick auf unsere Erfahrungen nur sagen: Exempla docend!

Die rote Messe

Nur scheinbar ragt der Glaube an ein höchstes Wesen wie ein Fremdkörper in dieses gespenstische Schauspiel hinein. Durch ein Dekret des Konvents werden dieser Glaube und die Unsterblichkeit der Seele von Amts wegen verkündet und der entsprechende Nationalfeiertag auf den 8. Juni festgesetzt.
Tatsächlich aber steht auch diese Vereinnahmung der Religion in einem so tiefen Zusammenhang mit dem Vernunftglauben der Jakobiner, daß sie durchaus als Fortsetzung des gotteslästerlichen Tedeums für die Göttin der Vernunft erscheint! Nicht selten werden Aufklärung, Freidenkertum, Ablehnung jeder Form von Religion und damit schließlich der Atheismus als gleichbedeutend angesehen. Demgegenüber werden die Aufklärer gerade durch ihren rationalistischen Vernunftbegriff dazu gebracht, am Dasein Gottes festzuhalten:
Deisten wie Hermann Samuel Reimarus, Lessing, Mendelssohn oder in Frankreich eben Voltaire und Rousseau haben das geistige Antlitz der Epoche geprägt! Zunächst einmal war es für die Aufklärer einfach vernünftig, mit der Existenz eines Urhebers der Welt zu rechnen. Viel wichtiger aber war ihre Sicht des Universums als einer gigantischen, ausgeklügelten Maschinerie, die als solche unabweisbar einen Weltenbaumeister zu erfordern scheint.
Auf der anderen Seite schien es eine unmögliche, ja unwürdige Vorstellung zu sein, daß Gott durch Wunder oder andere selbstherrliche Eingriffe den Gang dieses Getriebes stört. Hinzu kommt der für die Aufklärung so typische Gedanke, daß der Schöpfer - eben "vernünftigerweise" - dieses gigantische Weltgetriebe zum irdischen Wohl des Menschen geschaffen habe (Heute würden sie sagen: damit sich eines Tages als Fernziel die "gerechte Gesellschaft" und damit die "Sache Jesu" ereigne).
- Und wie von selbst ergibt sich aus dieser Anschauung des Universums als eines harmonischen, auf den Fortschritt des Menschengeschlechtes angelegten Systems jene unmerkliche und doch so revolutionäre Achsendrehung des traditionellen Gottesglaubens, die die Aufklärung an Robespierre weitergegeben hat: die Auffassung, daß Gott die Welt zwar geschaffen, sich aber nach getanem Werk gewissermaßen zur Ruhe gesetzt und sie ihren eigenen Gesetzen überlassen habe, sodaß es sinnlos ist, ihn um seine Hilfe anzuflehen! Jetzt ist er nicht mehr die Sonne, die uns durch ihre wärmende Kraft am Leben erhält und um die sich alles dreht, sondern dem bleichen Gestirn des Mondes vergleichbar, der unbeweglich am Horizont steht und daher eher dekorative Bedeutung für unser Weltbild hat!
- Paradoxerweise ist es gerade diese Saft- und Kraftlosigkeit des deistischen Gottes, die ihn - der Hitlerschen "Vorsehung" ähnlich - für die Zwecke des absoluten Staates der Jakobiner so verwendbar macht! Im gleichen Maße, in dem er in der Theorie durch seinen sinnreichen Weltbau zum Erfüllungsgehilfen des irdischen Fortschritts degradiert wurde, wird er nun auch in der Praxis zum bloßen Garanten und zur bloßen Legitimation der Vernünftigkeit des revolutionären Fortschritts: zum Garanten dafür, daß dieser aus innerer Notwendigkeit heraus so weise und sinnvoll angelegt ist wie das ganze All!
Das so verstandene göttliche Wesen ist keine Instanz mehr, auf die ich mich berufen kann, um die gebieterischen Rechte seiner allgegenwärtigen Majestät gegen die weltliche Macht abzuwägen, sondern nur noch das Ausrufungszeichen hinter der Vernünftigkeit der Gesetze!
Gott als Notar, ja als Siegel der Jakobiner: die Idee ist so seltsam, wie es die Erscheinung Ro-

bespierres gewesen sein muß, als er am 8. Juni 1794 à la Rokoko gekleidet in himmelblauem Frack und weißen Kniehosen, in der rechten Hand einen großen Strauß von Ähren, Mohn und Kornblumen, eine große buntscheckige Parade zum Fest des höchsten Wesens anführte.
Die Prozession mußte auch die Place de la Concorde überqueren, auf der die Guillotine noch am Tag vorher unermüdlich ihr Werk getan hatte. Selbstverständlich hatte man sie weggeräumt, um die Feier nicht zu stören und Sägemehl über die entsprechenden Blutlachen gestreut. Dennoch lag ein süßlicher Geruch in der Luft, als die Prozession die sinistre Stätte erreichte und man mußte Hunde wegscheuchen, die sich an den nur oberflächlich verborgenen Blutpfützen gütlich taten.
Schon sechs Wochen nach der Feier mußte Robespierre selbst das Blutgerüst besteigen, denn offensichtlich wollten die Menschen nicht tugendhaft werden: nicht auf diese Weise!<<

23.05.1989

BRD: Richard von Weizsäcker wird am 23. Februar 1989 nochmals zum Bundespräsidenten gewählt.

Mai 1989

BRD: Der deutsche Historiker Herbert Hömig berichtet im Mai 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1989 über den Gewichtsverlust der "Alten Welt" (x853/...): >>**Abendland oder Mitteleuropa?**

... **Gewichtsverlust der "Alten Welt"**

Die beiden Weltkriege dieses Jahrhunderts haben einen gewaltigen politischen Gewichtsverlust der Alten Welt, also Europas im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bewirkt. Damit verlor der westliche und mittlere Teil des Kontinents seine seit dem ausgehenden Mittelalter allmählich gewachsene überragende Machtstellung, die im 19. Jahrhundert ihren Höhepunkt erreicht hatte.
Zwischen 1890 und 1914, im Zeitalter des Imperialismus, konnte man Europa den "Regulator der Weltpolitik" nennen; seither haben zwei Mächte, die USA und die Sowjetunion wesentlich über sein Schicksal bestimmt. Die Vereinigten Staaten haben zweimal erfolgreich auf dem europäischen Kontinent militärisch eingegriffen, um eine deutsche Hegemonie gegenüber den europäischen Nachbarn zu verhindern. Deutschland ist der Besiegte der beiden Weltkriege gewesen.
Der Erste Weltkrieg hat den Vereinigten Staaten, der Zweite Weltkrieg der Sowjetunion den Durchbruch zu ihrer heutigen Rolle als Supermacht verschafft. England und Frankreich gehörten zwar noch zu den Siegern der beiden großen Waffengänge der europäischen Nationen, verloren aber ihre Rolle als Großmacht endgültig im Gefolge des Zweiten Weltkrieges.
Deutschland büßte in zwei Etappen erhebliche Gebiete seines Territoriums ein und wurde geteilt. Der freie Teil unseres Landes, die Bundesrepublik, umfaßt heute nicht einmal die Hälfte des Reichsgebietes von 1914. Das Problem des internationalen Gleichgewichts ist seither keine Frage der europäischen Grenzen mehr, sondern der Beziehungen zwischen den neuen Supermächten.
Die USA sind der eigentliche Sieger des Ersten, die Sowjetunion ist der Gewinner des Zweiten Weltkrieges gewesen. ... Nach der Katastrophe des Dritten Reiches kam es 1945 zwar zur Gründung einer neuen Weltorganisation, der Vereinten Nationen auf der Grundlage eines amerikanisch-sowjetischen Kondominiums, doch verloren diese bald ihre machtpolitische, hegemoniale Basis. Die Anti-Hitler-Koalition brach wenige Jahre nach Kriegsende zusammen.

Teilung und Integration Europas

Seither befindet sich Europa in einem sonderbaren Zwielicht:
Einmal ist es durch den Ost-West-Konflikt schärfer in zwei gegensätzliche Lager geteilt als je zuvor, in denen es zu unterschiedlichen Formen internationaler Zusammenarbeit gekommen

ist.
- Westlich des sog. Eisernen Vorhangs entstand eine bisher in der Geschichte des Kontinents unbekannte Form supranationaler Integration in der "Europäischen Gemeinschaft", zu der sich 12 Mitgliedstaaten zusammengeschlossen haben.
- Die relative Integration des sog. Ost-Blocks im "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (Comecon) folgte hingegen eindeutig den hegemonialen Interessen der Sowjetunion, die nach einem bekannten Stalin-Wort als internationalistisch deklariert wurden: "Ein Internationalist ist, wer vorbehaltlos, ohne zu schwanken, ohne Bedingungen zu stellen, bereit ist, die UdSSR zu schützen" (Zitat nach B. Willms. Die deutsche Nation, Köln 1982, S. 110).
Deutschland ist als Ganzes von den beiden gegenläufigen Integrationsprozessen und damit von einer in der Geschichte bisher unbekannten scharfen ideologischen Teilung des Kontinents in den letzten vierzig Jahren im guten wie im schlechten nachhaltig betroffen gewesen. Lange Zeit hat die westdeutsche Öffentlichkeit diesen Prozeß in seiner verwickelten Problematik nicht wahrnehmen wollen.
Erst in jüngster Zeit scheint sich - zumindest in der Bundesrepublik - eine Krise der Integrationspolitik abzuzeichnen, seitdem beispielsweise die Frage diskutiert wird, ob die Vollendung des Gemeinsamen Marktes im Jahre 1992 vielleicht mit dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes unvereinbar und deshalb verfassungswidrig sein könnte, weil ein späterer Beitritt der DDR von der Zustimmung sämtlicher Mitgliedstaaten abhängig wäre.
Im Ausland regten sich immer wieder Stimmen, die auf die vermeintlichen Vorteile der Teilung Deutschlands im Sinne traditioneller Interessenpolitik unabhängig vom Ost-West-Gegensatz - Menschenrechte hin, Einheit Europas her - hinwiesen (Andreotti). Die oft beklagte Europa-Lethargie der letzten Jahre deutete möglicherweise auf die innere Brüchigkeit einer defensiven Idee hin, die mehr die "Freiheit" des Wohllebens zu verteidigen als die Unterdrückten jenseits der schwer befestigten Grenze mitten durch den Kontinent zu befreien bereit scheint.
Dabei konnte sich der wirtschaftliche Erfolg der auf Westeuropa gerichteten Integrationspolitik durchaus sehen lassen. Gerade im sog. Ostblock wird die Integration Europas neuerdings angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung Westeuropas im Zeichen der Perestroika aufmerksam verfolgt und lebhaft diskutiert.
Gorbatschows Wort vom europäischen Haus mit verschiedenen Wohnungen und Wohnzimmern beflügelt allenthalben die Phantasie. Kurz: In Westeuropa und in der Bundesrepublik erleben wir gegenwärtig eine Krise des Europa-Gedankens, in Osteuropa dagegen eine Renaissance. Mitteldeutschland, die DDR macht hier bisher eine Ausnahme, weil die Teilung des Kontinents sehr präzise als Teilung eines Landes erlebt wird. Das Bewußtsein weiter Kreise der Bevölkerung ist seit Jahren auf das Thema "Westreisen", erst in zweiter Linie auf "Kirche im Sozialismus" fixiert. ...<<

04.06.1989

China: Am 3./4. Juni 1989 schlägt die chinesische Armee eine Massendemonstration von Studenten für mehr Freiheit und Demokratie in Peking (Platz des Himmlischen Friedens) gewaltsam nieder.
Das Blutbad auf dem Platz des Himmlischen Friedens fordert etwa 3.600 Tote und 60.000 Verletzte (x175/819).
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über die politische Entwicklung Chinas (x192/462): >>... Ende der siebziger Jahre nach Maos Tod, entstand zunehmender Druck, die kommunistische Planwirtschaft zu reformieren. Eine Folge davon war der Ruf nach Reformen auch im politischen Bereich – ein Prozeß der auch von den Veränderungen in der UdSSR beeinflußt war.
Im Frühling 1989 kulminierten die Forderungen nach Demokratisierung in Massendemonstra-

tionen ... in Peking. Die Regierung befahl den Einsatz von Truppen, die Bewegung wurde blutig niedergeschlagen. In der Folge wurde das Tempo der Wirtschaftsreformen beschleunigt, um den Rückhalt der Regierung bei Arbeitern und Bauern zu stärken.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet später: >>... **Chinas Archipel Gulag**

Der geflohene Dissident Liao Yiwu berichtet direkt aus der Hölle

Die Menschen sind tot, nur die Hunde sind davongekommen! Bin ich ein Hund? Sind wir alle Hunde? Jetzt nur kein Selbstmitleid! Hunde sind wenigstens noch Hunde, verdammt noch mal, aber sind die Chinesen noch Menschen?" Mit solchen Exklamationen (Ausrufen), die auf Schilder der Kolonialzeit "Für Hunde und Chinesen verboten" anspielen, beginnt ein Brief des Dichters und Kritikers Liu Xiaobo an seinen Freund, den Dichter, Musiker und Weltaufzeichner Liao Yiwu. ...

Liao Yiwu ist ein Opfer der Mißachtung ... (des) Menschenrechts (auf freie Meinungsäußerung). "Für ein Lied" - der Titel sagt es - wurde er verhaftet und zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, für das Gedicht "Massaker", das er am 3. Juni 1989, acht Stunden vor der blutigen Niederschlagung des Studentenprotestes und des daraus gewachsenen Volksaufstandes am Tiananmen in Peking geschrieben hatte. Auf den ersten hundert Seiten des Buches werden die oft fehlerhaft dargestellten Ereignisse des Junis 1989 beschrieben.

Liao Yiwu, Gao Xin, Hou Dejian und Liu Xiaobo, der spätere Friedensnobelpreisträger, hatten einen zwar demütigenden, doch friedlichen Abzug vom Platz des himmlischen Friedens erreicht. "In dieser Nacht (zum 4. Juni) ist auf dem Tiananmen tatsächlich niemand gestorben, aber auf dem Chang'an-Boulevard, bei den sechs Ministerien, in der Cuiwei-Straße und am Muxidi ... kam es zu Zusammenstößen zwischen den Truppen und den Massen - das Blut ist geradezu in Strömen geflossen. In ganz Peking waren es nach unseren Schätzungen ein paar tausend Tote."

Liao Yiwus Gedicht, das in deutscher Übersetzung, wohl in Anspielung auf das berühmte Bild von Edvard Munch, auch "Der Schrei" genannt worden ist, muß als poetische Vorahnung des realen Massakers verstanden werden. Sie fand als mit Musik unterlegtes Band, dessen Mastertape Liao Yiwu noch in der Nacht hergestellt hatte, eine weite und massenhafte Verbreitung. Der Kanadier Michael Day hatte dabei geholfen. Fluchtpläne waren gescheitert. Noch während der Arbeiten an einem Film ("Requiem") über die Ereignisse in Peking wurde Liao Yiwu im Frühjahr 1990 verhaftet.

Man warf ihm die "Verbreitung konterrevolutionärer Propaganda mit ausländischer Hilfe" vor. Vier Jahre Untersuchungsgefängnis in Chongquing, dann "Gerichtsgefängnis" und die mit der unendlichen Arbeit des Tütenklebens verbundene Umerziehungshaft hat er durchlitten, bis er am 31. Januar 1994 auf internationalen Druck 43 Tage vor Ablauf der Haft entlassen wurde. Seine Ehe war zerrüttet, die bürgerlichen ("politischen") Rechte wurden ihm für zwei Jahre aberkannt. Er hatte sein Aufenthaltsrecht verloren, lebte teilweise als Straßenmusiker von der Kunst seines Flötenspiels.

Die drei Gefängnisse und ihre Zellen, die Liao Yiwu in den seiner Prosa angefügten Liebesliedern auch den chinesischen Gulag nennt, bestimmen die Gliederung des Hauptteils. Der schildert aus unmittelbarer Anschauung das Leben und Sterben einer Meute von Hunden, die auf dem "Müllhaufen" der Gefängnisse ihr Fressen suchen, sich quälen oder gequält werden und sich vor einander demütigen.

Die Hunde-Metapher aus dem zitierten Brief von Liu Xiaobo ist das Leitbild dieser riesigen, wilden und unverschämt schamlosen Schilderungen von Leid, Schmerz und Unterdrückung, deren Manuskript wie alle Papiere Liao Yiwus mehrfach beschlagnahmt wurde und neu geschrieben werden mußte. Dieser Schriftsteller hat gegen die Vernichtung seiner Existenz angeschrieben, hat sich dichtend und verdichtend gegen die Ausrottung der Literatur als der Hüterin von Wahrheit gestemmt.

Von 23 Tagen Einzelhaft hat er geschrieben, die er stehend mit auf dem Rücken gefesselten Armen überlebt hat. Auch in den von 20 und mehr Häftlingen bevölkerten Gemeinschaftszellen wurden ihm häufig die Hände auf dem Rücken zusammengeschlossen. Die zum Tode Verurteilten trugen Fußfesseln, die von den Leidensgenossen von Schmutz und Exkrementen zu säubern waren. Wer so gefesselt ist, muß vom Boden oder aus einem Napf fressen, kann seine Hose nicht öffnen, kann seine Notdurft nicht ohne Hilfe verrichten. Nicht einmal zu kratzen vermag er sich, wenn es ihn juckt.
Der Juckreiz zwischen den Schenkeln erfordert Bezahlung oder andere Gegenleistungen. Wer aber die Hände frei hat, kann sich während der Sommerhitze im "Hochdruckkochtopf" seiner Zelle vorübergehend Kühlung verschaffen, indem er sich "Zahnpasta in die Rosette" drückt. Kein Wunder, daß Demütigungen oft sexueller Natur sind.
Dieser Zeugenbericht erspart seinen Lesern keinerlei Greuel. Alles ist wahr, und dennoch ist Liao Yiwu in diesem Gefängnis-Buch noch weniger Reporter oder Dokumentarist als er es in den Gesprächsaufzeichnungen von "Fräulein Hallo und der Bauernkaiser" gewesen ist. Dort hat er das Erfragte und Gehörte gestaltet, hier strukturiert er das Gesehene und am eigenen Leibe Erlittene. Der Gefangene wird nach seinem Verbrechen oder seiner Strafe benannt.
Der "Konterrevolutionär", der verspottete, manchmal auch fast liebevoll, zumindest nachsichtig bespöttelte Literat, ist mit "Toten", also mit zum Tode verurteilten Mördern und anderen Kriminellen eng zusammengesperrt. Sie bilden eine Zwangsgemeinschaft von "Oberen" und Opfern, die sich weitgehend selbst verwalten und ihren Aggressionen freien Lauf lassen. Die Verrichtung der Notdurft - auch gestemmt auf die Schultern der Unteren - gehört zum Zentralereignis der Zellen.
Hündisches Kriechen schuldet jeder dem nächst Oberen. Der Elektroknüppel, der hier wie ein Signum der Moderne anmutet, ist eines der Herrschaftsinstrumente. Eine 45 Tagesgerichte umfassende Speisekarte umschreibt im perversen Gestus der Gastronomie einen Kanon von Bestrafungen und Foltern.
"Rachengeschnetzeltes, weich" ist die Bezeichnung des bis zur Verstummung führenden Einschlagens des Adamsapfels. Wer mit seinen Händen Kotklumpen aus der Latrine zu fischen hat, holt "Eingelegtes Gemüse" hervor. Beim "Hundert-Hühner-Festessen" werden drei bis vier Männer so mit einander verzahnt, daß sie sich gegenseitig in die Hoden beißen. Das Trinken von Urin-Suppen gehört dann noch zu den milderen Strafen.
Nichts schielt auf den Effekt von Pornographie oder Sadomasochismus. Die Zumutungen sind groß, und manchmal wünschte man sich unter den Lesern einen heutigen China-Touristen, der den Glamour und den neureichen Luxus Shanghais sucht oder sich an europäischer Aufklärungskunst am Platz des himmlischen Friedens erbauen will. Doch dieser Zeugenbericht bedient nicht seine Leser, er dient der "Würde der Konterrevolutionäre von 89" noch in ihrer größten Erniedrigung. "Im Namen der Wirklichkeit" entsteht Kunst durch Gliederung und Collage, durch Schnitte und Umstellungen im Erzählablauf.
Liao Yiwu ist der Dichter, der Wirklichkeit ernst nimmt, der ihr an keiner Stelle unterliegt. Durch seine Gestaltung erst wird sie wahr. Der Zeugenbericht bezeugt die Wahrheit, ohne sie zu beschönigen. Er gibt ihr die Gestalt, obwohl Liao Yiwu überzeugt ist, daß - so wie es heute aussieht - in China die Toten "umsonst gestorben" sind und die Lebenden umsonst leben. Das Elend dieses Überlebens ist große Literatur geworden. Sie wird die Gefängnisse überleben. Sie wird, wenn die Zensur ihren Glauben an sich selbst verliert, dazu beitragen, daß die Hunde wieder Menschen werden.<<

14.06.1989

Spanien: Der Delors-Bericht wird am 14./15. Juni 1989 während des EG-Gipfels von Madrid gebilligt. Die erste Etappe der Wirtschafts- und Währungsunion soll am 1. Juli 1990 beginnen.

Juni 1989

BRD: Der deutsche Historiker Prof. Dr. Hellmut Diwald (1924-1993) berichtet im Juni 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 - 1989 (x853/...): >>**Laudatio für Alfred Schickel**

Träger des Kulturpreises für Wissenschaft

gehalten am 12. Mai 1989 in Stuttgart

Geschichtsforschung ist ein interessantes, anstrengendes, mitunter sogar aufregendes oder auch amüsantes Geschäft. Selbst in unseren Tagen hängt dieser Tätigkeit noch ein wenig von dem Ruch an, daß sie am erfolgreichsten in den vom Tagesgewirr abgeschiedenen Elfenbeintürmen betrieben wird. Denn zu den auszeichnenden Tugenden des Geschichtsforschers gehört nicht zuletzt die Selbstvergessenheit, die Fähigkeit, in der Sache aufzugehen und sich um nichts anderes zu kümmern als um die Dinge, "die vergangen sind".

Das alles gilt kaum für den jüngsten Zweig am Baum der historischen Disziplinen, für die Zeitgeschichtsforschung. Wer die Zeitgeschichte erforscht, trägt seine Haut zu Markte. Urplötzlich werden von dem vermeintlich selbstvergessen arbeitenden Historiker Eigenschaften verlangt, die man eher bei den Angehörigen waghalsiger Berufe voraussetzt, etwa bei Seiltänzern, Stierkämpfern oder dem Begleitschutz für Geldtransporte.

Zeitgeschichtsforschung in korrekt wissenschaftlichem Sinn verlangt bei uns Mut, Unbeirrbarkeit, kategorische Wahrheitsliebe und die Entschlossenheit, sich durch keine Forderungen des politisch Zutunlichen korrumpieren zu lassen.

Diese Vorbemerkungen sind unerläßlich, wenn man versucht, das wissenschaftliche Werk von Dr. Alfred Schickel angemessen zu würdigen. Dies um so mehr, als dergleichen dem am 18. Juni 1933 in Aussig an der Elbe Geborenen nicht an der Wiege gesungen wurde. Die ersten Etappen des Schulbesuchs fielen noch in die Zeit vor 1945.

Dann wurde seine Familie ins Innere der Tschechoslowakei deportiert und im Jahr darauf nach Bayern vertrieben; Alfred Schickel setzte den Schulbesuch im Jesuitenkolleg St. Blasien im Schwarzwald fort und beendete ihn 1954 mit dem Abitur. Danach studierte er sechs Jahre Geschichte und Philosophie in München, wurde 1960 Studienpräfekt am Studienseminar St. Canisius in Ingolstadt und promovierte 1966 extern bei dem international hochangesehenen Münchener Althistoriker Prof. Siegfried Lauffer mit einer Arbeit über römische Rechtsgeschichte.

1974 wurde ihm die Leitung des Katholischen Stadtbildungswerkes Ingolstadt übertragen. Dr. Schickel, der die Möglichkeit einer Habilitation mit anschließender Universitätslaufbahn bewußt ausschlug, lehrt und unterrichtet bis heute in der traditionsgesättigten, inzwischen zu einem markanten Industriezentrum ausgebauten Stadt an der Donau.

Das wissenschaftliche Werk Dr. Schickels entwickelte sich vergleichsweise ungewollt aus seiner lehrenden Aktivität, aus seinen regelmäßig veranstalteten Vortragsreihen im Katholischen Bildungswerk und den Erträgen zahlreicher Diskussionen.

Bemerkenswert ist dabei die Konsequenz, mit der sich sein Forscherinteresse zunehmend auf Probleme der Zwischenkriegszeit und die Klärung strittiger Fragen der Nachkriegszeit konzentrierte. Jedoch geradezu als spektakulär muß man bezeichnen, daß sich Dr. Schickel seinen Weg durch das dornige Feld der Zeitgeschichte nicht mit Hilfe der Scheuklappen suchte, welche die offiziöse und politisch opportune Zeitgeschichtsforschung ebenso beflissen wie kostenlos jedem frei Haus liefert, der auf diesem Gebiet tätig wird.

Dadurch aber richtete Dr. Schickel in unseren Tagen so etwas wie ein Mahnmal für jene Art von Geschichtsforschung auf, die dereinst, im neunzehnten Jahrhundert, die Grundlagen der modernen Historiographie legte und deren Arbeit *unter dem Imperativ* stand: *"Wahrheit, nichts als die Wahrheit!"*

In Hunderten von Vorträgen, Aufsätzen, Fernsehbeiträgen, Zeitschriften- und Zeitungsarti-

keln, vor allem aber auch in zahlreichen Buchveröffentlichungen befaßte sich Dr. Schickel mit strittigen, ja mit den strittigsten Komplexen der zeitgeschichtlichen Forschung. Unversehens erwuchs daraus die selbständige Sparte einer Disziplin, die sich vollständig frei gehalten hat von politischen Optionen.
Die erstaunlich souveräne Gelassenheit, mit der Dr. Schickel auch die delikatesten Probleme behandelte, ließen sein wissenschaftliches Werk zu einer Verkörperung des alten Prinzips werden, daß man "ruhig in der Rede, aber hart in der Sache" zu bleiben habe. Dies bestimmt auch seine persönliche Haltung bei den zahlreichen Anfeindungen, denen er ausgesetzt war, und deren Hektik sich in einem umgekehrten Verhältnis zur Sachkenntnis befand.
Dr. Schickel - Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Gesellschaften, u.a. der "Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste" - war einer der ersten Wissenschaftler der Bundesrepublik, der intensive Studien in den Archiven der USA betrieb, er war auch der erste bundesdeutsche Wissenschaftler, der von den "American Jewish Archives" in Cincinnati (den größten jüdischen Archiven außerhalb Israels) zu einem Vortrag eingeladen wurde. Seine Aktivitäten erhielten 1981 durch die Gründung der "Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" (ZFI) eine institutionelle Form.
Die ZFI besitzt inzwischen weithin internationales Renommee und ist auf dem besten Weg, sich zu der maßgeblichen Instanz der bundesdeutschen Zeitgeschichtsforschung zu entwikkeln. So unersetzlich auch die Unterstützung seiner zahlreichen Mitarbeiter ist: die ZFI steht und fällt mit Dr. Schickel - mit seinem stupenden Wissen, seiner Arbeitskraft, seiner organisatorischen Begabung, und schließlich seiner Fähigkeit, die Ergebnisse seines Engagements zu publizieren.
Eigens muß aber auch etwas Privates erwähnt werden. Dr. Alfred Schickel ist seit 20 Jahren verheiratet, die Familie hat drei Kinder (die 16jährige Annemarie ist ein Junggenie des Geigenspiels, schon mehrfach mit höchsten Preisen geehrt, eine der größten Hoffnungen unseres Musiklebens):
Ohne die entsagungsvolle Unterstützung durch seine Frau Maria hätte Dr. Schickel nicht ein Bruchteil dessen leisten können, was bis heute vorliegt, und wären ihm nicht bereits zahlreiche Preise zuteil geworden. Als jüngster kommt nunmehr der "Kulturpreis für Wissenschaft" hinzu, mit dem nicht nur das wissenschaftliche Werk eines bedeutenden Landsmannes, sondern auch eines Forschers von internationalem Rang ausgezeichnet wird. …<<

17.07.1989

Belgien: Österreich stellt am 17. Juli 1989 einen Antrag auf Beitritt zur EG.

27.07.1989

UdSSR: Die sowjetische Regierung beschließt am 27. Juli 1989, daß die 3 baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen ab 1990 wirtschaftliche Autonomie erhalten sollen.

Juli 1989

BRD: Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet im Juli 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7 - 1989 (x853/...): >>**Schmähredе auf Dr. Schickel** (*Vorgetragen in Ingolstadt am 28. April 1989 als Einleitung der Frühjahrstagung der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt*)
Liebe Freunde der Geschichtswissenschaft,
nachdem unser verehrter Dr. Schickel vor zwei Wochen das Bundesverdienstkreuz erhalten hat, müßte ich an dieser Stelle eigentlich die traditionelle Laudatio, die Lobrede halten.
Aus gegebenem Anlaß aber habe ich es für passender befunden, eine Schmähredе zu halten und die zahlreichen Laster des Geehrten endlich einmal schonungslos zu brandmarken.
Das kleinste seiner Laster ist noch die *ungesunde Lebensweise*. Statt es wie andere machen, über den Weltkrieg fünf Bücher zu lesen und dann ein sechstes zu schreiben, durchstöbert er Tausende von Originalakten und Dokumenten. Ich warne Herrn Schickel: Das viele Lesen ist

nicht gut für die Augen! Und dann noch der Aktenstaub in den Archiven, der ist ganz schlecht für die Lunge! Sie müssen nämlich wissen, daß Dr. Schickel einer der wenigen deutschen Historiker ist, der sich z.B. an die riesigen Aktenbestände des Nationalarchivs in Washington heranwagt.
Der Geehrte wird sich sicher erinnern, was ihm bei seinem vorletzten Besuch in den USA der Direktor des National Archives sagte: *Von der bundesdeutschen Historikerprominenz läßt sich hier kaum einer blicken.* Und weil eben so wenige die Originalakten lesen, liegt darauf so viel Staub. Und je mehr Staub, desto größer die Gefahr für die Lunge. Daher mein wohlgemeinter Rat für Dr. Schickel:
Schonen Sie Augen und Lungen. Der Mai steht vor der Tür. Genießen Sie die Frühlingssonne bei einem geruhsamen Spaziergang, gehen Sie ins Fitneß-Studio, wenn's regnet, aber lassen Sie diese vollkommen sinnlosen Quellenstudien! Es geht auch ganz gut ohne sie, wie zahlreiche Bestseller beweisen.
Als nächstes Laster unseres Laureaten wäre seine *Verschwendungssucht* zu nennen. Statt seine Hypotheken abzuzahlen, wie es sich für einen ordentlichen Familienvater gehört, vergeudet er sein Geld für Reisen in Europa und Amerika, interviewt Zeitzeugen und kauft ganze Berge von Dokumenten auf Mikrofilm. Oh, welche Verschwendung!
Betrachten Sie doch beispielsweise die Autoren historischer Dokumentationen im Fernsehen. Ich denke da momentan an einen gewissen *Ralf Giordano*, weil ich sein Buch "Die zweite Schuld" vor einiger Zeit gelesen habe. Sein Literaturverzeichnis umfaßt fünf oder sechs Autoren. Aber beim Lesen kamen mir Zweifel, ob der Verfasser auch nur diese wenigen Bücher gelesen hat, so viele historische Fehler enthält sein opus magnum.
Diese Ungereimtheiten waren natürlich kein Hinderungsgrund für begeisterte Rezensionen im Spiegel, Stern, Zeit und im öffentlichrechtlichen Fernsehen. - Apropos Fernsehen, dieser Herr Giordano hat uns bisher schon über 100 TV-Dokumentationen geschenkt. Während Herr Schickel für einen Vortrag beim Katholischen Bildungswerk vielleicht 150 Mark bekommt, kassiert Herr Giordano für seine letzte Produktion "Die Bertinis" nach meiner Schätzung mindestens 150.000,- DM.
Daher mein zweiter Rat für Dr. Schickel: Vergessen Sie schnellstens die Wissenschaft und Ihren Objektivitätsfimmel, entscheiden Sie sich fürs Fernsehen und für die richtige Ideologie, und bei unserer nächsten Tagung werden Sie eine goldene Rolex-Uhr vor sich liegen haben und nicht diese japanische Uhr mit dem billigen Stahlarmband, die ich hier auf Ihrem Tisch sehe.
Damit sind wir schon fast beim dritten Kritikpunkt: Dr. Schickel hat die *falschen Freunde* und Verwandten. Er leitet das Katholische Bildungswerk in Ingolstadt; was ist das schon? Er hat einen Bischof in der Verwandtschaft. Na und? Mit dem eben zitierten Fernsehautor wird er so nicht mithalten können.
Herr Giordano ist zwar zur Zeit parteilos, aber er war jahrelang KP-Mitglied, er saß wegen einschlägigen Gewalttätigkeiten im Gefängnis, und das macht eben einen Autor interessant, das gibt seinen Freunden und Lobrednern das pikante Gefühl der Liberalität und Toleranz; denn wer will schon ein primitiver Antikommunist, ein hirnloser Kalter Krieger sein?
Gleiches gilt natürlich auch auf anderen Gebieten. Als einen von vielen anderen nenne ich nur den *Wiener Bildhauer und Alt-Kommunisten Hrdlitschka*, der an Donau und Rhein die Millionenaufträge der linksregierten Kommunen einsammelt. Wie könnte er sich im Geschäft halten, wenn er nicht ab und zu - wie erst vor wenigen Monaten in einer österreichischen KP-Zeitung - Stalin als eine "nicht unnotwendige Erscheinung" bezeichnen würde?
Wenn unser Dr. Schickel also nicht mit politischer Blindheit geschlagen ist, wird er schnellstens Mitglied bei einer dezenten kleinen K-Gruppe werden - nicht unbedingt bei der DKP, das ist gar nicht nötig -, und er wird sich an einigen militanten Aktionen beteiligen, sagen wir

an Kasernenblockaden. Aber bitte wohldosiert, nicht zu viel und nicht zu wenig.
Wenn er dabei das nötige Feingefühl an den Tag legt, ein bißchen über Kollektivschuld meditiert und ein bißchen vor den aggressiven Absichten der NATO und der bevorstehenden Machtergreifung der Faschisten warnt, wird sein Name bald in den progressiven Medien respektvoll genannt werden, und alle, alle werden sie ihn bewundern; die einen mit dem Auguren-Lächeln der Eingeweihten, die anderen mit dem offenen Mund bürgerlicher Einfalt. Also, lieber Herr Doktor, worauf warten Sie noch?
Bliebe noch als letzter Vorwurf Dr. Schickels krasse *Unwissenheit.* Dieser Mensch kennt zwar unglaublich viele historische Einzelheiten, aber die wichtigsten Dinge übersieht er. Er lebt z.B. in dem Kinderglauben, daß man hierzulande so einfach vor sich hin forschen und eine nachweisbare Tatsache überall frei aussprechen darf. Wie naiv diese Wissenschaftler doch sind! ...
Sie werden wahrscheinlich einwenden, daß wir doch im 20. Jahrhundert leben und obendrein eine Demokratie haben. Man wird Sie schnell eines besseren belehren. Versuchen Sie, verehrter Dr. Schickel, z.B. den Vortrag, den Sie uns gleich anschließend halten wollen, an einer Universität zu halten, meinetwegen in Berlin.
Es werden vermutlich dann die gleichen freundlichen Herren erscheinen, die schon letzte Woche dort regelrechte Pogrome veranstaltet haben. Man wird Ihnen (ich zitiere den Berliner Polizeibericht vom vergangenen Freitag) Messer und Brandsätze, Schlagstöcke und Fahrradketten oder nagelbesetzte Baseball-Schläger zeigen. Ich wette jede Summe, Sie werden der Überzeugungskraft dieser Argumente nicht widerstehen können ...
Bei *Prof. Hillgruber* hat Rudolf Augstein überlegt, ob dessen Schriften nicht Grund genug seien, ihn als Hochschullehrer zu feuern, und im Fall des *Prof. Nolte* mußte der Ketzer zwar nicht persönlich brennen, wohl aber sein Auto.
- Nehmen wir an, die Morde von Katyn wären bis heute ungeklärt, und Dr. Schickel wäre der erste Historiker, der herausfände, daß Stalin und nicht Hitler hinter den Verbrechen steckte. Was würde wohl passieren!?
Vermutlich würde zuerst der Spiegel den "Skandal" anprangern. Eine Woche später wird sich der WDR im Ersten Fernsehen mit den faschistischen Umtrieben in Ingolstadt beschäftigen, und wieder eine Woche später werden die bewußten freundlichen Herren mit ihren Schlagstöcken und Brandsätzen zu einem Höflichkeitsbesuch vorbeikommen.
Und nach fünf Jahren, wenn nicht Gorbatschow inzwischen gestürzt und unser Forscher am Herzinfarkt gestorben ist, wird ihm eine historische Zeitschrift aus Moskau auf den Tisch flattern mit einer Meldung, daß überraschend neue Dokumente über Katyn aufgetaucht seien ... na ja, den Rest der Geschichte können Sie sich selbst zusammenreimen. Wie schrieb doch der Freiheitsdichter Ludwig Börne: 0 närrische Leute, o komische Welt!
Dabei mein letzter Rat für Dr. Schickel: Nehmen Sie die Welt so, wie sie nun einmal ist, seien Sie flexibel, schreiben Sie, was die Mächtigen hören wollen ... Schreiben Sie, was schon 100 andere vor Ihnen geschrieben haben, *schreiben Sie ideologische Erbauungsliteratur,* und bei Ihren Talenten sind Sie ein gemachter Mann!
Starrsinnig, wie ich Dr. Schickel kenne, wird er sich als unbelehrbar erweisen und blind an seinem Glück vorbeigehen. Vielleicht denkt er an einen Satz aus der Bergpredigt: "Wehe, wenn alle Menschen gut von euch reden; denn ebenso taten ihre Väter den falschen Propheten" (Lukas 6, 26). Und vielleicht hat er damit sogar recht.<<

04.08.1989

BRD: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 4. August 1989 über das neue Buch des deutschen Journalisten und Publizisten Johannes Gross (1932-1999) "Phönix in Asche": >>**Mutig nur in der Freizeit**

An Johannes Gross mögen sich die Geister scheiden. Die einen finden seine Intellektualität

arrogant, gräßlich und unerträglich; die anderen lieben ihn wegen seiner Könnerschaft. Er ist ein glänzender Formulierer, ein überaus gebildeter Mann, wie es sie in der Publizistik nur selten gibt, ein großer Spötter vor dem Herrn und ein Meister der belebenden Polemik. So schnell verschlägt ihm nichts die Sprache.
Kein Zweifel, er ist ein Konservativer. Dies zeigt nicht zuletzt sein jüngstes Buch "Phönix in Asche", das er uns pünktlich zum vierzigsten Jahrestag der Republikgründung beschert hat und in dem er versucht, in einer Reihe von kurzen Skizzen "die seelische Realität der Republik einzufangen". Dabei steht für ihn eines außer Frage, wenn er "die Miserabilität ihrer öffentlichen Darstellung" beklagt: Unserem Land fehlt etwas, das er selber in so reichlichem Maße besitzt: Stil.
Dafür kranken wir Deutschen, findet Johannes Gross, an etwas anderem in um so höherem Maße: an Kleinmut und Wehleidigkeit.
"Ein junger Deutscher wird daran gewöhnt, ja er wird dazu erzogen, daß Wagemut, Abenteuerlust, Unternehmungsgeist nur als Schlagwörter für die Freizeitgestaltung ihr Recht haben, aber keinen Platz in der Wirtschaft oder im beruflichen Leben. Wenn irgendwo eine zündende Idee aufträte, kämen die Kleinkrämer von allen Ecken herbeigeeilt, sie zu löschen; sie stört ja nur."
Wer so schreibt und denkt, hat naturgemäß Gegner zuhauf. Alle jene, die sich mit dem Zeitgeist verbunden haben, werden sich an der Behauptung stören, die Bundesrepublik Deutschland gleiche einem Phönix, der es nicht schafft, sich aus der Asche zu erheben, und es – wie Johannes Gross es seinen Lesern unter die Nase reibt – auch gar nicht schaffen will.
"In vierzig Jahren wachsenden Wohlstandes hat der Staat Bundesrepublik nicht ein einziges Gebäude von architektonischem Rang errichtet, kein großes Denkmal in Auftrag gegeben, keine Musik, kein Bildwerk inspiriert – verschwände sie heute wie von Zauberhand, keine mit Sinnen wahrnehmbare Spur würde an sie erinnern. Durch konkludentes (stillschweigendes) Handeln drückt das politische Phänomen Bundesrepublik einen Inferioritätskomplex (Minderwertigkeitskomplex) aus, mögen seine Politiker auch gelegentlich auftrumpfende Reden halten. Was ihr Selbstbewußtsein wert ist, sagen die Steine, die nichts zu reden haben."
Es muß nicht immer ein Krimi sein, den man in die Ferien mitnimmt. Auch wer auf einer anderen Wellenlänge funkt als Johannes Gross, wird sein Buch nicht langweilig finden – vielleicht ärgerlich, aber vor allem anregend, oft scharfsinnig, aber auch schön sarkastisch. Immer wieder blitzt bei ihm jener "gelassene Zynismus" auf, den die Jüngeren so gräßlich finden.
Eines allerdings werden sie diesem Kritiker unserer bundesrepublikanischen Stillosigkeiten nie vorwerfen können: daß er in seinen Urteilen unmenschlich wäre. Dazu ist er viel zu weltklug.

14.08.1989

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (43/1989) berichtet am 14. August 1989 über die DDR im Sommer 1989 (x116/10): >>... Über den kleinen und großen Funktionären jedoch wölbt sich ein ausgeklügeltes Privilegienwesen, mit dessen Hilfe die höheren SED-Chargen sich selbst belohnen – und zugleich die Intellektuellen, allen voran die Künstler, korrumpieren und ruhigstellen.<<

August 1989

BRD: Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet im August 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1989 über "das Deutsche Reich und seine völkerrechtlichen Grenzen" (x853/...): >>... **Klarstellungen zu einem aktuellen Streit**
Seit der CSU-Vorsitzende Theo Waigel auf dem Schlesiertreffen von der offenen deutschen Frage sprach, zu welcher auch das endgültige Schicksal der Ostgebiete des Deutschen Reiches gehöre, ist hierzulande ein erbitterter Streit entbrannt.
Politische Gegner und aufgebrachte Kommentatoren werfen Waigel im Verein mit der kom-

munistischen Warschauer Regierung "revanchistische Gesinnung" und Anpassung an die "Republikaner" vor und forderten Bundeskanzler Kohl zu einer klärenden Stellungnahme auf. Dieser kam im Rahmen seiner Möglichkeiten dieser Aufforderung nach und warnte vor einer unersprießlichen Grenzdiskussion.
Mehr konnte Helmut Kohl auch nicht tun. Denn als Verfassungsorgan ist der Bundeskanzler an die Aussagen des Bundesverfassungsgerichts gebunden. Und dieses hat in insgesamt 6 Urteilen (vom 23. Oktober 1952, 7. Mai 1953, 26. Februar 1954, 17. August 1956, 26. März 1957 und 31. Juli 1973) den Fortbestand des Deutschen Reiches über den Zeitpunkt der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht hinaus festgestellt.
Dabei ging es in Anlehnung an den Grundgesetz-Artikel 116 von "dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937" aus. Zu diesem "Gebiete" gehörten im Osten Schlesien und Pommern ebenso wie Ost- und Westpreußen und sind daher nach der Aussage des Bundesverfassungsgerichts Bestandteile des Deutschen Reiches.
- Da nach der eigenmächtigen Inbesitznahme dieser Gebiete durch die Sowjets und die Polen im Jahre 1945 die tatsächliche Hoheitsgewalt dort seit Jahrzehnten aber nicht mehr vom Deutschen Reich wahrgenommen werden kann, andererseits jedoch auch noch kein rechtsverbindlicher Friedensvertrag abgeschlossen worden ist, befindet sich die endgültige Zugehörigkeit der deutschen Ostgebiete in der Tat noch in der Schwebe und gehört mithin zur offenen deutschen Frage.
Bundesfinanzminister Waigel bewegte sich daher mit seiner Aussage auf dem Schlesiertreffen völlig im Rahmen des Völkerrechts und der höchstrichterlichen Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts. Jede Kritik an den Ausführungen des CSU-Vorsitzenden ist mithin auch ein Widerspruch gegen Völkerrecht und innerstaatliche Rechtspraxis, was in einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik nicht unproblematisch ist. Noch bedenklicher erscheinen die Einwürfe gegen die Waigel-Rede vor dem Hintergrund der geschichtlichen Fakten.
Da ist nämlich Tatsache, daß die Sieger des Zweiten Weltkriegs in ihren grundlegenden Aussagen über Deutschland vom Deutschen Reich des Jahres 1937 ausgegangen sind. Das belegen die Dreimächtevereinbarungen zwischen USA, UdSSR und Großbritannien vom August und September 1944 ebenso wie eine von ihnen am 12. September 1944 abgezeichnete Deutschlandkarte "Germany - Zones of Occupation".
Auf dieser Karte erstreckt sich Deutschland von Aurich bis Oppeln und von Freiburg bis zur Memel, umfaßt also eindeutig die deutschen Ostgebiete. Daran ändert sich auch nach der deutschen Kapitulation nichts, wie die Viermächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 ausweist. Darin verkündeten England, Frankreich, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, daß "Deutschland innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, für Besatzungszwecke in vier Zonen aufgeteilt wird".
Illustriert wird dieses Deutschland-Bild von einer Karte, welche die amerikanische Besatzungszeitung für Bayern, "Münchener Nachrichten", am 28. Juli 1945 veröffentlichte. Als "Karte der endgültigen Zonen" stellt sie das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 vor und weist der "Russen-Zone" neben der heutigen DDR auch Pommern und Schlesien zu. Aus Platzgründen fehlt die Einzeichnung Ostpreußens.
So blieb die Deutschland-Definition als das Gebiet in den Grenzen von 1937 auch in den Nachkriegsjahren gültig - zumindest für die drei Westmächte. Diese bewirkten dann, daß der Parlamentarische Rat gleichfalls von einem solchen Deutschland ausging und den Grundgesetz-Artikel 116 entsprechend formulierte. Dieser Grenzbeschreibung folgte wiederum das Bundesverfassungsgericht in seinen erwähnten Urteilen über die Gültigkeit des Reichskonkordates von 1933 und die Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrages von 1972.
Die im Moskauer Vertrag vom August 1970 und im Warschauer Vertrag vom Dezember 1970 beschriebenen Grenzverläufe mit der namentlichen Erwähnung der Oder-Neiße-Linie als der

polnischen Westgrenze und der innerdeutschen Grenze als Staatsgrenze beanspruchen nach dem Verständnis des Grundgesetzes keine Endgültigkeit, da sie nicht Bestandteil eines Friedensvertrags oder einer friedensvertragsähnlichen Regelung sind. In diesem Falle hätten die beiden Ostverträge mit Zweidrittel-Mehrheit gebilligt werden müssen. Sie haben aber bekanntlich nur eine relative Mehrheit im Deutschen Bundestag bekommen und diese auch nur nach Annahme einer von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchgesetzten gemeinsamen Resolution des Deutschen Bundestages. ...<<

01.09.1989

BRD: Die Bundesregierung lehnt am 1. September 1989 den SPD-Antrag zur endgültigen Festlegung der Oder-Neiße-Linie ab. Sie bestätigt aber den Warschauer Vertrag von 1970.

09.09.1989

DDR: Die am 9. September 1989 gegründete Bürgerbewegung "Neues Forum" erklärt (x303/-168): >>... Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen. ... Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. ...

Wir bilden eine politische Plattform für die ganze DDR, die es möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen.<<

11.09.1989

Ungarn: Die ungarische Regierung läßt am 11. September 1989 die Grenzen nach Österreich öffnen.

Danach fliehen innerhalb von 3 Tagen rund 15.000 DDR-Bürger nach Österreich bzw. in die Bundesrepublik (x175/820).

19.09.1989

Belgien: Die EG unterzeichnet am 19. September 1989 ein Wirtschaftsabkommen mit Polen.

25.09.1989

DDR: In Leipzig protestieren am 25. September 1989 rd. 5.000 DDR-Bürger für Reformen.

30.09.1989

DDR: Die Bürgerbewegung "Demokratie Jetzt" erklärt am 30. September 1989 (x303/168): >>... Wir leiden, weil wir (vom Staat und von der SED) nicht als mündige Bürgerinnen und Bürger behandelt werden. ...

Eine Minderheit maßt sich das Recht auf Wahrheit an. Die machtstützenden Organe entziehen sich der öffentlichen Kontrolle. Schulen und Hochschulen, Wissenschaft und Kunst werden von Ideologen beherrscht.

Von unseren Nachbarn sind wir durch eine menschenverachtende Mauer getrennt. Wir dürfen nicht reisen, wohin wir wollen. ...

War das unser Traum von der Freiheit des Menschen? ...<<

02.10.1989

DDR: In Leipzig wird am 2. Oktober 1989 die bisher größte Demonstration (rd. 20.000 Teilnehmer) durch Volkspolizisten gewaltsam beendet.

06.10.1989

DDR: Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow fordert die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anläßlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten ("Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" ...).

07.10.1989

DDR: Der Pfarrer der Leipziger Nicolaikirche berichtet am 7. Oktober 1989 (x303/169): >>... Von unserer Wohnung aus wurden wir Zeugen des gewaltsamen Polizeieinsatzes, den wir persönlich erlebten, gegenüber einer wehrlosen, gewaltlosen Menschenmenge, die erstaunli-

cherweise dennoch keine Angst zeigte.
Das Einschlagen auf wehrlose, bereits festgenommene Menschen hat uns um so mehr entsetzt, da wir solches Vorgehen staatlicher Organe bisher nicht kannten.<<

09.10.1989

DDR: In Leipzig duldet die SED-Regierung am 9. Oktober 1989 erstmals eine Demonstration von 50.000-70.000 Teilnehmern ("Wir sind das Volk - keine Gewalt ...").
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (2/1990) berichtet später über diese Demonstration in Leipzig (x298/241): >>Eine seltsame Spannung liegt an diesem nach welkem Laub und Braunkohle riechenden 9. Oktober über der Stadt.
Gerüchte schwirren: Die Betriebskampfgruppen, so daß härteste, haben für heute Schießbefehl erhalten. Mit Blaulicht umkurven lange LKW-Kolonnen, beladen mit Volkspolizei, den Ring, der die Leipziger Innenstadt einfaßt.
In der Nikolaikirche, wo montags um 17 Uhr das traditionelle Friedensgebet beginnt, ist bereits eine halbe Stunde zuvor nicht einmal mehr ein Stehplatz frei. Vor der Kirche wird die Menge immer dichter. Sie schweigt.
Um sechs, als die Nikolaikirche die 3.000 Frommen und Neugierigen entläßt, die drinnen Platz gefunden haben, ist der Karl-Marx-Platz schwarz von Menschen, 20.000 mindestens. Zaghaft ertönen erste Rufe: "Gorbi, Gorbi", "Demokratie jetzt".
Plötzlich ohne erkennbare Regie, setzt sich der Zug von der Nikolaikirche in Bewegung. "Schließt euch an, schließt euch an", skandieren die Marschierer.
Als die Spitze der Kolonne den Platz der Republik vor dem Leipziger Hauptbahnhof erreicht, sind dem Ruf rund 70.000 gefolgt. Junge Leute und ältere, Männer mit langen Haaren und solche mit akkuratem Messerschnitt.
"Gorbi, Gorbi", schallt es zu den Häuserfronten hoch und vom Beton verstärkt, zurück. Auch ältere Ehepaare, den obligaten Einkaufsbeutel am Handgelenk, klatschen dazu rhythmisch in die Hände: "Wir sind das Volk, wir sind das Volk."
Die Vopo ist kaum zu sehen. Die Stasi hat sich verkrümelt. Hinter verschlossenen Bahnhofstüren stehen einige Dutzend martialische Gestalten mit Helmen und Knüppeln, das ist alles. Doch die Demonstranten gucken nicht einmal hin. Der Lindwurm kriecht um die Stadt, die Parolen wiederholen sich: "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", "Keine Gewalt", und immer wieder "Gorbi, Gorbi".
So plötzlich, wie sich der Zug gebildet hat, löst er sich auf. "Heute waren wir 70.000", sagt einer um die 50 selbstbewußt und angstfrei, "nächsten Montag werden es 100.000 sein". ...<<

16.10.1989

DDR: Mehr als 120.000 Demonstranten ziehen am 16. Oktober 1989 durch Leipzig.

18.10.1989

DDR: Staats- und Parteichef Erich Honecker (1912-1994) tritt zurück und wird am 18. Oktober 1989 durch Egon Krenz abgelöst.

23.10.1989

DDR: In Leipzig fordern am 23. Oktober 1989 rd. 300.000 Menschen freie Wahlen und demokratische Reformen.

Oktober 1989

DDR: Die deutsche Schriftstellerin Christa Wolf (1929-2011) schreibt im Oktober 1989 in der "Wochenpost" (x298/235): >>Vor vierzehn Tagen nach einer Lesung in einer mecklenburgischen Kleinstadt, beschwor ein Arzt die Anwesenden, ... jeder sollte jetzt an seinem Platz wenigstens offen und deutlich seine Meinung sagen, sich nicht einschüchtern lassen und nichts gegen sein Gewissen tun. In die Stille nach seinen Worten sagte leise und traurig eine Frau: "Das haben wir nicht gelernt."
Zum Weitersprechen ermuntert, erzählte sie von dem politisch-moralischen Werdegang ihrer

Generation – der heute knapp Vierzigjährigen – in diesem Land: Wie sie von klein auf dazu angehalten wurde, sich anzupassen, ja nicht aus der Reihe zu tanzen, besonders in der Schule sorgfältig die Meinung zu sagen, die man von ihr erwartete, um sich ein problemloses Fortkommen zu sichern, das ihren Eltern so wichtig war. ...
Nun sagte diese Frau, könne sie doch nicht auf einmal "offen reden", ihre "eigene Meinung sagen". Sie wisse ja nicht einmal, was ihre eigene Meinung sei.
Ein erschütternder, wenn auch nicht überraschender Befund. ...<<
BRD: Der deutsche Theologe Prof. Dr. Georg May berichtet im Oktober 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 1989 (x853/...): >>**Die Wunde gegenüber Polen**
(Bökmann) Das folgende Polen-Kapitel ist dem bedeutenden Werk von Professor Georg May entnommen:
Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz, Band I, S. 664-677, Verlag B. R. Grüner, Amsterdam 1981. …
1. Die knappe, ausgewogen-objektive Darstellung ist um so besser geeignet, treffend die bis zum verhängnisvollen, schändlichen Diktatvertrag von Versailles zurückreichende, dort vorprogrammierte Geschichte der mit Hilfe des deutschen Kaiserreiches und Österreich-Ungarn wiederentstandenen polnischen Staatlichkeit zu verstehen.
Versailles und seine Folgen traten die so hehr und feierlich von Präsident Wilson als Kriegsziel proklamierten Selbstbestimmungsrechte der Völker mit Füßen. Polen und die Tschechoslowakei, Begünstigte und Nutznießer solcher Zerstückelungspolitik, entwickelten – sich sofort militärisch hoch aufrüstend - daher eine Unterdrückungspraxis gegenüber den ihnen zugeschlagenen Minderheiten.
Polen verfolgte darüber hinaus von Anfang an eine Gewalt-, Kriegs- und Blutpolitik, die auf Eroberungen im imperialistischen Stil aus war. Man denke an den Krieg gegen Rußland (Vorstoß bis etwa Kiew) 1920/1921, als dies durch Revolution und Weltkriegsniederlage geschwächt war (das "Wunder an der Weichsel" wurde v.a. durch die Hilfe der Franzosen gemacht).
Man beachte die mehrfachen Kriegsdrohungen und Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland in den Jahren 1930 bis 1933, zu einer Zeit, da Deutschland militärisch ganz schwach und unterlegen war. Die "Provozierende Arroganz" jener Politik steigerte sich in und durch Außenminister Oberst Beck.
Die geschichtliche Wahrheit gebietet, die Haltung Hitlers gegenüber Polen zu erinnern. "Trotz der am 6. März 1933 von den Polen mit dem Kriegsschiff "Wilja" in Danzig durchgeführten Provokation und obwohl ihm Sachverständige des Auswärtigen Amtes und der Reichswehr davon abrieten, entschloß sich Hitler zu einer polenfreundlichen Politik ...
Die Bemühungen Hitlers zeitigten schon im nächsten Monat den ersten, wenn auch bescheidenen Erfolg. Pilsudski berief am 30. Mai l933 Jozef Lipski zum polnischen Botschafter in Berlin ... Lipski war in Deutschland aufgewachsen und begünstigte die Politik einer polnisch-deutschen Zusammenarbeit" (aus dem außerordentlich instruktiven, sehr um Objektivität bemühten 2-bändigen Werk des führenden deutschen Offiziers der Abwehr Oskar Reile: Der deutsche Geheimdienst im II. Weltkrieg, Bd. I Ostfront. Die Abwehr im Kampf mit den Geheimdiensten im Osten, Weltbild Verlag Augsburg, 1989, hier S. 116 ff. "Kriegsgefahr im Jahre 1933").
2. Als Hitler am 19. Oktober 1933 aus dem Völkerbund austrat, weil man Deutschland auf der Abrüstungskonferenz in Genf die Gleichberechtigung verweigerte (die polnischen und französischen Vertreter stimmten gegen die Gleichberechtigung Deutschlands) kam es erneut zur Krise. Marschall Pilsudski plante einen Krieg gegen das Reich, solange es noch schwach war. Er bemühte sich, Frankreich für eine aktive Beteiligung zu gewinnen. "Die im Zusammenhan-

ge damit von der deutschen Abwehr in Polen durchgeführte Erkundung führte zum Ergebnis, daß die Lage sehr ernst sei und mit der Möglichkeit eines polnischen Angriffs auf Deutschland gerechnet werden müsse."(0. Reile, a.a.0., S. 117).
Hitler bemühte sich erneut um Ausgleich. Nach längerem Zögern von polnischer Seite wurde am 26. Januar 1934 ein deutsch-polnischer Nichtangriffsvertrag unterzeichnet.
Dennoch: "Die Deutsche Militärische Abwehr konnte im Sommer 1933 an Hand beschaffter Geheimdokumente melden, daß der polnische Aufmarschplan gegen Deutschland aufgestellt sei und Pilsudski seit dem Frühjahr nur auf die Zustimmung Frankreichs warte, um losschlagen zu können. Im Dezember 1933 wies die Abwehr die Berliner Ministerien ferner daraufhin, daß Polen im Begriff war, seine Beziehungen zur Sowjetunion zu festigen." (0. Reile, a.a.0., S. 118).
3. Jozef Beck spielte die entscheidende kriegstreibende, verhängnisvolle Rolle als polnischer Außenminister, insbesondere nach dem Tode von Marschall Pilsudski 1935. "Unter seiner Leitung kam es zur Entwicklung einer außenpolitischen Konzeption Polens gegenüber Deutschland, die geradezu als teuflisch bezeichnet werden muß." (Reile, S. 102). "Mehr und mehr entschied sich Beck für die Thesen des Historikers Adolf Bochenski, der eine Politik des Blutvergießens als die einzig richtige für Polen verkündete.
Ihm schwebte vor, mit Hilfe der Westmächte Europa erneut in einen großen Krieg zu stürzen. Da der Erste Weltkrieg Polen die Selbständigkeit und einen Teil der ursprünglich polnischen Gebiete gebracht habe, sei zu hoffen, daß ein zweiter großer Krieg Polen auch noch die restlichen Gebiete bescheren werde, auf die es Anspruch erheben könne." (0. Reile, S. 213).
Winston Churchill schreibt in: Der Zweite Weltkrieg (Hamburg 1949-1952), I, 5.193: "Es bleibt eine geheimnisvolle Tragödie in der europäischen Geschichte, daß ein Volk, das jede heroische Tugend besaß, dessen Individuen begabt, tapfer und liebenswert sind, wiederholt und hartnäckig Fehler in fast jedem Teil seines Staatslebens beging."
Und der Danziger Völkerbundshochkommissar Carl J. Burckhardt schrieb in einem Bericht vom 20.12.1938 über die Polen:
"Die Polen haben ein Gran Narrheit. Sie zerbrechen die Gläser um Mitternacht. Sie sind das einzige unglückliche Volk in Europa, das Sehnsucht nach dem Schlachtfeld hat. Sie sind ruhmsüchtig und kennen darin kein Maß." (Freund, Michael: Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1938-1939, Bd. 1, Freiburg 1954-1956, S. 394).
Über die Stimmung bei den Polen, die einer zum Krieg und zur Gewalt treibenden Hysterie gleichkam (auf deutscher Seite gab es nichts Vergleichbares, vielmehr Ernst, Besorgnis, große konzentrierte Ruhe), schrieb derselbe Burckhardt am 5.7.1939 an Roger Makius, einen britischen Völkerbundsdelegierten in Basel:
"Bei den Polen setzte sich eine gefährliche Stimmung durch. Man gab vielfach zu, oder was schlimmer ist, man erklärte sogar, daß ein allgemeiner Krieg das letzte Heil für die Republik bedeuten würde. Man begann, was besonders gefährlich ist, sich mit dem Gedanken einer unvermeidlichen Katastrophe vertraut zu machen; maßlose Aussprüche fielen, und das Ergebnis von alldem war eine Art von psychischer Vergiftung in dieser unglückseligen Stadt ..." (Burckhardt, Carl J.: Meine Danziger Mission 1937-1939, München 1960, S. 318).
4. In seiner lesenswerten Dokumentation "Das Jahrhundert der Lüge - Von der Reichsgründung bis Potsdam 1871-1945, mit einem Vorwort von Prof. Hellmut Diwald", Arndt- Verlag Kiel 1989 (dem Buch sind die o.a. Zitate entnommen), schreibt Hugo Wellems:
"Seit der polnischen Teilmobilmachung am 23.3.1939 sowie dem Erhalt der einseitigen britischen Garantieerklärung vom 31.3.1939 war Polen gegenüber dem Deutschen Reich betreffs Regelung des Korridor- und Danzig-Problems nicht mehr wirklich verhandlungsbereit.
Der Völkerbundskommissar für Danzig, Burckhardt, schrieb: "April 1939 sind für Polen die Würfel gefallen". Bestärkt durch Großbritannien und die USA glaubten die Polen, zwischen

den "Riesen" Deutschland und Sowjetunion selbständige Großmachtpolitik betreiben zu können." (S. 124)
Der Historiker Michael Freund schrieb über die Intransigenz der Polen in den entscheidenden Wochen vor dem 1.9.1939: "Ihre (die polnische) Diplomatie war wie die Angriffe ihrer Reiterei auf deutsche Panzer. Sie verweigerten jede Verhandlung mit selbstmörderischer Großspurigkeit. Sie lehnten es ab, einen deutschen Vorschlag auch nur entgegenzunehmen, als ob man nicht hätte nein sagen können, nachdem man die Vorschläge gelesen hat." (Deutsche Geschichte, München 1979, S. 1.296).
5. Kurz: die gängige Rede vom unprovozierten Überfall der Deutschen auf ein (was der Ausdruck ja impliziert) friedlich-argloses Polen entspricht nicht der geschichtlichen Wahrheit. Das Kalkül der Briten (balance of power), hinter denen - antreibend und unterstützend - die Roosevelt-Administration (aus ideologischen und Machtgründen) stand, begleitet von den Franzosen, ließ die Polen hoffen, nach einem Weltkrieg, den sie deshalb bewußt riskierten, Vorteile im Sinne neuerlichen Landgewinns kassieren zu können.
Das Ziel war keineswegs Verteidigung sondern Angriff Sieg und Eroberung zum Zwecke imperialistischer Machterweiterung. Aber diese ziemlich zynische Rechnung ging nicht auf. Als Hitler - nach Erschöpfung aller Verhandlungs- und Vermittlungsmöglichkeiten - am 1. September 1939 die Wehrmacht einmarschieren ließ und deswegen die Westfront fast völlig entblößte, hielt Frankreich (mit einer Streitmacht von 6 Millionen Soldaten) völlig still. Ein Angriff in diesen Tagen hätte das Ende des Krieges bedeutet. Aber die Franzosen wollten in Wahrheit nicht "für Danzig sterben".
Der spätere General Nikolaus von Vormann schreibt in seinen lebendig die entscheidenden Tage schildernden Erinnerungen "So begann der Zweite Weltkrieg. Zeitzeuge der Entscheidungen - Als Offizier bei Hitler 22.8.1939 - 1.10.1939", Druffel-Verlag Leoni 1988, S. 104: "Die Lage im Westen war grotesk, ohne jeden Vorgang in der Kriegsgeschichte. Die französische Regierung hatte den Krieg erklärt und augenscheinlich verweigert das Heer, also das Volk, die Gefolgschaft. Es war noch kein scharfer Schuß gefallen ... Bei Saarbrücken zeigten die Franzosen große Spruchbänder "Von uns fällt der erste Schuß in diesem Krieg nicht".
Mit englischen Truppen bestand keine Berührung ... Französische Überläufer erklärten, daß die vordersten Postierungen nicht scharf geladen hätten und auch nicht laden dürften."
6. Über Frankreichs ziemlich unrühmliche, die Polen täuschende und im Stich lassende Taktik schreibt er: "In erstaunlichem Widerspruch zu diesem Zustand standen die französischen Heeresberichte. Sie meldeten schwere Kämpfe und ließen zwischen den Zeilen diese als Einleitung baldiger großer Operationen durchschimmern. Für dieses merkwürdige Verhalten schien mir eine einzige Erklärung möglich zu sein: Frankreich war bemüht, den Anschein zu erwekken, daß es getreulich seinen Vertragsverpflichtungen nachkam, es war aber nicht gewillt, wirklich zu kämpfen. ...
Es war durchaus zu erwarten, daß Polen voller Vertrauen auf seinen Verbündeten bis zum Verbluten kämpfte. Das entsprach durchaus polnischer Mentalität. Die Sowjets haben noch 1944 dasselbe Spiel wiederholt und in kluger Berechnung dieser geistigen Einstellung im August den großen Aufstand in Warschau inszeniert. Sie haben ihren Vormarsch dann gestoppt und abgewartet, bis wir für sie die Nationalisten erledigt hatten." (S. 115). "Es müssen bei der polnischen Führung weitgehende Versprechungen und eine wahrheitswidrige Orientierung über die Entwicklung im Westen vorgelegen haben."
Wie die Polen also die Briten/Franzosen für ihre Großmachtträume benutzen wollten, so haben die Franzosen sie bluten lassen, bis sie als Vertragspartner verschwunden waren. Und die Engländer haben sie später bei Monte Cassino für sich und die Amerikaner verbluten lassen. Hitlers Kriegswille war wiederum Stalin willkommen, der anstrebte, als Letzter auf den Plan zu treten, um die Hauptbeute einstreichen zu können. Am Ende hatten sich alle blutreich ge-

täuscht.
Man sollte meinen, daß die Rachesaat von Versailles und das chauvinistische Kalkül mit seinem furchtbaren Scheitern die Mitschuldigen endlich zur Besinnung brächten. Aber davon kann keine Rede sein.
7. Die haßerfüllten brutalen Vertreibungen vor und nach Ende des Krieges - Deutsche durch Polen - hat die Wunde Polen erneut blutend aufgerissen. "Im Zuge von Flucht, Vertreibung sowie Verschleppung in die Sowjetunion sind 2,8-3 Millionen Menschen teils durch Verbrechen, teils durch Hunger, Seuche und Erschöpfung zu Tode gekommen." (Heinz Nawratil: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten, Herbig Materialien zur Zeitgeschichte, herausgegeben von der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt, Herbig Verlagsbuchhandlung München-Berlin 1986, S. 66). Der Autor schreibt S. 34 ff.:
"Der Tod bei Flucht und Vertreibung wurde billigend in Kauf genommen - rechtlich gesehen ein Fall des bedingten Vorsatzes (dolus ventualis), der dem dolus directus gleichgestellt ist. Auch bei den NS-Verbrechen haben Wissenschaftler untersucht, welcher Prozentsatz der Opfer gezielt getötet wurde und wie viele "an Überarbeitung, Seuche, Hunger und Elend" zugrunde gingen, ohne daß deswegen die Gesamtzahl der Opfer relativiert worden wäre.
Nicht zu übersehen ist ferner, daß Vertreibungen als solche auch nach Auffassung der Alliierten Verbrechen darstellten. Schon am 17. Oktober 1942 hatte das polnische Exilkabinett in London ein Dekret gebilligt, das im Hinblick auf die Umsiedlungsaktionen Hitlers und Stalins in Polen für Deportation die Todesstrafe vorsah. Tatsächlich erklärte dann am 8. August 1945 der Londoner Vertrag über die "Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse" Deportationen aller Art zu Kriegsverbrechen bzw. Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Titel II, Art. 6, Buchst. b und c des Status zu Art. 2 des Vertrages). Eine Verfolgung alliierter Täter war in dem Vertrag allerdings nicht vorgesehen.
Am 30. September und 1. Oktober1946 verurteilte das Internationale Militärtribunal von Nürnberg mehrere führende Nationalsozialisten zum Tode. Einige von ihnen waren u.a. des Versuchs für schuldig befunden worden, in gewissen annektierten Gebieten "den bisherigen Volkscharakter dieser Gebiete zum Verschwinden zu bringen".
Zu diesem Zweck - so hatte schon die Anklageschrift ausgeführt - "deportierten die Angeklagten gewaltsam Einwohner ... und brachten dafür Tausende von deutschen Siedlern in die betreffenden Gebiete". Dazu stellt das Urteil ergänzend fest: "Die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung ... waren Teil eines Planes, sie zu beseitigen und ihr Gebiet für deutsche Siedlungszwecke frei zu machen." –
Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220 a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten - die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte - müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.
Unter diesen Aspekten dürfte es kaum zu vermeiden sein, sämtliche Menschenopfer im Rahmen der Vertreibung als Verbrechensopfer zu betrachten."
8. Man kann nicht umhin, sich klarzumachen, daß die nun seit Jahrzehnten hartnäckig, barbarisch, gewalttätig und blutig durchgesetzte polnische Minderheitenpolitik, insbesondere gegenüber den Deutschen, eine Schande ist. Auch auf diesem Hintergrund ist der, selbst von hohen kirchlichen Personen Polens gepflegte polnische Unschuldswahn (auf seine mehr messianisch-katholisch-politische Weise ähnlich der Hitler'schen Devise: gut ist, was dem Volke nützt) entweder reiner Macht-Zynismus oder - viel wahrscheinlicher - eine bis zum Wirklich-

keitsverlust gehende echte (tiefenpsychologisch aufzufassende) Verdrängung.
Wir Deutsche haben gelernt, das Verhängnis der nationalsozialistischen Ideologie zu erkennen. Die deutschen Katholiken haben ihm - geführt von ihren Bischöfen, bestärkt von Papst Pius XI. - widerstanden. Auch unsere Mitschuld am Kriege, insbesondere das unverantwortliche Hasardspiel Hitlers mit seinem Volk; erst recht seine verbrecherischen neodarwinistischen Rassenwahn-Aktionen lasten auf uns, die wir zu haften haben. Kann aber Versöhnung reifen durch eine dauernde Alleinschuld, Anerkenntnis fordern, um dann von daher endlose Milliardenforderungen zu erpressen? Noch dazu in ein "Faß ohne Boden"?
"So wird die angebliche Alleinschuld Deutschlands instrumentalisiert, um alle etwaigen Forderungen nach Wiedergutmachung des entsetzlichen Unrechts, das dem deutschen Volk nach 1945 widerfahren ist, im Keime zu ersticken. Das Argument von der deutschen Alleinschuld muß dazu herhalten, den Fortbestand der völkerrechtswidrigen Fremdbesetzung deutschen Staatsgebietes und die Mauer quer durch die deutsche Hauptstadt zu rechtfertigen.
Das Argument von der deutschen Alleinschuld wird angeführt, um ... sogar das System von Jalta und Potsdam, also die Fremdbestimmung eines ganzen Kontinents, mit dem Schein des Rechts zu versehen." (Helwig, Adolph – Auffenberg - Komarow in seinem Vorwort zu der von Prof. Berthold Rubin herausgegebenen Dokumentation: War Deutschland allein schuld? Der Weg zum Zweiten Weltkrieg, DSZ-Verlag München 60, 1988).
9. Monsignore Ulrich Paul Lange bezieht sich in einer Besinnung aus gegebenem Anlaß auf "Das Apostolische Schreiben des Papstes zum fünfzigsten Jahrestag des Kriegsbeginns" (Deutsche Tagespost Nr. 103, Seite 4, Dienstag, den 29. August 1989).
Er schreibt: "Natürlich gibt es da nur einen Schuldigen, die Deutschen und ihre Verbündeten. Natürlich haben die Deutschen auch hier die Polen "überfallen". Natürlich wird nur die Zeit von 1939 bis 1945 berücksichtigt. Für den Papst gibt es nur "sechs furchtbare Jahre"; daß noch 1946 und1947 viele Millionen deutsche Menschen gequält, gepeinigt, unterdrückt, vertrieben und ermordet wurden, scheint ihm entgangen zu sein.
Nur mit Beklemmung kann man lesen: "Nach 1945 sind wir (der Papst und die Staatsmänner, an die er sich wendet) Zeugen und Teilnehmer an lobenswerten und erfolgreichen Anstrengungen geworden, um Europa in materieller wie geistiger Hinsicht wieder aufzubauen" (DT, S. 5).
Die Vertreibung und die damit verbundenen Verbrechen werden vom Papst mit einem Satz als "gewaltsame Umsiedlung von Volksgruppen" erwähnt, wobei man nicht einmal weiß, ob damit die fast 12 Millionen Deutschen, 6.944.000 aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches, 2.921.000 aus dem Sudetenland und der Tschechoslowakei und die anderen aus den übrigen Ländern gemeint sind (vgl. "Ostdeutschland", herausgegeben vom Ständigen Rat der Ostdeutschen Landsmannschaften ... Königswinter,1982, S. 56).
Wenn der Papst gleichzeitig die Menschen einlädt "Vorurteile zu überwinden", weiß man eigentlich nicht, was dies bei seiner eigenen einseitigen Betrachtungsweise bedeuten soll. Mit Recht nennt der Papst "die organisierte Barbarei, die gegen das jüdische Volk gewütet hat" beim Namen. Der fürchterliche Antisemitismus in Polen bleibt unerwähnt.
Der "nucleare Holocaust von zwei japanischen Städten" wird nicht verschwiegen, der Holocaust der sich zu Hunderttausenden in Dresden drängenden Flüchtlinge, "als britische und amerikanische Bomber am 13. und 14. Februar 1945 ihre tödliche Fracht über der Stadt entluden und mehr als 250.000 Menschen töteten - soviel wie die Vereinigten Staaten insgesamt im Zweiten Weltkrieg verloren und mehr als der Atombombenangriff auf Hiroshima an Menschenleben kostete", (Wilfried Ahrens, Verbrechen an Deutschen, … Arget, S. 14), wird nicht erwähnt.
Bei allem Respekt vor dem Amt des Papstes muß man doch feststellen: Diese Schwarz-Weiß-Malerei ist seines Amtes nicht würdig! Er liegt ganz offensichtlich immer noch auf der Linie

des Hirtenschreibens der polnischen Bischöfe vom 10. Februar 1966 an die Gläubigen in Polen, wo sie ihre angebliche Versöhnungsbereitschaft mehr als relativierten. Wörtlich heißt es da: "Wir sagten: Wir bitten um Vergebung. Hat die polnische Nation einen Grund, unsere Nachbarn um Vergebung zu bitten? Sicherlich nicht." (0. Golombek, Die katholische Kirche und die Völkervertreibung, Köln 1966, S. 230-237.)
"Was sollen auf diesem Hintergrund Mahnungen und fromme Floskeln für die jeweils anderen? Ein Papst sollte eigentlich, ganz egal woher er kommt, über den Parteien stehen." Soweit Monsignore Lange.
10. Es hat schon sehr befremdet, daß der Papst den polnischen Insurgenten Korfanty, der mit seinen Banden mitten im Frieden in Oberschlesien Terrorangriffe mit brutalen Morden anzettelte, auf dem Annaberg wie einen Nationalheiligen feierte. Was indes bei einer großen Jugendkundgebung auf der Danziger Westernplatte zu hören war, erscheint wie das Zeichen eines völlig unabgeschwächten katholisch-polnischen Chauvinismus.
Man erinnere sich, daß auf der dem Danziger Hafen vorgelagerten Halbinsel Westernplatte provokativ von den Polen ein Munitionslager eingerichtet und schwer befestigt wurde. Dort beschoß zu Beginn des Krieges (1.9.1939) ein deutsches Kriegsschiff die polnischen Geschützstellungen. Die Polen wehrten sich tapfer, aber sinnlos.
Am 12. Juni 1987 nun wird hier dem Papst ein martialischer Empfang gegeben. Ein Kriegsschiff feuert 21 Schuß Salut, General Jaruzelski hatte Befehl gegeben ("als Oberbefehlshaber der Streitkräfte"), daß die Fahne gehißt wird und alle Kriegsschiffe ihre Sirene ertönen lassen. Und dann sagte der Papst der polnischen Jugend: "Auch jeder von euch, junge Freunde, findet in seinem Leben seine Westernplatte: Eine Dimension der Aufgaben, die er übernehmen muß, eine gerechte Sache, für die er kämpfen muß ..." (Die Welt vom 13.6.87).
In einer seltsam imperialen Geographie sprach er von der Ostsee als dem "polnischen Meer" und vor dem Westernplatte-Ehrenmal mahnte er, "sich stets der Herausforderung dieses Symbols zu stellen".
Nun: drei Tage später, am15. Juni 1987, wurde der Tender "Nekkar" der Bundesmarine bei der samländischen Küste, in der Höhe von Pillau, ohne jede Warnung von sechs Einheiten der polnischen Marine mit den verfügbaren Rohrwaffen (30 mm-Revolver-Kanonen und 76 mm-Geschütze) scharf an Bug und Heck beschossen. Acht Treffer zählte die Besatzung und über 200 Splitter-Einschläge. Es gab drei Verletzte. Nach allen Umständen fiel es schwer, an ein "Versehen", an einen "Zufall" zu glauben. Also auch heute noch, mit anheizend-patriotischen Reden möglicherweise Spiel mit dem Feuer!
11. Wir sind der Meinung, daß nur die volle ganze Wahrheit, ohne Verschweigen, Aufbauschen, Verharmlosen Grundlage einer Versöhnung sein kann. Auschwitz wird schon fast routinemäßig seit Jahrzehnten besucht und zwecks Anklage der Deutschen genutzt. Wie wäre es, wenn auch mal eines der polnischen KZs, z.B. Lamsdorf wo tausende Deutsche umgebracht wurden, nur weil sie Deutsche waren, eine viel und regelmäßig von Polen besuchte Stätte des Gedenkens und der Erschütterung über soviel kriminelle Energie eines doch frommen Volkes würde?
Am 22. April 1947 richteten die bayerischen Bischöfe einen Aufruf "an alle, welche die natürlichen, gottgegebenen Menschenrechte heilig halten wollen." Darin heißt es: "Die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten Amerikas haben in dem Rundschreiben vom 17. November 1946 mit Recht betont:
"Wir halten es für eine selbstverständliche Wahrheit, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie vom Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, wie mit dem Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Wohlstand. Daher ist unseres Erachtens die Hochachtung vor den Rechten und Pflichten des Menschen, als Einzelmensch und als Glied der häuslichen und bürgerlichen Gemeinschaft, die erste Pflicht jeder Regierung gegen-

über ihren Bürgern.
Der Staat fordert mit Recht von seinen Bürgern Mitarbeit am Gemeinwohl, aber das berechtigt ihn nicht zur Zwangsherrschaft mit Unterdrückung der persönlichen, politischen, sozialen und religiösen Grundrechte. Was jedoch eine Regierung beim Gebrauch ihrer eigenen Hoheitsrechte nicht tun darf, das darf sie auch nicht genehmigen oder gar in versteckter Form begünstigen, wenn es um eine andere Regierung sich handelt bei Abmachungen, die wie Friedensschluß und Friedensschutz die Nationen betreffen."
In Anwendung dieser Grundsätze auf das Flüchtlingselend sagen die Bischöfe Amerikas mit großem Ernst: "In Europa ist etwas geschehen, was die Geschichte noch nicht kannte. Auf Grund eines Abkommens zwischen den Siegerstaaten wurden Millionen von deutschen Menschen, die seit Jahrhunderten in Osteuropa ansässig waren, von ihrer Heimatscholle vertrieben und mittellos ins Herz Deutschlands gestoßen. Die Leiden dieser Menschen auf ihren harten Wanderwegen, ihre Heimatlosigkeit und Hoffnungslosigkeit erzählen uns eine traurige Geschichte von der Unmenschlichkeit solcher Vertreibung.
Wäre bei den Besprechungen der Sieger die rechte Wertung von menschlicher Würde vorherrschend gewesen, so würde man sicher ein anderes Abkommen gefunden haben, um diese Bevölkerung in menschenwürdiger Weise umzusiedeln. Wir rühmen uns unserer Demokratie. Aber bei diesen Menschenverschiebungen haben wir uns, ohne es zu merken, in das Schlepptau der grausamen Theorien einer herzlosen totalen Staatsauffassung zerren lassen ..."
12. Die überaus gerechtdenkende, faire, auf naturrechtlichen Prinzipien aufgebaute Polenpolitik des Zentrums, repräsentiert von Prälat Kaas, über die hier Prof. May berichtet, hat also - nach wie vor - exemplarische Bedeutung. Sie könnte, in Kirche und Politik, bewahren vor wirklichkeits- und wahrheitsenthobenem, einseitigem oder gar interessiertem Moralismus, vor Leicht- und Gutgläubigkeit aus Ignoranz und falschem "schlechten Gewissen", aber auch vor mangelnder Unterscheidung zwischen Tätern, Ideologen und Opfern.
Weder Polen-Euphorie noch abschätzige Gleichgültigkeit sind angemessen. Aber auch nicht jene polnische Naivität, die meint, alle Welt müsse jetzt Milliarden schenken, weil Polen angeblich am meisten gelitten habe. Die genannten Zahlen sind oft Phantasie-(symbolische) Zahlen, nicht selten von Stalin übernommen. Auch wird die Eigenverantwortung für den Bankrott der "polnischen Wirtschaft", trotz verschleuderter Milliarden, nicht zurückgezahlter Schulden und Zinsen, übersehen. Uns allen ziemt immer erneute Selbstreinigung und faires wechselseitiges Gelten lassen.
Kaas war kein einseitig nach Westen blickender Politiker; er beobachtete auch den Osten. Allerdings war der Fachmann für Fragen des deutschen Ostens, vor allem Oberschlesiens, in der Zentrumsfraktion Karl Ulitzkal. Bei ihm lag die Ostpolitik in guten Händen. Dennoch hat sich auch Kaas deutlich dazu geäußert und einen eigenen Beitrag geleistet. …<<

04.11.1989

DDR: Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrieren am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820).
Es ist die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfindet.
Während dieser Demonstration am 4. November 1989 halten bekannte Persönlichkeiten auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz leidenschaftliche Ansprachen (x298/242): >>... (Stefan Heym, Schriftsteller:) Liebe Freunde, Mitbürger, es ist, als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation, der geistigen, wirtschaftlichen, politischen. Den Jahren von Dumpfheit und Mief, von Phrasengewäsch und bürokratischer Willkür, von amtlicher Blindheit und Taubheit. Welche Wandlung! (Klatschen)
Vor noch nicht 4 Wochen die schön gezimmerte Tribüne hier um die Ecke mit dem Vorbeimarsch, den Bestellten vor den Erhabenen! (Applaus)
Und heute – heute Ihr, die Ihr Euch aus eigenem freien Willen versammelt habt, für Freiheit

und Demokratie und für einen Sozialismus, der des Namens wert ist. ...
Einer schrieb mir, und der Mann hat recht, wir haben in den letzten Wochen unsere Sprachlosigkeit überwunden und sind jetzt dabei, den aufrechten Gang zu erlernen. (Applaus)
Und das, Freunde in Deutschland, wo bisher sämtliche Revolutionen danebengegangen waren. Und wo die Leute immer gekuscht haben. Unter dem Kaiser. Unter den Nazis. Und später auch. (Starker Applaus)
Aber sprechen, frei sprechen, gehen, aufrecht gehen – das ist nicht genug. Laßt uns auch lernen zu regieren. (Applaus)
Die Macht gehört nicht in die Hände eines einzelnen, oder ein paar weniger oder eines Apparates oder einer Partei. (Starker Applaus)
(Christa Wolf, Schriftstellerin:) Zu Huldigungsvorbeizügen ... werden wir keine Zeit mehr haben. (Starker Applaus)
Dies ist eine Demo, genehmigt, gewaltlos. Wenn sie so bleibt bis zum Schluß, wissen wir wieder mehr über das, was wir können. Und darauf bestehen wir dann. (Starker Applaus)
Ein Vorschlag für den 1. Mai: Die Führung zieht am Volk vorbei. (Zurufe, Klatschen, starker Applaus)
Alles nicht von mir. Das ist literarisches Volksvermögen. Unglaubliche Wandlung. Das Staatsvolk der DDR geht auf die Straße, um sich als Volk zu erkennen. Und dies ist für mich der wichtigste Satz dieser letzten Wochen – der tausendfache Ruf: Wir sind das Volk! (Starker Applaus)
Eine schlichte Feststellung, und die wollen wir nicht vergessen. (Applaus)
(Steffie Spira, Schauspielerin:) Ich wünsche mir für meine Enkel, daß sie aufwachsen ohne Fahnenappell, ohne Staatsbürgerkunde, und das keine Blauhemden mit Fackeln an den hohen Leuten vorbeigehen. (Starker Applaus)
Ich habe noch einen Vorschlag: Aus Wandlitz (Waldsiedlung der führenden SED-Politbüromitglieder) machen wir ein Altersheim! (Starker Applaus)
Die über 60- bis 65jährigen können jetzt schon dort wohnen bleiben, wenn sie das tun, was ich jetzt tue – Abtreten! (Starker, langanhaltender Applaus) ...<<

09.11.1989

DDR: Die SED-Führung (Egon Krenz) verkündet am 9. November 1989 die Grenzöffnung nach Westdeutschland und West-Berlin.
Ein Journalist berichtet damals über die Nacht vom 9./10. November 1989 in Berlin (x303/-170): >>Bald wird die Grenze geöffnet. Das passiert kurz nach Mitternacht. Die ersten DDR'ler kommen zu Fuß, viele sind verwirrt, sagen: "Hoffentlich kann ich auch wieder zurück ..."
Durch ein Gatter drängen sie in den Westen, bejubelt von der wartenden Menge. Sie werden umarmt und mit Sekt übergossen. ...
Wir versuchen zum Brandenburger Tor zu kommen. Es ist etwa 3 Uhr (nachts). Das Tor ist grell erleuchtet – von den Scheinwerfern der TV-Teams.
Auf der Mauer stehen die Leute dicht an dicht. "Das Geilste von allem war", schreit jemand, "wie wir vorhin durchs Brandenburger Tor jeloofen sind – ick hab det Ding sogar anjefaßt". ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über den Zusammenbruch der DDR und die friedliche deutsche Wiedervereinigung im Jahre 1990 (x283/246-248): >>... Als der wachsende Schuldenberg die Aussicht auf den Staatsbankrott für 1991 erkennen ließ, bot der Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski am 6. November 1989 der Bundesregierung an, für eine weitere Zusage von 12 bis 13 Milliarden D-Mark die Berliner Mauer zu öffnen. Dies wurde verweigert. Drei Tage später fiel die Mauer ohne einen weiteren Heller Bruderhilfe. ...
Die wachsende Verschuldung der DDR führt zu der Frage, ob das System ohne die wiederhol-

ten Kredite vom Klassenfeind nicht schon vorher zusammengebrochen wäre. Umgekehrt wüßte man gern, was den Arbeiter- und Bauernstaat hätte retten können. Da ist guter Rat teuer. ... Jede Reform hätte das System weiter unterhöhlt. Je mehr Freiheiten gewährt worden wären, desto mehr wären gefordert worden. Was immer das Regime tat, war falsch, weil es selbst falsch war, so falsch wie die Wahlergebnisse, auf die es sich stützte. Als dann Gorbatschow Glasnost und Perestroika ausrief und der gesamte sozialistische Ostblock ins Wanken geriet, entfiel auch die Existenzgrundlage für den SED-Staat.
Unklar bis zuletzt blieb, ob das Regime kampflos abtreten würde. ... Höhepunkt der Spannung war die Montagsdemonstration um die Leipziger Nikolaikirche am 9. Oktober 1989. 8.000 Soldaten der Nationalen Volksarmee hatten die Altstadt umstellt. Für die Krankenhäuser waren Sonderschichten angeordnet, die Blutkonserven aufgestockt, die Kühlräume der Schlachthäuser für die erwarteten Leichen freigeräumt. Das "Neue Deutschland" hatte das Vorgehen der chinesischen Ordnungskräfte gegen die Konterrevolutionäre auf dem Platz des Himmlischen Friedens mit seinen Aberhunderten von Toten beifällig kommentiert. War in Leipzig nicht ein Gleiches zu erwarten?
... Das Blutbad an der Nikolaikirche unterblieb. Was hätte es auch genützt? Den Bruch mit Bonn und eine Verzögerung des Endes mit sinnlosen Opfern! Deren gab es doch wahrlich schon genug. Moskau hatte den Herren vom Staatsrat die militärische Unterstützung entzogen. Tief enttäuscht waren sie nun klug genug, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen. Sie gaben zwar nicht freiwillig, aber kampflos auf, was auch gewaltsam nicht auf Dauer zu halten gewesen wäre. Durch das, was damals nicht geschah, war Leipzig eine Sternstunde. ...<<

10.11.1989

DDR: Ein 16jähriges Mädchen aus Thüringen berichtet am 10. November 1989 über ihre ersten Eindrücke im Westen (x303/170): >>Am Tag vor unserer (ersten) Fahrt in den Westen war ich so aufgeregt wie selten. Allerdings muß ich zugeben, daß ich alles sehr materialistisch sah. Die gewonnenen Freiheiten waren mir so ziemlich egal. Ich freute mich nur auf das Schlaraffenland.
Für mich stand nicht einmal außer Frage, daß sich der reiche Westen um uns kümmern würde. Vielleicht würde ich ja jeden Tag Apfelsinen bekommen oder die herrlichen Süßigkeiten aus der Werbung? ...
In einer kleinen Stadt machten wir Rast. Zum ersten Mal in meinem Leben sah ich westdeutsche Geschäfte und Schaufensterauslagen. Aber was ich sah, übertraf meine kühnsten Träume! Konnte das Wirklichkeit sein?
Vor Staunen bekam ich meinen Mund schon nicht mehr zu. Alle Geschäfte hatten geschlossen, sonst hätte ich garantiert mein ganzes Geld dort ausgegeben. ...<<

12.11.1989

DDR: Die Bürgerbewegung "Neues Forum" erklärt am 12. November 1989 (x303/171): >>... Eure spontanen und furchtlosen Willensbekundungen im ganzen Land haben eine friedliche Demonstration in Gang gesetzt ... und die Mauer durchbrochen.
Auf diesen Tag haben wir fast 30 Jahre gewartet! Mauerkrank haben wir an den Gitterstäben des Käfigs gerüttelt. Die Jugend wuchs in dem Traum auf, einst frei zu werden und die Welt zu erfahren. Dieser Traum wird jetzt erfüllbar sein: Es ist ein Festtag. ...
Fordert die Erfüllung der politischen Reformen. ... Verlangt freie Wahlen für eine echte Volksvertretung ohne vorgeschriebene Führungsrolle, verlangt ein Verfassungsgericht, verlangt die Freiheit des Wortes und der Presse, eine Justizreform, eine Bildungsreform, unabhängige Gewerkschaften.<<

13.11.1989

DDR: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (46/1989) berichtet am 13. November 1989 über das Ende der DDR: >>**Eine friedliche Revolution**

Berlin als freie Stadt: Kurz nachdem die neue SED-Führung ihren Bürgern panikartig nach 28 Jahren Reisefreiheit gewährte, überrannten Bürger aus Ost und West die Beton- und Sperranlagen - die zweite Niederlage für Parteichef Egon Krenz nach Problemen mit seinen Personalvorstellungen, aber ein Gewinn für die Deutschen.

Heiligabend und Sylvester fielen in Berlin in diesem Jahr auf den Abend des 9. November: Vor allem in Ost-Berlin lagen sich am späten Donnerstagabend einander fremde Menschen in den Armen, lachten und jubelten mit glücklichen Gesichtern. In Häusern und auf den Straßen knallten Sektkorken, am Nachthimmel gingen Leuchtraketen und Böller los. Nur Christbaum und Lametta fehlten.

Auf der Mauer vor dem Brandenburger Tor, dem Symbol der jetzt 40 Jahre währenden deutschen Trennung, tanzten West-Berliner und sangen sekt- wie bierselig "So ein Tag, so wunderschön wie heute".

Dabei war es Nacht, Mitternacht zwischen dem 9. und 10. November, einem historischen Datum, wie Politiker schnell erklärten und die Berliner ehrlich empfanden.

Der Schlagbaum am Sektorenübergang Bornholmer Straße stand im gleißenden Scheinwerferlicht des Westfernsehens viele Stunden offen. Unkontrolliert ergoß sich dort wie an den anderen, bis dahin verbarrikadierten Übergängen ein Strom von Ost-Berlinern, viele Freudentränen weinend, in den Westteil ihrer Stadt - am Kontrollpunkt Oberbaumbrücke über einen roten Teppich, den Westler zur Begrüßung ihrer ersten seltenen Gäste ausgerollt hatten.

Selbst in anderer Richtung ein Menschengewoge - Wessies, die unkontrolliert in den Osten schwappten, zu Freudenfesten bei Freunden oder Unbekannten mit mitgebrachtem Henkell trocken oder vor Ort ausgeschenktem Rotkäppchen-Sekt.

Die neue Freiheit wuchs den Deutschen gänzlich überraschend binnen einer Woche zu, nachdem SED-Chef Egon Krenz eben noch ein umständliches Reisegenehmigungsrecht angekündigt hatte. 28 Jahre plus knapp drei Monate war Berlin mit Mauern und Sperranlagen geteilt, 40 Jahre lang die Nation als Ergebnis der Hitlerschen Expansionskatastrophe getrennt.

Selbst die kühnsten politischen Propheten hätten die Mauer allenfalls durchlässig gesehen am Ende eines visionären Zeitraums, in dem die seit Jahrzehnten in Kaltem Krieg und Blockdenken erstarrten Hälften West- und Osteuropa in ein "gemeinsames Haus" einziehen sollten, wie es der sowjetische Reformator Michail Gorbatschow entwarf. Schon in der fünften Woche nach einer pompös zelebrierten 40-Jahr-Feier, bei der bestellte Jubler vor den Tribünen "der Erhabenen" - so der SED-Kritiker Stefan Heym - defilieren mußten, war die Erstarrung im deutschen Zweitstaat dahin.

Erstmals in der jüngeren deutschen Geschichte, dies der unglaublichste Aspekt in einem historischen Monatszeitraum, siegt das Volk gegen die Herrschenden, zwingt ihnen seinen Willen auf - ohne Gewalt, bloß willentlich.

Und erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte scheint, beim Tempo der in Ost-Berlin dahinfliegenden Prozesse, eine Wiedervereinigung denkbar und nicht, wie bisher, bloß utopisch. Tausende von Verbrüderungsszenen zwischen strahlenden oder tränenüberströmten, glücklichen oder angeheiterten Deutschen aus Ost und West stellten Erstaunliches unter Beweis: Eine Nation, deren Größenwahn Europa an den Abgrund gebracht hatte und die nach der Niederlage von den Siegern gezielt und vermeintlich dauerhaft zerteilt worden war, hat sich über das Zeitalter fast zweier Generationen hinweg ein offenbar dauerhaftes Zusammengehörigkeitsgefühl erhalten.

Am Abend des 9. November wurde für den Architekten der Bonner Ostpolitik, Egon Bahr, "ein Traum wahr". Und er rannte zu seinem damaligen Kanzler Willy Brandt: "Es bedurfte

keiner Worte. Die Wirklichkeit war über unsere Phantasie hinausgegangen."
Die neue Freizügigkeit in Ost-West-Richtung war, wie so manches in den letzten Wochen, auf leisen Sohlen dahergekommen, ohne Fanfarenstöße, Flaggengruß oder förmliche Vertragswerke.
Um 18.57 Uhr hatte Günter Schabowski, gerade erst ernannter Informationssekretär des SED-Zentralkomitees und Mitglied des einst allmächtigen Politbüros, auf einer im Fernsehen live übertragenen Pressekonferenz mitgeteilt, ab sofort könnten die DDR-Bürger problemlos in den Westen reisen, ohne Verwandte, ohne Anlaß, nur so nach Lust und Laune. Die Behörden seien angewiesen, Paß und Visum schnell und unbürokratisch auszustellen.
Es dauerte drei Stunden, bis die aus Erfahrung stets mißtrauischen DDR-Bürger die Nachricht wirklich glaubten.
Gegen 22 Uhr wuchsen an den Berliner Grenzübergängen dichte Menschentrauben. Die Leute streckten ihre Personalausweise durch die Eisengitter und forderten die Wachposten auf, sie durchzulassen - ab in den Westen.
Die Grenzer blieben zunächst stur. Jeder, so belehrten sie die Menge, müsse sich zunächst bei der Volkspolizei ein Visum besorgen, sonst gehe hier nichts. Doch die Menschen blieben und warteten. Die Menge wuchs, in Windeseile verbreitete sich auch außerhalb der DDR-Metropole die Kunde, die Grenze werde aufgemacht.
Dann geriet die Lage, wie so manches in den vergangenen Wochen, der SED außer Kontrolle. Plötzlich war die Grenze offen - für alle. Hunderte stürmten, nach flüchtiger Kontrolle ihrer Ausweise durchs uniformierte Personal, hinüber. Vor den Übergängen Heinrich-Heine-Straße, Bornholmer Straße und Invalidenstraße bildeten sich lange Trabi-Schlangen. Die Insassen warteten geduldig, lachten und weinten oder sangen.
Auch der Deutsche Bundestag zu Bonn würdigte das Ereignis mit Tränen und Gesang. Als Karl-Heinz Spilker (CSU), statt seine Rede zum Vereinsförderungsgesetz zu beginnen, die Meldung verlas: "Ab sofort können DDR-Bürger direkt über alle Grenzstellen zwischen der DDR und der Bundesrepublik ausreisen", klatschten die Abgeordneten minutenlang.
Dann füllte sich der Saal. CDU-Kanzleramtschef Rudolf Seiters und die Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger (CDU/CSU), Wolfgang Mischnick (FDP) und Hans-Jochen Vogel (SPD), die im Kanzleramt über den massiven Zustrom von Übersiedlern aus der DDR via CSSR beraten hatten, eilten ins Plenum und würdigten in knappen Erklärungen den Ost-Berliner Reisebeschluß.
Der Grüne Hubert Kleinert - seine Fraktion war wie üblich von der Runde im Kanzleramt ausgeschlossen - erlebte eine "eigenartige Situation: Alle sagten irgendwie nur Richtiges". Eine Seltenheit im Bonner Parlament: Grüne applaudierten CDU-Dregger, Unionschristen dem Grünen Helmut Lippelt.
Dann stimmten drei Abgeordnete von den Hinterbänken der CDU/CSU-Fraktion spontan das Deutschlandlied an - Hermann Josef Unland, 60, aus Bocholt, der Schwabe Franz Sauter, 61, und Ernst Hinsken, 46, Bäckermeister aus dem niederbayerischen Haibach.
Bald fielen alle Parlamentarier der Altparteien ein und erhoben sich von ihren Stühlen; selbst die Grünen fühlten sich berührt. Kleinert stieß seinen Nachbarn an und seufzte: "Um Gottes willen, jetzt auch das noch." Aber den Saal verlassen wie sonst bei nationalen Gefühlsausbrüchen mochten die Grünen nicht: Sie standen auf und schwiegen, bloß Antje Vollmer fand es "schrecklich".
Und nachdem Annemarie Renger ("Es fällt mir schwer") auf Antrag des SPD-Geschäftsführers Gerhard Jahn unter allgemeinem Beifall die Sitzung beendet hatte, verließ ein emotionsbeladener Willy Brandt den Bundestag, weinend, gestützt von der SPD-Kollegin Liesel Hartenstein, die selbst mit den Tränen kämpfte.
Erst weit nach Mitternacht, gegen vier Uhr in der Früh, greifen am Brandenburger Tor DDR-

Grenzer mit Wasserschläuchen und Lautsprechern ein, drängen die Mauerspringer in den Westen zurück, bilden einen dreifachen Kordon, um das Symbol der deutschen Einheit abzuriegeln und die Mauer davor für den am 13. August 1961 vorgesehenen Verwendungszweck zu retten.
Irgendwann weit nach Mitternacht sind die Grenzanlagen, vor Stunden noch intimste Sperrzone des SED-Staates, überflutet von Ost-Bürgern. Jeder Wartburg und jeder Trabi, der durch die Betonsperren kurvt, wird mit Beifall begrüßt. Auf Barrieren brennen Kerzen.
Die Grenzer, gestern noch ganz abweisende Hüter des realen Sozialismus, bekommen von den Nachtschwärmern Blumen. Und sie schauen dem Treiben freundlich zu. "Die kommen alle wieder", sagt einer, und der Stolz in seiner Stimme ist nicht zu überhören.
Und sie kommen wieder. Gegen zwei in der Nacht kehren die ersten heim, vom ersten Kudamm-Bummel ihres Lebens, vom schnellen Bier bei Bekannten jenseits der Mauer. Manche nutzen den Abstecher auch nur, um von West-Berlin in die Bundesrepublik zu telefonieren - seit die Flüchtlingswelle immer höher in die Bundesrepublik schwappt, sind deutsch-deutsche Ferngespräche auf den wenigen, total überlasteten Leitungen ein Glücksspiel.
Deutschland im Herbst. In West-Berlin kriegen die Kinder am Freitag schulfrei, im Bundesrat erklärt dessen neuer Präsident, Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper, das deutsche Volk wegen der Erlebnisse nachts zuvor zum "glücklichsten Volk der Welt".
Theater, Oper und Fußballvereine in West-Berlin bieten den Ost-Bürgern freien Eintritt, die westlichen Konsumtempel richten eilends Wechselstuben zur Annahme von Ostgeld ein. Die Glocken der Gedächtniskirche läuten.
Bundespräsident Richard von Weizsäcker spricht, zu Recht, von einem "tiefen historischen Einschnitt in die Nachkriegsgeschichte", und Kanzler Helmut Kohl, der zuvor, kein Fettnäpfchen mißachtend, eine Pannenreise nach Polen begonnen hatte, bricht den Besuch in Warschau ab mit dem historischen Satz auf den Lippen: "Mein Platz augenblicklich ist in Bonn." Danach fliegt er über Hamburg nach West-Berlin.
Das Wunder hat das Volk der DDR bewirkt - ohne Waffen und ohne Gewalt. Und es trat, angeschubst von Michail Gorbatschows Perestroika und angefeuert durch den Abbau des Eisernen Vorhangs in Ungarn, eine Lawine los: Die Führung von Staat und Staatspartei findet sich in einem atemraubend schnellen Auflösungsprozeß. Der neue Staats- und Parteichef Egon Krenz ist auf panischer Flucht nach vorn.
Mehr als eine halbe Million Menschen waren in der größten Demo aller DDR-Zeiten am vorletzten Samstag durch Ost-Berlin gezogen, knapp 500.000 waren es zwei Tage später beim montäglichen Umzug um die Leipziger Innenstadt, 60.000 zur gleichen Stunde in Halle, 50.000 in Karl-Marx-Stadt, mehr als 10.000 in Cottbus, 25.000 in Schwerin. Das SED-Zentralblatt Neues Deutschland meldet die täglichen Demo-Fakten wie die Wasserstände: mehrere 10.000 am Donnerstagabend in Gera, rund 80.000 auf dem Erfurter Domplatz. Und ... und ... und ...
"Die Straße ist die Tribüne des Volkes", sagte die Schauspielerin Marion van de Kamp beim historischen Meeting auf dem Alex; das Volk hat es begriffen und probt mit Lust seine neue Kraft. Selbst auf dem bisher von nichts als Friedhofsruhe beseelten platten Land treibt es die Menschen in Scharen aus den Häusern und lehrt die an Duckmäuserei und furchtsames Kuschen gewohnte Staatspartei SED das Fürchten: "Wir sind das Volk."
Es zeigt sich auf der Siegerstraße. Es hat die Herrschenden satt.
Mit einem dramatischen Appell beschwor der DDR-Ministerrat bei seinem Rücktritt am Dienstag "die Bürger unseres Landes, in dieser politisch und ökonomisch ernsten Situation alle Kräfte dafür einzusetzen, daß alle für das Volk, die Gesellschaft und die Wirtschaft lebensnotwendigen Funktionen aufrechterhalten werden" - als stünde der Generalstreik unmittelbar bevor.

Schon am Freitag davor, am Vorabend der Großdemo auf dem Alex, hatte Krenz die Bürger seines Landes zur "Besonnenheit" aufgefordert und massenhaft Polizisten mit Barrikaden alle Verkehrswege zur Mauer abriegeln lassen - als stünde vom Osten aus ein Gewalt-Marsch auf die Mauer bevor.
Die Führung weiß nicht mehr, was das Volk denkt; das Tremolo (das Zittern) der Herrschenden war überflüssig. Die ostdeutsche Revolution von unten vollzieht sich sanft, ohne Gewehrläufe und ohne Sturm auf die Bastille. Das Volk denkt - noch - nicht an Streik und Aufstand, es verläßt sich - noch - allein auf die Wucht seiner friedlichen Masse.
Mitbewirkt hat das, paradox, der Egon Krenz, der - wie sich allmählich in der DDR herumspricht - am 9. Oktober auf den Straßen Leipzigs ein Blutbad verhindert hatte. Polizeistaffeln und Betriebskampfgruppen standen damals bereit; sie hatten schon in der Woche zuvor die erste Probe der Gewalt abgelegt, als sie mit Knüppeln, Schilden und Wasserwerfern auf jene Mitbürger losgegangen waren, die im Dresdner Hauptbahnhof auf die aus Prag kommenden Flüchtlingszüge aufspringen wollten: Widerspenstige wurden niedergeschlagen, ein Polizeiwagen verbrannte, Wasserwerfer zielten auf Steineschmeißer.
Bei einer Solidaritätsdemo von SED-Mitgliedern vor dem ZK behauptete ein Feuerwehrmann, die Nationale Volksarmee habe in Leipzig einen von Krenz-Vorgänger Erich Honecker unterzeichneten "Einsatzbefehl" gehabt.
Stimmt das Gerücht, hat Krenz mit seiner Weisung, die Leipziger Demo friedlich laufen zu lassen, einen Bürgerkrieg verhindert und die Ablösung des kranken Honecker erreicht. Aber der Honecker-Lehrling wird nun, da er in dessen Amt sitzt, der Geister, die er damit rief, nicht froh.
Vor dem Zentralkomitee seiner SED räumte er am letzten Mittwoch ein: "Eine Volksbewegung ist entstanden und drückt sich in vielen Formen aus: in selbstbewußten Demonstrationen wie im vielstimmigen Dialog. Diese Volksbewegung hat den Prozeß der Überprüfung und der Veränderung ausgelöst."
Die Krenz-Schmeichelei konnte das Volk im Parteiorgan Neues Deutschland nachlesen. Was der Wende-Sekretär wirklich über die Demonstranten denkt, erfuhren nur ausgewählte Kader. Die Kundgebung rund um den Alex, so Krenz in einem Fernschreiben an die Kreissekretäre der SED, habe deutlich gemacht, daß es in unserem Lande auch falsche Töne gibt, Töne gegen die führende Rolle der Partei, die sozialistische Staatsmacht und die Staatssicherheit ... Negiert wurde auch die Tatsache, daß wir das Neue nur auf dem Fundament des in 40 Jahren Geschaffenen erbauen können.
Krenzens bedauerndes Fazit: Es gab zu dieser Kundgebung keine Alternative, wenn wir dem Grundsatz treu bleiben, daß in unserem Lande vor sich gehende Prozesse nur mit politischen Mitteln zu lösen sind.
Mit verzweifelten Kraftakten versuchte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in der vergangenen Woche, sich vom Haltegriff am letzten Wagen des ostdeutschen Reformzuges, an den sich die SED-Führung seit Wochen klammert, weiter nach vorn zur Lok zu hangeln.
Am Dienstag trat die Ost-Berliner Regierung geschlossen zurück. Einen Tag später feuerte das Zentralkomitee der Partei die Alten geschlossen aus dem Politbüro.
Und in einem "Aktionsprogramm" gelobte die Parteiführung für ewige Zeiten die Wandlung ihrer SED vom realsozialistischen Saulus zum demokratischen Paulus: Pressefreiheit soll es künftig geben im ehemaligen Arbeiter- und Bauernparadies und das Recht aller, sich "zur Verwirklichung ihrer Interessen" (Krenz) zu vereinen; neue Bürgerbewegungen sollen zugelassen und das politische Strafrecht eingeengt werden; einen zivilen Ersatzdienst gibt es und ein Gesetz, das die Arbeit der Staatssicherheit regelt und einschränkt.
Die "höchsten Repräsentanten unserer Staatsmacht", vom Staatsratsvorsitzenden über den Volkskammerpräsidenten bis zum Ministerpräsidenten, sollen nur noch maximal zwei Wahl-

perioden amtieren, und bestimmt werden sollen sie nach einem Gesetz, das - erstmals in der Geschichte des deutschen Oststaates - "eine freie, allgemeine, demokratische und geheime Wahl gewährleistet" (Krenz).
In die rechte einheitssozialistische Bahn zurücklenken will Krenz das ihm außer Kontrolle geratene Volk vor allem durch weniger Personal und mit ein paar neuen Köpfen. Das ZK feuerte auf seiner 10. Plenartagung am Mittwoch nicht nur die alte Garde der Starrsinnigen von Hermann Axen über Erich Mielke bis Horst Sindermann, es verkleinerte die Schaltzentrale der Parteimacht, das Politbüro, von 21 auf 11 Genossen.
Das Revirement überzeugte nicht einmal die eigene Basis. Die hat sich auf die Seite des Volkes geschlagen.
"Wir sind die Partei", skandierten Tausende Genossen am letzten Mittwoch bei einer eigentlich zum Jubeln einbestellten Demo vor dem ZK-Gebäude am Werderschen Markt. Einer nannte die Wahl des neuen Politbüros eine "Fehlentscheidung", ein anderer forderte unter Beifall "Konsequenzen bis zum Ausschluß" für all jene, die die gegenwärtige Lage zu verantworten haben.
Zwei Tage darauf war die Forderung - teilweise - erfüllt: Das ZK feuerte die bis 18. Oktober amtierenden Politbüromitglieder Günter Mittag und Joachim Herrmann aus seinen Reihen; "wegen gröblichster Verstöße" soll eine Kontrollkommission gegen Mittag "und weitere Genossen, die gegen das Statut der Partei verstoßen haben", ermitteln. DDR-Generalstaatsanwalt Günter Wendland forderte, die Volkskammer solle in einem Untersuchungsausschuß Fälle von Korruption und Funktionsmißbrauch aufklären. Jammernde Selbstkritik übte der bisherige Chefideologe Kurt Hager, 77, weil er sich "vom tatsächlichen Leben entfernt" habe.
Der stellvertretende Staatssicherheitsminister Rudi Mittig beeilte sich, das Demonstrantenverlangen "Stasi in den Tagebau" zu erfüllen; 1.200 Berufsschnüffler werden zum Braunkohle-Abbau zwangsversetzt.
Selbst die heiligste Kuh des SED-Staates wurde öffentlich zur Notschlachtung freigegeben. "Niemand hat ein Monopol auf Wahrheit", hallte es über den Werderschen Markt. Die Auszählung der Kommunalwahlergebnisse vom 7. Mai nannten selbst die versammelten Genossen von der Basis unumwunden "Wahlbetrug", für den die Parteiführung "verantwortlich" zeichne.
Und ein Lehrer ("Ich kann nach dieser Manifestation meinen Schülern wieder offen ins Gesicht sehen") verlangte unter Pfiffen und Beifall, den zur Staatsräson erhobenen Führungsanspruch der "marxistisch-leninistischen Partei" aus der Verfassung der DDR zu streichen: "Die führende Rolle müssen wir erkämpfen, oder wollen wir sie vor dem Verfassungsgericht einklagen?"
Wie die SED derzeit führt, ist am Durcheinander in Ost-Berlin und an schrillen Dissonanzen zwischen der Zentrale und der Provinz zu erkennen: Die Basis hält vom runderneuerten Politbüro rein gar nichts. Wenige Stunden nachdem das ZK den Parteichef des Bezirks Halle, Hans-Joachim Böhme, erneut ins Politbüro gewählt hatte (mit 91 gegen 66 Stimmen), entzogen ihm die Genossen in Halle das Vertrauen als Bezirksleiter. Sie verübelten ihrem Böhme - unter anderem -, daß der sich bei der Hallenser Demo aus Angst vor den 60.000 auf der Straße zunächst in die örtliche Stasi-Dependance verkrochen hatte. Das ZK kippte ihn wieder aus dem Politbüro. Da waren's nur noch zehn.
Sein Kollege in Cottbus, Werner Walde, vom ZK gerade als Kandidat des Politbüros bestätigt, warf daheim von sich aus das Handtuch, um einer Abwahl zuvorzukommen. Und die SED-Leitung des Parteibezirks Neubrandenburg forderte anderntags das ZK erfolgreich auf, die Wahl ihres Chefs Johannes Chemnitzer zum Kandidaten des Politbüros und zum neuen ZK-Sekretär für Landwirtschaft rückgängig zu machen.
Der bisherige Ost-Berliner Bezirkssekretär Günter Schabowski, als neuer ZK-Sekretär für In-

formationswesen und Medienpolitik (bisher Agitation und Propaganda) eine der Säulen der Krenz-Riege, mußte sich auf einer Pressekonferenz von DDR-Journalisten verhöhnen lassen, woher er denn das Recht nehme, künftig den "Schirmherrn der ostdeutschen Medien" zu spielen. Er habe doch als langjähriger Chefredakteur des Neuen Deutschland seinen Teil dazu getan, das Ost-Volk zu verdummen.
Der Genosse "Schabbi" (SED-Jargon) wehrte sich dialektisch: Einerseits sei er Subjekt der alten Politik gewesen und insoweit natürlich schuldig, andererseits aber auch von höheren Subjekten abhängiges Objekt und insoweit entlastet.
Einen neuen SED-Staat kann der Generalsekretär mit seiner Crew in der Tat nicht machen. Drei Anwärter aus seiner Vorschlagsliste ließ das ZK-Plenum gleich durchfallen. Sechs aus dem Zehnerklub gehörten schon zu Honeckers Stamm-Mannschaft, und von den restlichen vier ist zumindest einer fürs Ansehen beim Volk die falsche Wahl: Wolfgang Herger, bislang Leiter der Abteilung Sicherheit im ZK-Apparat, rückte als Nachfolger von Egon Krenz zum Parteiaufseher über die Staatssicherheit auf. Herger ist, wie Krenz, mitverantwortlich für die brutalen Übergriffe von Stasi und Vopo gegen Demonstranten bei den Kundgebungen rund um den 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober; damals war Krenz noch nicht, wie dann in Leipzig, zum Friedensengel mutiert.
Das wichtigste Ressort im Politbüro besetzte Egon Krenz mit einem Genossen, dessen Name nicht einmal den Fachleuten in Deutsch-Ost geläufig ist: Der Diplom-Ökonom Wolfgang Rauchfuß, seit 1974 unauffälliger Minister für Materialwirtschaft und bislang einer von acht stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats, soll als Nachfolger Günter Mittags die kollabierende DDR-Wirtschaft retten - ein Himmelfahrtskommando, das renommierte Experten aus der Riege der Kombinatsdirektoren dankend abgelehnt hatten.
Pluspunkte beim Volk sammelte Krenz allenfalls mit zwei seiner Debütanten: An die Stelle des reaktionären SED-Kulturpapstes Kurt Hager holte er den stellvertretenden Kulturminister Klaus Höpcke, 55, in die Parteizentrale - ein geschickter Schachzug, um das besonders unruhige Künstlervolk des SED-Staates zu besänftigen.
Höpcke hat bei Schriftstellern und Rockern, bei Komponisten, Filmemachern und Malern einen Stein im Brett, seit er im vergangenen März im Pen-Zentrum der DDR eine Protestresolution gegen die Verfolgung des tschechischen Dramatikers und Menschenrechtlers Vaclav Havel durch die regierenden Kommunisten seines Heimatlandes unterstützt hatte. Die tapfere Geste kostete ihn fast die politische Karriere. Die pikierten Prager Genossen forderten seine Entfernung. Die Drohung prominenter Kulturschaffender, auch sie würden dann ihre Ämter schmeißen, rettete ihn.
Das einfache Volk setzt Hoffnung, so sie diese der SED-Führung überhaupt noch gutbringt, nur auf einen: den bisherigen Dresdner SED-Statthalter Hans Modrow. Der 61jährige, den das ZK mit einer Gegenstimme ins Politbüro wählte, soll Willi Stoph auf der Sitzung der Volkskammer am Montag dieser Woche als Ministerpräsident beerben.
Ob Egon Krenz an Modrows Wahl viel Freude hat, steht dahin. Denn der SED-Star aus der Provinz, den Erich Honecker 1973 in den Südwinkel seiner Republik verbannte, weil er den renitenten und widerspruchsfreudigen damaligen Leiter der ZK-Abteilung für Agitation nicht ausstehen konnte, hat durchaus eigene Vorstellungen von seiner Zukunft und der seiner SED.
Etwa davon, wie das Amt des Regierungschefs zu führen sei.
In der Vergangenheit, so der Ausgangspunkt seiner Konzeption, habe die SED den schweren Fehler gemacht, alles selbst entscheiden zu wollen, und sich damit auch politisch für alles verantwortlich gemacht. Dem könne die Partei künftig nur entgehen, wenn sie die Position der Regierung stärke und nicht länger wie bisher in die einzelnen Ministerien hineinregiere.
Soweit folgt ihm wohl der Genosse Krenz. Auch der will die schärfere Trennung von Partei und Staat - die ihn wenig kostet, solange bei ihm selbst in der Doppelfunktion als Vorsitzen-

der des Staatsrates und Generalsekretär der Partei die Machtfäden zusammenlaufen.
Kaum einverstanden sein dürfte Krenz jedoch mit weitergehenden Gedanken des künftigen Regierungschefs: Nach Modrows Vorstellung soll die gesamte Staatsführung neu formiert werden. Ihm schwebt dabei eine echte Aufteilung der bislang auf den Staats- und Parteichef konzentrierten DDR-Macht auf vier Posten vor, mithin Ansatz einer echten Gewaltenteilung: Parteichef, Ministerpräsident, Staatspräsident und Volkskammerpräsident.
Anbieten könnte sich eine Lösung nach polnischem Muster, wo Parteivorsitz und Präsidentenamt bereits getrennt sind. Auch in der DDR gab es diese Trennung schon zu Zeiten Walter Ulbrichts. Von 1950 bis 1960 führte eine Troika das SED-Land: Wilhelm Pieck als Landesvater, Walter Ulbricht als Parteichef und Otto Grotewohl als Ministerpräsident; von 1971 bis 1976 gab es mit unterschiedlichen Konstellationen die gleiche Trennung.
Zu den neuen Oppositionsgruppen im Land hat Modrow eine locker-positive Einstellung. Es müßten, forderte er schon vor Wochen offen in Dresden, möglichst rasch alle Voraussetzungen - von einem neuen Wahlrecht bis zur Öffnung der Medien für alle politischen Zirkel - geschaffen werden, damit die Opposition sich entfalten könne.
Modrows Forderung nach Zulassung des Neuen Forums und anderer oppositioneller Gruppen ist keineswegs uneigennützig, sondern von taktischem Kalkül. Das Beispiel Solidarnosc in Polen zeige, verklickerte er den Genossen, in welch große Schwierigkeiten solche Gruppen kommen, wenn sie zugelassen werden und plötzlich mitregieren sollen: Inzwischen stagniere die Solidarnosc, und der kommunistischen Gewerkschaft gehe es zunehmend besser.
Noch sind die Visionen des Genossen Modrow weit von der Wirklichkeit entfernt. Noch liegt alle Macht bei seinem Kontrahenten Egon Krenz.
Und der hat bislang nicht erkennen lassen, daß er gewillt ist, diese Macht zu teilen. Krenz hat Modrow ins Politbüro geholt, um den Konkurrenten in die Verantwortung einzubinden und so das eigene Überleben zu sichern - nicht zuletzt gegenüber Moskau.
Modrows Aufstieg in die SED-Spitze war seit langem Wunsch der Sowjets. Daß sie dabei ihre Hand im Spiel hatten, taten sie letzte Woche freimütig kund: Bereits zwei Tage vor der Wahl Modrows ins Politbüro und der Entscheidung des ZK, ihn als Stoph-Nachfolger zu präsentieren, verkündeten Gorbatschows Diplomaten beim traditionellen Empfang zum Jahrestag der Oktoberrevolution in ihrer Botschaft Unter den Linden, der Mann aus Dresden sei der neue Regierungschef.
Egon Krenz, Honeckers Ziehsohn und ausgefuchster Mann des Parteiapparates, spielt auf Zeit; doch sein stetiges Lächeln scheint zu gefrieren. Er machte letzte Woche gleich mehrfach klar, daß unter seiner Führung die SED nur jeweils jene Zipfel der Macht abzugeben gewillt ist, die sie ohnehin nicht länger festhalten kann.
Am Montag letzter Woche veröffentlichten die DDR-Zeitungen den Entwurf eines neuen Reisegesetzes - unbeeindruckt davon, daß 48 Stunden zuvor in der Ost-Berliner City Hunderttausende DDR-Bürger ihr Recht auf Freizügigkeit eingefordert hatten. Von "Bearbeitungsfristen" bis zu 30 Tagen war da die Rede und davon, daß die Reise auch künftig von anonymen Staatsdienern verweigert werden kann, wenn dies zum Schutz der öffentlichen Ordnung, der Gesundheit oder der Moral "notwendig ist", was immer die SED im Bedarfsfall darunter verstehen mochte.
Nicht nur das Volk reagierte zornig, auch Ausschüsse der bisher so folgsamen Volkskammer, sogar die krenznahe FDJ muckten auf und verlangten, das Papier einzustampfen.
Die herrschende Klasse der DDR drückte sich nicht gerade fein aus. "Denen haben sie wohl ins Gehirn geschissen", kommentierten Arbeiter eines Ost-Berliner Betriebs den Entwurf. Und im VEB Energiebau im Stadtteil Marzahn drohten ganze Abteilungen mit Streik, wenn das Gesetz so in Kraft trete.
Gleichzeitig stieg die Zahl jener Ost-Bürger, die via Tschechoslowakei das Weite suchte, dra-

matisch weiter an. Politbürokrat Schabowski rechnete die Verlustquote vor der Presse am Mittwoch bereits in Stunden - fast 500 gingen da schon dem SED-Regime alle 60 Minuten von der Fahne. Von Mittwoch früh bis Donnerstag früh waren es 11.000, die Einwohner einer DDR-Kleinstadt.
Erst da war die Schmerzgrenze erreicht - Egon Krenz kassierte den Gesetzentwurf und machte die Tore auf.
Ähnlich taktierte der Parteichef beim Wahlgesetz. Das ZK, so beteuerte der neue PR-Manager der SED, Günter Schabowski, immer wieder vor der seit einigen Tagen in Ost-Berlin versammelten Weltpresse, sei für freie und geheime, in jeder Phase vom Volk kontrollierte Wahlen in der DDR. Die Partei erfülle damit eine Forderung von Millionen Bürgern und Genossen im ganzen Land. Doch wer daran teilnehmen darf, ob neue Oppositionsparteien zugelassen werden oder nur die SED-treuen alten Blockparteien, die sich nach festem Schema die vorher ausgekungelten Parlamentssitze teilen, ließen Schabowski wie Krenz im Nebel.
Eine taktische Meisterleistung gelang dem wendigen Generalsekretär mit der vom ZK für den 15. Dezember einberufenen Parteikonferenz, der vierten in der 43jährigen Geschichte der SED.
Verlangt hatten Genossen aus allen SED-Bezirken wahlweise eine Parteikonferenz oder einen baldigen Sonderparteitag, um ein neues Zentralkomitee zu wählen, das seinerseits dann schon wieder ein neues Politbüro bestimmen sollte - und einen neuen Generalsekretär. Der würde, bei der derzeitigen Stimmungslage in der SED, mit Sicherheit nicht mehr Krenz heißen.
Das ZK habe sich, beteuerte Schabowski letzten Donnerstag treuherzig, nur aus Termingründen für eine Parteikonferenz statt für einen Sonderparteitag entschieden. Der nämlich könne nach dem SED-Statut frühestens in zwei Monaten stattfinden.
Den wahren Grund unterschlug er: Bei einem Parteitag müßte auch der größte Teil des ZK um seine Wiederwahl fürchten. Eine Parteikonferenz jedoch hat laut SED-Statut nicht das Recht, das Zentralkomitee in toto (vollständig) auszuwechseln; sie kann nur einzelne Mitglieder, "die ihre Pflicht nicht erfüllt haben, abberufen" und durch Nachrücker aus den Reihen der ZK-Kandidaten ersetzen.
Damit ist Egon Krenz erst einmal gerettet.
Doch der Schachzug sichert dem Generalsekretär, davon sind inzwischen zahlreiche SED-Funktionäre überzeugt, nur eine Galgenfrist. Die Entfernung der Parteibasis von ihrer Führung vollziehe sich, so ihr Argument, mit Lichtgeschwindigkeit, echte freie Wahlen mit Beteiligung neuer Parteien seien nicht aufzuhalten, der Niedergang der absoluten SED-Macht mithin unausweichlich - und damit das politische Ende des Genossen Krenz.
"Wir brauchen die absolute Mehrheit nicht", rechnet ein Parteireformer, "40 Prozent sind doch genug, dann sichern wir uns eben einen Koalitionspartner."
Wie realistisch die Prognose ist, steht dahin. "Höchstens noch 15 bis 20 Prozent" gab letzte Woche ein prominenter Genosse seiner Partei.
Wo die SED wirklich steht, könnte sie schon bald testen.
Um dem Volk seine innere Wende zu beweisen, sollte der SED-Chef, so hat der Ost-Berliner Konsistorialpräsident Manfred Stolpe vorgeschlagen, die letzte Kommunalwahl wiederholen lassen, bei der die SED das Volk schamlos und nachweisbar betrogen hat.
Ein neuer Wahlgang in den ostdeutschen Gemeinden könne, so Stolpes Idee, nicht nur ein erster landesweiter Probelauf für die neuen oppositionellen Gruppen sein, er werde der SED auch Aufschluß verschaffen, wie groß ihre Anhängerschaft noch ist.
Egon Krenz will es nicht wissen. Er hat gegenüber dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau letzte Woche jeden Gedanken an eine Neuauflage der Kommunalwahl barsch abgelehnt; warum wohl?
Er verharrt weiter in seinen alten Denkschablonen: Er und die von ihm geführte Partei wüß-

ten, was das Volk will; ja - sie seien das Volk.
Die von Krenz noch nominell geführten Bürger sehen das anders: Die Demokratisierung in der DDR scheint nicht zu stoppen, der Prozeß scheint unumkehrbar. Die Löcher in der Mauer sind nicht zu stopfen. Selbst der amtierende DDR-Innenminister Friedrich Dickel versprach, die neue Regelung der offenen Grenzen sei "von Dauer".
Und schon der erste Tag der neuen Reisefreiheit zeigte, wie die Mehrheit der DDR-Bürger sie zu nutzen versteht: Zehntausende - die Polizei stellte das Zählen ein - fuhren von Ost- nach West-Berlin, und nur 1.500 meldeten sich, weil sie der unruhigen DDR endgültig den Rücken kehren wollten. In die Bundesrepublik kamen in den ersten 24 Stunden der neuen großen Freiheit 55.500 Ostler – 3.250 wollten nicht wieder zurück.
Die Mehrheit, sonst wären die Zahlen umgekehrt, ist sich ihrer Macht bewußt; nur das Bewußtsein der Herrschenden hält noch nicht Schritt.
Zwar: Auf einer Demo treuer SED-Mitglieder im (Ost-)Berliner Lustgarten versprach Krenz am Freitag abend - während das DDR-Fernsehen Sonderberichte vom neuen Reiseverkehr brachte -, "daß freie Wahlen stattfinden und unser Volk die Besten ins Parlament wählt". Und: "Wir sind bereit, uns zu ändern."
Aber trotzig und als Absage an alle Begehren, das Machtmonopol der SED zu kippen: "Wir werden uns nie aus der Verantwortung stehlen."
Immerhin, Schritt für Schritt, nähert sich die SED ihrem für immer oder nur für ein Bierchen davoneilenden Volk. Am letzten Mittwoch, einen Tag vor dem Tanz auf der Mauer, eröffneten die DDR-Vertreter die Sitzung der deutsch-deutschen Verkehrskommission in Erfurt mit dem Hinweis auf das vor der Tür stehende Reisegesetz und die kommende Belastung, die Ost-Berlin ohne die "Hilfe der BRD" nicht tragen könne.
Für ihren Minister Friedrich Zimmermann notierten die Verkehrsunterhändler, die DDR-Delegation habe "im gegenwärtigen Zeitpunkt feste Absprachen noch nicht treffen" können, aber darum gebeten, Bonn möge sich für "kurzfristig" anzusetzende Gespräche schon einmal auf "folgende Überlegungen" einrichten:
- Im kommenden Jahr werde die Zahl der Reisenden aus der DDR, die überwiegend die Bahn benutzen, von bisher rund zwei Millionen auf mindestens acht Millionen steigen; da die Reichsbahn das, etwa auf der Strecke Berlin-Hannover, nicht bewältigen könne, müsse die Bundesbahn die Hauptlast übernehmen.
- Auch im Kleinen Grenzverkehr werde das neue Reisegesetz den Andrang mehren; statt die DDR-Bürger wie bisher mit Ost-Bussen zur Grenze zu kutschieren und dann in West-Busse umsteigen zu lassen, sollen rasch durchgehende Buslinien geschaffen werden.
- Die S-Bahn-Verbindung von Potsdam nach West-Berlin und von dort weiter nach Ost-Berlin, seit dem 13. August 1961 unterbrochen und durch einen kilometerlangen Umweg ersetzt, soll, sobald es geht, wiederhergestellt werden.
- Am Freitagabend rückten Bautrupps an und rissen Löcher für neue Grenzübergänge in die Mauer, darunter an so symbolträchtigen Orten wie am Potsdamer Platz im Bezirk Mitte (Sonntag) und der Glienicker Brücke zwischen Potsdam und Wannsee (Freitag).
Als die Bonner Experten aus Erfurt zurückgekehrt waren, löste ihr Bericht in der Bundeshauptstadt Alarm aus.
Zwar wies Innenminister Wolfgang Schäuble den Begriff "Katastrophe" von sich, doch klar ist: Allmählich wird es eng in der Bundesrepublik, auch wenn nur eine DDR-Minderheit sich hier einzurichten gedenkt. Seit Jahresbeginn sind - Stand Ende letzter Woche - über 300.000 Aussiedler aus Osteuropa und der Sowjetunion sowie an die 240.000 Übersiedler aus der DDR nach Westdeutschland gekommen.
Mit zusätzlichem Personal und immer neuen Unterkünften bei Bundeswehr und Katastrophenschutz gelingt es einstweilen noch, die Flüchtlinge in zwei bis drei Tagen durchs Auf-

nahmeverfahren zu schleusen. Danach wird es hart für die Neubürger.
Weil überall Wohnungen fehlen, dauert die vorläufige Unterbringung in Behelfsheimen, Campingwagen, Containern und auf Wohnschiffen bereits jetzt 12 bis 18 Monate, "Tendenz steigend" (Schäuble).
Schon haben die Amerikaner Kasernenraum angeboten, Bonn möchte Jugendherbergen und Bildungsstätten karitativer Verbände für Übersiedler freimachen. Arbeitsminister Norbert Blüm hat für diesen Montag die Sozialversicherungsverbände zu sich gebeten: Sie sollen ihre Immobilienbestände und Schulungsheime auf Wohnraum durchforsten; den beabsichtigten Verkauf von Arbeitsämtern, die durch Zusammenlegung freigeworden sind, hat Blüm eilends gestoppt.
SPD-Vize Oskar Lafontaine denkt eher klein. Er fürchtet, daß zuviel aus den westdeutschen Sozialkassen für DDR-Bürger ausgeworfen werden könnte: "Wir müssen uns auf das Machbare konzentrieren." Sein Parteifreund Bahr verlangt jetzt von den Bonnern "Wandel durch Nähe" und fordert, den Ossies "eine Perspektive fürs Bleiben" in der DDR zu bieten: Am Geld dürfe die Hilfe schon deshalb nicht scheitern, weil die militärische Bedrohung nun geringer geworden ist. Der Sozialdemokrat kühn: "Wenn wir Geld brauchen, dann stornieren wir den Jäger 90 und haben 100 Milliarden."
Und SPD-Ostdenker Günter Gaus plädiert, um das Thema Wiedervereinigung "wegzuschieben", für eine Vier-Mächte-Konferenz, die eine "Konföderation auf Sachgebieten" aushandeln könnte. Derweil begaben sich Parteichef Hans-Jochen Vogel und Ehrenvorsitzender Brandt zu politischen Gesprächen nach Ost-Berlin.
Ein Arbeitsstab im Bonner Finanzministerium ersann Modelle wirtschaftlicher Hilfe. Die FDP schlug einen "Investitionsfonds" für Kapitalanlagen in der DDR vor, Parteichef Otto Graf Lambsdorff: "Geld gibt es bei uns genug."
Und Kanzler Kohl suchte seine Säuernis darüber, daß er bei einer All-Parteien-Großkundgebung am letzten Freitagabend vor dem Schöneberger Rathaus gnadenlos ausgepfiffen wurde, durch hektische Kontakt-Anbahnung mit Egon Krenz zu besänftigen. Doch er wurde nicht, wie er wünschte, noch Freitagabend vorgelassen; ihm blieb nur das Telefon.
Am liebsten wäre den Bonnern, die DDR-Bürger kämen nur zu Besuch und nicht für immer. Reisefreiheit, so Berlins Bürgermeister Momper vor seinem Rathaus, wo er die DDR-Bürger "zu ihrer friedlichen Revolution" beglückwünschte, ist ja auch schon etwas.
Jene, die im Westen bleiben, stimmen mit ihrem Ortswechsel - bis zum vorletzten Wochenende hieß das Flucht - darüber ab, was sie von den vornehmlich im Westen geträumten Visionen einer bevorstehenden Wiedervereinigung halten.
Jene, die in den Osten zurückkehren, sind an diesem Traum auch nicht beteiligt: Sie wünschen sich eine real existierende DDR mit Demokratie, sozialer Fürsorge, viel Freiheiten und ein bißchen Sozialismus.
Die meisten Vereinigungs-Freunde träumen im Westen. Doch auch ihre Kritiker hätten sich ja vor kaum vier Wochen nicht träumen lassen, was bis jetzt geschah.<<

16.11.1989

Ungarn: Die ungarische Regierung (Mitglied des Warschauer Paktes) stellt am 16. November 1989 einen Aufnahmeantrag für den Europarat.

20.11.1989

CSR: In Prag demonstrieren am 20. November 1989 Hunderttausende gegen den Kommunismus.

26.11.1989

DDR: Bürgerrechtler fordern am 26. November 1989, die Eigenständigkeit der DDR zu verteidigen (x303/171): >>... Gewaltfrei durch Massendemonstrationen hat das Volk den Prozeß der revolutionären Erneuerung erzwungen. ...

Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, ... in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des Einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind.
Oder: Wir müssen dulden, daß ... über kurz oder lang die DDR durch die Bundesrepublik vereinnahmt wird.
Laßt uns den ersten Weg gehen!<<

27.11.1989

BRD: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 27. November 1989 über ein Gespräch mit dem SPD-Politiker Oskar Lafontaine.
Im Verlauf dieser Unterredung lehnt es Lafontaine ab, deutsche Spätaussiedler aus Rußland, Rumänien, den deutschen Ostgebieten und der DDR aufzunehmen (x268/186): >>Ist es richtig, daß wir allen Bürgern aus der DDR, allen Bürgern Polens, die deutscher Abstammung sind, oder den anderen, die in der Sowjetunion, Rumänien oder anderen Staaten Osteuropas leben – daß wir all denen den Zugriff auf die sozialen Systeme der Bundesrepublik einräumen: Kindergeld, Kranken- und Arbeitslosengeld, Renten? ...<<

November 1989

BRD: Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtet im November 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11 – 1989 (x853/...): >>**Bekennerbischof Graf von Galen im Kampf für Recht und Menschenwürde**
"Die Kirchen haben versagt, das steht nach vierzigjähriger, teils recht emotional geführter Diskussion fest. Sie haben versagt, weil sie Vorstellungen und Wünschen gefolgt waren, die bereits vor der Machtergreifung Hitlers formuliert, im 'Dritten Reich' dann ihre Verwirklichung fanden - wenigstens teilweise, und das genügte vielen Kirchenmännern, Hitlers Staat und seine Politik mittragen zu helfen." So liest man nicht etwa in "Publik-Forum", "Spiegel" oder "Zeit", wie man vermuten würde, sondern im "Parlament" vom 13.6.1987.
Diese selbstgefällige Anmaßung ist für nicht wenige Journalisten und Medienleute typisch, die vom sicheren Port glauben, die Haltung der katholischen Kirche während der Naziherrschaft mit dem Etikett "Kirche des Versagens" versehen zu dürfen. Hierbei ist für gewöhnlich nicht nur Animosität gegen die ungeliebte Kirche im Spiel, sondern sehr oft sind diejenigen, die sich für kompetent halten, über die Kirche zu Gericht zu sitzen, auch nicht annähernd von jener Sachkenntnis getrübt, die nun einmal zu einem sachgerechten Urteil gehört.
Zugegebenermaßen bedarf es eines immensen Zeitaufwands, um sich auch nur mit den wichtigsten Dokumenten jener Epoche vertraut zu machen. Hierfür ist der 42. Quellenband der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte "Bischof Clemens August Graf von Galen" ein schlagender Beweis. Auf über 1.500 Seiten im Lexikonformat hat Peter Löffler, Oberarchivrat des Bistums Münster, mit Bienenfleiß und geradezu kriminalistischem Spürsinn aus rund 30 Archiven zahlreiche, zum Teil bisher unbekannte Dokumente zusammengetragen und sachkundig kommentiert.
Darüber hinaus hat er Hintergründe und Zusammenhänge so erhellt, daß auch der interessierte Nichtfachmann dieses voluminöse Werk mit großem Gewinn lesen kann. Ein chronologisches Register sowie ein detailliertes Personen-, Sach- und Ortsregister erleichtern die Lektüre dieser Bände ungemein.
Wer, sich in Wort oder Schrift zum Verhalten der Kirche und ihrer damaligen Repräsentanten äußern will, kann kaum an dieser Dokumentation vorübergehen.
Ein relativ knappes, aber präzises Lebensbild, ruft dem Leser die Gestalt des wohl populärsten deutschen Bischofs der Nazizeit in Erinnerung. Selbst diejenigen, die bewußt die damalige Zeit miterlebt haben, werden viel Neues erfahren.
Anderes, das sie vielleicht nur mehr verschwommen im Gedächtnis haben, vermögen sie aus

neuer Perspektive zu sehen. Und wer das Verhalten der deutschen Bischöfe während des Dritten Reichs möglicherweise nicht immer recht zu verstehen vermochte, wird beim Studium dieses gewaltigen Dokumentarwerks erkennen, daß die damaligen Verhältnisse doch sehr viel verworrener waren, als es sich Menschen, die in einem Rechtsstaat aufgewachsen sind, auch nur vorzustellen vermögen. Papst Pius XII. schrieb am 12. Juni 1940 dem Berliner Bischof Graf von Preysing, der mit der "Eingabenpolitik" des damaligen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Pertram, nicht einverstanden war und eine schärfere Gangart gegenüber den damaligen Machthabern wünschte:
"Es ist ein bisweilen schmerzliches, aber menschlich auch unvermeidliches Charakteristikum dieser schweren Zeit, daß methodische Meinungsverschiedenheiten auch zwischen solchen entstehen, wachsen und sich verschärfen, die im Grundsätzlichen gleicher Gesinnung sind ..."
- Die 565 Nummern umfassende Dokumentation beginnt mit dem Erlaß des Kapitularvikars von Münster über die Ernennung des Pfarrers von St. Lamberti, Clemens August Graf von Galen, zum Bischof von Münster und endet mit der Trauerpredigt von Kardinal Frings am 28. März 1946.
In dieser Zeitspanne spielen sich die wechselvollen Ereignisse ab, die den Bischof von Münster zu einem der profiliertesten Oberhirten Deutschlands während der Nazidiktatur machten.
Freilich muß man sich bei aller Wertschätzung des unerschrockenen Bekennerbischofs davor hüten, ihn gegen andere Oberhirten dieser Jahre ausspielen zu wollen, eine Versuchung, der allzu viele immer wieder erliegen.
Dafür waren die örtlichen Voraussetzungen wie auch Herkunft, Werdegang und Temperament der einzelnen Bischöfe zu unterschiedlich. Dem Bischof von Münster kam neben seiner Herkunft aus westfälischem Uradel noch seine hünenhafte Statur zugute, sowie die Tatsache, daß die Mehrzahl seiner Gläubigen damals noch ungebrochen und unbeugsam im katholischen Glauben verwurzelt war.
Dies zeigt sich ganz besonders, wenn auch nicht ausschließlich, im Kampf um das Kreuz 1936 in Oldenburg. Natürlich schmälern diese Umstände nicht die Verdienste des Bischofs. Jedoch gebieten Objektivität und Fairneß, diese Tatsachen nicht unbeachtet zu lassen. Die meisten anderen Bischöfe hatten den Kirchenkampf unter ganz anderen Voraussetzungen und Bedingungen zu führen. Man denke etwa nur an Bischof Sproll von Rottenburg, der lediglich wegen der Nichtteilnahme an einer Reichstagswahl bereits 1938 für die gesamte Dauer der Naziherrschaft in die Verbannung mußte.
- Die Nazis hatten von dem als nationalkonservativ geltenden neuen Bischof wohl eine aus ihrer Sicht gedeihliche Zusammenarbeit erwartet. Man wußte, daß er von tiefster Ehrfurcht gegenüber dem greisen Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg erfüllt, aber nicht gerade ein Freund des "liberalistischen" Weimarer Parteienstaates war.
Bei seiner Konsekration bildeten SA- und Stahlhelmformationen in Uniform Spalier. Freilich hätte schon sein *Wahlspruch "Nec laudibus - nec timore" darauf* hinweisen können, daß man in ihm keinen willigen "Erfüllungsgehilfen" im Sinn des Regimes finden würde. So wurde er bereits 14 Tage nach seiner Inthronisation bei der Schulbehörde von Münster wegen deren unzulässigen Eingriffs in den Religionsunterricht vorstellig.
Und der Kampf für die Konfessionsschule, die im Reichskonkordat ausdrücklich garantiert war, und einen Religionsunterricht im Geist und Verständnis der katholischen Kirche, zog sich wie ein roter Faden durch seine Amtsführung.
Aus den vorliegenden Dokumenten geht eindrucksvoll hervor, vor welch schwierige Entscheidungen damals die Bischöfe gestellt wurden. Selbst im Nachhinein ist oft schwer zu sagen, wie sie sich hätten verhalten sollen. Einige Beispiele sollen dies verdeutlichen:
- Was sollte man zum Wunsch der Partei sagen, daß bei Veranstaltungen etwa der Hitlerjugend oder der Frauenschaft Priester religiöse (!) Vorträge halten sollten? Bot sich hier nicht

die Chance, viele, die vielleicht überhaupt keinen Kontakt mehr zur Kirche hatten, zu erreichen, bei ihnen Verständnis für religiöse Fragen zu wecken und mit dem Gedankengut der Kirche vertraut zu machen? Aber bestand anderseits nicht die Gefahr, daß die Geistlichen als Lockvögel und Werbeträger benutzt würden? Konnte nicht der Eindruck entstehen, Parteiveranstaltungen würden gegenüber solchen katholischer Vereinigungen bevorzugt?
- Wie sollte sich der Bischof verhalten, wenn in Münster Theologiestudenten von der Universität zum Wehrsport und SA-Dienst (!) verpflichtet wurden. Wo lagen die Grenzen des gerade noch Zulässigen? Wann, wo und wie sollte oder mußte man auf Konfrontationskurs gehen?
Bei der Fülle der Dokumente muß man darauf achten, daß man selbst bei einem solch profilierten Nazigegner wie dem Grafen von Galen nicht einzelne Äußerungen aus dem Zusammenhang reißen darf. Sonst könnte man selbst ihn bisweilen der Sympathien für die Nazis verdächtigen.
- So, wenn er am 28. Januar 1934 auf der Führertagung der katholischen Arbeitervereine und Werkjugend sagte: "Mit heißem, vaterlandsliebenden Herzen stehen wir in diesem Kampf (um äußere Freiheit und Gleichberechtigung in der Völkerfamilie) hinter dem Führer, den Gottes Vorsehung auf seinen verantwortungsvollen Posten berufen hat."
Auch beim "Löwen von Münster" muß man auf das Gesamte seiner Äußerungen achten, um klar zu erkennen, wie kompromißlos er vom Gedanken durchdrungen war, zwar dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, aber noch mehr, Gott zu geben, was Gottes ist.
- Daß seine weltanschauliche Haltung über jeden Zweifel erhaben war, wurde sehr bald deutlich. Bereits am 6. April 1934 schrieb der Gauleiter, Reichsstatthalter und Ministerpräsident von Oldenburg und Bremen, Röver, an die Reichskanzlei, daß zwar auch in anderen Diözesen Hirtenbriefe verlesen würden, die sich mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzten, daß aber "der Hirtenbrief des Bischofs von Münster (vorn Ostersonntag, dem 26.3.1934 gegen den 'Mythus' Rosenbergs und das moderne Neuheidentum die übrigen bei weitem an Schärfe übertrifft. Jeder Satz ist vom Haß gegen den Nationalsozialismus diktiert."
Wenngleich die Predigten des Bischofs von erfrischender Deutlichkeit und nicht selten auch Schärfe gekennzeichnet waren, wußte er doch häufig seine Angriffe gegen die Irrlehren des Nationalsozialismus geschickt mit Worten des "Führers" oder anderer Parteigrößen zu verbinden. So, wenn er am 15.4.1934 in Billerbeck betonte: (Hitler) "hat als Reichskanzler in feierlicher Stunde erklärt, daß er das Werk der Wiedererneuerung unseres Volkes auf den Felsengrund des christlichen Glaubens stellen wolle. Das Vertrauen auf dieses Manneswort unseres Führers darf niemand erschüttern!"
- In Recklinghausen suchte er am 23.9.1934 in leidenschaftlicher Form eine Unterscheidung zwischen gottgesetzter Obrigkeit und Parteiideologie zu treffen. Er beklagte in dieser Predigt die Knebelung der kirchlichen Vereine und Organisationen, die durch das Reichskonkordat ausdrücklich garantiert waren und erklärte: "Wir stehen nicht in verneinender Opposition gegen den Staat, gegen die jetzige Staatsgewalt ... Treu deutsch sind wir, - wir sind auch treu katholisch!"
- Schon sehr bald gab es offene und versteckte Drohungen gegen den Bischof. Hierzu nahm er nach der sog. Großen Prozession am 8. Juli 1935 Stellung: "Ich weiß nicht, ob schon ein Bischof von Münster durch Drohungen sich hat abschrecken lassen, das zu tun und zu sagen, was er in Ausübung seines heiligen Amtes glaubte tun und sagen zu müssen ... Ich weiß nicht ... ob auch ich noch einmal gewürdigt werde, für den Namen Jesu Schmach zu leiden', nicht nur Mißkennung und Vorwürfe, sondern auch durch Beraubung der Freiheit, durch Mißhandlung und Leiden ..."
Bereits 1934 wurden ja Hetzlieder gesungen wie "Die alte Judenschande ist endlich ausgefegt, die schwarze Lügenbande hetzt wieder unentwegt ..." Man sprach schon damals von "schwarzem Schwein", "schwarzem Lumpenpack", "schwarzem Hetzkaplan" usw. - Schon sehr früh

wurden Hirtenbriefe, Amtsblätter und Kirchenzeitungen von Kriminalpolizei oder Gestapo beschlagnahmt, wie Galen an den Innenminister Frick am 23. Juli 1934 schrieb.
Durch solche Maßnahmen wurde die Möglichkeit der deutschen Bischöfe, sich an ihre Gläubigen zu wenden und zu aktuellen Tagesfragen, die den christlichen Glauben berührten oder in Frage stellten, Stellung zu beziehen, stark eingeschränkt. Kardinal Faulhaber, der Erzbischof von München, schrieb hierzu am 13. August 1934: "Zur Zeit haben wir den Zustand der vollendeten Rechtlosigkeit, unter dem mit der Zeit alles zugrunde geht."
Schon sehr bald nach der "Machtergreifung" setzten ausgeklügelte Schikanen gegen die Kirche ein. So wollte man einen numerus clausus für Theologiestudenten einführen, die zwar das Reifezeugnis hatten, aber nicht die "Hochschulreife" zuerkannt bekamen. Für diese war der Oberpräsident nach Anhörung des Gauleiters (!) zuständig. Er überprüfte die "politische Zuverlässigkeit" des Antragstellers.
- Zahlreiche Maßnahmen der Machthaber drohten den christlichen Glauben zu gefährden und zu untergraben. Immer wieder mahnte Galen die Eltern, sich ihrer Pflicht bewußt zu sein, für die Erhaltung und Festigung des Glaubens ihrer Kinder zu sorgen. So bereitete das "Landjahr", von dem allein aus der Diözese Münster 30.000 Kinder betroffen waren, große Sorgen. Sie kamen nicht nach religiösem Bekenntnis getrennt, sondern gemischt zum Einsatz, um "die konfessionellen Gegensätze zu überbrücken". Ein entsprechendes Gesetz trat bereits am 1. April 1934 in Kraft.
- Im Mai 1935 wurde der Bischof mit einer Denkschrift an Hitler betraut, die Kardinal Faulhaber diesem am 30. August zusandte. Sie wurde niemals beantwortet. In diesem umfangreichen Schreiben suchte Graf von Galen Hitler mit dessen eigenen Worten zur Einhaltung jener Bestimmungen zu bewegen, die durch das Reichskonkordat einvernehmlich geregelt worden waren.
An sich gab es eine ganze Reihe von Grundsätzen, die ein gedeihliches Zusammenwirken von Kirche und Staat ermöglicht hätten. So hatte Hitler in "Mein Kampf" geschrieben:
"Dem politischen Führer haben religiöse Lehren und Einrichtungen seines Volkes immer unantastbar zu sein, sonst darf er nicht Politiker sein, sondern soll Reformator werden, wenn er das Zeug hierzu besitzt! Eine andere Haltung würde vor allem in Deutschland zu einer Katastrophe führen" (S. 127).
Und: "Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich in den Männern, die heute die völkische Bewegung in die Krise religiöser Streitigkeiten hineinziehen, schlimmere Feinde meines Volkes sehe, als im nächstbesten international eingestellten Kommunisten" (S. 631).
- Galen schrieb in Anknüpfung an diese Worte:
"Wir sind überzeugt, daß diese programmatischen Worte Euer Exzellenz nach Ihrem Willen Richtschnur für die Haltung und das Wirken von Euer Exzellenz geschaffenen und geführten nationalsozialistischen Bewegung und aller ihrer Mitkämpfer sein sollen."
Bei aller Wahrung der Form gegenüber dem Staatsoberhaupt verweist er auf "die Bestrebungen jener, welche im Gegensatz zu Euer Exzellenz programmatisch festgelegten Willen die völkische Bewegung ... mit einem Kampf gegen den sog. 'Ultramontanismus', in Wirklichkeit gegen das Christentum, besonders gegen die katholische Kirche belastet haben."
Mit zahlreichen Belegen aus Parteischriften, Schulungsbriefen und Kernsätzen aus dem "Mythus", die den von Hitler geprägten Grundsätzen entgegenstanden und so zum Kampf gegen die Kirche führten, untermauerte er seine Worte.
- Gleich den anderen Oberhirten stand auch der Bischof von Münster immer wieder vor der Frage, wie man sich gegenüber einzelnen Maßnahmen der Regierung verhalten solle. Vieles, an das kaum jemand überhaupt nur gedacht haben dürfte, war nicht durch das Konkordat geregelt. So bestimmte das Reichsflaggengesetz vom 15.9.1935, daß selbst bei bestimmten Anlässen, die nicht das geringste mit der Kirche zu tun hatten - etwa dem Besuch des Chefideo-

logen und geschworenen Feindes des Christentums, Alfred Rosenberg in Münster - auch auf kirchlichen Gebäuden, selbst auf den Gotteshäusern, die Hakenkreuzfahne zu hissen sei.
Auf Zuwiderhandlung stand Gefängnis oder Geldstrafe oder beides. Während der Kölner Metropolit, Kardinal Schulte, diese Frage für eher zweitrangig hielt, ging es dem Bischof von Münster ums Prinzip. Auch in anderen, wesentlich wichtigeren Fragen, war. die Meinung der Bischöfe nicht immer einhellig, wie wir noch sehen werden.
Es konnte auch wohl kaum anders sein, da die Bedingungen in den einzelnen Diözesen sehr unterschiedlich waren. Was etwa in Münster keine Schwierigkeiten bereitete, war in Hamburg völlig undenkbar. Anderseits war es schon wegen der Gläubigen höchst wünschenswert, daß die Bischöfe einheitlich vorgingen.
Ein besonders wichtiges Zeitdokument stellen die Ausführungen von Galens auf der Dechantenkonferenz in Münster am 28.10.1935 dar.
Der Bischof sprach von den vielfältigen Versuchen, die Geistlichen in der Schule und auf der Kanzel zu überwachen, vom unheilvollen Einfluß des Biologieunterrichts, in dem Lehren vorgetragen wurden, die mit dem katholischen Glauben unvereinbar sind, von den verschiedensten Vorwänden, Priester aus den Schulen zu verdrängen, von der Hetze in den Schulen gegen die katholischen Jugendverbände, der fast gewaltsamen "Werbung" für die Staats-Hitlerjugend, obgleich deren Leitung und Schrifttum das Christentum scharf bekämpften, von zahlreichen Einschränkungen der katholischen Jugendarbeit, die dazu führte, daß katholische Jugendverbände für Kinder und Jugendliche nicht mehr attraktiv waren, von der Erziehung zu einer unchristlichen, ja christentumsfeindlichen Jugend.
Es bestand das Verbot der Doppelmitgliedschaft von "Arbeitsfront" und katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen. Wer aber nicht der "Arbeitsfront" angehörte, bekam keine Arbeit usw. Konnte es die Kirche verantworten, daß ihre treuesten Mitglieder um der Treue zu ihren Vereinen willen um Arbeit und damit Broterwerb kamen?
- Schließlich seine Frage, die heute nicht weniger aktuell ist als damals: "Sind unsere Gläubigen in ihrer Mehrzahl hinreichend religiös unterrichtet und geschult, um die verführerischen Irrlehren als solche zu erkennen und zurückzuweisen?
(Man denke an die Jugendsekten und die Okkultismuswelle unserer Tage!) Sind sie so tief innerlich von der Treue zu Christus erfaßt und gestählt, daß sie unter jeder Bedingung entschlossen sind, gegebenenfalls 'Gott mehr zu gehorchen als den Menschen'?
- In seiner Ansprache vor den Dechanten verwies der Bischof auch auf das Versprechen Hitlers im Juni 1934 gegenüber den drei Bischöfen, die im Auftrag der Bischofskonferenz zusammengetroffen waren, jede Propaganda für die neuheidnischen Ideen zu untersagen. Wenngleich dieses Versprechen auch nicht widerrufen worden sei, sei es doch nie erfüllt worden.
Graf von Galen, dem der Volksmund später nicht ohne Grund den Namen "Löwe von Münster" gab, sah sehr klar, daß man den Kampf mit der Regierung nicht leichtfertig herbeiführen dürfe. Zwar werde die Kirche kraft göttlicher Verheißung nicht untergehen, aber ein mit den damaligen Mitteln der Propaganda, des wirtschaftlichen Drucks usw. erneuerter Kulturkampf würde für die Kirche erheblich verlustreicher als zur Zeit Bismarcks. Der Kampf müsse stets gegen Irrtum und Lüge gehen, niemals aber gegen irrende Personen. Es gelte, die Gläubigen im Glauben froh zu machen.
- Man muß sich immer wieder an das erinnern, was der Bischof bereits 1935 sagte: Alle öffentlichen Kundgebungen der Kirche wurden mißtrauisch überwacht, alle nicht althergebrachten Glaubenskundgebungen wurden verboten. Die anfangs mehr sporadischen Verbote einzelner Hirtenbriefe und sonstiger bischöflicher Verlautbarungen führten im Lauf der Jahre schließlich weitgehend zur vollständigen Unterdrückung der kirchlichen Presse, trotz Artikels 4 des Reichskonkordats, der sie ausdrücklich garantierte.
Damit entfielen für die Bischöfe weitgehend die Mittel zur Unterweisung der Gläubigen und

ihrer Festigung im Glauben. Allerdings wußte dennoch jeder Katholik, der es mit seinem Glauben ernst nahm, wie die Kirche zu den verschiedenen Maßnahmen des Staates stand.
- Bei der schon sehr früh einsetzenden Überwachung der Predigten kam es nicht selten zu Entstellungen, weil einzelne Sätze aus dem Zusammenhang gerissen wurden, der Spitzel etwas nicht richtig verstanden hatte usw.
Peter Löffler hat dies mittels einer Konkordanz der tatsächlichen Ansprache des Bischofs vom 13. Juli 1935 (nach der sog. Großen Prozession), des Berichtes der Gestapo Münster sowie der Gauleitung Westfalen-Nord dokumentiert.
Um unnötige Mißverständnisse zu vermeiden, machte das kirchliche Amtsblatt vom 1.10.1936 darauf aufmerksam, daß der Abdruck eines Hirtenschreibens gestattet sei, jedoch nur bei Wiedergabe des ganzen unverkürzten Wortlauts.
Genau wie in seiner Denkschrift für Hitler appellierte der Bischof auch bei seinen Eingaben, Beschwerden und Denkschriften immer wieder geschickt an die Vertragstreue der Machthaber und berief sich auf Worte und Zusagen der verschiedenen Parteigrößen.
Allein 83 x wandte er sich an höchste Würdenträger wie Gauleiter, Minister und Oberpräsidenten, 6 x an Hitler persönlich. Freilich war letzten Endes alles vergebens. Immer wieder mußte er, genau wie der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, erfahren, daß er überhaupt keine Antwort erhielt oder seine Beschwerden als unbegründet zurückgewiesen wurden.
Dies alles muß man berücksichtigen, wenn man jene Zeit und das Verhalten von Kirche und Bischöfen während des Dritten Reichs gerecht beurteilen will. Hier dürfte auch einer der Gründe dafür liegen, daß sich Graf von Galen, wie andere Bischöfe auch, innerhalb des Konkordatsbereichs bewegte. Waren schon die Bemühungen auf diesem völkerrechtlich abgesicherten Gebiet zum Scheitern verurteilt, was konnten die Bischöfe dann erhoffen, wenn sie sich für außerkirchliche Belange einsetzten?
- So gibt es etwa unter den Dokumenten keinen einzigen Hinweis auf die Vorgänge um die "Reichskristallnacht", wenngleich anderseits feststeht, daß sich der Bischof von Münster, wie andere Bischöfe auch, so vor allem Kardinal Innitzer in Wien, Graf von Preysing in Berlin und Erzbischof Gröber in Freiburg, für verfolgte Juden eingesetzt hat. Freilich erfolgte diese Hilfe nicht in der spektakulären Weise, wie sie heutige Zeitgenossen erwarten, die eine Diktatur nur aus Büchern oder oft sehr einseitiger Mediendarstellung kennen, sondern im Verborgenen.
Der Historiker Rudolf Morsey - der auch dieses Dokumentarwerk redaktionell betreute – wies daraufhin, daß Graf von Galen während des Krieges auch für die Juden öffentlich das Wort ergreifen wollte. Aber "auf ausdrückliche Bitten von Vertretern der münsterischen Judenschaft" sah er hiervon ab, "um deren Lage nicht zu verschlechtern." (Die Welt, 2.5.1987)
- Der anonyme Brief eines Juden, der etwa Mitte September 1941 geschrieben wurde, rühmt "mit größter Bewunderung" den "Heldenmut" des Bischofs und schließt mit dem Wunsch "Gott segne Sie!"
Und wie die Synagogengemeinde von Köln den Tod "des auch von uns so verehrten mutigen Kämpfers für die Menschlichkeit" betrauert, rühmt der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinden der Nordrhein-Provinz in seinem Kondolenzschreiben den Kardinal als einen "der wenigen pflichtbewußten Männer, der den Kampf gegen den Rassenwahn in schwerster Zeit geführt hat."
- In ihrem Hirtenbrief vom 12.9.943 hatten sich alle deutschen Bischöfe gegen die "in sich schlechte Tötung an schuld- und wehrlosen Geistesschwachen und -kranken, an unheilbar Siechen und tödlich Verletzten, an erblich Belasteten und lebensuntüchtigen Neugeborenen, an unschuldigen Geiseln und entwaffneten Kriegsgefangenen oder Strafgefangenen, an Menschen fremder Rassen und Abstammung" gewandt.

Wenn heute vielfach behauptet wird, die Bischöfe hätten sich nicht klar ausgedrückt, so war man damals jedenfalls nicht so begriffsstutzig, wie etliche Parolen der Nazis zeigten: "Pfaff und Jud - eine Brut!" Und im Reichsbahnausbesserungswerk München-Freimann prangte der schöne Spruch:
"Wann wird der Menschheit Heil geschaffen? Wann wird die Welt zum Licht geführt? Wenn mit dem Darm des letzten Pfaffen - Der letzte Jud erdrosselt wird!"
Der Kampf gegen die Rasseideologie gehörte seit Beginn seines Pontifikats zu den am häufigsten behandelten Themen des Bischofs. Bereits in seinem Hirtenbrief vom 26. März 1934 hatte er sich mit Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" auseinandergesetzt, einem krausen Gemisch germanophiler Phantastereien und platten Angriffen auf das Christentum, insbesondere die katholische Kirche. Hierzu gehörte schon damals großer Mut, denn der "Mythus" wurde zwar offiziell als Privatarbeit hingestellt, bildete aber in Wirklichkeit neben Hitlers "Mein Kampf" die ideologische Richtschnur für die Schulung im nationalsozialistischen Geist, der die Überlegenheit der arischen Rasse beweisen sollte.
- Im Lauf der Jahre steigerte sich mehr und mehr die Gewissensnot des Bischofs, die in einem Brief an Bischof Berning von Osnabrück vom 26.5.1941 ihren beredten Ausdruck fand. Nachdem von Galen einige Gewaltakte der Nationalsozialisten aufgezählt hatte, schreibt er dann weiter:
"Die angeführten Tatsachen zeigen wieder einmal, welch blindem Haß und welchem willkürlichen Mißbrauch der Macht wir gegenüberstehen ... Es scheint mir nachgerade höchste Zeit zu sein, daß wir einmal in einer gemeinsamen Besprechung uns darüber klar und einig werden, ob wir die Fortführung des uns aufgezwungenen Abwehrkampfes in der bisherigen, fast ganz passiven Weise noch verantworten können.
Die Kriegszeit legt uns zwar Zurückhaltung nahe. Aber (es) ... ist doch die Frage zu prüfen, ob nicht gerade die Liebe zur gesunden Entwicklung unseres Volkslebens uns als deutsche Männer bestimmen muß, freimütig und öffentlich für die Wahrung von Recht und Freiheit einzutreten ... (Nach Anführung weiterer Rechtsbrüche der Nazis fährt er fort:)
Auch ich habe dieses, wie vieles andere, bisher ohne öffentlichen Protest hingenommen. Ich habe mein Gewissen immer wieder damit zur Ruhe gebracht, daß ich mir sagte: Wenn der Kardinal Bertram und so viele andere Bischöfe, die an Alter, Erfahrung und Tugend mir überlegen sind, bei all dem ruhig bleiben und sich mit den papiernen und wirkungslosen, der Öffentlichkeit unbekannten Protesten des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz begnügen, dann wäre es anmaßend, ... vielleicht auch töricht und verkehrt, wenn ich durch eine 'Flucht in die Öffentlichkeit' mich vordrängen und möglicherweise sogar noch brutalere Maßnahmen gegen die Kirche provozieren würde ..."
- Nur wenige Wochen später folgten dann die drei berühmten Brandpredigten, die den Bischof weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt machten. Die Predigten vom 13. und 20. Juli sowie vom 3. August 1941 bildeten zwar die Höhepunkte im Kampf des Bischofs gegen Willkür und Rechtsbrüche der Machthaber und für die ungeschmälerte Freiheit der Glaubensverkündigung, aber sie waren nur die Konsequenz seines unbeirrbaren Einsatzes für Recht und Menschenwürde.
In der ersten dieser Predigten klagte er die Beschlagnahme von Klöstern an und beschuldigte Partei- und Staatsorgane der rücksichtslosen Unterdrückung der religiösen Freiheit.
In bewegten Worten sprach er von "abgrundtiefem Haß gegen das Christentum, das man ausrotten möchte." Frontal griff er sodann die damals am meisten gefürchtete Institution an:
"Der physischen Übermacht der Geheimen Staatspolizei steht jeder deutsche Staatsbürger völlig schutzlos und wehrlos gegenüber. Völlig wehrlos und schutzlos! ... Keiner von uns ist sicher, und mag er sich bewußt sein, der treueste, gewissenhafteste Staatsbürger zu sein, mag er sich völliger Schuldlosigkeit bewußt sein, daß er nicht eines Tages aus seiner Wohnung ge-

holt, seiner Freiheit beraubt, in den Kellern und Konzentrationslagern der Geheimen Staatspolizei eingesperrt wird.
Ich bin mir darüber klar: das kann auch heute, das kann auch eines Tages mir geschehen. Weil ich dann nicht mehr öffentlich sprechen kann, darum will ich heute sprechen, will ich öffentlich warnen vor dem Weiterschreiten auf einem Wege, der nach meiner festen Überzeugung Gottes Strafgericht auf die Menschen herabruft und zu Unglück und Verderben für unser Volk und Vaterland führen muß ..."
- Geschickt machte er sich in dieser gewagten Predigt die Worte zu eigen, die der damalige Generalgouverneur Dr. Frank, der nach dem Krieg für seine Verbrechen in Polen hingerichtet wurde, im Februar 1941 in der Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht geschrieben hatte:
"Wir wollen jene solide Ausgeglichenheit der inneren Ordnung, die das Strafrecht nicht umkippen läßt in die absolute Autorität staatsanwaltlicher Verfolgungsmacht gegenüber einem von vornherein verurteilten und jeglicher Verteidigungsmittel beraubten Angeklagten ... Das Recht muß dem einzelnen die legale Möglichkeit zur Verteidigung, zur Aufklärung des Tatbestandes und damit zur Sicherung gegen Willkür und Unrecht bieten ... Sonst sprechen wir besser nicht von Strafrecht, sondern nur von Strafgewalt ... Es ist unmöglich, das Rechtsgebäude zugleich mit einer völlig verteidigungslosen Verdammung zu kombinieren ..."
- Gleich dem Minister Frank sei er sich bewußt, daß er berufen sei, "als Bischof, als Verkünder und Verteidiger der von Gott gewollten Rechts- und Sittenordnung ... die Autorität des Rechts mutig zu vertreten und eine verteidigungslose Verdammung Schuldloser als himmelschreiendes Unrecht zu verurteilen!" Die Predigt schloß, wie so oft, mit einem Gebet "für unser deutsches Volk und Vaterland und seinen Führer". (Hoffentlich ziehen die "Freunde" unserer Kirche hieraus nicht den Schluß, der Bischof sei ein Nazi gewesen.)
- In der Predigt vom 20. Juli gebrauchte der Bischof das einprägsame Bild von Hammer und Amboß: "Wir sind in diesem Augenblick nicht Hammer, sondern Amboß. Andere, meist Fremde und Abtrünnige, hämmern auf uns, wollen mit Gewalt unser Volk, uns selbst, unsere Jugend, neu formen, aus der geraden Haltung zu Gott verbiegen ... Der Amboß kann nicht und braucht auch nicht zurückzuschlagen, er muß nur fest, nur hart sein! Wenn er hinreichend zäh, fest, hart ist, dann hält meistens der Amboß länger als der Hammer!"
Am 3. August prangerte er in St. Lamberti, seiner alten Pfarrkirche, die Euthanasieverbrechen an.
Angesichts hunderttausendfacher Abtreibungen bei uns und einem starken Trend, Unheilbare, Alte und Schwerbehinderte zu "erlösen" - vergleiche die Morde in den Krankenhäusern von Wuppertal und Wien-Lainz - sind seine Worte auch heute noch von höchster Aktualität, denn "wenn einmal zugegeben wird, daß Menschen das Recht haben, unproduktive Menschen zu töten - und wenn es jetzt zunächst auch nur arme, wehrlose Geisteskranke trifft -, dann ist grundsätzlich der Mord an alten unproduktiven Menschen, also an den unheilbaren Kranken, den arbeitsunfähigen Krüppeln, den Invaliden der Arbeit und des Krieges, dann ist der Mord an uns allen, wenn wir alt und altersschwach sind und damit unproduktiv werden, freigegeben. Dann braucht nur irgendein Geheimerlaß anzuordnen, daß das bei Geisteskranken erprobte Verfahren auch auf andere 'Unproduktive' auszudehnen ist, daß es auch bei den unheilbar Lungenkranken, bei den Altersschwachen, bei den Altersinvaliden, bei den schwerkriegsverletzten Soldaten anzuwenden sei.
Dann ist keiner von uns seines Lebens mehr sicher ... Es ist nicht auszudenken, welche Verwilderung der Sitten, welch allgemeines gegenseitiges Mißtrauen bis in die Familien hineingetragen wird, wenn diese furchtbare Lehre geduldet, angenommen und befolgt wird. Wehe den Menschen, wehe unserem deutschen Volke, wenn das heilige Gottesgebot:
"Du sollst nicht töten" ... nicht nur übertreten wird, sondern wenn diese Übertretung sogar

geduldet und unbestraft ausgeübt wird!"
- Einige Tage zuvor hatte der Bischof dem Landeshauptmann von Westfalen in dieser Frage geschrieben: "Allgemein herrscht der an Sicherheit grenzende Verdacht, daß diese zahlreichen unerwarteten Todesfälle von Geisteskranken nicht von selbst eintreten, sondern absichtlich herbeigeführt werden; daß man dabei jener Lehre folgt, die behauptet, man dürfe sog. 'lebensunwertes Leben' vernichten, also unschuldige Menschen töten, wenn man meint, ihr Leben sei für Volk und Staat nichts mehr wert."
Der Landeshauptmann erklärte zynisch, er werde sich vom Brief des Bischofs nicht irgendwie beirren lassen. Die (Vernichtungs-)Aktion sei in Westfalen in flottem Fortschreiten und in etwa 2-3 Wochen beendet. Am 28.7.1941 hatte Galen beim Polizeipräsidenten von Münster formell Anzeige wegen Mord erstattet. Beide Schritte erfolgten also eindeutig vor der Euthanasiepredigt.
- Uns Heutige erfüllen der Mut und die Unerschrockenheit des Grafen von Galen in seinem Kampf gegen das Unrecht nicht weniger mit Bewunderung als die Menschen damals. Dennoch, man muß leider einräumen, daß sie letztlich nichts bewirkten. Zwar befahl Hitler am 24. August 1941 die Einstellung der Euthanasie, doch wurde sie unter größerer Geheimhaltung, nunmehr dezentralisiert, fortgeführt. Der einzig wirkliche äußere Erfolg war der Kampf für das Kreuz 1936 in Oldenburg.
Die Reaktion auf die Predigt vom 3. August war ungeheuer. Hohe Parteifunktionäre forderten, dem Bischof einen Schauprozeß zu machen und anschließend in Münster öffentlich zu hängen. Doch Goebbels erkannte klar, daß man die Bevölkerung von Münster, ja ganz Westfalens, für die Dauer des Krieges abschreiben müsse. Aber nach dem Kriege solle abgerechnet werden.
Nach der Besetzung Sendenhorsts am Karsamstag 1945, wo der ausgebombte Bischof Zuflucht gefunden hatte, bewahrte dieser gegenüber den Alliierten dieselbe würdige Haltung wie einst gegenüber den Nationalsozialisten. Mit Leidenschaft wandte er sich gegen die These von der Kollektivschuld des deutschen Volkes.
Das führte in Exilkreisen zu mancher Irritation. Thomas Mann fühlte sich bemüßigt, vom unerschrockenen Bekennerbischof, der nicht in der Geborgenheit des Exils, sondern unter ständiger Bedrohung durch die braunen Machthaber den Kampf gegen Unrecht und Mißachtung der Menschenwürde geführt hatte, als einem "unbelehrbaren Geistlichen" zu sprechen. Die Emigrantenzeitung AUFBAU sprach im April 1945 von ihm als einem antihitlerischen Hitlerianer.
- Doch die deutsche Bevölkerung, die zusammen mit Graf von Galen die furchtbaren Belastungen und Kämpfe der Nazidiktatur an vorderster Front durchgestanden hatte, sah in ihm den "Löwen von Münster". In ihren Augen wuchs die Gestalt des großen Bischofs geradezu zum Pater Patriae, der sich mit ganzer Kraft für die Menschen einsetzte. An sich zu Recht erwartete man, daß er mit seiner Fürsprache bei den Alliierten nahezu alles Menschenmögliche erreichen werde.
Aber ein wenig ernüchtert schrieb er seinem Bruder Franz: "Leider ist mein Einfluß gleich Null."
- Als Graf von Galen am 23. Dezember 1945 zum Kardinal erhoben wurde, sollte diese Auszeichnung - in der 1.100jährigen Bistumsgeschichte einmalig - vor aller Welt ein unübersehbares Zeichen für die außerordentliche Wertschätzung sein, mit dem Papst Pius XII. die tapfere Haltung der meisten Katholiken dieses Bistums und vor allem seines Oberhirten würdigen wollte.
Als die 32 neu ernannten Kardinäle am 21. Februar 1946 zur feierlichen Überreichung des Roten Hutes in die Peterskirche einzogen, steigerten sich die Ovationen für den "Conte de Galen" zu einem Triumph. Alle Welt sah in ihm den Repräsentanten des "anderen Deutsch-

land", der sein Knie nicht vor Baal gebeugt hatte. Doch nur wenige Tage danach, am Nachmittag des 22. März wurde er von Gott heimgerufen.
In seiner Trauerpredigt sprach Kardinal Frings aus, wovon gewiß alle anständigen Deutschen zutiefst durchdrungen waren: "Solange es ein Bistum Münster gibt, wird man Kardinal Galen mit Stolz nennen als die Zierde des Münsterlandes.
Solange es Geschichte des deutschen Volkes gibt, wird man ihn als der Idealsten einen, als den Stolz Deutschlands nennen."
Bischof Clemens August Graf von Galen. Akten, Briefe und Predigten 1933-1946, Band I und II. Bearbeitet von Peter Löffler. Reihe A: Quellen. Band 42 der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. 1988. …<<

22.12.1989

Ost-Berlin: In Ostberlin wird am 22. Dezember 1989 das Brandenburger Tor geöffnet.

24.12.1989

BRD: Bundespräsident Richard von Weizsäcker zitiert am 24. Dezember 1989 während seiner Weihnachtsansprache im Jahre 1989 einen Brief des Staatspräsidenten der Tschechischen Republik, Václav Havel (x075/281-282): >>... Ich persönlich – ebenso wie viele meiner Freunde – verurteile die Vertreibung der Deutschen nach dem Krieg. Sie erschien mir immer als eine zutiefst unmoralische Tat, die nicht nur den Deutschen, sondern vielleicht in noch größerem Maße den Tschechen selbst Schaden zugefügt hat, und zwar moralisch als auch materiell. Auf Böses wiederum mit neuem Bösen zu antworten, bedeutet, das Böse nicht zu beseitigen, sondern es auszuweiten.<<

Dezember 1989

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Dezember 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12 – 1989 (x853/...): >>**Politische und ideologische Interessen an der Alleinschuldthese**
Folgende Behauptungen des Politologen Theodor Eschenburg wurden in der Nachkriegszeit und verstärkt bis heute zu einem tabuierten Credo erhoben:
"Bei der Frage nach der Schuld am Zweiten Weltkrieg, die wissenschaftlich eindeutig beantwortet ist, handelt es sich nicht etwa um eine fachhistorische Angelegenheit. Die Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld Hitlers ist vielmehr eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik."
Also jenseits der historischen Wahrheit hochpolitisch. Wahrheitsenthobene Alleinschuldanerkenntnis, Buß- und Demutsgebärden nebst endloser Schuld-Milliarden-Zahlungen als Staatsräson der Bundesrepublik, keineswegs der DDR, die vielmehr durch Menschenhandel und Dauer-Milliarden-Tribute zu - kündbaren - "menschlichen Erleichterungen" bewegt (subventioniert) werden soll. Eine Art "Hilfe", die auch nach der Öffnung der Mauer- und Todesschußgrenzen weiter empfohlen wird.
Was nun Eschenburg anlangt, so schreibt das Lexikon "Prominente ohne Maske" (Hrsg. von Dr. Gerhard Frey, FZ-Verlag München 1984) S. 121 ff. "Führender Umerzieher in Deutschland. Geboren 1904 in Kiel. In der Weimarer Zeit gehörte er der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei an, die beide gegen die Versailler Kriegsschuldlüge Sturm liefen. Nach dem Dritten Reich, in dem er als Geschäftsführer in Industrieverbänden zum "Endsieg" beitrug, sah er das Thema Kriegsschuld anders ... Er war SS-Mitglied.
Seine originelle Begründung: Er sei von der SA verfolgt worden und habe sich dieser Verfolgung durch Eintritt in die SS entziehen wollen."
Inzwischen hat die von Eschenburg beiseitegeschobene fachhistorische Forschung die These von der deutschen Alleinschuld obsolet gemacht und Stück um Stück in Frage gestellt. … Im "Historikerstreit" kam die Angst der Ideologie-Interessenten an der Gefährdung der Tabus ihres sie so außerordentlich - nämlich "moralisch" - begünstigenden Geschichtsbildes zum

heftigen Ausbruch. So wurde dieser Streit mit den Fachhistorikern hochpolitisch und ideologisch zugleich. Denn die Linke nebst den entsprechenden Liberalen hatten mit ihrem primitiven "Antifaschismus" automatisch sich das moralische Gütesiegel angeheftet.
Der letzte lebende "Kirchenvater" der "Frankfurter Schule" und Chefideologe der 68-er Kulturrevolution Jürgen Habermas nennt nun die bösen Folgen der geschichtswissenschaftlichen Infragestellung dieses pseudomoralischen Geschichtskonstruktes beim Namen, "als er in der "Zeit" seinen Kontrahenten vorwarf, sie wollten den Deutschen "die Schamröte" austreiben, was dazu führen könne, daß "die nationalen Symbole ihre Prägekraft" wiedergewinnen könnten.
Dadurch aber würde die "Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien" gefährdet und die Möglichkeit einer Rückbesinnung auf die nationale Identität befördert, wodurch "der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet", nämlich der "Verfassungspatriotismus " in Gefahr gebracht würde." (Aus Hugo Wellems: Das Jahrhundert der Lüge. Von der Reichsgründung bis Potsdam 1871-1945, ARNDT-Verlag Kiel, 1989, S. 15).
Im Dienste des abstrakten Kunstprodukts "Verfassungspatriotismus " soll also nationale Identität niedergehalten, durch "multikulturelle Gesellschaft" (= Hereinströmenlassen von Millionen von Scheinasylanten aus aller Welt) ersetzt und der jedem gesunden Volk eigene Zusammenhalt sowie gottgegebene spezifische Auftrag durch leicht vom Schreibtisch aus handhabbare "universalistische Prinzipien" denunziert und detruiert werden.
In diesen Tagen und Wochen wurde solch Geschichtskonstrukt übrigens von den elementar aufgebrochenen Zeugnissen der Zusammengehörigkeit der Deutschen durch die Ausreiseströme und die bewegende Wiederbegegnungsfreude mit Millionen deutscher Landsleute aus der DDR ad absurdum geführt.
"Das Dogma von der Singularität deutscher Verbrechen und von der deutschen Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg hat also eine rein politische Funktion als Waffe gegen eine Rekonstruktion der nationalen Identität der Deutschen. Da aber ein Volk ohne Identität nicht lebensfähig ist, wird die Bedeutung jener Historiker, die sich dem Eschenburg-Dogma entziehen, offenkundig" (H. Wellems). Die Perversion von historischen Schuldfragen zu Werkzeugen der Aufrechterhaltung ideologisch-politischer Machtinteressen, ihre Besetzung mit pseudomoralischen Tabus, ist in eine wohlverdiente tiefe Krise geraten.<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12 – 1989 berichtet im Dezember 1989 über das Buch "1939. Deutsches Schicksalsjahr" des deutschen Historikers Alfred Schickel (x853/...): >>... Alfred Schickel führt den Leser in seiner Untersuchung ohne opportunistische Umwege direkt zu den Ereignissen des Jahres 1939 und schildert sie aus der Sicht der beiden Seiten.
Da kommen polnische und englische Politiker ebenso zu Wort und legen die Beweggründe ihres Handelns dar wie die Verantwortlichen in der Berliner Reichskanzlei. Da stößt der Leser bei den polnischen Führungszirkeln auf kaum geringere Kampfbereitschaft als bei den deutschen Akteuren. Da werden in Warschau erste Pläne von Menschenvertreibungen offenkundig und polnische Selbstüberschätzungen deutlich.
Das später gern als "überfallenes Land" bemitleidete Polen fiebert in den Worten seiner politischen und militärischen Führer gleichsam dem Waffengang mit dem westlichen Nachbarn entgegen und hatte im Frühjahr 1939 bereits ein nachmalig geteiltes Deutschland als Kriegsziel im Auge.
Daß man sich in Berlin nicht weniger selbstbewußt und siegesgewiß gab, ist nichts sonderlich Neues. Schickel vergißt es nicht zu erwähnen, ohne es freilich nach herkömmlicher Bewältigungsmanier über Gebühr breitzutreten. Er protokolliert vielmehr die beiderseitigen Aktivitäten und vermeidet voreingenommene Schlagseiten. Statt Allzubekanntes ein weiteres Mal zu wiederholen, zieht es Alfred Schickel vor, neue Dokumente auszuwerten und damit den Hori-

zont der Ereignisse vor 50 Jahren wohltuend zu erweitern.
- Er dokumentiert nicht nur die Kenntnis der amerikanischen Regierung vom Geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt anhand bislang ungewürdigter US-Akten, sondern geht mit Hilfe amerikanischer Botschaftsberichte auch der Frage nach, warum die Westmächte im Herbst 1939 den deutschen Vorschlag zum Friedensschluß ablehnten.
Bekanntlich war ja nach der Niederwerfung und Besetzung Polens durch die deutsche Wehrmacht und die Rote Armee der von den Anglofranzosen am 1. September 1939 angegebene Kriegsgrund nicht mehr glaubwürdig, zumal sich die beiden Westmächte nur rhetorisch auf die Seite der Polen gestellt, ihnen aber nicht wirklich geholfen hatten.
Eingedenk seiner Erfahrungen als unorthodoxer Historiker, der nicht dem Zeitgeist nachläuft, sondern zu Forschungen in die Archive geht, beläßt es Schickel nicht bei bloßen Nachzeichnungen oder Behauptungen, sondern legt dem Leser für jede getroffene Aussage die dokumentarischen Beweise vor.
- So erhärtet er seinen Zweifel an den erklärten hehren Zielen der Engländer, nicht gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen dessen "meineidiges Regime", wie Premierminister Chamberlain am 4. September 1939 verkündete, zu kämpfen, mit Akten aus der Roosevelt-Forschungsstelle, aus denen eindeutig hervorgeht, daß die Briten im September 1939 zu den Waffen griffen, um eine deutsche Vorherrschaft auf dem Kontinent zu verhindern.
Alfred Schickel zitiert aus einem Geheimtelegramm des seinerzeitigen amerikanischen Botschafters in London, Joseph Kennedy (Vater des nachmaligen Präsidenten), vom 30. September 1939, in welchem dieses englische Kriegsziel unverhohlen festgestellt wird. Kennedy wörtlich in Schickels Buch:
"Natürlich ist es in Wirklichkeit so, daß England für seine Besitztümer und seinen Platz an der Sonne kämpft, genauso wie in der Vergangenheit ... ist es sicher Tatsache, daß die Engländer nicht gegen Hitler, sondern gegen die Deutschen kämpfen, gerade so wie vor 25 Jahren, weil 45 Millionen Briten, die die größte weitest ausgedehnte Seeherrschaft der Welt kontrollieren, und 80 Millionen Deutsche, die Kontinentaleuropa beherrschen, nicht gelernt haben, miteinander in Frieden zu leben ..."
Diese Aussage ist nicht die einzige, welche Alfred Schickel in seiner Arbeit dokumentiert und damit die voreilige Schuldzuweisung in Frage stellt; ein Gutteil seines Buches zeichnet sich durch solche schier unerhörten Erkenntnisse und Forschungsergebnisse aus.
Zu ihnen gehören die fast unentwegten stillen deutschen Friedensinitiativen, die vom Oktober bis zum Dezember 1939 der französischen Regierung galten und vom Ministerpräsidenten Daladier dem amerikanischen Botschafter Bullitt persönlich mitgeteilt wurden. Daladier ging auf diese Berliner Fühlungnahmen zum Schein ein, um durch erbetene "Bedenkzeit" in Wahrheit die Deutschen hinzuhalten und einen Angriff der Wehrmacht im Herbst 1939 unwahrscheinlich zu machen. US-Botschafter Bullitt meldete diese Mitteilungen Daladiers seinem Präsidenten - und Schickel fand dieses Geheimtelegramm im Roosevelt-Archiv und fügt es seinem Buch im Anhang an.
Durch diesen dokumentarischen Anhang sichert der Autor nicht nur den Inhalt seines Buches zuverlässig ab, sondern gibt auch dem Fachkollegen wertvolles Material an die Hand.
Als Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt zeichnet Alfred Schickel durch eine solche Arbeitsweise nicht nur seine Institution mustergültig aus, sondern bewährt sich ein weiteres Mal als Geschichtswissenschaftler von Format und von Mut. ...<<

1989

BRD: Dr. Friedrich Zimmermann (1925-2012, damaliger Bundesminister des Innern) schreibt im Geleitwort der Bundesarchiv-Dokumentation "Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-48", die 1989 veröffentlicht wird (x010/9-10): >>Im Jahre 1969 erhielt das Bundesarchiv von der Bundesregierung der Großen Koalition den Auftrag, die vorliegenden Unterlagen

im Hinblick auf die bei der Vertreibung verübten Verbrechen auszuwerten und einen Bericht vorzulegen.
Der 1974 fertiggestellte Bericht wurde seitdem von den Bundesregierungen der SPD-FDP-Koalition unter Verschluß gehalten. Dieses Verhalten stieß auf berechtigte Kritik.
Ich habe den Bericht deshalb nach meiner Amtsübernahme im Dezember 1982 zur wissenschaftlichen und publizistischen Benutzung im Bundesarchiv freigegeben. Damit sind dort alle dokumentarischen Zeugnisse über das Vertreibungsgeschehen der Öffentlichkeit zugänglich. ...
Eine verantwortungsbewußte Verarbeitung des Themas Vertreibung braucht den Vorwurf nicht zu scheuen, sie könne das Verhältnis zu anderen Staaten belasten und Entspannung verhindern. Wie könnte Entspannung dauerhaft sein, wenn sie das Verschweigen oder die Verfälschung geschichtlicher Ereignisse in Kauf nimmt? Nach meiner Überzeugung ist die Aufarbeitung des Vertreibungsgeschehens mit seinen schrecklichen Begleiterscheinungen im Interesse der geschichtlichen und politischen Bewußtseinsbildung notwendig.
Vorgänge solchen Ausmaßes dürfen nicht aus dem Bewußtsein eines Volkes verdrängt werden. Findet eine wissenschaftliche Aufarbeitung nicht statt, die sich von unbestechlicher Wahrheitsliebe leiten läßt, so entstehen verzerrte Bilder der Vergangenheit und entstellende Legenden. Damit ist niemandem gedient.
Die vorliegende Publikation bietet die Möglichkeit, sich über durch Zeugen belegte Vorgänge zu informieren. Sie eröffnet dem Interessierten den Weg zu vertiefter Beschäftigung mit einer Phase unserer Geschichte, die für Jüngere nun schon weit zurück und oft im Dunklen liegt.
Sie erinnert aber auch an die Achtung vor der Würde der Menschen, die stellvertretend für das ganze Volk die schwersten Folgen eines verbrecherisch angezettelten Krieges zu tragen hatten.<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt im Jahre 1989 in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x024/333-334): >>... Die Vertriebenen hatten vor allem in der Zeit, als um die Ostverträge gerungen wurde, stark unter ... (dem Sensationsjournalismus) zu leiden.
Die ablehnende Haltung vieler Vertriebener den Verträgen gegenüber wurde als "Kalte-Krieger"-Mentalität verteufelt. Der Gedanke, daß etwa ein Schwabe hier leichtern Herzens würde zustimmen können als ein Ostpreuße, wurde gar nicht erst bedacht. Durch solchen Journalismus wurde der Begriff "Vertriebener" geradezu anrüchig, obwohl dem Schicksal eines Vertriebenen – egal wo in der Welt – immer Mitgefühl entgegengebracht werden sollte.
Die Diskussion um das Motto des Schlesiertreffen 1985 zeigte, daß der Umgang mit den Vertriebenen noch immer nicht differenziert ist, da selten unterschieden, vernünftig gewichtet und geurteilt, sondern pauschaliert und heillos übertrieben wird.
Solange noch Politiker und Journalisten Gräben zwischen Vertriebenen und Nichtvertriebenen aufreißen, so lange ist noch nicht von einer vollkommenen Eingliederung zu sprechen. Dabei waren es doch gerade die noch immer verteufelten Vertriebenenfunktionäre, die die großartige Haltung der Vertriebenen wesentlich beeinflußt haben. Hätte nur einer von ihnen zu Haß und Gewalt aufgerufen, wäre vielleicht alles anders gekommen. Aber kein einziger deutscher Vertriebener hat zu Gewalt gegriffen, es gab keine einzige terroristische Aktion. Kein Flugzeug wurde entführt, keine Geisel genommen.
Die Bekundung des Willens der Vertriebenen geschah ausschließlich mit Worten. Unter ihnen gibt es keinen "Revanchismus". Wer es ihnen laufend vorwirft, gibt damit eigentlich nur zu, daß es eigentlich Anlaß für eine solche Haltung gäbe. Wenn vertriebene oder nichtvertriebene Deutsche gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zu Polen sind (25 %), so sind dies damit noch lange keine Revanchisten. Aus polnischer und sowjetischer Sicht könnte man sie allenfalls als Revisionisten bezeichnen, wie sie auf eine Revision dieser

Grenze im Rahmen eines Friedensvertrages hoffen. Es sind Leute, die auf völkerrechtlich nie widerrufene Verträge pochen und sich nicht durch die "normative Kraft der Geschichte" das Recht beugen lassen wollen.
Aus dieser Haltung kann man aber keinen "Revanchismus" ableiten, wie es die Sowjetunion und Polen tun. "Revanchisten" muß es aber in der Bundesrepublik Deutschland geben, weil der Ostblock diesen Popanz braucht. ...<<
Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schreibt im Jahre 1989 (x268/196): >>... Es gibt 2 Typen von Einwanderungsländern.
Die einen, wie die USA, legen pedantisch fest, welche Leute sie hereinlassen, ökonomisch und sozial integrieren können. Die anderen, für die es bis jetzt nur ein historisches Beispiel gibt, bevorzugen Zuwanderer, mit denen sie nichts anfangen können, aber die sie wenigstens unterstützen wollen. ...<<
Schweiz: Der schweizerische Theologe Dr. Samuel R. Külling (1924-2003) berichtet im Jahre 1989 über die Parolen der französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" (x914): >>**Freiheit – Gleichheit - Brüderlichkeit**
Entsprechen die Parolen der französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" biblischen Forderungen?
Man preist heute, nach 200 Jahren, die Proklamation der unveräußerlichen Menschenrechte der Menschenrechtserklärung der französischen Revolution 1789: "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit".
Entsprechen diese Forderungen wirklich denen der Bibel und gehören sie zur göttlichen Schöpfungsordnung? Hier besteht weitgehend, auch bei bibeltreuen Christen, große Unklarheit. Darum sollen die drei Begriffe untersucht werden. Ich beginne mit der Gleichheit:
1. Gleichheit
Wie verhängnisvoll sich die Proklamation von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" auf Gleichheit auswirkt, zeigt der heutige **Feminismus.** Gott hat z.B. Mann und Frau **ungleich geschaffen**; also ist dies **seine Schöpfungsordnung** und alle **Gleichheitsideologie** in dieser Hinsicht ist nicht von Gott, sondern von unten. Wir merken ihre negativen Auswirkungen bereits heute in der Politik und werden sie noch deutlicher erkennen in der Zukunft, wenn sie vielleicht nicht mehr zu ändern ist.
Wir haben die negativen Auswirkungen der Gleichheitsideologie der französischen Revolution bereits einmal bei der Frage des neuen Eherechts besprochen und damals gesagt: "Zugunsten der Gleichheitsansprüche wird die Gemeinschaft der Ehe geopfert. Zwischen Gleichheitsansprüchen zweier unabhängigen Partner und der Gemeinschaft der Ehe gibt es nur ein Entweder - Oder."
Gott hat auch jeden Menschen **ungleich** geschaffen. Also ist der Ruf nach Gleichheit aller Menschen unbiblisch. "Es gibt keine größere Ungerechtigkeit als unterschiedliche Wesen identisch zu behandeln", sagte Montesquieu zu recht. Er schreibt: "Diese Unterschiede ignorieren oder aufheben wollen heißt, gegen das Wesen der Dinge angehen, heißt, der Ideologie weichen." Gewiß sind wir nicht gegen das Prinzip: "Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz".
Aber dieses Prinzip der "Gerechtigkeit" kann leicht zu neuer Ungerechtigkeit führen, wenn man nicht vom biblischen Menschenbild ausgeht. Und dies tat die französische Revolution nicht. Sie ging nicht von einem dem Schöpfungswerk entsprechenden vielfältigen, individuell ganz unterschiedlichen (jedes nach seiner Art) Menschenbild aus, sondern von einem uniformen, gleichgeschalteten. Gleichheit bedeutet für sie darum einheitliche Denk-, Glaubens- und Verhaltensweise. Und das ist eine der göttlichen Schöpfung radikal widersprechende Gleichheitsideologie. Dieses unbiblische Verständnis von Gleichheit zeigte sich besonders deutlich den Juden gegenüber.

Wohl wurden, besonders durch den Einfluß des radikalen Revolutionärs Robespierre, am 27. September 1791 zum ersten Mal in der Geschichte der Juden im Exil in Europa die Juden rechtlich den Nichtjuden gleichgestellt. Das hieß aber für die Juden, ihre Judentum weitgehend aufzugeben. Sie sollten nicht mehr als religiöse Minderheit mit eigener Religion, Kultur und Sprache leben.
"Die Juden wurden emanzipiert, weil sie Menschen, nicht weil sie Juden waren" (Daniel Gerson in Jüdische Rundschau Nr. 28, 1989). Dieses Gleichheitsverständnis bezog sich auch auf andere Minderheiten. Gleichheit hieß für sie Gleichschaltung, Aufgabe ihrer individuellen Überzeugungen. Das zeigt sich sehr deutlich bei einem anderen der proklamierten Menschenrechte, der Freiheit.

2. Freiheit

Die Freiheit der französischen Revolution war nicht die biblisch verstandene Freiheit. Diese Freiheit war absolut nicht die Freiheit von aller Sklaverei. Sie war gebunden an das uniforme Menschenbild der Revolution. Und das war ein **atheistisches Menschenbild.**
Freiheit, losgelöst von göttlicher Autorität, wird zur Tyrannei durch Menschen, wie Wilhelm Hahn ausführt: (Hahn Christliche Weltrevolution. Stehen wir vor einer Spaltung der Christenheit, in Rupert Hofmann, Verlag Regensberg 1987). "Der Mensch soll sein Schicksal und das der Menschheit in seine eigenen Hände nehmen und eine menschenwürdige, ideale Welt schaffen! Das Reich der Gerechtigkeit und des Glücks für alle Menschen, die alle gleich sind, läßt sich von Menschen auf dieser Welt erreichen."
"Welchen Fanatismus das Ziel der Menschheitsbeglückung hervorgebracht hat (von Robespierre bis Marx, von Lenin, Stalin bis hin zu Hitler oder Pol Pot und schließlich Ajatollah Khomeini) wird erhellt aus dem folgenden programmatischen Wort Robespierres: 'Die Triebkraft der Volksregierung ist in Friedenszeiten die Tugend. Sie ist in Zeiten der Revolution zugleich Terror und Tugend: Die Tugend, ohne die der Terror unheilvoll ist, der Terror, ohne den die Tugend machtlos ist. Der Terror ist nichts anderes als das schlagfertige, unerbittliche, unbeugsame Recht. Er ist somit eine Emanation (Ausfluß) der Tugend".
Darum war es auch gar keine echte Freiheit, auch wenn sie noch so lauthals verkündet wurde. Sie bestand in lauter Verboten, was die Glaubens und Gewissensfreiheit betrifft. Ist das etwa Freiheit, die nur mit neuen Verboten (christliche Feiertage und Feste, bestimmte religiöse Handlungen usw.) gepaart war, gegeben von Menschen, die von göttlicher Autorität nichts wissen wollten, sondern einer "Göttin der Vernunft" (Demoiselle Maillard) huldigten, oder die das Volk zum Gott machten?
Wen wundert es, daß schon in den ersten Jahren nach der Emanzipation (besonders 1793/94) die jüdischen Gottesdienste meistens im Geheimen abgehalten werden mußten und es zu Verhaftungen von Rabbinern kam. Was ist das für eine Freiheit, wo nicht jeder nach seiner Überzeugung seines Glaubens leben kann?

3. Brüderlichkeit

Heute sollte man nach den Forderungen der Feministinnen "Schwesterlichkeit" sagen! Aber lassen wir den Ausdruck der Revolution stehen. Auch hier ist natürlich nicht an christliche Bruderschaft zu denken. Auch hier gibt es nur bedingte Brüderlichkeit.
Auch hier galten diejenigen, die die Gedankengänge und gottlosen Prinzipien der Revolution, ihr Bekenntnis ("die Existenz eines höchsten Wesens und die Unsterblichkeit der Seele") oder ihre ideologischen Kultfeiern usw. nicht guthießen, praktisch nicht als Brüder, sondern als unliebsame Außenseiter oder Fremdkörper im Staat, die man entweder als "quantité négligeable" (zu vernachlässigende Größe) überging oder gewaltsam zum Bruder machen wollte ("Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein"). Die Schreckensherrschaft Robespierres geschah sicher nicht im Sinn der Brüderlichkeit seiner Untertanen!

4. Was sagt die Bibel?

Aus obigen Darlegungen ist hervorgegangen, daß die französische Revolution mit ihrer Proklamierung von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" etwas anderes meinte als die Bibel und darum nicht christliche Begriffe oder Werte durchgesetzt hat. Im Rahmen dieses Aufsatzes kann natürlich nur sehr beschränkt und lückenhaft darauf eingegangen werden, was wir von der Bibel her zu Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zu sagen haben.

a) Freiheit

Nach der Bibel gibt es keine absolute Freiheit. Als das Volk Israel von der Knechtschaft in Ägypten befreit wurde, kam es zum Sinai, wo es lernen sollte, sich an das Gesetz Gottes zu binden. In Römer 6,15-7,6 sagt Paulus, daß der Gläubige freigemacht wurde von der Sündenknechtschaft, aber zugleich Knecht der Gerechtigkeit wurde. "Jetzt dagegen, wo ihr von der Sünde frei und Knechte Gottes geworden seid, habt ihr als eure Frucht die Heiligung und als Endergebnis das ewige Leben." (Römer 6, 22)

Dieser zentrale Vers sagt alles. Die Proklamation einer ziellosen, zügellosen Freiheit ist völlig unbiblisch. Die Bibel lehrt uns keine Freiheit von aller Sklaverei. Sie lehrt uns, daß wir entweder "Sklaven" der Sünde oder "Sklaven" Gottes sind. Es gibt nur dieses Entweder Oder. Als Knechte Gottes haben wir als Ziel die Heiligung (in diesem Leben) und als Endergebnis das ewige Leben. Wir sind nie absolut frei, also haben wir auch keine solche Freiheit zu verkündigen.

Luther sagte es in dem Paradox: "Der Christ ist ein freier Mann und niemandem untertan. Der Christ ist ein dienstbarer Knecht aller und allen untertan". Freiheit vom mosaischen Gesetz bedeutet nicht Zügellosigkeit, sondern Gehorsam Christi, Gebundenheit an das Gesetz Christi (1. Korinther 9, 21). Biblisch verstandene Freiheit ist nur möglich durch die neue Gebundenheit an den Geist Gottes und seine Leitung (Römer 8, 14). Freiheit muß ein Ziel haben (verherrlicht Gott mit eurem Leibe (1.Korinther 6, 20), sonst wird sie nur Menschenknechtschaft (1. Korinther 7, 23).

Da diese Freiheitsproklamation der französischen Revolution kein solches Ziel hatte, wurde sie nur zur neuen Gebundenheit an Menschengebote und -verbote. Sklaven des Verderbens können nicht wahre Freiheit verheißen (sie verheißen ihnen Freiheit, sind dabei aber selbst Sklaven des Verderbens; denn von wem jemand im Kampf überwunden ist, dem ist er auch als Sklave verfallen (2. Petrus 2, 19).

b) Gleichheit

Es gibt nach der Bibel nur eine Gleichheit, die für uns alle gilt, nämlich die von Römer 3, 10-19: Die ganze Menschheit ist dem Gericht Gottes verfallen! Und es gibt nur einen Heilsweg für uns alle: Die Gottes-Gerechtigkeit, die durch den Glauben an Jesus Christus für alle da ist und an alle kommt, die da glauben (Römer 3, 22). Denn hier gibt es keinen Unterschied; alle haben ja gesündigt und bleiben unteilhaftig des Ruhmes, den Gott verleiht; so werden sie geschenkweise durch seine Gnade gerechtfertigt infolge der Erlösung, die in Christus Jesus begründet ist (Römer 3, 23-24).

Hier ist es angebracht von Gleichheit zu reden. Aber davon redet die französische Revolution nicht. Und die Gleichheit, die sie verkündet, gibt es, wie wir ausgeführt haben, nicht. Sie führt nur zu neuer Ungerechtigkeit im Namen eines unbiblischen Menschenverständnisses von Gleichheit.

c) Brüderlichkeit

Die Bruderschaft im biblischen Sinn ist nur möglich durch den Vater im Himmel ("Vater" ist etwas anderes als "die Existenz eines höchsten Wesens" von Robespierre). Gott möge uns verschonen vor einer Brüderlichkeit des Schafotts! Gott möge uns verschonen vor einer Brüderlichkeit des atheistischen Genossen! Gott möge uns verschonen vor einer Zwangsbruderschaft! Gott möge uns auch bewahren vor einer Zwangsschwesternschaft des Feminismus! Gott möge uns bewahren vor einer Bruderschaft, die keine ist! Die Bruderschaft der französi-

schen Revolution, **die die Vaterschaft Gottes leugnete,** ist keine Bruderschaft.
Und diesen Vater in Jesus Christus hat die Revolution ausgeschaltet. Sie wollte "Brüder", ohne den "Meister" anzuerkennen (Matthäus 23, 8).
Ihr Bruderbild war nicht das der Bibel: "dem Bilde seines Sohnes gleich zu werden: dieser sollte der Erstgeborene unter vielen Brüdern sein (Römer 8, 19).
Reden wir also nicht mehr davon, die französische Revolution habe "christliche Rechte" durchgesetzt. Sie war weit entfernt davon.
Vertiefen wir uns mehr in die Bibel, um zu erfahren, was sie über "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" sagt.<<
USA: Dr. phil. Rudolf Witzel (1955-2013) berichtet über das öffentliche US-Bildungswesen im Jahre 1989 (x295/120): >>... Die Allgemeinbildung der Amerikaner und die Abbruchquoten beim Schulbesuch sind alarmierend. 1989 konnten 24 Millionen der erwachsenen Amerikaner die USA nicht auf einer Weltkarte ausfindig machen, 44 Millionen weder China noch den Pazifischen Ocean auffinden, jeder vierte Besucher einer High School verließ seit 1985 die Schule ohne Abschluß, und 25 % der Absolventen konnten weder richtig lesen noch schreiben.
Besonders dramatisch ist die Entwicklung bei den beiden am schnellsten wachsenden Bevölkerungsgruppen den Schwarzen und den Hispanics: Hier verlassen 40-45 % die Schule ohne Abschluß.
Diese letzte Zahl ist besonders besorgniserregend, weil sie das zunehmende Versagen der amerikanischen öffentlichen Schulen ("public schools") gerade in dem Bereich zeigt, der in der Vergangenheit ihre hauptsächliche Leistung ausmachte: die für alle Bevölkerungsgruppen und insbesondere für die Einwandererkinder bereitgestellte Grundausbildung. ...<<
Vietnam: Eine große deutsche Wochenzeitschrift berichtet im Jahre 1989 über das im Vietnamkrieg eingesetzte chemische Entlaubungsmittel "Agent Orange" (x068/347): >>Die Notstände gehen uns alle an ... Das Gift wirkt über Generationen hinaus. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Vietnamkrieg (x068/344-347): >>... Der Indochinakrieg wurde auch chemisch und biologisch geführt, mit den verschiedensten Giften, mit flüssigen Gasen und festen Gasen, mit Gasen, die sich erst beim Entströmen aus dem Behälter in Gase verwandeln. Mit massivem Einsatz von CN (Chloro-Acetophenon) zum Beispiel, von CS (Ortho-Chloro-Benzal-Malononitril), von DM (ein Chlorhydrat von Phenarsazin oder Adamsit). Nach vietnamesischen Angaben wurden 1963 durch sogenannte Entlaubungsmittel, Herbizide, 320.000 Hektar Land zerstört, 1964 schon 500.000, 1965 bereits 700.000 Hektar.
Eines der bekanntesten dieser Chemikalien war das in den sechziger Jahren in den USA entwickelte "Agent Orange". Mit Dioxin verseucht, mit hoch giftigen Substanzen, wurde es in solch ungeheueren Mengen zur Entlaubung des Dschungels, zum systematischen Ruinieren der Felder, der Dörfer eingesetzt, daß der US-Chemiewaffenhersteller Dow Chemical, Midland, bereits 1964 in "Lieferschwierigkeiten" kam. Da sprang ein deutsches Unternehmen in die Bresche, der Chemie-Konzern Ernst Boehringer, Ingelheim.
An der Spitze dieses Unternehmens aber stand seinerzeit der spätere Präsident des Evangelischen Kirchentages und ehemalige Präsident der Bundesrepublik Deutschland Dr. Richard von Weizsäcker - keine wichtige Entscheidung fiel ohne ihn. Der deutsche Waffenproduzent half dem amerikanischen Chemiewaffenhersteller Dow Chemical aus, er lieferte ihm "ein modernes Verfahren zur Herstellung von Zutaten für den Kampfstoff Agent Orange". Und je mehr Boehringer-Gift auf Vietnam niederging, desto mehr stieg Boehringer in Ingelheim auf. "So lange der Vietnam-Krieg andauert, sind keine Absatzschwierigkeiten zu erwarten", beschrieb man optimistisch die Lage in der Firma.
"Tatsächlich ging unter Weizsäcker die Weiterentwicklung des Hauses Boehringer steil nach

oben. Der offizielle Hauptlieferant für 'Agent Orange', Dow Chemical in Midland/Michigan, lobte den 'großartigen Kooperationsgeist', den der Boehringer-Konzern zeigte."
So steht in der Strafanzeige des früheren Mannheimer Amtsgerichtsdirektors Rudolf Deichner vom Dezember 1989 gegen Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker wegen "Beteiligung an Völkermord" und anderen Straftaten, in einer Anzeige, die seitdem deutsche Staatsanwaltschaften, eher weniger als mehr, darf man vermuten, beschäftigt.
Tanker auf Tanker mit "Agent Orange" wird in den sechziger Jahren ins Mekongdelta verschifft und dann das Gift, Millionen Tonnen Gift ... über Hinterindien versprüht, auf Vietnam, Laos, Kambodscha verregnet, aus B-52 oder C-123 und C-130 Bombern, aus Hubschraubern, Transportmaschinen.
Bei gutem Wetter und nur leichtem Wind fliegen diese Maschinen mit Aufklärer und Begleitschutz in den schönen Stunden von Sonnenaufgang bis acht oder neun Uhr in etwa hundert Meter Höhe über das Land und verteilen das Gift, den deutschen Beitrag, die Gottesgabe aus Ingelheim am Rhein, von "C. H. Boehringer Sohn Weizsäcker", weithin über Dschungel und Obstplantagen, über Ackerland und dicht besiedelte Gebiete, über Hunderte von Dörfern, über Reis und Mais, Zuckerrohr und Maniok, über Kartoffeln, Wassermelonen, Bananenstauden, Pfeffersträucher.
Alles wird weithin vernichtet, verheert, die Ernten verdorren - ach ja, warum nicht wieder mal eine Aktion, eine Sammelaktion der Evangelischen Kirche BROT FÜR DIE WELT mit einem beeindruckenden Aufruf des Ex-Kirchenpräsidenten, des Bundespräsidenten jetzt, edelsouverän und mit markanter Mimik ...?
Oh, wir kennen sie, die schönen Reden, die alle protestantischen Studiendirektorinnen Deutschlands verzaubern: "Wir müssen teilen lernen" - "Jetzt ist eine unerhörte Gemeinschaftsleistung nötig" - "Die Notstände gehen uns alle an" - aber den einen vielleicht doch etwas weniger und den anderen doch etwas mehr, zumal einen Bundespräsidenten mit so großer Verantwortung? Und nicht so kleinem Vermögen? Oder meinen Sie nicht?
Gift? Ja, Millionen Tonnen auf das "Land des Südens" und die angrenzenden Länder. Gift, Gift. "Agent Orange" ... hinaus und hinab, auf den Ba Lai-Fluß, den Bin Hai-Fluß, den Re-Fluß, in Bäche und Kanäle hinein und fort mit dem Wind, die Fische infiziert, die Rinder, die Schafe, das Wild, gezählte und ungezählte Tausende von Tieren getötet. Büffel, Ochsen, Schweine kläglich zugrunde gerichtet.
Und allein in zwei Jahren, von Mitte 1965 bis Mitte 1967 Hunderttausende von Menschen vergiftet, ihnen Lungenödeme angehängt, Magen- und Darmerkrankungen, Fehlgeburten, hohes Fieber, anhaltende Durchfälle - und Todesfälle auch, manchmal Frauen besonders, Kinder und Greise. "Zehntausende von Menschen wurden von dieser chemischen Keule getötet."
Ja, wie wäre es mit einem Staatsbesuch, einer Good-will-Reise, nach Kambodscha vielleicht, Laos, Vietnam, fast friedliche Länder jetzt? Und Frieden doch auch zu Hause, Friedhofsruhe mitunter. Im endlich stillgelegten Chemie-Werk "C. H. Boehringer in Hamburg-Billbrook" zum Beispiel - "Krebs, Bronchitis, Selbstmord - Die Fabrik des Todes", mehr als 20 Selbstmorde unter den Mitarbeitern und über 130 "elendiglich an Krebs und Leukämie Verstorbene" - bis zum 6. Juli 1990.
Aber doch nicht nur dies daheim. Nein, auch ein beruhigendes Vermögen, relativ stattlich, in dreistelliger Millionenhöhe, allein bei Bosch ein 100-Millionen-Aktienpaket, und Beteiligungen auch anderwärts, man könnte sie nennen. "Wir müssen teilen lernen ..."
Aber auch Vorsorgen freilich für die Zukunft!
Nicht nur heute noch schrecklich verkrüppelte, behinderte Kinder, körperlich und geistig ruiniert. "Die Notstände gehen uns alle an ..."
"Agent Orange": "Das Gift wirkt über Generationen hinaus", so eine große deutsche Wochenzeitschrift 1989. Und noch lange wird es, wird er weiter wirken, weiter leben. "Agent Oran-

ge"-Folgen in vietnamesischen Glasbehältern: "menschliche Föten mit Zyklopenaugen, ohne Arme, ohne Beine, ohne Hälse, mit Riesenköpfen ..."
"Ich habe mir meinen Weg selber erarbeitet." So der Wegbereiter. Und das Allensbach-Orakel in christlicher Verbundenheit: "Kein Schatten auf dieser Gestalt."
Überrascht es?
Nun, ich hatte das, gedruckt schon, wenn auch in Kleinstauflage, alles in Händen. Doch schrieb ich dem Autor und erhielt unter dem 13.7.1992 "en prompte réponse: In Sachen v.W. bin ich nie juristisch belangt worden. Ich habe mir dieserhalb alle Mühe gegeben - siehe auch Anlage vom 8.4.92 - Schweigen im Walde. –
In der Hauptkirche FHH am 3.10.91 auf 5 m Entfernung im Beisein von Bundesministern, Ministerpräsidenten, Staatssekretären usw. dreimal das Wort "Mörder" ins Gesicht (in Verbindung mit "Völker-", "Arbeiter-" und "Giftgas-") ... Die BRD hat einen Präsidenten - der das Forschen in seiner Vergangenheit fürchtet und dieserhalb eben auch juristische Schritte."<<

1990

Die DDR wird nur bis zum 7. Oktober 2014 bestehen. Warum nicht länger? Da wird sie 65 und darf ausreisen.
Flüsterwitz in der DDR

13.02.1990

Kanada: Die 4 Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und die beiden deutschen Staaten vereinbaren am 13. Februar 1990 in Ottawa "Zwei-plus-Vier-Gespräche", um die "äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit" abzuklären.

12.03.1990

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1990) berichtet am 12. März 1990 über die deutschen Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>**Die deutschen Bäume fällen**

Die Einigung Deutschlands facht die Diskussion um Reparationen wieder an

Ein Stichwort des Bundeskanzlers weckte im Ausland neue Begehrlichkeiten: Die Diskussion um deutsche Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkriegs ist erneut entbrannt, die Wiedervereinigung kann teuer werden. Denn viele Ansprüche wurden nur bis zu einer endgültigen Friedensregelung zurückgestellt.
Zu den Siegerstaaten des Zweiten Weltkriegs, denen nach der Niederwerfung Hitler-Deutschlands Reparationen zustanden, zählte auch Australien. Dort wurde 1947 die Idee geboren, das besiegte Reich zur Behebung eines der ehemaligen Strafkolonie angeborenen Mangels heranzuziehen:
In Australien gab es seit jeher zu wenig Frauen. In Deutschland hingegen herrschte, so die Überlegung, angesichts der Millionen gefallenen, gefangenen und zur Zwangsarbeit verschleppten Männer Frauenüberschuß. Also könnten die Deutschen doch statt Reparationen 200.000 Mädchen schicken. Die sollten freilich nicht älter als zwölf Jahre sein, weil sonst zu große Gefahr bestünde, daß sie den NS-Bazillus auf den fünften Kontinent einschleppten.
Im Gegensatz zu sonstigem Aberwitz bei Reparationsforderungen hatte diese Vision von einer germanischen Blutauffrischung fürs andere Ende der Welt, die auch von Himmler hätte stammen können, nie Aussicht auf Verwirklichung. Andere Horror-Ideen, wie jene des US-Finanzministers Henry Morgenthau, der Deutschland auf ein Weideland reduzieren wollte, wurden zumindest im Ansatz durchaus realisiert.
Die Briten demontierten nicht nur massenhaft Fabriken, Werften und Kräne. Sie schlugen in einem "Operation Buntspecht" genannten Raubzug norddeutsche Wälder kahl, weil, so der ehemalige Ackerbauminister Hudson, "die Deutschen sich hübsch dahinterzuklemmen haben,

das zu liefern, was wir für unseren Wiederaufbau brauchen" - und dazu "werden wir auch rücksichtslos die deutschen Bäume fällen".
In Südwestdeutschland holzten die Franzosen in den Forsten und beschlagnahmten als "gefährliche Industrie" etwa Geräte der schwäbischen Uhrenhersteller, da damit ja auch Zeitzünder hergestellt werden könnten. Die Russen, die allein im Februar 1947 über den Bahnhof Frankfurt/Oder 11.000 Güterwaggons voll Reparationsbeute gen Osten schafften, reduzierten die Reichsbahn in ihrer Zone auf eingleisigen Betrieb. Mit den Zügen transportierten sie auch die Schienen ab. Daß aus Magdeburg bis Ende 1946 Lieferverpflichtungen über 133.000 Hektoliter Rohspiritus in die UdSSR vorlagen, gab bei allem Elend Anlaß zu bitteren Witzen über den "Iwan".
Überhaupt nicht mehr lachen konnten die darbenden Deutschen nach Hitlers verlorenem Krieg darüber, daß auch allerlei exotische Mitglieder der Siegerkoalition von insgesamt 53 Staaten Ansprüche anmeldeten: Guatemala etwa rechnete seine Reparationsforderungen auf 85 Millionen Dollar hoch, obwohl es mit den Deutschen den ganzen Krieg lang nichts zu schaffen gehabt hatte. Aber, so die Begründung der mittelamerikanischen Mitsieger: Sie hätten allerlei kriegswichtige Straßen durch den Busch hauen müssen.
Titos Jugoslawien schätzte seine Kriegstoten auf 1,7 Millionen - so viele erschienen in der Statistik als "demographischer Verlust", von Jugoslawen massakrierte Volksdeutsche inklusive - und leitete daraus 1947 einen Schaden von 46,9 Milliarden Golddollar ab, eine Währung, die es längst nicht mehr gab.
Gleichwohl wurde die Forderung, von der sich der Tito-Staat "ewigen Wohlstand" ohne Steuern versprach, bei der Interalliierten Reparationsagentur (IARA) eingereicht, in deren Büchern sich innerhalb eines Jahres nach ihrer Gründung 1946 Rechnungen im Gesamtbetrag von über 300 Milliarden Dollar ansammelten, deren Begleichung von den geschlagenen Deutschen verlangt wurde - obwohl die Alliierten in Jalta ihnen zunächst "nur" 20 Milliarden Dollar Kontribution auferlegt hatten, davon die Hälfte für die Sowjetunion.
1953 - Deutschland war längst geteilt und jeweils wichtige Säule der Besatzer in ihrem Kalten Krieg gegeneinander - verzichteten die Sieger auf weitere Reparationen, freilich unter dem Vorbehalt einer endgültigen Regelung bei einem Friedensvertrag:
Moskau enthob die DDR im Sommer 1953 weiterer Verpflichtungen, nachdem es bis dahin Werte von über 66 Milliarden Mark aus seiner Zone gequetscht hatte. Polen folgte und formulierte seinen Reparationsverzicht gleich auf ganz "Deutschland" - was Warschau heute als unverzeihliche Fehlleistung einer nicht souveränen Satelliten-Regierung brandmarkt.
Die Westalliierten schlossen mit der Bundesrepublik im Februar 1953 das sogenannte Londoner Schuldenabkommen, bei dem es Adenauers Unterhändler Hermann Josef Abs gelang, die Forderungen von 19 Gläubigerländern, die zum Teil noch aus der Vorkriegszeit datierten, auf gut 14 Milliarden Mark herunterzuhandeln.
Offiziell hatte die Bundesrepublik bis dahin nach Rechnung der Alliierten etwa drei Milliarden Mark Reparationen bezahlt, nach deutschen Schätzungen hatten Demontage, Zwangsarbeit, Wissenschaftlertransfer und der Raub deutscher Patente einen vielfachen Wert.
Voraussetzung für den Londoner Vertrag, den Bonn als endgültigen Schlußstrich betrachtet, war allerdings ein Wiedergutmachungsabkommen mit Israel über eine Pauschalzahlung von mehr als drei Milliarden Mark für die Eingliederung jüdischer Flüchtlinge und Holocaust-Opfer. Dazu kamen individuelle Entschädigungen, Lastenausgleich, Remontage-Zahlungen für Demontage-Geschädigte, Leistungen aus humanitären Erwägungen, die durch all die Jahre bis heute bezahlt wurden und Verpflichtungen noch über das Jahr 2000 hinaus bedeuten.
Insgesamt haben beide Teile Deutschlands bis heute Reparations-, Entschädigungs- und Lastenausgleichsleistungen erbracht, die sich auf weit über 300 Milliarden Mark addieren, wahrlich ein Faß ohne Boden.

"Ich weiß nicht, wie man auf die Idee kommen kann, dieses Faß wieder zu öffnen", polterte der FDP-Graf Lambsdorff vergangene Woche vor der Fernsehkamera und fragte sich, wer jetzt wohl noch Forderungen stellen werde. Mit Costa Rica griff er sich freilich einen ungeeigneten Verdächtigen - die zentralamerikanische Republik war nur in den Krieg gegen Japan eingetreten.

Auf die fatale Idee, das Wort Reparationen aus der Kiste zu zaubern, war jener promovierte Zeitgeschichtler gekommen, der, wie von einem Fluch behext, meist auf dem Bauch landet, wenn er's mit der Zeitgeschichte hat: Bundeskanzler Helmut Kohl.

Der Regierungschef, dem in Israel einfiel, die ihm zuteil gewordene "Gnade der späten Geburt" zu preisen, die seine Generation von Verantwortung für die Nazi-Greuel rette, der den US-Präsidenten Ronald Reagan zum Defilee auf den Bitburger Soldatenfriedhof mit seinen SS-Gräbern nötigte, der den Reformer Michail Gorbatschow mit Joseph Goebbels verglich, der noch in der DDR der achtziger Jahre KZs ausmachte und in Polen ausgerechnet den schlesischen Annaberg, die Triumphstätte deutschnationaler Freikorps, besuchen wollte:

Dieser Kanzler krönte seinen monatelangen Eiertanz um die Oder-Neiße-Grenze, mit dem er weltweit kaum wiedergutzumachenden Schaden über die Deutschen brachte, mit der Forderung, Polen müsse für eine Anerkennung der Grenze auf Reparationen verzichten.

Indem der Bonner Kanzler ohne jede Not das tückische Stichwort wieder aus der Versenkung holte, weder politisch noch rational zu erklären, öffnete er alle Schleusen - nun kommen auf ein vielleicht bald vereintes Deutschland neue Phantasieforderungen in dreistelligen Milliarden-Summen zu, die abzuwehren aufgrund von zahllosen Präzedenzfällen nicht leicht werden wird.

Von Albanien, das sich zwei Milliarden Dollar Wiedergutmachung ausrechnete, über Finnland, das, unter anderem, Ersatz für 24.000 Rentiere haben möchte, die deutsche Truppen 1944 beim Rückzug in Lappland abschossen, bis zu Millionen Zwangsarbeitern und ihren Erben, deren Forderungen sich auf viele hundert Milliarden Mark summieren, wollen alle ans große Geld der reichen Deutschen, die ja bald noch reicher sein werden.

Nicht, daß viele dieser Forderungen nicht ohnedies bei manchen Regierungen, etlichen Vereinen und zahlreichen Advokaten herumgespukt hätten. Aber das sinnlose Herumlavieren des Weltstaatsmannes aus Bonn mit der Polen-Grenze samt seiner Reparationsgegenrechnung hat alle Welt zu Aufrechnungen ermuntert, die viel leichter abzuwehren gewesen wären, hätte der Kanzler mit einer sofortigen klaren Anerkennung der Nachkriegsrealitäten von sich aus einen Schlußstrich gezogen.

So aber werden sich trotz aller verzweifelten Bonner Bemühungen, den Geist wieder in die Flasche zurückzustopfen, auch noch künftige deutsche Regierungen mit dem ebenso unerschöpflichen wie unlösbaren Thema Reparationen herumschlagen müssen.

Schon immer in der Geschichte hatten sich Sieger die Schätze der Besiegten angeeignet. Das erste Wirtschaftswunder des Deutschen Reiches - die Gründerzeit - bezahlten die geschlagenen Franzosen, denen Bismarck 1871 über fünf Milliarden Goldfranc abpreßte und danach höhnte: "Ein so gemäßigter Sieger wie der christliche Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden."

Die Franzosen rächten sich 1919 am gleichen Ort, in Versailles. Vor allem auf ihr Drängen wurden den deutschen Weltkriegsverlierern Reparationen auferlegt, die in die Hyperinflation, zur Wirtschaftskrise, zu Hitler und schließlich geradewegs zur furchtbaren Neuauflage des Weltkriegs führten.

Versailles zeigte nicht nur, daß ungezügelter Rachedurst der Sieger zwangsläufig die nächste Katastrophe heraufbeschwört. Das Reparationskarussell der zwanziger Jahre bewies zudem, daß die Begierden der Sieger und der Leistungswille der Unterlegenen nie und nimmer auf einen Nenner zu bringen sind, und zeigte, daß nie auch nur annähernd Einigung darüber zu

erzielen war, wieviel nun tatsächlich zu bezahlen sei oder bezahlt wurde.
Die gesamten Forderungen an das geschlagene Kaiserreich erreichten nach Versailles astronomische Summen. Während Deutschland zunächst eine Verpflichtung über 100 Milliarden Goldmark einging, rechneten die Sieger 1921 eine genaue Schuld von 132 Milliarden aus. Laut deutscher Berechnung wurden davon bis 1924 - als mit dem sogenannten Dawes-Plan ein wirtschaftlich vertretbarer Zahlungsplan aufgestellt wurde - 42 Milliarden Goldmark tatsächlich bezahlt. Die Sieger, die nach einem Wort des Britenpremiers Lloyd George Deutschland als Kuh betrachteten, "die gleichzeitig Milch und Beefsteak liefern soll", wollten aber nach ihren eigenen Kalkulationen nur knapp zehn Milliarden bekommen haben.
Das Gefeilsche zog sich über Inflation bis zur Wirtschaftskrise hin, dem Dawes folgte der Young-Plan, Kredite wurden gewährt, um Zinszahlungen zu ermöglichen, Zahlungsfristen geändert und Beträge gestundet. 1932 schließlich wird ein Ende der Reparationen vereinbart.
Gelernt hatten die Sieger nichts daraus. "Die Geschichte hat sich nicht nur in der deutschen Niederlage wiederholt", klagte am Ende des Zweiten Weltkriegs der US-Ökonom Jacob Viner, "sie wiederholt sich auch beim deutschen Reparationsproblem, das zu einem dritten Weltkrieg führen kann."
Davor stand dann die Eröffnung neuer Fronten zwischen den Siegern - aber das konnten die 53 Staaten, die sich 1945 über die deutsche Beute hermachten, noch nicht wissen. Die Besatzer bedienten sich selber nach Belieben, vor allem die Sowjets, denen die Westalliierten nach Beginn der Berlin-Blockade 1948 endgültig den vereinbarten Beuteanteil aus ihren Zonen vorenthielten.
All jene, die keinen direkten Zugriff auf die Beute hatten, meldeten bei der Reparationsagentur IARA ihre zum Teil abenteuerlichen Forderungen an. Um Anteile an dem Kuchen kam es regelmäßig zum Streit. Ein Schiff, das Albanien zugesprochen wurde, kam dort nie an - die Jugoslawen fanden, Albaner könnten es gar nicht bedienen, und behielten es selbst. Tito-Emissäre kämmten die Reste des Reiches nach angeblich aus Jugoslawien verschleppten Schätzen durch, und erfreuten den Partisanenchef etwa mit kostbaren Gemälden von Rembrandt und Velazquez, die noch nie in Jugoslawien gewesen waren.
Indien erhielt demontierte deutsche Industriewerke, darunter eine Sprengstoffabrik. Als im Gefolge der Entkolonialisierung auf dem Subkontinent der neue Staat Pakistan entstand, klagte auch der seinen Anteil an der deutschen Beute ein. Eine rühmliche Ausnahme war Indiens Friedensapostel Mahatma Gandhi: Er appellierte schon 1947 an seine Landsleute, auf deutsche Reparationen aus "moralischen Gründen" zu verzichten, da "Deutschland heute zu den unterdrückten Nationen zählt".
Verzichtet hat auch Südafrika. Griechenland hingegen ließ seine Industrie-Beute im Hamburger Hafen verrotten, später verscherbelten Spekulanten das Beutegut an britische Interessenten.
Immer öfter lehnten sich deutsche Arbeiter gegen die Massendemontage auf, die allein in den Westzonen zunächst 1.800 Betriebe betreffen sollte. Nicht nur, daß ihnen dadurch ihre Arbeitsplätze genommen wurden, sie mußten dabei auch noch mitschuften. Zeitweise waren Zehntausende Deutsche damit beschäftigt, ihre Fabrikanlagen für den Abtransport ins Ausland zu zerlegen.
Als die Engländer aus dem Ruhrgebiet eine besonders schwere Schmiedepresse abtransportieren wollten, mußte dafür eine Brücke verstärkt werden. All das trieb die tatsächlichen Reparationskosten in astronomische Höhen.
Ab 1947 kam es zunehmend zu Streiks und Blockaden der betroffenen Belegschaften. Vereinzelt setzte es für alliierte Demonteure Hiebe, die von Militärgerichten streng geahndet wurden. Schließlich waren es die Amerikaner, die darauf drängten, der Demontagewillkür ein Ende zu setzen. Sie fanden sich selber in der absurden Situation, daß sie mit Marshallplan-Milliarden

den Wiederaufbau Westdeutschlands betrieben, während ihre Verbündeten noch eifrig mit dem Abbau beschäftigt waren. So kam es 1953 zu jenem Londoner Schuldenabkommen, auf das sich Bonn heute beruft, wenn es verkündet, die Reparationsansprüche aus dem Zweiten Weltkrieg seien damit erledigt.
Nur stimmt das nicht. Erstens heißt es im Artikel 25 des Vertrages, daß im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands das ganze Abkommen zu überprüfen sei. Zweitens haben die Deutschen auch danach noch oft selbst in die Tasche gegriffen, unter politischem, moralischem oder juristischem Zwang, aus Billigkeit oder menschlichen Erwägungen.
So zahlte Bonn nach dem Londoner Vertrag noch pauschale Entschädigungssummen für "Personenschäden durch NS-Verfolgung" an seine westlichen Nachbarn: 400 Millionen an Frankreich, 125 an die Niederlande, 115 an Griechenland, 80 an Belgien, 60 an Norwegen, 18 an Luxemburg, 16 an Dänemark, 11 an England, 10 an die Schweiz und eine Million an Schweden.
Es leistete Wiedergutmachung an einstige Verbündete, die ihrerseits wieder Reparationen an die Sieger zu leisten hatten - etwa an Ungarn oder Italien.
Obwohl Konrad Adenauer gegiftet hatte, wenn etwa Österreich Reparationen verlange, werde man der einstigen Ostmark die "Jebeine Adolf Hitlers" zustellen, erhielt auch Wien 101 Millionen Mark - als "Beitrag zur österreichischen Wiedergutmachung".
So wurde die Entschädigung, von der Bundesregierung selbst als "historisch einzigartige Leistung" gerühmt, zum Faß ohne Boden. Allein 80 Milliarden verschlang die individuelle Entschädigung von Opfern des NS-Regimes.
Aus "humanitären Gründen" zahlte Bonn auch an Opfer von ehemaligen Verbündeten, wenn deren Lobby nur stark genug war.
1959 zum Beispiel wurden vom Kabinett "Härteleistungen für sogenannte Wapniarka-Geschädigte" beschlossen: Die mit Hitler verbündete rumänische Regierung hatte in ihrem KZ Wapniarka inhaftierte Juden 1943 mit verdorbenen Kichererbsen ernährt, die, eigentlich als Tierfutter vorgesehen, von der Lagerverwaltung auf dem Bahnhof der Stadt requiriert worden waren.
Dies führte bei vielen Häftlingen zu Lähmungen. Überlebende Wapniarka-Insassen wanderten nach dem Krieg nach Israel aus, fielen dort aber nicht unter die von Bonn geleistete Entschädigung für jüdische NS-Opfer.
"Obwohl die Gesundheitsschäden der ehemaligen Häftlinge des Lagers Wapniarka ausschließlich auf Verfolgungsmaßnahmen des damals souveränen rumänischen Staates zurückzuführen sind", wie die Bundesregierung betonte, erklärte sie sich "ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs" bereit, in besonderen Notfällen mit jeweils 5.000 Mark zu helfen. Bis Ende 1986 wurden aus diesem Titel 2.420.500 Mark ausgezahlt.
Von cleveren US-Anwälten bedrängt, zahlt Bonn Renten an in Amerika lebende Juden. Die Bundesrepublik anerkannte nach Francos Tod Entschädigungen an republikanische Spanier, die während des Spanischen Bürgerkriegs und danach unter deutschem Terror litten - es trafen dazu immerhin über 13.000 Anträge ein.
Bonn beugte sich, wenn auch nur zögernd, Forderungen verfolgter Sinti und Roma - Folge: etwa 4.000 Anträge. Es zahlte - trotz des polnischen Verzichts, dessen Gültigkeit die Bundesregierung nun beschwört - 100 Millionen für polnische Opfer von Medizinversuchen in Konzentrationslagern.
Nachdem die Regierung Brandt mit Polen den Warschauer Vertrag geschlossen hatte, überwies Bonn 1,3 Milliarden Mark für polnische Rentner. Die Auszahlung dieser Gelder an die Berechtigten führte in Polen zu Konflikten, die bis heute andauern, da der Staat die Summe in Devisen bekam, die Menschen aber mit Zloty zu miesem Kurs bediente.
Ähnlich geschah es in Belgrad, wo Kanzler Brandt den Präsidenten Tito 1973 mit einem Kre-

dit von einer Milliarde Mark bedachte, wofür Jugoslawien sich verpflichtete, "die Entschädigungsfrage nicht mehr zu stellen". Kein jugoslawischer Geschädigter sah je einen Pfennig davon.
Die Ostverträge schienen manchen Regierungen Gelegenheit, neue Forderungen zu stellen - CDU-Politiker, die sie zu Fall bringen wollten, malten damals das Schreckgespenst von 100 Milliarden Kosten an die Wand. Doch Bonn wehrte alle Reparationsverlangen prinzipiell ab - als Albanien etwa die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Milliarden honoriert sehen wollte oder Libyens Oberst Gaddafi Geld aus Bonn für die vom Afrikakorps in der Wüste vergrabenen Minen begehrte.
Später, als die Frage der Zwangsarbeiter hochkam, die deutsche Weltfirmen sich aus Himmlers Konzentrationslagern billig besorgt hatten, überwiesen einzelne Firmen widerwillig und "ohne Rechtsanspruch" symbolische Beträge: I.G. Farben, Krupp, AEG, Siemens und Rheinmetall 50,5 Millionen, Feldmühle-Nobel fünf Millionen, Daimler-Benz - erst 1988 - 20 Millionen Mark.
Die Revolution in Osteuropa eröffnete den Menschen auch die Freiheit, individuelle Ansprüche zu erheben. Warschaus KP-Regierung hatte es den polnischen Zwangsarbeitern jahrelang verboten, sich zu organisieren und Wiedergutmachung zu fordern. 1987 erlaubte sie die Gründung einer "Gesellschaft der vom Dritten Reich ausgebeuteten Polen", die ihren Sitz im Justizministerium nahm. Die Gesamtrechnung der Polen erreicht die gigantische Summe von 537 Milliarden Mark, die nun notfalls vor der Uno eingeklagt werden soll.
Die Regierung Mazowiecki machte sich Forderungen ihrer von den Nazis ausgebeuteten Bürger im Prinzip zu eigen. Als Polens Premier den Kanzler bei seinem Besuch im vorigen Herbst darauf am 14. Februar in Bonn ansprach, sagte Kohl zu, die Frage "zu prüfen". Wieder zu Hause, sah er dafür freilich "keine Chance" mehr.
Unterdessen hatten sich auch bei jugoslawischen Rotkreuzstellen Zehntausende ehemalige NS-Opfer gemeldet. Jugoslawien werde sich, drohte die Belgrader Politika, ungeachtet Kohls Ablehnung jeder Reparationsforderung "nicht durstig übers Wasser führen lassen".
Die Regierung betonte, mit der deutschen Einheit stelle sich "die Frage nach Reparationen von neuem".
Eine wahrhaft unendliche Geschichte: Als die DDR 1988 erstmals ein moralisches Recht der Juden auf Wiedergutmachung auch seitens des ostdeutschen Staates anerkannte, Erich Honecker dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, einen Orden an die Brust heftete und einen symbolischen Betrag von 100 Millionen Dollar "für Härtefälle" zusagte, öffnete sie damit auch die Tür für neue Forderungen. Die Modrow-Regierung bekannte sich dazu und betonte nochmals ihre "humanitäre Verpflichtung".
Modrow hörte auch höchst interessiert zu, als ihm ein Bremer Original die bislang allerhöchste im Wiedergutmachungskarussell gehandelte Summe vorrechnete: Professor Arno Peters hat auf die Mark genau ausgetüftelt, was die Bundesrepublik der DDR samt Zins und Zinseszins schulde, weil die Ostdeutschen (Mitteldeutschen) sozusagen für die Westdeutschen Reparationen mitbezahlt haben: Er kam auf 727.165.791.041 Mark.
Es sind Zahlen der Art, die jedem Normalbürger Schwindel verursachen, so irreal sie sein mögen. Doch die Diskussion darüber ist in diesen Wochen in Gang gekommen, das Reparationskarussell beginnt sich wieder zu drehen.
"Kohl darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, nicht nur das Thema selbst aufs Tapet (etwas ansprechen) gebracht zu haben", urteilt der Wiener Standard, "sondern das auch noch auf eine Art getan zu haben, die antideutsche Ressentiments allerorten wiedererweckt. Der Mann, der sich so gerne als Enkel Adenauers sieht, läßt in einer entscheidenden Phase der deutschen Geschichte staatsmännisches Format vermissen. Und da deutsche Geschichte immer europäische Geschichte ist, stimmt dies doppelt bedenklich."<<

18.03.1990

DDR: In der DDR finden am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt - "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA = 48,2 %, SPD = 21,8 %, PDS = 16,3 % ... -. Die Wahlbeteiligung liegt bei 93,2 % (x101/173).

19.03.1990

BRD: Die Berliner Zeitung "TAZ" berichtet am 19. März 1990 über die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR (x303/173): >>... Kohl hat sich im Wahlkampf für den Anschluß, für die Teilhabe der DDR-Bürger am westlichen Wohlstand, für das Versprechen von der Erlösung vom Dasein eines Deutschen zweiter Klasse verbürgt.

Eine Mehrheit der DDR-Wähler wollte Gleichheit jetzt – und sei es nur als Garantie von materiellen Symbolen der Gleichheit.<<

07.04.1990

Niederlande: Das niederländische Wochenmagazin "Elsevier" veröffentlicht am 7. April 1990 ein Interview mit dem polnischen Politiker Lech Walesa (seit Dezember 1990 bis Ende 1995 Staatspräsident) über die polnischen Sorgen nach der deutschen Wiedervereinigung (x309/45): >>... Es gibt auch allen Grund für Besorgnis. Und nicht nur die Polen müssen sich Sorgen machen, sondern auch Europa und eigentlich die ganze Welt.

Wir haben genügend Erfahrungen mit einem vereinigten Deutschland gemacht, die Deutschen übrigens selbst auch. Aber ich bin davon überzeugt, daß beide, sowohl Europa als auch Deutschland, eine Reihe von Schlußfolgerungen aus der Vergangenheit gezogen haben. Und ich werde eine Äußerung machen, die mich in Deutschland nicht populär machen wird, aber ich schrecke nicht davor zurück:

Falls die Deutschen von neuem Instabilität in Europa verursachen sollten, in welcher Form auch immer, dann wird es in Zukunft nicht mehr zu einer Teilung Deutschlands kommen, sondern wird Deutschland von der Landkarte ausradiert werden. Mit der fortgeschrittenen Technologie sind Ost und West gemeinsam imstande, dieses Urteil zu vollstrecken. Falls Deutschland nochmals beginnt, gibt es keine andere Lösung. ...<<

13.04.1990

DDR: Die Volkskammer erklärt am 13. April 1990 in Ost-Berlin (x075/279-280): >>Wir die ersten frei gewählten Parlamentarier der DDR, bekennen uns zur Verantwortung der Deutschen in der DDR für ihre Geschichte und ihre Zukunft und erklären einmütig vor der Weltöffentlichkeit:

Durch Deutsche ist während der Zeit des Nationalsozialismus den Völkern der Welt unermeßliches Leid zugefügt worden. Nationalismus und Rassenwahn führten zum Völkermord, insbesondere an den Juden aus allen europäischen Ländern, an den Völkern der Sowjetunion, am polnischen Volk und am Volk der Sinti und Roma.

Diese Schuld darf niemals vergessen werden. Aus ihr wollen wir die Verantwortung für die Zukunft ableiten.

I. Das erste frei gewählte Parlament der DDR bekennt sich im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zur Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder. Wir empfinden Trauer und Scham und bekennen uns zu dieser Last der deutschen Geschichte.

Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wir bitten das Volk Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.

Wir erklären, alles uns Mögliche zur Heilung der seelischen und körperlichen Leiden der Überlebenden beitragen zu wollen und für eine gerechte Entschädigung materieller Verluste einzutreten. ...

Wir haben die furchtbaren Leiden nicht vergessen, die Deutsche im Zweiten Weltkrieg den

Menschen in der Sowjetunion zugefügt haben. Diese von Deutschland ausgegangene Gewalt hat schließlich auch unser Volk selbst getroffen. Wir wollen den Prozeß der Versöhnung unserer Völker intensiv fortführen. ...
Die Volkskammer der DDR bekennt sich zur Mitschuld der DDR an der Niederschlagung des "Prager Frühlings" 1968 durch Truppen des Warschauer Paktes.
Mit der unrechtmäßigen militärischen Intervention wurde den Menschen der Tschechoslowakei großes Leid zugefügt und der Prozeß der Demokratisierung in Osteuropa um 20 Jahre verzögert. ...
Wir haben in Angst und Mutlosigkeit diesen Völkerrechtsbruch nicht verhindert.
Das erste frei gewählte Parlament der DDR bittet die Völker der Tschechoslowakei um Entschuldigung für das begangene Unrecht. ...<<

April 1990

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1990 berichtet im April 1990 über Simon Wiesenthals Buch "Recht, nicht Rache" (x853/...): >>... Der am 31. Dezember 1908 in Buczacz/Galizien geborene (Wiesenthal) hatte alles andere im Sinn, als den größten Teil seines Lebens mit detektivischer Kleinarbeit zu verbringen. Er hatte in Lemberg und Prag Architektur studiert, wurde 1941 von den Nazis verhaftet und durch zwölf Konzentrationslager geschleppt.
Als einziger seiner Familie überlebte er und so wäre es menschlich begreiflich, wenn ihn Haß und Rachsucht motivierten. Doch er will "Recht, nicht Rache", wenn es denn eine gerechte Strafe für Massenmörder geben kann. Bei seinen mühsamen Recherchen war er ungewöhnlich erfolgreich, weit mehr, als es die für die Verfolgung von Kriegsverbrechen Verantwortlichen waren, falls diese wirklich daran interessiert waren, der Massenmörder habhaft zu werden. ...
Wenn Wiesenthal schreibt, daß der Schriftsteller Friedrich Heer entscheidend zu seiner Kenntnis der jüdisch-christlichen Beziehungen beigetragen hat (S. 8), dann ist er an einen Zeitgenossen geraten, der die Geschichte allzu häufig durch seine ideologisch gefärbte Brille zu betrachten beliebte.
In seinem Buch "Gottes erste Liebe" spricht Heer betont vom "österreichischen Katholiken Adolf Hitler", obwohl ihm sicher nicht unbekannt war, daß dieser das Christentum, und ganz besonders die katholische Kirche, bis aufs Blut haßte. Was hielte Wiesenthal wohl davon, wenn man darauf verwiese, daß zahlreiche der berüchtigsten Tschekisten und GPU-Mörder Juden waren?
Wenn er behauptet, es habe in Wirklichkeit "ein einziges sowjetisches Verbrechen gegeben, das sich in seiner "Qualität" der Qualität der Nazimorde annähert: der Mord an viertausend polnischen Offizieren in Katyn" (S. 206), stellt sich doch die Frage, ob er den Willen zur Objektivität hat. Erst im April 1988 veröffentlichte die sowjetische Zeitschrift "Nedelya", eine Beilage der Regierungszeitung "Iswestija", die Zahl der Massenmorde unter Stalin. Danach wurden allein unter ihm rund 50 Millionen Menschen ermordet. ...
Wiesenthal meint, daß "der Antisemitismus sicher eine katholische Wurzel" hat (S. 403). Dies scheint schon ein wenig verwunderlich, denn wenn schon, dann eine christliche, wofür sich im Neuen Testament nicht wenige Hinweise und Gründe finden. Richtig wäre es, von einem Antijudaismus zu sprechen.
Paulus schreibt im 2. Thessalonicherbrief von den Juden: "Diese haben sogar Jesus, den Herrn, und die Propheten getötet; auch uns haben sie verfolgt. Sie mißfallen Gott und sind Feinde aller Menschen; sie hindern uns daran, den Heiden das Evangelium zu verkünden und ihnen so das Heil zu bringen. Dadurch machen sie unablässig das Maß ihrer Sünden voll. Aber der ganze Zorn ist schon über sie gekommen." (2, 15 f.)
- Unleugbar kam es in der Geschichte immer wieder zur Verfolgung von Juden. Der Antijudaismus fühlte sich, wenn man einmal vom sog. "Pöbelantisemitismus" absieht, berechtigt, weil

die Juden "Gottesmörder" seien. Aber schon Papst Martin V. wies am 20. Februar 1422 antijüdische Polemiken vor allem christlicher Prediger zurück: "... Wir wollen, daß jeder Christ die Juden mit menschlicher Milde behandelt und ihnen weder an Leib noch an Gut ein Unrecht zufügt."
In der "Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen" des II. Vatikanischen Konzils heißt es: "Obgleich die jüdischen Obrigkeiten mit ihren Anhängern auf den Tod Christi gedrungen haben, kann man dennoch die Ereignisse seines Leidens weder allen damals lebenden Juden ohne Unterschied noch den heutigen zur Last legen." ...
Es ist bedauerlich, daß sich Simon Wiesenthal in seinen Lebenserinnerungen nicht zu einer gerechten Würdigung der jahrelangen Hilfe seitens der katholischen Kirche verstehen konnte. Pinchas E. Lapide, der in seinen Memoiren überhaupt nicht auftaucht - wohl, weil er die große Hilfe der katholischen Kirche für die verfolgten Juden überzeugend und gut belegt nachweist - hätte ihn eines Besseren belehren können.
In der "Welt" schreibt er: "Wenn Fairneß und historische Gerechtigkeit Grundpfeiler jüdischer Moral sind, dann ist Schweigen angesichts verleumderischer Angriffe auf einen Wohltäter ein Unrecht ...
Hat sich Pius in seinen vielen Rundfunkappellen, Hirtenbriefen, Botschaften und Briefen an seine Bischöfe nicht klar gegen das Nazitum, nicht für gleiche Barmherzigkeit gegenüber allen Opfern der Verfolgung, zweifellos auch gegenüber den Juden, ausgesprochen?
Hätten die Neuheiden, die das göttliche Gesetz und die grundlegenden Gebote Jesu schamlos mißachteten, etwa auf einen Appell aus Rom gehört? Und hätte Pius, bar jeder Macht, Hitler trotzen - und gleichzeitig weiter heimlich Juden retten können? ...
Wer der Meinung ist, die Lage hätte gar nicht mehr schlimmer werden können, möge sich daran erinnern, daß immerhin weit über zwei Millionen Juden - mehr als ein Viertel der europäischen Juden - Hitlers Gemetzel eben doch überlebt hat, wenn auch mit knapper Not - dank der Hilfe der Kirche, Bischöfe, Priester, Laien ...
Der Talmud lehrt uns: "Wer immer ein Leben bewahrt, dem wird es von der Schrift zugerechnet, als hätte er eine ganze Welt bewahrt."
Wenn das wahr ist - und es ist ebenso wahr wie jene jüdischste aller Lehren: die von der Heiligkeit des menschlichen Lebens - dann muß ein Jude auch einen großen Retter jüdischen Lebens verteidigen." (17.6.1966) ...
Man darf bei der Suche nach der vollen Wahrheit auch nicht verschweigen, daß nicht wenige Juden in die Verbrechen der Nazis verstrickt waren, um die eigene Haut zu retten. Sowohl in Wien wie in Berlin waren die sog. "Greifer" ebenso gefürchtet wie verhaßt. Es waren jüdische Gestapo-Agenten, die keinen Judenstern zu tragen brauchten und denen man versprach, sie und ihre Familien von der Deportation auszunehmen, wenn sie dafür andere Juden aufspürten und der Gestapo ans Messer lieferten. In Berlin waren diese jüdischen Kollaborateure im Jüdischen Krankenhaus in der Iranischen Straße untergebracht. Sie "haben sicher Hunderte untergetauchter Juden auf dem Gewissen".
Wenn man von den eigentlichen Mördern absieht, die aber nicht minder gegen die nichtjüdischen Gegner des Regimes wüteten, dürfte zutreffen, was der jüdische Überlebende von Theresienstadt, H. G. Adler, in seiner Monographie "Theresienstadt" schreibt: "Die Gemeinschaft der Juden war nicht schlimmer, aber auch nicht besser als (die) sie umgebende Welt." (S. 738) ...<<

02.05.1990

Polen: Bundespräsident von Weizsäcker bestätigt am 2. Mai 1990 während eines Staatsbesuches die Unantastbarkeit der polnischen Westgrenze.

06.05.1990

DDR: In der DDR finden am 6. Mai 1990 die ersten freien Kommunalwahlen statt - CDU =

34,4 %, SPD = 21,3 %, PDS = 14,6 % ... - (x101/175).

09.05.1990

Belgien: Die EG unterzeichnet am 9. Mai 1990 ein Handels- und Kooperationsabkommen mit Bulgarien.

19.05.1990

BRD: Der deutsche Schriftsteller Günter Grass (1927-2015, erhält 1999 den Nobelpreis für Literatur) erklärt am 19. Mai 1990 zur geplanten Wiedervereinigung Deutschlands (x303/-173): >>... Mein erster Eindruck ist der, daß in Ermangelung eines weiterreichenden Gedankens die D-Mark der zentrale Begriff geworden ist. ...

Der Ruf nach Freiheit ist durch eine Art von DM-Freiheit und Konsumfreiheit ersetzt worden. Die absurdeste Koppelung habe ich in der DDR auf einem Plakat gelesen: Freiheit ist Leistung – dümmer habe ich das Wort Freiheit noch nie interpretiert gesehen.<<

Mai 1990

BRD: Der deutsche Publizist Meinrad Freiherr von Ow berichtet im Mai 1990 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1990 über das "Scheitern des realen Sozialismus" (x853/...): >>**Der Triumph der Wahrheit**

... Das Jahr 1989 war überall in Europa Anlaß, sich der Französischen Revolution zu erinnern, die vor 200 Jahren eine neue Epoche in der Geschichte eingeleitet hatte.

Niemand konnte zu Beginn des Jahres ahnen, daß auch das Jahr 1989 ein Revolutionsjahr in Europa werden sollte. Mit ungläubigem Staunen erlebte die Welt den Zusammenbruch einer totalitären Ideologie, die ihre Wurzeln auf die Französische Revolution zurückführte und die in den vergangenen Jahrzehnten das Schicksal vieler Völker bestimmte und den Bestand anderer Nationen bedrohte. Völker im Herzen Europas haben unblutig ihre Freiheit wiedergewonnen; unblutig auch deshalb, weil die Machthaber einsehen mußten, daß auch ihre überlegenen Waffen die Wende nicht hätten verhindern können.

Eine Entwicklung, die 1847 mit der Gründung des "Bundes der Kommunisten" Gestalt annahm und im "Kommunistischen Manifest" von Marx und Engels ihre Leitlinie fand, hat 1989 ihre Endphase erreicht. Die Ziele der neu entstandenen Bewegung waren damals nicht nur gegen die bestehende staatliche Ordnung gerichtet, sie widersprachen auch dem christlichen Menschenbild und bedeuteten eine Kampfansage an die großen Weltreligionen.

- Aus den bitteren Erfahrungen der Französischen Revolution sah vor allem die katholische Kirche von Anfang an die Gefahren, die aus der neuen Lehre erwuchsen. Bereits 1846 verwarf Papst Pius IX in der Enzyklika "Qui pluribus" "die verdammenswerte Lehre des sogenannten Kommunismus, die im höchsten Grade dem Naturrecht entgegengesetzt ist und die, einmal zur Herrschaft gelangt, zu einem radikalen Umsturz der Rechte, der Lebensverhältnisse und des Eigentums aller, ja der menschlichen Gesellschaft selber, führen muß."

- 70 Jahre lang scheiterten alle Versuche der Anhänger der radikalen Lehre, an die Macht zu gelangen. Erst in den Wirren des 1. Weltkrieges konnte Lenin im Zentrum Rußlands ein kommunistisches Regime errichten und in blutigen Kämpfen über das ganze Land ausdehnen. Seine Lehre hatte die Theorien von Marx und Engels in eine für den Beginn des 20. Jahrhunderts scheinbar praktikable Form umgesetzt. Die Absage an jede Form religiösen Denkens und Handelns führte dabei zu einer Christenverfolgung, die an Ausmaß und Heftigkeit alles übertraf, was aus der Geschichte bekannt war.

Papst Pius XI. richtete durch Ansprachen, Botschaften und Rundschreiben immer wieder die Aufmerksamkeit auf die kommunistische Gefahr, die von der Sowjetunion ausging. 1937 setzte er sich in der Enzyklika "Divini redemptoris" in eindringlicher und ausführlicher Form mit den Wesensmerkmalen des Kommunismus auseinander, vor allem mit seiner falschen Erlösungsidee und seiner Verweigerung der naturgegebenen Rechte der menschlichen Person zur Schaffung eines Kollektivmenschen in einer utopischen Gesellschaft. Er bezeichnete die mar-

xistisch-leninistische Lehre als "System voll von Irrtümern und Trugschlüssen, das ebenso der gesunden Vernunft wie der göttlichen Offenbarung widerspricht."
Bis heute erstaunlich aktuell ist die Warnung des Papstes vor dem Mißbrauch der Friedenssehnsucht der Menschen in folgenden Worten:
"So beobachten die Häupter des Kommunismus das allgemeine Verlangen nach Frieden und geben sich daher so, als wären sie die eifrigsten Förderer und Propagandisten der Weltfriedensbewegung. ... Sie gründen unter Benennungen, die auf den Kommunismus nicht einmal anspielen, Vereinigungen und Zeitschriften, die dann einzig dazu dienen, ihre Ideen in Kreise zu bringen, die ihnen sonst nicht leicht zugänglich sind. Ja, sie suchen sogar durch Trug und List in katholische und religiöse Vereinigungen einzudringen."
Der Schwerpunkt dieser Enzyklika liegt jedoch nicht auf der Aufzählung der Gefahren des Kommunismus, sondern auf den Heilmitteln zu seiner Überwindung. Das Rundschreiben erläutert dazu das christliche Menschenbild, "wie es von der Vernunft und vom Glauben durch die Kirche gelehrt wird". Es begründet anhand der katholischen Soziallehre die Rechte und Pflichten des einzelnen und erteilt dem nur auf irdische Güter gerichteten Materialismus eine entschiedene Absage.
Nach dem 2. Weltkrieg fielen weitere Länder Europas unter das Joch kommunistischer Systeme. Neben den orthodoxen Gläubigen bekamen viele Millionen katholischer und evangelischer Christen die brutalen Verfolgungen einer atheistischen Herrschaft zu spüren. Wieder reagierte der Vatikan unter dem Pontifikat des Papstes Pius XII. mit Erlassen gegen den Kommunismus. Gleichzeitig betonte die Kirche unmißverständlich:
"Die Dekrete dienen nur der religiösen Aufgabe der Kirche. Wer dafür kein Verständnis hat und nicht bereit ist, für eine neue Sozialordnung und eine wahre Gemeinschaft aller Menschen einzutreten, in der die Gerechtigkeit die Grundlage und das Gebot der Nächstenliebe höchstes und verpflichtendes Gesetz ist, der hat auch keine Veranlassung, diese antikommunistischen Dekrete der Kirche zu bejubeln. Die Kirche als Hüterin des Glaubens und des Sittengesetzes verurteilt nicht nur den materialistischen und antichristlichen Kommunismus, sondern auch die verkehrten Formen eines in seiner Wurzel ebenfalls materialistischen Kapitalismus."
- Die durch Jahrzehnte anhaltende Macht des atheistischen Systems zwang später alle kirchlichen Gemeinschaften zu manchen schmerzlichen Kompromissen, um wenigstens ein Minimum an Kult und Seelsorge zu erhalten. Gleichzeitig wuchs die Bereitschaft einzelner christlicher Gruppen, für angeblich gemeinsame Ziele wie "den Weltfrieden" oder "die Armen der Dritten Welt" mit kommunistisch infiltrierten Organisationen zusammenzuarbeiten und sogar ihren Führungsanspruch anzuerkennen.
Wer mit offenen Augen sozialistische Länder besuchte, erkannte sehr bald, welch starre Fesseln sich eine Ideologie geschaffen hatte, die der Natur des Menschen widerspricht.
Ein System, das in Schulbüchern und auf Transparenten verkündet "Die Lehre von Karl Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist", kann schließlich keine religiösen Offenbarungen dulden, ohne selbst unglaubwürdig zu werden. Nicht einmal dann, wenn dies auf Grund veränderter Verhältnisse wünschenswert erscheint.
- Wer als Dogma verkündet, der Mensch sei das Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse, muß über die Kriminalität im eigenen Land nach 50 Jahren Kommunismus schweigen. Welche Sensation war es für meinen russischen Gastgeber und mich, als wir zu Beginn der 80er Jahre in einem Leningrader Bahnhof ein Fahndungsplakat hängen sahen!
- Wie schwach muß eine Lehre sein, die öffentliche Kopierapparate verbietet, das Gepäck einreisender Touristen nach religiöser Literatur durchsucht und christliche Sakramente nach einiger Zeit durch eigene Riten wie Jugendweihe und Hochzeitszeremonien ersetzt!
- Wer glaubte zuletzt noch an meterhoch auf Fabriken und Parteigebäuden angebrachte Parolen wie "Die Partei ist der Geist, die Ehre und das Gewissen unserer Epoche" oder "Das Pro-

gramm der Partei ist das Programm des Volkes"!
So war es nur konsequent, wenn Streiks, Proteste und Freiheitsregungen im Ostblock blutig unterdrückt wurden: in Kronstadt 1921, in Berlin 1953, in Ungarn und Polen 1956 und in der CSSR 1968. Die Machthaber wußten besser als mancher Politiker im Westen, daß schon die Duldung der utopischen Forderung nach einem "Sozialismus mit menschlichem Angesicht" den Untergang ihrer Herrschaft eingeleitet hätte. ...
... Reichlich vorgestrig zeigte sich die Kirchenzeitung einer bayrischen Erzdiözese, die in ihrer letzten Weihnachtsausgabe zwei überholte und widerlegte Propheten in den Vordergrund stellte; den Befreiungstheologen Leonardo Boff (Zitat 1988: "Ich finde es wunderbar, daß der Marxismus immer für eine gerechte und klassenlose Gesellschaft gekämpft hat.") und die feministische Theologin Dorothee Sölle (Zitat 1987: "Das brutale Machtsystem der westlichen Welt, das sich nur mit der allergrößten Anstrengung an der Macht halten kann.")
- Wer weiterhin sozialistische Modelle für die vom "realen Sozialismus" befreiten Länder empfiehlt, erweist sich heute als ebenso reaktionär wie jener, der glaubt, allein mit der Einführung der Marktwirtschaft die Wunden zu heilen.
Auch wenn die Bewahrung der Schöpfung, die Fürsorge für die an den Rand Gedrängten und die Fragen ernsthafter Theologen uns weiterhin beschäftigen werden, an erster Stelle stehen heute neue Aufgaben und Perspektiven. Eine Gesellschaft im Umbruch, die jahrzehntelang unter dem naturwidrigen Menschenbild des Kommunismus gestanden ist, braucht geistige und geistliche Grundlagen der Erneuerung. ...<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1990 berichtet im Mai 1990 über das Buch "Die falsch gestellten Weichen. Der Rote Faden 1789-1984" des österreichischen Publizisten Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) (x853/...): >>... **Der rote Faden** ...
Es fügt sich, daß 1989 – 200 Jahre nach der Französischen Revolution - das jämmerliche Ende jener "Schande des Jahrhunderts" (Ratzinger) offenbar wurde, die als Befreiungsverheißung mit endgültig-glückhafter Zukunft vor 150 Jahren ersonnen, mit Agitation, Revolutionen und einer fürchterlichen Blutspur ins schauerlichwahnsinnige Werk gesetzt wurde. Die Vorgeschichte weist auf 1789 zurück.
Da hat es schon makabre Züge, daß das 200-Jahr-Gedächtnis in Frankreich von der sozialistischen Regierung unter das Zeichen der angeblich sich von 1789 herleitenden Menschenrechte gestellt und mit großen Spektakeln gefeiert wurde. Die wahre Befreiung in Osteuropa und in Mitteldeutschland geschah dann von den Erben jener "Aufklärung". Wir zitieren in diesem Zusammenhang aus dem o. a. Buch aus den Seiten 438-443.
Das Problem unserer überschuldeten Nachfahren bleibt weiter ein ungelöstes. Wie viele Nachfahren werden wir aber wirklich haben? Wahrscheinlich, wenn die Geburtenziffern Euramerikas so bleiben, wie sie es jetzt sind, sehr, sehr wenige, was aber dann die Last für die einzelnen (die auch eine Mehrheit von Greisen ernähren müssen) um so drückender machen wird. In den Tropen, im Armenhaus der Dritten Welt, mag es dann da wohl ganz anders aussehen, aber bei uns endet die Hälfte der Leibesfrüchte in den Kanälen.
Unsere Gesetzgeber sind tatsächlich neckische Witzbolde: Schwerverbrecher werden bei uns nicht hingerichtet, sondern leben in Zellen mit Farbfernsehern, und die Homosexuellen unter ihnen erfreuen sich zudem noch eines urgemütlichen Geschlechtslebens hinter Gittern, während die Ungeborenen reihenweise exekutiert werden. So wird schließlich aus dem "demokratischen Rechtsstaat" ein ganz übler Scherz ...
Die Christenheit kam in den letzten zweihundert Jahren vom Regen in die Traufe. Die Schrekken steigerten sich in jeder Etappe des 'Fortschritts' - von 1789 bis 1918 (mit der großen Illusion des 19. Jahrhunderts, der verborgenen Schwangerschaft nach der Empfängnis der Französischen Revolution), von 1918 bis 1945, von 1945 bis auf unsere Tage, und man fragt sich jetzt bange, wie das noch weitergehen wird.

Befinden wir uns nicht alle in der Abteilung für kriminelle Narren in einem Inquisitenspital für verrückte Verbrecher, deren Untaten ebenso grausig wie inbrünstig dumm sind?
Aber wie haben doch die Apostel des 'Fortschritts' fortwährend das Maul vollgenommen! Mit was für eitlen Versprechungen, grundlosen Hoffnungen und frechen Gaunertricks, blöden Aufschneidereien und Übertreibungen haben die Vertreter der roten Morgenröte, die nie einen Sonnenaufgang brachte, die Menschheit hingehalten! Da waren die Leute der alten Ordnung im Vergleich doch recht bescheiden. Maurras, den ich allerdings ungern zitiere, sagte da sehr schlicht von der Monarchie: "Le moindre mal, la possibilité du bien – das geringste Übel, die Möglichkeit von etwas Gutem."
Freilich, mit solchen Worten kann man keine hysterische Massenbewegung entfachen! Es möge uns aber zum Trost gereichen, daß keiner der großen Denker der Antike und der Christenheit als ältere, reifere Menschen je die Ideale der drei Revolutionen und deren Vorläufer gehegt haben. Kann man sich vorstellen, daß Herder, Goethe, Schopenhauer, Grillparzer, Spengler, ja auch Nietzsche sich für den Nationalsozialismus, Dostojewskij, Solowjow, Leontjew, Unamuno, Ortega sich für den Sozialismus, Plato, Aristoteles, der Aquinate, Luther, Shakespeare oder Kierkegaard sich für die Demokratie erwärmt hätten?
Allerdings muß man da reine Literaten ausnehmen, die zu allem und jeglichem fähig sind, wie zum Beispiel Thomas Mann, der zu Stalins Zeiten Lion Feuchtwanger schrieb, er fände den demokratischen Kommunismus, wie er in der Sowjetunion praktiziert würde, sehr richtig. Auch Philosophen à la Maritain haben sich da Unglaubliches geleistet ...
Wir wollen nicht noch eine komplette Liste der Greuel geben, die uns die letzten zweihundert Jahre gebracht haben - von der charmanten notre chère mère la guillotine, den noyades, den colonnes infernales bis zu Auschwitz, Workuta, Solowki, Dresden, Hue und Phnom-Penh, einschließlich Chinas vielleicht 80 Millionen Toten. Unser Zeitalter befindet sich im Zeichen des "G" - der Guillotine, Gefängnisse, Galgen, Gaskammern, Genickschüsse, Gulags, Genozide und Geisteskrankenhäuser.
Ja, auch der Geisteskrankenhäuser, den sowjetischen Psichuschki, in denen man mit Elektroschocks zum fortschrittlichen Diamat (Materialismus) bekehrt wird, Zeichen einer sinnesverwirrten Welt. Ende des 18. Jahrhunderts wurden die Weichen falsch gestellt und zweihundert Jahre fahren wir schon auf einem falschen Geleise - eine lange Zeit für uns, aber ein Bruchteil eines Augenblicks für Gott. Und durch diese Zeit zieht sich als roter Faden der bleckende Wahnsinn.
Mit einem roten Band oder einem roten Faden, dezent um den Hals gelegt, hat die Jeunesse Dorèe nach dem Fall Robespierres auf den rauschenden Bällen des Directoire dem Tod ihrer Eltern auf der Guillotine ein sichtbares Zeichen gesetzt, aber dieser in jeder Beziehung sehr rote Faden ist bis heute nicht abgerissen.
Tatsächlich sind durch die Französische Revolution die Weichen falsch gestellt worden. Natürlich gab es für diesen tragischen Irrtum eine ideologische Vorbereitung, doch der Sturm auf die Bastille, die Herrschaft der Jakobiner waren keineswegs "unausweichlich". Es gibt Ideen, die kommen und gehen, aber die Freiheit des Willens wird durch sie nicht außer Kraft gesetzt.
Der Verfasser ist kein Konservativer im üblichen Sinne des Wortes, also auch ganz und gar kein Freund der heutigen Establishments, sondern ein doch eher revolutionärer Neuerer im Rahmen bleibender Wahrheiten, ein rechtsradikaler Stockliberaler, der entschlossen gegen den Strom der Zeit zu schwimmen versucht.
Doch kann er sehr wohl einen Konservativen verstehen, der vor 150 Jahren mit grausamer Deutlichkeit sah, wohin wir steuerten: zum totalen Staat östlicher oder auch westlicher Prägung, zur Schaffung der Dritten Welt der vorzeitig Entkolonialisierten, zum religionslosen, also rein tierischen Nihilismus minus der natürlichen animalischen Instinkte, zur Vernichtung der Natur durch eine maßlose Technik, die überdies unter der Ägis von hirnlosen Ingenieuren,

herzlosen Physikern und heillosen Politikern uns allen das Lebenslicht ausblasen kann. Das sind alles Dinge, die der lieben neuen Linken zum Gaudium altkonservativer Beobachter heute einen stets größer werdenden Schrecken einjagen.
Manche "Grüne" fangen schon langsam an, wie verstaubte, elegische Hofräte aus dem Vormärz zu reden, die aber doch den schauerlichen Bankrott der Moderne mit viel deutlicherer Präzision voraussahen als die naiven Progressisten der Jahrhundertwende!
War alles falsch seit 1789? Nein, nicht alles war falsch, aber das Ganze war falsch, nicht die praktischen Ausführungen, wohl aber die Grundgedanken. Daher auch das Scheitern. Mit den Ideen von 1789 sind wir alle (selbst die 'konservativsten' unserer Zeitgenossen) bewußt-unbewußt verbunden, aber wenn sie wirklich unsere Windeln waren, wie leicht könnten sie unsere Leichentücher werden, in denen wir ersticken und zugrundegehen. Um zu überdauern, müssen wir uns ihrer entledigen. Das ist ein Gebot der Stunde ...
Doch woher kommt diese alptraumhafte Dekadenz? Zu größtem Teil von einer glaubenslosen "Wertfreiheit", die sich weigert, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden, aber auch von der ideologisch-politischen Gleichsetzung der Dummheit mit dem Wissen und der Erfahrung. Das Geheimrezept des Westens besteht anscheinend darin, daß in geheimen Wahlen die Stimme einer achtzehnjährigen Geheimprostituierten der Stimme eines achtzigjährigen Geheimrats gleichgestellt wird.
So feiert die Abschaffung aller Werte ihre nihilistischen Triumphe. Kein Wunder auch, daß man anstatt minimaler Regierungen von höchster Qualität im Westen (und auf andere Art auch im Osten) maximale Regierungen von niedrigster Qualität bekommt. Marx sprach von einem Prozeß der Verelendung, wir aber sollten von einer Vereselung reden.
Man kommt nur mehr den Trieben der Massen entgegen, indem man ihnen nachgibt oder ihre geheimsten und gemeinsten Begierden zur Erfüllung bringt. Doch die Massen fühlen sich auch schwach und werden daher vom großen Übel der Schwachen befallen: Haß und Grausamkeit, beides Zeichen der Ohnmacht.
Diese Ohnmacht wird durch zahllose Ängste überhöht, von denen die Atomangst nur eine ist. Augenblicklich sind wir 39 Jahre vom Zweiten Weltkrieg entfernt und dieser, die Folge des Ersten, ist immer noch gegenwärtig. Wir leben alle schier endlos in der "Nachkriegszeit". (Wer hätte im Jahre 1854 behauptet, man stünde noch in der napoleonischen Nachkriegszeit?) Frieden zu machen waren die großen Demokratien außerstande. Einen Krieg kann man mit roher Gewalt und Kniffen gewinnen: zum Frieden aber braucht man viel mehr - braucht man Charakter, Großmut, Wissen und Weisheit.
Hier aber stoßen wir an die alte Problematik des Wissens. Karl Steinbuch sagt uns deutlich: "Es ist auch ein Irrtum zu meinen, es brauche nur den guten Willen der Fachleute, um beliebig komplizierte Sachverhalte allen verständlich zu machen." Und später setzt er hinzu: "So muß jeder schließlich irgendwo das aufgeben, was man als 'Rationalität' bezeichnet und sich etwas anvertrauen, was 'nur' Glaube ist. Wir stehen heute vor dem Zwang, Unverstandenes glauben zu müssen, wir stehen an den Grenzen der Aufklärung."
Vertrauen? Der moderne Mensch im freien Westen hat aber weder Liebe für noch Vertrauen in sein Land, sein Volk oder in seine Regierung.
Die "Loyalitäten" sind alle methodisch zerschlagen worden. Soldaten starben im Ersten Weltkrieg für "Gott, Kaiser und Vaterland", aber inzwischen wurde Gott "entmythologisiert", die Herrscher entkrönt, die Regierungen in einander verteufelnde Parteien aufgelöst und die Nationen in feindliche Klassen und Interessensgruppen aufgeteilt. Wer opfert, leidet und stirbt für Sozialversicherung, Wahlzettel, Abtreibung und Pornofreiheit? Wer vertraut schon Politikern? Heute gilt es, uns der dritten Aufklärung zuzuwenden – die 'Aufgeklärten' endlich einmal wirklich aufzuklären ...
Doch der Abstieg ist auch die Folge der Abwendung von Gottes Wort. Wie sagte doch ein

chinesischer Europareisender schon im vorigen Jahrhundert? "Einst waren die Staatsmänner der europäischen Nationen imstande, in ihren eigenen Ländern Ordnung zu halten und den Frieden zu sichern, weil sie Gott fürchteten und ihn anbeteten. Heute aber ist es das Volk, das sie fürchten und anbeten." Man müßte zum "Volk" allerdings auch die "veröffentlichte Meinung" der Halbgebildeten mit ihren gottfernen Ideologien hinzufügen.
So ist der Götzendienst perfekt geworden. Man könnte annehmen, sagte uns Chesterton, daß der Mensch, der nicht an Gott glaubt, an gar nichts mehr glaubt. Das aber ist ein Irrtum. Er glaubt dann einfach an alles.
An alles! Da haben wir den Fall des durch seine Frau steinreichen USA-Botschafters in der UdSSR, Joseph E. Davies, der in seiner "Mission to Moscow" (1941, S. 155 ff.) schrieb, die Moskauer Schauprozesse beruhten alle auf echten Aussagen der Angeklagten, und Stalin sei ein so lieber, netter und gütiger Mann, daß Kinder auf seinem Schoß sitzen und Hunde sich an ihn anschmiegen wollten. Der idiotische Bestseller wurde auch noch verfilmt! Also nur ein dummer Amerikaner?
Lion Feuchtwanger schrieb in Moskau 1937, daß bei den Schauprozessen nicht geschwindelt wurde, und diesen Band legte man dann dem restlos verzweifelten Bucharin in seine Todeszelle, ... einer der vielen grausigen Fälle berühmter, politisch engagierter Literaten, die noch größeres Unheil anstellen als wirtschaftlich orakelnde Kleriker. Und wie viele Zeitgenossen begeistern sich immer noch an Marxismen mit Produktionsformen, die wirtschaftlich daß inbrünstig Dümmste und Arbeiterfeindlichste sind, das ein Schrumpfhirn sich ausdenken kann. Doch sie sind "fortschrittlich", und der "Fortschritt" ist der tröstende Fetisch einer geistlosen und gottlosen Menschheit.
Was hätten Wir, die heutige Lage betrachtend, bei all der Dummheit und Niedertracht in der Vergangenheit auch erwarten können? Den atomaren Krieg, der uns dank einer Mischung von höchstem technischen Können, bodenlosem politischen Unsinn und wirklicher Feigheit bedroht, kann man vielleicht doch nur mehr durch das Gebet abwenden.
Friedensdemonstrationen wütig angstvoller Horden mit geballten Fäusten und Spruchbändern? Sie erinnern uns nur an die hilflose Geste des Kindes vor dem triebhaft-mordsüchtigen Stawrogin in den Dämonen. Lieber rot als tot? Das ist für Aufrechte keine Alternative, da der Tod uns immer gewiß bleibt, die Knechtschaft aber nicht unentrinnbares Schicksal ist.
Den verhängnisvollsten Folgen des Unwissens begegnen wir im Bereich der Volkswirtschaft, der Völkerpsychologie und der Soziologie, die den Hintergrund zur sogenannten "sozialen Frage" abgeben. Die Problematik der Dritten Welt ist eng damit verbunden, denn dort, wo es trotz mangelnder Rohstoffe ein konfuzianisches Arbeitsethos gibt (von Japan und Korea bis Singapur), gibt es auch keine "Dritte Welt", die, um das Übel noch ärger zu gestalten, gerne mit dem völlig unwirtschaftlichen Sozialismus liebäugelt.
Das Schlagwort von der "sozialen Gerechtigkeit" hat uns in diesem Jahrhundert durch Revolutionen und ideologische Kriege weit über hundert Millionen Menschenleben gekostet, wobei die Opfer des "Rassismus" miteingerechnet werden müssen.
Bleibt uns da überhaupt noch Hoffnung? Sie ist heute vernunft- und verstandesmäßig kaum noch berechtigt – und schon gar nicht als "Prinzip Hoffnung" à la Ernst Bloch. Als Christen haben wir nicht die Aufgabe, uns für dieses Erdendasein 'optimistisch' zu gebärden, wohl aber müssen wir die Hoffnung als eine der drei "theologischen Tugenden" - Glaube, Hoffnung und Liebe - pflegen.
Auch haben wir das Versprechen Christi: "Ich werde bei euch bleiben bis an das Ende der Tage." Und nur eingedenk dieser Zusicherung des Herrn können wir auch die Schlußworte der Tragödie des Menschen von Emmerich Madäch, des "ungarischen Faust", mutig wiederholen:
"Mensch kämpfe und vertraue vertrauend!"
- Der Kampf gegen Vernunft, Verstand, Wissen, Weisheit und Erfahrung - fünf verschiedene

Elemente - tobt seit 200 Jahren, und eigentümlicherweise hat dieser Verfall bei uns mit der Anbetung der "Göttin der Vernunft" richtig begonnen (S. 13). - ...<<

19.06.1990

Belgien: Frankreich, Deutschland und die Benelux-Länder unterzeichnen am 19. Juni 1990 das Durchführungsabkommen des Schengener Vertrages (Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen).

21.06.1990

BRD und DDR: Der Deutsche Bundestag in Bonn und die DDR-Volkskammer in Ost-Berlin verabschieden am 21. Juni 1990 den Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.

Ferner wird eine Entschließung über die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze (Oder-Neiße-Linie) verabschiedet.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl gibt am 21. Juni 1990 im Deutschen Bundestag folgende Regierungserklärung zum Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ab (x850/...): >>Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Selten in seiner Geschichte stand der Deutsche Bundestag vor so bedeutsamen Entscheidungen wie heute.

Nach über 40 Jahren schmerzlicher Trennung stehen wir jetzt vor der Erfüllung der Hoffnung der Menschen in Deutschland auf die Einheit und die Freiheit aller Deutschen. Mit der Verabschiedung des Staatsvertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und der Entschließung zur Grenze des künftigen vereinigten Deutschland mit Polen geht es um entscheidende Schritte auf dem Weg, die staatliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

... Wir können die Bedeutung dieser Stunde nur ermessen, wenn wir alle uns vergegenwärtigen, was die Lebenserfahrung unserer Landsleute in der DDR in den letzten 40 Jahren war. Sie haben ein System überwunden, das vielen Menschen großes Leid, Elend und Verzweiflung gebracht und manche das Leben gekostet hat.

Gerade in diesen Tagen hat sich wieder gezeigt, wie verwerflich dieses System war: Es hat mit Terroristen zusammengearbeitet, die hier bei uns in der Bundesrepublik Deutschland Menschen gemordet haben.

Mauer und Stacheldraht sind die schrecklichen Symbole einer Zeit, in der Deutsche nicht zu Deutschen kommen durften. Wir trauern heute besonders um jene, die in den Lagern des Stalinismus, in Gefängnissen und Zuchthäusern eingesperrt, gedemütigt, gequält und nicht selten ermordet wurden.

Sie alle wollten - wie vor allem die Opfer des 17. Juni - in Freiheit ein menschenwürdiges Leben führen. Sie kämpften für die Wahrheit und gegen die Lüge, gegen ein Regime, das ihnen von außen aufgezwungen war. Wir dürfen ihr schweres Schicksal niemals vergessen. Solches darf sich in Deutschland nie wiederholen.

Gerade an einem Tag wie heute muß uns allen bewußt sein, daß wir ihnen verpflichtet sind. Gerade an einem Tag wie heute muß es auch allen bewußt sein, daß das Leitwort des Jahres 1945 - "Nie wieder Krieg, nie wieder Diktatur" - für uns Deutsche nicht nur eine nationale Dimension hat, sondern weit darüber hinausweist.

Es hat in den vergangenen 40 Jahren in nahezu allen Fraktionen des Deutschen Bundestages Männer und Frauen gegeben, die sich vom ersten Zusammentreten des Bundestages an leidenschaftlich und mit ganzer Kraft für das Ziel der Freiheit und Einheit aller Deutschen eingesetzt haben. Stellvertretend für viele, die glücklich wären, könnten sie diese Stunde heute erleben, möchte ich den früheren SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher zitieren. In der Debatte über die erste Regierungserklärung von Konrad Adenauer im September 1949 sagte er:

"Wir wünschen, daß bei aller Verschiedenheit der Auffassungen sozialer, politischer und kultureller Natur die Angelegenheit der deutschen Einheit überall in Deutschland die Angelegen-

heit der gleichen Herzenswärme und der gleichen politischen Entschiedenheit wird."
Dieser Geist der Gemeinsamkeit sollte heute alle Abgeordneten des Hohen Hauses leiten, wo sich uns jetzt die Chance bietet, den Auftrag unseres Grundgesetzes zu erfüllen.
Natürlich, meine Kolleginnen und Kollegen, kann heute niemand sagen, wie spätere Generationen einmal über uns urteilen werden. Doch die heutigen Entscheidungen des Deutschen Bundestages sind von grundlegender Bedeutung für die Zukunft unserer Nation. ...
Die Bundesregierung will jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, daß bald alle Deutschen gemeinsam in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben können. Wir stehen damit vor einer der größten Gestaltungsaufgaben der Nachkriegsgeschichte.
Der Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bedeutet einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Einheit. Für die Menschen in Deutschland wird damit in wichtigen Bereichen ihres täglichen Lebens die Einheit erlebbare Wirklichkeit. Unseren Landsleuten in der DDR eröffnet sich damit die Chance auf eine rasche, durchgreifende Besserung ihrer Lebensbedingungen. Sie richten ihre Hoffnungen auf diesen Staatsvertrag, und sie erwarten von uns, daß diese Hoffnungen nicht enttäuscht werden.
Der Staatsvertrag ist Ausdruck der Solidarität unter den Deutschen. Die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR sind jetzt wieder - und fortan - unauflöslich miteinander verbunden. Der Staatsvertrag dokumentiert den Willen aller Deutschen, in eine gemeinsame Zukunft zu gehen - in einem vereinten, in einem freien Deutschland.
Ich rufe alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, diesem Staatsvertrag zuzustimmen. Er weist den Weg zur Einheit, und wer diese Wegweisung nicht akzeptiert, der will den Weg zur Einheit nicht.
Für die Menschen in der DDR ist es wichtig zu wissen, daß die Botschaft der Solidarität auch hier bei uns von einer großen Mehrheit getragen wird. Wer den Staatsvertrag ablehnt, stößt unsere Landsleute zurück. Er stellt in einer entscheidenden Stunde der deutschen Geschichte die Fähigkeit zum Miteinander, zur nationalen Solidarität in Frage.
Meine Damen und Herren,
ich bin mir bewußt, daß der Weg, den wir jetzt einschlagen, schwierig sein wird. Das wissen auch die Menschen in der DDR. Aber sie sagen uns allen auch unmißverständlich: Der Staatsvertrag muß kommen.
Nur die rasche Verwirklichung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bietet die Chance, daß Mecklenburg/Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen bald wieder blühende Landschaften sein werden, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt.
Wer jetzt behauptet, man hätte sich doch mehr Zeit lassen können, der verkennt die Realitäten in Deutschland, und er verdrängt die Erfahrungen der letzten Monate. Es sind die Menschen in der DDR, die das Tempo der Entwicklung bestimmt haben und im übrigen weiter bestimmen werden.
Hunderttausende von Übersiedlern sind in die Bundesrepublik gekommen, weil sie in der DDR keine Zukunftsperspektive mehr sahen, Menschen, die für den Aufbau in der DDR dringend gebraucht werden. Erst die Aussicht auf die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hat viele unserer Landsleute wieder Hoffnung schöpfen lassen.
Ein Hinauszögern des Staatsvertrages - mit welchen Argumenten auch immer - hätte den Zusammenbruch der DDR bedeutet. Die Übersiedlerzahlen wären erneut sprunghaft angestiegen - wie wir alle wissen, mit verheerenden Folgen. Wer wollte dafür die Verantwortung übernehmen?
Die Deutschen in ihrer großen Mehrheit wollen den Staatsvertrag, weil sie die Einheit wollen und weil sie wissen, daß der jetzt eingeschlagene Weg der richtige ist.
Natürlich fragen sich viele bei uns wie in der DDR, was dieser beispiellose Vorgang für sie

ganz persönlich bedeutet, für ihren Arbeitsplatz, für ihre soziale Sicherheit, für ihre Familien. Ich denke, wir alle nehmen diese Sorgen ernst.
Für das große Ziel der Einheit unseres Vaterlandes werden auch wir in der Bundesrepublik Opfer bringen müssen. Ein Volk, das dazu nicht bereit wäre, hätte seine moralische Kraft längst verloren.
Aber ich bin sicher: Wir werden diese große Aufgabe in gemeinsamer Anstrengung zum Wohle der ganzen Nation bewältigen.
Es wird harte Arbeit, auch Opfer, erfordern, bis wir Einheit und Freiheit, Wohlstand und sozialen Ausgleich für alle Deutschen verwirklichen können. Viele unserer Landsleute in der DDR werden sich auf neue und ungewohnte Lebensbedingungen einstellen müssen und auch auf eine gewiß nicht einfache Zeit des Übergangs. Aber niemandem werden dabei unbillige Härten zugemutet. Den Deutschen in der DDR kann ich sagen, was auch Ministerpräsident de Maizière betont hat: Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor - dafür vielen besser.
Für die Deutschen in der Bundesrepublik gilt: Keiner wird wegen der Vereinigung Deutschlands auf etwas verzichten müssen. Es geht darum, einen Teil dessen, was wir in den kommenden Jahren zusätzlich erwirtschaften, unseren Landsleuten in der DDR als Hilfe zur Selbsthilfe zur Verfügung zu stellen. Für mich ist dies ein selbstverständliches Gebot nationaler Solidarität.
Es ist zugleich eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft. Es ist eine Investition, die sich bald bezahlt machen wird. Denn der wirtschaftliche Aufbruch in der DDR wird allen zugute kommen - den Deutschen in Ost und West und unseren Partnern in Europa und weltweit.
Wann je waren wir wirtschaftlich besser gewappnet für die Gemeinschaftsaufgabe der deutschen Einheit als heute? Die Wirtschaft in der Bundesrepublik floriert. Der wirtschaftliche Aufschwung geht jetzt in sein achtes Jahr. Das Ende ist glücklicherweise nicht abzusehen. Wann je hat es das zuvor gegeben?
Wir haben alle Möglichkeiten, die nationale Herausforderung der Deutschen zu bewältigen, wenn wir solidarisch zusammenstehen und wenn wir die Chancen nutzen, die sich uns jetzt bieten.
Wir werden es schaffen, wenn wir uns auf die Fähigkeiten besinnen, mit denen wir vor über 40 Jahren aus den Trümmern unserer zerstörten Städte und Landschaften die Bundesrepublik Deutschland aufgebaut haben. Damals haben die Menschen mit ihrem Mut und mit ihrer zähen Entschlossenheit, mit Fleiß und mit Einfallsreichtum und nicht zuletzt mit dem Bewußtsein für die gemeinsame Aufgabe eine stabile Demokratie errichtet. Sie haben Frieden und Freiheit, Wohlstand und ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit für einen Teil Deutschlands verwirklicht. Wir wollen, daß dies alles jetzt endlich auch für das ganze Deutschland Wirklichkeit wird. Der Staatsvertrag, über den wir heute abstimmen, ist dafür Voraussetzung.
Herr Präsident, meine Damen und Herren,
die Herstellung der deutschen Einheit wird international nur akzeptiert werden, wenn die Gespräche über deren äußere Aspekte Erfolg haben, d.h. die Gespräche zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR einerseits sowie den Vier Mächten USA, Frankreich, Großbritannien und Sowjetunion andererseits.
Morgen wird in Ost-Berlin das zweite Treffen im Rahmen der sogenannten Zwei-plus-Vier-Gespräche auf Außenministerebene stattfinden. Weitere Treffen sind für Mitte Juli in Paris und für Anfang September in Moskau angesetzt. Nach unseren Unterredungen mit allen Partnern in diesem Gesprächskreis bin ich zuversichtlich, daß es gelingen wird, die auf der Tagesordnung stehenden Fragen rechtzeitig und zufriedenstellend zu lösen. Dazu gehört insbesondere die Ablösung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten für Berlin und Deutschland als Ganzes.
Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir dem für November geplanten Sondergipfel der

KSZE-Staaten das Ergebnis der Zwei-plus-Vier-Gespräche präsentieren. Ziel dieser Gespräche muß die volle Souveränität für das wiedervereinigte Deutschland sein.
Deutschland, in der Mitte Europas gelegen, hat mehr Nachbarn als jeder andere europäische Staat. Wir wissen, daß das geeinte Deutschland im politischen und wirtschaftlichen Gefüge des Europas von morgen ein besonderes Gewicht haben wird. Wir sind uns deshalb von Anfang an bewußt gewesen, daß die Einheit Deutschlands alle unsere Nachbarn fundamental berührt und sie natürlich auch bewegt, ja, oft auch besorgt macht. Fast alle haben unter den Gewalttaten des NS-Regimes schwer zu leiden gehabt. Wir müssen die Fragen verstehen, die so mancher sich - und uns - heute stellt. Wir sollten darauf Rücksicht nehmen, und wir wollen dies tun.
Wir Deutsche sind ein Volk. Wir dürfen von allen Nachbarn, Partnern und Freunden erwarten, daß sie unseren Wunsch, die Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit zu vollenden, unterstützen. Wir akzeptieren unsererseits, daß die deutsche Frage und ihre Lösung nicht allein uns Deutschen gehören.
Wir wollen am Ende eines Jahrhunderts, das Europa so viel Krieg, Leid und Not gebracht hat, mit allen unseren Nachbarn zu dauerhafter Verständigung und Versöhnung kommen. Wir wollen mitbauen an einem neuen, an einem geeinten Europa. Deutsche Einheit und Einheit Europas bedingen einander. Das Voranschreiten des europäischen Einigungswerks schafft den Rahmen, in dem sich die Einheit Deutschlands in Freiheit vollenden kann. Die Vereinigung unseres Vaterlandes wird der politischen Einigung Europas einen entscheidenden Impuls geben. Dies gilt auch für das große Ziel eines Europa, das als Ganzes wieder zu einer kulturellen, ökonomischen und politischen Einheit zurückfinden muß.
Ein Deutschland, das sich in Freiheit vereinigt, wird niemals eine Bedrohung, dafür um so mehr ein Gewinn für Europa und alle unsere Partner sein. Von deutschem Boden werden Frieden und Freiheit ausgehen!
Gerade auch in unserem Verhältnis zu unseren Nachbarn im Osten, vor allem zu Polen und zur Sowjetunion, wollen wir dies deutlich machen. Zusammen mit dem polnischen Volk müssen wir uns im wachen Bewußtsein für die Belastungen der Vergangenheit der großen Aufgabe stellen, für die junge Generation unserer beiden Völker eine Zukunft in Frieden und gemeinsamer Freiheit zu gestalten. Das polnische Volk soll es wissen: Ein freies und vereintes Deutschland will Polen ein guter Nachbar, ein zuverlässiger Partner auf dem "Weg nach Europa" sein.
Dazu gehört, daß Grenzen nicht in Zweifel gezogen und nicht verschoben werden. Nur wenn sie unumstritten sind, verlieren sie ihren trennenden Charakter. Wir wollen Grenzen einen neuen, einen zukunftsweisenden Charakter verleihen, nicht den der Trennung, sondern den der offenen Wege und der Begegnung in Freiheit.
Der Deutsche Bundestag richtet heute gemeinsam mit der Volkskammer der DDR eine unmißverständliche Botschaft an Polen: Die Grenze Polens zu Deutschland, so wie sie heute verläuft, ist endgültig. Sie wird durch Gebietsansprüche von uns Deutschen weder heute noch in Zukunft in Frage gestellt. Dies wird nach der Vereinigung Deutschlands in einem Vertrag mit der Republik Polen völkerrechtlich verbindlich bekräftigt werden.
Für das künftig geeinte Deutschland kann erst eine gesamtdeutsche Regierung eine für die Zukunft völkerrechtlich verbindliche Unterschrift leisten. Erst ein gesamtdeutsches Parlament kann einen solchen Vertrag ratifizieren. Klar ist: Am Willen des deutschen Volkes, bekundet durch den Deutschen Bundestag und die Volkskammer der DDR, kann nicht gezweifelt werden.
Herr Präsident, meine Damen und Herren,
wir vergessen nicht, welches Leid und Unrecht von Deutschen anderen Menschen und Völkern zugefügt wurde. In meiner Regierungserklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsbeginns

habe ich gesagt: "Hitler hat den Krieg gewollt, geplant und entfesselt. Daran gibt es nichts zu deuteln." Dem polnischen Volk hatte er den totalen Versklavungs- und Ausrottungskrieg erklärt. Unter deutscher Okkupation sollte die polnische Nation ausgelöscht werden.
Das NS-Regime hat den Krieg zu verantworten, wie seine Folgen, und damit auch - gemeinsam mit Stalin - unseren Verlust Ostdeutschlands. So mußten die Menschen, die dort lebten, ohne eigene Schuld für die Verbrechen anderer einen hohen Preis entrichten.
Es leben viele in unserem Land, die die Erklärung, die wir heute abgeben, tief berührt und schmerzt. Sie sind ihrer Vorfahren Heimat mit dem Herzen fest verbunden. An einem Tag wie heute können sie nichts anderes als Trauer empfinden. Kein Mensch hat das Recht, ihren Gefühlen seine Achtung zu versagen. Wir haben Respekt vor ihnen und ihren Gefühlen, und wir können sie gut verstehen.
Wir müssen aber ebenso offen aussprechen: Wer die historische Chance nutzen will, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu vollenden, der muß auf die Frage der polnischen Westgrenze eine klare Antwort geben.
Dies erwarten nicht nur die Polen von uns. Dies erwarten ebenso alle unsere Nachbarn und Partner in Europa und vor allem auch die Vier Mächte, also die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Großbritannien und die Sowjetunion.
Niemand soll sich täuschen: Wir stehen heute vor einer ganz klaren Entscheidung. Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze, oder wir verspielen heute und für jetzt unsere Chance zur deutschen Einheit.
Die Entscheidung, die wir als frei gewählte Abgeordnete heute hier treffen müssen, ist richtig und notwendig; denn es geht um die Einheit und Freiheit Deutschlands, und zugleich geht es um ein Werk des Friedens und der Versöhnung.
Ich weiß, daß es im Blick auf die 700jährige Geschichte der Deutschen in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße auch einigen Kollegen im Deutschen Bundestag nicht leicht fällt, dieser Entschließung zuzustimmen. Bei aller Freude darüber, daß mit der Verabschiedung des Staatsvertrages die Einheit der Deutschen in gemeinsamer Freiheit in greifbare Nähe rückt, ist dies für niemanden eine leichte Stunde. Freude, Ernst und Trauer liegen eng beieinander.
Wir blicken zurück auf eine lange gemeinsame Geschichte, in der die Städte und Dörfer Schlesiens, des östlichen Brandenburg, Pommerns, West- und Ostpreußens und anderer Landschaften für Deutsche Heimat waren. Sie haben dieser europäischen Kulturlandschaft ihr unverwechselbares, ihr historisches Gepräge gegeben.
Ich denke daran, daß dieses Land in Glück und Unglück, in Freude und Leid Lebensmittelpunkt von vielen Generationen von Deutschen war. Millionen von Deutschen haben dort ihre Wurzeln. Noch immer leben dort deutsche Familien Seite an Seite mit ihren polnischen Nachbarn.
Im Bewußtsein und in den Gefühlen vieler Deutscher sind die Landschaften östlich von Oder und Neiße, wo sie für ihr Leben prägende Eindrücke erfahren haben, als Heimat lebendig. Dieses ganz ursprüngliche Gefühl der persönlichen Verbundenheit verdient jedermanns Achtung, ja, Sympathie.
Die 700jährige Geschichte und Kultur des deutschen Ostens ist und bleibt Bestandteil des geschichtlichen Erbes der deutschen Nation. Uns Deutschen liegt viel daran - ich will mich auch persönlich dafür einsetzen -, dieses Kulturerbe zu bewahren und zu pflegen. Dieses Erbe bleibt lebendig, es ist unverlierbarer und unvergänglicher Bestandteil unserer Geschichte wie auch des kulturellen Reichtums Europas. Noch in vielen Jahren und Generationen werden sich Menschen an den Gedichten Eichendorffs erfreuen, und was Immanuel Kant "zum ewigen Frieden" geschrieben hat - über einen Föderalismus freier Staaten, über die Herrschaft des Rechts-, bleibt ein Wegweiser in das Europa der Zukunft.
Wahrheit ist - und das darf an einem Tag wie heute nicht verschwiegen werden -: Die Vertrei-

bung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat war ein großes Unrecht. Es gab dafür keine Rechtfertigung, weder moralisch noch rechtlich. Wir können auch Jahrzehnte danach nicht erklären, die Vertreibung sei rechtmäßig gewesen.
Ich weiß, daß die Erfahrung von Flucht und Vertreibung auch nach Jahrzehnten noch schmerzt. Der Tod von Familienangehörigen und Freunden, das Zurücklassen von Hab und Gut, von Haus und Hof sind ein schweres Schicksal. Die Betroffenen werden ihren Schmerz aber noch stärker empfinden, wenn das ihnen angetane Unrecht verschwiegen wird.
Deshalb sind wir dankbar für die Worte, die Persönlichkeiten wie der jetzige polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki, wie der Schriftsteller Andrzej Szczypiorski, der dieses Jahr mit dem Kunst- und Kulturpreis der deutschen Katholiken ausgezeichnet wurde, und andere in der gemeinsamen Erklärung deutscher und polnischer Katholiken zum 1. September 1989 gefunden haben. Sie schrieben:
"Das Leid von Millionen Deutschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, dabei Tote zu beklagen hatten und ihr Hab und Gut verloren, weckt bei Polen und Deutschen Trauer und Mitgefühl"
Sie setzten damit ein sichtbares Zeichen der Versöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk.
Gerade auch die deutschen Heimatvertriebenen haben in ihrer Stuttgarter Charta von 1950 schon früh ein großartiges Bekenntnis zur Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarn und zur Schaffung eines geeinten Europa abgelegt.
Sie erklärten damals:
"Die Vertriebenen werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. ... Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß st uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat."
Nicht Rache, nicht Vergeltung: mit diesen Worten haben sie ihre eindeutige Antwort auf die schrecklichen Erfahrungen der Vergangenheit gegeben. Sie haben damit vor aller Welt bekundet, daß die Saat des Hasses und der Gewalt, die Saat Hitlers und Stalins, nicht fortlaufend neues Unrecht hervorbringen darf.
Heute sind in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße polnische Familien in zweiter und dritter Generation ansässig; diese Gebiete sind ihnen zur Heimat geworden. Wir Deutsche wollen nicht, daß Krieg und Elend, Blut und Tod immer wieder aufgerechnet werden. Wir wollen nach vorne schauen, auf die Zukunft kommender Generationen. Dies wird und kann eine Zukunft in Frieden und Freiheit sein.
Wir schauen vor allem auch auf die junge polnische Generation, die heute in Pommern, Schlesien und anderswo lebt, und wir rufen ihr zu: Wir wollen Frieden, wir wollen Verständigung, wir wollen Aussöhnung, wir wollen ein freies und einiges Europa.
Mit der Vereinigung Deutschlands verbindet sich jetzt die Chance, eine endgültige und dauerhafte Aussöhnung mit dem polnischen Volk zu erreichen. Die Zeit dafür ist reif.
Was zwischen Deutschen und Franzosen möglich war, kann und muß jetzt endlich auch zwischen Deutschen und Polen möglich werden. In meiner Heimat, in der Pfalz, habe ich miterleben können, wie die deutsch-französische Freundschaft gewachsen ist. Diese Freundschaft wird für die deutsche Außenpolitik immer von existentieller Bedeutung bleiben.
Noch vor wenigen Jahrzehnten, in meiner eigenen Schulzeit, sollten die Kinder dort, wie überall in Deutschland und überall in Frankreich, im bösen Geist einer angeblichen Erbfeindschaft erzogen werden. Doch Haß und Feindschaft wurden überwunden, weil die Menschen es endlich so wollten. Über offene Grenzen kamen und kommen sie zusammen und lernen einander kennen. In freien Begegnungen konnten sich Verständnis und Vertrauen entfalten. Heu-

te überqueren junge Deutsche und junge Franzosen ganz selbstverständlich den Rhein, um Freundschaft zu schließen.
Es ist mein Wunsch - und ich hoffe, es ist unser Wunsch -? daß ein solches Miteinander über die Grenzen hinweg zwischen jungen Deutschen und jungen Polen bald ebenso selbstverständlich sein wird. Deshalb rufe ich dazu auf, das deutsch-polnische Jugendabkommen, das wir bei meinem Besuch in Polen im November des vergangenen Jahres vereinbart haben, mit Leben zu erfüllen und tatkräftig für eine gemeinsame Zukunft zu nutzen.
Meine Damen und Herren,
wir vergessen allzu leicht: Ein freies und vereintes Deutschland kann gegenüber Polen auch an gute, ja, an beste Traditionen anknüpfen. Die Beziehungen zwischen beiden Völkern sind in der Vergangenheit keineswegs nur von Zwietracht, von kriegerischen Konflikten und vom Leid der Menschen überschattet gewesen. Im Gegenteil: Es gab lange Perioden fruchtbaren Austauschs, ja, eines harmonischen Miteinanders. Die heilige Hedwig gehört beiden Nationen.
Wir müssen auch endlich begreifen, was der polnische Dichter und Denker Cyprian Kamil Norwid im 19. Jahrhundert festgestellt hat: "Eine Nation besteht nicht nur aus dem, was sie von anderen unterscheidet, sondern auch aus dem, was sie mit anderen verbindet."
Auch in schlimmster Zeit hat es Deutsche gegeben, die Menschlichkeit gegenüber Polen geübt haben. Neben den vielen, die sich als Werkzeuge des Verbrechens mißbrauchen ließen, gab es auch allemal "Zehn Gerechte", wie der Titel eines polnischen Erinnerungsbuches über die deutsche Besatzungszeit heißt.
Es waren deutsche Patrioten, die 1830 - während des polnischen Freiheitskampfes - gebannt und voller Hoffnung auf den Sieg der polnischen Sache setzten. Es war das Vorparlament der Frankfurter Paulskirche, das die Befreiung Polens zur "heiligen Pflicht des deutschen Volkes" erklärte. Und es waren wiederum Polen, die 1848/49 unter der schwarz-rot-goldenen Fahne für die Revolution kämpften.
Diese Erfahrungen, das gemeinsame Ringen von Polen und Deutschen um Freiheit, sind von den Verbrechen in unserem Jahrhundert zum Teil verschüttet worden - verloren sind sie nicht. Es gilt, sie im Gedächtnis der Volker zu neuem Leben zu erwecken. Wir dürfen nicht zu Gefangenen eines Denkens werden, das mit den dunklen Seiten der Vergangenheit nur die halbe Wahrheit zur Kenntnis nimmt. Wahrhaftigkeit ist oberstes Gebot, wenn die Aussöhnung zwischen den Völkern gelingen soll.
Die Verständigung zwischen Deutschen und Polen darf niemanden ausschließen, sie muß auch gerade die Heimatvertriebenen einbeziehen. Denn wer konnte mehr für Verständigung und Aussöhnung tun als die deutschen Heimatvertriebenen oder als diejenigen Deutschen, die noch jenseits von Oder und Neiße ihre Heimat haben, oder als ihre polnischen Nachbarn? Gerade diese Gruppen können zu Botschaftern der Aussöhnung werden. Sie haben als Mittler zwischen den Völkern und Kulturen einen großen Auftrag.
Gemeinsam muß es uns darum gehen, in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße ein Modell des friedlichen Zusammenlebens in Europa zu gestalten. Wir können dort Zeichen setzen, wie in einem Europa der Vielfalt die verschiedenen Völker und Kulturen einträchtig zusammenleben.
Dazu gehören die Bereitschaft zur Toleranz, die Achtung vor dem Nächsten, auch wenn er eine andere Sprache spricht, wozu er ein selbstverständliches Recht hat. Dazu gehört unverzichtbar der Schutz der Minderheitenrechte.
Mit der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung anläßlich meines Besuches in Polen im November 1989 haben wir Fortschritte erzielt. Ministerpräsident Mazowiecki und ich erklärten damals:
"Beide Seiten ermöglichen es Personen und Bevölkerungsgruppen, die deutscher beziehungs-

weise polnischer Abstammung sind oder die sich zu Sprache, Kultur oder Tradition der anderen Seite bekennen, ihre kulturelle Identität zu wahren und zu entfalten."
Es bleibt noch viel zu tun, damit die Menschen, die dort leben, ihre Kultur, ihr Brauchtum, ihre Traditionen pflegen können. Sie wollen sich in der Sprache ihrer Mutter ausdrücken können - nicht zuletzt auch im Gottesdienst. Ich meine, in einem vereinten Europa des Friedens und der Freiheit sollte dies alles selbstverständlich sein.
In unserer gemeinsamen Erklärung hieß es auch:
"Beide Seiten sind zutiefst überzeugt, daß eine Schlüsselrolle für ein vertrauensvolles Miteinander beider Völker und für eine friedliche Zukunft Europas dem Engagement der jungen Generation zukommt."
Aus dem Geist eines neuen Vertrauens wollen wir diese Zukunft gestalten. Ohne deutsch-französische Freundschaft hätte das Werk der Einigung Europas nicht begonnen werden können, ohne deutsch-polnische Partnerschaft wird es sich nicht vollenden lassen.
Ich wünsche mir, daß bei uns in Deutschland und in Polen schon bald die Voraussetzungen geschaffen werden, die Zukunft eines deutsch-polnischen Miteinanders im vereinten Europa in einem umfassenden Vertrag über gutnachbarschaftliche und freundschaftliche Beziehungen besiegeln zu können.
Herr Präsident! Meine Damen und Herren!
Unser Ziel ist eine europäische Friedensordnung, in der die Menschen und Völker in gemeinsamer Freiheit zusammenleben - ein Haus der Freiheit für alle Europäer, wie es in den Worten Konrad Adenauers aus dem Jahre 1961 ausgedrückt ist. Diese europäische Friedensordnung muß sowohl die Demokratien Nordamerikas als auch die Sowjetunion einschließen.
Amerika ist auf dreifache Weise in Europa verankert: durch die Atlantische Allianz, durch eine intensiver werdende Zusammenarbeit zwischen den USA und der Europäischen Gemeinschaft sowie durch die aktive Rolle Amerikas im KSZE-Prozeß.
Eine der großen Herausforderungen in den kommenden Jahren wird darin bestehen, die Sowjetunion mehr und mehr in die Gestaltung der europäischen Zukunft einzubeziehen - politisch, in Fragen der Sicherheit, ökonomisch und kulturell.
Jahrzehnte des Ost-West-Konflikts haben viele vergessen lassen, daß die Sowjetunion nicht nur geographisch, sondern auch durch Geschichte und Kultur mit Europa verbunden ist. Bis in unsere Gegenwart hinein hat sie unersetzliche Beiträge zu unserem europäischen Kulturerbe geleistet.
Die Werke von Wassily Kandinsky und Dimitrij Schostakowitsch gehören allen Europäern. In den Romanen von Alexander Solschenizyn und Boris Pasternak spiegeln sich nicht nur bewegende Teile der europäischen Geschichte, sie sind auch ein Bekenntnis zur Humanität und Würde des einzelnen. Der gebürtige Russe Marc Chagall hat mit seinen großartigen Werken - ich denke an die Kirchenfenster in Mainz und Metz - Brücken der Kunst zwischen den europäischen Völkern geschlagen. Er verkörpert damit wie wenige die gemeinsame christlich-jüdische Tradition Europas.
Vor zwei Jahren beging Rußland das tausendjährige Jubiläum seiner Christianisierung. Einmal mehr wurden wir daran erinnert, daß dieses große Volk jene geistige Grundlage mit uns teilt, auf der die Idee von der unveräußerlichen Würde des einzelnen Menschen beruht.
Die historisch-kulturelle Verbundenheit mit Europa hat eine lange Tradition. Sie kann jetzt für die Zukunft endlich auch politisch wieder fruchtbar gemacht werden.
Hierfür bietet sich zum einen die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa an, die mit der weiteren Überwindung des Ost-West-Gegensatzes ein wichtiges Instrument gesamteuropäischer Zusammenarbeit werden kann. Dabei geht es um neue Formen ständiger Zusammenarbeit auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung - unabhängig von der Größe oder Wirtschaftskraft eines Landes.

Zum anderen gilt es, noch stärker als bisher den Europarat als Instrument gesamteuropäischer Zusammenarbeit zu nutzen. Er symbolisiert wie kaum eine andere Institution die Einheit Europas im Geist der Menschenrechte.
Heute und in Zukunft müssen die deutsch-sowjetischen Beziehungen dem gemeinsamen Ziel aller Europäer dienen, in freier Selbstbestimmung ein Europa der Freiheit, des Friedens und der Gerechtigkeit zu bauen. In diesem europäischen Rahmen haben wir auch die Chance, eine neue Epoche in unseren bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion zu gestalten.
Morgen jährt sich der Tag, an dem im Juni 1941 der deutsche Angriff auf die Sowjetunion erfolgte. Damit begann das schrecklichste und zugleich schmerzlichste Kapitel zwischen Deutschen und Russen sowie den anderen Völkern der Sowjetunion. Wir haben die Millionen Opfer, die unsagbaren Leiden der Menschen und die Verwüstungen nicht vergessen.
Ich habe anläßlich des 45. Jahrestages des Kriegsendes Präsident Gorbatschow geschrieben:
"In diesen Tagen, in denen sich auch die Völker der Sowjetunion anschicken, des 45. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges zu gedenken, möchte ich Ihnen und Ihren Mitbürgern unsere Verbundenheit in der Trauer um die Millionen Opfer, die dieser schreckliche Krieg in Ihrem Land gefordert hat, versichern. Auch wir Deutsche schließen sie in unsere Gedenken ein und bekunden den trauernden Familien unser Mitgefühl.
Wir Deutsche haben aus diesen bitteren Jahren der Geschichte gelernt und die Folgerungen gezogen. Gerade in dieser für uns Deutsche wichtigen Zeit, in der wir - nicht zuletzt auch dank der von uns in Moskau erreichten Verständigung - auf dem Wege zur staatlichen Einheit fortschreiten, möchte ich wiederholen: Von deutschem Boden soll nur noch Frieden ausgehen!"
Letzte Woche hat mir Präsident Gorbatschow geantwortet. Er schreibt:
"In den vor uns liegenden Jahrzehnten wird das politische Klima in Europa in vieler Hinsicht von den Entscheidungen abhängen, die wir treffen werden. Ich gehe von unserer beiderseitigen Bereitschaft aus, so zu handeln, daß wir unseren Völkern den Weg ins kommende Jahrhundert auf einer qualitativ neuen Grundlage erleichtern."
In unserem Verhältnis zur Sowjetunion ist in besonderem Maße historisches Verantwortungsbewußtsein, aber auch politische Gestaltungskraft gefordert. Wir Deutsche stehen deshalb zu unserem Wort, die berechtigten Sicherheitsinteressen aller europäischen Länder, gerade auch der Sowjetunion, zu achten. Dabei bleibt es für mich bei den Leitsätzen, die ich nach meiner Begegnung mit Präsident Gorbatschow im Februar dieses Jahres von dieser Stelle aus vorgetragen habe:
"Die Geschichte dieses Jahrhunderts ... zeigt: Nichts ist der Stabilität Europas abträglicher als ein zwischen zwei Welten, zwischen West und Ost, schwankendes Deutschland. Und umgekehrt gilt: Deutschland im festen Bündnis mit freiheitlichen Demokratien und in zunehmender politischer und wirtschaftlicher Integration in der Europäischen Gemeinschaft ist der unerläßliche Stabilitätsfaktor, den Europa gerade auch in seiner Mitte braucht."
Meine Damen und Herren,
die Überwindung der Teilung Deutschlands und die Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der NATO liegen auch im Interesse der Sowjetunion. Beides erhöht die Stabilität und die Sicherheit in ganz Europa. Uns eröffnet sich jetzt die Chance, eine neue Phase der europäischen Geschichte einzuleiten, eine Phase, in der die Konfrontation durch Kooperation abgelöst wird, in der die europäischen Völker Sicherheit nur noch im Miteinander finden werden. Das bedeutet auch für die Sowjetunion den Durchbruch zu einer neuen Qualität der Sicherheit, die auch sie durch hochgerüstete Armeen niemals allein gewinnen wird.
Für die Lösung der jetzt anstehenden Fragen im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Gespräche wird in den nächsten Monaten auch der Erfolg vielfältiger Verhandlungen entscheidend sein, in denen die gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur vorbereitet wird.

Erstens geht es um die Umgestaltung der Bündnisse selbst. Der Warschauer Pakt hat kürzlich eine Kommission berufen, die bis zum Herbst Vorschläge für seine Umwandlung in einen Vertrag souveräner, gleichberechtigter Staaten erarbeiten soll, der auf demokratischen Prinzipien beruht. Wir begrüßen diesen Schlußstrich unter die Vergangenheit und hoffen auf Ergebnisse, die den tiefgreifenden Veränderungen Rechnung tragen.
Unser Atlantisches Bündnis wird bereits auf dem Gipfeltreffen Anfang Juli in London entsprechend den Vorschlägen von Präsident Bush seine Entscheidungen treffen. Wir werden die künftige Rolle, die Strategie und die militärische Struktur der Atlantischen Allianz neu bestimmen. Auch wir ziehen damit die Schlußfolgerungen aus den grundlegenden politischen und militärischen Veränderungen, die sich in fast allen Warschauer-Pakt-Staaten vollziehen. Wir wollen damit den politischen Charakter des Atlantischen Bündnisses verstärken und sein militärisches Gewicht den neuen Verhältnissen anpassen.
Darüber hinaus stellt sich uns die politische Schlüsselaufgabe, in einer gemeinsamen Willenserklärung der Verbündeten das Verhältnis zu den Staaten des Warschauer Pakts zukunftsgewandt zu gestalten und einem gesamteuropäischen Gewaltverzicht den Weg zu bereiten. Deshalb habe ich vorgeschlagen, daß die Mitglieder beider Bündnissysteme im KSZE-Rahmen einen Nichtangriffspakt erwägen sollten, und ein solcher Vertrag sollte dann allen anderen KSZE-Teilnehmern zum Beitritt offenstehen.
Abrüstung und Rüstungskontrolle sind das zweite Feld, auf dem wir - parallel zu unserem Weg zur deutschen Einheit - auf Fortschritte und Erfolge setzen müssen. Dies gilt insbesondere für die Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa.
Noch in diesem Jahr und rechtzeitig zum KSZE-Sondergipfel im November soll und muß ein erstes Abkommen in Wien fertiggestellt werden. Ich habe es deshalb sehr begrüßt, daß sich Präsident Bush und Präsident Gorbatschow bei ihrem Gipfeltreffen in Washington hierauf verständigt haben. Im Verlauf der Wiener Verhandlungen soll nach allgemeinem Verständnis auch über die künftigen Streitkräfte eines geeinten Deutschlands und ebenso der anderen Teilnehmerstaaten verhandelt werden.
Aber Sicherheit in Europa kann unter den Bedingungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts nicht mehr nur in militärischen Gleichgewichtsrechnungen, in Waffenzahlen und in Personalstärken definiert werden. Wirtschaftliche Kooperation ist die dritte Säule der gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur, denn eine immer weiter fortschreitende Verflechtung Europas durch Handel und durch wirtschaftliche Kooperation bildet Vertrauen und stärkt damit die Stabilität.
Deshalb ist es auch ein unerläßlicher Beitrag zur europäischen Sicherheit, wenn wir heute als Bundesrepublik Deutschland und morgen als geeintes Deutschland unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn umfassende Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik anbieten. Wir müssen insbesondere bereit sein, ihnen, wenn sie dies wünschen, auf ihrem Reformweg hin zu politischem Pluralismus, zu Rechtsstaat und zu Marktwirtschaft mit Rat und Tat beizustehen und Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.
Angesichts der Größe und der Bedeutung dieser Aufgabe können wir Deutsche sie selbstverständlich nicht allein schultern; wir brauchen das Zusammenwirken möglichst aller westlichen Partner. Ich habe deshalb alle unsere Partner gebeten, diese Fragen auf dem Europäischen Rat in der nächsten Woche in Dublin und auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Juli ... zu besprechen. Von dort sollte nicht nur ein Signal zur politischen, sondern auch zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit ausgehen. Wir Deutsche sind zu einem entsprechenden Beitrag bereit.
Wir sind auch bereit, die politischen Beziehungen zur Sowjetunion nach der Vereinigung Deutschlands auf eine weiterführende vertragliche Grundlage zu stellen. Nicht zuletzt geht es darum, daß wir für die zukünftige Sicherheitsarchitektur Gesamteuropas feste Fundamente legen. Sie sollen nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung zu bewährten Institutionen, wie bei-

spielsweise der NATO, dienen. Wir wollen gesamteuropäische Institutionen im Rahmen der KSZE schaffen. Hierzu sind von allen Seiten weiterführende Vorschläge eingebracht worden. Es ist jetzt an der Zeit, sie zu bündeln und zu Ergebnissen zu bringen.
Herr Präsident! Meine Damen und Herren!
Wir befinden uns auf einem guten Weg, um jetzt die vor uns liegenden Aufgaben gemeinsam mit allen unseren Partnern in West und Ost zu lösen. Ich bin gemeinsam mit allen anderen zuversichtlich, daß wir dies auch zeitgerecht schaffen können. Präsident Gorbatschow hat mir das in diesen Tagen noch einmal ausdrücklich bestätigt. Die Bundesregierung und ich selbst werden keine Zeit versäumen; wir wollen jede Chance zum Erfolg nutzen.
Mit der Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas verbinden sich die Hoffnungen von vielen Menschen und Völkern. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert enthält die Tagesordnung viele Themen, die wir nur in einer umfassenden Anstrengung aller freien Völker angehen können. Gemeinsam müssen wir für eine Welt arbeiten, in der das Leben in allen seinen Formen geachtet wird.
Die damit verbundenen Aufgaben sind nur noch in enger internationaler Zusammenarbeit zu lösen. Dazu gehört unverzichtbar die Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Dazu gehört der Beitrag aller Staaten in Europa, auch der Sowjetunion.
Die Einheit Deutschlands und Europas rückt näher.
Wenn Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten des Deutschen Bundestages, heute dem Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR sowie der vorliegenden Entschließung über den endgültigen Verlauf der Grenze zwischen dem vereinten Deutschland und der Republik Polen zustimmen, haben wir wieder eine wichtige Etappe auf dem Weg dorthin zurückgelegt.
Vergessen wir niemals: Die Chance, die sich uns in diesen Monaten eröffnet, nimmt uns zugleich in beispielloser Weise in die Pflicht.
Ich rufe Sie, ich rufe uns alle und alle Deutschen dazu auf, daß wir uns dieser historischen Pflicht stellen.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 "Erklärung der Bundesregierung zu den deutsch-polnischen Beziehungen bzw. Anerkennung der Oder-Neiße-Linie" (x160/9-12): >>... Eines von Parkinsons neueren Gesetzen lautet: Ein Vakuum, geschaffen durch fehlende Kommunikation, füllt sich in kürzester Zeit mit falscher Darstellung, Gerücht, Geschwätz und Gift. Bei dem Tabuthema Vertreibung und Vertreibungsverbrechen bedeutet das nicht nur, daß – wie schon angedeutet – naive Spekulationen wuchern, sondern auch, daß gewisse Legenden des polnischen Nationalismus fast widerstandslos bei uns eindringen können.
... Die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 über eine "Erklärungen der Bundesregierung zu den deutsch-polnischen Beziehungen" (Anerkennung der Oder-Neiße-Linie) ... ist ein anschauliches Beispiel für die Unsterblichkeit gewisser politischer Legenden.
Als Legende Nr. 1 wäre die Westverschiebung Polens zu nennen. Dazu der Abgeordnete Dr. Ehmke von der SPD (Seite 17.152 des Plenarprotokolls): "Polen hatte im Osten große Gebiete verloren, Deutschland mußte fast ein Viertel seines Bodens abgeben. Millionen Menschen, die die Grauen des Krieges und seiner Begleiterscheinungen überlebt hatten, mußten auf Wanderschaft gehen."
Ähnlich der Abgeordnete Dr. Dregger/CDU (Seite 17.202 des Protokolls): "(Das polnische Volk) mußte die von Hitler und Stalin beschlossene vierte Teilung seines Landes ertragen. Seine Westverschiebung hat es, wenn ich richtig sehe, nicht glücklich gemacht. Diese sog. Westverschiebung bedeutet für uns den Verlust Ost- und Westpreußens, von Danzig, von Teilen Pommerns, von Ostbrandenburg und Schlesien."
Der Kompensationsgedanke hat trotz erheblicher moralischer Bedenken gegen das Prinzip

offenbar eine gewisse Faszination. Man betrachtet die Landkarte, vergleicht die Territorien, stellt sich gewaltige Ströme polnischer Ostflüchtlinge vor und die Welt scheint irgendwie in Ordnung zu sein.
So einfach liegen die Dinge allerdings wieder nicht. Daß die ehemals polnischen Gebiete östlich der sog. Curzon-Linie eine Frucht der großpolnischen Expansionspolitik nach dem Ersten Weltkrieg darstellten und immer mehrheitlich von Ukrainern und Weißrussen besiedelt waren, ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt.
Trotz der polnischen Siedlungs- und Kolonialpolitik und trotz frisierter Statistiken konnte Warschau in diesen Landesteilen 1939 nur einen polnischen Bevölkerungsanteil von 36 % vorweisen, ein Prozentsatz, der etwa dem der Deutschen in den Abtretungsgebieten des Deutschen Reiches von 1919 entsprach. Nach russischen Schätzungen vom Oktober 1939 - mindestens ebenso frisiert - waren von der Gesamtbevölkerung Ostpolens in Höhe von insgesamt 11,5 Millionen sogar 10 Millionen Ukrainer bzw. Weißrussen.
Genauere Zahlen lassen sich nur schwer ermitteln. Fest steht, daß in den fünfziger Jahren 1,5 Millionen "Ostpolen" im ganzen polnischen Machtbereich gezählt wurden. Bedenkt man weiter, daß aus Polen selbst nach 1945 518.000 Ukrainer, Weißrussen und Litauer in die Sowjetunion umgesiedelt wurden, fast 200.000 Juden auswanderten und außerdem rund 1 Million Volksdeutsche aus Polen vertrieben wurden, dann bleibt für Kompensationsgedanken kein Platz mehr.
Die ostpolnischen Vertriebenen und sogar die Umsiedler aus dem Inneren der Sowjetunion usw. hätten in den verlassenen Siedlungen der Minderheiten untergebracht werden können, ohne die polnische Westgrenze auch nur um einen Meter zu verschieben. Die Annexion ostdeutscher Gebiete mit einer Vorkriegsbevölkerung von rund 9 Millionen und die Vertreibung ihrer Bewohner hat mit Kompensation sicher nichts zu tun.
Die sog. polnischen Ostprovinzen sind zwar flächenmäßig um ca. 65 % größer als die Oder-Neiße-Gebiete, aber sehr dünn besiedelt; abgesehen vom südlichen Teil (Galizien) handelt es sich um wenig entwickelte Wald- und Moorlandschaften (Pripjet-Sümpfe). Molotow schätzte ihren Wert auf 3,5 Milliarden Dollar, den Wert der ostdeutschen Länder auf 9,5 Milliarden. Der nordamerikanische Außenminister Byrnes schätzte den letzteren Wert auf 11,3 Milliarden Dollar.
Am Nationaleinkommen gemessen, ergibt sich nach polnischen Schätzungen sogar eine Wertrelation von 3,4 zu 18 Milliarden Zloty.
Die zweite unausrottbare Legende ist die vom Ausrottungskrieg gegen Polen. Dazu Bundeskanzler Kohl (Seite 17.143 des Protokolls): "Dem polnischen Volk hatte er (Hitler) den totalen Versklavungs- und Ausrottungskrieg erklärt. Unter deutscher Okkupation sollte die polnische Nation ausgelöscht werden."
Selbst dem historischen Laien wird auf den ersten Blick die Widersprüchlichkeit des Begriffs "Versklavungs- und Ausrottungskrieg" auffallen; denn Ausrotten steht ja wohl im Gegensatz zum Versklaven (einen Toten kann man nicht versklaven). – Der historisch Interessierte wird sich daran erinnern, daß es kein einziges Dokument gibt, das für Polen eine Art "Endlösung der Judenfrage" vorsah. In seinen geheimen Tischgesprächen äußerte Hitler vielmehr wiederholt die Absicht, das östliche Nachbarvolk – wenn auch unter deutscher Vormundschaft und als Nation minderen Ranges – fortbestehen zu lassen.
Unbestritten allerdings sind die hohen Kriegsverluste der Polen, d.h. der polnischen Polen, nicht der polnischen Nationalitäten im polnischen Vielvölkerstaat vor 1939; ihre Schicksale stellen ein Kapitel für sich dar. Von den polnisch sprechenden Kriegsopfern starben nach amerikanischen Untersuchungen im deutschen Besatzungsgebiet rund 570.000 im Krieg, bei Partisanenkämpfen und durch Terror, im sowjetisch besetzten Teil ca. 750.000 im Krieg, bei Partisanenkämpfen, durch Terror und vor allem durch Deportationen. Die polnische Seite da-

gegen spricht bis heute gern von "6 Millionen polnischen Opfern des deutschen Überfalls".
Eine weitere Legende besagt, der Zweite Weltkrieg habe Polen arm gemacht. Es sei daher eine moralische Pflicht der Deutschen, Polen laufend und massiv finanziell zu unterstützen. Besonders in den Diskussionsbeiträgen der Grünen war diese Argumentation mehrfach anzutreffen, z.B. bei Frau A. Vollmer (Seite 17.177 des Protokolls) und Dr. Lippelt (Seite 17.156 und 17.157). Letzterer führte u.a. aus: "Regeln Sie endlich die Individualentschädigung für die während des Krieges zur Zwangsarbeit versklavten polnischen Bürger. ... Denn die Grenze, über die wir hier reden, wird den schlimmen Charakter einer Wohlstandsgrenze haben."
Hier ist anzumerken, daß die deutsch-polnische Grenze immer (eine) Wohlstandsgrenze war und, wenn kein Wunder geschieht, auch bleiben wird. Schon 1921 bemerkte der weltberühmte Nationalökonom John Maynard Keynes, ein Mann der es wissen mußte, Polen besitze "kein Gewerbe außer Judenhetze".
Auch der Erwerb riesiger Teile der Ukraine, Weißrußlands und des wirtschaftlich wertvollsten Teils des oberschlesischen Industriegebiets nach dem Ersten Weltkrieg brachte keine Veränderung, und die Annexion eines Viertels des deutschen Staatsgebiets unter totaler Ausraubung seiner Bewohner hat nach 1945 nicht zu einem Aufblühen Polens, sondern nur zu einer beispiellosen Architektur-, Kultur- und Landschaftszerstörung in Ostdeutschland geführt; nach Expertenmeinung erreicht Polen heute in Oberschlesien den Europarekord der Umweltschädigung.
Kein Grund zur Besorgnis für Lech Walesa: In einem Interview mit dem Figaro-Magazin meinte der Volkstribun, man müsse das Beste aus Kapitalismus und Sozialismus miteinander verbinden. "Der Kapitalismus ist leistungsstark und im Sozialismus braucht man nicht viel zu arbeiten, und das muß man beibehalten."
Wie das gehe? "Mit Computern ist das zu schaffen!"
Dazu Johannes Gross sarkastisch im FAZ-Magazin: "Nicht unsympathisch die Devise: Faulheit, Freiheit, Frömmigkeit."
Obwohl man sich östlich von Oder und Neiße die Früchte von 800 Jahren fleißiger Arbeit unzähliger Millionen Menschen angeeignet hat, will man in Warschau nicht nur den Raub entschädigungslos behalten, sondern fordert noch einen Nachschlag:
Die Entschädigung für die Zwangsarbeit einer Million polnischer "Fremdarbeiter" innerhalb einer Zeitspanne von annähernd fünf Jahren, für den Zeitverlust polnischer Kriegsgefangener (sie wurden übrigens nach der Genfer Konvention behandelt), für Invaliden etc. sollte nicht weniger als 537 Milliarden Mark betragen, wie am 5. März 1990 der Presse zu entnehmen war. Wohlgemerkt: nicht Millionen, sondern Milliarden und nicht als Verrechnungsposten mit deutschen Entschädigungsforderungen, sondern als Zugabe.
Die letzte und vielleicht erschreckendste Legende, die man im Bundestag am 21. Juni hören konnte, war die von der Kollektivschuld. Während der bereits zitierte Abgeordnete Lippelt (Die Grünen) die Oder-Neiße-Anerkennung "aus Einsicht in die Nemesis (Vergeltung) der Geschichte" forderte (Seite 17.155 des Protokolls), konstatierte Bundesminister Genscher, Ostdeutschland sei "verloren (worden) durch einen verbrecherischen Krieg und ein verbrecherisches System" (Seite 17.158).
Beim Studium der Geschichte wundert man sich oft, wie leicht allgemein verbreitete Wahnvorstellungen rein mit dem gesunden Menschenverstand zu durchschauen gewesen wären ... und nicht durchschaut wurden.
Beim Hexenwahn hätte die Frage genügt, welche Frau auf die Folter NICHT gestehen würde, ein Hexe zu sein, und bei der Kollektivschuld genügte z.B. die Frage, wieviele Russen man nach dieser Logik denn töten oder vertreiben müsse, um das verbrecherische Sowjetsystem angemessen zu sühnen?
Die Schätzungen über die Morde des Sowjetsystems schwanken zwischen 49 und 66 Millio-

nen, und darüber hinaus haben "die Russen" – um in der Kollektivschuld-Diktion zu bleiben – während des 2. Weltkriegs fast alle Nachbarländer überfallen: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Persien, den asiatischen Kleinstaat Tannu-Tuwa, Japan und in unseren Tagen Afghanistan. Ein schlauer Nazi könnte den Ball sogar zurückspielen und für Hitlers Einmarsch in die Sowjetunion auch "Einsicht in die Nemesis (Vergeltung) der Geschichte" verlangen.
Man müßte hier außerdem auf die verständliche Sorge in deutschen und internationalen Menschenrechtsorganisationen verweisen, weil nun der Eindruck entsteht, Völkervertreibung und Völkermord seien unter gewissen Umständen legitim.
Aufschlußreich wäre auch eine Untersuchung über die Parallelen zwischen Deutschenhaß und altchristlichem Antisemitismus (Kollektivschuld der Juden am Gottesmord). Um den Rahmen dieser Abhandlung nicht zu sprengen muß ein kurzes historisches Stichwort genügen.
Und zwar sollen einige Originaldokumente zum Vorwurf der Kriegsschuld des ganzen Volkes für sich sprechen. Der Schweizer Diplomat Carl J. Burckhardt z.B. war als Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig ungewöhnlich gut über die Zeichen der Zeit informiert. In seinem Brief vom 20. August 1938 schreibt er über die Stimmung in Deutschland:
"Derjenige, der das nicht erlebt hat, kann sich keine Vorstellungen machen von dem Entsetzen, ja von der Verzweiflung der Massen, als man wieder anfing, von Krieg zu reden, als beispielsweise die Pferderequisition einsetzte. ... Das Geflüster von gestern wird heute zum offenen rebellischen Ausspruch. Nie habe ich so deutlich gespürt, daß die Völker für die Verbrechen ihrer Führer nicht verantwortlich sind."
Der amerikanische Diplomat Kennan, damals Mitglied der US-Botschaft in Berlin und nicht sonderlich deutschfreundlich, berichtet:
"Die Berliner selbst – ich meine die einfachen Leute – waren von allen Bevölkerungsteilen in Stadt und Land am wenigsten vom Nazismus angesteckt. Sie grüßten einander nach wie vor mit "Guten Morgen" anstatt mit dem obligatorischen 'Heil Hitler'. Sie zeigten auch keine besondere Kriegsbegeisterung.
Ich kann bezeugen (weil ich an jenem Tage mitten unter ihnen in einer großen Menschenmenge auf dem Pariser Platz vor unserer Botschaft stand), daß sie die Siegesparade anläßlich der Beendigung des Polenfeldzuges mit zurückhaltendem, mürrischen Schweigen an sich vorüberziehen ließen. Trotz heftigsten Bemühens gelang es den berufsmäßigen Nazi-Agitatoren nicht, ihnen Zeichen des Hochgefühls oder der Zustimmung zu entlocken. Die Nachricht von der Einnahme von Paris (Juni 1940) wurde mit derselben Reserve und demselben undurchdringlichen Schweigen aufgenommen."
Interessant sind auch die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS zu diesem Thema. Als zum Beispiel 1939 Gerüchte über einen Waffenstillstand aufkamen, notierten die SD-Spitzel: "In verschiedenen Betrieben führte die Mitteilung dieses Gerüchtes zu längeren Arbeitspausen, da die Belegschaften sich über die angeblich neue Lage unterhielten. In Berlin kam es stellenweise auf Straßen und Plätzen zu freudigen Kundgebungen der Menschen, welche die Nachricht für wahr hielten. ... Auch in der Berliner Universität wurde am Schluß einer großen Nachmittagsvorlesung das Gerücht als Tatsache bekanntgegeben. Die Mitteilung veranlaßte die Studenten zu Begeisterungskundgebungen.
Erst durch die gestern gegen Mittag durch die Sondermeldung des deutschen Rundfunks erfolgende Widerlegung der Gerüchte wurde deren Verbreitung ein Ende gesetzt. Das Dementi hatte verschiedentlich eine tiefe Niedergeschlagenheit derjenigen, die fest an die Wahrheit der durch das Gerücht verbreiteten Behauptungen geglaubt hatten, zur Folge."
Ein herausragender jüdischer Humanist, der britische Schriftsteller und Verleger Victor Gollancz (1893-1967, Mitbegründer des Nationalkomitees für die Rettung der Opfer des Naziterrors und entschiedener Gegner der "deutschen Kollektivschuld"), hat über die Kollektiv-

schuld-Ideologie gesagt, was dazu zu sagen ist:
"Sie stützt sich - bestenfalls - auf gänzliche Unkenntnis der psychologischen und wissenschaftlichen Tatsachen und läßt sich in einer halben Stunde durch Zuhilfenahme jedes beliebigen Lehrbuches der europäischen oder Weltgeschichte richtigstellen. Ihr weitgehender Einfluß ist natürlich der Ansteckung durch das nazistische Rassendogma zuzuschreiben. ... Die Vorstellung der "Kollektivschuld" ist - wie der Faschismus - ein Rückschritt zu vorchristlicher Barbarei. Daß anständige und intelligente Menschen sie ernsthaft diskutieren, zeigt, wie sehr uns das, was wir bekämpfen, schon angesteckt und verdorben hat."
Die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 endete mit dem Ausruf des Grünen-Abgeordneten Briefs: "Es darf nie wieder Deutschland geben. Nie wieder Deutschland!"
Beifall bei Abgeordneten der Grünen (Seite 17.280 des Protokolls).<<

22.06.1990

BRD: Der Deutsche Bundesrat stimmt am 22. Juni 1990 dem Staatsvertrag und der Entschließung über die deutsch-polnische Grenze zu.

Juni 1990

BRD: Der deutsche Moraltheologe Franz Scholz (1909-1998) berichtet im Juni 1990 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1990 (x853/...): >>... **Durch Gewalt und Verbrechen geschaffene Fakten als Recht anerkennen?**
Werden vorstaatliche Rechte, sittliche Ordnung, christlicher Rechtschutz bei der Preisgabe Ostdeutschlands mißachtet?
Die unbewiesene Behauptung, die Vereinigung der bisher durch die Berliner Schandmauer und durch die Todesstreifen-Grenze quer durch Deutschland getrennten Teile Deutschlands sei nur um den Preis der völkerrechtlichen Anerkennung der letzten Stalin-Grenze, der Oder-Neiße-Linie, zu erreichen, läßt bei vielen die geschichtliche Tiefe, die völkerrechtliche Krise sowie die grundgesetzliche Problematik solcher seltsamen "Anerkennung" vergessen.
Ganz zu schweigen von der menschlichen Tragödie von ca. 15 Millionen Menschen, die - enteignet, verachtet, gehaßt, ausgeplündert, von Haus und Hof unmenschlich vertrieben - nun auch noch das Recht auf Heimat aberkannt bekommen sollen. Aus manchen Briefen, die mir im Gefolge von Veröffentlichungen zu diesen Fragen zugingen, spricht abgründige Trauer, manchmal fassungslose Verzweiflung, tiefe Bitterkeit, brennende Sorge.
Man reagiert damit auf verbreitete Ignoranz, Leichtfertigkeit, ja Gleichgültigkeit jener Internationalisten, denen die Massen von Asylschwindlern, die sich bequem ins bundesdeutsche Sozialnest fallen lassen, "heiliger" (= tabu) sind, als die eigenen Landsleute sowie die Geschicke Ostdeutschlands und die Tragödie seiner deutschen Bewohner.
Hinzu kommt ein wegwischender politischer Erledigungswille, sowie jener schnöde National-Masochismus, der alles, was man Deutschen antat, für recht und billig hält und für immer Buße (meist = Geld der Deutschen) für die geheimen Untaten einer kleinen Machtclique fordert.
2. Was bei alledem schockiert, ist die Entleerung des ethischen Rechtsgedankens, und zwar in Ost und West, ja selbst im Raum der Kirche. Dem Prozeß der Entethisierung des Rechts, die es zu einem rein pragmatischen Regelungs-Formalismus aushöhlt, korrespondiert die Ideologisierung und Politisierung des Rechts. Es wird zur abhängigen Variablen von Mehrheitsmeinungen und jeweiligem Minimalkonsens. Es ist nicht mehr unabhängige Säule. Es verkommt zum bloßen Positivismus.
Damit wird seine vorstaatliche substantielle Gegebenheit und insofern Unantastbarkeit, Nichtverfügbarkeit und Würde verloren und verdorben. Der eigentliche Quellgrund seiner Verpflichtung, seine ethische, allseits und immer fordernde Bindung und Gültigkeit ist bewußt ausgeschaltet. Die Trennung von Recht und Moral verletzt und zerstört schließlich beide. ...
4. Aber auch die deutsche Kirche erkennt nicht die ethische, völkerrechtliche, verfassungsrechtliche, staatspolitische und grundrechtsbezogene Tiefe, Brisanz und menschliche Drama-

tik der Frage. Die vielen Besuche mit allerlei Nettigkeiten, die Milliardenhilfen von seiten der Deutschen, das Preisgeben eines Drittels von Deutschland (seit 800 Jahren bebaut und blühend gemacht), das alles löst nicht den ethischen Ur-Grund der Frage: dürfen durch brutale Gewalt und die Massenverbrechen der Vertreibung (etwa 2 Millionen Tote) erzwungene, völkerrechtswidrig zustande gekommene Fakten als Recht anerkannt werden?
Was in dieser dunklen Welt denkbar ist: Unter dem Druck einer Macht- und Zwangslage, angesichts des rechtsenthobenen chauvinistischen Durchsetzungswillens Polens (und der UdSSR) sowie derjenigen (auch bei uns), die diese Interessen (aus unterschiedlichen o.a. Motiven) mit-vertreten, könnte man unter Protest gegen das Unrecht, die Unrechtsfakten hinnehmen.
Keineswegs aber und nie als Recht anerkennen. Die ohnehin inflationär verschlissene Vokabel "Versöhnung" könnte sonst zum unverbindlichen Zudecken der Tragödie einer Kirche, in der ein katholisches Volk Katholiken und Christen des Nachbarvolkes derart vergeltungsartig und tödlich behandelt, mißbraucht werden.
Sieht man nicht, wie unglaubwürdig und peinlich eine derartige Kirche, ein solches Volk werden, wenn "eines der größten Verbrechen der Geschichte" (Pius XII.) mit Duldung, Billigung, sophistischer und geschichtsfälschender Scheinlegitimierung, ja sogar mit dem Segen und unter Berufung auf den angeblichen göttlichen Willen von Bischöfen für gutes und hohes Recht erklärt wird?
Wenn hier keine Einsicht in Mitschuld erfolgt, Rechtsbeugung nicht bedauernd zugegeben, auch nicht nur individuell privatisiert wird, dann bleiben alle Gesten, Freundlichkeiten, Hilfen; ja auch Umarmungen, Messen nebst Konzelebrationen (gemeinsame liturgische Feiern), Predigten und Papiere nur entwertete Billig- und Falschmünzen statt der mit dem Gewissen, dem Recht und dem Herzen gedeckten "harten" christlichen Währung der Wahrheit und Schuldeinsicht und Wiedergutmachung. ...<<
Die deutsche Studiendirektorin Margarethe Kuppe (1917-2004) berichtet im Juni 1990 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1990 über den "Deutschen Osten" (x853/...): >>... **Deutscher Osten - 800 Jahre deutsches Land**
Es scheint geboten, um das ganze Gewicht dieser Frage der Oder-Neiße-Linie - in menschlicher, historischer und politischer Hinsicht - bewußt zu machen, erneut an einige wichtige Fakten zu erinnern:
Es ist hier von dem Jahr 1916 auszugehen, als von Deutschland und Österreich, noch während des Krieges mit Rußland, ein selbständiger Staat Polen gegründet wurde. Seit dem Wiener Kongreß von 1815 bestand zwar ein Staat Polen, doch er war mit Rußland vereint. Dieser Staat hatte während des Krieges noch keine festen Grenzen.
- Der Völkerbund ließ nach dem Ende des Krieges (1918) durch Lord Curzon die Volkstumsgrenze Polens im Osten feststellen. Man untersuchte, bis zu welchem Bereich die Mehrheit der Bevölkerung als Muttersprache Polnisch sprach; die so benannte "Curzon-Linie" wurde am 8.12.1919 festgelegt. Während des Bürgerkrieges in Rußland und der Abwehr der Roten Armee vor Warschau ging Polen mit militärischer Gewalt über jene Curzon-Linie weit hinaus. Jene Gebiete, die dann im Hitler-Stalin-Pakt wieder an Rußland zurückfielen, waren von 12 Millionen Menschen, jedoch nur von 3 Millionen Polen bewohnt. Sie alle wären jedoch während der Bolschewisierung Rußlands gerne bei Polen geblieben.
Als nun 1945 die Herrschaft Rußlands in diese Gebiete zurückkehrte, wanderten 1 1/2 Millionen Polen nach Polen aus. Mit diesen Umständen wurde die "Westverschiebung" Polens begründet, als deren Folge aus dem deutschen Osten 12 Millionen Deutsche vertrieben wurden, von denen 3 Millionen grausam zugrunde gingen.
- Nach dem Ersten Weltkrieg (Versailles) gewann Polen rd. 60.000 qkm Gebiete des Deutschen Reiches: Ost-Oberschlesien - entgegen dem eindeutigen Votum der Volksabstimmung -

, fast die gesamten Provinzen Posen und Westpreußen. Der Rest wurde in der Grenzmark Posen-Westpreußen zusammengefaßt. Gleichzeitig entstand der "Korridor" mit der Lostrennung Ostpreußens. Es entstand auch die "Freie Stadt Danzig". Auch hier liegen Ursachen für den Beginn des Zweiten Weltkrieges, wie überhaupt für die nationalistische Virulenz (Ansteckungsfähigkeit) der nationalsozialistischen Bewegung.
- Nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutete die "Westverschiebung" Polens bis an die Oder und Neiße mit der Vertreibung der Deutschen den Gewinn von weiterhin 101.000 qkm deutschen Landes: Schlesien, Ost-Brandenburg, die Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern und Süd-Ostpreußen, dessen Norden mit Königsberg an Rußland fiel (13.000 qkm). So ist das heutige Staatsgebiet von Polen mit 312.000 qkm zur größeren Hälfte, nämlich 160.000 qkm, "gewonnenes" deutsches Land.
Das Bewußtsein, daß sich dieses einst blühende deutsche Land im Zustand äußerster Verrottung befindet, kommt als besondere seelische Last für die Ostdeutschen noch dazu. Es muß auch noch erwähnt werden, daß Polen im Bereich der Oder-Mündung, westlich der Oder, sich mit Stettin ein Gebiet angeeignet hat, das etwa die Größe Luxemburgs besitzt.
Abschließend seien noch einige historische Fakten erwähnt:
Während die Sudetendeutschen schon seit etwa 950 von den Herzögen von Böhmen, den Przemysliden – Herzog Boleslaw von Böhmen kämpfte unter Otto dem Großen 955 in der Ungarn-Schlacht bei Augsburg auf dem Lechfeld mit - zur Urbarmachung der Hänge der Sudeten, des Erzgebirges und des Böhmerwaldes nach Böhmen gerufen wurden, galt das für die Gebiete des Deutschen Ostens erst später.
So wurde Brandenburg 1034 an Albrecht den Bären aus dem Hause der Askanier von Kaiser Lothar von Supplinburg zu Lehen gegeben. 1163 nahm Boleslaw der Lange aus dem Hause der Piasten Schlesien von Barbarossa zu Lehen, das Gleiche taten 1187 die Greifen als Herzöge von Pommern.
1226 übergab auf Wunsch des Herzogs Konrad von Masowien Friedrich II., der Enkel Barbarossas, das Gebiet von Thorn und Weichsel abwärts bis zur Ostseeküste und von da nach Norden, das Gebiet der "heidnischen" und kriegerischen Pruzzen, Hermann von Salza als Hochmeister des deutschen Ritterordens zu Lehen, um die Pruzzen zu bekehren und ansässig d.h. zu Bauern zu machen. In der Folge wurde das gesamte Gebiet des Deutschen Ritterordens, das zeitweise bis an den Finnischen Meerbusen reichte, Reichsgebiet.
Ostpreußen zwischen Weichsel und Memel blieb schließlich übrig, das von 1466 bis 1660 polnisches Kronlehen war. Im Frieden von Oliva wurde Ostpreußen mit Brandenburg als nicht mehr von Polen abhängiges Kronlehen vereint. Die deutschen Bewohner des Landes wurden zwischen 1466 und 1660 natürlich nicht "umgesiedelt".
Westpreußen mit dem vom Deutschen Orden urbar gemachten Kulmerland kam durch die Polnischen Teilung 1772 und 1793 an Preußen. Während die Gebiete, die Preußen aus der Dritten Polnischen Teilung 1795 erhielt, im Wiener Kongreß 1815 an Polen zurückfielen, blieben die Provinzen Westpreußen und Posen bis 1918 mit Preußen vereint, während der 1815 als Königreich wiedergegründete polnische Staat - sicher gegen den Willen der Polen – in der Weise mit Rußland vereint wurde, daß der Zar von Rußland in Personalunion zugleich König von Polen war. Dieser Zustand blieb bis 1830, der ersten polnischen Revolution, erhalten.
Nach der Niederschlagung dieser Revolution durch Rußland wurde Polen zur russischen Provinz degradiert, bis es 1916, im Ersten Weltkrieg, noch ohne festgelegte Grenzen von Deutschland neu errichtet wurde. Die widernatürlichen Grenzen Polens als Folge des Ersten Weltkrieges (Diktat von Versailles) blieben erhalten bis 1939, als Hitler mit dem Krieg gegen Polen den Zweiten Weltkrieg auslöste. Bis 1945 bestand das besiegte Polen als Generalgouvernement Warschau. ...<<

Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtet im Juni 1990 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 - 1990 (x853/...): >>**Diktat- oder Verständigungsfrieden?**

Thukydides, der Vater der politischen Geschichtswissenschaft, schreibt: "Nach unserer Überzeugung lassen sich die großen Feindschaften auf die Dauer nicht dadurch beilegen, daß man den Gegner nach einem siegreichen Krieg zur Annahme eines unbilligen Friedens zwingt, sondern weit eher dadurch, daß man ihn womöglich noch durch Edelmut besiegt und ihm günstigere Bedingungen gewährt, als er selbst erwartete" (Peloponnesischer Krieg).

Diese Weisheit scheint heute vergessen. Dabei sollte doch Versailles daran erinnern, daß Friedensdiktate, die einem Volk seine Würde rauben und ihm unerträgliche Bedingungen auferlegen, Unversöhnlichkeit und Haß säen. Man spricht von einer polnischen Westgrenze, als ginge diese nicht mitten durch deutsches Land. Kein Pole würde auch nur auf einen Quadratmeter polnischen Heimatbodens verzichten.

Und das deutsche Volk sollte sich tatsächlich auf Dauer damit abfinden, nahezu ein Drittel unseres Territoriums preiszugeben? Der Bund der Vertriebenen hat bereits 1950 jeglicher Gewalt, Rache und Vergeltung eine klare Absage erteilt. Er fordert aber "Frieden durch freie Abstimmung". Es geht ihm um einen gerechten Ausgleich, der dem deutschen wie dem polnischen Volk eine gemeinsame friedliche Zukunft in einem freiheitlichen Europa sichert.

Wenn selbst Versailles in mehreren Fällen Abstimmungen der betroffenen Bevölkerung vorsah, erscheint im Zeichen eines geeinten Europa die Forderung nach einer freien Abstimmung aller Betroffenen über die Zukunft der Gebiete östlich von Oder und Neiße vernünftiger und gerechter als der "freiwillige" Verzicht eines Großteils von Deutschland in den Grenzen von 1937.

Nach den Vorstellungen des Bundes der Vertriebenen sollten die Betroffenen in den deutschen Ostgebieten darüber abstimmen, ob diese Gebiete künftig zu Deutschland, zu Polen bzw. der Sowjetunion oder zu einem neuen europäischen Territorium gehören sollen.

Auf jeden Fall müsse allen Volksgruppen eine umfassende Selbstverwaltung und allen Menschen das Recht auf die Heimat gewährleistet werden. Nie wieder dürfe es Unterdrückung und Vertreibung geben. Wenn die Menschen in den deutschen Ostgebieten in gesicherter Freiheit leben sollen, könne dies nur durch einen gerechten Interessenausgleich, die Überwindung der Unrechtsfolgen und einen völkerverbindenden Wiederaufbau geschehen. Die Politiker, die so großzügig nahezu ein Drittel urdeutschen Landes abtreten wollen, sollten sich den deutsch-französischen Friedensvertrag von 1871 vor Augen halten. Die einschlägigen Passagen lauten folgendermaßen:

Artikel I, Absatz 1: "Frankreich verzichtet zu Gunsten des Deutschen Reiches auf alle seine Rechte und Ansprüche auf diejenigen Gebiete, welche östlich von der nachstehend verzeichneten Grenze gelegen sind."

Artikel I**,** Absatz 3, Satz 1: "Das Deutsche Reich wird diese Gebiete für immer mit vollen Souveränitäts- und Eigentumsrechten besitzen" (Reichsgesetzblatt 1871, S. 215). Frankreich mußte nur ein Dreißigstel seines Gebietes mit überwiegend deutschsprachiger Bevölkerung abtreten, das dazu jahrhundertelang zu Deutschland gehört hatte. Doch schon nach 2 Jahren setzte eine hemmungslose Revanchepolitik ein. Sollten wir aus der Geschichte nichts gelernt haben?<<

01.07.1990

Belgien: Am 1. Juli 1990 beginnt die erste Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

04.07.1990

Belgien: Zypern stellt am 4. Juli 1990 den Antrag auf Beitritt zur EG.

17.07.1990

Frankreich: Bei den "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" in Paris einigt man sich am 17. Juli 1990 auf die Beteiligung des polnischen Außenministers und bestätigt die Oder-Neiße-Grenze als polnische Westgrenze.

22.07.1990

DDR: Am 22. Juli 1990 beschließt die Volkskammer das Ländereinführungsgesetz, das am 14. Oktober 1990 in Kraft tritt. Dadurch entstehen die fünf Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

Die Bezirkstage und Räte der Bezirke wurden bereits ab August 1990 aufgelöst und in die neuen Landesbehörden integriert. Die Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg bildeten im Wesentlichen das Land Mecklenburg-Vorpommern. Aus den Bezirken Potsdam, Frankfurt und Cottbus wurde das Land Brandenburg, die Bezirke Magdeburg und Halle gingen im Land Sachsen-Anhalt auf. Die Bezirke Erfurt, Gera und Suhl wurden zum Freistaat Thüringen und aus den Bezirken Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt (seit 1990 wieder Bezirk Chemnitz) wurde der Freistaat Sachsen gebildet.

Einige Kreise und Gemeinden wechselten in den folgenden Jahren in andere Bundesländer. Die neuen Landesgrenzen waren weder mit den alten Bezirksgrenzen noch mit den Landesgrenzen von 1952 identisch.

22.08.1990

DDR: Die DDR-Volkskammer beschließt am 22. August 1990 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes (Termin: 3. Oktober 1990).

31.08.1990

DDR: Vertreter der deutschen Regierungen unterzeichnen am 31. August 1990 in Ost-Berlin den Einigungsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes: 3.10.1990).

31.08.1990

DDR: Vertreter der deutschen Regierungen unterzeichnen am 31. August 1990 in Ost-Berlin den Einigungsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes: 3.10.1990).

Der Einigungsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands lautet wie folgt (x101/-284-285,298): >>Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Deutschen Demokratischen Republik
über die Herstellung der Einheit Deutschlands
vom 31. August 1990

Einigungsvertrag

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik -

ENTSCHLOSSEN, die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit als gleichberechtigtes Glied der Völkergemeinschaft in freier Selbstbestimmung zu vollenden,

AUSGEHEND VON DEM WUNSCH der Menschen in beiden Teilen Deutschlands, gemeinsam in Frieden und Freiheit in einem rechtsstaatlich geordneten; demokratischen und sozialen Bundesstaat zu leben,

IN DANKBAREM RESPEKT vor denen, die auf friedliche Weise der Freiheit zum Durchbruch verholfen haben, die an der Aufgabe der Herstellung der Einheit Deutschlands unbeirrt festgehalten haben und sie vollenden,

IM BEWUSSTSEIN der Kontinuität deutscher Geschichte und eingedenk der sich aus unserer Vergangenheit ergebenden besonderen Verantwortung für eine demokratische Entwicklung in Deutschland, die der Achtung der Menschenrechte und dem Frieden verpflichtet bleibt,

IN DEM BESTREBEN, durch die deutsche Einheit einen Beitrag zur Einigung Europas und zum Aufbau einer europäischen Friedensordnung zu leisten, in der Grenzen nicht mehr trennen und die allen europäischen Völkern ein vertrauensvolles Zusammenleben gewährleistet,
IN DEM BEWUSSTSEIN, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden ist -
SIND ÜBEREINGEKOMMEN, einen Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands mit den nachfolgenden Bestimmungen zu schließen:

Kapitel I

Wirkung des Beitritts

Artikel 1

Länder

(1) Mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 werden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Länder der Bundesrepublik Deutschland. Für die Bildung und die Grenzen dieser Länder untereinander sind die Bestimmungen des Verfassungsgesetzes zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik vom 22. Juli 1990 - Ländereinführungsgesetz - (GBl. I Nr. 51 S. 955) gemäß Anlage II maßgebend.
(2) Die 23 Bezirke von Berlin bilden das Land Berlin.

Artikel 2

Hauptstadt, Tag der Deutschen Einheit

(1) Hauptstadt Deutschlands ist Berlin. Die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung wird nach der Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden.
(2) Der 3. Oktober ist als Tag der Deutschen Einheit gesetzlicher Feiertag.

Kapitel II

Grundgesetz

Artikel 3

Inkrafttreten des Grundgesetzes

Mit dem Wirksamwerden des Beitritts tritt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1481), in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie in dem Teil des Landes Berlin, in dem es bisher nicht galt, mit den sich aus Artikel 4 ergebenden Änderungen in Kraft, soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 4

Beitrittsbedingte Änderungen des Grundgesetzes

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wird wie folgt geändert:
1. Die Präambel wird wie folgt gefaßt:
"Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen,
von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen; hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.
Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk."
2. Artikel 23 wird aufgehoben.

3. Artikel 51 Abs. 2 des Grundgesetzes wird wie folgt gefaßt:
"(2) Jedes Land hat mindestens drei Stimmen, Länder mit mehr als zwei Millionen Einwohnern haben vier, Länder mit mehr als sechs Millionen Einwohnern fünf, Länder mit mehr als sieben Millionen Einwohnern sechs Stimmen."
4. Der bisherige Wortlaut des Artikels 135 a wird Absatz 1. Nach Absatz 1 wird folgender Absatz angefügt:
"(2) Absatz 1 findet entsprechende Anwendung auf Verbindlichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik oder ihrer Rechtsträger sowie auf Verbindlichkeiten des Bundes oder anderer Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, die mit dem Übergang von Vermögenswerten der Deutschen Demokratischen Republik auf Bund, Länder und Gemeinden im Zusammenhang stehen, und auf Verbindlichkeiten, die auf Maßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik oder ihrer Rechtsträger beruhen."
5. In das Grundgesetz wird folgender neuer Artikel 143 eingefügt:
"Artikel 143. (1) Recht in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrags genannten Gebiet kann längstens bis zum 31. Dezember 1992 von Bestimmungen dieses Grundgesetzes abweichen, soweit und solange infolge der unterschiedlichen Verhältnisse die völlige Anpassung an die grundgesetzliche Ordnung noch nicht erreicht werden kann. Abweichungen dürfen nicht gegen Artikel 19 Abs. 2 verstoßen und müssen mit den in Artikel 79 Abs. 3 genannten Grundsätzen vereinbar sein.
(2) Abweichungen von den Abschnitten II, VIII, VIII a, IX, X und XI sind längstens bis zum 31. Dezember 1995 zulässig.
(3) Unabhängig von Absatz 1 und 2 haben Artikel 41 des Einigungsvertrags und Regelungen zu seiner Durchführung auch insoweit Bestand, als sie vorsehen, daß Eingriffe in das Eigentum auf dem in Artikel 3 dieses Vertrags genannten Gebiet nicht mehr rückgängig gemacht werden."
6. Artikel 146 wird wie folgt gefaßt:
"Artikel 146
Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist:"

Artikel 5

Künftige Verfassungsänderungen

Die Regierungen der beiden Vertragsparteien empfehlen den gesetzgebenden Körperschaften des vereinten Deutschlands, sich innerhalb von zwei Jahren mit den im Zusammenhang mit der deutschen Einigung aufgeworfenen Fragen zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes zu befassen, insbesondere
- in bezug auf das Verhältnis zwischen Bund und Ländern entsprechend dem Gemeinsamen Beschluß der Ministerpräsidenten vom 5. Juli 1990,
- in bezug auf die Möglichkeit einer Neugliederung für den Raum Berlin/Brandenburg abweichend von den Vorschriften des Artikels 29 des Grundgesetzes durch Vereinbarung der beteiligten Länder;
- mit den Überlegungen zur Aufnahme von Staatszielbestimmungen in das Grundgesetz sowie
- mit der Frage der Anwendung des Artikels 146 des Grundgesetzes und in deren Rahmen einer Volksabstimmung.

…

Artikel 45

Inkrafttreten des Vertrags

(1) Dieser Vertrag einschließlich des anliegenden Protokolls und der Anlagen I bis III tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deut-

schen Demokratischen Republik einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.
(2) Der Vertrag bleibt nach Wirksamwerden des Beitritts als Bundesrecht geltendes Recht.
GESCHEHEN zu Berlin am 31. August 1990 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.
Für die Bundesrepublik Deutschland
Dr. Wolfgang Schäuble

Für die Deutsche Demokratische Republik
Dr. Günther Krause<<
Der Einigungsvertrag vom 31. August 1990 trat gemäß Bekanntmachung vom 29. September 1990 (GBl. I S. 1988) am 29. September 1990 in Kraft.

12.09.1990

UdSSR: In Moskau wird am 12. September 1990 das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.
Im Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 heißt es (x101/299-302,303):
>>Die Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik, die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika -
IN DEM BEWUSSTSEIN, daß ihre Völker seit 1945 miteinander in Frieden leben,
EINGEDENK der jüngsten historischen Veränderungen in Europa, die es ermöglichen, die Spaltung des Kontinents zu überwinden,
UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes und der entsprechenden Vereinbarungen und Beschlüsse der Vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit,
ENTSCHLOSSEN, in Übereinstimmung mit ihren Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen,
EINGEDENK der Prinzipien der in Helsinki unterzeichneten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa,
IN ANERKENNUNG, daß diese Prinzipien feste Grundlagen für den Aufbau einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa geschaffen haben,
ENTSCHLOSSEN, die Sicherheitsinteressen eines jeden zu berücksichtigen,
ÜBERZEUGT von der Notwendigkeit, Gegensätze endgültig zu überwinden und die Zusammenarbeit in Europa fortzuentwickeln,
IN BEKRÄFTIGUNG ihrer Bereitschaft, die Sicherheit zu stärken, insbesondere durch wirksame Maßnahmen zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauensbildung; ihrer Bereitschaft, sich gegenseitig nicht als Gegner zu betrachten, sondern auf ein Verhältnis des Vertrauens und der Zusammenarbeit hinzuarbeiten sowie dementsprechend ihrer Bereitschaft, die Schaffung geeigneter institutioneller Vorkehrungen im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa positiv in Betracht zu ziehen,
IN WÜRDIGUNG DESSEN, daß das deutsche Volk in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts seinen Willen bekundet hat, die staatliche Einheit Deutschlands herzustellen, um als gleichberechtigtes und souveränes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen,
IN DER ÜBERZEUGUNG, daß die Vereinigung Deutschlands als Staat endgültigen Grenzen ein bedeutsamer Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa ist,
MIT DEM ZIEL, die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland zu vereinbaren,

IN ANERKENNUNG DESSEN, daß dadurch und mit der Vereinigung Deutschlands als einem demokratischen und friedlichen Staat die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes ihre Bedeutung verlieren,
VERTRETEN durch ihre Außenminister, die entsprechend der Erklärung von Ottawa vom 13. Februar 1990 am 5. Mai 1990 in Bonn, am 22. Juni 1990 in Berlin, am 17. Juli 1990 in Paris unter Beteiligung des Außenministers der Republik Polen und am 12. September 1990 in Moskau zusammengetroffen sind -
SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:
Artikel 1
(1) Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen. Seine Außengrenzen werden die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sein und werden am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrags endgültig sein. Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen des vereinten Deutschland ist ein wesentlicher Bestandteil der Friedensordnung in Europa.
(2) Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag.
(3) Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch nicht in Zukunft erheben.
(4) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik werden sicherstellen, daß die Verfassung des vereinten Deutschland keinerlei Bestimmungen enthalten wird, die mit diesen Prinzipien unvereinbar sind. Dies gilt dementsprechend für die Bestimmungen, die in der Präambel und in den Artikeln 23 Satz 2 und 146 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland niedergelegt sind.
(5) Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen die entsprechenden Verpflichtungen und Erklärungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik förmlich entgegen und erklären, daß mit deren Verwirklichung der endgültige Charakter der Grenzen des vereinten Deutschland bestätigt wird.
Artikel 2
Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar.
Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.
Artikel 3
(1) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihren Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Sie erklären, daß auch das vereinte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird. Insbesondere gelten die Rechte und Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968 für das vereinte Deutschland fort.
(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat in vollem Einvernehmen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 30. August 1990 in Wien bei den Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa folgende Erklärung abgegeben:

"Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, die Streitkräfte des vereinten Deutschland innerhalb von drei bis vier Jahren auf eine Personalstärke von 370.000 Mann (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu reduzieren. Diese Reduzierung soll mit dem Inkrafttreten des ersten KSE-Vertrags beginnen. Im Rahmen dieser Gesamtobergrenze werden nicht mehr als 345.000 Mann den Land- und Luftstreitkräften angehören, die gemäß vereinbartem Mandat allein Gegenstand der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa sind.
Die Bundesregierung sieht in ihrer Verpflichtung zur Reduzierung von Land- und Luftstreitkräften einen bedeutsamen deutschen Beitrag zur Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa. Sie geht davon aus, daß in Folgeverhandlungen auch die anderen Verhandlungsteilnehmer ihren Beitrag zur Festigung von Sicherheit und Stabilität in Europa, einschließlich Maßnahmen zur Begrenzung der Personalstärken, leisten werden."
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich dieser Erklärung ausdrücklich angeschlossen.
(3) Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen diese Erklärungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Kenntnis.

Artikel 4

(1) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklären, daß das vereinte Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in vertraglicher Form die Bedingungen und die Dauer des Aufenthalts der sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins sowie die Abwicklung des Abzugs dieser Streitkräfte regeln werden, der bis zum Ende des Jahres 1994 im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Verpflichtungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, auf die sich Absatz 2 des Artikels 3 dieses Vertrags bezieht, vollzogen sein wird.
(2) Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen diese Erklärung zur Kenntnis.

Artikel 5

(1) Bis zum Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins in Übereinstimmung mit Artikel 4 dieses Vertrags werden auf diesem Gebiet als Streitkräfte des vereinten Deutschland ausschließlich deutsche Verbände der Territorialverteidigung stationiert sein, die nicht in die Bündnisstrukturen integriert sind, denen deutsche Streitkräfte auf dem übrigen deutschen Territorium zugeordnet sind. Unbeschadet der Regelung in Absatz 2 dieses Artikels werden während dieses Zeitraums Streitkräfte anderer Staaten auf diesem Gebiet nicht stationiert oder irgendwelche andere militärische Tätigkeiten dort ausüben.
(2) Für die Dauer des Aufenthalts sowjetischer Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins werden auf deutschen Wunsch Streitkräfte der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika auf der Grundlage entsprechender vertraglicher Vereinbarung zwischen der Regierung des vereinten Deutschland und den Regierungen der betreffenden Staaten in Berlin stationiert bleiben.
Die Zahl aller nichtdeutschen in Berlin stationierten Streitkräfte und deren Ausrüstungsumfang werden nicht stärker sein als zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Vertrags. Neue Waffenkategorien werden von nichtdeutschen Streitkräften dort nicht eingeführt. Die Regierung des vereinten Deutschland wird mit den Regierungen der Staaten, die Streitkräfte in Ber-

lin stationiert haben, Verträge zu gerechten Bedingungen unter Berücksichtigung der zu den betreffenden Staaten bestehenden Beziehungen abschließen.
(3) Nach dem Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins können in diesem Teil Deutschlands auch deutsche Streitkräfteverbände stationiert werden, die in gleicher Weise militärischen Bündnisstrukturen zugeordnet sind wie diejenigen auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet, allerdings ohne Kernwaffenträger. Darunter fallen nicht konventionelle Waffensysteme, die neben konventioneller andere Einsatzfähigkeiten haben können, die jedoch in diesem Teil Deutschlands für eine konventionelle Rolle ausgerüstet und nur dafür vorgesehen sind. Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.

Artikel 6

Das Recht des vereinten Deutschland, Bündnissen mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten anzugehören, wird von diesem Vertrag nicht berührt.

Artikel 7

(1) Die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst.
(2) Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.

Artikel 8

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation oder Annahme, die so bald wie möglich herbeigeführt werden soll. Die Ratifikation erfolgt auf deutscher Seite durch das vereinte Deutschland. Dieser Vertrag gilt daher für das vereinte Deutschland.
(2) Die Ratifikations- oder Annahmeurkunden werden bei der Regierung des vereinten Deutschland hinterlegt. Diese unterrichtet die Regierungen der anderen Vertragschließenden Seiten von der Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Annahmeurkunde.

Artikel 9

Dieser Vertrag tritt für das vereinte Deutschland, die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika am Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Annahmeurkunde durch diese Staaten in Kraft.

Artikel 10

Die Urschrift dieses Vertrages, dessen deutscher, englischer, französischer und russischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt, die den Regierungen der anderen vertragschließenden Seiten beglaubigte Ausfertigungen übermittelt.
ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben.
GESCHEHEN zu Moskau am 12. September 1990
Für die Bundesrepublik Deutschland
Hans-Dietrich Genscher

Für die Deutsche Demokratische Republik
Lothar de Maizière

Für die Französische Republik
Roland Dumas

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland
Douglas Hurd

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Eduard Schewardnadse

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
James A. Baker III<<
>>Gemeinsamer Brief ...
1. Die gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener Vermögensfragen vom 15. Juni 1990 enthält unter anderem folgende Aussagen:
Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945-1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen. Die Regierungen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik sehen keine Möglichkeit, die damals getroffenen Maßnahmen zu revidieren. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nimmt dies im Hinblick auf die historische Entwicklung zur Kenntnis. Sie ist der Auffassung, daß einem künftigen gesamtdeutschen Parlament eine abschließende Entscheidung über etwaige staatliche Ausgleichsleistungen vorbehalten bleiben muß.
... Gemäß Artikel 41 Absatz 3 des Einigungsvertrages wird die Bundesrepublik Deutschland keine Rechtsvorschriften erlassen, die dem oben zitierten Teil der gemeinsamen Erklärungen widersprechen.
2. Die auf deutschem Boden errichteten Denkmäler, die den Opfern des Krieges und der Gewaltherrschaft gewidmet sind, werden geachtet und stehen unter dem Schutz deutscher Gesetze.
Das Gleiche gilt für die Kriegsgräber, sie werden erhalten und gepflegt. ...<<
Bundesaußenminister Genscher gibt am 12. September 1990 bei der Unterzeichnung in Moskau folgende Erklärung ab (x101/304-306): >>Dies ist eine historische Stunde für das ganze Europa. Es ist eine glückliche Stunde für uns Deutsche. ...
Am 3. Oktober werden wir, die Deutschen, wieder in einem demokratischen Staat leben - zum ersten Mal nach 57 Jahren.
Am 30. Januar 1933 brach die Nacht des Faschismus über Deutschland herein. Wir verloren zuerst unsere Freiheit, dann unseren Frieden und dann unsere staatliche Einheit. Der von Hitler begonnene Krieg setzte ganz Europa in Flammen. In seiner Rede vom 8. Mai 1985 hat sich Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu unserer Verantwortung bekannt.
Wir gedenken in dieser Stunde aller Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft. Wir gedenken des unendlichen Leids der Völker, nicht nur derjenigen, deren Vertreter um diesen Tisch versammelt sind. Unsere Gedanken gelten dabei in besonderer Weise dem jüdischen Volk. Wir wollen, daß sich dies niemals wiederholen wird. ...
Die abschließende Regelung ist ein Dokument des Friedenswillens aller Beteiligten. Es weist in eine bessere europäische Zukunft.
Ich danke Präsident Gorbatschow, Präsident Bush, Präsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher für ihre Beiträge.
Es vollendet sich, was in der Präambel unseres Grundgesetzes verankert wurde. Es wird verwirklicht, was Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland im Deutschlandvertrag von 1954 zugesagt haben. ...

Wir sind uns bewußt, daß erst die Festlegung wesentlicher Elemente einer europäischen Friedensordnung den Interessenausgleich ermöglicht hat, der in der abschließenden Regelung zum Ausdruck kommt. Im Bewußtsein der Chance, jetzt die Spaltung unseres Kontinents zu überwinden, ist es uns in einer großen gemeinsamen Anstrengung gelungen, innerhalb weniger Monate die Voraussetzungen für einen Rahmen neuer Stabilität in Europa zu schaffen. ...
Wir Deutschen wollen mit der wiedergewonnenen nationalen Einheit dem Frieden dienen, und wir wollen zur Einigung Europas beitragen. So steht es in der Präambel des Grundgesetzes. Auch der Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekundet unseren Willen, "durch die deutsche Einheit einen Beitrag zur Einigung Europas und zum Aufbau einer europäischen Friedensordnung zu leisten". ...
Jetzt gilt es für uns alle, den Aufbau der europäischen Friedensordnung entschlossen fortzusetzen.
Wir Deutschen werden zur Schaffung der politischen Union der 12 Staaten der EG beitragen. Ganz Deutschland wir eingebettet sein in die Europäische Gemeinschaft. Sie erweist sich in dieser hoffnungsvollen Phase der Entwicklung Europas als der verläßliche Garant für die innere und äußere Stabilität ihrer Mitglieder und als Stabilitätsanker für ganz Europa. ...
Die Unverletzlichkeit der Grenzen ist ein Kernelement der Friedenssicherung in Europa. Der Vertrag bestätigt den endgültigen Charakter der Grenzen des vereinten Deutschland. Das vereinte Deutschland wird die bestehende deutsch-polnische Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag bestätigen, und zwar innerhalb der kürzest möglichen Zeit nach Herstellung der deutschen Einheit. ...
Für uns Deutsche ist dieser Vertrag, den wir heute unterzeichnen, ein Anlaß zu Freude, zu Selbstbesinnung und zu Dankbarkeit. Er verpflichtet uns, unsere Verantwortung zu erkennen für die großen Herausforderungen unserer Zeit, für die Wahrung des Friedens, für die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt, für die Herstellung sozialer Gerechtigkeit überall und für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.
Wir werden uns unserer Verantwortung stellen, und wir werden ihr gerecht werden. Unsere Botschaft an die Welt ist:
Wir wollen nichts anderes, als in Freiheit und Demokratie und in Frieden mit allen anderen Völkern leben.<<
Bundeskanzler Kohl erklärt am selben Tag in der Sitzung des Bundeskabinetts zur Unterzeichnung des Vertrages in Moskau vom 12. September 1990 (x101/306-307): >>Nach der Unterzeichnung des Einigungsvertrages vor 3 Wochen ist der heutige 12. September 1990 ein weiteres Schlüsseldatum auf dem Wege zur deutschen Einheit:
In diesem Augenblick setzen in Moskau die Außenminister der Zwei plus Vier - der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der UdSSR und der USA – ihre Unterschriften unter den
"Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland".
Mein Dank gilt allen, die dieses Ergebnis möglich gemacht haben, in Sonderheit den Verhandlungsführern.
Das Dokument über die äußeren Aspekte spiegelt in umfassendem Maße unsere Verhandlungsziele wieder:
- die volle Souveränität unseres Landes wird wieder hergestellt; - dies schließt unsere Entscheidungsfreiheit über die Zugehörigkeit zu einem Bündnis unserer Wahl ein;
- für den Abzug der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen DDR wird ein verbindlicher Zeitplan festgelegt, nämlich bis zum 31. Dezember 1994.
Das Zwei-plus-Vier-Abschlußdokument entspricht außerdem in überzeugender Weise der Tatsache, daß die deutsche Einheit 1990 sich im Einvernehmen mit allen unseren Freunden, Ver-

bündeten, Nachbarn, ja mit allen Europäern vollzieht.
Ich sage dies mit besonderem Blick auf Polen und die parallelen Entschließungen des Deutschen Bundestages und der Volkskammer zur Grenzfrage. Dies ist die erste Einigung eines Landes in der modernen Geschichte, die ohne Krieg, ohne Leid und ohne Auseinandersetzungen erfolgt, die neue Verbitterungen schaffen. ...
Wir und die DDR zusammengenommen reduzieren unsere Truppenstärke um 45 %. Wenn dieses Beispiel weltweit Schule macht, bedeutet das einen gewaltigen Schritt in der Abrüstung.
In Moskau werden in diesen Tagen auch Marksteine für die zukunftsgewandte Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen gesetzt.
Bundesminister Genscher wird den
Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit
paraphieren.
Nach der Vereinigung Deutschlands wird der Vertrag dann auf höchster politischer Ebene unterzeichnet.
Dieser Vertrag wird geschlossen im Wunsch, mit der Vergangenheit endgültig abzuschließen und durch Verständigung und Versöhnung einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Trennung Europas zu leisten. Der Vertrag will den deutsch-sowjetischen Beziehungen eine neue Qualität verleihen.
... Der Vertrag fördert die umfassende Begegnung der Menschen und gewährleistet, daß die Deutschen in der Sowjetunion ihre nationale, sprachliche und kulturelle Identität entfalten können; und er ermöglicht es uns, ihnen dabei zu helfen. ...
Fertiggestellt ist auch der durch die Währungsumstellung in der DDR zum 1. Juli dieses Jahres erforderliche Vertrag über einige überleitende Maßnahmen.
Sein Schwerpunkt ist die finanzielle Regelung für die sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen DDR. Es geht dabei um
- Aufenthaltskosten, die die sowjetische Seite grundsätzlich selbst trägt, zu denen wir aber beisteuern;
- Rücktransportkosten;
- Wiedereingliederungskosten, wobei ein Wohnungsbauprogramm in der Sowjetunion und Umschulungsmaßnahmen im Vordergrund stehen.
Unser Gesamtaufwand wird sich auf zirka 12 Milliarden DM in 4 Jahren belaufen. ...
Vor dem Hintergrund tiefgreifender Reformen in der Sowjetunion ist das Tor für eine Zukunft der guten Nachbarschaft, der neuen Partnerschaft und der umfassenden Zusammenarbeit weit geöffnet.<<
Der britische Historiker Christopher Duffy berichtet später über die deutsche Wiedervereinigung (x100/328-330): >>... Soweit es die Teilung Deutschlands und die Präsenz größerer ausländischer Truppenkontingente betraf, ging die Jalta-Periode der deutschen Geschichte 1990 zu Ende. Sie hatte 45 Jahre gedauert, in denen die vormals verbündeten Streitkräfte im großen ganzen dort geblieben waren, wo sie am Ende des Zweiten Weltkrieges gestanden hatten. Um einen Vergleich für diese Situation zu haben, braucht man sich nur einmal vorzustellen, die britischen und preußischen Truppen hätten nach der Schlacht von Waterloo (1815) ihre Stellungen nicht geräumt, sondern sich erst 1860 aus Frankreich zurückgezogen.
Zugleich wurde ein offenes Problem des internationalen Rechts, das einigen Sprengstoff in sich barg, schneller gelöst als erwartet. Die Bundesrepublik hatte, was im Ausland kaum wahrgenommen worden war, die von Polen nach dem Krieg auf Kosten Deutschlands beanspruchte Grenze niemals formell anerkannt. Im Potsdamer Abkommen war nur eine vorläufige Demarkationslinie an Oder und Neiße festgelegt und ansonsten erklärt worden, "daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz zurückgestellt

werden soll". Zu dieser Konferenz ist es jedoch nie gekommen, da der heiße Krieg nahtlos in den Kalten Krieg überging.
Für den Parlamentarischen Rat bestand Deutschland, obwohl das von ihm ausgearbeitete Grundgesetz der Bundesrepublik zunächst nur für die westdeutschen Länder galt, weiterhin in den Grenzen von 1937 – mit anderen Worten, es umfaßte auch den westlichen Teil Polens und das zu Rußland gehörende Gebiet um das ehemalige Königsberg. Zur Überraschung mancher Beobachter verzichtete die Regierung des wiedervereinigten Deutschland auf Ansprüche in dieser Richtung und erkannte in einem Vertrag vom 14. November 1990 die Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze an,
Zweifel an der Absolutheit der moralischen Verdikte der Zeit nach 1945 blieben jedoch bestehen, und es ist bezeichnend, daß es deutsche Historiker waren, die mittlerweile begonnen hatten, danach zu fragen, ob die Deutschen nun für immer an der Schuld für das tragen müßten, was im Dritten Reich geschehen war. Auslöser des sogenannten Historikerstreits, der sich an dieser Frage entzündete, war ein Artikel von Ernst Nolte gewesen, der am 6. Juni 1986 unter dem Titel "Vergangenheit, die nicht vergehen will" in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlicht wurde.
Nolte, der zusammen mit Andreas Hillgruber und Michael Stürmer – ob nun zu Recht oder Unrecht – als "Neokonservativer" eingestuft wurde, vertrat die im einzelnen zwar umstrittene, im Kern aber nur schwer zu widerlegende These, daß die Verbrechen des Dritten Reichs unter den im 20. Jahrhundert insgesamt begangenen Greueltaten keineswegs einzigartig seien.<<
Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz schreibt später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x151/56): >>... Die Vorgaben für die 2+4-Verhandlungen lauteten: "Kein Friedensvertrag, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Regelung über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Vereinigung". ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x283/249): >>... Mit dem Fall der Mauer war das Ende der Spaltung zum Greifen nahe, aber ohne das Placet (Bestätigung) aus Moskau nicht erreichbar. Dort war man grundsätzlich zu einer Zustimmung bereit, allerdings unter der Bedingung, daß Gesamtdeutschland neutral sei. Eine Mitgliedschaft in der NATO wurde zunächst nicht akzeptiert.
Es bedurfte langer zäher Verhandlungen und erheblicher materieller Zuwendungen, deren Höhe – angeblich 8 Milliarden - sowohl Gorbatschow als auch Helmut Kohl in ihren Memoiren schamhaft verschweigen, bis endlich am 12. September 1990 der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet und die Westbindung der erweiterten Bundesrepublik anerkannt und dingfest war.<<
Hans Werner Bracht (1927-2005, deutscher Jurist und Prof. für öffentliches Recht) schreibt später über die völkerrechtlichen Konsequenzen des sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 12. September 1990 (x800/...): >>... 1. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht identisch mit dem Deutschen Reich und daher auch nicht identisch mit dem Deutschland von heute.
Das Deutsche Reich besteht vielmehr bis auf den heutigen Tag fort. Und zwar aus folgenden Rechtsgründen:
2. Es gibt kein festes Datum, ab dem das Deutsche Reich untergegangen wäre. Daher besteht das Deutsche Reich bis auf den heutigen Tag fort. Das hat auch noch zur Folge, daß auch das Gesetz des Alliierten Kontrollrates Nr. 46 aus dem Jahre 1947, daß das Land Preußen auflösen sollte und wollte, von Rechts wegen nicht besteht.
Denn es widerspricht dem allgemeinen Völkerrecht eindeutig, da eine Besatzungsmacht nach Kriegsvölkerrecht nicht berechtigt ist, das Gebiet des besetzten Landes willkürlich zu verändern. Nach Artikel 25 des Grundgesetzes geht das Völkerrecht dem deutschen Recht im Range vor, weshalb alles, was dagegen verstößt, in Deutschland rechtswidrig ist.
Das ergibt sich völkerrechtlich aus dem im Völkerrecht für den Krieg allein geltenden Gesetz

des Internationalen Kriegsrechts, der sog. Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907.
Sie gilt noch heute für jede Besatzungsmacht in jedem fremden Land, das infolge eines Krieges besetzt wurde (Artikel 22). Mithin ist davon auszugehen, daß das Deutsche Reich und auch Preußen noch vollständig weiterbestehen und nicht etwa gar völkerrechtlich zulässig von den Okkupationsmächten Polen, Rußland (Nord-Ostpreußen), Litauen (Memelkreise) annektiert worden sind.
3. Nach allgemeinem Völkerrecht könnte das Deutsche Reich und auch Preußen am 8. Mai. 1945 erloschen sein, sofern eine sogenannte debellatio vorliegen würde. Das ist nach allgemeinem Völkerrecht dann der Fall, wenn eine politische Macht durch eine andere militärische Macht den Staat "Deutsches Reich" und auch "Preußen" vollkommen besiegt hätte.
Das aber war nicht der Fall, wie sich völkerrechtlich eindeutig aus der "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Gewalt des Staates durch die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik vom 5. Juni 1945 (sog. Berliner Erklärung)" ergibt.
Dort erklärten die Sieger das Fortbestehen Deutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937. Daher betrachten sie Deutschland als politische Einheit in diesem Rahmen und wollten so über Deutschland verhandeln. Das bedeutet, daß debellatio Deutschlands nicht vorliegt und daß schon aus diesem Rechtsrahmen und Rechtsgrund das Deutsche Reich und Preußen staats- und völkerrechtlich in vollem Umfang fortbestehen.
4. Diese Rechtsgrundlage wurde vom deutschen Staatsrecht bestätigt, indem das Bundesverfassungsgericht am 31. Juli 1973 nach deutschem Verfassungsrecht festlegte, daß das Deutsche Reich fortbesteht und daß das bis auf den heutigen Tag so bleibt, da diese Entscheidung bis heute nicht aufgehoben wurde.
Sie wurde sogar noch durch eine neue Entscheidung dieses Gerichtes von 1975, die zu den Ostverträgen erging, bestätigt, welche ebenfalls bis heute fortbesteht.
Die Bundesrepublik Deutschland ist daher nach dem allgemeinen Öffentlichen Recht, also nach dem Völkerrecht und dem deutschen Staatsrecht nicht identisch mit dem Deutschen Reich, das als solches bis heute fortbesteht.
Sie ist daher auch nicht etwa der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, das ja als solches staats- und völkerrechtlich weiterbesteht.
Es wird international auch nicht etwa durch die Bundesrepublik Deutschland vertreten, da dafür kein entsprechendes Mandat besteht.
Eine den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes entgegenstehende Entscheidung hat es bis heute noch nicht gegeben.
5. Nach diesen beiden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes sind die ersten staatsrechtlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die Wiedervereinigung des gesamten Deutschen Reiches, also auch jenseits von Oder und Neiße, und ihre Pflichten zur Erreichung dieses Zieles nicht aufzugeben, sowie alles zu unterlassen, was dieses Ziel verhindern könnte.
Es ist aber nicht zugleich in diesen Entscheidungen festgestellt worden, in welchem Rahmen diese Wiedervereinigung erfolgen sollte, wie also Ostdeutschland jenseits der Oder und Neiße behandelt werden sollte.
6. Die hiermit geschaffenen Daten der Wiedervereinigung und des Völkerrechtsstatus Gesamtdeutschlands und Preußens sind jedenfalls auf das Gebiet des Deutschen Reiches beschränkt, das nicht zugleich identisch mit dem der Bundesrepublik Deutschland ist.
Demnach ist es staats- und völkerrechtlich zulässig, einen neuen Freistaat Preußen auf dem Gebiet des Deutschen Reiches zu gründen, wofür etwa das Gebiet um Königsberg (Kaliningrad) und das der Freien Stadt Danzig in Betracht kommt, das derzeit noch völkerrechtswid-

rig, wie gezeigt worden ist, von Rußland und Polen besetzt ist.
7. Die Völkerrechtslage der Freien Stadt Danzig ist der Völkerrechtslage des gesamtdeutschen Reiches gleichartig, nachdem die Freie Stadt Danzig bis 1919 noch untrennbar Bestandteil des Deutschen Reiches war und erst durch das Siegersystem von Versailles im Januar 1920 aufhörte, ein solcher Bestandteil zu bleiben.
8. Daher kann der gegenwärtigen Völkerrechtslage der Freien Stadt Danzig sehr wohl die Völkerrechtsgrundlage Gesamtdeutschlands zugrunde gelegt werden, wie sie hier in Abschnitt 1. dieses Gutachtens aufgezeichnet wurde.
Es sind nur die entsprechenden Gebietsgrenzen der Freien Stadt Danzig zugrunde zu legen und nicht etwa die des Gesamtdeutschen Reiches.
Dann jedoch ergeben sich die gleichen staats- und völkerrechtlichen Konsequenzen wie für die Völkerrechtslage des Deutschen Reiches heute.
9. Das ist auf die Formulierung des Artikel 25 des Grundgesetzes zurückzuführen: Danach ist das Völkerrecht Bestandteil des deutschen Bundesrechts.
Diese allgemeinen Regeln des Völkerrechts gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes. Während viele Bestimmungen des Grundgesetzes nicht unbedingt Bestandteil des deutschen Rechts geworden sind, da sie von den Alliierten den Deutschen aufgezwungen worden sind und das deutsche Volk nie befragt wurde, ob es auch diese Bestimmungen haben wolle, gilt dieses nicht für den Artikel 25 GG.
10. Dort ist allein auf der Grundlage des allgemeinen Völkerrechts die Wirkung dieser Bestimmung zur nationalen deutschen Pflicht geworden und völkerrechtlich zulässig.
Es erscheint daher durchaus als Pflicht, einen neuen Freistaat Preußen in einem besonderen Teil des Deutschen Reiches zu begründen, da dem kein anderer Rechtsstatus entgegensteht.
Ein solcher ist jedenfalls nicht erkennbar.
II
1. In diesem Rahmen besteht auch die deutsche Staatsangehörigkeit fort, die rein staatsrechtlich nicht die der Bundesrepublik Deutschland ist, für die es kein eigenes Gesetz gibt. Wohl aber gibt es die Staatsangehörigkeit des Deutschen Reiches nach dem Reichs- und Staatsbürgergesetz von 1913: Jeder Deutsche ist also nach dem öffentlichen Recht im Staats- und Völkerrecht Reichsdeutscher und nicht etwa Bundesdeutscher.
2. Der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" vom 6. September 1990 hat in Artikel 4, Ziffer 2 den Artikel 23 des Grundgesetzes aufgehoben.
Daher gilt nach gegenwärtigem bundesdeutschem Staatsrecht nicht mehr: "Das Grundgesetz ist nach dem Beitritt anderer Teile Deutschlands in diesen Teilen in Kraft zu setzen." Diese Aufhebung war staatsrechtlich rechtswidrig, da nicht alle Teile Deutschlands (Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße etwa) dem Grundgesetz beigetreten sind.
3. Von der Bundesregierung ist dafür als Begründung angegeben worden, daß die Wiedervereinigung Deutschlands mit dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz vollzogen sei und daher kein weiteres Gebiet in Europa mehr der Bundesrepublik beitreten könne.
Damit hat die Bundesregierung freilich indirekt auf Ostdeutschland jenseits der Oder und Neiße verzichtet (Das eigentliche Ostdeutschland ist niemals Mitteldeutschland, wie dieses heute genannt wird.). Und das obwohl zu diesem Zeitpunkt noch keine gesamtdeutsche Regierung und auch kein gesamtdeutscher Gesetzgeber bestand und daher eine solche Abtretung staatsrechtlich irrelevant ist, zumal ja auch die Bundesrepublik Deutschland nicht identisch mit dem Deutschen Reich war und ist, das nach wie vor besteht.
Zu einer völkerrechtlich gültigen Abtretung fehlt ihr daher jede Rechtsgrundlage: Ich kann und darf nicht rechtsgültig das Grundstück meines Nachbarn an Fremde abtreten.
Das wäre rechtsunwirksam.

4. 4. Noch deutlicher als im Einigungsvertrag kommt diese gewollte Abtretung im "Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland", im sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag, zum Ausdruck, der am 12. September 1990 von der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und den vier Hauptsiegermächten in Moskau abgeschlossen wurde.
In Artikel 1 dieses Vertrages wird auf jeden künftigen Gebietsanspruch Deutschlands anderen Mächten gegenüber verzichtet, ohne daß dafür eine Rechtsgrundlage welcher Art auch immer für die Bundesrepublik Deutschland vorhanden war.
In diesem Artikel werden auch die deutschen Ostgebiete nicht mehr als deutsches Staatsgebiet aufgeführt.
5. 5. Trotz dieser entscheidend deutlichen Völkerrechtsgrundlage muß die Bundesrepublik Deutschland aber in jedem Fall Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes berücksichtigen.
Zu diesem dort genannten Recht gehört auch das Völkerrecht nach Artikel 25 Grundgesetz das nach dieser Bestimmung sogar dem Bundesrecht im Rang vorgeht.
Nach diesem allgemeinen Völkerrecht ergibt sich aber eine andere allgemeine Völkerrechtsgrundlage Gesamtdeutschlands. Sie gestaltet sich wie folgt:
6. 6. Die Ostgebiete des Deutschen Reiches jenseits von Oder und Neiße sind zum größten Teil von Polen, zu einem kleineren Teil in Nord-Ostpreußen von der Sowjetunion 1945 annektiert worden. Hierin ist der litauisch annektierte Teil eingeschlossen.
Die Annexion, die in ihrem Wesen immer eine Aggression ist, wird jedoch größtenteils seit der sog. Simson-Doktrin von 1932 als völkerrechtlich unzulässig angesehen.
Nach dieser Doktrin soll ein gewaltsamer Gebietserwerb auch nicht völkerrechtlich anerkannt werden. Andernfalls wäre der Briand-Kellogg-Pakt von 1928, der den Angriffskrieg, wie jede Aggression, ächtet, unwirksam geworden.
Für die reine kriegsmäßige Besetzung, die als solche nur in einem Krieg zulässig ist, gilt jedoch nach wie vor die Haager Landkriegsordnung von 1907 und für das Verhältnis der Besatzungsmacht zum besetzten Feindstaat die Bestimmung des Artikels 45 der Haager Landkriegsordnung (Beachtung der Landesgesetze), des Artikels 46 der Haager Landkriegsordnung (Schutz des Privateigentums), des Artikels 47 der Haager Landkriegsordnung (Verbot der Plünderung), sowie des Artikels 53 der Haager Landkriegsordnung (Beschlagnahme von Eigentum stets nur während der Besetzung).
7. Diese bereits bestehende spezielle Völkerrechtsgrundlage wird jetzt nochmals neu formuliert durch die Resolution 242 des Sicherheitsrates der UNO vom 22. November 1967.
Danach darf fremdes Staatsgebiet immer nur vorübergehend, aber nicht auf Dauer besetzt gehalten werden.
Diese Besetzung ist daher auch niemals ein anerkannter Völkerrechtsgrund für einen Gebietserwerb auf Dauer.
8. 8. Dazu kommt auch noch, daß nach dem Grundgesetz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker jedes Volk das Recht hat, auf einem angestammten Gebiet in äußerer und innerer Freiheit zu leben.
Soweit dieses Recht nicht gewährleistet worden sein sollte, besteht ein entsprechend völkerrechtlich begründeter Anspruch gegen jede behindernde fremde Macht.
Das gilt natürlich auch für deutsche Verhältnisse.
9. 9. Diese allgemeine völkerrechtliche Grundlage findet jetzt auch in einem grundlegenden internationalen Vertrag Anwendung.
So ist nach Artikel 53 der Konvention über das Recht der Verträge, die am 23. Mai 1969 in Wien unterzeichnet wurde und deren Partei die Bundesrepublik Deutschland seit dem 20. August 1967 ist, ein internationaler Vertrag nichtig, wenn er zur Zeit des Abschlusses mit einer zwingenden Norm des Völkerrechts in Widerspruch steht. Dafür kommt in Betracht:
a) Die Anerkennung einer Annexion als Rechtsgrund' für das ständige Inbesitznehmen frem-

den Staatsgebietes,
b) die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker,
c) das Verbot durch Krieg Gebiete auf Dauer zu erwerben,
d) fehlende Verfügungsbefugnis und Bedürfnis des ein Gebiet abtretenden Staates über dieses Gebiet.
10. 10. Dazu ist zu a) und b) festzustellen:
a) Die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße sind zweifellos annektiert worden. Eine solche Annexion soll durch den Grenzanerkennungsvertrag mit Polen vom 14. November 1990 durch dessen folgende Ratifikation abgeschlossen werden und "Recht" begründen.
Entsprechend verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland auch in Artikel 2 des deutsch-sowjetischen Vertrages über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit vom 9. November 1990, künftig keine Gebietsansprüche künftig mehr gelten zu machen.
b) Eine solche Annexion ist aber niemals ein völkerrechtlicher Grund für einen dauerhaften Erwerb aller deutschen Ostgebiete durch die polnische und sowjetische Annexion und Okkupation.
11. 11. Jede Vereinbarung, die die von Polen und der Sowjetunion annektierten deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße betrifft, ist somit zunächst in diesen beiden Punkten eine Verletzung von Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention. Rechtsfolge könnte daher von jeder Bundesregierung, die der jetzigen folgt, den Okkupationsmächten gegenüber geltend gemacht werden.
Daher kann eine solche Vereinbarung nicht dem Frieden in Europa auf Dauer dienen. Denn dieser völkerrechtlich begründete Rechtsanspruch nach der UNO-Konvention vom 22. November 1967 ist unverjährbar und unverzichtbar nach Artikel 8, Abs. 4 der Genfer Konvention von 1949. Die Geltendmachung solcher Ansprüche gegen Polen und Rußland ist völkerrechtlich daher jederzeit zulässig.
12. 12. Darüber hinaus ergibt sich ebenfalls aus dem allgemeinen Recht der internationalen Verträge ein weiterer Rechtsgrund, dessen Nichtbeachtung gleichfalls zur Nichtigkeit im Sinne von Artikel 57 der Wiener Vertragskonvention von jeder entsprechenden völkerrechtlichen Vereinbarung führt, mit der die Bundesrepublik Deutschland die von Polen und der Sowjetunion annektierten Gebiete des Deutschen Reiches jenseits von Oder und Neiße an die beiden Okkupationsmächte abtreten wollte und würde.
Wenn ein solcher Abtretungsvertrag völkerrechtswirksam sein sollte, muß die Bundesrepublik Deutschland vorerst einmal über die abzutretenden Gebiete auch völkerrechtlich überhaupt abtretungs- und damit verfügungsberechtigt gewesen sein.
Das war jedoch zu keinem Zeitpunkt jemals der Fall, denn das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erstreckte sich nie über Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße.
13. 13. Denn unstreitig ist die Bundesrepublik Deutschland jedenfalls vor der Annexion der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße über diese Gebiete schon damals nicht völkerrechtlich befugt gewesen, weil sie zum Zeitpunkt der Annexion gar nicht bestand.
Sie ist aber auch nachträglich nicht völkerrechtlich verfügungsberechtigt geworden.
Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes in dieser Sache über den Fortbestand des Deutschen Reiches, das als solches allein völkerrechtlich verfügungsberechtigt über seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße ist, ist es auch bis heute nicht untergegangen. Doch ist es als solches auch heute noch nicht einmal völkerrechtlich handlungsfähig.
14. 14. Da es nicht untergegangen ist, kann auch die Bundesrepublik Deutschland nicht etwa der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches sein.
Im Namen des Deutschen Reiches kann sie allenfalls völkerrechtlich gültig tätig werden, soweit sie mit diesem Reich zumindest teilidentisch ist.
a) Das ist sie hinsichtlich Westdeutschland.

Sie konnte also in diesem Namen etwa kleine Gebietsteilchen an den westlichen Grenzen an Holland und Belgien abtreten. Doch selbst dafür hatte sie gar keine entsprechende Vollmacht.
b) Das ist sie jetzt auch hinsichtlich des Gebietes, das die frühere DDR als Mitteldeutschland innehatte und zwar seit dem 3. Oktober 1990. Auch hierfür würde aber eine entsprechende Abtretungsvollmacht fehlen.
c) Das ist sie bis heute aber nicht hinsichtlich der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße.
Die Wiedervereinigung hat durch Einigungsvertrag nämlich ebenso wie durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag ausdrücklich nur für Westdeutschland und Mitteldeutschland stattgefunden.
Auch der Untergang des Deutschen Reiches ist bisher noch durch kein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt worden.
Für seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße bleibt daher auch allein das Deutsche Reich verfügungsberechtigt. Doch ist es völkerrechtlich nicht handlungsfähig und kann daher schon aus diesem Rechtsgrund kein Gebiet völkerrechtlich zulässig abtreten.
15. 15. Demzufolge hat die Bundesrepublik Deutschland mit dem deutsch-polnischen "Grenzanerkennungsvertrag" vom 14. November 1990 deutsche Gebiete abgetreten, die abzutreten sie weder staats- noch völkerrechtlich die Möglichkeit und daher auch nicht die Befugnis hatte, da sie niemals die Territorialgewalt über diese Ostgebiete ausübte.
Die Wiener Vertragsrechtskonvention kennt zwar keine ausdrückliche Bestimmung, wonach ein Vertrag, der eine unmögliche Leistung zum Gegenstand hat, nichtig ist. Doch gilt auch hier der alte Rechtssatz: Es gibt keine Verpflichtung zu etwas Unmöglichem. Dieser allgemeine Rechtssatz ist sicherlich zwingende Norm des Völkerrechts.
Daher ist der Vertrag vom 14. November 1990, der Ostdeutschland an Polen abtritt, nach Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention nichtig, weil er eine Leistung verspricht, die keiner der Beteiligten erbringen kann.
a) Die Bundesrepublik Deutschland nicht, weil sie über dieses Gebiet völkerrechtlich nicht verfügungsberechtigt ist.
b) Das Deutsche Reich nicht, weil es zwar die Territorialhoheit über seine Ostgebiete hatte und daher insoweit völkerrechtlich auch verfügungsberechtigt gewesen wäre, es aber zur Zeit nicht kann, weil es völkerrechtlich nicht handlungsfähig ist.
16. 16. Die Übertragung der territorialen Souveränität über die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße von Seiten des Deutschen Reiches als dem einzigen Inhaber der Souveränität auf Polen, die Sowjetunion und Litauen ist schließlich auch nicht etwa aus dem Gesichtspunkt einer "normativen Kraft des Faktischen" denkbar, zulässig oder völkerrechtlich gültig. Tatsachen allein können nämlich niemals Recht schaffen.
17. Die "normative Kraft des Faktischen" wird vielmehr nach allgemeinem Recht erst dann zu wirksamem Recht, wenn sich diese Tatsachen auch dem entsprechenden Rechtstitel anschließen. Dieses wiederum ergibt sich aus der allgemeinen Tendenz des Menschen, Gegebenes und Geübtes zur Norm, zum "Normalen" zu erheben.
Nur wenn bereits bestehende Tatsachen also durch diese menschliche Grundtendenz als Rechtsüberzeugung oder Rechtsbewußtsein "gerechtfertigt" werden, können solche Tatsachen auch als autoritäres Gebot des Gemeinwesens, also als "Rechtsnorm" anerkannt werden.
18. Denn nach Gustav Radbruch ("Rechtsphilosophie", 1956) ist die "Normativität der Tatsachen" ein Paradoxon: Aus einem Sein allein kann nie ein Sollen entspringen.
Ein Faktum wie die Anschauung einer bestimmten Zeitepoche kann nur normativ werden, wenn eine Norm ihm diese Normativität beigelegt hat. Eine solche Norm ihrerseits kann aber wieder nur durch Anerkennung als Rechtsnorm entstehen. Nichts anderes besagt auch die von Georg Jellinek (Allgemeine Staatsrechtslehre, 1900) erstmals entwickelte Lehre von der "normativen Kraft des Faktischen".

19. 19. Solange die hier geschilderte Völkerrechtslage nicht völkerrechtsgemäß staats- und verfassungsrechtlich geklärt ist, verbleibt es im übrigen auch noch beim Fortbestand des Deutschen Reiches, und zwar auf der Rechtsgrundlage der entsprechenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes.
So ist in der Folge etwa Artikel 1 des "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 29. September 1990 schon insoweit völkerrechtswidrig und damit nichtig nach Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention, als er für Gesamtdeutschland auf jeden künftigen Gebietsanspruch verzichtet.
Solange das Deutsche Reich noch besteht, kann die Bundesrepublik Deutschland nicht auf Ansprüche verzichten, Gebiete von den Okkupationsmächten zurückzubekommen, über die jedenfalls die Bundesrepublik Deutschland niemals verfügungsberechtigt war, da sie darüber niemals irgendeine Territorialgewalt hatte. Und die dazu noch völkerrechtwidrig erlangt wurde.
Auch eine solche Nichtigkeit kann daher jede zukünftige Bundesregierung zu jeder Zeit gegen eine polnische und russische (und litauische) Okkupationsmacht geltend machen.
20. Außerdem besteht bis heute noch kein Friedensvertrag mit Deutschland, da entgegen einer weit verbreiteten Meinung der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag noch kein solcher Friedensvertrag ist: Er wurde nämlich nicht von Deutschland, sondern nur von der Bundesrepublik Deutschland unterschrieben.
Das ist aber noch nicht Deutschland, sondern nur ein Teil Deutschlands. Ein Teil kann aber nicht für das ganze Deutschland unterschreiben, wenn er dazu gar keine ausdrückliche Vollmacht hat.
Diese Rechtsgrundlage kann wiederum jederzeit von aktueller Bedeutung werden, wenn gerade persönliche Ansprüche gegen die Bundesregierung in einem solchen Rahmen geltend gemacht werden. Auch sind solche Ansprüche nicht etwa an irgendeine Frist gebunden.
III
1. 1. Die hier geschilderte Völkerrechtslage Gesamtdeutschlands nach dem 3. Oktober 1990 ist trotz aller entsprechenden "völkerrechtlichen" Verträge, die auf Ostdeutschland jenseits Oder und Neiße verzichten wollen und sollen, daher niemals eine Grundlage für einen dauerhaften Frieden in der Welt und in Europa:
a) Eine solche andere Entwicklung zeigt sich nämlich jetzt gerade am Beispiel Karelien: Finnland mußte nach zwei verlorenen Kriegen im Friedensvertrag von 1947 insgesamt 25.000 qkm in Karelien an die Sowjetunion abtreten. Dennoch wurde im Januar 1991 im Reichstag in Helsinki bereits unmißverständlich die finnische Regierung aufgefordert, die möglichst umgehende Rückgabe dieser Gebiete von Rußland zu fordern und auch gleich praktisch einzuleiten.
Zwar entgegnete die Regierung, es läge "nicht in unserem Interesse", die Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Rußland in Frage zu stellen. Doch kein Finne glaubt jetzt noch ernsthaft, daß schon das letzte Wort Finnlands hierzu gesprochen sein sollte. Denn nach einer Umfrage sind bereits 47 % der Bevölkerung Finnlands der Meinung, daß solche Gebietsverhandlungen nunmehr umgehend einsetzen sollten.
b) Gleiche Gebietsstreitigkeiten gibt es auch hinsichtlich der japanischen Inselkette der Kurilen für die dortigen Inseln Habomei, Kunashiri, Shikotan und Iturup. Japan denkt nicht daran, einer Abtretung dieser nur kleinen Inseln, die die Sowjetunion 1945 annektierte, zuzustimmen.
c) "Friedensbedingungen anderer Art" hat bisher nur die Bundesrepublik Deutschland angeboten, nämlich entschädigungslosen Territorialverzicht von Gebieten, die über 700 Jahre rein deutsch waren, bis ihre Bevölkerung von dort gewaltsam vertrieben wurde, was nicht ohne unzählige Tötungen abging.
2. 2. Wie hier dargestellt, ist es aber dennoch mehr als fraglich, ob ein solches Anerbieten

denn überhaupt einem solchen "dauerhaften Frieden" dienen könnte, der damit angestrebt werden soll. Würde es wirklich einem "Quousque tandem?" (Wie lange noch?) der Geschichte standhalten? Das jedoch könnte - wie beide Beispiele aufzeigen - jederzeit geltend gemacht werden. Denn es spricht auch alles dafür, daß das, was nicht gerecht geregelt war, nicht auf Dauer bestehen kann.
3. 3. Mithin muß für die Neufassung des Grundgesetzes - oder besser einer richtigen Verfassung - für Deutschland im Rahmen des nach wie vor geltenden Artikel 146 GG von der hier geschilderten Rechtslage des allgemeinen öffentlichen Rechts, also des Völkerrechts und des deutschen Staatsrechts, ausgegangen werden.
Einklagen kann jeder Staat diese Rechtslage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, vor dem nur Staaten auftreten dürfen.
Ein Staat, der gegen das Deutsche Reich etwa Rechtsansprüche zu haben glaubt, die sich aus der Zeit des sogenannten Zweiten Weltkrieges ergeben könnten, kann sich jederzeit deswegen an das Deutsche Reich wenden, nicht aber an die Bundesrepublik Deutschland, die niemals Kriege geführt hat und die auch nicht der gegenwärtige oder der künftige Rechtsnachfolger des ja noch immer bestehenden Deutschen Reiches ist.
4. 4. Fremde Staaten können die gegenwärtige Völkerrechtslage von Gebieten wie das Sudetenland, Danzig oder Memel vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag einklagen, wo sie Recht bekommen werden.
5. 5. Es bleibt noch heute die Sache eines fremden Staates, ob die gegenwärtigen Grenzen Deutschlands die vom 31. Dezember 1937 sein sollten, wie das die Alliierten in ihrer Berliner Erklärung von 1945 behaupten oder ob sich das neue Deutschland in seinen Grenzen vom 31. August 1939 erstreckt, in denen das Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes immerhin berücksichtigt wurde.
Nur die Berücksichtigung dieser Völkerrechtslage allein könnte einen zukünftigen Frieden wirkungsvoll stabilisieren, da auch der von Versailles 1919 nur die Grundlage für einen neuen Weltkrieg geboren hatte. Warum sollte ein künftiger Friedensvertrag wieder solche Folgen haben müssen?
"Nichts ist geregelt, was nicht auch gerecht geregelt wurde" (Abraham Lincoln).<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2022) im Sondermagazin Geschichte Nr. 17 über polnische Reparationsforderungen und die von Polen und Rußland verwalteten deutschen Ostgebiete (x368/8-11,14): >>**Die Schatten der Vergangenheit**
_ von *Daniell Pföhringer und Sven Reuth*
Mit seiner Forderung nach astronomisch hohen Reparationszahlungen streut Warschau Salz in eine anscheinend immer noch offene Wunde. Seine eigenen Verbrechen blendet Polen dabei aus.
Das Datum hätte kaum symbolträchtiger sein können: Genau am 3. Oktober 2022, dem Tag der Deutschen Einheit, unterzeichnete Polens Außenminister Zbigniew Rau jene diplomatische Note an das Berliner Auswärtige Amt, mit dem das Weichselland seine exorbitant hohe Reparationsforderung von umgerechnet 1,3 Billionen - ein Vielfaches des Bundeshaushaltes - hochoffiziell an Deutschland gestellt hat. Nach Ansicht Warschaus sollen damit die materiellen und immateriellen Schäden, die Polen durch den Zweiten Weltkrieg und die deutsche Besatzung erlitten habe, kompensiert werden.
In dem von Rau unterzeichneten Dokument ist allerdings nicht von Reparationen die Rede, sondern von "Entschädigung". Dieser Begriff sei "sehr viel weiter gefaßt und umfaßt sowohl Reparationen im völkerrechtlichen Sinne als auch andere Ansprüche, die in der Note beschrieben werden", so die Begründung Warschaus.

Die deutschen Verluste

Die konservative PiS-Regierung in Warschau stellt solche Forderungen schon seit Jahren.

Neu ist die konkrete Bezifferung der geforderten Summe, die eine Kommission des polnischen Parlaments in einem Gutachten errechnet hat, das - nicht minder symbolträchtig - am 1. September 2022, also zum Jahrestag des deutschen Einmarsches 1939, vorgestellt worden war.

Man kann es nur als dreist bezeichnen, daß in dem Papier die Provinzen Pommern, Schlesien, Ostbrandenburg und das südliche Ostpreußen - also jene früheren deutschen Ostgebiete, die sich Polen nach 1945 einverleibte - mit keiner Silbe erwähnt werden. Die Annexion von gut einem Fünftel des Reichsgebiets von 1937 soll also keinerlei Wert besessen haben? Weder die Kohlebergwerke in Schlesien noch die Seen und Wälder Ostpreußens noch die hunderttausenden von Fabriken und Immobilien, die man in Besitz nehmen konnte?

Ein näherer Blick auf die Provinzen macht deutlich, wie absurd die Reparationsforderungen Warschaus sind - und zeigt, wie schlecht Polen dastünde, machte man eine Gegenrechnung auf. Wie schon nach dem Ersten Weltkrieg, als das ostoberschlesische Industrierevier Polen zugeschlagen wurde, verlor Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mit Schlesien - neben den Bodenschätzen (Steinkohle, Braunkohle, Kaolin, Granit, Magnesit, Nickel, Basalt, Zink- und Bleierze) - hochwertige Produktionsanlagen für Waggons, Kessel, Werkzeug, Kraftmaschinen, Armaturen und Instrumente. Die Vermögensverluste in der Land- und Fischereiwirtschaft in Pommern oder Ostpreußen waren ebenfalls gigantisch.

Die Gesamtfläche der größtenteils an Polen abgetretenen Ostgebiete beträgt 137.497 Quadratkilometer oder 13.749.700 Hektar. Bei einer Bodennutzungsgebühr von jährlich nur zehn Euro je Hektar ergäbe dies die ungeheure Summe von 137.497.000 Euro. Berechnet auf 70 Jahre würde sich diese imaginäre Pachtschuld ohne Zins und Zinseszins auf über 9,6 Billionen Euro belaufen. Natürlich könnte man nun einwenden, daß große Flächen davon mit Sümpfen oder Sandböden bedeckt sind.

Auf der anderen Seite sind die wertvollen Industrieanlagen und Kulturdenkmäler, die verloren gingen, in dieser Rechnung noch nicht einmal berücksichtigt. Allein der kulturelle Gesamtwert der Gebiete beträgt Schätzungen zufolge mindestens 3,9 Billionen Euro. Warum also noch Reparationen? Zumal Polen seit den 1970er Jahren von Deutschland schon mehrere Milliarden an Krediten und Entschädigungszahlungen erhalten hat.

Die Rückgabe deutscher Kulturgüter, die sich seit dem Zweiten Weltkrieg in polnischer Hand befinden, wird von Warschau übrigens schon seit vielen Jahren unter immer neuen Vorwänden abgelehnt. Professor Wojciech Kowalski, der lange Zeit als polnischer Verhandlungsführer mit dieser Sache betraut war, begründete dies 2007 im Interview mit der *Taz* wie folgt: "Mit Raub- und Beutekunst sind Kulturgüter gemeint, die Aggressoren oder Okkupanten im Krieg aus fremden Territorien abtransportieren, obwohl die Haager Landkriegsordnung von 1907 dies verbietet. Wir aber haben 1945 nach der Westverschiebung Polens durch die Alliierten die deutschen Kulturgüter in den ehemaligen deutschen Ostgebieten vorgefunden. Das ist ein Unterschied."

Die Beethoven-Partituren und Goethe-Briefe beispielsweise, die seit 1945 in der Jagiellonischen Bibliothek in Krakau liegen, sind also nur durch einen Zufall auf polnischem Gebiet gelandet? Wohlgemerkt: Hierbei handelt es sich um Bestände der alten Preußischen Staatsbibliothek, die im Zweiten Weltkrieg zum Schutz vor alliierten Bomben von Berlin ins schlesische Kloster Grüssau ausgelagert wurden.

Die von dort nach Krakau verbrachten Archivalien umfassen rund 300.000 Bände, darunter wertvolle mittelalterliche Handschriften, Autografen Martin Luthers und Goethes, die Doktorarbeit Friedrich Schillers und nicht zuletzt einzigartige Musikalien wie die Partituren der meisten Beethoven- und Mozart-Werke. Sogar die Originalhandschrift vom "Lied der Deutschen"

von Hoffmann von Fallersleben gehört zu der Sammlung, deren Existenz bis 1977 von polnischer Seite schlichtweg geleugnet wurde. Gespräche darüber sind aus Sicht Warschaus zwecklos - oder wie es Kowalski formuliert: "Wir wiederholen, daß die deutschen Kulturgüter mit der Grenzverschiebung 1945 in unser Eigentum übergegangen sind und wir den Deutschen daher nichts gestohlen haben."

Das Verhängnis von Versailles

Daß Berlin seine Interessen gegenüber Warschau nicht selbstbewußt vertritt und auch in der Reparationsfrage nur schmallippig auf Polens Verzichtserklärung von 1953 sowie den Zwei-plus-vier-Vertrag von 1990 verweist, liegt in der üblichen Rollenzuschreibung begründet: Die Deutschen waren im vergangenen Jahrhundert stets Täter, die Polen immer nur Opfer. Doch ein Blick in die Geschichtsbücher verdeutlicht, daß dies so nicht zutrifft.

So beendeten das Deutsche Kaiserreich und Österreich-Ungarn während des Ersten Weltkriegs die zuvor 121 Jahre währende Ära der fehlenden polnischen Eigenstaatlichkeit. Im Namen Wilhelms II. und Franz Josephs verlasen der deutsche und der österreichische Generalgouverneur am 5. November 1916 eine gemeinsame Proklamation der beiden Monarchen. Diese bestimmte die Schaffung eines "Polnischen Königreichs", das "aus den der russischen Herrschaft entrissenen Gebieten" gebildet wurde.

Als sich im Herbst 1918 die Niederlage der Mittelmächte immer deutlicher abzeichnete, veränderte sich die Lage: Am 11. November, dem heutigen polnischen Nationalfeiertag, legte der noch von den Deutschen geschaffene Regentschaftsrat die Macht in die Hände von Jozef Pilsudski. Dieser verfolgte in den 17 Jahren bis zu seinem Tod ein großpolnisches Programm, für das er auch Kriege in Kauf zu nehmen bereit war.

Bedauerlicherweise begann nun eine Periode der Feindschaft zwischen Deutschen und Polen. Dies hatte nicht zuletzt damit zu tun, daß Roman Dmowski, der Leiter der polnischen Delegation bei den Verhandlungen in Versailles, ein fanatischer Germanophober war. Er bemühte sich, seit Jahrhunderten deutsch besiedelte Gebiete seinem Land einzuverleiben - was ihm mit einer Fülle gefälschter Bevölkerungsstatistiken und Karten dann auch gelang.

Mit drei Aufständen in Oberschlesien versuchte die polnische Untergrundarmee POW, die Verhältnisse weiter zu ihren Gunsten zu verändern. Die deutsche Minderheit im neuen Staat wurde massiven Repressionen ausgesetzt - und sogar in Lager gesperrt. In Warschau akzeptierte man aber auch die in Versailles festgelegte Ostgrenze nicht, was zwischen 1919 und 1921 zu Kriegen mit Sowjetrußland und Litauen führte.

Doch schon 1920 überschlugen sich die Ereignisse. Im Mai eroberten die polnischen Armeen erst die ukrainische Hauptstadt Kiew, um dann von sowjetischen Truppen hunderte von Kilometer weit nach Westen zurückgeworfen zu werden. Die Russen standen kurz vor Warschau, und Lenin träumte im Kreml schon von der Vollendung der Weltrevolution. Pilsudski gelang im August 1920 mit einer Zangenbewegung in letzter Sekunde dann aber doch noch die Einkesselung des Gegners und vollbrachte das sogenannte Wunder an der Weichsel.

"Appetit einer Hyäne"

Es folgte eine zweite polnische Erfolgsphase, die allerdings mit äußerst problematischen Konsequenzen verbunden war. Im Osten eroberte der junge Staat weite Gebiete, die mehrheitlich von Weißrussen, Ukrainern, Litauern, Slowaken oder Juden besiedelt waren. Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Riga 1921 konnte sich die Regierung in Warschau die im Krieg gewonnenen Eroberungen sichern. Metropolen wie die heutige litauische Hauptstadt Wilna oder die galizische Kapitale Lemberg fielen an die neue Polnische Republik.

In Moskau hingegen empfand man die Abmachung als Diktat. 24 Jahre später holte sich der sowjetische Diktator Josef Stalin, der sich seinerzeit auf dem Gipfel seiner Macht befand, die Gebiete zurück, die der westliche Nachbar an sich gerissen hatte. Letzterer wurde dafür mit den deutschen Ostgebieten quasi entschädigt. Bereits in der Zwischenkriegszeit blieb War-

schaus Kurs weiterhin expansiv. Nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938 verleibte man sich das Teschener Gebiet ein. Winston Churchill bemerkte in seinen Memoiren, der Weichselstaat habe sich damals mit "dem Appetit einer Hyäne" an der Aufteilung des mitteleuropäischen Landes beteiligt.
Im Jahr 1939 geriet Polen dann ins Visier von Adolf Hitler. Die Regierung in Warschau hatte dabei wesentlich zur Eskalation der Situation beigetragen. Zu nennen sind hier der fehlende Schutz der deutschen Minderheit wie auch die wirtschaftliche Abschnürung der von einem Völkerbund-Kommissar verwalteten Freien Stadt Danzig in den Monaten vor Kriegsbeginn. Die Wehrmacht benötigte nur fünf Wochen, um das Nachbarland im Osten niederzuwerfen. Es folgte nun deutscherseits eine sowohl verbrecherische als auch politisch unsäglich dumme Besatzungspolitik, nachdem Hitler Überlegungen für den möglichen Fortbestand eines polnischen Rumpfstaates fallengelassen hatte.
Auch im Osten des Landes, in den die Rote Armee einmarschiert war, herrschte breitflächiger Terror. Es gab zahlreiche Verhaftungen, Deportierungen und Erschießungen, an denen insbesondere der sowjetische Geheimdienst NKWD beteiligt war. Das zunächst den Deutschen in die Schuhe geschobene Massaker von Katyn 1940 wurde zum traurigen Symbol für diese Vernichtungsaktionen, die an verschiedenen Orten in Westrußland, der Ukraine und in Weißrußland ihren schrecklichen Höhepunkt fanden. Es traf die vormaligen Eliten der Polnischen Republik - Offiziere, Polizisten, Beamte, Lehrer, Gutsbesitzer.
Erstaunlicherweise erhebt Polen wegen dieser Massenmorde keinerlei Reparationsforderungen. Der große starke Mann der polnischen Politik, der Vorsitzende der PiS-Partei und ehemalige Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski, begründet dies damit, daß Rußland im Gegensatz zu Deutschland kein Rechtsstaat sei. Eine mindestens ebenso große Rolle dürfte wohl spielen, daß man die selbst verschuldete Erpreßbarkeit, die im Berliner Regierungsviertel grassiert, in Moskau vergeblich sucht. Putin dürfte etwaige Rechnungen, die in Warschau mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg aufgemacht würden, schlichtweg ignorieren.
Am 13. Januar 1945 begann schließlich die Ostpreußen-Offensive der Roten Armee. Nur knapp vier Monate später standen die Sowjets schon in Berlin.
In den von Stalins Truppen überrollten Provinzen herrschte die Hölle auf Erden. Heute ist kaum mehr bekannt, daß auch die Institutionen des neuen polnischen Staates - unter der von der frischgebackenen Besatzungsmacht eingesetzten sogenannten Lubliner Regierung - schwere Verbrechen begingen.
In seinem Buch *Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland* berichtet der Historiker Hubertus Knabe, daß sowohl deutsche KZs (darunter auch Auschwitz) als auch Lager des NKWD von den gerade erst geschaffenen polnischen Organen weitergeführt wurden - nur daß diese "jetzt nicht mehr polnische Zwangsarbeiter, sondern Deutsche faßten". Und weiter: "Die brutale Ausbeutung der Gefangenen bei unzureichender Verpflegung, fehlender Hygiene und mangelhafter Bekleidung führte dazu, daß sie bald völlig entkräftet waren und regelrecht dahinsiechten."
Auf der Potsdamer Konferenz der Siegermächte im Sommer 1945 wurde der Großteil der deutschen Provinzen östlich der Flüsse Oder und Neiße - mit Ausnahme vom nördlichen Ostpreußen, das an die Sowjetunion fiel - unter polnische Verwaltung gestellt. Darüber hinaus und ohne jede vertragliche Grundlage besetzten Freischärler auch noch das westlich der Oder gelegene Stettin und gliederten eine der zuvor wichtigsten deutschen Hafenstädte ebenfalls ihrem Staat an.

Wahrheit und Recht

Nachdem deutsche Politiker in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch Ansprüche auf die Ostgebiete erhoben hatten, verzichtete man zunächst in der Brandt-Ära und dann endgültig im Zwei-plus-vier-Vertrag auf die 14 Millionen Hektar deutschen Landes. Warschau zeigte sich

jedoch alles andere als dankbar und überzog Berlin mit immer neuen Forderungen.
Das Vertreibungs- und das Annexionsverbot nehmen im Völkerrecht eine herausragende, international anerkannte Stellung ein. Ziel der diesbezüglichen Regelungen ist es, Vorgänge, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg abgespielt haben, unmöglich zu machen. Schon die Haager Landkriegsordnung von 1907 bestimmte in Artikel 43, daß jede Besatzungsmacht die Landesgesetze des von ihr okkupierten Gebietes beachten muß, die dort ansässige Bevölkerung nicht ihres Eigentums beraubt werden und diese nicht wegen Handlungen Einzelner bestraft werden darf. Seither sind das völkerrechtliche Vertreibungs- und Annexionsverbot immer wieder kodifiziert worden.
Auf der Tagung des Institut de Droit International in Siena 1952 meinte nur der Pole Bohdan Winiarski, daß Umsiedlungsverträge durch "höhere Interessen des internationalen Friedens" zu rechtfertigen seien. Andere Völkerrechtler verwarfen diese der polnischen Interessenlage entspringende Auffassung.
Der Belgier Georges Scelle beispielsweise stellte in Siena klar heraus: "Jeder Bevölkerungstransfer stellt eine Verletzung der neuzeitlichen internationalen Ethik dar, die die vorrangige Grundlage der internationalen Rechtsordnung ist. Jeder Massentransfer stellt eine Gewaltanwendung dar, die den allgemeinen Rechtsgrundsätzen widerspricht, ganz gleich, ob es sich um einen innerstaatlichen oder zwischenstaatlichen Transfer handelt."
Es ist unbestritten, daß während der NS-Zeit schwerste Verbrechen begangen wurden, auch an Polen. Daraus haben die Deutschen ihre Schlüsse gezogen. Polen indes lehnt es bis heute ab, die menschenrechtlichen Konsequenzen aus den Verbrechen, die vor allem im Zuge der Vertreibung begangen wurden, zu ziehen. Eines Tages muß es und wird es zwischen Polen und Deutschen zu einem Ausgleich kommen, für den - das darf man nicht verschweigen - nicht wenige polnische Persönlichkeiten immer wieder eintraten.
Doch noch immer ist die politische Führung in Warschau weit davon entfernt, das ungesühnte Unrecht an den Deutschen und den Angehörigen anderer Völker anzuerkennen oder gar wiedergutzumachen. Uneinsichtigkeit und Kompromißlosigkeit können aber nie das Fundament einer wirklichen Verständigung sein, sondern nur Wahrheit und Recht.

Größenwahn

"Im polnischen Bewußtsein unserer geschichtlichen Beziehungen zu den Deutschen sind eine Menge Mythen und falscher Bilder entstanden, die im Namen der Wahrheit und zum Zwecke eigener Gesundung einmal von Lügen gereinigt werden müssen: falsche Vorstellungen von der eigenen Geschichte sind eine Krankheit der Seele der Nation, sie dienen hauptsächlich der Fremdenfeindlichkeit und dem nationalen Größenwahn." (Der polnische Publizist und Dissident Jan Jozef Lipski in seinem Essay "Zwei Vaterländer - zwei Patriotismen", 1981)<<
M. Spanehl berichtet später über die sogenannte Einheit Mittel- und Westdeutschlands (x916/…): >>**Die Zerstörung der Deutschen Volksidentität**
Wer glaubte, mit der Einheit Mittel- und Westdeutschlands sei das Überleben und die Zukunft des deutschen Volkes gesichert und damit die große nationale Aufgabe erfüllt, hat sich schlimm getäuscht.
Das Grundgesetz der "BRD" wurde seinerzeit von den Gründungsvätern nur als Provisorium geführt. Vollendet werden sollte es in freier Selbstentscheidung durch eine gesamtdeutsche - demokratisch konstituierende - "Volksversammlung". Dann sollte ein **Friedensvertrag** angestrebt werden.
Statt dessen kam das 2 + 4 - Diktat und später Maastricht, wo seitens unserer Regierung der Rest an deutscher Souveränität verspielt wurde. Unsere Volkssouveränität wurde in allen Belangen preisgegeben. Die Entscheidungsbefugnis über unsere ureigensten Angelegenheiten und die Verfügungsgewalt wurde fast vollständig auf eine anonyme Brüsseler Behörde übertragen. Von dem damaligen Kanzler Kohl wurde das als irreversibel erklärt, also nicht um-

kehrbar. Das ist schlicht Volksverdummung. Was nutzt denn ein "Deutschland einig Vaterland", wenn man aus ihm ein multikulturelles Einwanderungsland mit einem multirassischen Bevölkerungsmischmasch machen will, in dem alles Deutsche untergeht?
Die Politik, die Massenmedien und die Straße werden von denen beherrscht, die unser Volk ummodeln wollen. Sie scheren sich einen Dreck um den Willen von über 90 Prozent aller Deutschen. Im Gegenteil: Sie greifen zu immer dreisteren, hysterischen und primitiven Mitteln, um jedes gesunde Empfinden als unanständig zu brandmarken.
Das **Bundesverfassungsgericht** führte in seinem Beschluß vom 21. Oktober 1987, dem sogenannten Teso-Urteil, aus: "Es war die politische Grundsatzentscheidung des Parlamentarischen Rates, nicht einen neuen Staat zu errichten, sondern das Grundgesetz (GG) als Reorganisation eines Teilbereiches des deutschen Staates … zu begreifen. Das Festhalten … an der bisherigen Identität des Staatsvolkes des deutschen Staates ist normativer Ausdruck … dieser Grundentscheidung … Der Senat hat aus dem Wiedervereinigungsgebot … auch ein Wahrungsgebot abgeleitet, alles zu unterlassen, was die Vereinigung vereiteln würde … Aus dem Wahrungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten."
Schon aus Artikel 79 GG ergibt sich, daß das in Artikel 1 GG bezeichnete deutsche Volk, nicht die Bevölkerung, nicht die Be- oder Einwohner, sondern ausdrücklich das deutsche Volk - und sein Staatswesen nach Artikel 20 GG zu wahren sind und selbst durch Grundgesetzänderung nicht abgeschafft beseitigt oder geändert werden können.
Im BVG-Urteil vom 19.5.1953 heißt es zu Artikel 116 GG
"Deutscher ist, wer sich zum deutschen Volkstum bekennt, sofern dieses Bekenntnis durch Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird."
Über die Bedeutung des Begriffes **Volk** in den juristischen Wissenschaften hat sich der Innsbrucker Völkerrechtler Professor Veiter wiederholt geäußert. Er definiert (Th. Veiter, Deutschland, deutsche Nation und deutsches Volk, in Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu "Das Parlament" 23, 1973 B 11, S. 3):
"Volk ist eine Abstammungsgemeinschaft (Generationengebilde), bei welcher zum naturhaften Element der Abstammung noch das Element der geistigen Zielrichtung kommt. Der Begriff deutsches Volk ist trotz seiner ausdrücklichen Nennung im GG kein Rechtsbegriff, sondern ein nicht an die Staatsgrenze gebundener ethischer Begriff".
Ganz in diesem Sinne definiert das **Bundesvertriebenengesetz** vom 14. August 1957 in § 6:
"Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird".
Damit wären eigentlich die Handlungsanleitungen für die Gesetzgeber, Politiker und Medien gegeben. Daß es nicht so ist, weiß jeder, der in seinem Urteil nicht ideologisch gebunden ist. Und daß die Identität des deutschen Volkes heute stärker bedroht ist als jemals zuvor, wird täglich offensichtlicher.
Mit der Manipulation des GG vom 31. August 1990 werden wahrheitswidrig nur noch die Einwohner der BRD als Deutsche bezeichnet.
Im Lichte der obigen Definitionen sind die Förderung der Ausländereinwanderung, die massenhafte Erteilung von unbeschränkten Aufenthaltsgenehmigungen, die massenhafte Einbürgerung von Nichtdeutschen, die Niederlassungsfreiheit und die Freizügigkeit in der EG verfassungswidrig.
Demgegenüber hatte die DDR vorbildliche Regelungen, keine unbeschränkte Aufenthaltsgenehmigung, keinen Familiennachzug, keine massenhaften Einbürgerungen und statt dessen das Rotationsprinzip. Nun wird auch Mitteldeutschland mit diesem westlichen Fortschritt der Ausländer- und Asylbewerberschwemme und weiterem westlichem Fortschritt wie Rausch-

gift, Pornographie und steilem Anstieg der Kriminalität überrollt.

Naturwissenschaftliche und biologische Grundlagen

Bei dem wissenschaftlichen Inhalt der Definition des Begriffes Volk nach Veiter geht es vor allem um die seelischen und geistigen Bereiche, die die Identität eines Volkes ausmachen.

Daß diese nichtkörperlichen Eigenschaften genetisch vorgegeben sind und weitervererbt werden, wurde durch Forschungen an eineiigen Zwillingen bewiesen. Der von linksliberalen Vorstellungen hergekommene Naturwissenschaftler Hoymar von Ditfurth weilte längere Zeit unter einer solchen Forschergruppe in den USA und schrieb dann (H. von Ditfurth, "Geo", Mai 1982), die Milieutheorie, eine der damit falschen Eingangsvoraussetzungen der herrschenden Ideologien, sei nun wohl widerlegt, ja das menschliche Verhalten sei in viel höherem Sinne als bisher vermutet worden, genetisch vorprogrammiert.

Konrad Lorenz ("Vom Weltbild des Verhaltensforschers") urteilt:

... daß eine unermeßliche Zahl von Struktureigenschaften menschlichen Verhaltens und Innenlebens ihr … Sein dem historisch einmaligen Gang der Phylogenese verdankt und ohne Einsicht in deren Zusammenhänge schlechterdings unverständlich bleiben muß. Für die sozialen Verhaltensnormen des Menschen gilt das in besonders hohem Maße, weil sie mehr als andere an ererbte Aktions- und Reaktionsweisen gebunden sind".

Dazu gehört zum Beispiel das Bestreben, Eigentum zu besitzen und der Territorialtrieb, das Bestreben menschlicher Gemeinschaften nach dem Besitz abgegrenzter Gebiete. Daraus folgt das Naturrecht jedes Volkes auf sein eigenes, ihm gemäßes Gemeinwesen, auf seinen Staat.

Wie aber von den herrschenden Ideologien Druck gegenüber solchen Erkenntnissen ausgeübt wird, erfährt man aus der Erklärung von 50 nichtdeutschen Wissenschaftlern einschließlich von fünf Nobelpreisträgern in den USA (American Psychologist, 1972):

Ideologischer Druck auf die Wissenschaft

"Gegenwärtig müssen wir erleben, wie man … versucht, Wissenschaftler zu unterdrücken, zu zensieren oder persönlich zu verunglimpfen, welche die Rolle der Vererbung im menschlichen Verhalten betonen (z.B. bezeichnet man sie als Faschisten). Ein Großteil der Angriffe kommt von Nichtwissenschaftlern, die völlig auf eine milieutheoretische Erklärung aller menschlichen Unterschiede eingeschworen sind."

Die Evolution führt durch Trennung von Populationen zu unterschiedlichen Arten.

Nach Konrad Lorenz ("Die Rückseite des Spiegels", 1975) sind Populationen die unverzichtbaren Vorstufen zur Artneubildung.

Beim homo sapiens nennt man die Population mit ihren Eigenarten, die sich im Laufe der Geschichte entwickelt haben, Völker. Alle diejenigen, die an der Völkerzerstörung zum Beispiel durch Völkervermischung arbeiten, beseitigen damit den Fortschritt der Evolution, als ob es beim homo sapiens nicht auch einiges zu verbessern gäbe! Das sind aber die gleichen Leute, die um jeden bedrohten Wurm eine Ökonische bauen möchten.

Zu den ideologisch propagierten Völkervermischungen ist zu sagen, daß in eine Mischpopulation sehr verschiedenartige, abweichende und gegensätzliche Eigenschaften eingebracht werden, die genetisch erhalten bleiben.

Die Variationsbreite vermehrt sich, die Labilität (gespaltene Charaktere) nimmt zu. Es erfolgt keineswegs eine Rückbildung zu ausgeglicheneren Urformen. Es entsteht also im Sinne der Evolution nichts Besseres, sondern Schlechteres. Aber die Süßmuth, Geißler, Lafontaine und andere sprechen von "Bereicherung".

Für die herrschenden Ideologien hat der Begriff **Volk** nur die Bedeutung von Menschen im Plural, wie eben Kirchenvolk, Gewerkschaftsvolk oder "Wohnbevölkerung".

Weil aber in den Naturwissenschaften eine in sich fehlerfreie Theorie falsch ist, wenn nur eine einzige Eingangsvoraussetzung falsch ist, kommen die heute herrschenden Theorien und Ideologien zu falschen Schlüssen.

Mit der Zerstörung der Völker zerstört man die höhere Ordnung

Völker sind mehr als eine Ansammlung von Individuen.

Schon den altgriechischen Denkern war solches bekannt mit der Erkenntnis: Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile.

Die modernen Naturwissenschaften bieten nun mit Genetik, Ethologie und Humanbiologie Grundlagen für die Erarbeitung von wissenschaftlich richtigen Weltbildern und gestatten die Widerlegung falscher Ideologien.

Für die Behandlung von Kollektiven, die aus einer großen Zahl von Einzelteilen bestehen, ist in den Naturwissenschaften die Systemtheorie zuständig.

Alles, aber auch alles in der Natur ist nicht basisdemokratisch, sondern hierarchisch aufgebaut aus Individuen, Unter- und Übersystemen. Einer der wichtigsten Sätze der Systemtheorie besagt, daß Obersysteme gegenüber Untersystemen gänzlich neue Eigenschaften haben können. Das gilt auch für Völker, die lebende Systeme höherer Ordnung sind.

Mit der Zerstörung der Völker zerstört man diese Systeme höherer Ordnung mit unabsehbaren negativen Folgen! Daher halten wir uns an das BVG-Urteil von 1953.

Die juristischen Grundlagen

Dem deutschen Verfassungsrecht liegt dieser wissenschaftlich richtige Volksbegriff zugrunde mit dem Blutrecht. In Frankreich dagegen herrscht das Bodenrecht, d.h. dort steht jedem Einwanderer nach einer gewissen Zeit und den dort Geborenen das Recht auf Staatsbürgerschaft zu. Diese französische Rechtsauffassung hat bis heute Gültigkeit.

Damit haben aber auch in der westlichen "Wertegemeinschaft" die Begriffe national und Nationalismus eine völlig andere Bedeutung erhalten, die heute mit der Freizügigkeit und der Niederlassungsfreiheit der EG der geplanten Völkerzerstörung entgegenkommt.

Nation kommt von geboren werden, und umschließt für uns Deutsche den Rechtsbegriff Volk als Abstammungsgemeinschaft und damit das Blutrecht für die Staatsbürgerschaft.

Der ehemalige Berliner Staatssekretär Uhlitz (in F. Fischer, Aspekte der Souveränität, Arndt-Verlag, Kiel 1987):

"Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hoch verräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der BRD abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der BRD abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können".

Das GG sagt dazu in Art. 20: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."

Es heißt hier nicht Mitbürger, es steht (noch) "alle Deutschen".

Zu den nichtkörperlichen Eigenschaften, die innerhalb von Völkern ähnlicher sind als zwischen verschiedenen Völkern, gehören ihre Kultur, ihre Sprache, der Volkscharakter, die Wertordnung und mehr.

Die Zerstörung unserer Identität

Aus der Wertordnung aber folgt die Rechtsordnung und aus dieser die Staatsordnung.

Jedes Volk hat einen naturrechtlichen Rechtsanspruch auf die ihm gemäße Staatsordnung. Deutschland wurde aber zweimal durch die Sieger (1918 und 1945) das Danaergeschenk der "westlichen" Demokratie zuteil. Daß es nur diese eine Form der Demokratie gäbe, wurde dem deutschen Volk durch die siegerhörige Presse zwar eingehämmert, ist aber objektiv falsch.

Die Wahrung und Weiterentwicklung der ihnen eigenen Weltordnung, Rechtsordnung, Staatsordnung und Sprache ist Teil des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Volksgruppen eine andere Sprache aufzuzwingen, wie das beispielsweise 1945 an den Elsässern, den Deutschen im polnisch annektierten Ostdeutschland und in der Sowjetunion mit

staatlicher Gewalt und in Deutschland selbst mit anderen Mitteln geschieht, ist Völkerzerstörung oder juristisch Völkermord.
Hier treffen sich Humanbiologie und Völkerrecht.
Unsere Wertordnung, die weit mehr als 2.000 Jahre galt, wurde in den letzten 40 Jahren durch die Diktatur zwangsimportierter Ideologien in Mittel- wie in Westdeutschland weitgehend zerstört. Stichworte hierzu sind Ehescheidung, Wehrdienstverweigerung, Abtreibung gewissermaßen per Postkarte, kirchliche Segnung (evangelische Kirche) und Steuervorteile für homosexuelle Paare (Süßmuth), ein gekreuzigte Schweine malender Kunstprofessor als Akademiedirektor und ähnliches. Unsere großen Klassiker, die diese Wertordnung vertraten, sind deshalb aus den Schulen weitgehend verschwunden.
Die Amerikanisierung unseres Lebens
Das Bauerntum, das in Mitteldeutschland durch Kollektivierung vernichtet wurde und in Westdeutschland durch die EG-Diktatur mit ihren Mansholt-Kolchosen stark bedroht ist, war seit der jüngeren Steinzeit bei unseren Vorfahren, mit Familienbetrieben die Lebensgrundlage und besitzt heute trotz oder gerade wegen der sozialen Veränderungen unverzichtbare Bedeutung.
Die Amerikanisierung des Gesichts unserer Städte und Dörfer nimmt erschreckende Ausmaße an, das Kulturgesicht Deutschlands wird zerstört. Der Frankfurter Dorn, in dem viele Jahrhunderte der deutsche König, gekrönt wurde, wird umstellt von Betonkistengiganten als Ausdruck des Siegers dieser zwangsimportierten westlichen Ideologie über deutsche Geschichte, deutsche Kultur und deutsche Identität.
Die offiziell ausgelobte "Kunst" ist weithin seelischer Umweltschaden. Vergleichbare Kulturleistungen waren und sind unter dem Diktat der Umerziehung und der liberalistischen Ideologie in Westdeutschland seit Kriegsende nicht mehr möglich.
Das Zerstörungswerk geht weiter
Nach dem 8. Mai 1945 wurden in Verwirklichung des Morgenthau-Plans durch die "US-Befreier" neben anderen Verletzungen des Völkerrechts über eine Million deutsche Kriegsgefangene umgebracht, teilweise noch brutaler als zur gleichen Zeit durch die sowjetische GPU. (Siehe Bacque, Der geplante Tod, 1988). Auch das gehört zur Zerstörung der deutschen Identität.
Dieses Zerstörungswerk wird heute - nur etwas eleganter - durch die EG mit Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit und Abschaffung von kontrollierbaren Staatsgrenzen fortgesetzt, im Namen von Freiheit, Humanität und Demokratie.
Die sogenannte "Europäische Gemeinschaft" und die geplante "Europäische Union" sind das getreue Abbild der multirassischen, multi-ethnischen und multikulturellen USA.
Wie dort und wie beim Mord von Sarajewo beherrschen Freimaurer diese EG.
Für dieses Zerstörungswerk einige Zitate:
Karl Marx im kommunistischen Manifest von 1848: **"Die Auflösung der Familie** … die Familie der Bourgeois fällt natürlich weg … Wir heben die trautesten Verhältnisse auf, wenn wir anstelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen … Die Arbeiter haben kein Vaterland … Der Kommunismus schafft die ewigen Wahrheiten ab, er schafft die Religion ab, die Moral".
Josef Strasser, österreichischer sozialdemokratischer Parteitheoretiker 1912 (J. Strasser, Arbeiter und Nation, Reichenberg 1912): "Wir Sozialdemokraten wollen nicht nur die heutigen Nationalcharaktere nicht erhalten, wir arbeiten gerade an ihrer Zerstörung. Wir wollen aus dem Deutschen etwas Undeutsches machen".
Otto Bauer, österreichischer Sozialdemokrat, auf der Internationalen Sozialistenkonferenz 1921 (Protokolle der Internationalen Sozialistischen Konferenz, Wien 1921): "Französische Waffen haben das deutsche und österreichische Volk von seinen Unterdrückern befreit, so

daß, so brutal diese imperialistischen Friedensverträge auch sind, trotzdem in ihnen ein mächtiges Stück geschichtlichen Fortschrittes steckt".

Nicht unterschlagen darf man die übelsten Agitationen des englischen Deutschenhassers Sefton Delmer, der während des Krieges ausgiebig Gelegenheit hatte, seine Vorbehalte gegen Deutschland überall zu verkünden. Der Mann war wenigstens so ehrlich, schon gleich nach Kriegsende verlauten zu lassen, der Krieg sei vorerst zwar militärisch ausgestanden, aber an eine Beendigung der psychologischen Kriegführung sei nicht zu denken. Im Gegenteil werde man nun erst so recht anfangen, alle polemischen Register gegen die restlos geschlagenen Deutschen zu ziehen und sie so lange mit einem publizistischen Trommelfeuer einzudecken, bis ihnen Hören und Sehen vergehen würde.

Damit sollte er recht behalten: Das Hören und Sehen ist uns nach einem halben Jahrhundert "Charakterwäsche" tatsächlich vergangen. Wir haben im Wirbel von Geschichtslügen und Denunziationen längst die Flinte ins Korn geworfen und jeden Rechtfertigungsversuch von vornherein aufgegeben. Heute hat man uns da, wo man uns haben wollte: Wir selbst sind unsere schlimmsten Feinde geworden. Wer noch nationale Gefühle hegt oder diese gar zu äußern wagt, bewegt sich auf einem schmalen Grat und muß höllisch aufpassen, daß er nicht abstürzt. Er wäre gut beraten, wenn er sich selbst einen Maulkorb verpassen würde.

Mit solch braven, gezähmten Staatsbürgern kann man dann die Politik betreiben, die einem vorschwebt, selbst wenn sie auf die Zerstörung des Staates hinausläuft. Unsere Gegenwart bietet genügend Beweise dafür, daß man auch gegen den erklärten Willen des Volkes Entscheidungen von existentieller Bedeutung treffen kann.

Diese Liste ließe sich beliebig verlängern.

Die herrschenden falschen Ideologen

Wenn wir das alles analysieren, können wir aus diesem Strauß zerstörerischer Ideologien zwei Richtungen herauslesen: den marxistischen und den liberalistischen Materialismus.

Der marxistische Materialismus ging gerade an seinen Fehlern zugrunde. Aber die Widerlegung blieb aus, wozu vor allem die C-Parteien gefordert gewesen wären. Aber diese zogen beim 100. Todestag von Karl Marx 1983 ohne aufzumucken in den Gedächtnisprozessionen in Trier mit.

Die andere Ideologie, der liberalistische Materialismus, wurde 1945 von den US-Siegern zwangsimportiert und herrscht heute und nun auch über Mitteldeutschland mit Lizenzparteien und Lizenzmedien. Die "gewendete" marxistische wie die liberalistische Nomenklatur sieht in unserem Staat nur noch einen Selbstbedienungsladen.

Diese Ideologie verkündet einen hemmungs- und bindungslosen Individualismus und erfand die Wegwerfgesellschaft, die Wegwerfkultur, die Wegwerfethik, den Wegwerfmenschen; und eine elitäre und parasitäre Hochfinanz betreibt Profitmaximierung durch Spekulation und Kriege als gutgehendes Geschäft, wie im Golfkrieg vorgeführt.

Alle gemeinschaftstragenden Werte und alle menschlichen Bindungen werden von diesem liberalistischen Materialismus verhöhnt und zerstört. Das Wort **Volksgemeinschaft,** schon vor dem Ersten Weltkrieg im Wandervogel und in der Burschenschaft gedacht zur geistigen Überwindung des Klassenkampfes, wird vom Staatsanwalt verfolgt.

Die gleichen geistigen Großväter

Zwischen beiden Ideologien - der marxistischen und der liberalistischen gibt es aber verdeckte innere Zusammenhänge. Beide gehen auf die gleichen geistigen Großväter zurück, auf die westliche Aufklärung. Für beide sind Menschen nur noch Produzenten und Konsumenten. Der Zusammenhang offenbarte sich zum Beispiel dadurch, daß **Lenin** seine Revolution im wesentlichen mit Dollar-Millionen der Wallstreet-Hochfinanz durchfahren konnte.

Ihnen steht der aufbrechende Freiheitswille der Völker gegenüber und die Gemeinschaftsordnung der Zukunft, die auf dem Trümmerfeld der Menschen und Völker zerstörenden Ideologi-

en zu errichten unsere Aufgabe ist. Ein Erlebnisträger schreibt (Thomas Ritter: USA - der lächelnde Kannibalismus, Bollinger, Niddatal 1988):
"Von Amerika können wir für unseren eigenen Weg in die Zukunft fast nichts lernen, außer wie man es nicht machen sollte. Freiheit, so wie ich sie verstehe, kann nicht die Freiheit sein, die unter den Bajonetten amerikanischer Soldaten und einer außer Rand und Band geratenen Wall-Street gedeihen kann.
Da aber immaterielle Werte im Zuge eines durch harte Dollar und einen radikalen Materialismus beherrschten Systems für nichtig erklärt wurden, da man trotz vieler gegenteiliger Anzeichen kaum noch feste Bindungen an einen Gott hat und sich an diese Zustände nach jahrzehntelanger Berieselung durch ideologische Gleichgestaltung allmächtiger Massenmedien und irreführender Propaganda gewöhnt hat, haben die Menschen in den USA ihre eigene Identität verloren. Sie sind lebensuntüchtig geworden … Es ist bereits zu spät, die von Wall-Street bis Washington verkrusteten und einbetonierten Strukturen aufzubrechen und zu ändern".

Die geplante Endlösung für Deutschland

Es droht nun der entscheidende und letzte Identitätsverlust, nämlich die Auflösung und Zerstörung unseres Staates und unseres Volkes in der sogenannten **Europäischen Union,** die geplante Endlösung, der mit allen nur zur Verfügung stehenden legalen Mitteln begegnet werden muß.
E. G. Kögel schreibt im Sonderheft "Europa - Völkerbrei oder anthropologische Ordnung" (Seite 16-18): **"Unsere Verantwortlichen** legen zwar einen Amtseid ab, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden, doch der Eidbruch belastet sie nicht. Ihnen ist bekannt, daß dieser Eid kein einklagbarer Titel ist, sondern nur dekorativen Charakter hat. Sie sind stramme Diener ihrer Herren, mag das deutsche Volk dabei auch zugrunde gehen.
Ihr Auftrag ist die Bereitstellung von billigen Arbeitskräften zur Sicherung der Kapitalinteressen, zur Profitmaximierung und die Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft, um endlich durch Umvolkung den Ihren Auftraggebern listigen Störenfried im Herzen Europas zu beseitigen. Dieser Vorgang vollzieht sich in abgewandelter Form in allen westeuropäischen Staaten. Denn nachdem die Auflösung des Volksbewußtseins im Leninschen Sinne nicht gelang, müssen wir erkennen, daß die Mächte, die zur Weltherrschaft drängen, versuchen, auf andere Weise konturlose, multikulturelle Massen zu schaffen, um ihnen ihren Willen aufzwingen zu können.
Das Gesetz von Ursache und Wirkung wird in diesem Staate auf den Kopf gestellt, so daß wir immer wieder unmißverständlich zum Ausdruck bringen müssen, daß die Überfremdungspolitik der Bonner Parteien nicht nur Verfassungs- und Eidbruch ist, sondern Betrug am Volk.
Die lebensfernen Geister lassen außer Acht, daß der Mensch von Geburt und Erbe her ein Gemeinschaftswesen ist. Eltern-Kind-Bindung, Geschwister-, Familien- und Sippenbindung. Stamm und Volk als die größte biologische Einheit sind Geburtsverbände, die dem menschlichen Gesellungsstreben vorausgehen. Und da Volk als genetisches Becken, aber auch als Sprach- und damit Denkgemeinschaft wirkt, ist sichergestellt, daß der Rahmen der Reaktionsbreite festliegt.
Die Bindung in den Willensverbänden läßt den Einzelmenschen Gemeinschaft erleben und begehren, was wiederum sein Gruppenverhalten prägt und in den Willensverbänden unterschiedlichster Art bis hin zum Staat seinen Niederschlag findet.
So können nur Systeme funktionsfähig sein, wenn alle Untersysteme ebenfalls funktionsfähig sind, ein Volk nur gesund sein, wenn seine Glieder gesund sind. Die USA können uns hier nicht als Vorbild dienen. Dort ist der bindungslose, zweckorientierte, nach persönlicher Glückserfüllung strebende Einzelmensch bestimmend. Rücksichtslosigkeit ist die Voraussetzung zum gesellschaftlichen Aufstieg, und der persönliche Reichtum und die damit verbundene Macht, sind Gradmesser der Werteskala.

Obwohl sich dieser Geist in den Führungsetagen internationaler Konzerne bei uns schon breitgemacht hat - Hemdsärmeligkeit und Umsatzsteigerung sind hier die Bewertungskriterien - und die Menschlichkeit verdrängt, bleibt zu hoffen, daß wir uns nicht instinktiv die Probleme der USA ohne Not ins Land holen, an denen die USA und andere dahinsiechen.
Wir haben nur die fatale Eigenschaft, alles besonders gründlich zu tun. So macht uns keiner den "totalen Krieg" von einst nach und heute den "totalen Liberalismus" und "totalen Materialismus" - aber auch nicht die "totale Kehrtwendung", so daß zu hoffen bleibt, daß Deutschland, aber auch Europa eine Antwort auf die Herausforderung unserer Tage findet.

BFB-Protest gegen das Holocaust-Denkmal

Allein das Grundstück ist 600 Millionen wert. Mit beachtlichem Engagement kämpft der Berliner Landesverband des "Bundes Freier Bürger" (BFB) unter der Führung seines Vorsitzenden Torsten Witt gegen den Bau des Holocaust-Denkmals. Eine Protest-Demonstration wurde veranstaltet außerdem eine Unterschriften-Aktion gestartet. In Flugblättern wird darauf hingewiesen, daß es in Berlin bereits 58 Gedenkstätten für jüdische NS-Opfer gibt.
"Der Staat hat angeblich kein Geld und schließt Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, kürzt Renten und Arbeitslosenhilfen. Für ein überflüssiges Schandmal aber sollen mehr als 650 Millionen Mark verschwendet werden, die jährlichen Folgekosten nicht berücksichtigt."
Nach Angaben des BFB beträgt allein der Grundstückswert des geplanten Denkmals rund 600 Millionen Mark (30.000 Mark je Quadratmeter). Erst kürzlich sei in Berlin das jüdische Museum eröffnet worden - dessen Baukosten lägen bereits bei 117 Millionen Mark. …
Eine Sünde gibt es auf Erden, uralt schon, doch ewig neu, untreu seinem Volk zu werden und sich selber ungetreu. (Grabinschrift im Dithmarschen) …<<
Der deutsche Jurist Dr. Klaus Sojka (1926-2009) schreibt später über den Staat Bundesrepublik Deutschland und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (x857/...): >>**Die BRD ist kein Staat**

Die BRD ist kein Staat, sondern lediglich ein provisorisches "Besatzungs-Konstrukt".

Das Grundgesetz

Das "Bonner Grundgesetz", wie es ursprünglich genannt wurde, wurde auf Veranlassung der westlichen Besatzungsmächte vom mit überwiegend ausgezeichneten Fachleuten besetzten "Parlamentarischen Rat" erstellt und am 23. Mai 1949 in Bonn verkündet. Es wurde im Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Drittel der beteiligten deutschen Länder angenommen. Bayern lehnte es ab, akzeptierte jedoch seine Verbindlichkeit durch die Annahme der übrigen westdeutschen Bundesländer. Diese verfassungsähnliche Satzung, die ausdrücklich als Provisorium gedacht war, mußte
a) die für sie verbindlichen Vorstellungen der drei westlichen Besatzungsmächte berücksichtigen (vergleiche Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 III ...), gleichwohl
b) die Formulierung eines modernen Verfassungstextes anbieten und hierbei
c) vor allem durch den Hinweis auf die Vorläufigkeit die unterdrückte Abstimmung durch das Volk übermänteln und nicht zuletzt
d) den - nicht kompetenten - Ländern die Annahme hauptsächlich durch den Hinweis auf das Provisorium schmackhaft machen, das ja einer **späteren Volksabstimmung** unterliegen würde.

Zeitzeugen können das Ränkespiel bestätigen

Ich als Zeitzeuge kann das Ränkespiel mit dem wesentlichen Hinweis auf den Übergangs-Charakter bestätigen. Die Ländergremien (Landtage, Bürgerschaften in Bremen und Hamburg, sowie das Abgeordnetenhaus in West-Berlin) waren sicherlich nicht ermächtigt, von sich aus über eine "BRD-Quasi-Verfassung" zu bestimmen.
Beispiele: Die Verfassung des damaligen Landes Baden vom 19. Mai 1947, die durch Volksabstimmung in Kraft gesetzt wurde (Art. 130 II), beschreibt Baden als "ein Glied der Gemein-

schaft der deutschen Länder" (Art. 50 I), also als Teil eines Staatenbundes, und macht die "Zustimmung zu einer Bundesverfassung der deutschen Länder" von einem verfassungsändernden Gesetz abhängig (Art. 52), und Art. 51 bestimmt, daß das Volk seinen Willen durch Wahlen und Abstimmungen kund gibt.
Die Verfassung für Württemberg-Baden vom 28. November 1946 bezeichnet das Land als "ein Glied der Deutschen Republik" (Art. 43) und spricht in Art. 105 die "künftige deutsche Verfassung" an. Dieser Landesverfassung hat das Volk durch Volksabstimmung am 24. November 1946 zugestimmt (Art. 108 I).
Die Verfassung für Württemberg-Hohenzollern vom 20. Mai 1947 beschreibt in Art. 1 das Land als "ein Glied der deutschen Bundesrepublik", die es damals noch gar nicht gab. Volksabstimmungen finden über Annahme oder Ablehnung oder über Änderungen der Verfassung statt (Art. 23), also auch über die Abgabe von Hoheitsrechten an einem Zusammenschluß von deutschen Ländern (Art. 125).
Auch die Verfassung für Rheinland-Pfalz vom 18. Mai 1947 hat gemäß seiner Präambel das Staatsziel, ein neues demokratisches Deutschland als lebendiges Glied der Völkergemeinschaft zu formen, erwähnt in Art. 141 die künftige Deutsche Verfassung und erklärt in Art. 144 I die Landesverfassung mit der Annahme durch das Volk als verbindlich. Zuvor wird in Art. 74 Rheinland-Pfalz als demokratischer und sozialer Gliedstaat Deutschlands festgestellt.
Die Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946 wird vom Geist der weitgehenden Eigenständigkeit des Landes getragen.

Bayern will beitreten

Gleichwohl will es einem freiwilligen Zusammenschluß der deutschen Einzelstaaten, deren staatsrechtliches Eigenleben zu sichern ist, beitreten und dem so gebildeten deutschen Bundesstaat die unumgänglich notwendigen Hoheitsrechte abtreten (Art. 178, 180).
Die Verfassung des Landes Hessen vom 11. Dezember 1946 bezeichnet ebenfalls in der Präambel Hessen als Gliedstaat der Deutschen Republik und ermächtigt in Art. 152 die Landesregierung, bis zur Bildung einer gesetzgebenden Körperschaft für die deutsche Republik, mit anderen deutschen Regierungen zwecks Vereinheitlichung des Rechts mit anderen deutschen Regierungen Vereinbarungen zu treffen, die der endgültigen gesamtdeutschen Einheit kein Hindernis bereiten dürfen.
Die Zuständigkeiten zwischen der Deutschen Republik und Hessen sind von einer deutschen Nationalversammlung, die vom ganzen deutschen Volk zu wählen ist, verfassungsmäßig abzugrenzen (Art. 153). Die Landesverfassung trat durch die Annahme durch das Volk in Kraft.
Die Vorläufige Verfassung von Groß-Berlin vom 4. September 1946 weist in Art. 36 darauf hin, daß die Selbstverwaltung Berlins der Alliierten Kommandantur und in Sektoren der Militärregierung des betreffenden Sektors unterstehe. Alle gesetzlichen Bestimmungen, die von der Stadtverordnetenversammlung sowie Verordnungen und Anweisungen, vom Magistrat angenommen bzw. erlassen würden, müßten im Einklang mit den Gesetzen und Anordnungen der Alliierten Mächte in Deutschland und der Alliierten Kommandantur Berlin stehen und von der letzteren genehmigt werden. Verfassungsänderungen u.a. könnten nur mit Genehmigung der Alliierten Kommandantur Berlin vorgenommen werden. Die Bezirksverwaltung unterstehe in ihrer Tätigkeit der Genehmigung der Militärregierung des betreffenden Sektors.
In der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 12. Oktober 1947 wird der Stadtstaat als ein Glied der deutschen Republik bezeichnet (Art. 64). Die Bestimmung des Art. 150 "gilt" (nur) bis zum Inkrafttreten einer Verfassung der deutschen Republik. Der Senat wird ermächtigt, mit Zustimmung der Bürgerschaft für eine Übergangszeit, solange keine deutsche Zentralregierung vorhanden ist, an zonale oder überzonale Organisationen bestimmte Zuständigkeiten zu übertragen. In Art. 152 wird die künftige deutsche Verfassung erwähnt und in Art. 155 bestimmt, daß die Landesverfassung durch Volksentscheid Gültigkeit erlangt.

Die Vorläufige Verfassung der Hansestadt Hamburg vom 15. Mai 1946 nebst 1. und 2. Änderungsgesetz vom 8. Oktober und 7. Dezember 1946 bezeichnet in Art. 1 die Hansestadt als ein deutsches Land.

Keine eindeutige Bevollmächtigung

Aus diesen Hinweisen dürfte mit genügender Deutlichkeit hervorgehen, daß von einer eindeutigen, wirksamen Bevollmächtigung der Landesparlamente zur Annahme oder Ablehnung einer Bundesverfassung, also einer der wichtigsten staatsrechtlichen Elemente, kaum die Rede sein kann.

Die damalige Verfassungs-Situation der DDR (Deutsche Demokratische Republik) und der deutschen Länder in der sowjetischen Besatzungszone wurden hier nicht abgehandelt.

Letztere sind abgedruckt bei Wegener, W.: "Die neuen deutschen Verfassungen", West-Verlag Essen-Kettwig, 1947. Nach der DDR-Verfassung vom 6. April 1968 hat sich gemäß ihrer Präambel das Volk der DDR diese sozialistische Verfassung gegeben, die, wie aus ihrem letzten Textabschnitt hervorgeht, durch Volksentscheid beschlossen wurde. **Konnte sie gleichwohl durch bloße Parlaments-Beschlüsse geändert oder beseitigt werden?**

Die **Vorläufigkeit** des Bonner Grundgesetzes geht aus der ursprünglichen Fassung der vom "Parlamentarischen Rat" verabschiedeten und von den Ländern angenommenen Fassung hervor. Darin heißt es unter anderem, das deutsche Volk habe in den damals bestehenden Ländern, "um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben", das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Das gesamte deutsche Volk bleibe (jedoch) aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Und in seinem Art. 146 ist festgeschrieben:

"Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Dieses eherne Gebot hätte spätestens bei der Wiedervereinigung erfüllt werden müssen, indem eine neue Bundesverfassung der unmittelbaren Abstimmung durch das Volk zugeführt würde.

Das ist nicht geschehen!!

Vielmehr hat der Bundestag, ohne die Wähler überhaupt zu befragen, mit ziemlicher Dreistigkeit selbst die Präambel geändert und behauptet, die Deutschen in den nunmehr gesamten Bundesländern hätten "in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet"; **damit gelte dieses Grundgesetz für das gesamte deutsche Volk.**

Und geradezu skrupellos fand auch eine Änderung des Art. 146 statt, wonach dieses Grundgesetz nach Vollendung der Einheit und Freiheit für das gesamte deutsche Volk gelte. Aber gleichwohl bleibt die elementare Feststellung gültig: Das Grundgesetz "verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist".

Eine solche Volksentscheidung ist bisher vorenthalten worden.

Entscheidung nur unmittelbar durch das Volk

Die Annahme oder Ablehnung des Grundgesetzes kann nur unmittelbar durch das Volk bestimmt werden. Das geht aus Art. 20 II hervor. Danach geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Sie wird (vornehmlich) vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und (untergeordneter, zweitrangiger Weise) durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

Nun wurde auch hier mit formaljuristischen Winkelzügen "ausgelegt", daß der Text "in Wahlen und Abstimmungen" nur für den Begriff Wahlen gilt. Abstimmungen könnten nur bei der Neugliederung des Bundesgebietes (Art. 29) stattfinden. Demgegenüber ist klarzustellen, daß ein Verfassungstext eindeutig sein muß, daß er für jedermann verständlich und in keiner Weise "auslegungsfähig" ist. Sonst gilt im Zweifel das, was dem Volk selbst zum Besten gereicht.

Und hätten die Väter des Grundgesetzes tatsächlich den Begriff der Abstimmungen nur auf die Neugliederung des Bundesgebiets bezogen, hätten diese besten Fachleute das mit wenigen Worten im Text festgestellt. Die Einschränkung auf Art. 29 II GG ist daher verfassungswidrig, weil willkürlich, daher unbeachtlich. –

Und eine Annahme unmittelbar durch das Volk gleichsam durch schlüssige Handlung, etwa durch mehrheitliche Teilnahme an Bundestags-Wahlen, ist staatsrechtlich ebenso undenkbar wie der Begriff "indirekte Demokratie", der einen Widerspruch in sich bezeugt. Das Grundgesetz ist daher gegenwärtig nicht wirksam zustande gekommen. Und weil jeder Staat die klassischen Mindest-Säulen, nämlich ein Staatsvolk, ein Staatsgebiet und eine gültige Verfassung, aufweisen muß, kann die BRD kein rechtlich fundierter Staat sein. Eine gültige Verfassung für Deutschland steht, wie erwähnt, nach wie vor aus.

Wird von der Erkenntnis ausgegangen, daß die BRD noch kein die Weimarer Reichsverfassung ablösendes Grundgesetz hat, sind logischerweise die Begriffe (Bundes-) Verfassungsgericht, Verfassungsrichter, Verfassungsschützer u.a unanwendbar.

Kann jedoch erwartet werden, daß die Inhaber einschlägiger Posten in kühnen Selbstzweifeln ihr Nichtvorhandensein zum Ausdruck bringen und sich verflüchtigen? Weil eine solche Annahme unrealistisch ist, besteht die BRD also faktisch weiterhin.

Wahl des Staatsoberhauptes (Art. 54 GG)

Die Blockierung des unmittelbaren Wähler-Votums (Plebiszits) auch bei elementar wichtigen Entscheidungen läßt Zweifel an der demokratischen Wesenseigenschaft aufkommen - was immer auch unter dem Begriff "Demokratie" verstanden werden mag.

Geradezu **antidemokratisch** mutet darüber hinaus die Wahl des Staatsoberhauptes, also des Bundespräsidenten, an. Der oberste Repräsentant der BRD wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Letztere brauchen nicht Parlaments- oder auch nur Parteimitglieder zu sein. Deswegen werden auch namhafte Personen wie Sportler (Boxer, Fußballer o.a.) und sonstige Stars, aber auch Vertreter der Kirchen, Gewerkschaften und anderer Organisationen zur Präsidentenwahl entsandt.

Der Bürger als eigentlicher Wähler kennt die Delegierten jedenfalls nicht vollständig und erahnt nicht einmal deren politische Einstellung, sofern eine solche überhaupt vorhanden ist. Vor allem ist es dem Abgesandten unbekannt, welchen Wählerwillen er umzusetzen hat. Der/die Delegierte wird also im Zweifel nach den Vorgaben derjenigen Partei handeln, die ihn auserwählt hat. Wo bleibt da noch Raum für das Volk, von dem - angeblich - alle Staatsgewalt ausgeht?

Umgekehrt ist es nicht nur optisch bedenklich, wenn neu zu wählende Bundesoberhaupt-Kandidaten bei den allein maßgeblichen Parteien die Runde machen, um auf den Busch zu klopfen und zwangsläufig sich anzubiedern. Werden sie dann gewählt, fühlen sie sich mindestens unterbewußt zu Dank gegenüber ihren Steigbügelhaltern verpflichtet.

Jedenfalls sollten so Gewählte bei ihren Auftritten im In- und Ausland wenigstens den Eindruck vermeiden, sie sprächen, verzichteten, schämten sich unter anderem für ihr Volk. Denn dieses hatte ja nichts zu sagen.

Anders wäre die staatsrechtliche Lage, wenn der BRD-Präsident vom ganzen deutschen Volk gewählt würde, wie dies etwa Art. 41 der Weimarer Verfassung kodifiziert hat.

Widerstand (Art. 20 IV GG)?

Die BRD basiert nach wie vor auf dem Besatzungs-Status der westlichen Siegermächte. Die Kapitulation der Wehrmacht im Mai 1945 hat, wie erwähnt, den Fortbestand des Deutschen Reiches nicht beendet. Und die BRD ist aus den bereits abgehandelten Gründen nicht in der Lage, einen Friedensvertrag wirksam abzuschließen.

Auch hier traten Formal-Juristen in die Arena und lösten das Problem mit dem Hinweis, eines ausdrücklichen Friedensvertrages bedürfe es nicht mehr; denn durch den Einigungsvertrag vom 31. August 1990 (Art. 5) und den "Zwei-plus-Vier-Vertrag" vom 12. September 1990 seien schlüssig (konkludent) übliche Friedensverhältnisse erreicht worden.
Eine solche Spekulation kommt einer Zumutung mindestens nahe, weil im Konfliktfall die Schlüssigkeit brüchig wäre. Außerdem sieht Art. 5 des Einigungsvertrages die Empfehlung vor, bei Abhandlung der Fragen zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes sich auch mit der über die Anwendung des Art. 146 GG und in deren Rahmen die einer Volksabstimmung vorzusehen. Nähere hierzu siehe in "Der Große Wendig", Band II, S. 856 ff.

Überbleibsel des Deutschen Reiches

Die BRD unterliegt als Überbleibsel des Deutschen Reiches der Feindstaatenklausel, wie sie in der UNO-Charta dokumentiert ist. Feindstaaten wie Deutschland können wesentliche Schutzfunktionen der Völkergemeinschaft nicht beanspruchen. Die Siegermächte sind nicht an das allgemeine Gewaltverbot, das Interventionsgebot oder an den Grundsatz der Vertragstreue gebunden. Sie können beispielsweise militärische Maßnahmen ohne Ermächtigung des Sicherheitsrates durchführen. Näheres auch hierzu ist nachzulesen im Geschichts-Lexikon "Der Große Wendig", Band II, S. 854 ff., mit Zitaten.
Artikel 20 IV GG sieht das Recht aller Deutschen vor, Widerstand zu leisten gegen jeden, der es unternimmt, die im Grundgesetz verankerte Ordnung zu beseitigen, "wenn andere Hilfe nicht möglich ist". Es wurde im Vorstehenden dargetan, daß das Grundgesetz seine Gültigkeit verliert, sobald eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem **deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist** (Art. 146 GG). Die eben genannte Bestimmung ist ein wesentlicher Bestandteil der verfassungsmäßigen Ordnung, die das Grundgesetz dokumentiert hat. Ist also Widerstand angebracht, ja eine Bürgerpflicht?

Der "Aufruf zum Widerstand" kann nicht einmal gedämpft vernehmbar werden

Denn ist das Grundgesetz noch nicht gültig, wovon hier ausgegangen wird, dann ist auch seine Bestimmung des Art. 20 - IV unanwendbar. Vor allem ist aufgrund des fehlenden Friedensvertrages der Besatzungsstatus auflebbar. Er kann, gepaart mit der Feindstaatenklausel, zum jederzeitigen Eingreifen von Siegermächten führen, um ungelegene Widerstandshandlungen niederzuschlagen oder bereits im Keime zu ersticken.
Die Besatzungsmächte, deren Truppenstärke in Deutschland bereits 70.000 Mann betragen dürfte, sind beim Ausbau ihrer Basen hierzulande nicht an deutsches Baurecht gebunden. Sie bedürfen auch keiner Genehmigung, obwohl lebenswichtige Belange der Deutschen berührt werden können. Militärbasen sind vorrangige Vernichtungsziele bei kriegerischen Handlungen. Die dabei entstehenden Kollateralschäden (Begleitschäden) können beträchtliche Ausmaße annehmen.
Prof. Shirley hat in seinem Buch (Hearst-Verlag, New York, 1999) "Das geheime Zusatzabkommen zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" den Passus "Medienhoheit" abgehandelt, wobei die letzte Einflußnahme über Presse, Rundfunk, Verlagswesen, u.a. bis zum Jahr 2033 bei den Alliierten verbleibt!!
Bestehen also solche geheimen Vorbehalte, dann kann der Argwohn nicht beschwichtigt werden, wonach noch mehrere möglicherweise entscheidende "vertrauliche Zusatzabkommen" existieren.
Eine "Teil-Souveränität" Deutschlands ist staatsrechtlich nicht vorstellbar. Ein solcher Begriff wäre auch hier ein Widerspruch in sich.

Aktuelle Situationen

Die mangelnde Vertretungsbefugnis der BRD-Repräsentanten sollte diese daran hindern, lebenswichtige Entscheidungen für Deutschland und seine Bewohner zu treffen.
So ist die Entsendung deutscher Soldaten für Einsätze auch außerhalb Deutschlands und sogar

außerhalb Europas rechtlich nicht legitimiert.
Die Abgabe von BRD-Hoheitsrechten, die nur faktisch vorhanden sind, an internationale Organisationen wie NATO, UNO, EU ist staatsrechtlich bedenklich. Dies gilt insbesondere für die "Annahme" der EU-Verfassung durch den Bundestag gegen den klar erkenntlichen Volkswillen.
Der "Verzicht" auf Teile des fortbestehenden Deutschen Reiches (Ost-Gebiete) ist ungültig und nichtig und stellt eine unerlaubte Handlung dar.
Die Einführung der Euro-Währung unter gleichzeitiger Abschaffung der erstklassigen Deutschen Mark kann nicht mit vermeintlichen oder tatsächlichen wirtschaftlichen Vorteilen gerechtfertigt werden. **Die Währungsänderung ohne Volksabstimmung ist ungültig.**
Wiederherstellung rechtmäßiger Verhältnisse
Österreich, das von 1938 bis 1945 mit dem Deutschen Reich verbunden war, gelang es bereits zehn Jahre nach Kriegsende, die Besatzungsmächte loszuwerden und einen Friedensvertrag abzuschließen. Zwar ist die Alpenrepublik in Bezug auf die geographische und militärische Lage, die Wirtschaftskraft und die Schlagkraft ihrer Streitmächte mit Deutschland nicht zu vergleichen. Gleichwohl haben es seine Politiker fertiggebracht, sich der "Befreier-Umarmung" zu entwinden.
Der BRD-Politik waren wiederholt Chancen eingeräumt, die volle Souveränität, den Abschluß eines Friedensvertrages und den Wegfall der Feindstaatenklausel zu erreichen. Sie hat diese - aus welchen Gründen auch immer - nicht wahrgenommen. Und offenbar will das Volk nicht länger warten. Es muß verlangt werden: Die Volksabstimmung über die Bundesverfassung. Deren Qualität ist jedenfalls im ursprünglichen Text unbestreitbar. Sie kann sogar als vorbildlich empfunden werden.
Ihr Inhalt baut weitgehend auf: auf der Weimarer Verfassung von 1919, auf der Reichsverfassung von 1871, der Preußischen Verfassung von 1850 und sogar der Paulskirchenverfassung von 1849. Der ursprüngliche vom Parlamentarischen Rat entworfene Grundgesetz-Wortlaut ist abgedruckt bei Wegener a.a.O., S. 301 ff.
Volksabstimmungen über alle Verfassungsänderungen und sonstigen das Verfassungsgefüge berührenden Angelegenheiten (Grundfragen),
- unmittelbare Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk,
- Abzug aller Besatzungs-Militärs,
- Beendigung aller Vorbehalte der Siegermächte hinsichtlich der deutschen Staatsordnung und ihrer Verwirklichung und
- klarer Verzicht der Siegermächte auf die Feindstaatenklausel gegenüber Deutschland, sowie
- ein eindeutiger Friedensabschluß.

Die "Große Verfassungsreform" 2006
Bundestags-Parteien verkündeten mit beträchtlichem Presse-Einsatz im Jahre 2006 die Durchführung einer "Großen Verfassungsreform". Diese Gelegenheit benutzte ich, um an alle im Bundestag vertretenen Parteien und an die im Bundesrat fungierenden Bundesländer zu schreiben.
Ich erwähnte, Bundestag und Bundesrat seien weder für die Schaffung einer Deutschen Verfassung zuständig noch könnten diese Gremien verfassungsrechtliche Änderungen vornehmen. Sie unterlägen ausschließlich der unmittelbaren Willensbekundung des wahlberechtigten Volkes.
Die damaligen Bundesländer seien nicht ermächtigt gewesen, das "Bonner Grundgesetz" in Kraft zu setzen. Deswegen sei es niemals verbindlich geworden - auch nicht indirekt durch die folgenden Landtags- und Bundestags-Wahlen. Denn ein indirektes Inkraftsetzen einer Verfassung, die im höchsten Maße die Belange des Volkes berühre, sei rechtlich und praktisch schlicht unvorstellbar. Deswegen hätten die sich dieser Problematik durchaus bewußten "Vä-

ter des Grundgesetzes" in der Präambel und im Schluß-Artikel die **Vorläufigkeit** ihres Werkes festgeschrieben und die Annahme oder Ablehnung des endgültigen Verfassungstextes unmittelbar den Wählerinnen und Wählern vorbehalten.

Das Provisorium muß abgelöst werden

Das so bewußt und gewollt geschaffene Provisorium habe spätestens bei der Teil-Wiedervereinigung Deutschlands von einer ordnungsgemäß in Kraft gesetzten Bundesverfassung abgelöst werden müssen. Dies sei wiederum nicht geschehen und werde auch bei der gegenwärtigen Absicht, das Grundgesetz in seinen Ursprüngen so zu ändern, in keiner Weise berücksichtigt. Die bisherigen Gremien seien also nicht befugt gewesen, der Abtretung großer östlicher Teile des Reiches mit den dort verbliebenen Deutschen und allen Kultur- und Sachwerten einfach zuzustimmen, ohne wenigstens im Rahmen des völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrechts die Betroffenen zu fragen.

Die Übertragung von deutschen Souveränitätsrechten auf die EU mit der teilweisen Abschaffung der staatlichen Gesetzgebungszuständigkeit, die Aufgabe der beispiellosen DM-Währung, die Einwanderungs- und Militärgestaltung und die Annahme der EU-Verfassung ("Vertrag von Lissabon") durch beide Kammern der Bundesrepublik seien Fakten, mit denen sich keine Bürgerin und kein Bürger abzufinden brauche.

Das Grundgesetz jedenfalls in seiner ursprünglichen Gestalt, womöglich auch in der durch die Föderalismus-Änderung vorgesehenen Fassung, erscheine als durchaus billigenswert und bestmöglich. Es bedürfe indessen des Inkrafttretens der Bundesverfassung und jeder Verfassungsänderung sowie der Berufung des Bundespräsidenten der unmittelbaren Willenskundgebung, also direkter Wahlen und Abstimmungen, durch das Staatsvolk.

Das deutsche Volk soll entscheiden

Es werde daher gebeten, bei der beabsichtigten Grundgesetzänderung darauf zu achten, daß nach deren Verabschiedung durch Bundestag und Bundesrat endgültig das deutsche Volk über den Wortlaut der Bundesverfassung entscheide. Dies gelte auch für die Wahl des Bundespräsidenten.

Weiter führte ich aus:

"Das Grundgesetz bestimmt in seinem Art. 20 Satz 2, daß alle Staatsgewalt vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird. Diese Ausübung des Volkswillens auch durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ist nachrangig. Die Einschränkung der so von den Vätern des Grundgesetzes garantierten Plebiszite auf die Neugliederung des Bundesgebietes durch akrobatische Auslegung des Textes, also die Beschränkung auf Art. 29 GG, ist daher absolut unbeachtlich.

Denn gerade Bestimmungen, denen Verfassungs-Charakter beigemessen wird, vertragen keine einengenden Interpretationen, zumal hier nichts auszulegen ist. Es wird daher unumgänglich sein, Art. 20 II GG entsprechend klarzustellen."

Hierauf antwortete die Bundestags-Fraktion der SPD ziemlich postwendend, es werde der Eingang meines Schreibens bestätigt. Dieses sei zur weiteren Bearbeitung an die zuständige Facharbeitsgruppe weitergeleitet worden.

Die Linke (PDS) teilte meine Auffassung, daß im Grundgesetz Plebiszite und andere Elemente der Volksgesetzung verankert werden müßten, und sie sei dazu erst jüngst parlamentarisch tätig geworden. Mit Ausnahme der Tatsache, daß sich die PDS 1990 für die Erarbeitung einer neuen gesamtdeutschen Verfassung eingesetzt habe, teilte sie in allen darüber hinausgehenden Punkten meines Schreibens die von mir geäußerten Positionen nicht. Im Besonderen verkennten meine Ausführungen zur "Abtretung großer östlicher Teile des Reiches" die historische Notwendigkeit und Berechtigung der unter der Kanzlerschaft von Herrn Brandt abgeschlossenen "Ostverträge", die die Billigung des Deutschen Bundestages gefunden und wesentlich zur Entspannung und Friedenssicherung zwischen Ost und West beigetragen hätten.

Ausführlicher reagierte die CSU-Landesgruppe.

Schon häufiger in der öffentlichen Diskussion

Meine Argumente zum Inkrafttreten und zur Geltung des Grundgesetzes seien schon häufiger in der öffentlichen Diskussion genannt worden.

Nach Überzeugung des antwortenden Parlamentarischen Geschäftsführers der CSU bestehe für die Geltung des Grundgesetzes eine hinreichende Legitimation. Eine verfassungsrechtliche Problematik könne er hier deshalb nicht erkennen, obwohl auch anders lautende Rechtsauffassungen vorhanden seien. Er wolle daran erinnern, daß sich das Grundgesetz nun **in über 55 Jahren in hervorragender Weise bewährt** habe. Dies gelte gerade auch für seine Grundentscheidung zugunsten der parlamentarischen Form der Demokratie.

Dies bedeute aber nicht, daß nicht auch über Elemente der direkten Demokratie nachgedacht werden dürfe. Dies müsse allerdings "mit Augenmaß und im richtigen Zusammenhang erfolgen". Darauf erwiderte ich unter anderem:

"Auf die unmittelbare Mitwirkung des Volkes wie Annahme oder Ablehnung der Bundesverfassung, bei allen ihren Änderungen, der Wahl des Staatsoberhauptes und andern wichtigen Entscheidungen könne unter gar keinen Umständen verzichtet werden."

Angebliche "historische Notwendigkeit"

Dabei sollten weder das "Augenmaß" noch die angeblich "historische Notwendigkeit" der Preisgabe Ostdeutschlands unter anderem von der Verwirklichung des Plebiszits ablenken. Die Meinung, daß sich das Grundgesetz in nun über 55 Jahren in hervorragender Weise bewährt habe, lasse sich kaum mit der Tatsache in Einklang bringen, daß es in dieser Zeit - unter Ausschluß des direkten Volkswillens - unglaublich oft geändert wurde (vgl. hierzu etwa Sartorius I, S. 1, GG 1).

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe holte weiter aus: Es gebe sicherlich Gesichtspunkte, die sich für eine Stärkung der plebiszitären Elemente bei der Bundesgesetzgebung anführen ließen. Auch der Deutsche Bundestag habe sich mit dem Thema einer stärkeren direkten Beteiligung des Volkes an der Gesetzgebung in der Vergangenheit schon häufig beschäftigt. Für ihn sei auf jeden Fall klar, daß auch in der repräsentativen Form der Demokratie die Möglichkeit bestehe, die Meinung der Bevölkerungsmehrheit angemessen zu berücksichtigen, wenn zur Kenntnis genommen werde, was diese denke.

Die immer komplexer werdenden Fragestellungen unserer Gesellschaft, die die Notwendigkeit gesetzlicher Regelung mit sich brächten, eigneten sich in vielen Fällen schon aufgrund der Breite und Spezialität der jeweiligen Materie nicht, in allen Einzelheiten von der Bevölkerung selbst diskutiert und letztlich entschieden zu werden.

Mit gutem Grund sehe daher das Grundgesetz auch vor, daß die politischen Parteien gewissermaßen als Instrumente zur "Aufbereitung" des politischen Willens fungierten, und durch die Konkurrenz der politischen Parteien sei gewährleistet, daß es in der Gesellschaft zu einem offenen und freien Austausch der politischen Argumente komme und die Bürger sich ihre eigene Auffassung über die bestmögliche Lösung eines bestimmten Problems bilden könnten.

Ausweitung plebiszitärer Elemente

Es sei auch zu bedenken, daß eine Ausweitung plebiszitärer Elemente letztlich immer auch die Gefahr des Mißbrauchs dieser Elemente durch populistische Agitation mit sich brächte. Die meisten Bürger schafften es in der Regel nicht, sich im Detail mit einer zu regelnden gesetzgeberischen Materie zu befassen, so daß letztlich die herkömmlichen Deutungs- und Wissens-Eliten auf den Plan träten, die den Diskurs beherrschten.

Es sei auch nicht erkenntlich, daß das Grundgesetz etwa in seinem Artikel 20 eine Bevorzugung der direkten Form der Demokratie gegenüber den repräsentativen enthalte. Die parlamentarische Form der Demokratie sei keine "minderwertige" Demokratie. An den Argumenten der Befürworter der Stärkung der plebiszitären Elemente störe bisweilen, daß der Eindruck

erweckt werde, nur die direkte Demokratie sei die "richtige". Dies sei nach der Überzeugung des parlamentarischen Geschäftsführers sowohl unter rechtlichen und wissenschaftlichen Gesichtspunkten als auch aufgrund der praktischen Erfahrungen eindeutig falsch.
Hierauf gab ich zu bedenken:
"Wenn man den Inhalt des letzten Schreibens genau nimmt, bedeutet er die Abkehr von eigentlicher Demokratie zugunsten einer legislativen Selbstverwaltung. Daran ändern auch angepaßte Meinungen gar nichts. Wäre die geäußerte Ansicht zutreffend, müßte die Frage auftreten, wozu dann der Bundestag als Gremium überhaupt existenzberechtigt ist. Denn wenn eine Vielzahl von Spezial-Problemen nur von Experten behandelt und gelöst werden kann, wie dies größtenteils in den Fachausschüssen geschieht, dann sollte doch - wie nach dem Ermächtigungsgesetz - die Regierung, gestützt auf das Experten-Potential, unmittelbar gesetzgeberische Funktionen ausüben.
Das hätte den Vorteil, parteipolitische Schau-Geplänkel zu vermeiden und reinem Sachverstand den Vorzug zu geben.

Sinngehalt des Gesetzes leichter zu vermitteln

Und dem Volk selbst wäre der Sinngehalt des Gesetzes auf diese Weise leichter zu vermitteln, als dies gegenwärtig geschieht - oder einfach nicht geschieht.
Mir geht es indessen darum, daß bei solch elementaren (Schicksals-)Fragen das Volk unmittelbar mitwirkt. Das sind, wie erwähnt, Verabschiedung der Verfassung, alle ihre Änderungen, Abgaben von Souveränitätsrechten an überstaatliche Gemeinschaften und sonstige Institutionen, Militäreinsätze und - nicht zuletzt - Wahlen des Staatsoberhauptes.
Daß so etwas auch bei Plebisziten gut funktioniert, beweisen Gepflogenheiten und Selbstverständlichkeiten anderer Staaten, die mit unserem durchaus vergleichbar sind. Nur wer das Volk für "unfähig" hinstellt, sich selbst eine Meinung zu bilden und diese zum Ausdruck zu bringen, wird das nicht einsehen können. Er kann sich dann aber nicht auf 'wirkliche' Demokratie berufen."
Hierauf ist bislang nichts erwidert worden. Aber vielleicht rührt sich doch noch einmal etwas.
Übrigens: Die anderen angeschriebenen Parteien haben sich einfach in Schweigen gehüllt.
Der BRD-Gesetzgebung wäre es gerade durch das Grundgesetz ohne weiteres möglich, Plebiszite durch Klarstellung im Art. 20 GG und die unmittelbare Wahl des Bundespräsidenten durch Änderung des Art. 54 GG zu verwirklichen. Denn Änderungen des Grundgesetzes sind nach Art. 79 GG leicht durchführbar. Die Vorenthaltung von Volksabstimmungen über die Annahme der Bundesverfassung und ihre Änderungen ist staatsrechtlich unverantwortlich und dient - trotz aller anderweitigen Beschwörungen - letztlich nur dem Erhalt der gegenwärtig bestehenden Macht.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2022) im COMPACT-Spezial Nr. 36 (x373/35-37): >>**Immer noch ein besetztes Land**
_ von *Karel Meissner*
Kein souveräner Staat: Die Bundesrepublik entstand 1949 als Protektorat der Siegermächte, das Grundgesetz wurde unter ihrer Führung als Provisorium verabschiedet. Mit der Wiedervereinigung seien diese Vorbehaltsrechte entfallen, behaupten viele.
Eine Beschreibung der tatsächlichen Verhältnisse nach Kriegsende gab Carlo Schmid als Vertreter der SPD am 8. September 1948 im Parlamentarischen Rat: "Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten."
Es wird deutlich, daß das Grundgesetz eben keine Verfassung, sondern lediglich ein Provisorium für die Besatzungszeit darstellte. Da dieses Gesetzeswerk aber bis heute gilt, gibt es be-

rechtigte Zweifel, ob die Besatzungszeit wirklich zu Ende ist. Dafür spricht, daß alliierte Vorbehaltsklauseln, die etwa in Geheimverträgen zum Überleitungsvertrag 1954/55 und in Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut von 1959 und 1998 festgeschrieben wurden, ihre Gültigkeit nicht verloren haben.
Tatsache ist: Einige alliierte Kontrollratsgesetze und Bestimmungen bestehen bis heute, wurden 1968 durch die sogenannten Notstandsgesetze und durch den Zwei-plus-vier-Vertrag von 1990 lediglich modifiziert. Dazu gehört Artikel zwei, Absatz eins des Überleitungsvertrags von 1955, der besagt: "Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft ..." Während also das wiedervereinigte Deutschland 1990 vordergründig die volle Souveränität erlangte, blieben gegenteilige Gesetze und Bestimmungen de facto in Kraft.

Zwei plus vier gleich fünf

Pünktlich zum 8. Mai 2015 - dem 70. Jahrestag der Niederwerfung Hitlerdeutschlands durch die alliierten Siegermächte - wartete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* mit einer kleinen Sensation auf. In einem zweispaltigen Artikel beschrieb sie die fehlende Souveränität Deutschlands - trotz Wiedervereinigung.
Unter dem Titel "Deutschland als Ganzes" und mit der Unterzeile "Am 8. Mai 1945 kapitulierte die Wehrmacht - doch das Deutsche Reich bestand fort" wagte der Redakteur des Politik-Ressorts Reinhard Müller einen Blick auf die völkerrechtliche Situation Deutschlands.
Das dem transatlantischen Bündnis mit den USA sonst so verbundene Medium traute sich am Tag der sogenannten Befreiung, die immer noch ungeklärte Frage der deutschen Souveränität zu thematisieren, und scheute dabei auch nicht davor zurück, einige unbequeme Wahrheiten anzusprechen, die andere Journalisten jenseits des Mainstreams wohl den Kopf gekostet hätten.
Eine Kostprobe: "So war das Kriegsende das Ende des nationalsozialistischen Regimes. Aber der deutsche Staat ging nicht unter. Die militärische Kapitulation der Wehrmacht änderte nichts am Fortbestand des Reiches."
Diese Aussage hätte man bisher nur den sogenannten Reichsbürgern zugetraut, galt die Thematisierung dieser Tatsache doch als sträfliche Verbreitung braunen Gedankenguts. Weder das deutsche Volk noch der Staat habe vor den Siegern kapituliert, so Müller, denn "die militärische Führung hatte ... weder den Willen noch die Befugnis, staatliche Souveränität aufzugeben". So übernahmen die Alliierten lediglich die Macht im besetzten Gebiet, "weder eine Annexion Deutschlands noch eine permanente Zerschlagung" seien das Ziel gewesen. Vielmehr habe man "die deutsche Staatsgewalt nur vorübergehend außer Kraft gesetzt".

Die Sonderrechte

Müller zeichnet auf nüchterne Weise die rechtlichen Entwicklungen zwischen Siegern und Besiegten nach, indem er schreibt: "Auch das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 ging vom Fortbestand Deutschlands aus. Es werden Reparationen gefordert - und es ist von einer noch mit Deutschland zu treffenden friedensvertraglichen Regelung die Rede. Doch dazu kam es lange nicht." Die Situation der geteilten Nation beschreibt der FAZ-Redakteur so: "Mit der Gründung von Bundesrepublik Deutschland und DDR 1949 wurden deutsche (Teil-)Staaten gegründet, doch behielten die Siegermächte ihre Sonderrechte in Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes."
Auch die 1955 unterzeichneten Verträge zwischen dem westdeutschen Staat und den drei Mächten haben das Besatzungsregime, wie lange angenommen wurde, nicht endgültig beendet, so Müller weiter. Die alliierten Mächte sicherten sich vielmehr "Vorbehaltsrechte mit Blick auf eine Wiedervereinigung des Landes und auf einen Friedensvertrag zu". Im Ostteil

sei Ähnliches geschehen. "Deutschland zerfiel somit rechtlich nicht in zwei Staaten, sondern bestand fort - gleichsam zusammengehalten von den Rechten der Alliierten." Latenter Anti-Amerikanismus? Nein, historische Tatsache.
Sogar das berühmte Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973, das erneut bestätigte, daß das Deutsche Reich nicht untergegangen sei, zitiert der FAZ-Redakteur. Die Bundesrepublik sei als Staat "identisch" mit diesem, in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings lediglich "teilidentisch". Dieses Identitätspostulat des ehemaligen Deutschen Reiches mit der unter alliierter Kontrolle stehenden Bundesrepublik wirft Fragen auf, die der Autor nicht gesondert behandelt.
Doch sagt er wohl, daß auch die deutschen Ostgebiete jenseits der DDR-Grenzen zum fortbestehenden Deutschen Reich gehörten, was "jahrzehntelang ein Konsens, auch in den westdeutschen Parteien" gewesen sei. "Die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze sollte demnach einer friedensvertraglichen Regelung vorbehalten bleiben."

Der verschleppte Frieden

Das Sensationelle des Artikels liegt in der Beschreibung der Situation seit der Wiedervereinigung: "Mit dem Zwei-plus-vier-Vertrag kam es 1990 dann zu einer "abschließenden" Regelung in Bezug auf
Deutschland als Ganzes. Obwohl das Besatzungsstatut seit 1955 nicht mehr gegolten hatte und beide deutsche Staaten 1973 Mitglied der Vereinten Nationen wurden, war die Wiedervereinigung nicht allein Sache der Deutschen." Die deutschen Teilstaaten mußten, so Müller weiter, mit den vier Besatzungsmächten verhandeln, um die Einheit durchzusetzen. Insofern war diese abschließende Maßnahme kein souveräner Akt, sogar den "Verlust der Ostgebiete" habe man als Bedingung hinnehmen müssen. Der Autor zweifelt also daran, daß bei der Wiedervereinigung 1990 die deutsche Souveränität voll wiederhergestellt worden war.
Wie aber lassen sich die durch den Zwei-plus-vier- Vertrag scheinbar wiedergewonnene Einheit und Souveränität mit der Geltung besatzungsrechtlicher Vorbehalte vereinbaren? Auch darauf findet Müller eine Antwort: "Der Sache nach war das jene friedensvertragliche Regelung, die schon das Potsdamer Abkommen im Sinn hatte und bis zu der die alliierten Vorbehaltsrechte nur gelten sollten.
Der Vertrag wurde aber nicht Friedensvertrag genannt, und er enthielt ausdrücklich auch keine Reparationsregelung - weil nicht zuletzt Deutschland ein Interesse daran hatte, daß nicht jeder Staat, der bis zum 8. Mai 1945 noch mit Deutschland im Kriegszustand war, nun noch Forderungen aufstellte."
Ist das glaubhaft? Hat das besiegte Deutschland selbst seinen Einfluß genutzt, um auf einen Friedensvertrag zu verzichten, zum Schutz vor Reparationsforderungen?
Im letzten Abschnitt des Artikels wird sichtbar, was für jede Auseinandersetzung mit der Rechtslage in Deutschland symptomatisch zu sein scheint - man widerspricht sich selbst, weil nicht sein kann, was nicht sein darf:
"Allerdings ist der Zwei-plus-vier- Vertrag durchaus nicht nur von den Vertragsparteien als endgültige friedensvertragliche Regelung angesehen worden. Seitdem hat Deutschland "volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten". ... Doch gibt es auch 70 Jahre nach der Kapitulation immer noch Überbleibsel des Krieges, auch im Recht. Zum einen existieren in der UN-Charta weiter die Feindstaatenklauseln, die Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland und Japan ermöglichen. ... Zum anderen gibt es auch heute noch fortgeltendes Besatzungsrecht."
Wie kann Deutschland seine volle Souveränität zurückerhalten haben, wenn dennoch weiterhin Besatzungsrecht gilt? Der Autor spezifiziert: "Es handelt sich um Bestimmungen des Überleitungsvertrages aus dem Jahr 1953. Dieser Vertrag wurde durch einen Notenwechsel der Bundesregierung mit den ehemaligen Westmächten suspendiert.

In Kraft bleiben aber alle Maßnahmen, die für "Zwecke der Reparation oder Restitution oder aufgrund des Kriegszustandes" gegen das "deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen" durchgeführt worden sind." Wenn es noch derartige Rückstände von Besatzungsrecht in der deutschen Rechtsprechung gibt, bleiben die Fragen, weshalb man die Deutschen darüber seit Jahrzehnten im Unklaren läßt und wie weit diese Bestimmungen tatsächlich gehen. Erfreulich ist jedoch, daß eine große Tageszeitung die Ungereimtheiten der deutschen Souveränität endlich zum Thema gemacht hat.

Grundgesetz ohne Geltungsbereich

Zum 29. September 1990 wurde per Bundestagsbeschluß der Artikel 23 des Grundgesetzes gestrichen. Er hatte bis dahin dessen Geltungsbereich beschrieben, der sich auf die "alten" Bundesländer erstreckte, und weiter festgehalten: "In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen." Doch seltsam: Anstatt die neuen Bundesländer in Artikel 23 mit aufzunehmen, entfiel der entsprechende Passus an jenem 29. September 1990.

Mit anderen Worten: Als am 3. Oktober 1990 die Bundesländer der ehemaligen DDR mit denen des Westens wiedervereinigt wurden, war der Geltungsbereich des Grundgesetzes schon seit einigen Tagen erloschen. Die Gebiete Mitteldeutschlands konnten der BRD nicht beitreten, wenn der Passus, der dies leisten sollte, nicht mehr existierte. Kann eine Verfassung ohne Bestimmung des Geltungsbereichs überhaupt Gültigkeit haben? Zum Vergleich: In den Bundesverfassungen der Schweiz (Artikel 1) und Österreichs (Artikel 2) sind die jeweiligen Geltungsbereiche - die Namen der Kantone beziehungsweise Bundesländer - an prominenter Stelle festgeschrieben.<<

02.10.1990

DDR: Ministerpräsident Lothar de Maizière erklärt am 2. Oktober 1990 während einer Fernsehansprache (x298/251): >>... Es ist ungewöhnlich, daß sich ein Staat freiwillig aus der Geschichte verabschiedet. Ebenso ungewöhnlich und widernatürlich war aber auch die Teilung unseres Landes.

In wenigen Stunden tritt die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Wir Deutschen erreichen die Einheit in Freiheit.

Ich glaube, wir alle haben Grund, uns zu freuen und dankbar zu sein. Wir lassen ein System hinter uns, daß sich demokratisch nannte, ohne es zu sein. Seine Kainszeichen waren die Unfreiheit des Geistes und das verordnete Denken, Mauer und Stacheldraht, der Ruin der Wirtschaft und die Zerstörung der Umwelt, die ideologisch kalkulierte Gängelung und das geschürte Mißtrauen.

An die Stelle dieser Tyrannei sind Rechtstaatlichkeit, Demokratie und Menschenwürde getreten. Unser Weg in die Freiheit war nicht gefahrlos und war nicht unumstritten. Wir danken denjenigen, die unbeirrt ihren Weg gingen und ihren demokratischen Willen furchtlos zum Ausdruck brachten. Da sie sich von der Angst befreit hatten, konnten sie auch die Freiheit erzwingen.

Wir wissen, daß wir diesen Weg nicht ohne das neue Denken in der Sowjetunion und ohne die Unterstützung unserer Nachbarn im Osten hätten gehen können. Wir danken ... auch dem Verständnis der Vier Mächte und ihrer Verständigungsbereitschaft, die für die deutsche Einheit Voraussetzung war.

Wir sind jetzt Bürger eines gemeinsamen deutschen Staates, und mit der Länderbildung, die sich in wenigen Tagen vollzieht, werden wir gleichzeitig wieder Bürger von Thüringen und Sachsen, von Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sein.

Wir können uns wieder auf die Kräfte besinnen, die aus der Geschichte und den Traditionen dieser Länder herrühren. Das Diktat des Zentralismus mit seinen ortsfernen Entscheidungen und die Auszehrung des übrigen Landes finden endlich ihr Ende. Und, so will es der Einigungsvertrag, das geeinte Berlin wird Hauptstadt Deutschlands sein.

Mit der Einheit in Freiheit wird Wirklichkeit, was viele kaum mehr für möglich hielten. Die 40jährige Teilung unseres Landes ist überwunden.<<

03.10.1990

BRD: Die Deutsche Demokratische Republik tritt am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei. Der 3. Oktober ist seither ein gesetzlicher Feiertag ("Tag der deutschen Einheit").

Gemäß Einigungsvertrag vom 31.08.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik werden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland (obgleich die neuen Länder der Deutschen Demokratischen Republik erst am 14. Oktober 1990 gebildet werden!!!).

Mit Wirkung vom 14. Oktober 1990 wurden gemäß Ländereinführungsgesetz vom 22.07.1990 in der ehemaligen DDR folgende Länder gebildet: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

Da die "neuen Länder" erst am 14. Oktober 1990 gebildet wurden, konnten sie am 3. Oktober 1990 nicht gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland beitreten, denn die "neuen Länder" existierten am 3. Oktober 1990 nocht nicht und den Artikel 23 des Grundgesetzes gab es am 3. Oktober 1990 nicht mehr.

Aufgrund der Aufhebung des Artikels 23 des Grundgesetzes war der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" vom 6. September 1990 staatsrechtlich rechtswidrig, da damals nicht alle Teile Deutschlands (wie z.B. Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße) dem Grundgesetz beitraten.

Gemäß Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 heißt es im Artikel 53 - Verträge im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts - ius cogens (x1.036): >>Ein Vertrag ist nichtig, wenn er im Zeitpunkt seines Abschlusses im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts steht. Im Sinne dieses Übereinkommens ist eine zwingende Norm des allgemeinen Völkerrechts eine Norm, die von der internationalen Staatengemeinschaft in ihrer Gesamtheit angenommen und anerkannt wird als eine Norm, von der nicht abgewichen werden darf und die nur durch eine spätere Norm des allgemeinen Völkerrechts derselben Rechtsnatur geändert werden kann.<<

Der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" war gemäß Artikel 53 des Wienereinkommens völkerrechtswidrig und damit ungültig, deshalb ist die ehemalige DDR bis zum heutigen Tag kein Bestandteil der BRD.



Abb. 86 (x175/835): Wiedervereinigungsfeier vor dem Deutschen Reichstag in Berlin am 3. Oktober 1990

Infolge des Inkrafttretens des Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gehören die fünf neuen Bundesländer seit dem 3. Oktober 1990 zur EG.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über das Ende der DDR (x283/-251): >>... Am 3. Oktober 1990 war es mit dem SED-Staat vorbei. War er ein Irrweg der Geschichte?

Der Eindruck liegt nahe, so wie das Dritte Reich uns als Irrweg erscheint. Aber Weimar? Und das Bismarckreich? Und der Deutsche Bund? Eine Sackgasse nach der anderen! Nicht anders das Heilige Römische Reich deutscher Nation oder die Fürstentümer des Absolutismus, ja schon das Imperium der Staufer, der Ottonen, das Reich Karls des Großen – nichts hatte Bestand.

Wir spotten über die Phrase von Tausendjährigen Reich und sitzen im Glashaus. Denn wer würde genau diese Dauer unserer Bundesrepublik nicht zutrauen oder wenigstens wünschen? Das Imperium Romanum hat sie erreicht. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtet später über die "Deutsche Einheit" (x878/...): >>**Geschichte - Geschichtsperzeption – Politik ...**

1989/1990 Deutsche Einheit - von Freunden umgeben

Es ist das unbestreitbare, große Verdienst Helmut Kohls, 1989/1990 das knappe Zeitfenster genutzt und entschlossen die deutsche Einheit wieder hergestellt zu haben. (Gleichzeitig lieferte Oskar Lafontaine eine unvergessene Probe seines schon damals abwegigen Populismus.)

Seit der Einheit 1990 gibt es einen Grundton, eine Grundzufriedenheit in der deutschen Politik, die lauten: Es ist vollbracht, wir haben die deutsche Einheit wieder, in Freiheit, ohne Krieg wie 1870/1871, ohne Notwendigkeit, die Nachbarn zu nötigen oder nieder ringen zu müssen, vielmehr im Konsens mit diesen. Wir sind ein demokratisches Land, sind im Westen angekommen, sind in der Europäischen Union eingebettet und von Freunden umgeben.

Es ist so etwas wie das deutsche Gegenstück zu Francis Fukuyamas "Ende der Geschichte" (The End of History and the Last Man, London 1992). Nichts ist jedoch gefährlicher als Selbstgefälligkeit und Selbstzufriedenheit, die dazu verleiten, Probleme und Bruchstellen zu übersehen, die schnell vieles in Frage stellen können. Eine Überprüfung der Selbstgewißheiten kann deshalb nicht schaden.
Die jüngsten Irritationen mit dem Polen der Zwillinge Kaczynski machen deutlich, wie unter einer lange Jahre friedlichen Oberfläche Konflikte schlummern und aufbrechen können, die tief in der Geschichte wurzeln. Offensichtlich wird diese Geschichte von den Brüdern Kaczynski anders perzipiert und andere Lehren daraus gezogen als von ihren Vorgängern - und hoffentlich Nachfolgern.
Der Widerstand von Frau Thatcher gegen die deutsche Einheit ist bekannt und beruht ebenfalls auf einer Perzeption der Geschichte, die einen deutschen Einheitsstaat mit deutschem relativen Übergewicht in Europa mit deutschem Hegemoniestreben gleichsetzte. Die Europäische Union und die Schaffung der gemeinsamen Währung des Euro wird in London z.T. immer noch als Realisierung deutscher Hegemonieträume verdächtigt. Dies um so mehr als das alte Spiel nicht mehr greift, den Rivalen Frankreich gegen Deutschland auszuspielen.
Wie man sich erinnert, hat sich Francois Mitterrand nur sehr zögerlich, mehr nolens als volens auf die deutsche Einheit eingelassen. Auch weiterhin bedarf das Verhältnis zu Frankreich ganz besonderer Pflege, es war und ist nie einfach. Auch die kleineren europäischen Nachbarn, wie z.B. die Niederlande haben die Wiedervereinigung mit gemischten Gefühlen verfolgt. Ohne die tatkräftige Mithilfe der USA und den Konsens der Sowjetunion/Rußlands wäre die deutsche Einheit niemals geglückt.
Wie eruptiv und für jedermann sichtbar die alten nationalen Reflexe und Interessen in Europa durchschlagen können, war beim Zerfall Jugoslawiens Anfang der 90er Jahre zu beobachten. Frankreich, Großbritannien und Rußland standen auf Seiten Serbiens, Deutschland, Österreich auf Seiten der Kroaten, Bosnier und Slowenen. Die europäischen Führungsmächte konnten diesen Konflikt auf europäischem Boden wegen unterschiedlicher Interessen nicht lösen. Eine Konstellation wie vor dem 1. Weltkrieg!
Verblüfft kann darüber nur sein, wer die europäische Geschichte und ihre Perzeption in den verschiedenen Staaten und Nationen nicht kennt. Erst das Eingreifen der USA gegen Serbien - dieses Mal auf Seiten Deutschlands (wenn man so will) - gab den Ausschlag. Es hat sich gezeigt, daß die USA - auch - eine europäische Schlüsselmacht sind. Gerne haben die Vereinigten Staaten im Balkan nicht interveniert. Es fragt sich, wie lange die USA den Europäern eine hilfreiche Hand leihen, wo sie selbst keine existentiellen Interessen haben wie u.a. auf dem Balkan.
Es liegt im Interesse einiger - nicht aller - europäischen Staaten, daß die USA eine europäische Macht bleiben. Sie sollen hier Aufgaben übernehmen, wie auf dem Balkan und in der KSZE, zwischen verschiedenen europäischen Mächten ausgleichen und Schutz gegenüber europäischen (Rußland) und außereuropäischen Mächten (Iran) bieten. Und eben auch ein potentielles Übergewicht Deutschlands oder Deutschlands gemeinsam mit Frankreich mittels der deutsch-französischen Zusammenarbeit durch ihre schlichte Präsenz ausbalancieren und vermeiden helfen. So hat die geplante US-Raketenabwehr in Polen und Tschechien wenig mit dem Iran, viel mit Rußland, und auch einiges mit Deutschland zu tun.
Wer über die Europäische Union und ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik spricht, muß dies im Auge haben. Wir sind in der EU noch nicht soweit, in den für die Nationen existentiellen Fragen einen Gleichklang der Interessen zu entwickeln. Das gilt nicht nur für Neumitglieder wie Polen, es gilt insbesondere auch für Großbritannien. So nimmt es nicht Wunder, daß im Europäischen Vertrag vom Juni 2007, der unter deutschem Rats-Vorsitz nach dem Scheitern der EU-Verfassung ausgehandelt wurde, im Hinblick auf die gemeinsame Außenpo-

litik nur geringe Fortschritte zu verzeichnen waren. Die Außenpolitik, ggf. die Entscheidung über Krieg und Frieden, gehört zum Kernbestand der Souveränität eines Staates. Darauf verzichten die Staaten - wenn überhaupt - ganz zum Schluß.
Das Vertrauen der Europäer in die gemeinsamen Institutionen, in das Zusammenwachsen der Interessen nicht nur im ökonomischen und sozialen Bereich, in das Zusammenhalten und Zusammenwirken der Union auch in außenpolitischen Krisen muß erst wachsen und sich bewähren. Erst dann können wir die alten Dämonen vergessen, die unseren Kontinent zerrissen haben.
Die Balkankriege bei Auflösung Jugoslawiens, die Zerrissenheit Europas vor dem Irakkrieg 2003 machen deutlich, welchen Weg wir in der Europäischen Union noch vor uns haben. Im EU-Vertrag vom Juni 2007 sind im Bereich der Außenpolitik vergleichsweise geringe Fortschritte erzielt worden, aber Fortschritte wurden gemacht, wenn auch kleine. Wir sind auf dem richtigen Weg, im Ziel sind wir noch (lange) nicht.
Soviel zu den Freunden, die uns umgeben.
Auch in anderen Staaten und Nationen gibt es Legenden, Mythen, angebliche Wahrheiten und Erfahrungen, die aus der Geschichte abgeleitet werden, die aber nicht haltbar sind. Das ist keine deutsche Besonderheit.
Deutschland, das nach 1870/1871 mit der Einheit kein festes und bewährtes außenpolitisches Koordinatensystem hatte, in das es im Laufe der Jahrhunderte vergleichbar etwa mit Frankreich, England/Großbritannien oder Rußland hineingewachsen wäre, und das zweimal im 1. und 2. Weltkrieg kolossal scheiterte, ist seit 1990 im neuerlichen Anlauf darauf angewiesen, nüchtern und ohne Illusionen, Legenden oder Mythen, die in irrigen Erfahrungen der Geschichte wurzeln, seine nationalen Interessen klar zu bestimmen und in umsichtige, kluge Politik umzusetzen. Eine solche Politik setzt die Auflösung falscher Perzeptionen der Geschichte voraus.<<
Der deutsche Historiker Manfred Oertel berichtet später über die völkerrechtlichen Auswirkungen des Einigungsvertrages (x849/...): >>... Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurde die Zahlung der "Schattenquote" aktuell. Schien es lange Zeit so, daß die Zinsrückstände für deutsche Auslandsanleihen in den 30er Jahren nie zur Zahlung kämen, so änderte sich das mit dem 3. Oktober 1990.
Wer angenommen hatte, die Sache mit den noch offenen Zinszahlungen für 1945-1952 sei vergessen und hinfällig, wurde eines Besseren belehrt und darf sich gegebenenfalls freuen. Unbeglichene Geldverbindlichkeiten werden in dieser Gesellschaft weder vergessen noch hinfällig.
Es ist eigentlich unerheblich, wäre aber ganz interessant zu wissen, wer die noch nicht gezahlten Zinsen für die deutschen Auslandsschulden aus dem Schattendasein herausgeholt hat, ob ungeduldige Gläubiger oder beflissene Finanzbeamte.
Im Einigungsvertrag von 1990 steht nichts über die mit dem Beitritt der DDR zur BRD aktuell werdende Angelegenheit. Eine im Einigungsvertrag fixierte Schuldenregelung betrifft nur die "aufgelaufene Gesamtverschuldung des Republikhaushalts der Deutschen Demokratischen Republik" (Artikel 23). Allerdings bestimmt Artikel 11 des Einigungsvertrages, "daß völkerrechtliche Verträge und Vereinbarungen, denen die Bundesrepublik Deutschland als Vertragspartei angehört ... ihre Gültigkeit behalten und die daraus folgenden Rechte und Verpflichtungen sich ... auch auf das in Artikel 3 genannte Gebiet (die DDR - M. O.) beziehen".
Nun werden auch die Ostdeutschen zur Kasse gebeten, rückständige Zinsen für Auslandsschulden des Deutschen Reiches zu zahlen. Bereits im Oktober 1990 gab es erste bankeninterne Bekanntmachungen über die bevorstehende Ausgabe von Schuldverschreibungen des Bundes auf die "Schattenquote". Bei den Londoner Verhandlungen war entschieden worden, solche Schuldscheine an die Gläubiger nicht schon damals oder zu einem anderen festen Ter-

min auszugeben, sondern eben zu dem sehr unbestimmten Zeitpunkt einer "Wiedervereinigung" Deutschlands. Jetzt war es soweit. ...
Im August 1991 veröffentlichte dann der Bundesanzeiger eine ausführliche Bekanntmachung über die Ausgabe von "Drei-Prozent-Fundierungsschuldverschreibungen der Bundesrepublik Deutschland für Zinsrückstände aus Auslandsschulden des Deutschen Reichs nach dem Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953 ('Schattenquoten')". Zu bedienen seien Zinsrückstände der Jahre 1945 bis 1952 aus folgenden Anleihen:
Deutsche Äußere Anleihe von 1924 (Dawes-Anleihe), Internationale Anleihe des Deutschen Reichs von 1930 (Young-Anleihe) und Deutsche Äußere Anleihe von 1930 (Zündholz- oder Kreuger-Anleihe). Ohne besondere Verhandlungen werde der Bund auch die von 1937 bis 1951 bzw. 1952 aufgelaufenen Zinsrückstände aus Äußeren Anleihen des Freistaates Preußen von 1926 und 1927 bedienen.
Die Schuldverschreibungen würden mit drei Prozent jährlich ab 3. Oktober 1990 verzinst, bei halbjährlicher Zinszahlung (jeweils zum 3. April und 3. Oktober). Die Laufzeit wurde auf 20 Jahre, die Endfälligkeit entsprechend auf den 3. Oktober 2010 festgesetzt. Die Tilgung sollte durch Ankauf (Rückkauf) oder auf dem Wege der Auslosung ab 1995 in gleichbleibenden Jahresraten von 2,5 Prozent (Dawes- und Preußen-Anleihen) bzw. 1,25 Prozent (die Anleihen von 1930) erfolgen.
Die Schuldverschreibungen erhielten Börsenzulassung und andere Wertpapiereigenschaften und wurden ins Bundesschuldbuch eingetragen. Sie konnten in DM, Pfund Sterling, Schweizer Franken, Schwedenkronen, US-Dollar, belgischen oder französischen Francs sowie in holländischen Gulden ausgestellt werden.
Die Schuldverschreibungen wurden von der Bundesbank ausgegeben an die Inhaber von Bezugs- bzw. Zinsscheinen der betreffenden Anleihen. Diese Scheine waren einzureichen. Die Ansprüche konnten auch in den ursprünglichen Emissionsländern der Anleihen geltend gemacht werden. In den wenigsten Fällen dürften die heutigen Besitzer dieser Schuldscheine frühere Anleihezeichner oder deren Nachkommen sein.
Höchstwahrscheinlich sind die meisten Anleihepapiere von den ursprünglichen Gläubigern schon vor langer Zeit als vermeintlich wertlos abgestoßen worden. Mit den Schuldverschreibungen von 1990 aber brachten sie nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik noch eine beachtliche Rendite und stehen, soweit nicht schon getilgt, jetzt mit der letzten Zinsrate zur Auszahlung. Etwa 70,5 Millionen Euro sind dafür im Bundeshaushalt 2010 eingestellt.
Fazit: Seit 1990 sind auch alle Steuerzahler in den ostdeutschen Bundesländern dazu herangezogen, alte Reichs- und Preußen-Auslandsschulden zu begleichen. Natürlich sind damit sogar die von Hartz IV Betroffenen beteiligt.
So ist es eben: "Wir sind ein Volk." ...<<

19.11.1990

Frankreich: Während der KSZE-Konferenz und EG-Gipfelkonferenz in Paris (19.-21. November 1990) unterzeichnen 34 Staats- und Regierungschefs die "Charta von Paris für ein neues Europa".

02.12.1990

BRD: Die vom "Kanzler der Einheit" geführte CDU/FDP-Koalition gewinnt am 2. Dezember 1990 die gesamtdeutsche Wahl.
Bei der vorgezogenen 12. Bundestagswahl erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 43,8 %, SPD = 33,5 %, FDP = 11,0 %, Grüne (West) = 3,9 %, Bündnis 90/Grüne (Ost) = 1,2 %, PDS = 2,4 %, Sonstige = 4,2 %.<<
Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Kohl eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

15.12.1990

Belgien: Am 15. Dezember 1990 findet eine Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und die Politische Union statt, um die Preisstabilität im EG-Raum durch eine stärkere Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz-, Wechselkurs- und Geldpolitik zu gewährleisten.

1990

BRD: Dr. Herbert Hupka (1915-2006) berichtet im Jahre 1990 in seinem Buch "Meine Heimat Schlesien. Die letzten Tage" über das Schicksal seiner schlesischen Landsleute (x022/11-13,15-16): >>Die Vertreibung aus der Heimat wurde zum letzten Kapitel der vielen Wochen und Monate, ja sogar Jahre währenden Leidensgeschichte der Deutschen in den ostdeutschen Provinzen, der Deutschen in Schlesien und Pommern, in Ost- und Westpreußen, der Deutschen jenseits von Oder und Neiße, wie man sich seit den Beschlüssen der Siegermächte in Potsdam im August 1945 zu sagen angewöhnt hat.

Diese Leidensgeschichte ist nicht nur ein Stück deutscher Geschichte, denn das Leid, das den Deutschen damals 1945 und 1946 und auch noch danach, widerfahren ist, haben andere bewirkt und verursacht, Russen und Angehörige der Völker der Sowjetunion und Polen. Um es mit einem Gedankengang der jüdischen Philosophin Hannah Arendt auszudrücken: genau so wenig wie die Deutschen zuvor waren die Russen oder die Polen die schuldig zu sprechenden Verbrecher, sondern die Unmenschen unter ihnen sind anzuklagen.

Was sich 1945 und danach in Schlesien ereignet hat, ... muß damit erklärt werden, daß zuvor den anderen Völkern Grausames an Leid im deutschen Namen, das heißt von Deutschen zugefügt worden ist. Niemand wird leugnen dürfen und auch wollen, was zuvor Russen, Polen und Juden von Deutschen haben erleiden müssen. Doch was danach geschehen ist, setzte in brutaler Weise die Verbrechen fort und kann durch die Verbrechen zuvor nicht entschuldigt werden.

Verbrechen bleibt Verbrechen, wer auch immer wem auch immer dieses zugefügt hat. So bitter es auch klingen mag, es kam 1945 kein neues Recht in die Welt, das Unrecht wurde fortgeschrieben, Rache und Vergeltung wurden oberstes Gebot. Die Opfer dieses Gebotes waren nicht die Schuldigen von gestern, sondern jeder, der ein Deutscher war, Kinder und Greise, Frauen und Männer, Arbeiter, Bauern, Soldaten, Geistliche. ...

Der Eroberer Schlesiens hieß Sowjetunion, der Soldat der Roten Armee war der Sieger. Von dieser Stunde an, da das Dorf, die Stadt erobert worden waren, bekamen dies die Bewohner in des Wortes fürchterlichster Bedeutung zu spüren. Die erste Truppe okkupierte, die zweite Truppe plünderte, brandschatzte und vergewaltigte. Und dies waren nicht etwa zufällige Entgleisungen und Entartungen, sondern das war militärisches Programm und politischer Freipaß als Lohn für den soldatischen Einsatz. ...

Dem Eroberer folgte nach wenigen Wochen der Pole, um von Schlesien Besitz zu ergreifen. Mancher hoffte, daß es nun vielleicht besser werden könnte, hatte er doch die eben noch erlittene Brutalität der Russen auf die kommunistische Erziehung zur Gottlosigkeit zurückgeführt, und wer Pole sagt, muß auch immer katholisch sagen. Um so bitterer war die Enttäuschung, nicht zuletzt bei den deutschen katholischen Geistlichen, die sich ihrer Glaubensbrüder, vielerorts sogar ihrer Amtsbrüder polnischer Nationalität auf das Bitterste schämen mußten.

Zwar gehörten Brandschatzung und Vergewaltigung nicht mehr im gleichen Ausmaße zur Umgangsform, aber jetzt triumphierten Enteignung und Austreibung und beides geschah immer wieder erbarmungslos in Viertelstunden – oder Stundenfrist. Die weiß-rote polnische Fahne wurde gehißt, was bedeutete, daß aus deutschem Eigentum "polnisches Staatseigentum" geworden war. Die Bereicherung einzelner Polen, ganzer polnischer Familien und auch Banden, ist eines der bittersten Kapitel dieser Leidensgeschichte. Immer wieder wird die polnische Miliz als der große Schuldige angeklagt.

Besonders gefürchtet waren die Ausplünderungen, wenn ein Transport zum Verlassen der Heimat zusammengestellt wurde, oder neuerliche Gewalttaten, wenn man trotz unzähliger, bereits vorangegangener Ausplünderungen endlich den Bahnknotenpunkt Kohlfurt oder die Görlitzer Neiße erreicht hatte. Jeder der Okkupanten meinte, persönlich Rache nehmen zu müssen. Wenn das Wort wahr ist, daß der Mensch dem Menschen zum reißenden Wolf werden kann: hier hat es sich bestätigt. ...<<

>>... Werden nicht längst vernarbte Wunden wieder aufgerissen, wenn über die Ereignisse am Ende des Zweiten Weltkrieges in Schlesien berichtet wird? Es ist auch gefragt worden, ob nicht mancher dieser Berichte zu hart ausgefallen sei, weil die geistige Verarbeitung des Erlebten fehle? Hat es die Vertreibung überhaupt gegeben? Waren es nicht lediglich Einzelerscheinungen, auch Exzesse, die man aber doch wohl nicht verallgemeinern darf?

Wer überwinden will, was geschehen ist, damit es sich nie mehr wiederhole, muß die ganze Wahrheit offenbaren. Es darf nichts, auch wenn es den Urhebern nicht gefallen will und diese vielleicht dann gleich mit dem selbst Erlittenen und nicht minder Grausamem aufwarten könnten und wollen, verschwiegen werden. Die Tatsachen sprechen ihre eigene Sprache.

Niemand will und darf aufrechnen. Jedes Schicksal zählt. Ein Ermordeter war immer ein Ermordeter zu viel. Es werden nicht alte Wunden neu aufgerissen, sondern es wird lediglich darüber berichtet, was der Mensch dem Nächsten alles an Leid zufügen kann, aus Haß, aus Rache, aus angeblicher Sühne, in der selbstangemaßten Rolle eines Richters. ...

... Niemand ruft nach Rache und Vergeltung. Wer aber zu vergeben bemüht ist, muß wissen, wofür er diese Vergebung auszusprechen bereit ist, und ob auch der andere dazu bereit ist. Nur die Wahrheit ... führt in eine bessere Zukunft; bei aller Subjektivität geht es immer um die Wahrheit, zu sagen und andere wissen zu lassen, wie es tatsächlich gewesen ist. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermine:
Einstellungstermin der deutschen Geschichte, Band 5 (23 PDF-Dateien): **01.01.2018-01.02.2018.**
Einstellungstermin der 1. erweiterten deutschen Geschichte, Band 5 (23 PDF-Dateien): **01.05.2021.**
Einstellungstermin der 2. erweiterten Chronik, Band 5/1 – Band 5/2 (2 PDF-Dateien): **01.02.2025.**
Die PDF-Dateien werden **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Die Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen (**...)** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.
Beispiel: (x004/79) = Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1, Seite 79.

x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x010	Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989.
x017	Meyers Lexikonredaktion (Hg.): DAS NEUE DUDEN LEXIKON in 10 Bänden. Mannheim 1989.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x021	Böddeker, Günter: Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frank-

	furt/Main 1985.
x022	Hupka, Herbert (Hg.): Meine Heimat Schlesien. Die letzten Tage. Tagebücher, Erinnerungen und Dokumente der Vertreibung. Augsburg 1990.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertrieben. ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.
x036	Jäckel, Eberhard, und Jürgen Rohwer (Hg.): Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung. Stuttgart 1985.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x046	Hoffmann, Joachim: Stalins Vernichtungskrieg. Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x047	Dorst, Klaus, und Birgit Hoffmann (Hg.): Kleines Lexikon Sowjetstreitkräfte. 1. Auflage. Militärverlag der DDR. Ost-Berlin 1987.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x054	Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957.
x055	Ploetz-Verlag (Hg.): DER GROSSE PLOETZ IM BILD. Ein Bildatlas zur Weltgeschichte. Würzburg 1987.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x062	Mann, Golo u.a.: Unser Jahrhundert im Bild. Gütersloh 1964.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): Polen und Deutsche. Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x065	Zentner, Christian: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. Stuttgart 1992.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat

	und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x070	Jähnig, Bernhart, und Ludwig Biewer: Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.). 2. erweiterte Auflage. Bonn 1991.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: Fahrplan der Weltgeschichte. Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x075	Grosser, Alfred: Ermordung der Menschheit. Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x077	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Verletzungen von Menschenrechten. Eine Dokumentation der Verletzungen und Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. 3. erweiterte Auflage. Bonn 1985
x087	Möller, Horst (Hg.): Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999.
x088	Reichling, Gerhard: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil II: 40 Jahre Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1989.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x099	Löser, Jochen: Gegen den Dritten Weltkrieg. Strategie der Freien. 1. Auflage. Herford 1982.
x100	Duffy, Christopher: Der Sturm auf das Reich. Der Vormarsch der Roten Armee 1945. München 1994.
x101	Benz, Wolfgang: Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x116	Ranke, Winfried u.a.: Kultur, Pajoks und CARE-Pakete. Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.
x122	Dollinger, Hans: SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE. 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x125	Bluhm, Georg: Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik. Freiburg 1963.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x130	Carell, Paul, und Günter Böddeker: Die Gefangenen. Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht. Berlin/Frankfurt am Main 1995.
x131	Bacque, James: Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x135	Kaemmerer, M.: Ortsnamenverzeichnis der Ortschaften jenseits von Oder und Neiße. 3. erweiterte Auflage. Leer 1988.
x136	Ziegler, Jean: Die Schweiz, das Gold und die Toten. 3. Auflage. München 1997.
x141	Marschalck, Peter: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. 6. Auflage. Frankfurt/Main 1989.
x142	Hellwig, Gerhard, und Gerhard Linne: Daten der Weltgeschichte. Von der Altstein-

	zeit bis heute. München 1991.
x143	Legath, Bernd u.a.: Weltgeschichte im Überblick. Von der Vorzeit bis zur Gegenwart. BZ-Verlag, 1992.
x148	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. E. Klett Verlag, Stuttgart 1985.
x149	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 14. Bonn 1996.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972. Bonn 1984.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x157	Müller-Enbergs, Helmut, Jan Wielgohs und Dieter Hoffmann (Hg.): WER WAR WER in der DDR. Ein biographisches Lexikon. Berlin 2000/2001.
x159	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Sudetendeutschen. Eine Volksgruppe im Herzen Europas. 16. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1995.
x160	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen - unbewältigte Vergangenheit Europas. 29. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1996.
x161	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen. 22. Kulturelle Arbeitshefte. Bonn 1996.
x163	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen – unbewältigte Vergangenheit Europas. 29. Kulturelle Arbeitshefte. Bonn 1998.
x169	Finkelstein, Norman G.: Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden de Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x170	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): Menschen wie wir ... Teil I. Erinnerungen an geliebte Menschen. Kassel 2000/2001.
x171	Blondiau, Heribert (Hg.): Tod auf Bestellung. Politischer Mord im 20. Jahrhundert. 2. Auflage. München 2000.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x182	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Das Wirtschaftswunder. Unser Weg in den Wohlstand. Hamburg 1983.
x190	Everett, Susanne: Die Geschichte der Sklaverei. Augsburg 1998.
x191	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x212	Adams, Clapham, Fagg u.a.: Atlas der Geschichte. Von den Anfängen bis zum 20. Jh. Köln 1990.
x226	Verlag Vandenhoeck & Ruprecht (Hg.): DER GROSSE PLOETZ. Die Chronik zur Weltgeschichte. Göttingen 2010.
x227	F. A. Brockhaus GmbH, Mannheim (Hg.): BROCKHAUS. Weltgeschichte seit der Aufklärung. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Leipzig/Mannheim 2006.

x228	Chronik Verlag (Hg.): Die 500 wichtigsten Ereignisse der Weltgeschichte. Gütersloh/München 2007.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x250	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN A-Gn 1. Leipzig 2006.
x251	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Go-Pah 2. Leipzig 2006.
x252	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Pai-Z 3. Leipzig 2006.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x265	Courtois, Stèphane u.a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München 2004.
x268	Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x281	Steingart, Gabor: Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x283	Demandt, Alexander: Es hätte auch anders kommen können. Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x286	Martin, Paul C.: Zahlmeister Deutschland. So verschleudern sie unser Geld. 2. Auflage Juli 1991. München 1991.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x293	Berger, Jens: Wem gehört Deutschland. Die wahren Machthaber und das Märchen vom Volksvermögen. Frankfurt/Main 2014.
x294	Arburg, Adrian von u.a.: Als die Deutschen weg waren. Was nach der Vertreibung geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland. 6. Auflage. Hamburg 2007.
x295	Kubbig, Bernd W. (Hg.): Transatlantische Unsicherheit. Die amerikanisch-europäischen Beziehungen im Umbruch. Frankfurt/Main 1991.
x296	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe). Braunschweig 1975.
x297	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Zeitgeschichte. 1. Auflage. Braunschweig 1995.
x298	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Zeitgeschichte. 1. aktualisierte Auflage. Braunschweig 1997.
x299	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 4. In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x303	Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig (Hg.): Durchblick. GSW Geschichte/Politik 9/10. 1. Auflage. Braunschweig 2004.
x306	Schrenck–Notzing, Caspar Freiherr von: CHARAKTERWÄSCHE. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x309	Nawratil, Heinz: Die Versöhnungsfalle. Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x310	Schweitzer, Eva: Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte. München 2004.
x313	Fabian, Frank: Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands. Was bis heute von

	Historikern verschwiegen wird. 2. Auflage. München 2016.
x322	Elsässer, Jürgen (Hg.): Volksaustausch. Geburtensturz und Überfremdung. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 18. Werder (Havel) 2018.
x324	Deschner, Karlheinz: Kriminalgeschichte des Christentums. Band 1. Die Frühzeit - Von den Ursprüngen im Alten Testament bis zum Tod des heiligen Augustinus. Unveränderte 5. Auflage. Hamburg 2004.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): Heil Hillary! Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x343	Elsässer, Jürgen (Hg.): Verrat am Wähler. Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 14. Werder (Havel) 2017.
x344	Elsässer, Jürgen (Hg.): Politische Morde. Die Blutspur der letzte 100 Jahre. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 19. Werder (Havel) 2018.
x347	Schulte, Thorsten: FREMDBESTIMMT. 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x348	Elsässer, Jürgen (Hg.): Kriegslügen der USA. Das Massaker an der Wahrheit von 1990 bis heute. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 2. Werder (Havel) 2013.
x353	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 2. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x354	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 3. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): Verbrechen an Deutschen. Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.
x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.
x364	Griffin, Des: Wer regiert die Welt? Leonberg 1992.
x368	Elsässer, Jürgen (Hg.): Polens verschwiegene Schuld. Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung. COMPACT-Geschichte Nr. 17. Werder (Havel) 2022.
x373	Elsässer, Jürgen (Hg.): USA gegen Deutschland. Der hundertjährige Krieg. COMPACT-Spezial Nr. 36. Werder (Havel) 2022.

Internet

x800	Bracht, Hans Werner: http://www.deutscherosten.de/BRACHT.htm - 19.04.2011.
x849	Londoner Schuldenabkommen: http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/-Deutschland/schuldenabkommen.html - März 2015.
x850	Erklärung der Bundesregierung: http://www.2plus4.de/chronik.php3?date_value=-21.06.90&sort=001-001 - März 2015.
x851	Zayas, Alfred M. - Tag der Danziger, 22. August 2001: http://www.news-4press.com/HEIMATRECHT-IST-MENSCHENRECHT_668584.html - März 2015
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x857	http://rsv.daten-web.de/Germanien/Die_BRD_ist_kein_Staat_Abhandlung_-Prof_Sojka.html - Oktober 2015.
x860	https://www.wsws.org/de/articles/2005/06/mer1-j23.html - Januar 2016.
x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ – Juli 2016.
x877	http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker-/Reden/1985/05/19850508_Rede.html – September 2016.

x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ – September 2016.
x879	http://www.kas.de/wf/doc/kas_7309/ - September 2016.
x883	http://horst-koch.de/weltkommunismus-k-koch/ - Dezember 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x889	http://horst-koch.de/ Die Zerstörung der Person/ - Dezember 2016
x909	https://horst-koch.de/weltrevolutionen/ - April 2019
x914	https://horst-koch.de/freiheit-gleichheit-bruederlichkeit/ - April 2019
x916	https://ostmaerker.files.wordpress.com/2012/02/m-spanehl-die-zerstc3b6rung-der-deutschen-volksidentitc3a4t.pdf - April 2019
x921	http://www.kath-info.de/falschlehrer.html - April 2019
x923	https://www.theologe.de/reichtum_der_kirche_ist_blutgeld.htm – Juli 2019
x927	https://www.theologe.de/schwarzbuch_katholische-kirche.htm – Juli 2019
x991	https://www.offenbarung.de/papsttum-neue-weltordnung.php - September 2020
x1.001	https://www.apostasia.net/images/Jesuiten.pdf ("Die verborgene Geschichte der Jesuiten") - März 2021
x1.036	https://www.vilp.de/treaty_full?lid=en&cid=153 - Januar 2022

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm - 8. Mai 2014

Reichsadler: Nach der Kaiserkrönung Karls des Großen (800) wurde der römische Legionsadler zum Wappentier des Fränkischen Reiches, denn der deutsche Kaiser betrachtete sich als Nachfolger des Weströmischen Reiches.
Das Heilige Römische Reich (962-1806), das Deutsche Reich (ab 1871) und die Bundesrepublik Deutschland (seit 1949) übernahmen den Reichsadler bzw. Bundesadler als deutsches Staatssymbol.